

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 25

**Chronik vom 1. Januar
bis zum 8. Februar 2024**



**Chronik vom
01.01. - 08.02.2024**

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-6
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 1. Januar bis zum 8. Februar 2024	7-423
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	424-425

Danksagung und Widmung

<p>Herr, dir in die Hände. Sei Anfang und Ende, sei alles gelegt! <i>Eduard Mörike (1804-1875, deutscher Schriftsteller)</i></p>

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Beate Bahner, Marcel Barz, Judith Sevinc Basad, Hans-Christoph Berndt, Gero Bernhardt, Julius Böhm, Michael Brunner, Helge Buttkeireit, Marco Caimi, Boris Cherny, Elisa David, Horst Deckert, Karlheinz Deschner, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Jan von Flocken, Karsten Frey, Larissa Fußer, Jonas Glaser, Martin Haditsch, Manfred Haferburg, Björn Harms, Björn Höcke, S. Hofer, Leif-Erik Holm, Fritz Indra, Oliver Janich, Jan A. Karon, Einar Koch, Egon W. Kreutzer, Philipp Kruse, Michael Kumpmann, Janina Lionello, Herbert Ludwig, Ralf Ludwig, Wim Lukowsky, Amir Makatov, Max Mannhart, Elisabeth Maria, Rainer Mausfeld, Peter McCullough, Karel Meissner, Karsten Montag, Peter Panther, Daniell Pföhringer, Akif Pirinçci, Lars Poelz, Andy Poppenberg, Carsten Reinhardt, Hannelore Rentsch-Millin, Sven Reuth, Thomas Röper, Max Roland, Silke Schröder, Sebastian Thormann, Alice Weidel, Willi Weißfuß, Jerome Wnuk, Ernst Wolff, Claudio Zanetti und Philipp Zeller.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Wenn Du Deinen Feind kennst und dich selbst kennst, brauchst du das Ergebnis von 100 Schlachten nicht zu fürchten.

Sun Tse (544-496 vor Christus, chinesischer Militärstratege und Philosoph)

Restabwicklung des Vasallengebilde BRD

Nach der sogenannten Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Aufgrund der Übernahme der DDR im Jahre 1990 und der Auflösung der UdSSR im Jahre 1991 hatte das Vasallengebilde BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen im Vasallengebilde BRD geht es vor allem tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente des deutschen Volkes zu zerstören, um unsere Heimat vollständig zu liquidieren.

Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sollen um jeden Preis verhindert werden

Aus Sicht des US-Imperiums geht es in erster Linie um die Liquidierung Deutschlands, die Zerschlagung Rußlands und die systematische Ausplünderung Eurasiens.

Um langfristig jegliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern und langfristig auszuschließen, beschlossen die weltweit vernetzten gemeingefährlichen NWO-Geostrategen bereits vor dem Ersten Weltkrieg, die Deutschen und die Russen vorsätzlich gegeneinander aufzuhetzen, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährdet.

US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßte z.B. am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um langfristig jegliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete z.B. im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren

die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 21. August 2022 (x1.161):

>>**Zbigniew Brzeziński - Die einzige Weltmacht**

Winfried Wolf

25 Jahre alte, hochaktuelle Skizze für die Politik zum Erhalt der US-Hegemonie

Der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter verfaßte 1997 ein Buch, das in der Original-Fassung noch den aufschlußreichen Titel "The Grand Chessboard - Das große Schachbrett" trug. Darin skizziert er, wie mit einer Nato-Osterweiterung und einer Westanbindung der Ukraine Rußland zu einer nicht mehr europäischen Macht, sondern primär asiatischen Regionalmacht gemacht, besser: degradiert, werden soll und wie auf diese Weise die Weltherrschaft der USA zu stabilisieren sei.

Die seither geführten US-Kriege (in Jugoslawien, Afghanistan, Irak) und die seither praktizierte Politik der US-Regierungen und nicht zuletzt diejenige der Nato unterstreichen, daß Brzezinskis Analyse in vielen Teilen Blaupause für die US-Politik ist. ...

"Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. ... Eurasien stellt 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen. Die nach den USA sechs größten Wirtschaftsnationen mit den höchsten Rüstungsausgaben liegen in Europa und Asien."

"Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem der Kampf um die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird. ...

Aus: *Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft, deutsch Frankfurt/M. 1999, USA New York 1997.<<*

Wenn du das Leben aushalten willst, richte dich auf den Tod ein.
--

<i>Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe)</i>
--

Kriegstreiberei anstatt Friedensgespräche

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Februar 2024 über die Kriegstreiberei deutscher Politiker gegen Rußland: >>**Dresden mahnt: Keine Eskalation im Ukrainekrieg**

Am Gedenktag für die Bombenopfer von Dresden lautet die Botschaft: Nie wieder Krieg! Dagegen treiben Politiker wie Roderich Kiesewetter (CDU) das Land in den Dritten Weltkrieg. ...

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Außenpolitik-Experte Roderich Kiesewetter fordert in einem Interview mit der Deutschen Welle:

"Der Krieg muß nach Rußland getragen werden. Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden. Wir müssen alles tun, daß die Ukraine in die Lage versetzt wird, nicht nur Ölraffinerien in Rußland zu zerstören, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände."

Die russische Bevölkerung müsse laut Kiesewetter endlich aufwachen und begreifen, daß ein Diktator in Moskau herrsche. ...

Moskau hat im Ukraine-Krieg das Ziel, einen Nato-Beitritt der Ukraine und die Stationierung westlicher Truppen in der Ukraine zu verhindern. Strategisch und geopolitisch gesehen geht es Rußland darum, über eine Sicherheitszone zur Nato zu verfügen. ...

Sicher ist es ein berechtigtes Interesse Rußlands eine Entmilitarisierung der Ukraine erreichen zu wollen, um eine Sicherheitszone zur Nato zu schaffen. Auch andere Staaten legen Wert auf Sicherheitszonen. Daher ist es jetzt höchste Zeit den Kriegstreibern den Kampf anzusagen und auf die Verhandlungsbereitschaft Putins, die er im Interview mit Tucker Carlson bekundet hatte, einzugehen, um den Ukrainekonflikt zu beenden. Weitere Waffenlieferungen befeuern den Konflikt nur.

Der Westen hat Mitschuld am Ausbruch des Ukrainekrieges, da das Minsker Abkommen von 2015, dessen Einhaltung die Ukraine befriedet hätte, niemals umgesetzt wurde. Merkel gab 2022 öffentlich zu, daß dieses Abkommen nur geschlossen worden war, um der Ukraine Zeit zur Aufrüstung zu geben und nie geplant war, es auch einzuhalten und umzusetzen.

Vor dem Einmarsch der Russen stationierten die US-Amerikaner Waffen im Wert von ca. 4 Milliarden Euro in der Ukraine mit Raketen, die in 8 Minuten Moskau erreichen können. Die US-Amerikaner haben inzwischen nahezu 100 Milliarden US-Dollar investiert, Deutschland als braver Vasall 17 Milliarden Euro in diesem Stellvertreterkrieg, der nur den Interessen der Amis nützt, ohne eine Wende herbeiführen zu können. ...

Der bayerische Seher Alois Irlmaier: "Im Dritten Weltkrieg werden mehr Menschen sterben als in beiden Weltkriegen zusammen. ...<<

Verteidigung Deutschlands findet nicht in der Ukraine statt

Nicht die bedingungslose Verteidigung der Ukraine, sondern die Verteidigung unseres Heimatlandes und des Friedens muß unser Hauptinteresse sein.

Falls es zu einem Krieg zwischen der NATO und Rußland kommen sollte, wäre Deutschland sicherlich ein wesentlicher Teil des nuklearen Schlachtfeldes, da sich die meisten US-Kommandozentralen für das osteuropäische Kriegsgebiet in Deutschland befinden und in Ramstein und Büchel/Rheinland-Pfalz US-Atomwaffen gelagert werden.

Wenn Deutschland nicht endgültig untergehen soll, müssen wir sofort die gegenwärtige Kriegsfront gegen Rußland verlassen und langfristig für eine strikte Neutralität Deutschlands eintreten.

Vorbereitung eines Angriffskrieges

Wenn hohe deutsche Offiziere der Bundeswehr in einem Gespräch vom 19. Februar 2024 den Einsatz von deutschen Taurus-Marschflugkörpern gegen die russische Krim-Brücke und weitere Ziele in Rußland planen, handelt es sich gemäß § 13 Völkerstrafgesetzbuch und nach Art. 26,1 GG um die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen einen Staat (Rußland), mit dem sich die BRD offiziell nicht im Kriegszustand befindet.

Im Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) heißt es unter § 13 "Verbrechen der Aggression": >>Wer einen Angriffskrieg führt oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.<<

Endkampf der Völker gegen die satanischen NWO-Verbrecherorganisationen der globalen Finanzoligarchie

Die jahrhundertelange Terrorherrschaft der Antichristen, die das Leben der Menschen bis zum heutigen Tag entscheidend prägte, wurde bisher nie angemessen historisch aufgearbeitet, so daß die globalen Menschheitsverbrechen der organisierten Kriminalität immer dreister wurden und in den letzten Jahren ungeheure Ausmaße annahmen.

Im gegenwärtigen Kampf um die Neue Weltordnung handelt es sich zweifelsfrei um die Fortsetzung des ewigen Kampfes zwischen Gut und Böse. Dieser große Entscheidungskampf wird zwangsläufig auch das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden, deshalb darf sich nie-

mand aus der Verantwortung stehlen.

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die furchtbaren Folgen der weltweit durchgeführten verbrecherischen mRNA-Experimente nicht mehr verschwiegen werden können, deshalb benötigen die NWO-Verbrecherorganisationen um jeden Preis den Ausbruch des Dritten Weltkrieges.

Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Der zutiefst undemokratische Zustand der gegenwärtigen Plutokratie (Herrschaft des Geldes) muß unbedingt so schnell wie möglich beendet werden, damit wir trotz der fast aussichtslosen Lage doch noch unseren Weg in eine glückliche Zukunft finden.

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen unsere Lebensgrundlagen endgültig vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren, denn die Rückgewinnung der Freiheit und Selbstbestimmung wird es nicht umsonst geben!

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir jedoch nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Es wird allmählich Zeit, die Erfinder des Nürnberger Tribunals und ihre willigen Erfüllungsgehilfen wegen ihrer andauernden Verbrechen, die sie seit Jahrzehnten im Namen der "Demokratie und des Friedens" begehen, endlich durch einen unabhängigen Weltgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen.

Die ständig Kriegstreiberei und die weltweiten Aggressionen der verbrecherischen Finanzeliten, können nur für alle Zeiten ausgeschaltet werden, wenn die jeweiligen reformierten Nationalstaaten alle aktiven und passiven Drahtzieher der satanischen NWO-Verbrecherorganisationen angemessen bestrafen und vollständig enteignen.

Die nachfolgende Chronik beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Den Schwerpunkt dieser Chronik bildet die Geschichte der zwangsbetreuten Deutschen im Vasallengebilde BRD.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 1. Januar bis zum 8. Februar 2024

01.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Januar 2024 (x1.352/...):

>>In Sachsen steht die SPD plötzlich nur noch bei 3 Prozent - die AfD bei 37 Prozent

Eine neue Umfrage von Saechsische.de erschüttert die politische Landschaft: Während die AfD sich auf Platz 1 immer weiter absetzt, liegt die SPD bei drei und die FDP nur noch bei einem Prozent. Es droht die politische Bedeutungslosigkeit.

Von *Redaktion*

Die neuesten Daten der Sonntagsfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey für Saechsische.de vom 1. Januar zeigen eine weitere dramatische Verschiebung der politischen Landschaft in Sachsen. Die CDU liegt bei 33 Prozent und fällt hinter die AfD zurück. Die AfD verzeichnet einen Anstieg um vier Prozentpunkte, sie liegt jetzt klar auf Platz 1 bei 37 Prozent.

Die Linke konnte ihre Zustimmung leicht um 1 Prozentpunkt auf 8 Prozent steigern, während die Grünen mit 7 Prozent unverändert bleiben.

Großer Verlierer ist hingegen die SPD, sie verliert 4 Prozentpunkte und liegt nun noch bei 3 Prozent, eindeutig unter der 5-Prozent-Hürde. Die Freien Wähler und die sonstigen Parteien halten ihre Zustimmung bei 3 bzw. 8 Prozent. Die FDP, die einen Rückgang um 1 Prozentpunkt aufweist, liegt bei nur noch einem Prozent.

Die regierende Schwarz-Rot-Grüne Koalition hätte demnach keine Mehrheit mehr. Ein Regieren gegen AfD und Linkspartei wäre unmöglich - folglich müßte sich die Union zwischen einer Zusammenarbeit mit einer der Parteien entscheiden. Die AfD setzt derweil ihren Höhenflug in Ostdeutschland fort, wo sie insgesamt bereits deutlich die stärkste Kraft ist. Im kommenden Jahr wird u.a. in Sachsen und Thüringen gewählt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Neue Veröffentlichungen im Fall Epstein - Bill Clinton taucht in über 50 Gerichtsdokumenten auf

Der Fall Epstein ist bis heute in weiten Teilen nicht aufgeklärt. Jetzt werden neue Gerichtsdokumente veröffentlicht, die 160 Namen im Prozeß offenlegen. Darunter ist auch Ex-US-Präsident Clinton.

Boris Cherny

Im Laufe dieser Woche sollen im berüchtigten Fall um den mittlerweile verstorbenen Jeffrey Epstein, bisher geheime Gerichtsdokumente veröffentlicht werden. Brisant an den Enthüllungen sind die mehr als 150 Namen, die in den Dokumenten im Zusammenhang mit dem Sexualstraftäter Epstein auftauchen, unter denen sich u.a. der ehemalige US-Präsident Bill Clinton befindet.

Die US-Richterin Loretta Preska hat Mitte Dezember angeordnet, daß am 1. Januar zahlreiche geheime Gerichtsdokumente aus dem Epstein Fall veröffentlicht werden. Da es sich beim 1. Januar um einen Feiertag handelt, werden die Dokumente wohl erst einen Tag später veröffentlicht werden können. Diese stammen aus einem Zivilprozeß gegen Epsteins Mittäterin Ghislaine Maxwell aus dem Jahr 2015, das von einem der Opfer gegen sie geführt wurde.

Die Öffentlichkeit wird so zahlreiche neue Details zu Epsteins und Maxwells Vorgehen erfahren. Insbesondere enthalten die Dokumente, gemäß Ankündigung der Richterin, etwa 177 Namen, die in Verbindung mit Epstein und Maxwell standen. Dabei handelt es sich teilweise um Opfer des Paares, aber auch Freunde und Helfer. Teilweise tauchen die Namen nur als potentielle Zeugen auf, in anderen Fällen aber auch in Befragungen der Opfer. Viele der in

den Gerichtsdokumenten erwähnten Namen werden bereits öffentlich mit Jeffrey Epstein in Verbindung gebracht:

Wie die US-amerikanische Nachrichtenseite ABC-News berichtet, findet sich der Name des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton in mehr als 50 der bald veröffentlichten Gerichtsdokumente. Auch der britische Royal, Prince Andrew, wird in den Dokumenten erwähnt. Dem langjährigen Freund Epsteins wird bereits jetzt vorgeworfen, mit einem von Epstein mißhandelten Mädchen Sex gehabt zu haben.

Es handelt sich bei der Veröffentlichung der Dokumente bereits um die achte Enthüllung von ehemals geheimen Gerichtsdokumenten im Fall Epstein. Die letzte liegt allerdings bereits fast sechs Jahre zurück.

Der Skandal um den US-amerikanischen Investmentbanker Jeffrey Epstein schlug in den USA hohe Wellen. Epstein und die bereits erwähnte Ghislaine Maxwell mißhandelten zwischen 1994 und 2004 mehrere Dutzend minderjährige Mädchen. Das jüngste ihrer Opfer war dabei gerade einmal 14 Jahre alt. Epstein und Maxwell besaßen zahlreiche prominente Freunde und Bekannte, von denen zahlreiche nun wegen Mittäter- oder Mitwisserschaft unter Verdacht stehen. Zu Epsteins Bekannten zählten die Clintons, der ehemalige britische Premierminister Tony Blair und zahlreiche Größen der Filmindustrie, wie Woody Allen und Harvey Weinstein.

Während Maxwell 2021 wegen der Taten zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, starb Epstein bereits 2019 in einer Gefängniszelle. Die offizielle Obduktion gab als Todesursache Suizid durch Erhängen an, was jedoch von Epsteins Anwälten und in der Öffentlichkeit angezweifelt wurde. Stattdessen bspw. wurde ein Mordanschlag vermutet, um Spuren zu verwischen. Offiziellen Stellen wie das FBI und das Justizministerium streiten diese Theorien jedoch vehement ab.

Die neuen Details, die mit den veröffentlichten Dokumenten ans Licht kommen werden, könnten neues Licht in die verworrene und weithin öffentlich ungeklärte Geschichte von Jeffrey Epstein bringen. Personen, die in den Dokumenten genannt werden, auch Bill Clinton, gaben bisher keine Statements zu den anstehenden Veröffentlichungen ab.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Januar 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen - Die Gründung der römisch-katholischen Kirche**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gründung und Aufstieg der römisch-katholischen Kirche

Die herrschende Klasse (Adel), die fast ausschließlich von der schweren Arbeit des unterdrückten Volkes lebte, schloß im Frühmittelalter einen Pakt mit der römisch-katholischen Kirche und anderen pseudoreligiösen Gruppen (Islam etc.). Im 4. Jahrhundert (Frühmittelalter) verbündete sich das Römische Reich mit der katholischen Kirche, um auf Kosten des größtenteils besitzlosen und unfreien Volkes ein angenehmes, sorgenfreies Leben zu führen.

Kaiser Konstantin der Große (um 280-337, römischer Kaiser von 306-337) beendete im Jahre 306 die Christenverfolgungen.

Der römische Kaiser Theodosius I. (347-395, römischer Kaiser von 379-395, seit 394 Alleinherrscher) proklamierte schließlich im Jahre 380 das Christentum der römisch-katholischen Kirche zur alleinigen Staatsreligion des Römischen Reiches.

Kaiser Theodosius I. untersagte danach im Jahre 392 per Erlaß alle anderen Religionen.

Die religiösen Gruppen wurden von den weltlichen Herrschern vor allem als nützliche Instrumente der Machterweiterung und des Machterhalts betrachtet, weil man das ungebildete Volk mit Hilfe der Religion bzw. des Glaubens systematisch manipulieren, leichter unterdrücken und noch ungehemmter ausbeuten konnte.

Den weltlichen und kirchlichen Herrschern kam es nie darauf an, ob ihre Handlungen sowie die erlassenen Gesetze und Abgaben gerecht oder ungerecht waren, denn es ging den allmächtigen Schmarotzern vor allem darum, den persönlichen Machtzuwachs zu erweitern und den wirtschaftlichen Gewinn zu erhöhen.

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" berichtete später über die Entstehung der römisch-katholischen Kirche (x975/...): >>>Die Entstehung der Kirche

Die Nachfolger von Jesus bildeten urchristliche Gemeinschaften. Doch viele, die sich dort "Christen" nannten, suchten den Halt überwiegend bei anderen Menschen anstatt bei Christus und Gott in ihrem Inneren und in dem Sinne, wie es Jesus von Nazareth lehrte: "Das Reich Gottes ist in euch". Anstatt also mit Hilfe der inneren Gotteskraft immer konsequenter nach den Geboten Gottes zu leben, erlaubte man sich zunehmend Schwächen und Nachlässigkeiten und ließ immer mehr Kompromisse zu. ...

Schließlich war der "Geist Gottes" kaum mehr spürbar. Statt dessen hatten stark auf ihr Ego bezogene Personen das Sagen, und es entstand eine Hierarchie, ein Oben und ein Unten. Die ehemaligen Urgemeinden begannen sich auf diese Weise zu "institutionalisieren". ...

Doch Jesus von Nazareth hat niemals eine Institution gewollt. Es wäre Ihm ein Greuel gewesen. Und die sich immer mehr zu Unrecht auf Christus berufenden Gemeinden sind so zunehmend in Gegensatz zu Ihm geraten. Dies ist die Geburtsstunde der Kirche bereits im Laufe des 1. Jahrhunderts.

Der sogenannte "Frühkatholizismus"

... Die neuen Führer, die Priester und Bischöfe, vermischten verbliebene Restbestände der Botschaft von Jesus von Nazareth noch weiter mit "Traditionen", gegen die einst die Propheten des Alten Testaments und Jesus von Nazareth angekämpft hatten, sowie mit Lehren und Praktiken aus den antiken Götzen-, Herrscher- und Blut-Kulten und ihrer "Vielgötterei", z.B. dem Baal- und dem Mithraskult.

Es wirkte so, als hätten sich die Baalspriester nur einen anderen Mantel übergestreift, einen angeblichen "christlichen", um nun mit neuem Mantel weiterhin die alten Götzenkulte zu zelebrieren. Und dies war nicht nur der äußere Anschein, sondern es beschreibt den Frühkatholizismus am treffendsten. ...

Auf diese Weise formte sich im 2., im 3. und im 4. Jahrhundert eine machtvolle neue (sogenannte "synkretistische") Mischreligion, die römisch-katholische Kirche. Der Baalskult hatte also in den damaligen Umbruchszeiten überlebt und ist letztlich als äußerer Sieger aus den Religionsauseinandersetzungen hervorgegangen, nur eben unter anderem Namen.

Und dafür verwendeten seine Priester ausgerechnet den Namen ihres größten Gegners, Jesus von Nazareth. Diabolischer hätte man das Gebilde nicht konstruieren können.

Wer hingegen Jesus, dem Christus, nachfolgen wollte, hatte dort keinen Platz mehr. Die Kirche stieg im 4. Jahrhundert zur einzigen Staatsreligion des Römischen Reiches auf und wurde nach der Völkerwanderung praktisch zur Nachfolgerin des antiken Imperium Romanum. Der alte Pontifex maximus des antiken Rom war wieder der neue Pontifex maximus, nun in einem katholischen Gewand.

Doch diese neue, aber in ihrem Kern alte Götzen-Religion zeigte in allen Epochen seither auch ihr wahres Gesicht. Hier konnte schließlich nichts mehr im urchristlichen Geist "reformiert" werden, alles würde sogleich im Dienst des Gegenteils mißbraucht und wer reformieren wollte, riskierte mehr und mehr sein Leben. Denn das "System" hat sich nicht zufällig zur mächtigsten Gegenspielerin der freien Nachfolger von Christus etabliert. ...

Im Jahr 380 wurde unter Kaiser Theodosius I. "der Große" dann die Todesstrafe für Nichtkatholiken eingeführt, was vor allem ab dem Mittelalter im Laufe von Jahrhunderten Hunderttausenden, ja einschließlich von Kriegen Millionen von Menschen das Leben kostete. Das Vermögen Hingerichteter wurde ebenfalls meist der Kirche übereignet - ein Grundstock für

ihren bis heute unermesslichen Reichtum. Die antiken heidnischen Götzen- und Baalskulte wurden von der Kirche im Äußeren ganz vernichtet. Im Inneren jedoch hat die katholische Großinstitution faktisch deren Nachfolge angetreten.

Für die bisherigen Anhänger der meist totalitären religiösen Kulte war es dabei nicht schwer, sich in der neuen Staatsreligion zurechtzufinden. Denn bis auf das "christliche Mäntelchen", das man jetzt noch mit überziehen mußte, hatte sich wenig geändert. Im Imperium hat nur ein raffinierter Gewändertausch stattgefunden, die Inhalte blieben ähnlich und gleich. Und die Kirche gründet ihre Macht dabei bis heute auf eine Hierarchie von Priestern, Theologen und Juristen in Verbindung mit der Staatsmacht. ...

Auf diese Weise haben die Gegner von Jesus seine Botschaft praktisch vereinnahmt und verunstaltet, anstatt zu versuchen, sie in offener Konfrontation zu vernichten. Wer jedoch wirklich Christ sein wollte, konnte früher oder später kein Mitglied der Kirche sein, und hier reagierte die neue Macht des Imperium Romanum mit äußerster Grausamkeit:

Mit Folter, Mord und Hinrichtungen versuchte man seither immer wieder, die Urchristen, die sich nicht der kirchlichen Machthierarchie unterordneten, auszurotten. Und um sich dafür in der Bevölkerung einen gewissen Rückhalt zu verschaffen, probierte man parallel dazu, das in der Bevölkerung anerkannte Tun der Urchristen nachzuahmen und auf diese Weise in die Kirche zu integrieren. ...

So wurden z.B. im 12. Jahrhundert die urchristlichen Katharer in Frankreich ermordet und vernichtet, während die Kirche deren soziales Engagement zu kopieren versuchte, indem sie die Orden der Dominikaner oder Franziskaner ins Leben rief. Gleichzeitig wurden innerhalb dieser Orden aber ganz bewußt die Inquisitoren rekrutiert, die dann meist "aus der zweiten Reihe heraus" diejenigen mordeten, diskriminierten und verfolgten, die sie nachzuahmen versuchten.

Das vermeintlich "Gute" in der Kirche wurde also in den vielen Jahrhunderten immer auch in den Dienst der kirchlichen Schreckensherrschaft gestellt. ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 66 berichtete später über die Entstehung der römisch-katholischen Kirche (x981/...): >>Kaiser Konstantin machte die katholische Kirche zur Machtkirche und ebnete ihr den Weg zur totalitären Staatskirche - mit gravierenden Folgen für die nächsten 1.700 Jahre bis in die Gegenwart. ...

Konstantin war schon als junger Armeeführer ein blutrünstiger Tyrann, der z.B. Gefallen daran fand, gefangene gegnerische Soldaten in der Arena wilden Tieren zum Fraß vorzuwerfen, bis er schließlich, nach fast 20 Jahren der Gemetzel, alle anderen Kontrahenten aus dem Weg geräumt und sich zum Alleinherrscher aufgeschwungen hatte, was dann mit der Hinrichtung von Licinius ... seinen Abschluß fand. Auch auf ehemalige Verbündete und die eigene Familie nahm er keinerlei Rücksicht.

Besiegte Gegner und deren Angehörige wurden auch dann nicht geschont, wenn er mit ihnen inzwischen verwandt oder verschwägert war. Und am Ende machte der "notorische Verwandtenmörder" Konstantin, als der er auch bezeichnet wird, sogar vor der eigenen Frau und den eigenen Kindern nicht Halt. Er ließ seine Frau Fausta und seinen Sohn Crispus ermorden.

Das unvorstellbare Ausmaß des Mordens durch den verehrten Kaiser

Das alles aber hat nicht verhindert, daß er in mehreren Konfessionen, die sich "christlich" nennen - unter anderem der orthodoxen, der armenischen und der koptischen Kirche - bis heute als "Heiliger" verehrt wird, obwohl er mit großer Wahrscheinlichkeit noch nicht einmal offiziell Christ war, dafür aber eben ein Anhänger und Förderer der Kirche.

Man kann sich das Ausmaß des Mordens durch Konstantin kaum vorstellen. Der Historiker Karlheinz Deschner faßt diese schauerlichen Ereignisse und das, wie er ironisch schreibt, "christliche Familienleben" des angeblich "Heiligen" in seiner *Kriminalgeschichte des Christentums* so zusammen:

"Dieser Heilige ließ seinen Schwiegervater, Kaiser Maximian, 310 in Massilia (Marseille) erhängen (und danach alle Statuen und Bilder, die ihn darstellten, vernichten); er ließ seine Schwäger Licinius und Bassanius, Gatten seiner Schwestern Konstantia und Anastasia, erwürgen; den Prinzen Licinianus, Sohn des Licinius, 336 zum ... Sklaven degradieren, auspeitschen und in Karthago totschiagen; 326 seinen eignen (mit Konkubine Minervina kurz vor seiner Hochzeit mit Fausta gezeugten) Sohn Krispus umbringen, wohl vergiften, dazu 'zahlreiche Freunde' ...

Und schließlich ließ das nur selten erreichte 'Vorbild auch an menschlicher Größe'" - Deschner zitiert hier einen katholischen Theologen - "seine Gattin Fausta, Mutter von drei Söhnen und zwei Töchtern, gerade noch auf Münzen als 'Hoffnung des Staates' gefeiert, nun des Ehebruchs mit Krispus verdächtigt, doch kaum überführt (Konstantins eigene Seitensprünge waren notorisch) im Bad ersticken, wonach ihren ganzen Besitz auf einstigen Gebiet der Laterani endgültig der 'Papst' bekam." (*Band 1, S. 264*) ...

Der katholische Heilige Konstantin und sein ständiger Begleiter, der Gott Mithras

... Es war auf jeden Fall nicht Christus und nicht ein echter christlicher Glaube, sondern das System Baal ... Unmittelbar nach der Schlacht an der Milvischen Brücke, also kurz nach seinem teilweisen Götterwechsel, ließ Konstantin auch eine Münze prägen, auf der er gemeinsam mit seinem Begleiter, dem Sonnengott Mithras, abgebildet ist.

Und noch 18 Jahre später, im Jahr 330, läßt Konstantin in seiner neuen Residenz Konstantinopel eine ursprünglich mehr als 30 Meter hohe Säule errichten, die noch heute teilweise zu sehen ist. Der Sockel der Säule stammt aus Heliopolis, dem Zentrum des altägyptischen Sonnenkultes. Und oben auf der Säule stand früher ein vergoldetes Standbild von Konstantin selbst im Strahlenkranz des Mithras. Konstantin ließ sich also noch sieben Jahre vor seinem Tod selbst wie ein Sonnengott darstellen.

Wenn Konstantin also bis kurz vor seinem Tod dem Mithras-Kult verbunden blieb, wie kann es sein, daß er dann gleichzeitig dem Katholizismus zur Macht verhalf, der wiederum die Verfolgung urchristlicher und anderer Gemeinschaften betrieb, die der katholischen Kirche ein Dorn im Auge waren und auch andere Religionen allmählich an den Rand drängte?

Die Vermischung von Frühkatholizismus und Mithras-Kult zur römisch-katholischen Kirche

Konstantin hatte frühzeitig erkannt, daß unter den zahlreichen Religionen gerade die katholische Kirche über eine straffe, hierarchische Organisation verfügte, die er sich zunutze machen konnte. Und er vereinnahmte die Kirche, so wie das heute vielleicht ein Mafiapate tun würde: indem er sie nämlich schlichtweg kaufte - durch zahllose Privilegien und Geschenke ... Und was machten umgekehrt die Kleriker? Es heißt ja: Gleich und gleich gesellt sich gern. Sie waren begeistert und fraßen ihm aus der Hand, wie der Religionswissenschaftler Prof. Hubertus Mynarek schreibt. Bzw. sie vereinnahmten ihrerseits Konstantin für ihre Zwecke.

Konstantins Plan war also, die katholische Kirche nicht nur in den bestehenden römischen Staats- und Kaiserkult zu integrieren, sondern sie bald an die Spitze dieses Kults zu stellen und ihr dafür die nötigen Zugeständnisse zu machen. Das hatte - und man sollte es noch einmal betonen - nichts mit irgendwelchen Menschenrechten oder Religionsfreiheit im heutigen Sinne zu tun und auch nicht mit ethischen Überzeugungen und schon gar nicht mit Glaubensüberzeugungen, wie man es uns glauben machen will, es war Machtpolitik.

Dabei vermischte Konstantin wesentliche Elemente des Mithras-Kultes und der katholischen Religion - die ja zu diesem Zeitpunkt auch kaum mehr christlich war.

So gab es bereits im Mithras-Kult eine ausgefeilte Priesterhierarchie mit speziellen Gewändern, an deren Spitze auch bereits ein Papst stand, es gab ein rituelles Abendmahl mit Brot und Wein, es gab sieben Sakramente, darunter Wassertaufe, Kommunion, Firmung und Beichte, es gab Altäre und Weihrauch und den Glauben an eine Auferstehung des Fleisches -

alles Dinge, die Jesus von Nazareth nicht gelehrt hat. Alles bis heute jedoch feste Bestandteile des katholischen Glaubens, im Ursprung aber zu hundert Prozent aus antiken Götzenkulten stammend.

Die Ähnlichkeit der heutigen römisch-katholischen Religion mit dem heidnischen Mithras-Kult ist geradezu verblüffend. Und Konstantin hatte gezielt diese Vermischung von kirchlichem Scheinchristentum und Mithras-Kult gefördert, auch indem er z.B. im Jahr 321 den Sonntag, den Tag des Sonnengottes, zum offiziellen Ruhetag machte. Vier Jahre später beschloß dann das Konzil von Nicäa unter der Leitung Konstantins, das Geburtstagsfest des Gottes Mithras, den 25. Dezember, zum angeblichen Geburtstagsfest des Jesus von Nazareth zu machen - obwohl die ersten Christen die Geburt des Jesus nicht eigens feierten.

Für sie war wichtiger, was ihr "Herr" gelehrt hatte und daß Er von den Toten auferstanden war. Doch auch hier griff Konstantin ein und stellte die Weichen. Er führte 325 in Nicäa das Osterfest und einen zugehörigen Termin ein (bis heute der erste Sonntag nach dem ersten Frühlingsvollmond), während wahre Christen auch kein äußeres rituelles Osterfest gefeiert hatten, da sie bestrebt waren, daß Christus an jedem Tag in ihnen aufersteht. Schon der Name Ostern kommt wahrscheinlich - im Anklang an den Sonnenkult des Mithras - von der Himmelsrichtung "Eostre" = Osten, wo die Sonne aufgeht, vielleicht auch von der Göttin Astarte, der Gemahlin des Baal - nicht jedoch von Christus.

Um die Menschen äußerlich für das neue Fest einzunehmen, ließ er nach der Festeinsetzung die Hauptstadt Konstantinopel mit vielen großen brennenden Säulenfackeln hell erstrahlen. Damit sollten auch die heidnischen Osterfeuer und Osternächte in die neue katholische Staatsreligion hinüber gerettet werden.

Die römisch-katholische Kirche könnte religionsgeschichtlich also als eine "synkretistische" Mischreligion aus dem mithräischen Baalskult, dem römischen Kaiserkult und einzelnen Elementen anderer Religionen sowie auch einiger Aspekte der christlichen Lehre eingeordnet werden. Sie ist letztlich "Baalskult in katholischem Gewand" und nur mit christlicher Maske versehen. Denn das "Christliche" im katholischen Kultgebäude ist nur vordergründig ist, man könnte auch von einem "Blendwerk" sprechen. ...

Und während Konstantin sich mehr und mehr zum "Heiligen" der Romkirche entwickelt hat, so blieb er wohl gleichzeitig ein Mithras-Anhänger.

Taufen ließ sich er sich der Überlieferung nach überhaupt erst auf dem Totenbett, und das nicht einmal katholisch, sondern von einem Bischof, der die arianische und damit die von Origenes beeinflusste Glaubensbewegung vertrat, die von der Romkirche als "ketzerisch" verfolgt wurde. ...

Katholiken verlangen die Verfolgung der Heiden und die Zerstörung von deren Tempeln

Der noch nicht mit dem Katholizismus vermischte Mithras-Kult wurde von Konstantin zunächst noch geduldet. Erst einige Jahre später verbot Konstantins Sohn Konstantius dann die meisten heidnischen Kulte. Und hier drängten die Vertreter der römisch-katholischen Kirche bald auf noch schärfere Verfolgung. ...

Die heidnischen Tempel wurden zuerst geschlossen und bald darauf vom katholischen Mob geplündert und zerstört.

Im Jahr 380 unter Kaiser Theodosius wurde die römisch-katholische Kirche schließlich zur einzigen erlaubten Staatsreligion erklärt, was schon wenige Jahre später die Todesstrafe für Nichtkatholiken nach sich zog, was Anhänger aller christlichen Gemeinschaften und heidnischen Kulte gleichermaßen bedrohte und betraf. Alles das hatte Kaiser Konstantin mit seiner Favorisierung des Katholizismus und seiner Verfolgung der Urchristen durch sein Gesetz gegen Christen, die keine Katholiken sein wollen, eingeleitet.

Die Botschaft des Christus wurde damit vollends an den Baalskult verraten, welcher nur das-

jenige von ihr vereinnahmte, was er brauchen konnte. Dies war möglich, weil im katholischen Religionsgebilde an die Stelle des ursprünglichen Christentums bereits eine hierarchische Machtkirche getreten war, die mit Jesus von Nazareth kaum noch etwas zu tun hatte.

Die katholischen Kirchenführer - die neuen Oberpriester des Imperium Romanum

Der Mann aus Nazareth hatte weder Priester noch Bischöfe eingesetzt, und Er hat auch keine Kirche gegründet. Das ist heute auch unter vielen Theologen anerkannt. Er und Seine Jünger ließen sich keine Privilegien gewähren, sondern sie lebten von ihrer Hände Arbeit. Jesus, der Christus, lehrte die Menschen, sich auf den Freien Geist auszurichten, der in jedem von uns lebendig ist, Er sprach nie von einem äußeren Reich.

Das frühe Christentum, wie Jesus es lehrte, gründete also auf der inneren Freiheit jedes Einzelnen und auf der Gleichheit und Brüderlichkeit untereinander. "Wer unter euch der Größte sein will, der sei der Diener aller." ... Und genau diese Schwachstelle nützte Konstantin aus, als er die Kirchenoberen mit Privilegien überhäufte und damit bestochen hatte und sie zu den neuen Oberpriestern des römischen Imperiums machte - nur vordergründig und offiziell zu Priestern des Christus, faktisch zu den neuen Baalspriestern. Und das ganze unheilvolle Gemisch nannte sich bald römisch-katholische Kirche.

Vorbereitung der grausamen katholischen Diktatur

Insofern trat vor 1.700 Jahren tatsächlich ein gewaltiger und folgenschwerer historischer Wendepunkt ein, aber nicht nach "oben", sondern nach unten. Konstantin begann auch, Glaubensrichtungen, die nicht den von ihm favorisierten entsprachen, also seine Macht nicht stärkten, zu verfolgen ... Die einzigen, die davon profitierten, waren die katholischen Priester.

Von der Religionsfreiheit, die wir angeblich Konstantin verdanken, wie uns heute manche Theologen Glauben machen wollen, bleibt da nicht viel übrig, im Gegenteil: Konstantin bereitete mit seiner Politik das vor, was sein Nachfolger Theodosius dann vier Jahrzehnte nach ihm vollenden sollte: die absolutistische religiöse Terror-Diktatur, in der nur noch Bestand haben durfte, was römisch-katholisch war und alles andere grausam verfolgt und ausgerottet wurde, sei es jüdisch, heidnisch oder "ketzerisch". Es war der Anfang vom Ende der antiken Kultur und der Beginn einer neuen, sehr dunklen Zeit: des sogenannten Mittelalters und seiner Kirchenherrschaft.

Insofern kann man zu Recht sagen: Konstantin war der Totengräber des frühen und des freien Christentums. Und er war auch der Bekämpfer des Freien Geistes, wie Er sowohl im Urchristentum als auch in manchen außerchristlichen Philosophien und Bewegungen am Wirken war. Konstantin hat dem freien Christentum sozusagen einen schweren Stoß versetzt, nachdem es zuvor schon durch die Priesterkaste zum großen Teil korrumpiert bzw. vereinnahmt worden war. ...

Das katholisch-konstantinische Staatschristentum ist von Beginn an auch ein riesiger Etikettenschwindel, ein dreister Betrug an der gesamten Menschheit - nämlich den Namen des Jesus von Nazareth, des großen Liebe- und Weisheitslehrers Christus, für das genaue Gegenteil zu mißbrauchen: Nicht zum Frieden zu streben, sondern zum Krieg; nicht zur Gleichheit, sondern zur Ausbeutung; nicht zur Geschwisterlichkeit, sondern zur Unterdrückung der Frauen, der Sklaven, der Andersgläubigen, der Natur und der Tiere.

Der Großinquisitor und das "Geheimnis" der Kirche

Der russische Schriftsteller Fjodor M. Dostojewski hat in seiner Erzählung vom Großinquisitor auf geradezu beklemmende Weise beschrieben, welche verhängnisvolle Entwicklung damals zur Zeit Konstantins ihren Anfang nahm. ... Mit seiner Erzählung *Der Großinquisitor* brachte er zum Ausdruck, wie die Kirche aus seiner Sicht die Lehre des Jesus von Nazareth in Wirklichkeit zutiefst verraten hat. ...

Das System Baal hat sich also nicht nur mit dem Terror der Gewalttaten wie Krieg, Sklaverei, Folter und Mord über die Erde verbreitet. Auch Lüge und Fälschung waren und sind Waffen

im Arsenal des Systems Baal, mit denen es die ganze Menschheit von Anfang an betrogen hat, so wie es Jesus, der Christus, Seinen Gegnern, der damaligen Priesterkaste, entgegen hielt, als Er sprach:

"Ihr habt den Teufel zum Vater, und nach eures Vaters Begehren wollt ihr tun. Der ist ein Mörder von Anfang an und steht nicht in der Wahrheit, denn die Wahrheit ist nicht in ihm. Wenn er die Lüge redet, so redet er aus dem Eigenen; denn er ist ein Lügner und der Vater der Lüge." (*Johannes 8, 44*) ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 24. Oktober 2017) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Entstehung der römisch-katholischen Kirche (x977/...):
>>**Der Heilige Stuhl ...**

Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums angenommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet. ...

Die hierarchische Ordnung

Die römisch-katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen auftürmt und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, "einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist." (Wikipedia) ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Entstehung des Papsttums (x282/182-183): >>... Die römische Christengemeinde war weder von Petrus noch von Paulus gegründet worden, sondern von unbekanntem Judenchristen.

Daß Petrus je in Rom gewesen, ist gänzlich unbewiesen, sein Grab, trotz aller Grabungen, bis heute nicht gefunden worden; und nie saß er auf dem Stuhl, der seinen Namen trägt. ...

Die Bischöfe Roms, kirchenpolitisch und geistig zunächst sämtlich unbedeutende Figuren, fühlten sich auch selber lange nicht als Päpste im späteren Sinn. Erst im 3. Jahrhundert bekamen sie den Vorrang gegenüber der italienischen Kirche. Ihr Einfluß auf die bedeutendere des Ostens aber war denkbar gering. ...

Die Entstehung des Papsttums ist alles andere als wunderbar, nichts ging da übernatürlich, alles allzu natürlich zu. Die Gründe dafür resultieren aus der Stellung Roms als Hauptstadt des Römischen Reiches und der führenden Rolle, die der römische Bischof nach dem Zusammenbruch des Imperiums in Italien sich angemaßt hat. ...<<

Horst Deckert berichtete später in seinem Internet-Blog "https://www.offenbarung.de ..." über das Papsttum (x990/...): >>**Das Papsttum**

Der Pontifex Maximus und seine Armee

Die Geschichte lehrt uns, daß "Pontifex maximus" der Titel des mit Fischschwanztalar und Fischkopfhut bekleideten, obersten Baalspriesters Babylons war, der sich schon damals als unfehlbarer Stellvertreter Gottes ausgab und Ring und Schuhe küssen ließ.

Später mußte er, nachdem er die Medo-Perser, die Babylon besiegten, nicht überwinden konnte, nach Pergamon flüchten. Seine Priester waren ebenso zölibat (pflichtgemäß ehelos), wie die des Papstes heute. ...

Im Vatikan, wo früher der Janustempel stand (gemäß Offenbarung 2, 13 der Thron Satans), wurde die volle babylonische Religion wieder eingesetzt. ...<<

Schlußbemerkungen

Die Terrorherrschaft der römisch-katholischen Kirche verursachte seit 380 in den folgenden Jahrhunderten unfabbare welthistorische Menschheitsverbrechen. Im Verlauf der römisch-katholischen Inquisition wurden z.B. alle abtrünnigen Christen (Albigenser, Waldenser, Lutheraner, Zwinglianer und Calvinisten usw.) als "Ketzer" gnadenlos verfolgt und Tausende von unschuldigen Frauen wegen angeblicher Hexerei mitleidlos auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Die organisierte Kriminalität wurde später wie folgt definiert (x1.337/...): >>... Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,

b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder

c) unter Einflußnahme auf Politik, Massenmedien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken. ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 25 berichtete später über den Verrat an Jesus Christus (x976/...): >>**Der Verrat an Jesus, dem Christus**

Die Kirche - keine Jesusnachfolge, sondern ein totalitärer Götzenkult

Obwohl der Film *The Da Vinci Code* nur eine Verfilmung eines Romans war, reagierte die Kirche zum Filmstart im Jahr 2006 aufgeregt. Denn auch wenn die Einzelheiten nur fiktiv sind (z.B. die Existenz eines leiblichen Nachkommens von Jesus), traf der Kern der Handlung ins Schwarze:

Die Kirche verwaltet ein Lügengebäude und ist verantwortlich für den größten Betrug der Menschheitsgeschichte. Dieser besteht darin, daß sie sich als Stellvertreterin der Sache von Jesus ausgibt, während sie in Wirklichkeit im Gegensatz zu dem Mann aus Nazareth steht. Die Kirche ist - religionsgeschichtlich formuliert - eine "synkretistische Religion", also eine Mischreligion". ...

Denn sie setzt sich zusammen aus Elementen antiker Mysterienreligionen, des alttestamentlichen Priestertums, der archaischen "Vielgötterei" und aus voodoo-ähnlichen Blut-Kulten, in die man - auch noch teilweise gefälschte - Elemente der Lehre von Jesus von Nazareth mit hinein gewoben hat. In ihrer Organisationsstruktur übernahm man die Verwaltungseinheiten des Imperium Romanum, und man übertrug den totalen Herrschaftsanspruch römischer Kaiser auf den katholischen Papst und auf die kirchliche Hierarchie. Zusammenfassend könnte man die Kirche folglich als einen totalitären Götzenkult bezeichnen. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27814" berichtet am 1. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Groß-Demo 10.12.23 in Karlsruhe - ausführliche Fassung**

Der Staat darf keinen unschuldigen Menschen töten, weder im Konflikt- noch im Krisenfall. Das Volk holt sich seine Demokratie, Recht und Freiheit zurück, so der Tenor bei den Kundgebungen und der Demo am 10.12.2023.

... Sonntag, 10. Dezember 2023, am 75. Tag der Menschenrechte, findet hier in Karlsruhe ein zeitgeschichtliches Ereignis nie da gewesener und ganz besonderer Art statt: Im Zuge einer Groß-Demonstration mit Kundgebungen und Umzug werden 599 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eingereicht. Dieses richtet sich gegen die Verantwortlichen die sich für die gesetzliche Einführung einer Impfpflicht in Gesundheitsberufen und bei Angehörigen der Bundeswehr eingesetzt haben. Denn die Inkaufnahme von Impfschäden und Impftoten stellt einen Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und gegen den § 7 des Völkerstrafgesetzbuchs dar.

Es wird laut dem Veranstalter keine Versöhnung geben, solange die Täter der widerrechtlichen Corona-Maßnahmen straffrei bleiben. Für die Kundgebungen haben sich hochrangige

kompetente Referenten angesagt, die mit ihren Beiträgen die Tragweite der Verbrechen und den unbedingten Handlungsbedarf untermauern.

Kundgebung:

Wir freuen uns, daß ihr mit uns gemeinsam heute zu Ehren und zum Gedenken von allen Opfern aus dreieinhalb Jahren Corona-Unrechtsregime hierher nach Karlsruhe in die Stadt des Rechts gekommen seid. Dankeschön! Und wenn ihr glaubt, wir sind wenige, dann muß ich euch sagen, oder darf ich euch sagen, es waren immer die wenigen, die den Unterschied gemacht haben. Und deswegen danke an all die Menschen, die heute mit uns gemeinsam das Recht und die Gerechtigkeit feiern und Ausdruck, Wirkung und Würde zurückgeben. Danke Karlsruhe, danke im Namen vom ZAAVV (= Ziele: Aufarbeitung, Aufklärung, juristische Verfolgung sowie Verhinderung), von allen Organisationen und Unterstützern, die heute aufgerufen haben für diesen wunderbaren Tag des Rechts.

Als Erstes möchte ich, möchten wir uns ganz klar von jeder Form des Linksextremismus, des Rechtsextremismus, des Antisemitismus oder anderen ideologischen extremistischen Vorstellungen und Verfolgungen distanzieren. Das Besondere bei dieser Veranstaltung ist, daß ihr nicht nur Reden von Anwälten und Anwältinnen hören werdet, Organe der Rechtspflege, sondern heute steht etwas Besonderes im Vordergrund, nämlich Handeln. Die Politik weigert sich bis heute, eine Aufklärung der Corona-Politik vorzunehmen.

Daher werden wir heute an die 600 Strafanzeigen live und in Farbe, hier stellen, mit eurer Unterstützung. Um was geht es? Schaut bitte einmal auf die Leinwand. Grün und FDP enthoben eines Gesetzes zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie auf Drucksache 20.188 und 20.250 liegt folgendes Ergebnis der Schlußabstimmung vor. Abgegebene Stimmkarten bei 689. Mit Ja haben gestimmt 571. Mit Nein haben gestimmt 80. Und enthalten haben sich 38. Der Gesetzentwurf ist hiermit angenommen.

"Diese Bundesregierung hat sich viel vorgenommen, aber das oberste Ziel ist für uns der Schutz der Bevölkerung und dieser Gesundheitsdienste. Wir werden daher alles tun, um diese Krise so schnell wie möglich zu beenden. Also ehrlicherweise an die Adresse der Ungeimpften sagen, das, was ich jetzt sage, wird nicht jedem gefallen. Aber es ist leider so, bei der Inzidenz, die wir derzeit haben, ist die einzige Alternative zur Schließung von Restaurants und kulturellen Einrichtungen. Müssen wir aber auch das Impftempo aufnehmen.

Wir müssen konsequent Erst-, Zweit- und Booster-Impfungen beschleunigen. 1,1 Millionen Impfungen vornehmen können. Das ist ein Rekordwert. Es wird in keinem anderen europäischen Land derzeit so schnell die Booster-Impfung vorgenommen und auch die Erstimpfung wie in Deutschland. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich für alle Arbeitenden, für die Ärztinnen und Ärzte, für diejenigen, die die Impfzentren aufbauen, für diejenigen, die das alles organisieren. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Das ist die Arbeit, die zum Schluß uns erfolgreich über diese Welle fliegt.

Auf der anderen Seite müssen wir auch vermitteln, was ja auch so ist, die Impfungen sind, halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei. Das muß immer wieder gesagt werden. Im Kern ist die Gruppe, die jetzt gefährdet ist, von den 50- bis 80-Jährigen, die sind alle ungeimpft, die sind alle ungeschützt und die werden sterben. Und ich bin einfach froh, daß die neue Ampelregierung sich auf den Weg macht, eine allgemeine Impfpflicht wohl einzuführen. Und ich erwarte, daß die Vorbereitungen jetzt schon beginnen."

Als Jurist möchte man sagen, liebe Staatsanwaltschaft, das reicht mindestens für einen Anfangsverdacht. Und auch ich möchte mich an dieser Stelle schon bedanken, nämlich bei den Ärztinnen und Ärzten, die damals und heute den Mut hatten zu sagen, Herr Lauterbach hat gelogen. Und Herr Lauterbach hat nicht nur gelogen, er hat wissentlich gelogen. Es gab und gibt Nebenwirkungen. Es gibt Impfschäden und das wird niemand mehr ernsthaft

bestreiten können. Und wer es doch tut, wird sich vor seiner Verantwortung drücken. Und in einem funktionierenden Rechtsstaat müßte hier eigentlich aufgeklärt und gehandelt werden. Und es gibt hier jemanden, den wahrscheinlich kaum jemand kennt, der treibt sich manchmal in Bussen durch die Gegend. Der das hier initiiert hat. Am besten stellt er sich selber vor, er ist manchmal ein bißchen schüchtern. Darf ich mal ganz kurz Ralf Ludwig zu mir bitten.

Ja hallo, vielen Dank, vielen Dank, daß ihr alle hier seid, daß ihr diese Sache unterstützt. Ich habe 2021 im Frühjahr in Stuttgart gesagt, daß wir dieses Zentrum gründen werden und daß wir aufarbeiten werden und daß wir nicht aufhören werden, bis diejenigen, die für die Corona-Maßnahmen verantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden. Und das werden wir heute mit den Strafanzeigen beginnen. Wir haben heute viele tolle Kolleginnen und Kollegen auf der Bühne, viele Juristen, die seit vielen Jahren eure Interessen vertreten, die seit vielen Jahren von Gericht zu Gericht fahren und versuchen, halbwegs die Rechtsstaatlichkeit zu retten und zu sichern.

Ich bedanke mich sehr bei diesen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier auf der Bühne stehen. Viele stehen auch hier vor der Bühne und haben wirklich unglaublich gute Arbeit geleistet. Also wir haben ganz, ganz viele tolle Leute. Und ich denke, über einen Staat, in dem eine große Anzahl an Rechtsanwälten aufsteht und sagt, was hier gerade passiert, ist nicht in Ordnung, da kann auch etwas nicht in Ordnung sein. Ich selber möchte mich heute ein bißchen zurückhalten, weil ich finde, in den Mittelpunkt gehören heute die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz für eure, für unsere Rechte kämpfen.

Und mir ist nur ein Satz wichtig, der steht hier vorne. Und ich möchte, daß ihr diesen Satz allen Menschen, die immer noch zweifeln, immer wieder erzählt. Ein Staat darf keine unschuldigen Menschen töten. Die meisten Menschen glauben, so ein Satz gilt nur für Kriegsfälle oder für den Krieg, aber das stimmt nicht. Dieser Satz gilt auch dann, wenn der Staat Menschen verpflichtet, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen, wo selbst die offiziellen Institute, wie das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut sagen, es kann am Ende tödliche Nebenwirkungen haben.

Ein Staat darf keine Menschen, keinen unschuldigen Menschen töten. Das ist unsere Botschaft und laßt die uns nach draußen tragen. Vielen Dank. Wenden wir uns dem Ernst des Lebens zu. Ich hoffe, daß einige Juristinnen und Juristen, vielleicht auch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hier sind. Wenn das der Fall sein sollte, meine dringende Bitte, fangt an, euren Job zu machen. Und als Organe der Rechtspflege sind wir gerne bereit, dies zu unterstützen. Und wir haben gerade in diesem Video mitbekommen, es ging um die Impfpflicht. Für viele im Pflegebereich, im Krankenhaus, hatte es fatale Folgen.

Und es gibt Menschen, die haben den Mut gehabt, auch im Bundestag dagegen zu stimmen. Ich darf jetzt als erstes Thomas Seitz begrüßen. Thomas Seitz ist Bundestagsabgeordneter und einer der Mutigen, die gegen eine Impfpflicht gestimmt haben. Von einer Partei, deren Name nicht genannt werden darf. Hallo, Thomas Seitz. Ja, liebe Freunde der Freiheit und unserer Grundrechte. Danke dafür, daß ich heute zur juristischen wie parlamentarischen Aufarbeitung der Corona-Krise zu euch reden darf.

Zuerst aber eine Klarstellung. Wir hatten keine Krise wegen Corona. Sondern die Krise war die Folge der Corona-Maßnahmen. Auslöser der echten Krise war kein Virus, sondern die Politik. Es war eine Zeit des rechtlichen Ausnahmezustands, obwohl das Grundgesetz einen zivilen Notstand wegen Naturkatastrophen oder Seuchen überhaupt nicht kennt.

Es war eine Zeit, in der der vermeintliche Schutz der Gesundheit kategorisch über alle anderen Grundrechte gestellt wurde. Es war die Zeit der Corona-Diktatur. Während Legislative und Exekutive sich gegenseitig in exzessiven Grundrechtseingriffen überboten haben,

haben die Gerichte fast durchgängig in ihrer Funktion als Wächter der Freiheit und der Grundrechte versagt. Besonders deutlich wurde dies im Kontext der Versammlungsfreiheit, wenn beispielsweise Abstandsregeln nur dann galten, und auch erbarmungslos wurden, wenn gegen und nicht für die Regierung demonstriert wurde.

Die Justiz hat also nahezu alle rechtlichen Zumutungen früher oder später kritiklos abgesegnet, obwohl es in Deutschland überhaupt keine Übersterblichkeit gab. Jedenfalls nicht bis zum Beginn der Impfkampagne. Mit einem Impfstoff, der kein Impfstoff war, sondern eine experimentelle Gentherapie.

Die bisherige, parlamentarische Aufarbeitung verlief dabei genauso unbefriedigend, wie die juristische. Schon 2020 hatten wir einen ersten Untersuchungsausschuß Corona beantragt, der abgelehnt wurde, weil die AfD nur über weniger als 25 Prozent der Sitze verfügte und das Minderheitenrecht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erst ab diesem Quorum greift. Vielleicht hätte der öffentliche Druck eines frühen Untersuchungsausschusses viele der nachfolgenden Zumutungen verhindern können.

Und man muß mit Programm und Politik der Alternative für Deutschland nicht einverstanden sein. Aber niemand kann leugnen, daß wir während des Corona-Regimes die einzige Stimme der Freiheit im Deutschen Bundestag waren. Und auch die einzigen, die nicht nur konsequent für die Freiheit argumentiert, sondern anschließend auch so abgestimmt haben.

Weil ich selbst ungeimpft und nicht bereit war, mich einem faschistoiden Prinzip beugend meine virologische Unschuld zu beweisen, durfte ich wie viele andere Abgeordnete ab Januar 2022 nur noch auf der Besuchertribüne des Bundestages an den Plenarsitzungen teilnehmen. Aber auch als Ausgestoßener kann man Klartext reden. Mein liebster Satz aus dieser Zeit im Plenum des Deutschen Bundestages lautet: "Die Spaziergänger verteidigen den Rechtsstaat und ihre Kriminalisierung ist Unrecht." Und ebenso werden wir alles daran setzen, daß auch die juristische Aufarbeitung endlich vorwärtskommt. Deshalb hoffe ich sehr, daß die heute eingereichten Strafanzeigen Erfolg haben werden.

Es ist mir eine große Ehre und eine große Freude, heute hier in Karlsruhe am 10. Dezember dieses Jahres 2023 zu euch sprechen zu dürfen. Ab März 2020 wurde alles umgestoßen, was bisher einen demokratischen Rechtsstaat ausgezeichnet hat und was Stand der medizinischen Wissenschaft war. Wer dagegen auftrat, wurde diffamiert, beschimpft und verfolgt. Ärzte verloren ihre Berechtigung zur ärztlichen Berufsausübung, wurden von der Universität entlassen und von den Disziplinarbehörden der Ärztekammern in Übereinstimmung mit der Regierungsgewalt und den gekauften Medien willkürlich verfolgt, um sie letztlich zum Schweigen zu bringen.

Wer nicht mit dem Narrativ mitmachte und im Gleichklang mit dem Mainstream marschierte, wurde im besten Fall zum Außenseiter, letztlich vom öffentlichen Leben ausgesperrt, in seiner Existenz bedroht und verleumdet. Die dadurch entstandenen Schäden sind enorm. Alle Geschehnisse und alles Unrecht muß aufgearbeitet und die Verantwortungsträger müssen zur Haftung und Rechenschaft herangezogen werden. Denn wir dürfen niemals vergessen, niemals vergessen, was geschehen ist.

Das sind wir uns selbst, unseren Kindern und den Opfern dieser Gesundheitsdiktatur schuldig. Österreich wurde insgesamt von fünf sinnlosen Lockdowns heimgesucht. Gesunde Menschen wurden ihrer Freiheit beraubt. Für die Sicherung seiner Existenz war es erforderlich, daß der arbeitende Mensch am Arbeitsplatz sich einer 3G-Regel, die sinnlos war, unterzog. Nämlich getestet, genesen oder geimpft, sprich genbehandelt.

Alte, kranke und hilfsbedürftige, pflegebedürftige Personen wurden kaltblütig von ihren Familien, Freunden und Bekannten zwangsisoliert. Menschen wurden genötigt, ihre Gesundheit durch das sinnlose Tragen von Masken zu gefährden und zu schädigen. Ihre äußere Erscheinung wie Sklaven zu verunstalten.

Die freie Meinung, einst hochgeschätzt als Maßstab des Diskurses, der Weiterentwicklung, wurde untersagt und zensuriert. Den Höhepunkt der Verachtung der Würde des Menschen, seiner Grund- und Freiheitsrechte, bildete der direkte oder indirekte Zwang, sich wiederholt einer experimentellen und gefährlichen Covid-19-Injektion zu unterziehen, die außer schädlichen Wirkungen nichts brachte und nichts bringt.

In Österreich gipfelte der Angriff auf das Leben und die Gesundheit eines jeden Bürgers in der Erlassung eines Impfpflichtgesetzes. Die kritischen Richter und Staatsanwälte in Deutschland haben es auf den Punkt gebracht. Die staatliche Anordnung zu einer Covid-19-Impfung ist vorsätzliches Töten. Die Kollateralschäden sind unbeschreiblich.

Psychisch geschädigte Kinder und Jugendliche, eine nie dagewesene Anzahl an Insolvenzen, physische und psychische Existenzvernichtung von Personen, die Spaltung der Gesellschaft, gesundheitliche oder tödliche Auswirkungen wegen medizinisch notwendiger, jedoch nicht oder nicht zeitgerecht durchgeführten Behandlungen von Personen, eine unüberschaubare Zahl an Impfgeschädigten und an Impftoten.

Wer in der Demokratie schläft, der wacht in der Diktatur auf. Daher dürfen wir niemals vergessen. Das Narrativ wird im orchestrierten Gleichklang durch Regierungen und Erfüllungshelfern wie den mit Steuergeld gesponserten Medien fortgesetzt. Von der Klimahysterie über die existentielle Vernichtung des Mittelstandes aus hehren Zielen bis hin zur Schaffung einer neoabsolutistischen Weltregierung in Gestalt der WHO, durch die nicht mit den Verfassungen zivilisierter Staaten vereinbarungskonformen Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften und den Abschluß eines Pandemievertrages.

Es ist mit den Grund- und Freiheitsrechten unserer Verfassung, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, unvereinbar, einer WHO, die von keinem Bürger dieser Welt demokratisch gewählt worden ist, ihrem Generaldirektor, damit den dahinterstehenden selbsternannten arroganten Eliten bei Annahme eines potentiellen oder aktuellen globalen Gesundheitsnotstandes unumschränkte Machtbefugnisse zu verleihen. Kontroll-, Überwachungs- und Sanktionsrechte ohne Überprüfungsmöglichkeit, ohne Verantwortlichkeit und ohne Haftung.

Dieses globalistische Vorhaben, das von Big Pharma, Konzernen und selbstherrlichen Machteliten betrieben wird, muß zur Wahrung der Souveränität der Staaten und zur Wahrung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Würde eines jeden einzelnen Bürgers zu Fall gebracht werden. Wir sind daher heute am 75. Jahrestag der Menschenrechte hier in Karlsruhe zusammengekommen, um ein Postulat der Aufarbeitung, Verantwortlichkeit und Haftbarmachung zu setzen. Die positive Veränderung, die der größte medizinische und rechtliche Skandal seit 1945 hervorgerufen hat, hat längst begonnen.

Wir sind viele, als daß diese Chance zu einer wirklichen politischen und rechtlichen Wende gestoppt oder verwirkt werden könnte. Wir sind viele und wir werden immer mehr. Daher zum Schluß. Wir dürfen niemals vergessen, was geschehen ist. Wir sind jetzt dazu berufen, und wir sind dazu verpflichtet, die Zukunft positiv zu verändern und diesen Weg zu gehen. Das ist unser großes Ziel. Ich danke euch.

Hallo Karlsruhe! Hallo, ihr Verteidiger der Menschenrechte! Ein ganz besonderer Gruß geht an die Freiheitstrieckler. Die sind extra aus der Schweiz hierhergekommen, um in der Tradition der Ahnen die bösen Geister zu vertreiben. Zeigen sie mal, was sie können, da hinten! Wir sind hier auf dem Platz der Menschenrechte versammelt, weil heute vor 75 Jahren die UNO-Generalversammlung den Katalog der Menschenrechte verabschiedet hat. Das sollte eigentlich ein Grund zum Feiern sein.

Aber leider müssen wir feststellen, 75 Jahre sind eine schöne stattliche Zeit, aber man könnte auch sagen, noch nicht einmal 100-jährig und schon werden diese Menschenrechte mit Füßen getreten. Es heißt ganz am Anfang dieses Katalogs von der UNO, alle Menschen verfügen von Geburt an über die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten. Leben, Freiheit

und Sicherheit der Person, das sind die Werte, um die geht es. Wir kommen nachher noch auf einzelne Werte, aber es geht darum, wir haben von Geburt an die gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten.

Und warum haben wir diese gleichen unveräußerlichen Rechte und Grundfreiheiten? Weil wir Menschen sind. Weil wir Menschen sind, haben wir Menschenrechte. Es heißt dort weiter, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Aber erinnert ihr euch daran, wie einer im Fernsehen sagte, wer nicht spurt, ist raus aus dem gesellschaftlichen Leben. Ungeheuerlich so etwas. Wir dürfen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, weil wir Menschen sind. Warum dürfen wir am gesellschaftlichen Leben teilnehmen? Weil wir Menschen sind.

Genau. Es heißt dort auch, niemand darf willkürlich festgenommen und in Haft gehalten werden. Aber wir stellen fest, daß die Justiz zu einer politischen Waffe geworden ist. Denken wir an Michael Ballweg, neun Monate Gefängnis und am Schluß reicht es nicht mal für eine Klage. Warum darf uns niemand willkürlich festnehmen und einsperren? Weil wir Menschen sind. Warum darf uns niemand willkürlich einsperren? Weil wir Menschen sind. Es heißt dort auch, niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Wohnung, seine Familie und seinen Schriftverkehr, Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Wie ist das mit diesem Denunziantentum? Erinnert ihr euch an die Einschränkungen der Besuchsrechte in Spitälern, ja selbst in euren Wohnungen und Häusern - haben sie uns gesagt, wie viele Leute wir einladen dürfen. Wir mußten uns ausweisen, wenn wir ein Restaurant besuchen wollten. Warum sind solche Beschränkungen und Einschränkungen nicht zulässig? Weil wir Menschen sind! Genau, geht ja. Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, die ist gewährleistet. Aber selbst dort haben sie uns angegriffen. Selbst Gottesdienste wurden Beschränkungen auferlegt, kleine Kreise und so weiter. Warum ist die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleistet? Weil wir Menschen sind!

Dann kommt noch ein weiteres wichtiges Menschenrecht dazu, das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit und Meinungsäußerung. Im deutschen Grundgesetz ist es sogar noch viel einfacher formuliert. Zensur findet nicht statt. Das ist so einfach, damit es sogar Politiker verstehen sollten. Aber was ist mit Julian Assange? Dort drüben ist der Wagen und andere Leute, die gecancelt werden, die ausgegrenzt werden. Warum haben wir eine Meinungsäußerungsfreiheit? Warum müssen wir auch Dinge sagen können, die den Regierenden gegen den Strich gehen? Weil wir Menschen sind! Genau.

Und warum dürfen wir uns hier auf diesem Platz versammeln, ohne irgendwelche Einschränkungen? Weil wir Menschen sind! Ganz genau. Und von diesem Recht machen wir Gebrauch. In unserer Schweizer Bundesverfassung findet sich der schöne Satz: "Daß frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht."

Vielleicht eine der wichtigsten Botschaften ist, wir als Menschen sind keine Objekte. Wir sind keine Verhandlungsmasse, die sich von rechts oder nach links schieben läßt. Auch darum geht es bei diesen Strafanzeigen heute. Und jeder von euch kann diese Strafanzeige unterstützen. Dort drüben auf der anderen Seite ist ein Bus. Und hier werden auch solche Karten verteilt, die ich hier hochhalte. Darauf steht, ich erstatte Anzeige wegen Verdachts auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Jeder, der das unterstützen möchte, kann auch hinten beim Bus seine Unterschrift darunter setzen. Wichtig ist dabei, Name und Adresse ebenfalls einzufügen, damit sie vollständig ist. Das kann auch gleich noch beim Aufzug passieren. Einfach schon mal als Ankündigung. ...

So, wollen wir noch eine Aktion alle zusammen machen? Seid ihr alle da? Karlsruhe. Wir machen das ja fast bei jeder Großveranstaltung, bei jedem großen Aufruf. Tobias, ich brauch'

dich bitte ganz kurz. Also, alle Hände mal hoch. Alle Hände mal hoch. Ich hoffe, daß es hält. Also, ich ruf' Frieden. Ihr ruft Freiheit. Frieden - Freiheit. Danke! Bitte!

So. Alle wieder wach? Hallo Karlsruhe. Wunderbar. Eben habe ich davon gesprochen, daß es Ärztinnen und Ärzte gibt, die den Mut hatten, ihrem Eid gemäß dem Nürnberger Kodex folgend ihre Arbeit gemacht haben. Bis heute laufen diverse, viele Strafverfahren gegen sogenannte kritische Ärzte. Eine Bemerkung, weil ich gesehen habe, der SWR ist hier. Lieber SWR, ich freue mich sehr. Und es wäre wunderbar, wenn sich nicht alles auf eine Person konzentriert in der Berichterstattung, die auch hier neben der Bühne stand, sondern daß ernst genommen wird, was Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen hier sagen.

Wir sagen das nicht einfach aus Jux und Tollerei. Da steckt Substanz hinter und wir können das beweisen. Und um dem vorzubeugen, mir persönlich ist es vollkommen egal, ob ihr mich als rechts, rechtsradikal, links, linksradikal bezeichnet. Ich bin ein Mensch. Ich habe Werte und ich habe Menschenrechte. Und darauf poche ich. Und eine mutige Ärztin ist heute zu uns gekommen, die mal kurz berichten will aus der Praxis, was das mit Menschen macht, was hier eigentlich passiert. Ich darf ganz herzlich begrüßen Perin Dinekli.

Ja, mein Name ist Perin Dinekli. Ich bin Allgemeinärztin mit Schwerpunkt klassische Homöopathie in Offenburg. Und ich bin seit Anfang der Krise auf der Straße. Ich singe auch, habe Protestlieder gemacht und war auf vielen Demos und habe aufgeklärt. Und im September 2020 hatte ich eine Razzia, so wie die meisten kritischen Ärzte in meiner Praxis.

Und acht Wochen später hatte ich einen Strafbefehl über 150 Tagessätze, also fünf Monate Gefängnis oder eben 22.500 Euro für das Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse, wider besseren Wissens zwecks, Täuschungen in Rechtsangelegenheiten, sprich Maskenbefreiungsatteste. Genau.

Und die Praxis ist, die gängige Praxis, daß wir alle verurteilt werden wegen jedem einzelnen Attest, das wir ohne körperliche Untersuchung ausgestellt haben. Wobei uns im Sommer 2020 den Ärzten gesagt wurde, die Pandemie sei ja so gefährlich, daß der direkte Patientenkontakt zu vermeiden sei und selbst Krankmeldungen nur nach telefonischer Rücksprache ausgestellt werden.

Und das haben wir natürlich auch, in dieser heißen Zeit, mit Maskenbefreiungsattesten gemacht, selbstverständlich. Zumal viele Menschen, also die meisten Ärzte, haben sich zu der Zeit schon geweigert, grundsätzlich Maskenbefreiungsatteste auszustellen. Selbst bei ihren eigenen Patienten mit Asthma oder schweren Herzkrankheiten. Und diese Patienten sind natürlich aus ganz Deutschland zu uns sehr wenigen Ärzten im Vergleich zu den vielen, die angepaßt waren, gekommen, die sich geäußert haben. Und haben verzweifelt um Maskenbefreiungsatteste für sich oder ihre Kinder gebeten.

Und selbstverständlich haben wir die ausgestellt, da ja jeder Mensch unter einer Maske, wenn er sie stundenlang trägt, einen Sauerstoffmangel hat. Das ist eigentlich, dafür braucht man gar nicht studiert zu haben oder irgendwie wissenschaftlich sozusagen sich auszukennen. Und gleichzeitig eine Hyperkapnie, also ein zu viel an Kohlendioxid. Und er hat sozusagen eine mehr oder weniger schwere CO₂-Vergiftung. Und das macht diverse Symptome wie Atemnot, Panikattacken, Kopfschmerzen, Schwindel, irgendwelche Gefühle aus dem Körper rauszutreten, wie auch immer.

Das sind alles Symptome, die wir sowieso nicht mit einer körperlichen Untersuchung verifizieren könnten. Nichtsdestotrotz werden wir alle verurteilt wegen Attesten ohne körperliche Untersuchung. Und die Richter sagen alle zu Beginn der Verhandlung, ich hatte jetzt gerade meine Verhandlung, vier Prozeßtage, hier ist es nicht Gegenstand der Verhandlung, ob die Masken schädlich sind oder nützen.

Ich wurde Anfang 21 schon aufgefordert, nach meinem Strafbefehl, meine Approbation, doch freiwillig abzugeben, da ja der Verdacht bestünde, daß ich unwürdig und unzuverlässig in meiner Persönlichkeit und charakterlich für den Arztberuf nicht geeignet sei. Das habe ich natürlich nicht gemacht. Dann wurde ein Berufsrechtsverfahren eingeleitet.

Und dann hat man mir noch mal ein Ultimatum gestellt und gesagt, ich soll doch eine eidesstattliche Erklärung unterschreiben, daß ich keine Maskenbefreiungssatteste mehr ausstellen werde, damit sie mir nicht die Approbation bis zum Ende des Strafverfahrens, was ich jahrelang hinziehen kann, stillegen. Das habe ich nicht gemacht. Ich habe dafür ein Lied geschrieben und einen Brief an die Approbationsbehörde. Einen langen Brief, der Ähnliches sagt wie in diesem Lied.

Ärztliche Berufsordnung. Ärztinnen und Ärzte üben ihren Beruf nach ihrem Gewissen, den ethischen Grundsätzen, der ärztlichen Ethik und ihrem besten Wissen und Gewissen aus. Sie dürfen dabei keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit dieser Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung sie nicht verantworten können. Ich werde meine medizinischen Fähigkeiten nicht anwenden, um Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten zu verletzen.

Zu uns gekommen ist ein weiterer Rechtsanwalt, ebenfalls bei den Anwälten für Aufklärung. Einer von der Front. Edgar Simon, herzlich willkommen. Danke. Meine lieben Leute, vielen Dank, daß ihr mir schon Applaus zollt, bevor ich was gesagt habe. Aber ich werde jetzt ein bißchen was sagen. Und zwar möchte ich euch ganz kurz einen kleinen Hintergrund schildern, als das alles losging.

Mein Thema sind heute die Kinder, die ich hier in fünf Minuten abhandeln möchte, obwohl es darüber stundenlang was zu erzählen gäbe. Es geht damit los, daß ich etwas zitieren möchte aus einem FDA-Symposium vom 26.10.2021. Dort gab es, um euch mal die Skrupellosigkeit dieser Menschen, die das hier alles vom Zaun gebrochen haben, vor Augen zu führen, eine Besprechung, ob man den Impfstoff auf Kinder im Alter zwischen fünf und elf Jahren loslassen soll.

Und ich zitiere hier den Dr. Eric Rubin. Das ist der Chefredakteur des New England Journal of Medicine, das im Übrigen auch die Pfizer-Studien veröffentlicht hat. Der hat in diesem Symposium Folgendes gesagt. Wir werden nie erfahren, wie sicher dieser Impfstoff ist, wenn wir nicht anfangen, ihn zu verabreichen. Das ist einfach der Lauf der Dinge.

Es geht noch weiter, meine lieben Freunde, und es wird völlig skrupellos, wenn ich das weiterlese. Auf diese Weise haben wir auch von seltenen Komplikationen bei anderen Impfstoffen wie dem Rotavirus-Impfstoff erfahren. Und ich denke, wir sollten für die Zulassung stimmen. In diesen Worten liegt eine Menschenverachtung, die ihresgleichen sucht. Und solche Leute stecken hinter dem, was hier passiert ist.

Und ich kann euch noch was anderes erzählen. Ich bin nämlich viel in Gerichten unterwegs und schütze dort die Kinder, deren Eltern, manchmal auch die Kinder selber, von Bußgeldern betroffen sind. Ich spreche kurz einen Fall an, den ich selbst erlebt habe. Ich war dort Verteidiger für einen Jugendlichen, der 14 Jahre alt ist, und dessen Mutter. Und es ging um die Frage, soll der junge Mann Maske tragen in der Schule oder nicht? Und der Richter sagte, wieso denn? Das machen alle anderen doch auch, und das ist doch völlig ungefährlich. Daraufhin habe ich dem Richter, einem bayerischen Richter in einem Amtsgericht, möchte ich da hinzufügen, gesagt, lieber Herr Vorsitzender, es ist so, daß die Masken nichts wirken und außerdem auch noch gefährlich sind.

Und jetzt kommt der Satz, der diese Skrupellosigkeit in die deutschen Gerichte hineinträgt. Dieser Richter sagte wortwörtlich, wie soll ich wissen, ob die Masken gefährlich sind, bevor nicht zwei Kinder tot vor mir liegen. Das sind die Worte eines deutschen Richters aus Bayern, möchte ich dazu sagen. Ich war zutiefst entsetzt, ich war sprachlos, ich konnte nicht mal mehr

einen Befangenheitsantrag stellen, weil ich moralisch dermaßen am Boden war, daß ich gar nicht wußte, wie ich darauf reagieren soll.

Aber das steht in diametralem Gegensatz zu dem, was dieser Richter mal geschworen hat. Denn hier gibt es einen Aspekt, den diese Richter mittlerweile vollkommen vernachlässigen. Und das ist ihr Gewissen. Sie haben nämlich nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen. Nicht nur nach Wissen, was in den Vorschriften steht, sondern auch danach, was ihnen ihr Gewissen sagt. Und wenn ein solcher Richter vor mir sitzt und einen solchen Satz sagt, dann weiß ich, daß er entweder kein Gewissen mehr hat oder aber, daß man ihn in irgendeiner Weise dazu gebracht hat, solche Sachen zu sagen. Unvorstellbar, was hier passiert.

Ich bin auch ein Rechtsanwalt, der die Soldaten verteidigt. Und dort gibt es ja die wunderbare Duldungspflicht. Es gibt einen Aspekt in dieser Duldungspflicht, der bisher von keinem Gericht beachtet worden ist. Und zwar die Tatsache, daß es zwei Pflichtenkreise für Soldaten gibt. Ich schwenke mal zu den Soldaten über, weil die mir auch am Herzen liegen. Der eine Pflichtenkreis ist das Verhältnis des Soldaten zu seinem Vorgesetzten. Wenn der ihm befiehlt, geh zum Impfen, dann mag das so sein, daß der Soldat zum Impfen gehen muß.

Aber muß er sich auch impfen lassen, wenn er der Duldungspflicht gehorcht? Denn die Duldungspflicht bedeutet, daß er sich gegen seinen Willen, und so steht es auch im Gesetz, dieser Impfung aussetzen muß. Und jetzt kommt der Pflichtenkreis des Arztes. Wenn der Soldat im Sanibereich auftaucht und sagt, ich genüge meiner Duldungspflicht, um mich impfen zu lassen, dann darf der Arzt eigentlich nicht impfen. Denn er weiß, daß die Duldungspflicht gegen den Willen des Soldaten erfolgt. Ansonsten wäre es ja freiwillig. Und das ist ein Widerspruch, den bisher kein Gericht angefaßt hat.

Und das liegt einfach daran, daß sie sich sklavisch an die Vorschriften halten. Sie gehorchen einfach nur noch dem, was im Gesetz steht. Sie haben nach meiner Auffassung kein Gewissen mehr. Denn das ist das Einzige, was uns davor rettet, daß wir hier in diesem Staat nicht als Menschen komplett untergehen. Denn was für ein Menschenbild ist das denn, wenn dort ein Soldat steht und sagt, ich habe Angst um mein Leben? Nicht, weil ich in einen Kugelhagel muß, sondern weil man mir was injiziert, was selbst nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts irreversible Schäden auslösen kann. Denn eine solche Impfung ist irreversibel.

Ich möchte aber jetzt die Gelegenheit nutzen, weil alle Anwälte, die hier sind, auf die Bühne zu bitten, diejenigen, die vor Gericht sich leider täglich Schlappen einhandeln, häufig rechtliches Gehör nicht bekommen und trotzdem nicht aufgeben. Vielleicht mögt ihr einfach hochkommen. Die sind echt. Das sind keine Fake-Anwälte, die sind wirklich echt. Der Tobias hier ist übrigens auch Rechtsanwalt.

Den Dank möchten wir an die Menschen zurückgeben, die am 10. Dezember bei eisigen Temperaturen nach Karlsruhe gekommen sind, Gesicht zeigen und uns hier in unserer Arbeit unterstützen. An euch ein herzliches Dankeschön. Ich nehme mir gerade raus, drei kurze Geschichten zu erzählen. Von einer Büroangestellten, die sich nicht hat impfen lassen wollen, der nahegelegt wurde, doch in eine psychiatrische Anstalt zu gehen, die gebeten wurde, ihre Sachen zu packen und ins Homeoffice zu verschwinden. Sämtliche Kollegen haben schweigend daneben gestanden. Niemand hat widersprochen.

Ich möchte an diejenigen erinnern, die noch zur Schule gegangen sind. Eine Schülerin, 17 Jahre alt, hat zwei Jahre Unterricht in einem Plexiglaskasten bekommen. Im Klassenraum. Sie hat sämtliche sozialen Kontakte verloren und baut sich gerade ihr Leben neu auf. 17 Jahre alt. Und dann bitte ich allemal, sich ein siebenjähriges Mädchen vorzustellen. Sieben Jahre alt. Dieses Mädchen trug eine Maske. Entwickelte unter dieser Maske Hautausschlag, blutig, bekam ein Maskenattest. Und die Lehrerin erkannte es nicht an. Das Kind wurde nach Hause geschickt. Und gleichaltrige Mitschülerinnen und Mitschüler verfolgten sie nach Hause und schrien ihr, Mörderin hinterher. Wenn das nicht unglaublich ist.

Ich habe diese Geschichte auf Twitter veröffentlicht. Und was mich noch viel mehr erschöpft hat und berührt hat, waren die Kommentare. Das würde alles nicht stimmen. Geschichten aus dem Paulaner Garten. Ich versichere anwaltlich, das ist wahr. Und ich möchte an dieser Stelle, daß wir vielleicht eine Minute innehalten und den Menschen gedenken, die bis heute unter den Folgen dieser Politik, dieser Maßnahmen leiden.

Liebe Freunde, liebe Kollegen, hallo Karlsruhe! Viele von euch sind heute bereits das vierte Mal hier. Das ist gut so. Es gab sie ja schon dreimal diese Protestveranstaltungen damals der Anwälte für Aufklärung vor dem Bundesverfassungsgericht im Dezember 20, am 17. Juni 21 und im März 22. Eure Teilnahme heute zeigt den Verantwortlichen der Corona-Maßnahmen der letzten dreieinhalb Jahre, daß wir nicht aufgeben, daß wir nicht lockerlassen, daß wir nicht aufhören, das staatliche Unrecht, aber auch die Fehlurteile der Justiz Tag für Tag zu benennen und aufzuklären.

Und deshalb ist es gut so, ist es wichtig, daß wir heute viele sind und genau das einfordern. Am 19. Dezember 2020 waren wir ca. 50 Rechtsanwälte und vielleicht 150 oder 200 Teilnehmer. Zwei Jahre später waren es schon 2000. Und heute ist es eine Vielzahl davon. Und das ist gut so. Danke an euch alle, die ihr heute aus nah und fern hierhergekommen seid. Danke, Karlsruhe!

Liebe Freunde, man darf nicht einfach den Mantel des Schweigens oder den Mantel des Vergessens über das Unrecht der letzten dreieinhalb Jahre legen. Das hätten sie gerne, diese vergeßlichen Scholz-Politiker, diese Landesfürsten der illegalen Ministerpräsidentenkonferenz. Illegal, weil im Grundgesetz nicht weil im Grundgesetz nicht vorgesehen.

Es bleibt erbärmlich, was die Politik in diesen Tagen uns zu bieten hat. Und wer geglaubt hat, die Justiz hätte getreu nach dem Gewaltenteilungsprinzip da korrigierend eingegriffen, der sah sich sehr schnell bitter enttäuscht und rasch eines Besseren belehrt. Nicht ohne Grund, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir schon im Dezember 2020 und auch in den Jahren danach immer wieder gefordert, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, seinen Hut nehmen möge und zurücktreten möge.

Allein im Jahr 2020 gingen beim höchsten deutschen Gericht in Karlsruhe 239 Verfassungsbeschwerden ein und weitere 72 isolierte Eilanträge gegen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Die Karlsruher Richter gaben in diesem Jahr genau drei Anträgen statt. Was für eine vernichtende, was für eine niederschmetternde Quote. Das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit, vor allem in das Bundesverfassungsgericht, ist noch nie zuvor in dieser Art und Weise erschüttert worden. Ganz besonders schlimm am 10. Februar 2022, als das Bundesverfassungsgericht, der erste Senat, einen Eilantrag zur vorläufigen Aussetzung der Impfpflicht im Gesundheitswesen ablehnte.

Zwei Monate später dann der nächste Rechtsbruch vom Bundesverfassungsgericht: die Verlängerung der Impfpflicht für Angehörige des Gesundheitswesens. In jedem Fall hat das Bundesverfassungsgericht damit unzulässige, unzählige berufliche Existenzen im deutschen Gesundheitssektor vernichtet, unzählige Existenzsorgen herbeigeführt, Menschen in die Verzweiflung getrieben, unzählige Menschen in die zum Teil tödliche Impfung getrieben und selbst für den Gesundheitsnotstand in Deutschland gesorgt. Das ist unzulässig in Deutschland, Herr Harbarth! Die Zeit der historischen Aufarbeitung wird kommen.

In Deutschland werden bis heute kritische Ärzte angeklagt und zu hohen Haftstrafen verurteilt, nur weil sie ihre Patienten schützen, weil sie unter Hinweis auf ihren ärztlichen, hippokratischen Eid Maskenbefreiungsatteste zum freien Atmen ausstellen. Diese Welle der Kriminalisierung gegen die kritischen Ärzte muß aufhören! Ich fordere deshalb eine Einstellung aller Straf- und Bußgeldverfahren, auch für Deutschland. Nie wieder dürfen sich in Deutschland die Jahre 2020 bis 2023 wiederholen. Nie wieder! Wehren wir uns gegen die Anfänge und Fortsetzungen! Dafür stehen wir heute in Karlsruhe.

So ist das in diesem ordnungsverliebten Land. Jetzt freue ich mich, daß Chris Moser uns wieder Einblicke in den deutschen Rechtsstaat geben wird. Hallo Chris.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren vieles gelernt. Wir lernten, was Angst mit Menschen macht. Wir lernten, wie Menschen aus Angst gegeneinander aufgebracht werden und unversöhnlich gegeneinander stehen. Wir lernten, wie eine Politik der Angst sich gegen das eigene Volk richtete. Und wir lernten, wie Angst selbst die Justiz in ihren Bann zog. Die Opfer dieser Politik der Angst waren nicht bloß diejenigen, die die Regierung kritisierten und dafür von dieser Regierung beschimpft, von der Polizei mißhandelt und von der Justiz kriminalisiert wurden, sondern vor allem diejenigen Menschen, die im Angesicht der Angst ihren Willen zur Selbstbehauptung preisgaben.

Wir standen dagegen auf mit der Wahrheit, nicht mit unserer Wahrheit gegen die Wahrheit der anderen, sondern mit einem Heer von Wissenschaftlern aus aller Welt gegen eine Handvoll Experten, deren Meinung nicht hinterfragt werden durfte. Wir lernten aber, daß die Wahrheit nichts hilft, wenn sie nicht zu ihrem Recht kommt. Tausende und abertausende Bürger rannten gegen die Mauern an, die die Politik der Angst vor dem Recht hochgezogen hatte. Die Gerichte blieben taub vor dem grundlegenden Rechte aller. Wir müssen aber standhaft bleiben, weil es ohne Einigkeit kein Recht, ohne Recht keine Freiheit und ohne Freiheit kein Leben gibt.

Darum müssen diejenigen, die die Grundrechte außer Kraft setzten, zur Verantwortung gezogen werden. Nun wird mancher von euch sagen, das bringt doch nichts, das wird ja eingestellt. Vielleicht. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Jede Entscheidung zur Einstellung muß von einem Staatsanwalt verfügt werden. Und jede Entscheidung, ein solches Verfahren einzustellen, lastet auf dem Gewissen dieses Staatsanwaltes.

Selbst dann, wenn er sich dessen nicht bewußt ist. Wir werden weiterkämpfen und vor der Geschichte Zeugnis ablegen, daß das Recht noch lebt. Das Recht lebt so lange, wie ein Träger des Rechtes noch lebt. Wir alle sind die Träger des Rechtes dieses Landes. Und wir werden nicht ruhen, als bis dieses Recht wieder zu seiner Geltung kommt. Das Recht lebt in uns. Wenn wir nur standhaft bleiben, dann wird das Recht dereinst auch um uns wieder leben. Danke.

Die Rechtsanwälte haben eine sehr wichtige Rolle, weil sie nämlich im Gerichtssaal mit Liebe, Hingabe und Weisheit die Herzen der Richter erreichen können. Das ist unsere Aufgabe, die Herzen der Richter zu erreichen. Das ist unsere Aufgabe. Es wird nur über die Liebe zu den Menschen gelingen, sie zu überzeugen. Wenn wir nur Schriftstücke einreichen, wird es uns nicht gelingen. Wir müssen die Herzen, die verhärtet sind bei den Richtern, müssen wir erreichen. Und das können wir nur durch stetigen Vortrag.

Und daß wir natürlich die Prozeßordnungen dazu ausnutzen, in den Dialog zu kommen und den Dialog mit den Richtern einzufordern. Das ist unsere Aufgabe. Und dafür stehen wir. Der Dialog ist uns nicht möglich in den öffentlich-rechtlichen Medien. Da werden wir nicht zu Gehör kommen. Der Gerichtssaal ist die einzige Stätte in dieser Zeit, in den Dialog zu kommen. Deswegen verrammeln sie die Türen, wie in Mannheim zum Beispiel: Daß sie die Personalausweise fotokopieren, einscannen, um Hindernisse zu schaffen, daß die Öffentlichkeit das alles mitbekommt. Die Handys werden abgenommen.

Es wird alles dafür gemacht, daß der Gerichtssaal nicht zum Tribunal wird. Aber er wird zum Tribunal werden, wenn wir standhaft sind dort. Und wenn wir angegriffen werden, wenn die Ärzte angegriffen werden, die Soldaten, die Leute, die Maskenatteste bekommen haben, dann sind wir in einer sehr guten Position, weil nämlich wir in das Gericht hineinkommen und die Staatsanwälte und die Richter müssen darüber verhandeln. Und wir können alle unsere Argumente ausbreiten, auch wenn sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen.

Aber wir halten dagegen. Wir haben vier Jahre, vier Jahre dieses System ertragen, vier Jahre! Es ist uns leider nicht gelungen, Institute zu schaffen, die ihre Institute, die gar nichts gebracht haben, wie das Robert-Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut - sie ermitteln überhaupt nichts. Sie liefern keine Daten. Das haben wir zu machen. Wir haben diese Institutionen als Bürger ins Leben zu rufen. Dafür haben wir Spenden einzusammeln.

Und das wird die Zukunft bringen: Daß wir nämlich eigenständige Institute haben, die zum Beispiel Rattenversuche machen, die das alles aufdecken können, die die Pathologie unterstützen. Das ist mein Wunsch an euch. Unterstützt diese Leute, die wissenschaftlich arbeiten, die uns voranbringen, so daß wir auch Beweismittel im Gerichtsverfahren haben. Danke, daß ihr so zahlreich in Karlsruhe da seid. Wir werden siegen. Die Wahrheit siegt immer!

Von allen Anwältinnen und Anwälten waren die letzten drei Jahre extrem anstrengend, frustrierend, nervig. Und jetzt hören wir eine Anwältin, die dann erst richtig anfängt, wenn alle frustriert sind. Wenn alle denken, es geht nicht mehr, dann kommt eine Frau mit einer unglaublichen Fachkompetenz als Fachanwältin für Medizinrecht, Bestseller-Autorin, wahn-sinnig viel Energie, energisch, klar und vor allem immer menschlich. Und vor allem immer dem Menschen zugewandt mit unglaublichem Einsatz für all ihre Mandate. Einen herzlichen Applaus bitte für Beate Bahner.

Wir haben uns hier in Karlsruhe versammelt in der sogenannten Residenz des Rechts. Und ich habe meiner Rede die Überschrift gegeben, wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Wann wird Recht zu Unrecht? Wann müssen wir Bürger Widerstand leisten, um dem Recht wieder zur Geltung zu verhelfen? Wie es uns das Grundgesetz selbst in Artikel 20 Absatz 4 aufgibt. Recht wird dann zu Unrecht, wenn ein Gesetz, eine Verordnung oder ein Gerichtsurteil entweder fundamental gegen allgemeine Prinzipien der Gerechtigkeit verstößt oder die Menschenwürde zutiefst verletzt. Das darf in einem Rechtsstaat eigentlich schon nicht passieren.

Denn sowohl die Gesetzgebung als auch die Exekutive sind an Recht und Gesetz gebunden. Zumindest die Gerichte müssen dann ein solches Unrecht feststellen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Wie schmerzlich vermissen wir Bürger und Juristen seit Ausrufung von Corona eine solche klare und kompromißlose Rechtsprechung. Eine Rechtsprechung, die das Recht insbesondere auch dann zwingend zu Unrecht erklärt, wenn es die Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde, zutiefst verletzt. Denn eines der weiteren fundamentalen Prinzipien des Rechts ist die Achtung der Menschenwürde. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Dieses ethische und rechtliche Prinzip ist als Grundprinzip zeitlos. Die Menschenwürde ist als zentraler Wert der deutschen Verfassung und aufgrund der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes, Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz, auf ewig absolut unantastbar! Die Achtung der Menschenwürde verbietet es dem Staat, den Menschen zum bloßen Objekt des staatlichen Handelns zu machen. Doch wann behandelt der Staat den Menschen als bloßes Objekt?

Wenn er ihm das eigene Denken, das selbstbestimmte Handeln und die freie Entscheidung abspricht, wenn er ihm beispielsweise nicht mehr gestattet, sich ungehindert, aus allgemein zugänglichen Quellen, zu informieren. Wenn der Staat umgekehrt seine Bürger jedoch nicht, nicht umfassend oder gar falsch informiert und die Bürger daher eine Fehlentscheidung treffen, die sich gravierend auf ihr Leben und ihre Existenz auswirkt.

Oder wenn der Staat seine Bürger sogar zwingt, medizinische Behandlungen zu dulden, die weder wirksam noch sicher sind. Dann spricht der Staat dem Menschen seinen Wert und seine Würde ab. Denn dann verhindert der Staat bewußt, daß der Mensch seine wesentlichen Lebensentscheidungen auf Basis seiner eigenen Überlegungen und seines eigenen Verstandes trifft. Damit verletzt der Staat nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des Menschen als eines der wesentlichen Ausprägungen der Menschenwürde. Er verletzt auch das vom Bürger in den

Staat gesetzte Vertrauen. Daß der Staat sich nämlich schützend vor ihn stellt und nicht etwa selbst dessen Grundrechte verletzt.

Wenn der Staat dieses Vertrauen verletzt oder gar mißbraucht, dann wird Recht zu Unrecht. Auch dieses Unrecht ist dann nicht bindend, nicht wirksam, nicht gültig. Selbst wenn es, wie bei Corona, jahrelang angewendet und befolgt wird. Denn jeder Rechtsstaat basiert neben dem Rechtsprinzip der Gerechtigkeit fundamental auch auf dem Prinzip des gegenseitigen Vertrauens.

Einerseits muß der Staat auf die Redlichkeit und Integrität seiner Bürger vertrauen dürfen. Andererseits müssen auch die Bürger bedingungslos darauf vertrauen dürfen, daß der Staat seinerseits redlich handelt und seine Bürger vor Menschenrechtsverletzungen schützt. Und daß in einer Aussage oder Handlung des Staates keine Täuschung oder Unwahrheit liegt, so daß der Bürger sein eigenes Handeln schadlos danach ausrichten kann.

Das bedeutet, daß staatliches Handeln auf Basis zutreffender Tatsachen und wissenschaftlich fundierter Informationen zu erfolgen hat und nicht etwa auf dubiosen und einseitigen Spekulationen, Hochrechnungen, Schätzungen und Modellierungen zu Lasten der Bürger. Vertrauen ist damit sowohl die Grundlage als auch der wesentliche dauerhafte Klebstoff für alle Beziehungen jedweder Art. Vertrauen ist also weit mehr als nur ein privates Vergnügen oder ein privates Risiko. Und auch weit mehr als ein psychologisches oder soziologisches Phänomen.

Vertrauen ist eine absolut zwingende und konstituierende Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft und einen funktionierenden Rechtsstaat. Wenn der Staat das Vertrauen seiner Bürger mißbraucht und seine Maßnahmen mit irreführenden oder gar bewußt falschen Annahmen begründet, dann wird Recht zu Unrecht. Und jetzt ein paar Beispiele, die für mich aus Recht Unrecht gemacht haben. Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat Millionen Kinder, Jugendliche und bestimmte Berufsgruppen plötzlich zu einer Masernimpfung zwingt, obwohl es laut RKI jährlich etwa 10 Masernerkrankungen gibt, diese typische Kinderkrankheit also ausgerottet ist und im Übrigen nie tödlich und fast nie schwer verläuft.

Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat ein Erkältungsvirus zu einem Killer-Virus erklärt und drakonische Maßnahmen ergreift, obwohl das RKI selbst von Anfang an bestätigt, daß an Corona erkrankte Menschen zu 99 % Erkältungssymptome haben. Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat den Menschen millionenfach, allein aufgrund seines Menschseins oder seines Kontakts zu anderen Menschen, zur potentiellen tödlichen Gefahr erklärt und ihn für mehrere Wochen einfach in Quarantäne absondert.

Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat, aufgrund der Behauptung eines pandemischen Ausnahmezustands, die Impfstoffhersteller von allen Sicherheitsmaßnahmen des Arzneimittelrechts befreit und dies den Bürgern vollständig verschweigt.

Recht wird zu Unrecht, wenn der Staat Millionen Menschen verpflichtet, sich mit Covid-Impfstoffen impfen zu lassen, deren Zulassung nachweislich betrügerisch erschlichen wurde und deren Sicherheit nie geprüft wurde. Durch all solche Handlungen, Maßnahmen und Behauptungen wird Recht zu Unrecht, haben die hierfür verantwortlichen Politiker, Abgeordneten und Richter unseren Rechtsstaat in einen Unrechtsstaat verwandelt. Zur Wiedergutmachung dieses schweren staatlichen Unrechts und dieses beispiellosen Vertrauensmißbrauchs stelle ich folgende Forderungen.

Ich fordere eine schonungslose Aufarbeitung der Rechtmäßigkeit und Auswirkungen der Corona-Maßnahmen durch unabhängige Untersuchungsausschüsse und eine Rechenschaft über die Pandemiekosten von 440 Milliarden Euro.

Ich fordere eine unerbittliche Sanktionierung in jedem Fall von Lug, Betrug und Korruption rund um die Corona-Maßnahmen und die Impfungen und vorab die Schaffung von unabhängigen Staatsanwaltschaften.

Ich fordere die Abschaffung aller Institutionen, die die Täuschung und Irreführung der Bürger nicht verhindert und möglicherweise sogar mitgetragen haben. Das sind insbesondere: das Robert-Koch-Institut, die STIKO und das Paul-Ehrlich-Institut sowie die EMA als Europäische Zulassungsbehörde für die Covid-Impfstoffe.

Ich fordere die Aufhebung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht und die Aufhebung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Duldungspflicht der Covid-Impfung durch die Soldaten.

Und ich fordere die sofortige Beendigung der Covid-Impfungen in der Bundeswehr.

Ich fordere die Aufhebung aller Strafurteile und Bußgeldbescheide mit Corona-Bezug und eine angemessene Entschädigung aller Betroffenen sowie die Aufhebung aller sonstigen belastenden Corona-Maßnahmen, etwa Disziplinarmaßnahmen und ähnliche, gegen die verfolgten Lehrer, Polizisten, Pfarrer, Soldaten und Ärzte.

Ich fordere eine vollständige Beweislastumkehr bei allen Covid-Impfschäden zu Lasten der Impfstoffhersteller, nachdem deren Impfstoffe bis heute als sicher und wirksam garantiert werden, d.h. die Hersteller müssen nachweisen, daß ein Gesundheitsschaden nicht auf der Impfung beruht und nicht etwa umgekehrt. Ich fordere die Feststellung der Nichtigkeit aller EU-Verträge mit den Impfstoffherstellern über die Covid-Impfstoffe, weil diese milliarden-schweren Verträge massiv gegen fundamentale Rechtsprinzipien verstoßen.

Und ich fordere von den Impfstoffherstellern, die Einrichtung eines Entschädigungsfonds in Höhe von mindestens 60 Milliarden Euro für die hunderttausende Menschen, die wegen der zahlreichen Verstöße der Hersteller gegen das Arzneimittelrecht teilweise schwerste Impfschäden erlitten haben.

Ich fordere all dies auch, um ein solches Ausmaß des Unrechts künftig ein für alle Mal zu unterbinden. Denn Corona war keinesfalls ein einmaliger Ausnahmezustand. Ganz im Gegenteil. Corona war nur der Anfang eines skrupellosen Mißbrauchs des Pandemiebegriffs und eines scheinheiligen Schutzes der Gesundheit durch den Staat und die WHO. Die WHO plant schon im kommenden Mai 2024 in Genf die Verabschiedung zweier sehr einschneidender Rechtsvorhaben. Und zwar den ungeheuerlichen diktatorischen Pandemievertrag einerseits und die totalitäre Verschärfung der bereits existierenden internationalen Gesundheitsvorschriften andererseits.

Auf Basis der skrupellosen Behauptung von Pandemien durch die WHO wird damit internationales Recht nicht nur zu internationalem Unrecht, sondern, nach meiner großen Sorge, sogar zu internationalem Pandemie-Terror. Es sei denn, wir Bürger aller Nationen leisten hiergegen in den nächsten Monaten entschiedenen Widerstand. Ich selbst schreibe aktuell ein Buch zu diesem Thema. Auch dieses Buch wird Anfang nächsten Jahres hilfreich sein für unseren gemeinsamen Widerstand.

Ich schließe meine Rede in Erinnerung an einen großen Mann, der in jungen Jahren ebenfalls als Anwalt tätig war und der sodann wegen seines jahrzehntelangen friedlichen, aber unerbittlichen Widerstands zu einem beeindruckenden Vorbild des zwanzigsten Jahrhunderts wurde.

Mahatma Gandhi sagte: "Jeder einzelne Mensch, jede einzelne Stimme in einer Gesellschaft ist wichtig. Keiner und keine ist überflüssig oder unwichtig. Wir alle bilden gemeinsam einen Klang. Ja, wir alle bilden gemeinsam einen Klang. Es ist unser gemeinsamer Klang der Wahrheit und der Redlichkeit und damit unser gemeinsamer großer Klang des Rechts und der Freiheit." Danke euch allen dafür.

Vielen Dank, Beate Bahner. Genug der Worte!

Liebe Freunde, wir bitten euch alle jetzt, bei diesem wichtigen historischen Moment kurz innezuhalten und auch mitzumachen. Wir werden jetzt gleich die deutsche Nationalhymne singen und bitten euch alle mitzumachen, bevor es dann zu dem wirklichen historischen Moment kommt. Und darum bitten wir euch.

Deutsche Nationalhymne (3. Strophe)

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

Danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand!

Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand:

Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland!

Wir haben es gerade gehört, Einigkeit und Recht und Freiheit und nicht Uneinigkeit und Unrecht und Unfreiheit. Es war jetzt ein Jahr, wo die Bewegung sich sortiert hat, wo viele Initiativen ein Stück weit auch gegeneinander gearbeitet haben. Ich glaube, viele haben jetzt auch verstanden, es geht nur gemeinsam und deshalb finde ich es so toll, heute so viele unterschiedliche Initiativen auch hier zu sehen.

Ja, 2024 wird die große Herausforderung, uns wieder zu vernetzen, uns weiter zu vernetzen, uns zu vereinen und auch die Demonstrationen wieder ein Stück weit jetzt nicht mehr dezentral zu machen, sondern zentraler. Ich selber habe immer gesagt, es muß von unten herauswachsen. Ich habe gesehen, es wächst von unten heraus und das finde ich toll. Und da auch einen großen Dank an DEUTSCHLAND STEHT AUF, die jetzt die Demo-Organisationen übernommen haben und das sehr professionell und super machen.

Ihr wißt, mein großes Thema ist das Thema 'Digitale Freiheit'. Wir erleben eine Zensur, die wirklich noch schlimmer wird. Wir haben dieses Problem, daß die Bankkonten gesperrt werden von Organisationen. Das heißt, wir müssen auch da neue Wege gehen und dieses Thema 'Digitale Freiheit' ist für mich 2024 das Kernthema. Natürlich auch die Unterstützung vom ZAAVV, aber auch die Unterstützung von den Demonstrationen.

Und da möchte ich gerne, daß ihr euch auch mental drauf vorbereitet. Wir werden uns verändern müssen, auch digital. Das heißt, wir werden uns vielleicht von Telegram verabschieden und sichere Plattformen auswählen müssen. Wir werden uns von Google und Apple verabschieden müssen, können denen winken und können sagen, ihr könnt uns nicht mehr überwachen.

Also, wir Juristen haben das geprüft. Es waren mehrere Juristen, es waren Staatsanwälte dabei, es waren Richter dabei, es waren Rechtsanwälte dabei. Und wir reichen heute ein: eine Strafanzeige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist heute nur der Anfang. Denn ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung, einen Menschen tötet, es reicht ein (!) Mensch, weil immer wieder gesagt wird, auch die Medien haben mich vorhin interviewt und haben gesagt, ja, aber es sind doch nur so wenige, die davon betroffen sind.

Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet und ein Gesetz ist natürlich systematisch und daß es ein Angriff ist, hat das Bundesverfassungsgericht selber gesagt. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, diese einrichtungsbezogene Impfpflicht, ist ein zielgerichteter, mittelbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Sie haben dann gemeinsam mit dem Bundesverwaltungsgericht gesagt, es wäre kein Angriff in das Recht auf Leben, weil: Man habe ja nicht vorgehabt, Menschen zu töten. Da sagte mein guter Freund und Jurist, der Kollege Claudio Zanetti, sagte: " Ralf, ich komme mit dem Auto von Zürich nach Karlsruhe und mein Ziel ist es ja, nach Karlsruhe zu fahren, das heißt, ich verpöste ja die Umwelt nicht, weil das habe ich ja nicht vor."

Und genau diese Argumentation hat eben das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht gebracht. Also: Es ist ein zielgerichteter, ein ausgedehnter Angriff, ein systematischer und ausgedehnter, weil es sind ja auch viele, viele hunderttausend Menschen betroffen gewesen, deswegen auch ein ausgedehnter Angriff auf eine Zivilbevölkerung. Und daß Menschen daran gestorben sind, das haben das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut bestätigt.

Das Paul-Ehrlich-Institut, und wir gehen davon aus, daß die Zahlen viel zu gering sind, aber

das Paul-Ehrlich-Institut ist am 31.03.2023 von 127 Menschen ausgegangen, die konsistent nach den Regeln der WHO durch die Impfung verstorben sind. 127 Menschen sind 127 Menschen zu viel, weil ein Staat darf keinen unschuldigen Menschen töten und ein Staat darf nicht eine Pflicht machen, bei der er weiß, daß am Ende auch nur ein einziger Mensch schwer an seiner Gesundheit geschädigt sein kann oder sterben kann. Das sind die Worte des Völkerstrafgesetzbuches und genau deswegen machen wir diese Strafanzeige.

Und wenn der Generalbundesanwalt hier nicht ermittelt - Artikel 17 des internationalen römischen Statutes sagt, die Voraussetzung, daß wir nach Den Haag gehen können ist, daß wir zunächst eine Strafanzeige im Mitgliedsstaat, in diesem Fall Deutschland, einreichen. Und wenn der Generalbundesanwalt nicht ermittelt, weil er nicht willens oder in der Lage ist, dann geht die ganze Sache mit Unterstützung, mit internationaler Unterstützung nach Den Haag. Kollegen aus anderen Ländern werden das Gleiche in ihren Ländern machen.

Der Kollege Michael Brunner hat das gesagt. In Österreich gab es eine allgemeine Impfpflicht. Sie wurde zwar nicht umgesetzt, aber sie wurde zu Gesetz gemacht. Und auch der Versuch eines Verbrechens, lieber Michael, ist strafbar. Und Michael hat gesagt, er wird uns, das ZAAVV, unterstützen. Und er wird in Österreich auch solche Strafanzeigen einreichen. Das Gleiche wird in Italien passieren. Das Gleiche wird in Frankreich passieren.

Überall da, wo man Menschen gezwungen hat, sich zu impfen, werden wir Strafanzeigen einreichen. Und ich werde jetzt hier ganz banal auf den Knopf 'Nachricht senden' klicken. Und wenn ich auf 'Nachricht senden' klicke und das überreicht worden ist, dann ist es beim Generalbundesanwalt. Und der Olli sagte gerade, wir haben 1.000 Postkarten gedruckt. Alle Postkarten sind wieder in den Briefkästen angekommen. Es werden auch noch 1.000 Strafanzeigen von euch übergeben.

Vielen Dank, daß ihr euch daran beteiligt und daß ihr dem Generalbundesanwalt zeigt, die Bevölkerung ist auch dahinter. Wir wollen Aufklärung. Wir wollen, daß dieses Unrecht der letzten drei Jahre nicht einfach so ungeschehen bleibt, daß vor allen Dingen die Verantwortlichen wirklich zur Verantwortung gezogen werden. Vielen Dank dafür, daß ihr alle heute hier seid. Und jetzt klicke ich auf 'Nachricht senden'. Vielen Dank nach draußen. Vielen Dank, Deutschland, daß ihr dabei mitgemacht habt.

Wir wollen das ganz nüchtern angehen. Wir sind Juristen. Wir gehen nach den Regeln des Gesetzes und des Rechts. Und diejenigen, die das Recht brechen, die werden merken, daß die Bevölkerung ein sehr, sehr gutes Gefühl dafür hat, was Recht und was Unrecht ist. Und eine Bevölkerung, die Beate hat es vorhin, glaube ich, gesagt, eine Regierung, die so mit ihrer Bevölkerung umgeht, die verliert das Vertrauen. Und das Wichtigste in einem Staat, in dem wir als Menschen zusammenleben, ist das Vertrauen. Und wir werden dieses Vertrauen wieder zurückholen.

Vielen lieben Dank, daß ihr alle da wart. Aus verschiedenen Parteien haben Bundestagsabgeordnete dagegen gestimmt. Von der Linkspartei eine einzige Person, Frau Sarah Wagenknecht. Von der FDP zwei Personen. Von der CDU, du wirst es, glaube ich, selbst erzählen, genau von der CDU fünf Personen. Und von den Grünen kein einziger. Und ich übergebe jetzt an meinen lieben Freund Clarsen Ratz. Und Clarsen wird jetzt eine Ehrung vornehmen, für die Bundestagsabgeordneten, die damals den Mut hatten, dagegen zu stimmen.

Liebe Mitstreiter, liebe Freunde, es ist wunderbar, hier oben zu stehen und euch alle zu sehen. Ihr seid diejenigen, die mitgeholfen haben, daß diese allgemeine Impfpflicht verhindert wurde, wenn wir auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht damals nicht verhindern konnten. Ich danke euch, daß ihr auf der Straße wart. Und ich danke euch, daß ihr auch heute wieder hier seid. Wenn wir, wie ich schon sagte, auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht leider nicht abwenden konnten. Aber, daß wir diese allgemeine Impfpflicht verhindern konnten, das ist unser gemeinsames Werk. Das ist unser aller Erfolg.

Mit eurer Hilfe auf den Straßen bei den Demonstrationen und mit unserem Widerstand im Parlament haben wir das geschafft. Ich bin voller Zuversicht, daß wir bald einer neuen Zeit entgegen gehen werden. Und ihr seid diejenigen, die sie gestalten werden. Denn ihr seid stark und mutig. Eine Zeit, in der nicht mehr Egoismus und Materialismus im Mittelpunkt stehen, sondern wieder unsere alten Werte gelebt werden. Eine Zeit, in der wir tief verwurzelt sind mit unserer Heimat und in der Empathie und Menschlichkeit die heutige Kälte ersetzen werden.

Sind Sie der Meinung, daß Ihre Interessen von ehrlichen, anständigen, zuverlässigen, intelligenten, kompetenten, gemeinwohlorientierten und von den etablierten Parteien und der organisierten Kriminalität unabhängigen Abgeordneten wahrgenommen werden? Gut, falls nicht, möchte ich an dieser Stelle auf Artikel 20 Grundgesetz verweisen, der sagt, daß in Deutschland das Volk der Souverän ist. Das heißt, wenn in Deutschland etwas nicht stimmt, tragen wir als Bürger die Verantwortung und nicht die da oben.

Wir haben jetzt mit diesen Strafanzeigen den Aufschlag gemacht. Jetzt dreht sich das Ganze. Wir werden die Menschen, die das getan haben, zur Verantwortung ziehen. Und ich glaube, der Hubert Aiwanger, der hat's gesagt: "Wir holen uns unsere Demokratie zurück!" Vielen Dank, daß ihr da seid.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Januar 2024:

>>**Übel: Trump soll Hollywood-Stern verlieren**

Von *Daniell Pföhringer*

Donald Trumps Stern auf dem Walk of Fame in Los Angeles wurde schon mehrfach beschmiert und demoliert. Nun hat eine linke Initiative eine Petition für eine vollständige Entfernung der Ehrung gestartet. ...

Im Jahr 2007 wurde Donald Trump mit einem Stern auf dem berühmten Walk of Fame in Los Angeles geehrt. Die Auszeichnung erhielt der damalige Bauunternehmer für seine Reality-TV-Show "The Apprentice", in der man einen mit 250.000 Dollar dotierten Einjahresvertrag in einem der Trump Organization gewinnen konnte. Die Sendung wurde von 2004 bis 2017 von NBC ausgestrahlt. Legendar ist Trumps Abschiedsspruch für gescheiterte Bewerber: "You're fired!" - "Du bist gefeuert!"

Der Stern auf dem Hollywood Boulevard wurde seitdem immer wieder beschmiert, besprüht, beklebt, bespuckt, bepinkelt und einmal sogar mit dem Vorschlaghammer bearbeitet. Nach jeder Beschädigung sanierte man ihn - die Reparaturkosten dürften sich auf mehrere zehntausend Dollar belaufen. Doch beseitigen konnte man ihn nicht.

Genau das will nun aber eine Initiative linker Aktivisten erreichen. Sie haben eine Petition zur Entfernung der Trump-Ehrung gestartet, die laut Medienberichten schon mehrere tausend Einwohner von Los Angeles unterschrieben haben. Grund für die Kampagne sind allerdings nicht die hohen Sanierungskosten - die Stern-Gegner haben politische Motive und begründen die Petition mit Trumps vermeintlich aufwieglerischer Rolle beim sogenannten Sturm auf das Kapitol im Januar 2021.

Die Stadt des Teufels

Daß eine solche Kampagne gerade in Los Angeles gefahren wird, ist kein Zufall: Kalifornien ist die Woke-Hölle Amerikas, die "Stadt der Engel" (manche meinen: eher des Teufels) rühmt sich gern seiner Diversität, Toleranz und Liberalität. Und natürlich ist L. A. ist eine absolute Hochburg der US-Demokraten. Bei der letzten Präsidentschaftswahl 2020 holte Trump hier gerade einmal knapp 27 Prozent.

In einem solchen Umfeld fühlen sich die Gegner des Ex-Präsidenten, der 2024 erneut fürs Weiße Haus kandidieren will, natürlich siegessicher. "Welche Stadt in Amerika sollte jeden ehren, der einen Putschversuch gegen die Vereinigten Staaten unternommen hat!", so Linksaktivist Andrew Rudick gegenüber CBS News. Sollte die Petition erfolgreich sein, werde

damit der Stadtrat von Los Angeles aufgefordert, den Trump-Stern zu entfernen.

Eine solche Aktion wäre allerdings beispiellos. "Da es keinen bekannten Präzedenzfall für die Entfernung eines Sterns vom Hollywood Walk of Fame gibt, prüfen wir, wo die Kompetenzen liegen, welches die rechtlichen Probleme sein könnten und wie ein Prozeß dafür aussehen könnte", so das demokratische Stadtratsmitglied Hugo Soto-Martinez. Die Handelskammer von Hollywood erklärte indes, sie sei nicht befugt, den Stern einer Person zu entfernen. Trumps Wahlkampfteam reagierte bislang nicht auf den Vorstoß.

"Kevin" allein unter Bestien

Film- und TV-Fans kennen Trump nicht nur als Gastgeber und Juror von "The Apprentice", sondern auch von seinem legendären Kurzauftritt in dem Kinostreifen "Kevin - Allein in New York". In einer Szene erklärt er dem kleinen Kevin (Macaulay Culkin) im Plaza-Hotel den Weg zur Rezeption. Trump erhielt den Cameo-Auftritt, weil er zu diesem Zeitpunkt Besitzer der New Yorker Nobelherberge war.

Mehrfach wurde schon gefordert, diese Szene bei Neuausstrahlungen aus dem Film zu streichen - doch es ist kaum davon auszugehen, daß sein Zusammentreffen mit dem späteren US-Präsidenten den Kinderstar Culkin schwer traumatisierte. Das erledigten andere Schwerverbrecher im Filmgeschäft, wie man in unserer aktuellen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood" nachlesen kann.

Im Februar 2019 bezichtigte Culkin in einem in Paris gegebenen Radio-Interview maßgebliche Hollywood-Größen, "blutrünstige Satanisten" zu sein, die "rituell Kinder ermorden" - allerdings ohne Namen zu nennen. Die Zeitung Les Échos berichtete darüber auf ihrer Website, doch nach kurzer Zeit verschwand der Artikel aus dem Netz. Der Ex-Kinderstar sagte in dem Gespräch: "Man lernt sehr früh zu erkennen, welche von ihnen dich mißbrauchen wollen und welche einen noch dunkleren Geschmack haben."

Er selbst sei der Hölle entkommen, weil er ein "kluges und mißtrauisches Kind" gewesen sei, das "zu früh berühmt geworden ist, um wie einige andere Kinder getötet zu werden".

Das Geheimnis der roten Schuhe

Culkin will erfahren haben, daß ein anderer bekannter Kinderstar von der Hollywood-Kabale sogar ermordet worden sei. Und er offenbarte, welches grauenhafte Geheimnis sich hinter den dem auffälligen roten Schuhwerk mancher Showbiz- und Politgrößen verbergen soll.

Tatsächlich kursieren erstaunliche Bilder im Netz, auf denen Promis mit solchen seltsamen, oft gar nicht zu ihrem sonstigen Outfit passenden Slippers oder Pumps zu sehen sind. Fotos, die vom Washington Life Magazine auf John Podestas Geburtstagsparty 2009 geschossen wurden, zeigen derartiges Schuhwerk zuhauf. Und das ist laut Culkin kein Zufall ...<<

02.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Januar 2024 (x1.352/...):
>>Gruppenvergewaltigung: Angeklagter Asylbewerber hat 11 Identitäten, sein Komplize fünf

Im vergangenen Juni kam es zu einer Vergewaltigung im Görlitzer Park. Mehrere abgelehnte Asylbewerber fielen dabei mutmaßlich über eine 27-Jährige her. Nun wurde Anklage gegen die drei zugelassen, die allesamt illegal im Land sind und zum Teil bis zu 11 verschiedene Identitäten haben.

Von *Redaktion*

Immer wieder sorgt die Kriminalität im Görlitzer Park für unschöne Schlagzeilen. Besonders heftig fielen aber die Meldungen nach einer mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung durch mehrere Mitglieder der Drogenszene im vergangenen Juni auf. Der Anklage zufolge soll ein georgisches Ehepaar in Berlin-Kreuzberg Kokain gekauft und es sich dann auf einer Wiese gemütlich gemacht haben.

Anschließend seien sie von mehreren Männern überfallen worden, dem Mann wurden dabei

mutmaßlich über 1200 Euro entwendet, während die Täter die 27-jährige Frau und zweimalige Mutter schlugen und gemeinsam vergewaltigten.

Im September hatte die Staatsanwaltschaft dann Anklage erhoben, welche nun vom Landgericht zur Hauptverhandlung zugelassen wurde, ein genauer Termin ist aber noch nicht bekannt. Verantworten müssen sich drei polizeibekannte Männer ohne Aufenthaltsbewilligung. Der 21-jährige Osman B. soll laut Anklageschrift zehn weitere Namen verwendet haben. Der Somalier kam 2016 nach Deutschland, ist im Bundeszentralregister siebenmal vorgemerkt und obwohl seine Aufenthaltsgenehmigung ausgelaufen ist, mußte Osman B. bislang auch wegen eines fehlenden Wohnsitzes keine Strafen befürchten.

Auch Boubacar B. trat mit falschen Namen auf und soll vier weitere Identitäten führen, so Welt. Laut Bundeszentralregisterauszug hat Boubacar B. ganze neun Eintragungen, unter anderem wegen Drogenhandels. Der Guineer lebt wohl seit 2017 in Deutschland, weil sein Asylantrag aber "unanfechtbar" abgelehnt wurde, ist der 22-Jährige nirgendwo gemeldet, besitzt keinen festen Wohnsitz und soll alleine nach Deutschland gereist sein, wo er zunächst in Wismar und später in Berlin unterkam.

Der Dritte im Bunde ist Mountaga D., ebenfalls Guineer, allerdings mit Duldung. Sein Asylantrag wurde zwar abgelehnt, seither lebt der 22-Jährige aber in einer Einrichtung für betreutes Wohnen. Auch er ist bereits dreimal auffällig geworden. Der Vorfall war wohl der entscheidende Impuls für die Entscheidung, einen Zaun um den Görlitzer Park zu errichten. Eigentlich sollte das Konstrukt bis Anfang 2024 vollendet sein, nun hat sich der Baubeginn aber verschoben, stattdessen soll der Park nun nachts geschlossen bleiben.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Sprit- und Heizkosten werden weiter hochgeschraubt - diese Ampel muß gestoppt werden!**

Mit jedem weiteren Ampel-Jahr wird das Leben in Deutschland härter und teurer. Seit 1. Januar müssen die Bürger nicht nur für den Restaurantbesuch wesentlich mehr bezahlen, sondern durch die höhere Lkw-Maut und die zusätzliche Besteuerung der Landwirte auch für den Lebensmitteleinkauf. Darüber hinaus werden bei Kraft- und Heizstoffen die Daumenschrauben angezogen.

- Mit der Erhöhung der CO2-Steuer will die Scholz-Truppe ihre Haushaltslöcher stopfen. Ein voller Tank wird genauso zum Luxusgut wie eine warme Wohnung. Rund 14 Cent beträgt der Anteil der noch unter der CDU eingeführten Fantasie-Steuer seit diesem Monat nun am Literpreis für Benzin und Diesel. Der sollte erstmal um rund 4 Cent steigen, allerdings langen auch die Mineralölkonzerne noch einmal zu. Mittlerweile sind Preissteigerungen von bis zu 15 Cent pro Liter zu beobachten - Tendenz weiter steigend. Und die Heizkosten? Da liegt der CO2-Preis mittlerweile durchschnittlich bei 163 Euro für die Gas- und bei 183 für eine Ölheizung in der Jahresabrechnung.

All die Erhöhungen - von der Mehrwertsteuer über den CO2-Preis bis hin zur Maut - führen unterm Strich und zusammen mit der weiterlaufenden Inflation zur Verarmung all jener, die in diesem Land noch arbeiten gehen und Steuern zahlen. Dieser Zerstörung unserer Volkswirtschaft muß endlich Einhalt geboten werden! Deutschland ist kein Selbstbedienungsladen für konzeptlose Laienpolitiker, die unser Geld ins Ausland verschenken oder für ihre Öko-Ideologie verpulvern - es geht um unser aller Zukunft. Deshalb: AfD!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. Januar 2024 (x1.351/...): >>**CDU will mit Merkel in Wahlkampf ziehen: Diese Partei hat NICHTS gelernt!**

Jetzt reißt sich die Merz-CDU die Maske vom Gesicht! Niemand Geringeres als der CDU-Generalsekretär und Merz-Intimus Carsten Linnemann will mit Angela Merkel in den Bundestagswahlkampf 2025 ziehen. Schlimmer noch: "Ich finde es wichtig, daß wir keinen Bruch mit

der Vergangenheit haben. Das wäre falsch."

Der Gipfel des Realitätsverlusts ist Linnemanns Behauptung, daß Deutschland unter Merkel "gut regiert" worden sei. Diese ungeheuerlichen Aussagen zeigen nur, daß diese Partei nichts gelernt hat und Einsicht nur vorgaukelt!

"Gut regiert"? Angela Merkel hat mit der Grenzöffnung 2015 eine unkontrollierte Massenmigration herbeigeführt und schon vor 2015 die illegale Migration in die Sozialsysteme zugelassen. Sie hat 16 Jahre lang unsere deutschen Interessen ausverkauft, unser Steuergeld in aller Welt verschenkt und die Sicherheit und Bezahlbarkeit unserer Energieversorgung zerstört.

Sie hat das Bildungssystem verkommen lassen, Familienförderung vernachlässigt, unsere Bundeswehr ruiniert und uns mit "Euro-Rettungsschirmen" zum Zahlmeister Europas gemacht. Daß der CDU-Generalsekretär und Merz-Vertraute Carsten Linnemann dieses Zerstörungswerk als "gut" bezeichnet, sagt alles aus über die politisch und intellektuell bankrotte CDU!

Dabei ist übrigens auch zu erwähnen, daß Merkel im Dezember aus der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung ausgetreten ist. Kein Wunder, denn zu Konrad Adenauer paßt die Merkel-CDU wie ein Schlachthof zum Vegetarismus.

Doch obwohl Merkel mit diesem Austritt nur den Eindruck verfestigt, daß sie auf klassische CDU-Positionen pfeift, dient Linnemann sich ihr an. Es bleibt also dabei: Wer die merkelsche Politik der Deutschland-Abschaffung endlich beenden will, dem bleibt nur die AfD! Mit einem Bundeskanzler Friedrich Merz hingegen würde die Merkel-Politik nahtlos fortgesetzt.<< [Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Januar 2024 \(x1.352/...\):](#)

>>**Das Versagen bei der Flut**

Deutschland steht unter Wasser. Während der Kanzler in die Flutgebiete fährt und betroffen guckt, andere dem Klimawandel die Schuld geben, deuten die Füllstände der Harz-Talsperren daraufhin, daß die Überflutungen teilweise auf Mißmanagement zurückzuführen sind.

Willi Weißfuß

Eine Recherche

Hochwasser sind ein verheerendes, aber leider kein seltenes Ereignis. So kam es im Dezember in vielen Gebieten Deutschlands aufgrund von anhaltenden Regenfällen zu Hochwassern und Überschwemmungen, die teilweise noch anhalten. Gerade Grünen-Politiker und Klimaaktivisten sehen als einzigen Grund für das Hochwasser durch Klimawandel ausgelösten Regen und suchen die Schuld bei den deutschen Kohlekraftwerken und Verbrennerautos.

Dabei deutet einiges darauf hin, daß auch menschliches Versagen diesmal eine entscheidende Rolle spielte. Denn sowohl die hohen Regenmengen im Jahr 2023 als auch die Pegelstände in den Flüssen und Talsperren sind länger bekannt gewesen. Beides wurde anscheinend ignoriert.

Regenjahr statt Dürrejahr

Ein Blick auf die offiziellen Wetterdaten des Deutschen Wetterdienstes zeigt, daß das Hochwasser mit Ansage kam. Denn 2023 war entgegen aller Behauptungen, die noch im Sommer aufgestellt wurden, kein Dürrejahr. Im Gegenteil: 2023 fielen 954 Liter Regen pro Quadratmeter. Damit lag die Niederschlagsmenge insgesamt 160 Liter pro Quadratmeter höher als in der Vergleichsperiode 1991-2020. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte fiel besonders viel Regen.

Allein im Oktober und November fielen zusammen 226 Liter pro Quadratmeter, im Dezember kamen weitere 114 Liter pro Quadratmeter hinzu. Dies zeigt, daß das Hochwasser nicht überraschend kam, sondern man spätestens Ende November hätte reagieren müssen, um durch ein gezieltes Wassermanagement in den Flüssen dem Hochwasser ein paar Wochen später zuzukommen.

Denn Flüsse sind in Deutschland hochreguliert und werden permanent überwacht. Mithilfe von Staustufen beziehungsweise Talsperren kann der Wasserpegel der Flüsse sehr gut regu-

liert werden. Nötig ist dies vor allem, um den Schiffsverkehr sicherzustellen und die Energie der Flüsse für die Wasserkraft nutzbar zu machen, aber auch zur Hochwasserregulierung. Apollo News hat Daten von Talsperren in Deutschland ausgewertet und teilweise ein problematisches Talsperren-Management festgestellt.

Überlauf mit Ansage

Exemplarisch für Mißmanagement stehen die Harz-Talsperren. Die insgesamt sechs Talsperren haben ein maximales Stauvolumen von 182 Millionen Kubikmetern und einen sich jährlich wiederholenden Füllstand-Zyklus. Um den März herum erreichen die Talsperren ihren höchsten Füllstand, mit rund 150 Millionen Kubikmetern.

Im dann kommenden Sommer geben die Talsperren mehr Wasser ab, als sie aufnehmen und reduzieren ihren Füllstand auf 80 bis 60 Millionen Kubikmeter, um dann in den Wintermonaten wieder auf rund 150 Millionen Kubikmeter angestaut zu werden. In den letzten Jahren gab es von diesem Zyklus nur zwei Jahre die abwichen, 2021 wo der maximale Füllstand bei rund 120 Millionen Kubikmetern und der niedrigste Füllstand bei rund 100 Millionen Kubikmetern lag und 2023, dem Hochwasserjahr.

Daten: Deutscher Wetterdienst

Mitte April 2023 erreichten die Harztalsperren mit rund 150 Millionen Kubikmetern ihren Höchststand im Frühjahr. Bis dahin war alles soweit normal. Doch anstatt die Talsperren wie sonst üblich über den Sommer hinweg kontrolliert abzulassen, wurde in den Talsperren vergleichsweise wenig Wasser abgelassen. Anfang Oktober waren etwas mehr als 120 Millionen Kubikmeter in den Harz-Talsperren angestaut.

Zum Vergleich: 2022 waren es zu diesem Zeitpunkt 80 Millionen Kubikmeter - 40 Millionen Kubikmeter weniger als 2023. Anfang Dezember 2022 hatten die Harztalsperren sogar nur 60 Millionen Kubikmeter angestaut - ein Jahr später waren es 150 Millionen Kubikmeter. Ende Dezember kam es dann zum Super-GAU. Der Füllstand der Harz-Talsperren lag bei 98,5 Prozent. Einzelne Talsperren wie zum Beispiel die Okertalsperre mußten deswegen unkontrolliert Wasser abgeben und verschärften damit das Hochwasser in Niedersachsen.

Dabei wäre es eigentlich möglich gewesen, die Talsperren durch ein gezieltes Ablassen von eingestautem Wasser zu einer echten Hilfe beim Hochwasserschutz zu machen. Um beispielsweise 45 Millionen Kubikmeter Wasser kontrolliert abzulassen, hätten die sechs Talsperren von Juni an zusammen lediglich 3 Kubikmeter pro Sekunde mehr Wasser ablassen müssen. Dies hätte für die Aller, den Fluß in denen die Flüsse der Harz-Talsperren münden, kaum Auswirkungen gehabt. Die Aller hat einen mittleren Abfluß von 114 Kubikmetern pro Sekunde.

Diese 45 Millionen Kubikmeter fehlen jetzt bei der Bekämpfung des Hochwassers und überschwemmen unter anderem Verden, den Ort, wo Olaf Scholz Betroffenheit zeigte und wo die Aller für Überschwemmungen sorgt. Eine Aufarbeitung des Wassermanagements bei den Talsperren wird dringend nötig sein - es gibt viele Fragen zu beantworten.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Januar 2024 (x1.352/...): >>>**Esken will AfD-Verbot vorantreiben**

Die AfD eilt von Erfolg zu Erfolg - wohl auch deswegen will SPD-Chefin Esken ein Verbot der Partei antreiben. Sie fordert erneut, einen solchen Prozeß gegen die AfD zu prüfen.

Max Roland

Ungeachtet der Wahlerfolge der AfD bleibt ein Verbot der Partei für SPD-Chefin Saskia Esken eine mögliche Option. Esken erklärte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: "Ein Parteienverbot ist zwar mit hohen Hürden verbunden, aber ich bin überzeugt, daß wir dies immer wieder prüfen sollten." Sie betonte die Notwendigkeit, über ein Verbot der AfD zu diskutieren, um auch Wählerinnen und Wähler zu sensibilisieren.

Esken begründete ihre Haltung damit, daß die AfD Teil eines rechtsextremen Netzwerks sei,

Listen unliebsamer Journalistinnen und Journalisten führe und Meldeportale für Lehrkräfte erstelle, die sich kritisch zur AfD äußerten. Sie betonte, daß die AfD jedes Thema nutze, um Menschen aufzustacheln, was aus ihrer Sicht klar demokratiefeindlich sei. Esken unterstrich, daß die AfD die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verhöhne und zerstören wolle. Die Idee eines Verbotsverfahrens gegen die AfD hatte Esken bereits im August erstmals ins Spiel gebracht.

SPD-Chefin spricht von "großem Schaden" für Deutschland

Esken betonte, daß es Aufgabe der Verfassungsschutzämter sei, die Gefährdung der Demokratie durch die AfD regelmäßig zu prüfen. Wenn diese Ämter zu dem Schluß kämen, daß die AfD als Ganzes als gesichert rechtsextrem einzustufen sei, müsse auch ein Parteiverbot in Erwägung gezogen werden. Derzeit wird die AfD in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt von den Landesämtern für Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextremistisch" eingestuft.

Neben deutlichen Gewinnen bei Landtagswahlen in Westdeutschland und Bürgermeister- sowie Oberbürgermeisterwahlen in Ostdeutschland liegt die AfD in Umfragen zur Bundestagswahl mit mehr als 20 Prozent deutlich vor den Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP auf Platz zwei, hinter der CDU/CSU.

Esken warnte vor den möglichen Folgen weiterer Wahlerfolge der AfD in diesem Jahr. "Die aktuellen Umfragen sind für uns eine Warnung", sagte sie. "In den nächsten Monaten werden wir deutlich machen, daß unserem Land großer Schaden droht, wenn die AfD politische Macht bekommt. Das wäre ein großer Bruch und eine große Gefahr für die demokratische Kultur, für unser Gemeinwohl und unseren Wirtschaftsstandort."

Im September stehen in drei ostdeutschen Bundesländern Wahlen an: In Sachsen, Thüringen und Brandenburg führt die AfD in Umfragen mit teils deutlichem Abstand. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie in mindestens einem dieser Länder die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erringen und einen Ministerpräsidenten stellen könnte.<<

Ukraine: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Januar 2024 (x1.352/...): >>Fast alle deutschen Leopard-Panzer kaputt

Von *Redaktion*

Von den in Deutschland bereitgestellten Kampfpanzern Leopard 2A6 sind in der Ukraine nur noch sehr wenige im Einsatz. Die Bundesregierung hatte im März nach langem Zögern insgesamt 18 Leopard-2-Panzer aus dem Bestand der Bundeswehr an die Ukraine übergeben. Die Fahrzeuge weisen nun Gefechtsschäden auf, teilweise jedoch auch erheblichen technischen Verschleiß durch den Einsatz im Fahr- und Schießbetrieb. Einige sind auch zerstört worden. Auch Fehler unausgebildeter ukrainischer Mechaniker würden die Betriebsfähigkeit gefährden, heißt es.

Der Grüne Haushaltspolitiker Sebastian Schäfer drängt vor diesem Hintergrund auf schnellere Maßnahmen, um die Einsatzbereitschaft der Panzer wiederherzustellen. Schäfer, der Experte für den Verteidigungsetat ist, wandte sich zum Jahreswechsel an die beteiligten Rüstungsunternehmen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann (KMW). In seinem Schreiben betonte er bedauerlicherweise, daß nur noch eine äußerst geringe Anzahl der gelieferten Kampfpanzer in der Ukraine im Einsatz sei. Die Reparatur gestalte sich als langwierig, da es laut Angaben der Reparaturwerkstatt der Industrie in Litauen an geeigneten Ersatzteilen mangle.

Schäfer hatte zusammen mit Verteidigungsminister Boris Pistorius vor Weihnachten die Werkstatt in Litauen besucht. Seinen Schreiben zufolge bestehen "dringende Handlungsnotwendigkeiten", um die Ersatzteillage schnell zu verbessern. Zudem hätten Reparaturversuche der ukrainischen Armee zu weiteren Schäden an den Panzern geführt. Es sei zu prüfen, inwiefern durch eine bessere Schulung der Mechaniker oder die Bereitstellung von Anleitungen solche Schäden verhindert werden könnten. Ebenso solle geprüft werden, ob eine Instandsetzung der Panzer direkt in der Ukraine möglich sei.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27823" berichtet am 2. Januar 2024 (x1.350/...): >>**ZAAVV Medienkonferenz: Die individuellen Menschenrechte sind und bleiben unverhandelbar!**

Individuelle Menschenrechte sollen durch "kollektive Rechte" ausgehebelt werden. Mit Hilfe durch WHO- und WEF-definierter "kollektiver Rechte" soll eine globale Totalentmündigung und -versklavung installiert werden.

Moderatorin: Ja, schönen guten Abend, meine Damen und Herren von der Presse. Ganz besonders Sie begrüße ich heute Abend hier zu unserer Presseerklärung an diesem doppelten historischen Tag: einmal der 75. Jahrestag der Menschenrechte und die Einreichung der Anzeige heute, über die wir auch später noch etwas erfahren werden. Aber wir beginnen erst mal mit Rechtsanwalt Dr. Michael Brunner und Frau Rechtsanwältin Beate Bahner zum Thema WHO-Vertrag. Und da möchte ich bitte das Wort erteilen.

Dr. Michael Brunner: Ich darf Ihnen auch einen wunderschönen guten Abend wünschen zum WHO-Pandemievertrag. Wir müssen zwei Regelwerke unterscheiden. Erstens einmal die Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften und den Abschluß eines Pandemievertrages. Beide Vertragswerke sollen im Mai nächsten Jahres im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung durch diese beschlossen werden. Für die Änderung der internationalen Gesundheitsvorschriften bedarf es der einfachen Mehrheit in der Weltgesundheitsversammlung, und dann treten diese in den einzelnen Mitgliedstaaten in Kraft, wenn nicht der Mitgliedstaat innerhalb von zehn Monaten ein Widerspruchsrecht erklärt.

Für den Abschluß des Pandemievertrages bedarf es einer Zweidrittelmehrheit in der Weltgesundheitsversammlung und dann der Ratifikation im jeweiligen Mitgliedsstaat nach dem nationalen Recht. Diese Regelungen sind, wenn sie entsprechend abgeschlossen werden, verbindlich, entgegen den oftmaligen, in den Systemmedien vertretenen Meinungen, sie wären unverbindlich. Das stimmt nicht. Das Wort "nicht verbindlich" wurde ausdrücklich aus den IHR, den internationalen Gesundheitsvorschriften, herausgestrichen.

Ebenso sieht Artikel 13a, Absatz 1 der IHR vor, daß der WHO die zentrale Rolle in Gesundheitsfragen zukommt, und die WHO von den einzelnen Mitgliedstaaten anzuerkennen ist, parallel dazu auch der Artikel 44 der IHR. Nun, was ist der wesentliche Inhalt? Die unumschränkte Macht der einzelnen Staaten wird in Gesundheitsfragen im Fall eines pandemischen Notstandes an den WHO-Generaldirektor übertragen, der Machtbefugnis erhält, so wie es eigentlich sich nur jeder Diktator oder absolut regierende Fürst erträumen kann.

Er erhält Kontrollrechte, erhält Sanktionsrechte, Befehlsrechte, ohne jegliche Verantwortlichkeit, ohne Haftung und ohne Rechenschaftspflicht. Er kann einen Gesundheitsnotstand ausrufen, entweder zur Vorbeugung eines solchen, oder auch eine Zwischenwarnung erteilen, oder selbstverständlich während einer Pandemie und auch nach der Pandemie, nämlich zur Verhinderung des nächsten Gesundheitsnotstandes. Das heißt, vor der Pandemie ist nach der Pandemie. Und es bedarf, wie gesagt, keiner Rechtfertigung, und es gibt auch dafür keine Regelungen, wie eine pandemische Situation oder ein globaler Gesundheitsnotstand definiert ist.

Und dann gilt es, dieselben Maßnahmen wieder umzusetzen, wie wir sie aus der Corona-Zeit erkennen. Das beginnt bereits mit Einreiseverboten, mit Einfuhrbeschränkungen, mit beispielsweise Maskentragungen, bis hin zu einem Impfzwang. Das, was wir in der Corona-Zeit erlebt haben, war eine Kindergeburtstagsparty, im Vergleich zu dem, was uns erwartet, wenn diese Regelwerke abgeschlossen werden. Und jetzt darf ich das Wort an Frau Beate Bahner weitergeben.

Frau Beate Bahner: Ja, vielen Dank, lieber Kollege. Sie haben sich schon ganz lange, beziehungsweise ein Jahr mindestens, mit diesen zwei Regelwerken auseinandergesetzt, und

die machen tatsächlich keinen Spaß. Nicht nur, daß sie letztendlich verwirrend sind, auch sich übereinander, sozusagen sich überkreuzen. Man weiß nicht, warum eigentlich zwei Regelwerke erforderlich sind.

Aber wenn das passiert, Sie haben vollkommen recht, da würde sich wirklich jeder Diktator freuen. Aber natürlich freuen sich insbesondere die Pharma- und MedizinproduktHersteller. Denn es ist letztendlich eine Handelsbörse für all diejenigen Pharmahersteller, die allerdings dann auch im Club sind, ebenso wie die Labore, die Referenzlabore, die ausdrücklich genannt sind.

Also hier wird aufgebaut eine große Pandemieindustrie für diejenigen, die allerdings dann auch im Club sind. Das werden sicher nicht die kleinen Pharma- und MedizinproduktHersteller sein. Es gibt eine Vielzahl von Gründen gegen diese beiden Vorhaben. Diese Ausrufung einer Pandemie, das heißt übrigens PHEIC, PHEIC: Public Health Emergency of International Concern.

Es ist nicht das Fake, so wie wir das Fake kennen, aber es spricht sich genauso aus. Und ich muß tatsächlich sagen, es ist nicht weit voneinander weg. Es wird aufgrund eines One-Health-Ansatzes, ist zu befürchten, daß ab einer Sommerhitze von 30 Grad im Juli ein Klima- und Gesundheitsnotstand, ein PHEIC ausgerufen wird, mit all diesen Maßnahmen, die der Kollege genannt hat.

Also, was spricht dagegen? Willkür und Mißbrauchsmöglichkeit durch PHEIC: Die Abschaffung, und das haben wir jetzt schon erlebt, des internationalen und nationalen Arzneimittelrechts und damit jedweder Patienten- und Produktsicherheit, die Mißachtung der Würde, der Menschenrechte und Grundrechte. Dann, und das ist ein ganz wichtiger Punkt, auch die Legalisierung des Verkehrs und des Handels mit hochgefährlichen Krankheitserregern.

Die Verteilung und Zuteilung von Produkten und Impfstoffen durch ein WHO-Pandemie-Kartell, so muß man es bezeichnen. Dann eben Zwangsbehandlungen, Zwangsimpfungen, die dann, und da müssen wir, das stellen wir jetzt schon fest, die WHO testet es ja immer mal wieder: Mal ruft sie die Affenpocken aus, mal ist RSV dann plötzlich meldepflichtig, mal spricht man ...

Das geht immer zufällig einher mit der Entwicklung oder Zulassung eines neuen Impfstoffes, just gegen genau diese Krankheit. Dann die totale Überwachung wird und ist ganz klar auch Bestandteil dieser beiden Rechtsvorhaben, dieser Datenaustausch, der Datentransfer, der natürlich dann zu einer Totalüberwachung durch diese globalen Gesundheitszertifikate, wir kennen sie als Imp fzertifikate, dann führen wird.

Das führt natürlich zum Verlust der staatlichen Souveränität. Es führt auch zu unkalkulierbaren Kosten für die einzelnen Staaten, die sich nämlich verpflichten müssen, vor und nach und zwischen und während und für die nächste und übernächste Pandemie immer entsprechende Impfstoffe und Medizinprodukte vorrätig zu haben. Immer die Lager gefüllt mit Dingen, die wir im Zweifel nicht brauchen, so war es ja schon bei der Schweinegrippe und jetzt auch bei Corona. Teil des Planes ist, diese Rechtspläne sind darüber hinaus die Verfolgung und Zensur und Verfolgung abweichender Meinungen.

Wir lernen tolle neue Begriffe: Infodemie, ein Zuviel an Informationen, darf heutzutage nicht mehr sein. Wir haben den Zwang zur Kooperation der Staaten, und wir haben vor allem die Immunität der WHO, des Generalsekretärs, der sozusagen wirklich allein Herrscher sein wird. Wir haben keinerlei Kontrollmöglichkeit, keinerlei rechtliche Überprüfungsmöglichkeit und am Ende die strafrechtliche Immunität. All das muß uns alle sehr besorgen.

Danke für Ihr Ohr.

Moderatorin: Danke, danke schön. Wir wollten nach jedem Blog erst mal Fragen der Presse beantworten, bevor wir dann zum nächsten Thema übergehen. Das heißt, wenn Sie jetzt schon Fragen haben, dann würde ich damit die Fragerunde eröffnen. Ich sehe im Moment keine.

Dann haben wir vielleicht noch, haben ihr beiden noch vielleicht was zur Vertiefung dazu zu sagen?

Dr. Michael Brunner: Diese Regelwerke werden begründet mit den Prämissen, daß SARS-CoV-2 ein völlig neuartiges Virus gewesen wäre, eine globale Pandemie verursacht habe. Die Staaten wären darauf nicht vorbereitet gewesen, die Gesundheitssysteme hätten desaströs versagt. Daher bedarf es jetzt einer globalen Medizinwirtschaft im Falle einer Pandemie. Und wie ich gesagt habe, wir werden einen permanenten Krisenmodus haben. Es wird eine pandemische Situation.

Pandemische Situation kommt aus dem Deutschen Bundestag, ist dann eine noch weichere Formulierung für eine Pandemie als die Pandemie selbst in den IHR bzw. im Vertrag, wo hier auch nur mit unbestimmten Gesetzesbegriffen gearbeitet wird. Natürlich ein solches System ist mit den Menschenrechten nicht vereinbar, verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, gegen den UN-Vertrag, gegen den UN-Sozialpakt, gegen den EU-Vertrag, gegen die Menschenrechte allgemein, vor allem auch gegen die Würde des Menschen.

Daher vertrete ich die Ansicht, genauso wie auch Frau Kollegin Beate Bahner, ein solches Regelwerk kann niemals eine Normgeltung erlangen, weil es die Untergrabung jeglicher Menschenwürde ist. Und natürlich, es darf keine Information an den Bürger kommen, die dieses Vorhaben gefährden dürfte. Daher wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Der Bürger erfährt nichts, wird eines Tages vor vollendete Tatsachen gestellt. Und wenn diese Werke abgeschlossen sind, dann ist eine andere Meinung zu verfolgen bereits. Es darf keine Fake News geben, es wird eine umfassende Zensur geben. Wir werden in einem Polizeistaat leben, den wir uns nicht einmal mehr erdenken können.

Moderatorin: Vielleicht ganz kurz noch ergänzend, oder zuerst die Frage?

Ja, ich denke, wir lassen Fragen zu, dann haben Sie die Möglichkeit, dann zu ergänzen.

Regina Schwarz, freie Journalistin: Ich habe die Frage, wie das aussieht, wenn einzelne Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation sich verweigern, oder da nicht mitmachen, oder das innerhalb der zehn Monate Frist hinkriegen, daß sie eben bei den internationalen Gesundheitsregeln und bei dem Pandemievertrag nicht mitmachen wollen.

Wenn sie das formal so hinkriegen, und die anderen kriegen das nicht hin, ist es dann so, daß dann da so ein Flickenteppich entsteht von Staaten, die mitmachen oder nicht mitmachen? Oder werden die anderen dann da mit reingezwungen, wenn die Mehrheit der Staaten sagt, wir wollen das aber, und es ist uns egal, wie ihr das in eurem Staat regelt. Und damit auch verbunden schon die Frage, gibt es schon Staaten, wo bekannt ist, daß die auf keinen Fall mitmachen und was passiert mit denen?

Dr. Michael Brunner: Also was mit denen passieren wird, das kann man heute nicht vorhersehen. Nur ich denke an die Corona-Zeit, es gab damals kein verbindliches Gesundheitswerk, aber trotzdem sind alle Staaten im Gleichschritt mitmarschiert. Wenn es dann zum Abschluß dieser Verträge kommt, wird eine Regierung allenfalls sagen: "Ich kann ja nichts dafür, liebe Bevölkerung, ich bin ja gezwungen durch den WHO-Vertrag, ich muß jetzt die Exekutive gegen euch einsetzen, weil sonst werde ich vertragsbrüchig."

In den Regelwerken ist selbst vorgesehen, daß ein Staat einer Empfehlung, wenn er diesen Werken beigetreten ist, nicht entspricht, er binnen 48 Stunden eine Rechtfertigung abgeben muß, warum er den Empfehlungen, die verbindlich sind, nicht entspricht. Und wenn er dann noch immer nicht entspricht, dann werden alle anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis gesetzt, daß dieser Staat nicht den Vorgaben der WHO entspricht. Und dann kommt es zu Sanktionsrechten.

Ich denke hier beispielsweise an finanzielle Einschränkungen, die mit Sicherheit kommen. Und das wird wahrscheinlich auch, wenn die Mehrheit der Staaten hier zustimmt, auch indirekt die Staaten betreffen, die nicht zugestimmt haben. Der Bedarf ist einer breiten

Mehrheit der Nichtzustimmung und für den Fall, daß dann doch eine Mehrheit zustimmt, ist die Bevölkerung aufgerufen, hier nicht mitzumachen.

Moderatorin: Wir hatten hier vorne noch eine Frage.

Kurz eine Frage und zwar bin ich nicht ganz sicher, ob ich da richtig informiert wurde, Horst Matten von Klagemauer.TV, daß sich diese Pandemie-Rechte nicht nur auf Viren konzentrieren, sondern eben, daß es auch darum geht, zum Beispiel, wenn festgestellt wird, es gibt vermehrt Herzkrankheiten und so weiter, daß man dann halt eben, daß die WHO sich auch das Recht rausnimmt, daß zum Wohle der Gesundheit, der Allgemeinheit, zum Beispiel, es dann Empfehlungen oder Vorschriften geben könnte, wie man sich zu ernähren hat, wie man sich nicht zu ernähren hat und so weiter. Also wieder Einschränkungen auch in die persönlichen, privaten Rechte. Ist das richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Frau Beate Bahner: Ja, so ist es, weil man einführt diesen Grundsatz der One Health, eine Gesundheit. Wir alle sind eine Gesundheit. Der Frosch in Bayern ist Teil meiner Gesundheit, ebenso wie die Hitze in einem afrikanischen Land, ebenso wie vielleicht eine kleine, wie auch immer ein Krankheitsausbruch in einem anderen Land. Ich erinnere mich immer an die Pest, das hat mich immer sehr erschreckt als junge Frau. Die brach ja immer mal wieder aus, so Indien, Madagaskar, wenn ich mich richtig erinnere.

All das wird künftig in der Tat dazu führen, One Health, also alle Bereiche, die in irgendeiner Form Einfluß nehmen können, das ist das Klima, das sind die Viren, das ist schon in den beiden Vorhaben und auch in der EU. Es gibt ja schon ein Rechtsvorhaben, das in der EU sehr weit unsere Rechte schon jetzt genau, das ist diese Verordnung gegen grenzüberschreitende Gefahren, die enthält schon sehr viel all dieser Zwangsmaßnahmen, oder dieser geplanten Möglichkeiten.

Das ist beispielsweise wie in dem Pandemievertrag: Die Resistenz gegen antimikrobielle Substanzen, das ist dieser typische Krankenhauskeim, der ist da schon implementiert. Ich gehe davon aus, daß die Pharmaindustrie irgendwelche neuen Antibiotika in der Pipeline hat, denn warum sollten sonst jetzt hier diese antimikrobiellen Substanzen, genauso wie beispielsweise die Grippe, die ist auch schon im Pandemievertrag, die Grippe-Pandemie ist schon drin, die kennen wir ja jetzt nun lang genug, aber ich gehe davon aus, daß sie auch da entsprechende Impfstoffe haben in der Pipeline.

Und was damit wirklich zusammenhängt, das ist dieses Schaffen eines Pandemiezustandes als Dauerzustand. Warum? Weil dann schon in diesem Pandemievertrag letztendlich eine Art Notstandsgesetzgebung vorgesehen ist, beispielsweise für die Entwicklung von Arzneimitteln, Medizinprodukten, Impfstoffe. Impfstoffe brauchten bislang circa zehn Jahre zur Entwicklung, wenn sie dann überhaupt erfolgreich zugelassen wurden. Die sollen jetzt in 100 bis 130 Tagen zugelassen werden. Aber das hilft nur, wenn wir eine Pandemie haben.

Also brauchen wir zuerst eine Pandemie, dann haben wir den Knopf gedrückt für den Ausnahmezustand, dann haben wir den Knopf gedrückt für die Notstandsgesetzgebung. Nämlich hier Bevorraten, Auffüllen, Abnehmen von Impfstoffen, und ganz schnell unter sozusagen außer Kraftsetzung sämtlicher arzneimittelrechtlicher Sicherheitsvorschriften, ganz schnell. Das hat man schon bei Corona so gemacht. Das ist jetzt nicht neu, da hat man es schon erfolgreich getestet, und es hat funktioniert.

Und die Pandemie soll ein Dauerausnahmezustand werden, um letztendlich durch diesen angeblichen Ausnahmezustand, durch die angebliche PHEIC, durch die Pandemie, Public Health Emergency of International Concern, letztendlich hier einen illegalen Zustand, der nichts mehr mit dem, was in den Nationalstaaten bislang auch im Interesse der Bürger und der Patienten geregelt wurde, außer Kraft zu setzen.

Moderatorin: Ja, danke schön. Guck mal, da ist noch jemand.

Ja, Oliver Signus von der Epoch Times: Ich habe zwei Fragen. Die WHO hat 195 Mitglieder,

glaube im Moment. Mir ist nur bekannt, daß es eine einzige Regierung gibt, die sich ganz klar dagegen gestellt hat. Das war vor ungefähr zwei Wochen der slowakische Präsident. Ansonsten gibt es immer wieder mal Initiativen oder Oppositionsparteien, die sich dagegen stellen. Ist Ihnen noch eine zweite Nation bekannt, die ganz klar sich distanziert von diesem Regelwerk? Ich nenne es mal so.

Dr. Michael Brunner: In den USA regt sich Widerstand durch die Republikaner und soweit mir bekannt ist, auch in Lettland. Der Widerstand wird meines Erachtens größer. Gesundheitsminister Lauterbach hat ja bereits kundgetan, daß die Verträge an der Kippe stehen. Ich gehe davon aus, daß der WHO-Pandemievertrag nicht abgeschlossen werden wird, weil die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden wird, oder die nationalen Gesetzesvorschriften dieses Regelwerk nicht gestanden umzusetzen.

Beispielsweise in Österreich bräuchte man zwingend eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, im Nationalrat und eine Volksabstimmung, sieht Artikel 44, Absatz 3 BVG vor. Der Gesundheitsminister Rauch hat bereits bekannt gegeben, daß er keine Volksabstimmung in Österreich durchführen werde. Das wird aber, wenn das tatsächlich der Fall ist, eine Mangelhaftigkeit im Gesetzwerdungsverfahren sein, die vom Verfassungsgerichtshof zu prüfen ist und in anderen Fällen bereits zum Erfolg einer Aufhebung geführt hat.

Ich glaube, auch deswegen hat man zwei Regelwerke hier in Aussicht genommen, weil bereits die WHO davon vorgeht, den Pandemievertrag werden wir nur sehr schwer umsetzen können, beziehungsweise nicht mit allen Staaten. Aber die internationalen Gesundheitsvorschriften, die treten ja mit einfacher Mehrheit durch die Weltgesundheitsversammlung in Kraft, und dann muß der einzelne Staat aktiv werden und binnen zehn Monaten von der Opting-out-Möglichkeit Gebrauch machen. Also, wenn wir das eine nicht schaffen, dann schaffen wir das andere sicher, nur es ist beides abzulehnen und es ist beides menschenrechtswidrig.

Oliver Signus von der Epoch Times: Zweite Frage war: Ich habe kürzlich mit einem Arzt gesprochen, der sagte mir, daß die Pharmaindustrie seiner Schätzung nach derzeit an der Entwicklung von circa 500 Impfstoffen arbeitet. Ist das eine Zahl, die Sie bestätigen könnten? Haben Sie so was gehört, Frau Bahner vielleicht?

Frau Beate Bahner: Ich kann es überhaupt nicht bestätigen, ich habe leider keine heißen Kontakte zur Pharmaindustrie. Ich habe ja früher auch als Referentin immer wieder Vorträge für die Pharmaindustrie gehalten, das ist schon Jahre her vor Corona. Ich kann es mir aber vorstellen, denn das ist natürlich sozusagen ein Rausch für die Pharmaindustrie. Ich kann mir vorstellen, daß viel wirklich in der Pipeline ist, und dafür braucht es die Angst, die Panikmache, die Paranoia.

Diese Verträge atmen für mich durchaus eben auch diese Panik, diese wahnhaftige Panik vor Pandemien, zumindest eine behauptete, weil ohne die Angst, die gemacht wird vor Krankheiten, wird sich ein gesunder Mensch nicht immer und immer wieder und auch regelmäßig und alle sechs Monate und jedes Jahr impfen lassen. Es braucht also einen Dauerpanikzustand, das ist geplant, und ich gehe davon aus, daß das sehr eng einhergeht mit tatsächlich ganz vielen Arzneimitteln, Medikamenten, Antibiotika und Impfstoffen, die man erst so an den Mann bringt.

Moderatorin: Ja, Dankeschön. Dann würden wir vielleicht zum nächsten Block übergehen, und dann bitte ich Frau Ärztin Monika Jiang von der Initiative "Wir Fordern".

Dr. Monika Jiang: Zuerst mal nach diesem WHO-Drama, erstmal einen gesegneten zweiten Advent. Auch daß wir das im Auge behalten, immer ein gesundes Gleichgewicht. Ich sitze jetzt hier für Andrea Trescher, eine deutsche Journalistin, die in Österreich wirkt, und die diese Initiative "wir-fordern.eu" aufgestellt hat Anfang diesen Jahres, weil als Initiative aus der Zivilgesellschaft. Weil es einfach sehr wichtig ist, dass, diese WHO-Geschichte kocht ja jetzt erst so richtig auf, aber das war vor einem Jahr auch schon so.

Ich verlese ihren Text, also aus der Sicht von Andrea Trescher. Wie kam es zu dieser Initiative "wir-fordern.eu"? Im Januar dieses Jahres wurde ich von einem Bekannten aus dem medizinischen Bereich kontaktiert. Man müsse doch endlich etwas für die Opfer der Corona-Maßnahmen tun. Viele Ärzte würden darunter leiden, daß sie sich für ihre Patienten eingesetzt und Maskenbefreiungsatteste ausgestellt hätten. Dafür stünden sie jetzt vor Gericht, wie zum Beispiel ich morgen konkret in Mannheim, unter massivem juristischem Druck. Und auch andere hätten Probleme: wirtschaftlicher Existenzverlust, Mobbing.

Vieles war 2020 bis 2022 passiert, von dem niemand geglaubt hätte, daß es nach den Erfahrungen aus der deutschen Vergangenheit jemals wieder Realität werden würde. Der Idee, einer betroffenen Ärztin eine Petition zwecks Amnestie der Opfer auf einer der gängigen Plattformen zu machen, widersprach ich aus zwei Gründen sofort.

Punkt 1: Der Begriff Petition, lateinisch Petitio, Bittschrift, Gesuch, Eingabe, war nicht das Wort der Wahl und auch nicht der Zeit, denn es ist viel zu schwach. Wenn, dann müssen wir fordern, daß das Unrecht endlich beendet wird. Also Forderung statt Bitte. Deswegen heißt die Initiative auch wir-fordern.eu. Denn Konsequenzen müssen sein. Um nach drei Jahren überzogener Corona-Maßnahmen wieder zu gesellschaftlichem Frieden zu finden, braucht es die vollständige Rehabilitation der Opfer, statt eines gesellschaftlichen Schutzes der Täter. Verzeihen ist nur denkbar, wenn die Opfer Gerechtigkeit erfahren haben, und die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Darum muß man mit klaren Forderungen deutlich machen, was notwendig ist, um dem Wahnsinn der Corona-Jahre wirklich ein Ende zu setzen.

Punkt 2: Für mich war es indiskutabel, eine der gängigen Petitionsplattformen zu verwenden. Bei diesen handelt es sich mehrheitlich um Datenkraken, die von den Herrschenden zur Steuerung der Menschen mißbraucht wurden bzw. werden. Change.org wurde vom Forum Young Global Leaders gegründet. Compact-Kampagnen haben sich in der Vergangenheit immer wieder als systemtragend erwiesen. Und schon vor Jahren, bald einem Jahrzehnt, wurde vor avaaz.org gewarnt, die damals vom Philanthropen in Gänsefüßchen, wir kennen ihn inzwischen, George Soros, und seiner Open Society Foundation finanziert wurde. Nur mit einer eigenen Plattform kann man einen Mißbrauch der Daten ausschließen.

Und so entstand in Zusammenarbeit mit einem langjährigen Freund, Wolfgang Süß, die Webseite "wir-fordern.eu". Wofür steht "wir-fordern.eu"? "Wir-fordern.eu" steht für eine vollständige Rehabilitation der Opfer statt eines gesellschaftlichen Schutzes der Täter. Alle, die vor den Gefahren der Corona-Maßnahmen gewarnt haben und dafür massivster persönlicher Bedrohung ausgesetzt waren und sind, müssen umfassend rehabilitiert werden. Dies betrifft insbesondere Menschen im Gesundheitswesen wie Ärzte, Pflegepersonal, Mitarbeiter und Wissenschaftler, Polizisten und Soldaten, Journalisten und Medienschaffende, Menschen im Bildungswesen sowie alle anderen Betroffenen, wie Inhaber von Maskenbefreiungs- oder Impfunfähigkeitsattesten, Patienten, Künstler, Eltern, Kinder und viele andere.

Die Forderungen:

Erstens: Umfassende Aufarbeitung und klare rechtliche Konsequenzen für Verursacher der Schäden durch Heranziehung von deren Privatvermögen.

Zweitens: Rücknahme aller Gesetze und Verordnungen aus dieser Zeit, sowie Einführung von Kontrollmechanismen, um die systematische Aushöhlung der Grundrechte unter dem Vorwand des Katastrophenfalls zukünftig sicher zu verhindern.

Drittens: Sofortige Beendigung und Einstellung jeglicher straf- und bußgeldrechtlichen Verfolgung von Maßnahmenvergehen, gleich welcher Art.

Viertens: Nichtigerklärung entsprechender Strafbefehle, Strafurteile und Bußgeldbescheide.

Fünftens: Rückerstattung aller bereits wegen Corona-Maßnahmen gezahlten Bußgelder und Geldstrafen.

Sechstens: Öffentliche Anerkennung des Mutes aller, die aus innerer Überzeugung heraus

Bedrohung und staatliche Repressalien in Kauf genommen haben.

Siebtens: Eine offizielle, unabhängige, staatlich finanzierte Untersuchungskommission, die klärt, wie es zu diesen Fehlentwicklungen kommen konnte (die es bis heute nicht gibt). Wie ging es weiter? Anfangs, im Frühling dieses Jahres, verbreitete sich die Seite rasant. Die ersten 20.000 Unterschriften kamen in wenigen Wochen zusammen. Alternativmedien wie TKP, Report24 oder Manova, soziale Medien, insbesondere die verschiedenen telegram-Kanäle halfen mit.

Aber je wärmer es wurde, je mehr Lockdown, Maskenpflicht und Impfdruck in Vergessenheit gerieten, desto deutlicher sank das Interesse der Menschen an Aufarbeitung. Dann tröpfelte gelegentlich noch eine Unterschrift rein. Zu wenig, um das eigentliche Ziel von einer Million zu erreichen. Die Unterschriftenliste war für Deutschland, Österreich und die Schweiz angelegt. Nur die Schweizer waren ja seinerzeit immer etwas glimpflicher durchgekommen. Aber unsere Privatinitiative hat leider keine Sponsoren, die eine wirkliche Verbreitung finanziell ermöglichen würden.

Der Mangel an eigener Betroffenheit einerseits, aber auch die vielen anderen Probleme, Energiekrisen, Kriege oder die drohenden Grundrechtseinschränkungen, die mit dem kommenden WHO-Pandemievertrag und den IHR International Health Regulations auf uns zukommen, andererseits, nehmen sehr viel Zeit, Energie und Kraft in Anspruch. Zum Thema WHO haben wir übrigens die Webseite "www.mehr-wissen.info" ins Leben gerufen und inzwischen in 24 Sprachen übersetzt.

Das Positive, die Forderung nach Amnestie der Opfer, sowie die Anzeigen gegen die Täter der Corona-Maßnahmen sind zwei Seiten der gleichen Medaille, der Wiederaufarbeitung dessen, was zwischen 2020 und heute passiert. Das ZARF hat die Unterschriftenaktion von Anfang an auch aktiv unterstützt. Wir freuen uns, daß jetzt die über 24.000 Unterschriften, genau Stand von vor fünf Minuten, 24.294 Unterschriften, gemeinsam mit den Strafanzeigen übergeben wurden.

Wie Ralf Ludwig mir sagte, erreichen sie dank des ZARF nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch den Bundespräsidenten und die 16 Ministerpräsidenten. Damit versendet die Aktion nicht ohne Wirkung, sie hat wichtige Impulse gesetzt, sondern sie dient als ein weiterer Impuls, als Aufforderung, endlich ihrer Rolle gerecht zu werden und das Unrecht der vergangenen dreieinhalb Jahre aufzuarbeiten, die Opfer zu entschädigen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderatorin: Dankeschön. Fragen dazu? Dann gehen wir zum nächsten Block über oder wollen wir noch mal etwas hinzufügen? Wenn es keine Fragen gibt, möchten Sie noch etwas hinzufügen?

Dr. Monika Jiang: Also was eben am Anfang, diese Unterschriftenliste wurde ja dieses Jahr im Januar, Februar entworfen, entwickelt und auf den Weg geschickt und es ist wirklich "gut Ding braucht Weile". Jetzt ist der Druck wieder größer mit der WHO-Geschichte, die einfach mehr präsent ins öffentliche Bewußtsein dringt, zu Recht, das ist ganz dringend. Und es ist einfach wichtig, daß jeder aus der Zivilgesellschaft und alle, die wach sind, mitmachen, die Journalisten, das heißt Sie in der ersten Reihe, jeder, der irgendwie betroffen ist, weil wir alle betroffen sein werden.

Moderatorin: Dankeschön. Ich gucke nur, ich frage noch mal, gibt es Fragen dazu? Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich jetzt Lars Hünich bitten, Mitglied des Landtages Brandenburg und Obmann des einzigen Parlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses, von diesem zu berichten.

Herr Lars Hünich: Ja, Dankeschön, einen wunderschönen guten Abend auch von meiner Seite. Zwei Sachen vorweg: Wenn Sie gegen eine zentralistische EU sind, was ganz viele sind, dann sind Sie, wenn Sie die WHO kriegten, hundertmal schlimmer bedient. Deswegen tausend Dank

für die Arbeit, weil das ist wichtig aufzuklären. Und Nummer zwei zu Ihnen: Ich glaube, daß es extrem wichtig sein wird, daß die Opfer dieser Corona-Pandemie, aber auch der Impfung vor allen Dingen, die brauchen eine Lobby-Organisation. Es gibt ganz viele Opferverbände, was fehlt, ist ein Opferverband für die Impfgeschädigten. Das ist also ganz toll.

So, jetzt zu meiner Sache. Ich habe drei Punkte zu unserer Arbeit im bisherigen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Genauer gesagt reden wir über den Untersuchungsausschuß 7/1, Corona 1 und 7/3, Corona 2. Ich habe dazu drei Punkte, nämlich der erste Punkt ist der Ursprungsgedanke und das Ziel der Untersuchungsausschüsse. Danach habe ich ein Beispiel aus der praktischen Auswirkung unserer Arbeit, und als letztes werde ich nochmal zusammenfassen aus den Zeugenbefragungen.

Zuvor bedanke ich mich bei allen, und das ist wichtig, allen kritischen Rechtsanwälten, Medizinerinnen und Montagsspaziergängern, die unermüdlich für die Aufklärung unterwegs sind. Wir drei Brandenburger Abgeordneten, Dr. Christoph Berndt, Dr. Daniela Oeynhausen und ich verdanken viele gute Fragen und vor allen Dingen Quellen, die wir im Ausschuß einbringen können, die wir aber auch verwerten können und vor allen Dingen Wissen weiterbringen können. Dafür tausend Dank.

Zum ersten Punkt: Der Ursprungsgedanke eines Untersuchungsausschuß geht da hinein zurück, daß es im Brandenburger Landtag eine Hauptausschußanhörung gab, in dem drei Rechtsstaatswissenschaftler quasi erklärt haben, daß die Art und Weise, wie die Eindämmungsverordnungen, und das kennen wir alle noch, da ging dann ein Minister quasi an die Presse und hat die Eindämmungsverordnung vorgelesen, daß diese Art und Weise der Einbringung der Eindämmungsverordnungen verfassungsfeindlich wären. Daraufhin haben wir gesagt: "Okay, wir müssen da also etwas tun und müssen also etwas untersuchen." Wir haben die Ausschüsse mit folgender Arbeitshypothese eingesetzt:

Erstens: Die Rechtsgutachten besagten, daß die beschlossenen Maßnahmen, also die Eindämmungsverordnungen, wie ich gerade sagte, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Zweitens: Die handelnden Politiker handeln ohne verwertbare Datengrundlage. Und drittens: Der Staat hat bei der Vorbereitung zur Bewältigung einer Krise versagt. Das ist zumindest das, mit welcher Arbeitsthese wir hineingegangen sind. Wie kamen wir 2020 schon zu diesem Schluß?

Es gibt in einem Rechtsstaat ein grundlegendes Prinzip für staatliches Handeln. Alles muß der Verhältnismäßigkeitsprüfung unterzogen werden. Jedes Gesetz, jede Verordnung, jeder Brief, den ein Ministerium verschickt. Ich wiederhole: Der Grundsatz gilt für alle staatlichen Handlungen. Außerdem muß ein legitimer Zweck haben. Legitime Zwecke sind grundsätzlich nur öffentliche Interessen. Nur Mittel, die mit diesem Zweck dienen und gleichzeitig erstens geeignet sind, um das Ziel zu erreichen, zweitens erforderlich sind, weil es das öffentliche Interesse wirklich gibt, und drittens angemessen sind, weil der Staat dabei kein Leben gegen ein anderes aufwiegt und auch Einzelne nicht wesentlich schaden darf.

2020 war das öffentliche Interesse, und vielleicht erinnern wir uns zurück, das öffentliche Interesse war, das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Damit wurden alle Maßnahmen begründet. Das Verrückte ist bis heute: Wir überprüften im Ausschuß also, auf welcher Datengrundlage die Regierung zu dem Schluß kam, die Landesregierung Brandenburg, zu dem Schluß kam, daß die beschlossenen Maßnahmen ein geeignetes, erforderliches und angemessenes Mittel waren, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Ausschuß, das ist auch wichtig, dient nicht zur Klärung medizinischer Fragen. Ich bin ja kein Mediziner. Ich gehe sogar ganz ungern zum Arzt. Untersuchungsausschußgegenstand ist die Arbeit der Landesregierung Brandenburg bis Ende 2022. Also wir untersuchen eine rein politische Frage. Jetzt zu den Ergebnissen: Es gibt drei direkte, praktische und grundsätzliche rechtliche Ergebnisse. Ein Beispiel für ein direktes, praktisches Ergebnis ist die Vernehmung

des Präsidenten der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, der übrigens der Präsident ist von einer Vereinigung, die allein in Brandenburg 16.000 Ärzte irgendwie vertritt.

Sie waren übrigens derjenige, der dafür zuständig war für die Frage, Frau Bahner, würde ich mal sagen. Wir haben ja viele Fragen, auch alleine, weil wir ihr Buch gelesen haben. Vor der Vernehmung, und das ist entscheidend wichtig, hatte die KVBB, also die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg, die Empfehlung für Ärzte auf der Webseite des KV Bund, also der Kassenärztlichen Vereinigung Bund, verlinkt. Das heißt, alle Kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland haben auf diese Frage quasi, und zwar ging es um eine Grundsatzfrage, daß ein Arzt gefragt hat, muß ich ein persönliches Aufklärungsgespräch haben.

Und darauf hat die Kassenärztliche Vereinigung Bund gesagt, und ich zitiere: "Aufklärungsgespräch kann entfallen." Es reichen, angeblich laut deren Aussage, damals gab es da diese Vordrucke, die man ausfüllen konnte, die sind übrigens auch in die Schulen versandt worden. Wir haben den Präsidenten im Ausschuß gefragt, ob er § 630e, Absatz 2, Nummer 1 BGB nicht kennen würde. Der schreibt nämlich vor, daß immer, ich wiederhole, immer eine mündliche Aufklärung stattfinden muß.

Das Fazit war, kurz nach der Vernehmung war die Empfehlung natürlich von der Webseite verschwunden. Das was wir zum jetzigen Zeitpunkt prüfen, ist die Frage nach Haftung und nach Klagen. Ein Inverkehrbringer eines Lebensmittels, von welchem ich Durchfall bekomme, ist dafür haftbar zu machen. Das gleiche ist aus unserer Sicht bei einer Impfung, bei der ich nicht aufkläre, ich aber einen Schaden erhalte, ist der Inverkehrbringer, also der Arzt, aus unserer Sicht, haftbar zu machen.

Nicht wir können klagen, das müssen dann andere tun, aber das wird gerade geprüft. Auch wenn meine Zeit knapp ist, ich möchte trotzdem noch ein plastisches Beispiel nennen, und zwar für das Versagen einer Datengrundlage. Ich glaube wir brauchen nicht viel erzählen, was eine Datengrundlage ist. Die Landesregierung Brandenburg hat uns zu jedem Themenkomplex einen Regierungsbericht übersandt.

Und in dem Regierungsbericht zum Thema Impfnebenwirkungen sagt die Regierung des Landes Brandenburg, es gibt in ganz Brandenburg 154 Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen und 11 Verdachtstodesfälle in Brandenburg im Zeitraum der Impfung. Bei einer Vernehmung der Frau Dr. Keller-Stanislawski, und zwar der Dame, die im PEI (Paul-Ehrlich-Institut) dafür zuständig ist, und zwar auf die Impfsicherheit zu achten, die sagte ihre Zahlen, und die haben sie sogar noch händisch rausgesucht, denn das 2023, ihre Zahlen sind 5860 Verdachtsmeldungen und 88 Todesverdachtsmeldungen.

Alleine hier sieht man ein riesiges klaffendes Datenleck und vor allen Dingen ein Datenloch. Ich glaube sogar, daß die Landesregierung Tatsachen nicht mehr weiß, weil sie diese Daten gar nicht einholt. Zum Schluß, auch wenn meine Zeit knapp ist, ich weiß, ich bin ja Politiker, ich darf ja reden. Was sind einige Erkenntnisse und die will ich Ihnen nicht vorenthalten. Erstens: Die Durchführung eines Lockdown wurde von den europäischen Staatschefs bereits vor dem 12.03.2020 beschlossen.

Der erste deutsche Lockdown-Beschluß war am 12.03.2020. Auf dieser Ministerpräsidentenkonferenz am 12.03.2020 hat man auch die Schulschließungen schon beschlossen. Inwieweit, wie verrückt das ist, können Sie daran sehen, wenn Sie heute nochmal googeln, Herrn Spahn seine Twitter-Meldung vom 14.03.2020, in dem er alle für verrückt erklärt, die das denken, daß es das kommt. Also ich will damit sagen, es ist nicht nur abgesehen davon, daß sie keine Daten haben, sie lügen.

Zweitens: Alle weiteren Maßnahmen wurden in der sogenannten AG Infektionsschutz bundesweit koordiniert und mit teilweise unbekanntem Teilnehmern und bisher nicht öffentlich zugänglichen Akten beschlossen. Wir warten bis heute auf Teile dieser Akten, die uns verwehrt werden und das in einem Untersuchungsausschuß.

Drittens: Der zweite Lockdown, der sogenannte Lockdown-Light, der am 2.11.2020 verkündete und bis Ende Mai 2021 stetig verschärft wurde, war weder erforderlich, noch war er angemessen, ebenso wenig wie die Impfung. Sie war weder angemessen noch verhältnismäßig. Das Einzige, was sie war, ihre Bewerbung diente ausschließlich der Gesichtswahrung der Politik. Diese Angemessenheit wieder davor zu legen, was wir vor uns gerade gesagt haben.

Viertens: Die Maßnahmen wurden weder methodisch noch wissenschaftlich begleitet. Es fehlen sämtliche demokratisch kontrollierten Daten-, Melde- und Kommunikationswege. Die Verhältnismäßigkeit kann und konnte gar nicht in Deutschland geprüft werden. Deshalb basiert die gesamte Verhältnismäßigkeitsprüfung auf gezählten positiven Corona-Tests und internationalen Studien, deren Wissenschaftlichkeit durchaus angezweifelt werden muß.

Zusammenfassend: Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr der Überlastung des Gesundheitssystems kam. Es gab jederzeit freie Kapazitäten. Allein im Land Brandenburg, ich habe das heute schon erzählt, im Land Brandenburg, vielleicht erinnern sich einige wenige, wir hatten dieses Corona-Sonderkrankenhaus: 500 Betten mit Beatmungsbetten, 500 Beatmungsbetten. Nicht einen einzigen Tag war dieses Krankenhaus am Netz.

25 Millionen und die Betten sind dann ins Ahrtal gegangen. Abgesehen davon, daß es wichtig ist, daß das Ahrtal überhaupt welche Hilfe bekommen hat, aber wir sehen daran, an diesem Krankenhaus, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Überlastung gab. Das heißt, das Ziel der Maßnahmen war zu keinem Zeitpunkt ein berechtigtes öffentliches Interesse. Damit waren auch die Mittel zur Erreichung der Ziele nicht legitim. Unsere Erkenntnisse, und das ist wichtig einzuordnen, unsere Erkenntnisse bestätigt auch das IFSG-Gutachten vom 30.06.2022 nach § 5 Absatz 9, IFSG.

Es sagt ganz deutlich: "Die Corona-Maßnahmen waren nicht erforderlich, nicht angemessen und nicht verhältnismäßig." Und daher unterstütze ich heute vollumfänglich die Anzeige, die heute gestellt wurde bei der Bundesanwaltschaft. So darf in einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft mit den Bürgern nicht umgegangen werden, und aus unserer Sicht ist das Unrecht.

Moderatorin: Ja, danke schön, Lars. Wir kommen dann zu den Fragen. ...

Elijah Tee: Hallo, guten Abend. Verzeihung, Elijah Tee von ET Video & Content. Herr Hünich, Sie haben von den Ergebnissen erzählt, die ja mannigfaltig sind. Sie haben auch sehr viele Leute vorgeladen. Und was viele Leute vielleicht nicht wissen, vielen Dank für alles, was Sie bereits geleistet haben. Ihr Untersuchungsausschuß geht ja noch eine ganze Weile weiter. Können Sie etwas sagen, das ist ein bißchen provokant gefragt, aber können Sie etwas sagen zu den Konsequenzen Ihrer Arbeit?

Die Ergebnisse und die Konsequenzen sind für mich zwei unterschiedliche Dinge. Weil, Sie ja interessante Leute vorgeladen haben. Herr Wieler war da, Frau Ernst war da, der Aufpasser von Herrn Wieler und so weiter und so fort. Können Sie nach inzwischen, ich glaube inzwischen bald drei Monaten Ihres Untersuchungsausschusses, in irgendeiner Form erkennen, daß es auch vielleicht personelle Konsequenzen gegeben hat in irgendeiner Form, oder in irgendeiner Form geartete Konsequenzen überhaupt, die sich jetzt schon abzeichnen?

Lars Hünich: Also, danke für die Frage. Aber, Nummer eins, der Untersuchungsausschuß ist seit September 2020 im Gang, und seitdem tagen wir auch. Wir sind nur die letzten drei, vier Monate in der Öffentlichkeit, weil es tatsächlich lange gebraucht hat. Sie haben das so schön gesagt, manchmal braucht es eben Zeit, bis wir überhaupt auch in den alternativen Medien erschienen sind. Aber zu den Konsequenzen, das ist natürlich ein riesen Thema.

Wir haben zum Beispiel eine Anzeige gemacht gegen Herrn Lauterbach, wir haben eine Anzeige gemacht gegen Herrn Woidke. Beides ist eingestellt worden von einer Staatsanwalt-

schaft, die natürlich politisch in irgendeiner Art und Weise natürlich weisungsgebunden ist. Aber okay, ich glaube, daß wir keine Konsequenzen im jetzigen Augenblick haben. Aber ich glaube, daß dieser Untersuchungsausschuß, und das sage ich immer wieder, ein kleines Reiskorn sein kann, im Anfang der Aufklärung. Und alle, die ich kenne draußen, die kritisch sind, sind alle bereit, zu verzeihen.

Aber ich glaube, wir werden erst dann verzeihen, wenn auch die, die daran schuld sind, etwas eingestanden haben, daß sie Mist gebaut haben. Und das geht nur mit einer vernünftigen Aufklärung. Aber die Konsequenzen, die Sie fragen, sind schwierig. Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt keine Konsequenzen, aber ich glaube, daß die Anzeige heute etwas sein kann. Aber wir sind auch noch nicht ganz fertig. Es gibt aus unserer Sicht einige Klagen, die vorbereitet werden müssen. Die können aber nicht wir führen. Da muß unter Umständen hinten raus was kommen.

Elijah Tee: Eine Nachfrage, was Sie gerade erwähnen und weil Sie dankenswerterweise hier sind, Herr Hünich: Hatten Sie in irgendeiner Form Kenntnis von der Initiative des ZAAVV? Haben Sie sich in irgendeiner Form untereinander ... abgesprochen? Haben Sie vielleicht vor, vielleicht wenigstens in der Zukunft Bezug darauf zu nehmen, daß es jetzt diese Anzeige gegeben hat, in Ihrer zukünftigen Tätigkeit im Untersuchungsausschuß? Also gab es, einfach gesagt, gab es in irgendeiner Form Absprachen oder wenigstens Kenntnis von anderen Initiativen, in diesem Fall vom ZAAVV, die Ihnen vielleicht in irgendeiner Form hätten helfen können oder vielleicht tatsächlich helfen bei Ihrer Arbeit?

Lars Hünich: Also grundsätzlich sind wir mit ganz vielen Leuten zusammen und sind natürlich da auch in der Situation, daß wir Sachen abfragen. Vor allen Dingen auch mit Herrn Ludwig. Und zwar geht es natürlich da um die Frage, weniger um das ZAW, sondern es geht mehr um die Frage, welche Fragen sind denn zu stellen, auch im Untersuchungsausschuß. Also das ist ja eine Rechtsberatung, die uns unter Umständen ziemlich weiterhilft. Aber, und ich hatte davon Kenntnis erhalten, daß es, wie gesagt, diese Anzeige heute geben soll, und ich habe das unterstützt und zwar sehr unterstützt aus der Situation heraus.

Die Menschen, die da draußen sind, die wollen sehen, daß etwas getan wird. Und ich habe selber heute dem SWR, da gab es eine Frage, warum machen wir so was? Und ich halte das für urdemokratisch. Das, was heute gemacht wurde, ist eigentlich die Demokratie pur: Menschen sind auf die Straße gegangen und haben ihr Demonstrationsrecht in Anspruch genommen und haben dann gesagt: Wir sind mit einigen Sachen nicht einverstanden, weil wir glauben, daß sie strafbewährt sind. Und dann hat man ihnen also eine Strafanzeige gestellt, gegen diese 568 Leute. Und in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem wir ja eigentlich leben, müßte jetzt der Rechtsstaat funktionieren und müßte jetzt Ermittlungen aufnehmen.

Deswegen unterstütze ich das so, weil es wichtig ist, daß ein Rechtsstaat sich bekennen muß zu dem Rechtsstaat. Kann ja sein, daß der Rechtsstaat danach sagt: "Also lieber Herr Ludwig, haben Sie ganz toll gemacht, aber es ist alles Quatsch, was Sie da gemacht haben." Aber das müßte der Rechtsstaat dann mal erklären und warum. Also er muß sich damit auseinandersetzen. Und deswegen unterstütze ich das zu 100%. Das ist eine, aus meiner Sicht, urdemokratische ... Geschichte, die heute läuft. Und deswegen ist sie in jeder Art und Weise zu unterstützen.

Herr Bühler: Hallo. Grundsätzlich bin ich ein Skeptiker, aber ich danke trotzdem für die Arbeit, die gemacht wird, weil wir jede Arbeit brauchen, egal von wem. Wenn es Fachleute sind, Anwälte, Juristen, die sich dafür einsetzen, finde ich das gut. Sie haben das Wort Rechtsstaat in den Mund genommen. Welchen Rechtsstaat? Der ist doch schon so lange ausgehebelt: aus Erfahrung, aus der Vergangenheit, und ganz besonders die letzten sieben Jahre oder die letzten drei Jahre zwecks Corona, sehen wir doch. Da oben hackt keine Krähe anderen ein Auge aus.

Sie besitzen die Immunität, Identität, haben wir vorhin mit Herrn Ludwig gesprochen. Solange wir die nicht aufheben können, wie auch immer, wer das machen soll, sind auch die Politdarsteller da oben unantastbar. Sie besitzen die Frechheit, öffentlich zu lügen, zu betrügen. Wir wissen es, wir sehen es seit über drei Jahren. Warum ist in diesen drei Jahren nicht mehr passiert seitens der Politik? Ganz klar, man gibt sich Mühe seitens der Juristerei. Warum ist in diesen drei Jahren, wo alles so offensichtlich ist, noch nicht mehr passiert? Warum ist kein einziger von denen zur Rechenschaft gezogen bis jetzt? Die treten ja nicht mal freiwillig zurück.

Moderatorin: Danke, danke. Sonst sind es zu viele Fragen. Lieber eine nach der anderen.

Lars Hünich: Ich würde jetzt mal antworten. Also, Nummer eins: Ja, ich glaube, daß unser Rechtsstaat Probleme hat. Fakt. Ich glaube aber, und das haben die letzten drei Jahre gezeigt, daß es, wenn ich mir die Demokratiebewegung draußen anschau, und ich meine die wirkliche Demokratiebewegung, nämlich die Spaziergänger, dann sehen wir, daß diese Spaziergänger mehr geschafft und erreicht haben, als die sich hätten vorstellen können. Diese Impfpflicht sollte ja für alle gelten, nicht nur für die Einrichtungsbezogenen.

Es ist eine Frechheit, daß sie überhaupt für die Einrichtungsbezogenen gilt, aber sie hätte für mehr gelten sollen. Und ich kann daraus berichten aus dem Bundestag, von meinen Kollegen aus dem Bundestag, die sagen, daß sich die anderen Parteien durchaus schon damit beschäftigt haben, weil die gesehen haben, jeden Montag: oh, wieder 2.300 Städte, oh, wieder 2.400 Städte, oh, doch, zweieinhalbtausend Städte. Alleine das hat zum Umdenken geführt, daß man es nicht so hart macht, wie man es macht. Ich glaube, daß die Aufhebung der Maßnahmen ... dann auch dazu geführt, ... die Demonstrationen auch dazu geführt haben, daß die Maßnahmen so schnell, dann so schnell aufgehoben wurden. Das zeigt also, es gibt ein gewisses Bewußtsein. Es zeigt, daß so ein bißchen ein paar Sachen noch funktionieren. Wir sehen das zum Beispiel an Herrn Detmer, der aus meiner Sicht sehr gut entschieden hat.

Wir sehen natürlich, daß der Rechtsstaat dann komplett zuschlägt, weil man ihm natürlich dann wieder was wegnimmt. Aber das macht aus meiner Sicht das ZAAVV absolut richtig, deswegen gehen wir ja jetzt diesen rechtsstaatlichen Weg, um unter Umständen auch zu zeigen: Der Rechtsstaat A funktioniert, oder B, er funktioniert nicht. Also ich glaube, daß wir diese rechtsstaatlichen Sachen machen müssen. Zur zweiten Frage, warum gibt es noch nicht mehr? Ich glaube, es gibt ganz viele Initiativen, es gibt ganz viele Leute, die ganz viel machen, aber es kommt eben nicht in die Öffentlichkeit. Das ist unser eigentliches Problem. Deswegen bin ich so froh, daß ich hier sein darf. Alles, was wir tun, muß in die Öffentlichkeit und zwar zur Aufklärung. Das ist das eigentliche Problem.

Moderatorin: Danke. Gibt es noch weitere Fragen?

Beate Bahner, Anwältin: Also als Anwältin kann ich schon sagen, es gibt ganz, ganz viele Verfahren vor Gericht, und vor allem gab es im 2020 und 2021 ganz viele Verfahren gegen diese ... also Normenkontrollklagen und ähnliches gegen diese ganzen Corona-Verordnungen. Aber die waren fast alle, die waren fast alle erfolglos. Einen habe ich gewonnen, da ging es um Alkoholtrinken im Freien. Das ging dann hoffentlich auch dem Gericht zu weit. Das war erfolgreich. Alle anderen, oder fast alle anderen Normenkontrollklagen waren erfolglos.

Was Sie, Herr Hünich, gesagt haben, daß bereits vor dem 12. März europaweit ein Lockdown beschlossen wurde, bestätigt meine Annahme, die ich dann in einem Eilantrag Anfang April so formuliert habe: Für mich ist es ein Staatsstreich gewesen unter großem Mißbrauch des Infektionsschutzgesetzes, weil das Robert-Koch-Institut selbst am 12. oder 16. März, auf die drei Tage kommt es nicht an, genau zwölf Corona-Tote in einer Excel-Tabelle des RKI vermerkt hat. Zwölf sind in diesen zweieinhalb Monaten verstorben, angeblich an Corona, glaube ich auch, während in diesem Zeitraum in Deutschland 200.000 Menschen aus anderen Gründen, wie jedes Jahr, verstorben sind.

Das zeigt den Mißbrauch, es bestätigt auch, warum sie keinerlei Unterlagen bekommen. Es ging niemals um eine wirkliche Krankheit. Wir würden hier alle nicht sitzen und kämpfen, wenn es wirklich eine schlimme Pandemie gegeben hätte, und wenn wir alle letztendlich hätten erfahren müssen, daß Medikamente oder Masken oder was auch immer helfen. Wir kämpfen hier gegen den Mißbrauch unseres Vertrauens, gegen die falschen Behauptungen und gegen den Mißbrauch des Infektionsschutzgesetzes.

Das basiert aber auf diesen internationalen Gesundheitsvorschriften, IGV, auf Englisch International Health Regulations. Die gibt es schon seit 2005, und die sollen jetzt noch totalitär verschärft werden. Die gibt es aber schon, und da sind diese ganzen Maßnahmen, wie wir sie dann im Infektionsschutzgesetz in Deutschland implementiert sahen, die sind hier alle schon drin als Empfehlung. Jetzt wurde es implementiert als sozusagen Gesetzesgrundlage auf Basis der Verordnungen.

Und nochmal zurück: Was hier in Sachen WHO geplant ist, ist letztendlich den Knopf dran an das, was wir hier an Unrecht und Staatsschädigung, das ist dann der globale Staatsstreich, der meines Erachtens in 2020 ziemlich erfolgreich geprobt wurde. Meine Ansicht dazu.

Moderatorin: Dankeschön, gibt es noch weitere Fragen? Wenn das nicht der Fall ist ...

Lars Hünich: Nur ganz kurz, weil es vorhin hieß, von wegen, was macht man nicht, weil Frau Bahner das gerade sagte. Wir haben auch eine Organklage gemacht, da ging es um das Demonstrationsrecht. Und zwar 2020 durften nur 100 Leute irgendwie demonstrieren. Daraufhin haben wir geklagt, dann haben wir gewonnen. Also, ich will damit sagen, da passieren ganz viele sehr interessante Sachen, und es passieren ganz viele Sachen im Kleinen. Also, auch hier muß man ja danken den ganzen Anwälten, deswegen meinte ich die ganzen kritischen Anwälte.

Moderatorin: Danke. Dann kommen wir zum vierten Block. Bitte dann Claudio Zanetti und den Rechtsanwalt Ralf Ludwig vom ZAAVV uns zur eigentlichen Anzeige was zu sagen.

Claudio Zanetti: Guten Abend, geschätzte Damen und Herren. Wenn ich jetzt dann gleich in den Zug stiegen werde und nach Zürich fahren werde, dann werde ich das mit einem Gefühl der Dankbarkeit und der Befriedigung tun. Dankbar, weil ich einen großartigen Tag erlebt habe und Befriedigung, weil ich überzeugt bin, wir haben das Richtige getan.

Und gerade auch dieser Blick in die nächste Geländekammer WHO zeigt, wie wichtig es ist, aufgrund klarer Grundsätze zu politisieren. Ralf Ludwig hat nämlich festgestellt, und in seiner Klageschrift auch sehr gut nachvollziehbar dargelegt, daß die Regierenden mit uns Dinge getan haben, die sie nicht hätten tun dürfen. Sie haben mit der Würde des Menschen gespielt. Und es sagt sich so einfach, ein Satz: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Aber dieser Satz steht nicht umsonst an der ersten Stelle des Grundgesetzes, auf das alle so stolz sind, in Deutschland heißt es ja immer: Der verläßt den Boden des Grundgesetzes usw., um jemanden abzustrafen. Aber wenn eine Regierung sagt, ja wir opfern jetzt 10 um 1.000 zu retten, dann ist es die Regierung, die den Boden des Grundgesetzes verloren hat. Und darauf müssen wir sie behaften. Das ist eigentlich eine ganz einfache Geschichte. Es wurde heute hier sehr viel Gescheites gesagt von Regeln und WHO und viele juristische Überlegungen. Aber es geht um sehr, sehr Einfaches, Grundsätzliches.

Darf die Regierung tun, was sie getan hat? Wir haben auch dazu übrigens eine Rechtsprechung. Wir haben heute auch von Frau Bahner gehört, daß es da ganz viele kluge Urteile gibt vom Verfassungsgericht, wo die Richter noch den Mut hatten, zu denken und vernünftige Entscheidungen zu fällen. Zum Beispiel haben die Richter es dem Bundestag verboten, ein Flugzeug abzuschießen, das von Terroristen entführt wurde und das auf ein, sagen wir, ein Fußballstadion mit vielen Leuten dort zusteuert.

Das mag im Einzelfall, wenn ein Kommandant dann den Abschluß befiehlt, ist das ein anderes Problem. Aber wenn der Staat grundsätzlich sagt, jawohl, in einem solchen Fall gilt das Leben

der Leute im Flugzeug weniger als das im Stadion, geht das nicht. Und das Verfassungsgericht hat das entschieden. Und wir sollten jetzt einfach auf dieser Basis bleiben: Nein, ihr dürft nicht mit Menschenleben spielen. Und auch wenn wir jetzt weiter denken an die WHO, müssen wir uns immer die Frage stellen: Ja, sind jetzt diese Menschenrechte ein kategorischer Imperativ, an den sich alle rechtsanwendenden Behörden und auch die rechtssetzenden Behörden halten müssen?

Oder ist das einfach eine Knet- und Spielmasse der Mächtigen? Um das geht es. Wenn ein Bundeskanzler sagt, es gibt keine roten Linien mehr, dann haben wir genau wieder, wie Sie gesagt haben, im Grunde einen Putsch. Denn unser Grundgesetz, also hier Grundgesetz, bei uns ist es eine Verfassung, oder man kann auch Menschenrechtskonvention, oder was immer nehmen, oder Katalog der Menschenrechte, das ist nichts anderes als rote Linien. Und wir müssen die Regierenden und die Mächtigen dazu zwingen, Stellung zu nehmen: Nehmen sie diese roten Linien ernst oder fangen sie an, zu relativieren? Insbesondere die Würde des Menschen ist viel zu ernst, viel zu wichtig, als daß wir sie den Regierenden überlassen können. Dankeschön.

Rechtsanwalt Ralf Ludwig: Ich habe heute 592 Strafanzeigen beim Generalbundesanwalt am Bundesgerichtshof eingereicht, das sind 568 Bundestagsabgeordnete, 570 haben am 10. Dezember 2021 für die einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht, wie es ja bezeichnet wird. Es wird immer bezeichnet als einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht. Tatsächlich haben diejenigen, die das Gesetz eingebracht haben, im Entwurf von einer Impfpflicht gesprochen. Sie wußten, was sie da taten. Es war keine einrichtungsbezogene Impfnachweispflicht, sondern de facto war es eine Impfpflicht, was auch das Bundesverfassungsgericht nicht bestritten hat. 568 Abgeordnete des Bundestages, zwei davon, also 570 waren es, zwei davon sind inzwischen verstorben, und deswegen sind es noch 568.

Es haben am gleichen Tag, das Gesetz ist am 6. Dezember 2021 in den Bundestag eingebracht worden, die Abgeordnete Frau Dr. Christina Baum, die übrigens eine mutige Rede gehalten hat am 10. Dezember, die sie halten mußte, nachdem sie von der Tribüne, auf die sie verbannt war, weil sie keine Maske getragen hat, das darf man auch nicht vergessen, ein Abgeordneter mit einem freien Mandat wurde, auch das, diese Plenarprotokolle sind historische Dokumente. Sie wurde mehrfach aufgefordert, die Maske doch über die Nase zu ziehen, jeder, der auf einer Demo war, kennt das: Ziehen Sie die Maske über die Nase!

Die von den Grünen waren nicht so nett, die haben geduzt. Die Zwischenrufe der Grünen sind auch dokumentiert und der anderen Parlamentarier, wie diese Frau Baum und auch andere beschimpft worden sind, weil sie die Maske nicht richtig tragen. Das sind alles historische Dokumente. Wenn wir uns heute historische Dokumente von vor 30, 40, 50 Jahren angucken, wie da miteinander umgegangen wurde, wenn wir uns das angucken und sagen: Das ist unvorstellbar!

Das Schöne ist, es ist alles stenographiert und diese Dokumente werden sich in 30 Jahren andere Menschen angucken, Historiker vielleicht angucken und sagen: Das können wir uns gar nicht vorstellen, daß das in der Bundesrepublik Deutschland los war, alleine diese Stimmung im Bundestag, wenn man die aufnimmt. Am 6. Dezember ist dieses Gesetz eingebracht worden, am 6. Dezember!, am 10. Dezember ist es in dritter Lesung beschlossen worden. Das heißt, über eine Frage der verpflichtenden Aufnahme einer Substanz in den Körper hat der Deutsche Bundestag sich drei Tage genommen.

Drei Tage! Wo will man da sich wirklich informiert haben? Ein Politiker hat die Pflicht, nicht zu fragen: Schützt das, was ich tue?, sondern hat die Pflicht zu fragen: Schädigt das, was ich tue? Und dann muß er sich doch informieren. Es ist ja so, wir brauchen doch darüber nicht streiten. Es war ein bedingt zugelassener Impfstoff zu der damaligen Zeit. Es gab eine Diskussion, und die haben die Politiker natürlich wahrgenommen, diese Diskussion, weil es ja

immer wieder Anfragen gab. Es gab immer wieder Anfragen, ob wir Querdenker denn Verfassungsfeinde wären.

Das heißt also, die Politiker haben sich ja mit dem beschäftigt, was wir gesagt haben. Die wußten, was draußen gesprochen wurde, die hatten natürlich auch von den Demonstrationen mitbekommen. Gerade in dem Corona-Untersuchungsausschuß kriegt man das jetzt mit. Die haben natürlich auch das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut gefragt. Wenn man den Lothar Wieler beim Untersuchungsausschuß gesehen hat, der da sagt: Wir vom RKI, wir haben nur Empfehlungen gemacht. Das Ganze waren die Politiker. Wir waren das gar nicht. Jetzt geht es nämlich los. Jetzt geht das Schwarze-Peter-Spiel los. Wer war eigentlich verantwortlich?

Und ja, verantwortlich waren die Politiker, weil die ihre Hand gehoben haben. Sie haben namentlich abgestimmt über diese einrichtungsbezogene Impfpflicht. Und am 6. Dezember ist es eingebracht worden und am 10. Dezember in dritter Lesung darüber entschieden worden. Am gleichen 10. Dezember hat der Bundesrat darüber gesprochen, und in der Bundessitzung, wo es um die einrichtungsbezogene Impfpflicht geht, haben zwei Personen geredet: Herr Dulig aus Sachsen, ich glaube Innenminister, ich weiß nicht, als stellvertretender Ministerpräsident, und Herr Volker Bouffier, damals noch hessischer Ministerpräsident.

Und die haben sich im Wesentlichen, es ging um die einrichtungsbezogene Impfpflicht, also die Pflicht, Menschen, es sind etwa sechseinhalb Millionen Menschen, die in und um, die im Gesundheitswesen arbeiten, diese zu verpflichten, sich ja impfen zu lassen. Wir wußten ja nicht, wie viele damals, erste, zweite, dritte, es war ja klar, dass, glaube ich, zum 31. Oktober die dritte Impfung erforderlich war, das heißt, sich zu verpflichten, eine Substanz in ihren Körper aufzunehmen. Und in diesem Bundesratsplenarprotokoll geht der Herr Dulig an das Rednerpult, und er redet darüber, daß ein Tag vorher ein Mob zu der Frau Köpping, das ist, glaube ich, die Sozialministerin, nach Hause gezogen sein soll und vor ihrem Haus protestiert hat.

Das heißt, die Diskussion im Bundesrat ging nicht um die Frage: Zwingen wir hier einem großen Teil unserer Bevölkerung etwas auf, was diese Menschen möglicherweise schädigt, sondern man hat sich als Politiker darüber empört, daß Menschen einen Protestzug vor das Wohnhaus dieser Politikerin gemacht hat. Das ist im Plenarprotokoll enthalten. Es ist eine Entscheidung über das Leben, über die Gesundheit anderer Menschen, und man diskutiert gar nicht über die Frage, was man hier eigentlich macht, und man sagt sich: Mein Gott, ist das möglicherweise ein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit?

Ist das möglicherweise ein Eingriff in das Grundrecht auf Leben? Ist es möglicherweise ein Verstoß gegen die Würde des Menschen? Nein, man diskutiert über die Frage, daß es ganz schlimm war und man müsse jetzt, und sonst würde die AfD noch stärker werden, man müsse jetzt endlich dagegenhalten. Das ist die Denkweise der Politiker. Der Hauptausschuß tagt immer vorher und diskutiert über dieses Gesetz und macht da noch mögliche Veränderungen. In dem Hauptausschuß wurden Experten, sogenannte Experten, gehört.

Diese Experten sind verschiedene Verbände, Verband der Virologie, Verband der Hausärzte, Verband der Apotheker. Der Verband der Hausärzte: Die einzige Kritik an diesem Gesetz war, daß mit diesem Gesetz auch die Apotheker impfen durften und daß man gesagt hat: Es kann doch nicht sein, daß die auch impfen dürfen. Das darf doch nur ein Hausarzt machen. Das war die Diskussion! Ansonsten wurde darüber geredet, daß nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wurde. Die Linke hat sich im Wesentlichen dieses Gesetzes enthalten, mit der Begründung: Ja, wir müssen erstmal dafür sorgen, daß die Pflegekräfte, die sich so aufgeopfert haben, Geld bekommen.

Das heißt, das Problem, die haben sich eigentlich nicht der Impfpflicht verweigert, sondern sie haben sich verweigert, daß neben der Impfpflicht nicht das Pflegepersonal nun auch noch

sozial abgesichert wird. Ein typisch linkes Thema. Also wenn man sich das mal durchguckt: Es wurden die typischen politischen Debatten geführt. Keiner hat sich um die Menschen gekümmert, denen dieser Stoff, der eine bedingte Zulassung hat, von dem man ja definitiv nicht weiß, wie er wirkt, also mindestens nicht wußte, wie er wirkt, was ja nicht stimmte, weil im Paul-Ehrlich-Institut Bericht Sicherheitsbericht vom 26. Oktober 2021, also direkt vor der Abstimmung, wurde schon von Todesfallverdachtsmeldungen geredet.

Da wurde schon gesagt, wir haben eine Todesfallverdachtsmeldung auf 50.000 Impfungen. Es war bekannt, auch das war klar, und man hat darüber nicht gesprochen. Es gab genau zwei Wortmeldungen zu diesem Thema, und das war eine FDP-Abgeordnete, die sagte dann noch: Und wir müssen diese Impfpflicht machen, weil wir wissen ja, in 99,98 % der Fälle gibt es keine schweren Nebenwirkungen. Das stimmt möglicherweise, aber in 0,02 % der Fälle gibt es schwere Nebenwirkungen und 0,02 % der Menschen, wir haben es vorhin auf der Bühne, als dieses Video eingespielt wurde, derjenige, der die schwere Impfnebenwirkung hat, für den ist es nicht selten, für den ist es ein ganzes Leben. Und derjenige, der daran stirbt, der ist nicht eine statistische Größe, das ist ein echter Mensch.

Und wir dürfen nicht unterscheiden zwischen wertem und unwertem Leben. Das ist der Bogen zu dieser Strafanzeige. Das ist das, was der Kollege Claudio Zanetti gesagt hat. Der Staat darf keinen Menschen töten. Wir sagen immer, er darf keinen unschuldigen Menschen töten, aber in Europa darf er auch keinen Menschen. Wir in Europa dürfen nicht mal schuldige Menschen töten, weil bei uns die Todesstrafe abgeschafft ist. Und der einzige Fall, wo man einen schuldigen Menschen töten darf, ist im Rahmen einer Todesstrafe. Die gibt es bei uns nicht. Unsere Gesellschaft in Europa hat sich darauf verständigt, der Staat darf keinen Menschen töten, insbesondere keinen Unschuldigen.

Und wenn der Staat es zuläßt, daß ein Impfstoff pflichtweise, das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, diese Impfpflicht ist ein zielgerichteter, mittelbarer Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Also, das Bundesverfassungsgericht hat nicht mal gesagt: Nein, nein, das ist ja gar kein Eingriff und das ist ja letztlich nur freiwillig, und die Leute können ja auch ihren Job bleiben lassen. Nein, nein, das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gesagt: Das ist schon relativ hart, was diejenigen, die im Gesundheitsbereich sind, da trifft, wenn sie diese Impfung nicht akzeptieren.

Und sie haben auch gesagt: Ja, und wir wissen, daß es sogar auch Menschen geben kann, die sterben können. Aber wir müssen eine Abwägung machen. Es gibt über das Leben keine Abwägung. Das ist die rote Linie. Der Staat hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden, daß es wertenes und unwertes Leben gibt. Der Staat kann nicht sagen: 0,02 % nehmen wir hin. Wir nehmen das nicht hin. Und eine Kollegin von mir hat im Cicero jetzt gerade einen wunderbaren Aufsatz geschrieben, und sie hat gesagt: Es gibt zwei Begriffe, die wir uns merken müssen.

Das eine: Eine Pandemie, selbst wenn es eine Pandemie ist, ist ein Unglück. Das andere ist menschengemacht und Unrecht. Und wir müssen immer zwischen Unglück und Unrecht entscheiden. Ein Unglück können wir nicht verhindern. Wir können alles machen dafür, es abzumildern. Wenn es eine Pandemie gibt, dann können wir Krankenhäuser bauen, dann können wir Ärzte besorgen, dann können wir Pflegeschlüssel verändern, dann können wir Pflegekräfte heranschaffen, dann können wir Überstunden besser bezahlen, dann können wir auch Medikamente entwickeln, auch Medikamente meinetwegen bedingt zulassen.

Dann können wir auch da möglicherweise über Hürden gehen, über die wir sonst nicht gehen würden. Aber es muß immer freiwillig sein. Die letzte Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen, ist, daß wir Menschen dazu zwingen, ein Mittel in ihren Körper aufnehmen zu müssen, das sie möglicherweise tötet. Und wenn es nur ein seltener Fall ist. Kein einziger Mensch! Und das sagt das Völkerstrafgesetzbuch.

Das Völkerstrafgesetzbuch redet genau von einem Menschen, es steht nämlich dort drin in § 7: Wer in einem systematischen und ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet, es reicht einer aus, einen Menschen! Da steht nicht drin 100, 10 oder viele Menschen. Es steht nicht die Mehrzahl drin. Wer in einem systematischen oder ausgedehnten Angriff auf eine Zivilbevölkerung einen Menschen tötet, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Wer einen Menschen schwer an seiner Gesundheit schädigt, das ist Nummer 8, wird mit fünf Jahren Gefängnis bestraft. Das steht da so drin.

Es geht nicht dem Völkerstrafgesetzbuch, was ja aus dem internationalen römischen Statut abgeleitet ist, ist klar, daß es nur um den Angriff geht und wenn dieser Angriff dazu führt, daß auch nur ein Mensch stirbt oder ein Mensch schwer in seiner Gesundheit verletzt wird, dann ist es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und wenn dann jetzt viele Leute kommen und sagen: wir haben das mit vielen Juristen durchdiskutiert, ja was ist denn ein Angriff?

Der internationale Strafgerichtshof hat zum Thema Ruanda gesagt, er hat gesagt: Ein Angriff ist es auch dann, wenn Menschen, wie in Apartheid oder apartheidsähnlich, unterdrückt werden, wenn so viel Druck auf sie ausgeübt wird, gesellschaftlicher Druck auf sie ausgeübt wird, daß sie zum Beispiel Teile ihrer Grundrechte verlieren. Und viele haben bei uns, ja als wir diese 2G-Regelungen hatten, als wir die 3G-Regelungen haben, ging es doch immer, diese Diskussion: Ist das eigentlich Apartheid, oder ist das wie Apartheid?

Es sind Teile der Gesellschaft ausgegrenzt worden. Ich durfte, weil ich keinen Impfnachweis hatte, während des Weihnachtsmarkts in Frankfurt nicht zum Karstadt zum Pinkeln gehen. Ich durfte nicht rein auf die Toilette, weil man mir gesagt hat, ich hätte keinen Nachweis, daß ich geimpft bin. Das ist eine Ausgrenzung, und nach den Kriterien des internationalen Strafgerichtshofs ist, wenn das staatlich geregelt ist, ein Angriff auf die Zivilbevölkerung. Und wir haben das ganz, ganz nüchtern, wir haben es ganz nüchtern durchsubsumiert. Wir sind Juristen, das ist völlig unemotional. Wir haben das Ganze dem Bundes-, Generalbundesanwalt jetzt zur Prüfung vorgelegt. Es haben viele Anwälte, Richter und Staatsanwälte daran mitgearbeitet an dieser Strafanzeige. Wir haben sie sauber durchsubsumiert. Wir haben auch zu dem Thema Indemnität Stellung genommen.

Indemnität heißt, ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht verurteilt werden, auch nicht strafverfolgt werden. Das kann aber nicht so gelten. Das Bundesverfassungsgericht hat im NPD-Verbotsverfahren dazu auch eine Äußerung gemacht. Das hat gesagt, die Juristen nennen das so, man müsse immer die Normen des Grundgesetzes in praktischer Konkordanz gegeneinander auslegen.

Und der 46.1, der sagt, ein Abgeordneter darf für sein Abstimmungsverhalten nicht strafrechtlich verfolgt werden, kann nicht meinen, daß ein Abgeordneter auch dann nicht verfolgt werden darf, wenn er gegen Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes verstößt. So wird das immer ausgelegt in praktischer Konkordanz. Weil das würde ja heißen, daß die Abgeordneten beschließen könnten: Wir töten jetzt Menschen, wir suchen uns irgendwelche Menschen aus, wir sagen zum Beispiel, die größte Gefahr für dieses Land sind die Journalisten. Nur als Beispiel.

Und machen dann ein Gesetz, das besagt, wir machen das und das mit Journalisten. Das ist jetzt nur so ein blödes Beispiel. Aber Sie lachen, warum? Weil Ihnen völlig klar ist, daß doch ein Parlament ein solches Gesetz niemals würde beschließen dürfen. Wenn es das aber täte und dann sich darauf berufen würde: Ja Moment, für unser Abstimmungsverhalten dürfen wir ja wohl nicht verurteilt werden oder strafrechtlich verfolgt werden, ist Blödsinn. Genau, es gäbe keine roten Linien mehr. Und diese Indemnität gibt es übrigens auf der Ebene des internationalen Strafgerichtshofs nicht.

Der Generalbundesanwalt ist jetzt der erste Schritt, wenn der Generalbundesanwalt nicht ermittelt. Zum Beispiel, weil er sagt, es gibt tatsächlich juristische Stimmen, es gibt ernsthaft

juristische Stimmen, die sagen: Nein, die Indemnität gilt absolut, egal, was die Parlamentarier entscheiden, sie dürfen dafür nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Dann mag das auf deutscher Ebene gelten, dann muß der Generalbundesanwalt morgen sagen: Ich darf hier nicht ermitteln, weil Indemnität, jedenfalls nicht gegen die Parlamentarier, und ich werde dann ... also ich darf nicht ermitteln und dann muß das Ganze sofort nach Den Haag, weil dann werden wir die Strafanzeige nach Den Haag weiterreichen, weil dann haben wir den Beleg dafür, Artikel 17 internationales römisches Statut verlangt das, dann haben wir den Beleg dafür, daß Deutschland nicht willens oder in der Lage, in dem Fall, wenn der Generalbundesanwalt sagt: Ich würde ja gern, aber ich bin nicht in der Lage, weil wir haben die Indemnität, dann ist tatsächlich Straßburg, äh, Den Haag zuständig, der internationale Strafgerichtshof.

Ich will noch kurz, weil das vielleicht nicht alle mitbekommen haben, sagen, daß auch zum Abschluß: 568 Bundestagsabgeordnete, 15 Mitglieder des Bundesrats, die an diesem Tag abgestimmt haben, Mecklenburg-Vorpommern war nicht vor Ort, ein Bundespräsident, der das Gesetz ausgefertigt hat, und acht Richter vom ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, die dieses Gesetz nicht gestoppt haben, obwohl sie es hätten stoppen müssen. Das sind diejenigen, gegen die die Strafanzeigen heute eingegangen sind. Danke.

Moderatorin: Ja, jetzt haben wir hier Fragen, erst mal von der Presse.

Frage aus dem Publikum: Gesetzt den Fall, die Klage, die Anzeige, führt zum Erfolg. Heißt das auch, daß man die ganzen Promis, Uschi Glas, Frank Zander, Carpenter, Kaiser, wie sie alle heißen, wofür die Werbung geworben haben, Eckart von Hirschhausen, gegen viel Geld, oder für viel Geld haben sie dafür geworben, könnte man die auch zur Rechenschaft ziehen? Was ist mit den ganzen Arbeitgebern, die das alles gefördert und gepusht haben, die ihre Arbeitnehmer gezwungen haben, sich impfen zu lassen, oder sie fliegen, oder auch die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften, heißt das, daß man die im Nachgang auch, wenn das Erfolg hat, zur Rechenschaft ziehen kann? Weil, das wäre für mich wichtig.

Ralf Ludwig: Also, zunächst einmal sind das ja die mutmaßlichen Haupttäter in Deutschland, weil diese Impfpflicht, diese einrichtungsbezogene Impfpflicht, beschlossen worden ist. Der Mittäterbegriff oder der Beteiligten Begriff im internationalen Strafrecht ist schon sehr weit gefaßt. Also es würde dann natürlich auch geprüft werden, weil es geht ja um einen systematischen Angriff.

Wer hat sich an dieser Systematik beteiligt? Wer hat mitgemacht? Die Alena Buyx, die Ethikratsvorsitzende, hat es relativ deutlich gesagt. Sie hat gesagt: Wenn wir das jetzt ermitteln und wenn wir das zulassen, und dann hat sie eine Warnung an die Presse ausgestoßen, hat sie ihr gesagt: Ihr wißt, dann seid ihr auch mit dran. So hat sie es ja gesagt. Das heißt also, es ist natürlich, ich will erstmal was Persönliches dazu sagen. Ich persönlich, das sage ich auch immer wieder, ich bin gegen Strafen. Ich bin immer gegen Strafen. Ich finde, wir müssen das gesellschaftlich anders regeln. Das ist meine persönliche Auffassung. Ich weiß, daß viele Menschen Frust haben und viele Menschen wollen, daß Menschen bestraft werden.

Meine persönliche Auffassung muß ich auch nicht durchsetzen. Aber ich glaube, das Ganze hier ist zu groß, als daß wir nur mit Strafen arbeiten können. Was du sagst, stimmt ja. Möglicherweise sind viel, viel mehr, auch im Sinne des Strafrechts, wenn wir ganz klar nach den Wörtern des Gesetzes gehen, oder nach den Zeilen des Gesetzes gehen, würden möglicherweise viel, viel mehr Menschen haften, und viel, viel mehr Menschen dann eben strafrechtliche Verfolgung, für die würde das drohen. Was ich mir wünsche, ist, daß diese Strafanzeige zu einer gesellschaftlichen Aufarbeitung führt.

Eigentlich brauchen wir so etwas, wie es in Südafrika gab, eine Wahrheitskommission, wo wirklich die Menschen miteinander reden, wo wir auch die Motivlagen finden. Warum haben zum Beispiel diese Bundestagsabgeordneten da mitgestimmt? Warum haben sie das getan? In

welcher Situation haben sie sich befunden? In welchem Druck? Ging es um Geld? Weiß ich nicht. Ging es um Karriere? Was auch immer. Wir haben doch ein gesellschaftliches Problem und wir müssen das gesellschaftliche Problem aufarbeiten.

Aber ich finde, daß die gerichtsförmigen Prozesse, ich nenne es immer gerichtsförmiger Prozeß, sagt übrigens der Internationale Strafgerichtshof auch so, so wichtig sind. Ich finde, daß ein gerichtsförmiger Prozeß, da sind Richter, Ankläger, die Täter oder die Angeklagten haben ja auch das Recht, auf Verteidigung, haben das Recht, ihre eigenen Zeugen, Sachverständigen und so weiter vorzubringen, ist immer ein sehr gutes Verfahren, um Dinge miteinander aufzuklären.

Wenn tatsächlich jetzt oder irgendwann in Zukunft, weil Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht, ja, also es hört nicht auf, wenn irgendwann das Ganze mal ermittelt wird, dann sollte es nicht so sein, daß alle Möglichen, die man als Täter in Betracht ziehen kann, vor Gericht kommen, sondern wir müssen es gesellschaftlich aufklären. Was tatsächlich aus meiner Sicht die richtige Konsequenz wäre, und das sieht der Internationale Strafgerichtshof oder das Internationale Strafgericht übrigens vor, daß diejenigen, die daran verdient haben, daß die Mittel zurückgeführt werden, daß die Mittel den Opfern zur Verfügung gestellt werden, daß wir einen Entschädigungsfonds haben, daß diejenigen, die Milliarden verdient haben an dieser Sache, daß die in dem Sinne als Täter klassifiziert werden, um dann als Täter in diesen Fonds einzuzahlen.

Es kann doch nicht sein, daß am Ende wir, weil wir alle sind der Staat, mit unseren Steuermitteln die Schäden wieder ausgleichen müssen, und nicht diejenigen, die daran verdient haben. Und das ist das, was das Internationale Strafrecht auch gibt.

Das Problem ist, was zum Beispiel der Kollege Rainer Fuellmich versucht hat, mit Schadensersatzklagen, die halte ich, habe ich ihm damals auch schon gesagt, das kann man so machen, aber ich hielt sie nie für zielführend, weil ich wollte immer, daß wir am Ende vor den Internationalen Strafgerichtshof gehen, weil der uns die Möglichkeit gibt, die Vermögen von den Tätern abzuschöpfen, die, die wir als Täter bezeichnen, und da kommen genau diejenigen ins Spiel.

Da muß es einen Entschädigungsfonds geben, und da kommen dann auch die Arbeitgeber, die Schulleiter, die Lehrer, all diejenigen, die mitgemacht haben, müssen auch in diesen Entschädigungsfonds einzahlen, und sie müssen es wiedergutmachen, soweit es wiedergutmachbar ist.
Moderatorin: Danke schön. Hier drüben noch eine Frage.

Frau aus dem Publikum: Ja, ganz kurz auch eine Frage aus dem Chat, übrigens aus dem Zoom: Wo sind die Strafanzeigen nachzulesen, und ob die angezeigten Personen, ob das irgendwo veröffentlicht wird?

Ralf Ludwig: Alle Strafanzeigen werden veröffentlicht.

Frau aus dem Publikum: Danke.

Ralf Ludwig: Also wir haben ja eine Presseseite, das kommt jetzt erstmal auf die Presseseite, und alle Strafanzeigen werden veröffentlicht.

Frau von Bürgerinitiative Leuchtturm ARD: Ja, hallo, ich bin jetzt heute in Vertretung für die Bürgerinitiative Leuchtturm ARD, weil wir gerade auch über Medien gesprochen haben, die Wichtigkeit der Medien. Die Frage, wie schaffen wir es, daß die öffentlich-rechtlichen Medien endlich auch ihre Aufgabe wahrnehmen?

Ralf Ludwig: Das ist ja, das ist jetzt nicht unser Thema, das ist ja auch euer Thema von Leuchtturm ARD. Ich persönlich muß das sagen, also es ist meine persönliche Auffassung, ich finde das gar nicht schlimm, weil das Nichtinteresse der großen Medien führt ja nur dazu, daß die Menschen, die kritisch sind, sich immer mehr an die anderen Medien wenden, die halt über solche Dinge kritisch berichten. Also wir haben ja auch da eine Veränderung, und das darf man nicht vergessen. Wir haben eine politische Veränderung, man muß nur mal auf die

derzeitigen Umfragen gucken.

In Ostdeutschland ist, glaube ich, in allen Bundesländern mittlerweile die AfD die stärkste Fraktion. Das heißt, der politische Wandel findet ja statt, ob man das gut findet oder nicht, du findest es gut, andere finden es vielleicht nicht so gut, aber der Punkt ist, der politische Wandel findet statt und es findet auch der Wandel mit den Medien statt. Wenn die Medien die Themen, die die Menschen interessieren, und wir haben es gesehen, also bei News zum Beispiel, das ist dieses Portal, wo der Reichelt, der ehemalige Bild-Chefredakteur ist, ist die Berichterstattung über die Strafanzeigen mit einer der am meisten gesehenen und am meisten geklickten Artikel gewesen.

Und News ist ja so ... zwischen kritischer Blase und Mainstream, und das heißt, es interessiert die Menschen, und wenn die Medien da nicht mitmachen, dann sind sie halt selbst schuld, weil die Menschen suchen sich ja trotzdem ihre Informationen. Also wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder die großen Medien letztlich sich für dieses Thema nicht interessieren, dann findet dieses Thema aber trotzdem seine Wege.

Das darf man nicht vergessen, das Thema findet seine Wege, und das bedeutet letztlich, daß die Bedeutungslosigkeit der großen Medien, und die haben wir ja, also die Zahlen sind ja überall rückläufig, die Abonnementzahlen sind rückläufig, die Werbeeinnahmen sind rückläufig, und so weiter, das ist ja möglicherweise auch nur, überhaupt nur die Möglichkeit, daß Leute wie die Bill & Melinda Gates Stiftung auf einmal Einfluß nehmen kann, weil sie nämlich die Lücken, die da sind, ausgleichen. Aber, wir müssen das eigentlich feiern, wenn die Medien nicht da sind, die großen Medien, weil das ist ein Zeichen dafür, daß sie nicht mehr lange die großen Medien sind. (Publikum klatscht)

Lars Hünich: Das ist was, was ich auch gerade sagen wollte. Das Thema beginnt aus meiner Sicht, daß die Leute, die hier sind, und die etwas darüber berichten, die haben mehr Zuschauer als teilweise, als die sogenannten öffentlich-rechtlichen Medien. Das werden wir ändern, wir werden das tun, die öffentlich-rechtlichen Medien müssen so, wie sie da jetzt sind, weg, beziehungsweise die GEZ muß weg, aber das, was ihr macht, das, was die ganzen Streamer hier machen, ist meiner Ansicht nach etwas ganz Großes.

Ralf Ludwig: Das ist nochmal eine gesonderte Diskussion, ob die weg müssen oder nicht. Wir müssen sie demokratisieren. Unsere Herangehensweise ist ja immer zu demokratisieren, aber wir sind hier eigentlich beim Thema dieser Strafanzeigen, das wäre ja eher die Frage, ob es dazu noch Fragen gibt.

Elijah Tee von ET Video & Content: Dazu hätte ich nochmal eine Frage. Lieber Ralf, liebe Frau Bahner, ich glaube, das ist in erster Linie an Sie gerichtet, von der Indemnität haben wir jetzt nun schon gesprochen, ich jetzt als juristischer Laie, gesetzt den Fall, die greift nicht, und diese Anzeigen werden trotz aller politischer Widerstände vom Bundesstaatsanwalt in irgendeiner Form verfolgt. Schützt, ich meine, wir haben ja einen Kanzler, der sehr vergeblich ist, schützt Unwissenheit dann vor Strafe in dieser Sache?

Ralf Ludwig: Unwissenheit. Nein, nein. Auch da gibt es schon Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Die Politiker haben ja eine Garantienpflicht. Sie müssen ja, wenn sie handeln, immer überprüfen, ob ihr Handeln grundrechtskonform ist.

Elijah Tee: Ja gut, aber das sehen wir ja auch gerade, daß eben zum Beispiel 60 Milliarden der Bundesregierung fehlen, weil die nicht grundrechtskonform gehandelt haben, über zwei Jahre, daß denen gesagt worden ist, sie das wissentlich in Kauf genommen haben, und das Argument würde ja dann nicht greifen.

Ralf Ludwig: Ja gut, da hat ja immerhin das Bundesverfassungsgericht eine Grenze gezogen, an der Stelle. Dafür ist ja das Bundesverfassungsgericht auch grundsätzlich da. Wir haben verschiedene Hürden. Also hier aus meiner Sicht hat mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht das Bundesverfassungsgericht versagt. Deswegen ist die Strafanzeige ja auch gegen

das Bundesverfassungsgericht gerichtet, weil sich das Bundesverfassungsgericht eigentlich im Lissabon-Urteil selbst in sein Urteil geschrieben hat, daß Staatsorgane nicht außerhalb der Regelungen des (Artikels) 79 Absatz 3 Grundgesetz handeln dürfen.

Das heißt, wir dürfen die Grundlagen unseres Staates nicht verändern. Und zu den Grundlagen unseres Staates gehört eben der Artikel 20 mit Rechtsstaatsprinzip, Sozialstaatsprinzip, Föderalismus, wir sind eine Republik und so weiter, Demokratieprinzip und dazu gehört der Artikel 1, Absatz 1 Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und wenn die Staatsorgane sich daran selbst nicht halten, da hat das Bundesverfassungsgericht damals noch geschrieben, dafür sind wir dann da als Verfassungsgericht, um das zu überprüfen.

Aber man kann sich natürlich, man sollte sich nicht vorstellen, aber man kann sich auch vorstellen, daß auch das Bundesverfassungsgericht verfassungswidrig entscheidet und hat es ja auch schon häufiger gemacht und dann später korrigiert. Und dann ist die Frage, wer ist als nächstes dran, welche Institution? Aber wir sind der Auffassung, wir sind Juristen und wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, wir stehen auf dem Boden eines Rechtsstaats und wir, ich habe das vorhin so aus der Frage so ein bißchen rausgehört, wir müssen diesen Rechtsstaat verteidigen, indem wir ihn immer nutzen, selbst wenn er nicht funktioniert. Das ist unsere Aufgabe.

Vielleicht will Beate noch was dazu sagen. Für uns ist es ganz wichtig. Dirk Sattelmanier, es war schön, daß er heute noch auf die Bühne gekommen ist. Dirk Sattelmanier hat von Anfang an immer gesagt: Unsere Aufgabe ist es, dafür diesen Rechtsstaat, der möglicherweise nicht funktioniert, zu verteidigen, mit den Mitteln, die der Rechtsstaat selber anbietet. Wir müssen sie im Zweifel ad absurdum führen. Wir müssen sie so lange reizen, bis sie irgendwann deutlich sagen, teilweise das Bundesverwaltungsgericht hat es in der Soldatenentscheidung übrigens auch schon angedeutet.

Es gibt zwei Dinge, die ich möchte, daß Sie sagen. Punkt eins, daß Sie sagen, und da geht es gerade hin: Verdammt noch mal, jetzt hört doch auf mit euren blöden individuellen Grundrechten. Wir schaffen die individuellen Grundrechte ab. Es gibt ab sofort nur noch kollektive Grundrechte. Da ist der Weg hin und es gibt die Diskussion durchaus, daß es nicht mehr mein Recht gibt, das mich schützt, sondern daß wir nur noch als Kollektiv geschützt werden. Und dann bin ich nämlich unbedeutend. Und das ist der Kampf, den wir gerade führen. Und das ist der eine Punkt.

Jetzt habe ich den zweiten Punkt gerade vergessen. Der zweite Punkt ist, warte mal, sonst gebe ich es gleich an Beate, also der Wandel von den individuellen zu den kollektiven Grundrechten. Genau, das Bundesverfassungsgericht hat dann doch tatsächlich, das habe ich vorhin auf der Bühne versucht, der Witz ist leider nicht gut angekommen, aber das Bundesverwaltungsgericht sagt tatsächlich, wir prüfen gar nicht erst, ob die Impfpflicht ein Eingriff in das Recht auf Leben ist, weil ja niemand beabsichtigt, damit jemanden zu töten. Ja, aber wir haben doch am Ende Tote.

Das Paul-Ehrlich-Institut sagt, 127 Menschen sind konsistent aufgrund der Impfung gestorben. Dann kann ich doch nicht eine Impfpflicht einführen und dann sagen: Aber das ist kein Eingriff in das Leben, weil die 127 wollte man ja gar nicht töten. Das ist ja Quatsch. Wir als Juristen, wir würden sagen: Äh, was, Moment, die Staatsanwaltschaft geht in irgendein Haus rein, wo eine Leiche liegt, und sagt dann: Oh, die Tür ist aufgebrochen, da ist scheinbar offensichtlich kein Morddelikt, sondern hier geht es ja offensichtlich um Einbruch. Und dann ermitteln sie nur wegen des Einbruchs.

Oder du hast ja vorhin gesagt, das ist ja so eine typische grüne Argumentation: Ich fahre mit dem Auto von Zürich nach Karlsruhe und sage, ich verpeste die Umwelt ja gar nicht, weil ich es gar nicht will, also aus meinem Auspuff kann ja gar kein CO₂ kommen, weil habe ich ja nicht vor. Und so auf diese absurde Weise wird argumentiert, und das wollen wir Juristen, wir

wollen sie immer mehr in die Enge treiben, und das ist, es ist total spannend, was der Generalbundesanwalt zu dieser Strafanzeige sagen wird.

Elijah Tee: Darf ich einmal noch nachsetzen, es geht genau an Sie, Frau Bahner, können Sie es bitte nochmal versuchen, ich habe es nicht verstanden. Schützt jetzt also Unwissenheit vor Strafe oder nicht?

Beate Bahner: Also zum einen schützt Unsicherheit vor Strafe nicht, ähm, Unwissenheit; und zum anderen hätten im Dezember 2021 alle Parlamentarier und alle Politiker alles wissen können rund um die Impfung. Es gab damals schon, ich weiß nicht, acht oder neun Sicherheitsberichte des Paul-Ehrlich-Instituts, es gab die roten Handbriefe, aber es gab diese Sicherheitsberichte, in denen schon tausende Verdachtsmeldungen, Todesverdachtsmeldungen und zigtausende Nebenwirkungen gemeldet waren.

Es gab auch ein Buch, ein einziges bis zum heutigen Tag, ein juristisches Fachbuch, Corona-Impfung, was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten, seit September 2021 auf dem Markt, das jetzt zufällig von mir ist, ist halt so, ja. Aber es ist ein Buch, in dem alles, alles drinsteht. Herr Hünich, Sie haben es gelesen, es steht alles drin, es steht drin, was es bedeutet, daß es eine bedingte Zulassung ist, daß dann erst recht aufgeklärt werden muß, daß es nur eine bedingte Zulassung ist, daß auch die Studien von Pfizer, von AstraZeneca, letztendlich richtig gedeutet, von Experten, schon von Anfang an zeigen, es gibt überhaupt keine Wirksamkeit, möglicherweise eine negative, daß aus den Daten des Paul-Ehrlich-Instituts selbst, im Vergleich zu allen anderen Impfungen der letzten 20 Jahre, die Covid-Impfung ein 20 mal höheres Nebenwirkungs-, eine 20 mal höhere Nebenwirkungsmelderate hat.

Ja, all das war bekannt, es war auch dann zu kaufen als Buch, wenn es sich ein Parlamentarier dafür interessiert hätte. Die Unwissenheit war gewünscht, gewollt, die Medien haben die Literatur dazu komplett ignoriert, die Sicherheitsberichte des Paul-Ehrlich-Instituts findet man nur, wenn man 17 mal auf der Seite klickt, man muß sich sehr, sehr mühen, es ist nicht so leicht, jedenfalls auf der Homepage, also die Kenntnis wurde erschwert, aber auch bewußt, auch von den Medien, und es war alles bekannt, es war keine Unwissenheit, es war der Wille, diese Impfpflicht durchzudrücken. Danke.

Elijah Tee: Kann ich Ihnen noch eine Frage stellen?

Ralf Ludwig: Ich wollte noch einen Punkt dazu sagen, was jetzt für unsere Strafanzeige nicht so relevant ist, was wir aber auch noch mitgebracht haben und was wichtig ist, ist ja die Meldung der EMA, dieser Brief von der Europäischen Medical Agency, heißt sie glaube ich, also die Europäische Zulassungsbehörde, die jetzt auf eine Frage von Abgeordneten des Europäischen Parlaments geantwortet hat, und in dieser Antwort ja gesagt hat, Comirnaty und die anderen mRNA-Impfstoffe sind niemals dazu zugelassen worden, vor einer Übertragung einer Krankheit zu schützen, niemals dafür.

Also auch zum Zeitpunkt, als die Bundestagsabgeordneten darüber abgestimmt haben, war dieser Impfstoff niemals dafür zugelassen, niemals, zu keinem Zeitpunkt dafür zugelassen, vor einer Übertragung zu schützen. Und dann sagt aber die EMA noch einen ganz entscheidenden Satz dazu, sie sagt: Und wir haben bis heute keine Daten dafür. Das heißt, die zuständige Behörde für die Impfstoffzulassung in Europa sagt selbst, dieser Impfstoff schützt davor, selbst schwer zu erkranken oder zu sterben. Er ist aber nicht dafür zugelassen, davor zu schützen, weswegen diese Impfpflicht überhaupt eingeführt worden ist.

Dafür ist er nicht zugelassen. Das heißt also, diese Bundestagsabgeordneten haben sogar eine Pflicht eines Off-Label-Use eines Medikaments gemacht. Und da sagt das Bundessozialgericht relativ deutlich, was man alles machen muß um einen Off-Label-Use. Normalerweise umgekehrt, normalerweise will ein schwerkranker Mensch ein Medikament haben, von dem der Arzt glaubt, daß es ihm hilft, und dann muß der Arzt entscheiden, kann ich dieses Medikament Off-Label zulassen, obwohl es eigentlich gegen diese Krankheit gar nicht hilft.

Das heißt also, die Haupt ... genau, geprüft wurde. Das machen viele Hersteller auch nicht, weil dieses Prüfverfahren viel zu teuer ist.

Man weiß bei vielen Medikamenten, daß sie gegen bestimmte Krankheiten helfen. Und die Hersteller machen dann nicht nochmal dieses aufwendige Zulassungsverfahren. Also das ist jetzt auch nichts Ungewöhnliches. Aber es gibt bis heute, laut EMA, keine Daten, die dafür sprechen, daß es für Übertragung schützt. Und die Politiker haben ja dann auch selbst die eigene Verhältnismäßigkeitsabwägung, die sie machen wollten, haben sie nicht machen können, weil sie die Daten dafür nicht hatten.

Das ist nur am Rande, weil selbst wenn es vor Übertragung schützen würde, das ist immer das Argument, hätte man es nicht pflichtweise einführen dürfen, aber nicht mal das, was sie eigentlich wollten, konnten sie damit erreichen, jedenfalls nach der zuständigen Behörde. Und das Spannende daran ist, das Bundesverfassungsgericht argumentiert an jeder Stelle mit den offiziellen Behörden. Nur an der Frage der Übertragbarkeit, da bringen sie nicht die EMA in der Entscheidung vom 27. April 2022, da sagt das Bundesverfassungsgericht dann auf einmal, ja es gäbe eine Studie aus Dänemark.

Und die ziehen sie dann ran, eine Studie aus Dänemark, die sagt, daß das Transmissionsrisiko erheblich gesenkt würde durch diese Impfung. Da fragen sie nicht die zuständige Behörde, überall immer nur PEI, Robert Koch, PEI, Robert Koch, PEI, Robert Koch, Dänemark. Das muß man sich mal vorstellen. Und das sind die Richter am Bundesverfassungsgericht. Und deswegen ist diese Strafanzeige auch gegen diese Damen und Herren gegangen.

Mann aus dem Publikum: Zu meiner Frage ganz kurz, Sie haben viel Applaus gekriegt vorhin für Ihre Vorstellung der Anzeige, damit ist viel Hoffnung verbunden bei den Menschen. Wir müssen jetzt nicht unbedingt davon ausgehen, daß der Generalbundesanwalt sich dazu äußert oder irgendwas sagt. Wie soll es denn konkret zügig weitergehen, welche Zeitrahmen sind da vorgesehen und wie könnte denn überhaupt jemals irgend etwas tatsächlich aktiv passieren?

Weil die Befürchtung besteht natürlich auch, daß es in irgendwelchen Schubladen verschwindet und sich keiner drum kümmert und dann war das eine schöne Initiative, die aber vollkommen im Leeren verpufft, und momentan gibt es ja viele Hinweise auf anderen Ebenen oder so, daß kritische Dinge überhaupt nicht angefaßt werden.

Ralf Ludwig: Vielen Dank für die Frage. Der Wind dreht sich ja, es ist natürlich eine politische Entscheidung, aber wir sehen, daß in Italien tatsächlich offizielle Ermittlungen gegen den ehemaligen Gesundheitsminister von Italien eingeleitet worden sind. Das heißt, die Staatsanwaltschaft ermittelt dort. Wir kriegen natürlich mit, daß in Großbritannien gerade ein großes Verfahren gegen AstraZeneca ist. Wir kriegen mit, daß der Generalanwalt von Texas eine Klage gegen Pfizer eingereicht hat.

Das heißt, die Dinge verändern sich und das ist das, was ich vorhin auch gesagt habe. Wir werden nächstes Jahr, haben wir drei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern. Es wird in Thüringen, in Sachsen und in Brandenburg gewählt, und ich kann Ihnen jetzt schon voraussagen, daß in allen diesen drei Bundesländern es zumindest eine so große Minderheit gibt, daß in jedem dieser Bundesländer ein weiterer Corona-Untersuchungsausschuß stattfinden wird. In Hessen wird es einen Untersuchungsausschuß geben. Das heißt, auch die politische Aufarbeitung wird passieren. Wir reden hier über einen viel größeren Zeitraum, als die meisten von uns denken. Ich sagte es vorhin, Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie. Und es ist wichtig, daß wir diese Dinge jetzt dokumentieren.

Wir dokumentieren sie durch die Strafanzeigen. Wir werden auch weitere Strafanzeigen machen. Wir werden alle diese Dinge, das ist das, was ich vorhin sagte, wenn wir in das Plenarprotokoll reingucken, wie dort die Parlamentarier andere Parlamentarier behandelt haben. Alleine das zu lesen ist wichtig. Und das heißt, diese Strafanzeige ist erstmal relativ egal, was da konkret dabei rauskommt. Das ist natürlich wichtig, deswegen machen wir es ja

auch. Wir wollen natürlich, daß es eine ordentliche Aufarbeitung gibt. Aber es ist ein weiterer Mosaikstein dahingehend, daß wir zeigen, historisch zeigen: Hier findet gerade ein Wandel statt, der ein welthistorischer Wandel ist, und es ist dokumentiert.

Und der Generalbundesanwalt hat eine Aufgabe und hat die Chance, hier nochmal eine Grenze zu ziehen. Und möglicherweise ist es eine Generation nach uns, die das Ganze dann wirklich aufarbeitet und dann drauf guckt und sagt, was ist eigentlich alles schief gelaufen und wie müssen wir eine Gesellschaft anders einrichten, daß so etwas nie wieder passiert. Ich habe immer gesagt, das Grundgesetz hat uns 70 Jahre vor der Diktatur der Bösen bewahrt. Es hat uns aber nicht vor der Diktatur der Guten bewahrt.

Moderatorin: Und da war noch eine weitere Frage.

Volker vom ZAF Marketing Team: Hi, hier ist Volker vom ZAF Marketing Team. Ich wollte nochmal ganz kurz erzählen, weil ich es wichtig fand, daß heute 500 Postkarten eingegangen sind von Menschen, die mitgemacht haben bei der Strafanzeige. Die Postkarten waren wirklich super schnell vergriffen, obwohl wir sehr viele dabei hatten. Und es sind online 500 bis 700, das ist der Stand von vor zwei Stunden. 500 bis 700 haben online mitgemacht bei der Aktion. Und vielleicht willst du, Ralf, nochmal ganz kurz was dazu sagen, weil diese Aktion ja auch weiter noch gemacht werden kann.

Ralf Ludwig: Das geht auch ein bißchen dahin mit der Hoffnung. Die Menschen wollen was tun, die Menschen wollen sich beteiligen. Wir haben diese Postkartenaktion, wo jeder sich an dieser Strafanzeige beteiligen kann, selber diese Strafanzeige bei seiner Staatsanwaltschaft, seinem Amtsgericht, auch seiner Polizei einreichen kann. Die leiten das dann weiter an den Generalbundesanwalt. Man kann es auch selbst dorthin schicken. Und es ist wichtig, daß es eben nicht eine Aktion nur von uns ist, sondern wir wollen auch zeigen, daß die Zivilgesellschaft ein Interesse hat an dieser Aufarbeitung.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Januar 2024:

>>"**Stranger Things": Die Verschwörung geht weiter**

Großes Truther-Kino: In wenigen Tagen startet der Dreh der fünften und letzten Staffel von "Stranger Things". Die Netflix-Serie fördert gesundes Mißtrauen gegenüber Regierungen und bringt Sachverhalte zur Sprache, die lange Zeit als Verschwörungstheorien abgetan wurden, etwa das Mind-Control-Programm der CIA. ...

Sind Sie auch ein Fan der Netflix-Erfolgsserie "Stranger Things"? Falls nicht, sollten Sie einer werden, denn der Straßenfeger geht ans Eingemachte: Schauplatz ist die fiktive Kleinstadt Hawkins im US-Bundesstaat Indiana, die Anfang der 1980er Jahre durch eine Serie von Kindesentführungen in Angst und Schrecken versetzt wird.

Man kommt einem grauenhaften Geheimnis auf die Spur: Im Hawkins National Laboratory wurden Mütter und ihre Kinder im Rahmen des CIA-Geheimprogramms MK-Ultra mit Experimenten traktiert. Die Betroffenen verfügen über außergewöhnliche Fähigkeiten wie Telepathie. Doch durch die Tests wurden nicht nur Menschen gequält, es wurde auch ein Tor zu einer anderen Dimension geöffnet. Und dort regiert das Böse ...

MK-Ultra auf der Leinwand

"Stranger Things" läuft seit 2016 auf Netflix und ist inzwischen eine der meistgesehenen TV-Serie weltweit. Zum Erfolgsrezept der Macher gehört der Nostalgiefaktor: Reminiszenzen an die Achtziger sind durchgängiges Motiv. Doch zur Beliebtheit der Serie hat sicherlich auch beigetragen, daß die Macher, die Brüder Matt und Ross Duffer, sogenannte Verschwörungstheorien als reale Verschwörungen entlarven und aufzeigen, daß man der Regierung nicht trauen kann.

Bestes Beispiel ist die offene Darstellung der tatsächlichen Grausamkeiten von MK-Ultra: So lautete der Deckname für ein geheimes Forschungsprogramm der CIA, das von 1953 bis in die 1970er Jahre (Teile davon möglicherweise auch länger - wie in "Stranger Things" dargestellt)

durchgeführt wurde. Ziel war laut dem Geheimdienst die "Vorhersage, Steuerung und Kontrolle des menschlichen Verhaltens".

In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" lesen Sie dazu unter anderem:

"In 'Stranger Things' muß das Mädchen Eleven Experimente mit Wassertanks zur sensorischen Deprivation über sich ergehen lassen. Diese verstärken die Telepathiefähigkeit des Mädchens. Die Geräte sollen tatsächlich die Hirnaktivität meßbar steigern und werden immer wieder im Zusammenhang mit MK-Ultra genannt, waren jedoch ebenfalls Teil der Experimente des Neurologen John C. Lilly, der behauptete, mit Hilfe solcher Tanks eine geistige Kommunikation zu Außerirdischen aufgebaut zu haben. Weil solche Apparaturen Halluzinationen auslösen können, waren sie in den 1970er Jahren in der New-Age-Bewegung überaus beliebt."

Mehrere Untersuchungskommissionen des US-Kongresses befaßten sich später mit der Aufarbeitung von MK-Ultra. Wie dabei herauskam, gab es 149 Unterprojekte, wovon mindestens 14 gesichert und 19 wahrscheinlich Menschenversuche waren. Erforscht wurde unter anderem die Wirkung von Drogen wie LSD, Chemikalien, Hypnose, Psychotherapie, aber auch Elektroschocks, Gas oder Krankheitserregern auf den Menschen.

Durchgeführt wurden die Experimente an 44 Universitäten, 12 Krankenhäusern, drei Gefängnissen und 15 nicht näher bezeichneten "Forschungseinrichtungen". Im sogenannten Monarch Programming sehen Kritiker eine im Rahmen von MK-Ultra entwickelte Methode der Gedankenkontrolle, die immer noch von einigen Organisationen, etwa okkulten Logen, in der Musikindustrie oder elitären Pädophilenringen, verwendet wird. Beispiele dafür findet man in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood" zuhauf.

Dreh beginnt im Januar

Im Fall von "Stranger Things" spannt Netflix seine Zuschauer ganz schön auf die Folter. Fast drei Jahre vergingen zwischen der dritten und der vierten Staffel, die im Mai 2022 erschien. Die finale fünfte Staffel sollte eigentlich schon 2023 angelehrt werden, doch ein Streik der Autoren- und Schauspielergewerkschaft hat den Zeitplan reichlich durcheinandergebracht.

Nun gab Netflix bekannt: Der Drehstart für die fünfte und letzte Staffel von "Stranger Things" Staffel 5 ist für Anfang 2024 geplant. Die erste Klappe soll am 5. oder 8. Januar fallen. Wie das Filmportal Deadline berichtet, soll sich der Cast bereits in Atlanta (Georgia, USA) befinden, um sich auf die Arbeit vorzubereiten, denn die Erfolgsserie hat für Netflix oberste Priorität.

Wann die Staffel startet, ist noch nicht bekannt. Es wird aber wohl noch mal einige Zeit ins Land gehen. Ursprünglich hieß es, die finale Season von "Stranger Things" solle 2025 starten. Doch wegen der Verzögerung durch den Hollywood-Streik droht dieser Termin zu platzen. Manche befürchten schon, daß die Geschichte um einige US-Kleinstadt-Teenager, die furchtbaren Verschwörungen auf die Schliche kommen und dabei in Kontakt mit der Dimension des Bösen geraten, erst 2026 vollendet wird.

Furioses Finale angekündigt

Immerhin haben die Duffer-Brüder schon mal ein interessantes Detail zum Inhalt der finalen Staffel verraten: Laut einer beliebten Fan-Theorie seien die mysteriösen Vorkommnisse rund um Hawkins und deren Bewohner nicht wirklich real - sondern nur eine bildgewordene Kampagne von "Dungeons & Dragons". Das in den 1980ern beliebte Tabletop-Rollenspiel, dem von puritanischen Eiferern seinerzeit vorgeworfen wurde, es fördere Satanismus, ist ein zentrales Motiv der Serie und wird von den Jugendlichen in der Serie gern gespielt.

Doch dies wurde von den Autoren verneint. Ross Duffer erklärte: "Das wäre das Äquivalent zu 'Es war alles nur ein Traum'. Nein, ich versichere, so wird die Serie nicht enden. Wir wissen schon seit einer Weile, wo wir hinwollen." Auf X (vormals Twitter) schrieben die

Brüder: "Staffel 5 ist so, als ob Staffel 1 und 4 ein Baby hätten. Und dieses dann mit Steroiden vollgepumpt wird." Man darf sich also auf ein wahres Finale furioso freuen.

Alle wichtigen Hintergrundinformationen über "Stranger Things", MK-Ultra, das Monarch-Programm und die Infiltration der Musik- und Filmindustrie durch Satanisten, Geheimdienste und Pädokriminelle finden Sie in unserer in unserer neuen Sonderausgabe "Satan, Pop und Hollywood". Nichts für schwache Nerven!<<

03.01.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Januar 2024: >>Rentner in Sorge um Lebensabend: Flüchtlingsheim entwertet sein Haus!

Siegfried Kahl ist 86 Jahre alt und lebt seit über 40 Jahren in der mittelfränkischen Markt Wendelstein am südlichen Stadtrand von Nürnberg. Der Rentner hat Angst um seinen Lebensabend und schreibt in einem Leserbrief an das örtliche Mitteilungsblatt: "Aufgrund meines fortgeschrittenen Lebensalters ist die Zeit gekommen, mich auf meine wohl letzte Lebensphase vorzubereiten."

Der 86-Jährige möchte sein Haus verkaufen und von diesem Geld in eine betreute Wohneinrichtung in der Nähe seines Sohnes und der Enkelkinder ziehen. Siegfried Kahl sorgt sich: "Ob mein Lebensabend überhaupt noch wie geplant stattfinden kann, ist fraglich."

Denn: Das Haus des Rentners grenzt direkt an eine für 36 Personen geplante sogenannte Flüchtlingsunterkunft. Der Rentner sorgt sich, daß seine Immobilie dadurch "möglicherweise unverkäuflich, zumindest aber deutlich abgewertet" wird.

Für den Investor im bislang leerstehenden Nachbarhaus des Rentners dürfte es laut Medienberichten dagegen ein lohnendes Geschäft werden: Pro "Flüchtling" und Tag soll er zwischen 20 Euro und 35 Euro erhalten. Das wären gut und gerne 20.000 Euro im Monat!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. Januar 2024 (x1.351/...): >>Energiewende verschlingt weitere 60 Milliarden für Reserve-Kraftwerke: Zurück zur Kernkraft!

Die Haushaltskrise war nur der Anfang: Für die Bereithaltung von Reservekraftwerken, die wegen den sogenannten "Erneuerbaren Energien" zur Vermeidung von Stromausfällen unabdingbar sind, fehlen dem Bund 60 Milliarden Euro! Das ergab eine Berechnung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Uni Köln (EWI).

Demnach würde diese enorme Summe für den Neubau von Gaskraftwerken bis zum Jahr 2030 erforderlich werden. Die Kernkraft-Ausstiegsparteien CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP werden wohl so tun, als ob sie davon völlig überrascht wären - dabei war das Desaster von Anfang an absehbar.

Die technischen Fakten lassen sich eben nicht aus der Welt schaffen: Wind- und Solarenergie gewährleisten wegen ihrer Abhängigkeit vom Wetter keine Versorgungssicherheit, weshalb nun Gaskraftwerke als Notlösung einspringen sollen.

Das Problem mit der 60-Milliarden-Lücke hätten wir aber gar nicht, wenn wir wie zahlreiche andere Staaten an der bewährten und inzwischen auch sicheren Kernenergie festgehalten hätten. Doch während unsere polnischen Nachbarn in die Kernkraft einsteigen und Frankreich ein Kernkraftwerk pro Jahr errichten will, betreibt das grüne Geisterfahrer-Land im Herzen Europas wirtschaftlichen Selbstmord.

Noch ist es nicht zu spät - wenn die AfD schnellstmöglich an die Regierung gelangt. Wir werden zur Kernkraft zurückkehren und somit dafür sorgen, daß die Versorgungssicherheit wiederhergestellt wird. Damit werden zugleich auch die Strompreise gesenkt und der Haushalt wird wieder auf solidere Füße gestellt!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2024: >>2024: Wird Scholz durch Pistorius ersetzt?

Von *Sven Reuth*

Internationale Medien spekulieren darüber, ob Olaf Scholz (SPD) als Bundeskanzler bald durch den heutigen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ersetzt wird. Grund dafür soll sein, daß Scholz angeblich nicht nur in den Warburg-, sondern auch tiefer als bislang bekannt in den Wirecard-Skandal verwickelt und dadurch erpreßbar ist.

Wird die SPD ihren Unglücksraben im Kanzleramt, Olaf Scholz, jetzt doch noch auf elegante Art und Weise los und kann ihn im laufenden Jahr durch den jetzigen Verteidigungsminister Boris Pistorius ersetzen? Darüber spekuliert die angesehene italienische Tageszeitung La Repubblica.

Wirecard: Ein Geheimdienstkonstrukt?

Die in Rom erscheinende Tageszeitung will Anhaltspunkte dafür haben, daß Olaf Scholz möglicherweise tiefer in den Wirecard-Skandal verstrickt ist als bisher gedacht. Der einst in Aschheim bei München ansässige Finanzdienstleister brach 2020 zusammen, nachdem herausgekommen war, daß ein angeblich auf den Philippinen befindliches Guthaben über 1,9 Milliarden Euro nicht existierte. In der Folge brach das Unternehmen schnell zusammen.

Boris Pistorius

Als damaliger Bundesfinanzminister und somit oberster Dienstherr der Finanzaufsichtsbehörde BaFin ist Scholz ohnehin schon in diesen Skandal verwickelt - es ist nämlich völlig schleierhaft, wie es dem Unternehmen gelingen konnte, seine zutiefst betrügerischen Geschäfte jahrelang abwickeln zu können, ohne daß es zu einem Einschreiten der Wirtschaftsprüfer beziehungsweise der Aufsichtsbehörden kam. Experten, die sich intensiv mit der Materie befaßt haben, vermuten schon seit langem, daß Wirecard im Grunde genommen ein Geheimdienstkonstrukt war, das es den Diensten ermöglichen sollte, die internationalen Finanzströme zu überwachen und selbst Transaktionen vorzunehmen.

Was weiß Putin über Scholz?

La Repubblica spekuliert nun darüber, daß der flüchtige Jan Marsalek, die zentrale Figur dieses Skandals, im Zusammenhang mit dem Wirecard-Skandal über belastende Informationen über Olaf Scholz verfügt, die auch dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorliegen sollen. Marsalek war bei Wirecard als sogenannter COO ("Chief Operating Officer") sowie als Chef des Asien-Geschäfts tätig. Im Juni 2020 soll er laut Medienberichten erst nach Rußland und später in die Vereinigten Arabischen Emirate geflohen sein. Sein Vermögen wird mindestens auf einen dreistelligen Millionenbetrag geschätzt.

In dem Artikel von La Repubblica wird auch der frühere Linken-Bundestagsabgeordnete Fabio de Masi mit folgender Aussage zitiert:

"Mit den Dingen, die er weiß, ist Marsalek ein Risikofaktor für Deutschland."

De Masi hat sich mittlerweile von dem Artikel in La Repubblica distanziert, weil darin "wilde Theorien" verbreitet würden. De Masi hat sich allerdings schon früher eindeutig zu einer möglichen tieferen Verstrickung von Olaf Scholz in den Wirecard-Skandal geäußert, was der frühere Bundestagsabgeordnete auf seinem Account bei X (vormals Twitter) auch einräumt.

"Putin hat Regierung in der Hand"

In einem Interview mit dem Netzportal t-online hatte de Masi beispielsweise schon im Juni 2022 erklärt:

"Putin wird Marsalek nicht einfach so freigegeben, sondern hohe Forderungen an Deutschland stellen. Putin hat die Bundesregierung bei Wirecard in der Hand."

De Masi gilt als einer der besten Kenner des Wirecard-Skandals. Derzeit wird darüber spekuliert, daß De Masi eine wichtige Rolle bei der Gründung der Wagenknecht-Partei BSW spielen könnte, die für den kommenden Montag geplant ist.

Die Enthüllungen oder Spekulationen - das liegt im Auge des Betrachters - von La Repubblica zeigen jedenfalls, daß das Schicksalsjahr 2024 bald noch spannender werden könnte, als ohnehin vermutet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2024: >>Mainstream hetzt: Trump will Diktatur

Von *Sven Eggers*

2024 treibt das Establishment um. Die Welt am Sonntag erwartet "ein Schlüsseljahr für die Zukunft der Weltordnung" und gruselt sich besonders vor Trump ...

Keine Frage: In den kommenden Wochen und Monaten stehen diverse richtungsweisende Wahlen an, die das Potential haben, nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. Das sieht auch der Mainstream so. Doch während das patriotische Lager zuversichtlich in die nahe Zukunft blickt, schlottern tonangebenden Medien und Politikern die Knie.

Hilfe, Trump will Frieden!

Die Welt am Sonntag sieht beispielsweise in den US-Präsidentenwahlen Ende des Jahres einen "für den gesamten Westen schicksalhaften Urnengang" und hält fest:

"Schicken die Amerikaner Donald Trump tatsächlich noch einmal ins Weiße Haus, könnte dies das angeschlagene liberale Modell des Westens vor eine nicht mehr zu bewältigende Herausforderung stellen."

Und weiter: "Eine Wiederwahl Trumps hätte für Europa enorme Konsequenzen. Es ist davon auszugehen, daß er seine Ankündigung wahr macht, die Unterstützung für die Ukraine rasch zu stoppen. Ob es ihm gelingt, seine zweite Ankündigung umzusetzen, nämlich den Krieg Rußlands gegen das Land 'binnen eines Tages' durch ein Männergespräch mit Wladimir Putin zu beenden, steht auf einem anderen Blatt."

Die Aussicht auf ein Kriegsende versetzt westliche Medien ganz offenkundig in große Sorge, für Springers sonntägliche Zeitung wäre es sogar ein "sicherpolitisches Horrorszenario", sollte Trump die USA aus der NATO herausführen. Es sei wahrscheinlich sinnlos, sich an die Hoffnung zu klammern, Joe Biden könne die US-Wahl nochmals gewinnen, so das Blatt. Dafür spreche keine einzige Umfrage.

Ende der Demokratie?

Da kein Kraut gegen den Wählerwillen gewachsen scheint, muß sich Trump nun auf eine massive Hetzkampagne einstellen. Die Berliner Morgenpost gibt den Ton vor: "Sollte Trump am 5. November 2024 ein zweites Mal zum US-Präsidenten gewählt werden - und daran hat der Republikaner keinen Zweifel aufkommen lassen - würde er auch versuchen, den Rechtsstaat auszuhöhlen und die Weichen für einen autokratischen Staat zu stellen. Das wiederum könnte das Ende der Demokratie bedeuten."

Auch die ARD-Tagesschau hantiert mit Begriffen wie "drohende Trump-Diktatur" und gibt sich ganz und gar erschüttert:

"Bei einem Auftritt in Nevada erklärte Trump, daß er die sogenannte Migranten-Invasion an der Südgrenze stoppen wolle. Außerdem wolle der 77-Jährige die größte Abschiebeaktion in der US-Geschichte einleiten und die Mauer fertig bauen. Auch Einreiseverbote für bestimmte Muslime sollen wieder verhängt werden, um - wie er sagt - 'radikale islamische Terroristen' fernzuhalten."

Neu an Trumps Plänen sei seine "Absicht, den so genannten Deep State auszuheben", so die Tagesschau. Daniell Pföhringer, als Chef vom Dienst maßgeblich für die Januar-Ausgabe des COMPACT-Magazins verantwortlich, erläutert: "Unter der Leitung der Heritage Foundation haben sich mehr als 80 Organisationen und Einzelpersonen zusammengesetzt, um bei einem erneuten Einzug des Republikaners ins Weiße Haus möglichst rasch vollendete Tatsachen zu schaffen."

Heritage Foundation: Diese einflußreiche Stiftung hat sich nach eigener Aussage der Förderung "konservativer Politik auf der Grundlage der freien Marktwirtschaft, des minimalen Staates, der individuellen Freiheit, traditioneller amerikanischer Werte und einer starken nationalen Verteidigung" verschrieben. Sie firmiert unter der Bezeichnung Project 2025 und

skizziert auf über 900 Seiten Grundzüge eines künftigen Regierungsprogramms, die das Koordinatensystem des Landes nachhaltig nach rechts verschieben sollen.

Eine Kostprobe: "Wir werden eine ganze Armee loyaler, gut vorbereiteter und politisch gut bewaffneter Konservativer zum Einsatz bringen für die Schlacht gegen den Deep State."

Pföhringer: "Die martialische Rhetorik liegt ganz auf der Linie Trumps. 'Dies ist die letzte Schlacht', hatte er selbst in einer Rede im Juni 2023 seinen Anhängern zugerufen. ‚Mit euch an meiner Seite werden wir den Tiefen Staat zerstören. Wir werden die Kriegstreiber aus unserer Regierung verjagen, wir werden die Globalisten vertreiben, wir werden die Kommunisten hinauswerfen, wir werden die kranke politische Klasse loswerden, die unser Land haßt."

Auf seiner Plattform Truth Social versprach Trump unlängst zudem, er werde "die Fake-News-Medien in die Flucht jagen". Sender wie NBC oder CNN bezeichnete er als "Feinde der Menschen", die "eine echte Bedrohung für die Demokratie" darstellten. Sie sollten einen "hohen Preis" für das zahlen, "was sie unserem einst großartigen Land angetan haben". Im März 2023 meinte er: "2016 habe ich erklärt, daß ich eure Stimme bin. Heute füge ich hinzu, daß ich euer Krieger bin. Ich bin eure Gerechtigkeit. Und für diejenigen, denen man Unrecht getan hat und die betrogen wurden, bin ich eure Vergeltung."

Le Pen unaufhaltsam im Kommen

Die Welt am Sonntag jammert, Berlin sei auf einen erneuten Sieg Trumps überhaupt nicht vorbereitet und stellt zudem zur Diskussion, ob Deutschland sich in den vergangenen Jahren nicht von den USA mehr hätte lösen sollen, beispielsweise in enger Abstimmung mit Frankreich. Hier seien große Chancen vertan worden, so die Springer-Redakteure. Diese Möglichkeit sei nun allein deswegen vergeben, weil die nächste Präsidentin Frankreichs Marine Le Pen heißen dürfte.

Die Welt am Sonntag bedrückt: "Sämtliche Umfragen gehen davon aus, daß der rechtspopulistische RN bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni stärkste Partei wird."

Die Hauptsorge der Springer-Leute aber gilt dem Umstand, Trump könne den Ukraine-Krieg beenden. Die WamS (Welt am Sonntag) läßt dann die Katze aus dem Sack:

"Die strategischen Konsequenzen wagt hierzulande kaum jemand zu denken: Deutschland müßte nicht nur wieder 'kriegstüchtig werden', es müßte mittelfristig zur Nuklearmacht werden, um sich selbst und Europa langfristig verlässlich verteidigen zu können."

Solche Töne sind es, die verdeutlichen, wie wichtig es ist, Propagandisten einer angeblichen westlichen Wertegemeinschaft rasch zu entmachten. Denn die Kriegsgier diese Leute ist geradezu gespenstisch.

Die Welt am Sonntag weiter: "Daß nun auch Ukrainer im Ausland eingezogen werden sollen, ist ein Indiz dafür, daß die Zahl an Wehrfähigen begrenzt ist. Noch wichtiger allerdings wird die Fortsetzung und Verstärkung der Waffenlieferungen durch den Westen sein. Ohne diese Hilfe kann die Ukraine nicht bestehen. Auch Deutschland wird hier noch stärker gefordert werden als bislang. Doch an der Entschlossenheit des Westens muß man inzwischen zweifeln. In der EU führt Viktor Orbán seine Pro-Putin-Show auf ... In Holland und in der Slowakei haben Politiker die Wahlen gewonnen, die die Ukraine ebenfalls aufgeben wollen. Und in den USA blockieren die Republikaner weitere Hilfen für Kiew im Kongress. Dabei gilt auch 2024: "Fällt die Ukraine, fällt der Westen."

Im neuen COMPACT-Magazin heißt es in diesem Zusammenhang: "Selbst wenn der Krieg mit dem für die NATO glimpflichsten Finale endet - der Konflikt wird an den Frontlinien eingefroren, damit bleiben die Donbass-Provinzen bei Rußland, die Krim sowieso -, müßten die westlichen Regierungen ihren Bürgern erklären, warum sie das blutige Schlamassel provoziert und dafür die eigene Wirtschaft ruiniert haben. Fällt die Ukraine, fällt Scholz, so viel ist klar."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2024: >>>**Klima-Lügen enttarnt: Es wird kälter am Mount Everest**

Von *Sven Reuth*

Nature zählt zu den renommiertesten Wissenschaftsmagazinen der Welt. Nun wurden dort die sensationellen Ergebnisse einer Studie zu den Himalaya-Gletschern sowie zum langfristigen Temperaturtrend am Mount Everest veröffentlicht. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und nur eine weitere Lüge neben den Lügen, die wir in unserem großen Faktencheck in COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven.

Der Himalaya, das höchste Gebirge der Welt, gilt wegen seiner riesigen Gletscher als "dritter Pol" und zweifellos haben die klimatischen Verhältnisse dort einen relevanten Einfluß auf das Weltklima. Deshalb wird der Name des Gebirges oft genannt, wenn Klima-Apokalyptiker jeder Couleur ihre düsteren Vorhersagen verbreiten.

Die große IPCC-Lüge

Rund um das angebliche Abschmelzen der Himalaya-Gletscher flog aber auch die erste faustdicke Lüge der Klima-Apokalyptiker auf. Der den Vereinten Nationen unterstellte Weltklimarat IPCC behauptete 2007 in einem offiziellen Bericht, daß die Himalaya-Gletscher bis 2035 vollständig abschmelzen würden. Das wäre natürlich eine riesige Katastrophe, da die Gletscher des Himalaya große asiatische Flüsse wie den Ganges, den Brahmaputra und den Indus speisen und damit das Trinkwasser für eine halbe Milliarde Menschen liefern.

Doch schon 2009 mußte der IPCC zugeben, daß die Behauptung der schmelzenden Himalaya-Gletscher, die Millionen von Menschen insbesondere in Asien in Angst und Schrecken versetzte, wissenschaftlich komplett unhaltbar war. Sie beruhte auf einer einzigen nicht näher belegten Aussage des international kaum bekannten indischen Wissenschaftlers Syed Hasnain, die dieser in einem kurzen Telefon-Interview getätigt hatte. Mehr noch: Hasnain selbst gab später zu, daß seine Aussage "reine Spekulation" gewesen wäre.

"Kahle Felsen" statt Himalaya-Gletscher?

Der Skandal führte zu einer schweren Erschütterung der Glaubwürdigkeit der IPCC-Aussagen. Die Panikmache rund um die angeblich schmelzenden Himalaya-Gletscher will aber nicht enden. So findet sich in dem Eintrag zum Stichwort "Himalaya" in der deutschsprachigen Version von Wikipedia die Aussage des deutschen Klimatologen Philippus Wester, wonach sich das gesamte Himalaya-Gebirge in weniger als 100 Jahren in "kahle Felsen" verwandeln würde.

In der Dezemberausgabe des Fachmagazins Nature, einer der weltweit renommiertesten naturwissenschaftlichen Zeitschriften, finden sich nun die Ergebnisse eines internationalen Forschungsteams zu den klimatischen Verhältnissen im höchsten Gebirge der Welt, die man nur als sensationell bezeichnen kann. Laut den Daten der letzten 30 Jahre einer Wetterstation unterhalb des Gipfels des Mount Everest ist es dort in den vergangenen Jahrzehnten nicht wärmer, sondern kälter (!) geworden. Die Gletscherschmelze verlaufe außerdem wesentlich langsamer als angenommen.

Wachsende Gletscher im Pamir

Im Pamir-Gebirge, dem zweithöchsten Gebirge der Welt, wo sich mit dem Fedtschenko-Gletscher der größte Gletscher der Welt außerhalb der Polregionen befindet, wachsen viele Gletscher sogar (!). Nicht der einzige Fall, in dem wissenschaftliche Langzeituntersuchungen eindeutig beweisen, daß es in einigen Regionen der Welt offenbar nicht zu einer Erderwärmung, sondern einer Erdabkühlung kommt: Der Ostpazifik kühlt sich auf dem Gebiet einer riesigen Meereszunge, die sich über Tausende von Kilometern vor der südamerikanischen Küste ebenfalls seit Jahrzehnten ab.

Solche wissenschaftlichen Fakten finden in den etablierten Medien aber praktisch keine Erwähnung, stattdessen wird das Märchen einer weltweit gleichmäßigen und angeblich galop-

pierenden Erderwärmung verbreitet, was wiederum die Deindustrialisierungs- und Enteignungskampagnen von Parteien wie den Grünen befeuert.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27833" berichtet am 3. Januar 2024 (x1.350/...): >>Claudio Zanetti: Menschenrechte und direkte Demokratie als Basis für globale Gerechtigkeit

Das Volk muß wieder der Souverän und die individuellen Menschenrechte müssen garantiert sein; nur so gibt es globale Gerechtigkeit, so Claudio Zanetti.

Claudio Zanetti ist Schweizer Jurist und Politiker. Mit seinem kompetenten Fachwissen trägt er das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) mit. Am Vortag der Einreichung der knapp 600 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe führte Claudio Zanetti ein Interview mit Kla.TV.

Interview:

Moderator: Herr Zanetti, Sie als Schweizer mit solider Schweizer Demokratie und rechtschaffender Justiz richten vermutlich einen fassungslosen Blick auf Deutschland. Denn angesichts der vielen deutschen Ärzte, die wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber den Corona-Maßnahmen in den Mühlen der deutschen Justiz zu Berufsverbot, Freiheitsentzug und Existenzverlust kamen, kann man durchaus von einem Justizbankrott in Deutschland sprechen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Polizeigewalt haben sich ganz offensichtlich verselbstständigt, anstatt der Bevölkerung zu dienen.

Was macht die Schweiz besser, daß es dort funktioniert? Was sollten wir Deutschen, wenn möglich, von der Schweiz lernen, übernehmen? Was würden Sie sagen, Herr Zanetti?

Claudio Zanetti: Also ganz solide, wie Sie gesagt haben, ist das leider bei uns auch nicht mehr. Wir haben auch gewisse Erosionserscheinungen, die mir Sorge machen.

Moderator: So wirkt es bei uns halt.

Claudio Zanetti: Ja, ja. Also ich will nicht bestreiten, daß wir noch wesentlich besser dran sind als in Deutschland. Das auf alle Fälle. Die schlimmsten Auswüchse haben wir nicht. Aber gerade kürzlich war auf Twitter etwas da über die Zustände der Justiz und eben auch mit der Anzeige, ob man da etwas erreichen kann, die wir jetzt da vom ZAAVV (Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen) aus anstrengen. Und es hat mich also schon eigentlich traurig gemacht zu sehen, wie viele deutsche Zeitgenossen den Glauben an die Justiz verloren haben.

Und ich habe das dann auch so geschrieben, und dann hat der Markus Krall geantwortet und gesagt: Nicht, daß der Glaube an die Justiz erschüttert sei, sei das Problem, sondern daß die Justiz tatsächlich nichts taue. Er hatte natürlich im Grunde schon recht, aber ich meine, was heißt das, wenn die Leute nicht mehr glauben, daß ihnen Recht geschieht.

Also, wenn man den Eindruck hat, ja, die machen sowieso, was sie wollen; und der Rechtssuchende, also in der Juristerei sprechen wir ja davon, also wenn man zum Gericht geht, dann sucht man das Recht. Das Recht will gepflegt sein. Und wenn der Glaube verloren geht, daß das auch wirklich passiert, und daß nach Recht und Gesetz gearbeitet wird, dann ist das katastrophal. Und das unterspült den Staat, und das wird sehr, sehr schwerwiegende Folgen haben.

Wie man das effektiv korrigiert, kann ich jetzt auch nicht sagen. Das wird lange brauchen. Und vor allem braucht es wieder viele vernünftige, nachvollziehbare, gerechte Entscheide, wo die Leute sehen: Doch, es ist nicht Hopfen und Malz verloren. Also, es ist eine Korrektur möglich, aber im Moment sieht es wirklich nicht gut aus.

Wir haben jetzt einfach bei Corona gesehen, also das, was mich eigentlich so beelendet, ist dieser Wegfall von Checks and Balances (System zur Aufrechterhaltung der Gewaltenteil-

lung). Wenn die Menschheit auf dem Gebiet der Staatspolitik oder der Geschichte, der Staatsführungskunst mal etwas Gescheites gebracht hat, dann war es ja eigentlich die Entwicklung, die Aufteilung des Staates in die drei Gewalten - Legislative, Exekutive und Judikative - und damit sind wir eigentlich sehr gut gefahren.

Jetzt plötzlich sehen wir, die Behörden tun so, als gäbe es eine ewig gültige Wahrheit, über die sie verfügen, und jeder, der eine andere Meinung vertritt, ist automatisch im Unrecht. Und das ist ganz, ganz gefährlich. Das ist eigentlich die Argumentation, die wir kennen von der extremen Linken, der Antifa. Die sagen: Wir sind die Antifaschisten, also wenn du gegen uns bist, dann mußt du Faschist sein.

Moderator: Ja, genau, das ist die einfache Rechnung.

Claudio Zanetti: Ja, aber so läuft es heute. Und wenn dann der intellektuelle Diskurs, der Disput, der gepflegt sein sollte, wenn der einfach abgewürgt wird, dann kann eine Demokratie auf Dauer nicht überleben.

Moderator: Sie sprechen von den Behörden. Ich nehme an, die Medien spielen da auch eine wesentliche Rolle. Weil es ja doch dann immer in diese Einseitigkeit geht. Und dann diese Resignation sich natürlich breit macht.

Claudio Zanetti: Selbstverständlich. Die Medien hätten die vornehmste Aufgabe, die Macht ständig zu hinterfragen. Aber wenn ein Mächtiger etwas sagt, müssen die reflexartig sagen: Ja, warum sagt er das? Hat er Hintergedanken? Kann er das begründen, was er sagt? Und so weiter. Er soll es sich erklären müssen. Aber wenn einfach etwas behauptet werden kann, und das wird als Evangelium hingestellt, da kann keine fruchtbare Entwicklung mehr stattfinden. Und da müssen wir wirklich aufpassen.

Wir verlieren da sonst so viel. Wir bewegen uns in Richtung Absolutismus; daß man das abgeschafft hat, wo der König sagen konnte - Der Staat bin ich - das wollen wir nun wirklich nicht mehr. Aber ich meine, Ludwig XIV. konnte sagen, was die Regeln sein sollten, die generell abstrakten Regeln. Da konnte er sie auch gleich umsetzen. Und wenn ihm jemand nicht paßte, konnte er ihn auch gleich ins Gefängnis werfen.

Aber man hat den Eindruck, gewisse Leute da in Berlin, die würden das am liebsten wieder einführen. Und wenn selbst die Gerichte und alle mitmachen, und auch die Medien keine kritischen Fragen stellen. Also ich meine, ich kann mich zum Beispiel nicht daran erinnern, daß Frau Merkel je eine kritische Frage zu beantworten hatte.

Moderator: Ja, ich verstehe genau, was Sie meinen. Auf jeden Fall. Und diese Resignation, die Sie eben erwähnt haben, in der Bevölkerung, die sich ja breitgemacht hat, dieser fehlende Glaube eben auch an die Justiz etc. Ich weiß, da wirken Sie persönlich eben entgegen. Oder ein Instrument ist diese direkte Demokratie, die Sie dort schätzen, auf die Sie hinwirken.

Claudio Zanetti: Das ist ein Kollektiv. Eben deshalb, die Schweiz hat nicht die Staatsform einer direkten Demokratie, wie manchmal gesagt wird, sondern, richtig wäre der Ausdruck, eine halbdirekte. Da haben wir auch ein Parlament. Oder eine Referendumsdemokratie, das trifft es eigentlich noch besser. Weil Referendum heißt im deutschen Sprachgebrauch eigentlich eine Volksabstimmung. Und bei uns in der Schweiz heißt Referendum: eine Volksabstimmung erzwingen. Also das Referendum ergreifen heißt, wir sammeln Unterschriften. 50.000 Unterschriften in 90 Tagen, da kann man die Regierung dazu zwingen, daß darüber abgestimmt werden muß.

Und das ist eigentlich ein Kollektiv. Deshalb ist die Schweizer Politik wohl auch etwas gelassener. Also es geht nicht gerade bei jeder Frage um Tod und Leben, wie man zum Teil in Deutschland den Eindruck hat, sondern da findet man sich wieder. Und da hat man immer wieder - viermal im Jahr in der Regel - hat man Gelegenheit, da etwas Dampf abzulassen an der Urne.

Das ist auch vernünftig, was auch noch viel ausmacht. Das habe ich gesehen, als ich kürzlich

eine Delegation aus Thüringen bei uns im Kantonsrat in Zürich und dann in Bern im Nationalrat herumführen durfte, die waren sehr beeindruckt vom Umgang untereinander.

Also da kam da zum Beispiel eine, von links außen, grün und so, und die ist gekommen und hat sich gefreut, daß ich wieder da bin. Wir haben uns geküßt und so und die haben alle gestaunt. Ich sag, das ist völlig normal in der Schweiz. Weil es eben wieder Abstimmungen gibt, da ist man zusammen. Dann vielleicht drei Monate später hat man wieder gegenteilige Meinungen, aber das durchmischt sich viel mehr und diese Lagerkämpfe kennen wir eigentlich nicht in dieser Art und Weise.

Moderator: Sehr gut, Dankeschön. Also Herr Zanetti, Dankeschön für die Ausführungen. Ein Medium, was Sie auch nutzen, was Sie mit unterstützen oder ein Projekt, das Ihnen am Herzen liegt, ist eben die Demo und auch die Einreichung der 599 Strafanzeigen am morgigen Tag, am 10. Dezember 2023, das ist der 75. Tag der Menschenrechte. Ich glaube, das wird historisch. Da sind Sie mit beteiligt, haben diese Strafanzeigen mit auf den Weg gebracht.

Und die Frage wäre jetzt: Wenn die deutsche Justiz, sprich die Bundesanwaltschaft, diese 599 Fälle, die morgen übergeben werden, nicht adäquat bearbeitet - was einmal mehr den Justizbankrott in Deutschland unterstreichen würde - hätten die Deutschen laut Menschenrechtscharta die Möglichkeit, ihre Anklagen dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vorzulegen. Welche Chance messen Sie dem bei, auf diesem Weg eine Verurteilung der Verantwortlichen für die gesetzliche Einführung einer Impfpflicht in Gesundheitsbehörden und bei Angehörigen der Bundeswehr und eine Wiedergutmachung durch diese Verantwortlichen zu erwirken?

Claudio Zanetti: Eine sehr ambitionierte Frage. Also zuerst einmal, es wären noch zwei Anzeigen mehr gewesen, aber zwischenzeitlich sind zwei Bundestagsabgeordnete verstorben. Wir wissen jetzt nicht genau, woran, aber es könnte Corona gewesen sein oder die Impfung natürlich.

Wir machen diese Anzeigen ja nicht zum Spaß. Das ist eigentlich eine sehr, sehr ernste Angelegenheit und wir haben einfach festgestellt, es gab da viele Bestrebungen. Das ZAAVV will sich ja auch der strafrechtlichen Verfolgung widmen, widmet sich dem. Aber wir haben festgestellt, daß es da so viele Fragen gibt in dieser ganzen Corona-Geschichte. Und häufig kommt man dann auf Beweisverfahren oder Verfahrensgeschichten, die sehr schwierig sind.

Ralf Ludwig hat da eigentlich die brillante Erkenntnis gehabt, daß der Bundestag Dinge gemacht hat und beschlossen hat, die ihm untersagt sind. Und er ist da wirklich auf die Basics gegangen, nämlich auf den berühmten Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wir haben uns dann gesagt, wir vergessen alles, diese Nebensächlichkeiten, auch die Impfschäden usw., obwohl die natürlich für die Betroffenen sehr schlimm sein können. Wir müssen die aber jetzt zurückstellen. Wir haben gesagt, wir konzentrieren uns auf das schwerwiegendste Delikt - und das ist diese Impfpflicht. Spielt jetzt gar keine Rolle, ob die einrichtungsbezogen ist oder nur für die Bundeswehr oder so. Sondern einfach der Gedanke, daß der Staat jemandem sagt, was er sich unter die Haut zu spritzen hat. Das geht nicht.

Und im Grunde hat das Bundesverfassungsgericht diese Frage längst entschieden. Es hat nämlich gesagt: Der Staat hat nicht das Recht, Menschenleben gegeneinander abzuwägen. Er darf das nicht. Und es gibt aber mehrere berühmte Fälle. Sie erinnern sich, nach 9/11 hat auch der Deutsche Bundestag ein Gesetz gemacht, daß es der Regierung erlaubt hätte, ein Flugzeug abzuschießen, das auf eine belebte Region, auf eine Stadt zusteuert.

Und der Anwalt, der Herr Schirach, der hat das berühmte Fernsehstück gemacht, das Theaterstück - ich glaube, es hieß "Terror". Da spielt dieser Fall. Ein gekapertes Flugzeug steuert auf ein Fußballstadion voll mit Leuten zu. Und jetzt die Frage: Darf der Pilot das abschießen oder nicht? In seinem Stück, im Theater, geht es darum: Soll der Kommandant,

der den Abschluß befohlen hat, soll der verurteilt werden oder freigesprochen werden? Interessant war, das Fernsehpublikum natürlich überwiegend, etwa 90 Prozent - in der Schweiz waren es, glaube ich, nur etwa 80 Prozent - waren dafür. Jawohl, der hat Recht, muß man abschießen. Sie sagen: Wir retten mehr Leben, als wir im Flugzeug zerstören.

Gegen diese Rechtsgrundlage, die der Bundestag damals beschlossen hat, haben ein paar Politiker im Bundestag geklagt. Und das Bundesgericht hat gesagt: Jawohl, so ein Gesetz ist nicht zulässig, weil der Staat darf nicht gewisse Menschenleben höher werten als andere. Der Staat hat Leben zu schützen und er darf nicht sagen: Ja, wenn ich dafür tausend retten kann, dann kann ich jetzt zehn opfern. Das geht nicht, weil das ein flagranter (deutlich, offenkundig) Verstoß gegen die Menschenwürde ist.

Moderator: Und da ist Ihr Ansatzpunkt. Weg vom Einzelfall, vom Schaden oder von dem, was da wirklich schlimm ist, was man sich nicht gerne anschaut.

Claudio Zanetti: Ja, genau. Der Bundestag, die wußten ja damals, als sie das beschlossen haben, daß es zu Toten kommen wird. Sie haben das in Kauf genommen. Sie haben gesagt, wir retten ja mehr Leute. Aber genau diese Abwägung steht ihnen nicht zu. Es gibt auch noch einen anderen Fall, der berühmte Gäfgen-Fall, diese Entführung dieses jungen Knaben Jakob Metzler. Der wurde da entführt.

Die Polizei glaubte, der Junge würde noch leben. Sie hatten den Geiselnnehmer erwischt und wollten von ihm wissen, wo der Junge ist. Und dann hat der Polizeichef gesagt: Wir müssen dem das Handgelenk verdrehen usw., bis er uns sagt, wo der Junge ist. Es ist dann nicht so weit gekommen. Man hat den Jungen gefunden, aber er war leider schon tot. Damit stellte sich die Frage, ob das Verhalten dieses Polizeipräsidenten dort gerechtfertigt war oder nicht. Die Justiz hat gesagt: Nein, hier wurde eine rote Linie überschritten, das geht nicht.

Und jetzt sind wieder alles Menschen hier und sagen: Wenn wir Eltern wären von diesem Jungen, hätten wir selbst noch zum Messer gegriffen und da nachgeholfen.

Aber genau darum haben wir den Rechtsstaat. Wir nehmen diese Angelegenheit, wir wollen ja keine Blutrache. Das ist ein archaisches Rechtssystem. Wir wollen ein System, in dem der Staat diese Aufgabe im Gesamtinteresse erledigt und sich an bestimmte Regeln hält. Eine dieser Regeln ist eben die Würde des Menschen und auch das Folterverbot, das daraus resultiert.

In diesem Fall hat das Bundesverfassungsgericht die Strafe für den Polizeikommandanten, die allerdings recht milde ausfiel, bestätigt. Und es ging dann noch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und auch die haben das bestätigt. Die haben sogar geschrieben: Sogar wenn der Staat in seinen Grundfesten gefährdet wäre, also wenn das Überleben des Staates davon abhängt, darf diese rote Linie nicht überschritten werden.

Moderator: Unglaublich.

Claudio Zanetti: Klarer kann man das eigentlich gar nicht formulieren, was sie gemacht haben. Unsere Aufgabe wird es sein, jetzt auch diese Diskussion anzustoßen und zu sagen: Wißt ihr eigentlich, was ihr da gemacht habt mit dieser Impfpflicht? Ihr bastelt an der Würde des Menschen herum. Und das Grundgesetz und auch andere Rechtsordnungen - eben auch die Europäische Erklärung für Menschenrechte oder auch die UNO-Menschenrechtserklärung - die stellen dort einfach eine Linie auf. Es ist ein kategorischer Imperativ. Und wenn wir da anfangen zu relativieren, dann wird es brandgefährlich. Ich will dann diesen Politiker sehen oder auch den Bundesstaatsanwalt. Die werden sich vielleicht etwas einfallen lassen. Die sagen vielleicht, sie können sich nicht unter Druck setzen lassen oder wir hätten irgendeinen Formfehler begangen, oder irgend etwas wird ihnen schon einfallen.

Aber, die Frage, die wir aufwerfen, ist so wichtig. Und da müssen wir insistieren, daß wir sagen: Hier könnt ihr nicht einfach darüber hinweg. Hier geht es um den berühmten Artikel 1 des Grundgesetzes. Und da gibt es nichts zu relativieren.

Moderator: Selbst, wenn man mit der Impfung 80 Millionen Menschen hätte schützen können oder 100 Millionen oder 500 Millionen, es gäbe trotzdem eben diese rote Linie. Es ist sehr interessant.

Claudio Zanetti: Man darf da nicht sagen: Wir retten ein paar und dafür opfern wir ein paar. Ich meine, so sind wir wieder, als sie da im Mittelalter den Drachen die Jungfrauen hingeworfen haben. Das geht einfach nicht. Es ist eine Entwicklung in der Geistesgeschichte, daß wir dem Staat einfach Grenzen setzen. Und auch die Würde des Menschen setzt dem Staat Grenzen, die er nicht überschreiten darf.

Moderator: Grenzen, die er selber gesetzt hat.

Claudio Zanetti: Ja ... immer aufpassen, der Staat hat nicht so viel Gutes. Der Staat muß immer gezwungen werden, daß er die Grenzen einhält. Aber es steht ja auch im zweiten Satz: Die Behörden, also der Staat und alle staatlichen Instanzen, sind gezwungen, diese Würde zu achten. Das ist nämlich interessant. In Absatz 2 von dem spricht man nie. Der beschränkt natürlich eigentlich auf die staatlichen Institutionen. Und genau die foutieren sich darum. Und das ist höchst gefährlich.

Und wir wollen jetzt einfach Ihnen diese Diskussion aufzwingen. Sie müssen jetzt Stellung nehmen: "Warum glauben Sie, seien Sie berechtigt, Artikel 1 des Grundgesetzes zu relativieren oder daran herumzubasteln?" Jetzt, wenn Sie irgendeinen Grund finden, um zu sagen: "Nein, das interessiert uns nicht, gehen wir nicht darauf ein." - womit wir leider rechnen müssen -, steht der Weg nach Den Haag offen.

Und dort sind wir auch dabei, daß wir noch irgendwie Staaten finden, die uns dabei unterstützen, weil Sie dann darauf einsteigen müssen. Und da gibt es natürlich auch afrikanische Staaten, die zum Beispiel da ... ja, interessiert sind, auch mitzumachen, weil auch die haben langsam genug, daß da in Den Haag nur immer Schwarzafrikaner vor Gericht gestellt werden. Sie sagen nämlich auch: "Ja, es gibt also da auch im Westen ein paar Gangster, die es verdienen."

Und da wollen wir doch mal sehen.

Also der Bundesanwalt ist eigentlich insofern in einer unangenehmen Lage, er muß entscheiden: Wollen wir die Sache quasi intern klären und sagen, ja, da gibt es tatsächlich Handlungsbedarf, wir müssen das aufarbeiten; wir werden auch Schuldige einsperren müssen oder auch strafrechtlich belangen müssen - oder wollen Sie sich die Blöße geben, daß das Ganze dann international unter der Aufsicht der Weltöffentlichkeit dann abgehandelt wird?

Moderator: Ja, sehr interessant. Aber das heißt unterm Strich, Sie drehen den Spieß um und diese Regeln, die der Staat geschaffen hat oder wo er gesagt hat, eben in höchst rechtlichen Urteilen, man darf nicht, um auch nur einen oder auch nur eine Million Menschen zu schützen, irgend etwas einführen, was wiederum einen einzigen nur gefährdet. Das finde ich hochinteressant, daß Sie genau das eben umdrehen und dort den Angriff vornehmen. Das heißt, Sie messen dem schon eine hohe Chance bei, ich mein' von der logischen Argumentierung, sonst wären Sie nicht hier.

Claudio Zanetti: Von der intellektuellen Argumentation ist für mich der Fall klar. Sie müssen sich dann schon etwas einfallen lassen, um das zu erklären. Sie werden sich vielleicht mit der üblichen Schnodderigkeit da irgendwie sagen, ja, ja, wir hätten ja keine Ahnung von Jurisprudenz und so. Aber genau dort! -

Ich meine, gewisse Bestimmungen im Gesetz sind ja deshalb so einfach gefaßt, daß jeder versteht. - Insbesondere auch ein anderer, der mir gefällt: "Zensur findet nicht statt." Also, ich meine, einfacher kann man ja eine Rechtsbestimmung nicht mehr formulieren. Aber ich sehe, wie viele deutsche Politiker da große Mühe haben, das zu verstehen. Ich meine, die Frau Nancy Faeser, die kümmert das gar nicht, was da steht. Sie sagt: "Ja, wir zensieren ja nur zu eurem Schutz. Ich meine, wenn ich da Kla.TV - da kommen da so komische Schwurbler zu

Wort und so weiter, wir müssen die Bevölkerung schützen davor. Also, wir meinen das natürlich gut mit euch."

Und - nein, die Verfassung ist absolut klar - es findet nicht statt!

Und diese Abwehrrechte verpflichten den Staat, genau das zu tolerieren, was ihm total gegen den Strich geht. Wenn er nur das gutheißt, was er selbst gut findet, das ist ja keine Freiheit.

Moderator: Nein.

Claudio Zanetti: Nein, er muß das finden, ...

Moderator: Klingt logisch.

Claudio Zanetti: ... wo sie sich ärgern dagegen und sagen, ja, sie haben das Recht; - oder der berühmte Voltaire-Spruch: "Auch wenn ich verdamme, was du sagst, will ich mein Leben dafür hergeben und kämpfen, daß du es sagen kannst." Das ist der Grundsatz der Freiheiten.

Moderator: Ein sehr schönes Zitat; ja. -

Herr Zanetti, vielen Dank für die Ausführungen. Wie geht es mit den 599 Anzeigen weiter, wenn sich der Internationale Strafgerichtshof als nicht unabhängig erweisen würde, wenn sich also auch diese Gerichtsbarkeit nicht adäquat dieser Verbrechen gegen die Menschheit annimmt? Denn es muß ja irgendwann und irgendwie einen Weg geben, daß es in Zukunft mit derartigen Verbrechen nicht gerade so weitergehen kann.

Claudio Zanetti: Sie sprechen da eine weitere große Frage an: die Unabhängigkeit der Justiz. Darüber streiten wir auch in der Schweiz immer wieder, wie man die am besten erreichen kann. Und so ein internationales Gremium ist natürlich nie ganz unabhängig. Aber es ist ein Versuch, überhaupt (ein) ... Bestreben im Völkerrecht, eben auch schwere Verbrechen mal ahnden zu können.

Ich meine, wenn wir denken, Nürnberger Prozeß oder nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges - klar war das eine Siegerjustiz, klar ist sie mit diesem Mangel behaftet -, aber es war mal ein erster Versuch, Gerechtigkeit zu schaffen, Regeln aufzustellen, eben Verbrechen gegen die Menschlichkeit - oder wie wir jetzt sagen bei uns da: Menschheit - oder die Kriegsverbrechen und so weiter. Das ist trotz allem ein Quantensprung in der Menschheitsgeschichte. Das muß man sagen und es wurden Maßstäbe gesetzt auch für spätere Fälle.

Jetzt hat man ein internationales Tribunal geschaffen und da sagen die großen Staaten: "Ja das ist zwar sehr gut, aber für uns zählt das nicht." Die Amerikaner sagen: "Also wenn da einer unserer Soldaten dort vor Gericht gestellt werden sollte, da ist der Präsident oder das Land verpflichtet, den mit militärischer Gewalt wieder rauszuholen." Und da kann man sich etwa vorstellen, wie unabhängig da so ein Gericht ist. Die Russen, glaube ich, sind auch nicht dabei, aber jetzt gibt es ein Verfahren gegen Putin. Das sind natürlich sehr viele Dinge, die politisch motiviert sind.

Und dann haben wir auf der anderen Seite eben die Afrikaner, wie schon gesagt, die sagen: "Warum kommen eigentlich immer nur wir dran und die anderen nicht?"

Moderator: Jedes Land sucht sich dann das aus, ob es dann irgendwo diesem Urteil folgt oder nicht.

Claudio Zanetti: Ja, genau. Das ist schon mehr als nur Kinderkrankheit. Das sind natürlich Probleme, die so eine internationale Behörde einfach hat. Es ist die Frage, sind wir gezwungen, damit einfach zu leben, das Beste daraus zu machen oder können wir irgendwie versuchen, das schrittweise zu verbessern. Ich glaube, das wäre schon sehr erstrebenswert, aber auch dort ist natürlich wichtig, wird das dann auch von einer breiten Weltöffentlichkeit als gerecht wahrgenommen. Da braucht es natürlich viele Bestrebungen; da muß viel stimmen. Auch die Politik in den Ländern muß sich zurückbinden. Aber wir sehen ja, im Moment ist die Tendenz eher gegenläufig. Die Justiz verkommt fast zu einem Instrument der Regierenden. Eine höchst problematische Entwicklung, oder?

Ich meine, auch ... ich habe das in Deutschland gesehen, wo die Innenministerin den Geheimdienst einsetzt gegen mißliebige Beamte. - Wir sehen, wie eine absolut honorige Persönlichkeit wie der Hans-Georg Maaßen abgestraft wird, weil er einfach sich mal eine Meinung erlaubt hat. Das sind ... - Oder auch ganze Parteien, oder? Ich meine, wenn eine Partei so dominiert wie jetzt die AfD, darf man doch in einer Demokratie nicht einmal daran denken, die verbieten zu wollen. Ich meine, im Artikel 20 Ihres Grundgesetzes steht ja drin: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das heißt, es ist das Volk, das sich die Regierung wählt, nicht umgekehrt ...

Moderator: ... Ja, so sollte es sein.

Claudio Zanetti: Ja, aber ich meine, über solche trivialen Sachen besteht heute Unklarheit. Oder da wird diskutiert: 'ja, können wir die Demokratie von oben nach unten?' ... Nein, Demokratie muß man sich holen. Die Regierenden haben keine Macht über uns, als die, die wir ihnen zugestehen. Und dafür muß man immer wieder kämpfen. Also Demokratie kriegt man nicht geschenkt, die Freiheitsrechte kriegt man nicht geschenkt.

Wenn wir jetzt da sagen, 75 Jahre Menschenrechte. Das ist doch schön und gut. Aber das ist ja eigentlich nur einfach mal der Katalog von der UNO, den wir da gesagt haben, vor 75 Jahren, wo wir da am 10. Dezember den Jahrestag feiern. Aber das Verständnis, daß diese Rechte Geburtsrechte sind, die uns zugestehen, weil wir Menschen sind! Das muß wieder in die Köpfe rein!

Und wir haben bei Corona gesehen, die Politiker haben sich da aufgeführt, ... Ich mußte manchmal daran denken, so wie ich als kleiner Junge mit der Märklin-Eisenbahn, wo ich dann per Transformer die Züge schneller oder langsamer fahren lassen konnte, so gehen die heute auch mit unseren Freiheitsrechten um. Die werfen uns ein Stück hin und sagen: 'Ja, wir machen das Ende', sie setzen ein Datum, wann wieder die Verfassung gilt.

Dabei muß doch eine Verfassung oder ein Grundgesetz der Fels in der Brandung sein und genau in stürmischen Zeiten muß die gelten. Es kann doch nicht von den Politiken abhängen, wann denn die Verfassung gilt. Über solche Fragen wird gar nicht diskutiert. Ich finde das enorm gefährlich.

Karl Schmitt hat gesagt, souverän ist wer über den Ausnahmezustand verfügt. Und wir haben jetzt gesehen, offenbar ist das die Verwaltung und die Regierung. Die profitieren zwar im Ausnahmezustand und deshalb können sie ihn ausrufen. Und diese totale Verflüchtigung des Rechts geht ja noch weiter.

Ich meine, wenn ich jetzt in Deutschland sehe, wie eine Regierung allen Ernstes einen Notstand sucht und einen Notstand ausrufen will, um ein verfassungswidriges Budget zu beschließen, dann sind wir nicht mehr weit von der Willkür, denn das ist Willkür.

Moderator: Natürlich, man sieht es ja auch an der Unzufriedenheit der Menschen, die Umfragewerte sind im Keller wie nie zuvor, aber wir haben das doch, wenn ich Sie recht verstehe ...

Claudio Zanetti: Da passiert ja nichts, da passiert ja nichts. Das ist ja das Verrückte, es braucht diese Gegenöffentlichkeit. Oder wir sind uns vielleicht schon einig, daß das nicht geht. Aber, wo sind denn die großen Medien, die einfach mal da ein paar Fragen stellen? Ich meine, wir haben da Leute, die jetzt ... auch der Bundeskanzler, ich will diesen Leuten wirklich nicht so sehr nahetreten, das steht mir nicht zu als Schweizer, aber da stehen gewichtige Korruptionsvorwürfe im Raum, zum Beispiel, mit dieser Cum-Ex-Geschichte.

Moderator: Und er erinnert sich nicht.

Claudio Zanetti: Er sagt einfach: "Ich kann mich nicht erinnern" und damit ist die Sache bereinigt.

Moderator: Und alle schlucken es.

Claudio Zanetti: Ja, aber richtiger wäre, wenn er sich nicht erinnern kann an solche Dinge,

dann ist er vielleicht nicht die richtige Person für das Bundeskanzleramt. Da müßte man vielleicht einen anderen fragen.

Moderator: Sollte er drüber nachdenken. Ja. Legen wir gerne an.

Claudio Zanetti: Er hat ja einen Vize und vielleicht ist der Vize das, was die Leute daran hindert, ihn abzusetzen.

Moderator: Aber Herr Zanetti, um auf die Lösung zu kommen, wenn wir jetzt tatsächlich global und auch national überall mit Machtmißbrauch zu tun haben, offensichtlich. Alle Beispiele, die Sie gerade aufgezählt haben, die sind ja ganz klarer Machtmißbrauch und ein komplett fehlender Diskurs. Das heißt, das wäre doch ein Ansatzpunkt, so wie ich Sie verstehe, daß man wirklich die Menschen wieder zum freien Nachdenken bringt. Habe ich Sie recht verstanden? Daß man sie zum Diskutieren bringt. Daß man Meinungen wieder zuläßt.

Claudio Zanetti: Eine Streitkultur, das ist wichtig und wir müssen aufhören ... Es gibt keine Meinung die von vorneherein, als moralisch, verwerflich ausgeschlossen werden darf. Das geht nicht. Man muß sie zulassen. Man kann eine Meinung auch widerlegen. Aber, wenn uns diese Kultur abhanden komm, dann geht unsere Demokratie flöten. Das müssen wir einfach sehen. Und wir hatten ja solches eben. Ich meine, die Justiz als Instrument der Macht zu mißbrauchen ... Da müßte es doch einen Aufschrei geben.

Ich meine, wenn ich jetzt sehe, ein Michael Ballweg saß neun Monate im Gefängnis und es reicht nicht einmal für eine Anklage. Und diese Reichsbürger, ich kenne die nicht. Das sind halt halb Verrückte. Aber das darf man in unserem Land ja auch noch sein. In einem freien Land darf man auch halb verrückt sein. Ich weiss nicht, was die genau gemacht haben. Aber die sind jetzt ein Jahr im Gefängnis. Und noch keine Klage auf dem Tisch.

Ich meine, Habeas Corpus Acte ist jetzt schon ein paar hundert Jahre alt. Und wir sind geistesgeschichtlich offenbar wieder zurückgeworfen, weil der Staat sich einfach jedes Recht rausnehmen kann. Wenn das Verbrecher sind, sollen die abgestraft und verurteilt werden. Da habe ich überhaupt nichts dagegen.

Moderator: Ja, aber dann weise es ihnen nach.

Claudio Zanetti: Aber diese Leute, ... man macht sich auch lustig, da der Rollator-Putsch und so weiter. Und diese alte Frau, wie sie da aus dem Wagen stieg und so weiter. Das ist jetzt die größte Gefahr, die Deutschland droht, von diesen Leuten ausgehend. Das erschüttert jetzt die Republik. Dann ist es also mit dem Glauben an die Republik nicht weit her.

Moderator: Ja, das ist wohl richtig. Sehr schön zusammengefaßt. Herr Zanetti, das heißt unterm Strich, wir brauchen einen offenen Diskurs. Wir brauchen eine Streitkultur. Da habe ich Sie recht verstanden. Und an die Zuschauer gerichtet: eine Streitkultur, die jetzt nicht einfach den Anwälten und Juristen übertragen wird, sondern die streiten in ihrem Bereich auf juristischer Ebene. Und wir in der Bevölkerung, wir müssen auch lernen, wieder eben zu diskutieren. Da habe ich Sie recht verstanden, ne?

Claudio Zanetti: Das ist das gute alte Checks and Balances (System zur Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung). Eben von der Gewaltentrennung. Die Gewalten sind nicht nur getrennt. Es gibt auch die Gewaltenhemmung. Also die müssen sich gegenseitig von Zeit zu Zeit in die Parade fahren. Das ist die Aufgabe!

Aber nochmal zu Corona. Ich meine, das wichtigste Entscheidungsgremium war da diese berühmte Schalte, also diese Zoom-Konferenzen, die sie hatten, die Ministerkonferenzen mit den Ministerpräsidenten.

Also ein Gremium, das im Grundgesetz gar nirgends vorgesehen ist. Die haben entschieden über den Ausnahmezustand. Und dann sind also die selbst der Souverän, um mit Karl Schmitt zu sprechen. Das kann doch nicht sein!

Moderator: Nein, nein, nein. Absolut nicht. Absolut schändlich. Ja. Sehr gut. Wir nehmen Ihre Anregungen sehr, sehr gerne mit. Geben sie gerne raus an die Zuschauer. Wir sind sehr

dankbar eben auch für jeden Juristen, der eben diesen Kampf kämpft. Auf Ebenen, wo wir eben gar nicht, ja, ich würde da jetzt gar nicht vorwärtskommen. Das ist nicht meine Welt. Und ich bin sehr dankbar, daß es Leute wie Sie gibt, die sich da einsetzen.

Aber ich habe verstanden, daß ich meinen Teil eben dazu geben kann, in diese Streitkultur auch mit reinzukommen, mit meinem Umfeld zu diskutieren, eben das auch weiterzutragen. Und ich bin sehr gespannt, wie es morgen ausgeht. Wir drücken ganz fest die Daumen. Senden wirklich viel Energie und Kraft einfach auch in diese Veranstaltung.

Danke, Herr Zanetti.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2024:

>>**Miley Cyrus: Porno und Pop**

Von *Daniell Pföhringer*

Sie ist der Inbegriff der Obszönität in der modernen Musikindustrie: Miley Cyrus begann als Disney-Kinderstar und schwenkte dann auf sexualisierte Darstellungen um. Nur Zufall - oder steckt dahinter ein Programm? ...

Gäbe es einen Grammy Award für die obszönsten Bühnenshows, Miley Cyrus hätte ihn sich redlich verdient. Die 1992 in Franklin, Tennessee, geborene Popsängerin durchbricht alle moralischen Schranken und inszeniert sich fast schon als Porno-Queen des Showbusiness. Selbstredend nimmt die Unterstützerin der US-Demokraten und Trump-Hasserin auch alle Woke-Wellen mit: vom Feminismus über Diversity-Kult bis zu LGBTQ und Abtreibungspropaganda.

Dabei fing die Tochter des Country-Sängers Billy Ray Cyrus einmal ganz brav an - nämlich als Kinderstar in der Serie "Hannah Montana", die von 2006 bis 2011 auf dem Disney Channel ausgestrahlt wurde und die Jungschauspielerin auch in Deutschland populär machte. Interessant ist hier vor allem das Thema der Serie: Es geht um ein junges Mädchen, das sich ein Alter Ego, eine alternative Persönlichkeit, erschafft.

Monarch- und Sex-Sklavin

Genau dies ist auch das Ziel der sogenannten Monarch-Bewußtseinskontrolle, einem Unterprojekt des CIA-Programms MK-Ultra, das nach einem Schmetterling, dem Monarchfalter, benannt ist. "Insgesamt wird Monarch-Gedankenkontrolle als eine Art Gedankenkontrolltechnik bezeichnet, die okkulte Rituale, Psychologie und Neurowissenschaften kombiniert, um bei einer Zielperson ein Alter Ego hervorzubringen" ...

"Bei der Monarch-Gedankenkontrolle wird die Zielperson oft als 'der Sklave' bezeichnet, während diejenigen, die sowohl die Technik anwenden als auch aktivieren, als 'die Behandler' bekannt sind. Viele glauben, daß Monarch-Sklaven bei Bedarf von einer elitären Gruppe eingesetzt werden, um Rituale, Performances, Botschaften usw. auszuführen, die mit einem gewünschten Ergebnis in Einklang stehen."

Ist Miley Cyrus eine solche "Monarch-Sklavin", die an den Strippen einflußreicher Kreise hängt und entsprechend agiert? Ihre zahlreichen Skandale und provokativen Auftritte, die nicht selten gegen sämtliche Regeln des guten Geschmacks verstoßen, deuten darauf hin. Nur einige Beispiele:

Die angeblich geleakten Nacktfotos: Im November 2019 wurden intime Aufnahmen von Cyrus auf einer Pornoseite veröffentlicht. Die Fotos zeigten die damals 27-Jährige nackt in der Dusche und wurden angeblich aus ihrem privaten iCloud-Konto gestohlen. Manche vermuteten dahinter allerdings eine geplante PR-Kampagne, zumal sich Cyrus später oft splitternackt aufnehmen ließ - bis hin zu Fotos, die sie beim öffentlichen Urinieren zeigen - offenbar unter Alkohol- und Drogeneinfluß.

Die Skandal-Performance bei dem MTV Video Music Awards 2013: Bei ihrem Auftritt mit Kollege Robin Thicke trug Cyrus einen hautengen, hautfarbenen Latexanzug, tanzte lasziv um Thicke herum, deutete Sex an, griff ihm mit einem riesigen Schaumstofffinger in den Schritt.

Die Schauspielerin Brooke Shields, die in "Hannah Montana" Cyrus' Fernseh Mutter spielte, zeigte sich entsetzt: "Ich denke, es war schrecklich. Ich habe Miley immer unterstützt, aber das war einfach zu viel."

Für Experte Nikolas Pravda ist die Sache ziemlich eindeutig. "Von den unaufhörlichen Kreisbewegungen über das sexuell anzügliche Krümmen bis hin zu ihrer unglaublichen Unfähigkeit, die Zunge im Mund zu behalten, ist es Cyrus sicherlich auf großartige Weise gelungen, als eine Person zu erscheinen, die dem Monarch-Programm unterworfen wurde", wird er in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" zitiert.

Die Wrecking-Ball-Skandale: Im September 2013 veröffentlichte Cyrus das Video zu ihrer Single "Wrecking Ball". Im Clip räkelt sie sich zunächst leicht bekleidet, dann vollkommen nackt auf einer Abrißbirne. Das Musikvideo wurde schnell zum viralen Hit, sorgte aber auch für kontroverse Reaktionen. In einem Interview mit MTV News verteidigte Cyrus ihren Auftritt: "Es ist Kunst. Wenn es ein bißchen peinlich ist, dann ist das okay, weil es Kunst ist. Kunst muß manchmal etwas unbequem sein." Im November 2013 wurde "Wrecking Ball" bei den European Music Awards als bestes Video ausgezeichnet. Bei ihrer Dankesrede zog die Geehrte einen Joint aus ihrer Tasche und rauchte ihn auf der Bühne. Das Publikum reagierte mit Applaus und Gelächter.

Der verräterische Bondage-Clip 2014: Hierzu heißt es in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" unter Berufung auf Nikolas Pravdas Enthüllungswerk "Die moderne Musik-Verschwörung": "Nachdem Miley Cyrus aus dem Krankenhaus entlassen worden war (eine 'starke allergische Reaktion') und sich 'in ärztlicher Obhut' befand - was häufig ein Code für 'Neuprogrammierung' ist - veröffentlichte sie ein Video zum Song 'Tongue Tied'. Der Clip ist zufällig voller Gedankenkontrolle-Symbolik."

Und weiter: "Während die meisten Quellen das Video als 'Bondage' beschreiben, ist dort viel mehr los. Der Songtitel selbst deutet darauf hin, sprachlos und verwirrt zu sein - ein Zustand, den MK-Ultra-Sklaven nur allzu gut kennen. Es ist jedoch die visuelle Symbolik (siehe Abbildung oben rechts), die in diesem kurzen Video enthalten ist, die alles sagt: Es geht darum, daß Miley Cyrus eine Vertreterin der sogenannten Sex-Kitten-Programmierung, mit MK-Ultra-Symbolik kontrolliert, gehandhabt und zugestraft wird."

Geheimakte Disney

In einem Interview mit der Zeitschrift Marie Claire erklärte die Porno-Queen des Pop-Business 2015, daß sie zu "Hannah Montana-Zeiten", also als Teenager, oft "unter Druck gesetzt" worden sei, um ein bestimmtes Image zu wahren: "Ich war das Gesicht von Disney Channel, und das war eine sehr schreckliche Zeit für mich. Ich habe das Gefühl, daß ich das Schlimmste von beiden Welten hatte, weil ich so jung war, um zu wissen, was ich tue, aber alt genug, um mich daran zu erinnern."

Eine vielsagende Äußerung, die dazu geeignet ist, die Theorie einer Monarch- und Sex-Kitten-Programmierung zu stützen. Und Miley Cyrus ist kein Einzelfall. Zahlreiche Disney-Kinderstars gerieten später auf Abwege, machten mit schweren psychischen und Drogenproblemen von sich reden, sorgten für Skandale: Britney Spears, Amanda Bynes und Demi Lovato sind nur einige Beispiele. Einige Medien sprechen gar von einem "Disney-Fluch". ...

<<

04.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Januar 2024 (x1.352/...): >>"Nicht für Menschen geeignet": Floridas Gesundheitsbehörde will Stopp von Covid-Impfungen

Die mRNA-Impfstoffe seien "nicht für Menschen geeignet", meint Dr. Ladapo, Chef der Gesundheitsbehörde Floridas und spricht sich nun erstmals offiziell für eine Aussetzung der Impfungen mit mRNA-Vakzinen aus. Dr. Ladapo hatte sich bereits in der Vergangenheit immer

wieder kritisch geäußert, die amerikanische Arzneimittelbehörde wirft ihm "Verbreitung von Falschinformationen" vor.

Wim Lukowsky

In den vergangenen Monaten zeigte sich Floridas Staatsarzt ("Surgeon General") und Leiter der Gesundheitsbehörde, Dr. Joseph A. Ladapo, immer wieder impfkritisch, wies auf die möglichen Nebenwirkungen und zuletzt sogar auf die Verunreinigung durch DNA-Fragmente in den mRNA-Vakzinen hin. Am Mittwoch folgte dann der nächste Schritt: Dr. Ladapo sprach sich öffentlich für eine Aussetzung der Verwendung von mRNA-Präparaten aus.

In einem offiziellen Regierungsschreiben erklärt Ladapo eindeutig, daß "diese Impfstoffe nicht für Menschen geeignet sind", sollte sich bewahrheiten, daß die Hersteller BioNTech sowie Moderna keine Untersuchungen auf DNA-Rückstände durchgeführt haben.

Die Einbindung von DNA würde nicht nur für die menschliche Gesundheit, sondern auch für das gesamte menschliche Genom ein erhöhtes Gesundheitsrisiko darstellen, so Ladapo. Dafür führt er die 2007 von der amerikanischen Arzneimittelbehörde (FDA) beschlossenen Richtlinien für die Verwendung von DNA in Impfstoffen an, aus denen hervorgeht, daß die Integration von DNA krebserregend sein kann und zu Chromosomeninstabilität führen kann - was wiederum eine Hypersensibilität für manche Krankheiten verursacht.

Dr. Ladapo: FDA kann Ungefährlichkeit nicht beweisen

Bereits Anfang Dezember hatte Ladapo in einem Brief an die FDA auf die mögliche Verunreinigung mit DNA-Fragmenten hingewiesen und diesbezüglich Fragen formuliert. In einer schriftlichen Antwort vom 14. Dezember konnte die FDA dann nicht nachweisen, so Ladapo im neuen Regierungsschreiben, daß "Untersuchungen zur Verunreinigung mit DNA-Fragmenten durchgeführt wurden, um das Gesundheitsrisiko einzuschätzen. Die Antwort der FDA enthält weder Daten noch Beweise, stattdessen verwies die Behörde auf ungeeignete Studien."

Zwischen der FDA und Ladapo ist mittlerweile eine Art Fehde ausgebrochen, die Behörde bezichtigt den kritischen Staatsarzt immer wieder der "Verbreitung von Falschinformation", während dieser der Behörde vorwirft, nicht die eigene Bevölkerung schützen zu wollen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht das Simian-Virus 40 (SV40). Noch im vergangenen Sommer erklärte die FDA, "die Vakzine sind vollständig synthetische Präparate." Mittlerweile wird die Verwendung von Molekülen dieses in Affen entdeckten Simian-Virus bei der Herstellung der Impfstoffe aber von mehreren Behörden zugegeben - deren möglichen Gesundheitsrisiken aber abgewiesen.

Als Beleg führt die FDA Studien an, die die Ungefährlichkeit der Moleküle beweisen sollen, weil DNA aus SV40 nur durch Enzyme in unser Genom eindringen könne, welche gar nicht in den Impfstoffen enthalten sind, so die Wissenschaftler.

Floridas Staatsarzt hinterfragt offizielle Darstellung

Erstmals auf eine mögliche Verunreinigung mit SV40 hingewiesen hatten Forscher rund um Kevin McKernan im April 2023 und Bestandteile als potentiell krebserregend eingestuft. Die Studie wurde allerdings ohne Überprüfung als "Pre-Release" veröffentlicht und kursierte anschließend in sozialen Netzwerken. Weil die Überprüfung ausblieb, kritisierten zahlreiche Wissenschaftler die Arbeit und hoben immer wieder angebliche Falschdarstellungen hervor. Bis heute ist die Studie mehr als umstritten und dennoch hält Floridas Staatsarzt an der Möglichkeit fest, daß SV40 in den mRNA-Impfstoffen durch das Einschleusen fremder DNA zu Gesundheitsrisiken führen kann.

Daher empfiehlt Ladapo Menschen, die sich impfen lassen wollen, nicht auf mRNA-basierende Vakzine zurückzugreifen. Er hoffe, die FDA würde eines Tages ernsthafte Bemühungen anstreben, die Gesundheitsrisiken der mRNA-Impfstoffe gründlich zu prüfen. Bis dahin wird die Gesundheitsbehörde in Florida im Sinne der "Transparenz und der wissenschaftlichen Integrität" weitere Untersuchungen anstellen, um der Bevölkerung weitere Risiko-

Evaluationen anzubieten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Januar 2024: >>**Motorenpapst Fritz Indra: "E-Mobilität wird scheitern!" - Lang lebe der Verbrenner!**

Der renommierte Motorenentwickler Prof. Fritz Indra sieht sich durch den massiven Einbruch der Zulassungszahlen bei E-Autos, den Job-Kahlschlag im Strome-Werk Zwickau von VW und durch die horrende steigenden Strompreise bestätigt: "Die E-Mobilität wird scheitern!" Der "Motorenpapst" aus Österreich sagt eine Renaissance des Verbrenners voraus.

Prof. Fritz Indra ist seit jeher einer der schärfsten Kritiker der Elektromobilität. Der Diplomingenieur verantwortete u.a. die Motorenkonstruktion bei Audi und war Chefentwickler im Motorenbau bei "General Motors".

In einem Interview mit "Focus online" läßt Indra kein gutes Haar am aktuellen Zustand und der Zukunft von Batterie-Autos. Den seit dem 18. Dezember gestrichenen Umweltbonus in Deutschland kommentiert der 83-Jährige wie folgt: "Das ist ein ganz starkes Zeichen - und zwar dafür, daß die E-Mobilität zu scheitern beginnt!"

Je weniger E-Autos, desto besser für die Umwelt!

Indra begrüßt das Ende der milliardenschweren Subventionen auf Steuerzahlerkosten. Er argumentiert, daß jede Technologie am Anfang gefördert werden sollte, aber "wenn man erkennt, daß die Förderung nichts bringt und die Technologie bei den Kunden nicht ankommt, dann sollte man sie möglichst bald beenden." Der "Motoren-Guru" stellt auch die ökologischen Vorteile von E-Autos in Frage: "Je weniger E-Autos den Verbrenner ersetzen, desto besser für die Umwelt."

Indra kritisiert: "Die Autoindustrie präsentiert sich gerade als guter Samariter, doch in Wahrheit übernimmt sie die Förderquote, damit die E-Autos nicht auf Halde stehenbleiben."

Trotz der bisherigen Förderungen und der Propaganda der E-Auto-Lobby ist sich Indra sicher, daß E-Autos nicht die versprochene Nachhaltigkeit bieten können. "Ein E-Auto mit Lithium-Ionen-Akku ist jedem klassisch angetriebenen Auto unterlegen", betont der Österreicher und unterstreicht: "Das E-Auto in der heutigen Form ist für die allermeisten Kunden einfach nicht gut genug, um den Verbrenner breitflächig und nachhaltig abzulösen."

Verbrenner-Aus ab 2035 ist falsches Signal

Indra fordert eine Neubewertung der EU-Politik, insbesondere des Verbrenner-Verbots ab 2035: "Das gefährlichste Signal geht immer noch von dem Verbrenner-Verbot ab 2035 aus, das die EU-Kommission unter Frau von der Leyen und Herrn Timmermans beschlossen hat ... Mit jedem Tag, an dem dieses Verbot nicht gekippt wird, vergrößert sich unser Nachteil gegenüber den asiatischen Herstellern."

Indra wie auch andere Branchenexperten verweisen darauf, daß Elektroautos nach wie vor eine kostspielige Anschaffung darstellen. Derzeit sind in Deutschland nur drei Modelle unter 30.000 Euro erhältlich - der Dacia Spring Electric, Renault Twingo E-Tech sowie Fiat 500e. Die Entscheidung für eines dieser Modelle geht allerdings oft mit Abstrichen einher: geringe Reichweite, wenig Komfort, begrenzter Platz und im schlimmsten Fall auch Sicherheitskompromisse.

Zum Erreichen der sogenannten Klimaziele sollten bis 2030 mindestens 15 Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren. Aktuell trägt jedoch nur eine wohlhabendere Bevölkerungsgruppe zur "automobilen Energiewende" bei. Denn: Laut dem "Center of Automotive Management" (CAM) zahlten Käufer von Elektroautos zuletzt durchschnittlich 52.700 Euro und damit 4.000 Euro mehr als im Vergleich zum Vorjahr.

Stefan Bratzel, Gründer und Direktor des Forschungsinstituts CAM, sagt mit Blick auf die hohen Anschaffungskosten und in deren Folge auch die erhöhten Finanzierungs- und Leasingkosten von Stromern im Vergleich zu Verbrennern: "Dies wirkt sich hemmend auf die Kaufentscheidung aus."

Hinzu kommt zunehmend Kritik daran, daß Stromer in Wirklichkeit "Kohleautos", sind - mit hin Dreckschleudern für die Umwelt. Der Grund: Seit dem aberwitzigen Atom-Ausstieg und dem Sanktions-Irrsinn gegenüber Rußland (Gas) müssen immer mehr Kohlekraftwerke ans Netz.

Stromer sind ein Ladenhüter

Zusätzlich haben die aktuelle wirtschaftliche Lage und hohe Zinsen zu einer allgemeinen Zurückhaltung vor allem beim Kauf von Elektroautos geführt. Um den Verkauf anzukurbeln, gewähren viele Hersteller und Händler hohe Rabatte. Im Klartext: E-Autos sind ein Ladenhüter! Laut Hochrechnungen von Branchen-Kennern dürften 2024 in Deutschland rund 200.000 vollelektrische Neuwagen weniger verkauft werden.

Eine Erfolgs-Story sieht anders aus!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Habeck spinnt Gold aus CO2: Besteuerung von Luft beenden!**

Mit der Besteuerung von Luft verdient sich der Bund eine goldene Nase: 13,2 Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr aus dem Handel mit CO2-Emissions-Rechten vor allem von Industriebetrieben und Energieerzeugern eingenommen. Im Schnitt 80 Euro zahlten diese an der "Emissionsbörse" in Leipzig, um dafür jeweils eine Tonne Kohlendioxid rauspusten zu dürfen.

Vor solchen Betrugsmaschen hätte man früher bei "Vorsicht, Falle!" gewarnt - heute wird so etwas gefeiert, denn die Zeche zahlt natürlich der Verbraucher. Weil die Preise weiter steigen. Die Einnahmen kommen auch nicht den Bürgern zugute, sondern werden in den "Klima- und Transformationsfonds" gesteckt - mit dem dann tote Pferde wie die Elektromobilität weitergeritten werden.

Das allseits beschworene Ziel der Klimaretung ist ganz offensichtlich nur vorgeschoben - denn selbst wenn man davon ausgeht, daß das vom Menschen verursachte CO2 irgendeinen Effekt auf das Klima hätte (was die Ökoideologen einfach nur behaupten), dann wäre der deutsche Anteil daran minimal. Dafür aber wird der Wohlstand einer ganzen Nation gezielt vernichtet.

Denn nicht nur für die Industrie wird die Luft besteuert: Mit der CO2-Abgabe, die in diesem Jahr sprunghaft erhöht wurde, zahlt auch jeder Bürger an der Tankstelle oder mit der Heizkostenabrechnung für etwas, das man weder sehen noch fühlen oder riechen kann. Luft eben. Davon ist genug vorhanden - allerdings wird sie für die Ampelregierung immer dünner. Denn auch ohne "Nepper, Schlepper, Bauernfänger" kommen die Bürger dem Betrug auf die Schliche.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Januar 2024 (x1.352/...): >>**Spahn fordert staatliche Finanzierung von Moscheen über Bundesstiftung**

Jens Spahn schlägt vor, Moscheegemeinden in Deutschland mit staatlichen Geldern über eine Bundesstiftung zu unterstützen. Dies solle die Auslandsfinanzierung vieler deutscher Moscheen ersetzen und so eine Radikalisierung verhindern.

Henry Albrecht

CDU-Politiker Jens Spahn hat dazu aufgerufen, die Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden in Deutschland zu beenden. Anstelle von Auslandsfinanzierungen schlägt Spahn nun aber vor, daß eine eigens dafür mit Steuergeldern eingerichtete Bundesstiftung stattdessen Moscheen finanzieren soll, die bestimmten Kriterien folgen.

Nach Spahns Vorschlag könnten Moscheegemeinden, die sich zu Predigten auf Deutsch bereit erklären, von in Deutschland ausgebildeten Imamen geleitet werden und transparente Kinder- und Jugendarbeit anbieten, finanzielle Unterstützung über die Bundesstiftung erhalten. Diese Unterstützung könnte auch über einen längeren Zeitraum gewährt werden, bis die Gemeinden

sich selbst tragen können. Spahn betonte, daß dies eine "freiwillige Finanzierung" ermöglichen würde, ohne eine Steuer ähnlich der Kirchensteuer einzuführen - obwohl natürlich eine solche Bundesstiftung mit Geldern aller Steuerzahler ausgestattet werden würde.

"Wenn wir die Auslandsfinanzierung nicht stoppen und keine deutschen Moscheegemeinden aufbauen, werden wir in fünf oder zehn Jahren ein schlimmes Erwachen haben", warnte der ehemalige Bundesminister. "Dann laufen wir weiter in die Radikalisierung." Ein reines Verbot der Auslandsfinanzierung ohne staatliche Ersatzfinanzierung schlägt er allerdings nicht vor.

Deutschland strebt bereits eine Blockade der Geldströme aus dem Ausland an und hat sich mit der Türkei auf eine schrittweise Beendigung der Entsendung von Imamen nach Deutschland geeinigt. Im Zuge einer gemeinsamen Ausbildungsinitiative sollen jährlich 100 Imame in Deutschland ausgebildet werden, während die Entsendung aus der Türkei schrittweise reduziert wird. Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüs plant ebenfalls mittelfristig auf Imame aus der Türkei zu verzichten. Frankreich verfolgt ähnliche Schritte, indem es die Finanzierung der nationalen Gemeinden aus dem Ausland beendet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2024: >>**Velten: Wie Opfer und Täter verwechselt werden**

Von *COMPACT Redaktion*

Im brandenburgischen Velten beruhigen sich die Wellen nur langsam. COMPACT hatte dort zuletzt aufgedeckt, wie Schulkinder von einer Araber-Gang terrorisiert werden. Wir konfrontierten verantwortliche Politiker mit Protest und auch mit Fakten. Die Aufregung war gewaltig. ...

Wiederholte Angriffe auf Schüler am Bahnhof von Velten hatten in Mainstream-Medien keine Aufmerksamkeit erhalten. Hingegen verbreitete sich im deutschen Blätterwald rasant die Meldung, daß Veltens SPD-Bürgermeisterin Ines Hübner nach Veröffentlichung einer Sendung von COMPACT-TV bedroht werde. Gemeint ist jene Ausgabe, in der erstmals zwei Mütter von überfallenen Jugendlichen vor der Kamera zu Wort kamen. ...

"Bitte nicht ansehen!"

Schon kurz nach der Ausstrahlung warnte Hübner auf der städtischen Facebookseite davor, den Beitrag anzuschauen und weiterzuleiten. Ihre Logik: "Jedes Mal, wenn das Video geteilt wird, schadet es unserer Stadt."

Gegenüber der Märkischen Allgemeinen Zeitung ging sie dann zum medialen Großangriff über. Der COMPACT-Bericht sei Teil einer rechtsextremen Hetzkampagne gegen ihre Person, die dazu geführt habe, daß sie Hassnachrichten und Drohmails erhalte. Kein Wort zu einer zuletzt in Velten verprügelten 16-Jährigen oder einem ausgeraubten 14-Jährigen.

Der Artikel in der Lokalpresse wurde dann von größeren Häusern wie rbb, Deutschlandfunk oder Tagesspiegel aufgegriffen und so zu einem bundesweiten weiten Skandal aufgebauscht. Auf einmal war Veltens Sicherheitsproblem in den Schlagzeilen - allerdings in grotesk verzerrter Darstellung. Denn die Gefahr geht natürlich nicht von angeblichen Rechten, sondern von Drogenbanden aus, die am Bahnhof ihr Unwesen treiben.

Fake-Salat

Klar: Drohmails sind nicht die feine Art und auch kein sinnvolles Mittel der Auseinandersetzung. Gerade eine Bürgermeisterin muß allerdings damit rechnen, zuweilen auch derbe Rückmeldungen aus dem Volk zu erhalten. Hier aber soll von den wahren Problemen abgelenkt werden: von der Angst der Veltener Schulkinder und von der häßlichen Kehrseite der multikulturellen Gesellschaft.

Daß die Märkische Allgemeine Zeitung sich für einen solchen Fake-Salat hergibt, verwundert nicht. Denn die reichweitenstärkste Zeitung Brandenburgs befindet sich seit 2012 im Besitz der Madsack Mediengruppe, deren größter Gesellschafter die SPD ist.

Bei der Veltener Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember, an der COMPACT-TV

teilnahm, wurde eigens ein Verbot für Foto- und Filmaufnahmen verhängt. Für Interviews stand die Gemeindeführerin nicht zur Verfügung und verschwand nach der Sitzung durch versteckte Seitengänge des Gebäudes.

Wichtiger als die Lage in der Stadt scheint Hübner ihr politisches Renommee zu sein. Davon zeugt auch eine Aktion am 24. November: Zum "Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen" ließ sie am Rathaus eine bunte Solidaritätsflagge hissen. Für Facebook wurde ein freundliches Foto geknipst, und lokale Journalisten verfaßten die gewünschten Gefälligkeitsberichte. Nur zwei Wochen zuvor war am Bahnhof eine Schülerin niedergetreten worden.

Angst und Schrecken

10. November, Freitagabend. Die 16-jährige Lisa (Name geändert) läuft mit zwei gleichaltrigen Freunden nach Hause. Sie kommen von einem Stadtbummel, sind ausgelassen, albern herum. Ihr Weg führt sie durch die Überführung am Bahnhof. Die Deckenlampen werfen ein kaltes Licht auf die mit Graffiti beschmierten Glaswände. Etwas Unheimliches haftet diesem Ort an.

Seit den Sommerferien kommt es im Umfeld der Gleise immer wieder zu Übergriffen auf Jugendliche. Eine offenbar migrantische Bande zwingt ihre Opfer gewaltsam dazu, Bargeld und andere Wertsachen herauszugeben. Auch an jenem Abend lauern Mitglieder der Gruppe schon im Schatten der Nacht.

Als Lisa und ihre Freunde das Gelände in Richtung Kreisbahnstraße verlassen wollen, werden sie angepöbelt. Wortführer ist ein junger Araber mit schwarzen Locken. Erst kommt es zum verbalen Schlagabtausch, dann zu Handgreiflichkeiten. Das blonde Mädchen wird angespuckt und gegen die Brust getreten, erleidet Prellungen. Ihrem Kumpel verpaßt der Lockenkopf einen Faustschlag ins Gesicht. Die Täter verschwinden, Lisa flüchtet auf die andere Bahnhofseite und ruft ihre Mutter an. Als diese ankommt, findet sie die Tochter als ein Häufchen Elend: "Weinend, traurig, zusammengekauert, ängstlich."

Schon beim Stadtfest im Mai berichteten mehrere Eltern von Raubüberfällen auf ihre Kinder. Noch bedrohlicher wurde die Lage im Sommer, als zunehmend Halbstarke aus Hennigsdorf in die Ofenstadt ausschwürmten. Grund dafür dürfte die Schließung des dortigen Jugendklubs Conny Island wegen Personalmangel gewesen sein.

Das Zentrum wurde immer wieder von stadtbekanntem Gangs ins Chaos gestürzt. Im Juli etwa mußte die Polizei eine Party auflösen, weil eine mit Pfefferspray bewaffnete Truppe angefangen hatte, Streß zu suchen und einen Mitarbeiter attackierte. Drei von vier dortigen Sozialarbeitern kündigten daraufhin ihren Job.

Anfang Dezember gab die Mobile Jugendarbeit bekannt, sich komplett aus dem Projekt zurückzuziehen - die totale Kapitulation vor den verwahrlosten Zuständen. "Herausfordernd" waren Insidern zufolge vor allem die Gäste aus dem Hennigsdorfer Albert-Schweitzer-Quartier, einem von Migration und Clan-Kriminalität geprägten Neubaugebiet mit trostlosen Wohnblöcken. Ohne das berühmte Conny Island fehlt diesen Problem-Jugendlichen ein Anlaufpunkt, weshalb sie ein neues Ziel ins Auge fassen: Das beschauliche Velten in direkter Nachbarschaft.

Bedroht als Christ

"Ich wünsche mir, daß meine Kinder und die anderen Kinder hier im Ort einfach weiterhin friedlich aufwachsen können", sagt eine Mutter, deren 14-jähriger Sohn gleich zweimal zur Zielscheibe geworden ist. Laut ihrer Erzählung wurde er beim ersten Überfall direkt auf seine Kreuz-Kette angesprochen und gefragt, ob er Christ sei und was das solle. Dann habe man ihm den Schmuck weggerissen, während sein Freund mit einem Messer bedroht worden sei.

Er lebe jetzt in der ständigen Angst, erneut Opfer zu werden. Die Polizei will insgesamt nur fünf Raubdelikte und drei Körperverletzungen wahrgenommen haben. Revierchef Stefan Boye

verkündete im Rahmen einer Rathaussitzung: "Velten ist kein Brennpunkt unserer polizeilichen Arbeit."

Doch die Dunkelziffer ist vermutlich weitaus höher. Yvonne Scherdin, die Chefin des Veltener Jugendklubs Oase, sprach in derselben Sitzung von 15 ihr bekannten Vorfällen. Auf Nachfragen gibt sie heute keine Antwort mehr. Wurde ihr inzwischen von der Stadtverwaltung ein Maulkorb verpaßt? ...

Über die Geschehnisse am Bahnhof herrschte lange Zeit Schweigen in der Stadt. Als erstes verfaßte Robert Wolinski, Stadtverordneter für Die Heimat, auf seiner Facebookseite einen Bericht. Weil er darin schrieb, daß die Polizei der Mutter von einer Öffentlichmachung dringend abgeraten habe, kassierte er eine Anzeige wegen Verleumdung.

Und als der AfD-Stadtverordnete Heiko Gehring Polizei und Presse eine Beschönigung der Lage vorwarf, wurde ihm von Polizeichef Boye ebenfalls eine Anzeige angedroht. Dabei trifft seine Kritik ins Schwarze. Über den Angriff auf Lisa beispielsweise schrieb die Märkische Allgemeine Zeitung: "Verletzt wurde zum Glück niemand, das Pärchen kam mit dem Schrecken davon", was angesichts eines Fausthiebs ins Gesicht und eines Trittes gegen die Brust mit ärztlich diagnostizierter Prellung und Hämatomen zynisch anmutet.

Der von der AfD eingebrachte Antrag für mehr Sicherheitsmaßnahmen, etwa verstärkte Kontrollen oder die Installierung von Überwachungskameras, findet im Stadtparlament keine Mehrheit. Stattdessen hat Bürgermeisterin Ines Hübner einen Runden Tisch mit Sozialarbeitern ins Leben gerufen, dessen Mitglieder über die Presse bereits verlautbaren ließen, daß das Bahnhofsumfeld nicht als Schwerpunkt der Jugendkriminalität stigmatisiert werden dürfe. Stolz wurde darauf hingewiesen, daß man bereits zwei Lampen auf dem Bahnhofsgelände heller gedreht habe.

COMPACT hat diese skandalösen Umstände in einer Sonderausgabe festgehalten, die bereits in Velten verteilt worden ist. Auf dieser Ausgabe fußt dieser Text. ... <<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Januar 2024 (x1.352/...):
>>Flüchtlinge "Schmarotzer" genannt - Twitter-Nutzer zu drei Monaten Haft verurteilt
Weil Flüchtlinge "wohl eher Schmarotzer" seien, wurde ein Mann in Baden-Württemberg zu einer Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt. Der Ablauf erscheint dubios.

Von *Redaktion*

Ein 50-jähriger Mann aus dem baden-württembergischen Heinstetten schrieb am 15. November 2022 auf Twitter (heute X): "Flüchtlinge und Vertriebene sind wohl eher Schmarotzer". Die Staatsanwaltschaft nahm daraufhin Ermittlungen wegen Volksverhetzung auf. Damit soll der Beschuldigte den öffentlichen Frieden gestört, Personen in ihrer Menschenwürde verletzt und sie verächtlich gemacht haben.

Der Fall wurde nun vor dem Amtsgericht Albstadt verhandelt. Das Gericht sprach den Mann der Volksverhetzung schuldig und verhängte auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine dreimonatige Haftstrafe, die dann zur Bewährung ausgesetzt wurde. Zusätzlich muß der nach Eigenangabe aktuell arbeitslose Mann 1.500 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung spenden.

Vor Gericht plädierte der Mann auf seine Unschuld. "Ich bin unschuldig", sagte er, wie die Südwest Presse berichtete, "posten tut man doch viel, oder?" Ihm sei nicht bewußt gewesen, daß diesen Post jeder einsehen konnte. Und: "Das war Satire. Für mich ist das Meinungsfreiheit."

Die Staatsanwaltschaft soll daraufhin entgegnet haben: "Sie haben also geglaubt, das sei ok? Das wird Ihnen nichts nützen". Die Strafe könne nur höher werden, da drei Monate Haft die Mindeststrafe für Volksverhetzung wären. Der Angeklagte meinte daraufhin: "Dann nehme ich den Einspruch zurück."

Das erscheint sehr dubios: Denn eine solche Mindeststrafe bezieht sich nur auf einen Teil des Volksverhetzungsparagrafen, in dem es darum geht, den "öffentlichen Frieden zu stören".

Andere Formen der Volksverhetzung können auch mit Geldstrafen geahndet werden. Inwiefern der Tweet einer nicht prominenten Person gegen "Schmarotzer" den öffentlichen Frieden gefährden soll, ist schleierhaft. Doch der Angeklagte zog aufgrund dieser Äußerung seinen Einspruch zurück, offenbar aus der Angst heraus, eine noch schwerere Strafe zu erhalten. Diese Sorge erscheint allerdings völlig unangebracht.<<

Iran: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2024:

>>Iran: Was wir über den großen Terroranschlag wissen

Von den westlichen Medien fast unbeachtet hat es in der iranischen Stadt Kerman einen schweren Terroranschlag mit fast 100 Toten gegeben, der den Nahost-Krieg weiter anheizen könnte. Religiöse Fanatiker laden diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf, wobei die Rolle ultrazionistischer Endzeit-Sekten in den westlichen Medien komplett verschwiegen wird. ...

_ von *Thomas Röper*

Vor genau drei Jahren hat eine US-amerikanische Drohne den iranischen General Soleimani in Bagdad ermordet, als der als Unterhändler Dokumente für Verhandlungen über eine Annäherung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien überbringen wollte. An seinem Todestag gab es einen schweren Terroranschlag auf den Friedhof, auf dem Suleiman beerdigt wurde. Die russische Nachrichtenagentur TASS hat zusammengefaßt, was bisher bekannt ist und ich habe die TASS-Zusammenfassung übersetzt.

Beginn der Übersetzung:

Was über den Terroranschlag auf dem Friedhof in Iran bekannt ist, auf dem General Soleimani begraben ist.

Zwei Explosionen

Der iranische Gesundheitsminister Bahram Einolahi bestätigte Informationen über den Tod von 95 Menschen infolge von Explosionen in der Nähe des Friedhofs in der Stadt Kerman. Zuvor hatten iranische Medien auch von 211 Verletzten gesprochen, von denen sich 27 in einem ernsten Zustand befinden.

Die Behörden bezeichneten das Geschehen als Terroranschlag.

Die TASS hat das Wichtigste, was über den Vorfall bekannt ist, zusammengetragen.

Was passiert ist

Die beiden Explosionen ereigneten sich während einer Zeremonie auf dem Friedhof Golzar-e Shohada in der Provinz Kerman am Todestag des Kommandeurs der Al-Quds-Spezialeinheiten (Eliteeinheiten der Streitkräfte) des Korps der Islamischen Revolutionsgarden Irans, General Qasem Soleimani.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Tasnim ereignete sich die erste Explosion 700 Meter von Soleimanis Grab entfernt, während die zweite Explosion etwa einen Kilometer von der Gedenkstätte entfernt stattfand.

Teheran spricht von Terror

95 Menschen wurden getötet. Die iranische Katastrophenschutzbehörde berichtete, daß mindestens sechs Kinder unter den Opfern waren. Vorläufigen Berichten zufolge gab es 211 Verletzte. Auch drei Polizisten wurden getötet.

Wie die Regierung reagiert

Der stellvertretende Gouverneur der iranischen Provinz Kerman bezeichnete die Bombenanschläge als einen Terrorakt, wie Nour News berichtete.

Die iranische Regierung erklärte den 4. Januar zu einem landesweiten Trauertag für die Opfer der Bombenanschläge.

Internationale Reaktionen

Der russische Präsident Wladimir Putin übermittelte Irans geistlichem Führer Ayatollah Ali Khamenei und Präsident Ebrahim Raisi ein Beileidstelegramm. "Die Tötung friedlicher

Friedhofsbesucher ist in ihrer Grausamkeit und ihrem Zynismus schockierend", sagte der russische Staatschef und betonte, daß Moskau den Terrorismus aufs Schärfste verurteile und sich zum kompromißlosen Kampf gegen ihn verpflichtet habe.

Das US-Außenministerium erklärte, die USA und Israel seien nicht an den Bombenanschlägen beteiligt.

Guterres verurteilt den Terror

Hisbollah-Führer Scheich Hassan Nasrullah sagte, der Name Soleimani mache denen, die ihn getötet hätten, immer noch Angst.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko sprach Raisi sein Beileid aus.

Khamenei sprach den Familien der Opfer sein Beileid aus und versprach eine harte Reaktion auf die Tat der Angreifer.

UN-Generalsekretär António Guterres verurteilte die Bombenanschläge scharf.

Soleimanis Tod

Soleimani wurde am 3. Januar 2020 bei einem Raketenangriff der US-Luftwaffe in der Nähe des Flughafens von Bagdad getötet. Dies führte in der Nacht zum 8. Januar zu einem iranischen Vergeltungsschlag auf zwei Standorte mit US-Truppen und löste eine Eskalation im Nahen Osten aus.

Ende der Übersetzung

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2024:

>>Epstein-Gate: Bill Clinton auf Namensliste stark vertreten

Von *Sven Reuth*

Will mit den Verbrechen Epsteins nichts zu tun gehabt haben, taucht in den Akten aber immer wieder und wieder auf: Ex-US-Präsident Bill Clinton.

Ein US-Gericht hat Hunderte von Klarnamen mit Bezug zu dem vor über vier Jahren verstorbenen US-Pädophilen Jeffrey Epstein veröffentlicht. Was hat das zu bedeuten?

Es handelt sich um 170 Klarnamen, die in den Akten eines Rechtsstreits zwischen der geschädigten US-Amerikanerin Virginia Giuffre und Epsteins langjähriger Gehilfin Ghislaine Maxwell genannt werden. Jeffrey Epstein wurde vorgeworfen, an der Spitze eines Pädophilenrings gestanden zu haben, der pyramidenförmig aufgebaut war und bis in allerhöchste gesellschaftliche Kreise gereicht haben soll.

Schon in den 2000er Jahren eilte Epstein der Ruf voraus, in den systematischen Mißbrauch Minderjähriger verwickelt zu sein. So wurde das zu den Virgin Islands zählende Inselchen, das eines seiner riesigen Anwesen beherbergte, nur als "Pädophileninsel" bezeichnet.

Der teuflische Kuppler der Eliten?

Dennoch wurde Epstein weiter als Teil der US-Elite akzeptiert und richtete weiter sagenumwobene Partys aus. Der Fall müßte eigentlich ein gefundenes Fressen für die investigativen Journalisten dieser Welt sein. Der Chef eines Pädophilenrings, der sich gleichzeitig mit den mächtigsten Menschen der Welt umgab - er kannte unter anderem Bill Gates, Bill Clinton und Prinz Andrew - wird kurz nach seiner Verhaftung tot in seiner Gefängniszelle aufgefunden. Als offizielle Todesursache wird schnell Selbstmord angegeben, gleichzeitig war die Überwachungskamera angeblich komischerweise genau zum Todeszeitpunkt ausgefallen.

Die jetzt veröffentlichten Dokumente sind deshalb wohl auch so etwas wie eine Beruhigungspille, um einer verunsicherten Öffentlichkeit Transparenz vorzugaukeln. Viele Namen auf der Liste sind keine Überraschung, so der Name von Prinz Andrews, der von dem Mißbrauchsoffer Virginia Giuffre ja schwer belastet wird.

Omnipräsenter Bill Clinton

Keine Überraschung ist sicherlich auch die Nennung des Namens von Ex-US-Präsident Bill

Clinton. Die britische Zeitung Daily Mail hatte schon im August 2020 Fotos veröffentlicht, die nicht nur deutlich machen, wie eng, sondern auch wie merkwürdig das Verhältnis von Ex-Präsident Bill Clinton zu Epstein war. Auf ihnen ist zu sehen, wie die damals 22jährige Chauntae Davies Clinton während eines Fluges von den USA nach Afrika im Jahr 2002 eine Nackenmassage verpaßt. Davies hatte noch im August vergangenen Jahres vor einem Bundesgericht in Manhattan ausgesagt, sie habe sich in einem Krankenhaus zwei Wochen lang übergeben müssen, nachdem sie von Epstein vergewaltigt worden war. Die Flüge Epsteins waren berüchtigt, die Flugzeuge wurden als Lolita Express bezeichnet.

Neu in den Gerichtsakten tauchen die Namen des 2018 verstorbenen Astrophysikers Stephen Hawking sowie des "King of Pop" Michael Jackson auf. Letzterer Name ist nun sicherlich auch keine große Überraschung. Schon Anfang der 1990er Jahre gab es ein Ermittlungsverfahren gegen den erfolgreichsten Entertainer aller Zeiten, nachdem die Eltern des damals minderjährigen Jordan Chandler behauptet hatten, Jackson habe ihren Sohn sexuell mißbraucht. Die Sache wurde zwar eingestellt, doch Zweifel blieben - auch deshalb, weil der Popstar den Eltern des Jungen eine Abfindung von 22 Millionen US-Dollar gezahlt hatte.

Erfolg der Truther-Bewegung

Im Jahr 2003 kam es nach Ausstrahlung der TV-Doku Living with Michael Jackson sogar zur Anklage wegen "unanständiger oder lasziver Taten mit einem Kind unter 14 Jahren". In dem Film trat der Teenager Gavin Arvizo auf, der erzählte, daß er dank des Superstars den Krebs besiegt habe. Man sieht, wie der Junge Jacksons Hand ergreift und sich an ihn schmiegt. Der Sänger wiederum erzählt, daß er mit Kindern im selben Bett schläft. Sexuelle Kontakte bestreitet er. Für den Bezirksstaatsanwalt von Santa Barbara County war dies Grund genug, Strafantrag zu stellen.

Natürlich kann man die Liste kritisch hinterfragen, schließlich ist sie ja vor der Veröffentlichung durch staatliche Hänge gegangen. Immerhin ist es aber noch nicht gelungen, den Fall Epstein zu versenken wie ein Faß hochtoxischen Giftmülls auf dem Grund des Meeres. Es besteht weiter eine große kritische Öffentlichkeit, die nach der Wahrheit sucht. Schon das ist als ein Erfolg der Truther-Bewegung zu werten.

Der Name von Ex-US-Präsident Donald Trump taucht in den Unterlagen übrigens nur im Kontext der Befragung einer Zeugin, die angab, zu Trump niemals sexuellen Kontakt gehabt zu haben, in den Dokumenten auf. Clintons Namen taucht hingegen Dutzende Male auf, unter anderem in Zeugenaussagen, die ihn in die Nähe der Taten Epsteins rücken.<<

05.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Januar 2024 (x1.353/...): >>Politik-Hammer: Werteunion wird Partei

Politik-Sensation: Bringt die Werteunion frischen Wind ins Politikgetriebe? Die Partei will schon im Herbst in Ostdeutschland antreten und sieht sich gut gerüstet für die Bundestagswahl. Wie sind die Aussichten?

Die "Werteunion" um den früheren Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen bereitet laut eines Medienberichts die Gründung einer eigenständigen Partei mit demselben Namen vor. Es gebe entsprechende Beschlußvorlagen für die Mitgliederversammlung des Vereins, berichtet das Magazin "T-Online" am Donnerstag. Ein Sprecher des Vereins soll bestätigt haben, daß das Vorhaben bei der Versammlung in Erfurt am 20. Januar zur Abstimmung stehe.

Diese soll demnach beschließen, daß die Namens- und Markenrechte der "Werteunion" an eine gleichnamige Partei übergehen. Außerdem soll der Vereinszweck geändert werden, der bislang vorsieht, zur politischen Willensbildung innerhalb von CDU und CSU beizutragen. Die "Werteunion" war von konservativen Mitgliedern der Unionsparteien gegründet worden, wurde von diesen aber nie als Parteigliederung anerkannt.

Im vergangenen Jahr hat sie sich auch für Mitglieder anderer Parteien geöffnet. Gegen den

Vorsitzenden Maaßen läuft in der CDU ein Parteiausschlußverfahren, bislang aber ohne Erfolg. Gegen eine Entscheidung des zuständigen Kreisparteigerichts, das den Parteiausschluß abgelehnt hatte, hat der Bundesvorstand einstimmig Beschwerde eingelegt.

Am 20. Januar lädt der CDU-nahe Verein "Werteunion" zur jährlichen Mitgliederversammlung ein. Dort soll nicht nur ein neuer Name beschlossen werden, sondern auch der Weg für eine endgültige Abkehr von der CDU und einen Gründungsparteitag der Werteunion als Partei bereitet werden. "Grundlage dieser Partei werden die klassischen Positionen der Unionsparteien sein", erklärte Werteunion-Chef Hans-Georg Maaßen in einer Stellungnahme gegenüber dem Portal Apollo News.

"Die Partei könnte bereits bei den anstehenden ostdeutschen Landtagswahlen antreten und würde mit allen Parteien zusammenarbeiten, die diese Programmatik unterstützen und die zu einer Politikwende in Deutschland bereit sind", so der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes.

In diesem Jahr wird in Sachsen (1. September), Thüringen (1. September) und in Brandenburg (22. September) ein neuer Landtag gewählt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Gigantische Investitionen in Gaskraftwerke vakant - Habeck fehlen 60 Milliarden Euro zur Rettung der Energiewende**

Mit einer "Kraftwerksstrategie" muß die Bundesregierung Gaskraftwerke in großer Kapazität aufstellen lassen, um die Energiewende aufzufangen. Doch der Weg dahin ist offen - eine Analyse zeigt jetzt die enorme Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Von *Redaktion*

Das neue Jahr ist bestimmt von Jubelmeldungen der Grünen: So viel wie nie zuvor haben Erneuerbare Energien an der Energieversorgung ausgemacht.

Das Problem: Das nur, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Gerade der Dezember war von langen Phasen der Dunkelflaute bestimmt, in denen der Anteil von Wind- und Solarenergie am Strommix teils unter 5 Prozent rutschte und Deutschlands Energiesicherheit an Kohlekraftwerken und Importen hing.

Gegen diese Schwankungen hat die Bundesregierung schon seit Merkel-Jahren nur eine Strategie: Gaskraftwerke als Backup, die im Zweifel die gigantischen Lücken auffangen sollen. Faktisch bräuchte man neben der "regulären" Stromerzeugung, ein komplettes Schattensystem in gleicher Dimension. Diese Infrastrukturaufgabe stellt sich als kaum lösbar heraus. Jedenfalls steckt Wirtschaftsminister Habeck fest.

Eine ausführliche Untersuchung durch das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln (EWI) im Auftrag des Handelsblatts zeigt nun die Ausmaße des Problems. EWI-Experte Philipp Kienscherf sagte dem Handelsblatt, bis 2030 könnten "für den Neubau von Kraftwerken in Deutschland rechnerische Deckungsbeiträge in Höhe von rund 60 Milliarden Euro fehlen". Der Markt würde diese Investition nicht von sich aus tätigen, der Bund müßte massive Summen investieren. Geld, das nicht da ist.

Seit Monaten arbeitet Habeck an der Kraftwerksstrategie. Bis 2030 sollen Gaskraftwerke mit einer installierten Leistung von 25 Gigawatt bereitstehen - der Weg dahin ist aber völlig offen. Offensichtlich sind Investitionen in enormem Ausmaß nötig, um die Volatilität der Energiewende abzufangen.

Anfang Dezember konnte Deutschland fast genau drei durchgängige Tage lang seinen Strombedarf nicht selbst decken. In dieser Zeit gab es einen permanenten Netto-Import von Strom überwiegend aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Tschechien und Polen. Dabei war polnischer Kohlestrom zwischenzeitlich der größte Posten. Zwischenzeitlich fehlten Deutschland annähernd 20 Prozent des Strombedarfs, der dann importiert werden mußte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Januar 2024: >>**Weltsozialamt**

Deutschland: "Bürgergeld" wird immer mehr zum Migrantengeld!

Von den 5,5 Millionen "Bürgergeld-Empfängern" in Deutschland ist schon etwa jeder zweite Ausländer. Diese erhalten teilweise deutlich mehr Stütze als Deutsche!

Aktuell beziehen 5,5 Millionen Menschen in Deutschland "Bürgergeld" (vormals Hartz IV). Es wurde zum Jahreswechsel um zwölf Prozent erhöht. Von den Stütze-Empfängern sind 47 Prozent Ausländer und 53 Prozent Deutsche bzw. sogenannte Doppel-Staatler oder "Deutsche mit Migrationshintergrund". Das geht einem Medienbericht zufolge aus einer Erhebung der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor.

Für das Jahr 2024 hat die Bundesregierung insgesamt 44 Milliarden Euro Steuergeld im Haushalt für "Sozial Benachteiligte" bereitgestellt. Ein Alleinstehender bekommt jetzt 563 Euro - 61 mehr als 2023. Hinzu kommen u.a. Miete und Heizkosten.

Aus der Aufstellung der Arbeitsagentur geht erstmals hervor, welche Staatsangehörigkeiten die "Bürgergeld-Empfänger" haben. Demnach sind mit 28 Prozent die meisten Ausländer Ukrainer - es folgen Syrer (19 Prozent), Türken (9 Prozent), Afghanen (6,4 Prozent) und Iraker (4,3 Prozent).

Brisant: Ausländer erhalten zum Teil deutlich mehr "Bürgergeld" (Migrantengeld) als Deutsche mit durchschnittlich 658 Euro (Platz sechs). Zum Vergleich: Iraner kassieren durchschnittlich 755 Euro, Türken 744 Euro, Polen 708 Euro und Ukrainer 684 Euro. Hier spielt auch die Zahl der Kinder eine Rolle.

René Springer (AfD): "Bürgergeld" verstärkt Armutsmigration

Der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, kommentierte die neuen Zahlen wie folgt: "Die Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist ein statistisch belegter Fakt. Seit Jahren warnen wir als AfD-Fraktion vor dieser Entwicklung, doch die etablierte Politik setzt weiter auf offene Grenzen und ungesteuerte Migration. So läßt sich der Sozialstaat auf Dauer nicht mehr finanzieren. Das von der Ampel eingeführte Bürgergeld und die Erhöhung zu Beginn dieses Jahres wirkt nun wie ein weiterer Zuwanderungsmagnet. Die Tendenz zur Armutsmigration wird somit noch weiter verstärkt."

Deutschland brauche endlich eine restriktive Zuwanderungspolitik, "welche die Einwanderung in unsere Sozialsysteme effektiv unterbindet", betonte Springer und mahnte: "Es wird höchste Zeit!" <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Januar 2024: >>CDU vor der Spaltung: Maaßen will eigene Partei gründen

Der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen (CDU), will eine neue Partei gründen. Der "WerteUnion-Chef" erklärte, seine rund 4.000 Mitglieder zählende Organisation werde am 20. Januar bei einer Mitgliederversammlung in Erfurt über erste Schritte zu einer Parteigründung entscheiden. Die Partei könnte bereits bei den Landtagswahlen im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen antreten.

Maaßen selbst will nach eigenen Worten alle "Brandmauern" einreißen. Bedeutet: Sollte die Maaßen-Partei über die Fünf-Prozent-Hürde kommen, hätte die AfD einen potentiellen Koalitionspartner! Politische Beobachter gehen nämlich nicht davon aus, daß die Partei in einem nennenswerten Umfang der AfD Stimmen abspenstig macht. Vielmehr werde Maaßen das noch in der Union vorhandene Restpotential an konservativen Wählern in sein Lager mitnehmen.

Enttäuschung über CDU-Chef Merz

Maaßen selbst sprach denn auch offen von einer "Abspaltung". Die neue Partei könnte bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland im September antreten, erklärte der Ex-Verfassungsschutzchef.

Der Fahrplan sieht laut Maaßen so aus: Bei der Mitgliederversammlung der "WerteUnion" am 20. Januar in Erfurt soll über eine Übertragung des Namensrechts auf die neue Partei ent-

schieden werden. Der bisherige Verein "WerteUnion" soll demnach zu einem Förderverein werden. "Sofern die Mitgliederversammlung diesen weitreichenden Änderungen zustimmen wird, wäre dies der erste Schritt zu einer Abspaltung von CDU und CSU", erklärte der "WerteUnion-Chef".

Die "WerteUnion" stand CDU und CSU lange Zeit nahe, ist aber keine offizielle Gliederung (Bundesvereinigung) der Unionsparteien. Sie gilt in ihrer politischen Grundausrichtung als konservativ und übte insbesondere an der CDU-Linie unter Ex-Kanzlerin Angela Merkel scharfe Kritik, hier vor allem an der Nichtschließung der deutschen Grenzen im Spätsommer 2015.

Maaßen zeigte sich vom neuen CDU-Chef Friedrich Merz enttäuscht. Dieser habe die Erwartungen an eine konservative Wende innerhalb der Union nicht erfüllt. Letzter Auslöser für Maaßens Schritt war wohl, daß CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann dieser Tage ausdrücklich um Unterstützung Merkels für die Kanzler-Ambitionen von Merz geworben und dabei betont hatte, es solle in der Union "keinen Bruch" mit der unheilvollen Politik der Ex-Kanzlerin geben. Sie habe die CDU "geprägt".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Die letzten Tage der Ampel? Sargträger Scholz und Habeck beerdigen die eigene Regierung!**

Es wird eng für das Ampel-Narrenschiff und dessen orientierungslosen "Kapitän" Olaf Scholz. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel rechnet mit dem grünen Pleiteminister ab: "Habeck, der zum Jahresbeginn gleich dadurch auffiel, krude Erfolgsbilanzen zur Energiewende aufzustellen, wird von den Bürgern nicht mehr ernstgenommen. Und statt den Dialog zu suchen, begeht er lieber Fährenflucht!"

Bundeskanzler Scholz wird derweil bei einem Besuch im Flutgebiet in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) massiv ausgebuht. Daß er bei seinem ersten Flut-Besuch in Verden die Gummistiefel vergaß und sich deshalb nicht mit Anwohnern unterhalten konnte, wird so zur Symbol-Szene: Eine abgehobene Regierung ist unfähig zum Dialog mit dem Volk, weil die vermeintlichen "Fachkräfte" auf den Regierungsbänken schon am Schuhwerk scheitern.

Sie haben die arbeitenden Menschen in Deutschland pausenlos vor den Kopf gestoßen, sie haben Existenzen gefährdet und zerstört. Die Bauern werden mit Agrardiesel-Kürzungen und explodierenden Energiepreisen im Stich gelassen. Auto-, Stahl- und Chemie-Industrie werden aus dem Land getrieben, die sichere und preiswerte Energieversorgung mit Kernkraft und Kohle wird einfach beerdigt.

Die Zahl der Insolvenzen droht in diesem Jahr um 30 Prozent zu steigen. Auch beim Katastrophenschutz und bei schneller Hilfe für Flutopfer versagt diese Regierung erwartungsgemäß und läßt Betroffene im Stich.

Gleichzeitig führt eine unkontrollierte Massenmigration in die Sozialsysteme dazu, daß der finanzielle Spielraum immer kleiner wird und die fleißigen deutschen Arbeitnehmer immer mehr Steuern zahlen müssen, ohne irgendeine Gegenleistung erwarten zu dürfen. Wir haben es satt: Habeck, Scholz und all die anderen Pseudo-Fachkräfte und weltfremden Ideologen sollten endlich zurücktreten, damit wieder Politik für die eigenen Bürger gemacht wird - wir stehen dazu bereit!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Januar 2024: >>**Wut-Bauern fangen Habeck ab - Fähre blockiert - Minister haut ab!**

Der Druck im Deutschland-Kessel steigt und nähert sich dem Siedepunkt: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") wurde nach einem Urlaubsaufenthalt auf der Nordsee-Hallig Hooge am Fähranleger Schlüttsiel (Schleswig-Holstein) von etwa 100 aufgebrachten Bauern abgefangen. Es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei. Die Fähre mit Habeck an Bord mußte wieder ablegen. Der Bauernverband hält an seinem Aufruf zu einem "Ge-

neralstreik" fest.

Nachdem über die sozialen Medien durchgesickert war, daß der Minister an Bord sei, versuchten die Bauern offenbar auf die Fähre zu gelangen. Die Polizei konnte einen Sturm des Schiffes verhindern, mußte nach eigenen Angaben Pfefferspray einsetzen.

Die wütenden Bauern hatten zuvor ein Gesprächsangebot von Habeck mit nur einigen ihrer Vertreter abgelehnt und bestanden darauf, daß sich der Ökosozialist der Menge stelle. Dessen Bodyguards rieten aus Sicherheitsgründen davon ab, an Land zu gehen.

Nach Angaben der Polizei mußte Habeck wieder zur Hallig Hooge zurückkehren. Die Polizei war mit etwa 30 Beamten im Einsatz. Die Personalien der Demonstranten wurden aufgenommen. Sie müssen mit Anzeigen rechnen.

Die Fähre legte dann in der Nacht mit Habeck an Bord ungehindert in Schlüttsiel an. Außer dem Minister waren nur Personenschützer an Bord. Habecks Kommentar um kurz vor zwei Uhr war: "Bin privat hier."

Das System reagiert "erschüttert"

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bezeichnete den Vorfall auf dem Kurznachrichtendienst X als "beschämend". Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") äußerte sich ebenfalls auf X zu dem Vorfall: "Dort, wo Worte durch Gepöbel und Argumente durch Gewalt ersetzt werden, ist eine demokratische Grenze überschritten." Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) postete, Gewalt und Nötigung seien verachtenswert.

Trotz der von der Bundesregierung teilweise zurückgenommenen Kürzungen bei den Agrar-Subventionen hält der Deutsche Bauernverband an seinem Aufruf zu einem "Generalstreik" am Montag (8. Januar) und einer "Aktionswoche" fest. Die Maßnahmen seien unzureichend. Unterdessen laufen die Vorbereitungen für den politischen Ausstand bundesweit weiter. Der Deutschland-Kurier berichtet fortlaufend.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Januar 2024: >>CDU-Kretschmer: Haben alternative Medien nicht im Griff

Von *Sven Eggers*

Neue Umfragen bringen alte Parteien ins Schwitzen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer gibt alternativen Medien die Schuld an seinem Machtverlust. ...

Das war und ist ein Paukenschlag: Im Freistaat Sachsen startet die AfD gemäß aktuellen Meinungsumfragen wenige Monate vor der Wahl voll durch. Laut Civey-Erhebung liegt sie bei sage und schreibe 37 Prozent und distanziert die CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer deutlich. Bei der Sachsen-CDU ist nun das Gejammere groß.

Kretschmer wundert sich

Man müsse diese Zahlen "sehr ernst" nehmen, kommentierte Kretschmer die jüngsten Umfrageergebnisse im Rahmen seines traditionellen Neujahrauftakt-Besuchs beim Industrieclub Sachsen. Dabei schaute er so aus der Wäsche, wie er in der Corona-Zeit ungeimpften Maskenlosen gegenübergetreten war.

Die Proteststimmung im Land schiebt er einer "neuen Medienrevolution" zu. Immer mehr Menschen würden keine Tageszeitung lesen, wundert er sich offenbar ernsthaft. Auch die Bereitschaft der Bürger, sich über Öffentlich-Rechtliche zu informieren, sinke stark, analysiert der Ministerpräsident messerscharf. Das führe dazu, daß immer mehr Menschen ihre Erkenntnisse aus den sozialen Medien beziehen.

Kretschmer traurig: "Wir haben noch keinen aufgeklärten Umgang mit diesen neuen Medien." Kretschmer griff dann zur ganz großen Keule und gewährte einen Einblick in sein Verständnis von Meinungsfreiheit und Demokratie: Eine wichtige Lehre aus dem Nationalsozialismus sei gewesen, so Kretschmer, das Massenmedien reguliert werden müßten. Für Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gäbe es Kontrollinstanzen, für Social Media nicht. Darf es etwas mehr Zensur sein, damit es Ihnen zusagt, Herr Ministerpräsident!/? Man müsse alles unter-

nehmen, daß die AfD "keine Verantwortung für das Land" erhalte, gibt sich Kretschmer fest entschlossen.

Mit AfD-Sprech versucht er derzeit zu retten, was noch zu retten ist. Die Probleme der irregulären Migration müßten gelöst werden, fällt ihm, der Merkel so treu diene, jetzt ein. "Wir müssen entscheiden können, wer und wie viele zu uns kommen".

Zur Erinnerung: Kretschmer regiert in Sachsen seit Ende 2019 mit Roten und Grünen. Während der Corona-Zeit gab er den Möchtegern-Diktator und verfügte schärfste Maßnahmen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Januar 2024: >>**Maaßen will Partei gründen: Gegen "Brandmauern"**

Von *Sven Reuth*

Hans-Georg Maaßen und Markus Krall machen Ernst: Die Idee einer Parteigründung durch nationalliberale Kräfte wird mit großer Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit Realität. ...

Die Werteunion wird vermutlich zur Partei! Diese Nachricht verkündete gestern der Noch-CDU-Politiker und Werteunion-Chef Hans-Georg Maaßen. Sie ist ein Beleg dafür, daß sich das deutsche Parteiensystem derzeit in einem gleichermaßen raschen wie tiefgreifenden Wandel befindet, wie es ihn in dieser Form wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab.

Gegen die Brandmauern

Die neue Partei will erklärtermaßen gegen politische "Brandmauern" ankämpfen und kann sich sowohl Koalitionen mit der AfD wie auch mit dem BSW von Sahra Wagenknecht vorstellen, das am kommenden Montag gegründet werden wird. Als zweites prominentes Zugpferd neben Hans-Georg Maaßen ist der Finanzexperte und Bestseller-Autor Markus Krall vorgesehen.

Unter der Voraussetzung, daß die Mitglieder der Werteunion am 20. Januar in Erfurt zustimmen, wird es nach den Worten Maaßens mit der Parteigründung "relativ schnell gehen". Das ist auch nötig, denn Maaßen will einen Antritt zur am 9. Juni dieses Jahres anstehenden Europawahl nicht ausschließen. Antritte zu den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden angestrebt.

Spekulationen über AfD-Überläufer

Sowohl die Welt wie auch der Tagesspiegel berichteten, daß die neue Partei sowohl enttäuschte CDU- wie auch FDP-Politiker anziehen und finanzstarke Sponsoren in der Hinterhand haben soll.

Allerdings wurde in den Artikeln auch berichtet, daß es auch Überläufer aus den Reihen der AfD geben soll - sowohl aus den Reihen der Bundestagsfraktion wie auch aus dem Europäischen Parlament wie auch aus den Länderparlamenten. Diese Nachricht läßt aufhorchen und macht deutlich, daß die geplante Parteigründung wohl zwei Seiten hat - einerseits könnte sie der AfD endlich den dringend benötigten Koalitionspartner zum Erreichen parlamentarischer Mehrheiten beschaffen, andererseits könnte sie aber auch zur Zersplitterung des rechtskonservativen Spektrums führen.

In die Parteigründung involviert ist nach Angaben der Welt auch die frühere AfD-Politikerin und heutige fraktionslose Bundestagsabgeordnete Joana Cotar. Cotar gehörte von 2020 bis 2022 dem AfD-Bundesvorstand an und wurde dem Meuthen-Flügel zugerechnet.

Fusion mit dem Bündnis Deutschland?

Unklar ist zum derzeitigen Zeitpunkt auch noch, ob die neue Partei mit anderen Parteien aus dem rechtskonservativen Spektrum fusionieren wird. Immer wieder wird über eine Fusion mit dem im vergangenen Jahr gegründeten Bündnis Deutschland spekuliert. Das Bündnis Deutschland ist selbst eine konservative Sammelpartei, in der beispielsweise die zuvor vor allem im Bundesland Bremen aktive Partei Bürger in Wut (BIW) aufgegangen ist. Bei der

Bremischen Bürgerschaftswahl vom 14. Mai 2023 konnten die BIW 9,4 Prozent erreichen und damit einen spektakulären Erfolg verbuchen.

Seit den Tagen der Weimarer Republik - seit den Tagen des legendären Gustav Stresemann und seiner DVP - ist der Platz einer explizit nationalliberalen Partei im deutschen Parteiensystem vakant. Die Maaßen-Krall-Partei hat sich wohl vorgenommen, diese Lücke zu füllen. Schon am Ende dieses noch sehr jungen Jahres wird man wohl sagen können, ob ihr dieses Vorhaben gelungen ist oder nicht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Januar 2024: >>**Jetzt geht's los: Die Stunde der Erhebung**

Von *Sven Eggers*

Der 8. Januar wirft seine Schatten voraus! Überall im Bundesgebiet finden sich Ortsschilder, verziert mit Schuhen und Stiefeln. Der Protest kann kommen.

Der große Protest, die große Erhebung, rückt immer näher. Am Montag werden im ganzen Bundesgebiet riesige Protestaktionen stattfinden. Keine Frage: Die Bauernproteste werden vom Volk mitgetragen. Die Proteststimmung ist schon jetzt im ganzen Land greifbar: Habeck wird in Nordfriesland nicht an Land gelassen, Traktoren-Demos in Gera, Hammelburg, Garmisch-Partenkirchen und anderswo sowie verdrehte Orts- und Stadtschilder überall! Es tut sich was!

Ungezählte Ortsschilder sind zudem mit Protestparolen und mit Schuhen versehen. Das erinnert auf faszinierende Weise an die Bundschuh-Bewegung und an Bauernaufstände früherer Tage. Vor genau 500 Jahren standen die Bauern gegen Wucher, für soziale Gerechtigkeit, gegen fremde Einflüsse und Knechtung durch römisches Recht und für ein starkes und einiges Reich auf. Es galt damals zudem, die deutsche Art zu erhalten.

Diese Forderungen haben kein Ablaufdatum. Sie klingen ganz und gar nicht nach einer längst vergangenen Zeit, sondern sie verbinden die Menschen auch heute.

Faszinierende Tradition

Der Bundschuh, eigentlich ein Lederstück, das mit Riemen um den Knöchel befestigt war, wurde als Schuhwerk früher von den Germanen und bis ins 16. Jahrhundert hinein von den Bauern getragen. Schon seit dem 13. Jahrhundert gilt der Bundschuh als Symbol des Volkes gegen die Obrigkeit, als Zeichen des kleinen Mannes gegen Ausbeuter. Schon im 15. Jahrhundert gab es in Deutschland Erhebungen unter dem Feldzeichen des Bundschuhs. Im Bauernkrieg von 500 Jahren zogen die Aufständischen unter der Bundschuh-Fahne in den Kampf.

Nicht nur bei Traditionalisten lassen also die geschmückten Ortsschilder die Herzen höher schlagen. Vielmehr kündigen die Schuhe, die Schilder und die Plakate von einer ganz besonderen Stunde. Mögen wir diese Stunde am Montag nutzen. Man sieht sich auf der Straße! Wir sind das Volk!

Die Proteststimmung rund um den 8. Januar hat eine famose Dynamik angenommen. Und: Sie geht vom Volk aus, denn Massenmedien schweigen eisern. Und trotzdem weiß mittlerweile jeder um die Bedeutung des 8. Januar.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27846" berichtet am 5. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Dr. Michael Brunner: Ohne klare Gewaltenteilung und unabhängige Medien keine Gerechtigkeit**

Die Justiz darf nicht weisungsgebunden an die Politik sein, die Medien müssen frei und unabhängig sein und die individuellen Menschenrechte müssen garantiert sein. Sonst sind Machtmißbräuche vorprogrammiert, wie die Corona-Krise zeigte.

Dr. Michael Brunner ist österreichischer Jurist und Politiker. Sein kompetentes Fachwissen bringt er in das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV)

mit ein. Am Vortag der Einreichung der knapp 600 Strafanzeigen bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe führte Dr. Michael Brunner ein Gespräch mit Kla.TV.

Interview:

Moderator: Herzlich willkommen zum heutigen Interview - Herr Rechtsanwalt Dr. Brunner, angereist aus Österreich. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

Dr. Brunner: Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich, daß wir uns heute kennenlernen.

Moderator: Ja, ich mich auch.

Herr Dr. Brunner, in Ihrer Vita ist zu lesen, daß Sie schon vor Jahrzehnten eine Dissertation geschrieben haben aus öffentlichem Recht mit dem Titel: "Der materielle Polizeibegriff".

Ich erläutere das kurz. Da geht es um die Auseinandersetzung mit dem Gefahrenbegriff im öffentlichen Recht, die Befugnisse staatlicher Gewalt und den Machtmißbrauch durch den Staat - um die Gefahr für den Staatsbürger durch unbestimmte Gesetzesbegriffe und staatliche Willkür.

Was vor Jahren für den Normalbürger eher ein Randthema zu sein schien, gewann mit den Corona-Maßnahmen und mit der Vorgehensweise der Justiz gegen kritische Ärzte und auch Richter sehr an Brisanz. Wie konnte es aus Ihrer Sicht überhaupt so weit kommen, daß sich Gesetzgebung, Rechtsprechung und Polizeigewalt verselbstständigen, daß gegen statt für die Bevölkerung gearbeitet wird, so daß man heute mit Fug und Recht in Deutschland von einem Justizbankrott sprechen kann?

Dr. Brunner: Wir sind so weit gekommen, weil alle staatlichen Institutionen kläglich versagt haben. Wir haben den Justizbankrott nicht nur in Deutschland zu beklagen, sondern ebenso in Österreich und in vielen anderen Ländern auch. Das, was für die Einzelnen aus der Bevölkerung nicht klar und ersichtlich war, ist, daß wir tatsächlich nie eine Gewaltenteilung gehabt haben. Es ist nur noch nie so sehr zum Vorschein gekommen.

Und weil Sie meine Dissertation angesprochen haben, der machtwerdige Polizeibegriff, was ist das? Es ist die Gefahrenabwehr. Es ist die Gefahrenabwehr von Mißständen gegen die öffentliche Ordnung. Mißstände in Bezug auf öffentliche Sicherheit, auf Ruhe. Nur all diese Begriffe - Polizei dient der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung - all diese Begriffe sind die unbestimmten Gesetzesbegriffe. Und die müssen erst einen Inhalt erlangen.

Und hier in der Corona-Zeit haben wir es ganz besonders gesehen. Den Inhalt haben diese Begriffe erhalten, hier die Gesundheit, von der Politik, nicht von einem Gesetzgeber, nicht von Rechtsgelehrten, sondern es war eine rein politische Agenda. Und hier haben wir ganz deutlich gesehen, was früher nicht der Fall war, daß sich ja eine Regierung durch die Parlamentsmehrheit die Gesetze selbst machen kann. Und es wurde regiert aufgrund von Verordnungen, nicht aufgrund von demokratisch durch die Parlamente beschlossene Gesetze, sondern der Gesundheitsminister hat sich im Prinzip seine Gesetze selbst gemacht. Und daher gab es überhaupt keine Gewaltenteilung mehr.

Und wir haben es auch gemerkt in Bezug auf die Justiz in Österreich. Der Verfassungsgerichtshof ist rein politisch besetzt nach einem Proporzsystem. Die Entscheidungen waren auch alle politisch motiviert. Das gesamte System hat gezeigt, daß es nicht tragfähig ist in einer Krisensituation. Nicht in der Krisensituation, was jetzt einen Coronavirus angeht, sondern in der Krisensituation unserer Menschenrechte, unserer Grund- und Freiheitsrechte.

Moderator: Ganz herzlichen Dank für die Ausführung. Eine Frage noch. Stellt für Sie die Bundesanwaltschaft einen letzten Hoffnungsschimmer dar?

Dr. Brunner: Das ist falsch gefragt, wenn ich das so sagen darf. Es gibt für mich keinen letzten Hoffnungsschimmer. Es ist ein Schritt auf einem weiten Weg. Wir setzen morgen ein dringend notwendiges Zeichen. Und wir leisten Aufklärungsarbeit, Aufarbeitung. Und setzen hier die ersten Verfolgungsschritte, indem hier das Zentrum für Aufarbeitung, Aufklärung und

Verfolgung von Corona-Verbrechen die erste Strafanzeige in Bezug auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Deutschland wegen des Verdachtes des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, gegen die Menschheit einbringt.

Dies mit Unterstützung der auch von mir mitgegründeten Internationalen Anwaltsvereinigung. Wir haben sie am 2. Juli dieses Jahres in Köln gegründet. Weil - und das ist die Grundlage der Strafanzeige - es geht jetzt nicht darum, ist diese Covid-19-Injektion gefährlich, ist sie wirksam, ist sie nicht wirksam oder ist sie ungefährlich.

Nein. Im Sinne der Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, Judikat (Entscheidung) aus dem Jahr 2005 betreffend das Luftfahrtsicherheitsgesetz, ist jedes Leben gleichwertig. Und sie dürfen auch nicht beispielsweise ein Flugzeug abschießen, weil das von Terroristen gekapert wurde und in ein Fußballstadion hineinmanövriert wird, wo siebzigtausend Menschen sitzen.

Der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof hat damals gesagt, eine solche Abschüßermächtigung ist nicht mit unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar. Und es stand von Anfang an, von Anfang an, als diese Impfung eingeführt wurde - das Paul-Ehrlich-Institut hatte bereits nach 14 Tagen 10 gemeldete Todesfälle - es stand von Anfang an fest und vor allem auch kurz bevor diese einrichtungsbezogene Impfpflicht in Deutschland beschlossen wurde, daß durch diese Impfung Menschen gesundheitliche Schäden erleiden werden und daß sie auch zu Tode kommen werden.

Und nachdem jedes Leben gleichwertig ist, ist eine solche Beschlußfassung im deutschen Bundestag oder ein Propagieren einer Impfpflicht nach unserer Beurteilung als Rechtsanwälte ein Verbrechen, das wir morgen zur Anzeige bringen. Und es ist nicht die erste und es ist nicht die letzte. Es wird weitergehen. Und wie wir es aus den Medien erfahren haben, laufen auch bereits in Italien staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen den seinerzeitigen Gesundheitsminister wegen des Verdachtes des Mordes, auch in Bezug auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Moderator: Sehr interessant. Also ein ganz wichtiger Punkt, wo Sie ansetzen, eben auch da zu schauen, also es darf wirklich kein Opfer gebracht werden, um andere zu schützen. Das heißt, es wurde ja tatsächlich mit Zahlen Angst gemacht in den Medien. Das ist ja das, was wir mitbekommen haben: "Da werden viele Menschen sterben, also müssen wir jetzt impfen, auch wenn es vielleicht Nebenwirkungen gibt, aber wir müssen jetzt impfen!"

Und Sie sagen, also selbst wenn man einen einzigen oder wenn man eine Million Leute hätte schützen können, dann hätte man es nicht machen dürfen.

Dr. Brunner: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ich darf kein Leben gegen ein anderes Leben abwägen. Ich darf nicht einmal Hunderttausende retten, wenn ich dadurch eine Person töte. Der Staat darf nicht töten. Und die kritischen Staatsanwälte und Richter in Deutschland haben es hier auf den Punkt gebracht. Sie haben ja gesagt, eine staatlich verordnete Impfpflicht ist nichts anderes als vorsätzliches Töten. Es gibt eine rote Linie, die darf von niemandem überschritten werden, von keinem Politiker und von keinem Staat. Und deswegen bringen wir morgen diesen Sachverhalt zur Anzeige als ein Zeichen für alle, die hier mitgemacht haben, daß niemand ungestraft davon kommen wird.

Moderator: Das klingt sehr, sehr positiv. Und macht Hoffnung.

Dr. Brunner: Und deswegen sage ich, das ist nicht der letzte Hoffnungsschimmer. Es ist ein Schritt auf einem weiten Weg. Und wir gehen viele Schritte. Wir sind viele Schritte bereits gegangen. Ich denke jetzt beispielsweise nur an das Impfpflichtgesetz, das in Österreich eingeführt wurde.

Moderator: Oh ja, davon haben wir gehört.

Dr. Brunner: Die rechtlichen Maßnahmen, die wir ergriffen haben. Wir haben damals gesagt, wir stellen der Bevölkerung alle Muster-Beschwerden zur Verfügung. Und wenn Hundert-

tausende, es reicht schon, wenn Zehntausende davon Gebrauch gemacht hätten, dann wäre es zum Lockdown der Bürokratie gekommen. Das Impfpflichtgesetz ist durch die rechtlichen Maßnahmen, durch die politischen Maßnahmen auch der von mir gegründeten Partei MFG Menschenfreiheit und Grundrechte und vor allem auch durch die Bevölkerung zu Fall gekommen. Weil es sind damals 300.000, 400.000 Menschen über den Ring marschiert. Die Bevölkerung hat sich das nicht gefallen lassen. Und die Bevölkerung ist der Souverän. Und sie kann jedes Gesetz zu Fall bringen, wenn sie es will.

Moderator: Sehr gut. Das wurde uns wirklich exzellent vorgemacht in Österreich. Danke, daß Sie uns da nochmal Anteil gegeben haben. Das heißt, wenn wir jetzt morgen die 599 Anzeigen einreichen, das ist ja vorbereitet worden, das geschieht morgen ... Wie sieht es aus Ihrer Sicht aus? Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen ja adäquat geahndet und wieder gut gemacht werden, damit es in Zukunft mit derartigen Verbrechen nicht so weitergeht. Wie schätzen Sie es ein? Hat das morgen Erfolg oder ist das jetzt ein Schritt, wo Sie sagen, auch wenn nicht, es geht weiter?

Dr. Brunner: Nach meiner rechtlichen Beurteilung kann die Bundesstaatsanwaltschaft sich entscheiden. Werden sie die Sache hier in Deutschland behandeln und beurteilen und weiterführen, dann bleibt es in Deutschland. Wenn sie es nicht tun, sondern das Verfahren nicht hier behandeln wollen, werden wir sofort den Strafgerichtshof in Den Haag anrufen. Und es gibt ja auch bereits Bestrebungen mit anderen Staaten, die ich hier nicht nennen möchte, die sich dieser Strafanzeige anschließen werden. Dann muß Den Haag ermitteln.

Und es ist jetzt hier ein erster Schritt einer groß angelegten Strafanzeige. Es wird weitergehen in anderen Ländern. Wir werden nicht Halt machen. Und es geht nicht nur darum, hier spezial- oder generalpräventive Maßnahmen für die Zukunft zu setzen. Es geht darum, es darf Unrecht nicht ungesühnt bleiben. Wir schaffen Rechtssicherheit, indem wir Unrecht bestrafen. Und so garantieren wir in Zukunft den Rechtsfrieden.

Moderator: Sehr gut. Ja, das klingt sehr gut. Herr Dr. Brunner, ich würde gerne nochmal zurückkommen auf Ihr Beispiel mit dem Flugzeug. Sie haben gesagt, der Staat oder auch die Regierung, wer auch immer, hat nicht das Recht zu entscheiden, ob das Flugzeug abgeschossen wird, damit die Menschen im Stadion gerettet werden. Haben Sie es hier mit Machtmißbrauch oder mit dem Risiko eines Machtmißbrauchs zu tun in der aktuellen Situation, die wir jetzt hier mit Corona erleben?

Dr. Brunner: Es wäre ein Machtmißbrauch, würde hier der Staat eingreifen, indem das Flugzeug abgeschossen wird. Nur letzten Endes, und da muß es eine ganz strenge Linie geben, wo wollen Sie die Linien ziehen? Darf ich dann das Flugzeug abschießen, wenn dort fünf Personen nur drinnen sitzen? Oder darf ich es auch abschießen, wenn dort 100 Personen drinnen sitzen? Es muß eine klare Linie geben. Das heißt, jedes Leben ist gleichwertig und die Würde des Menschen ist unverletzlich. Und das ist eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Sonst sind letzten Endes dem Machtmißbrauch Tür und Tor geöffnet.

Moderator: Ja, und der Spannungsbogen von diesem Beispiel, der war ja dann die Corona-Pandemie. Das heißt, die Parallele wäre dann im Prinzip ja die Impfpflicht gewesen. Daß der Staat gesagt hat, ich weiß, es gibt Todesfälle als Nebenwirkung. Ich nehme das in Kauf, weil ich Leute retten möchte. Das bedeutet, da gab es kein Referendum oder keine Volksbefragung. Der Staat hat einfach entschieden, hier gibt es die Impfpflicht, die einrichtungsbezogene. Das heißt, hier war dann noch im Prinzip ein praktischer Fall von Machtmißbrauch, oder?

Dr. Brunner: Es darf ja auch darüber keine Volksabstimmung oder Volksbefragung geben.

Moderator: Selbst das ist nicht möglich.

Dr. Brunner: Auch das ist nicht möglich. Es kann nicht ein Volk über das Leben anderer Menschen abstimmen. Es können, um hier ein Schulbeispiel zu nennen, es können nicht zwei Wölfe und ein Schaf darüber abstimmen, was zum Abendessen verspeist wird.

Moderator: Ja, okay, das war gut. Ja, das heißt also, wir müssen das verhindern. Sehen Sie da noch irgendwo rechtliche Mittel? Sehen Sie juristische Möglichkeiten, eben diesem Machtmißbrauch Einhalt zu gebieten?

Dr. Brunner: Sehr wohl, denn wir müssen in weiterer Folge eine politische Lösung finden, die dann rechtlich zementiert wird. Erstens darf es keinen Klub- oder Fraktionszwang im Parlament mehr geben. Es darf eine Regierung nicht die Gesetze sich selbst durch die Parlamentsmehrheit schaffen. Das heißt, jeder Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet und nur dem Wähler. Und er stimmt ab nach seinem Gewissen und nicht im Rahmen eines Klub- oder Fraktionszwanges.

Nächstes Beispiel. Richter müssen gewählt werden vom Volk. Richter dürfen nicht bestellt werden von einer Politik oder von einer Verwaltung.

Moderator: Wichtiger Punkt.

Dr. Brunner: Es darf auch keine Weisungsgebundenheit von Staatsanwälten geben, so wie es in Österreich beispielsweise der Fall ist, daß das Justizministerium den Staatsanwälten bei der strafrechtlichen Ermittlung und der Tätigkeit Weisungen erteilen darf. Es muß der gesamte politische Filz aus der Verwaltung und aus der Justiz entfernt werden. Wir brauchen eine völlige Entpolitisierung der Justiz und der Verwaltung. Und die Entpolitisierung, das ist die Politik des Volkes.

Moderator: Sehr gut. Also kein Verfassungsgerichtschef mehr, der mit der Kanzlerin zusammen essen geht.

Dr. Brunner: Keinesfalls. Ich halte das für einen rechtlichen - ich bin Anwalt - und für einen politischen - ich bin Politiker - Skandal.

Moderator: Sehr gut. Ja, Herr Dr. Brunner, zuletzt noch einen kleinen Blick nach Österreich, in Ihr Heimatland. Gab es dort Verbrechen gegen die Menschheit im Zuge der Corona - Maßnahmen? Wie schätzen Sie das dortige Rechtssystem persönlich ein?

Dr. Brunner: Wir werden alles, was in Österreich passiert ist, zu einer Aufarbeitung und zu einer Aufklärung erbringen. Sowohl auf rechtlicher Schiene als auch auf politischer Ebene. Und wir werden die dafür Verantwortlichen, wenn sie rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, zur Verantwortung ziehen.

Ich darf hier beispielsweise an eines nur erinnern. Es gab in Österreich den sogenannten Lockdown für ungeimpfte Personen, weil es ja geheißen hat, das österreichische Gesundheitssystem wird ansonsten überlastet werden, überschreitet seine Möglichkeiten. Es hat der ehemalige Gesundheitsminister Dr. Mückstein über Anfrage des Verfassungsgerichtshofes im Februar 2022 eingestehen müssen, daß es nie eine Überlastung des Gesundheitssystems in Österreich gegeben hat.

Und einer der sogenannten Experten der Regierung, Herr Dr. Gertliner, hat erst vor einigen Monaten in einem Interview in einem öffentlich-rechtlichen Sender, in einem Zwangsgebühren-Sender gesagt, der Lockdown für Ungeimpfte war eine rein politische Maßnahme. Er hatte keine Evidenzbasis. Man wollte die Geimpften zufriedenstellen. Und das bezeichne ich als Machtmißbrauch. Und wir überlegen bereits aufgrund dieser zwei Fakten, die ich Ihnen hier jetzt geschildert habe, eine Strafanzeige einzubringen.

Moderator: Ausgezeichnet. Das ist notwendig - und Hochachtung! Danke. Ja, also das ist wirklich ein Machtmißbrauch auch an der Stelle. Man wollte es also den Geimpften, wenn ich es recht verstanden habe, einfach recht machen und hat daher diese Maßnahme ergriffen. Und das hat er jetzt auch selber zugegeben.

Dr. Brunner: Sie müssen sich vorstellen, alle Leute, die sich geweigert haben, sich mit einer Gensubstanz behandeln zu lassen, die experimentell war und ist, von der man nicht weiß, welche Auswirkungen sie hat und hatte, weil ja die wesentlichen Studien gefehlt haben, wollte man indirekt zwingen, sich impfen zu lassen. Ansonsten wurden sie vom öffentlichen Leben

ausgesperrt. Sie durften nur noch die Grundnahrungsmittel, die Grundbedürfnisse, die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens stillen. Sie waren Menschen zweiter Klasse. Und dann hört man, das war eine rein politische Entscheidung, für die es keine Evidenzbasis gab. Das ist doch ein Skandal!

Moderator: Sicher. Das ist ein großer Skandal. Den haben wir in ähnlicher Form in Deutschland ja auch erlebt. Und vor allen Dingen haben die Massenmedien dort ihren Teil dazu beigetragen, daß dieses Klima der Angst, dieser Druck da war. Es gab gar keinen Zweifel mehr an dieser Entscheidung. Und in dem Moment war es einfach eine ganz unmögliche Situation, eine unerträgliche Situation für die Ungeimpften.

Und natürlich jetzt mitzubekommen, was dort im Hintergrund eben auch die Entscheidung ausgelöst hat, das kann natürlich jetzt eine Riesen-Spaltung auslösen. Aber ich finde daher die Aussage so schön, keine Versöhnung ohne Aufarbeitung. Sie arbeiten ja daran, daß eine Aufarbeitung geschieht, daß auch das Volk irgendwo wieder zusammenwachsen kann. Das ist ja auch sehr wichtig.

Dr. Brunner: Ganz sicher. Man kann nicht einfach sagen, wir schaffen Versöhnung. Die Versöhnung muß von dem kommen, der geschädigt wurde. Ich kann dem Geschädigten nur empfehlen, Versöhnung anzubieten, wenn er klaglos gestellt ist und wenn publik ist, was tatsächlich geschehen ist. Daher an erster Stelle Aufarbeitung, Aufklärung und dann Verfolgung und zum Schluß Versöhnung.

Nur weil Sie die Medien angesprochen haben in Österreich. Die Medien spielen eine ganz wesentliche Rolle. Sie haben im orchestrierten Gleichschritt mit der Regierungspropaganda mitgemacht. Es wäre ohne Medien nie so weit gekommen. Daher müssen wir auch die Verantwortlichkeit der Medien prüfen. Und ich habe schon früh gesagt, es gehört jede Medienförderung für den Mainstream gestrichen. Es kann nicht sein, daß der Mainstream mit dem Steuergeld der Bevölkerung gefüttert wird und diese dann keine Wahrheit zu hören bekommt.

Moderator: Ja, ein sehr wichtiger Punkt, ganz genau.

Dr. Brunner: Also die Aufarbeitung muß auch die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der Medien mit einbeziehen.

Moderator: Vielen Dank für diese Ausführungen.

Wir wünschen Ihnen ganz viel Kraft und Energie, auch morgen für die Veranstaltung. Es ist ein historischer Tag. Wir sind da auch sehr gespannt auf Ihre Rede.

Dr. Brunner: Ich glaube, daß dieser Tag, der morgige Tag, in die Geschichte eingehen wird. Und ich bin stolz darauf und ich bin dankbar, daß ich an diesem Tag, an diesem 10. Dezember 2023, dabei sein darf.

Moderator: Ja, wir auch. Herzlichen Dank, Herr Rechtsanwalt Dr. Brunner.

Dr. Brunner: Danke für die Einladung und das Gespräch.

Moderator: Auf Wiedersehen.<<

06.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Januar 2024 (x1.352/...):
>>ARD-Chef meint: Wir gendern, weil junge Menschen "sprechen halt so"

In einer Frage und Antwortrunde auf Instagram erklärt ARD-Chef Kai Gniffke seine Sender würden fast keine Gendersprache verwenden. Nur beim "jungen Publikum" gendere man, denn "da ist das normal, die Menschen sprechen halt so", behauptet Gniffke.

Henry Albrecht

Der Intendant des SWR und Vorsitzende der ARD, Kai Gniffke, beantwortete kürzlich in einem Instagram-Video Fragen der Zuschauer. Er wurde unter anderem gefragt, warum im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) die Gendersprache verwendet wird. Gniffke spielte da die Verwendung der Gendersprache im ÖRR zunächst herunter und erklärte, daß dies nicht in

den großen Sendungen üblich sei.

Dann meinte er, gegendert würde nur in Programmen und Kanälen, die für ein jüngeres Publikum gedacht seien. Denn "da ist das normal, die Menschen sprechen halt so", so seine Rechtfertigung. Im Netz sahen das viele anders.

Eine andere Frage, die aufgeworfen wurde, drehte sich darum, warum der Rundfunkbeitrag nicht über Steuern bezahlt werden könne. Gniffke antwortete mit einem Lachen und erklärte, der Beitrag sichere die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und verhindere, daß man "von Staats wegen etwas vorgeschrieben bekommt". Auf eine weitere Frage, ob die öffentlich-rechtlichen Anstalten wirklich frei von politischem Einfluß seien, antwortete Gniffke: "Absolut frei, und es redet keiner rein."

Kontroverse bei Wiederwahl

Die SWR-Kontrollgremien, bestehend aus Rundfunkrat und Verwaltungsrat, bestätigten die zweite Amtszeit des 63-Jährigen am 08. Dezember 2023. Mit 54 von 67 Stimmen im ersten Wahlgang erhielt Gniffke eine klare Mehrheit, wobei 47 Stimmen erforderlich waren. Somit wird er bis zum Jahr 2029 die Geschicke des SWR leiten. Laut Senderangaben gab es keine Gegenkandidaten, doch es scheint Unsicherheiten darüber zu geben.

Vor der Wahl soll es offenbar eine zweite Kandidatin gegeben haben, deren Identität jedoch geheimgehalten wurde, was zu Kritik führte. Die CDU-Landtagsabgeordnete Ellen Demuth, Mitglied des Rundfunkrats, bemängelte die mangelnde Transparenz bei der Kandidatenfindung. Engelbert Günster, Vorsitzender des Rundfunkrats, verteidigte die undurchsichtige Vorgehensweise und betonte die demokratische Natur der Wahl. Trotz vorausgegangener Zusicherungen für ein transparentes Verfahren im Herbst blieb die Frage nach der Identität der angeblichen Gegenkandidatin unbeantwortet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2024: >>**Wagenknecht solidarisiert sich mit Bauernprotest**

Von *Karel Meissner*

Nach längerem Schweigen kehrt Sahra Wagenknecht ins Rampenlicht zurück: Sie solidarisiert sich mit dem Bauernaufstand, bezeichnet Habecks Reaktion als "weinerlich" und attackiert grüne Klimapolitik. ...

In den letzten Wochen war es still um Sahra Wagenknecht. Nach dem medialen Großereignis der Parteigründung wirkte ihr Schweigen fast unheimlich, zumal seit Wochen ein klassisch linkes Thema die Schlagzeilen beherrscht: Der Aufstand der Bauern.

Antifa und Linksgüne erwiesen sich erneut als Bonzendienen, indem sie die Traktordemos als "rechts" und die Protestierenden als "Kartoffel-Mob" denunzierten. Den Gipfel der Hetzparade stürmte die Berichterstattung über die Bauern im nordfriesischen Schlüttsiel. Dort hatten sie eine Anlegestelle blockiert, an der eine Fähre mit Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) anlegen sollte. Die Demonstranten forderten ein Gespräch mit Habeck über die jüngsten, gegen sie gerichteten Steuermaßnahmen der Bundesregierung.

Doch Habeck stellte sich den wütenden Menschen nicht, die Fähre drehte zurück ins Meer. Anschließend heulten der Vizekanzler, seine Ampelkollegen und die Medien im Chor: Das war Nötigung! Die Demonstranten hätten das Schiff stürmen wollen, und ähnlichen Blödsinn. Bundespräsident und Hartz IV-Architekt Frank-Walter Steinmeier (dem man wenig Verständnis für Unterschichten zuschreiben kann) spielte den Geschockten und Habeck inszenierte sich zudem als Demokratieschützer:

"Was mir Gedanken, ja Sorgen macht, ist, daß sich die Stimmung im Land so sehr aufheizt."

Heute meldete sich endlich Sahra Wagenknecht zu Wort - und ergriff Partei für ihre Zielgruppe:

"Die Ampel macht Bauern zu Melkkühen ihrer verfehlten Politik. Ich unterstütze die Proteste und fordere die Bundesregierung auf, die geplanten Streichungen komplett zurückzunehmen.

Daß sich Habeck jetzt als Opfer der Proteste inszeniert, ist peinlich.

Statt sich weinerlich über Proteste zu beschweren, müßte die Bundesregierung jedem dankbar sein, der heute noch Landwirtschaft in Deutschland betreibt. Wir brauchen die Abschaffung des unsinnigen CO2-Preises, die Rücknahme aller Agrarkürzungen und ein großes Entlastungsprogramm für die Landwirtschaft gegen das Höfesterben."

Jeder Euro "Mehrbelastung für Landwirte in Deutschland ist einer zu viel." Wagenknecht kritisiert die verfehlte Klimapolitik als Grund dieser Kürzungen: Es sei absurd, wenn man das Herausreißen funktionsfähiger Heizungen mit Abermilliarden subventioniere, "und dafür unter anderem diejenigen, die für unsere Lebensmittel sorgen, zur Kasse gebeten werden"

Treffer. Versenkt: Präziser kann man Konflikt und Ursache kaum beschreiben. Wie man zu Wagenknecht auch stehen mag: Sie ist und bleibt eine wichtige Stimme der Opposition. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2024: >>>**Sachsen: Landrat cancelt Demokratie wegen Bauerndemos**

Von *Sven Reuth*

Beim Establishment herrscht kurz vor dem Protesttag am Montag nackte Panik. Im Erzgebirge verkündet Landrat Rico Anton (CDU) nun breitflächig Verbote. ...

Natürlich dürfte im ohnehin demofreudigen und widerständigen Sachsen am kommenden Montag auch einer der Schwerpunkte der Proteste liegen. Im Erzgebirgskreis ist man deshalb dazu übergegangen, schon mal präventiv die demokratischen Grundrechte auszuhebeln.

Wie zu DDR-Zeiten

CDU-Landrat Rico Anton, von 2014 bis 2022 CDU-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, hat 24 von 31 für den kommenden Montag geplante Demonstrationen verboten. Seine Begründung dafür:

"Wir wollen berechtigten Protest ermöglichen, aber Chaos und Anarchie verhindern!"

Das Landratsamt in Annaberg-Buchholz maßt sich also an, "berechtigten" von "unberechtigtem" Protest zu unterscheiden - das erinnert an längst vergangene Zeiten, die in Sachsen vor etwa 35 Jahren zu Ende gingen. Fraglich auch, ob sich die erbosten Landwirte und Spediteure noch an Anweisungen aus dem Landratsamt halten werden.

Das ist mehr als fraglich. Bereits Mitte Dezember hatten Sachsens Bauern mit Traktoren gegen die vom Bund geplanten Streichungen in der Landwirtschaft protestiert. Sie blockierten rund drei Stunden lang etwa 70 Autobahnzufahrten der A4, A13, A14, A17, A38 und A72. Weniger dürfte es am kommenden Montag im grün-weißen Freistaat wohl nicht werden.

"In der politischen Klasse geht die Angst um"

Stefan Hartung, Kreisrat der Freien Sachsen im Erzgebirgskreis, äußerte zu der Verbotsverfügung von Anton:

"In der politischen Klasse geht die Angst um! Der CDU-Parteisoldat und ins Amt des Landrats gewählte Rico Anton hat soeben eine Allgemeinverfügung erlassen, wonach die für Montag angekündigten Straßenblockaden der Landwirte, Fuhrbetriebe und anderer Bürger verboten werden sollen! Seiner Pressemitteilung ist zu entnehmen, daß er für Montag den Zusammenbruch der staatlichen (Un-)Ordnung befürchtet! Jetzt gilt es um so mehr: Zeigt am Montag überall im Landkreis Flagge! Unterstützt tagsüber den Straßenprotest und setzt am Abend deutliche Zeichen auf den Markt-Plätzen der Region!"

Eine tolle Aktion wird unterdessen aus der erzgebirgischen Bergstadt Löbnitz gemeldet. In einer gemeinsamen Erklärung haben 20 Gewerbetreibende angekündigt, am Montag die Rollläden ihrer Geschäfte unten zu lassen. Sachsen wird am 8. Januar sicherlich ein starkes Zeichen setzen - und der Rest von Deutschland auch! Die Mobilisierungsbereitschaft von Landwirten, Spediteuren, Gewerbetreibenden und politischen Akteuren scheint neue Hochpunkte zu erreichen - es gilt, den Mächtigen nun die Grenzen ihrer Destruktionspolitik aufzuzeigen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2024:

>>COMPACT-TV mit über 1 Mio. Zuschauer pro Tag!

Von Jürgen Elsässer

Immer neue Zuschauerrekorde bei COMPACT-TV - der am schnellsten wachsende Kanal aller oppositionellen Medien! ...

Am Donnerstag 5.1.2024 hat COMPACT-TV die magische Schwelle überschritten: Wir erreichten allein auf YouTube über 731.000 Zuschauer und ließen damit den bisherigen Gipfelpunkt von 642.000 Zuschauern am 1. Januar deutlich hinter uns.

Zusammen mit weiteren Plattformen wie TikTok, Telegram und Twitter kommen unsere Videos somit auf eine Reichweite von über eine Million Zuschauern pro Tag. Das hatten wir uns als Ziel im Sommer 2023 gesetzt, als der Höhenflug begann - doch nun geht es raketenartig weiter: COMPACT auf dem Weg zu den Sternen! Mit der Reichweite von COMPACT können wir die Bevölkerung aufrütteln wie kein zweites Medium! Unterstützen Sie uns, dann machen wir 2024 das blaue Wunder möglich!

Zum Vergleich: Noch im April 2023 lag unsere tägliche Einschaltquote auf YouTube bei gerade 20.000 Zuschauern. Jetzt sind es 460.000. Das ist eine Steigerung auf das 23-Fache oder um 2.400 Prozent in nur acht Monaten. Das zeigt, wie sehr COMPACT den Nerv des Publikums trifft. Wir geben der schweigenden Mehrheit eine Stimme. Weil wir den Mut zur Wahrheit haben und klare Kante unser Prinzip ist. Wir nehmen kein Blatt vor den Mund: Volksverräter sind Volksverräter, Volksaustausch ist Volksaustausch.

Es gibt viele gute YouTuber, auch Sendungen anderer Kollegen erreichen immer wieder Spitzenwerte. Bei COMPACT-TV aber schlägt auch die Zuverlässigkeit zu Buche: Jeden Abend (Mo-Fr) sind wir pünktlich um 20 Uhr für Sie da. Nachmittags und am Wochenende gibt es Extra-Programme. Jeder von uns gibt sein Bestes und schuftet bis zum Umfallen. Für Sie, für Deutschland.

Motor der Veränderung

Unser nächstes Ziel: Zwei Million Zuschauer pro Tag. Damit können wir den Lügenmedien auf Augenhöhe Paroli bieten - und zum Motor realer Veränderung werden. Soll heißen: COMPACT kann 2024 das blaue Wunder möglich machen - daß die AfD die Regierung übernimmt. Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen ist das durchaus möglich - wenn wir es schaffen, die zu erwartenden Stör- und Täuschungsmanöver des Regimes zu durchkreuzen.

Das kann die AfD alleine nicht - dafür braucht es zusätzlich den professionellen Journalismus von COMPACT mit unserer medialen Reichweite, die jene der Partei übertrifft. Nicht zu vergessen: Das Publikum schätzt uns auch deswegen, weil wir ein unabhängiges Medium sind, das sich auch immer wieder Kritik an der Partei herausnimmt. Das entscheidende politische Subjekt ist nämlich das Volk - eine Partei, und sei es die beste, kann nur dessen Türöffner sein. Wir brauchen eine Regierung aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk - das ist die Mission von COMPACT.

Entscheidungsjahr 2024

Mittlerweile sind 14 Kollegen in unserem TV-Bereich beschäftigt - mehr als in der Erstellung unserer gedruckten Magazine. Um die Schlagzahl weiter erhöhen zu können, brauchen wir weiteres Personal. Das Problem dabei: Unsere TV-Produktionen bringen uns keine Einnahmen - alle Sendungen sind nämlich kostenlos. Das wird auch so bleiben, denn wir wollen ja auch Menschen erreichen, die sich Bezahlfernsehen nicht leisten können.

Das riesige Defizit, das wir mit unseren Sendungen produzieren, kann nur teilweise aufgefangen werden durch die Überschüsse, die wir mit dem Verkauf unserer gedruckten Magazine erwirtschaften. Deswegen brauchen wir ihre Hilfe, liebe Leser und Zuschauer: Wir brauchen Ihre Spende, damit wir unsere so erfolgreiche TV-Arbeit finanzieren und weiter

ausbauen können! ...<<

07.01.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Januar 2024:
>>"Mistgabelmob": "Spiegel" beschimpft Bauern

Von *Sven Reuth*

Das Hamburger Nachrichtenmagazin wird grob ausfällig gegen die deutschen Bauern, weil diese sich nicht von der Ampel-Koalition abschaffen lassen wollen. ...

Bei den deutschen Linken liegen die Nerven blank. Jahrzehntlang meinte man, das politische Druckmittel des zivilen Ungehorsams alleine für sich gepachtet zu haben. Dabei durfte es ruhig auch etwas deftiger zugehen. Hunderte von verletzten Polizisten in Lützerath, am Rande von Anti-AKW-Demos, beim G7-Gipfel in Hamburg, am 1. Mai in Berlin oder bei der Klima-Demo in Lützerath? Kein Problem. Der RAF-Terror? Über den empfand man - wie der Göttinger Mescalero - "klammheimliche Freude" oder man stilisierte ihn - wie Heinrich Böll - zum "Krieg von 6 gegen 60 Millionen".

"Motorisierter Mistgabelmob"

Wehe aber, die um ihre Existenz bangenden Landwirte machen vom Mittel des zivilen Ungehorsams Gebrauch, weil sie um ihre nackte Existenz bangen. Da dreht man insbesondere in den Redaktionsräumen des Ex-Relotius-Arbeitgebers Spiegel durch. Mit Blick auf demonstrierende Bauern schreibt hier Arno Frank, ein Journalist mit Spiegel-, Zeit- und taz-Hintergrund: "Der motorisierte Mistgabelmob ist nur schwer vom Kurs abzubringen, aber wird mitunter zum Aufstand der Geknechteten hochgejubelt. Fast scheint es, als wäre der Bauer ein 'edler Wilder' - und kein Profiteur der Agrarlobby."

Vielfach bedrängte Bauern

Pfui Teufel, kann man da nur sagen. Tatsächlich müssen die deutschen Bauern wesentlich mehr Abgaben und Lasten schultern als die Konkurrenz in allen europäischen Nachbarländern. Flächenstilllegungen, extrem strenge Düngauflagen, die von der Politik achselzuckend hingegenommene rasante Ausbreitung des Wolfs, Vernässung von wertvollen Ackerflächen, um künstliche Moore zu schaffen - tatsächlich unternimmt die Politik alles, um die Landwirtschaft in Deutschland zu vernichten.

Es geht also um weit mehr als teuren Agrardiesel. Wenn die Bauern zum Mittel des zivilen Ungehorsams greifen, dann handelt es sich also - ganz im Gegensatz zu den Klimaklebern - tatsächlich um politische Notwehr. Und die Sorgen der Bauern werden von einer riesigen Mehrheit der Bürger im ländlichen Raum geteilt, die durch immer höhere CO2-Steuern ausgeplündert und immer ärmer gemacht werden.

Der Kabarettist Vince Ebert stellte nun auf seinem Facebook-Profil treffend zu Stimmen wie der von Arno Frank fest:

"Die Protestkultur der Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung war schon immer Teil der grünen DNA. Und sie war niemals nur friedlich. Hunderte von verletzten Polizisten, sogar Tote, bei Großdemos in Wackersdorf, Brokdorf oder der Startbahn West. Ähnliches galt für die G8-Demo in Frankfurt oder die Proteste in Lützerath.

Und trotz dieser vielen Gewalt-Eskalationen wären die Grünen niemals auf die Idee gekommen, die Art und Weise ihrer Protestkultur in Frage zu stellen. Über die letzten 40 Jahre nahm man Opfer (auf beiden Seiten) billigend in Kauf. Weil es ja einer guten Sache diene und 'gegen die da oben' ging. Jetzt sitzen die Grünen selbst 'dort oben'. Und können es nicht fassen, daß es nun eine Protestkultur gibt, die sich gegen ihre Politik richtet."

Schon in einigen Stunden werden die Bauern linken Journalisten, den Grünen und der Ampel-Regierung zeigen, wie gut sie zivilen Ungehorsam können - und unser Land positiv verändern.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Januar 2024: >>**Bauern-**

Revolution in Deutschland: Hier Termine und Orte

Von *Sven Reuth*

Die Bauern haben angekündigt, in ganz Deutschland am kommenden Montag deutlich zu machen, daß sie sich nicht zu Opfern der verfehlten Ampel-Politik machen lassen. Hier eine Übersicht ihrer geplanten Aktionen und Veranstaltungen. Da alleine für den kommenden Montag Hunderte von Aktionen geplant sind, erhebt die nachfolgende Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit. ...

Baden-Württemberg

Kundgebung im oberschwäbischen Ravensburg ab 11:00 Uhr (organisiert von den Kreisbauernverbänden Allgäu-Oberschwaben und Tettngang). Die Bauern wollen sich bei der Oberschwabenhalle treffen und dann in die Innenstadt ziehen, wo eine Kundgebung geplant ist.

Ab 9 Uhr wird ein Traktorenkonvoi auf der B30 von Biberach zu einer Demonstration nach Laupheim (Kreis Biberach) fahren.

Schon am frühen Montagmorgen sollen Demozüge mit Traktoren auf den Bundesstraßen und an Autobahnanschlußstellen der A7 und A8 rollen. Hauptsächlich betroffen sein werden die B29 zwischen Schwäbisch Gmünd und Aalen sowie die B290 zwischen Aalen und Ellwangen. Es folgt am Mittag eine Kundgebung in der Innenstadt von Schwäbisch Gmünd.

Im Landkreis Heilbronn sind Demonstrationzüge mit mehr als 1.000 Fahrzeuge angemeldet, hat das Landratsamt mitgeteilt. Eine Großdemo mit über 200 Traktoren planen Landwirte am Mittag auch in Heilbronn.

In Bad Mergentheim ist ab 15:30 Uhr ein Protestzug durch die Kernstadt und die Stadtteile geplant.

In Karlsruhe wollen Bauern Montag vormittags mit rund 300 Traktoren und Schildern vom Meßplatz in der Oststadt durch die Stadt und über die B36 zum Messegelände in Rheinstetten fahren.

In Stuttgart sind am Montag die Bauern los,

In Stuttgart soll es am Montag zwischen 9 und 13 Uhr auf dem Cannstatter Wasen eine Kundgebung mit anschließendem Autokorso von landwirtschaftlichen Betrieben aus Stuttgart und Esslingen geben. Hier werden laut Veranstalter mindestens 150 Fahrzeuge teilnehmen. Eine zentrale Protestaktion in Stuttgart soll am Freitag stattfinden. Da plant der Landesbauernverband unter dem Motto "Keine Steuererhöhung für die Landwirtschaft" eine Kundgebung auf dem Cannstatter Wasen ab 11 Uhr. Teilnehmende mit mehr als 1.000 Fahrzeugen werden erwartet.

Der Kreisbauernverband Mannheim plant am Montag eine Fahrt mit mindestens 100 Traktoren quer durch die Mannheimer Innenstadt. Starten wollen die Landwirte gegen 15 Uhr an der SAP Arena.

Bayern

Aktionen in allen bayerischen Bezirken

Große Kundgebung ab 11 Uhr in München (Odeonsplatz und Ludwigstraße): Zentrale Auftaktveranstaltung im Rahmen der Aktionswoche.

10. Januar 2024 ab 19 Uhr in Bad Reichenhall (Festplatz): Schlepper-Sternfahrt mit Kundgebung.

10. Januar 2024 ab 9 Uhr in Hof (Freiheitshalle): Kundgebung.

12. Januar 2024 ab 11 Uhr in Nürnberg (Volksfestplatz): Zentrale Hauptveranstaltung für Nordbayern im Rahmen der Aktionswoche.

8. Januar 2024 ab 12 Uhr in Bad Griesbach (Festplatz Karpfhamer Fest): Schlepper-Sternfahrt mit Kundgebung.

8. Januar 2024 ab 11 Uhr in Regensburg (Donau Arena): Schlepper-Sternfahrt mit Kund-

gebung.

8. Januar 2024 ab 10 Uhr: Nördlingen (Kaiserwiese): Kundgebung.

8. Januar 2024 ab 10 Uhr in Memmingen (Marktplatz): Gespräch mit Oberbürgermeister Jan Rothenbacher.

10. Januar 2024 ab 11 Uhr: Augsburg (Plärrer): Zentrale Veranstaltung für den Regierungsbezirk Schwaben im Rahmen der Aktionswoche.

Berlin/Brandenburg

Demonstration in Potsdam vor der Staatskanzlei mit Übergabe einer Protestnote am 8. Januar um 11 Uhr 30 (organisiert vom Landesbauernverband Brandenburg).

Wie bereits am 18. Dezember wollen Landwirte aus ganz Deutschland auch am Montag wieder nach Berlin fahren und mit ihren Traktoren die Straße des 17. Juni am Brandenburger Tor blockieren.

Am 15. Januar wird es eine Großkundgebung von Bauern, Spediteuren, LKW-Fahrern, Handwerkern und allen wütenden Bürgern in Berlin geben.

Tausende Traktoren in Bremen erwartet

Bremen

Kundgebung um 10 Uhr in der Bremer Überseestadt am Hilde-Adolf-Platz. Zuvor Sternfahrt aus den umliegenden Regionen nach Bremen. Es werden 2.000 Traktoren erwartet.

Hamburg

Mittlerweile liegen der Versammlungsbehörde für den Montag insgesamt 16 Anmeldungen für 15 Treckerkolonnen vor. Die Treckerkolonnen sollen jeweils gegen 7:30 Uhr aus Schleswig-Holstein kommend in Langenhorn, Rahlstedt und Bergedorf die Landesgrenze von Hamburg passieren. Die Abschlußkundgebung wird gegen Mittag in der Innenstadt steigen.

Hessen

Am Montag Sternfahrt in die Landeshauptstadt Wiesbaden. 12:00 Uhr: Kundgebung am Kochbrunnenplatz/Kranzplatz, danach Übergabe einer Resolution vor der Staatskanzlei.

Hanau: Am Montag von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr Traktor-Demo von der Donaustraße über den die Innenstadt bis zur August-Schärtner-Halle.

Eine weitere Protestveranstaltung ist in Limburg von 6 bis 9 Uhr mit 300 Fahrzeugen angemeldet.

In Fulda wurde außerdem für die Zeit von 05:00 Uhr bis 15:00 Uhr eine Versammlung mit Traktoren angemeldet. Diese soll am Messengelände starten und dann über den Rundkurs Westring - Karrystraße - B254 - Maberzeller Straße - Haimbacher Straße - Merkurstraße - Wegastrasse und zurück zum Westring verlaufen.

Mecklenburg-Vorpommern

Am Montagmorgen wollen die Bauern drei Stunden lang alle Autobahnauffahrten in Mecklenburg-Vorpommern zeitgleich sperren.

In Rostock ist ein Fahrzeugkorso angemeldet, der um 6 Uhr im Stadthafen auf der Headgehalbinsel startet und zunächst für eine Zwischenkundgebung gegen 10.30 Uhr auf der Headgehalbinsel wieder enden wird. Der Korso soll sich den ganzen Tag über durch die Stadt bewegen.

Niedersachsen

In Cloppenburg wird eine Sternfahrt sowie eine Kundgebung mit rund 300 Treckern auf dem Marktplatz erwartet.

In Aurich in Ostfriesland ist am Montag ein Demonstrationzug durchs Stadtzentrum angemeldet. Im Zeitraum von 6 bis 18 Uhr ist eine Versammlung angekündigt.

In Emden wollen Landwirte die Stadt von drei Seiten aus mit Hunderten Treckern blockieren.

In Osnabrück haben mehrere Bauernverbände eine Kundgebung für 10 Uhr vor dem Rathaus angekündigt.

Am Montag sind in der Landeshauptstadt Hannover mehrere Kundgebungen, Schleichfahrten und Straßenblockaden geplant. Für Donnerstag ist eine Schlepper-Demo mit Kundgebung in der Stadt angekündigt.

In Braunschweig soll um 11 Uhr ein Treckerkorso in Richtung Innenstadt fahren, wo um 13 Uhr eine Kundgebung geplant ist.

Nordrhein-Westfalen

In Köln soll am Montag eine Demonstration am Eifeltor starten und soll von dort über innerstädtische Straßen, über die Severinsbrücke ins Rechtsrheinische und anschließend durch die Innenstadt zur Vogelsanger Straße ziehen.

In Leverkusen wurden für den 8. Januar etwa 100 Fahrzeuge in der Zeit von 10 bis 14 Uhr für die Demonstration angemeldet.

In der früheren Bundeshauptstadt Bonn und dem linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis wurde für den gesamten 8. Januar ein Trecker-Konvoi angekündigt.

In Bottrop wird am Montag eine Treckerkolonne in Kirchhellen-Mitte starten und durch das Ruhrgebiet ziehen. Start soll 8 Uhr morgens am Aldi-Parkplatz sein. Dann soll es über Gladbeck und Gelsenkirchen nach Recklinghausen weitergehen.

Landwirte wollen mit ihren Traktoren außerdem von Unna nach Soest fahren.

Bauern aus Düsseldorf und umliegenden Städten planen am frühen Montagmorgen eine Sternfahrt durch die Landeshauptstadt.

Rheinland-Pfalz

Im Großraum Mainz wollen Landwirte am Montag mindestens 40 und damit so gut wie alle Autobahnauffahrten (darunter A60/61 und A63) blockieren, viele davon schon ab dem frühen Morgen. Im Anschluß wird ein Großteil der Bauern und Winzer nach Mainz auf das Messengelände in Hechtsheim fahren.

In Ludwigshafen wollen sich 500 bis 900 Traktoren und mehrere tausend Landwirte an der Ludwigshafener Eberthalle zur Kundgebung versammeln.

Saarland

In der Landeshauptstadt Saarbrücken ist am Montag für 14 Uhr eine große Kundgebung der Bauern am Schloß geplant.

Sachsen

Am Montag beginnt in der Landeshauptstadt Dresden eine zweitägige Kundgebung mit Protest-Camp. Sammelpunkt ist um 11 Uhr 30 am Schloßplatz. Um 14 Uhr ist eine Kundgebung vor der Staatskanzlei geplant. Der Telegram-Kanal der Freien Sachsen berichtet fortlaufend über diese Aktion (<https://t.me/freiesachsen>).

Im Landkreis Nordsachsen sind Traktorenkorsi sowie Kundgebungen unter anderem in Delitzsch, Torgau und Eilenburg geplant. Im Landkreis Leipzig sind in Bad Lausick und Grimma Demonstrationen geplant.

In Chemnitz ist unter dem Titel "Die Ampel ist kaputt" eine Kundgebung der Initiative "Land schafft Verbindung" an der A72 geplant sowie eine Demonstration der Bürgerinitiative "Chemnitz steht auf" im Stadtzentrum.

Sachsen-Anhalt

Zwei Trecker-Sternfahrten führen am Montag nach Magdeburg und Halle. In der Landeshauptstadt steuern bis zu 2.000 Landwirte mit 600 Traktoren und Lkw den Landtag am Domplatz an.

Einen Trecker-Korso soll es auch in Bernburg (Salzlandkreis) geben. Für 11 Uhr ist eine Kundgebung am Pep-Markt geplant.

Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein: Startpunkt der Bauernrevolution

In Schleswig-Holstein sind am Montag im ganzen Land Kolonnenfahrten geplant, so in den

Kreisen Pinneberg, Segeberg und Dithmarschen.

In der Landeshauptstadt Kiel soll es am Freitag, den 12. Januar, eine große Demonstration auf dem Exerzierplatz geben.

Thüringen

Der Bauernverband plant, alle Traktoren ab 8 Uhr auf dem Juri-Gagarin-Ring in Erfurt zu versammeln. Um 11 Uhr beginnt eine Kundgebung an der Kreuzung zur Löberstraße.

Die Miteinanderstadt Gera lädt zur großen Abschlußveranstaltung am 8.1.24 ein. Mit einer großen Sternenfahrt vom Bugaparkplatz und einer Kundgebung, beginnend ab 18.00, wird der Protesttag in Thüringen beendet. Laufende Informationen zu den Aktionen in Thüringen gibt es auf dem Telegram-Kanal Freies Thüringen (<https://t.me/freiesth>).<<

08.01.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2024:

>>Bauern-Proteste: Ticker und Livestream

Von *COMPACT Redaktion*

In ganz Deutschland sind heute die Bauern mit ihren Traktoren auf der Straße, um gegen die Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der Ampel zu demonstrieren. ...

Heute heizen die Bauern der Ampel-Regierung ordentlich ein. In Berlin, München, Stuttgart, Dresden, Rostock, Köln und vielen anderen deutschen Städten tragen sie den Protest gegen das Katastrophen-Regime der Ampel auf die Straße und fordern den längst überfälligen Politikwechsel für Deutschland ein. ...

18:50 Uhr: Zu guter Letzt waren wir heute noch in Brandenburg/Havel und haben für Sie ein paar O-Töne von Teilnehmern des Bauern-Protests und Anwohnern eingeholt:

17:11 Uhr: Die Freien Sachsen beginnen, ihr Protest-Camp in Dresden aufzubauen. Sie sind gekommen, um zu bleiben! ...

16:46 Uhr: Brandenburg an der Havel noch immer komplett dicht. Einer der größten Erfolge heute!

16:00 Uhr: Dresden: Vor der Staatskanzlei von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) rollt der Widerstand!

15:50 Uhr: Niedersachsen: Demonstrant von Auto erfaßt - Polizei leitet Verfahren ein. Nachdem ein 35 Jahre alter Teilnehmer der Bauernproteste in Niedersachsen angefahren und wohl schwer verletzt worden ist, geht die Polizei inzwischen dem Verdacht nach, daß der Fahrer vorsätzlich gehandelt habe. Das sagte ein Sprecher der Polizeidirektion Oldenburg. Es wurde ein Verfahren wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdelikts eingeleitet.

15:30 Uhr: Elon Musk drückt seine Solidarität für die Bauernproteste in Deutschland aus. Auf die Frage "Do you support the German farmers?" antwortet er mit "I do".

15:09: COMPACT-Interview mit Reinhard Jung, Sprecher der Freien Bauern:

15:00 Uhr: COMPACT-TV-Chef Paul Klemm mit einer aktuellen Lage-Einschätzung aus Berlin:

14:42 Uhr: Brandenburg: Autobahnausfahrt Finowfurt bei Berlin. COMPACT-Reporter Roy Grassmann mit einer aktuellen Lage-Einschätzung:

14:35 Uhr: Polizei-Gewerkschaftschef lobt Bauern-Proteste !! Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) mit einem ersten Resümee gegenüber der Bild-Zeitung:

"Die Proteste sind bislang diszipliniert und verantwortungsvoll. Wir haben nichts anderes erwartet, alle Versuche, unsere Landwirte zu kriminalisieren und in die rechte Ecke zu schieben, sind gescheitert. Es werden Rettungswege geplant und gesichert, die Absprachen und Zusammenarbeit mit der Polizei vor Ort funktioniert. Das alles unterscheidet diesen ordnungsgemäßen, demokratischen Protest von der kriminellen Willkür der so genannten Klimakleber."

14:21 Uhr: Eilmeldung: Polizei greift große Dresdner Demo unvermittelt an - Pfefferspray und Schlagstöcke!

14:10 Uhr: Bauernproteste Noch ein paar Impressionen von unseren Reportern aus Berlin.

13:49 Uhr: Der Konvoi aus Penig trifft in Chemnitz ein. Über 1.000 Fahrzeuge. Beeindruckend!

13:41 Uhr: Produktion bei Volkswagen in Emden gestoppt! Durch die Proteste der Bauern wurde die Werkszufahrt blockiert, die Arbeiter und Angestellten kamen nicht zum Arbeitsplatz. "Die Produktion steht heute", so eine VW-Sprecherin.

13:36 Uhr: Stuttgart: Einzug der Bauern unter Deutschlandfahnen.

13:17 Uhr: München: Der Demonstrationzug setzt sich ab Königsplatz in Bewegung.

12:15 Uhr: Chemnitz: Tierisch gute Unterstützung für unsere Bauern!

12:00 Uhr: Spalter: Verbandschef warnt vor "Rechten"

Während in ganz Deutschland die Landwirte auf die Straße gehen, fällt ihnen der Präsident des Bauernverbandes, Joachim Rukwied, in den Rücken. Mit Blick auf den Protest gegen Habeck an der Westküste sagte er der Bild am Sonntag: "Aktionen wie in Schlüttsiel schaden unseren politischen Anliegen. Wir wollen in der kommenden Woche friedlich und geordnet demonstrieren."

Außerdem warnte Rukwied: "Rechte und andere radikale Gruppierungen mit Umsturzgelüsten ... wollen wir auf unseren Demos nicht haben." Damit versucht der CDU-nahe Funktionär, die Opposition zu spalten!

11:50 Uhr: Berlin steht unter dem Zeichen der Bauernproteste!

11:36 Uhr: Aktueller Bericht unseres Reporters Roy Grassmann aus Bernau bei Berlin:

11:30 Uhr: Bodo Ramelow versucht in Erfurt zu reden. Die Reaktion der Bauernproteste ist eindeutig.

11:15 Uhr: Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes auf dem Odeonsplatz in München:

09:21 Uhr: Rund um Berlin werden Autobahnauffahrten blockiert. Auch aktuell in Blumberg.

09:10 Uhr: Trecker-Blockade in Falkensee bei Berlin. COMPACT-TV-Chef Paul Klemm ist mit seinem Team seit 5 Uhr in der Früh live dabei.

09:00 Uhr: Die Bauern sind bereits seit den frühen Morgenstunden unterwegs. Vielerorts sind die Straßen blockiert, etwa in Berlin, wo bereits gestern Nacht tausende Traktoren angekommen sind. Die Schlange reißt nicht ab, noch immer treffen Landwirte mit ihren Treckern aus der ganzen Republik ein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2024: >>**Generalstreik läuft super! Wie weiter?**

Von Jürgen Elsässer

Die Bauern haben schon in den ersten Stunden klar gemacht, daß sie aufs Ganze gehen wollen - und können! Jetzt hängt alles daran, den Protest zu verstetigen. Dresden ist - für erste - das große Vorbild, das Schule machen sollte.

Um 5 Uhr heute früh ging es los im ganzen Land. Die Pünktlichkeit und Disziplin der Bauern: beeindruckend. Nach nur fünf Stunden ist klar. Alle wesentlichen Ziele erreicht! Die Republik steht still. Nichts geht mehr. Die Polizei bislang passiv. Habecks Videoappell: hilflos. Er hat nichts anzubieten.

Und: es ist tatsächlich ein Generalstreik. Obwohl die Lokführer erst am Mittwoch dazukommen. Denn die Spediteure und Mittelständler ziehen aller Orten mit. Der Focus berichtet aus Göttingen:

(Zitat Focus) Unter den Protestierenden sind "mindestens 40 Prozent nicht reine Bauernfahrzeuge, sondern Gewerbetreibende." Spediteure, Heizungsbauer, Zimmerer, ein Dachdecker mit seinen sieben Fahrzeugen. "Es ist erstaunlich, wie viel Mittelstand das mitträgt", so Hübner. "Denen ist der Agrardiesel schnuppe, aber die haben wohl die gleichen Probleme wie

wir." Die Landwirte wollen wieder eine vernünftige, zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik, erklärt Hübner. Das scheine sich auf die Handwerksbetriebe und Spediteure zu übertragen. (Ende Zitat Focus)

Machtwechsel ist möglich

Mit einem Schlag ist das Ungeheure geschehen: Das arbeitende Volk tritt als politisches Subjekt auf die Bühne. Zwar steht das Industrieproletariat, gezähmt von den Gewerkschaften, noch abseits. Aber in unserer modernen Welt der "lean production" ist das Transportproletariat vermutlich noch wichtiger - die Spediteure und Subunternehmer, die die Großkonzerne ausgegliedert haben und mit ausländischen Billigkonkurrenten unter Druck setzen. Dazu kommen, siehe Göttingen, weite Teile von Handwerkerschaft und Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Bauern legen München lahm, 8.1.2024

Die Volksrevolte bringt eine unerwartete Möglichkeit des Machtwechsels ins Spiel. Bisher hat sich alles auf parlamentarischen Wechsel konzentriert, dies ließ Fantasien von neuen Parteien (Wagenknecht, Maaßen) ins Kraut schießen. Die einzige Hoffnung schien die AfD zu sein, die ihrerseits - seien wir ehrlich - recht lethargisch agiert und vor allem von der Volksverachtung der anderen profitiert.

Mit den Bauern und ihren Verbündeten tritt ein neuer dynamischer Faktor auf den Plan: Bekommt die Ampel den Generalstreik nicht in den Griff, kann auch durch diesen außerparlamentarischen und überparteilichen Protest ein Regierungssturz erfolgen. Was aber kommt nach der Ampel?

Das Optimale wäre ein Runder Tisch wie in der DDR nach dem Abtritt Honeckers. Aber Vorsicht: Das ist noch Wunschenken! Bleiben wir beim Konkreten, dem Aktuellen: Jetzt kommt es fürs Erste darauf an, daß der heutige Montag keine Eintagsfliege bleibt, sondern sich morgen und die ganze Woche fortsetzt.

Ein Beispiel, wie man das ins Werk setzen könnte, ist Dresden: Dort wird in diesen Stunden ein - legales - Protestcamp vor der Staatskanzlei aufgebaut. Nach der Protestaktion tagsüber wollen Bauern und Mittelständler heute Nacht dort bleiben - vis-a-vis vom Regierungssitz Kretschmers. Die spannende Frage: Was macht der schlaue CDU-Fuchs dann? Läßt er am Dienstag räumen - und riskiert die relativ gute Reputation, die er noch hat? Oder läßt er das Camp weiterlaufen, das dann zum sächsischen Anlaufpunkt und zum bundesweiten Vorbild werden kann? Da ist viel Musik drin.

Die Praxis entscheidet, nicht die Theorie

Der neurechte Verleger Philipp Stein hat an den Bauern herumgemäkelt, daß ihr Protest zu sehr wirtschaftlich orientiert sei. "Es gilt jetzt, die Motivation dieser Proteste zu akzeptieren, sie aber behutsam zu korrigieren und zu erweitern. Wirtschaftliche Existenzen sind wichtig - doch am Ende geht es vor allem um unser Volk!" Also die Theoretiker sollen den Bauern Nachhilfeunterricht geben und sie "korrigieren"? Das haben manche "Neurechte" schon bei den Querdenkern versucht, auch da wurde an der Bewegung herumgemäkelt.

Das Ceterum Censeo der sogenannten Metapolitik ist oft: Man will die Theorie nachbessern. Es kommt aber auf die Praxis an! Und da müssen wir als patriotische Aktivisten erstmal ein bißchen demütig sein vor dem, was heute - ohne unser Zutun! - begonnen hat. Allein schon die Aktion mit den umgedrehten Stiefeln an den Ortsschildern - das war nicht ausgedachte Metapolitik, sondern das entstand aus der Weisheit und dem Witz des Volkes.

Die Aufgabe von Medien wie COMPACT ist in dieser Situation, nicht die Bauern zu "korrigieren", sondern mit unserer explodierenden Reichweite für Vernetzung und Nachahmung zu sorgen und vor allem die besten Aktionsformen weiterzubreiten, etwa Dresden. Bauern, Transportproletariat und Mittelstand kämpfen um ihre Existenz.

Ja, das ist erstmal "nur" Klassenkampf (wenngleich nicht in der Form, den sich die Linken

erträumten, weshalb sie auch beiseite stehen). Aber dieser Kampf hat das Potential, die volksfeindliche Regierung zu stürzen und für unser ganzes Volk Gutes zu bewirken - egal, was letztlich die Parolen sind, unter denen der Kampf stattfindet. Außerdem darf man darauf vertrauen, daß die Bauern ohnedies wertkonservativ und heimatverbunden sind, sonst wären sie keine Bauern - da kann erstmal nichts anbrennen.

COMPACT-TV ist der Motor der Wende

COMPACT-TV hat im Zusammenhang mit den Bauernprotesten alle Reichweitenrekorde gesprengt und bereits am Donnerstag über eine Million Zuschauer, am Freitag sogar 1,3 Millionen Zuschauer erreicht. Wir werfen alle unsere Kräfte in diesen wichtigen Kampf - wir sind die Stimme des Volkes! ...

Das alles kostet uns eine Menge Geld - und wir nehmen nichts ein, weil wir unsere Sendungen kostenlos ausstrahlen. Wenn Sie gut und wichtig finden, was wir machen, freuen wir uns über eine Spende - damit ermöglichen Sie uns, daß wir weiter in der Offensive bleiben können.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2024: >>**Die unbekannte Bauernheldin aus Dithmarschen**

Von *Jan von Flocken*

Bei den Bauernprotesten am Brandenburger Tor sieht man seit gestern auch die Nordfriesland-Fahne mit der Losung "Lewer duad üs Slaw" (Lieber tot als Sklave) - und auch Habeck bekam bei seinem Fähren-Trip am vergangenen Donnerstag bekanntlich einen Vorgeschmack auf nordfriesischen Kampfgeist. Der Stamm im Nordwesten hat eine lange revolutionäre Tradition, die leider mittlerweile ziemlich in Vergessenheit geraten ist. Bestsellerautor Jan von Flocken berichtet über eine Heldin aus dem benachbarten Dithmarschen ...

Wenig wissen wir über das Mädchen Telse Kampen aus Hochwöhrden. Umso mehr von den turbulenten Ereignissen vor gut 500 Jahren in Nordwestdeutschland. Die Bewohner Dithmarschens (deutsche Marschen) im südwestlichen Holstein lebten seit Anfang des 13. Jahrhunderts als freie Bauern auf freiem Land. Sie hatten sich von der Herrschaft des Königs von Dänemark-Norwegen befreit und verwalteten ihr ungefähr 1.400 Quadratkilometer großes Land zwischen Tönning und Brunsbüttel nach republikanischen Maßstäben.

Die Republik der Freien

Im Europa des Spätfeudalismus stellte die Dithmarscher Republik eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Die Herrscher von Dänemark akzeptierten diese selbstständigen Bauern nie. Der seit 1481 regierende König Johann beschloß, seine Autorität in Holstein wiederherzustellen. Auf einem Landtag in Rendsburg forderte er 1499 die Dithmarscher zur Unterwerfung auf. Sie sollten jährlich 15.000 Mark (damals eine ungeheuer große Summe) zahlen und die Errichtung von drei befestigten Schlössern in Meldorf, Brunsbüttel und an der Eider hinnehmen. Wenn sie sich weigerten, würde der König das ganze Land mit Krieg überziehen. Ihre selbstbewußte Antwort hat Theodor Fontane 1847 in einer Ballade beschrieben:

"Und von den Bauern Wolf Isebrand, der sprach: Er mag nur kommen; / Wir haben aus keines Königs Hand dies Land zu Lehen genommen. / Wir sind zudem vom Aufrechtgehn versteift in unsren Hälsen; / Und wer seine Schlösser auf Marschgrund baut, der baut sie nicht auf Felsen. / Dies Land ist unser, wir haben's im Kampf der Sturmflut abgerungen, / Wir bangen vor keines Königs Zorn, wir, die wir das Meer bezwungen."

Als König Johann diese Antwort hörte, geriet er in wilden Zorn und schwor angeblich, sich solange nicht Bart und Haupthaar zu rasieren, bis er das unverschämte Bauernpack unterworfen habe. Es war ihm bitter ernst damit. Er mobilisierte nicht nur 8.000 Krieger aus Dänemark und Holstein, sondern warb auch noch eine berüchtigte Söldnertruppe an, die sogenannte Sächsische Garde, auch Schwarze

Bande genannt. Diese etwa 4.000 Landsknechte besaßen Erfahrung in der Niederschlagung von Aufständen. Ihr Schlachtruf lautete:

"Wahr Di, Buer, de Gaar kummt!" (Hüte Dich, Bauer, die Garde kommt!).

Bewaffnet waren sie mit bis zu fünf Meter langen Speießen, wahrscheinlich verfügten auch einige Söldner über Gewehre, sogenannte Hakenbüchsen; sie standen unter dem Kommando des Kölner Junkers Thomas Schleinitz oder Slentz. Ein Chronist berichtet über die Schwarze Bande, "daß man vor diesem Kriegsvolk erschrak, wenn man nur seinem Namen hörte. Weil man es für unüberwindlich hielt und es greulich Raub, Mord und Brand ausübte.

Sie gingen erbärmlich und unchristlich mit den Leuten und ihren Gefangenen um, verschonten keinen Stand oder Geschlecht." Am 12. Februar 1500 drang Johanns Heer ohne größere Gegenwehr in Windbergen und am Folgetag in Meldorf ein, plünderte die Stadt und massakrierte alle Einwohner, die nicht rechtzeitig fliehen konnten.

"Und Thomas Slentz, an der Seite Johanns, vorauf die gepanzerten Glieder, / So führt er heut, unter schmetterndem Klang, das Heer in die Marsch hernieder, / Zwölftausend sind's, schon dringen sie vor auf der Marschen getrocknetem Schlamme - / Um Rache schreit in die Nacht hinein brennender Dörfer Flamme", so Theodor Fontanes Ballade.

Die Schanze der tausend Teufel Das Dithmarscher Heer, etwa 3.000 Kämpfer, hatte sich unter Führung des Landesältesten Wulf Isebrand hinter eine alte Schanze zurückgezogen, den "Dusenddüwelswarf" (Tausendteufelswall) zwischen Epenwörden und Hemmingstedt gelegen. Dieser Wall versperrte den einzig möglichen Vormarschweg der Dänen, eine schmale Landstraße nach dem Ort Heide. Sie war durch plötzlich einsetzendes Tauwetter naß und schlüpfrig geworden.

Als am Vormittag des 17. Februar die Sächsische Garde Richtung Norden aus Meldorf abrückte, öffneten die Bauern mehrere drei Kilometer entfernte Deichsiele. Da es am Vortag fast ununterbrochen geregnet hatte, verwandelten sich die Wege allmählich in Schlammpfade. Der Anmarsch geriet immer mühseliger, und als die Vorhut zur Mittagsstunde vor der Schanze eintraf, waren Artillerie und Nachschubwagen noch kaum aus Meldorf herausgekommen. Die schwere Bewaffnung der Ritter erwies sich nun als Nachteil.

Auf der schmalen Straße konnten sie sich im Morast kaum bewegen. In ihren leichten Rüstungen stürzten die Dithmarscher plötzlich vom Tausendteufelswall auf den Feind, an ihrer Spitze Wulf Isebrand und neben ihm eine junge Frau namens Telse (die friesische Variante des Namens Elisabeth) Kampen. Sie stammte aus Hochwörden, einem kleinen Dorf aus der Nordermarsch.

Mit dem Ruf "Help, Maria milde, help!" auf den Lippen stürmte sie, ein Banner in Händen haltend, den Bauern voran auf den Feind. "Zornblitzend die Augen, mit flatterndem Blondhaar und glockenhallender Stimme" feuerte Telse ihre Männer an. Diese benutzten Lanzen als Springstöcke, mit denen die Bewohner seit Urzeiten über die zahlreichen Wasserläufe des Landes sprangen. Zwei Angriffe wurden abgeschlagen. Doch immer mehr in die Enge getrieben, gerieten Landsknechte und Ritter ins Wanken, zumal die von den Dithmarschern zahlreich geöffneten Deichsiele an der Ketelsbütteler Schleuse erst jetzt ihre gesamten Wassermassen ausspießen.

"Die Wächter am Strande zögerten noch, da sieh, unter Schäumen und Kochen, / - Die Hilfe Gottes kam mit Gewalt! - wurde die Schleuse zerbrochen, / Schon über die Felder von Hemmingstedt hin brausten Wogen und Wetter - / Das Meer, der Marsen alter Feind, heut kommt es als ihr Retter."

Blutiger Brauttag

Viele Dänen wandten sich zur Flucht, ertranken aber bei dem Versuch, die Straße zu verlassen. Nun hieß es "Wahr di Gaar, de Buer, de kummt!" (Paß auf Garde, der Bauer kommt). Thomas Slentz kämpfte bis zum letzten Atemzug auf seinem friesischen Hengst. Als Hans von Ahlefeldt, der Träger des dänischen Reichsbanners Danebrog merkte, daß alles verloren war, wickelte er das Fahnentuch um seinen Körper und wurde mit sechs Knappen

niedergehauen.

Die Niederlage der Dänen bei Hemmingstedt war vollständig. Als Rache für das Blutbad in Meldorf erschlugen die Dithmarscher alle Feinde, die sie erwischen konnten. Sie beerdigten nur die etwa 4.000 toten Fußknechte; Ritter und Adlige, von denen allein 360 gefallen waren, ließ man nackt so lange auf dem Schlachtfeld liegen, bis ihre abgenagten Knochen in der Sonne bleichten.

Telse Kampen soll vor der Schlacht gelobt haben, ins Kloster zu gehen, wenn den Dithmarschern der Sieg beschieden würde. Ob sie das wirklich tat, ist unbekannt. König Johann von Dänemark mußte nicht nur den Verlust seines Heeres, sondern auch der Kriegskasse, der Artillerie und sämtlicher Fahnen beklagen. Er ließ sich entgegen seinem Schwur wieder den Bart rasieren, schnitt die Haare ab und sah von weiteren Attacken gegen die wehrhaften Bauern künftig ab.

"Der König aber floh zu Schiff bis in seine Stadt am Sunde, /
Er trug zu der alten Narbe heim eine neue brennende Wunde, /
Die neue Wunde, - bis in den Tod woll't ihm die nie verharschen, - /
Das war der Tag von Hemmingstedt, der Brauttag der Dithmarschen."

Die Hansestädte Hamburg und Lübeck vermittelten nach dem gescheiterten Eroberungszug einen Frieden, der am 15. Mai 1500 geschlossen wurde und den Dithmarschern weiter die Selbständigkeit gewährte. Auch wenn sechs Jahrzehnte später die Bauern sich dem neuen Dänenkönig unterwerfen mußten, das Andenken an ihre Heldenjungfrau Telse Kampen blieb über die Jahrhunderte als leuchtendes Freiheitsfanal erhalten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2024: >>**Wagenknecht-Partei: Erste Pressekonferenz**

Von *Karel Meissner*

Erste Pressekonferenz der Wagenknecht-Partei. Tenor: Die Demokratie ist gefährdet. Als Gegengift nennt sie: Rationale Wirtschafts- und an deutschen Interessen orientierte Friedenspolitik. ...

Ein perfektes Timing: Ausgerechnet am Tag der Bauernproteste verkündet Sahra Wagenknecht vor der Bundespressekonferenz in Berlin die Gründung ihrer Partei Bündnis Sahra Wagenknecht - für Vernunft und Gerechtigkeit (BSW), die bislang nur als Verein existierte. Das gab den Teilnehmern reichlich Gelegenheit, auf die - nur wenige Meter entfernten - Großdemo der Landwirte zu verweisen - und das Parteiprogramm als Lösung anzupreisen. Wagenknecht wörtlich:

"Die Bauern zeigen, daß ein Protest sinnvoll und wichtig ist."

Aber es gebe noch viel mehr Bürger, die ihren Groll bislang nicht auf die Straße trügen. Bürger, die weder in der Ampel noch in der Scheinopposition anderer Altparteien ihre Vertreter fänden. Bürger, die genug davon hätten, von Regierenden traktiert und beschimpft zu werden. Eine solche Politikultur gefährde die Demokratie. Diesen Mißstand wolle das BSW beheben.

Die heutige Parteigründung erfolgte in Anwesenheit von 44 Mitgliedern. Ein Querschnitt durch die Gesellschaft: Professoren, Sozialarbeiter, Ärzte, Theologen, Gewerkschaftler sowie Unternehmer. Das Parteiprogramm orientiere sich an den Inhalten des Vereins-Manifestes, werde aber unter Einbeziehung von Betroffenen fortentwickelt. Bereits in diesem Jahr wolle man zur Europawahl und den drei Landtagswahlen antreten.

Stellvertretender Parteivorsitzender ist Bauingenieur und Wirtschaftswissenschaftler Professor Shervin Hagsheno. Auch er deutet den Vertrauenseinbruch bei den Altparteien als demokratiegefährdend. Nicht einmal 50 Prozent der Wahlberechtigten würden denen noch ihre Stimme geben.

Grund: Die Bürger fühlten sich durch den Mainstream nicht mehr glaubwürdig vertreten. Man

erwarte von der Politik keine Ideologie, sondern rationale Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Ehemalige Friedensparteien betrieben kriegerische Außenpolitik während die Bildung, bislang ein Vehikel des sozialen Aufstiegs, weitgehend ruiniert sei.

Ähnlich argumentierte Thomas Geisel (ehemals Düsseldorfer Oberbürgermeister): Deutschland sei ein Sanierungsfall geworden. Der Ausbau der Stromnetze komme nicht voran, in Sachen Digitalisierung sei man bereits gänzlich abgehängt. Bürokratie und Verbote drosselten die Wirtschaft. Folge: Die Arm- und Reichen-Schere gehe auseinander, eine Leistungsgesellschaft verkomme zur Besitzstandsgesellschaft. Dieser Bruch des Zusammenhalts fördere seinerseits Parallelgesellschaften, erschwere die Integration. Und auf diesem Berg von Problemen reagiere die Ampel mit Genderdebatten.

Ex-Linkspolitiker Fabio de Masi erklärte die Ampel aufgrund ihrer desaströsen Politik zum "Erntehelfer der AfD". Scholz habe ein Wirtschaftswunder versprochen, aber stattdessen Rezession geliefert. Der heutige Bauernaufstand zeige, wie hoch der Druck im Dampfkessel sei: Außer in Italien wären die Reallöhne nirgendwo in Europa so tief gesunken wie in Deutschland - und das bei horrenden Mietskosten. Solche Politik stärke rechte Parteien. Die BSW setze dagegen auf Schutz des Mittelstandes, wende sich gegen Lohndumping und gegen Abhängigkeit von US-Big-Tech-Konzernen.

Im ZDF-Interview ergänzte die ehemalige Linkspolitikerin Sevim Dagdelen, daß die BSW-Partei zwar das humanitäre Recht auf Asyl anerkenne, offene Grenzen und unkontrollierte Zuwanderung jedoch ablehne. Außerdem opponiere sie gegen die "dummen Energiesanktionen", weil unser Wohlstand davon abhängt. Man müsse die wütenden Bürger erreichen, die sonst AfD wählen. Den Hauptunterschied zur AfD - trotz mancher Schnittmenge - verortet Dagdelen in der Wirtschaftspolitik. Die AfD sei wirtschaftsliberal, wende sich beispielsweise gegen den Mindestlohn.

Auch Wagenknecht betonte erneut die Differenz zur AfD, und schloß deshalb direkte Wechsel von AfD-Parteimitgliedern zum BSW aus. - Die Frage, wie sie ohne Querfront die politische Macht erobern will? Als Alternative bleibt ja bloß eine Koalitionen mit den abgelehnten Altparteien.

Weiteres Personal: Die Führung der Partei hat neben Sahra Wagenknecht ebenfalls eine Ex-Linke inne: Amira Mohamed Ali. Den Posten des Generalsekretärs übernimmt der Bundestagsabgeordnete Christian Leye, Schatzmeister ist der Unternehmer Ralph Suikat während Lukas Schön das Amt des Geschäftsführers übernimmt. Datum für den ersten BSW-Bundestag: 27. Januar in Berlin geplant.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27862" berichtet am 8. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Deutschlandweite Proteste - Unzufriedenheit und Wut nicht nur unter Bauern**

Eine neue Protestwelle der Bauern startet am 8. Januar in verschiedenen deutschen Städten. Viele andere Berufsgruppen, wie Spediteure, Lokführer, Gastronomen und Handwerker schließen sich an. Auch sie leiden unter den Maßnahmen der Ampelregierung und fürchten um ihre Existenz. Durch diese verfehlte Agrarpolitik wird nicht nur die Existenz der Bauern, sondern die der gesamten Gesellschaft gefährdet!

Im Haushalt der deutschen Bundesregierung klafft gerade ein großes Loch. Milliardensummen müssen eingespart und die grüne Agenda soll gleichzeitig weitergeführt werden. Bei den Bauern geht es konkret um die Einsparung von etwa 1 Milliarde Euro durch die Streichung der Subventionen für Agrardiesel und der bisherigen Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für Landwirtschaftsfahrzeuge. Dagegen wehrten sich die Bauern schon im Dezember und riefen zu einer Großdemonstration in Berlin auf. Mit 1.500 Traktoren blockierten sie komplett die Straße zum Brandenburger Tor.

Zu Jahresbeginn 2024 bahnt sich nun eine enorme Ausweitung dieser Protestaktionen an. Ein

erster Höhepunkt ist der 8. Januar 2024, der eine Protest-Woche mit anschließender Großdemonstration am 15. Januar 2024 in Berlin einläutet.

Alfons Wolff: Bundessprecher der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN

"Der Protest geht weiter. Die Steuerpläne der Bundesregierung müssen weg und zwar ersatzlos. Laß uns dafür im neuen Jahr auf die Straße gehen mit allen gemeinsam, egal, welcher Verband und mit all den Bürgern, die sich bereits uns angeschlossen haben.

Das Scheitern der Ampelkoalition hilft uns alleine nicht weiter. Wir brauchen Perspektiven. Und selbst AfD und CDU haben dem Gesetzesvorschlag zugestimmt, was kaum zu glauben ist. Nicht nur die ungerechtfertigten Steuern sind heute unser Problem. Die Freien Bauern fordern ein grundsätzliches Umsteuern in der Agrarpolitik.

Weg mit "Green Deal" und "Farm to Fork". Weg mit den überzogenen Auflagen und der wahnsinnigen Bürokratie. Weg mit dem Preisdruck durch Importe, die nicht nach unseren Standards produziert wurden. Weg mit dem Preisdruck durch Monopole in vor- und nachgelagertem Bereich. Weg mit Gentechnik, Laborfleisch und Insektenfraß. Und vor allen Dingen auch weg mit den Wölfen aus unserer Kulturlandschaft. Wir fordern eine Neuausrichtung der Agrarpolitik."

Den Bauernprotesten schließen sich immer mehr andere Berufsgruppen, wie Spediteure, Lokführer, Gastronomen und Handwerker an. Auch sie leiden unter den Maßnahmen der Ampelregierung und fürchten um ihre Existenz.

Aus aktuellem Anlaß strahlen wir deshalb im Anschluß noch einmal die Doku "Bauernopfer" aus. Sie beleuchtet Hintergründe und Strategien dieser verfehlten Agrarpolitik, mit der nicht nur die Existenz der Bauern, sondern (die) der gesamten Gesellschaft gefährdet wird.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2024: >>US-Wahl 2024: "Dies ist die letzte Schlacht"

Von *Daniell Pföhringer*

In den USA deutet alles auf eine Wiederwahl Donald Trumps hin. Als Fallstrick für den früheren Präsidenten könnte sich allerdings die politisierte Justiz erweisen. Doch selbst ausgewiesene Gegner hissen schon die weiße Fahne. ...

Diesmal wollen die Trump-Unterstützer nichts anbrennen lassen. Unter der Leitung der Heritage Foundation haben sich mehr als 80 Organisationen und Einzelpersonen zusammengesetzt, um bei einem erneuten Einzug des Republikaners ins Weiße Haus möglichst rasch vollendete Tatsachen zu schaffen.

Das Vorhaben der einflußreichen Stiftung, die sich nach eigener Aussage der Förderung "konservativer Politik auf der Grundlage der freien Marktwirtschaft, des minimalen Staates, der individuellen Freiheit, traditioneller amerikanischer Werte und einer starken nationalen Verteidigung" verschrieben hat, firmiert unter der Bezeichnung Project 2025 und skizziert auf über 900 Seiten Grundzüge eines künftigen Regierungsprogramms, die das Koordinatensystem des Landes nachhaltig nach rechts verschieben sollen.

Der große Kehraus

"Wir werden eine ganze Armee loyaler, gut vorbereiteter und politisch gut bewaffneter Konservativer zum Einsatz bringen für die Schlacht gegen den Deep State", so Projektleiter Paul Dans in einem Video auf der Website der 1973 von dem Biermagnaten Joseph Coors gegründeten Denkfabrik.

Die martialische Rhetorik liegt ganz auf der Linie Trumps. "Dies ist die letzte Schlacht", hatte er selbst in einer Rede im Juni 2023 seinen Anhängern zugerufen. Und weiter:

"Mit euch an meiner Seite werden wir den Tiefen Staat zerstören. Wir werden die Kriegstreiber aus unserer Regierung verjagen, wir werden die Globalisten vertreiben, wir werden die Kommunisten hinauswerfen, wir werden die kranke politische Klasse loswerden, die unser Land haßt."

Für Hans Noel, Politikwissenschaftler an der Georgetown University, ist das "eine ziemlich aggressive Strategie", weil dem Präsidenten "mehr Macht, mehr Durchgriffsmöglichkeiten" gegeben werden sollen. Als Beispiel nennt er die Ideen zur Umgestaltung der staatlichen Wahlbehörde FEC, die derzeit paritätisch mit Demokraten und Republikanern besetzt ist. "Hier lautet das Projektziel: Laßt uns sicherstellen, daß alle Leute auf unserer Seite stehen", so Noel.

Seine Einschätzung: "Es gibt andere Akteure in den Vereinigten Staaten, die gewillt und in der Lage sein werden, jeden Präsidenten in die Schranken zu weisen, allen voran den Kongress. Aber wenn jemand wie Trump erneut ins Amt kommt, der seine Macht unbedingt ausreizen will, speziell bei internationalen Themen wie Klimaschutz und NATO, dann kann es gut sein, daß eine zweite Amtszeit noch extremer wird."

Mit Klartext an die Spitze

Tatsächlich denkt Trump nicht im Traum daran, verbal abzurüsten oder mit dem Weichzeichner über seine politischen Positionen zu gehen. Im Gegenteil: Er legt immer noch eine Schippe drauf. Erst im November 2023 hatte er mit einer Aussage in New Hampshire für Aufregung im Blätterwald gesorgt:

"Wir werden die Kommunisten, Marxisten, Faschisten und linksradikalen Gangster ausrotten, die wie Ungeziefer in den Grenzen unseres Landes leben, die lügen, stehlen und bei Wahlen schummeln und alles in ihrer Macht Stehende unternehmen werden - legal oder illegal -, um Amerika zu zerstören."

Auf seiner Plattform Truth Social versprach Trump unlängst, er werde "die Fake-News-Medien in die Flucht jagen". Sender wie NBC oder CNN bezeichnete er als "Feinde der Menschen", die "eine echte Bedrohung für die Demokratie" darstellten. ...

Illegalen Einwanderern wirft der Republikaner vor, "das Blut unseres Landes" zu "vergiften". Grenzschutz und Remigration stehen deshalb ganz oben auf seiner Agenda. ...

Juristische Fallstricke

An der Wahlurne dürfte Trump also nur schwer zu stoppen sein - sehr wohl aber auf juristischem Weg. Der Ex-Präsident sieht sich momentan mit vier Verfahren konfrontiert, die allesamt politisch motiviert sind:

Im Bundesstaat Georgia hat die Bezirksstaatsanwaltschaft von Fulton County, wo die Hauptstadt Atlanta liegt, gegen Trump und 18 weitere Beschuldigte Anklage wegen versuchter Wahlmanipulation 2020 erhoben. Wann der Prozeß startet, ist noch nicht bekannt. Ende der Textauszüge.<<

09.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Maskenpflicht in Spanien wieder eingeführt

Ein halbes Jahr nach der Aufhebung der Maskenpflicht in Gesundheitseinrichtungen führt die neue Gesundheitsministerin Spaniens die Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wieder ein. In einigen Regionen wird sogar das Tragen an öffentlichen Orten empfohlen.

Wim Lukowsky

Eigentlich sollte Spanien weit vor dem Ende der Covid-Pandemie eines der liberalsten europäischen Länder im Umgang mit Restriktionen sein. Viele Maßnahmen-Kritiker lobten hierzulande die Einschätzung des Virus als "Erkältung" und die daraus folgenden liberaleren Positionen zu Covid-19. Ausschlaggebend dafür waren die Einschätzungen der damaligen Gesundheitsministerin Carolina Darias. Dennoch wurde die Maskenpflicht in Gesundheitseinrichtungen erst im Sommer 2023 gekippt. Ein halbes Jahr und neue Wahlen später sieht es schon wieder ganz anders aus: Spanien führt die Maskenpflicht wieder ein.

Grund dafür ist diesmal nicht nur Corona, sondern auch andere Atemwegserkrankungen. Wie

auch hierzulande leidet die spanische Bevölkerung momentan unter einer enormen Krankheitswelle, neben Covid-19 ist auch die Grippe mal wieder stark verbreitet. Ab Mittwoch soll deswegen das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in Gesundheitseinrichtungen wieder obligatorisch werden. Eigentlich wollte die spanische Gesundheitsministerin Monica García die einzelnen Regionen davon überzeugen, die Maskenpflicht selbstständig einzuführen. Weil sich die kommunale Politik nicht zu diesem Schritt hinreißen ließ, griff García jetzt hart durch.

Die erneuten Restriktionen begründet die Gesundheitsministerin mit dem Schutz gefährdeter Bevölkerungskreise, dazu zählt sie Kleinkinder und ältere Menschen sowie das Personal in Gesundheitseinrichtungen. Das stehe momentan nämlich extrem unter Druck, weil die Krankenhäuser und Notaufnahmen stark ausgelastet sind.

Krankheitswelle in Spanien vergleichsweise milde

Mit 1.501 Atemwegserkrankungen auf 100.000 Einwohner gab es vor allem in Valencia seit dem 26. Dezember einen starken Anstieg. Deshalb hatten sich fünf Regionen bereits am Freitag zur Wiedereinführung der Maskenpflicht bekannt. Außerdem wurde den Bürgern von Katalonien und Aragonien das Tragen von Masken an öffentlichen Orten und in geschlossenen Räumen "dringend" empfohlen.

Zum Vergleich: in der letzten Dezemberwoche lag die ARE-Inzidenz (akute respiratorische Erkrankung) in Deutschland bei 7.300 Fällen pro 100.000 Einwohner - Atemwegserkrankungen waren demnach fast fünfmal so häufig. In den westdeutschen Bundesländern sowie Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind die Intensivstationen der Krankenhäuser stark ausgelastet, die neuen Bundesländer verzeichnen genügend freie Betten.

Das Statistische Bundesamt gab in einer Pressemitteilung im vergangenen September bekannt, daß die Behandlungen in Krankenhäusern wieder rückläufig sind. Zu Versorgungsknappheit kommt es dennoch: einerseits herrscht nach wie vor ein Medikamentenmangel, andererseits werden immer wieder Stellen und auch Behandlungsmöglichkeiten in Krankenhäusern zurückgebaut. Die Kliniken und Gesundheitsminister der Länder befinden sich auch deswegen im Streit mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD).<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Januar 2024: >>**Gastkommentar: Dem System geht die Muffe!**

Ein Wintersturm fegt durchs Land. Den Bauernprotesten könnte schon bald ein "heißer Frühling" folgen. Immer mehr Menschen hierzulande merken plötzlich: Moment mal, wir müssen uns nicht mehr alles gefallen lassen. Die Bauern zeigen, wie's geht!

"Ex-Bild-Politikchef" Einar Koch: "Die Lunte zu einem Pulverfaß brennt. Auf diesem Pulverfaß stehen groß die Buchstaben: VOLKSAUFSTAND!" Genau davor hätten die Ampel und ihre medialen Handlanger Angst.

VON EINAR KOCH*

Der Wintersturm

Ampel und System-Journaille sind im Panik-Modus. Sie fürchten, daß der Bauernaufstand nur der Anfang sein könnte; sie spüren, daß ein Wintersturm durchs Land fegt, dem schon bald ein "heißer Frühling" könnte.

Ampel und System-Journaille dümmert, daß die Lunte zu einem Pulverfaß brennt. Auf diesem Faß stehen groß die Buchstaben: VOLKSAUFSTAND!

Denn längst geht es nicht mehr nur um Steuerbefreiungen und Agrar-Diesel. Es geht um viel mehr - es geht um DEUTSCHLAND!

Genau davor haben die Ampel und ihre medialen Propaganda-Assistenten Angst:

Daß die große Mehrheit der Deutschen nicht länger bereit ist, die systematische, von Klima-Ideologie getriebene Zerstörung unseres Wohlstandes widerspruchslos hinzunehmen.

Daß immer mehr Menschen nicht länger willens sind, dieser Regierung wie die Lemminge in

den kollektiven Abgrund zu folgen. Einer Regierung und einem Kanzler, die durch den Bruch ihres Amtseides ("Schaden vom deutschen Volk wenden, seinen Nutzen mehren") jede Legitimität verloren haben!

Wie groß die Angst der Regierenden ist, machen die gleichermaßen verstörenden wie verzweifelten Worte von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") deutlich: "Diese Republik ist der beste Staat, den Deutschland je hatte. Wir müssen für sie einstehen. Seien wir solidarisch, als Demokratinnen und Demokraten und in diesem Sinne patriotisch. In dieser Woche und in den nächsten, in dieser Zeit."

Das sagt ausgerechnet der Mann, der nach eigenem Bekunden mit Deutschland "noch nie etwas anzufangen" wußte und es bis heute nicht weiß! Fehlte nur noch der flehentliche Zusatz: "Ich liebe doch alle, alle Menschen ..."

Die Gegenoffensive des Systems folgt einem alten, aus Corona-Zeiten bekannten Muster: Warnungen vor einem "Kapern" der Proteste durch "Rechtsextreme"; Diffamierung einer Volksgruppe als wahlweise "Kartoffel-Mob", "Mistgabel-Mob", "Mähdrescher-Mob"; Hochstilisieren von vereinzelt grenzüberschreitenden Vorkommnissen.

Übrigens: Es wäre nicht das erste Mal, daß Provokateure des Verfassungsschutzes (Regierungsschutzes) für genau diese klammheimlich gewünschte "Entgrenzung" sorgen!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<*

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Breite Mehrheit der Deutschen unterstützt Bauern-Proteste!**

Über diese Zahlen kann man nur überrascht sein, wenn man wie die Ampel-Regierung und die CDU in einem Paralleluniversum lebt: Mit 69 Prozent der Deutschen unterstützt eine breite Mehrheit die aktuellen Bauernproteste! Nur rund ein Fünftel (22 Prozent) spricht sich laut der entsprechenden Erhebung des INSA-Instituts gegen die Proteste aus.

Damit ist klar: Die AfD wird in ihrer Politik bestätigt - schließlich sorgt nur die ideologiefreie AfD-Energiepolitik dafür, daß Landwirte ihre Energiekosten wieder stemmen können. Außerdem forderte die AfD bereits im Jahr 2022 mit einem Bundestags-Antrag, daß die Agrardiesel-Rückerstattung verdoppelt wird (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>).

Unsere Politik erweist sich einmal mehr als vorausschauend und weitsichtig!

Daß den Bauern eine Welle der Sympathie aus der Bevölkerung entgegenkommt, ist aus zwei Gründen kein Wunder. Erstens haben die Menschen auch jenseits des bäuerlichen Berufsstands die Nase voll von CO2-Abzocke und grüner Energiepolitik.

Und zweitens bringen die Bauern ihren Protest im Gegensatz zur "Letzten Generation" zivilisiert, demokratisch und menschlich zum Ausdruck: Für die Durchfahrt von Rettungsfahrzeugen wurden die Blockaden unterbrochen. Während die Öko-Terroristen der "Letzten Generation" auf blinde Zerstörungswut und billige Parolen setzen, überzeugen die Bauern mit Argumenten und sympathischem Auftreten.

"Wir merken schon, daß alles sehr gesittet abläuft. Man ist auch mit Augenmaß dabei", sagt ein Sprecher der brandenburgischen Polizeidirektion Nord.

Solche demokratischen Proteste gegen den Ampel-Irrsinn zu unterstützen, wird uns auch weiterhin ein Herzensanliegen bleiben. Die INSA-Umfrage macht Mut und zeigt, daß sich der Wind des Zeitgeists längst gedreht hat. Wir bleiben mit euch auf der Straße, damit endlich eine Politik für steuerliche Entlastungen, für die Unterstützung unserer Landwirtschaft und für die Interessen der eigenen Bürger gemacht wird. Die Ampel wird bald ganz allein stehen!

Lesen Sie hier das vollständige AfD-Sofortprogramm für unsere Landwirtschaft: <https://www.afd.de/sofortprogramm-landwirtschaft/><<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Produktion in Deutschland sinkt weiter stärker als erwartet

Die Produktion in Deutschland sinkt erneut deutlich stärker als erwartet. Dies ist bereits der sechste Schrumpf-Monat in Folge. Das Wirtschaftsministerium meint: Mit Besserung ist nicht zu rechnen.

Max Roland

Im November reduzierten deutsche Unternehmen ihre Produktion bereits den sechsten Monat in Folge. Die Industrie, der Bau- und Energiesektor verzeichneten insgesamt einen Rückgang um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vormonat, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag bekannt gab. Ökonomen, die von der Nachrichtenagentur Reuters befragt wurden, hatten hingegen einen Anstieg um 0,2 Prozent erwartet, nach einem Rückgang um 0,3 Prozent im Oktober. Der unerwartet starke Rückgang wird daher als Überraschung betrachtet.

Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer äußerte sich dazu. Laut der FAZ sagte er: Der erneute deutliche Rückgang der Industrieproduktion zeigt, daß die Unternehmen immer mehr auf die geleerten Auftragsbücher reagieren. Die zurückliegenden weltweiten Zinserhöhungen als Reaktion auf die hohe Inflation fordern ihren Tribut."

Es deutet sich keine baldige Besserung an. Das Bundeswirtschaftsministerium kommentierte die aktuelle Entwicklung mit den Worten: "Mit einer schnellen Trendwende der Industriekonjunktur kann angesichts aktueller Frühindikatoren wie Auftragseingängen und Geschäftsklima nicht gerechnet werden." Das Neugeschäft der Industrie sank von September bis November um 4,5 Prozent gegenüber den drei vorangegangenen Monaten. Trotzdem hofft das Ministerium auf eine Erholung im weiteren Jahresverlauf aufgrund der erwarteten binnenwirtschaftlichen Belebung und steigender Exporte.

Im November sank die Produktion der exportabhängigen Industrie allein um 0,5 Prozent gegenüber dem Vormonat. Dabei verzeichneten Investitionsgüter wie Maschinen und Fahrzeuge einen besonders deutlichen Rückgang von 0,7 Prozent. Die Produktion von Vorleistungsgütern sank um 0,5 Prozent, während Konsumgüter um 0,1 Prozent zurückgingen. Die Energieerzeugung wuchs hingegen um 3,9 Prozent. Die Bauproduktion schrumpfte um 2,9 Prozent, wobei die Baubranche unter hohen Zinskosten leidet, die bei privaten und professionellen Investoren zu Zurückhaltung führen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Januar 2024: >>Tod in Salzburg: Auf Wiedersehen, Franz!

Von *Sven Eggerts*

Jeder wußte, daß es nicht gut um ihn steht, aber jetzt schmerzt es doch: Franz Beckenbauer ist nicht mehr. Der beste deutsche Fußballspieler aller Zeiten ist am vergangenen Sonntag im Kreise seiner Familie friedlich eingeschlafen. Er wurde 78 Jahre alt. ...

Wohl jeder Deutsche hat seine ganz persönliche Beckenbauer-Erinnerung: Der Kaiser 1974 mit dem WM-Pokal in den Händen, Franz 1970 mit verbundener Schulter inmitten der Fußballschlacht gegen Italien, als Trainer allein im Mittelkreis in der Nacht von Rom 1990, als erfolgreicher Torwand-Schütze von einem Weißbier-Glas aus, Franz vor dem Knorr-Suppenteller in der Fernsehwerbung oder als Schlägerkönig mit "Gute Freunde kann niemand trennen."

Zum FCB geohrfeigt

Eigentlich stammt er aus Giesing, einem klassischen Münchner Arbeiterviertel. Das ist das Gebiet der Sechziger, also der Blauen. Und eben dort landete der junge Beckenbauer dann auch. Ungezählte Male ist bis heute die Geschichte erzählt worden, wie der 13-jährige Franz im Training von einem Mitspieler eine Ohrfeige kassiert hatte, dann den Löwen beleidigt den Rücken kehrte und schließlich beim roten FC Bayern landete.

Im Nachhinein hat sich diese Ohrfeige natürlich als segensreich erwiesen, denn beim FC

Bayern startete Franz Beckenbauer so richtig durch. Für den FCB absolvierte er zwischen 1964 und 1977 sage und schreibe 427 Spiele, schoß als Abwehrspieler 60 Tore und gewann Titel in Serie, darunter vier Pokalsiege und fünf deutsche Meisterschaften. Dabei ist zu bedenken, daß Bayern erst 1965 in die Bundesliga aufgestiegen war. Und es kommen noch vier Europapokalerfolge dazu.

Geniale Pässe

Der Junge aus dem Arbeiterviertel war einer der ersten Fußballstars, wie wir sie später dann noch kennenlernen sollten. Fritz Walter und Kameraden waren Helden, aber Beckenbauer wurde bereits gezielt vermarktet. Er leistete sich früh einen eigenen Manager, tauchte in der TV-Werbung auf und verantwortet einen musikalischen Ohrwurm, der bis heute auf Partys und Volksfesten nur zu gerne angespielt wird:

"Gute Freunde kann niemand trennen, gute Freunde sind nie allein, weil sie eines im Leben können, füreinander da zu sein."

Für ihn wurde auf dem Fußballfeld die Position des Liberos erfunden; jedenfalls hat er sie ganz neu interpretiert. Beckenbauer trat auf dem Spielfeld zumeist in kerzengerader Haltung auf, spielte seine genialen Pässe aus dem Fußgelenk heraus, ohne auszuholen. In vielen Fällen lupfte er die Kugel zum Mitspieler. Er mußte selten rennen und grätschen, weil er das Spiel wie kaum ein Zweiter lesen konnte. Wo andere Spieler hinrennen mußten, da war er schon.

Selbstverständlich war auch ihm bewußt, daß er nur mit guten Mitspielern glänzen konnte. Unverzichtbar war "sein" Vorstopper, der ihm oft den Rücken freihielt. Franz konnte glänzen, weil Katsche Schwarzenbeck grätschte; famos, die beiden. Fritz Walter und Uwe Seeler spielten nicht mehr, doch mit Beckenbauer rückte eine Lichtgestalt nach, eine Fußball-Legende, ein weiterer Ehrenspielführer.

Der Siegertyp

Er war auch eine Figur des Erfolges, ein Siegertyp. Keine zwei Jahrzehnte nach Kriegsende war das durchaus von Bedeutung. Er steht für eine Zeit, in der die Nachkriegswelt der Deutschen soweit noch in Ordnung war. Ich selbst habe das WM-Halbfinale 1970 im Wohnwagen eines Italien-Urlaubs mit meinen Eltern und deren Freunden erlebt bzw. wahrgenommen. Er gab diverse Leckereien und Bier für die Erwachsenen. BRD-Idylle in Reinkultur. Beckenbauer verkörperte ein Stück heile Welt, um die man uns Deutsche auch tatsächlich beneidete. Er war wir - wie VW und Wein oder Vollkornbrot und der Mercedes-Stern. Wir verloren zusammen, meistens aber gewannen wir mit ihm.

Mit der Nationalmannschaft, die den Deutschen damals noch viel bedeutet hatte, erklimm er Gipfel auf Gipfel. 1966 in England war er als ganz junger Spieler bereits dabei, wurde gleich Vize-Weltmeister, 1970 schaffte er während des unvergessenen Turniers in Mexiko mit den brachialen Spielen gegen England und Italien den sportlichen Durchbruch. Beckenbauer wuchs über sich hinaus, spielte gegen Italien mit ausgekugelter Schulter und wurde zur überragenden Spielerpersönlichkeit des gesamten Turniers. 1972 führte er die wohl beste deutsche Nationalelf aller Zeiten zum EM-Titel, 1974 zum Gewinn der Weltmeisterschaft im eigenen Land. Die goldenen Siebziger sind auf und neben dem Fußballplatz untrennbar mit seinem Namen verbunden.

COMPACT-Spezial Nationalsport Fußball

Beckenbauer wurde 1972 und 1976 Europas Fußballer des Jahres und 2000 Deutschlands Fußballer des Jahrhunderts. Auch sonst wurden ihm diverse Auszeichnungen zuteil. Groß war die Aufregung, als er im Herbst seiner Karriere zu Cosmos New York wechselte. Daß er dann nochmals zum Hamburger SV in die Bundesliga zurückkehrte, freute Millionen Fußballfreunde. Er wurde mit großem Bahnhof empfangen, auch von mir. Daß er mit dem HSV dann auch noch Deutscher Meister wurde, versteht sich beinahe von selbst. Am 1. Juni 1982 bestritt er in Hamburg schließlich sein Abschiedsspiel.

Weltmeister auch als Trainer

Damals konnte niemand ahnen, daß er uns 1990 in Rom gegen Argentinien auch noch als Trainer zum WM-Titel führen würde. Franz Beckenbauer übernahm die DFB-Elf 1984, hielt als erste Amtshandlung die Spieler zum Singen der Nationalhymne an, und als er die Truppe dann in andere Hände übergab, da war sie hochverdient Weltmeister und die BRD wiedervereint. Daß Franz später dafür sorgte, die Deutschland die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 ausrichten und ein unvergessenes "Sommermärchen" erleben konnte, schließt sein Lebenswerk auf eine unglaubliche Weise ab.

Neben dem Fußballplatz ist es für Beckenbauer nicht immer rund gelaufen. Zwei Scheidungen sorgten für viele, viele Schlagzeilen in den siebziger achtziger Jahren, und er hatte früher auch schon Ärger mit dem Finanzamt. 2015 verlor er seinen Sohn Stefan nach langer Krankheit.

Eine Kampagne zum Ende

Seit 2016 arbeitete sich der Spiegel an ihm ab, der Beckenbauer unterstellte, die Vergabe des Sommermärchens erkaufte zu haben. Er gab auch Ermittlungen in dieser Sache, aber so richtig bewiesen werden konnten die Vorwürfe nicht. Beckenbauer soll die Kampagne gegen seine Person schwer zugesetzt haben. Dabei haben ihm die Deutschen längst verziehen: Katar hat möglicherweise die WM gekauft, Rußland auch, Südafrika auch, da sei es doch ganz normal, daß auch Deutschland auf diese Weise zum Zug gekommen sein mag. So ungefähr lautete immer der Tenor im Volk.

Beckenbauer war nie politisch lehrmeisterlich, er wollte die Deutschen nicht erziehen. Er hat keine Impf-Propaganda und auch keine Kriegshetze zu verantworten. Und daß sein Tod am Tag der Bauernproteste bekannt wurde, ist möglicherweise auch kein Zufall. Ruhe in Frieden, Franz Beckenbauer!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Januar 2024: >>Asylzahlen explodieren um 51 Prozent - Curio (AfD) fordert sofortige "Migrationswende"

Im vergangenen Jahr hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erneut einen starken Anstieg von Erstanträgen auf Asyl verzeichnet - um rund 111.000 gegenüber 2022 auf zuletzt 329.120. Das entspricht einer Zunahme von rund 51 Prozent! Hauptherkunftsländer waren Syrien (104.000), die Türkei (62.624) und Afghanistan (53.582). Der Anteil positiv beschiedener Anträge lag laut der jetzt veröffentlichten BAMF-Jahresstatistik bei knapp 52 Prozent.

Zu den explodierenden Asylzahlen erklärte der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio: "Seit Amtsantritt der Ampelregierung rollt die Migrationswelle ungebremst." Innerhalb von nur zwei Jahren habe sich die Zahl sogenannter Schutzsuchender mehr als verdoppelt. Hierbei seien Familiennachzug und freiwillige Aufnahmeprogramme mit weiteren "in die Hunderttausende gehenden Zuzügen" noch nicht berücksichtigt.

Curio bekräftigte die Forderung seiner Partei nach einer "Migrationswende". Diese müsse "jetzt" erfolgen. Der AfD-Innenexperte kritisierte: "Mit Bleiberechten und Spurwechseln für Illegale, Turbo-Einbürgerungen, noch mehr 'Bürgergeld' (faktisch Migrantengeld) sowie Forderungen nach einem erweiterten Familiennachzug für Subsidiäre setzt die Ampel immer wieder Signale für einen ungebrochenen Zustrom nach Deutschland. Gegenmaßnahmen wie das sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz mit gerade einmal 600 erwarteten zusätzlichen Abschiebungen haben reinen Alibicharakter."<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Januar 2024: >>Mossad-Falle? Epsteins geheime Sex-Tapes

Von *Daniell Pföhringer*

Ließ Jeffrey Epstein heimlich Aufnahmen von Prominenten beim Sex mit jungen Frauen anfertigen? Und wenn ja, war dies eine Honigfalle im Auftrag des israelischen Geheimdienstes? ...

Aus den in der vergangenen Woche entsiegelten Gerichtsdokumenten zum Fall Epstein geht laut der britischen Zeitung "Daily Mail" hervor, daß der im August 2019 unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommene Investmentbanker und Sexualstraftäter Jeffrey Epstein möglicherweise Videoaufnahmen von Bill Clinton, Prinz Andrew und anderen Prominenten beim Sex mit jungen Frauen angefertigt haben soll.

Brisante Aussagen einer Zeugin

Im Zentrum der neuen Enthüllungen steht das Epstein-Opfer Sarah Ransome, die 2021 als Zeugin im Prozeß gegen dessen Komplizin Ghislaine Maxwell ausgesagt hatte. Laut Akte gab sie zu Protokoll:

"Als meine Freundin Geschlechtsverkehr mit Clinton, Prinz Andrew und Richard Branson hatte, wurden von Jeffrey bei jeder einzelnen Gelegenheit Sexbänder gefilmt."

Weiter sagte sie aus: "Gott sei Dank gelang es ihr, einige der gefilmten Sex-Tapes in die Hände zu bekommen, auf denen die Gesichter von Clinton, Prinz Andrew und Branson beim Geschlechtsverkehr mit ihr klar zu erkennen sind." Der Name von Branson tauchte bislang nicht im Zusammenhang mit dem Fall Epstein auf. Bei ihm handelt es sich um den Gründer der Virgin Group, die verschiedene Unternehmen, unter anderem im Bereich Musikproduktion und Luftfahrt, unter ihrem Dach hat.

Die Kanzlei von Epstein hatte die Angaben seinerzeit als "kategorisch falsch" zurückgewiesen. Sie seien ein Beweis dafür, daß es Ransome "offensichtlich an Glaubwürdigkeit mangle". Pikant: Laut der New York Post sagte Ransome aus, daß auch Donald Trump regelmäßig "sexuelle Beziehungen" zu einer ihrer Freundinnen gepflegt haben soll. Allerdings konnte sie diese Angaben nicht belegen. Daher widerrief sie sie kurze Zeit später wieder.

Anschuldigungen gegen Trump

Tatsächlich ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß Trump zu Epsteins Klientel zählte. Beide kannten sich zwar aus dem New Yorker Geschäftsleben, doch später kam es zum Bruch - und zwar weil Epstein auf Trumps Anwesen Mar-a-Lago in Miami, Florida, gegenüber einem Mädchen übergriffig wurde.

Als Trump davon erfuhr, erteilte er seinem Gast Hausverbot. Nachdem es dann 2005 zur ersten Anklage gegen Epstein kam, ging Trump von sich aus zur Polizei, um von dem Vorfall zu berichten. Bradley Edwards, einer der Opferanwälte, erklärte dazu in einem Interview:

"Das Einzige, was ich über Präsident Trump sagen kann, ist dies: Als ich 2009 vielen Leuten Vorladungen zustellte oder zumindest einige sehr gut vernetzte Persönlichkeiten wissen ließ, daß ich mit ihnen reden wollte, da war Trump der Einzige, der mich anrief und sagte: Laß uns reden. Ich gebe Dir so viel Zeit, wie Du willst. Ich werde Dir sagen, was Du wissen muß."

Trump sei "wirklich sehr hilfsbereit" gewesen. "Bei allem, was er mir sagte, gab es keinerlei Hinweis darauf, daß er irgendwie in den Fall verwickelt war", so Edwards. Wäre der spätere Präsident tatsächlich auch mit solchen Sex-Tapes erpreßbar gewesen, hätte er wohl kaum von sich aus die Polizei aufgesucht, um über Epsteins Schandtaten auszusagen.

Maxwell und der Mossad

Weitaus wahrscheinlicher sind Sex-Aufnahmen von Bill Clinton oder Prinz Andrew. Doch warum sollte Epstein diese angefertigt haben. Antwort: Um sie später erpressen zu können. Investigativjournalist Oliver Janich geht sogar davon aus, daß es sich bei der Causa Epstein um einen Erpressungsring des Mossad gehandelt habe. Schlüsselfigur hierbei sei Epsteins Komplizin Ghislaine Maxwell gewesen.

Janich dazu in einer seiner COMPACT-Kolumnen:

"Politiker wurden beim Sex mit zum Teil Minderjährigen gefilmt, so hatte man sie in der Hand. Sogar das britische Außenministerium verdächtigte Ghislaines Vater, den Medienmogul Robert Maxwell, für den israelischen Geheimdienst gearbeitet zu haben. Sechs amtierende und ehemalige Leiter israelischer Geheimdienste nahmen 1991 an Papa Maxwells Beerdigung

teil. Premier Jitzchak Schamir sagte in seiner Laudatio: 'Er hat mehr für Israel getan, als man heute sagen kann'."

Janich weiter: "Kurz vor dem Tod des Pressezaren hatte sich ein ehemaliger Mitarbeiter des israelischen Militärgeheimdienstes, Ari Ben-Menashe, an eine Reihe von Nachrichtenorganisationen mit der Behauptung gewandt, Maxwell und der Auslandsredakteur des Daily Mirror, Nicholas Davies, seien beide langjährige Agenten des Mossad. Ben-Menashe behauptete auch, daß Maxwell 1986 die israelische Botschaft in London darüber informierte, daß der Insider Mordechai Vanunu Informationen über Israels Atomwaffen an die britische Presse weitergegeben hatte. Vanunu wurde daraufhin vom Mossad entführt, in Israel wegen Hochverrats verurteilt und für 18 Jahre ins Gefängnis gesteckt. Pulitzerpreisträger Seymour Hersh bestätigte einige der Anschuldigungen von Ben-Menashe."

Im Herz der Kabale

Einer der führenden Staatsanwälte in dem Prozeß gegen Ghislaine Maxwell war Maurene Comey, die Tochter des ehemaligen FBI-Chefs James Comey, der mit schmutzigen Tricks versucht hat, Donald Trump zu entmachten. Als Richterin wiederum fungierte Alison Nathan. Die war zuvor als stellvertretende Beraterin für US-Präsident Barack Obama tätig.

Während des Wahlkampfes 2004 war sie Associate National Counsel von John Kerry, dem späteren Außenminister von Obama. Noch am 16. November 2021, also kurz vor Beginn des Prozesses gegen Maxwell, berichtete die New York Times, daß Chuck Schumer, damals Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, Präsident Joe Biden Nathan für eine freie Stelle am Zweiten Bundesberufungsgericht empfohlen hat ...

Daß unter diesen Umständen in dem Verfahren keine mögliche Mossad-Kabale aufgedeckt werden konnte, versteht sich von selbst. Die nun bekannt gewordenen Aussagen von Sarah Ransome würden da allerdings genau ins Bild passen. Die Frage ist nur: Wurde die Zeugin von den gleichen Kreisen so unter Druck gesetzt, daß sie ihre Aussagen letztlich wieder zurückzog? Dies wäre unbedingt aufzuklären.

Nichts für schwache Nerven: In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" zeigen wir, wie Satanisten, Geheimdienste und Pädophile die Film- und Musikindustrie infiltriert haben - und welche teuflische Agenda dahintersteckt.<<

10.01.2024

BRD: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 10. Januar 2024 (x1.354/...): >>Geleakte Impfdaten aus Neuseeland: Unterschiedliche Sterberaten je Charge

Ende November 2023 hat ein Datenbankadministrator der neuseeländischen Gesundheitsbehörde Teile einer Impfdatenbank anonymisiert veröffentlicht, um auf Gefahren der mRNA-Präparate hinzuweisen.

Multipolar hat die Daten überprüft. Einige Interpretationen des Whistleblowers sind fehlerhaft, andere aber relevant. So bestätigen die Daten aus Neuseeland die Erkenntnisse dänischer Forscher zu unterschiedlichen Nebenwirkungsraten je Charge.

KARSTEN MONTAG

Ende November 2023 erklärte ein Whistleblower der neuseeländischen Gesundheitsbehörde in einem Video, daß er anhand amtlicher Daten eine höhere Sterblichkeit aufgrund der COVID-19-Impfungen belegen könne. Das Video wurde von der in Neuseeland bekannten ehemaligen TV-Moderatorin Liz Gunn veröffentlicht, einer Kritikerin der mRNA-Präparate, die 2023 eine eigene Partei gegründet hat. Kurz darauf bestätigte sich, daß sowohl der Informant namens Barry Young als auch seine Daten authentisch sind. Derzeit ermittelt die neuseeländische Justiz gegen ihn.

Der US-amerikanische Multimillionär und Kritiker der mRNA-Präparate Steve Kirsch stand bereits vor Youngs Video-Stellungnahme mit ihm in Kontakt und wertete die Daten aus. Er erklärte Anfang Dezember, daß die Präparate insbesondere in den ersten Wochen nach der

Injektion zu einer erhöhten Todesrate geführt haben sollen, eine höhere Sterberate zur Folge hätten und hochgerechnet weltweit zehn Millionen Menschen an den Injektionen gestorben seien.

Multipolar hat die Daten, die Barry Young im Internet anonymisiert zur Verfügung gestellt hat und die auch von Steve Kirsch ausgewertet wurden, überprüft. Es handelt sich um mehr als vier Millionen Datensätze von circa 2,2 Millionen Geimpften, fast der Hälfte der Einwohner Neuseelands. Jeder Datensatz stellt eine Impfung mit einer Dosis dar. Enthalten sind eine eindeutige fortlaufende ID-Nummer des Geimpften, eine ID-Nummer der jeweiligen Charge (auf Englisch: Batch), eine Information, um die wievielte Dosis des Geimpften es sich handelt, das Datum der Verabreichung der Dosis, das Datum des eventuellen Todeseintritts, der Name des mRNA-Präparats, das Geburtsdatum des Geimpften sowie dessen Alter.

Die Behauptungen, die Barry Young und Steve Kirsch aufgestellt haben, lassen sich anhand der Daten größtenteils nicht bestätigen. Beide haben in ihren Auswertungen methodische Fehler gemacht, zu denen sie sich auf Nachfrage von Multipolar nicht äußern. Dazu mehr im Anhang dieses Beitrags. Zunächst soll dargestellt werden, welche Schlüsse sich dennoch mit großer Sicherheit aus den Daten ziehen lassen.

Auffällige Abweichungen der Sterberaten zwischen unterschiedlichen Chargennummern der Präparate

Immer wieder wird anhand von Analysen der Daten aus Nebenwirkungsdatenbanken vermutet, daß einige Chargen mehr Nebenwirkungen hervorgerufen haben als andere. Zuletzt hatte ein dänischer Beitrag in dem medizinischen Fachmagazin "European Journal of Clinical Investigation" für Aufsehen gesorgt.

Die Autoren hatten auf Basis der Daten der Impfnebenwirkungen der dänischen Gesundheitsbehörde die Anzahl und Schwere von Nebenwirkungen verschiedener Chargen des COVID-19-Präparats von Pfizer/Biontech ausgewertet und verglichen. Sie konnten große Unterschiede bei einzelnen Impfstoffchargen feststellen. Allerdings beruhen die verwendeten Daten auf gemeldeten Verdachtsfällen von Nebenwirkungen aus dem Gesundheitsbereich und sind somit nicht medizinisch bestätigt.

In Deutschland hatte das Paul-Ehrlich-Institut im August 2023 mit einer eigenen Untersuchung zu dem dänischen Beitrag Stellung bezogen, auf Basis der Daten einer Smartphone-App zur Erhebung der Verträglichkeit der Präparate. Das Bundesinstitut erklärte, daß eine chargenbezogene überproportionale Häufung der Anzahl gemeldeter unerwünschter Ereignisse bei bestimmten, in Deutschland verwendeten Comirnaty-Chargen nicht ersichtlich sei. Auch diese Daten sind medizinisch nicht bestätigt.

Ausgehend davon, daß der Tod die ultimative Nebenwirkung eines medizinischen Arzneimittels ist, sollte sich auch bei der Analyse der geleakten Impfdaten aus Neuseeland eine homogene Verteilung der Todesfälle über alle Impfstoffchargen zeigen - falls sich die Erkenntnisse aus Deutschland auf den Inselstaat im Pazifischen Ozean übertragen lassen.

Untersucht wurden die Todesfälle, die innerhalb eines Jahres nach einer Injektion im Zeitraum 20. April 2021 bis 19. April 2022 mit einer Dosis der ersten 50 Chargen des Präparats von Pfizer/Biontech aufgetreten sind. Um eventuelle Unterschiede festzustellen, wurde je Altersgruppe eine durchschnittliche Sterberate über alle 50 Chargen ermittelt und die Abweichung der Sterberaten je Altersgruppe der einzelnen Chargen von dem Durchschnittswert berechnet. Die visualisierte Auswertung von Multipolar zeigt, daß große Abweichungen - sowohl hinsichtlich einer höheren als auch einer niedrigeren Sterberate - bei den einzelnen Chargen erkennbar sind.

Abbildung 1: Abweichung von der durchschnittlichen Sterberate je Altersgruppe über alle untersuchten Chargennummern im Zeitraum ein Jahr nach der Impfung mit dem COVID-19-Impfpräparat von Pfizer/Biontech ... Datenquelle: geleakte COVID-19-Impfdaten aus Neu-

seeland

Die Darstellung belegt nicht, daß es generell zu einer höheren Sterblichkeit durch die Präparate gekommen ist. Sie liefert allerdings einen Hinweis darauf, daß einige Chargen für erheblich mehr Todesfälle verantwortlich sein könnten als andere.

Des Weiteren ist zu beachten, daß in jüngeren Altersgruppen im Allgemeinen nur sehr wenige Todesfälle auftreten. Der Wert -100 Prozent bedeutet, daß überhaupt kein Todesfall zu verzeichnen war. Ein Wert von über 100 Prozent in einer jüngeren Altersgruppe könnte wiederum nur auf einen einzigen Todesfall zurückzuführen sein, insbesondere dann, wenn nur sehr wenige Dosen einer Impfstoffcharge verabreicht wurden. Es handelt sich also um statistische Ausreißer, die nicht unbedingt auf erhöhte Sterbefälle durch die Injektionen hinweisen. In den höheren Altersgruppen ist das Verhältnis von Impfungen und Sterbefällen jedoch aufgrund der jeweils hohen Anzahl statistisch relevant.

Zu Beginn der Impfkampagne wurden in Neuseeland hauptsächlich ältere Menschen geimpft. Daher traten bei den ersten neun Chargen kaum Todesfälle in den jüngeren Altersgruppen auf. Es ist jedoch deutlich zu erkennen, daß zumindest bei der ersten Charge in fast allen Altersgruppen ab 45 Jahre eine hohe Abweichung vom Durchschnitt zu erkennen ist. Weitere hohe Abweichungen hinsichtlich der Höhe der Sterbefälle lassen sich bei den Chargen 19 bis 33 sowie 42 bis 47 in fast allen Altersgruppen feststellen. Teilweise liegen die Sterberaten einzelner Chargen sogar deutlich über dem Durchschnitt der Sterberaten im Zeitraum 2017 bis 2020.

Abbildung 2: Sterberaten nach der Impfung mit ausgewählten Chargennummern des COVID-19-Impfpräparats von Pfizer/Biontech im Vergleich mit dem Durchschnitt der neuseeländischen Sterberaten im Zeitraum 2017 bis 2020, Datenquellen: geleakte COVID-19-Impfdaten aus Neuseeland, statistisches Amt Neuseeland

Dies ist ein Sicherheitssignal, das einer weiteren Untersuchung bedarf. Die Daten aus Neuseeland bestätigen die Erkenntnisse der dänischen Forscher zu unterschiedlichen Nebenwirkungen je Charge und widersprechen der Stellungnahme des Paul-Ehrlich-Instituts. Es wäre wünschenswert und notwendig, daß die Behörden in Neuseeland und anderen Ländern von ihnen gesammeltes Datenmaterial, das Rückschlüsse auf die Sicherheit der verabreichten Präparate zuläßt, zur weiteren Auswertung anonymisiert veröffentlichen. Die Geheimhaltung der Rohdaten stärkt das Vertrauen nicht.

Anhang

Einschränkungen der Erkenntnisse aus den geleakten Daten

Anhand der Präsentation des Whistleblowers, ist erkenntlich, daß die von ihm entwendeten Daten umfangreicher waren, als diejenigen, die er im Internet veröffentlicht hat. So scheint er über Informationen zu verfügen, die zeigen, wo die einzelnen Impfungen verabreicht und von wem diese vorgenommen wurden. Zudem sind die im Internet verfügbaren Daten von ihm anonymisiert worden. Unter anderem wurden die Original-Chargennummern durch fortlaufende "Batch-IDs" ersetzt. Wie sich im weiteren Verlauf noch zeigen wird, sind ganz offensichtlich auch die Angaben über die Todesfälle nicht vollständig.

Methodische Fehler von Barry Young

Der Whistleblower stellt zunächst den Verlauf der allgemeinen täglichen Sterbefallzahlen für Neuseeland vor, die insbesondere seit Anfang 2022 deutlich angestiegen seien. Da ab September 2022 in Neuseeland keine hohen COVID-19-Sterbefallzahlen mehr registriert wurden, vermutet er, daß die mRNA-Injektionen für die hohe Anzahl von Todesfällen seit dieser Zeit verantwortlich sind. Dies will er anhand der bis dato unter Verschuß gehaltenen Daten des Gesundheitsministeriums belegen.

Wie bereits erwähnt, verfügt er offenbar über Informationen darüber, an welchen Orten in Neuseeland die Sterbefallzahlen in Zusammenhang mit den Injektionen am höchsten sind. An

einzelnen Orten, die er bis auf die Adresse herunterbrechen kann, seien Todesraten von bis zu über 30 Prozent verzeichnet worden. Dabei soll es sich hauptsächlich um medizinische Einrichtungen, Pflegeheime und mobile Impfzentren handeln.

Die Todesraten vergleicht er mit der durchschnittlichen neuseeländischen Sterbefallrate über alle Altersgruppen von 0,75 Prozent. Zu der Frage, wie groß der zeitliche Abstand zwischen Impfung und Sterbedatum ist, macht er keine Aussage. Auch zur Altersverteilung der betroffenen Personen stellt er nur Vermutungen an.

Im Anschluß daran werden diejenigen Chargennummern präsentiert, die nach seiner Analyse für die höchsten Sterbefallraten verantwortlich sind. Dabei scheint es sich aufgrund einer halb verdeckten Überschrift namens "10 Worst Sites for Batches" ("Die 10 schlimmsten Orte für Chargen") nur um Zahlen für die zehn Orte mit den höchsten Sterbefallraten zu handeln. Demnach hätten einzelne Chargen dort Todesraten von bis zu über 20 Prozent nach sich gezogen. Er erklärt, diese Chargen seien allen Altersgruppen verabreicht worden und müßten daher mit der durchschnittlichen neuseeländischen Sterberate von 0,75 Prozent verglichen werden.

Abbildung 3: 10 Worst Sites for Batches, Quelle: New Zealand Loyal

Eine weitere Folie seiner Präsentation stellt einzelne anonymisierte Personen dar, die für die Verabreichung der Präparate verantwortlich waren. Diese hätten Sterbefallraten von bis zu knapp 25 Prozent zu verantworten.

Wie bereits erwähnt, fehlen in den von Young bereitgestellten Daten Informationen zum Ort der Impfung sowie zu denjenigen, die die Injektionen verabreicht haben. Somit kann ein Teil der Aussagen nicht überprüft werden. Jedoch lassen sich generelle Aussagen über die Sterberaten der einzelnen Chargennummern sowie über die Sterberaten je Altersgruppe im Vergleich zu allgemeinen Sterberaten der Vorjahre machen. Diese stehen allerdings in deutlichem Kontrast zu den Äußerungen des Whistleblowers.

Berechnet man die Sterberaten aller in den Datensätzen abgebildeten Injektionen, die den Chargennummern zugeordnet sind, die Young als "Killer" identifiziert hat, sind diese Raten bereits zum Teil deutlich niedriger. Sie erscheinen allerdings im Vergleich zur durchschnittlichen neuseeländischen Todesrate von 0,75 Prozent noch immer sehr hoch. Doch da je Datensatz auch das jeweilige Alter angegeben ist, läßt sich das Durchschnittsalter der Geimpften berechnen.

Abbildung 4: Sterberaten der Chargennummern, Datenquelle: geleakte COVID-19-Impfdaten
Das Durchschnittsalter der Geimpften der von Young untersuchten Chargennummern liegt zwischen 60 und 71 Jahren, das Durchschnittsalter der neuseeländischen Bevölkerung jedoch lediglich bei 38 Jahren. Da die Sterbefallraten mit dem Anstieg des Alters deutlich in die Höhe gehen - in der Altersgruppe der 10- bis 14-jährigen lag sie 2022 in Neuseeland bei 0,01 Prozent, in der Altersgruppe der über 90-jährigen bei über 23 Prozent, lassen sich also nicht einfach die Sterberaten der Chargennummern mit der durchschnittlichen neuseeländischen Sterberate vergleichen, um daraus auf deren Gefahr zu schließen.

Stattdessen muß entweder jeweils eine altersstandardisierte Sterbefallrate berechnet oder die jeweiligen Sterberaten der einzelnen Altersgruppen getrennt verglichen werden. Dies ist der erste methodische Fehler, den Young bei der Analyse seiner Daten gemacht hat. Es liegt nahe, daß ihm noch ein weiterer unterlaufen ist.

Wie bereits erwähnt, hat Young im Interview geäußert, daß er keine Aussage über den Zeitraum zwischen der Injektion und dem eventuellen Todeseintritt machen kann und daß dies noch analysiert werden müsse. Die Datensätze lassen jedoch eine derartige Aussage durchaus zu und man kann erkennen, daß der Zeitraum zwischen letzter Injektion und Todeseintritt bei bis zu zwei Jahren liegen kann. Die durchschnittliche Sterbefallrate von 0,75 Prozent bezieht sich jedoch auf ein Jahr, genau genommen auf das Jahr 2022, wie man beim statistischen Amt

Neuseelands erfahren kann. Die Sterbefallrate verdoppelt sich allerdings statistisch gesehen, wenn man den Zeitraum auf zwei Jahre ausdehnt.

Wenn man die Sterbefallraten der Geimpften mit der allgemeinen Sterbefallrate vergleichen will, darf man also nur Fälle einbeziehen, bei denen der Tod innerhalb eines Jahres nach der Impfung eingetreten ist. Um ein Risikosignal der Impfung in den Daten zu erkennen, muß die Sterbefallrate der Geimpften deutlich höher sein als die allgemeine Sterberate.

Schlußendlich ist es wenig sinnvoll, die Sterberate von knapp der Hälfte der Bevölkerung mit der allgemeinen Sterberate im selben Zeitraum zu vergleichen, da die Sterberate der Geimpften letztendlich einen großen Einfluß auf die allgemeinen Werte hat. Stattdessen sollte die Sterberate der Geimpften mit einem Durchschnitt der allgemeinen Sterberate der Vorjahre verglichen werden.

Korrigierte Untersuchung der Impfstoffchargen

In der nachfolgenden Abbildung wurden lediglich die Personen betrachtet, welche die Chargennummer 1 erhalten haben. Die Sterberaten ergeben sich aus dem Quotienten derjenigen, die innerhalb eines Jahres nach ihrer letzten Injektion verstorben sind, dividiert durch die Anzahl aller Personen mit dieser Charge. Verglichen wurden die Sterberaten je Altersgruppe mit dem Durchschnitt der Sterberaten der Jahre 2017 bis 2020. In den Altersgruppen unter 45 Jahren waren zu wenige Injektionen beziehungsweise Todesfälle vorhanden, um eine statistisch belastbare Aussage zur Sterberate zu machen.

Abbildung 5: Sterberaten je Altersgruppe der Chargennummer 1 im Vergleich zum Durchschnitt der allgemeinen Sterberaten 2017 bis 2020, Datenquellen: geleakte COVID-19-Impfdaten, statistisches Amt Neuseeland

Es ist erkennbar, daß die Sterberaten der Geimpften fast in allen untersuchten Altersgruppen zum Teil deutlich über dem Durchschnitt der allgemeinen Werte der Vorjahre liegen. Allerdings ist das Ergebnis um ein Vielfaches weniger dramatisch als vom Whistleblower Barry Young in seiner Präsentation dargestellt.

Im Vergleich dazu liegen die Sterberaten der Geimpften der Chargennummer 8, die von Young als zweitgefährlichste Charge angegeben wurde, in fast allen Altersgruppen zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2020.

Abbildung 6: Sterberaten je Altersgruppe der Chargennummer 8 im Vergleich zum Durchschnitt der allgemeinen Sterberaten 2017 bis 2020, Datenquellen: geleakte COVID-19-Impfdaten, statistisches Amt Neuseeland

Diese Ergebnisse zeigen, welche Auswirkungen die methodischen Fehler auf das Ergebnis der Analyse haben können. Multipolar hat die Partei von Liz Gunn, New Zealand Loyal, mit diesen Kritikpunkten angeschrieben, um von Barry Young eine Antwort zu erhalten. Eine Rückmeldung ist nicht erfolgt.

Angaben zu Sterbefällen in den geleakten Daten offensichtlich unvollständig

Berechnet man das Verhältnis der 2021 Behandelten, die innerhalb eines Jahres nach der letzten Dosis verstorben sind, zur Anzahl aller 2021 Behandelten und vergleicht das Ergebnis mit dem Durchschnitt der Sterberaten von 2017 bis 2020, ist auf den ersten Blick kein signifikantes Risikosignal zu erkennen. Im Gegenteil, gerade in den höheren Altersgruppen liegen die Sterberaten der Behandelten deutlich unter dem Durchschnitt der allgemeinen Sterberaten der Vorjahre oder selbst in dem Zeitraum, in dem die Impfungen stattfanden.

Abbildung 7: Sterberaten der in 2021 Geimpften ein Jahr nach der letzten Dosis im Vergleich zum Durchschnitt der allgemeinen Sterberaten 2017 bis 2020 und 2021/22, Datenquellen: geleakte COVID-19-Impfdaten, statistisches Amt Neuseeland

Da zu Beginn der ersten COVID-19-Welle im März 2022 bereits fast alle über 80-jährigen in Neuseeland geimpft waren, wäre zu erwarten gewesen, daß insbesondere in den zugehörigen Altersgruppen die Sterberaten aus der Impfdatenbank mit den allgemeinen Sterberaten grob

übereinstimmen. Da erstere jedoch weit darunter liegen, sind die Angaben zu den Sterbefällen in der geleakten Impfdatenbank höchstwahrscheinlich unvollständig.

Erst wenn man die prozentuale Veränderung der Sterberate der Geimpften zum Durchschnitt der Sterberaten der Vorjahre berechnet, wird zumindest ein weiteres mögliches Risikosignal der Impfung deutlich.

Abbildung 8: Unterschiede der Sterberaten der in 2021 Geimpften zum Durchschnitt der allgemeinen Sterberaten 2017 bis 2020, Datenquellen: geleakte COVID-19-Impfdaten, statistisches Amt Neuseeland

Die Sterberate der in 2021 geimpften 10- bis 14-jährigen fällt überdurchschnittlich hoch aus. Allerdings liegt die absolute Anzahl der in 2021 geimpften und verstorbenen Personen in dieser Altersgruppe bei lediglich acht. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich um Fälle von Myokarditis und Perikarditis handeln könnte, die auch in anderen Ländern bei Jugendlichen nach der COVID-19-Impfung festgestellt wurden. Dies ist jedoch medizinisch nicht bestätigt.

Woher kommen die hohen allgemeinen Sterbefallzahlen, die der Whistleblower als Folge der Injektionen vermutet?

Im Interview stellt Barry Young in einer Grafik dar, daß seit Beginn der Impfkampagne in Neuseeland die Anzahl der Tage mit mehr als 120 Todesfällen im Vergleich zu den Vorjahren stark zugenommen hat. Doch auch Neuseeland unterliegt, wie viele andere entwickelte Länder, einem demografischen Wandel. Die Altersgruppe der über 60-jährigen wächst in den letzten Jahren deutlich schneller an als die übrigen, von der Anzahl ungefähr gleich großen Altersgruppen.

Abbildung 9: Wachstum der neuseeländischen Altersgruppen von 2017 bis 2022, Datenquelle: statistisches Amt Neuseeland

Hinzu kommt, daß die neuseeländische Bevölkerung in den letzten Jahren angewachsen ist. Die Sterbefallraten sind hingegen relativ konstant. Eine Erhöhung der Sterbefallraten im jeweils zweiten und dritten Quartal eines Jahres sind zudem für Neuseeland keine Seltenheit, da in diesem Zeitraum Grippewellen auftreten.

Abbildung 10: Sterbefallraten je Quartal auf ein Jahr hochgerechnet, Datenquelle: statistisches Amt Neuseeland

Es ist also nicht verwunderlich und auch kein Signal für ein besonderes Vorkommnis, wenn die absoluten Sterbefallzahlen in den letzten Jahren in Neuseeland dauerhaft die Schwelle von 120 Sterbefällen pro Tag überschritten haben. Des Weiteren ist anhand nachfolgender Abbildung erkennbar, daß die erhöhten Sterberaten im zweiten und dritten Quartal 2022 zeitlich mit der bisher einzigen Corona-Welle in Neuseeland zusammenfallen.

Abbildung 11: COVID-19-Sterbefälle pro Tag in Neuseeland, Datenquelle: Worldometer

Der Ansatz von Steve Kirsch

Der US-amerikanische Multimillionär Steve Kirsch hat die von Young veröffentlichten Impfdaten mit Hilfe eines Auswertungsprogramms untersucht und so die Sterberaten der Geimpften in den Altersgruppen je Woche nach der Impfung ermittelt. Der Verlauf der Sterberaten über alle Altersgruppen ist in der Tat unerwartet.

Abbildung 12: Sterbefallrate je Woche nach Verabreichung einer Dosis, Datenquelle: geleakte COVID-19-Impfdaten, berechnet mit dem von Steve Kirsch bereitgestellten Auswertungsprogramm

Es ist deutlich zu erkennen, daß die Sterbefallraten in den ersten 20 Wochen nach der Verabreichung der Dosis ansteigen und danach wieder langsam zurückgehen. Zu erwarten gewesen wäre eine mehr oder weniger gerade Linie. Es findet sich auf Substack eine weitere Analyse, die den Ansatz von Steve Kirsch überprüft hat und zu den gleichen Ergebnissen kommt.

Der ungewöhnliche Verlauf der Sterberaten könnte durchaus ein Risikosignal sein, wenn ausgeschlossen werden kann, daß keine anderen Effekte, wie beispielsweise die COVID-19-

Welle selbst oder fehlende Angaben zu Todesfällen in der Impfdatenbank, dafür verantwortlich sind.

Letztendlich ergeben sich mit dem Auswertungsprogramm von Kirsch ähnliche durchschnittliche Sterbefallraten je Altersgruppe wie in Abbildung 7 dargestellt, unabhängig davon, wann die Injektion stattfand. Eine generelle Übersterblichkeit läßt sich somit nicht ableiten. Kirsch vergleicht die Sterbefallraten in seiner Auswertung jedoch nicht mit dem Durchschnitt der Sterbefallraten der Vorjahre, sondern mit dem Durchschnitt der auf ein Jahr hochgerechneten Sterberaten in einem willkürlich von ihm ausgewählten Zeitraum zwischen der dritten und fünften Wochen nach der Impfung.

So ergibt seine Auswertung eine "erwartete" jährliche Sterberate von 13,6 Prozent für die Altersgruppe der über 90-jährigen über den gesamten Zeitraum der Impfungen. Diese setzt er mit der "tatsächlichen", von ihm ermittelten Sterberate der behandelten über 90-jährigen von 17,0 Prozent ins Verhältnis. Der jährliche Durchschnitt der allgemeinen Sterberate der Vorjahre dieser Altersgruppe lag jedoch bei 21,01 Prozent. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Kirsch auf Basis seiner Berechnungen auf hochgerechnet zehn Millionen Opfer der Impfungen schließt.

Multipolar hat Steve Kirsch mehrfach angeschrieben und ihn mit seinem methodischen Fehler bei der Berechnung der Übersterblichkeit sowie den möglicherweise fehlenden Todesfallangaben in der Impfdatenbank als eventuellem Grund für den ungewöhnlichen Verlauf der Sterbefallraten konfrontiert.

Der Multimillionär hat eine Wette über 250.000 Dollar mit jedem, der seine Erkenntnisse widerlegen könne, veröffentlicht, reagierte aber nicht auf die Anfrage.

Über den Autor: Karsten Montag, Jahrgang 1968, hat Maschinenbau an der RWTH Aachen, Philosophie, Geschichte und Physik an der Universität in Köln sowie Bildungswissenschaften in Hagen studiert. Er war viele Jahre Mitarbeiter einer gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung, zuletzt Abteilungs- und Projektleiter in einer Softwarefirma, die ein Energiedatenmanagement- und Abrechnungssystem für den Energiehandel hergestellt und vertrieben hat. Seine bei Multipolar veröffentlichten Recherchen zu den Abrechnungsdaten der Krankenkassen mit Blick auf COVID-19 wurden von verschiedenen Medien aufgegriffen - und erschienen anschließend auch im International Journal of Epidemiology.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Januar 2024 (x1.352/...):
>>Millionen für "Grüne Kühlschränke" in Kolumbien - wofür das Habeck-Ministerium noch Geld hat

Man müsse bei den Bauern sparen, das sei alternativlos, verkündet Robert Habeck immer wieder. Dabei bezahlt sein Haus bizarre Projekte in aller Welt mit viel Geld. Aus unseren angeblich knappen Kassen werden Dinge wie Gebäudesanierung in der Mongolei oder saubere Energie auf den Philippinen großzügig finanziert.

Max Roland

Im Zuge der Bauernproteste erklärt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck immer wieder, man habe keine andere Wahl: Man müsse auch zulasten der Landwirte sparen. Es sei "nicht schön" und "eine Zumutung", aber "die einzig denkbare Antwort", sagte Habeck noch im Dezember. Und er beteuert: Es hätte "keine andere Möglichkeit gegeben", Geld einzusparen.

Dabei wären viele andere Antworten auch denkbar gewesen. Auch Habecks Haus gibt horrenden Summen für wirre Projekte in aller Welt aus, offenbart eine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz finanziert laut Auskunft der Bundesregierung mit üppigen Mitteln verschiedenste Projekte in aller Welt - von Energieeffizienz in der Ukraine bis zur "kohlenstoffarme(n) Gebäudewende in Asien". Allein letzteres Projekt hat ein Ausgabenvolumen von mehr als 17,9 Millionen Euro, während für das Projekt "Energieeff-

fizienter Stadtteil Lemberg" in der Ukraine insgesamt knapp fünf Millionen ausgegeben werden.

Insgesamt finanziert allein das BMWK Klimaprojekte mit einem Volumen von 18,98 Millionen Euro in der Ukraine, wo man das Geld sicherlich für dringendere Zwecke als Energieeffizienz in Lemberg oder den "Erhalt von besonders schützenswerten Primärwäldern" in den Karpaten brauchen könnte. Zum Vergleich: Ein Marschflugkörper "Taurus", um den die Ukraine Deutschland seit Monaten bittet, kostet eine Million Euro pro Stück.

Geld für Energiesicherheit - in Südostasien

Doch nicht nur die Ukraine profitiert von absurden Zuwendungen des Habeck-Ministeriums. Das BMWK finanziert gemäß der Antwort der Bundesregierung Projekte mit einem Gesamtumfang von 279.096,7 Millionen Euro im Ausland - dazu gehören unter anderem auch die Sanierung von Wohngebäuden in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator (rund 6,2 Millionen Euro), oder "Grüne Kühlschränke für Haushalte" in Kolumbien (mehr als 4,6 Millionen Euro). Würde man im Umfang dieser Projekte sparen, hätte die Bundesregierung bereits mehr als die Hälfte dessen einsparen können, was sie stattdessen den Bürgern über die jetzt drastisch erhöhte "Ticketsteuer" abpressen will.

Doch Ausland geht offenbar vor Inland: Dank des Wirtschaftsministeriums finanziert Deutschland auch Projekte im Gesamtumfang von 30 Millionen Euro in Vietnam, Thailand, Indonesien und auf den Philippinen, um dort für "saubere, bezahlbare und sichere Energie" zu sorgen. In Deutschland wäre im Investitionsfeld Energiesicherheit sicherlich auch noch Bedarf gewesen. Ebenso wie beim Thema Wirtschaftsentwicklung, wo Rezessions-Deutschland nun für "eine klimaresiliente Wirtschaftsentwicklung" in Georgien und Kasachstan zahlt.

Zweifellos betrachtet das Wirtschaftsministerium all diese Ausgaben als wichtig und alternativlos. Scheinbar sind grüne Kühlschränke in Kolumbien oder Sanierungen in der Mongolei wichtiger als der Geldbeutel der Menschen in Deutschland, aus dem nicht nur der Bundeshaushalt, sondern scheinbar auch die Welt gerettet wird.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Remigration statt "Einzelfälle"!**

Auch im Jahr 2024 reißt die alltägliche Brutalität dank Ampel-Politik nicht ab: Schon in der Silvesternacht schlagen drei serbische Brüder in der Notaufnahme einen Arzt zusammen und attackieren dann auch noch einen Pfleger. In Schwetzingen wird ein 20-jähriger Somalier gewalttätig und schlägt mitten im Zug mit dem Feuerlöscher auf eine 24-Jährige ein.

In Bad Lippspringe (Nordrhein-Westfalen) wird ein 46-Jähriger bei einem Messerangriff durch einen Ukrainer schwer verletzt. Und am Dortmunder Hauptbahnhof rastet ein 25-jähriger Afghane im Schnellrestaurant aus, zieht einen irakischen Mitarbeiter durch das Restaurant, attackiert ihn mit Faustschlägen und will dann mit dem Feuerlöscher auf ihn losgehen. Alltag in der "bunten Republik".

Derartige Alltagszustände machen uns fassungslos und verdeutlichen: 2024 muß das Jahr der Remigration werden! Wer unsere Restaurants und Bahnhöfe verwüstet, wer Ärzte angreift oder im Zug randaliert, der hat hier nichts verloren und muß sofort abgeschoben werden. Es muß endlich gehandelt werden - Remigration statt "Einzelfälle"!

Mehr "Einzelfälle" hier: [<<http://einzelfallticker.de/<<](http://einzelfallticker.de)

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Januar 2024: >>**Protest-Ticker: Bauern besuchen Habecks Wahlkreisbüro**

Von *COMPACT* Redaktion

Der dritte Tag des Bauernprotests: Wieder strömen die Landwirte mit ihren Traktoren auf die Straßen, um gegen die Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der Ampel zu demonstrieren. 15:45 Uhr: In Hamburg fahren etwa 750 und in Flensburg etwa 2.000 Traktoren und weitere Fahrzeuge auf. Dabei passierten die Traktorfahrer auch das Wahlkreisbüro von Bundeswirt-

schaftsminister Robert Habeck (Grüne). Das war freilich geschlossen. Zu den Slogans gehörten "No Farmers No Food No Future".

14:30 Uhr: Auch eine Rede von Bundesagrarminister Cem Özdemir (Grüne) Ellwangen (Baden-Württemberg) kam nicht gut an. Vor der Stadthalle piff die Menge ihn regelmäßig aus.

Özdemir: "Die Kfz-Steuerbefreiung bleibt, die grüne Plakette bleibt ihnen erhalten, das haben wir immerhin schon mal erreicht" Die Zuschüsse zum Agrardiesel werden nicht schlagartig, Schlag, sondern über drei Jahre abgeschafft: "Das ist ja nicht nix, Ich habe schon auch was gemacht, ich habe schon auch was durchgesetzt."

13:20 Uhr: VIDEO: Die Rede von Ministerpräsident Michael Kretschmer in Dresden. Die Protestierenden verhalten sich ruhig, aber es hagelt Buh-Rufe!

12:50 Uhr: Aktuell halten 58 Fahrzeuge am Brandenburger Tor weiterhin die Stellung:

12:40 Uhr: Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), kündigt laut Bild weitere Proteste an. Das Angebot der Ampel sei ein "fauler Kompromiß". aus der "Berliner Blase." Die Ampel-Politiker würden beraten von "Menschen, die noch nie gearbeitet, noch nie geschwitzt haben."

12:10 Uhr: Bauernverband spaltet Proteste! Ausgerechnet Michael Kretschmer soll heute am Dresdner Theaterplatz zu den demonstrierenden Bauern reden! Ein Widerstands-Veteran hielt dagegen ein Plakat hoch, das Kretschmer in Sträflingskleidung zeigt. Dafür wurde er vom Protest ausgeschlossen! Der Bauernverband spaltet damit den Protest.

Es geht los: 100.000 Traktoren unterwegs: Blockiert werden: 70 Autobahnauffahrten in Brandenburg und der Containerterminal in Bremerhaven. In Dresden versammeln sich ebenfalls die Protestierenden:

10:30 Uhr: Peinliche Gegenaktion der "Letzten Generation" in Leipzig: Aktivisten der "Letzten Generation" setzten sich auf einen Spielzeugtraktor. Auf Plakaten standen Sprüche wie "Wir dürfen das! Wir haben einen Traktor."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Januar 2024: >>**Die unsterblichen Visionen des Thomas Müntzer**

Von *Jonas Glaser*

Eines unterscheidet den Prediger Thomas Müntzer von allen Protagonisten der Reformation: Er kann nicht sterben, seine Vision wartet noch auf Realisierung. Müntzer ist als Luther-Schüler ein Kind der Reformation. ...

Lang und hager sein Gesicht, das schwarze Haar nach oben gebürstet: Strähnen wie Schlangen. Hinter dem Brillenglas lauert ein entschlossener Blick - so zeigt ein expressionistisches Gemälde den jungen Philosophen Ernst Bloch. Der jagte als freier Journalist durch das Berlin der frühen 1920er Jahre. Die Unsicherheit der eigenen Existenz repräsentierte den Zustand des gesamten Landes. Verlorener Krieg, ruinierte Wirtschaft, Demoralisierung, niedergeschlagene Revolutionen: Spartacus in Berlin, die Räterepublik in München. Deren Anführer: ermordet, inhaftiert oder ins Exil getrieben.

Aber das Brodeln und Gären nahm nicht ab. Für den neomarxistischen Feuerkopf Ernst Bloch Grund genug, um zu hoffen - auf ein besseres Morgen. Nicht allein durch gerechteres Wirtschaften, sondern durch den Geist der Utopie - wie Bloch seine frühe Schrift (1921) nannte. Nach endloser Beugung müsse der Mensch wieder aufrechten Gang erlernen, solle ihm die Erde endlich das werden, was sie bislang nie war: Heimat.

Als Vorbild für diesen Kampf grub Bloch ausgerechnet einen Theologen aus, dessen kurze Lebenszeit bereits 400 Jahre zurücklag - Thomas Müntzer. Als Blochs Monographie Thomas Müntzer als Theologe der Revolution 1921 erschien, war sie die erste seit 1842, also seit 79 Jahren. Schon im Vorwort stellt der Autor klar, daß er kein pures Historisieren beabsichtige, sondern durch den rasenden Luther-Rivalen die Gegenwart reflektieren und zur Fortführung

von dessen Werk aufrufen werde: "Die Toten kommen wieder, ihr Tun will mit uns nochmals werden."

Geköpft in Frankenhausen

Wer war Thomas Müntzer? Der 1489 in Stolberg geborene Prediger startete als überzeugter Lutheraner. Beide, Müntzer wie der Wittenberger Reformator, lehnten religiöse Autorität strikt ab. Jeder Mensch stehe Gott direkt gegenüber. Deshalb übersetzte Luther die Bibel ins Deutsche: Gottes Wort, ungekürzt für alle - nicht nur in Auszügen und von vermittelnden Priestern vorgekauft! Der Mensch in direktem Kontakt zum Schöpfer, das hieß für den spiritualistischen Müntzer: von ihm erfüllt, von ihm durchdrungen zu werden. Glaube als ekstatische Erfahrung. Die lasse sich nicht erzwingen, aber versuchen.

Der Mensch solle sich von seinen Trieben abwenden, sich ganz der "Langeweile" und der "Gelassenheit" hingeben (zwei Begriffe, die Heidegger 1929 und 1955 übernehmen sollte) - dann würde Gott, wenn dessen Gnade es vorsieht, ihn durchströmen und erfüllen. Dieser biblische Gott aber haßt Ungerechtigkeit, die Reichen sind ihm ein Greuel. Er führte die Hebräer aus der ägyptischen Sklaverei. Auch als Christus steht er auf Seiten der Armen, ruft er zum Kampf auf: "Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Matthäus, 10,34). Kurzum, dieser Gott, so wie Thomas Müntzer ihn verstand, inspiriert zum Aufstand.

Luther distanzierte sich von seinem wilden Anhänger. Schließlich hatte er zahlreiche Adelige als Protektoren und Sponsoren im Rücken. Die durfte man nicht verschrecken ... Schon bald befeuerte Müntzer die Bauern zur Revolte. Er predigte die Errichtung eines Gottesreiches auf Erden durch Freiheit und Umverteilung der Reichtümer.

Leider erwiesen sich die Herrschenden als stärker. Nach Niederschlagung des Bauernaufstandes in der Entscheidungsschlacht von Frankenhausen (1525) wurde Müntzer gefangen, eingekerkert, gefoltert und exekutiert. Körper und Kopf des 35-Jährigen spießte man separat auf - als Schocktherapie für potentielle Aufrührer.

Materialismus und Spiritualität

Warum aber blieb Müntzer 400 Jahre später, für Bloch, von solcher Bedeutung? Weil der klassenkämpferische Reformator eine Lücke im dogmatischen Marxismus füllte. Der erklärt Revolutionen nämlich allein aus ökonomischen Gründen. Damit gab sich Bloch aber nicht zufrieden: "Das ökonomische Begehren ist zwar das nüchternste und stetigste, aber nicht das einzige, nicht das andauernd stärkste, auch nicht das eigentümlichste der Seele, vor allem nicht in religiös erregten Zeiten."

1.000 Jahre deutsches Reich

Nein, der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Gesättigt, aber ohne Lebenssinn, geht er ebenfalls zu Grunde. Bloch verwies in seiner Müntzer-Monographie sogar auf Marx, der die Bedeutung "weltgeschichtlicher Totenbeschwörungen" als revolutionären Treibstoff bereits anerkannt habe. Mag Müntzer auch gescheitert sein, der göttliche Geist, der Chiliasmus (die Erwartung des Reiches Christi), der Geist der Utopie kann die Menschen jederzeit wieder durchdringen, inspirieren, befeuern.

Seine Hoffnung erfüllte sich nicht. Elf Jahre später, 1931, war die Weimarer Republik durch Inflation und Weltwirtschaftskrise politisch erstarrt. Arbeitslosenzahl zum Jahresende: fünf Millionen. Die Reallöhne sanken in den Keller. In diesem Jahr brütete ein Ostberliner Kassenarzt und Schriftsteller über die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Sozialismus. Das Elend der Zeit war ihm allzu gut bekannt: Seine Praxis befand sich auf der Frankfurter Allee, im proletarischen Friedrichshain.

Zu ihm kamen ermattete Arbeiter und deren Frauen mit unterernährten Kindern. Bei Krankschreibungen galt er als besonders großzügig. Der Anlaß, weshalb Dr. Alfred Döblin seine politischen Reflexionen niederschrieb, war der Brief eines verzweifelten Studenten. Der

bat um Orientierungshilfe in wirrer Zeit, und Döblin - bis heute durch seinen Roman Berlin, Alexanderplatz (1927) weltbekannt - erschien dem Ratsuchenden als idealer Mentor.

In seiner Antwort fragt Döblin nach der Rolle des Intellektuellen und lehnt dessen Vereinnahmung durch marxistischen Klassenkampf ab. Klar, der Kapitalismus müsse weg, aber Klassenkampf führe niemals zur Freiheit, zu einem wirklichen Kommunismus, sondern nur zu einem diktatorischen "Staatskapitalismus", wie Döblin den russischen Sozialismus unter Lenin und Stalin bezeichnete.

Auch Deutschlands Sozialisten hätten mit Freiheit wenig im Sinn, und das hatte für Döblin mit Luther zu tun, der "einen gefährlichen, für Deutschlands Entwicklung verhängnisvollen Zwiespalt" zu verantworten habe: Keine Frage, es "war viel, was er durchsetzte, aber es war nur der Anfang. Er beließ es bei einer Befreiungsaktion religiöser Art." Nur, welche "Logik liegt darin, jemanden vor Gott mündig und frei zu machen, aber zugleich zu einem Sklaven vor dem Landesfürsten?"

Freiheit, Sozialismus, Kapitalismus

Diese Halbheit führte Luther zur Beschimpfung der Bauern, die die Freiheit - wie verwerflich! - "ganz weltlich machen wollten", und zur Distanzierung von Thomas Müntzer, den er einen "Schwarmegeist" nannte (aber für Döblin war er "ein großer Realist"). In der Gegenwart, so Döblin, sei die Aristokratie zwar verschwunden, keineswegs aber der feudale Untertanengeist. Das Bürgertum habe sein Freiheitsstreben nach 1848 aufgegeben, das pulsiere jetzt im Proletariat. Deshalb müsse der moderne Intellektuelle der Arbeiterbewegung beistehen, aber stets den Freiheitsgedanken gegen sozialistische Orthodoxie verteidigen. Wie zu erwarten, kam Döblins Antwort an den Studenten, unter dem Titel Wissen und Verändern. Briefe an einen jungen Menschen (1931) in Buchform veröffentlicht, bei orthodoxen

Was nützt eine ökonomische Freiheit, die zunehmend Verlierer produziert?

Klassenkämpfern nicht gut an: Vor allem Siegfried Kracauer und Walter Benjamin kritisierten ihn scharf.

Seit Blochs Müntzer-Monographie sind fast 100 Jahre vergangen. Der Ausspruch des Philosophen, Tage wie zu Müntzers Lebzeiten seien wiedergekehrt, "und sie werden nicht eher ruhen, bis ihre Tat getan ist", hat sich als falsch erwiesen. Aber wie steht es um Müntzer im 21. Jahrhundert? Auch in der Gegenwart ist der "Theologe der Revolution" keineswegs überholt. Denn der Freiheitsbegriff im globalen Neoliberalismus ist überaus zwiespältig: Was nützt eine ökonomische Freiheit, die zunehmend Verlierer produziert?

"Zwar geht es Bloch in seinen Werken um den Durchbruch der 'Freiheit der Kinder Gottes', ganz atheistisch, ohne Zweifel. Aber ist die Basis für den Durchbruch der Träume, die jeweilige Produktions- und Lebensweise, nicht jeweils eine ganz andere - bei Spartacus, Jesus, Müntzer und bei uns? Zweifellos gibt es eine Kontinuität, Bloch hat sie philosophisch rekonstruiert: Das Herr-Knecht-Verhältnis wollten alle abschaffen. Nur waren die urkommunistischen Ansätze der Qual der Arbeit ausgeliefert, eine systematische Relativierung der Arbeitszeit, eine befreiende Entfaltung der Lebenszeit standen noch außerhalb ihrer Dimensionen." (Rudi Dutschke, "Im gleichen Gang und Feldzugsplan - zum Neunzigsten von Ernst Bloch", 1975)

Eine, die Verarmung fördert und den Menschen mit permanenter Absturzangst im Zaum hält? Wäre die Forderung nach ganzer, nach ungeteilter Freiheit hier nicht berechtigt? Aber laut Müntzer gibt nur Gottes Hilfe die Kraft zum Umsturz ... Müssen wir also auf ihn warten? Auf seinen Feueratem, seinen Geist? Wird es noch einmal ein Pfingstwunder geben? Und wenn ja, in welcher Form?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Januar 2024: >>**Gegen die Bauern: Özdemirs Sündenregister**

Von *Sven Reuth*

Der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir spielt plötzlich das Unschuldslamm und will von den Sparbeschlüssen der Bundesregierung kalt erwischt worden sein. Doch diese Darstellung ist falsch. ...

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) wurde gestern Abend in der Weinbaugemeinde Erlenbach bei Heilbronn mit ähnlich geballter Wut empfangen wie Vizekanzler Robert Habeck einige Tage zuvor am Anlegepunkt im nordfriesischen Schlüttsiel. Der Gang zu einem von der Grünen-Landtagsfraktion ausgerichteten Bürgerdialog geriet für ihn zu einem regelrechten Spießrutenlaufen, begleitet von schallenden "Hau ab, hau ab - Sprechchören" und einigen noch deutlich ärgeren Zwischenrufen.

Kampf gegen "klimaschädliche Subventionen": Ein grüner Fetisch

Heute setzte Özdemir als Redner in der Stadthalle von Ellwangen am Rande der dortigen traditionellen Bauernkundgebung auf dem Kalten Markt seine altbekannte Verteidigungsstrategie fort. Angeblich will der grüne Landwirtschaftsminister von den Sparbeschlüssen des Bundeskabinetts im Dezember vergangenen Jahres kalt erwischt worden sein. Eine Lüge, die an Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten ist.

Tatsächlich stand die Streichung der Agrardieselbeihilfe immer ganz oben auf der Wunschliste des grünen Landwirtschaftsministeriums, zählt diese doch zu den von den Grünen identifizierten "klimaschädlichen Subventionen", die es nach Auffassung dieser Partei gänzlich zu tilgen gilt. Auf dieser Irrsinns-Liste der "klimaschädlichen Subventionen" steht für die Grünen übrigens auch die gesamte Pendlerpauschale wie auch der gesamte soziale Wohnungsbau, da dieser mit der CO₂-intensiven Produktion von Zement verbunden ist.

Die nun zeitlich gestreckte, aber nicht aufgehobene Abschaffung der Erstattungen beim Agrardiesel, auf die sich die Ampel festgelegt hat, kostet einen durchschnittlich großen Bauernhof rund 17.000 Euro jährlich, rechnete die Prignitzer Bäuerin Ina Oestreicher in der Berliner Morgenpost vor. Da die Landwirte Jahr für Jahr vom erwirtschafteten Gewinn ihres Hofes leben müssen, bedeutet diese Regelung für viele Landwirte den Ruin.

Dänemark gegen den Düngewahn

Eine extreme Belastung stellt für viele Bauern auch die in Deutschland besonders streng ausgelegte EU-Düngemittelverordnung dar. Sie verbietet den Bauern, ihre Pflanzen in einem erforderlichen Ausmaß zu düngen. In vielen Fällen verkümmern die Nutzpflanzen. Die Unterversorgung mit Nährstoffen führt beispielsweise häufig dazu, daß der für Brotweizen nötige Eiweißgehalt des geernteten Kornes nicht erreicht wird, was zur Folge hat, daß ganze Ernten als billiger Futterweizen verkauft werden müssen.

Viele Bauern erlebten in den letzten Jahren einen Schock, als sie die von den Landwirtschaftsministerien erstellten Düngemittelkarten unter die Nase gerieben bekamen, die größtenteils rot eingefärbt waren.

Hier werden aufgrund einer behördlich festgestellten angeblich zu hohen Nitratbelastung nochmals schärfere Düngemaßnahmen erlassen. Gerade aber Kartoffeln und anderes Gemüse benötigen schon früh im Wachstumszyklus eine hohe Stickstoffzufuhr und können unter den aktuell geltenden Bedingungen kaum noch in Deutschland angebaut werden.

Dänemark hat die EU-Düngemittelverordnung mittlerweile wieder aufgehoben. Begründung: Aufgrund der Vorgaben war es den Landwirten nicht mehr möglich, backfähigen Weizen anzubauen. Auf einen solchen Schritt wird man im EU-hörigen Deutschland sicherlich vergeblich warten.

Viele EU-Agrarminister wollen sich auch nicht an die von Brüssel verordnete Stilllegungspflicht für Ackerland halten. Die erzwungene Schaffung von Brachflächen ist in Zeiten explodierender Lebensmittelpreise ohnehin Wahnsinn, außerdem sind die Ertragsausfälle bei den Landwirten oftmals weit höher als die staatlichen Stilllegungsprämien. Dennoch hält das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Cem Özdemir weiter eisern an dieser verfehlten

Politik fest.

"Wir werden weiterkämpfen"

Verantwortlich ist Özdemir auch für eine langjährige Hinhaltenaktik beim Thema der geradezu explosionsartig zunehmenden Wolfsbestände in Deutschland. Die Bestandserhaltung der Raubtiere ist längst gesichert, dennoch hat das Ministerium in Berlin sich lange beim Thema einer kontrollierten Bejagung des Wolfes in Deutschland quergestellt. Diese Haltung scheint sich nun unter dem Eindruck der massiven Proteste etwas aufzuweichen.

Nach dem heutigen Auftritt Özdemirs in Ellwangen gaben ihm die Veranstalter mit auf den Weg:

"Wir werden weiterkämpfen, bis die Forderungen der Landwirtschaft durchgesetzt sind. Richten Sie das in Berlin aus!"

Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg und es wird nicht reichen, wenn Cem Özdemir alle Verantwortung nur beim Rest des Bundeskabinetts sowie den Vorgängerregierungen abzuladen versucht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Januar 2024: >>**Lügenpresse erfindet Sellner-AfD-Verschwörung**

Von Jürgen Elsässer

Skandal, Skandal: Ein angebliches "Geheimtreffen" in einer Villa in Potsdam war ein formloser Gedankenaustausch von Privatpersonen. Und was Sellner dort vortrug, kann man schon seit Wochen in seinem neuen Buch "Regime-Change von rechts" nachlesen. Ein übrigens sehr interessanter Strategieentwurf, aber keineswegs rassistisch und vor allem absolut gesetzeskonform.

Ein Sturm im Wasserglas wurde heute in allen Medien zum Orkan aufgeblasen. Die "Tageschau" faßt zusammen: "AfD-Politiker und ein bekannter Rechtsextremer sollen sich laut Correctiv zu einem Geheimtreffen zusammengefunden haben.

Ein Thema war offenbar die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland - auch solcher mit deutschem Paß. ... Mehrere Quellen gaben gegenüber Correctiv-Reportern die Aussagen aus der Konferenz wieder. Im Zentrum der Zusammenkunft stand demnach ein von Sellner - dem langjährigen Kopf der Identitären Bewegung - vorgetragenes rechtsextremes Konzept, das die AfD offiziell von sich weist: die 'Remigration' auch von deutschen Staatsbürgern mit Zuwanderungsgeschichte."

Was tatsächlich stattgefunden hat, war ein Kamintreffen in privatem Rahmen - solche Treffen gibt es wohl hundertfach in allen politischen Lagern, Woche für Woche. Privat heißt übrigens noch lange nicht geheim - oder soll jetzt jedes Kaffeekränzchen behördlich angemeldet werden? Es war jedenfalls kein Treffen von Entscheidungsträgern und keine Veranstaltung der AfD.

Die Teilnehmer aus der Partei kamen allesamt aus der zweiten und dritten Linie: der frühere AfD-Bundestagsabgeordnete und heutige Referent von Parteichefin Alice Weidel, Roland Hartwig, der AfD-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, sowie die Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy. Letztere gehört im blauen Spektrum zu den sogenannten Gemäßigten und hielt immer Abstand zu allem, was irgendwie nach Höcke klang.

Sellners Skandalbuch

Was zum Skandal aufgeblasen wird, ist im Grunde ein Buch, von dem schon 10.000 Stück verkauft sind: Sellners "Regime Change von rechts". Seine "strategische Skizze" - so der Untertitel - stellte der Österreicher auch der Potsdamer Runde vor - so wie auch andere Anwesende ihre Überlegungen und Projekte vorstellten.

In der Novemberausgabe von COMPACT-Magazin (Titelthema: "Die Asylbombe - Wie wir uns retten können") stellte der Kopf der Identitären das Substrat des Buches vor - es lohnt sich aber eine Lektüre des Gesamtwerkes. Der Publizist Manfred Kleine-Hartlage schrieb in einer

COMPACT-Rezension, daß "an diesem Werk in den nächsten zehn Jahren keiner mehr vorbeikommen wird, der über rechte Strategie schreibt, und das gilt für Freund und Feind".

Was die Lügenpresse jetzt als "Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland" darstellt, ist ein Konzept Sellners, das sich 1:1 auf die Überlegungen der aktuellen britischen Regierung bezieht, illegale Asylanten in Ruanda unterzubringen. Sellner in "Regime Change von rechts": "Das Konzept ist ganz einfach. Man schließt einen Vertrag mit einem afrikanischen Staat, im besten Fall an der Mittelmeerküste.

Dort baut man ein großes Zentrum, am besten sogar eine kleine Stadt, in der Asylanten ihre Anträge stellen und Unterkunft finden können. Man kann dort auch Ausbildungen anbieten, die die Flüchtlinge in ihrer Heimat brauchen können. Die linken Migrations-NGOs können dann dort gerne freiwillig mithelfen. Die Kosten für diese Ankerstadt sind wesentlich geringer als unsere derzeitigen Asylausgaben. Wir können das jederzeit auch ohne die EU auf Basis eines zwischenstaatlichen Vertrags in Angriff nehmen."

Was die Lügenmedien bei Sellner als "verfassungswidrig" anschwärzen, ist das Gegenteil. Verfassungswidrig ist die Politik der Bundesregierung, seit 2015 Millionen Flüchtlinge ins Land zu lassen, die nach den Dublin-Vereinbarungen in dem Land zu bleiben hätten, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten. Nachdem dieser Umstand zunächst beschönigt wurde, wird er seit Kurzem auch von den Blockparteien kritisiert - allerdings mit dem Zusatz, man könne nicht abschieben, weil die Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen. Der von Sellner in seinem Buch popularisierte Ruanda-Plan der britischen Regierung bietet einen absolut rechtskonformen Ausweg.

Eine Räuberpistole

Da der Inhalt des Sellner Vortrages in Potsdam nicht zur Skandalisierung taugt, mußten die Schnüffler von Correctiv der Story durch eigene Zutaten den Ruch eines geheimen Nazi-treffens geben (der "Tagesspiegel" erwähnt sogar, daß die Potsdamer Villa irgendwie in der Nähe der Villa der Wannseekonferenz liege - so wird der erwünschte Gaskammer-Kick erzeugt, der sich ohne den Genuß starker Antifa-Halluzinogene nie einstellen würde). Mit Stolz präsentieren die Correctiv-Koryphäen ihren Lauschangriff auf die Privatsphäre der Versammelten: "Es standen die Kameras vor dem Haus. Doch wir wollten auch von hinten in die Fenster sehen können, um auch unabhängig von weiteren Quellen die Anwesenheit von Teilnehmenden bestätigen zu können.

Die Lösung dazu kam vom Hotel selbst: Bei der Rezeption lag eine Werbebroschüre für einen Saunafloß-Verleih um die Ecke. Das mieteten wir dann für das Fotografenteam an. Von dort aus konnten wir fünf Meter vom Steg der Villa entfernt in das Haus mit einer Sport-Telekamera hinein fotografieren." Das sind Geheimdienstmethoden, wie man sie auch vom "Ibiza Gate" gegen HC Strache kennt.

Die wirklichen Ziele

Warum der riesige Bohai, wenn das Treffen in Potsdam so unspektakulär war? Ein paar Thesen:

- 1) Sellners Buch hat einen erfreulichen Erfolg in der Breite. Das darf nicht sein. Man will mit medialen Lügen erreichen, was die österreichische Justiz mit keinem einzigen Verfahren erreichte: Den IB-Kopf als kriminellen Nazi zu portraituren.
- 2) Sellner hat tatsächlich etwas erreicht: Sein Begriff "Remigration" hat sich nicht nur in der FPÖ, sondern in den letzten Monaten auch in der AfD weit verbreitet. Dieser Begriff soll kriminalisiert werden.
- 3) Obwohl die AfD einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegen die IB gefaßt hat (und jüngst gegen eine pfälzische Untergruppe noch einmal bekräftigte), gibt es zunehmend informelle Kontakte, etwa über die JA. Das Verhältnis FPÖ-IB hat sich ohnedies unter Kickl entspannt. Ein identitärer Frühling in Deutschland muß aus Sicht des Regimes unbedingt verhindert werden.

Bislang verhält sich die AfD sehr gelassen zu der heutigen Hetzkampagne. Hoffen wir, daß es so bleibt.

COMPACT steht ohnedies hinter Sellner, er ist unser geschätzter und regelmäßiger Kommentator in der Printausgabe und im TV. Sein Buch "Regime change von rechts" gehört zu den Bestsellern in unserem Shop. Er bleibt stabil, COMPACT bleibt stabil - an diesem Felsen werden sich die Haie die Zähne ausbeißen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/27872](https://www.klagemauer.tv/27872)" berichtet am 10. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Wetter-Manipulationen: Was wir sicher wissen**

Vortrag von ETH-Physiker Dr. *Philipp Zeller*

Geoengineering, Chemtrails, HAARP; wie ernst sollen wir dieses Thema überhaupt nehmen!? Dieser Frage stellte sich auch Philipp Zeller, Dr. sc. nat., Dipl. Physiker ETH. ... Er hat mehrere Jahre im Patentwesen gearbeitet, wo er so einige brisante Informationen entdeckte und diese nun ans Licht bringt.

Was wissen Sie, liebe Zuschauer über Wettermanipulationen? Wird dieses Thema in Ihrem Umfeld auch kontrovers diskutiert und gerne als Verschwörungstheorie abgetan? Der folgende Vortrag eines promovierten Naturwissenschaftlers am Sommer-WEF 2022 in Davos ist diesbezüglich sehr aufschlußreich.

Philipp Zeller studierte Physik an der ETH Zürich und hat den Dokortitel in Naturwissenschaften. Als Freizeitpilot befaßt sich Zeller schon seit über drei Jahrzehnten eingehend mit dem Wetter. Im Laufe der Zeit bemerkte er zunehmend "Auffälligkeiten am Himmel". Er begann eigene Untersuchungen durchzuführen und zu recherchieren. Insbesondere zu den Themen SRM (Management der Sonneneinstrahlung), SAI (Stratosphärische Aerosol-Injektion) und HAARP (Hochfrequenz-Aktiv-Auroral-Forschungsprojekt).

Der ehemalige Hochschuldozent Zeller hat lange im Bereich Patentierung gearbeitet. Darum kennt er sich auf diesem Gebiet sehr gut aus. Durch seine Recherchen hat er an die 1.000 Patente für Technologien zur Wettermanipulation gefunden - diese reichen bis ins Jahr 1892 zurück.

Das nachfolgende Referat möchte keine Angst schüren. Die Manipulationen des Wetters geschehen mit und ohne unser Wissen so oder so. Vielmehr soll die faktenorientierte Aufdeckung von Tatsachen einer Verleugnung dieser Vorgänge entgegenwirken und sachlich fundierte Argumente in die Hand geben. Verbreiten Sie deshalb dieses Video an unwissende, aber wahrheitssuchende Menschen.

Referat von Philipp Zeller: Sommer-WEF 2022 Geoengineering:

Ich möchte alle sehr herzlich begrüßen und Alec und allen anderen Organisatoren und auch euch ganz herzlich danken, daß ich diese Möglichkeit bekomme, hier etwas zu erzählen. Bis jetzt waren meine Vorträge immer deutlich länger als eine Stunde, das heißt, ich mußte massiv kürzen. Dann kam noch dazu, daß das Thema ja Gesundheit lautet, das heißt, ich habe auch ein bißchen über den physikalischen Tellerrand raus recherchiert, weil ich dann doch die Gesundheit ins Zentrum stellen wollte.

Und ich denke, die meisten von euch muß ich ja nicht davon überzeugen, daß das Wetter manipuliert wird und was da oben eben tatsächlich passiert. Also, was hat es mit Geoengineering und Gesundheit auf sich? Wie gesagt, ich möchte hier eine nicht abschließende Übersicht geben über ein paar Regierungsdokumente und Gesetze, über Patente. Patente meldet man nicht einfach aus Spaß an, die kosten sehr viel Geld. Und man muß auch den Nachweis erbringen, daß sie funktionieren, sonst werden sie nicht erteilt und publizierte Forschungsarbeiten, nicht von mir selber, weil es, wie gesagt, ja auch noch den Fokus der Gesundheit zeigen soll. Wie gesagt, es ist nur eine Übersicht, ich recherchiere fast permanent weiter.

Ich habe auch nicht den Anspruch, hier einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten, im Sinne

von einer wissenschaftlichen Fachkonferenz, also vom Aufbau her und so, sondern es ist, wie gesagt, eine Übersicht. Und natürlich kann ich mich auch irren, ich mache Fehler oder ich kann auch etwas zitieren, was vielleicht auf wackeligen Füßen steht, das möchte ich einfach vorausschicken. Nun, was ist denn Geoengineering überhaupt? Frau Weichelt hat ja vorher Chemtrails erwähnt. Ich versuche, diesen Begriff nicht zu erwähnen, weil mit dem Begriff Chemtrail wird man immer sofort in die Ecke der Verschwörungstheoretiker gedrängt, obwohl der Begriff selber von der US Air Force in den 70er Jahren geprägt wurde. Das ist ja das Lustige daran.

Geoengineering ist sicher der neutralere Begriff und Geoengineering beinhaltet hauptsächlich Wettermanipulation, das ist eigentlich das Wichtigste, durch Ausbringung von Partikeln in die Atmosphäre, aber auch durch elektromagnetische Wellen, die man mit großer Leistung in die Atmosphäre abgibt. Dann natürlich Erdsondierung, es geht ja um das Verändern ... an der Erde, Geo, die Erde. Das heißt, man sondiert da nach Hohlräumen, nach Ölvorkommen, Gas usw. Und man kann tatsächlich, ich wollte das anfangs auch fast nicht glauben, man kann tatsächlich auch mit diesen Aktivitäten Erdbeben künstlich auslösen.

Und letztendlich kann man auch das Erdmagnetfeld, gerade mit diesen vorher erwähnten elektromagnetischen Strahlen, auch manipulieren. Wozu wird denn überhaupt Geoengineering gemacht? Das geht eigentlich auf den ganzen Kalten Krieg zurück, das begann direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Eigentlich begann es schon früher, zumindest mit dem Bestreben, das Wetter zu beeinflussen. Aber das Geoengineering im großen Stil, das begann eigentlich nach dem Zweiten Weltkrieg.

Und ich möchte hier den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson zitieren. Der hat 1962 an einer Konferenz gesagt, wörtlich: "Wer das Wetter kontrolliert, der kontrolliert die Welt." Und das sind die Bestrebungen dieser Supermächte, allen voran der USA. Es gibt übrigens diese Rede auf YouTube, kann man finden, kann man sich im Originalwortlaut anhören. In der Vergangenheit - das Lustige ist, es wird ja immer bestritten, daß Geoengineering überhaupt gemacht wird - aber in der Vergangenheit gab es ganz viele solcher Projekte.

Ich möchte ein paar ganz Prominente, die heute auch öffentlich zugegeben werden, erwähnen. Das Projekt Cumulus, das 1952 im Vereinigten Königreich zu einer großen Flutkatastrophe geführt hat, als man eben Wolken geimpft hat, um sie künstlich herzustellen und zum Abregnen zu bringen. Es gab eine ganz dramatische Flutkatastrophe, da gab es 34 Tote und ganz viele Häuser wurden mitgerissen usw.

Es gibt natürlich noch schlimmere Katastrophen, aber da war der Zusammenhang eben sehr unmittelbar sichtbar. Es wurde dann natürlich viele Jahre totgeschwiegen, bis es dann wirklich ans Licht kam. Dann das Projekt Stormfury, das war 1962 bis 1971. Da hat man versucht, Hurrikans eben auch mit sogenanntem Impfen, also mit Ausbringen von Partikeln, zu beeinflussen. Das macht man heute viel professioneller als damals. Damals war das eben ein Projekt, noch zur Erforschung.

Und dann ganz bekannt, das ist wahrscheinlich den meisten bekannt, das Projekt Popeye, wo man im Vietnamkrieg ganz bewußt große Niederschläge eigentlich provoziert hat, um die Versorgungswege der Vietkongs quasi zu verschlammen und zu verhindern. Und letztendlich möchte ich auch daran erinnern, daß es über 2.000 Atombombentests gab. Also warum muß man so eine verheerende und umweltverschmutzende Bombe so und so oft wieder testen? Ich meine, wenn man sie schon bauen will, und da stelle ich sowieso schon ein Fragezeichen dahinter, dann reichen ja zwei, drei Tests, dann weiß man, wie es tut.

Und das kann man ja heute noch nachweisen, im Wasser, im Boden und in der Atmosphäre, diese ganze Radioaktivität. Es gibt dutzendweise, wenn nicht Hunderte von offiziellen Dokumenten, zum Teil waren die schon immer öffentlich zugänglich, zum Teil wurden sie

später deklassiert, also vor allem in den USA, da kann man wirklich stundenlang recherchieren und downloaden. Eines davon möchte ich hier einfach kurz zeigen, das heißt schon, ein Wettermodifikations-Proposal-Vorschlag vor dem US-Kongreß. Es ist ein sehr umfangreiches Dokument mit fast 200 Seiten.

Und da drin - ich habe das extra übersetzt, das ist von 1978 - und dort drin steht, daß in den vergangenen 30 Jahren, also von 1947 bis 1978 - also ich spreche nicht von heute, die vergangenen 30 Jahre - wurden 110 Wettermanipulationsprogramme im Kongress der USA vorgebracht und auch abgeseget. Der Kongress hat dann 1978 ein nationales, also staatenübergreifendes Forschungsprogramm initiiert und auch finanziert. Damals wurde eben bemängelt, daß es damals in den USA noch kein nationales Gesetz gab, das das alles geregelt hätte. Da mußte man sich behelfen und da wollte man etwas Entsprechendes auf den Weg bringen.

Und natürlich hatte man damals schon Angst, weil man es ja schon gemacht hat - eben zum Beispiel in Vietnam - hatte man natürlich Angst, daß der Feind dasselbe tun könnte zum einen, oder auch, daß man dann plötzlich irgendwie angeklagt würde als Nation, wenn es irgendwo ein Unwetter gibt oder eine Dürre, daß es dann heißen könnte: "Das war ein Angriff", und das wollte man natürlich verhindern. Deshalb mußte man das entsprechend gesetzlich regeln.

Und daraufhin hat man dann im 1978 - also initiiert schon 1976 - und 1978 hat man dann eine Gesetzesresolution in New York auf den Weg gebracht. Da stand die UNO dahinter, also das UN-Abkommen zum Verbot der kriegerischen Nutzung von Wettermanipulationen oder überhaupt von umweltverändernden Techniken. Und dieses Gesetz hat also auch die Schweiz ratifiziert, also ganz, ganz viele Staaten auf der Welt haben dieses Gesetz ratifiziert. Die Schweiz 1988, das heißt, das ist jetzt im Bundesgesetz übergegangen, das könnt ihr nachschauen auf der Gesetzessammlung des Bundes, das ist die Nummer 51.506.

Dieses Gesetz tönt ja eigentlich gut, und wie gesagt, das haben die USA da auf den Weg gebracht, 1976 bis 1978, eben aus Angst davor, daß die Feinde ja dasselbe machen könnten. So ein Gesetz heißt ja nicht, daß man sich daran halten muß. Es tönt sehr gut, die ersten beiden Hauptartikel tönen auch sehr gut, es geht wirklich darum, daß das verboten ist. Dann gibt es aber noch den dritten Artikel dieses Gesetzes, und in diesem dritten Artikel steht zunächst einmal, daß die Nutzung für friedliche Zwecke natürlich zulässig ist.

Es ist aber nicht definiert, was friedliche Zwecke sind. Und dann kommt noch ein zweiter Unterartikel in diesem Artikel 3 vor, und da steht, daß die Vertragsstaaten sich sogar verpflichten, das zu unterstützen: Wissensaustausch zu betätigen, sich finanziell daran zu beteiligen. Sie müssen sich nicht aktiv daran beteiligen, aber sie müssen es unterstützen und einen Beitrag leisten. Und dann kommt noch das i-Tüpfelchen dazu, dann gibt es nämlich noch eine sogenannte Absprache zu diesem Artikel 3, und da steht, daß da drin nicht die Frage behandelt, ob so eine umweltverändernde Technik die geltenden Vorschriften des Völkerrechts verletzt oder nicht.

Es erinnert mich so ein bißchen an ein Gesetz, das auf den Weg gebracht werden soll bezüglich Pandemiebekämpfungen. Das kennt ihr vielleicht auch, aber das hier haben wir als Schweizer schon 1988 ratifiziert. Das ist eigentlich erschreckend. Ich gehe jetzt wieder zurück in die USA und zeige nochmal ein Dokument, das veröffentlicht wurde, das ein Proposal (Vorschlag) war an die U.S. Air Force für den Ausblick auf das Jahr 2025.

Das Dokument selber ist von 1996, und der Titel dieses Dokuments ist: "Weather as a Force Multiplier", also "das Wetter als Kräfteverstärker". Und der Untertitel ist: "Wir besitzen das Wetter bis ins Jahr 2025". Ein kurzer Auszug aus diesem Dokument: Auf der linken Seite quasi, wie man den Feind schädigen kann, auf der rechten, wie man sich selber und seine Partner unterstützen kann. Da nur ein paar Stichworte: Den Feind schädigen mit Regen, mit

Flutwellen, die auch die Moral der Soldaten - auf der anderen Seite quasi - verschlechtern soll. Man kann aber auch eine Dürre provozieren, Wasserknappheit, bis es den Leuten so schlecht geht, daß sie sich ergeben.

Man kann Stürme provozieren, man kann die Ionosphäre - da komme ich später noch darauf zurück - so manipulieren, daß der Feind keine Funkverbindungen mehr aufnehmen kann, oder mit Radars quasi die eigenen Flugzeuge nicht mehr sieht. Man kann Nebel und Wolken entweder sich auflösen lassen, damit sich der Feind nicht verstecken kann, oder man kann sie bilden, um den Feind eben damit zu überraschen. Und man kann auch erkennen, ob der Feind selber solche Techniken einsetzt oder nicht. Und die eigenen Praktiken sind quasi genau das Gegenteil. Ja, also man schaut, wenn man selber einen großen Transport hat, daß man eben keinen Regen hat, daß die Wege trocken sind, Sturm eben nach Bedarf, die Ionosphäre ebenfalls optimieren, wenn man selber Radarsignale braucht und gute Funkverbindungen braucht, usw.

In diesem Dokument - es ist immer noch dasselbe Dokument - da steht da noch drin, so als Zusammenfassung, wenn dann erst einmal die Bedingungen gegeben sind, dann müssen wir auch in der Lage sein, Kohlenstaub - hier in diesem Dokument steht ganz klar Kohlenstaub, und zwar feinen Feinkohlestaub - in der gewünschten Region, also in der feindlichen Region, auszubringen, und zwar kontrollierbar, sicher, kosteneffektiv und zuverlässig. Da wurden Methoden evaluiert, und es steht, daß sogar unzählige Sprühtechniken bereits studiert wurden. Das Dokument ist von 1996. Die sicherste und günstigste Methode ist eine Art Nachbrenner von Jet-Triebwerken, also quasi eine hinter dem Triebwerk angebrachte Einsprühvorrichtung, um eben diesen Kohlenstaub in den Abgasstrahl einzubringen.

Und während das Flugzeug eben durch dieses Gebiet fliegt, wird das aktiviert oder es kann auch wieder deaktiviert werden. Warum Kohlestaub? Das ist spannend. Es gibt ein weiteres Dokument, das ist unter dem Freedom of Information Act, FOIA, also eben quasi später veröffentlicht worden. Das war früher einmal ein vertrauliches, geheimes Dokument. Das stammt aus dem Philips Labor von der Leitenden Abteilung für Geophysik. Die haben natürlich die amerikanische Regierung immer beraten und auch das Militär usw. Da steht drin, wie man den Regen verstärken kann, den Regen vermindern kann, Zirruswolken verstärken kann, also quasi diese Schleierwolken, die wir ja jetzt ständig haben - die sind einfach nicht natürlich, aber wir haben sie - oder wie man Nebel vertreiben kann.

Und das Ganze - das ist jetzt quasi nur das Kapitel vier, ich habe das extra quasi rausgezogen - und zwar mit Schwarzkohle, Wettermodifikation mit Schwarzkohle steht da ganz klar drin. Das überspringe ich. Es gibt ganz, ganz viele solche Dokumente. Es ist erschreckend, was da alles für Kampfmittel erforscht und erprobt werden. Ich möchte noch kurz ein Buch zitieren, ein sehr spannendes Buch. Ich habe es im Original - antiquarisch gefunden. Dieses Buch heißt "Unless Peace Comes", also "Es sei denn, wir finden zum Frieden", was natürlich zu hoffen ist. Das wurde editiert von einem Nigel Calder 1968, also das hat auch schon ein paar Jahre auf dem Buckel. Und dieser Nigel Calder war ein sehr einflußreicher und renommierter Wissenschaftsjournalist.

Und der hat führende Militärberater und Top-Wissenschaftler gebeten, jeweils ein Kapitel zu diesem Buch beizutragen bezüglich ihrer Arbeit, wie sie die Regierung beraten und was sie für Forschungsarbeiten (durch)föhren. Und das verrückteste oder spannendste Kapitel aus diesem Buch, es sind 17 Kapitel, heißt "Wie wir die Umwelt zerstören". Das ist der Titel des Kapitels und dieses Kapitel wurde geschrieben von einem Professor Gordon MacDonald, der lebt mittlerweile nicht mehr, der war der Vorsteher von Geophysik und Planetenphysik an der Universität von Kalifornien in Los Angeles.

Und er war Mitglied des Beraterstabs von Präsident Lyndon Johnson, den ich ja vorher bereits zitiert habe. Auszug aus diesem Kapitel, das Kapitel ist erschreckend zu lesen und er schreibt,

was da 1968 an aktueller Forschung gerade betätigt wurde. Man kann kalte Wolken durch Eiskristallbildung erzeugen, man kann warme Wolken erzeugen, indem man die bestehenden Tröpfchen künstlich vergrößert mit Partikeln. Man kann trockene Wolken erzeugen, die nicht abregnen, das haben wir ja diese Tage sehr oft. Man kann Wolken um ein Gewitter herum gezielt vergrößern, um das Gewitter zu verändern, zu verstärken oder abzuschwächen. Man kann Metallfolien oder Metallpartikel, zu seiner Zeit waren es noch Metallfolien, abwerfen, um vermehrt Blitze zu erzeugen.

Also Blitze, die dann auch entstehen, ohne daß es wirklich regnet, ohne daß es gewittert. Auch das kennen wir zur Genüge. Man kann Wirbelstürme erzeugen, man kann Wasseroberflächen mit Polymerschichten am Verdunsten hindern, damit es keine Wolken gibt, auch wenn die Temperatur steigt. Da würde ja eigentlich mehr Wasser verdunsten. Man kann das globale Klima verändern, und dazu schreibt er, das tut es ja auch natürlicherweise, und so kann man diese Aktivitäten gut verstecken. Niemand wird merken, ob es natürlich ist oder ob jemand dahintersteckt. Das ist noch nicht alles, ich habe eine zweite Seite.

Man kann Ozonlöcher erzeugen. 1968, nur so einmal nachgerechnet. Man kann mit einem ganz tollen Trick eine atomare Detonation, einen unterirdischen Atomsprengversuch unter der antarktischen Eisschicht durchführen. Die antarktische Eisschicht ist etwa 100 Kilometer dick, das sind unglaubliche Eismengen. Dann wird dort ein Wasserfilm durch die Hitze produziert unter dieser Eisschicht und ein grosser Teil dieses Eises wird wie auf einer Rutschbahn ins Meer rutschen. Dadurch kann man eine globale Eiszeit provozieren. Das ist relativ einfach.

Man kann Küstenstreifen sprengen und die lösen dann einen Tsunami aus. Ich weiß nicht, wer 1968 schon wußte, was ein Tsunami ist. Ich weiß es erst seit 2006, obwohl ich vorher Physik studiert habe. Aber Tsunamis waren mir nicht bekannt. Man kann Erdbeben erzeugen, indem man die Wasserschicht, die etwa 10 Kilometer tief unter der Erde ist, aktiviert. Die ist ganz nahe am sogenannten Tripelpunkt. Ich will mich jetzt nicht näher auf die Aggregatzustände des Wassers einlassen, rein aus Zeitgründen.

Nahe am Tripelpunkt heißt, wo das Wasser am dichtesten ist, wo es relativ schnell in den Übergang gehen kann, in unterkühltes Wasser oder Dampfform usw. Wenn man hört, daß ein Erdbeben das Epizentrum in 10 Kilometer Tiefe hatte, dann sollte man immer hellhörig werden. Spannend ist, daß alle die großen Katastrophen, wie zum Beispiel Fukushima, da war das Epizentrum 10 Kilometer tief. Ich kann nichts dazu beweisen, aber es ist eine interessante Koinzidenz. Man kann den Jetstream umlenken. Das werde ich nachher noch kurz zeigen.

Für diejenigen, die nicht wissen, was der Jetstream ist: Das sind hohe Winde in etwa 10 Kilometern Höhe, die um die ganze Welt gehen. Man kann Tornados auslösen. Ich glaube, das hatte ich schon auf der vorherigen Seite. Und dann die Quintessenz dieses Buchkapitels von Professor MacDonald ist, daß man Instabilitäten der Erde erkennen und ausnutzen kann. Also quasi da, wo etwas immer schon auf der Kippe ist, da muß man nur wenig Energie reinsetzen, um das in die eine oder andere Richtung lenken zu können.

Und letztendlich erzählt er auch über die Gedankenkontrolle. Daß man mit elektromagnetischen Wellen Gedankenkontrolle auf die Menschheit ausüben kann. Ich glaube, auch das dringt immer mehr an die Oberfläche, daß das tatsächlich über Jahrzehnte ganz intensiv erforscht wurde. Es gibt auch da ganz viele Patente dazu. Das ist erschreckend, was da schon alles gemacht wurde. Gerade zum Beispiel im MK-ULTRA-Programm usw. Es wird ja auch zum Guten verwendet. Man mißt das über EEG - Elektroenzephalogramme. Da mißt man, was da in welchem Zustand für Hirnströme sind.

Und dann kann man das quasi wie zurückspielen und kann die Leute da in ganz spezielle Zustände bringen. Ich gehe nicht näher darauf ein, auch wieder rein aus Zeitgründen. Es ist ein riesiges Faß, ich kann nicht alles aufmachen. 1999 hat der Europarat einen etwa 35-seitigen Bericht verfaßt. Eine Spezialkommission des Europarats. Da geht es um das sogenannte

HAARP-Projekt. Mit zwei A. Das heißt "High Frequency Active Auroral Research Program". Das heißt Hochfrequenz-Aktives Aurora, also ein Nordlichter Forschungsprogramm. Das findet in Alaska statt.

Mittlerweile gibt es solche Stationen fast auf der ganzen Welt. Das sind natürlich alles "in Anführungszeichen" Forschungsstationen. Ich komme nachher darauf zu sprechen, was es da gerade ist. Da geht es um Manipulationssysteme für die Ionosphäre. Die Ionosphäre ist ein sehr hoch oben liegender Teil unserer Atmosphäre. So etwa ab 80 Kilometer und höher. Die ist ionisiert, weil wir dort ständig elektrische Ladungen haben, die vom Sonnenwind ionisiert und dann abgelenkt werden. Dort oben fließt ständig ein Strom durch dieses Plasma. Dort oben ist es elektrisch und dort kann man natürlich besonders gut etwas manipulieren.

Der Europarat oder die Kommission schreibt dazu, daß es eben ein Teil elektromagnetischer Waffen ist und eine höchst gefährliche Bedrohung der gesamten Umwelt und natürlich auch der menschlichen Gesundheit darstellt, weil das Projekt zum Ziel hat, in den höchst sensiblen energetischen Bereich der gesamten Biosphäre einzudringen. Also nicht nur in die Ionosphäre, sondern auch hier unten. Es ist eine extrem gefährliche Aktivität. Mittlerweile gibt es viele solcher Radiowellen-Sendestationen und die haben ganz bestimmt einen Einfluß auf die Gesundheit von uns allen.

Ich komme jetzt gerade zu diesem Projekt HAARP bzw. zum Grundlagen-Patent desselben. Und zwar wurde das 1987 erteilt. In diesem steht drin, der Titel ist: "Veränderung einer Region in der Atmosphäre, Ionosphäre oder Magnetosphäre". Die Magnetosphäre ist noch weiter oben als die Ionosphäre. Die Ionosphäre ist unser magnetischer Schutzgürtel, der direkt mit dem Erdmagnetfeld verbunden ist, der quasi torusförmig um die Welt gerichtet ist. Insofern kann man da, wie ich eingangs sagte, das Erdmagnetfeld manipulieren.

In dem Patent steht drin, man kann Plasma heizen. Dadurch wird es hochgedrückt und dann gibt es einen Unterdruck, wo es hochgestiegen ist. Wenn ich Luft erwärme und sie steigt hoch, habe ich unten einen Unterdruck. Das provoziert eine horizontale Bewegung, also Wind. Ich kann dann auch mit dieser elektromagnetischen Strahlung eine Rakete verwirren, umlenken oder sogar zerstören. Das ist ein Waffensystem. Das ist dieser Krieg der Sterne, der in den 90er Jahren von den USA propagiert wurde. Weiter steht in demselben Patent drin, daß man die Ozon- oder Stickstoffkonzentration verändern kann. Man kann die Kohlendioxidkonzentration verändern. Kohlenmonoxid - noch gefährlicher.

Stickoxide und andere Stoffe können konzentriert oder verdünnt werden, um Umweltflüsse zu bewerkstelligen. Dann steht auch, daß das Erdmagnetfeld verringert oder sogar ausgeschaltet werden kann. Ziel ist natürlich, Raketen umzulenken, aber nicht nur. Und was ganz verrückt ist, man kann diese plasmatischen Partikel, die weit oben in der Atmosphäre sind, so manipulieren, daß sie sich zu einer Linse formen, einer optischen Linse und dadurch kann man einen Strahl von Sonnenlicht auf einen Punkt der Erde fokussieren.

Viele von Ihnen haben vielleicht schon einmal mit einer Lupe versucht Zunder anzuzünden. Ich habe das viel in meiner Kindheit gemacht. Das kann dann im großen Stil gemacht werden. Stichwort Waldbrände oder sonstige Brände oder Hitzeprobleme usw. So sieht dieser ursprüngliche Antennenwald in Alaska aus. Das sind Kreuz-Diagonal-Antennen, also typische Radioantennen. Mit diesen Antennen können Frequenzen von 30 kHz bis 300 MHz erzeugt werden. Das sind typische Radiowellen.

Das, was ich vorher erklärt habe, sieht etwa so aus. Man drückt den oberen Teil der Atmosphäre in die Höhe der Ionosphäre. Dadurch entsteht ein Unterdruck. Dann gibt es eine Horizontalbewegung und entsprechend Windbewegung. Wenn man diese Frequenzen, die ich vorher erwähnt habe von HAARP, umrechnet auf die Wellenlänge, wenn man sich die Hertzsche Welle anschaut, dann kommt man auf Wellenlängen zwischen 10 m und 15 km. Ein Wellental, ein Wellenbauch, ist die Hälfte davon, also 5 m bis 7,5 km.

Wenn man dann solche Wolkenformationen sieht, muß man sich schon fragen, ob das stehende Wellen von einem Föhntal sind, wenn man das im Mittelland oder sogar in Süddeutschland sieht oder ob da nicht eine andere Anregung dahintersteht. Für mich sieht das ganz genau danach aus. Das ist auch aus einem Forschungsbericht von dieser HAARP-Forschung, wie man Funkwellen an der Ionosphäre auch spiegeln kann.

Weil die elektrisch leitend ist, kann man die als Spiegel benutzen und kann viel bessere Radarüberwachung und Funkverbindungen bringen. Hier auch noch ein Ausschnitt aus einer Forschungsarbeit. Hier sieht man, daß man verschiedene leitende Schichten hat. Natürlicherweise hat man nur die Ionosphäre, die leitet. Hier unten hat man noch leitende Schichten. Wie bringt man das zustande?

Indem man leitfähige Partikel weiter unten in der Atmosphäre ausbringt. Die sind sehr hilfreich, um mit diesen HAARP-Wellen gewisse Effekte zu erzielen. Jetzt komme ich auf genau diese Partikel, die man da verwendet. Ich bringe Ihnen hier noch einmal mit einem Patent. Es ist ein sehr altes Patent, das wurde 1966 erteilt. Und zwar an die US Navy, also nicht an eine private Firma, sondern an den Staat. Ich will dazu erwähnen, daß zum damaligen Zeitpunkt, nach dem amerikanischen Patentrecht, ein Patent maximal 17 Jahre aufrechterhalten werden konnte. Das kostet aber viel.

Je älter ein Patent wird, desto mehr muß man bezahlen, damit man es als Schutz aufrechterhalten kann. Es wurde also die ganzen 17 Jahre dafür bezahlt. Dieses Patent, auch wenn es so alt ist, finde ich es so relevant. Es steht als Beispiel für Dutzende, wenn nicht Hunderte von Patenten, eine metallische Mischung zur Erzeugung von hygroskopischem Rauch. Also Rauch, der Wasser anzieht, Wasserdampf anzieht.

Und da drin steht, man brauche eine metallische Mischung, und die enthält folgendes, bitte festhalten: Lithium, Natrium, Kalium, Cäsium, Rubidium, Kalzium, Magnesium, Strontium und Bariumkarbonate und auch Mischungen davon. Zusätzlich Leichtmetalle wie Aluminium, Magnesium, Zink oder Zirkon oder Mischungen davon.

Außerdem ein anorganisches Oxidationsmittel wie Nitrate, Perchlorate, von Natrium, Lithium, Kalium, Kalzium, Barium und Strontium. Und dann zusätzlich auch noch eine Polyhalogenverbindung, da komme ich nachher gleich noch darauf zu sprechen, wie Hexachlorethan oder Oktachloropropan wurde patentiert, erteilt und 17 Jahre aufrechterhalten von der US Navy. Ein weiteres solches Patent, das sagt, man kann stratosphärische Welsbachpartikel ausbringen zur Reduktion der globalen Erwärmung.

Die sind damals schon auf den Klimawandelzug aufgestiegen, 1991. Welsbach war ein Forscher, deshalb Welsbachpartikel. Das ist einer von denen, die diese Idee hatten. Ich zeige das nur, weil hier drin steht, am besten eignet sich Aluminiumoxid oder Thoriumoxid. Also Aluminium wurde ja bereits erwähnt heute als einer der häufigsten Schadstoffe in der Atmosphäre. Es gibt ganz viele Patente, auch hier wieder eines, das sagt, sandartige Partikel kann man in die obere Atmosphäre bringen. Man kann eine Boeing 737 relativ einfach umfunktionieren, um 25 Tonnen Ladung in 18.000 Meter Höhe zu bringen. Dieses Patent wurde 2018 erteilt.

Es steht dann auch noch, die Partikel bleiben etwa zwei Jahre so weit oben in der Atmosphäre. Ich zeige noch eines, ich hoffe, es ist nicht zu langweilig. Das ist ein Patent der Firma GelTech Solutions. Da gibt es unzählige YouTube-Videos dazu. Die heißen "auf der Jagd nach Hurricanes". Die haben aus Flugzeugen gefilmt, wie sie Hurricanes entweder verstärkt oder abgeschwächt haben. Die haben etwas ganz Tolles erfunden, ein Polymer, also eine Plastikverbindung. Die wird in eine Wolke versprüht, die Wolke trocknet aus und dann fällt ein Gel vom Himmel. So kann man Regen auch verhindern.

Und dann noch mal zum Aspekt Gesundheit. Auch wieder ein relativ neues Patent wurde 2015 erteilt und zwar an irgendeine Anwaltskanzlei. Das ist meistens ein Zeichen, daß die

Erfinder oder die wirklichen Besitzer unbekannt bleiben wollen. Hier steht, das ist ein fliegendes Ausbringungssystem für toxische Mücken mit Drohnen, also unbemannten Flugzeugen. Wenn man sich die Patentfiguren anschaut, sieht man vielleicht hier nicht so gut, ich habe das extra reingezoomt. Das habe nicht ich reingebracht, das ist die Patentfigur da mit dem Totenkopf in der Ladung der Drohne.

Was da wirklich gemacht wird, hört und liest man immer mehr in den Mainstream-Medien. Nur heißt es immer, es wird nicht gemacht, wir sollten, wir sollten, es wäre ja dringend nötig, wegen dem Klimawandel. Das ist ja noch der größere Betrug als Corona, aber dieses Faß kann ich aus Zeitgründen auch nicht aufmachen. Auf jeden Fall gibt es ein sehr interessantes Buch von Professor David Keith. Ich empfehle es nicht zu kaufen, aber wenn es jemand interessiert, kann ich Auszüge davon zur Verfügung stellen. Ich habe es, "A Case for Climate Engineering", also wir müssen Climate Engineering machen.

In meinen Augen ist er zurzeit der forschende Führer für Geoengineering, der natürlich auch immer sagt, es wird nicht gemacht. Wir wissen genau, wie es geht, aber es wird nicht gemacht. Das sind alles Verschwörungstheoretiker, behauptet er. Er beschreibt im Detail, daß er Mikropartikel aus 5 Nanometer Aluminiumoxid, 30 Nanometer metallischem, also reinem Aluminium und dann noch 15 Nanometer Bariumtitanat, so wie ein Sandwich zusammenbringen will, weil die optimal das Sonnenlicht zurück ins Weltall reflektieren würden.

Dann gibt es noch ein weiteres Buch, davon haben Sie vielleicht schon gehört, wie wir die Klimakatastrophe verhindern von einem gewissen Bill Gates. Das empfehle ich erst recht nicht zu kaufen. Es steht einfach drin, daß das ein super lohnendes Investment sei. Mehr dazu sage ich nicht. Ich komme jetzt auf die Auswirkungen auf die Gesundheit, weil das ja das zentrale Thema ist. Also, Flugasche. Ich hatte ja vorher Dokumente gezeigt, wo von Kohlestaub die Rede war. Flugasche als Risikofaktor für Lungenkrebs.

Das ist ein Reviewartikel, also ein Artikel, der viele Forschungsarbeiten zusammenfaßt. Er erschien im "Journal of Advances in Medicine and Medical Research". Da wurde nachgewiesen, daß in der Luft und im Regenwasser Aluminiumsilikate, Eisenoxid, Magnetit, Radionuklide, also radioaktive Nuklide, sogar Alphastrahler, das sind die gefährlichsten, wenn man sie einatmet, Silizium, reines Silizium ist nicht gesund, Arsen, auch bekannt als Gift, Cadmium und Chrom vorhanden sind, so daß die ganz klar Lungenkrebs vermehrt auslösen können oder vermehrt durch oxidativen Zellstreß, durch Zytotoxizität, also Zellgiftigkeit und durch Genotoxizität, so daß sie auch das Genom verändern.

Interessant ist Asbest, das ist allen bekannt als sehr giftiger Stoff. Das ist ein faseriges Silikat, das ebenfalls viel Eisenoxid in sog. bioverfügbarer Form enthält. Da weiß man ja, was das für gravierende Lungenkrebsfälle angerichtet hat. Weiter eine Reviewstudie von 2019, auch aus dem "Journal of Advances in Medicine and Medical Research", Belastung durch Eisenoxid-Nanopartikel führt zu Herzerkrankungen, auch da wieder oxidativer Streß entsteht. In diesem Artikel steht, daß eine Belastung durch Eisenoxid auch zu Herzerkrankungen führen kann.

Die Autoren dieser Studie, das ist ein gewisser Marvin Herndon, der sich sehr intensiv mit dieser Thematik befaßt, mit Kollegen zusammen, der schreibt auch in diesem Artikel, es sei unerlässlich das Geoengineering durch Ausbringung von Aerosolen, ganz besonders von Flugasche, von ganz feinem Aschestaub zu beenden, um nicht die ganze Biosphäre zu zerstören. Übrigens kurz, dies ist eines der wenigen Bilder, die nicht von mir selber sind, das ist von Lilian Anselmetti von Aufrecht Bern. Herzlichen Dank fürs zur Verfügung stellen. Ich finde, es sind unglaubliche Wolkenbilder, die sie im Raum Bern gesehen hat.

Eine weitere Studie von 2017 besagt, daß die Verunreinigung der Biosphäre durch Quecksilber massiv zunimmt und daß das auch eine Konsequenz der Klimamanipulation sein müsse. Das ist im "Journal of Geography, Environment and Earth Science International" herausgekommen. Es war eine Studie, nicht eine Review. Da wurde mit Massenspektrometrie

Regenwasser und Schnee gemessen. Da wurde eine extrem hohe Quecksilberbelastung von 2 Mikrogramm pro Gramm gemessen. Obwohl durch die RoHS-Gesetze Blei und Quecksilber stark vermindert wurden in den letzten 20 Jahren, nimmt diese Belastung zu.

Auch das hat gesundheitliche Risiken, neurologischer, kardiovaskulärer, urogenitaler Art. Unfruchtbarkeit kann es auslösen, das Immunsystem betreffen und auch die DNA schädigen. Eine weitere Studie, die ich erwähnen möchte, von "Advances in Social Sciences Research Journal", sind die Mammutbäume, die Sequoias in Kalifornien, diese Redwood-Wälder. Die sind zum Teil über 3.000 Jahre alt. Sie haben ein viel wärmeres Klima erlebt, als wir es heute behaupten oder tatsächlich haben. Sie haben unglaubliche Trockenzeiten erlebt, Naßzeiten, Kältezeiten. Sie leben immer noch und jetzt sterben sie alle ab.

Eine nähere Untersuchung derselben zeigt, daß die künstliche Dürre über Jahrzehnte, in Kalifornien über Jahrzehnte durch Geoengineering, verursacht wird. Die toxischen Nanopartikel bringen ganz eindeutig die Bäume zum Sterben. Vor allem die Aluminiumanteile in diesen Nanopartikeln bringen die Bäume dazu, die Stomata, also diese Spaltöffnungen in den Nadeln oder Blättern, zu schließen. Dann haben sie den Feuchtigkeitsaustausch nicht mehr und können auch kein CO₂ mehr aufnehmen.

CO₂ ist übrigens das Lebensgas schlechthin. Es gäbe keine grünen Pflanzen ohne CO₂. Es gibt sogar eine relativ neue Studie von der NASA, die besagt, daß in den letzten 15 Jahren die Erde grüner geworden ist. Sie schreiben, wahrscheinlich wegen des erhöhten CO₂. Was ist denn böse daran? Aber das ist nur ein Nebensatz. Ein ganz wichtiger Faktor ist das Ozonloch, das immer größer wird. Man hört nichts mehr davon. Die FCKWs wurden schon in den 80er Jahren verboten. Jetzt kann man uns mit nichts mehr drangsalieren. Also sagt man nicht, daß das Ozonloch immer größer wird.

Wir wissen ja jetzt, wie es vergrößert werden kann. Das hat die US-Regierung in den vielen Dokumenten schon selber zugegeben. Dieses Ozonloch führt dazu, daß wir UVB und UVC auf der Erdoberfläche messen können. Auch in der Mainstream-Wissenschaft wird zugegeben, daß wir viel höhere UVB- und UVC-Anteile haben. Das ist das gefährliche UV, ab 100 Nanometer Wellenlänge bis etwa 400 Nanometer Wellenlänge. Das ist das richtig gefährliche UV. Das hatten wir früher auf der Erdoberfläche gar nicht. Das kommt durch das Ozonloch auf uns runter.

Das ist natürlich für uns Menschen genauso gefährlich wie für diese Sequoias. Ich überspringe jetzt die nächsten Studien, weil es immer ins Gleiche hineingeht. Was das alles auslöst. Katastrophales Bienensterben, Insektensterben, die ganzen Algenprobleme. Diese giftigen Algenblüten, die eigentlich zustande kommen, weil das Plankton stirbt. Durch diese ganzen Nanopartikelbelastungen und auch das Ozonloch. Die Vogelpopulationen gehen zurück, auch indirekt, weil die Insekten verschwinden und genauso die Fledermäuse.

Das sind alles Studien, die ich gelesen habe. Die wirklich erschreckend sind, was das alles für Auswirkungen hat auf die ganze Umwelt, also nicht nur auf unsere Gesundheit. Was ein wichtiger Treiber dieser ganzen Partikelaustritte sein könnte. Ich kann bis heute nicht sagen, ob nur Flugzeuge, wie im Patent beschrieben umgebaut werden, um nur zu sprühen. B-77 mit 25 Tonnen Tanks. Oder sprüht auch jeder Passagierjet? Ich bin mir nicht sicher. Ich vermute, aber das ist nur eine Vermutung, es wird beides gemacht, parallel.

Der aktuelle NATO-Treibstoff Jet Propulsive 8, JP8, hat eine unglaublich große Zahl an gefährlichen Additiven. Die NATO gibt ihren Mitgliedstaaten nicht bekannt, was das alles für Additive sind. Die sorgen für Frostschutz, für Explosionsschutz, für gute Lagerhaltung, für Temperaturbeständigkeit.

Man kann es in arktischen Regionen genauso betreiben wie in der Wüste. Man kann auch einen Campingkocher damit betreiben, ein Schiff oder ein Flugzeug. Das braucht Additive ohne Ende. Da gibt es eine sehr gute Untersuchung von einer Marion Hahn. Die findet man

auch im Internet. Die wurde selber krank, weil sie in der Nähe einer Air Force Base gelebt hat. Sie kann ziemlich gut zeigen, daß sie das auf den JP8 zurückführen muß. Hier sieht man, daß ich Dutzende von militärischen Forschungsdokumenten der US Air Force gefunden habe.

Hier ein Beispiel einer Forschungsarbeit. Ich glaube, es ist aus den 90er oder 00er Jahren. Auf jeden Fall wurde hier innerhalb der US Air Force der Treibstoff untersucht. In diesem JP8 wurden Aluminium, Barium, Beryll, Blei, Kadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink und Zinn nachgewiesen. Und dann natürlich auch noch die Oxide all dieser Metalle und zusätzlich noch polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe wie zum Beispiel Naphthalene und alkyl-substituiertes Naphthalin, alles unglaublich gesunde Zusatzstoffe.

Und wenn man jetzt schaut, dieser NATO-Treibstoff, der ist ja militärisch. Da gibt es ein Pipeline-System in Europa und dieses Bild ist von Wikipedia. Alles was ich hier geschrieben habe ist von Wikipedia. Ich zitiere sonst Wikipedia nicht, weil das meiste stimmt ja sowieso nicht. Aber hier ist dieses Bild aus den 70er Jahren. Das haben sie interessanterweise nicht aktualisiert. Und hier sieht man dieses Pipeline-System durch ganz Europa. Hier ist die Schweiz noch nicht dabei.

Aber im Artikel von Wikipedia steht dann, daß bereits im Jahr 2009 90 % der transportierten Kraftstoffe an zivile Abnehmer verkauft wurden - von diesem Flugtreibstoff. Und zu den größten zivilen Abnehmern gehören die Flughäfen Frankfurt, Köln, Bonn, Zürich und München. NATO-Treibstoff für zivile Airliner. 2016 wurden in Europa 12 Millionen Kubikmeter an zivile Abnehmer verkauft. Ich habe vorhin gesagt, auch der Mainstream bringt immer mehr Artikel zu diesem Thema und sagt dann aber, ja, das kann nicht sein.

Ein anderer Artikel, der vor zwei Wochen im Mainstream unglaublich die Runde gemacht hat. Überall, auch bei SRF, Watson, auch im englischen Sprachraum usw. Regenwasser hat nirgends auf der Erde mehr Trinkwasserqualität, wurde da gesagt. Sogar in der Antarktis oder im Hochland des Tibets ist er noch 14-fach höher, als die amerikanische Umweltbehörde den Grenzwert festgesetzt hat.

Und vor allem geht es um sogenannte PFAS und PFOA. Das sind poly- und perfluorierte Kohlenwasserstoffe, also fluoridhaltige Kohlenwasserstoffe. Die eben in - und dann steht natürlich im Mainstream drin - die in Make-up, Shampoos, Verpackungen und Putzmitteln drin sind. Also wir sind jetzt wieder schuld. Aber gerade diese Studie der Air Force hat gesagt, daß da eben fluorierte Verbindungen drin sind und zwar im großen Stil.

Also das Schlimmste an diesen fluorierten Verbindungen kommt von oben. Das ist die Originalstudie, die da im Mainstream zitiert wurde. Ich suche dann immer nach den Originalstudien. Ich will lesen was die Forscher da gemacht haben. Interessant ist auch, daß der Tagesanzeiger da einen Forscher aus Dänemark zitiert hat. Dabei ist mit Martin Scheringer sogar einer von der ETH dabei. Dann könnte ich ihn vielleicht mal kontaktieren und fragen, ob sie da auch atmosphärische Anteile berücksichtigt hätten.

Ich habe dann ein bißchen weiter recherchiert und bin auf ein Buch gestoßen. Das heißt "Forever Chemicals", also Chemikalien die sich nicht abbauen, die sehr lange im Erdkreislauf drin bleiben. Da geht es vor allem um diese PFOA und PFAS, also diese perfluorierten und polyfluorierten Kohlenwasserstoffe. Da steht drin, daß man eigentlich nur vier davon kennt und untersucht hat, wie gefährlich und giftig die sind. Und auch wirklich nur diese vier so richtig gut nachweisen kann. Es gibt aber allein 6.500 gelistete und wahrscheinlich gibt es über 10.000 von diesen Stoffen. Ich sehe schon, Alex steht da, darum überspringe ich jetzt den Rest.

Ich hätte noch ganz kurz darauf eingehen wollen, daß nichtionisierende Strahlung, elektromagnetische Felder eben auch genetische Brüche einfach indirekter Natur zur Folge haben können. Aber ich weiß, da kommt ja noch ein anderer Redner, deshalb kann ich das mit gutem

Gewissen überspringen. Daß eben nicht nur die versprühten Stoffe da oben ein Gesundheitsrisiko darstellen, sondern eben auch diese ganzen Radio- und Mikrowellen, die da auf uns runterprasseln. Und ich spreche jetzt nur mal von diesen Wettermanipulationssachen. Ich lasse jetzt 5G und selbst 4G, 3G usw. mal ganz außen vor. ... Und damit bin ich fertig. Ich habe ein paar Sachen übersprungen. Ich hoffe, ich habe nicht allzu viel überzogen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.<<

11.01.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Januar 2024: >>Dreimal mehr als die Wiedervereinigung: Fast sechstausend Milliarden Euro- so viel kostet uns die Zuwanderung!

Es ist eine Zahl, die jede Dimension sprengt: 5,8 Billionen Euro! Das sind 5.800 (in Worten: fünftausendachthundert) Milliarden Euro. In dieser Höhe insgesamt wird die (vor allem illegale) Zuwanderung die deutsche Volkswirtschaft belasten. Das ist dreimal mehr als die Kosten für die Wiedervereinigung.

Die Zahlen hat sich nicht irgendwer aus den Fingern gesaugt - diese Zahlen hat der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen (Universität Freiburg) errechnet. Er gilt als einer der besten Sozialexperten Deutschlands und war einst Rentenberater der Bundesregierung unter Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD).

Laut Raffelhüschen entsteht durch die Massenmigration ein gesamtwirtschaftliches Loch von 5.800.000.000.000 (5,8 Billionen) Euro. In einer jetzt bekannt gewordenen brisanten Studie für die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" zerpfückt der renommierte Ökonom das von den Altparteien gebetsmühlenartig wiederholte Narrativ, die Zuwanderung rette das deutsche Sozialsystem. Raffelhüschen macht folgende nüchterne Rechnung auf:

- Schon jetzt klafft in der alternden deutschen Gesellschaft eine riesige Lücke zwischen dem, was Arbeitgeber und -nehmer an Steuern, Pflege-, Renten-, Krankenversicherungsbeiträgen einzahlen und dem, was sie künftig ausbezahlt erhalten. Diese sogenannte "Nachhaltigkeitslücke" werde auf 19,2 Billionen Euro anwachsen, wenn Deutschland weiterhin im Schnitt pro Jahr 300.000 Ausländer aufnimmt.

Ohne Zuwanderung würde diese "Nachhaltigkeitslücke" 13,4 Billionen betragen. Per Saldo vergrößert die Migration also das Loch um 5,8 Billionen Euro. Raffelhüschen: "Das ist der Preis der Zuwanderung in unserem bisherigen System."

Ausländer zahlen kaum ein

Der Freiburger Wissenschaftler legt seine Berechnungen substantiiert dar:

- Durchschnittlich dauert die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sechs Jahre. In dieser Zeit zahlen sie nicht oder nur wenig in die deutschen Sozialkassen ein. Auch später im Erwerbsleben werde es kaum besser.

Denn aufgrund mangelnder Qualifikation verdienen Migranten meist deutlich weniger als deutsche Kollegen. Folge: Sie zahlen weniger Steuern und Abgaben, erhalten aber im Prinzip die gleichen Leistungen bei Krankheit, Pflege und Rente (gegebenenfalls mit einem staatlich, also aus Steuermitteln finanzierten Grundrentenaufschlag).

Raffelhüschen räumt gründlich mit dem Ammenmärchen auf, wonach Deutschland die Zuwanderer brauche, damit die Sozialsysteme nicht kollabieren: "Obwohl die Altersstruktur der Migranten potentiell eine demografische Verjüngungsdividende birgt, führt dies in keinem der betrachteten Szenarien zu einer positiven fiskalischen Bilanz der Migration."

- Seine Berechnungen demonstriert der Ökonom an einem einfachen Beispiel: "Ein Asylbewerber kommt mit 26 Jahren nach Deutschland, wird nach zwei bis drei Jahren abgelehnt, bleibt aber mit Duldung hier. Dann beginnt er allmählich mit ersten Jobs, qualifiziert sich und startet mit 35 Jahren eine Biographie als Steuer- und Beitragszahler. Wegen geringer Rentenanwartschaft bekommt er als Rentner die Grundsicherung - für die seine Beiträge niemals ge-

reicht hätten."

Der Freiburger Wissenschaftler, der 2002/2003 die Bundesregierung in der sogenannten "Rürrup-Kommission" beraten hatte, bilanziert: "Das rechnet sich nicht. Das ist alles viel zu teuer." Raffelhüschen verweist darauf, daß die Bundesregierung allein in diesem Jahr knapp 50 Milliarden Euro für die Migration im Haushalt bereitstelle. Und darin sind die Kosten für das Sozialsystem noch nicht einmal enthalten!

Auch "Fachkräfte-Zuwanderung" lohnt nicht

Selbst bei einer zusätzlichen Zuwanderung von 100.000 ausgebildeten Fachkräften pro Jahr würde Deutschland nach den Berechnungen von Raffelhüschen weiterhin ein Minus machen. Die "Nachhaltigkeitslücke" läge dann immer noch bei 14,2 Billionen Euro - und damit 800 Milliarden Euro über der Finanzierungslast OHNE jede Zuwanderung.

Die deutsche Migrationspolitik faßt Raffelhüschen mit Blick auf die volkswirtschaftlichen Effekte in wenigen, aber deutlichen Worten zusammen: "Machen wir weiter wie bisher, sind wir dumm wie Stroh!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Klarstellung zu einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam**

Aufgrund mehrerer Pressemeldungen, die im Zusammenhang mit einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam falsche Tatsachen hinsichtlich einer angeblichen Beteiligung unserer Partei behauptet haben, finden Sie nachfolgend eine Klarstellung:

- 1) Die Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam war eine private Veranstaltung und keine Parteiveranstaltung der AfD gewesen. Es gab weder eine organisatorische noch eine finanzielle Verbindung zur Alternative für Deutschland.
- 2) Die dort offenbar auch anwesenden AfD-Mitglieder hatten demzufolge als Privatpersonen teilgenommen, keiner der Betroffenen konnte daher für unsere Partei sprechen.
- 3) Die Alternative für Deutschland ist nicht verantwortlich für Vorträge oder sonstige Inhalte, die von Privatpersonen auf privaten Veranstaltungen - die erkennbar nichts mit unserer Partei zu tun haben - gehalten werden. Eine pauschale Zurechnung solcher etwaig privat geäußerten Inhalte zur Alternative für Deutschland wird ausdrücklich zurückgewiesen.
- 4) Die Programmatik der Alternative für Deutschland geht transparent und rechtsstaatlich mit dem Remigrationsbegriff um: Weder im Bundestagswahlprogramm 2021 ("eine nationale und eine supranationale 'Remigrationsagenda' als Schutzgewährung in Herkunfts- und Transitregionen nach dem Grundsatz 'Hilfe vor Ort'") noch im Europawahlprogramm 2024 ("Remigration statt Talentabwerbung") sind irgendwelche Anhaltspunkte aufgeführt, die unser Selbstverständnis als "Grundgesetzpartei" in irgendeiner Weise in Frage stellen könnten.
- 5) Ansonsten sind unsere Forderungen zu "Einwanderung, Integration und Asyl", die seit 2016 unverändert im Grundsatzprogramm stehen und sich selbstverständlich auch im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befinden, folgende (Auszug Kapitel 9):
 - Vollständige Schließung der EU-Außengrenzen.
 - In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika, werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. Erst nach Anerkennung eines Schutzgrundes wird die sichere Reise nach Deutschland ermöglicht.
 - An allen deutschen Grenzen, an denen derzeit (noch) unregelte Einwanderung stattfindet, sind strenge Personenkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.
 - Das individuelle Asylgrundrecht soll durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes ersetzt werden. Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung mißbraucht werden.

Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern, die nicht oder nicht

mehr bleibeberechtigt sind. Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht die entsprechenden Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen. Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern dürfen nicht gleichzeitig Anreize zum Bleiben gegeben werden. Unter anderem ist ihre Sozialhilfe umgehend auf ein rechtlich zulässiges Minimum an Sachleistungen zurückzuführen. ...

Dabei muß die direkte Einwanderung in Sozialsysteme verhindert werden. Wir befürworten eine maßvolle legale Einwanderung aus Drittstaaten nach qualitativen Kriterien. Im Vordergrund stehen dabei die Interessen Deutschlands als Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturnation. Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muß sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt.

Wer sich der Integration verweigert, muß sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können. Die AfD lehnt den "Doppelpaß", also den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Fortbestand oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit grundsätzlich ab, was wohlbegründete Sonderfälle aber nicht ausschließt.<<

[Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2024: >>](#)

Warum man Bauern in die Pleite treibt - Teil 1

Bauernproteste sind bei weitem kein deutsches Phänomen, in den letzten Jahren gab es beispielsweise massive Bauernproteste in den Niederlanden. ...

_ von Thomas Röper

Der Grund dafür ist ein Plan der niederländischen Regierung, bis zu 3.000 Höfe zu schließen. Die niederländische Regierung bietet ihnen zwar über 100 Prozent des Wertes ihres Besitzes an, dafür müssen sie aber ein Berufsverbot in allen Ländern der EU akzeptieren. De facto ist das eine mit Geld versüßte Zwangsenteignung, gegen die die niederländischen Landwirte seit Jahren protestieren, denn wer sich weigert, der soll zwangsenteignet werden.

Das gewollte Höfesterben

Als Vorwand wird mal wieder der Kampf gegen den angeblich menschengemachten Klimawandel genannt. Bauernhöfe seien Produzenten von klimaschädlichen Abgasen und von Stickstoff, heißt es. Auch in Belgien haben die Bauern immer wieder gegen für sie existenzgefährdende Regelungen protestiert, die oft von der EU vorgegeben werden.

Auch in Belgien gibt es ein Höfesterben, in den letzten 13 Jahren ist die Zahl der Höfe um 14 Prozent zurückgegangen. In den Niederlanden ist die Zahl der Höfe von 2010 bis 2020 bereits um etwa ein Drittel zurückgegangen, was ein ähnlich starkes Höfesterben ist wie in Deutschland.

Man könnte die Liste der Länder, in denen eine Politik umgesetzt wird, die auf eine zielgerichtete Reduzierung der Bauernhöfe abzielt, lange fortsetzen. Die Methoden und die von den jeweiligen Regierungen vorgeschobenen Begründungen sind unterschiedlich, aber sie haben alle das gleiche Ergebnis: In westlichen Ländern sterben die kleinen Bauernhöfe und deren Land wird meist von den großen Lebensmittel- und Agrarkonzernen aufgekauft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Bedingungen für die kleinen Betriebe Schritt für Schritt verschlechtert, um sie zum Verkauf ihres Landes zu drängen.

Weg vom Fleisch, hin zu Insekten?

Die Kürzungen, gegen die die deutschen Bauern derzeit protestieren, fügen sich dabei in das Gesamtbild ein, das man in fast allen Ländern des kollektiven Westens beobachten kann. Und auch die deutsche Regierung, namentlich Bundesumweltminister Özdemir, arbeitet daran, die Zahl der von Bauern gehaltenen Nutztiere zu verringern, was ebenfalls in den meisten westlichen Ländern das Ziel ist. Die niederländische Regierung will die Zahl der gehaltenen Nutztiere gar um bis zu 50 Prozent reduzieren.

Das Phänomen kann man auch in den USA beobachten, wo das Höfesterben allerdings bisher langsamer abläuft. Im Jahr 2000 gab es in den USA 2,167 Millionen Farmen. 2022 lag die

Zahl der Farmen schon bei nur noch 2,003 Millionen. Das ist zwar ein langsames Höfesterben als in Europa, aber es ist der gleiche Trend.

Auch die WHO fühlt sich inzwischen berufen, über das Thema zu sprechen und natürlich ist der Vorwand wieder der Klimawandel. Die Nahrungsmittelproduktion trägt laut WHO-Chef Tedros Ghebreyesus zu über 30 Prozent der Treibhausgasemissionen bei und ist für fast ein Drittel der weltweiten Krankheitslast verantwortlich. Daher müsse die Nahrung weltweit umgestellt werden. Die Welt müsse weg vom Fleischverzehr und hin zu mehr pflanzlicher Nahrung. Außerdem wirbt die WHO für Insekten als Lebensmittel und für im Labor gezüchtetes Fleisch.

"Nachhaltige Entwicklung": Ein Täuschungsmanöver

Auf dem jüngsten Klimagipfel COP28 veröffentlichte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) Ernährungsempfehlungen für die Länder der ersten Welt, um die CO2-Emissionen zu senken. Die Botschaft an die wohlhabenden Länder lautete wieder, weniger Fleisch zu essen.

Mit gutem Beispiel mochten die versammelten Teilnehmer des Klimagipfels aber dann doch nicht vorangehen, denn auf der Speisekarte des COP28-Gipfels fand sich eine reiche Auswahl von Gerichten wie "saftige Fleischscheiben", "saftiges Rindfleisch", Wagyu-Burger, afrikanisches Straßen-BBQ, Philly-Cheesesteaks und anderer Fleischgerichte. Geröstete Insekten, Mehlwurmsuppe oder ähnliches suchte man hingegen vergeblich. Offenbar gelten die Ernährungsempfehlungen nur für das Fußvolk, nicht jedoch für die politische Elite.

Das ändert aber nichts daran, daß diese "Ernährungsumstellung" von den westlichen Ländern vorangetrieben wird. Es sei nur daran erinnert, daß die EU immer mehr Insekten als Beimischung für Nahrungsmittel zuläßt.

Über die sogenannten "nachhaltige Entwicklungsziele" der UNO (Sustainable Development Goal, SDG) habe ich schon öfter geschrieben. Die SDG werden auch Agenda 2030 genannt, weil sie Ziele definieren, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Die dort genannten Ziele, zum Beispiel den weltweiten Hunger abschaffen, klingen alle sehr positiv. Wer jedoch in die Programme zur Umsetzung der SDG schaut, der versteht, daß das keineswegs positive Programme sind.

"Philantropen" als Strippenzieher im Hintergrund

Ich habe im August beispielsweise über die C40-Städte berichtet, ein Programm, das ebenfalls ein Teil der Umsetzung der SDG ist. Eine Auswahl der Ziele, die die C40 bis 2030 erreichen wollen, sind folgende verbindliche Regeln für die Bewohner der C40-Städte: Null Kilogramm Fleischkonsum, Null Kilogramm Milchprodukte, maximal drei neue Kleidungsstücke pro Person und Jahr, Null private Fahrzeuge im Besitz, ein Kurzstreckenflug (weniger als 1500 Kilometer) alle drei Jahre pro Person. Das ist kein Scherz, wie Sie hier mit allen Quellen nachlesen können.

Die Agenda 2030 umfaßt praktisch alle Lebensbereiche und die Umsetzung der Agenda wird massiv gefördert. Lobbyiert werden die Ziele von den Stiftungen der sogenannten "Philantropen", also der westlichen Oligarchen, die mit ihrem Reichtum die Politik der westlichen Staaten bestimmen.

Diese Oligarchen haben dabei konkrete Ziele, unter anderem die Kontrolle über den Agrar- und Lebensmittelsektor zu bekommen. Damit würden sie den Staaten die Kontrolle über die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln abnehmen. Und genau das erleben wir gerade in der EU, denn wenn die Höfe sterben und deren Land an die Agrarkonzerne geht, bekommen wenige Konzerne die Kontrolle über die Lebensmittelmittelproduktion. Die EU-Staaten begeben sich auf einem weiteren Gebiet in die Abhängigkeit einiger weniger Superreicher.

Die Rolle von Bill Gates

Eben diese superreichen Globalisten kaufen seit Jahren weltweit Ackerland und nutzen ihren

Einfluß auf die Politik, um die Regelungen für Landwirte so unerfüllbar und kostspielig wie möglich zu gestalten, damit kleine und mittlere Betriebe früher oder später pleite gehen, oder sogar vom Staat gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben, siehe Niederlande. Das ist genau das, was wir in der EU gerade beobachten. Und auch die aktuellen Streichungen der Steuererleichterungen für deutsche Landwirte fügen sich als weiterer, wenn auch nicht so offensichtlicher, Schritt in das Bild.

Die Bill and Melinda Gates Foundation (BMGF) beeinflusst die deutsche Agrarpolitik über von ihr kontrollierte Projekte. Das System nennt sich öffentlich-private Partnerschaft (public-private partnership, kurz ppp) und funktioniert immer nach dem gleichen Muster.

Die Stiftung eines westlichen Oligarchen, von den Medien liebevoll "Philanthrop" genannt, schiebt ein Projekt an, finanziert es mit einigen Millionen, danach sind die westlichen Regierungen davon ganz begeistert und steuern ein Vielfaches (oft sogar das hundertfache) an Steuergeldern bei.

Diese Gelder kontrolliert damit der Oligarch, der das Projekt aus der Taufe gehoben hat. Zur Umsetzung solcher Projekte muß immer irgend etwas gekauft werden (Impfstoffe, Medikamente, Saatgut, etc.) und natürlich werden diese Dinge dann bei Firmen gekauft, an denen der Oligarch beteiligt ist oder die ihm ganz gehören. Mit einem relativ kleinen finanziellen Einsatz lenkt der Oligarch also ein Vielfaches an Steuergeldern in seine eigene Tasche.

Auflösung familiärer Bindungen

Aufgrund dieses eigentlich sehr einfachen Geschäftsmodells werden die sogenannten "Philanthropen" immer reicher, während sie angeblich ihr Geld mit vollen Händen verschenken, um die Welt zu retten. Daß die sogenannte Philanthropie in Wahrheit nichts weiter als ein Geschäftsmodell ist, habe ich in meinem Buch "Inside Corona" ausführlich und mit vielen konkreten Beispielen aufgezeigt.

Um beim Beispiel Bill Gates zu bleiben: Die deutsche Bundesregierung finanziert 31 Projekte und Programme, an denen die Gates-Stiftung beteiligt ist. Bei 24 der Projekte ist die Gates-Stiftung der einzige Partner. Das wurde im Sommer 2023 durch eine kleine Anfrage der Fraktion der Linken zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und privaten Stiftungen bekannt. Insgesamt überweist der deutsche Steuerzahler dafür 3,8 Milliarden Euro an die Stiftung von Bill Gates, wobei 3,35 Milliarden direkte, nicht projektgebundene Förderungen sind.

Die Gates-Stiftung hat sich als wichtigste Ziele die Gesundheit (also beispielsweise Impfungen), Ernährung (wobei massiv genmanipulierte Lebensmittel lobbyiert werden) und Bildung gesetzt. Bildung ist deshalb so wichtig, weil die "Philanthropen" de facto auch über den Inhalt der Lehrbücher bestimmen, die an westlichen Schulen und Universitäten benutzt werden. Was man den Kindern von heute in der Schule beibringt, ist das, was die Erwachsenen der nächsten Jahrzehnte denken werden.

Daher war es in nur wenigen Jahrzehnten möglich, die Werte der westlichen Gesellschaften massiv zu verändern. Vor 50 Jahren war die Familie noch der wichtigste Wert im Westen, heute wurde das durch alle möglichen Lebensgemeinschaften und LGBT ersetzt.

Auch das ist gewollt, denn wenn man den familiären Zusammenhalt, also die gewachsenen sozialen Bindungen zerstört, macht man die Menschen einsam und leichter lenkbar. Aus diesem Grund werden in den (ebenfalls von den Oligarchen bezahlten) westlichen Medien auch Singledasein, Kinderlosigkeit und wechselnde Partnerschaften, am besten auch noch mit wechselnden Geschlechtern, propagiert. Und aus diesem Grund haben diese Dinge auch Einzug in die Lehrpläne an westlichen Schulen und Universitäten gehalten: Es ist das, schon von den alten Römern erfundene, simple und wirksame Herrschaftsinstrument "teile und herrsche", das damit zur Perfektion gebracht wird.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie

Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Wasserstoffhype: Der Bundesregierung fehlt die Grundlage!**

Der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré, wollte von der Bundesregierung in einer schriftlichen Einzelfrage (12/551) wissen, welche Speicherstrategie die Bundesregierung bei ihrem planwirtschaftlichen Thema Wasserstoff hat. Nach dem Willen der Bundesregierung soll Erdgas durch Wasserstoff ersetzt werden. Doch dazu müßten zunächst einmal grundsätzliche Fragen geklärt werden, wie beispielsweise das Problem der Speicherung von Wasserstoff. Hierauf hat die Bundesregierung keine Antwort, sondern räumt ein:

"Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereitet derzeit die Beauftragung eines Gutachtens vor, zur Speicherung von Wasserstoff, einschließlich des möglichen Transformationspfads von Erdgas- zu Wasserstoffspeichern. Die Studie wird auch der hiesigen Frage nachgehen ..."

Kotré teilt dazu mit: "Damit ist klar: Wie bei der sogenannten Energiewende - ohne Speicher - fehlt auch beim Wasserstoffhype der Bundesregierung die Grundlage. Es gibt bislang weder eine Strategie, noch ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, ob die Ziele überhaupt realisierbar sind. Der Wirtschaft wird Sand in die Augen gestreut, denn sie verläßt sich auf die vollmundigen Zusagen der Bundesregierung. Tatsächlich handelt es sich dabei um Fantasie. Ich halte das inzwischen nicht mehr nur für Dilettantismus, sondern für eine vorsätzliche Sabotage unseres Wirtschaftsstandortes."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2024: >>**Sellner-Verschwörung: Jetzt meldet sich Scholz**

Von Sven Reuth

Das Land im Aufruhr, Zehntausende von Bauern und Bürgern auf den Straßen, aber Kanzler Olaf Scholz arbeitet sich an einem herbeiphantasierten "Geheimtreffen" von COMPACT-Kolumnist Martin Sellner mit Vertretern von CDU, AfD und Werteunion ab. ...

Der Sturm im Wasserglas geht weiter und nimmt zunehmend Formen einer Groteske an. Jetzt äußert sich sogar kein Geringerer als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausführlich zu dem privaten Treffen des COMPACT-Kolumnisten Martin Sellner mit einigen Vertretern von CDU, AfD und Werteunion, das im November vergangenen Jahres bei Potsdam stattfand und das von dem linken Portal Correctiv mit Stasi-artigen Methoden überwacht wurde.

"Fanatiker mit Assimilationsfantasien"

Dabei wurde dort nichts besprochen, was diese Aufregung auch nur im Geringsten rechtfertigen würde. Die gezielte Remigration türkischer Gastarbeiter über ein Anreizsystem war noch in den 80er Jahren offizielle Politik der Bundesregierung unter Helmut Kohl, trug zur damaligen Entspannung des Arbeitsmarktes bei und galt seinerzeit als vorbildlich.

Neben Zuwanderungsbewegungen wird es aber immer wieder auch Rückwanderungsbewegungen geben, die knalllinken Polit-Propagandisten von Correctiv machen daraus dann flugs einmal "Vertreibungen" und "Deportationen".

Nun hat sich sogar Bundeskanzler Olaf Scholz ausführlich zu dem angeblichen "Geheimtreffen" bei Potsdam, das in Wirklichkeit keines war, in zwei Meldungen bei X (vormals Twitter) geäußert. So schreibt er in einem ersten Beitrag:

"Wir lassen nicht zu, daß jemand das 'Wir' in unserem Land danach unterscheidet, ob jemand eine Einwanderungsgeschichte hat oder nicht. Wir schützen alle - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder wie unbequem jemand für Fanatiker mit Assimilationsfantasien ist."

Angesichts dieses wirren Kanzler-Posts fragt man sich, ob Olaf Scholz den von ihm verfaßten Text überhaupt selbst verstanden hat. Was sollen "Fanatiker mit Assimilationsfantasien" sein?

Die Assimilation, also die vollständig abgeschlossene Anpassung an das Wertesystem des Aufnahmelandes, gilt in der Migrationsforschung allgemein als das erwünschte und angestrebte Ende einer geglückten Zuwanderungsgeschichte.

Scholz sieht das offenbar anders. Oder macht er sich etwa die 2010 geäußerte Auffassung des türkischen Präsidenten Recep Erdogan zu eigen, nach der Assimilation "Völkermord" ist? Dann würde er ja selbst nach heutigen bundesdeutschen Maßstäben verfassungswidriges und völkisch-fundamentalistisches Gedankengut vertreten.

In einem zweiten Post bei X legte Scholz dann heute nach und betonte:

"Wer sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, ist ein Fall für unseren Verfassungsschutz und die Justiz. Daß wir aus der Geschichte lernen, das ist kein bloßes Lippenbekenntnis. Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenstehen."

Thierse will wieder mal verbieten

Das ist die übliche plumpe Drohung, jeden vor den Kadi zu zerren, der von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch macht. Eines Bundeskanzlers eigentlich unwürdig, doch von Olaf Scholz hat man nichts anderes erwartet. Es überrascht natürlich auch nicht, daß ein Parteifreund von Scholz, nämlich der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, die aus seiner Sicht vermutlich günstige Gelegenheit wahrnimmt, um seinen Herzenswunsch nach einem AfD-Verbotsverfahren ins Gespräch zu bringen. Er äußerte gegenüber dem Tagesspiegel:

"Die AfD organisiert sich mit Demokratiefeinden und Umstürzern. Das ist hochdramatisch."

Wenn der Verfassungsschutz die AfD als eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei definiere, "muß der Staat sie genauestens beobachten und ein mögliches Verbot prüfen". Auch hier kann Wolfgang Thierse so lange prüfen, wie er will: Ein privates Treffen einiger AfD-Funktionäre mit Martin Sellner und ein Gedankenaustausch über Strategien zur Remigration ist kein Verbotgrund.

"AfD, Maaßen, Identitäre und Compact hecken Pläne aus"

Schließlich fordern auch renommierte Migrationsforscher wie Paul Collier und Ruud Koopmans, daß der sozialdarwinistische und von kriminellen Schlepperbanden organisierte Zuwanderungs-Wettlauf über das Mittelmeer schnellstens beendet werden muß. Migrantenzentren und Migrantenstädte an der Peripherie der EU, wie Martin Sellner sie fordert, wären hier die auch unter humanistischen Gesichtspunkten weit bessere Lösung, weil mit dem gleichen Einsatz an Geld viel mehr Menschen geholfen werden könnte.

Im Berliner Tagesspiegel dürfen sich auch die drei Journalisten Henri Kramer, Dominik Lenze und Alexander Fröhlich eine Story über eine angebliche "Rechtsfront aus AfD-Leuten und Identitären" aus den Fingern saugen, die angeblich "die Vertreibung von Millionen Migranten" plant.

Die Brandenburger Sozialministerin Ursula Nonnenmacher (Grüne) teilte diesen Artikel auf ihrem X-Profil und schreibt dazu:

"Für alle, die glauben, man könne die AfD doch mal in Verantwortung bringen: Die bundesweite Rechtsfront trifft sich in Potsdam: Villa mit Seezugang - wo AfD, Maaßen, Identitäre und Compact Pläne aushecken."

Gute Besserung, Frau Ministerin, möchte man da bloß noch sagen. Zu deutlich erkennbar ist auch, daß gerade Politiker wie Frau Nonnenmacher hocheifrig über das herbeiphantasierte "Geheimtreffen" zu sein scheinen, weil es die Chance auf wenigstens etwas Ablenkung von ihrer eigenen Katastrophenpolitik zu versprechen scheint.

Ausladung eines Sachverständigen

Allerdings gibt es im Zusammenhang mit dem Sellner-AfD-Treffen auch einen echten Skandal und Rechtsbruch zu vermelden. Der Jurist Ulrich Vosgerau, ein CDU-Mitglied, der ebenfalls an dem Treffen teilgenommen hatte, wurde kurzfristig von einer Sachverständigen-

anhörung im Landtag von Sachsen-Anhalt ausgeladen, an der er ursprünglich als Referent hätte teilnehmen sollen. Die AfD verließ aus Protest gegen diese Ausladung die laufende Sitzung des Bildungsausschusses.

Leitstrategie, Non-Strategie, Parlamentspatriotismus, Militanz, Remigration, Reconquista - *Martin Sellners neues Buch "Regime Change von Rechts: Eine strategische Skizze" ist ein Feuerwerk des planmäßigen und gelungenen strategischen Denkens.<<*

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Eigenanteil gestiegen: Seniorenheime müssen bezahlbar bleiben!**

Im letzten Jahr sind die Zuzahlungen für Seniorenheime erneut um rund 200 Euro gestiegen. Im Schnitt muß jetzt jeder Heimbewohner 2.381 Euro aus der eigenen Tasche aufbringen.

"Es ist unverantwortlich, die steigenden Kosten in der Pflege allein auf die Senioren und ihre Familien abzuwälzen", kritisiert der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban. "Mit ihrer oft bescheidenen Rente können viele Heimbewohner die kräftigen Preisaufschläge nicht zahlen und werden zu Bittstellern bei ihren Kindern oder beim Sozialamt degradiert. Das frißt die Altersvorsorge ganzer Familien auf.

Für die steigenden Kosten in der Pflege muß der Staat einspringen. Diese AfD-Forderung wurde aber im Landtag von allen Parteien abgelehnt (Drs. 6/17246). Wir bleiben dabei: Unsere Steuereinnahmen müssen den eigenen Bürgern zugutekommen und dürfen nicht in der ganzen Welt verteilt werden.

Zudem will die AfD die Pflege durch Angehörige stärken und deshalb deren finanzielle Unterstützung durch das Landespflegegeld deutlich erhöhen (Drs. 7/5242). Am Beispiel Niederlande zeigt sich, daß mit einer attraktiveren häuslichen Pflege viele finanzielle und personelle Probleme gelöst werden können."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2024: >>**Till Lindemann: "Rot wird braun"**

Von *Karel Meissner*

Rammstein-Sänger Till Lindemann rechnet mit dem Wokeness-Terror ab - in einem Gedicht, das weit über seine Causa hinausgeht. ...

Wehe, wenn sie losgelassen. Jede Verbotskultur bedarf der Lynchjustiz. Als definitiven Frustkanal, als letzte Form der Orgie. Da kann alles raus. Das Schönste: Man muß nicht auf langwierige Prozesse warten. Kein komplexes Abwägen von Pro und Contra. Anklage genügt - und los geht's. Mit Gebrüll.

Auch Rammstein-Sänger Till Lindemann kam 2023 ins Kreuzfeuer woker Lynch- und Cancel-Culture. Beweisfreie Beschuldigung: Übergriffigkeit. Selbst nach Einstellung der Ermittlungen wollte (und will) mancher professioneller Menschenjäger nicht auf Rammstein-Canceling ("Keine Bühne für Täter") verzichten. Zu deren Ärger hat Lindemann dennoch eine erfolgreiche Solo-Tour für sein Album "Zunge" absolviert.

Kürzlich veröffentlichte der Skandalisierte seine Neujahrsgrüße ("An alle, die bei mir sind und bei mir waren. Ich wünsche viele GUTE Jahre!") und eine lyrische Abrechnung mit den Hetzern.

Ein Gedicht, das weit über den Fall Lindemann hinausgeht, das Woko-Haram-Anhängern den Spiegel vorhält. Titel: "Rot wird braun". Die Neulinken sind zu Faschisten mutiert. "Gestiefelt laufen sie der Wege / Laut der Vergangenheit entgegen."

Wen erinnert das nicht an die Berichterstattung im Gleichschritt, wie GEZ- und Mainstream-Medien sie uns seit Jahren vorsetzen? "Schwarz auf Weiß steht es ja da / Was geschrieben wird ist wahr."

Die vielen Wahrheiten der letzten Jahre: Corona ist die zweite Pest, die Impfung hat keine Nebenwirkungen, Rußland hat Deutschland den Gashahn zgedreht, der Klimaschutz verlangt

nach Great Reset und manches mehr. Und wehe, jemand bewegt sich außerhalb dieser Narrative: "So viel Neid in hohlen Venen / Draußen jaulen die Hyänen."

Dann wird zur Menschenjagd geblasen. Deutschland in Jahre 2024: Rot ist zu braun geworden.<<

12.01.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Januar 2024: >>Statt Globuli lieber Antibiotika: Pharma-Lobbyist Lauterbach streicht Homöopathie als Kassenleistung

Die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), die Bezahlung homöopathischer Therapien als freiwillige Leistung durch gesetzliche Krankenkassen zu streichen, stoßen auf teils heftige Kritik.

So wehren sich u.a. deutsche Homöopathie-Ärztinnen und -Ärzte. "Eine Streichung der freiwilligen Kassenleistung Homöopathie würde das Therapieangebot in der ärztlichen Versorgung einschränken", sagte die Vorsitzende des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte, Michaela Geiger, laut dpa. "Es würde eine therapeutische Monokultur in den Praxen entstehen - die Leidtragenden wären die Patienten", so die Neckarsulmer Hausärztin weiter und betonte: "Wir erleben täglich in der Praxis, daß die Therapievielfalt medizinisch sinnvoll ist."

Das sieht der Pharma-Lobbyist und Impf-Fanatiker Lauterbach anders. Er betrachtet die Alternativ-Medizin als wirkungslos. Statt etwa auf Globuli setzt er vermutlich lieber gleich auf die Immunabwehr schwächende Antibiotika - ein für die Pharmariesen einträgliches Milliarden-geschäft!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Januar 2024: >>Dafür ist Geld da: "Klima-Projekte" in der Ukraine, "grüne Kühlschränke" in Kolumbien!

Ausland geht vor Deutschland: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von Robert Habeck ("Grüne") finanziert nach Angaben der Bundesregierung großzügig diverse Klima-Projekte in aller Welt - darunter Vorhaben mit einem Volumen von knapp 20 Millionen Euro allein in der Ukraine!

Doch nicht nur die Ukraine profitiert von absurden Zuwendungen. Das BMWK finanziert laut der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Unionsfraktion Projekte mit einem Gesamtumfang von 279 Millionen Euro im Ausland - dazu gehören beispielsweise die Sanierung von Wohngebäuden in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator (rund 6,2 Millionen Euro), oder "grüne Kühlschränke" für Haushalte in Kolumbien (4,6 Millionen Euro).

Würde man allein bei diesen Projekten den Rotstift ansetzen, könnte die Anti-Deutschland-Ampel nach Experten-Berechnungen etwa die Hälfte dessen einsparen, was sie Flugreisenden über die drastisch erhöhte "Ticketsteuer" abnehmen will!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Januar 2024 (x1.351/...): >>Scholz gönnt sich Luxus-Heli: Kein Helikopter ist so abgehoben wie Scholz!

Dieser Vorgang steht symbolhaft für die Dreistigkeit und Abgehobenheit der Ampel-Regierung: Während die Bauern mit Agrardiesel-Kürzungen belastet werden und das Heizen, Tanken und Wohnen immer teurer wird, kaufen sich die Ampel-Regierung und ihr Regierungschef Olaf Scholz insgesamt drei Luxus-Helikopter - für 200 Millionen Euro! Das ist mehr, als die Ampel mit der ersten Stufe der Agrardiesel-Abschaffung in diesem Jahr einnehmen will (176 Millionen Euro).

Das heißt im Klartext: Wenn die abgehobene Ampel auch nur auf ihre drei Luxus-Fluggefährte verzichten würde, dann könnte man zumindest für dieses Jahr eine wesentliche Forderung der Bauern erfüllen.

Doch dazu müßte man eine Regierung haben, die sich für die Nöte der eigenen Bevölkerung mehr interessiert als für Selbstdarstellung und luxuriösen Müßiggang. Doch die Abgehobenheit des Kanzlers wurde schon mehrfach deutlich - beispielsweise bei seinem peinlichen Flut-Auftritt, wo seine Kommunikation mit den Bürgern schon am falschen Schuhwerk scheiterte. Oder beim sogenannten Kanzlergespräch, bei dem Scholz sich kichernd darüber lustig machte, daß ein Bürger seinen Elektro-Ofen auf einen Gas-Ofen umgestellt hat. Oder auch beim Umgang mit seinen zahlreichen Finanzskandalen, die er stets mit dem lapidaren Hinweis kommentiert, er könne sich an nichts erinnern.

Derweil hält Scholz an seinem ebenfalls pompösen Erweiterungsbau für das Bundeskanzleramt fest. Der Steuerzahlerbund beziffert die Kosten auf bis zu 800 Millionen Euro, womit wir uns wiederum in der Größenordnung der gesamten Agrardiesel-Kürzungen bewegen (900 Mio. €). So verhält sich kein Bundeskanzler, der seinen Amtseid ernst nimmt. Wir nehmen ihn ernst. Deshalb wollen wir die Ampel-Regierung ablösen und den Rotstift bei jener Möchtegern-Elite ansetzen, die unser Land seit Jahrzehnten in den Niedergang treibt!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Remigration: 5,8 Billionen Kosten für Migra-**

tionspolitik

Nach dem Veröffentlichenden einer neuen Berechnung der Migrationskosten durch den Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen hat sich der migrations- und wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg Ruben Rupp MdL in seiner Befürchtung bestätigt gezeigt, daß die Massenmigration nach Deutschland die Sozialkassen und den sozialen Frieden gefährden:

"Wir brauchen Migration für die Wirtschaft, behaupten etablierten Parteien und angebliche Wirtschaftseliten seit Jahren. Nun rechnet der Wirtschaftsexperte Raffelhüschen mit 5,8 Billionen Kosten, die durch die Migration entstehen. Dies ist doppelt so viel wie die aktuellen Staatsschulden Deutschlands. Dies zeigt, daß Migranten keinesfalls die Wirtschaft oder die Rentenkassen retten, sondern die aufgrund des demografischen Problems entstandene Situation in Deutschland extrem verschlimmern."

Verantwortlich für diese Zustände macht der AfD-Abgeordnete Rupp diejenigen, die jegliche Kritik an der Migration als rechtsextrem oder ausländerfeindlich betiteln:

"Der Mythos einer positiven Bilanz der Massenmigration wird mit dieser Veröffentlichung endgültig begraben. Statt die Fakten anzuerkennen, verleugnet auch die Landesregierung nach wie vor diese Tatsachen und betitelt Migrationskritik der AfD als ausländerfeindlich und rechtsextrem. Lieber tabuisiert sie die Schäden durch ihre Massenmigration und fordert ein Verbot der AfD, wie Innenminister Strobl, statt die Fakten anzuerkennen. Ein Offenbarungseid der Regierung. Es wird Zeit, die Remigration schnell und entschieden durchzuführen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2024: >>**Lothar Wieler erhält Bundesverdienstkreuz!**

Von *COMPACT Redaktion*

Lothar Wieler, Ex-Präsident des RKI und einer der schlimmsten Erfüllungsgehilfen von Lauterbachs Maßnahmendiktatur, erhält in der kommenden Woche das Bundesverdienstkreuz. WAHNSINN!! Bundesverdienstkreuz für Lothar Wieler!!

Bei den Kandidaten des Bundesverdienstkreuzes fragt man sich, ob es sich dabei um einen Negativ-Preis (so wie Hollywoods "Goldene Himbeere") handelt.

Nächste Woche erhält der Tierarzt und Ex-Präsident des Robert Koch-Instituts Lothar Wieler diese Auszeichnung.

Wieler gehörte in Wort und Tat zu den schlimmsten Erfüllungsgehilfen von Lauterbachs Maßnahmendiktatur. O-Ton Wieler 2021: "Wir dürfen denen, die sich nicht impfen lassen, wirklich nicht die Chance geben, die Impfung zu umgehen, zum Beispiel, indem sie sich

freitesten lassen." <<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Januar 2024 (x1.351/...): >>Von der Ampel finanziert: "Studie" sieht "Rassismus" als Ursache für Clan-Kriminalität!

Die Verhöhnung und Diffamierung des eigenen Volkes kennt keine Grenzen! Mit rund 600.000 Euro Steuergeld fördert das FDP-geführte Bildungsministerium eine "Studie", die einen angeblichen "Rassismus" als Ursache für Clan-Kriminalität betrachtet.

Dabei stehen nicht so sehr die Täter im Fokus der Studie. Vielmehr seien Polizei, Arbeitgeber, Medien und Gesellschaft daran schuld, daß arabische Großfamilien mit Schutzgelderpressung, Drogenhandel und Raubüberfällen ihren Lebensunterhalt verdienen. Unfaßbar: Schon den Begriff "krimineller Clan" wird von Studienleiter Robert Pelzer als "rassistisch" bezeichnet!

Dabei ist die Datenbasis dieser sogenannten "Studie" extrem dürftig, wie auch die Autoren eingestehen: "Wir haben 10 biographische Interviews von ein bis dreistündiger Dauer geführt, in denen die Interviewten ausführlich über ihre Lebensgeschichten berichtet haben."

Kritik an der Aussagekraft der Ergebnisse will der Möchtegern-Experte Pelzer nicht gelten lassen: "In der qualitativen Biographieforschung arbeitet man üblicherweise mit wenigen Interviews." In dem "Forschungsansatz" gehe es "nicht um statistische Repräsentativität", sondern um das Aufzeigen der "Vielfalt" von Betroffenen-Biographien "anhand von beispielhaften Fällen".

Natürlich verdeutlichen derartige Unfug-Pamphlets, daß vieles von dem, was heutzutage als "Wissenschaft" bezeichnet wird, nicht viel damit zu tun hat. Eine riesige Armee linksliberaler Gesinnungs-Krakeeler mißbraucht vielmehr die Universitäten, um stumpfe linke Propaganda als Wissenschaft zu tarnen.

Der noch größere Skandal ist jedoch, daß sich eine FDP-Bildungsministerin für derartigen Riesenschwachsinn aus dem ultralinken Ideologie-Zirkus hergibt und dann auch noch mehr als eine halbe Million Euro Steuergeld dafür bereitstellt. Die Lindner FDP unterscheidet sich kaum von Grünen und Antifa! Deshalb will die AfD den Geldhahn für derartige "Studien" abdrehen. Das Geld ist besser in Abschiebungen und Remigrations-Initiativen investiert! <<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27886" berichtet am 12. Januar 2024 (x1.350/...): >>Bauern im Trommelfeuer des Great Reset

Ein Kommentar von *Ernst Wolff* zu den Bauernprotesten

In den vergangenen Jahren hat sich die Lage der Bauern weiter zugespitzt. Einem Trommelfeuer gleich werden die Landwirte von unterschiedlichsten Seiten in die Ecke gedrängt. Die geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel bringt das Faß zum Überlaufen. Finanzexperte Ernst Wolff setzt die Bauernproteste in Deutschland in einen größeren Zusammenhang. Denn die aktuellen Entwicklungen sind nur die Spitze des Eisbergs einer globalen Agenda.

Die Streichung des Diesel-Rabatts brachte das Faß für die Bauern zum Überlaufen. Ihre Proteste bringen auf den Punkt, was den gesamten Mittelstand bewegt. Die Politik hat sich völlig entkoppelt von der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. Der Finanzexperte Ernst Wolff stellt die aktuelle Entwicklung rund um die Bauernproteste in Deutschland in einen größeren Zusammenhang. Seiner Meinung nach geht es um sehr viel mehr als nur die Streichung von Steuervergünstigungen.

WHO-Chef Tedros erklärte im vergangenen Jahr: "Unsere Lebensmittelsysteme schaden der Gesundheit der Menschen und des Planeten. Lebensmittelsysteme tragen zu über 30 % der Treibhausgasemissionen bei und sind für fast ein Drittel der weltweiten Krankheitslast verantwortlich. Eine Umgestaltung der Lebensmittelsysteme ist daher unerlässlich." In der Agenda 2030, einer UN-Resolution aus dem Jahr 2015, heißt es: "Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die

Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen ..."

Hier wird klar, daß nicht die aktuelle Politik das eigentliche Problem ist: Es geht um eine globale Transformation und zunehmende Monopolisierung der Nahrungsmittelversorgung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Der Finanzexperte Ernst Wolff analysiert die aktuelle Entwicklung rund um die Bauernproteste wie folgt:

Hallo, Ernst Wolf hier. Der Deutsche Bauernverband ruft gemeinsam mit den Landesbauernverbänden ab dem 8. Januar zu einer landesweiten Aktionswoche auf, die am 15. Januar in einer Großdemonstration in Berlin ihren Höhepunkt finden soll. Offizieller Anlaß ist die von der Ampelkoalition geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Verärgerung der Landwirte wundert einen nicht, wenn man bedenkt, wie sie seit Jahren immer stärker unter Druck gesetzt werden. Mit der Folge, daß immer mehr kleinere und mittlere Höfe aufgeben und großen Agrarbetrieben weichen müssen. In Zahlen ausgedrückt sieht die Situation folgendermaßen aus: Gab es 1995 in Deutschland noch ca. 390.000 Landwirtschaftsbetriebe, so waren es 2020, also ein Vierteljahrhundert später, nur noch etwa 240.000. Noch erschreckender sind die Zahlen für die Europäische Union.

Von 2005 bis 2020, also innerhalb von nur 15 Jahren, fiel die Zahl von 14,4 Millionen Betrieben auf 9,1 Millionen. Das entspricht einem Rückgang von rund 37 Prozent. Man sieht also, es hat in der Landwirtschaft, so wie auch in der Industrie, auf Kosten kleiner und mittlerer Betriebe einen schnell fortschreitenden Konzentrationsprozeß und damit eine kräftige Umverteilung von unten nach oben gegeben.

In den vergangenen drei Jahren hat sich die Lage der Bauern weiter zugespitzt. Zum bereits geschilderten Strukturwandel sind auch noch die Lieferkettenzusammenbrüche infolge der Lockdowns gekommen. Außerdem die erschwerte Wartung und Reparatur von Landmaschinen durch den Chipmangel, die Erhöhung von Maut- und CO2-Steuern, die Verteuerung von Düngern, insbesondere durch den Ukraine-Krieg und die erschwerte Kreditaufnahme aufgrund der Erhöhung der Zinsen durch die Europäische Zentralbank.

Aber das ist noch nicht alles. Dieses Trommelfeuer an Problemen ist auch noch verschärft worden. Und zwar durch immer neue bürokratische Vorschriften und Regulierungen. Fast alle im Namen des Klimas. Daß auf diese Weise immer mehr Bauern den Kampf ums Überleben verlieren und zu Opfern internationaler Agrarkonzerne werden, ist allerdings kein Zufall.

Wir erleben ja zurzeit weltweit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zeitenwende, den Aufbruch in das digitale Zeitalter. In das führt uns allerdings eine verschwindend geringe Minderheit. Und zwar, ohne daß die Mehrheit in irgendeiner Weise ein Mitspracherecht hätte. Diese Minderheit, ein Kartell aus mächtigen Finanz- und IT-Konzernen, verfolgt dabei mehrere Ziele, die inzwischen auch als "Great Reset" bekannt sind.

Sie will uns alle biometrisch erfassen, sie will uns alle neues Geld, also digitales Zentralbankgeld, aufzwingen und sie will die Landwirtschaft von Grund auf umgestalten. Und zwar durch sogenanntes Smart Farming. Dazu zählen die Automatisierung der Arbeit von Traktoren und Geräten, die Verwendung von Drohnen oder Arbeitsrobotern und der Einsatz der künstlichen Intelligenz, zum Beispiel durch die Anwendung von Algorithmen im Pflanzenbau. Aber das ist nicht alles.

Der Great Reset im Bereich der Landwirtschaft setzt vor allem auf die Erkenntnisse der synthetischen Biologie, also auf genetisch verändertes Saatgut und neuerdings auch auf Laborfleisch. All das verkaufen uns die Protagonisten des Great Reset als Maßnahmen, die in unserem Interesse gegen den Klimawandel getroffen werden. Saatgut muß angeblich manipuliert werden, um die Pflanzen gegen den Klimawandel resistent zu machen. Und Laborfleisch muß normales Fleisch ersetzen. Da ja Rinder, Schweine und Schafe zu viel Methan ausstoßen. Das alles ist keine Satire, sondern bittere Realität.

Dahinter verbirgt sich ein Milliardengeschäft, in das bereits zahlreiche Großinvestoren eingestiegen sind. Es bedeutet aber auch die vollständige Unterwerfung der Landwirtschaft unter diese Investoren. Denn die Lizenzen und die Patente, sowohl auf klimaresistentes Saatgut als auch auf klimaneutrales Laborfleisch, gehen natürlich nicht an die Landwirte, sondern an die Vertreter des Kartells. Smart Farming wird, und darüber sollten wir uns im Klaren sein, genauso wenig zur Rettung der Welt beitragen wie der gesamte Rest der Klimaagenda.

Smart Farming ist nichts anderes als ein Riesengeschäft zugunsten einer winzigen Minderheit und außerdem das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie kennen. Eine besonders unrühmliche Rolle bei dieser fatalen Entwicklung spielt die Politik, die sich der Agenda des Great Reset fast vollständig untergeordnet hat.

Als größter Gegner der Landwirte haben sich dabei innerhalb der deutschen Ampelkoalition die Grünen erwiesen, die zurzeit das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium innehaben. Sie scheinen keine Grenzen zu kennen, wenn es darum geht, die Landwirte immer weiter in die Enge zu treiben und den Großinvestoren einen roten Teppich auszurollen.

Wie aber steht der Bauernverband zu dieser Entwicklung? Es ist schwer zu glauben, aber der Bauernverband steht ihr nicht nur hilflos gegenüber, er fördert sie sogar. Auf seiner Website kann man nachlesen, daß er sämtliche Klimaziele der Vereinten Nationen und die Vorgaben der Klimagipfel unterstützt und sich voll und ganz hinter deren CO2-Agenda stellt.

Auf dem Parteitag der Grünen im November in Karlsruhe konnte man ihn sogar unter den Ausstellern und Sponsoren finden. Was aber veranlasst den Bauernverband nun im Januar 2024 dazu, von sich aus zu einer Aktionswoche mit Großdemonstration aufzurufen?

Vermutlich die wachsende Unzufriedenheit vor allem kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe, die sich in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen lokalen und regionalen Protestaktionen Luft gemacht haben, die sich wiederum in einen Flächenbrand zu verwandeln drohen. Man kann also davon ausgehen, daß der Bauernverband nicht ganz freiwillig, sondern aus reinem Selbsterhalt auf die Proteste reagieren und dem Druck der Basis nachgeben muß.

Heißt das nun, daß man diese Protestaktionen ablehnen sollte? Nein, ganz im Gegenteil. Wer den Bauern wirklich helfen will, der sollte die gesamte nächste Woche nutzen, um ihnen durch sachliche Information klarzumachen, daß es um sehr viel mehr als nur die Streichung von Steuervergünstigungen geht, daß ihrem ganzen Berufsstand die Grundlage entzogen werden soll und daß sie ihr Schicksal, wenn sie sich erfolgreich gegen den Great Reset wehren wollen, auf keinen Fall den Funktionären des Bauernverbandes überlassen dürfen.<<

Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2024: >>England: Trans-Polizisten dürfen Frauen abtasten

Von S. Hofer

Männliche Polizisten, die sich als Frau definieren, dürfen in England künftig Leibesvisitation an weiblichen Verdächtigen vornehmen. Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit "Irreversibler Schaden".

Wieder einmal hat England im Namen der Gender-Ideologie den Übergriffigen einen Dienst erwiesen, von dem hiesige Sittenstrolche nur träumen können. Wenn ein deutscher Mann sich als Frau fühlt und deshalb die Damensauna stürmt, muß er noch mit Protesten von Altfe ministinnen wie Alice Schwarzer rechnen. England ist da fortschrittlicher:

Wenn Vergewaltiger sich als feminin definieren, landen sie im Frauenknast und können dort weibliche Häftlinge traktieren. So geschehen in Wakefield (West Yorkshire, Großbritannien): Dort wurde 2018 die Transfrau Karen White (damals 52) wegen Vergewaltigung und anderer Sexualdelikte in ein Frauen-Gefängnis gesperrt.

Überraschung: Auch dort vergewaltigte White weiter, weibliche Mithäftlinge waren die Opfer. Danach entschuldigte sich das Justizministerium: Man habe halt das selbstgewählte

Geschlecht respektieren wollen.

Wen interessieren Frauenrechte, wenn es um Gender-Wahrheiten geht? Jetzt tut Englands Polizei auch gemäßigten Fummelkönigen was Gutes: Trans-identifizierte Sicherheitsbeamte (also männliche Polizisten, die sich als Frauen ausgeben) dürfen künftig Leibesvisitationen an Frauen durchführen. Klar, wäre schließlich diskriminierend, ihnen das weiterhin zu untersagen, oder? Also nach Lust und Laune fummeln und dafür noch Gehalt kassieren.

Laut Women's Rights Network (WRN) sollen bereits Beamte von 34 bis 43 Sicherheitskräften in England und Wales zur heißen Tat schreiten oder man plane die Einführung dieses Privilegs. Laut dem WRN ermögliche diese Regelung "staatlich sanktionierter sexueller Übergriffe."

Im Gespräch mit Daily Mail sagte eine Polizistin, sie habe Angst, "sowohl um meine Kollegen als auch um gefährdete Verdächtige". Weiter:

"Eine Leibesvisitation ist eine demütigende und möglicherweise traumatische Erfahrung und es sollte alles getan werden, um sicherzustellen, daß ein Verdächtiger mit Würde und Respekt behandelt wird."

Wegen ihrer Kritik an dieser neuen Richtlinie, so die Polizistin, habe man ihr bereits Disziplinarmaßnahmen angedroht

Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit "Irreversibler Schaden". Das Werk, das in Amerika zum Skandal erklärt wurde, eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche und besorgte Eltern, da die Gefahren des Transgender-Wahns deutlich benannt wird - und die Propaganda dahinter enttarnt wird.<<

Jemen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2024:

>>Nahost-Krieg eskaliert: USA und Briten greifen Jemen an

Von *Sven Reuth*

Der Nahost-Konflikt eskaliert und der Krieg um das Rote Meer ist nun endgültig eröffnet. Die USA und Großbritannien haben Luftangriffe auf die Huthi-Milizen im Jemen geflogen. Religiöse Fanatiker laden diesen Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf, wobei die Rolle ultrazionistischer Endzeit-Sekten in den westlichen Medien komplett verschwiegen wird. ...

Dem amerikanischen Verteidigungsministerium zufolge haben die Angriffe im Jemen aus der Luft und von See aus stattgefunden und den militärischen Stellungen der Huthi-Miliz gegolten. Es seien Kampffjets und Marschflugkörper vom Typ Tomahawk zum Einsatz gekommen. Die Briten setzten nach Angaben von Premier Rishi Sunak vier Eurofighter Typhoon Kampfflugzeuge ein.

Zum Hintergrund des Konflikts

Ebenso wie die Deutschen konnten die Jemeniten im Jahr 1990 ihre Wiedervereinigung feiern und die Spaltung ihres Landes in eine eng an dem einstigen sozialistischen Ostblock ausgerichtete "Demokratische Volksrepublik Jemen" mit der Hauptstadt Aden und die "Jemenitische Arabische Republik" mit der Hauptstadt Sanaa überwinden.

Eine glückliche Geschichte hat das Land, das an der Südspitze der arabischen Halbinsel liegt, seither allerdings nicht erlebt. Ein echtes Zusammenwachsen der auch ethnisch und konfessionell recht unterschiedlichen Landesteile blieb in den vergangenen Jahrzehnten aus. Schon ab dem Juni 2004 nahmen die innerjemenitischen Auseinandersetzungen mit dem sogenannten Aufstand der Huthi bürgerkriegsähnliche Züge an.

Der Aufstand der Huthis

Die Huthis sind der militärisch-politische Arm der Zaiditen, einer schiitischen Glaubensrichtung, die im Vergleich zu den jemenitischen Sunniten stets als vergleichsweise gemäßigt und liberal galt, und die sich durch den zunehmenden Einfluß von Saudi-Arabien unterstützten sunnitischen Fundamentalisten wie der Terrormiliz IS unterdrückt und marginalisiert fühlten. Eine geplante Föderalisierung des Landes scheiterte, da den Huthi dabei ein isoliertes Gebiet

im Norden des Landes ohne Zugang zum Meer zugewiesen wurde. Im September 2014 gelang es 30.000 Huthi-Kämpfern, die Hauptstadt Sanaa einzunehmen und den Staatspräsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi abzusetzen. Der Vormarsch der Rebellen war dabei so erfolgreich, daß es diesen gelang, große Teile des Jemens zu kontrollieren.

Zu Beginn des Jahres 2015 drohte mit Aden auch der zweiten wichtigen Stadt des Landes die Eroberung durch die Huthis und der abgesetzte Präsident Hadi setzte sich ins saudische Exil ab. In Riad war man über die Entwicklung im Nachbarland hochalarmiert und sah sich sogar "vom Iran umzingelt", da man von einer iranischen Unterstützung des Huthi-Aufstands ausging.

Eine Kriegsniederlage des Westens

Dies führte ab dem 26. März 2015 zu einer von Saudi-Arabien angeführten Militärintervention unter dem Namen "Operation Decisive Storm" (deutsch: "Operation Sturm der Entschlossenheit"), an der sich auch Ägypten, der Bahrain, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Marokko, Sudan und der Senegal beteiligten und die von den USA, Frankreich und Großbritannien logistisch unterstützt wurde.

Am 14. April 2015 nahm der UN-Sicherheitsrat bei einer Enthaltung Rußlands die umstrittene Resolution 2216 an, mit der ein Waffenembargo gegen die Huthis verhängt und diese dazu aufgefordert wurden, die besetzten Gebiete zu räumen. Kurz nach dieser Resolution reichte der UN-Sondergesandte für den Jemen, Jamal Benomar, seinen Rücktritt ein, und machte die unnachgiebige Haltung der Golfstaaten um Saudi-Arabien dafür verantwortlich, daß alle seine Vermittlungsversuche in dem Konflikt gescheitert waren.

Trotz dieses riesigen militärischen und finanziellen Einsatzes des Westens hat der Krieg im Jemen zu praktisch noch gar keiner Änderung der Lage im Land selbst und der dortigen Frontlinien geführt. Abgesehen davon, daß zumindest der Fall Adens verhindert werden konnte, halten die Huthi-Rebellen immer noch weite Teile insbesondere im Nordwesten des Landes rund um die Stadt Sanaa. Außerdem kontrollieren sie weiterhin einen Küstenstreifen am Roten Meer.

Westen mißt mit zweierlei Maß

Mit Beginn des neuen Gaza-Krieges stellten sich die Huthis klar an die Seite der Palästinenser. Für weltweites Aufsehen sorgte im November vergangenen Jahres die Kaperung des im Besitz eines britisch-israelischen Geschäftsmannes befindlichen Autofrachters "Galaxy Leader" durch Huthi-Kämpfer im Roten Meer. Seitdem umgehen viele Reedereien die durch das Rote Meer führenden Schifffahrtsrouten und nehmen die weit längere Route um das Kap der Guten Hoffnung. Dies hat nun unter anderem dazu geführt, daß der E-Auto-Hersteller Tesla wegen fehlender Bauteile seine Produktion im brandenburgischen Grünheide stoppen mußte.

Der österreichische Politologe Gerhard Mangott kritisierte heute im Interview mit dem Fernsehsender Welt den US-amerikanisch-britischen Luftschlag als völkerrechtswidrig. Der Westen werde weiter Akzeptanz in den Ländern des globalen Südens verlieren, wenn er zwar weiterhin Solidarität gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine einfordere, dann aber selbst völkerrechtswidrige militärische Aktionen vornehme.

Religiöse Fanatiker laden den Gaza-Krieg mit ihren Ideen und Hoffnungen auf, wobei die Rolle ultrazionistischer Endzeit-Sekten in den westlichen Medien komplett verschwiegen wird. Lesen Sie mehr darüber in unserer Ausgabe "Endzeit: Wie Fanatiker den Weltuntergang planen".<<

13.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Januar 2024 (x1.352/...): >>Papst Franziskus sieht Christentum und Marxismus plötzlich mit gemeinsamem Ziel

Papst Franziskus meint bei einer Rede im Vatikan, Christen und Marxisten hätten dieselben Ziele. Geschichtsvergessenheit und Ideologie. Ein Offenbarungseid.

Jerome Wnuk

Papst Franziskus hat im Vatikan bei einem Vortrag mit der marxistisch-christliche Dialoggruppe Dialop erneut mit einer kontroversen Aussage für Aufsehen gesorgt. Christen wie auch Sozialisten, Marxisten und Kommunisten hätten, so sagte es der Papst, dasselbe Ziel, eine "bessere, brüderliche Zukunft" für eine durch Kriege und Polarisierung gesplante Welt bauen, so Franziskus bei dem Empfang am Mittwoch.

Es gelte, starre, trennende Ansätze zu überwinden, Auseinandersetzungen mit offenem Herzen zu führen und einander zuzuhören, ohne jemanden aus politischen oder religiösen Gründen auszuschließen, so Papst Franziskus. Es scheint so, als würde, wie schon die evangelische Kirche, jetzt auch die katholische Kirche immer mehr zu einer politischen Instanz werden und die christliche Religion mit politisch-ideologisierten Zielen verfremden.

"Lassen Sie nicht zu, daß die Finanzen und der Markt das Gesetz diktieren", so der Papst zu Beginn seiner Rede. Dialop, also die Marxisten, sollten "nicht aufhören, von einer besseren Welt zu träumen", in der Ideale wie Freiheit, Gleichheit, Würde und Brüderlichkeit hochgehalten werden; diese Ideale seien "ein Spiegel des Traumes Gottes" für die Menschheit.

Daß in der gesamten Menschheitsgeschichte in keinem marxistischen Staat die Ideale Freiheit, Gleichheit, Würde und Brüderlichkeit herrschten, stattdessen Verfolgung, Redeverbote, Armut und Massenmord, vergißt der Papst in seiner Wahnvorstellung von "dem Traum Gottes".

Der Papst wünschte sich "Mut, aus dem Rahmen zu fallen", sowie eine Öffnung im Dialog für "neue Wege", was auch immer das in Bezug auf das Thema Marxismus heißen mag. Es gelte, volle Aufmerksamkeit den Schwachen zu widmen; den Armen, Arbeitslosen, Obdachlosen, Migrantinnen, Ausgebeuteten und allen, die durch eine Wegwerfkultur ausgesondert würden, so Franziskus weiter.

Die großen Diktaturen wie der Nationalsozialismus hätten genau diese Gruppen ausrangiert und sogar getötet, erinnerte Franziskus. Daß die UdSSR, ein marxistischer Staat, ebenfalls Millionen Menschen einsperrte, folterte und ermordete, scheint keine Rolle zu spielen.

Der Marxismus verachtet den christlichen Glauben

Seit 2014 gibt es die Treffen zwischen dem Papst und dem Dialogplattform "Dialop", daß sich dem Dialog zwischen Christen und Sozialisten bzw. Marxisten verpflichtet hat. Gemeinsam mit Bildungseinrichtungen arbeiten die Mitglieder der Dialop an Sozialethik und Ökologie, in Verbindung von marxistischen Ideen und der katholischen Soziallehre. Papst Franziskus lobte beim Treffen die Erfolge und das Programm der Dialop mit den Worten, "es sei schön". In ihrem Programm fordert die Dialogplattform unter anderem die Bändigung des "ungezügelter Kapitalismus".

Dabei war in Zeiten des Marxismus, in Rußland zur Zeit der UdSSR, die Kirchenverfolgung historisch mit am schlimmsten. Die Verfolgung der Kirche in der Sowjetunion begann 1917 direkt nach der Oktoberrevolution. Erzpriester Ioann Kotschurow war der erste Geistliche, der durch die Bolschewiki vor den Augen seines Sohnes wegen einer Predigt für den Frieden brutal gefoltert und ermordet wurde.

Schon im Jahre 1923 betrug die Anzahl der ermordeten Geistlichen um die 18.000 Menschen, alles im Namen von Karl Marx und Lenin. 175.000 Orthodoxe Christen wurde bis 1940 verhaftet, davon ca. 100.000 ermordet. Bis zum Jahre 1935 wurden ca. 25.000 Gotteshäuser geschlossen oder zerstört (im Jahre 1914 gab es in Rußland ca. 50.000 Gotteshäuser). Das ist die Geschichte des Christentums im Marxismus. 80 Jahre später spricht der Papst von gemeinsamen Zielen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2024: >>**Der göttliche Funke: Atomkraft als Religion**

Von *Michael Kumpmann*

Der Theologe und Mystiker Meister Eckhart (1260-1328) stellte fest: "Darum hat Gott der Seele ein göttliches Licht verliehen, damit Er in Seinem Ebenbilde mit Freuden wirken könne."

Die Verteufelung der Atomkraft hat diabolische Züge. Denn wer zum Kern vordringt, gelangt zum Allerhöchsten. Das wußten schon berühmte Physiker.

Im April 2023 bezeichnete der Chefredakteur der anthroposophischen Zeitschrift *Das Goetheanum*, Wolfgang Held, die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland als "Schritt ins Glück". Allerdings werde, so der Autor, "das Energiedatum, das es spirituell zu feiern gilt", erst noch kommen: "Wenn hundert Prozent der Energie aus Wind, Wasser und Sonne stammen, dann kommt keine Energie mehr aus fossiler, früherer Zeit, ... dann ist die Kultur energetisch vollständig in der Gegenwart, im Jetzt angekommen."

Die Heilserwartung des Rudolf-Steiner-Anhänger teilen offenbar maßgebliche Repräsentanten der beiden großen Kirchen. ... Ist Atomkraft also Teufelszeug? Und verrichten jene, die die Landschaft mit Windrädern und Sonnenkollektoren zupflastern, das Werk Gottes?

Moderne Magier

Vor wenigen Jahrzehnten herrschte noch eine ganz andere Ansicht vor: Mit dem anbrechenden Nuklearzeitalter waren schon fast religiöse Erwartungen verbunden. Durch die neue Art der Energiegewinnung schienen Knappheit und Endlichkeit überwunden werden zu können. Und waren es nicht jene Beschränkungen, die den Menschen erst infolge ihrer Vertreibung aus dem Paradies auferlegt wurden? Nun dachten viele, daß der Rückkehr in den Garten Eden nichts mehr im Wege stünde. Die Atomphysiker waren die neue Priesterkaste: Sie hüteten geheimes Wissen und konnten durch dessen Anwendung ungeheure Kräfte auslösen - entweder zum Schaden oder zum Nutzen der Menschen.

Tatsächlich hatten sie einen wesentlichen Grundsatz der Alchemie - zumindest teilweise - nachvollzogen: *solve et coagula*. Dieser besagt, daß der Kundige neue Erkenntnisse gewinnen kann, indem er Teile voneinander löst (lat.: *solvere*) und wieder verbindet (lat.: *coagulare*). Die modernen Magier konnten die Atomkerne spalten - und der nächste Schritt, die Fusion, wird voraussichtlich noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts gelingen.

Der Vergleich mit der Alchemie liegt nahe. Denn noch bevor Otto Hahn 1938 die Möglichkeit der Kernspaltung bewies, hatte der neuseeländische Experimentalphysiker Ernest Rutherford 1919 einen Stickstoffatomkern durch Beschuß mit Alphateilchen in einen Sauerstoffkern samt Proton verwandelt. Wissenschaft und Spiritualität oder Esoterik dürfen ohnehin nicht als feindliche Brüder betrachtet werden. Vielmehr ergänzen sie sich, gehen eine Symbiose ein. "Die tiefste Erfahrung des Menschen ist nicht der Mensch, sondern Gott", sagte der berühmte Naturwissenschaftler und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker. ...

Das Götter-Elektron

Die Verbindung spiritueller Heilserwartungen mit einer verborgenen Urkraft tritt wohl am deutlichsten im Falle von *Vril* zutage. Der Begriff stammt aus dem 1871 erschienenen utopischen Roman *The Coming Race* des britischen Schriftstellers und Rosenkreuzers Edward Bulwer-Lytton. Dort trifft der Protagonist auf eine unterirdische Zivilisation namens *Vril-Ya*, die dank einer mysteriösen Vitalenergie nicht nur über paranormale Fähigkeiten wie Telepathie und Telekinese verfügt, sondern auch über fortschrittliche Technik.

Die Gesellschaft befindet sich in perfekter Harmonie, ihre Rasse veredeln die verborgenen Fremden mittels Eugenik. Mit der von ihnen verwendeten Kraft können sie aber auch Materie beeinflussen und umwandeln - mit potentiell destruktiven Folgen.

Die Theosophische Gesellschaft um Helena Blavatsky vertrat die Ansicht, daß Bulwer-Lyttons Werk keine Science-Fiction gewesen ist, sondern daß der Autor ein Eingeweihter war, der über reale Phänomene geschrieben hatte. Die *Vril*-Kraft existiere, bestimmte frühere

Zivilisationen wie Atlantis hätten sie anwenden können und seien der heutigen Menschheit überlegen gewesen, führt Blavatsky in ihrem Werk Isis entschleiert (1877) aus.

Auf ihren Anhänger, den Anthroposophen Rudolf Steiner, machte The Coming Race so großen Eindruck, daß er eine Neuübersetzung unter dem Titel Vril oder Eine Menschheit der Zukunft anfertigen ließ. 1923 erklärte er den Roman zur Pflichtlektüre für die zehnte Klasse an allen Waldorfschulen. ... Ende der Textauszüge.

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der Januar-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "2024: Die Wende".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2024: >>**Warum man Bauern in die Pleite treibt - Teil 2**

Bauernproteste sind bei weitem kein deutsches Phänomen, in den letzten Jahren gab es beispielsweise massive Bauernproteste in den Niederlanden. ...

_ von *Thomas Röper*

Aber kommen wir zurück zur Ernährung und zur Landwirtschaft, um die es hier gehen soll. Und bleiben wir wieder bei Bill Gates, dessen Beispiel ich symbolhaft für die westlichen Oligarchen anführe.

Großgrundbesitzer Bill Gates

Bill Gates ist inzwischen der größte private Inhaber von Ackerland in den USA. Bill Gates ist in vielen Ländern auf die eine oder andere Weise im Agrarsektor aktiv, laut der schon genannten Anfrage der Linken hat die Gates-Stiftung mittlerweile ein Volumen in Milliardenhöhe im deutschen Agrarsektor.

Bill Gates ist finanziell mit dem berühmtesten Agrarkonzern Monsanto verknüpft, in diesem Zusammenhang ist es in Indien und Mexiko zur Übernahme von Ackerland gekommen. Über die Verbindungen von Gates und Monsanto habe ich auch in "Inside Corona" berichtet, dabei ging es um das Beispiel eines gemeinsamen Projektes von Gates und Rockefeller in Afrika, das ebenfalls mit viel Steuergeld der westlichen Staaten finanziert wurde und den Hunger bekämpfen sollte.

Dabei wurden afrikanische Bauern gezwungen, auf genmanipuliertes Saatgut von Monsanto umzusteigen und so in die Abhängigkeit von Monsanto getrieben, woran Gates und Rockefeller dann verdient haben. Nur das offizielle Ziel, die Erträge der Bauern zu erhöhen und so den Hunger in der Region zu bekämpfen, wurde leider nicht erreicht.

Überhaupt fragt man sich, wie der Westen den Hunger bekämpfen will, wenn er eine Politik macht, die kleine Bauern zum Aufgeben zwingt und den Agrarsektor so den großen Konzernen und Oligarchen in die Hände spielt. Konzerne sind bekanntlich keine gemeinnützigen Organisationen, die den Hunger bekämpfen wollen, sie wollen Geld verdienen.

Macht über die Agrarmärkte

Wenn die Agrar- und Lebensmittelindustrie von kleinen und mittleren Betrieben an wenige Großkonzerne umverteilt wird, dann entsteht eine Marktmacht, die die kleinen Betriebe nie hatten. Und solche Konstellationen, in denen einige wenige Player einen Markt kontrollieren, führen bekanntlich nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu Preisabsprachen und damit zu steigenden Preisen.

Bayer hat Monsanto inzwischen geschluckt, wobei beide sich dadurch auszeichnen, daß sie seit Jahren andere Agrarkonzerne aufkaufen. Das ist genau die Konzentration von Marktmacht in sehr wenigen Händen, über die ich hier geschrieben habe. Es laufen also Prozesse, um im Lebensmittelbereich Monopole oder Oligopole zu bilden, was faktisch die Macht über die entsprechenden Märkte bedeutet.

Die Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Pläne umgesetzt werden. Wenn landwirtschaftliche Betriebe pleite gehen, kann deren Land billig aufgekauft werden. Der vom US-geführten Westen kontrollierte IWF hat der Ukraine 2020 als Bedingung für weitere Kredite

diktiert, sie müsse den Ausverkauf der Schwarzerde, der fruchtbarsten Böden der Welt, an Ausländer gesetzlich erlauben. Offiziell gab es diverse Beschränkungen, aber die Gesetze wurden so gemacht, daß sie über Strohleute und verschachtelte Firmenkonstruktionen leicht zu umgehen waren.

Landgrabbing in der Ukraine

So kam es in der Ukraine, einem der größten Getreide-Exporteure der Welt, zu einem massiven Landgrabbing, bei dem einige wenige, meist US-amerikanische Investoren massenhaft landwirtschaftliche Flächen zu einem Spottpreis eingekauft haben. Daß das Land zu niedrigen Preisen zu kaufen ist, macht unter anderem der Krieg in der Ukraine möglich.

Neben Monsanto waren auch deutsche Unternehmen am Landgrabbing in der Ukraine im großen Stil beteiligt. Auch die Geflügelfleischproduktion in der Ukraine ist in der Hand internationaler Großinvestoren. Die Ukraine könnte auch für den Anbau von Soja interessant sein. Der Krieg, der Land billig macht, ist ein Lottogewinn für die Aufkäufer.

Deren Ziel ist es, das (möglichst weltweite) Nahrungsmittelmonopol zu erlangen, indem ihnen sowohl das Ackerland gehört, als auch, indem sie (siehe Monsanto und andere Konzerne) die Kontrolle über Saatgut, Düngemittel und Pestizide erlangen. All diese Macht konzentriert sich in nur sehr wenigen Händen, denn die Politik der westlichen Regierungen befördert den Prozeß der Konzentration der Aktiva, indem sie die Bedingungen für kleine und mittlere Bauern immer mehr verschlechtert, so daß sie über kurz oder lang zum Verkauf ihrer Höfe gedrängt werden.

Unbezahlbare Düngemittel

Sogar die explodierten Energiepreise in Europa spielen dem in die Karten, denn dadurch ist die Düngemittelproduktion in der EU de facto unrentabel geworden, was viele Mittelständler dazu zwingen könnte, ihre Betriebe billig an große Konzerne zu verkaufen, wenn sie nicht pleite gehen und alles verlieren wollen.

Die EU begründet ihre Sanktionen gegen russisches Öl und Gas, die die Preisexplosion verursacht haben, mit den Ereignissen in der Ukraine. Nur hat nicht Rußland die Preise erhöht oder die Lieferungen nach Europa eingestellt, sondern das waren die Sanktionen des Westens. Es sind also nicht die Ereignisse in der Ukraine an den hohen Preisen Schuld, sondern die Reaktionen der EU darauf.

Man sieht, daß die Ereignisse in der Ukraine für die entsprechenden westlichen Konzerne und Oligarchen aus vielen Gründen nützlich sind, denn davon profitiert nicht nur westliche die Rüstungsindustrie, sondern auch beispielsweise die westliche Lebensmittelindustrie.

Die SDG und die Oligarchen

Auch bei den SDG, also der Agenda 2030, ist eines der Kernthemen die Landwirtschaft. An den Treffen, bei denen darüber gesprochen wird, dominieren von durch Bill Gates, George Soros oder anderen Oligarchen wie Rockefeller oder Ford finanzierte NGOs. Die Finanzierung der Organisatoren der Treffen, auf denen über den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 gesprochen wird, wird oft verschleiert. Als Beispiel nenne ich das World Food Forum, das unter anderem mit UN Women zusammenarbeitet. Und UN Women wird finanziert von Bill Gates, George Soros, der Ford Foundation, Rockefeller und anderen üblichen Verdächtigen.

Ich habe auch dieses Prinzip der verschleierten Finanzierungen in "Inside Corona" mehrmals aufgezeigt. Um den Eindruck zu erwecken, es wären ganz viele Organisationen, die solche Projekte unterstützen, finanzieren die Oligarchen vielen Organisationen. Dabei werden Finanzströme auch gerne über zwischengeschaltete Organisationen gelenkt, um zu verschleiern, daß es in Wahrheit nur einige wenige Oligarchenstiftungen sind, die ein Ziel fördern.

In diesem Artikel kann ich das Thema nur sehr oberflächlich ansprechen, weil es so umfangreich ist, daß man darüber ein ziemlich dickes Buch schreiben kann. Man müßte die

17 SDG und ihre Unterpunkte und die Programme anschauen, mit denen die jeweils umgesetzt werden. Da kommt man auf über 200 Programme, die man sich anschauen muß. Alleine die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, mit der sie die SDG umsetzen will, umfaßt aktuell 391 Seiten.

Die Herrschaft der westlichen Oligarchen

Aber eines macht schon dieser Artikel deutlich, nämlich daß internationale Organisationen und ihre Projekte von den Stiftungen einiger weniger Oligarchen (z. B. Gates und Soros) oder Oligarchen-Clans (z. B. Rockefeller und Ford) kontrolliert werden, und daß sie die Gelder, die die westlichen Regierungen in diese Projekte pumpen, kontrollieren und zu ihrem eigenen finanziellen Vorteil einsetzen. Damit bestimmen nicht gewählte, aber dafür profitorientierte Personen über die Politik des Westens, die er der Welt aufzwingen möchte.

Was in der Landwirtschaft passiert, ist nur ein Beispiel. Ich habe vor einiger Zeit schon anhand des Green Deal der EU aufgezeigt, daß es auch dabei nur darum geht, Steuergeld an eine Gruppe von Oligarchen zu lenken. Auch bei Covid ist es so gelaufen, damals sind die Milliarden, die die EU für den Kampf gegen die "Seuche" eingesammelt hat, praktisch komplett an Organisationen gegangen, die Bill Gates kontrolliert.

Übrigens wird Bill Gates auch Herr über die Daten der Menschen in der EU werden, was die digitalen Impfpässe ermöglicht haben, und Ursula von der Leyen preist dieses Konzept der "digitale Identität" bereits als Vorbild für den Rest der Welt an. Und das waren auch nur Beispiele, die Liste ließe sich fortführen.

Digitale Identitäten

Kommen wir zurück zu den Bauerprotesten: Es geht nicht um ein paar Subventionen für Agrardiesel, es geht um ein systemisches Problem und um eine ernsthafte Gefahr für Freiheit und Wohlstand, siehe die C40-Städte mit ihrer Forderung, zukünftig ohne Fleisch, neue Kleidung, eigene Autos und sogar Flugreisen zu leben. Und das sind keine wirren Fantasien von mir, diese Dinge werden mit viel Geld und großer Konsequenz umgesetzt.

Die "digitale Identität", die Ursula von der Leyen so anpreist, wird dabei das ultimative und allumfassende Kontrollinstrument. Auch das ist Teil der SDG, denn SDG Nummer 16 lautet "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen", wogegen eigentlich niemand etwas haben kann. Eines der Unterziele, mit denen das erreicht werden soll, trägt die Nummer SDG 16.9 und lautet "Bis 2030 Schaffung einer legalen Identität für alle, einschließlich Geburtsregistrierung".

Und daran arbeitet übrigens wieder Bill Gates, der dazu diverse Organisationen unterstützt, um Herr über diese digitalen Identitäten zu werden. Eine der Organisationen nennt sich Modular Open Source Identity Platform (MOSIP) und die Gates Foundation rühmt sich, diese Plattform den Ländern der Welt ganz umsonst zur Verfügung zu stellen. Nur, daß Gates dann der Herr über all die Daten ist.

Eine andere Organisation, die von Gates und Rockefeller kontrolliert wird, heißt ID2020. ID2020 hat für die (ebenfalls von Gates kontrollierte WHO) den Leitfaden für digitale Impfpässe erarbeitet, der die Grundlage für von der Leyens Projekt der digitalen Identität für EU-Bürger ist.

Die wird in der EU bereits eingeführt. Dabei handelt es sich um die elektronische Patientenakte. Nach deutschem Recht kann man der elektronischen Patientenakte widersprechen, aber da EU-Recht über nationalem Recht steht, sollte man bedenken, daß das Widerspruchsrecht der Patienten gegen die elektronische Patientenakte im entsprechenden EU-Gesetz entfallen soll.

Das Finale rückt näher

So werden solche Dinge durch die Hintertür eingeführt. Die Probleme der Landwirte sind nur ein sehr kleiner Mosaikstein eines viel größeren Projektes, das die Welt, so wie wir sie

kennen, komplett verändern wird. Zumindest in den Ländern, in denen es umgesetzt wird, also im kollektiven Westen.

Ob der Rest der Welt mitspielen wird, ist fraglich. Hier dürfte die im Mai 2024 anstehende 77. WHO-Gesundheitsversammlung interessant werden, denn dort wird über ein weiteres der dazu gehörenden Projekte abgestimmt. Es geht um die Änderung des Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations, IHR) und den neuen Pandemievertrag der WHO, die der von Gates kontrollierten WHO vollkommen neue Machtbefugnisse geben soll. Darauf jetzt auch noch einzugehen, sprengt den Rahmen, bei Interesse können Sie hier nachlesen, worum es dabei geht.

Aber in jedem Fall sollten wir uns den Mai im Kalender vormerken und beobachten, was die WHO-Gesundheitsversammlung entscheidet.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2024: >>**Umfragen: Wagenknecht unter fünf Prozent**

Von *Sven Eggers*

Bisher läuft es für das neue Bündnis Sahra Wagenknecht gar nicht wunschgemäß. Die öffentliche Aufmerksamkeit stockt, Umfragewerte enttäuschen. Was nun? ...

Zunächst war vorgesehen, daß nach Gründung der Wagenknecht-Partei die vormalige Vorsitzende der Links-Fraktion im Bundestag, Amira Muhamed Ali, mit dem Chefposten betraut wird. Als Zugpferd erwies sich die Auserwählte allerdings nicht. Das Projekt stockte früh. Mittlerweile schiebt Wagenknecht in einer Doppelspitze doch selbst mit an.

Auch Glückritter bereiten Wagenknecht Sorge: "Junge Parteien ziehen leider auch schwierige Leute an. Deshalb müssen wir darauf achten, wer in die Partei kommt." Direkt von der AfD in die Wagenknecht-Partei zu wechseln, ist übrigens nicht gestattet.

Die Aussichten für die neue Wagenknecht-Partei, sofort das BRD-Politgefüge aufbrechen zu können, sind nicht so gut wie zunächst erwartet beziehungsweise von Bild herbeigeschrieben. Benjamin Höhne, Politikwissenschaftler, beziffert das Potential für eine Wagenknecht-Partei gegenüber der Berliner Zeitung zwar auf "oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde", ist aber doch deutlich entfernt von den zunächst herbeigejubelten 20 Punkten und mehr.

Das Forsa-Meinungsforschungsinstitut lag in seiner Prognose kurz vor Weihnachten sogar noch darunter. Peter Matuschek, Forsa-Geschäftsführer, glaubt auch nicht, daß die neue Partei bei der AfD auf Stimmenklau gehen könnte. Dafür seien die Wähler von AfD und BSW politisch zu verschieden, Wagenknecht-Anhänger verorteten sich deutlich weiter links als Wähler der AfD. Sein Fazit:

"Warum sollte jemand, der sich eher im rechten politischen Spektrum verortet, zum BSW wechseln?"

Gemäß Forsa wissen zudem 75 Prozent nicht, welche Ziele eine Wagenknecht-Partei verfolgen wolle, viele hätten sogar "keine Vorstellung davon". Und was sagt das regelmäßige RTL/ntv-Trendbarometer, das Forsa erstellt? Matuschek:

"Nicht mehr als 3 Prozent geben an, die Wagenknecht-Partei auf jeden Fall wählen zu wollen."

Noch schlechter sieht es für Wagenknecht und Freunde aus, wenn es um sie sogenannte Sonntagsfrage geht ("Wen würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?"). Hier liege die Partei "konstant bei unter einem Prozent", so der Forsa-Vertreter und konkurriere mit "anderen kleinen Splitterparteien wie etwa Volt oder der Tierschutzpartei".

In der vergangenen Woche kam das ZDF-Politbarometer dann auf immerhin vier Prozent für die Wagenknecht-Truppe. Danach kann die Kanzlerpartei SPD übrigens jetzt noch auf 13

Prozent hoffen, Grüne auf 14. FDP, Linke und Freie Wähler fahren in dieser Erhebung jeweils vier Prozentpunkte ein, die CDU 31. Die AfD liegt demnach bundesweit auf Platz 2 mit derzeit 22 Prozent.<<

Norwegen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2024: >>**Oslo: E-Busse geben wegen Kälte den Geist auf**

Ganze Buslinien mußten wegen des kalten Winterwetters in Norwegen eingestellt werden. Die arktische Kälte der letzten Wochen mit Temperaturen von bis zu Minus 35 Grad Celsius waren für die sensible Öko-Technik zu viel. Der vielbeschworene Klimawandel ... In seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" widerlegt der Meteorologe und frühere ZDF-Wettermoderator Wolfgang Thüne die Lügen der Klima-Ideologen. Hier mehr erfahren.

Die norwegische Hauptstadt war bisher stolz darauf gewesen, führend bei der Nutzung von Elektrobussen im ÖPNV gewesen zu sein: Hunderte von solchen Fahrzeugen wurden deshalb in den letzten warmen Jahren angeschafft. Im Sommer 2024 sollen sogar weitere 80 E-Gelenkbusse des Typs Ebusco 3.0 eintreffen.

Oslo wird damit die erste europäische Hauptstadt mit Elektrobussen in ihrer gesamten Flotte sein. Ob das eine gute Idee war? Langsam fragt man sich nämlich, ob die Öko-Technik die Rechnung ohne den traditionell strengen norwegischen Vater Frost gemacht hat. Und ob es sich bei dieser Technik nicht um ein Öko-Paradoxon handelt: weil sie nur bei warmen Temperaturen funktioniert.

Periodische Rückkehr des Winters

Alles sei zwar ein "schönes Ergebnis", heißt es nun seitens der Verantwortlichen, aber: Durch die periodisch wiederkehrende Rückkehr des nordischen Winters hielten die Elektrobusse, vor allem deren Batterien, die Minuspunkte einfach nicht aus. - Davon wissen der ADAC und andere Automobilverbände jeden Winter, selbst in gemäßigten Regionen, ein Lied zu singen.

Anfangs - so hieß es in Norwegen noch - sei die übliche Kälte kein besonderes Problem. Allerdings hatten die ersten paar Dutzend Busse (BYD, VDL, Mercedes und Solaris) noch eine zusätzliche Innenheizung mit eingebautem Ölofen! Ab 2022 wurden jedoch Busse nur noch mit Wärmepumpen-Klimaanlagen ausgestattet.

Innenheizung überfordert Batterien

Doch bereits mit Beginn der Kälteperiode 2022 gaben Busse ohne Ölöfen den Geist auf. Mußte doch die Kabine geheizt werden, was mit den E-Batterien unmöglich war. Diese waren schon sehr bald leer.

Das Osloer Verkehrsunternehmen Ruter AS versprach aber hoch und heilig, an einer eine Lösung zu arbeiten - wobei bisher freilich keine akzeptable Alternative gefunden werden konnte: Außer daß den Passagieren empfohlen wurde, auf die vermeintlich vorsintflutliche, aber wesentlich robustere Technik von schienengebundenen Verkehrsmitteln umzusteigen. Gleichzeitig hofft man auf einen gnädigen Wettergott mit guten Beziehungen zur sogenannten Klima-Erwärmung: daß also das Wetter wieder milder wird.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Schluß mit den Klima-Lügen: In seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" zeigt der Meteorologe und frühere ZDF-Wettermoderator Wolfgang Thüne zeigt, daß die sogenannte Treibhausehypothese eine Vorgeschichte hat, die bis in die 1950er Jahre reicht: US-Wissenschaftler, Geheimdienste, Massenmedien und willfährige Politiker kreierte die wetterunabhängige Klimaforschung.

Thüne belegt die physikalische Unmöglichkeit der These eines einen CO2-bedingten Treibhauseffekts, die in den Händen von grünen Apokalyptikern zu einem großangelegten, manipulativ einsetzbaren "Treibhaus-Schwindel" wurde.

Dieses Werk leistet die notwendige Aufklärungsarbeit: über die meteorologischen und

physikalischen Grundlagen des Wettergeschehens und über die politischen Profiteure der Klima-Ideologie.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27824" berichtet am 13. Januar 2024 (x1.350/...): >>WEF, Great Reset und ihre Drahtzieher - Gibt es doch eine Weltverschwörung?

Die große Kla.TV-Enthüllung zur WEF-Jahrestagung in Davos: Das WEF und seine Drahtzieher. Wer ist Klaus Schwab? Wer sind die Kräfte die ihn im Hintergrund unterstützen? Diese Kla.TV-Doku legt die Drahtzieher des WEF sowie deren Pläne hin zu einer Weltdiktatur schonungslos offen. Helfen Sie mit, diese Enthüllungen zu verbreiten und das WEF und deren Drahtzieher zu stoppen!

INTRO

"Frau Merkel, Tony Blair, die waren alle, selbst Präsident Putin, sie waren alle mal 'Young Global Leaders'!

"Das WEF hat die Aufgabe ... die Agenda der NWO (Neue Weltordnung) weltweit mit Hilfe der Großkonzerne global umzusetzen. ... Die gesamte Konzernelite ist beim WEF konzentriert zusammengeschlossen - darunter auch zentrale Pharmafirmen, die während Corona eine wesentliche Schlüsselrolle innehaben." Das WEF hat es geschafft, innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Dreh- und Angelpunkte des Weltgeschehens zu werden. Wie es ein unbekannter deutscher Professor schaffen konnte, sich mit seiner Schweizer Stiftung in solche unvorstellbaren Höhen zu katapultieren. Gab es möglicherweise einflußreiche Kräfte, die ihn im Hintergrund unterstützten?

Wer sind die Drahtzieher des WEF? Diese Kla.TV-Doku legt die tatsächlichen Pläne des WEF sowie die gesamte Führungsebene schonungslos offen. Erfahren Sie außerdem, welche Personen aus Ihrem Land die Agenda des WEF umsetzen und dafür durch das WEF strategisch ausgebildet wurden.

Vom 15.-19. Januar 2024 findet die 54. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums - kurz WEF - in Davos-Klosters in der Schweiz statt. Laut eigenen Angaben wird es sich mit neuen Technologien befassen, sowie deren Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung und die globale Partnerschaft. Das WEF sieht die Jahrestagungen als die wichtigste Plattform, um die öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) auf höchster Ebene voranzutreiben. Es werden mehr als 100 Regierungen, alle großen internationalen Organisationen, die 1.000 wichtigsten globalen Unternehmen, wichtige akademische und andere Institutionen, sowie globale Medien daran teilnehmen.

Daß das WEF und seine Initiativen als die treibende Kraft der Globalisierung betrachtet werden kann, bezweifelt kaum jemand. Globalisierung ist zur gesellschaftlichen Tatsache geworden. Globalisierung kommt von "global" - "die ganze Welt betreffend" - und bedeutet wörtlich "Weltweitwerdung".

Laut der "Bundeszentrale für politische Bildung" (bpb) haben sich in den vergangenen Jahrzehnten komplexe Formen globalen Regierens entwickelt, in der Fachwelt "Global Governance" genannt. "Global Governance" wird in der Öffentlichkeit mit "Weltordnungspolitik" übersetzt, kann aber auch wörtlich mit "Weltregierung" übersetzt werden. Und genau da scheiden sich die Geister. Die einen, wie die "Bundeszentrale für politische Bildung", bestehen darauf, daß der Begriff keine zentrale Weltregierung meint und keine solche existiere.

Andere hingegen sehen hinter dem WEF und seinen Initiativen wie dem "Great Reset" (Erklärung: zu Deutsch "Großer Neustart") eine Weltverschwörung. Eine "globale Elite in Politik und Wirtschaft strebe eine globalisierte Diktatur an." Dieser Standpunkt einer möglichen Weltverschwörung wird von beinahe allen sogenannten etablierten, gleichgeschalteten Medien gebetsmühlenartig als Verschwörungstheorie diffamiert.

Doch wo verlaufen die Grenzen zwischen einer Globalisierung, Global Governance und einer

zentralen Weltregierung? Gibt es überhaupt Grenzen oder dient die voranschreitende Globalisierung nicht einfach nur als Nährboden für eine zentrale Weltregierung?

Diese Sendung gibt Aufschluß auf diese Fragen und möchte einen Blick hinter das WEF und den Great Reset werfen: Wer sind die Drahtzieher und gibt es doch eine Weltverschwörung?

1. Die Ursprünge und Gründung des WEF
2. Finanzierung des WEF
3. Die Führungsstruktur des WEF
4. Mit welchen Zielen wurde das WEF initiiert?
5. Initiativen des WEF, um seine Ziele bzw. Agenda zu verwirklichen
6. Weitere Akteure des WEF, um seine Ziele bzw. Agenda zu verwirklichen
7. Das WEF auf den Punkt gebracht

1. Die Ursprünge und Gründung des WEF

Im Jahre 1971 gründete der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab die gemeinnützige Stiftung "European Management Conference" (zu Deutsch "Europäische Management-Konferenz"). 1987 wurde sie in "World Economic Forum", kurz WEF, umbenannt (zu Deutsch "Weltwirtschaftsforum"). Das WEF hat es geschafft, innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Dreh- und Angelpunkte des Weltgeschehens zu werden.

In seinem Buch "World Economic Forum - Die Weltmacht im Hintergrund" fragt sich der deutsche Journalist und Finanzexperte Ernst Wolff, wie es ein unbekannter deutscher Professor schaffen konnte, sich mit seiner Schweizer Stiftung in solche unvorstellbaren Höhen zu katapultieren. Gab es möglicherweise einflußreiche Kräfte, die ihn im Hintergrund unterstützten?

Kla.TV-Gründer Ivo Sasek sagte dazu: "Dennoch scheint mir das Weltwirtschaftsforum von nochmals einflußreicheren Hintergrundmächten in den Vordergrund geschoben worden zu sein. Starkes Indiz hierfür liefert übrigens der Gründer des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, gleich selbst. Sein schneller Aufstieg zum "privaten Weltenlenker", sag ich mal, zeugt derart unmißverständlich von einer verborgenen Hintergrundmacht, daß ich das ganze WEF unausweichlich als eine private Weltwirtschaftssekte wahrnehmen muß, und zwar eine, die erfolgreich in die Weltpolitik installiert wurde."

Hintergründe von Klaus Schwab

Klaus Schwab ist Mitglied der global ausgerichteten und Einfluß nehmenden Bilderberg-Gruppe. Er nahm an zahlreichen Bilderberg-Treffen teil und war sogar im Lenkungsausschuß der Bilderberg tätig.

Die Männer hinter Klaus Schwab

Zwischen 1966 und 1967 absolvierte Schwab ein akademisches Jahr an der US-amerikanischen Harvard Business School. Zitat Ernst Wolff: "Hier lernte er einige Persönlichkeiten kennen, die auf seinem weiteren Lebensweg großen Einfluß nehmen sollten. Sein Professor Henry Kissinger zählt laut Schwabs eigenen Aussagen zu den Persönlichkeiten, die sein Denken im Laufe seines Lebens am meisten beeinflußt haben." Der am 30. November 2023 verstorbene Kissinger war ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler, bekennender Globalstratege und Direktor der Denkfabrik "Council on Foreign Relations", kurz CFR.

Unlimited Hangout, eine US-amerikanische Plattform für unzensierten und unabhängigen investigativen Journalismus, brachte es wie folgt auf den Punkt: "Das Weltwirtschaftsforum war nicht einfach eine europäische Schöpfung von Klaus Schwab. Sondern es wurde aus einem von der CIA finanzierten Harvard-Programm unter der Leitung von Henry Kissinger geboren - und von John Kenneth Galbraith und Herman Kahn. Schwab hatte ein amerikanisches Elite-Politteam, das im Schatten arbeitete und ihm bei der Schaffung der in Europa ansässigen glo-

balistischen Organisation (dem späteren WEF) unterstützte. ..."

Jahre später auf dem "European Management Symposium" 1980 in Davos - dem Vorläufer des WEF - hielt Kissinger die Eröffnungsrede und sagte: "Zum ersten Mal in der Geschichte ist Außenpolitik wirklich global."

Kaum weniger bedeutend als Kissinger dürften die zwei weiteren Harvard-Professoren gewesen sein: John Kenneth Galbraith und Herman Kahn. Galbraith flog zusammen mit Kahn nach Europa, um Schwab zu helfen, die europäische Elite davon zu überzeugen, das Projekt zu unterstützen. - So berichtete "Unlimited Hangout".

Laut einem Artikel der "New York Times" aus dem Jahr 1997, kehrte Schwab mit der Idee zurück, daß Europäer wahrscheinlich gutes Geld zahlen würden, um etwas über die Management-Methoden zu lernen, die an der Harvard Business School gelehrt werden. John Kenneth Galbraith (1908-2006) war ein kanadisch, US-amerikanischer Präsidentenberater und einer der einflußreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Galbraith war Mitglied des Council on Foreign Relations (kurz CFR).

Herman Kahn (1922-1983) war ein US-amerikanischer Physiker und Gründungsmitglied des Hudson Institute. Er war ebenfalls Mitglied des CFR.

Die ersten Treffen in Davos

Das erste von Schwab organisierte Treffen fand 1971 als European Management Symposium statt. Hauptredner des Treffens war Otto von Habsburg. Zu den Rednern zählten auch Kenneth Galbraith und Herman Kahn.

Die ersten Treffen fanden unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission und europäischer Industrieverbände statt. Auf dem dritten European Management Symposium 1973 war Prinz Bernhard der Niederlande der ehrenamtliche Schirmherr. Prinz Bernhard der Niederlande veranstaltete 1954 in dem damals ihm gehörenden Hotel de Bilderberg bei Arnheim die erste Bilderberg-Konferenz. - Damals noch im Geheimen. Prinz Bernhard war der erste Vorsitzende des Führungskomitees der Bilderberg-Gruppe; dies bis 1976.

1975 veröffentlichte das "European Management Forum" seine erste institutionelle Broschüre. Zitat: "Das European Management Forum ist eine unabhängige, sich selbst finanzierende, gemeinnützige Stiftung, die auf die strategischen Bedürfnisse der wichtigsten Entscheidungsträger der europäischen Wirtschaft ausgerichtet ist." Nach nur fünf Jahren hatte sich das Forum auf höchster Wirtschafts- und Regierungsebene durchgesetzt.

Bis 1983 war das European Management Symposium, wie Klaus Schwab es in seiner Eröffnungsrede formulierte, "das wichtigste jährliche Treffen von Entscheidungsträgern der Weltwirtschaft".

2. Finanzierung des WEF

Das WEF wurde 1971 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat seinen Hauptsitz in Genf, in der Schweiz. Laut Ernst Wolff profitierten - nebst dem WEF - vor allem die "Open Society Foundations" des US-amerikanischen Milliardärs George Soros und die Bill and Melinda Gates Stiftung vom modernen Stiftungsrecht. Dieses sei nämlich vor allem deshalb ins Leben gerufen worden, um vermögenden Menschen die Steuerflucht zu erleichtern. Zudem könne direkt auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Einfluß genommen werden. Dies unter Umgehung parlamentarischer Strukturen.

Laut dem Portal "Infosperber" kassiert allein schon WEF-Chef Klaus Schwab einen Jahreslohn von rund einer Million Franken. Der Geldspeicher des WEF sei gefüllt mit mehreren hundert Millionen Franken. Gleichzeitig bezahle das WEF keine Bundessteuern.

Finanziert wird das WEF hauptsächlich durch seine 1.000 Mitgliedsunternehmen. Typischerweise sind dies globale Firmen mit einem Umsatz von mehr als fünf Milliarden US-Dollar pro Jahr. Laut der Schweizer Tageszeitung "Südostschweiz" (Stand 22.1.2019) beträgt der Jahresbeitrag 60.000 Franken. Jedes dieser Unternehmen darf einen Vertreter nach Davos schicken.

Ein zusätzliches Ticket kostet SFr. 25.000 plus Mehrwertsteuer.

Strategische Partner

Das WEF hat natürlich nicht nur einfache Mitglieder. Es gibt 120 strategische Partner. Der jährliche Mindestbeitrag fängt bei etwa 600.000 Franken an. Die Liste der Konzerne, die als "Strategische Partner" des WEF dienen, liest sich wie ein Alphabet der Globalisierung: Von Allianz über Bank of America und Credit Suisse (ab 12. Juni 2023 UBS), von Facebook über Huawei und KPMG (Erklärung: KPMG ist eine der vier umsatzstärksten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften der Welt mit einem Jahresumsatz von 32,1 Milliarden US-Dollar) bis hin zu Microsoft, Unilever und Volkswagen.

Weitere große Namen sind Airbus, Alibaba, Amazon, American Express, Apple, Bill and Melinda Gates Foundation, BlackRock, Coca Cola, Goldman Sachs, Google, IBM, IKEA, JP Morgan Chase, Mastercard, Morgan Stanley, Nestlé, New York Times, Open Society Foundations, PayPal, SAP, Siemens, TikTok, Time, UBS, Zurich Insurance Group usw. Mit dabei sind natürlich auch pharmazeutische Unternehmen wie Novartis, AstraZeneca, Johnson & Johnson, Moderna, Pfizer. Die vollständige Auflistung aller WEF-Partner ist auf der Webseite des WEF zu finden.

Das WEF beschäftigt weltweit rund 850 Mitarbeitende und erzielte im Finanzjahr Juli 2021 bis Juni 2022 einen Umsatz von 383 Millionen Franken. Kritisiert wird, daß die Finanzberichte des WEF wenig transparent seien. Die offenbar beträchtlichen Gewinne würden erneut investiert. Wie reich das Forum wirklich ist, sei unklar.

3. Die Führungsstruktur des WEF

Vorsitzender des Forums ist Gründer und Geschäftsführer Professor Klaus Schwab. Es wird von einem Kuratorium (Erklärung: Aufsichtsgremium oder Verwaltungsrat) geleitet. Laut eigenen Angaben sind es "außergewöhnliche Personen, die als Hüter seiner Mission und Werte fungieren und die Arbeit des Forums zur Förderung der wahren globalen Staatsbürgerschaft überwachen."

Präsident des Forums ist seit 2017 der norwegische Politiker Børge Brende. Er war Umweltminister seines Landes (von 2001 bis 2004), anschließend (bis 2005) Wirtschafts- und Handelsminister, sowie bis 2017 Außenminister. Brende gehört zur Bilderberg-Gruppe und deren Lenkungsausschuß (Erklärung: Höchstes Entscheidungsgremium).

Mitglieder des Kuratoriums des WEF

Die Auswahl der Mitglieder dürfte kaum Zufall sein, wie deren Vernetzung zeigt. Mitglieder des Kuratoriums sind u.a.:

Ajay Banga – indisch, US-amerikanischer Manager. Seit 2023 Präsident der Weltbank. Mitglied des CFR und der Trilateralen Kommission, einer von Zbigniew Brzezinski und David Rockefeller gegründeten, einflußreichen politikberatenden Denkfabrik.

Marc Benioff - US-amerikanischer Unternehmer. Vorsitzender und Geschäftsführer von Salesforce, ein börsennotiertes Softwareunternehmen. Privatvermögen geschätzt 2022 auf rund 8,1 Mrd. USD. Mitglied des CFR.

Thomas Buberl - deutscher Manager und Vorstandsvorsitzender des Versicherungskonzerns AXA. Teilnehmer der Bilderberg-Treffen 2017, 2019 und 2022.

Laurence D. Fink - US-amerikanischer Unternehmer. Gründer, Vorsitzender und CEO der weltgrößten Vermögensverwaltung BlackRock. Das verwaltete Vermögen des Konzerns lag Ende 2020 bei 8,70 Billionen US-Dollar. Fink ist auch Mitglied der Trilateralen Kommission und im Vorstand des CFR.

Orit Gadiesh - US-amerikanisch-israelische Managerin und Chairman der Bain & Company, einer der weltweit größten Unternehmensberatungen. Teilnehmerin der Bilderberg-Treffen 1997 und 1998. Außerdem Mitglied des CFR.

Kristalina Georgieva - bulgarische Politikerin und Ökonomin. Geschäftsführerin des Interna-

tionalen Währungsfonds (IWF). Teilnehmerin am Bilderberg-Treffen 2016.

André Hoffmann - Schweizer Unternehmer. Seit 2006 Vizepräsident des Verwaltungsrats der Roche Holding AG (Schweiz), eines der größten Pharmaunternehmen der Welt. Mitglied des "Club of Rome" und Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2019.

Joe Kaeser - deutscher Manager. Von 2013-2021 Vorstandsvorsitzender von Siemens. Verdiente als CEO von Siemens 2020 9,27 Millionen Euro. Mitglied der Trilateralen Kommission in Europa. Nahm 2015 und 2016 an der Bilderberg-Konferenz teil.

Christine Lagarde - französische Juristin. Seit 2019 Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB). Mitglied der Bilderberg-Gruppe und Teilnehmerin der Bilderberg-Treffen 2009, 2013, 2014, 2016 und 2017.

David M. Rubenstein - US-amerikanischer Unternehmer. Co-Gründer und Co-Vorsitzender der Carlyle Group, eine der größten privaten Beteiligungsgesellschaften weltweit. Privatvermögen geschätzt 2019 auf 3,2 Milliarden US-Dollar. Mitglied der Trilateralen Kommission. Teilnehmer am Bilderberg-Treffen 2017. Außerdem aktuell Vorstandsvorsitzender des CFR.

Al Gore - US-amerikanischer Politiker und Umweltschützer. Nahm zwar nicht an einem Bilderberg-Treffen teil, spielt aber eine entscheidende Vorreiterrolle in der Klima-Agenda.

Sein Film "Eine unbequeme Wahrheit" (2006) ging um die Welt und in die Schulen. Ein Gericht in London verfügte 2007, daß Schüler auf inhaltliche Fehler aufmerksam gemacht werden müssen. Zum Beispiel, daß das Abschmelzen der Gletscher in der Westantarktis und in Grönland nicht "in naher Zukunft", wie Gores Film behauptet, die Meeresspiegel dramatisch ansteigen lasse. Der Vater zweier Schulkinder, der geklagt hatte, bezeichnete den Film als "Gehirnwäsche", die an Schulen nichts verloren habe.

Über die Vernetzung des CFR, der Bilderberg-Gruppe und der Trilateralen Kommission

Die Teilnahme an einem Bilderberg-Treffen zieht sich wie ein roter Faden durch die Mitglieder des WEF-Kuratoriums (Erklärung: Aufsichtsgremium oder Verwaltungsrat). Deshalb lohnt es sich, an dieser Stelle einen Blick auf die Vernetzung des CFR, der Bilderberg-Gruppe und der Trilateralen Kommission zu werfen. Folgende Kla.TV-Sendung gibt Aufschluß:

"Bilderberg-Gruppe - die geheime Schattenregierung?"

Der strategische Plan zur Gründung des Bilderberg-Clubs entstand im Council on Foreign Relations (zu Deutsch: Rat für auswärtige Beziehungen, kurz: CFR). Das CFR ist eine private US-amerikanische Denkfabrik, 1921 gegründet - die als eine Art Schattenregierung in den USA die Fäden zieht. Henry Kissinger erinnert sich an die Entstehung des Bilderberg-Clubs: "Wir trafen uns vor 60 Jahren als Teil einer Studiengruppe beim Council on Foreign Relations. Kurz darauf ermutigte er (David Rockefeller) eine Diskussionsgruppe, die später zu dem wurde, was heute als Bilderberg-Gruppe bekannt ist."

David Rockefeller war bis 1985 Direktor des Council on Foreign Relations und anschließend, bis zu seinem Tod, Ehrenvorsitzender desselben. Henry Kissinger (*1923) war bei der Geburtsstunde des Bilderberg-Clubs mit dabei. Er genießt seit jeher eine starke Stellung bei den Bilderberg-Konferenzen.

Kissinger war bis zum Tod von David Rockefeller einer seiner engsten Verbündeten. Er ist langjähriges Mitglied des CFR und war 1977-1981 im Vorstand des CFR. Anlässlich seines 100sten Geburtstags strahlte Kla.TV die Doku "100 Jahre Henry Kissinger - Globalstrategie und Kriegsverbrecher?" aus. (www.kla.tv/26113)

Gegründet wurde die Bilderberg-Gruppe auf Initiative von David Rockefeller (1915-2017). David Rockefeller war Präsident und Großaktionär der einst weltgrößten US-amerikanischen Bank Chase Manhattan, inzwischen JP Morgan Chase. Unter seiner Führung wurde die Chase Manhattan Bank ein zentraler Pfeiler des internationalen Finanzsystems. Rockefeller verfolgte Zeit seines Lebens den Plan einer Weltregierung unter Führung der Hochfinanz.

Er schrieb in seinen Memoiren: "Manche glauben sogar, daß wir Teil einer geheimen Kabale

sind, die gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet und bezeichnen meine Familie und mich als "Internationalisten" und als Verschwörer, die sich mit anderen auf der ganzen Welt zusammengetan haben, um eine stärker global integrierte, politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen. - Eine Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Vorwürfe sind, bekenne ich mich schuldig und bin stolz darauf."

David Rockefeller initiierte, um dieses Ziel zu erreichen, verschiedene Organisationen bzw. sogenannte Think Tanks Denkfabriken, deren "Vordenken" die internationale Politik beeinflusst: So gründete er neben der Bilderberg-Gruppe auch die Trilaterale Kommission zusammen mit Henry Kissinger und dem Globalstrategen Zbigniew Brzezinski. Die Trilaterale Kommission geht auf das Bilderberg-Treffen 1972 zurück, auf dem David Rockefeller deren Gründung vorgeschlagen hat. Viele der Bilderberg-Mitglieder schlossen sich auch der Trilateralen an.

Zwischenfazit

Bis hierher zeigt sich, daß die Ursprünge des WEF auf Globalstrategen wie David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehen. Um auf ihr Ziel einer zentralen Weltregierung hinzuwirken, gründen sie Denkfabriken, um die internationale Politik zu beeinflussen. Angefangen mit dem CFR, entstanden daraus die Bilderberg-Gruppe und später die Trilaterale Kommission. Das WEF muß als weiteres Puzzleteil in dieser Reihe erachtet werden, um ihre Ziele einer Weltregierung zu verwirklichen.

4. Mit welchen Zielen wurde das WEF initiiert?

Das WEF kann als moderne Form einer Denkfabrik erachtet werden, um parlamentarische Strukturen umgehen und Einfluß auf internationale Politik nehmen zu können. Finanzexperte Ernst Wolff schreibt dazu in seinem Buch, Zitat: "Das WEF spielt dabei eine besondere Rolle, denn an seinem Beispiel läßt sich hervorragend zeigen, wie der Parlamentarismus in den zurückliegenden Jahrzehnten immer weiter ausgehöhlt und zur Wirkungslosigkeit verurteilt wurde. Außerdem zeigt seine Geschichte, daß der Lauf der Welt zunehmend von Kräften bestimmt wird, die von niemandem gewählt und der Öffentlichkeit häufig kaum bekannt sind."

Aufgabe des WEF

Hören Sie hierzu eine Aussage des Kla.TV-Gründers Ivo Sasek:

"Das WEF hat die Aufgabe, die Agenda der NWO (Neue Weltordnung) weltweit mit Hilfe der Großkonzerne global umzusetzen. Die gesamte Konzernelite ist beim WEF konzentriert zusammengeschlossen - darunter auch zentrale Pharmafirmen, die während Corona eine wesentliche Schlüsselrolle innehaben."

" ... und obgleich das WEF keine öffentliche Einrichtung ist, dominiert es dennoch ganz eindeutig die gesamte Weltpolitik, und zwar erheblich."

5. Initiativen des WEF, um seine Ziele bzw. Agenda zu verwirklichen

Entscheidende strategische Initiativen der Neuzeit wurden immer über die Plattform des WEF eingeführt. Darunter der Club of Rome in Zusammenhang mit der Klima-Diktatur, die Impfallianz GAVI in Zusammenhang mit der Impf-Diktatur, die Pandemie-Übung "EVENT 201" vom Oktober 2019 - also die Corona-Diktatur, der Great Reset, Transhumanismus, usw.

Im Folgenden soll nun auf die Relevanz der einzelnen Initiativen eingegangen werden:

Jahr 1968 - Club of Rome - Klimadiktatur

Bereits am Bilderberg-Treffen 1964 (22.-24. März in Virginia, USA) trafen sich David Rockefeller, Max Kohnstamm und Aurelio Peccei, um nach den besten Wegen für eine Bevölkerungsreduzierung zu suchen. Ausgangspunkt war die Initiierung und Nutzung von globalen Krisen. (S&G 26/2023) Schließlich wurde der "Club of Rome" 1968 nach einem Bilderberg-Treffen (26.-28. April 1968 in Kanada) von David Rockefeller und Aurelio Peccei gegründet. Beide stehen auf den Teilnehmerlisten der Bilderberg-Treffen 1964 und 1968. Aurelio Peccei (1908-1984) war ein italienischer Industrieller. Er war Fiat-Manager und Vor-

standsvorsitzender von Olivetti und Italcon.

Laut Ernst Wolff war Peccei der meistbeachtete Redner des WEF-Treffen 1973. Er faßte in seiner Rede die Kernthemen des Buches "Die Grenzen des Wachstums" zusammen. Dabei handelt es sich ursprünglich um einen Bericht des "Club of Rome" zur Lage der Menschheit, der 1972 veröffentlicht wurde.

In seiner Rede thematisierte Peccei die globale Überbevölkerung als größtes Menschheitsproblem und leitete daraus die Forderung nach einer Reduktion der Weltbevölkerung ab.

In einem Interview macht Klaus Schwab folgende Aussage:

"I worked on climate change since 1973. Just to tell you, because I was the person, who gave the Club of Rome, the first big platform!" Zu Deutsch: "Ich arbeite seit 1973 am Klimawandel. Nur um Ihnen zu sagen, daß ich derjenige war, der dem 'Club of Rome' die erste große Plattform gegeben hat!"

Jahr 2000 - GAVI, die Impfallianz-Impfdiktatur

Erklärung: GAVI = Abkürzung von englisch "Global Alliance for Vaccines and Immunisation" (zu Deutsch "Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung")

Die Allianz wurde am 29. Januar 2000 am Weltwirtschaftsforum in Davos gegründet. Ziel: Den bereits seit Ende der 1990er Jahre stagnierenden, zum Teil sogar rückläufigen Impfquoten in den ärmsten Ländern der Welt zu begegnen. Ernst Wolff schreibt in seinem Buch (Seite 79), daß die Gründung von GAVI "Das mit Abstand wichtigste Ereignis beim ersten Treffen im neuen Jahrtausend war."

Zitat Wolff: "Initiatoren der Gründung waren die WHO, UNICEF, die Weltbank und die Bill and Melinda Gates Stiftung (sowie die Rockefeller-Stiftung (S. 81)). Die Bill and Melinda Gates Stiftung versorgte die Allianz mit einer Anschubfinanzierung von 750 Millionen US-Dollar."

Laut einer Pressemitteilung von GAVI vom 23. Januar 2020 haben Politiker führender Industrienationen der Impfallianz GAVI ihre Unterstützung zugesichert. Dies im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum auf dem Weltwirtschaftsforum. So verkündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Förderzusage in Höhe von 600 Millionen Euro für die Jahre 2021 bis 2025.

In einem Interview mit Kla.TV vom Juni 2022 definiert Wolff ein weiteres großes Ziel der GAVI:

"Noch interessanter wird es, daß im Jahre 2017 diese GAVI zusammen mit Microsoft und einigen anderen Unternehmen die ID2020 gegründet haben, das ist die Digital Identity Alliance, das ist die Allianz zur Förderung der digitalen Identität. Und das ist der Traum aller Digitalkonzerne, jedem Menschen auf der Welt eine eigene digitale Identität zu verleihen. Und dahinter stecken auch die GAVI und Microsoft, also Bill Gates und die Bill and Melinda Gates Stiftung. Was ganz interessant ist, wenn man sich ansieht - also die GAVI ist eine medizinische Organisation - dann sollte man vermuten, daß der Chef dieser GAVI wahrscheinlich ein Mediziner ist.

Aber weit gefehlt, der Chef der GAVI ist niemand anders als José Manuel Barroso, das ist der ehemalige EU-Kommissionschef, das ist gleichzeitig aber auch ein Klassenkamerad von Bill Gates und von Angela Merkel in der Kaderschmiede (gemeint sind: Young Global Leaders) des WEF. Und ganz nebenbei ist dieser Mann seit 2016 auch noch Berater von Goldman Sachs. Der Hauptaktionär von Goldman Sachs ist niemand anders als BlackRock - also da schließt sich der Kreis wieder."

Jahr 2005 - Young Global Leaders ("Junge globale Führungspersönlichkeiten")

Laut WEF-Webseite rief Klaus Schwab im Jahr 2004 das Forum "Young Global Leaders" (kurz YGL) ins Leben. Es ist aus der Gemeinschaft der "Global Leaders of Tomorrow" hervorgegangen, die von 1993 bis 2003 bestand.

Zitat: "Zu den mehr als 1.400 Mitgliedern und Absolventen aus 120 Ländern gehören innovative Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft, Unternehmer, Technologiepioniere, Pädagogen, Aktivisten, Künstler, Journalisten und viele mehr." Ziel sei es, "eine bessere nachhaltigere Zukunft zu schaffen" und diese zu gestalten. Laut eigenen Angaben unterhalten die Mitglieder die "2030 Initiative". Diese habe einen Aktionsplan zur Verwirklichung der Vision einer idealen Welt im Jahr 2030 zum Ziel.

Ernst Wolff schreibt dazu in seinem Buch "World Economic Forum - Die Weltmacht im Hintergrund" folgendes: (Seite 64-65) "Zum ersten Mal begann die Elite, ihren eigenen Nachwuchs gezielt auszuwählen, ihn systematisch heranzuziehen, auf seine Aufgaben vorzubereiten und miteinander zu vernetzen. Wie sensationell erfolgreich das Projekt war, zeigen einige Namen aus dem ersten Jahrgang, die sich wie ein Who's Who der politischen und korporativen Elite späterer Jahre lesen.

Dort finden sich unter anderem Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, Tony Blair, Gordon Brown, José Manuel Barroso und Bill Gates. Wie die folgenden 30 Jahre gezeigt haben, wurde damit die Grundlage für ein eng verknüpftes Netzwerk von Politikern, Wirtschaftsführern und Medienprofis gelegt, das den Lauf der Welt entscheidend beeinflussen sollte."

"Der russische Präsident Wladimir Putin taucht in den Teilnehmerlisten der Young Global Leaders oder der Global Leaders for Tomorrow nicht auf. Aber Klaus Schwab selbst erwähnte ihn in zwei Interviews als Young Global Leader."

Originalaussage Klaus Schwab am WEF 2019:

"Frau Merkel, Tony Blair, die waren alle, selbst Präsident Putin, sie waren alle mal 'Young Global Leaders'! Mit ihnen, Kanzler Kurz und der neuseeländischen Premierministerin sind die drei jüngsten Führungspersonen von Regierungen hier!"

Auf ein weiteres Merkmal wies Wolff in einem Interview mit Kla.TV vom Juni 2022 hin:

"Interessant ist, daß die in der Corona-Krise einen ganz besonders harten Kurs gefahren haben. Also, bei uns in Deutschland war es der Gesundheitsminister Jens Spahn, in Österreich war es der Ex-Kanzler Kurz, in Frankreich war es Herr Macron, in Kanada war es Justin Trudeau und in Neuseeland war es Jacinda Ardern. Die alle haben eine ganz extreme Gangart vorgelegt, und das sind alles Young Global Leaders des WEF."

Erfahren Sie, welche Personen aus Ihrem Land die Agenda des WEF umsetzen und dafür durch das WEF strategisch ausgebildet wurden. Das Dokument mit der Auflistung sämtlicher 3.800 "Young Global Leaders" von 1993-2023 finden Sie unterhalb der Sendung.

Jahr 2007 - Jahrestreffen der New Champions

2007 führte das WEF das "Jahrestreffen der New Champions" ein, das alljährlich in China stattfindet und auch als "Sommer-Davos" bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um Vertreter "globaler Wachstumsunternehmen". Dies sind Vorzeigeunternehmen aus schnell wachsenden Schwellenländern wie China und Indien, aber auch um Schnellstarter aus Industrieländern.

Jahr 2011 - Global Shapers

2011 gründete das WEF das weltweite Netzwerk "Global Shapers" für Menschen zwischen 20 und 30 Jahren, die großes Potential für zukünftige Führungsrollen in der Gesellschaft besitzen. Die "Global Shapers Community" besteht aus selbstorganisierten lokalen Hubs (das meint Zentren) in Großstädten auf der ganzen Welt.

Originalaussage Ernst Wolff im Interview mit Kla.TV: "Inzwischen geht das WEF auch noch einen Schritt weiter; das hat jetzt ein neues Programm aufgelegt, was ungefähr seit 10 Jahren läuft. Das sind die Young Global Shapers. Davon gibt es weltweit inzwischen 10.000. Das sind junge Startup-Unternehmer, die nur zwischen 20 und 30 Jahre alt sein dürfen."

Das WEF-Programm der "Global Shapers" muß als weiteres Instrument erachtet werden, um die globale Weltregierungs-Agenda der WEF-Hintermänner aufzurichten.

Jahr 2016 - Transhumanismus

Am WEF-Jahrestreffen 2016 wurde über neue Technologien diskutiert, vom "Gen-Editieren" zur künstlichen Intelligenz und dem 3D-Druck. "Gen-Editieren" - auf Englisch "Genome Editing" - ist ein Sammelbegriff für molekularbiologische Techniken zur zielgerichteten Veränderung von DNA, einschließlich des Erbguts von Pflanzen, Tieren und Menschen. Laut der Webseite des WEF wurden folgende Fragen gestellt:

"Wie werden diese Technologien das Leben der nächsten Generation verändern?"

"Wie werden diese Technologien die Geschäftswelt, das Regierungswesen und die Gesellschaft verändern?"

"Wie können Mensch und Technologie zusammenarbeiten, um bessere Ergebnisse zu erzielen?"

Dazu Finanzexperte Ernst Wolff:

"Schwabs Buch 'Die Vierte Industrielle Revolution' wurde zum Jahrestreffen 2016 veröffentlicht und später in 30 Sprachen übersetzt. Seine grundlegende Botschaft lautete, daß die Verschmelzung von Technologien der physischen, digitalen und biologischen Welt völlig neue Möglichkeiten schaffe. ... Trotz seiner Warnungen vor den Risiken der Entwicklung bekannte sich Schwab nämlich in zahlreichen Interviews offen zum Transhumanismus und bezeichnete die Verschmelzung menschlicher Körper mit der digitalen Sphäre als evolutionären Fortschritt."

In einem Video aus dem Jahr 2016 erklärte Klaus Schwab, was er unter der "Vierten Industriellen Revolution" versteht (Deutsche Übersetzung): "Die industrielle Revolution wird sich vollständig auf unser Leben auswirken. Sie wird nicht nur die Art und Weise verändern, wie wir kommunizieren ... sondern auch unsere eigene Identität."

(Deutsche Übersetzung) "Es wird wie ein Tsunami sein, und eigentlich nicht nur eine digitale Revolution, natürlich sie ist digital, physikalisch - ist Nanotechnologie, aber sie ist auch biologisch."

Ray Kurzweil, US-amerikanischer Erfinder und Leiter der technischen Entwicklung (Director of Engineering) bei Google LLC., beschrieb die Pläne des Humanismus wie folgt:

"Diese Verschmelzung von Mensch und Maschine, mit der plötzlichen Explosion der Maschinen-Intelligenz, wird zu einer Welt führen, wo es keine Unterscheidung mehr zwischen dem biologischen und dem mechanischen Leben oder zwischen physischer und virtueller Realität gibt."

An dieser Stelle ist es wichtig, kurz innezuhalten und zu bedenken, was dies bedeutet bzw. was die daraus folgenden Konsequenzen sind: Damit sind einer Manipulation, Kontrolle und Steuerung der Menschheit durch anonyme Programmierer Tür und Tor geöffnet. Einer zentralen "Eine-Welt-Diktatur" stände nichts mehr im Weg!

Jahr 2019 - Agenda 2030

Am 13. Juni 2019 unterzeichnete Klaus Schwab, der Direktor vom World Economic Forum und der Generalsekretär der UNO, António Guterres eine Partnerschaft zwischen ihren beiden Organisationen. Der Zweck der Partnerschaft ist es, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Dies sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen (UN) und traten am 1. Januar 2016 in Kraft. Der offizielle deutsche Titel lautet "Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung", kurz: "Agenda 2030".

Im Prinzip bedeutet es, daß die Macht über die globale Zukunftsgestaltung an die globalen Großkonzerne und deren Besitzer übergeben wurde. Im Abkommen wird auch festgelegt, daß "Die Vierte Industrielle Revolution" des World Economic Forums eine wichtige Komponente ist, um die Agenda 2030 durchzuführen.

Calin Georgescu ist Rumäne und ehemaliges hochrangiges Mitglied der Vereinten Nationen. In der Kla.TV-Sendung vom 11. März 2023 enthüllte er, was hinter der Agenda der UNO steckt.

Hier die Zusammenfassung aus der Einleitung der Kla.TV-Sendung:

"Die Vereinten Nationen zusammen im Schulterschuß mit dem World Economic Forum WEF u.a.m. sind derzeit dabei, die Agenda 2030 weltweit einzuführen. Es geht hierbei um die größte je geplante Transformation, die für alle Länder und alle Völker massiv geplant ist und jeden Aspekt der menschlichen Gesellschaft verändern will: Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Ernährung, Reisen, Sexualität, Bildung usw.

Das ultimative Ziel der Agenda 2030 ist die Einrichtung einer Eine-Welt-Regierung mit nicht gewählten Führern. Die Vereinten Nationen zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem Weltwirtschaftsforum sind das Herzstück dieser geplanten Weltregierung. Über ihnen stehen finanzielle Interessengruppen, die völlig im Verborgenen agieren, damit niemand sie jemals für ihre Verbrechen gegen die Menschheit zur Rechenschaft ziehen soll."

Jahr 2019 - Event 201 - Corona-Diktatur

Laut Webseite der "Johns Hopkins University" veranstaltete das "Johns Hopkins Center for Health Security" in Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum (WEF) und der Bill and Melinda Gates Foundation am 18. Oktober 2019 in New York das "Event 201".

Dabei ging es um den fiktiven Fall einer von einem neuartigen Corona-Virus namens Covid-19 ausgelösten weltweiten schweren Pandemie. Bei der Pandemie-Übung ging es um Situationen, in denen öffentlich-private Partnerschaften bei der Bewältigung solcher Pandemien notwendig sind. Zehn Wochen später meldete China der WHO die ersten Covid-19-Fälle.

Jahr 2020 - Great Reset - Digitale Diktatur

The Great Reset (englisch für "Der große Neustart") bezeichnet die Initiative des Weltwirtschaftsforums, die Weltwirtschaft und die Weltgesellschaft im Anschluß an die COVID-19-Pandemie neu zu gestalten. Ernst Wolff faßte in seinem Buch zusammen, um was es dabei geht: (Seite 133) "Ganze vier Monate nach der Ausrufung der weltweiten Pandemie (am 9. Juli 2020) präsentierte Klaus Schwab sein mit Autor Thierry Malleret verfaßtes Werk 'COVID-19: The Great Reset' (Deutsch: Der große Umbruch oder Neustart). ...

Zusammen mit seinem Buch stellte Schwab die 'Great Reset Initiative' vor, mit der das WEF in Kooperation mit seinen Partnern den Aufbau der Post-COVID-19-Welt in Angriff nehmen will. Bemerkenswert ist, daß die Corona-Krise im Rahmen dieser Initiative nur als ein vorübergehendes Phänomen betrachtet wird. ... Hauptsächlich geht es um zwei andere Themen: Den Klimawandel und die vierte industrielle Revolution."

(Seite 144-145) "Die Einführung digitaler Zentralbankwährungen ist das Herzstück des Great Reset. Es wird derzeit weltweit im Hintergrund vorbereitet und vom WEF unterstützt. ... Konkret sieht das Projekt so aus: Jeder Bürger und jedes Unternehmen soll nur noch über ein einziges bei der Zentralbank angelegtes Konto verfügen. Das würde dem Staat ermöglichen, die Geldmenge zentral festzulegen, Geldströme zu steuern und zu kontrollieren und Zinssätze je nach Bedarf festzusetzen. ... Die Bürger werden sehr schnell mitbekommen, daß der Staat nicht nur jede einzelne Transaktion nachverfolgen, sondern ihnen nebenbei individuelle Zins-, auch individuelle Steuersätze oder auch Strafzahlungen auferlegen, das Geld an ... ein Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild binden oder sie von allen Finanzströmen ganz abschneiden könnte."

Wohin die Einführung digitaler Zentralbankwährungen - bis hin zur Abschneidung von allen Finanzströmen - führen könnte, zeigt ein Video des Weltwirtschaftsforums (WEF) aus dem Jahr 2016. Dies erschien unter dem Namen "8 predictions for the world in 2030", zu Deutsch "8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030".

"Du wirst nichts besitzen und glücklich sein" lautet ein Satz aus dem Video. Er geht auf einen Aufsatz der dänischen Politikerin Ida Auken zurück.

Das Video wurde auf der Website des WEF wieder gelöscht, weil es zu viel Protest hervorrief. Jedoch kann es auf der WEF-Facebookseite abgerufen werden.

Am 10. November 2016 definierte das WEF in einem Artikel im Magazin "Forbes", wie der Satz "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein" zu verstehen ist. Zitat: "Willkommen im Jahr 2030. Willkommen in meiner Stadt - oder sollte ich sagen, in unserer Stadt'. Ich besitze nichts. Ich besitze kein Auto. Ich besitze kein Haus. Ich besitze keine Geräte oder Kleidung. Es mag Ihnen seltsam erscheinen, aber es macht für uns in dieser Stadt vollkommen Sinn. Alles, was Sie als Produkt angesehen haben, ist jetzt zu einer Dienstleistung geworden. Wir haben Zugang zu Transportmitteln, Unterkünften, Essen und allem, was wir in unserem täglichen Leben brauchen. Nacheinander wurden all diese Dinge kostenlos, so daß es für uns keinen Sinn machte, viel zu besitzen".

Besitzlosigkeit wird als etwas Gutes propagiert.

Hören Sie dazu Kla.TV-Gründer Ivo Sasek in der Kla.TV-Sendung vom 18.06.2021:

"Nach außen hin präsentiert sich das WEF - dreister geht's ja gar nicht - mit diversen Videos, die der Weltbevölkerung den Umsturz der alten Weltordnung schmackhaft machen oder sollen zumindest. Nach harscher Kritik haben sie einige dieser Videos schnell wieder gelöscht. Sie haben darin nämlich regelrecht die Verarmung der Völker verherrlicht, stell Dir mal so etwas vor, unser aller Total-Enteignung als begeisterndes Ereignis präsentiert, versteht Ihr, unsere Entrechtung als begehrenswert, gleichsam modern ausgeschmückt."

Eine pragmatische Lösung hat Ivo Sasek auch gleich auf dem Tisch, wie er am 16. März 2023 darlegte: "Sagen wir doch als gesamte Weltbevölkerung einmal laut und deutlich "Ja" zum Great Reset von Klaus Schwab und seinen Drahtziehern. Doch als Weltdemokratie fällen wir vorab den Entscheid, daß wir diesen Great Reset zuerst einmal über mindestens 20 Jahre an all seinen Erfindern und Propagandisten testen - also an Klaus Schwab und all seinen WEF-Kollegen."

6. Weitere Akteure des WEF, seine Ziele bzw. Agenda zu verwirklichen

Neben den bereits erwähnten globalen Playern und weltweiten Großkonzernen müssen noch zwei weitere entscheidende Akteure genannt werden.

Dabei ist es von großer Bedeutung, prinzipiell im Bewußtsein zu haben, daß diese und weitere Akteure nicht eigenständig agieren, sondern von eben denselben globalen Playern aufgebaut wurden.

China

Von 1978-1997 wurde China faktisch von Deng Xiaoping regiert. Als er im Dezember 1978 die Abkehr von der zentralistischen Planwirtschaft und die Hinwendung zum Kapitalismus einleitete, reagierte Klaus Schwab prompt. Schwab lud Deng Xiaoping umgehend zum nächsten Davoser Symposium im Jahr 1979 ein.

Ernst Wolff schrieb in seinem Buch: (Seite 96) "2009 war das 30. Jahr, in dem eine chinesische Delegation am Davoser Treffen teilnahm. Mittlerweile hatten so gut wie alle Staats- und Parteichefs Chinas dem WEF ihre Aufwartung gemacht. Die WEF-Niederlassung in Beijing arbeitete eng mit der chinesischen Nationalen Kommission für Entwicklung und Forschung, mit dem chinesischen Außenministerium und einer Reihe chinesischer Großkonzerne zusammen."

(Seite 139) "Beim virtuellen Treffen im Januar 2021, das unter dem Motto 'Great Reset' stattfand ... hielt der chinesische Präsident Xi Jinping eine Videobotschaft."

(Seite 139) "Sieht man in die Teilnehmer-Liste der zwischen 2020 und 2022 in die Reihen der Young Global Leaders aufgenommenen neuen Bewerber, so fällt auf, daß China nach den USA das größte Kontingent stellte und daß überdurchschnittlich viele Kandidaten aus dem Finanzbereich stammen. Das ist kein Zufall, denn beide sollen nach dem Willen des WEF im Rahmen des Great Reset in der nahen Zukunft eine entscheidende Rolle spielen."

(Seite 143-145) Daß China seit Jahrzehnten für das WEF eine entscheidende Rolle spielt ... liegt daran, daß China trotz des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft die

zentralistischen Strukturen aus der Zeit des Maoismus beibehalten hat. Daher kann die chinesische Regierung viel autoritärer schalten und walten, als ihre unter parlamentarischen Bedingungen handelnden Kontrahenten. Das zeigt sich besonders im Rahmen der Corona-Krise, während der das Regime in Beijing mit eiserner Härte vorging und die längsten und schärfsten Lockdowns der Welt verfügte. Das zeigt sich aber auch in Bezug auf ein anderes Projekt, das zurzeit weltweit im Hintergrund vorbereitet und vom WEF unterstützt wird - die Einführung digitaler Zentralbankwährungen, das Herzstück des Great Reset."

In der Kla.TV-Sendung - China, dieses Herrschaftssystem droht uns allen! - wurde die Rolle Chinas wie folgt auf den Punkt gebracht:

"China ist mit seinem Sozialkreditsystem Pionier und Vorbild für den von Klaus Schwab und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) angestrebten Great Reset. Dieses System ist ein Massenüberwachungssystem mit Hilfe künstlicher Intelligenz und damit die Perfektionierung des von Mao errichteten Zwangsherrschaftssystems. Das Verhalten und die Vertrauenswürdigkeit jedes Einzelnen, aber auch von Unternehmen und Organisationen wird dabei ständig überwacht und bewertet.

Indem Wohlverhalten im Sinne der Regierenden belohnt und jedes Fehlverhalten wiederum bestraft wird, erzwingt es ein hundertprozentiges Funktionieren jedes Einzelnen im Sinne der Herrschenden. Inzwischen wurde in Bologna (Italien) bereits das erste Sozialkreditsystem Europas eingeführt und auch die EU-Kommission bereitet bereits die Einführung dieses Kontroll- und Erziehungssystems vor."

Wie in der Kla.TV-Sendung "China - dieses Herrschaftssystem droht uns allen!" nachgewiesen, wurde China durch die Geheimgesellschaft Skull & Bones, Lord Rothschild und später Rockefeller-Stiftung finanziert und aufgebaut. Skull & Bones war ursprünglich eine Studentenverbindung der Yale University und bildet den inneren Kreis des Council on Foreign Relations (CFR). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gründete sie in China eine Reihe von Schulen und Krankenhäusern, die als "Yale-in-China" bekannt waren.

Laut Rechercheergebnissen der Schweizer Expresszeitung (Ausgabe 50 vom Oktober 2022) war es "Yale-in-China", das den Marxisten sowie dem chinesischen Diktator Mao Tse-tung (1893-1976) den Weg zur Macht ebnete. Bereits 1986 schrieb der britische Historiker Antony C. Sutton: "Um das Jahr 2000 herum wird das kommunistische China eine 'Supermacht' sein, die mit amerikanischer Technologie und Fachwissen aufgebaut wurde."

Ebenso zeigt der renommierte Wissenschaftler Sutton auf, wie Rußland Anfang des 19. Jahrhunderts durch das Amerikanische Rote Kreuz infiltriert wurde. Dieses sei ebenfalls durch die Hochfinanz-Kräfte vereinnahmt gewesen. So wurde die Oktoberrevolution 1917 - die das Zarentum beendete und den Kommunismus einläutete - von der Finanzelite und insbesondere von den Rothschilds sorgfältig eingefädelt und mit gewaltigen finanziellen Mitteln unterstützt. Sutton zeigt auf, wie die Bankierskreise rund um die US-Zentralbank fast die gesamte Schwerindustrie der UdSSR aufbauten.

Rußland

1986 nahm die Sowjetunion unter dem im Vorjahr an die Macht gekommenen Michail Gorbatschow zum ersten Mal an einem WEF-Treffen in Davos teil. Dazumal lief es noch unter dem Namen "European Management Forum" bis 1987.

Seit den 90er-Jahren verbindet Klaus Schwab eine langjährige Freundschaft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Putin und sein Vorgänger im Präsidentenamt, Dmitri Medwedew, haben laut dem Magazin "Politico" zwischen 2007 und 2021 fünf Ansprachen am WEF gehalten. Schwab wörtlich: "Das WEF hat eine exzellente Beziehung mit der Russischen Föderation aufgebaut. Sowohl mit der Geschäftswelt als auch mit der Regierung." Als "strategische Partner" haben russische Firmen einem Insider zufolge dem WEF jährlich rund 600.000 Franken gezahlt und im Gegenzug das Programm mitgestalten können.

2018 hat das WEF gemeinsam mit dem russischen IT-Sicherheitsunternehmen BI.ZONE ein "Zentrum für Cybersicherheit" gegründet. BI.ZONE ist eine Tochtergesellschaft der größten Finanzinstitution Rußlands, der Sberbank. Unter deren Leitung fand die jährliche Online-Übung "Cyber Polygon" statt, um Cyberangriffe und die Abwehr dieser zu trainieren.

Für das WEF vom Mai 2022 wurden sanktionierte Russen im Zuge des Ukraine-Kriegs ausgeladen. Zum ersten Mal seit der Ära Gorbatschow gab es am WEF keine russische Beteiligung. Außerdem wurden die beiden russischen Banken Sberbank und VTB sowie der russische Energiekonzern Gazprom von der Liste der "strategischen Partner" gelöscht.

Dennoch muß festgehalten werden, daß in Rußland dieselbe globale Agenda umgesetzt wird, wie sie das WEF und globalistische Eliten vorantreiben:

- Rußland war im Kampf gegen die vermeintliche COVID-Pandemie stets an vorderster Front dabei und forderte die Bevölkerung genauso zur Impfung auf, wie andere Staaten auch.

- Rußland nimmt eine führende Rolle in der Einführung von digitalem Zentralbankgeld, kurz CBDC, ein. 2024 soll der digitale Rubel dann allgemein im ganzen Land eingeführt werden. CBDC kann als Baustein zur totalen Kontrolle und Überwachung erachtet werden.

- Zusammen mit China ist Rußland der große Unterstützer, um ein neues weltweites Finanz- und Währungssystem unter Kontrolle des IWF zu errichten.

- Rußland nimmt eine führende Rolle als Überwachungsstaat ein. Moskau und St. Petersburg gehören zu den zehn am stärksten überwachten Städten außerhalb Chinas. In den Jahren 2017 und 2018 führten die Moskauer Behörden ein System von Straßenkameras ein, das durch Gesichtserkennungssoftware gestützt wird. Während der Corona-Krise 2020 waren die Behörden in der Lage, Personen aufzuspüren und zu bestrafen, die ihre Häuser unter Mißachtung der Lockdown-Regeln verließen.

- Rußland nimmt eine führende Rolle in der Umsetzung der UN-Agenda 2030 und des Great Reset ein. Wie auf der Webseite des "Exekutivbüros des russischen Präsidenten" publiziert wurde, treibt Rußland die Umsetzung der UN-Agenda 2030 voran. Dies geht aus einer gemeinsamen Erklärung mit der Volksrepublik China zur globalen nachhaltigen Entwicklung hervor. Sie entstand am 4. Februar 2022 anläßlich des Besuches des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Peking.

Am selben Tag nahm er an der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele teil. In der gemeinsamen Erklärung sind namentlich erwähnt: "Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Impfstoffe und Seuchenbekämpfung, Entwicklungsfinanzierung, Klimawandel, nachhaltige Entwicklung, einschließlich grüner Entwicklung, Industrialisierung, digitale Wirtschaft und Infrastruktur-Anbindung."

Genauso wie sich China oder die erwähnten globalen Player oder Initiativen des WEF als Instrumente in der Errichtung einer zentralen Weltdiktatur erweisen, muß beobachtet werden, ob dies auch auf Rußland zutrifft.

7. Das WEF auf den Punkt gebracht

Im Folgenden sollen die wichtigsten Punkte nochmals aufgeführt und zusammengefaßt werden:

- Das WEF ist nicht einfach nur eine Schweizer Stiftung, die von einem unabhängigen Klaus Schwab ins Leben gerufen und aufgebaut worden ist.

- Während Schwabs Zeit an der US-amerikanischen Harvard Business School 1966/1967 geriet er unter den Einfluß seines Professors Henry Kissinger.

- Das "European Management Symposium" - der Vorläufer des WEF - wurde aus einem von der CIA finanzierten Harvard-Programm unter der Leitung von Henry Kissinger geboren und mit Unterstützung von John Kenneth Galbraith und Herman Kahn in der Schweiz aufgerichtet. Alle drei sind Mitglieder der Denkfabrik des "Council on Foreign Relations" (CFR).

- Sämtliche Personen, die mit der Gründung oder der obersten Führungsstruktur des WEF in

Zusammenhang stehen, sind entweder Mitglieder der Bilderberg-Gruppe oder des Council on Foreign Relations (CFR) oder der Trilateralen Kommission oder gleichzeitig in mehreren.

- All diese Schaltstellen laufen über die selben Hintermänner und deren Nachfolger, sei es David Rockefeller, Henry Kissinger, Laurence Douglas "Larry" Fink oder David Rubenstein und einige andere vermögende globale Player.

- Das WEF erhielt mit seiner Gründung 1971 die Aufgabe, die Agenda einer Neuen Weltordnung (NWO) mit Hilfe globaler Großkonzerne weltweit umzusetzen. Mittlerweile ist hier die gesamte Elite globaler Großkonzerne zusammengeschlossen.

- Das Weltwirtschaftsforum (WEF) wurde als eine der entscheidendsten Schaltstellen von eben genannten Weltenkern in die Weltpolitik installiert. Durch das WEF wurden verschiedene Initiativen gestartet, die als Werkzeuge dienen, die Globalisierung voranzutreiben. Wodurch der Nährboden für eine zukünftige zentrale Weltdiktatur bereitet wird.

- Einige der wichtigsten dieser Initiativen sind der Club of Rome in Zusammenhang mit der Klima-Diktatur, die Impfallianz GAVI in Zusammenhang mit der Impf-Diktatur, die Pandemie-Übung "EVENT 201" vom Oktober 2019 - also die Corona-Diktatur, der Great Reset, Transhumanismus, usw. Aber auch Akteure wie China und Rußland dienen als Instrumente der WEF-Agenda und treiben diese an vorderster Front voran.

- Der vom WEF-Gründer ausgerufene "Great Reset" hat zum Ziel, die gesamten Erdenbürger in ein neues, digitales, von künstlicher Intelligenz gesteuertes Zeitalter einzuführen. "Great Reset" bedeutet so viel wie: Eine Welt, in der niemand mehr etwas besitzt, in der jeder vollständig überwacht und auch völlig abhängig und dadurch steuerbar ist.

- Durch das Programm des Transhumanismus - der Verschmelzung menschlicher Körper mit der digitalen Sphäre - werden die Schranken für eine Manipulation, Kontrolle und Steuerung der Menschheit geöffnet. Weg frei für ein zentrale Weltdiktatur!

Soweit die wichtigsten Punkte. In Anbetracht dessen, daß die Fäden des WEF zu denselben vernetzten Schaltstellen und Drahtziehern verlaufen und in Anbetracht dessen, daß die hier aufgezeigten Ziele der Initiativen des WEF unmißverständlich einer globalen Agenda zugute kommen, kann sehr wohl von einer tatsächlichen Weltverschwörung gesprochen werden.

Dabei handelt es sich nicht um eine Weltverschwörung einiger großer Akteure wie der US-Regierung, Rußland oder China, sondern einiger weniger globaler Drahtzieher. Diese haben wiederum gemeinsam, daß sie tief im Geheimbund der Freimaurerei verstrickt sind. So wurde eine der mächtigsten und weltweit tonangebenden Ur-Logen "THREE EYES" von David Rockefeller, Henry Kissinger und Zbigniew Brzeziński gegründet.

Durch Enthüllungen wie z.B. des italienischen Hochgrad-Freimaurers Gioele Magaldi ist bekannt, daß der ehemalige chinesische Parteiführer Deng Xiaoping (1904-1997) in die Freimaurerei eingeweiht und Mitglied der Ur-Loge "THREE EYES" wurde. Dies hatte zur Folge, daß laut Gioele Magaldi seit 1980 sämtliche Parteivorsitzende - so auch der aktuelle Staatspräsident von China Xi Jinping - Mitglieder der Ur-Logen sind, in denen die Hochgradfreimaurer organisiert sind.

Bekannt ist auch, daß die gewichtigsten russischen Player Mitglieder von Superlogen waren bzw. noch sind. So zum Beispiel Josef Stalin (1878-1953), Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924), Leo Trotzki (1879-1940), Michail Gorbatschow (1931-2022), Boris Jelzin (1931-2007) sowie der russische Präsident Wladimir Putin.

Dies wurde in der Kla.TV-Sendung "Weltgefahr: Höchstgrad-Freimaurerei" enthüllt (<https://www.kla.tv/23990>)

Sehen Sie abschließend die Schlußfolgerung aus dieser Sendung: "Es scheint nur einen einzigen Weg zu geben, um diese jahrhundertealte Weltverschwörung noch rechtzeitig in den Griff zu kriegen: Die betrogene und geplünderte Weltgemeinschaft hat die Namen all ihrer Plünderer aufzuschreiben, damit diese in einem, vom Volk verordneten, Weltgericht - gleichsam ei-

nem Nürnberg 2.0 - gerichtet und entmachtet werden können.

Bevor diese Weltverschwörer demnächst den Völkern auch noch ihr letztes Hab und Gut samt ihren letzten Freiheiten abkneifen können, müssen die Völker diese hinterhältigen Verursacher von ihren Räubereien überführen, so daß all deren Raubgüter und Ländereien - ein Großteil der Weltflächen gehört ihnen übrigens bereits - ja, daß deren Kapitalien allesamt beschlagnahmt werden können."

Einem Tagesanbruch gleich, werden die verborgenen Pläne und Drahtzieher des WEF sichtbar. Seien Sie ein Teil dieses Tagesanbruchs! Helfen Sie mit, diese Enthüllungen weltweit zu verbreiten und das WEF und deren Drahtzieher zu stoppen!<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2024:

>>**Nervig und faul: Jodie Foster lästert über die Jugend**

Von *Daniell Pföhringer*

Filmstar Jodie Foster geht hart mit den Jüngeren ins Gericht: Die Generation Z sei "wirklich nervig, vor allem am Arbeitsplatz". Insbesondere die Defizite bei Rechtschreibung, Grammatik und Arbeitsmoral findet sie bedenklich. ...

Hollywood-Mimin Jodie Foster ("Das Schweigen der Lämmer") läßt kein gutes Haar an der sogenannten Generation Z. Über die Altersgruppe der zwischen 1997 und 2012 Geborenen sagte die 61-Jährige nun in einem Interview mit dem britischen Guardian:

"Sie sind wirklich nervig, vor allem am Arbeitsplatz."

Denn, so fügte die Oscar-Preisträgerin hinzu: "Sie sagen: ‚Nee, ich habe heute keine Lust, ich komme um 10.30 Uhr rein!.' Junge Kollegen verstünden zudem oft nicht, wie wichtig professionelle und fehlerfreie Schreiben seien. "Bei E-Mails sage ich ihnen, daß das alles grammatisch falsch sei, und frage: Habt ihr eure Rechtschreibung nicht überprüft? Und sie sagen so etwas wie: ‚Warum sollte ich das tun, ist das nicht irgendwie einschränkend?'" , so Foster, die in der kommenden Staffel der Serie "True Detective" mitspielt.

Sie rate der Generation Z, weniger über alle möglichen Ansprüche nachzudenken als sich vielmehr lieber Gedanken über Pflichten zu machen. Dabei stimmt ihr der Guardian zu: Foster habe jedes Recht, auf die Arbeitsmoral der Jüngeren zu schimpfen, denn schließlich sei sie bereits mit zehn Jahren in ersten Kinoproduktionen aufgetreten und mit 13 für ihre Hauptrolle in "Taxi Driver" als minderjährige Prostituierte Iris für einen Oscar nominiert worden.

Nach fünf Jahrzehnten in der Filmbranche sei es der Schauspielerin wichtig, ihre Erfahrungen weiterzugeben und jungen Menschen "dabei zu helfen, sich in den oft gefährvollen Gewässern" zurechtzufinden, die sie selbst bereits gemeistert habe. ...<<

14.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Januar 2024

(x1.353/...): >>**Empfänger-Liste: So verpraßt der Staat unser Geld in alle Welt**

200.000 Euro für den Aufbau eines "Gender Data Lab" in Ruanda, 20 Millionen für Radwege in Lima (Peru), 1 Milliarde für "Klimafreundliche Mobilität" in Indien. Die brisante Empfänger-Liste von deutschem Steuergeld - und wofür es verschwendet wird.

Wer hat noch nicht, wer will noch mal? Hier die ganze Liste der Empfänger-Länder von deutschem Steuergeld. Die Nehmerländer müssen ihre Ansprüche nur richtig framen, dann fließt das Geld in Strömen. Besonders beliebt sind die Themen "Erneuerbare Energie", "Klimawandel", Gender. So spendierte die Regierung 200.000 Euro für ein Gender Data Lab in Ruanda - wie aus einer kleinen Anfrage der CDU CSU Fraktion hervorgeht. Ob das Geld je angekommen ist, bzw. ob es nicht zweckentfremdet wurde, bleibt im Dunkeln. Das gilt wohl auch für die anderen Milliarden-Geschenke in alle Welt.

Tatsächlich befinden sich die Steuereinnahmen auf Rekord. Niemals hat der Staat mehr Geld von seinen Bürgern eingenommen. Trotzdem will die Regierung immer mehr. Das liegt unter anderem an den Ausgaben für alle Welt. Auch die Entwicklungshilfe ist auf Rekord. Die neu

eingeführte "Klima-Hilfe" für arme Länder wurde letztes Jahr spendabel von vier auf 6 Milliarden erhöht. Das Geld fließt zum Teil in finsterste Schurkenstaaten und Diktaturen. Auch China erhält Unterstützung aus Deutschland.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Versuchte Bill Clinton die Enthüllung des Epstein-Skandals zu unterdrücken?**

Innerhalb der vergangenen und der laufenden Woche wurden gleich mehrere Sätze Gerichtsdokumente aus einem Zivilprozeß gegen die Komplizin des Sexualstraftäters Jeffrey Epstein veröffentlicht. Vor allem der ehemalige US-Präsident Bill Clinton steht nun unter Druck.

Boris Cherny

Neue Enthüllungen im Fall Epstein: Nachdem am vergangenen Mittwoch der erste Satz an Gerichtsdokumenten aus einem Zivilprozeß gegen Epsteins Komplizin Ghislaine Maxwell veröffentlicht wurde, gibt es nun neue Details über die zahlreichen prominenten Freunde und Bekannte des Anführers eines Pädophilie-Rings. Darunter: der ehemalige US-Präsident Bill Clinton.

Die Klägerin im Zivilprozeß, Virginia Giuffre, schrieb im Jahr 2011 in einer jetzt veröffentlichten E-Mail an eine Journalistin, daß sie Angst habe, ihre Geschichte mit dem amerikanischen Magazin Vanity Fair zu besprechen. Denn: Bill Clinton habe das Magazin vorher davor gewarnt, belastende Artikel über "seinen guten Freund" Jeffrey Epstein zu schreiben. Ein ehemaliger Redakteur des Magazins bestritt in einem Statement gegenüber dem amerikanischen Nachrichtensender CNN diese Anschuldigungen jedoch vehement: "Das ist keinesfalls passiert."

Ein Sprecher Clintons wich einer Anfrage des amerikanischen Nachrichtensenders CNN aus, indem er lediglich auf die Aussage des oben erwähnten Vanity-Fair Redakteurs verwies. Die ehemalige Vanity-Fair Journalistin Vicky Ward, die sich an den Recherchen gegen Epstein beteiligt hatte, widersprach der Behauptung Giuffres ebenfalls. Sie wisse lediglich von einem Fall, wo Epstein persönlich die Redaktionsräume von Vanity Fair besucht hatte - wahrscheinlich um vor der Veröffentlichung von vermeintlich falschen Anschuldigungen zu warnen bzw. zu drohen.

Angeblich Verbindungen zu Trump, Weinstein und Prince Andrew

Im dritten Satz an veröffentlichten Dokumenten packte ein ehemaliger Mitarbeiter von Epstein in einer Befragung weiter über die Verbindungen des Investmentbankers in die Welt der Prominenten aus. Während der Befragung im Jahr 2009, behauptete er, daß Epstein ein Dinner mit Trump gehabt haben soll. Die bereits mit Epstein eng in Verbindung stehenden Personen, Bill Clinton und Prince Andrew, traf der Mitarbeiter laut eigener Aussage in Epsteins Flugzeug.

Auch der ehemalige Produzent und verurteilte Sexualstraftäter Harvey Weinstein hatte anscheinend engeren Kontakt mit Epstein: In den veröffentlichten Dokumenten läßt sich eine handschriftliche Notiz über einen verpaßten Anruf Weinstains an Epstein finden, die vermutlich von einem Mitarbeiter von Epstein verfaßt wurde.

Zu Epsteins Freunden zählte auch der französische Model-Agent Jean Luc Brunel, welcher Anfang 2022 in Untersuchungshaft verstarb. Daneben wird eine Zeugin laut den veröffentlichten Dokumenten näher zu seiner Rolle in Epsteins Organisation befragt. So wird sie gefragt, ob sie an einer Geburtstagsfeier von Epstein teilgenommen habe, wo drei (von einem Freund hergebrachte) Zwölfjährige zur sexuellen Befriedigung Epsteins anwesend gewesen sind. Die Zeugin verweigerte die Aussage zu dieser Frage.

Unter fast allen in den Dokumenten genannten Personen herrscht Schweigen über die neuen Enthüllungen. Während sich Trump, Prince Andrew und andere gar nicht äußerten, stritt ein Sprecher von Ex-Präsident Bill Clinton, ab, daß dieser in den letzten Jahrzehnten Kontakt zu Epstein gehabt habe, geschweige denn Kenntnis von seinen Straftaten gehabt hätte.

Der Skandal um den US-amerikanischen Investmentbanker Jeffrey Epstein schlug in den USA hohe Wellen. Epstein und die bereits erwähnte Ghislaine Maxwell mißhandelten zwischen 1994 und 2004 mehrere Dutzend minderjährige Mädchen. Das jüngste ihrer bekannten Opfer war dabei gerade einmal 14 Jahre alt. Während Maxwell 2021 wegen der Taten zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, starb Epstein bereits 2019 in einer Gefängniszelle. Die offizielle Darstellung eines Selbstmordes wird sowohl von den Anwälten Epsteins als auch von zahlreichen politischen Kommentatoren angezweifelt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. Januar 2024 (x1.352/...):
>>**Entwicklungshilfe-Irrsinn: Milliarden für grünen Nahverkehr und "Smart Cities" in Indien**

Während man in Indien Raketen auf den Mond schickt, zahlt Deutschland weiterhin Entwicklungshilfe an eine Supermacht von morgen. Mit rund 1,3 Milliarden Euro deutschen Steuer Geldes wird der Ausbau von nachhaltigem Nahverkehr und die Entwicklung von grünen Städten finanziert.

Henry Albrecht

Trotz anhaltender wirtschaftlicher Herausforderungen und drängender Probleme im eigenen Land setzt Deutschland fortlaufend beträchtliche Geldmittel für absurde Entwicklungshilfeprojekte in aller Welt ein - darunter auch in Indien.

Obwohl das bevölkerungsreichsten Land der Erde - das als vierte Nation der Welt, erst kürzlich eine erfolgreiche Mondmission durchführte - grade einen beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Land mit rund 1,3 Milliarden Euro für den Ausbau nachhaltiger urbaner Mobilität und der Entwicklung von nachhaltigen Städten.

Seit dem Jahr 2019 engagiert sich die Bundesrepublik im Rahmen der "Green Urban Mobility Partnership" mit erheblichen finanziellen Mitteln für den Ausbau des Nahverkehrs in Indien. Das Land hat ehrgeizige Ziele für die Erweiterung seiner Metronetze, um die öffentliche Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Aktuell sind in 18 Städten des Landes U-Bahn- und Schnellbahnstrecken mit einer Gesamtlänge von etwa 800 Kilometern in Betrieb. Bis Ende 2022 befanden sich zusätzlich 1.000 Kilometer an neuen Strecken entweder im Bau oder hatten bereits das Genehmigungsverfahren durchlaufen.

Die Vision für Ende 2025 sieht vor, daß in 27 indischen Städten MRT- und LRT-Strecken mit einer Gesamtlänge von rund 1.700 Kilometern in Betrieb sind. Die Regierung plant, bis 2030 Metronetze in 50 Städten zu etablieren, so könnten bis 2047 100 Ballungsräume miteinander vernetzt sein. Die Gesamtkosten des Ausbaus belaufen sich bis zum Jahr 2030 auf etwa 42 Milliarden US-Dollar.

Allein der nachhaltige Ausbau des 44 Kilometer langen Nahverkehrsnetzes in der Hauptstadt Delhi wird etwa 1,5 Milliarden US-Dollar kosten. Deutschland hat Indien seit 2019 mit Krediten in Höhe von 1 Milliarde Euro bei diesem Ausbau unterstützt.

Neben dem Ausbau des nachhaltigen Nahverkehrs in Indien arbeitet man auch an einem Konzept zur nachhaltigen Städteentwicklung. Die sogenannten "Smart Cities" werden vom deutschen Entwicklungsministerium mit rund 300 Millionen Euro finanziert. Der Hauptfokus der Smart City Initiative liegt auf der Verbesserung der sanitären Bedingungen in den vielen Millionenstädten. Auf der Website des BMZ wird die gesamte Beteiligung der Bundesrepublik an der Entwicklung indischer Städte erklärt: "Deutschland unterstützt Indien außerdem dabei, die städtische Energieversorgung technisch und wirtschaftlich effizient, sozial und ökologisch nachhaltig sowie klimaresilient zu gestalten."

Anders als die deutsche Regierung sich durch ihre Geldzahlungen wohl erhofft, wird Indien trotz der Nachhaltigkeitsprojekte unter keinen Umständen sein eigenes Wirtschaftswachstum gefährden - das betonte die Finanzministerin Sitharaman erst vor einigen Monaten. Denn

Wachstum ist das oberste Ziel der indischen Wirtschaftspolitik und hat Priorität über die grüne Energiewende. Das zeigte man nicht zuletzt mit der Ankündigung, die Kohleproduktion bis 2030 auf 1,5 Milliarden Tonnen verdoppeln zu wollen.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Januar 2024:

>>**Katy Perry: Die Monarch-Sklavin**

Von *Daniell Pföhringer*

Okkulte Zeichen und Symbole in Pop-Videos: Nur Zufall? Nein! Viele Performances von Stars wie Katy Perry deuten auf einen dunklen Untergrund in der Musikindustrie hin - und auf die zivile Anwendung geheimdienstlicher Psycho-Methoden ...

Manchmal sind es die kleinen, eher unscheinbaren Zeichen, die besonders vielsagend sind - zumindest für den, der ihre Bedeutung kennt. Was der Masse nur als harmloses Accessoire oder Schmuckelement erscheint, hat in Wirklichkeit oft mehr Bedeutung, als man denkt

Ist Ihnen zum Beispiel schon mal aufgefallen, daß sich manche Stars einen kleinen Schmetterling tätowiert haben, ihn als Brosche oder Motiv auf dem T-Shirt tragen? Sehr gerne macht das etwa die US-Popsängerin Katy Perry. Und die hat am Leibhaftigen einen Narren gefressen. Als sie 2015 in einem Fernsehinterview zu ihrem Einstieg ins Showgeschäft befragt wurde, bekundete sie freimütig:

"I sold my soul to the devil."

Auf Deutsch: "Ich habe meine Seele an den Teufel verkauft." Dem Leibhaftigen erwies Perry auch mit dem Song "Dance with the Devil" (Tanz mit dem Teufel) auf ihrem Album "Witness" (2017) ihre Reverenz. Die Frage ist, ob die 1984 in Santa Barbara, Kalifornien, geborene Sängerin aus eigenem Antrieb handelt - oder programmiert wurde. Doch was hat das mit dem Schmetterling zu tun?

MK-Ultra: Das Gehirnwäsche-Programm der CIA

Um diese Frage zu beantworten, muß man ein paar Jahrzehnte zurückgehen. In den 1970er Jahren förderten mehrere Untersuchungskommissionen des US-Kongresses nämlich Schreckliches zutage. Herausgekommen war, daß die CIA von 1953 bis in die 1970er Jahre (und womöglich noch viel länger) ein geheimes Forschungsprogramm unter dem Decknamen MK-Ultra durch.

Ziel war laut dem Geheimdienst die "Vorhersage, Steuerung und Kontrolle des menschlichen Verhaltens". Insgesamt gab es 149 Unterprojekte von MK-Ultra, darunter auch Menschenversuche. Erforscht wurde unter anderem die Wirkung von Drogen wie LSD, aber auch Elektroschocks, Gas oder Krankheitserregern auf den Menschen. Durchgeführt wurden die Experimente an 44 Universitäten, 12 Krankenhäusern, drei Gefängnissen und 15 nicht näher bezeichneten Forschungseinrichtungen.

Die Testpersonen waren oft ahnungslos und trugen bei den Experimenten oft schwerste körperliche oder physische Schäden davon. Die meisten der MK-Ultra-Versuche verstießen nicht nur gegen US-Gesetze, sondern waren auch mit der UN-Menschenrechtskonvention absolut unvereinbar. Doch das kümmerte die damaligen Frankenstein-Forscher nicht. Sie schufen Legionen von physischen und psychischen Krüppeln, die zu tickenden Zeitbomben wurden.

Project Monarch: Steuerung durch Traumatisierung

Ein Opfer des Programms MK-Ultra war Cathy O'Brien. Als junge Frau geriet sie in die Fänge der CIA, beschreibt in ihren Büchern "Trance: Formation of America" (1995) und "Access Denied: For Reasons of National Security" (2004), wie sie mit Hypnose, Elektroschocks, Folter und Drogen traktiert wurde, um bei ihr eine dissoziative Identitätsstörung herbeizuführen.

O'Brien berichtet: "Wir wurden rituell traumatisiert, ständig in Trance versetzt und dann während der Schulzeit programmiert."

Innerhalb des MK-Ultra-Komplexes gab es auch das sogenannte Project Monarch. Benannt wurde dies nicht etwa nach einem König, sondern nach einem Schmetterling namens Monarch-Falter. Ziel der Psycho-Forscher in diesem Programm war es, die Probanden zu traumatisieren, eine Persönlichkeitsspaltung herbeizuführen und sie so gefügig und steuerbar zu machen.

Der Monarchfalter (*Danaus plexippus*) oder Amerikanischer Monarch ist ein auffällig orange und schwarz gezeichneter Schmetterling. Der Tagesfalter ist Namensgeber des CIA-Projekts Monarch innerhalb des Programms MK-Ultra.

Teile des Project Monarch sollen sich auch zivile Akteure zu eigen gemacht haben - so auch Kreise in der Musik- und Filmindustrie, wie man in unserer aktuellen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" nachlesen kann. Investigativjournalist und Experte Nikolas Pravda schreibt:

"Bei der Monarch-Gedankenkontrolle wird die Zielperson oft als 'der Sklave' bezeichnet, während diejenigen, die sowohl die Technik anwenden als auch aktivieren, als die 'Behandler' bekannt sind."

Und weiter: "Viele glauben, das Monarch-Sklaven bei Bedarf von einer elitären Gruppe eingesetzt werden, um Rituale, Performances, Botschaften usw. auszuführen, die mit einem gewünschten Ergebnis in Einklang stehen."

Die geheimen Botschaften der Popstars

Ist Katy Perry eine solche "Monarch-Sklavin"? Dafür spricht manches - und sie ist beileibe nicht der einzige Star im Showgeschäft, der entsprechende Muster aufweist. Mit "Hannah Montana" brachte Disney Mitte der 2000er sogar eine Serie auf den Markt, deren jugendliche Protagonistin eine alternative Persönlichkeit erschaffen muß, um ihr berühmtes Selbst vom normalen Selbst zu trennen. Die Hauptrolle spielte Miley Cyrus, die, wie Katy Perry, deutliche Anzeichen einer psychologischen Programmierung aufweist.

Das gilt schließlich auch für Britney Spears, über die Pravda schreibt, sie sei "der berühmteste Liebling Amerikas, der sich letztendlich als lebendiges Beispiel für eine manipulierte Person erweist".

Weitere Beispiele für den Einfluß von Satanisten, Okkultisten, Geheimdiensten und Psychopathen auf die Musik- und Filmindustrie finden Sie in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" belegen. Eine Universalgeschichte des Bösen im Showbusiness!<<

15.01.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Januar 2024:

>>Protest-Ticker: Bauern ließen sich nicht manipulieren

Von *COMPACT Redaktion*

Die Bauern-Proteste gehen in die zweite Woche. Und wieder strömen die Landwirte mit ihren Traktoren auf die Straßen, um gegen die Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der Ampel zu demonstrieren. ...

17:11 Uhr, Video-Netzfund: Wie bei den Querdenker-Demos - Wird die Bewegung zu stark, steigt die Aggression der Sicherheitskräfte:

16:20 Uhr Nicht nur die Teilnehmer der heutigen "Mega-Demo" (Bild) blieben standhaft gegenüber rhetorischen Einwicklungsversuchen. Auch ein Gespräch zwischen Vertretern aus der Landwirtschaft und der Ampel-Fraktionen führte zu keinem Resultat.

15:30 Uhr: Brandenburger Tor. Ein Buh-Konzert. Anscheinend sind die Demonstranten mit den Beruhigungsreden von Lindner & Co. nicht so ganz zufrieden gestellt.

13:40 Uhr: Video: Auszug aus der Rede vom Präsidenten des Bauernverbandes Rukwied.

13:10 Uhr. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat laut Bild den Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, die demonstrierenden Bauern ins Kanzleramt einzuladen. Söder: "Wir fordern zu einer grundlegenden Umkehr der Berliner Politik auf."

12:38 Uhr. Video: Protestierende Bauern buhen Lindner aus.

12:31 Uhr: Aktuell am Brandenburger Tor:

12:24 Uhr: Heiße Rede! Bauernarmut versus protziges Kanzleramt.

12:09 Uhr: Selbst das Mainstream-Blatt Bild bezeichnet den Bauernprotest als "Mega-Demo" und schätzt auf 10.000 Teilnehmer (es dürften also wesentlich mehr sein ...) Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir schlägt einen Bauern-Soli vor: Ein Tierwohl-Cent als Aufschlag auf alle tierischen Produkte.

11:50 Uhr: Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied (CDU) hält die Eröffnungsrede. Neben Applaus waren auch einige Buhrufe zu vernehmen, als er die Bühne betrat. Offenbar wird den Bauern bewußt, daß er selbst zum Problem der Bauern ein Anteil trägt.

11:40 Uhr: Eine riesige Traktorenschlange.

11:30 Uhr: Die Demonstranten werden immer ungeduldiger. Pyrotechnik wurde in der Nähe der Bühne gezündet.

10:15 Uhr: Die Angst muß bei der Registrierung tief sitzen. Sogar Räumpanzer und Wasserwerfer werden gegen das Volk aufgefahren.

10:00 Uhr: Video, Brandenburger Tor

10:00 Uhr: Bauernproteste: Olaf Scholz verbarrikadiert sich vor dem wütenden Volk. Das Regierungsviertel ist mit vielen Polizisten abgeriegelt. Demoteilnehmer werden nicht durchgelassen und müssen außen herumlaufen.

09:15 Uhr: Bauernprotest: Der Platz vor dem Brandenburger Tor füllt sich. Landwirte und Unterstützer stärken sich an der Gulaschkanone.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Januar 2024: >>**Halluzinationen bei der Bundesnetzagentur**

Ja, Herr Müller, die Energieversorger brennen darauf, 60 Milliarden Euro in Gaskraftwerke zu investieren, die sich nicht rechnen können, da sie nur bei Flaute und Dunkelheit produzieren dürfen. Was erzeugt so nachhaltige Halluzinationen? Wolfgang Thüne zeigt in seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" die Vorgeschichte eines der mächtigsten Propaganda-Narrative der Klima-Lobby auf und macht deutlich, wie wir an der Nase herumgeführt werden.

_ von *Manfred Haferburg*

Klaus Müller ist von Beruf Diplom-Volkswirt. Im Unterschied zu vielen seiner Politikerkollegen hat er eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung und schon mal in seinem Leben gearbeitet. 1990, also im zarten Alter von 19 Jahren, trat er in die Grüne Partei ein. Im Februar 2022 wurde er von Robert Habeck in die Funktion des Chefs der Bundesnetzagentur gehievt. Seither treibt er dort sein Unwesen.

Orwellsches "Doppeldenk" oder Unbedarftheit

In einem Interview mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe zeigte sich Müller mehr als optimistisch und außergewöhnlich gönnerhaft. Hier äußerte er:

"Im vergangenen Jahr haben wir erstmals über 50 Prozent Strom aus Erneuerbaren produziert. Das ist ein guter Ansporn, die Anstrengungen fortzusetzen ... Auch 100 Prozent halte ich für möglich ... Wir brauchen mehr Tempo in den Genehmigungsbehörden der Länder. Es geht um mehr Personal und weniger Bürokratie - auch bei Windparks in Wäldern und anderen geschützten Gebieten."

Einschränkend fügte Müller hinzu, daß es in Deutschland immer Dunkelflauten ohne Wind und Sonne geben werde. Das mache neue Gaskraftwerke erforderlich. Offenbar fiel ihm der Widerspruch zu seiner obigen Aussage der 100 Prozent möglichen Vollversorgung gar nicht auf. Ist das schon Orwellsches "Doppeldenk" oder schlicht Unbedarftheit?

Halluzinierte 50 neue Groß-Gaskraftwerke

Müller rief die Bundesregierung dazu auf, zeitnah die geplante Kraftwerksstrategie vorzule-

gen. Er äußerte:

"Die Energieversorger warten dringend darauf, um die Gaskraftwerke, die langfristig dann auf Wasserstoff umgestellt werden sollen, bis 2030 fertigstellen zu können."

Ja, Herr Müller, die Energieversorger brennen darauf, 60 Milliarden Euro in Gaskraftwerke zu investieren, die sich nicht rechnen können, da sie nur bei Flaute und Dunkelheit produzieren dürfen. Was gab es denn bei der Silvesterfeier der Bundesnetzagentur Feines, das so nachhaltige Halluzinationen erzeugt?

In weniger als sechs (6) Jahren sollen also 50 neue große Gaskraftwerke gebaut werden? Wasserstoff-Ready-Gasturbinen der 300 bis 500 MW-Klasse. Bisher gibt es eine (in Zahl 1) Wasserstoff-Ready-Gasturbine mit einer Leistung von 123 MW in Leipzig, die aber in Ermangelung von Wasserstoff mit schnödem Erdgas betrieben werden muß. Bis zur Umsetzung der Halluzinationen des Chefs der Bundesnetzagentur, die ja dem Habeckschen Halluzinations-Ministerium untersteht, fehlen allerdings noch ein paar winzige Kleinigkeiten.

Das Geld fehlt

Erst mal fehlen 60 Milliarden Euro für die Investition, denn kein Energieversorger wird Geld in ein Kraftwerk stecken, daß sich unmöglich rechnen kann, da es nur weniger als die Hälfte seiner Zeit produzieren darf, aber volle Invest- und Unterhaltskosten verursacht. Also muß sich Herr Habeck einen neuen Notstand ausdenken, der ihm erlaubt, sich die 60 Milliarden irgendwo als Schulden, genannt Sondervermögen, zu pumpen.

Thüne zeigt, daß die "Treibhaushypothese" eine Vorgeschichte hat, die bis in die 50er Jahre reicht. US-Wissenschaftler, Geheimdienste, Massenmedien und willfähige Politiker kreierten die wetterunabhängige "Klimaforschung".

Mit der Warnung vor einer drohenden Klimakatastrophe und der gezielt geschürten Angst vor dem "Hitzetod des Planeten" durch die von Menschen verursachten Kohlendioxid-Emissionen ließ sich machtpolitischer Einfluß gewinnen.

Thüne zeigt in einer klaren, allgemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Darstellung, daß die erzeugte Klimahysterie auf der Fehlannahme beruht, es gäbe einen CO₂-bedingten Treibhauseffekt. Thüne belegt die physikalische Unmöglichkeit dieser These, die in den Händen von grünen Apokalyptikern zu einem großangelegten, manipulativ einsetzbaren "Treibhaus-Schwindel" wurde. Dieses Werk leistet die notwendige Aufklärungsarbeit: über die meteorologischen und physikalischen Grundlagen des Wettergeschehens und über die politischen Profiteure des "Treibhaus-Schwindels".

Dann fehlen die Ausschreibungen für die 50 Gaskraftwerke, es fehlen die Standorte mit wasserstofffähigen Gasleitungsanschlüssen und Stromnetzanbindungen, es fehlen die Planfeststellungsverfahren, es fehlen die Anfragen und Angebote der Hersteller für die 50 Großturbinen, von denen es weltweit nur wenige gibt und deren Auftragsbücher ja nicht leer sind, es fehlt an Personal für die gleichzeitige Errichtung der Kraftwerke und es fehlt vor allem an Gas oder Wasserstoff.

Fragwürdige Rechenkünste

Nur der Vollständigkeit halber. Herr Müller hat in seinem Überschwang ganz vergessen, daß ja nicht nur der Stromsektor dekarbonisiert werden soll, sondern der ganze Primärenergieverbrauch durch die Erneuerbaren gestemmt werden muß. Der Stromsektor macht ganze 25 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus. Und die Müllerschen "schon erreichten 50 Prozent" beziehen sich ausschließlich darauf. Schon deshalb ist seine Aussage grober Unfug.

Die derzeitige Kapazität der drei Gasterminals reicht etwa für 5 Gigawatt, ungefähr so viel, wie die letzten drei Kernkraftwerke hatten. Die Bundesregierung plant aber 21 Gigawatt Gaskraftwerksleistung bis 2030. Ist es erlaubt zu fragen, von wo das fehlende Gas für die verbleibende Leistung von 16 Gigawatt kommen soll? Ich frage für einen Freund. Von grünem Wasserstoff kann bis 2030 noch nicht einmal ein Gedanke sein. Mit viel Glück

könnte dann vielleicht die Leipziger Gasturbine mit Wasserstoff laufen, der aber aus Gas produziert wird.

Warmduschen ausdrücklich erlaubt

Welt-Online berichtet dann über die für die Bürger gönnerhaften Sprüche des Herrn Müller. Der äußerte nämlich:

"Verbraucher in Deutschland müssen aus Sicht der Bundesnetzagentur keine besonderen Anstrengungen mehr zum Einsparen von Gas unternehmen. Wir haben die Hälfte des Winters hinter uns, und wir sind sehr optimistisch ... Die Gasspeicher sind mit über 90 Prozent sehr gut gefüllt."

Zwar seien sechs Prozent mehr Gas verbraucht worden als im vergangenen Winter - bei den Privathaushalten fast drei und bei der Industrie knapp neun Prozent. Müller weiter:

"Wir verbrauchen in diesem Winter aber immer noch gut 16 Prozent weniger Gas als vor der Krise."

Daher rufe die Bundesnetzagentur nicht dazu auf, "kälter zu duschen oder die Heizung runterzudrehen", betonte Müller. Das könne jede Person für sich selbst entscheiden".

Danke für die huldvolle Erlaubnis, möchte doch da der überglückliche Bürger rufen und im Gegenzug gnädig darüber hinwegsehen, das bei Müllers drei plus neun gleich sechs ist.

Doch ein Grüner Müller wäre kein Grüner, wenn er nicht gleich mit einer Drohung um die Ecke käme. Bei Welt-Online steht dazu:

"Der Behördenleiter verwies allerdings darauf, daß es teurer werde, eine Gasheizung zu nutzen. Deshalb schon ein achtsamer Umgang mit Gas auch das eigene Portemonnaie. Müllers Resümee: 'Man muß nicht jeden Raum im Haus genauso heizen wie das Wohnzimmer. Aber man gefährdet nicht die Gasversorgung, wenn man es tut'."

Wenn man die ganze Inkonsistenz und Größenwahnsinnigkeit der Interviewfakten rekapituliert, fragt man sich unwillkürlich: Weiß der Chef der Bundesnetzagentur es nicht besser oder erzählt er einfach propagandistische Unwahrheit? Im ersten Fall ist er ein Scharlatan und im zweiten Fall ein Lügner. Auf jeden Fall ist er auf dem Posten des Leiters der Bundesnetzagentur hochgefährlich, da ja seine Behörde für die Sicherheit und Stabilität des Rückgrats des ganzen Landes zuständig ist.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu. Zwischenüberschriften wurden nachträglich von der Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Januar 2024: >>**Wieder bietet eine Kita Masturbationsraum an**

Von Karel Meissner

Zum zweiten Mal in einem halben Jahr will eine Kita einen Masturbationsraum für die Kleinen einrichten. Was ist der Hintergrund solcher "Pädagogik"? Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit "Irreversibler Schaden". Das Werk, das in Amerika zum Skandal erklärt wurde, eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche und besorgte Eltern!

Hat das mal jemand erlebt: Während einer Abendgesellschaft steht ein Gast auf und sagt: "So, ich gehe jetzt masturbieren." Kommt eher selten vor, oder? Mag sein, daß manche "es" nach der Party tatsächlich tun, aber niemand kündigt es vorher an. Und diese Diskretion gereicht auch anderen Gästen zum Vorteil: Man will sich das nicht bei jedem vorstellen ...

Aber Kindern soll diesen Diskretion abtrainiert werden: So plante eine Hannoveraner Kita im letzten Sommer einen Masturbationsraum, Dieses pädagogisch wertvolle Vorhaben wurde jedoch vom niedersächsischen Kultusministerium gestoppt. Jetzt versuchte eine Kita in Kerpen (Rhein-Erft-Kreis) ebenfalls die Einrichtung eines solchen Raumes, wo die Kleinen "ihren Bedürfnissen entsprechend in einen geschützten Raum zurückziehen, um sich körperlich zu entdecken und zu befriedigen".

Was heißt "geschützter Raum"? All jene Kinder, die in frühen Jahren ihrem Masturbations- oder Doktorspieltrieb nachgehen möchten, finden auch geeignete Verstecke. Ganz ohne Hilfe irgendwelcher Erzieher. Rückzugsorte, wo niemand stört: Keller, Speicher, Toilette ... Aber durch Einrichtung eines Masturbationsraumes wird dieser intime Vorgang öffentlich, sprich ungeschützt. Etwa so:

"Da schaut mal!", werden die Kinder spöttisch rufen, "Der Hans und die Lisa sind gerade in den Wichsraum gegangen!" Lautes Gelächter. Alles rennen zur Tür, lauschen, rufen obszöne Kommentare. "Na, wie war's denn?" - fragt der Kindergärtner anschließend das junge "Doktoren-Paar". Hans und Lisa haben die Schamröte im Gesicht. Der Erzieher bohrt mit verständnisvollem Lächeln weiter: "War der Hans auch nicht übergriffig?" Und so weiter.

So wird das "Doktorspiel" für die gesamte Kita kommentier- und bewertbar. Von ungestörter Körpererfahrung kann nicht mehr die Rede sein. Auch jene Kinder, bei denen der Sexualtrieb noch nicht erwacht ist, stünden als "Spätentwickler" bloß und blamiert da. Und zu welchen Gender-Experimenten die Kids von besonders progressiven Pädagogen angehalten würden - man ahnt es.

Zwar gäbe es Regeln, die einen gewissen Mißbrauchsschutz bieten sollen (Beispiel: kein Umziehen im Beisein von Erwachsenen), dennoch bedeuten solche Räume eine kaum mehr überprüfbare Ermächtigung des Erziehers.

Und wozu das Ganze? - Um Heranwachsende frühzeitig für totale Transparenz zu dressieren! Alles Veröffentlichte ist (ideologisch) kritisierbar. Ein Überwachungswahn, dem auch Helikopter-Eltern frönen: Keine Sekunde darf das Kind sich der Überwachung entziehen.

Kurzum, hinter der scheinbaren Liberalisierung der Sexualität lauert in Wahrheit der Wille zur totalen Überwachung, Steuerung und Programmierung! Big Brother und Big Sister are watching you. Selbst bei intimsten Verrichtungen, um sie ideologisch zu lenken.

Über dieses Konzept debattierten bereits im November 2023 das LVR-Landesjugendamt Rheinland, das Jugendamt der Kolpingstadt Kerpen, die Kita-Leitung sowie der katholischen Kirchengemeindeverband Kerpen Süd-West, der als Träger der Einrichtung fungiert. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wurde eine sprachliche Überarbeitung empfohlen.

Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit "Irreversibler Schaden". Das Werk, das in Amerika zum Skandal erklärt wurde, eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche und besorgte Eltern, da die Gefahren des Transgender-Wahns deutlich benannt wird - und die Propaganda dahinter enttarnt wird.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27909" berichtet am 15. Januar 2024 (x1.350/...): >>Slowenien zahlt Corona-Strafen zurück!

In Slowenien wurden Bußgelder gegen Corona-Verstöße nachträglich als verfassungswidrig eingestuft. Entsprechende Gesetze werden auf den Weg gebracht, um begangenes Unrecht wieder gut zu machen. ...

Das Parlament hat am 20. September 2023 die Rückzahlung der Strafzahlungen beschlossen. Medienberichten zufolge sagte die sozialdemokratische Justizministerin Dominika Svarc Pipan bei einer Parlamentsanhörung:

"Ich bin zuversichtlich, daß der Staat mit der Verabschiedung des Gesetzes in gewisser Weise die moralische Verantwortung übernimmt und das Unrecht wieder gutmacht, das den Bürgern durch den Mißbrauch des Strafrechts und verfassungswidrige und übermäßige Eingriffe in die Menschenrechte angetan wurde". Sie fügte hinzu: "Möge dies eine Lehre für uns alle sein, damit so etwas nie wieder passiert."

Mit dem beschlossenen Entwurf, so hofft Pipan, werde das Vertrauen der Menschen in die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt. Noch steht in Deutschland und anderen Ländern dieser Schritt aus. Aktuell gibt es dort statt Entschuldigung und Entschädigung immer noch Prozesse und Inhaftierungen von Menschen, denen das Gemeinwohl wichtiger war als verfehlter Ge-

horsam.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Januar 2024:

>>Iowa: Trump will Vorentscheidung in der Eishölle

Von *Sven Reuth*

Der in der heutigen Nacht anstehende Caucus der Republikaner im US-Bundesstaat Iowa markiert traditionell den Beginn des Präsidentschaftswahlzyklus in den Vereinigten Staaten.

...

Der Bundesstaat im Mittleren Westen hat nur gut drei Millionen Einwohner, ist flächenmäßig aber mehr als doppelt so groß wie das größte deutsche Bundesland Bayern. Iowa ist ein Bauernstaat, der wirtschaftlich vor allem durch seinen Agrarsektor geprägt ist.

Im Gegensatz zu den meisten anderen US-Bundesstaaten wird in Iowa keine klassische Vorwahl (Primary), sondern ein Caucus durchgeführt. Dabei werden Mitglieder- und Anhänger-versammlungen in Gemeindesälen, Gaststätten oder kirchlichen Räumen abgehalten, die so lange durchgeführt werden, bis eine Mehrheit für einen Kandidaten gesichert festgestellt werden kann. Der intensive, persönliche Austausch zwischen den Teilnehmern des Caucus soll dazu führen, die Kandidaten genauer kennenzulernen und ihre politischen Standpunkte zu diskutieren.

Die Entscheidung, Iowa zum frühesten Abstimmungsgebiet während des Vorwahlzyklus zu machen, wurde von den politisch Verantwortlichen des Präriestaates in den 70er Jahren getroffen, da diese wegen des Vietnam-Krieges eine Entfremdung der jungen Generation von den politischen Prozessen ihres Landes befürchteten. Da die Caucus-Methode mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden ist, wurde der Wahltag besonders früh im Jahr angesetzt, um auch im Fall des Auftretens von Rechtsstreitigkeiten genügend Zeit zu haben, die Wahlmänner bis zu den großen Delegiertenversammlungen der beiden US-Volksparteien, die im Hochsommer stattfinden, rechtssicher zu bestimmen.

Seitdem ist Iowa zu einem vielbeachteten Stimmungstest für die Präsidentschaftsbewerber geworden, die hier entweder Momentum für ihre Kampagne gewinnen können oder schon einen ersten empfindlichen Dämpfer hinnehmen müssen. Der Gewinner der Vorwahlen in Iowa erhält oft einen erheblichen Schub in Bezug auf Medienaufmerksamkeit und Spendensammlungen. Die mediale Berichterstattung über den Erfolg in Iowa kann die landesweite Wahrnehmung eines Kandidaten stark beeinflussen und ihn in den folgenden Vorwahlen stärken oder schwächen.

100 Millionen für TV-Werbung

Mittlerweile werden von den Kandidaten in dem bevölkerungsmäßig kleinen Iowa, das nur etwas mehr Einwohner als das deutsche Bundesland Schleswig-Holstein aufweist, enorme Summen aufgewendet, um einen guten Start der eigenen Kampagne zu sichern. Wie der Sender NBC berichtet, verausgabten die Kandidaten alleine für den laufenden Caucus in Iowa die enorme Summe von 100 Millionen US-Dollar alleine für Fernsehwerbung.

Der Gewinner des diesjährigen Caucus in Iowa steht im Grunde schon fest. Donald Trump, der seine stärksten Hochburgen ohnehin im Mittleren Westen hat, weist in Umfragen einen Vorsprung von bis zu 30 Prozent auf seine Konkurrenten aus. Die Vorwahl, die heute Nacht stattfinden wird, ist also in erster Linie ein Rennen um den zweiten Platz.

Hier geht es schon um alles für Ron DeSantis, den Gouverneur von Florida, der vor einem guten Jahr noch als ernsthafter Trump-Konkurrent gehandelt wurde. Mittlerweile hat sich aber gezeigt, daß DeSantis außerhalb des Sunshine State deutlich schwerer zu verkaufen ist als gedacht. DeSantis hat enorm viel Energie und Geld in den Iowa-Caucus gesteckt und umwirbt hier seit Wochen intensiv die hier stark vertretenen Evangelikalen. Sollte er am Ende trotz des von ihm betriebenen Aufwands nicht einmal den zweiten Platz erreichen, dann könnte DeSantis, der wie Trump zum konservativen Parteiflügel zählt, schon das Handtuch schmeißen.

Wird Haley zu Trumps Hauptkonkurrentin?

Das ist gar nicht so unwahrscheinlich, denn in jüngsten Umfragen hat Nikki Haley, die innerhalb der Republikaner als Zentristin gilt, DeSantis schon in mehreren Iowa-Umfragen überholt. Die indischstämmige Haley, die von Trump 2017 zur US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen gemacht wurde, profiliert sich mittlerweile als klare Trump-Kritikerin. Haley benötigt in Iowa ein zumindest gesichtswahrendes Abschneiden, da sie sich noch Außenseiterchancen für die eine Woche später stattfindende Vorwahl in New Hampshire ausrechnet.

Ein weiterer Kandidat beim Iowa-Caucus ist der konservative Unternehmer und Patentanwalt Vivek Ramaswamy, der ebenfalls auf dem rechten Flügel der Republikaner beheimatet ist und der in den Iowa-Umfragen zwischen sechs und sieben Prozent liegt. Im Null-Komma-Bereich dümpelt der Ex-Gouverneur von Arkansas, Asa Hutchinson, herum, der als dezidiertes Trump-Gegner gilt.

Eine offene Frage ist, wie sich das derzeit in Iowa herrschende arktische Wetter mit Temperaturen von um die minus 25 Grad und Schneestürmen auf das Ergebnis auswirken könnte. Insbesondere im ländlichen Raum sind viele kleine Gemeinden eingeschneit, so daß Interessenten in vielen Fällen wohl gar nicht zum Caucus-Versammlungsort kommen können. Vorwahl-Ende schon im Februar?

Für Trump bietet sich die Chance, seinen hoch vor einiger Zeit hoch gehandelten Konkurrenten Ron DeSantis schon in Iowa loszuwerden. In der Berliner Morgenpost prognostizierte der US-Korrespondent Dirk Hautkapp:

"Wenn Trump tatsächlich so stark ist, wie es die Umfragen beständig abgebildet haben, könnte der Machtkampf der Republikaner um das Ticket für den Einzug ins Weiße Haus bereits im Februar entschieden sein."

Die Neue Zürcher Zeitung berichtete allerdings zuletzt, daß auch in diesem Fall eine Kandidatur von Nikki Haley als unabhängige Kandidatin nicht auszuschließen sei. Dazu benötigt sie dann wohl allerdings wenigstens respektable Ergebnisse bei den Vorwahlen der Republikaner. Auch dieser Aspekt verleiht dem heute Nacht stattfindenden Caucus in Iowa Spannung.<<

16.01.2024

BRD: [Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtet am 16. Januar 2024 ([x1.355/...](#)): >>>**Studentin nach Corona-Geninjektion: "Der Rollator, mein Freund"**

Von *Herbert Ludwig*

In einer weiteren Folge der Beitragsreihe "Geimpft, geschädigt, geleugnet ..." veröffentlichen die "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) wieder ein erschütterndes Interview mit einer schwer impfgeschädigten jungen Studentin. Es ist nicht nur ihr "verpfushtes Leben", wie sie es selbst bezeichnet.

Schwer erträglich sei auch, daß ihre schweren Erkrankungen von den Ärzten weitgehend nicht als Impfnebenwirkungen ernstgenommen, sie immer wieder mit der Diagnose "psychosomatischer Störung" entlassen, also "psychiatrisiert" werde. - Die Barbarisierung der Gesellschaft im Interesse der Pharma-Profite schreitet fort, und ohnmächtige Wut nimmt allerorten zu. Sie muß sich aber mit kluger Strategie zur Veränderung verbinden. (hl)

Vom MWGFD-Presseteam; Autorin *Elisabeth Maria*

Auch in der vierten Folge "Geimpft, geschädigt, geleugnet ..." tun sich Abgründe im Umgang mit Impfgeschädigten auf. Es treibt einem die Tränen in die Augen, wenn man dem Gespräch zwischen dem MWGFD-Mitarbeiter Johannes Clasen und der 24-jährigen ehemaligen Studentin der Grundschulpädagogik Annika zuhört. Denn da sitzt eine junge, hübsche Frau, die in klaren, strukturierten Worten ihr "verpfushtes Leben", so von ihr im Vorgespräch bezeichnet, und ihre Leidensgeschichte schildert, die nach der 3. Impfung mit BioNTech/Pfizer begann.

Ihre Krankengeschichte macht fassungslos.

Hat sie die erste Impfung noch gut und die zweite Impfung noch einigermaßen gut vertragen, bauten sich nach der 3. Injektion schleichend immer mehr Symptome auf, "bis ich in diese Bettlägerigkeit reingefallen bin und zum Pflegefall wurde."

Ihr Leben war von nun an auf den Kopf gestellt. Aus einer lebensfrohen Studentin mit zwei Nebenjobs, die nach eigener Aussage ein "Workaholic", kein "Couchpotatoe", sondern vielmehr immer "on tour" gewesen sei, wurde eine schwerkranke junge Frau, die ihr Studium und ihren Traumberuf aufgeben mußte, und seither mit verschiedenen Diagnosen und damit einhergehenden Symptomen zu kämpfen hat. Die Erkrankung, die ihr am meisten zu schaffen macht, ist ME/CFS, eine "schwere neuroimmunologische Erkrankung", die mehrere Stadien erreichen kann.

"Was allerdings die Krankheit besonders auszeichnet ist, daß man nach körperlicher oder emotionaler Anstrengung ... meistens bis zu 24 Stunden später quasi gestraft wird für das, daß man irgendwie körperlich oder kognitiv ... aktiv war und das dann ... immer wieder zu einer Verschlechterung kommen kann. ... Man ist dann ... quasi nicht mehr Herr über seinen Körper und kämpft mit verschiedenen Symptomen. ... Schmerzen, Schlaflosigkeit, Brainfog, Wortfindungsstörungen, Anfällen. Das ist eine Krankheit, die sich durch sehr viele Symptome auszeichnet."

Zudem geht sie einher mit massiven kognitiven Einschränkungen, was Annika eine Beendigung ihres Studiums verunmöglicht. Ihre Erkrankung bringt eine Vielzahl von Arztkontakten mit sich. Vom Hausarzt wird sie zum Neurologen, vom Neurologen in eine stationäre neurologische Abteilung eingewiesen. Zweimal muß sie aufgrund ihres schlechten körperlichen Zustandes die Notaufnahme aufsuchen. Fatalerweise erfährt sie weder in der Notaufnahme, noch bei den anderen Ärzten kompetente Hilfe. Im Gegenteil: Sie wurde psychiatrisiert, sie hätte Panikattacken, sie solle Antidepressiva nehmen, sie sei neurologisch gesund. Niemand habe ihr in dieser Zeit Hilfe gegeben.

Die Ärzte "konnten mit dieser Symptomatik, die ich da hatte, nichts anfangen, obwohl ich nachweislich auch Hautverfärbungen hatte, meine Hände und Füße sind einmal bläulich-rot angelaufen, ich hatte Schweißausbrüche, starke Kopfschmerzen, Übelkeit, also es ging mir gar nicht gut. ... Die Hilfe von Ärzten war beschränkt. Da wurde ich nicht ernst genommen. Ganz im Gegenteil. Es wurde immer gesagt, daß es von der Corona Impfung keine Nebenwirkungen geben kann. ... Jedes Mal wenn ich die Corona-Impfung angesprochen habe, wurde das schnell abgeblockt."

Daß sie zu der Zeit kaum laufen konnte, Lähmungserscheinungen hatte, der Körper offensichtlich nicht mehr richtig funktioniert, tat alles scheinbar nicht zur Sache. Sie wurde immer wieder mit der Diagnose "psychosomatische Störung" entlassen.

Annika hatte das Glück, in dieser schweren Zeit ihre Familie und ihren Freund an ihrer Seite zu haben, die sie nach Kräften unterstützten.

"Wenn ich ganz alleine gewesen wäre, wäre ich aufgeschmissen gewesen. Da mein Körper nicht richtig funktioniert hat, war ich nicht in der Lage, mich um mich selbst zu kümmern. ... Wenn ich allein gewesen wär, hätte ich vielleicht tagelang nichts gegessen, mehrere Tage nicht geduscht. ... Es war eine zeitlang ganz schlimm. Da hatte ich wirklich Todesangst, weil die Symptome alle zusammen gekommen sind. ... Ich hatte wirklich Angst, die Augen zuzumachen und ich hab das auch so meiner Familie gesagt. Ich hab Angst, schlafen zu gehen, weil ich wach morgen nicht mehr auf. Wenn ich jetzt schlafen gehe, hört und seht ihr mich das letzte Mal."

Ihr langer, bislang unbefriedigender therapeutischer Weg führte sie schließlich in die Spezialklinik Neukirchen, eine Klinik, die auf ME/CFS spezialisiert ist. Dort erfuhr sie erstmalig kompetente Hilfe und wurde ernst genommen, da ME/CFS dort als somatische Erkrankung

begriffen und behandelt wird. Seit der Behandlung dort gehe es ihr besser, sie könne den Aufenthalt empfehlen, da er ihr geholfen habe, eine Richtung zu finden bzgl. der Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln und der Verabreichung verschiedener Infusionen.

"Man muß natürlich irgendwie am Ball bleiben und Sachen aus der Klinik mitnehmen, ... die einem geholfen haben."

In ihrem Fall seien das Nahrungsergänzungsmittel und Infusionen, die sie daheim privat fortführen würde. Ein großes Problem sei jedoch, daß dies privat zu zahlen sei, da die Krankenkasse nichts übernehmen würde. Dies ginge in den "Tausenderbereich hinein". Das zahle alles ihre Familie. Die Behandlung tue ihr aber gut. Bei Absetzen dieser Medikation, ginge es ihr schlechter.

Ganz andere Erfahrungen schildert Annika von der Uniklinik Marburg, die von Prof. Schieffer geleitet wird. Von diesem Termin, auf den sie ein Jahr gewartet, und auf den sie große Hoffnungen gesetzt habe, sei sie sehr enttäuscht gewesen. Binnen drei Stunden habe man sie entlang eines Laufzettels mit Untersuchungen wie Herzultraschall, einem Belastungs-EKG und einer Blutuntersuchung abgefrühstückt.

Nicht nur, daß ihr vor Ort keine Diagnose ausgestellt wurde, ihre Diagnose ME/CFS noch obendrauf negiert wurde, tat man ihre Erkrankung als Impfreaktion ab. Sie solle "das Ganze aussitzen" und nach Erholung von der Impfnebenwirkung dürfe sie sich wieder eine Auffrischungsimpfung holen. Daß im schriftlichen Befund eine chronisch aseptische Entzündung festgehalten wurde, scheint weder Hindernis noch Widerspruch zu sein. Therapeutisch wurde ihr empfohlen, Statine zu nehmen, und die für sie hilfreichen Nahrungsergänzungsmittel abzusetzen. Annika kommentierte dieses Gebaren mit "Das ist hart."

Annika kann ihren Alltag mittlerweile mit Hilfe ihrer Familie und ihres Freundes, sowie unter Zuhilfenahme einiger Hilfsmittel, wie z.B. eines Rollators, mehr oder weniger gut bewältigen. "Ich bin froh, daß es kein Rollstuhl ist in dem Sinn, da ich am Anfang gar nicht laufen konnte und Angst hatte, daß es für immer so bleibt oder noch schlimmer wird. ... Ich seh den Rollator quasi als guten Freund oder als Hilfe an, der mich jetzt eben durch diese Zeit bringt, und er gibt mir auch Sicherheit, das Haus zu verlassen ... Der Rollator gibt mir einfach so eine Freiheit, um quasi den Alltag zu bewältigen. ... Aber mit 24 einen Rollator benützen zu müssen, ist psychisch untragbar eigentlich."

Schmerzhaft ist für sie auch, daß Aktivitäten mit Freunden nicht mehr ohne weiteres möglich sind. Ihr Freundeskreis habe sich verändert. Auch die Dinge, die man gemeinsam erlebt hat, und spontane Unternehmungen seien so nicht mehr möglich.

"Die Menge an Aktivitäten, die man überhaupt machen kann, (reduziert sich). ... Ich muß überall kucken und abwägen, was ich machen kann, auch mit wem ich was machen kann. ... Spontan geht gar nix mehr".

Zwar stünden ihre Familie und ihre Freunde hinter ihr, aber es gebe auch Menschen, die sich abgewandt hätten, die nicht begreifen, daß sie durch diese Erkrankung so eingeschränkt ist. Sie erklärt ihre Verfaßtheit wie folgt:

"Es gibt keinen Tag wo ich sag: Heute gehts mir gut. Ich erklär das immer so, daß ich sag, mir geht's immer schlecht, aber es gibt ein gutes und ein schlechtes Schlecht."

Um über Impfschäden und ihr Schicksal aufzuklären, ist Annika auf Social media, wie Instagram oder TikTok unterwegs, dokumentiert ihre Geschichte, sucht Menschen, die unter den gleichen Symptomen, der gleichen Erkrankung Post Vac leiden und ist im Austausch mit weiteren Betroffenen. Dabei bekommt sie viele Nachrichten und Hilferufe, mußte jedoch auch schon die Erfahrung der Zensur wegen Verbreitung von Falschinformationen machen. Auch wenn es PostVac in der öffentlichen, offiziellen Lesart nicht gibt oder nicht geben darf, zeigt ihre Recherche ein komplett anderes Bild:

"Das wird ... unter den Teppich gekehrt. ... Das hat ja wirklich ein Ausmaß, da wird dann ir-

gendwie immer geschaut, gibt es einen anderen Auslöser ... kann ich das auf irgendeine andere Erkrankung schieben. ... Aber so wirklich zu schauen: ... Kann es überhaupt dieser Impfschaden gewesen sein, daß passiert ja gar nicht mal. Eigentlich gibt es das nicht. ... Meine Recherche zeigt natürlich das komplette Gegenteil, daß diese Krankheit, dieses Krankheitsbild existiert, daß es real ist, daß Menschen leiden, daß Menschen Hilfe brauchen und daß das Ganze viel mehr Zuhörer braucht."

Abschließend formuliert Annika in berührenden Worten ihre Wünsche für Betroffene und ihre eigene Zukunft:

"Ich wünsche mir für mich und für alle Betroffenen, die Schäden haben, Anerkennung und Entschädigung natürlich. Anerkennung in dem Sinne, daß es dieses Krankheitsbild gibt, daß es diese Schäden gibt, ... Unterstützung ... Finanziell natürlich, weil diese Kosten, die man selber tragen muß, enorm sind. ... Wir haben uns solidarisch gezeigt, indem wir uns haben impfen lassen, jetzt ist es so, daß wir geimpft sind und diese schweren Schäden haben, und jetzt ist keiner für uns solidarisch. Keiner hilft uns.

Für ihre eigene Zukunft erhofft sie sich "natürlich, daß ich so weit irgendwie gesund werden kann, daß ich wieder einigermaßen am Leben teilnehmen kann, weil es ist einfach kein Leben mehr, es ist halt ein Überleben."

Mögen ihre Wünsche wahr werden.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Die Wahrheit über Correctiv: Geldgeber sind regierungsnah Lobbygruppen!**

Klartext von der AfD-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel: "Die Unterstellung des linken Aktivisten-Netzwerks Correctiv und die Instrumentalisierung und die Weiterverbreitung der unwahren Behauptungen stellen einer der größten, ungeheuerlichsten Medien- und Politik-Skandale der Bundesrepublik Deutschland dar. Das sind DDR-Methoden!" Doch wer sind eigentlich die Förderer und Geldgeber des dubiosen Journalisten-Netzwerks, das aus einer normalen politischen Veranstaltung ein "Geheimtreffen" und aus rechtskonformen Abschiebungen "Vertreibungen" macht? Wir haben uns die Sache einmal genauer angeschaut!

Fündig werden wir schon auf der Internetseite der Bundesregierung. Die Ampel-Koalition verkündet dort ganz offen, daß sie zehn Projekte "zum Schutz und zur strukturellen Stärkung des Journalismus" mit rund 2,3 Millionen Euro fördert - darunter auch "Correctiv".

Staatsministerin Claudia Roth (Grüne) erklärt, sie habe höchstpersönlich für diese zehn Projekte "die ursprünglich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kurzfristig erhöht".

Welch ein Zufall, daß ausgerechnet der Chef dieser Bundesregierung, Olaf Scholz, mit besonders empörtem Tonfall auf den Correctiv-Zug aufspringt und den Verfassungsschutz um Hilfe ruft.

Zu den wichtigsten Geldgebern gehört auch die "Open Society Foundation" des umstrittenen amerikanischen Lobbyisten George Soros, die das "Correctiv-Netzwerk" mit insgesamt rund 429.000 Euro förderte.

Ein weiterer Spender ist die Luminare-Stiftung des eBay-Milliardärs Omidyar, die ihre Aufgabe in der Förderung "angegriffener Demokratien" sieht. Mehr als 500.000 Euro kommen von der Mercator-Stiftung, die als Geldgeber der Agora Energiewende auftritt. Woher uns dieser Name bekannt vorkommt? Das ist die Lobby-Organisation, dessen Direktor Patrick Graichen für Filz-Skandale in Habecks Wirtschaftsministerium sorgte.

Dies also sind die Moralapostel und vermeintlich "unabhängigen" Journalisten, die mit ihrer abwegigen "Geheimplan-Räuberpistole" versuchen, unsere Partei zu diskreditieren und in die Nähe ethnischer Säuberungen zu rücken. Über die "Pläne" solcher Lobby- und Politik-Netzwerke muß viel intensiver aufgeklärt werden. Da weite Teile der Medien bei dieser Aufgabe

ausfallen, springen wir selbst ein. Die ersten AfD-Landesregierungen und die erste AfD-Bundesregierung wird noch viel mehr Licht ins Dunkel bringen und die Subventionierung linker Strukturen beenden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Januar 2024: >>AfD-Ost: Remigration ist das Gebot der Stunde

"Remigration" wurde zum "Unwort des Jahres" gewählt. Dazu haben die AfD-Vorsitzenden Ost - Jörg Urban, Oliver Kirchner, Björn Höcke, Nikolaus Kramer, Hans-Christoph Berndt, Ulrich Siegmund - eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht. ...

"Remigration" ist zum "Unwort des Jahres" gekürt worden. Dieser Titel wird durch eine Jury vergeben, der in diesem Jahr der CDU-Funktionär Ruprecht Polenz als Gastjuror angehört. Diese Jury spielt sich seit 30 Jahren als Sprachpolizei auf und will die öffentliche Debatte im Sinne ihrer antideutschen Ideologie lenken.

Denn: Wer Sprachtabus errichtet, will den Bürgern den Mund verbieten. Wer einen Begriff zum Unwort erklärt, will den Inhalt und den Urheber des Begriffes diffamieren. Wer Worte verbietet, will verhindern, daß die Probleme gelöst werden, die mit diesen Worten beschrieben werden.

Remigration ist kein Unwort. Remigration bedeutet Rückwanderung. Remigration ist nichts Neues: Bereits Helmut Kohl (CDU) wollte Anfang der 1980er Jahre die Zahl der Türken in Deutschland halbieren.

Remigration ist nicht verboten oder anstößig, sondern im nationalen Interesse Deutschlands. Remigration meint die Umkehr der Migrationsströme, die gegenwärtig ungehemmt in Richtung Deutschland fließen. Das Resultat: Ende 2022 lebten rund 13,4 Millionen Ausländer in Deutschland, 2023 wurden in Deutschland mehr als 350.000 Erstanträge auf Asyl gestellt.

Trotz der Einwanderung von Millionen Migranten ist der Fachkräftemangel so groß wie nie zuvor. Einwanderung löst keines unserer Probleme, sondern verstärkt sie.

Laut Prof. Bernd Raffelhüschen wären "Deutschlands Wohlstand, unsere soziale Sicherheit OHNE Zuwanderung besser gesichert als mit der klügsten Migrationspolitik" (BILD, 10.1.2024).

2024 - Das Jahr der Patrioten

Wir, die Fraktionsvorsitzenden Ost, erklären: Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muß beendet und rückabgewickelt werden. Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen.

Wir werden Recht und Gesetz anwenden, die Grenzen schützen und Deutschland vor weiterer Sozialmigration bewahren.

Wir werden eine großangelegte Rückführungsinitiative für illegale Einwanderer planen und durchführen.

Wir werden sämtliche Anreize minimieren, die Deutschland zum Magneten für illegale Einwanderung gemacht haben.

Wir werden das Staatsangehörigkeitsrecht, welches bis zum Jahr 2000 galt, wiederherstellen.

Wir werden Maßnahmen ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen.

Wir werden Anreize schaffen, um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen.

Eine für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und unserer Wirtschaft katastrophale Entwicklung zu stoppen, die Jahrzehnte von den Kartellparteien zugelassen wurde, und ihre Schäden zu beseitigen, wird Jahrzehnte brauchen. Das wissen wir. Aber wir werden beginnen, sobald wir in Regierungsverantwortung stehen. Deutschland muß wieder deutscher werden.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Januar 2024 (x1.351/...): >>Ampel-Inflation schon bei 13 Prozent: Wir stoppen die Verarmung!

Nach nur zwei Jahren Ampel-Regierung hat sich das Leben in Deutschland massiv verteuert: Seit dem Amtsantritt im Dezember 2021 stieg die Inflationsrate um insgesamt 13,2 Prozent; laut den heute bekanntgegebenen Zahlen des Statistischen Bundesamts kamen im vergangenen Jahr fast sechs Prozent Teuerung hinzu.

Von Anfang an hat die Scholz-Regierung eine Inflations- und Verarmungspolitik mit Ansage betrieben: Kernkraftwerke als Gewähr für preiswerte Energie wurden abgeschaltet, die Nord-Stream-Leitungen wurden nicht repariert, CO₂-Abgaben und Steuern führten das Übrige herbei.

Besonders dramatisch: Nahrungsmittel sind während der beiden Ampel-Regierungsjahre um mehr als ein Viertel teurer geworden (27,5 Prozent). Doch anstatt die Bürger endlich zu entlasten und das Geld im eigenen Land zu behalten, will die Bundesregierung noch nicht einmal ihre verkappte Steuererhöhung beim Agrardiesel aufgeben. Als AfD wollen wir eine Politik durchsetzen, die dazu führt, daß unsere Arbeitnehmer genauso von ihrem Monatslohn leben können wie unsere Senioren von ihrer Rente.

Um das zu erreichen, braucht es steuerliche Entlastungen, ein Ende der CO₂-Abgabe und eine "Energiewende" rückwärts: Kernkraftwerke wieder in Betrieb nehmen, Kernforschung fördern, Nord-Stream-Leitungen reparieren! Wie wir das finanzieren wollen? Indem wir das Steuergeld der Deutschen auch für deutsche Belange einsetzen statt für Fahrradwege in Peru, arabische Sozialmigranten, weltfremde EU-Funktionärsapparate oder Luxus-Regierungshubschrauber.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Januar 2024: >>**Höcke:**

Jetzt will man ihm die Grundrechte entziehen

Von *Sven Reuth*

Der Krieg gegen die AfD wird immer rücksichtsloser und radikaler geführt. Nun wird in einer Petition ein Entzug der Grundrechte von Björn Höcke gefordert. ...

Der Haß auf die AfD äußert sich mittlerweile in schrillsten Tönen. Die FDP-Kriegstreiberin Marie-Agnes Strack-Zimmermann äußerte auf einem Neujahrstreffen ihres nordrhein-westfälischen Landesverbandes in Düsseldorf mit Blick auf die AfD:

"Je größer der Haufen Scheiße, um so mehr Fliegen sitzen drauf."

Eine Partei, die derzeit bundesweit in Umfragen auf deutlich über 20 Prozent kommt und die eine hohe Millionenzahl von Wählern hinter sich hat, wird hier allen Ernstes mit Exkrementen und Insekten verglichen.

Entmenschlichung pur

Die selbsternannten Musterdemokraten sind in Wirklichkeit eben die haßerfülltesten Feinde der Demokratie, wenn sie sich in ihrem Kampf gegen Rechts ausleben - da darf man dann schon mal bei den eigenen Aussagen ein Höchstmaß an Entmenschlichung praktizieren, obwohl dies doch angeblich eine Spezialität von "Rechtsextremisten" ist.

Auch der knalllinke Kampagnenverein Campact mischt sich nun mit einer Idee ein, die an Fragwürdigkeit kaum mehr zu überbieten ist. In einer Petition wird gefordert, dem Thüringer AfD-Fraktions- und -Parteichef Björn Höcke die Grundrechte zu entziehen. Da die Petition jetzt schon mehr als 830.000 Unterzeichner gefunden hat, muß sich nun der Petitionsausschuß des Bundestags mit der Sache befassen und eine Möglichkeit zur Anhörung geben.

Vier gescheiterte Versuche

Ein Entzug der Grundrechte würde den Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts nach sich ziehen. Es gab bislang nur vier Versuche in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, einen solchen Entzug der Grundrechte durchzuführen. Bezeichnend: Alle diese Versuche richteten sich gegen Personen aus dem rechten Spektrum.

Der erste dieser Versuche wurde 1960 gegen Otto Ernst Remer, den ehemaligen Kommandeur des Wachbataillons "Großdeutschland" und früheren Vizechef der 1952 verbotenen Sozialisti-

schen Reichspartei unternommen. Das Bundesverfassungsgericht lehnte den Antrag allerdings ab, da Remer zu diesem Zeitpunkt nicht politisch aktiv war.

Der nächste Versuch eines Grundrechtsentzugs richtete sich 1974 gegen den Verleger Gerhard Frey, der damals insbesondere als Herausgeber verschiedener Wochenzeitungen aktiv war. Frey sollten nicht nur die Grundrechte entzogen, sondern auch sein Verlag aufgelöst werden. Auch diesen Antrag lehnte das Bundesverfassungsgericht ab.

Auch Seiders scheiterte

1996 lehnte das Bundesverfassungsgericht dann schließlich den Antrag auf Grundrechtsentzug gegen Thomas Dienel und Heinz Reisz ab, der 1992 noch vom damaligen Bundesinnenminister Rudolf Seiders gestellt worden war. Die Anträge gegen Dienel und Reisz, die beide dem neonazistischen Spektrum zugerechnet wurden, wurden ebenfalls abgelehnt, da deren Haftstrafen wegen positiver Prognosen zur Bewährung ausgesetzt worden waren. Dienel war außerdem als V-Mann des Verfassungsschutzes Thüringen aktiv.

Ein Antrag auf Grundrechtsentzug beim Bundesverfassungsgericht ist also keineswegs ein Selbstläufer. Die Möglichkeit des Grundrechteentzugs ist im Artikel 18 des Grundgesetzes geregelt: Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht "zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte", heißt es. "Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen." Eine solche Verwirkung müßte allerdings zeitlich befristet sein.

Altparteien im Repressionswahn

Antragsberechtigt sind der Bundestag und die Bundesregierung, aber auch die Länderregierungen. Theoretisch wären also linke Anti-Rechts-Hardliner wie Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die früher für das linksextremistische Organ antifa zur Feder griff, oder der Thüringer Innenminister und AfD-Verbotsbefürworter Georg Maier antragsberechtigt. Vor den diesjährigen Landtagswahlen in Thüringen wäre ein solcher Prozeß allerdings ganz gewiß nicht abgeschlossen.

So sehen Sieger aus: Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, Kandidat Robert Sesselmann und AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla am 25. Juni 2023 nach dem Sieg von Sonneberg. Sesselmann hat den "Demokratie-Check" des Innenministeriums mittlerweile bestanden. Foto:

Filmkunstkollektiv

Oder zaubern die Verbots- und Altparteien ein anderes Kaninchen aus dem Hut? So läuft gegen die Partei Die Heimat (früher NPD) derzeit gerade vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht ein sogenanntes Kleines Verbotverfahren auf Entzug der Parteienfinanzierung. Ein Urteil wird noch im laufenden Monat erwartet.<<

Schweiz: [Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27914" berichtet am 16. Januar 2024 \(x1.350/...\): >>Marcel Barz: Das Sterbe geschehen in den Rohdaten](https://www.klagemauer.tv/27914)

Die Bürger werden über das Sterbe geschehen nicht ehrlich informiert. Die offiziellen Daten vom Statistischen Bundesamt zeigen deutlich erhöhte Sterbezahlen ab 2021, erstmals auch in jüngeren und mittleren Altersgruppen. In diesem Video zeigt Statistiker Marcel Barz die offiziellen Sterbezahlen und die "seltsamen Fehler", die unsere Behörden bei der Veröffentlichung dieser Zahlen machen.

Zahlen und Statistiken sind bekanntlich nicht jedermanns Sache. Gern überlassen viele deren Erhebung und Auswertung Experten und vertrauen den präsentierten Ergebnissen. Doch nicht immer ist man dabei gut beraten. So zum Beispiel im Fall der publizierten Sterbefallzahlen des Statistischen Bundesamtes während der Coronazeit. Wir alle konnten miterleben, wie das Amt nach Ausbruch der Krise im Jahr 2020 eine deutliche Übersterblichkeit verkündete. Be feuert von den Medien war den meisten klar: Die Pandemie fordert Opfer und wer sich schüt-

zen will, muß sich immunisieren lassen. Die erzeugte Angst zeigte Wirkung!

Anders jedoch in den Jahren 2021 und 2022. Die groß angelegte Kampagne hatte ihr Ziel erreicht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung war geimpft. Bezüglich der Sterberaten gab es laut offiziellen Darstellungen demzufolge keine Unregelmäßigkeiten mehr. Wie der Wirtschaftsinformatiker Marcel Barz allerdings feststellte - eine glatte Lüge.

Zitat: "Das, was ich in den Rohdaten der Sterbefälle sehe, ist komplett spiegelverkehrt zu dem, was die Öffentlichkeit meint", so Barz. In mühevoller Kleinarbeit verglich er Rohdaten und kam zu erstaunlichen Ergebnissen. Er fand heraus, daß es entgegen amtlichen Verlautbarungen in 2020 keine Übersterblichkeit gab. Dafür sind in den folgenden 2 Jahren nicht nur alarmierend mehr Menschen gestorben, sondern auffällig viele Frauen und Männer mittlerer und jüngerer Jahrgänge.

Das Sterbegeschehen zeigte auch erstmals einen nie zuvor dagewesenen völlig untypischen Verlauf bezogen auf die Jahreszeiten. Marcel Barz zeigt die seltsamen Fehler, welche die Behörden im Umgang mit den offiziellen Zahlen machten. "Wie kann es sein", fragte sich der Autor, "daß die öffentliche Kommunikation so weit von den Rohdaten abweicht?" ...

Die offiziellen Daten vom Statistischen Bundesamt zeigen zweifelsfrei, daß es tausende Tote zu viel in den Jahren 2021 und 2022 in Deutschland gab. Schlimmer noch, erstmals betrifft das auffällige Sterbegeschehen auch jüngere Altersgruppen.

Warum sehen, hören und lesen wir nichts davon in den Medien? Welche tödliche Gefahr hat unsere Bevölkerung ereilt? Welche Rolle spielt das Statistische Bundesamt in Wiesbaden?

In diesem Vortrag zeige ich die offiziellen Sterbezahlen und die "seltsamen Fehler", die unsere Behörden bei der Veröffentlichung dieser Zahlen machen.

Wir Bürger werden über das Sterbegeschehen nicht ehrlich informiert.

Ein Videobeitrag von Marcel Barz (Jüterbog, den 20. November 2023)

Mein Name ist Marcel Barz, ich bin 48 Jahre alt. Ich komme aus dem Raum Berlin, um genau zu sein: aus dem kleinen Städtchen Jüterbog. Und ich bin gelernter Wirtschaftsinformatiker, d.h. ich beschäftige mich mit Daten und mit Zahlen. Und weil ich das immer so ganz genau mache und noch mal nachrechne, habe ich mir den Titel "Erbsenzähler" eingefangen - auf den ich aber durchaus stolz bin.

So, das Thema soll heißen: "Das Sterbegeschehen in den Rohdaten".

Mit Rohdaten meine ich unveränderte Daten. Also, ich schaue mir nicht fertige Pressemitteilungen oder Grafiken an, sondern ich hole mir Datenpakete, so feingliedrig, wie ich sie bekommen kann und fang dann selber an, Summen zu bilden und Grafiken zu erstellen usw. Also das meine ich mit "Rohdaten".

Und beim Sterbegeschehen, da geht es um die Frage: Sind denn in Deutschland viel oder wenig Menschen gestorben? Also nicht nur die Anzahl der Menschen, sondern es ist auch einzuschätzen, waren das jetzt mehr als üblich oder waren das weniger. Nichts weiter - das ist die Fragestellung.

Und weil manche etwas irritiert sind, weil ich so salopp über Tote letztlich spreche ... Ich weiß, daß es hier auch eine emotionale Ebene gibt - jeder, der mal Angehörige verloren hat, der weiß, was ich meine - aber ich schau hier wirklich nur als Wissenschaftler auf diese Zahlen und das sind eben heute Sterbefallzahlen und morgen sind das vielleicht physikalische Zahlen und Daten und geographische usw. Also, ich bin da wirklich nur der Statistiker - bitte auch so verstehen, was ich hier sage.

Vor kurzem hat mir ein Freund gesagt: "Warum machst Du das eigentlich, Marcel? Du sitzt da wochenlang und wühlst in den Rohdaten rum. Das ist doch alles gesichertes Wissen, also, das mußt Du doch nur googeln. Dann weißt Du doch genau, wieviel Menschen gestorben sind und ob das viele oder wenige waren. Da gibt's ja Fachleute, die den ganzen Tag nichts anderes machen, die dafür bezahlt werden, diese Daten zu ermitteln. Warum sollte man daran zwei-

feln, daß da irgendwas nicht stimmt, daß da Fehler gemacht werden?"

Und ich selbst hätte vor 3 ... 4 Jahren genauso gedacht und genauso gesprochen, aber zwischenzeitlich sind mir einfach so viele Dinge passiert, daß ich heute sagen muß: "Hier werden Fehler gemacht." Und das ist eigentlich die zentrale Aussage meines Vortrags. Das Sterbe geschehen wurde nicht so dargestellt, wie wir es in den Rohdaten sehen.

Und ich will das auch belegen. Und ich will das auch gleich vorwegnehmen jetzt, eigentlich das Fazit des Vortrags. Das, was ich in den Rohdaten der Sterbefallzahlen sehe, ist komplett spiegelverkehrt zu dem, was die Öffentlichkeit meint.

Und konkret ist das so - also zum Sterbe geschehen in 2020 - die "Öffentliche Meinung" ist: Wir hatten hier ein auffälliges Sterbe geschehen wegen der Pandemie. Und ich selbst war davon überzeugt, daß es so ist in 2020. Und entsprechend war auch das Verhalten der Menschen - ich selbst war in Angst vor dem Sterben, in Angst vor dem Virus. Aber wenn ich in die Rohdaten schaue, dann sehe ich genau das Gegenteil. Ich sehe nicht nur keine Auffälligkeiten in 2020, ich sehe sogar historische Tiefstände im Sterbe geschehen in 2020. Und die Frage ist: Wie kann das so weit auseinander gehen, das, was in den Daten zu sehen ist und das, was die Öffentlichkeit darüber denkt?

Das ist meine Behauptung. Aber die werde ich auch ausführlich jetzt in dem Vortrag begründen. Nicht nur, daß es in 2020 so war, in 2022, das nehme ich jetzt mal als zweites Beispiel noch, ist es wieder genau andersrum, als die Öffentlichkeit denkt. Während die öffentliche Meinung die ist, in den Sterbefallzahlen gibt es keine Auffälligkeiten mehr, und entsprechend ist auch das Verhalten der Menschen: Normalität, niemand redet mehr über Sterbefallzahlen, wir reden über Ukraine, wir reden über Israel, es gibt ganz andere Themen, Corona ist so was von gestern.

Und wenn ich aber die Sterbefallzahlen sehe, dann sehe ich jetzt diese Auffälligkeiten, die viele in 2020 glaubten zu sehen, die sehe ich jetzt in den Sterbefallzahlen. Und das Dramatische - ich sehe diese Auffälligkeiten auch bei den jungen Jahrgängen. Da hatte ich solche Muster in der Vergangenheit nie. Aber jetzt sehe ich auffällig erhöhtes Sterben bei den jungen Jahrgängen. Und das ist wirklich dramatisch.

Und die Frage ist: Wo kommen jetzt diese Rohdaten eigentlich her, was ist meine Quelle, um so etwas zu behaupten? Also, ich hole mir meine Rohdaten vom Statistischen Bundesamt. Da gibt es Datenbanken, da kann jeder draufgehen, kann sich die Daten downloaden, und es gibt Sterbetafeln beim Statistischen Bundesamt, frei zugänglich für jedermann. Das ist meine Datenbasis für die Rohdaten. Und wenn man sich jetzt fragt, wo kommt eigentlich die öffentliche Meinung her oder wo wird sie gemacht? Dann denkt man, na klar, das sind die Medien, das sind die, die das berichten, wie das Sterbe geschehen ist.

Aber die Medien denken sich ja die Sterbefallzahlen nicht aus, sondern alles, was über das Sterbe geschehen veröffentlicht wird, ist eigentlich das, was das Statistische Bundesamt, und da sind wir wieder bei der gleichen Behörde, was das Statistische Bundesamt der Öffentlichkeit mitteilt. Also die öffentliche Kommunikation des Amtes durch Pressemitteilungen und durch Sonderauswertungen und Pressekonferenzen, das ist letztlich das, was die Medien verbreiten, und was die Öffentlichkeit denkt.

Und die Frage ist: Wie kann es sein, daß vom Statistischen Bundesamt die öffentliche Kommunikation soweit abweicht von dem tatsächlichen Bild in den Rohdaten? Und ich weiß, daß das ein schwerer Vorwurf ist, den ich hier hervorbringe, aber ich werde ihn zum einen hier ausführlich begründen auch und zum anderen, ich erhebe den nicht so einfach aus der Luft, sondern hier stecken zwei Jahre intensive Recherche dahinter, längerem Austausch mit den verantwortlichen Abteilungsleitern im Statistischen Bundesamt, mehrere Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, Presseanfragen und so weiter.

So, und wenn Sie jetzt der Meinung sind, dass, was ich hier sage, stimmt und Sie wußten das

schon, dann gibt es eigentlich keinen Grund, sich diesen Vortrag anzuhören. Aber wenn Sie der Meinung sind, das ist Quatsch, was ich hier sage, wenn Sie also empört sind geradezu über diese Behauptung, die ich hier aufstelle, dann bitte ich Sie, das sich anzuschauen und mich zu widerlegen. Rechnen Sie nach, das ist einfach. Ich zeige Ihnen, wo man die Daten bekommt und wie man das überprüft. Rechnen Sie nach und wenn ich einen Fehler gemacht habe, dann sagen Sie mir das. Ich schreibe auch meine E-Mailadresse hier drunter - bin ich gern für jede Diskussion bereit.

Aber wenn Sie nachrechnen und merken, es stimmt, was ich hier behaupte, dann schreiben Sie bitte nicht mir, sondern direkt denen, die dafür verantwortlich sind. Denn ich glaube, es läßt sich hier nur etwas ändern durch öffentlichen Druck. Denn ich habe jetzt hier zwei Jahre lang versucht, da Klarheit reinzubringen und mit den Verantwortlichen zu sprechen. Es führt nicht weiter. Es geht nur über öffentlichen Druck.

Also bitte, widerlegen Sie mich, prüfen Sie nach und rechnen selbst. Und lassen Sie sich nicht von Faktencheckern davon abhalten, diese Überprüfung durchzuführen. Ich bin mir sicher, es werden wieder Faktenchecker kommen und das alles zerreden, was ich hier sage. Prüfen Sie selbst. Lassen Sie sich nicht davon abhalten, nachzurechnen. Okay, also dann war das jetzt die Anklage. Dann komme ich jetzt zur Beweisführung.

Ich möchte das anhand dieser fünf Punkte hier durchgehen und starte mit der Auswahl der Kennziffern.

Also wenn Sie sich für das Sterbegeschehen in Deutschland interessieren, dann landen Sie automatisch bei den Sonderauswertungen vom Statistischen Bundesamt und bei den Pressemitteilungen. Und wenn wir gucken, welche Kennzahlen da benutzt werden, dann sehen wir eben Absolutzahlen, Anzahl Tote im Jahr.

Wir sehen Prozentzahlen für Übersterblichkeitswerte für einen Monat oder für ein Jahr. Und Sie werden, wenn Sie da etwas nachschauen, auch noch die Kennzahl Lebenserwartung finden und Sie werden Sterberaten finden - ganz unterschiedliche Kennzahlen. Und die Frage ist nun: Welche von denen ist also sinnvoll oder welche ist aussagekräftig, um sich ein Urteil zu erlauben über das Sterbegeschehen in Deutschland?

Und ich fange mal mit den Sterbefallzahlen an. Wenn Sie nur auf die Fallzahlen schauen, also Anzahl der Särge, wenn man so will, dann können Sie leicht in die Irre geführt werden. Ja, also wenn nämlich die Bevölkerung ständig wächst oder wenn die Gruppe der älteren Menschen, der über 80-Jährigen, stark zunimmt und Sie nur auf die Anzahl der Toten schauen, dann können Sie das Sterbegeschehen nicht beurteilen oder kommen oder kriegen eine Verzerrung rein und haben vielleicht ein ganz falsches Bild. Deshalb würde ich die Kennzahl nicht bevorzugen.

Und wir gucken uns mal die Übersterblichkeit an. Dazu müssen wir etwas ausholen und dieses Konzept mal verstehen. Also Übersterblichkeit bedeutet einfach nur, daß in einem Zeitraum mehr Menschen gestorben sind als erwartet. Wenn ich das jetzt mal für unsere Stadt hier runterrechne: Also ich erwarte für Jüterbog zum Beispiel dieses Jahr 100 Tote und am Jahresende waren es dann 102, habe ich zwei Tote mehr als erwartet, dann habe ich zwei Prozent Übersterblichkeit. Also ein ziemlich einfaches Konzept. Die Übersterblichkeit in Prozent gibt einfach nur sozusagen dieses Delta an zwischen der Erwartung und der Realität. Und was ist denn die Erwartung, also dieser Vorhersagewert?

Ich behaupte mal, das ist jetzt so etwas wie eine Glaskugel. Diese Vorhersage für Jüterbog, zum Beispiel jetzt, waren 100 Tote und die Realität, das sind die Anzahl der Särge. Und die Übersterblichkeit ist sozusagen die Abweichung der Glaskugel zur Realität. Das ist das Konzept. Und Glaskugel heißt jetzt nicht Beliebigkeit oder Hokuspokus, sondern Glaskugel im Sinne von, ja, das sind also mathematische Modelle, die sich etabliert haben und die auf die historischen Sterbezahlen gucken.

Aber wichtig ist nun zu wissen, daß es eben nicht nur eine Glaskugel gibt, sondern es gibt mehrere Glaskugeln. Und diese hier zum Beispiel, das ist die Glaskugel der WHO. Und die nächste hier, das ist die Glaskugel von Euromomo, das ist eine andere Glaskugel, die andere Erwartungswerte produziert und damit andere Übersterblichkeitswerte produziert. Diese Kugel hier zum Beispiel, die ist, sagen wir mal, das ist die von den Aktuarvereinigungen (Aktuar = Statistiker) und die hier hinten ist vielleicht die vom Statistischen Bundesamt.

Und um mal zu zeigen, wie so eine Glaskugel funktioniert, nehme ich mal jetzt beispielhaft diese Glaskugel vom Statistischen Bundesamt und vereinfache mal das Prinzip, so daß es jeder nachvollziehen kann. Also die Glaskugel vom Statistischen Bundesamt - ich habe hier eine - die heißt Median-Methode, und die funktioniert folgendermaßen:

Und zwar ist da jetzt ein Mitarbeiter im Statistischen Bundesamt, der spricht mit der Glaskugel und sagt: "Sag mir doch mal, was du erwartest hier für Jüterbog, wir sind jetzt in der 40. Kalenderwoche. Glaskugel, was ist dein Erwartungswert für diese Woche?"

Und dann sagt die Glaskugel - ich muß vielleicht sagen, das macht das Statistische Bundesamt. Also da ist ein Mitarbeiter, wir nennen ihn jetzt mal Felix, und der führt dieses Gespräch mit der Glaskugel und sagt: "Wie ist dein Erwartungswert?"

Und die Glaskugel sagt: "Felix, geh doch mal zum Aktenschrank und hol den Ordner vom letzten Jahr für Jüterbog und guck mal nach, wie viele in der 40. Kalenderwoche gestorben sind."

Und dann macht Felix das und sagt: "11"

"Okay", sagt die Glaskugel, "geh mal nochmal zum Schrank und hol mal den Ordner vom vorletzten Jahr. Wie viele waren es denn da in der 40. Kalenderwoche?"

"Okay, 9 Tote."

"Das machst du nochmal von vor drei Jahren den Ordner und von vor vier Jahren"

"Okay, 8 und 13."

Und jetzt sagt die Glaskugel: "Such mal die kleinste Zahl raus!"

"Okay, das ist die 8"

"Und die streichst du jetzt."

"Okay"

"Und die Größte streichst du auch noch."

"Das ist die 13."

"Und dann bleiben übrig die Zahlen 9 und 11. Und der Wert, der genau in der Mitte ist zwischen 9 und 11, das ist also die 10." Das ist der Erwartungswert für Jüterbog für die 40. Kalenderwoche, die die Glaskugel ausgerechnet hat.

Ja, so funktioniert die Medianmethode - eigentlich ein ziemlich einfaches Prinzip. Und jetzt ist Felix im Statistischen Bundesamt genau der auch, der die tatsächlichen Sterbefallzahlen auf den Tisch bekommt. Also die Realität, ja, die Anzahl der Särge wird gezählt. Und nun stellt sich raus, es sind elf. Also die Glaskugel hat zehn gesagt und die Realität war elf. Und jetzt sagt Felix: "Oh, hier ist ja eine Abweichung. Die Glaskugel hat ja immer Recht, irgendwas muß in der Realität los sein. Wer weiß, was es ist? Ist es das Ozonloch, der Klimawandel?"

Er weiß nicht, was es los ist. Er ruft das RKI an. Ah, Corona. Okay, dann wissen wir, wir haben eine erhöhte Sterblichkeit, sagt die Glaskugel. Und es liegt an Corona. Jetzt rechnet er aus: ein Toter mehr bei zehn, also statt zehn sind elf, das sind ja 10 %. Also hat er 10 % Übersterblichkeit. Und das ist ein alarmierender Wert für Felix. Und jetzt macht er das, was er machen muß. Er muß die Öffentlichkeit informieren. Ja, das heißt, er macht jetzt Pressemitteilungen, schreibt die Sonderauswertung, Pressekonferenzen und sagt: "10 % Übersterblichkeit in Jüterbog in der 40. Kalenderwoche."

Und jetzt kommen die Journalisten und sagen: "Oh, was für eine Story. 10 % in Jüterbog in

nur einer Woche." Und dann gibt es Schlagzeilen: "Wenn das 10 Wochen so weitergeht, dann ist ganz Jüterbog ausgestorben.", oder "Ist die AfD schuld?" " Lockdown für Jüterbog." "Wir müssen die Bundeswehr im Inneren einsetzen" und so weiter ... Sie können sich die Schlagzeilen vorstellen. Aber doch eigentlich alles nur, weil die Glaskugel 10 gesagt hat. Und wenn der Felix nun eine andere Glaskugel genommen hätte, dann hätte er, je nach Auswahl, vielleicht Untersterblichkeit sogar gemessen in Jüterbog.

Und wenn er dann das Gleiche gemacht hätte: Öffentlichkeit informieren, dann hätten die Medienvertreter, dann wären die Schlagzeilen vielleicht gewesen: "Untersterblichkeit in Jüterbog. Liegt es an der tollen Politik der SPD oder der Grünen?" Also man kann sich vorstellen, wie dann die Medienvertreter darauf reagieren. Und alles doch nur, je nachdem, welche Glaskugel ausgewählt wird. Und wenn man das einmal verstanden hat, daß ich mit der Auswahl der Kugel den Wert der Übersterblichkeit in jede Richtung drehen kann, dann merkt man, daß dieses Konzept eigentlich nicht tauglich ist. Also jedenfalls nicht, wenn ich so eine Auswahl an Kugeln habe.

Nur um das noch zu sagen, es gibt ja seit 200 Jahren ausgeklügelte Methoden, wie man das macht in der Versicherungsmathematik. Und dafür gibt es ja sozusagen die Glaskugel der Aktuarvereinigung. Aber wenn die großen Institutionen sich daran nicht halten oder die nicht benutzen, sondern selbst so etwas wie diese Medianmethode hier einführen und damit eine gewisse Beliebigkeit entsteht, dann nützt dieses Konzept einfach an dieser Stelle nicht, hilft dann nicht weiter. Und genau deshalb halte ich dieses Konzept der Übersterblichkeit für untauglich, um das Sterbegeschehen in Deutschland zu beurteilen.

Was ist mit der Lebenserwartung? Ich finde, daß die Lebenserwartung eine ausgezeichnete Kennzahl ist, um das Sterbegeschehen zu beurteilen. Aber sie ist etwas, etwas schwieriger zu verstehen, etwas schwieriger zu berechnen. Also das ist eine Kennzahl für Profis. Ja, ich finde, daß wir Ottonormalverbraucher mit der Sterberate arbeiten sollten. Was ist die Sterberate? Ganz einfach, sie gibt nur an, wie viel Prozent der Menschen, die gelebt haben, sind gestorben. Also wenn sie 100 Menschen haben und davon sterben 2, dann haben wir eine Sterberate von 2 %. Das ist ein ganz einfaches Konzept.

So, also die Auswahl der Kennzahlen ist jetzt gefallen auf die Sterberate. Das wäre meine Empfehlung, weil sie so leicht zu berechnen ist und weil sie so einfach zu verstehen ist. Okay, das Statistische Bundesamt versteckt wichtige Rohdaten, habe ich es genannt. Nachdem ich eben verstanden habe, daß die Sterberate wirklich gut ist, um das Sterbegeschehen zu beurteilen, habe ich geguckt, was das Statistische Bundesamt macht. Ich habe gesehen, daß sie in ihren Fachpublikationen, zum Beispiel in dieser hier, Sterberaten verwenden.

Ja, und wichtig bei der Sterberate ist, wir brauchen sie wochengenau. Ja, also so wie hier, jede Woche ein Wert, 52 Werte im Jahr und zwar nicht über alle Menschen, die im Land leben, sondern über Altersgruppen. Ja, weil nämlich jeder nach einem Jahr eine andere Sterberate hat. Also jüngere Leute haben eben eine kleinere Sterberate, weil sie eben seltener sterben und alte Leute haben eine größere Sterberate. Und das macht das Statistische Bundesamt. Zum Beispiel in dieser Veröffentlichung hier habe ich mich sehr gefreut. Dann wollte ich die Sterberaten mir anschauen und bin auf die Datenbank vom Statistischen Bundesamt gegangen, die Genesis - Datenbank, und habe gesehen, oh, wöchentliche Sterberaten für einzelne Altersjahre gibt es dort gar nicht.

Okay, dann habe ich direkt nachgefragt beim Statistischen Bundesamt. Habe also Anfragen gestellt, Informationsfreiheitsanfrage, habe gesagt, bitte schickt mir mal die Sterberaten der letzten Jahre zu. Die Antwort war dann, nach Rücksprache innerhalb des Hauses antworten wir Ihnen so: "Die von Ihnen beantragten Informationen liegen uns nicht vor, so daß Ihr Antrag abzulehnen ist." Habe ich mich gewundert, weil Sie ja die Daten haben. Sie benutzen sie ja selbst in Ihren Veröffentlichungen. Warum bekomme ich die nicht?

Und dann habe ich aber gesehen, man kann die Sterbedaten, also die wöchentlichen Sterberaten aus anderen Tabellen selber herleiten. Also es gibt die Sterbetafeln beim Statistischen Bundesamt und es gibt die Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Da kann man sich also aus anderen Tabellen die Sterberaten herleiten.

Ich stelle die Sterberaten eben auch zur Verfügung hier gern als Download, kann jeder sich anschauen. Was wir brauchen, sind die wöchentlichen altersspezifischen Sterberaten für Deutschland. Das ist eben die spannende Kennzahl. Okay, dann sind wir jetzt an dem Punkt, daß wir uns die Sterberaten mal anschauen. Und zwar fangen wir gar nicht an zu rechnen, so wie mit der Glaskugel vorhin, sondern wir malen, wir zeichnen sie nur auf. Ja, wir lassen Excel einfach nur Grafiken erstellen, um die Sterberaten darzustellen. Und dann gucken wir, ob wir irgendwas darin sehen. Ich sagte ja, die Sterberaten der jungen Menschen sind kleiner als die Sterberaten der alten Menschen.

Meine Sterberate zum Beispiel ist 0,2. Das heißt einfach, die Sterberate der 48-Jährigen ist 0,2 - das heißt, 0,2 % der 48-Jährigen, aller 48-Jährigen in Deutschland, sterben pro Jahr. Das ist nun mal so. Und wenn man jetzt bei den 70-Jährigen ist, dann sind wir schon bei 2 % Sterberate und bei den 80-Jährigen bei 5 %. Und bei 90-Jährigen wären wir wahrscheinlich bei 20 %.

Wenn wir jetzt sozusagen hier 100 Achtzigjährige sitzen hätten, dann wären 5 % weg in einem Jahr. Im nächsten Jahr würden dann sozusagen 5 % weniger da sitzen. Und Sie kennen das vielleicht von den Klassentreffen. Also je länger die Schulzeit her ist, um so weniger kommen dann noch zum Klassentreffen. So ist das.

Und wenn ich das jetzt grafisch darstellen will, die Sterberate mal eines Altersjahrgangs, zum Beispiel die hier der 82-Jährigen, dann sehen wir, daß sie jetzt ungefähr bei 5 % sind ...

Aber wir sehen auch, daß es im zeitlichen Verlauf sich geändert hat. Also vor 30 Jahren war die Sterberate der 82-Jährigen viel höher. Die war mal bei 7 %, bei 10 % und noch höher. Also die Sterberate ist im Laufe der Zeit immer weiter runter gegangen. Und zwar nicht nur für die 82-Jährigen, sondern das sehen wir in allen Altersjahrgängen.

Ja, und wir sehen so ein Minimum, so irgendwo um das Jahr 2020. Da war ein Tiefpunkt und dann ging die Sterberate wieder nach oben. Ich sage immer, das sind so diese "Hockeyschläger" - also Sterberaten. Also nicht alle sehen so aus, aber viele Altersjahrgänge sehen so aus, sind eben "Hockeyschläger".

So und jetzt war die Frage: Wie kann man die in einer Grafik darstellen? Denn es gibt also sozusagen 100 dieser "Hockeyschläger", weil wir 100 Altersjahrgänge haben. Und die Idee war: Wir nehmen eine Tabelle und schreiben unten die Jahre hin und an der Seite, an der Y-Achse die Altersjahrgänge. Und jetzt mal für meinen Altersjahrgang - für die 48-Jährigen - habe ich mal die Sterberaten reingeschrieben für jedes Jahr.

Und wenn Sie die ganze Tabelle ausfüllen, dann ist das kaum zu überblicken, dann sind das so viele Zahlen mit fünf Stellen hinterm Komma. Aber jetzt kann man das farblich darstellen. Man kann dem Computer sagen: Stell mal die größte Zahl dunkelblau dar und die kleinste Sterberate pro Altersjahrgang, die machst du hellblau. Und wenn wir das für alle Jahrgänge machen und für Jahre, dann sieht die Grafik so aus. Also wir müssen jetzt nicht mehr hier über einzelne Zahlen reden, sondern wir gucken uns jetzt Farbmuster an. Wir gucken, wo Flecken sind.

Ja und man sieht sofort mit dem bloßen Auge: links - also 2010, 2011, 2012, da war es sehr dunkel, - was so viel heißt wie: Da war der Sensenmann richtig aktiv! Und wenn man so auf das Jahr 2019, 2020 guckt, da war es hell. Also das heißt: Da war der Sensenmann im Urlaub. Nichts anderes heißt das hier. Und was mich ein bißchen gewundert hat, ist, daß es eben auch die jüngeren Jahrgänge betrifft. Also auch da haben wir diese abfallenden Sterberaten bei den jüngeren Jahrgängen.

Und wenn ich jetzt überlege, wie ich mich verhalten habe in 2010 zum Beispiel, ja als der Sensenmann sehr aktiv war, auch in meiner Altersgruppe. Da hatte ich überhaupt nicht über das Sterben nachgedacht, sondern bin in der Zeit über die Autobahn gebrettert mit 150 mit einem Kaffee in der Hand. Und hier, als der Sensenmann im Urlaub war - 2020, da saß ich vor dem Fernseher und habe mir fast die Finger weggekaut vor Angst vor dem Sterben, weil ich die Bilder aus Bergamo gesehen habe.

Also das heißt: Dieses Verhalten, was wir haben, hängt eigentlich mit der Berichterstattung in den Medien zusammen. Und ich sehe, daß sie offensichtlich - oder hier sieht man einfach, wie sehr die Berichterstattung abweicht von dem, was man in den Rohdaten sieht. Weil, das muß man sagen, das sind jetzt hier nicht berechnete Werte oder theoretische Werte, sondern hier reden wir über Fakten. Das ist absolut objektiv. Die Sterberate sind objektive Werte.

Okay. Jetzt war die Frage: Wie könnte man diese komplexe Grafik hier mit diesen Farbflecken in einem Diagramm zusammenführen? Also wie kann man aus 100 Sterberaten wieder eine machen? Und da gibt es die Methode der Altersstandardisierung. Es ist also etabliert - da kann man googeln, wie die funktioniert, da gehe ich jetzt nicht darauf ein. Aber damit schafft man es, 100 unterschiedliche Sterberaten eben wieder zu einer zusammenzuführen. Und das sieht dann so aus - das ist dieses Diagramm hier.

Und es ist ja so, wenn wir 100 "Hockeyschläger" haben und die zusammenführen, dann ist auch diese Grafik natürlich wieder ein "Hockeyschläger".

Also wieder sieht man im linken Bereich - wir kommen von ganz weit oben mit den Sterberaten. Die Sterberate ist gesunken, es gab ein Minimum und dann ist sie wieder angestiegen. Und Sie haben es vielleicht schon gemerkt: Vorhin haben wir immer jährliche Sterberaten gehabt - also in dieser großen blauen bunten Grafik da - oder nicht bunten, aber mit dieser Flecken-Grafik, dieser Farbtafel.

Da war jedes einzelne Feld immer ein Jahr. Und jetzt haben wir hier, da sind wir schon etwas breiter und haben jetzt pro Jahr vier Werte. Wir gehen jetzt hier sozusagen auf Quartalssicht. Wir zoomen sozusagen, wir zoomen eigentlich rein, von Jahreswerte auf Quartalwerte und gleich zoomen wir noch weiter rein und gehen auf Wochenwerte. Aber auch hier sieht man jetzt wieder schön: Wo war das Minimum?

Also das Minimum war irgendwo 2019 und 2020. Also auch das Jahr 2020 würde ich als historisches Minimum bezeichnen. 2019 und 2020 sind die Minima oder ist der Wendepunkt in den Sterberaten. Denn was man auch noch wissen muß: Je weiter ich nach links gehe (vor das Jahr 1996), was jetzt hier abgeschnitten ist, da klettert die Sterberate immer nur noch weiter nach oben. Also es gibt ein historisches Tief und das hatten wir im Jahr 2019 und 2020.

Okay, ich habe mir mal den Spaß erlaubt und habe diese Grafik vor kurzem auf Twitter bzw. X gepostet und habe reingeschrieben: Hier da oben (1996), da feierten wir das Leben und wurden Europafußballweltmeister. Und da war eigentlich eine enorm hohe Sterberate, auf jeden Fall viel höher, als wir sie 2020 hatten, wo wir in Angst vorm Fernseher saßen und im Lockdown waren. Angst vorm Sterben, obwohl da die Sterberate an einem Minimum war. Und jetzt (Zahlen von 2022), wo die Sterberaten wieder hochgingen, da haben wir wieder Normalität und denken nicht weiter übers Sterben nach. Also das meine ich mit komplett spiegelverkehrt zu dem, wie wir uns verhalten und zu dem, wie die Öffentlichkeit über das Sterbegeschehen denkt. Das kann man in dieser Grafik endlich gut zeigen.

Gut und ich sagte, wir zoomen weiter rein, weil diese Jahreswerte natürlich viel zu grob sind. Interessant wird es, wenn wir auf wochenweise Darstellung gehen, weil man dann saisonale Ausschläge sieht. Und das habe ich jetzt hier mal gemacht für die Jahre 2016 bis 2020. Das ist ein bißchen unübersichtlich - so diese Spaghetti-Grafik (Linien-Grafik) - aber wir sehen unten die Wochen von 1 bis 52.

Es ist ja eigentlich die gleiche Grafik, die vorhin in dem Fachartikel vom Statistischen Bun-

desamt zu sehen war, nur daß ich sie jetzt hier alle übereinander lege. Die Jahre, also unten sind die Wochen und wir haben eben wieder die Sterberaten und zwar nur für die Altersgruppe (ich kann es jetzt hier nicht lesen) - ich glaube, die 80- bis 85-Jährigen hatte ich da genommen. Ja, nur für diese eine Altersgruppe mal (als Beispiel).

Und wir sehen natürlich die "Ausreißer" (= immer relativ hohe Sterberaten in den Winterwochen Dezember - März jedes Jahres). Ja, wir sehen zum Beispiel hier "Berge", also in diesem roten Berg sieht man zum Beispiel oder hinten den blauen Berg. Aber wenn Sie unten in die Legende reinschauen, dann sind das, dann ist das eben nicht das Jahr 2020.

Also das Jahr 2020, als wir im Lockdown waren, als wir Bergamo hatten, als wir im Fernsehen viele Bilder von Särgen gesehen haben (und ich wie gesagt selber sehr ängstlich war), da haben wir uns in dieser blauen Kurve hier befunden, in der vierzehnten, fünfzehnten, sechzehnten Kalenderwoche. Und wenn Sie jetzt mal reinschauen, welche Auffälligkeiten gibt es denn dort? Also ich sehe keine.

Es ist sogar so, daß die blaue Kurve und die orangene Kurve hier 2019, wie gesagt, daß die den Tiefpunkt, den historischen Tiefpunkt in den Sterberaten darstellen. Ja, also wenn ich jetzt hier alle Jahre noch mit einzeichnen würde, dann würden die "Spaghetti" (Linienkurven) immer weiter nach oben wandern. Die tiefsten unten sind die orangene (für Jahr 2019) und die hellblaue (für Jahr 2020) Kurve.

Also das Gesamtniveau vom Jahr ist sozusagen an einem Minimum, aber auch die wöchentlichen Ausschläge sind überhaupt nicht der Rede wert. Alle, alle Ausreißer, die ich finde, finde ich in anderen Jahren, aber nicht in dem Jahr 2020. Also auch auf der Wochenebene kann ich überhaupt keine Auffälligkeiten in dem Jahr 2020 finden.

So, also zum Punkt 4. Wir gucken uns jetzt die Sterberaten in den Jahren 2021 und 2022 an. Und das ist mir der wichtigste Punkt auch. Wir hatten ja schon in dieser Grafik gesehen, daß die Sterberaten wieder ansteigen in den beiden Jahren. Ja, sozusagen der "Hockeystick" - jetzt geht es wieder nach oben und ich werde keine Vermutung äußern, warum das so ist. Ich will einfach nur deutlich machen, da ist etwas los in den Sterberaten. Wir sehen es ganz deutlich und interessant ist, wenn wir jetzt reinzoomen auf Wochenebene und das ist eben diese Grafik.

Jetzt habe ich die "Spaghetti" sozusagen nicht übereinander gelegt, sondern hintereinander, also sozusagen von 2011 bis 2023. Und ich habe sogar noch weiter zurückgeschaut, aber das habe ich erstmal abgeschnitten, daß man was sieht. Und diese blaue Zickzacklinie, das ist nun die Sterberate und zwar nur der der Altersgruppe 45 bis 50, also meine Altersgruppe. Und wir sehen ein ziemlich konstantes Muster. Ja, es bricht sozusagen mal oben und mal unten raus, aber es verhält sich doch relativ gleichmäßig.

Ja, immer das gleiche Muster: Im Winter ist es halt ein bißchen erhöht und im Sommer geht es wieder ein bißchen runter, nächsten Winter wieder hoch. Und wenn wir das jetzt nach links noch verlängern würden, dann würde es eben immer dieses Muster ergeben. Und jetzt kommt die schlimmste Pandemie aller Zeiten. Und das sieht dann so aus. Und auf den ersten Blick sagt man: Das ist doch eigentlich so wie immer. Die schwarze Linie, das ist sozusagen der saisonale Trend. Und wir bewegen uns hier in 2020 genauso wie in den Vorjahren. Wir hatten sogar einen Ausreißer nach unten, der historisch ist sozusagen. Aber ich sehe kein auffälliges Muster.

Und jetzt kommen die Jahre 21 und 22 mit dazu. Und das ist aber ein Muster, was man noch nie gesehen hat in dieser Altersgruppe in den kompletten Jahren davor. Also wir sehen deutlich, daß die blaue Linie weit über der schwarzen bleibt, die schwarze Linie kaum noch durchstößt und da große Flächen entstehen. Und das heißt einfach, hier sind viele junge Menschen gestorben an irgendeiner Gefahr, die es da draußen gibt, die es nun zu untersuchen gilt. Diese Sterblichkeit hatten wir vorher noch nie in dieser Altersgruppe. Also ein ganz deutliches

Alarmsignal. Und ich wundere mich, daß da nichts passiert, weil dieses Muster gab es noch nicht. Und es zeigt nur in eine Richtung, nämlich nach oben.

Und ich will mal noch eine andere Altersgruppe nehmen. Wir gucken uns mal noch die der 50- bis 55-Jährigen an. Und wir sehen eigentlich das gleiche Bild.

Immer ähnliche Ausschläge der Sterberate. Und jetzt kommt die Pandemie dazu, 2020. Und wir sehen eigentlich ein unterdurchschnittliches Sterbe geschehen in der Gruppe der 50- bis 55-Jährigen. Ja, also andere Jahre waren wesentlich drüber. Und jetzt zeige ich die Jahre 2021 und 2022. Und wir sehen das Gleiche wie in der anderen Altersgruppe: Ein ganz deutliches Muster, was weit über dem saisonalen Trend liegt. Also mit anderen Worten, hier sind tausende Menschen verstorben in den jungen Altersgruppen, die eigentlich statistisch noch nicht dran wären. Es ist ein ganz deutliches Alarmsignal und ich höre davon nichts.

Und das Problem ist, wenn man sich nur die Gesamtbevölkerung anschaut, dann ist dieses Alarmsignal überdeckt durch das Sterben der Älteren, weil da einfach die Sterberaten viel größer sind. Dann sieht man das gar nicht. Man muß sich Sterberaten anschauen und man muß sie wochenweise anschauen und man muß sie pro Altersjahrgang oder kleine Altersgruppenbilder anschauen.

Und dann ist dieses Signal nicht zu übersehen. Und da das Statistische Bundesamt das ja macht - wochenweise Sterberaten sich anschauen, ich habe es ja gezeigt in der Publikation - wundere mich, daß dieses Alarmsignal nicht bekannt gegeben wird, und daß das der Öffentlichkeit verschwiegen wird.

Ich komme nun zum Fazit:

Ich denke, ich konnte zeigen, warum Sterberaten geeignet sind, um das Sterbe geschehen zu beurteilen, weil sie nämlich leicht verständlich sind für jedermann und deshalb für die öffentliche Kommunikation so gut geeignet sind. Denn wir haben ein Gefühl dafür, was Prozentangaben bedeuten: 2 %, 5 %, das kennen wir aus dem Alltag.

Und deshalb finde ich, sollten wir uns Sterberaten anschauen. Sterberaten sind objektive Daten, das sind sozusagen Fakten, da steckt keine Rechnung, da steckt kein Modell dahinter, sondern so haben wir es gemessen, so haben wir es beobachtet. Und Sterberaten sind vorhanden im Statistischen Bundesamt. Und nur weil sie nicht veröffentlicht werden, heißt es nicht, daß sie nicht da sind. Also wir sollten die Sterberaten vom Statistischen Bundesamt einfordern.

Und der Grund, warum die Öffentlichkeit ein falsches Bild vom Sterbe geschehen in 2020 hatte, ist einfach der, weil sich das Statistische Bundesamt für falsche Kennzahlen entschieden hat für die öffentliche Kommunikation, nämlich für Sterbefallzahlen und für Übersterblichkeitswerte. Ja, ich habe, glaube ich, ganz gut erklärt, Sterbefallzahlen verzerren das Bild, wenn sich die Bevölkerung verändert, also wenn die Bevölkerung größer wird und wenn die Bevölkerung älter wird.

Und bei Übersterblichkeitswerten ist es so, wenn sie mit so einer fragwürdigen Methode, wie diese Medianmethode berechnet wird, dann kommt sie bei einer überalternden Bevölkerung auch zu überhöhten Werten. Und wenn wir immer nur diese beiden Kennzahlen kommunizieren, was das Statistische Bundesamt macht, dann ist es kein Wunder, daß da eben so ein falscher Eindruck entsteht.

Ja, und das allein ist eigentlich schon ein Skandal, daß da ein ganzes Land in Panik versetzt wird, ohne jede Basis, ohne jede Grundlage in den Rohdaten. Aber das, was wir jetzt in 2022 erleben, daß wir dieses auffällige Muster bei den jungen Jahrgängen überhaupt nicht hören vom Statistischen Bundesamt, also das halte ich fast für kriminell.

Denn wenn ich das hier sehe, diese Auffälligkeiten, dann sieht sie auch das Statistische Bundesamt. Und daß man da gar nichts hört, also das wirft jede Menge Fragen auf. Denn wenn das Statistische Bundesamt sagen würde: "Hallo, hier ist eine deutliche Auffälligkeit!", dann

hätte das Auswirkungen in der Politik. Ich verstehe nicht, warum man da nichts hört. Denn die Öffentlichkeitsarbeit, die das Amt gemacht hat in 2020, ja, mit Presse, Konferenzen und so weiter und dieser ganze Alarmismus, der hätte jetzt eine wirkliche Grundlage in den Daten und man hört nichts vom Statistischen Bundesamt.

Also hier ist dringend Aufklärung nötig. Und wie gesagt, ich bitte um Unterstützung, daß die Verantwortlichen hier zur Rede gestellt werden und wir die Sterberaten der jungen Menschen sehen.

Gut, das beendet meine Ausführungen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche alles Gute. Machen Sie es gut, Ihr Marcel Barz.

Vortrag von Marcel Barz: "Das Sterbegeschehen in den Rohdaten" <https://www.youtube.com/watch?v=QoHWUi7qE34><<

17.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 17. Januar 2024 (x1.356/...):

>>**Wer finanziert Umweltorganisationen? EU-Grüne stimmen gegen Transparenz**

Organisationen, die sich für Klimaschutz einsetzen, werden häufig von US-Geldgebern finanziert.

Janina Lionello

Die Grünen wollen nicht, daß die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen transparent offengelegt wird. Gemeinsam mit den Linken stimmten sie am Mittwoch im EU-Parlament gegen den Antrag des Christdemokraten Markus Pieper von der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Trotzdem wurde dessen Antrag am Ende angenommen.

Woher erhalten Nichtregierungsorganisationen (NGO) ihre Zuwendungen und wie hoch fallen diese aus? Bislang müssen Organisationen - anders als Unternehmen - diese Informationen nicht offenlegen, auch wenn sie aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Dabei führt gerade mehrschichtige Finanzierung häufig zu Intransparenz.

In Brüssel stimmte das Europäische Parlament am Mittwoch darüber ab, ob sich das in Zukunft ändern soll. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Pieper, legte zuvor einen Bericht vor, in dem er die häufig intransparente Finanzierung vieler Organisationen kritisiert.

Pieper zu NIUS: "Es geht mir nicht um kleine Vereine, Feuerwehren oder Tierzüchter - sondern um große NGOs, die mit europäischen Geldern gefördert werden. Und natürlich sind auch unter denen nur einige wenige schwarze Schafe."

Gegen Transparenz - aus Angst vor Rechten

Doch die Grünen ordneten ihrer Fraktion im Vorfeld an, GEGEN die geforderte Transparenz zu stimmen. In einem Paper, das sich an die Abgeordneten richtet, heißt es: "Wir befürchten... daß der Bericht von der politischen Rechten als Vorwand benutzt werden könnte, um in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments mit der klaren Absicht voranzukommen, die Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken."

Intransparenz als Schutz vor der politischen Rechten also ...

Auch die Kommission selbst steht einer zu detaillierten Offenlegung kritisch gegenüber. Einerseits will sie nicht, daß Rechte aus Rußland oder der Schweiz finanziert werden, andererseits soll aber die US-amerikanische Finanzierung von grünen Umweltorganisationen nicht zu sehr in den Fokus und die Kritik geraten.

Einer der weltweit einflußreichsten Klimaaktivisten ist Hal Harvey, der über seine Stiftung Millionen an grüne NGOs vergibt - auch an deutsche. Beispielsweise finanzierte er die "Agora Energiewende", als Habecks ehemaliger Staatssekretär Patrick Graichen dort Geschäftsführer war. Im Jahr 2022 beispielsweise flossen 7,5 Millionen Euro an die Agora.

In dem Schreiben begründen die Grünen ihre ablehnende Haltung zudem damit, daß Pieper NGOs in ein schlechtes Licht rücken würde. "Piepers Bericht über die Transparenz von NGOs

ist ein weiterer Versuch, eine negative und mißtrauische Haltung gegenüber dem gesamten Sektor der Organisationen der Zivilgesellschaft zu etablieren", heißt es dort.

Organisationen werden nicht mehr finanziert, wenn sie Gesetze brechen

Am Ende nutzte alle Opposition nichts, Pieper setzte sich mit seinen Vorschlägen durch. "Das wichtigste, was wir erreicht haben, ist, daß es etwas wie den Katar-Korruptionsskandal mit den neuen Regelungen nicht mehr geben kann", sagte der Abgeordnete im Anschluß an die Abstimmung zu NIUS.

2022 hatten Anti-Korruptionsermittler herausgefunden, daß einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments in Korruption, Geldwäsche und organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit der Regierung von Katar und anderen arabischen Staaten verwickelt waren.

Ebenfalls neu: NGOs, die Pauschal-Zuschüsse bekommen, müssen nun Rechenschaft darüber ablegen, wohin das Geld weiterverteilt wird - was bislang nicht der Fall war. Organisationen, die Gesetze brechen - beispielsweise religiöse Extremisten - sollen in Zukunft von Finanzierung ausgeschlossen werden.

"Der heilige Anstrich würde gewaltig abblättern"

Die Abwehrhaltung der Grünen gegenüber seinen Vorschlägen erklärt sich Pieper so: "Wenn einige steuergeldfinanzierte grüne NGOs ihre Finanzierung transparent machen müßten - da würde bei einigen der heilige Anstrich gewaltig abblättern."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Januar 2024 (x1.352/...):

>>132 Millionen Corona-Impfstoffdosen entsorgt - Milliarden Schaden

132 Millionen Impfstoffdosen mußten 2023 in Deutschland vernichtet werden, weil sie nicht auf die seit letztem Mai kursierende Corona-Subvariante XBB.1.5 angepaßt waren. Damit wurden Steuergelder in Milliardenhöhe in den Sand gesetzt.

Wim Lukowsky

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland rund 132 Millionen Impfstoffdosen entsorgt. Das geht aus einer kleinen Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag hervor. Die Antworten der Regierung zeugen von erschreckender Verschwendung und beweisen: Die Impfstoffverträge der EU kommen den Bürgern teuer zustehen. Denn von den an Deutschland gelieferten Chargen wurden bis zum 8. Dezember "nur" rund 195 Millionen Dosen verimpft. Damit wurden circa 35 Prozent aller akquirierter Dosen vernichtet - weitere 52,3 Millionen unnutzbare Dosen werden noch aufbewahrt.

Die Dosen waren abgelaufen oder nicht länger gültig, weil sie nicht auf die seit Mai in Europa verbreitete Covid-Subvariante XBB.1.5 ausgelegt waren. Außerdem erschien ab September 2023 ein angepaßter Impfstoff von BioNTech auf dem Markt, der auch von der Ständigen Impfkommision (STIKO) empfohlen wurde. Brisant: Die nicht auf XBB.1.5 angepaßten Dosen kosteten den Bund seit Ende 2020 rund 11,3 Milliarden Euro, davon wurden etwa 35 Prozent, also schätzungsweise zwischen drei und fünf Milliarden Euro an Steuergeldern in den Sand gesetzt.

Die exakte Summe läßt sich leider nicht konkret sagen, da aus den Statistiken der Bundesregierung nicht hervorgeht, wie viele der Dosen des neuen Impfstoffes verabreicht wurden und damit auch, wie viel diese kosteten. Sicher ist aber: Alleine BioNTech lieferte mindestens 14 Millionen Dosen für den Herbst und Winter 2023.

Ähnliches berichtete Apollo News bereits im Dezember, als bekannt wurde, daß in allen EU-Ländern mindestens 215 Millionen Dosen vernichtet worden waren. Politico berechnete damals aus öffentlichen Zahlen einen Steuerzahlerkostenaufwand von vier Milliarden Euro, die Zahlen der Bundesregierung steigern diesen Schätzwert noch einmal, wenn alleine hierzulande mehrere Milliarden für ungenutzte Vakzine ausgegeben wurden.

Ursprünglich war die mehrfache Impfung aller EU-Bürger vorgesehen. Die Bestellungen bei BioNTech, AstraZeneca, Moderna und Co. sollten jedem EU-Bürger eine sieben- bis neunfa-

che Impfung ermöglichen. Letztlich gab es genügend Chargen, um eine drei- bis viermalige Immunisierung durchzuführen, mehrere Millionen Menschen ließen sich aber gar nicht erst zum Impfen motivieren.

Das Problem: Pfizer und Co. hatten ihre Verträge mit einem Mindestbestellwert und immer aktuellen Lieferungen versehen. Über die momentanen Vereinbarungen ist zwar nicht allzu viel bekannt, bis 2027 sollen aber weiter Impfstoffe an die EU geliefert werden. Bis heute wurden über 1,5 Milliarden Dosen auf die Mitgliedsstaaten der EU verteilt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Januar 2024: >>**Egal, was uns die Sprachpolizei erzählt: Remigration ist das WORT DES JAHRES!**

Das neue Tabuwort lautet "Remigration" und ist zum "Unwort des Jahres" erklärt worden. Diesen Titel vergibt eine Jury, die sich seit 30 Jahren als Sprachpolizei aufspielt. Ihr gehört in diesem Jahr bezeichnenderweise der frühere Merkel-Paladin Ruprecht Polenz (CDU) als Gastjuror an. Der frühere "Bild-Politikchef" Einar Koch findet: "Remigration ist nicht das Unwort, sondern das WORT DES JAHRES!"

VON *EINAR KOCH**

Das Gebot der Stunde!

Die Absicht ist leicht durchschaubar: Mit der Sprachkeule "Unwort" soll jegliche inhaltliche Debatte über die mit dem Begriff der "Remigration" in Verbindung stehenden Probleme totgeschlagen werden; es soll diffamiert und an den Zensur-Pranger gestellt werden, wer es wagt, das "Unwort" zu verwenden.

Es ist wohl kaum ein Zufall: Bei Wörtern mit den Buchstaben "U" und "N" am Anfang drängen sich einem Assoziationen auf wie "unangepaßt", "unbeugsam", "unbelehrbar" oder "unbequem" - allesamt Eigenschaften, die hierzulande als "unerwünscht", "unbotmäßig" oder "unanständig" gelten, mindestens aber höchst verdächtig sind.

Egal, was uns die Sprachpolizei erzählt: Remigration ist absolut kein "Unwort"! Der Begriff bedeutet wörtlich übersetzt so viel wie Rückwanderung und (geordnete) Rückkehr. Remigration beschreibt auch kein neues Phänomen: Anfang der 80er Jahre wollte Helmut Kohl (CDU) die Zahl der Türken in Deutschland halbieren. Kanzler Olaf Scholz (SPD) will "im großen Stil" abschieben, also nichts anderes als "remigrieren".

Vor allem: Remigration im Sinne einer Umkehr der Migrantenströme ist schlichtweg im nationalen Überlebensinteresse Deutschlands. Schon jetzt leben etwa 14 Millionen Ausländer in Deutschland. Wohin die Masseneinwanderung auf Dauer führt, hat Bestseller-Autor Thilo Sarrazin in seinem Klassiker "Deutschland schafft sich ab" auf Basis einer klaren Datenlage zutreffend beschrieben.

Ganz aktuell hat erstmals Professor Bernd Raffelhüschen (Uni Freiburg), einer der besten Sozialexperten Deutschlands und Ex-Berater des früheren SPD-Kanzlers Gerhard Schröder, die Auswirkungen der Migration auf die deutschen Sozialsysteme wissenschaftlich untersucht und analysiert. Gnadenlos zerpfückt er in einer von den Mainstream-Medien weitgehend totgeschwiegenen Studie das von linksgrünen Einwanderungs-Ideologen genährte Ammenmärchen, ohne Zuwanderung würden die deutschen Sozialsysteme kollabieren, sei Deutschland als Industrienation nicht überlebensfähig.

Das genaue Gegenteil sei der Fall! Wenn es ab sofort keine Zuwanderung mehr gäbe, würden sich nach den Berechnungen von Raffelhüschen 5,8 Billionen Euro längerfristig einsparen lassen. Das entspricht fast dem Doppelten der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands. Oder anders gerechnet: Setzt sich die Masseneinwanderung ungebremst fort, kosten die Migranten uns Deutsche unter allen volkswirtschaftlichen Aspekten ungefähr drei Mal so viel wie die Wiedervereinigung!

Auch wenn man es hierzulande kaum noch laut zu sagen wagt:

Trotz der Einwanderung von Millionen Migranten herrscht in Deutschland Fachkräftemangel

- nicht zuletzt deshalb, weil die vorausgesagten "Fachkräfte" ausgeblieben und überwiegend Sozialmigranten ins Land gekommen sind, die vielfach nicht einmal in ihrer Heimatsprache lesen und schreiben können.

Laut Raffelhüschen wären "Deutschlands Wohlstand, unsere soziale Sicherheit OHNE Zuwanderung besser gesichert als mit der klügsten Migrationspolitik". (BILD, 10.1.2024). Deshalb: Remigration ist das Gebot der Stunde! Die Sozialmigration nach Deutschland muß endlich unterbunden und - scheußliches Wort - weitgehend rückabgewickelt werden.

Es gibt Dinge, die lassen sich nun einmal nicht schönreden - ob es der Sprachpolizei paßt oder nicht!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<*

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Das Innenleben von "Correctiv": Linksextremisten als Mitarbeiter!**

Sie stellen sich als "unabhängig" und "demokratisch" dar - doch in Wirklichkeit beschäftigt das "Correctiv-Mediennetzwerk" reihenweise Linksextremisten und politische Krawallmacher. Ausgerechnet ein Organ, das mit einer Schmierenkampagne über einen angeblichen "Geheimplan" die AfD zu diffamieren versucht, hat selbst keinerlei Berührungängste mit dem radikalen linken Rand.

Zu diesem Rand gehört der beim "Correctiv-Team" arbeitende Journalist Jean Peters, der die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch mit einem Tortenwurf tätlich angriff und auch in den Ibiza-Medienskandal verwickelt war.

Doch auch die Führungsfiguren des "Correctiv-Netzes" stecken tief im linksextremen Sumpf. "Correctiv-Gründer" David Schraven ist auch Gründer des Portals "Ruhrbarone", das laut Wikipedia den "Antideutschen" zugerechnet wird. Diese Einordnung kommt nicht von ungefähr, denn die Plattform fiel 2018 mit einem unfassbar widerlichen Tweet über die Bombardierung Dresdens auf.

Die "Ruhrbarone" zeigten ein zynisches Diagramm mit "Tageshöchsttemperaturen in Dresden im Februar 1945", wobei der Zeitraum der dreitägigen Luftangriffe dort mit 900 Grad markiert war. "Eine interessante Statistik", schrieb der "Ruhrbarone-Autor" über den Tweet.

Wir dürfen in Deutschland nicht länger zulassen, daß linksextremistische Netzwerke definieren, wer "rechtsextrem" oder "rassistisch" ist. Schmutzwerfer und linke Extremisten, die unter dem Deckmantel des Journalismus ihre Propaganda verbreiten, müssen in ihre Schranken gewiesen werden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Januar 2024: >>**Das Märchen vom Öko-Kollaps: Die Osterinsel-Lüge**

Die einstigen Bewohner der Osterinsel sollen die natürlichen Ressourcen übernutzt haben, was angeblich zu einem ökologischen und kulturellen Niedergang führte. Die populäre Erzählung hat nur einen Haken: Sie stimmt nicht. Nicht nur hier wird manipuliert: Wolfgang Thüne zeigt in seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" die Vorgeschichte eines der mächtigsten Propaganda-Narrative der Klima-Lobby auf und macht deutlich, wie wir an der Nase herumgeführt werden.

_von Peter Panther

Das sollte auch den Klimawarnern zu denken geben. Denn: Wer hat sich nicht schon diese Erzählung über die Osterinsel, ein kleines Eiland inmitten des Pazifiks, anhören müssen? Die Geschichte wird meist mit erhobenem Zeigefinger vorgetragen: Die Ureinwohner der Insel hätten die Ressourcen der Insel übernutzt. Sie hätten Bäume gerodet, bis keine mehr da gewesen seien. Die Überbevölkerung und die Abholzung der Wälder hätten zu einem Kollaps

von Natur und Kultur geführt.

Ein falsches, aber wirkmächtiges Narrativ

Erosion habe die einst fruchtbaren Böden weggespült. Die Vegetation sei verarmt. Den Bewohnern sei die Nahrung ausgegangen, was in Verteilungskriege und einen starken Bevölkerungsrückgang gemündet habe. Die Menschen seien sogar zu Kannibalismus gezwungen gewesen sein. Als der Niederländer Jacob Roggeveen die Osterinsel 1722 entdeckt hat, sei er auf einen kläglichen Rest an verarmten und hungernden Bewohnern gestoßen.

Die Botschaft dieses Narrativs ist klar:

"Seht her, was auf der Osterinsel passiert ist, wird bald auch der ganzen Welt widerfahren, wenn die Menschheit nicht endlich zu einer nachhaltigen Lebensweise findet."

Die Vorboten des weltweiten Öko-Kollapses seien bereits absehbar - etwa in Form des Klimawandels.

"Paradies auf Erden"

Es gibt nur ein Problem mit der erwähnten Erzählung über die Osterinsel: Sie stimmt nicht. Nachdem schon in den vergangenen 20 Jahren Forschungsergebnisse publik geworden sind, die dem gängigen Katastrophen-Narrativ widersprechen, zeigt der niederländische Historiker und Journalist Rutger Bregman in seinem Buch "Im Grunde gut" eindrücklich auf, was in Sachen Osterinsel Wahrheit und was Fiktion ist.

Die Hauptaussage von Bregmans Buch ist, daß die Menschen von Natur aus viel bessere Absichten haben und mehr Kooperationsinn zeigen, als ihnen die meisten Anthropologen und Psychologen andichten wollen. Ein Kapitel des Werkes dreht sich um das Schicksal der Menschen auf der entlegenen Pazifikinsel.

Da ist zuerst einmal das Logbuch des Osterinsel-Entdeckers Roggeveen, gemäß dem er und seine Crew keinesfalls auf eine zerfallene Gesellschaft gestoßen sind. Die Osterinsulaner werden vom Niederländer als sympathische Gestalten mit muskulösen Körpern beschrieben. Sie bettelten nicht etwa um Essen, sondern boten es im Gegenteil an. Ihr Land soll "ausnehmend fruchtbar" gewesen sein. Roggeveen beschrieb die Insel als "Paradies auf Erden".

Gemäß dem gängigen Narrativ sei Roggeveen auf einige wenige Tausend Bewohner gestoßen, während die Insel einst rund 15.000 Einwohner gezählt habe. Auch das ist falsch, wie Autor Bregman aufdeckt. Wissenschaftliche Schätzungen seien nämlich zum Schluß gekommen, daß die Bevölkerung gar nie 15.000 Köpfe umfaßt haben könne. Dazu stellt der Autor fest:

"Die Tausenden von Osterinsulanern, die sich gegenseitig gefoltert, getötet und gefressen haben sollen, verfügen über ein ausgezeichnetes Alibi. Es hat sie nie gegeben."

Die Ressourcen für einen absurden Kult geopfert?

Die Untersuchung eines amerikanischen Anthropologen an 469 vorgefundenen Schädeln sei zudem zum Schluß gekommen, daß davon höchstens zwei Spuren aufgewiesen hätten, die von Kriegshandlungen stammen könnten. Die Kriege um die angeblich stark dezimierten Ressourcen habe es schlicht nicht gegeben.

Als die Niederländer im 18. Jahrhundert die Osterinsel entdeckten, stießen sie auf Hunderte von übermannshohen Skulpturen mit großen Gesichtern aus Stein - bezeichnet als "Moai-Skulpturen". Sie sind noch heute das Wahrzeichen der Insel. Gleichzeitig fehlten auf der Osterinsel tatsächlich die Wälder.

Die gängige Erklärung lautet, daß die Inselbewohner solange Palmbäume gefällt hätten, um die Moais zu transportieren bzw. mit Hilfe der Baumstämme rollend zu bewegen, bis keine mehr da gewesen seien. Die Ureinwohner hätten somit ihre Lebensgrundlage für einen absurden Kult geopfert - genau gleich, so die Mahnung, wie die Weltbevölkerung heute die Ökoressourcen für Autos, Flugzeuge und anderen Luxus übernutze.

Polynesischer Ratte: Der wahre Übeltäter

Doch auch das kann nicht stimmen - schon rein zahlenmäßig nicht: Wie Rutger Bregman

aufzeigt, haben die Bewohner für den Transport ihrer Skulpturen insgesamt etwa 15'000 Baumstämme benötigt - während die Wälder aber einst Millionen an Bäumen umfaßt haben müssen.

Die Wahrheit ist, daß die Wälder nicht von den Osterinsulanern dahingerafft wurde, sondern von der Polynesischen Ratte. Diese hatten die Ureinwohner anläßlich der ersten Besiedlung der Insel um das Jahr 1200 eingeschleppt. Die Ratte hat sich millionenfach vermehrt und alle Palmensamen aufgefressen, was zur Entwaldung führte.

Thüne zeigt, daß die "Treibhaushypothese" eine Vorgeschichte hat, die bis in die 50er Jahre reicht. US-Wissenschaftler, Geheimdienste, Massenmedien und willfährige Politiker kreierten die wetterunabhängige "Klimaforschung".

Mit der Warnung vor einer drohenden Klimakatastrophe und der gezielt geschürten Angst vor dem "Hitzetod des Planeten" durch die von Menschen verursachten Kohlendioxid-Emissionen ließ sich machtpolitischer Einfluß gewinnen. Thüne zeigt in einer klaren, allgemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Darstellung, daß die erzeugte Klimahysterie auf der Fehlanahme beruht, es gäbe einen CO₂-bedingten Treibhauseffekt.

Thüne belegt die physikalische Unmöglichkeit dieser These, die in den Händen von grünen Apokalyptikern zu einem großangelegten, manipulativ einsetzbaren "Treibhaus-Schwindel" wurde. Dieses Werk leistet die notwendige Aufklärungsarbeit: über die meteorologischen und physikalischen Grundlagen des Wettergeschehens und über die politischen Profiteure des "Treibhaus-Schwindels".

Die Rattenplage war zwar auch eine ökologische Katastrophe, aber eine ganz andere als die Erzählung von der Übernutzung der Wälder weismachen will. Jedenfalls hätten sich die Bewohner trotz dem Schwund der Vegetation ausreichend ernähren können, führt Autor Bregman weiter aus - nicht zuletzt dank eines ausgeprägten Erfindergeists, was die Nahrungsproduktion angeht.

Neuer Realismus für die Klimabewegung

Rutger Bregman faßt seine Erkenntnisse zur Geschichte der Osterinsel in knappen Worten zusammen. Er schreibt:

"Es gab keinen Krieg, keine Hungersnot, keinen Kannibalismus."

Das Verschwinden der Wälder habe die Bewohner zudem "nicht ärmer, sondern produktiver" gemacht. Auch seien die Insulaner "viel klüger und sozialer eingestellt, als die Wissenschaftler lange Zeit geglaubt haben." Die wahre Geschichte der Osterinsel sei eine Geschichte von Widerstandsfähigkeit und Einfallsreichtum. Der Autor dazu:

"Es ist keine Botschaft einer Katastrophe, es ist eine Quelle der Hoffnung."

Der Autor und Historiker wagt eine Verallgemeinerung seiner Erkenntnisse auf die ganze Menschheit und betont:

"Ich bin skeptisch, wenn gesagt wird, daß wir zutiefst egoistisch oder, schlimmer noch, eine Plage seien."

Er sei auch skeptisch, "wenn unser Untergang als unvermeidlich hingestellt wird".

Denn: "Zu viele Umweltschützer unterschätzen die Wehrhaftigkeit des Menschen." Bregman spricht zudem die Klimabewegung an: Diese benötige "einen neuen Realismus."

Den Ureinwohnern der Osterinsel ging es schließlich aber doch noch schlecht - aber erst lange nachdem ihr Eiland von Seefahrern entdeckt worden war: Im 19. Jahrhundert wurden große Teile der einheimischen Bevölkerung weggebracht und versklavt, was die meisten dieser Menschen nicht überlebten. Zudem wurden wegen der Kontakte zur Außenwelt die Pocken auf die Insel eingeschleppt, was zu einer Epidemie führte. Im Jahr 1877 zählte die Osterinsel gerade noch 110 Urbewohner.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu. Zwischenüberschriften wurden nachträglich von der Redaktion eingefügt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Januar 2024 (x1.351/...): >>>**Versicherungsbeträge steigen: Schützt unsere Krankenkassen vor Ausbeutung durch Sozialmigration!**

Nicht ohne Grund blicken die Deutschen düster ins Jahr 2024. Denn während die Inflation weiter anhält und eine Insolvenzwelle über das Land rollt, erhöhen viele Krankenkassen nun auch noch ihre Beiträge. Millionen von Menschen müssen noch stärker in ein Gesundheitssystem einzahlen, das von Pseudoflüchtlings und Sozialmigranten hemmungslos ausgenutzt wird. Milliarden von Euro landen alljährlich in den Händen von Menschen, die zu erheblichen Teilen gar nicht asylberechtigt sind.

Halten wir uns dabei vor Augen: Laut Bundesamt für Statistik liegen die durchschnittlichen Pro-Kopf-Gesundheitskosten in Deutschland bei rund 5.699 Euro.

Auch wenn Asylbewerber erst nach 15 Monaten Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen haben und sich eine genaue Zahl nicht ermitteln läßt: Multipliziert man die 5.699 Euro mit den rund 4,4 Millionen Migranten und Flüchtlingen (genau genommen 3,3 Millionen "Flüchtlinge" plus 1,1 Millionen Ukrainer), dann ergibt sich die unglaubliche Summe von fast 25 Milliarden Euro - pro Jahr. Aufgeteilt auf die rund 27,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten in Deutschland ergibt dies zumindest rechnerische Pro-Kopf-Jahreskosten in Höhe von mehr als 910 Euro!

Nicht wenige Rentner in Deutschland haben im Monat nicht so viel Geld zur Verfügung.

Die Konsequenz ist klar: Wir wollen, daß unser Gesundheitssystem nicht mehr ausgenutzt wird, damit die Kassenbeiträge wieder sinken können. Es ist nicht hinnehmbar, daß Menschen, die nie einen Cent ins Gesundheitssystem eingezahlt haben, von den enormen Leistungen profitieren. Deshalb muß illegale Migration unterbunden werden und eine konsequente Politik der Remigration gegen Unberechtigte und Illegale durchgesetzt werden!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Januar 2024 (x1.352/...): >>>**Höcke das Wahlrecht entziehen? Jede Attacke auf die Unteilbarkeit der Grundrechte trifft uns alle**

Über eine Million Menschen haben eine Campact-Petition unterzeichnet, die Björn Höcke die Grundrechte entziehen will. Das offenbart: Seit den Corona-Jahren hat eine beängstigende gesellschaftliche Abwertung der Grundprinzipien unserer Demokratie stattgefunden.

Max Mannhart

"Stoppen Sie den Faschisten Björn Höcke" - das fordert die millionenschwere linke Kampagnenagentur Campact, die u.a. von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB finanziert wird. Mit zehntausenden Euro investiertem Werbebudget penetrierte man in den vergangenen Wochen das Internet. Mittels einer Online-Petition will man einen Antrag auf "Grundrechtsverwirkung" gegen Thüringens AfD-Chef Björn Höcke durchsetzen. Dann könnte Höcke nicht mehr gewählt werden.

Über eine Million Menschen haben diese Campact-Petition unterschrieben, die jetzt dem Bundestag vorgelegt wird. Mit dem Plan, Höcke die Grundrechte zu entziehen, bezieht man sich auf Artikel 18 des Grundgesetzes.

In diesem ist geregelt, daß jemand seine Grundrechte verwirkt, wenn er sie "zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht". Davon können u.a. das Recht auf Eigentum, Pressefreiheit und die Meinungsäußerungsfreiheit betroffen sein. Dafür bedarf es eines individuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichts - ein solches ist in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gefällt worden. Auch im Fall von Höcke wäre das aberwitzig.

Der betreffende Artikel im Grundgesetz ist hochumstritten und in der Tat ein Konstruktionsfehler; einer, der allerdings glücklicherweise nicht zum Tragen kam. Er widerspricht auch dem Geist des Restes der Verfassung. Schließlich sollte die absolute Unantastbarkeit und Un-

verwirkbarkeit der Grundrechte eines jeden Deutschen die erste Lehre aus dem Nationalsozialismus sein.

Aber es geht Campact natürlich ohnehin um die Provokation - Grundrechte entziehen, weil man der Härteste sein will im Kampf gegen Höcke. Aus linksaktivistischer Sicht soll das vermutlich mutig und tatkräftig wirken.

Die autoritäre Bequemlichkeit, die das Land verklebt

Die linke Provokation, mit dem Verwirken der Grundrechte, hat zwei Ebenen. Die eine ist die Denkfaulheit des linken Online-Milieus, das Campact mit dieser Umfrage ansprechen will; dort denkt man wirklich, die Entziehung von Grundrechten wäre ein "smartes" PR-Unterfangen. Das sind Leute, die sich für gute Demokraten halten, weil sie "Fuck AfD" in ihre Social-Media-Profile schreiben und die auch bis heute noch über die ZDF heute-Show lachen, wenn diese Björn Höcke wieder BERND Höcke nennt.

Der Witz hat keine Pointe, dafür läuft er seit Jahren in Dauerschleife und wird wie bei amerikanischen Sitcoms mit Lachern unterlegt. Das reicht, um in dieser linksideologischen Blase zu landen, dem das Formen eines eigenen Gedankens per se zu anstrengend wäre. Es ist dieser geistige Brei an Bequemlichkeit unter der nicht erst seit der Corona-Zeit die innere Verfassung der Demokratie verklebt.

Doch auf der anderen Seite offenbart der Wunsch, Höckes Grundrechte zu entziehen, noch etwas Tieferliegendes. Es ist eine spezielle deutsche Fähigkeit zum konsequenten Zu-Ende-Denken eines völlig in sich widersprüchlichen Gedankens: Grundrechte schützen, indem man die Grundrechte abschafft. Anläufe wie diese häufen sich ja doch, insbesondere wenn es gegen Rechts geht. Meist werden sie mit einer plumpen Auslegung des Toleranzparadoxons begründet, wonach quasi alles, was uns nicht gefällt, erstmal irgendwie verboten gehört.

Es ist eine gefährliche Fähigkeit zu denken ohne zu denken, die im Film Das Leben der Anderen im zeitlosen Satz eines Stasi-Offiziers im Verhörraum eingefangen wurde: "Wenn Sie unserem System zutrauen, daß wir Sie als unbescholtenen Bürger einsperren, ohne daß Sie etwas getan hätten, dann hätten wir schon das Recht, Sie zu verhaften, auch wenn sonst gar nichts wäre".

Vom Volksgesundheits-Wahn der Corona-Jahre hat sich das Land nicht erholt

Die Geringschätzung der Grundrechte hat Struktur - den Tiefpunkt erreichten wir während der Corona-Zeit. Mit Kindergarten-Sätzen wie "Schütze dich und andere" oder die "Pandemie der Ungeimpften" hat eine beängstigende Abwertung der Grundrechte in Politik und politischer Öffentlichkeit stattgefunden, von dem sich diese Gesellschaft bis heute ganz offensichtlich nicht erholt hat. Die mangelnde Aufarbeitung dieses Wahns schlägt sich jetzt nieder.

Denn die Grundrechte bestehen zwar auf dem Papier, gesellschaftlich sind sie aber abgekühlt, es gibt keine Empörung mehr über ihre Aushöhlung, keinen Sturm mehr für ihre Wahrung. Und es gehört zur Wahrheit: Die Verfassung kann sich nicht selbst schützen, sie lebt von einer Demokratie der Demokraten. Wenn kein Gefühl, kein Feuer in uns mehr verbunden ist mit diesen Grundrechten, dann ist das Grundgesetz nicht viel mehr als eine Sammlung gut formulierter Kalendersprüche. Grundrechte überleben nur in unseren Herzen, sie können nicht bloß Paragraphen sein - denn sie werden nicht vom Staat verliehen, sie bestehen beim Bürger gegen den Staat, nicht mit ihm.

Im Fall Höcke ist klar, daß das Einfallstor zur Aushöhlung von Grundrechten immer dort liegt, wo die emotionale Solidarität mit den Betroffenen gering ist. Der Thüringer AfD-Chef steht politisch so extrem am Rand, daß sich niemand für ihn in die Bresche werfen will. Das allerdings ist der Mechanismus, mit dem Grundrechte sterben; ein Kreis, der durchbrochen werden muß. Denn jede Attacke auf die Unteilbarkeit der Grundrechte ist ein Angriff auf jeden von uns, selbst wenn sie sich vordergründig gegen einen Anti-Liberalen wie Björn Höcke richtet.

Nach den Jahren des Corona-Nebels braucht es eine Bewegung, die Grundrechte mit Leben zu füllen. Es braucht die Rückkehr zu einer alten demokratischen Grundhaltung, die nie schöner und verheißungsvoller beschrieben wurde, als vor knapp 250 Jahren in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten - daß wir Menschen von unserem Schöpfer "mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt wurden, worunter sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück".<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Januar 2024: >>Israel-Lobby und JFK-Mord: Thorsten Schultes neuer Bestseller

Von *Jürgen Elsässer*

Marionettenspieler des Tiefen Staates

Dieses Buch wird ein Knaller: Ende Februar erscheint Thorsten Schultes ("Silberjunge") neues Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" (482 Seiten, 24 Euro).

Das Werk, das für Schulte sein "letztes und brisantestes" ist ("damit habe ich alle Geheimnisse gelüftet, die man lüften kann"), zeichnet die Einflußnahme der zionistischen Lobby auf praktisch alle geschichtlichen Wendepunkte im 20. Jahrhundert nach: Stalin, De Gaulle, JFK, Watergate, Nahost, Barschel, Möllemann. Wer Schultes Vorgängerbuch "Fremdbestimmt" gelesen hat (170.000 Verkäufe!), kommt auch an "Die große Täuschung" nicht vorbei. Für mich sogar noch besser!

Wie immer hat Schulte sehr akribisch gearbeitet und seine Quellen nicht nur aus dem Internet geholt, sondern alles in Archiven auf Papier überprüft und zum Teil die abfotografierten Originaldokumente als Faksimile in sein Buch eingefügt. Das macht seine Recherche 100 pro wasserdicht!

Thorsten Schulte, "Die große Täuschung"

Unten folgt ein Vorabdruck aus "Die große Täuschung", den JFK-Mord betreffend. Für mich frappant, das Schulte hier eine Spur zur Israel-Lobby aufgedeckt und verfolgt hat, die bisher bei allen Recherchen sträflich vernachlässigt wurde, auch bei Oliver Stone, den ich bisher für den größten hielt ... Offensichtlich hat die Lobby auch bei Stones Blockbuster "JFK" reingefummelt ... Lesen Sie selbst, dann wissen Sie, warum Thorsten Schultes neues Buch ein Hammer ist.

Israel-Lobby und JFK-Mord (Vorabdruck aus "Die große Täuschung").

_ von Thorsten Schulte

Israel wollte in seiner Kernforschungsanlage Dimona ab Anfang der 1960er Jahre A-Bomben bauen, aber der US-Präsident intervenierte und verlangte Inspektionen, um das Projekt zu stoppen. Nach dem Mord an JFK war der Weg zur jüdischen Atommacht frei.

Dem aus einem jüdischen Elternhaus stammenden Enthüllungsjournalisten und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh und seinem Buch Atommacht Israel. Das geheime Vernichtungspotential im Nahen Osten (1992) verdanken wir Informationen über ein Treffen von John F. Kennedy mit vermögenden Juden während des Präsidentschaftswahlkampfes 1960.

US-Gesundheitsminister Abraham Ribicoff habe damals mit Abe Feinberg Kontakt aufgenommen, in dessen Apartment im Hotel Pierre ein Treffen mit etwa zwanzig führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Finanzwelt stattfand. Die Gruppe einigte sich laut Hersh auf eine erste Spende von 500.000 Dollar für Kennedys Kampagne und stellte eine weitere in Aussicht.

"Zwischen 1961 und 1963 übte die Kennedy-Administration großen Druck auf Ben-Gurion aus." Gerald M. Steinberg

"Ich rief ihn (Kennedy) sofort an", sagte Feinberg und erklärte: "Ihm versagte die Stimme. Er war gerührt vor Dankbarkeit." Hersh weiß jedoch zu berichten, daß Kennedy am nächsten Morgen zum Haus des befreundeten Kolumnisten Charles Bartlett im Nordwesten Washing-

tons fuhr und ihm von der Sitzung erzählte. Laut Bartlett sei JFK alles andere als dankbar gewesen.

Dieser habe ihm, so Hersh, während eines gemeinsamen Spazierganges eine gänzlich andere Schilderung gegeben: "Als amerikanischer Bürger war er darüber empört", erinnerte sich Bartlett an die Worte des späteren Präsidenten, daß einige Zionisten zu ihm gekommen waren und gesagt hatten: "Wir wissen, daß Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Wahlkampf haben. Wir sind bereit, Ihre Rechnungen zu bezahlen, wenn Sie uns dafür die Kontrolle über Ihre Nahost-Politik überlassen."

Die Schlacht der Briefe

Das National Security Archive ist eine nicht-profitorientierte Nichtregierungsorganisation und Forschungs- und Archivierungseinrichtung an der George Washington University in Washington D. C. Sie wurde 1985 vom Journalisten Scott Armstrong gegründet. Am 2. Mai 2019 veröffentlichte man unter der Überschrift "Die Schlacht der Briefe, 1963: John F. Kennedy, David Ben-Gurion, Levi Eschkol und die US-Inspektionen von Dimona" unzählige Dokumente.

Hier eine sehr aussagekräftige Passage: "Ab April 1963 bestand Kennedy darauf, daß die israelische Führung regelmäßige halbjährliche US-Inspektionen, oder in der Diplomaten-sprache "Besuche", des israelischen Atomkomplexes in Dimona in der Negev-Wüste akzeptierte. Premierminister David Ben-Gurion und sein Nachfolger Levi Eschkol versuchten, sich den Inspektionen zu entziehen und sie zu vermeiden, aber Kennedy übte beispiellosen Druck aus und informierte sie unverblümt in einem fast ultimativen Ton, daß Washingtons "Engagement und Unterstützung Israels ... ernsthaft gefährdet" werden könnten, wenn man glaubte, daß die US-Regierung keine "zuverlässigen Informationen" über den Dimona-Reaktor und Israels nukleare Absichten erhalten könnte."

In dem Bericht wird ebenfalls erklärt, warum das alles in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren den Historikern und der Weltöffentlichkeit verborgen blieb: "Einige der Dokumente im heutigen Beitrag, wie die Korrespondenz zwischen Kennedy, Ben-Gurion und Eschkol, wurden in den Neunzigerjahren in US-amerikanischen oder israelischen Archiven freigegeben, waren aber nicht allgemein zugänglich."

Im weiteren Verlauf des Berichts heißt es über einen Brief Kennedys vom Juni 1963: "Rückblickend lief dieser Austausch auf eine Konfrontation zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und den Ministerpräsidenten Israels über die Zukunft des israelischen Atomprogramms hinaus. Der Höhepunkt dieser Konfrontation war Kennedys Brief vom 15. Juni, den Botschafter Barbour am nächsten Tag an Ben-Gurion übergeben sollte. Der Brief enthielt detaillierte technische Bedingungen, in denen Kennedy darauf bestand, daß die halbjährlichen US-Besuche durchgeführt werden sollten. Der Brief kam einem Ultimatum gleich."

Der Showdown

Gerald M. Steinberg, Professor für Politikwissenschaften am BESA Center for Strategic Studies der Bar-Ilan Universität in Tel Aviv, hat über den Konflikt zwischen Kennedy und Ben-Gurion über Israels nukleare Ambitionen geschrieben. Sein Aufsatz "Israel and the United States: Can the Special Relationship Survive the New Strategic Environment" wurde in der Dezemberausgabe 1998 der von Bar-Ilan herausgegebenen Zeitschrift *The Middle East Review of International Affairs* veröffentlicht.

Steinberg schreibt: "Zwischen 1961 und 1963 übte die Kennedy-Administration großen Druck auf Ben-Gurion aus, um die Zustimmung zu einer internationalen Inspektion von Dimona und den Verzicht Israels auf die Atomwaffenoption zu erreichen. Dieser Druck änderte offenbar nichts an der israelischen Politik, trug aber zum Rücktritt Ben-Gurions im Jahr 1963 bei."

"Ein neuer Showdown über Dimona zeichnete sich ab." Avner Cohen

Avner Cohen, ein israelischer Philosoph und Autor, veröffentlichte 1998 sein Buch *Israel and the Bomb*. Er zeichnet nach, wie der Konflikt zwischen JFK und Ben-Gurion 1963 seinen Höhepunkt erreichte. Unter der Überschrift "Die letzte Konfrontation" schreibt Cohen einleitend über Kennedys Brief: "In Israel wurde Kennedys Brief vom 18. Mai als "hart", ja sogar "brutal" empfunden, sowohl was den Inhalt als auch die Form betrifft. Man ging davon aus, daß Kennedy sich gegen die Entwicklung von Atomwaffen durch Israel aussprach, nicht nur gegen die Herstellung von Atomwaffen selbst. ...

Ein neuer Showdown über Dimona zeichnete sich ab. In seiner Antwort an Kennedy mußte Ben Gurion eine Entscheidung treffen: entweder eine unabhängige nukleare Abschreckung ohne die Vereinigten Staaten oder ein Engagement der USA für Israels Sicherheit ohne eine unabhängige nukleare Abschreckung. Ben Gurion wollte beides, aber genau das lehnte Kennedy ab."

Die Bombe wird gebaut

Kennedy wurde nach der "finalen Konfrontation" am 22. November 1963 umgebracht! Die von ihm für den Frühsommer 1963 vorgesehenen US-Inspektionen der israelischen Atom-anlage kamen nicht zustande.

"Niemand sonst darf davon erfahren." Präsident Johnson

Seymour Hersh enthüllte, was danach geschah: "Mitte 1964 war der Reaktor schon seit zwei Jahren in Betrieb, und die Wiederaufbereitungsanlage mit ihren ferngelenkten Laboratorien und computergesteuerten Maschinen war so weit fertiggestellt, daß sie mit der Produktion von waffenfähigem Plutonium aus den verbrauchten Uranbrennstäben des Reaktors beginnen konnte. ...

Israel überließ nichts dem Zufall: Die amerikanischen Kontrolleure - vorwiegend Experten auf dem Gebiet der atomaren Wiederaufbereitung - wurden in ein Potemkinsches Dorf geführt und merkten es nicht. Das simple Täuschungsmanöver der Israelis basierte auf Plänen, die sie von den Franzosen bekommen hatten: Sie bauten in Dimona einen "Kontrollraum" und statteten ihn komplett mit falschen Kontrollanzeigen und computergesteuerten Meßgeräten aus, die zum Schein die Wärmeleistung eines mit voller Leistung gefahrenen 24-Megawatt-Reaktors (was die Anlage in Dimona angeblich sein sollte) anzeigten."

Kommen wir noch einmal zurück auf die Berichte von Hersh. Carl Duckett war 1968 als Abteilungsleiter für Wissenschaft und Technik der CIA tätig. Bei einem Abendessen mit dem berühmten Atomphysiker Edward Teller teilte dieser ihm mit, er sei nach seiner Rückkehr aus Israel davon überzeugt, daß das Land mehrere einsatzbereite Atombomben besitze. Duckett wollte in einem streng geheimen Bericht darlegen, daß Israel eine Atommacht sei.

Laut Hersh verbot CIA-Chef Richard Helms Duckett, den Bericht in irgendeiner Form zu veröffentlichen und erklärte, er selbst werde dem Präsidenten die schlimme Nachricht überbringen. Demzufolge ging Helms dann ins Oval Office und überreichte dem Nachfolger John F. Kennedys die Informationen. Hersh berichtet: "Johnson war außer sich vor Wut und forderte Helms auf, das Dokument zu vernichten. "Niemand sonst darf davon erfahren, nicht einmal (Außenminister) Dean Rusk und (Verteidigungsminister) Robert McNamara."

Die Leerstelle bei Oliver Stone

Oliver Stones Film *JFK - Tatort Dallas* war 1991 ein weltweiter Publikumserfolg. Der antizionistische Autor und Radiomoderator Michael Collins Piper schreibt in *Final Judgment* : "Es gibt jedoch noch eine letzte interessante Tatsache über Oliver Stone und seinen viel beworbenen Film, die Erwähnung verdient.

Obwohl Stone zweifelsohne das unbestreitbar talentierte kreative Genie war, das für *JFK* verantwortlich zeichnete, muß man sich immer vor Augen halten, daß in der Filmindustrie letztlich das Geld schlicht und einfach darüber entscheidet, ob ein Film gedreht wird oder nicht. Die alles entscheidende Aufgabe, die Finanzierung zu arrangieren, fällt dem Produzen-

ten des Films in den Schoß. Schaut man sich den Abspann von Stones JFK an, so findet man den Namen von Arnon Milchan als Executive Producer aufgeführt."

Mossad-Agent Arnon Milchan finanzierte und produzierte Oliver Stones Film "JFK".

Wer ist Milchan? Warum ist sein Name relevant für unsere Untersuchung der Fakten über Israels Rolle in der JFK-Attentatsverschwörung und die Art und Weise, in der Oliver Stone diesen kritischen Faktor unterdrückt hat? Laut dem liberalen Journalisten Alexander Cockburn, der am 18. Mai 1992 in The Nation schrieb, wurde Milchan, "in einem israelischen Bericht von 1989 als "wahrscheinlich (Israels) größter Waffenhändler" bezeichnet. ...

Wir haben also eine Mossad-Figur im Zentrum des israelischen Nuklearentwicklungsprogramms, die zusammen mit seinen französischen Partnern einen Film finanziert, der ... nicht ein einziges Mal auf JFKs erbitterten Konflikt mit Israel hinweist, insbesondere auf den Kampf um Israels Bestreben, ein Atomwaffenarsenal aufzubauen."

Selbst die deutsche Wikipedia schreibt über den Produzenten: "Milchan war außerdem von der Mitte der 1960er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre für den israelischen Geheimdienst Mossad tätig." Am 18. Juli 2011 erschien in der großen israelischen Tageszeitung Haaretz der Artikel "Hollywood Producer was an Israeli Nuclear Agent". Darin heißt es zu Beginn: "Einer neuen Biographie zufolge wurde Arnon Milchan, ein enger Freund israelischer Premierminister und Hollywood-Stars, von Schimon Peres angeworben, um Ausrüstung für das angebliche israelische Atomprogramm zu kaufen."

Die BRD und die Bombe

Anstelle der USA sprang die Bundesrepublik als Finanzier der israelischen Atombombenentwicklung in Dimona ein. Ab 1960 begannen die deutschen Gelder zu fließen, angeblich zur Finanzierung eines Entwicklungsprojektes in der Negev-Wüste. "Das Einzige, was damals dort im Bau war, war das Atomkraftwerk Dimona, samt seiner versteckten unterirdischen Anlagen", merkt Buchautorin Gaby Weber in ihrer Untersuchung Eichmann wurde noch gebraucht dazu spöttisch an.

Daß dies auch den bundesdeutschen Stellen klar war, geht auch aus einem "streng geheimen" Aktenvermerk des damaligen Außenamtstaatssekretärs (und späteren Bundespräsidenten) Karl Carstens (CDU) hervor: "Bundesminister Strauß ist vor wenigen Tagen mit Ben-Gurion zusammengetroffen. ... Ben-Gurion ist auf die Produktion atomarer Waffen zu sprechen gekommen. In dem Gespräch habe Ben-Gurion erklärt, der Herr Bundeskanzler habe ihm versprochen, daß sich die Bundesrepublik an der Erschließung der Negev-Wüste beteiligen werde." Zunächst wurden drei Millionen D-Mark bewilligt.

Aber das genügte nicht. Adenauer sagte schließlich einen Kredit über zwei Milliarden Mark "zur Erschließung der Negev-Wüste" zu, verteilt über zehn Jahre. Die beiden Männer hielten den Deal streng geheim. Adenauer unterrichtete weder den Bundestag noch das Kabinett. In den Akten des Auswärtigen Amtes findet sich bis heute kein Vertragstext, fand Frau Weber heraus. (Jürgen Elsässer)

Michael Collins Piper fragt in seinem Buch Final Judgment: "Ist es vor diesem Hintergrund wirklich zu weit hergeholt zu vermuten, daß Oliver Stones "Interpretation" der JFK-Attentatsverschwörung in Wirklichkeit eine höchst raffinierte Form schwarzer Propaganda war, die mit Geldern des Mossad finanziert wurde? War der massive Medienrummel um Stones Film eine Art "begrenzter Hangout" im Auftrag Israels und seiner Verbündeten in der CIA? ... Das werden wir natürlich nie erfahren."

_ Vorabdruck aus dem neuen Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" von Bestsellerautor Thorsten Schulte (482 Seiten, 24 Euro). Das Werk erscheint Ende Februar ... <<

Österreich: Das österreichische Online-Magazin "kath.net" berichtet am 17. Januar 2024 (x1.358/...): >>Viganò fordert Verhaftung von Papst Franziskus

Erzbischof Carlo Maria Viganò ist jetzt auch Mitglied bei der von der Piusbruderschaft ausgeschlossenen Gruppe vom englischen Bischof Richard Williamson

Erzbischof Carlo Maria Viganò, hat jetzt laut eine "Newsweek-Bericht" die Verhaftung von Papst Franziskus durch die Schweizer Garde gefordert. Anlaß für die absurde Idee ist das jüngst bekannt gewordene Orgasmus-Buch von Kardinal Fernández, das von Viganò als "pornographisch" und "pervers" bezeichnet wurde. Vom Vatikan selber gibt es keine Reaktion zu der Forderung. Viganò selbst hat sich inzwischen den aus der Piusbruderschaft ausgeschlossenen englischen Bischof Richard Williamson angeschlossen und soll angeblich laut Medienberichten dort erneut eine Bischofsweihe "sub condicione" empfangen haben.<<

18.01.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Januar 2024 (x1.351/...): >>Aktuelle Studie: Flüchtlinge aus Afrika verursachen durchschnittlich 625.000 Euro Sozialkosten!

148.000 Euro - so viel kostet es laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt, ein Kind in die Welt zu setzen und großzuziehen. 475.000 dagegen werden im Durchschnitt fällig, um einen Asylbewerber zu versorgen. 625.000 Euro sind es sogar, wenn er aus Afrika "geflüchtet" ist. Diese pikante, aber bezeichnende Rechnung haben jetzt Forscher auf den Niederlanden aufgemacht.

Die Studie "Borderless Welfare State. The Consequences of Immigration for Public Finances" - übersetzt: "Grenzenloser Wohlfahrtsstaat: Die Konsequenzen von Einwanderung für öffentliche Finanzen" - kommt zum Schluß, daß die unbegrenzte Massenmigration das Ende des Sozialstaates, so wie wir ihn kennen, bedeutet.

Hierzulande wird niemand eine solche Studie anstellen - aus Angst, in die rechte Ecke gestellt zu werden, Forschungsgelder und -aufträge zu verlieren oder sogar ins Visier der Behörden zu geraten. Umso spannender sind die Zahlen aus dem Nachbarland. Die Studie hat nämlich auch die Auswirkungen von Migration aus anderen Ecken der Welt untersucht.

Arbeitseinwanderer zum Beispiel aus Japan, den USA oder dem westpazifischen Raum würden, statt Sozialgeld zu kosten, im Durchschnitt 625.000 Euro an Steuern und Abgaben erwirtschaften. Und selbst Einwanderer aus der EU, die zu Bildungszwecken einreisen, bringen dem Staat immer noch 75.000 Euro.

Aber gerade jene, die den Fachkräftemangel beseitigen könnten, bleiben in Deutschland weg oder wandern aus - wegen der Bürokratie, den horrenden Lebenskosten und nicht zuletzt der prekären Sicherheitslage. Diese wiederum wird vornehmlich von jenen verursacht, die hierherkommen, ohne einen Beitrag zu leisten. Wir bleiben dabei: Remigration heißt das Gebot der Stunde. Um unser Land nicht nur für unsere Bürger wieder lebenswert zu machen, sondern auch für jene, die bei uns arbeiten und die mit - statt von - uns leben wollen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2024: >>Tag der Freude: Der 18. Januar und die Reichsgründung

Von *COMPACT Redaktion*

Der 18. Januar erinnert die Deutschen an eine ganz besonders große Stunde. 1871 erfolgte die Gründung eines neuen, des zweiten Deutschen Reiches. ...

Wie neun Jahrhunderte zuvor brachte erneut ein großer Deutscher mit Namen Otto das titanische Werk zustande. War es einstmals Otto I., deutscher König und Kaiser des Heiligen Reiches, der sich gegen den Widerstand heimischer Separatisten und fremder Imperialisten durchzusetzen vermochte, so konnte Deutschland nun durch Otto von Bismarck wiedererstehen.

Bismarcks Geniestreiche

Bismarcks Wirken versetzt auch heute noch in Staunen. Wie der Zimmermann des Deutschen Reiches den Zaren zur wohlwollenden Neutralität bewegte, ohne die es nicht zur neuen

Reichsgründung hätte kommen können! Wie er durch den Versöhnungsfrieden mit Österreich Habsburg für seine Pläne einnehmen konnte! Wie er Widerstände querköpfiger deutscher und parteihadernder deutscher Parlamentarier überwand! Wie er den in Nostalgie der Wiederherstellung französischer Herrschaft in Europa schwelgenden Napoleon III. ausschaltete! Jeder dieser Leistungen Bismarcks für sich alleingegenommen: ein Geniestreich!

Der Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles, dem Hauptquartier des französischen Imperialismus, vorausgegangen war der deutsche Waffengang gegen Napoleon III. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 hatte das deutsche Eisen zum Erglühen gebracht, so daß es von Bismarck zum neuen Reich geschmiedet werden könnte.

Bei aller Freude über die Reichsgründung empfanden es die nationalen Kräfte als bitter, daß das neue Reich die Deutschen der Habsburgermonarchie aussperrte. Den von Wien aus regierten Vielvölkerstaat in den neuen Nationalstaat der Deutschen einzufügen, erwies sich als unmöglich.

Bismarck, der zeitweise mit dem Gedanken an eine Konföderation mit Österreich spielte, schuf durch den Zweibund immerhin einen engen Schulterschuß von Reichsdeutschen und Österreich-Deutschen. Für die Majestät auf dem Wiener Thron, Kaiser Franz Joseph, gab es ohnehin keinen Zweifel an seiner deutschen Bestimmung: "Ich bin ein deutscher Fürst."

Überwundene Spaltung

Die alten Reichslande Elsaß und Lothringen kehrten 1871 nach Deutschland zurück. Sie waren in den Jahrhunderten zuvor vom französischen Imperialismus dem Deutschen Reich entrissen worden. Bismarck war eigentlich kein Freund der Heimholung Elsaß-Lothringens. Ihm schwante, daß dadurch Frankreichs Revanchegelüste angestachelt werden würden.

Deutschland ging mit dem besiegten Frankreich, wie auch 1815 und 1940, sehr viel maßvoller um als Paris das besiegte Deutschland zu behandeln pflegte, zum Beispiel bei den Friedensschlüssen nach dem Dreißigjährigen Krieg, nach Ludwig XIV. und Napoleons I. Raubzügen oder 1945.

Die Jahrzehnte vor der Reichsgründung 1871 waren gekennzeichnet vom erbitterten Ringen um Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. Die vom Wiener Kongress verfügte 38-fache Spaltung des Vaterlandes hatte die nationalen Kräfte auf den Plan gerufen.

Sie stritten unermüdlich für die Überwindung der Teilung und wurden deshalb von separatistischen Herrschenden brutal verfolgt. Nationale Aktivisten wurden hingerichtet und zusammengeschossen.

Das Jahr 1848 hatte einen ehrenwerten Versuch gezeitigt, ein nationales und demokratisches Reich zu schaffen. Aus freien Wahlen im gesamten deutschen Gebiet, einschließlich der deutschbesiedelten Teile der Habsburgermonarchie, ging eine Deutsche Nationalversammlung hervor. Sie tagte in der alten Reichsstadt Frankfurt am Main, dem Krönungsort deutscher Majestäten des Heiligen Reiches.

Die Deutsche Nationalversammlung wählte Österreichs Erzherzog Johann zum Staatsoberhaupt mit dem Titel eines Reichsverwesers, also Verwalters. Er sollte das einigende Band um Deutschland knüpfen. Doch auch dem der deutschen Seite vollends verpflichteten Johann gelang es nicht, den Zusammenschluß aller Deutschen zu verwirklichen.

Schließlich gewannen die "Kleindeutschen" das Übergewicht. Meistens waren auch die für den großdeutschen Gedanken, doch erkannten sie die Unmöglichkeit der Verwirklichung in jener Epoche. Deshalb wollten sie zumindest das Deutsche Reich unter Führung des größten Teilstaates, Preußen, aber notgedrungenermaßen ohne die Deutschen in Österreich.

Beachtlicher Teilerfolg

Die nationalfreiheitliche Reichsverfassung wurde erarbeitet und am 27./28. März 1849 vom Frankfurter Parlament angenommen. Auch gelang es, die Zustimmung der Mehrzahl der deutschen Teilstaaten einzuholen; eine beachtliche Leistung, bedenkt man die traditionelle

deutsche Eigenbrötelei. Die deutsche Nationalbewegung hatte die Teilstaatfürsten mächtig unter Druck gesetzt.

Die Deutschen Nationalversammlung in der altehrwürdigen Frankfurter Paulskirche wählte Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum erblichen Kaiser des neuen Reiches. Der preußische Monarch jedoch winkte ab. Die Kaiserwürde vom Parlament zu empfangen und nicht etwa von seinesgleichen, den deutschen Fürsten, erschien ihm als unannehmbar. Auch argwöhnte der König, wohl nicht zu Unrecht, daß es zum militärischen Eingreifen feindlicher Nachbar, allen voran Frankreichs, kommen würde, wofür das neue Reich nicht gewappnet gewesen wäre.

Wenn auch das erste gesamtdeutsche Parlament in seinem Grundanliegen letztlich scheiterte, belebte es dennoch entscheidend das nationalfreiheitliche Gedankengut in Deutschland und schuf mit seiner Verfassung ein heute noch vorbildliches Grundgesetz. Deutschland Kampf um Einheit und Freiheit hatte einen schmerzhaften Stoß, nicht jedoch den Todesstreich empfangen.

Versuche, das einige und freie deutsche Vaterland auf der Straße zu erzwingen, durch Erhebungen und deutsche Revolutionen der Jahre 1848/49, endeten im Kugelhagel der Truppen Mächtiger; auch in Berlin und Wien.

Die vielfache Spaltung Deutschlands nach dem Wiener Kongress 1815 brachte nicht nur die Unterdrückung demokratischer und nationaler Bestrebungen. Sie bescherte Deutschland auch gesellschaftlichen und kulturellen Rückschritt, biedermeierliche Verödung. Zudem wurde Deutschlands Wirtschaftskraft geschmälert. Während andere europäische Mächte industriell zur Weltgeltung durchbrachen und den Handel auf den Meeren des Erdballs beherrschten, mußten in Deutschland auf dem Weg von der Nordseeküste bis zu den Alpen Dutzende Zollhürden genommen werden.

Segensreicher Zollverein

Als Vordenker eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsraumes erwarb sich der Nationalökonom Friedrich List große Verdienste. In den 1820er Jahren kam es zu ersten Zollvereinigungen in Deutschland. Bayern und Württemberg beseitigten die Schranken, siebzehn deutsche Staaten, darunter Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau, Braunschweig und Bremen, fanden sich 1828 zum Mitteldeutschen Handelsverein zusammen.

Die Abschaffung der Binnenzölle war bereits in den Befreiungskriegen vom Freiherrn vom Stein gefördert worden. Der bedeutendste Schritt zur ökonomischen Überwindung der innerdeutschen Teilungsgrenzen erfolgte 1834 durch die Gründung des Zollvereins - unter maßgeblicher Beteiligung Preußens.

Dies war vor allem das Werk des preußischen Finanzministers Motz und seines Nachfolgers Maaßen. Österreichs Handels- und Finanzminister Bruck strebte 1849 ohne Erfolg einen Großdeutschen Zollverein an. In den Grenzen des späteren Bismarck-Reiches jedoch konnte sich allmählich eine deutsche Nationalwirtschaft bilden.

Doch weder das unermüdliche Wirken der Nationalgesinnten noch die wirtschaftlichen Erfordernisse allein hätten ausgereicht, das neue Deutsche Reich zu begründen. Es bedurfte des Eingreifens der deutschen Jahrtausendpersönlichkeit Otto von Bismarck.

Das Treiben deutsche Separatisten sowie die ständige Einmischung auswärtiger Machthaber in deutsche Belange hatte Bismarck als preußischer Gesandter beim Deutschen Bundestag, dem schwachen Organ des Deutschen Bundes, beobachten können. Auch wußte er ganz genau, wie man in Sankt Petersburg, dem Machtzentrum Rußlands, in Paris und in Wien über Deutschlands Einheit dachte.

Preußens König Wilhelm, der Sohn der trefflichen Königin Luise, ernannte Bismarck zum Ministerpräsidenten. Überhaupt muß man es dem ehrwürdigen Wilhelm hoch anrechnen, daß er dem genialen Bismarck weitgehend freie Hand ließ.

Bismarcks Versöhnungsfrieden

1864 konnte er in einer gesamtdeutschen Anstrengung, unter Beteiligung von preußischen wie österreichischen Truppen, verhindert werden, daß Schleswig-Holstein endgültig unter dänische Herrschaft fiel. 1866 folgte die bewaffnete Auseinandersetzung Preußens mit Österreich, die darüber entscheiden mußte, wer im deutschen Gebiet nördlich des Habsburgerreiches das Sagen hat. Auf den Schlachtfeldern verbluteten Deutsche auf beiden Seiten der Front. "Wir sind doch alles Deutsche", rief der preußische General Hiller von Gärtringen auf dem Schlachtfeld von Königgrätz aus, einen zu Tode verwundeten österreichischen General umarmend.

Bismarck setzte nach dem Sieg über Österreich einen Versöhnungsfrieden durch - gegen heftigen Widerstand einflußreicher Kräfte, die den Triumph weidlich ausnutzen wollten. Doch Bismarck dachte nicht nur ans Heute, sondern auch ans Morgen und Übermorgen.

Österreich schied nach dem Deutschen Bund aus und erkannte dessen Auflösung an. Hannover, Hessen-Kassel und Frankfurt am Main wurden preußisch. Der Friede brachte den Zusammenschluß der nördlich vom Main gelegenen deutschen Staaten unter Führung Preußens sowie ein Schutz- und Trutzbündnis Norddeutschlands mit Süddeutschland.

Nun fühlte Napoleon III. seine Zeit gekommen. Er wollte sich dem Rad der Geschichte in die Naben werfen, scheiterte aber an der deutschen Kampfkraft. Es kam zur Sternstunde der deutschen Geschichte, zur Gründung des Zweiten deutschen Reiches 1871.

"Schicksalstage der Deutschen. Von Karl dem Großen bis zum Fall der Mauer": Der 18. Januar ist ein solcher Schicksalstag. Das COMPACT-Geschichtsheft hat es in sich; lebendige Texte, faszinierende Bebilderung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2024: >>**Bodo Schiffmann empfiehlt "Die große Täuschung"**

Top-Corona-Aufklärer Dr. *Bodo Schiffmann* hat eine Rezension zu Thorsten Schultes neuem Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" veröffentlicht.

Dr. Bodo Schiffmann - dieser Name steht neben Prof. Dr. Sucharit Bhakdi und Dr. Wolfgang Wodarg für Aufklärung in dunkler Zeit. Als Impf- und Maßnahmenkritiker stand der Mediziner während der Corona-Krise an vorderster Front. In zahlreichen Videos klärte er über Pandemie- und Virus-Lügen auf, war bei den großen Demos dabei und organisierte eine Info-Tour per Bus quer durch Deutschland.

Nachdem dann die Repressionen des Regimes gegen ihn immer weiter zunahmen und man ihm auch noch seine Praxis kündigte, entschloß sich der HNO-Arzt, nach Tansania auszuwandern. Nun hat Schiffmann Thorsten Schultes neues Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" gelesen und eine begeisterte Video-Rezension darüber veröffentlicht. Lesen Sie im Folgenden die Transkription:

Ich selbst habe in den letzten zwei Tagen ziemlich viel gelesen, und zwar dankenswerterweise das Buch "Die große Täuschung" von Thorsten Schulte. Ich habe es vor der Veröffentlichung als E-Book erhalten und hatte die große Ehre, es lesen zu dürfen. Ein weiterer Autor in diesem Buch ist Dr. h.c. Hesemann, der den wenigsten bekannt ist.

Hesemann hat die Erlaubnis vom Vatikan erhalten, das Geheimarchiv zu betreten. Vielleicht erinnert ihr euch an die Serie "Warum Deutschland seine Geschichte nicht aufarbeitet". Dort wurde erwähnt, daß einige Historiker Zugang zum Geheimarchiv des Vatikans hatten. Was dieses Buch besonders macht, sind die Dokumente, die ihr bisher nie gesehen habt - Originale direkt aus dem Geheimarchiv des Vatikans.

Dies ist besonders lohnenswert, da es dazu beiträgt, eine neue Perspektive auf die Geschichte zu gewinnen. Michael Hesemann geht detailliert auf den Ersten Weltkrieg ein und beleuchtet die Hintergründe sowie die erstaunlich genauen Details zu Freimaurem. Auch wenn ich das

vorher nicht so genau wußte, habe ich es jetzt verstanden.

Er erklärt, wer die Illuminati sind und welche Orden es gibt, welche Unterschiede bestehen und welche Rolle sie im Ersten und Zweiten Weltkrieg spielten. Hat Deutschland wirklich den Ersten Weltkrieg begonnen? War die Kapitulation, bei der sie die Alleinschuld auf sich nahmen, gerechtfertigt? Wie haben andere Staaten das gesehen? Wie wurde mit dem Papst kommuniziert? Ist der Vatikan dasselbe wie die Freimaurer oder sind sie Gegner? Was haben die Zionisten damit zu tun? (Auf diese Fragen geht Thorsten Schulte extrem ausführlich ein und liefert sehr gute Belege).

Er bringt noch einen völlig neuen Aspekt in die Ermordung von John F. Kennedy ein. Ihr erinnert euch: Er wurde mit drei Kugeln erschossen, was ungefähr dasselbe ist wie das, was schon einige Male in der Geschichte passiert ist, wie zum Beispiel mit dem großen Heiler (Rasputin?) in Moskau und in Rußland. Auch der wurde von drei Stichen getötet bzw. schwer verletzt; er hat das Attentat noch überlebt, und das sind die drei Kellenschläge, die ein Freimaurer auch macht, so wie sie auch der erste Präsident der Vereinigten Staaten gemacht hat, als er den Grundstein zum Kapitol gelegt hat.

Schultes Buch "Die große Täuschung" ist mega-spannend, knapp 500 Seiten dick, und ich bin gespannt, wie lange dieses Ding erhältlich sein wird. Ich weiß von Thorsten, daß die erste Auflage jetzt quasi in Arbeit ist, und ich hatte, wie gesagt, das sensationelle Vergnügen, es zu lesen. Das Ganze ist sehr gut mit Quellen dokumentiert, also chapeau. "Die große Täuschung" kommt gerade zur richtigen Zeit und spielt auch jetzt gerade im Hinblick auf Epstein, der auch im Buch vorkommt, eine sehr große Rolle. Vielen Dank für das Buch, vielen Dank lieber Thorsten für die Ehre, daß ich zu denjenigen gehören durfte.

... Ende Februar erscheint Thorsten Schultes neues Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" (482 Seiten, 24 Euro).<<

Belgien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2024:

>>**Neues EU-Gesetz: Meinungsfreiheit gefährdet wie nie**

Von Sven Reuth

Ein neues EU-Gesetz wächst sich zu einer gigantischen Bedrohung der Grundrechte aus. Beiträge, die als "schädlich" klassifiziert werden, könnten einem Löschzwang unterliegen. Correctiv, Amadeu Antonio Stiftung & Co: Collin McMahon beweist in seinem neuen Buch "Der Zensurkomplex", daß es in Deutschland eine regelrechte Zensur-Industrie gibt, die der Staat mit Steuergeld üppig subventioniert.

Die noch bestehende Meinungsfreiheit ist aus Sicht der EU-Kommission eine große Gefahr für die eigene Machtausübung. In Brüssel setzt man auf eine möglichst strenge Zensur, mit der in erster Linie auch der eigene Machtanspruch gesichert werden soll. Im Februar vergangenen Jahres verkündete beispielsweise der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell mit Blick auf das zuvor erfolgte Verbot russischer Medien wie RT, Sputnik & Co:

"Mit diesem Vorgehen greifen wir die Meinungsfreiheit nicht an, wir verteidigen die Meinungsfreiheit."

Das ist ein Argumentationsmuster, das alle Diktaturen dieser Welt pflegen: Indem man staatlicherseits die Meinungsfreiheit zerstört, verteidigt man sie angeblich.

EU-Kommission gegen Musk

Eine ähnliche Attacke auf die Meinungsfreiheit startete im Oktober vergangenen Jahres der französische EU-Digitalkommissar Thierry Breton.

Damals schrieb Breton an Elon Musk als den Eigentümer von X (vormals Twitter):

"Nach den von der Hamas verübten Terroranschlägen gegen Israel haben wir Hinweise darauf, daß Ihre Plattform zur Verbreitung von illegalen Inhalten und Desinformationen in der EU genutzt wird. Ich möchte Sie daran erinnern, daß der Digital Services Act sehr genaue Verpflichtungen in Bezug auf die Moderation von Inhalten vorschreibt. ...

Ich fordere Sie dringend auf, innerhalb der nächsten 24 Stunden eine schnelle, genaue und vollständige Antwort auf diese Anfrage zu geben. Wir werden Ihre Antwort in unsere Bewertungsakte zur Einhaltung des DSA aufnehmen. Ich erinnere Sie daran, daß nach der Einleitung einer möglichen Untersuchung und der Feststellung einer Nichteinhaltung Sanktionen verhängt werden können."

"Desinformation" ist natürlich ein äußerst dehnbarer Begriff, den jeder Herrscher auf seine ganz eigene Art und Weise definieren wird. Elon Musk wollte von Breton außerdem wissen, welche auf X verbreiteten Inhalte denn nun konkret "Desinformation" und "illegal" wären. So viel Widerspenstigkeit ist in Brüssel nicht erwünscht. Prompt leitete die EU ein Verfahren gegen X ein - "wegen Falschinformationen", wie die Tagesschau berichtete.

Trojanisches Pferd

Mit dem von Breton in seinem Schreiben erwähnten "Digital Services Act" (DSA) schafft die EU sich ein mächtiges neues und scharfes Schwert zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Nun soll im Bundestag das Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) beschlossen werden, mit dem der DSA in deutsches Recht umgesetzt werden soll.

Manfred Kölsch, Richter im Ruhestand, hat diese Pläne in der Berliner Zeitung nun scharf kritisiert und vor der Gefahr der Verwirklichung einer geradezu Orwell'schen Dystopie gewarnt. Unter anderem bemerkt er:

"Das Gesetz aber ist ein Trojanisches Pferd: Es trägt eine Fassade zur Schau, die demokratischen Grundsätze zu achten. So verkündet die Europäische Kommission, mit dem DSA sollen 'strenge Regeln zur Wahrung europäischer Werte' festgeschrieben werden. Direkt bestimmt Artikel 1 des DSA: 'Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung'. Hinter dieser rechtsstaatlichen Fassade geschieht jedoch das genaue Gegenteil: Es ereignet sich ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung, der weitgehend unbemerkt bleibt – wahrscheinlich aufgrund der hohen Komplexität der Materie."

Die Verteidigung europäischer Werte - eine hohle Phrase, mit der letztlich alles gemeint sein kann und die am Ende vor allem dazu dienen könnte, alternative Sichtweisen rigoros zu unterbinden. Kölsch erklärt weiter dazu:

"Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß falsche, irreführende oder gar unbequeme Eintragungen nicht rechtswidrig sein müssen. Dennoch können sie auf der Grundlage des DSA jederzeit als rechtswidrig erklärt werden. Das Maß, an dem die Beurteilung als Desinformation ausgerichtet ist, wird von der Europäischen Kommission gesetzt - das aber heißt, daß politisch unliebsame Meinungen, ja wissenschaftlich argumentierte Positionen gelöscht werden können, und nicht nur das:

Bei einer Einstufung als rechtswidrig drohen soziale Konsequenzen. In der Konsequenz bedeutet dies für den Bürger, daß er sich selbst innerer Zensur unterwirft: Er wird dazu gedrängt, seine Mitteilungen an die Plattformen an dem auszurichten, was in den aktuellen politischen Meinungskorridor paßt."

Das DSA ist also ein weiterer klarer Schritt hin zu einer umfassend zensierten Gesellschaft. Umso beunruhigender, daß es kaum eine breite gesellschaftliche Debatte über diesen hochbrisanten Gesetzesentwurf gibt.

Correctiv, Amadeu-Antonio-Stiftung & Co: Geheimdienste, Denkfabriken, NGOs, Internetgiganten und Mainstream-Medien haben sich verschworen, um durch die Hintertür ein flächendeckendes System der Zensur und Meinungsüberwachung einzuführen - finanziert vom Steuerzahler, im Namen der Bekämpfung von "Haß und Hetze" sowie "Desinformation". Collin McMahon deckt in seinem neuen Buch "Der Zensurkomplex" die Strukturen dieser Zensur-Industrie auf und zeigt, wie sie mit Steuergeld üppig subventioniert wird.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27936" berichtet am 18. Januar 2024 (x1.350/...): >>Schweizer Souveränitätsinitiative weist WHO in die Schranken

Souveränitätsinitiative - diese brandaktuelle Schweizer Initiative will unsere Schweizer Grundrechte vor dem Fremdeinfluß einiger Organisationen wie der WHO oder EU schützen. Grundrechte kennen keine Parteifarbe und betreffen alle Menschen. Werden sie abgeschafft oder fremdbestimmt, betrifft dies uns alle. Ein souveränes, stolzes Land gibt seine Kompetenzen und seine Souveränität nicht freiwillig auf.

Seit dem 17. Oktober 2023 läuft in der Schweiz die Unterschriftensammlung für die Eidgenössische Volksinitiative "Für den wirksamen Schutz der verfassungsmäßigen Rechte" - kurz Souveränitätsinitiative. Ablauf der Sammelfrist ist der 17. April 2025. Mit der Initiative soll verhindert werden, daß internationale Organisationen, wie z.B. die WHO, mit dem geplanten Pandemievertrag über die Gesundheitspolitik der Schweiz bestimmen können.

Zum Start der Initiative fand auch eine Pressekonferenz mit folgenden Vertretern des Komitees statt: Nicolas A. Rimoldi (Präsident der Bürgerrechtsbewegung MASS-VOLL!), Dr. rer. nat. Roland Bühlmann (Präsident der Bürgerrechtsbewegung FREUNDE DER VERFASSUNG), Petra Burri (Präsidentin der Bürgerrechtsbewegung AUFRECHT BERN) und der SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor. Rimoldi, der zusammen mit Bühlmann das Komitee präsidiert, stellte in der Pressekonferenz klar, daß die Initiative weder links noch rechts sei.

Die Initiative sei breit abgestützt, mit dem Ziel, die in der Bundesverfassung verankerten Grundrechte vor dem Einfluß internationaler Organisationen wie der EU, WHO und anderen zu schützen.

Denn Grundrechte - wie z.B. die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit - würden keine Parteifarben kennen und alle Menschen betreffen. Wenn diese abgeschafft werden, würden alle darunter leiden, so Rimoldi. Hören Sie nun einige Ausschnitte aus der rund 40-minütigen Pressekonferenz zum Start der Souveränitäts-Initiative:

Diese Initiative soll die verfassungsmäßigen Rechte endgültig beschützen vor dem Einfluß von internationalen Organisationen wie der EU, der WHO und auch anderen. Das Ziel der Souveränitätsinitiative ist es, ganz simpel, daß keine internationalen Abkommen unsere verfassungsmäßigen Rechte verletzen können, rückwirkend wie auch für alle Verträge, die in Zukunft kommen werden.

Normalerweise ist es so, wenn ein internationales Abkommen, wie jetzt ein Rahmenabkommen (Abkommen, das die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz regeln sollte), der WHO-Pandemie-Pakt oder andere kommen, da kommt die Politik und macht eine Güterabwägung: Ist dieser Vertrag im öffentlichen Interesse, ist er maßvoll, kann man das den Menschen zutrauen, diese Grundrechtseinschränkung?

Wir sind der Ansicht, da braucht es einen neuen Weg, da braucht es einen Paradigmenwechsel, daß in Zukunft wieder wir hier der Chef sind, die Volkssouveränität gilt und die demokratischen Rechte der Schweizerinnen und Schweizer nicht ausgehebelt werden durch eine EU, durch Brüssel, durch eine WHO und auch andere. In Zukunft, in der neuen Schweiz, die wir hier gemeinsam erschaffen wollen, ist das Volk wieder der Chef und nicht ungewählte, undemokratische, korrupte, supranationale (überstaatliche) Organisationen.

Um hier nur zwei Beispiele zu nennen: Im Januar 2022 hat Ignazio Cassis, damals Bundespräsident, in der SRF-Arena gesagt: 'Wenn jemand an einem Autounfall stirbt, aber hat einen positiven PCR-Test, ist das in der Statistik ein Corona-Toter. Das habe nicht der Bundesrat entschieden, sondern die WHO.' Da müssen wir sagen, in diesem Moment ist für alle offensichtlich, daß nicht der Bundesrat, unsere gewählten Volksvertreter, die Politik machen, die hier in der Schweiz gilt, sondern eine Organisation wie die WHO, und das geht natürlich nicht, denn wir hier sind der Souverän und nicht andere.

Bei den Ukrainesanktionen ließ sich Karin Keller-Sutter in der NZZ zitieren: 'Wir können nicht eigenständig entscheiden, wir müssen warten, was die EU befindet.' Und somit kommen wir wirklich zum Grundproblem der heutigen Zeit. Die Corona-Politik, die Klimapolitik, Wo-

ke (Englisch für "wachsam" - gegenüber mangelnder sozialer Gerechtigkeit und Rassismus), all diese Agenden, die auf breitem Feld unsere Grundrechte abschaffen, unsere Freiheiten einschränken und das Leben immer schwieriger und teurer machen, diese rauben uns die Grundrechte. All das passiert nicht, weil unsere Politiker in Bern das gerne tun, sondern weil sie internationale Agenden ausführen.

Das Grundproblem der heutigen Zeit, wo Corona nur ein Symptom war, die Corona-Politik dessen, sind die internationalen Abkommen, die unsere Grundrechte abschaffen. Deswegen sind wir heute hier, um dieses Problem zu lösen, deswegen sind wir heute hier mit einem breiten Komitee, mit einer Initiative, die startet, die für alle Zeit absichern soll, daß fremde Vögte über die Schweiz bestimmen.

Und wir von den Freunden der Verfassung sehen ja eigentlich als unsere Hauptaufgabe die Stärkung der Demokratie, die Stärkung der direkten Demokratie. Und aus diesem Grund müssen wir natürlich hinterfragen, was für Verpflichtungen die Schweiz eingeht oder schon eingegangen ist, weil jede Abgabe von Rechten der Schweiz auch eine Abgabe von Bürgerrechten ist. Jede Abgabe von Rechten schwächt die Bürgerrechte.

Und auf jeden Fall gilt es zu verhindern, daß internationale Organisationen in die Grundrechte eingreifen, direkt in das Leben der Menschen in der Schweiz eingreifen und das ohne jede demokratische Kontrolle. Der Bürger wird hier gar nicht gefragt, ob er das will und schon gar nicht, wie er das will.

Die Souveränitätsinitiative ist vom einheitlichen Grundgedanken getragen, daß die nationale Souveränität der Schweiz nicht durch völkerrechtliche Verträge oder sonstige Verpflichtungen unterlaufen werden soll. Die Schweiz zuerst. Denn das Völkerrecht selbst ist es, welches die nationale Souveränität als Grundpfeiler jedes Staates betrachtet und Einmischungen in die politische Unabhängigkeit oder die dem Wesen nach innerer Zusammenarbeit eines Staates untersagt. Das findet man auch in der UN-Charta.

Dabei ist es völlig unbestritten, daß Völkerrecht und damit auch Staatsverträge aus Gründen der Rechtssicherheit notwendig sind, sobald sich Lebenssachverhalte nicht nur auf ein einzelnes Land beschränken. Selbstverständlich wird landesübergreifend Handel getrieben, werden Familien gegründet, Reisen durchgeführt und auch Kriminalität hört leider nicht an den Landesgrenzen auf. Für all dies braucht es selbstverständlich Völkerrecht, ansonsten potentiell jeder Kontakt mit dem Ausland zur bürokratischen Hölle werden würde. So sehr aber völkerrechtliche Verträge oft ein Motor der Freiheit sind, weil sie landesübergreifende Kontakte Privater bisweilen vereinfachen, greifen sie aber stets und immer mehr in die nationale Souveränität ein.

Verpflichtet sich doch jeder Staat durch Eingehen eines völkerrechtlichen Vertrages zur Einhaltung gewisser Vorgaben. Dies liegt in der Natur der Sache. Dies ist eigentlich so lange unproblematisch, als daß dadurch nicht in politisch zentrale Entscheidungen eines Landes eingegriffen wird. Denn die vorausseilende Aufgabe individueller Freiheit und politischer Unabhängigkeit führt stets zu einer massiven Schwächung der nationalen Souveränität.

Und ein selbstbewußtes, stolzes Land, welchem seine nationale Souveränität etwas bedeutet, schließt keine Staatsverträge wie ein Rahmenabkommen oder den WHO-Pandemiepakt ab, mit welchen es sich in wesentlichen Punkten seiner Kompetenzen entledigt bzw. das Geben und Nehmen offensichtlich in einem Ungleichgewicht stehen. Dieses Gleichgewicht wollen wir mit der Souveränitätsinitiative wiederherstellen.

Die Unterschriftenbogen können ab heute auf der Webseite www.grundrechte-ja.ch bestellt werden. Dort sehen Sie auch das Initiativkomitee. Dort können Sie einem Unterstützungskomitee beitreten.

Ich freue mich, mit so vielen wunderbaren Menschen die Souveränität von Volk und Staat zu retten. Besten Dank, adieu miteinander.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2024: >>**Milei gegen WEF: "Es lebe die Freiheit, verdammt!"**

Von *Karel Meissner*

Auf der Jahreskonferenz des World Economic Forum (WEF) in Davos präsentierte Argentiniens neuer Präsident Javier Milei eine vernichtende Kritik an Klaus Schwab und der Agenda 2030. ...

Wer eine Einladung zur jährlichen Konferenz des Weltwirtschaftsforums in Davos erhält, konnte sich bislang sicher fühlen: Die Gäste, Machthaber und Milliardäre, saßen in einer luft- und wasserdichten Blase, konnten in aller Ruhe über Klimarettung durch globalen Great Reset, Transhumanismus und Einschränkung der Meinungsfreiheit debattieren. Niemand störte die Sektierer.

Selbst als WEF-Rezepte den Staat Sri Lanka ruiniert hatte, sorgte das intern kaum für Kontroverse. Die lieferte jetzt endlich Argentiniens neuer Präsident Javier Milei. Bereits im Vorfeld hatte er in einem X-Post erklärt:

"Das Ziel der Reise ist es, die Ideen der Freiheit in einem Forum zu verankern, das von der sozialistischen Agenda 2030 kontaminiert ist, die nur Elend in die Welt bringt."

Der als libertär geltende Milei erklärte, daß die Kollektivlösungen des WEF die Länder "nicht zu mehr Wohlstand, sondern in die Armut" gestürzt hätten (was kaum verwundert; schließlich bildet der Great Reset das wahre Ziel der Agenda 2030). Auch sein eigenes Land, Argentinien, sei durch WEF-Ideologie ruiniert worden. Argentinien, einst ein reiches Land, stürzte mit dieser Agenda auf Platz 140, der Peso habe seinen Wert verloren.

Seine Verurteilung der WEF-Agenda 2030 als "sozialistisch" begründet Milei mit Berufung auf den berühmten Satz auf der Webseite des Forums:

"Du wirst nichts besitzen, aber glücklich sein."

Mileis Kommentar: "Ich bin heute hier, um Ihnen zu sagen, daß der Westen in Gefahr ist."

Der "Sozialismus führt immer und überall zu Armut. Überall ist er gescheitert."

Freilich hat Mileis Therapievorschlagn, nämlich Marktradikalismus, auch eine unrühmliche Geschichte. Daß ein entfesselter Kapitalismus jedem gleiche Chancen bietet, ist ebenso illusorisch wie der völlige Wegfall des Staates: "Der Staat ist nicht die Lösung. Der Staat ist das Problem." Der Argentinier beendete seine Rede mit dem Ausruf:

"Es lebe die Freiheit, verdammt!"

Dann verließ er die Bühne. Schweigend. Auch Klaus Schwab sagte kein Wort. Wie gesagt: Mag Mileis eigene Polit-Agenda fragwürdig sein: Seine Kritik am WEF, an dessen globalem Verarmungsprogramm und der Bevormundung der einzelnen Staaten - die hat gesessen.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2024: >>Taylor Swift: Psyop-Waffe gegen Trump?****

Von *Daniell Pführinger*

US-Popstar Taylor Swift ist Teil einer psychologischen Operation zur Manipulierung der Massen im Sinne von Joe Biden und seiner Regierung - behauptet ein bekannter Moderator von Fox News. Nun hofft man, daß die Sängerin Trump stoppen kann. ...

"Entscheidet Taylor Swift die US-Wahl?", fragt die Bild-Zeitung in großen Lettern. Die 34-jährige US-Sängerin zählt zu den momentan angesagtesten Stars im Musikgeschäft, das Magazin Time kürte sie 2023 sogar zur "Person of the Year". Mit mehr als 300 Millionen Alben ist sie eine der kommerziell erfolgreichsten Unterhaltungskünstlerinnen, belegte in Amerika einmal sogar alle zehn Plätze der Top-Ten gleichzeitig. Die Schweizer Zeitung Blick schreibt:

"Ihr Einfluß auf ihre Fans, die sogenannten 'Swifties' ist riesig. Sie gelten als extrem fanatisch, kleben ihrem Idol an den Lippen, kopieren ihren Kleidungsstil und folgen ihrem Feminismus." Tatsache ist: Angesichts des Erdrutschsieges von Donald Trump bei den republikanischen

Vorwahlen in Iowa (der Ex-Präsident konnte sich souverän mit 51 Prozent gegen seine Kontrahenten durchsetzen) geraten die US-Demokraten in Panik. Ihr Kandidat, Amtsinhaber Joe Biden, schwächelt in den Umfragen, seine Hinfälligkeit ist offenkundig. Bei Jungwählern schneidet der 81-Jährige besonders schlecht ab.

Nun hoffen viele auf Rückenwind aus der in den USA besonders einflußreichen Musikindustrie. Daß Stars wie Madonna, Miley Cyrus oder Lady Gaga Unterstützer der Demokraten und eingefleischte Trump-Hasser sind, ist bekannt, doch auch Taylor Swift macht aus ihren politischen Präferenzen keinen Hehl.

Ursprünglich kommt die 1989 in Reading, Pennsylvania, geborene Sängerin aus der Country-Szene. Die ist in Amerika traditionell konservativ, also hielt sie sich mit politischen Statements zu Beginn ihrer Karriere noch zurück.

Bei der ersten Trump-Wahl im Jahr 2016 schwieg Swift, doch schon 2018 rief sie ihre Fans bei einer Wahl für einen Sitz im US-Senat dazu auf, gegen eine Trumpfreundliche Kandidatin zu stimmen. Trump erklärte daraufhin, er möge ihre Musik "jetzt 25 Prozent weniger".

Auch bei der Präsidentschaftswahl 2020 machte Swift Stimmung gegen die Republikaner. Auf Twitter (jetzt X) postete sie damals ein Foto von sich mit Keksen, auf denen in Zuckerschrift geschrieben stand: "Biden/Harris/2020". Zur Begründung setzte sie dazu: "Ich glaube, daß Amerika unter ihrer Führung eine Chance hat, den Heilungsprozeß in Gang zu setzen, den es so dringend braucht."

Doch welchen Einfluß haben ihre Aufrufe? Dafür führt Bild einen Präzedenzfall an: "2022 rief sie im Rahmen eines Aktionstages junge Leute dazu auf, sich für Wahlen zu registrieren - prompt stiegen die Neuregistrierungen um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr."

Inzwischen machen sich sogar die EU-Granden Hoffnung, Swift könnte die Europawahl (6. bis 9. Juni 2024) mit einer Stellungnahme beeinflussen. Einen Monat zuvor, am 9. Mai, startet sie nämlich in Paris ihre Europa-Tournee. Der Grieche Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, wünscht sich laut dem Nachrichtenportal Politico, sie würde junge Leute dann dazu animieren, ihre Stimme abzugeben - natürlich für eine der etablierten Parteien.

Psychologische Operation des Pentagon

Konservative US-Kommentatoren in den USA äußern schon seit geraumer Zeit die Vermutung, Swift sei von der Musikindustrie als Galionsfigur installiert worden, um den Woke-Virus unter jungen Menschen zu verbreiten. So erklärte Moderator Jesse Watters in seiner Talkshow auf Fox News, daß der Karrieresprung der 34-Jährigen in den letzten Jahren auf einer geheimen Abmachung mit der Regierung von Biden beruhe. Swift unterstütze den Präsidenten und versuche durch ihren Einfluß Wähler in seine Richtung zu lenken. Dafür werde sie von den Kreisen, die hinter Biden & Co. stehen, belohnt.

Watters sagte auf Fox News:

"Vor etwa vier Jahren schlug die Abteilung für psychologische Operationen des Pentagons vor, Taylor Swift während eines NATO-Treffens in einen Aktivposten zu verwandeln."

Das US-Verteidigungsministerium setze sie als "Psyop zur Bekämpfung von angeblichen Online-Fehlinformationen". Mit Psyops werden in der Regel psychologische Operationen bezeichnet, die seitens Geheimdiensten und Regierungskreisen gestartet werden, um eine größere Anzahl von Menschen zu beeinflussen.

In unserer aktuellen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood" haben wir ein ganzes Kapitel dem MK-Ultra-Programm der CIA gewidmet. Mit Drogen, Psycho-Experimenten und sogar Folter hat der US-Geheimdienst über Jahrzehnte Experimente zur Massenbeeinflussung durchgeführt. Auch das britische Tavistock-Institut arbeitete mit solchen Mitteln. Vieles spricht dafür, daß solche Methoden zur Programmierung von Menschen von der US-Unterhaltungsindustrie übernommen wurden.

Nicht nur zu Miley Cyrus. Madonna und Lady Gaga finden Sie in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" zahlreiche Hinweise, Indizien und Belege, die auf eine okkulte Agenda in der Musik- und Filmindustrie hindeuten, auch Taylor Swift nehmen wir genauer unter die Lupe - und kommen dabei zu Ergebnissen, die die Angaben von Fox-News-Moderator Watters, die von den Medien als "Verschwörungstheorie" abgetan werden, stützen. So wurde die US-Sängerin schon vor Jahren mit einem Freimaurer-ähnlichen Ritual auf offener Bühne in die höheren Kreise des Showbiz eingeführt - und fördert mit ihren Auftritten nun eine Art Hexenkult, der Okkultismus und Feminismus miteinander verbindet.

Dies und vieles mehr verschweigt die Mainstream-Presse über Taylor Swift und andere Größen des Showbusiness. ...<<

19.01.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 19. Januar 2024 (x1.355/...): >>Der Kampf gegen unabhängige Bauern - zur globalen Steuerung der Nahrungskette

Von *Herbert Ludwig*

Der offizielle Anlaß der gegenwärtigen bundesweiten Protestaktionen der Bauern ist die von der Ampelkoalition geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges, der seit Jahren einen wachsenden existentiellen Druck auf die Landwirte ausübt, dem bereits eine steigend hohe Zahl kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe zum Opfer gefallen ist. Sie weichen einer fortschreitenden Konzentration auf große industrielle Agrarbetriebe von Kapitalgesellschaften, hinter denen globale Player stehen, die die Nahrungskette für ihre Ziele immer mehr in die Hand bekommen.

Wie Ernst Wolff berichtet, habe es 1995 in Deutschland noch ca. 390.000 Landwirtschaftsbetriebe gegeben. 2020 seien es nur noch etwa 240.000 gewesen, also in 25 Jahren ein Rückgang bis dahin um 150.000 (38,5 %). Das sehe in der gesamten Europäischen Union noch dramatischer aus. Von 2005 bis 2020 sei die Zahl von 14,4 Mio. Betrieben um 5,3 Millionen auf 9,1 Millionen gesunken - also bereits in 15 Jahren ein Rückgang um 5,3 Millionen oder rund 37 %.

Wie in der Industrie habe es also auch in der Landwirtschaft auf Kosten kleiner und mittlerer Betriebe einen schnell fortschreitenden Konzentrationsprozeß und damit eine kräftige Umverteilung von unten nach oben gegeben.

Doch in den vergangenen 3 Jahren habe sich die Lage der Bauern noch weiter verschlechtert: Zum bereits geschilderten Strukturwandel seien auch noch die Lieferkettenzusammenbrüche infolge der Lockdowns gekommen, außerdem die erschwerte Wartung und Reparatur von Landmaschinen durch den Chipmangel, die Erhöhung von Maut und CO2-Steuern, die Verteuerung von Düngern insbesondere durch den Ukrainekrieg und die erschwerte Kreditaufnahme auf Grund der Erhöhung der Zinsen durch die EZB.

Dieses Trommelfeuer an Problemen ist auch noch durch immer neue bürokratische Vorschriften, Einschränkungen und Regulierungen verschärft worden - fast alle im Namen des Klimas. - Damit ist eine angeblich existenzgefährdende Klimaerwärmung gemeint, die durch den von Menschen und Tieren hervorgerufenen CO2-Ausstoß verursacht werden soll, was auf eine scheinwissenschaftliche Erfindung des UN-Weltklimarates zurückgeht.

Der Great Reset

Ernst Wolff: "Daß auf diese Weise immer mehr Bauern den Kampf ums Überleben verlieren und zu Opfern internationaler Agrarkonzerne werden, ist allerdings kein Zufall. Wir erleben ja zurzeit weltweit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zeitenwende, den 'Aufbruch in das digitale Zeitalter. In das führt uns allerdings eine verschwindend geringe Minderheit - und zwar, ohne daß die Mehrheit in irgendeiner Weise ein Mitspracherecht hätte.

Diese Minderheit, ein Kartell aus mächtigen Finanz- und IT-Konzernen, verfolgt dabei mehrere Ziele, die inzwischen auch als Great Reset bekannt sind: Sie will uns alle biometrisch erfassen, sie will uns allen digitales Zentralbankgeld aufzwingen und sie will die Landwirtschaft von Grund auf umgestalten - und zwar durch sogenanntes Smart Farming. Dazu zählen die Automatisierung der Arbeit von Traktoren und Geräten, die Verwendung von Drohnen oder Arbeitsrobotern und der Einsatz der Künstlichen Intelligenz, zum Beispiel durch die Anwendung von Algorithmen im Pflanzenbau."

Der "Great Reset" (englisch für "Der große Neustart") geht auf das Weltwirtschaftsforum (WEF) unter Klaus Schwab zurück, das die Weltwirtschaft und die "Weltgesellschaft" im Anschluß an die COVID-19-Pandemie im Interesse der großen Konzerne neu gestalten will.

"Aber das ist nicht alles. Der Great Reset im Bereich der Landwirtschaft setzt vor allem auf die Erkenntnisse der synthetischen Biologie, also auf genetisch verändertes Saatgut und neuerdings auch - auf Laborfleisch. All das verkaufen uns die Protagonisten des Great Reset als Maßnahmen, die in unserem Interesse gegen den Klimawandel getroffen werden: Saatgut muß angeblich manipuliert werden, um die Pflanzen gegen den Klimawandel resistent zu machen und Laborfleisch muß normales Fleisch ersetzen, da Rinder, Schweine und Schafe ja zu viel Methan ausstoßen.

Das alles ist keine Satire, sondern bittere Realität. Dahinter verbirgt sich ein Milliardengeschäft, in das bereits zahlreiche Großinvestoren eingestiegen sind. Es bedeutet aber auch die vollständige Unterwerfung der Landwirtschaft unter diese Investoren, denn die Lizenzen und Patente sowohl auf klimaresistentes Saatgut als auch auf klimaneutrales Laborfleisch gehen natürlich nicht an die Landwirte, sondern - an die Vertreter des Kartells. ... Smart Farming ist nichts anderes als ein Riesengeschäft zugunsten einer winzigen Minderheit und außerdem das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie kennen."

Die Politikfiguren und der Bauernverband

Die herrschenden Politiker haben sich der Agenda des Great Reset nahezu vollständig untergeordnet und setzen sie beharrlich im Lande um. Unter ihnen haben sich als größte Gegner der Landwirte ausgerechnet die Grünen erwiesen, die das Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium in der Hand haben. "Sie scheinen keine Grenzen zu kennen, wenn es darum geht, die Landwirte immer weiter in die Enge zu treiben und den Großinvestoren einen roten Teppich auszurollen." (Ernst Wolff)

Eine zwielfichtige Rolle spielt dabei der Dachverband aller deutscher Bauern, der Deutsche Bauernverband. Angetreten, die Interessen der Landwirte zu vertreten, offenbart er auf seiner Webseite, daß er sämtliche Klimaziele der Vereinten Nationen und die Vorgaben der Klimagipfel unterstützt, sich also kritiklos hinter deren erlogene CO₂-Agenda stellt. Auf dem Parteitag der Grünen im November in Karlsruhe sei er sogar unter den "Ausstellern und Sponsoren" aufgetreten, wie Ernst Wolff anmerkt.

Jetzt, im Januar 2024, zu einer Aktionswoche mit Großdemonstrationen aufzurufen, sei vermutlich unter dem Druck der Basis, der wachsenden Unzufriedenheit vor allem kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe geschehen, die sich schon in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen lokalen und regionalen Protestaktionen Luft gemacht hatten.

Keine homogene Bauernschaft

Hinzu kommt, daß die deutsche Bauernschaft eben keine einheitliche, sondern eine höchst vielgestaltige Berufsgruppe ist, wie Hermann Ploppa in einem Artikel vom 6.1.2024 darlegt:

- Es gebe ganz große Agrar-Unternehmen mit riesigem Landbesitz, bei denen unter der Maxime der Gewinnmaximierung knallhart kalkuliert werde. "Und das erreicht man am besten mit einem degradierten Boden, der im Prinzip nur noch aus Kieselgranulat bestehen sollte, in den man in Hydrokultur chemisch erzeugten Dünger einbringt. Unerwünschte Kräuter auf dem Feld werden mit Chemie ausgeschaltet."

- Dann gebe es große und mittelgroße Bauernhöfe, die noch von Familien aber nach genau denselben Prinzipien bewirtschaftet werden wie die Agrarfabriken: also der großräumige Einsatz von Glyphosat und synthetischem Dünger.

- Und drittens bestehe die Gruppe der ökologischen Landwirte, die das Opfer auf sich nehmen, "erheblich arbeitsintensiver und riskanter zu wirtschaften als ihre so genannten 'konventionellen' Kollegen. Sie verzichten auf die chemische Keule und befahren ihre Äcker öfter, um den gewünschten Ertrag zu erzielen. Deswegen sind die Ökobauern auch von der Streichung der Dieselsubventionen erheblich schlimmer betroffen als die konventionellen Bauern."

Die Landwirtschaft der beiden ersten Gruppen nenne man im Zuge einer sprachlichen Manipulation 'konventionelle Landwirtschaft' - so als hätte es diese Art der Bodenbearbeitung schon seit der Steinzeit gegeben. Entsprechend müsse sich dann die verbliebene naturgerechte Landwirtschaft einem Rechtfertigungsdruck erwehren, als sei die natürliche Bewirtschaftungsweise etwas Exotisches und nicht vielmehr genau die Form von Landwirtschaft, die sich seit Jahrtausenden bewährt habe.

"Die ökologisch arbeitenden Bauern sind schon die ganze Zeit benachteiligt. Offenkundig hat die Politik in Brüssel und Berlin immer nur ein Ohr für die Lobbyisten der industriellen Landwirtschaft. So spielen die politischen Entscheider blinde Kuh und lassen ihre Agrarsubventionen nach dem Gießkannenprinzip über unterschiedslos alle landwirtschaftlichen Betriebe regnen - was eindeutig die großen Betriebe bevorzugt. Die großen Betriebe sind auf Expansion geeicht und verdrängen die bäuerliche Landwirtschaft, wo immer es geht."

Der Bauernverband wolle nun alle drei Kategorien der deutschen Landwirtschaft: Agroindustrie, "konventionelle" familiengeführte Betriebe und ökologisch-bäuerliche Höfe als Gesamtheit vertreten, also "Fuchs und Hühner in einem einzigen Stall friedlich vereinen". Da könne er nur den kleinsten gemeinsamen Nenner liefern. Seine politischen Äußerungen und Forderungen seien sozusagen "Mainstream". Große Konfrontationen könne er sich nicht leisten ohne in der eigenen Klientel anzuecken.

Es gebe aber mittlerweile kleinere Interessenverbände wie die "freien Bauern", welche die familiengeführten "konventionellen" Agrarbetriebe vertreten und keine Rücksicht nehmen müßten auf den großen Konsens.

"Die Freien Bauern sind der Ansicht, daß ihre Höfe am besten gedeihen, wenn sich am besten niemand in ihre Arbeit einmischt - weder Staat noch Konzerne. Sie lehnen die Zwangsdigitalisierung genauso ab wie den Zwang zur Gentechnik. Die Freien Bauern wenden sich dagegen, daß unter dem Vorwand vorgeblich ökologischer Politik tatsächlich die Kapitalkonzentration im Agrarsektor weiter vorangetrieben wird. Der deutsche Lebensmittelmarkt soll nicht mit Produkten aus Ländern überschwemmt werden, die den deutschen ökologischen und gesundheitlichen Standards nicht entsprechen."

Bei den momentanen Protesten federführend sei zudem der Verein "Landwirtschaft verbindet Deutschland" 7. Auch dieser Verein setze sich dafür ein, die einheimische Landwirtschaft angemessen zu fördern und gegen die agrarindustrielle Billig-Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen.

Die weltweite Situation

Das sei auch dringend notwendig. Denn die Misere der deutschen Landwirtschaft müsse unbedingt im Zusammenhang mit der weltweiten Situation gesehen werden.

"Weltweit erleben wir eine dramatische Enteignung der bäuerlichen Landwirtschaft und eine rapide Umwandlung fruchtbarer Böden in Kieselgranulatflächen. Hier gibt es immer weniger familiengeführte Betriebe. Stattdessen kontrollieren globale Konzerne wie Nestlé, Monsanto, oder Cargill die Szene. Die Ölkonzerne liefern die Abfallprodukte für die Düngung und Vergiftung ehemals natürlicher Biotope.

Hinter den globalen Agrar-Giganten stehen wiederum Banken und Vermögensverwaltungsfirmen wie Goldman Sachs, Blackrock oder Vanguard. Die politischen Hilfstruppen stehen mit Weltbank, Internationalem Währungsfond oder auch der Europäischen Union den Kapitalverwertern zur Seite, um in die Verschuldung getriebene Nationen zu zwingen, den Anweisungen der Globalkonzerne bedingungslos zu folgen."

Nichtregierungsorganisationen wie der 'World Wildlife Fund' würden die nötigen Zertifikate liefern, die besagten, daß die agrarindustriellen Produkte auf umweltverträgliche Weise hergestellt seien. Das Label MSC besage, daß wir nur glückliche Lachse aus absolut naturbelassener Herstellung verzehrten. Dies sei ein moderner Ablaßhandel.

Aber man könne mit diesen agrarindustriellen Lebensmitteln auch noch an den Börsen dieser Welt handeln und Wetten abschließen auf Preissteigerungen in Hungersnöten. Diese Wetten auf Lebensmittel hätten derart zugenommen, daß durch diese makabren Spielchen an der Börse die Lebensmittelpreise drastisch in die Höhe schnellten."

Ukraine

Ein besonders abstoßendes Beispiel für die Pervertierung der Landwirtschaft stelle die Ukraine dar. Diese verfüge mit 33 Millionen Hektar Schwarzboden über die besten Ackerböden Europas. Das mache ungefähr ein Drittel der Ackerflächen der Europäischen Union aus. Nach der Wende habe der Staat die vorher staatlichen Flächen in kleineren Parzellen an Bauern verteilt. Um sie zu schützen, sei 2001 von der ukrainischen Regierung angeordnet worden, daß diese Flächen nicht an ausländische Investoren verkauft werden dürften.

"Jedoch jene oben bereits erwähnte unheilvolle Koalition aus Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Entwicklungsbank übte erpresserischen Druck auf die ukrainische Regierung aus, dieses Verkaufsverbot im Zuge der berüchtigten 'Strukturanpassungen' sofort aufzuheben.

Im Windschatten des Krieges begann dann die große Landnahme der Ukraine. Westliche Agrarkonzerne und Banken können Land in der Ukraine per Leasingkauf erwerben. Verbliebene Staatsbetriebe werden im Schnellgang privatisiert. Heute gehört das ukrainische Ackerland bereits den üblichen Verdächtigen: Monsanto, Cargill, Dupont, Vanguard, Kopernik Global Investors, die zu Goldman Sachs gehörende NN Investment Partners Holdings und Norges Bank Investment Management."

Da sei es aus der Sicht der westlichen Investoren ein Glücksfall, daß sich die Ukraine durch den Krieg gegen Rußland mit 120 Milliarden Dollar verschuldet habe und die Ukraine nun ihr Tafelsilber komplett westlichen Banken übereignen müsse. Bereits Ende des Jahres 2022 habe der ukrainische Präsident Selenski mit dem Chef von Blackrock, Larry Fink, ein so genanntes Wiederaufbauprogramm verabredet, und Fink habe auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos erklärt, er und seine Freunde würden die Ukraine mit westlichem Kapital "fluten" und die Ukraine "zum Leuchtfeuer der Hoffnung für die Kraft des Kapitalismus" machen.

Fink wolle eine Billion Dollar in die Hand nehmen, um die Ukraine auf Linie zu bringen. Die verbliebenen selbständigen Bauern seien mittlerweile zum Militärdienst eingezogen worden. Falls sie lebend wieder zurückkehrten, könnte es sein, daß ihr Gehöft nicht mehr ihnen gehört. "Zugleich begann auch der Frontalangriff auf die Landwirte in der Europäischen Union.

Weil durch die Kriegshandlungen die Ukraine ihr Getreide nicht mehr auf dem Seeweg exportieren konnte, leitete die Europäische Union das ukrainische Getreide mal eben zollfrei in die Märkte der EU um. Besonders die osteuropäischen Bauern sahen sich plötzlich einer Dumping-Konkurrenz aus der Ukraine ausgesetzt, die sie schwerlich überleben konnten. Die Regierungen von Polen, Ungarn und der Slowakei machten daraufhin die Grenzen dicht für ukrainisches Getreide."

Dies habe mit einem Schlag die Agenda der Europäischen Union entlarvt. Die Ukraine mit ihrer radikalen Agroindustrie könne ruhig die europäischen Bauern ruinieren. Die Ukraine sei

sozusagen das Musterland für eine zukünftige europäische Landwirtschaft. Das Beispiel Ukraine zeige in brutaler Nacktheit, was auch der deutschen Landwirtschaft blühe.

"Die Grundzüge der Politik werden von den strategischen Abteilungen der Investmentbanken und Vermögensverwaltungsfirmen festgelegt. Die Politiker sind lediglich die Übermittler der schlechten Nachrichten und obendrein die Schießbudenfiguren, die den Volkszorn auf sich lenken, dessen Ursache die diskreten Herrschaften im Hintergrund sind. Die Politiker sind nur die Kellner, gekocht wird woanders. Wie wäre es mit einem bäuerlichen Besuch bei einem der oben genannten Finanzkonzerne?"

Doch das finde ich zu einseitig formuliert. Hermann Ploppa übersieht, daß die Politiker nicht nur die Übermittler und Kellner sind. Die "diskreten Herrschaften im Hintergrund" könnten ihre Ziele niemals ohne die Parteipolitiker in Parlament und Verwaltung, also ohne die staatlichen Gesetzgebungs- und Verordnungsinstanzen durchsetzen. Dafür sind die Politiker verantwortlich, dafür können und müssen sie und ihre Parteien zur Verantwortung gezogen werden. -

Gewöhnlich wird aber noch ein weiteres wichtiges Instrument vollkommen übersehen, ohne das eine solche verheerende Entwicklung zur Bodenkonzentration nicht stattfinden könnte:

Das Eigentum an Grund und Boden

Dadurch daß sich der Boden grundsätzlich im privatrechtlichen Eigentum befindet und Grundstücke wie Waren frei verkauft und gekauft werden können, ist es großen Finanzplayern leicht möglich, in Not getriebene Bauernhöfe mit allen Feldern zu erwerben und so regelrecht ein riesiges Imperium an industriellen Agrarbetrieben aufzubauen. Hier werden die negativen Auswüchse eines sozialen Grundübels der Rechtsordnung sichtbar, das über Jahrtausende von der kleinen Schicht der jeweils Herrschenden im eigenen Interesse tradiert worden ist.

Doch wie die Luft notwendiges Lebenselement aller Menschen ist, stellt der Boden die notwendige Lebens- und Arbeitsgrundlage aller Menschen dar. Der Boden gehört einer ganz anderen Kategorie an als Sachen, die durch menschliche Tätigkeit immer wieder produziert werden können, und an denen privates Eigentum natürlich voll berechtigt ist.

Der Boden ist jedoch nicht von Menschen hervorgebracht und kann auch nicht beliebig vermehrt werden. Mit einem Grundstück wird daher keine Sache oder Ware verkauft, sondern das privilegierte Recht, über dieses Grundstück unter Ausschluß aller anderen Menschen zu verfügen. Das führt notwendig dazu, daß nur diejenigen Eigentümer eines Grundstückes werden können, welche die hohen Grundstückspreise zahlen können. So sind gegenwärtig nur 42 % der Bevölkerung in Deutschland Eigentümer an Grund und Boden. Das bedeutet, daß 58 % von diesen existentiell abhängig sind.

Die Lösung könnte darin bestehen, daß der gesamte Boden einer Kommune in deren Besitz und Verwaltung bleibt bzw. übergeht - natürlich nur der Boden selbst, nicht die darauf errichteten Gebäude, denn diese sind ja von Menschen durch ihre Leistungen hervorgebracht worden und müssen in ihr Eigentum übergehen, können also auch verkauft und gekauft werden. Der Boden selbst aber muß dem Verkauf und Kauf völlig entzogen werden. Die Organe der Kommune teilen den Boden den verschiedenen Nutzungen zu, für die Bedarf und Möglichkeit besteht: Wohnflächen, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie etc.

Dann hat es die Gemeinschaft der Kommune in der Hand, ob sie einem fremden Konzern den eigenen Boden - unter Ausschaltung der eigenen Bauern - zur landwirtschaftlichen Nutzung überläßt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Januar 2024: >>**Sieben gute Gründe für Remigration - JETZT!**

Wer hätte das gedacht: Die Ampel ist "rechtsextrem"! Im Koalitionsvertrag vom 8. Dezember 2021 lesen wir auf Seite 112: "Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen." Im Klartext: SPD, "Grüne" und FDP versprechen auf dem Papier nichts

anderes als das, was die AfD entschlossen ist, in die Tat umzusetzen: eine "Remigration" (Rückführung) illegaler Zuwanderer und nicht integrierbarer Migrantinnen. Und dafür sprechen mindestens sieben gute Gründe!

Es ist nur noch absurd: Die Sprachpolizei hat den Begriff "Remigration" zum "Unwort des Jahres" erklärt. Das verwundert nicht. In früheren Jahren kürte diese linksgrün-woke "Jury" folgende Wörter zum jeweiligen "Unwort": Pushback, Abschiebeindustrie, Sozialtourismus, Rückführungspatenschaften, Überfremdung.

Aufgestachelt durch eine geschickt inszenierte öffentlich-rechtliche Agitprop-Kampagne und Skandalisierungsberichterstattung in den Mainstream-Medien echauffieren sich dem Staatsfunk zufolge "Zigtausende" auf der Straße über einen Fachbegriff, den sie bisher gar nicht kannten.

Dabei bedeutet "Remigration" im Sinne der AfD ausschließlich, die illegale Masseneinwanderung der vergangenen Jahre soweit und so schnell wie möglich umzukehren und Menschen, die absolut kein Bleiberecht haben, in ihre Heimatländer zurückzuschicken.

Aus nachvollziehbaren Gründen werden diese Menschen vermutlich nicht freiwillig unser Land verlassen. Deshalb werden auch polizeiliche Zwangsmaßnahmen notwendig sein. Wer in diesem Zusammenhang von "Remigration" spricht, soll jetzt durch gezielte und böartige Begriffsverwirrung in die Nähe von Menschheitsverbrechen gerückt werden - Stichworte "Deportation", "Vertreibung".

- Fakt ist: In Deutschland leben inzwischen mehr als 13 Millionen Ausländer - darunter hunderttausende Sozialmigrantinnen, die kein Recht haben, hier zu sein. Nur um diese Menschen geht es, wie der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, betont. Egal, was welche nicht entscheidungsrelevanten Akteure in welchen Hinterzimmern auch immer besprechen.

Für "Remigration" in diesem (und nur in diesem Sinne!) sprechen mindestens sieben gute Gründe:

1. Es ist eine Zahl, die jede Dimension sprengt: 5,8 Billionen Euro! Das sind 5.800 (in Worten: fünftausendachthundert) Milliarden Euro. In dieser Höhe insgesamt wird, sofern sie nicht gestoppt wird, die illegale Zuwanderung die deutsche Volkswirtschaft längerfristig belasten. Das ist dreimal mehr als die Kosten für die Wiedervereinigung!

Die Zahlen hat sich nicht irgendwer aus den Fingern gesaugt - diese Zahlen hat der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen (Universität Freiburg) errechnet. Er gilt als einer der besten Sozialexperten Deutschlands und war einst Rentenberater der Bundesregierung unter Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD).

Immer höhere Migrationskosten, immer mehr ausländische "Bürgergeld-Bezieher" immer weniger Beitragszahler und je nach unterschiedlichen Schätzungen nur noch 15 bis 18 Millionen echte Netto-Steuerzahler hierzulande, also solche, die mehr Steuern zahlen, als sie staatliche Transferleistungen wie u.a. Kindergeld erhalten: Daß die Rechnung auf Dauer nicht aufgehen kann, dafür braucht es nur die Grundrechenarten. Mit denen hapert es aber zunehmend an unseren Schulen!

2. Deutsche Schüler haben 2022 im internationalen Leistungsvergleich PISA das bisher schlechteste Ergebnis überhaupt erzielt! Bildung, der einzige Rohstoff Deutschlands, schwindet im Zuge der illegalen Masseneinwanderung immer dramatischer.

Deutsche Schüler schneiden in Mathematik, im Lesen und in Naturwissenschaften noch einmal deutlich schlechter ab als 2018. Kein Wunder angesichts von Schulklassen, in denen zu 90 Prozent und mehr ein bildungsferner Migrantinnen-Nachwuchs dominiert.

3. Wer im Bekannten- oder Kollegenkreis über das Thema Zuwanderung diskutiert, bekommt früher oder später das Argument zu hören: "Ja, aber die Fachkräfte! Wer soll denn die Arbeit machen, wenn Deutschland keine Zuwanderer hätte? Wer erwirtschaftet einmal unsere Ren-

ten?" Auch dieses Narrativ wird jetzt durch Prof. Raffelhüschen weitgehend zerpfückt. Schon jetzt klafft in der alternden deutschen Gesellschaft eine riesige Lücke zwischen dem, was Arbeitgeber und -nehmer an Steuern, Pflege-, Renten-, Krankenversicherungsbeiträgen einzahlen und dem, was sie künftig ausbezahlt erhalten. Diese sogenannte "Nachhaltigkeitslücke" wird laut Raffelhüschen in den nächsten Jahrzehnten auf 19,2 Billionen Euro anwachsen, wenn Deutschland weiterhin im Schnitt pro Jahr 300.000 Ausländer aufnimmt. Ohne Zuwanderung würde diese "Nachhaltigkeitslücke" jedoch "nur" 13,4 Billionen betragen.

Der Freiburger Wissenschaftler legt seine Berechnungen substantiiert dar:

- Durchschnittlich dauert die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sechs Jahre. In dieser Zeit zahlen sie nicht oder nur wenig in die deutschen Sozialkassen ein. Auch später im Erwerbsleben werde es kaum besser.

Denn aufgrund mangelnder Qualifikation verdienen Migranten meist deutlich weniger als deutsche Kollegen. Folge: Sie zahlen weniger Steuern und Abgaben, vor allem aber weniger Beiträge auch zu den Sozialkassen. Sie erhalten aber im Prinzip die gleichen Leistungen bei Krankheit, Pflege und Rente. Letztere wird dann absehbar mit einem staatlichen, also aus Steuermitteln finanzierten Grundrentenaufschlag, auf das Existenzminimum von rd. 1.200 Euro aufgestockt.

Raffelhüschen faßt zusammen: "Obwohl die Altersstruktur der Migranten potentiell eine demografische Verjüngungsdividende birgt, führt dies in keinem der betrachteten Szenarien zu einer positiven fiskalischen Bilanz der Migration."

Der Freiburger Ökonom rechnet anhand eines einfachen, für jedermann nachvollziehbaren Beispiels vor: "Ein Asylbewerber kommt mit 26 Jahren nach Deutschland, wird nach zwei bis drei Jahren abgelehnt, bleibt aber mit Duldung hier. Dann beginnt er allmählich mit ersten Jobs, qualifiziert sich und startet mit 35 Jahren eine Biographie als Steuer- und Beitragszahler. Wegen geringer Rentenanwartschaft bekommt er als Rentner die Grundsicherung - für die seine Beiträge niemals gereicht hätten."

4. Jahrelang wurde es als "rechte Verschwörungstheorie" abgetan, nun hat es die Bundesregierung in Gestalt der Asyl-Totalversagerin Nancy Faeser (SPD) ganz offen zugegeben: Die zügellose illegale Masseneinwanderung bewirkt, daß Deutschland immer mehr Kriminalität importiert. Selbst "Antifa-Sympathisantin" Faeser spricht im Zusammenhang mit der erschreckend hohen Ausländerkriminalität von einer "neuen Dynamik". Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, sieht eine "Welle der Gewalt". Die BKA-Zahlen sprechen eine deutliche Sprache:

- Gewaltdelikte (Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung) sind laut BKA im ersten Halbjahr 2023 regelrecht explodiert. Die Wiesbadener Behörde verzeichnet vorläufigen Zahlen zufolge einen Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2022. Die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen nahm dabei um 23 Prozent zu, die deutscher Tatverdächtige dagegen nur um acht Prozent. BKA-Chef Münch redet nicht länger um den heißen Brei herum: Es gebe eine "sehr auffällige" Entwicklung - mehr und mehr stünden die Tatorte in einem "Bezug zu Fluchtmigration".

Brisant: Die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen im Jugendalter stieg besonders dramatisch an - um erschreckende 37 Prozent! Von der Clan-Kriminalität wollen wir hier erst gar nicht reden!

5. Remigration bedeutet auch Abschreckung vor allem im Hinblick auf die oft zitierten "Pullfaktoren". In Deutschland gibt es unstrittig mit die höchsten Sozialleistungen für Migranten europaweit. Hinzu kommt der sogenannte Familiennachzug. Wenn sich in Migrantenkreisen erst einmal herumspricht, daß die neue deutsche Einwanderungs-Devise "Zurück marsch, marsch!" heißt, wird nach Einschätzung von Experten der Migrationsdruck ganz automatisch nachlassen.

6. Ende 2022 lebten bereits rund 900.000 Syrer in Deutschland, in der überwiegenden Mehrzahl junge Männer. Männer, die dringend zum Wiederaufbau ihrer weitgehend befriedeten Heimat gebraucht werden. Remigration bedeutet in diesem Sinne auch Entwicklungshilfe der ganz praktischen Art - und zwar ohne, daß die deutschen Steuerzahler belastet werden!

7. Man wagt es kaum noch laut auszusprechen: Remigration bedeutet auch Wahrung unserer kulturellen Identität, unserer abendländischen Werte! Wohin die Reise sonst geht, hat Bestseller-Autor Thilo Sarrazin schon 2010 in seinem Klassiker "Deutschland schafft sich ab" beschrieben. Vor fünf Jahren legte er mit seinem Buch "Feindliche Übernahme" nach: "Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Die Ampel bekommt den Hals nicht voll! Nur mit uns bleiben die Steuern im eigenen Land**

Eigentlich könnte Finanzminister Christian Lindner von der FDP aus dem Vollen schöpfen: Auch im kommenden Jahr winken Rekordsteuereinnahmen, für die man viel Gutes tun könnte. Doch statt die Bürger zu entlasten, die Wirtschaft zu fördern, in die Infrastruktur oder gar in die Bildung zu investieren, füllt die Ampel lieber fremde Kriegskassen, finanziert illegale Migranten oder baut Radwege in Peru. Aber weil selbst das höchste Steueraufkommen in der Geschichte der Bundesrepublik für all die unsinnigen Ideologieprojekte nicht reicht, werden neue Schulden gemacht. Und weil trotz allem immer noch 17 Milliarden Euro fehlen, wird auch bei den Steuern nochmal extra zugelangt - was am Ende vor allem jene trifft, die schon jetzt nicht mehr über den Monat kommen.

So soll mit der spontanen Erhöhung der CO₂-Abgabe von 30 auf 45 Euro - statt wie ursprünglich geplant auf 40 Euro - pro Tonne insgesamt 1,2 Milliarden Euro zusätzlich in die Steuerkassen gespült werden. Zahlen müssen die zwar vor allem Industrie und Transportgewerbe (so wie jeder Autofahrer), die aber legen die Kosten am Ende über die Preise um. Zahlen muß es der Verbraucher über den immer teurer werdenden Wocheneinkauf. Weitere 176 Millionen Euro sollen bei den Landwirten eingespart werden - zunächst, denn bis 2026 werden es 440 Millionen.

Die Ampel zieht die Daumenschrauben bei den Steuerzahlern immer weiter an - trotz der Massenproteste, die sich längst Bahn gebrochen haben. Die Bundesregierung kennt nur eine Richtung, die das Geld in Deutschland nimmt: Weg von den Bürgern. Nur die AfD kann diesen Kostenwahnsinn beenden - denn nur mit uns wird das Steuergeld dort eingesetzt, wo es hingehört: Bei den Bürgern in diesem Land. Und das mit Augenmaß und nicht mit der Schaufel.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2024: >>**Cancel Culture: Kein Comeback für Wendler**

Von Karel Meissner

Schlagersänger Michael Wendler gehörte zu den Mutigen, die dem Corona-Mainstream-Narrativ öffentlich widersprachen. Deshalb soll nun sein für 2025 geplantes Comeback gecancelt werden. COMPACT fordert ein Corona-Tribunal ...

Längst ist klar, daß die scheinbar guten Hirten Lauterbach oder Drost den Corona-Herde in den Impf-Abgrund gejagt haben. Dennoch: Allen, die vor zwei Jahren nicht mitgerannt sind, grollt man weiterhin. Auch kollektive Irrtümer sind dem Mainstream verbindlich.

Eine dieser Spielverderber war Schlagersänger Michael Wendler. Nach seinem Widerspruch zum offiziellen Corona-Narrativ fiel er beim Zwangsgebühren-TV und Mainstream-Medien gleichermaßen in Ungnade. Sogar seine Frau Laura wurde (und wird) in Sippenhaft genommen. So will der Playboy erst wieder heiße Fotos mit ihr machen, wenn sie sich von ihrem bösen Ehemann "distanziert" (sprich: getrennt) habe.

Trotzdem hoffte Wendler anscheinend, daß glückliche Untertanen einem Subversiven irgend-

wann vergeben würden. Also kündigte er ein Comeback-Konzert im Stadion Niederrhein (Oberhausen) an. Aber erst für den 06. September 2025, also in anderthalb Jahren. So konnte noch ein wenig Gras über Vergangenes wachsen. Leider hatte er die Rechnung ohne den Besitzer des Freigeländes, dem Stadtsportbund (SSB), gemacht.

Der erklärte, daß er sich "auf jegliche Art und Weise von den Äußerungen eines Michael Wendlers" distanzieren. Nach diesem Pflicht-Ritual erklärte der SSB, daß kein unterschriebener Vertrag existiere. Die Agentur habe lediglich eine Buchung des Stadions für ein Schlagwerkerkonzert angefragt. Dabei sei der Name Wendler nicht erwähnt worden. Das habe man erst durch Dritte erfahren. Welch Hinterlist.

Daher, so der SSB, habe man den mainstreamfreundlichen Entschluß gefaßt, "dem Veranstalter dafür keinen Vertrag auszustellen". Die Agentur müsse sämtliche Werbung mit dem Stadion "in der Presse zurückzunehmen und richtigzustellen". Wendler selbst verglich dieses Vorgehen auf Facebook mit DDR-Praktiken:

"Wir lassen uns nicht einschüchtern oder verbieten. Was sich diese Leute erlauben, ist rechtsstaatlich bedenklich und gefährlich."

Ratsmitglieder der Stadt Oberhausen maßten sich die Entscheidung an, "welcher Künstler genehm ist und wer nicht." Notfalls fände das Konzert an einem anderen Ort statt.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Januar 2024 (x1.351/...): >>"Lila Bäcker" ist pleite, Bayer und Co bauen Stellen ab: Wir wollen die Abriß-Ampel stoppen!

Und wieder hat es die Ampel geschafft: Auch die Bäckerei-Kette "Lila Bäcker" ist pleite und muß 900 Mitarbeiter entlassen. Wirtschaftsminister Habeck würde mit seinem unverwechselbaren Zynismus wohl sagen: Sie hat nur aufgehört zu produzieren. Und wieder einmal weisen die Ursachen dieses Desasters direkt auf Robert Habeck und auf die zerstörerische Energie- und Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung.

Eine Unternehmenssprecherin sagt alles, was zu sagen ist: "Eine Gesamtlösung für den Lila Bäcker scheiterte an schwierigen Marktbedingungen durch gestiegene Energie- und Rohstoffpreise, unter denen auch andere Bäckereien leiden. Kunden müssen sparen und halten sich zurück."

Derweil verfinstert sich die Lage der deutschen Industrie auch in anderen Branchen immer mehr. Erst am Montag verkündete der Pharma- und Chemie-Riese Bayer einen "erheblichen Personalabbau" bis Ende 2025.

Auch die Autozulieferer sind enorm von der Wirtschaftskrise betroffen: Continental kündigt tausenden Mitarbeitern die 40-Stunden-Verträge, die Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF) will offenbar 12.000 Stellen abbauen. All das juckt jedoch die Ampel-Regierung nicht, die am energieverteuernden Ausstieg aus der Kernenergie festhält, während Frankreich sein Kernkraft-Programm noch weiter ausbaut und Polen in die Kernenergie einsteigt.

Für die AfD sind Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit unserer fleißigen Arbeitnehmer wichtiger als Ideologie. Wir wollen die "Energiewende" rückabwickeln, die Nord-Stream-Leitungen reparieren und in Betrieb nehmen, Bürokratie abbauen und die Steuer- und Abgabenlast wieder senken, damit Unternehmer und Verbraucher Luft zum Atmen haben. Denn das größte "Standortrisiko" für Deutschland sind die Ampel-Regierung und ihre Helfer von der CDU!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2024: >>**Dresden 1945: Ein geplanter Massenmord**

Dresdens Oberbürgermeister Hilbert (FDP) hat die Inschrift zum Gedenken an die Bombentoten auf dem Altmarkt entfernen lassen - eine Schande! Wir wollen die Erinnerung an dieses schwere Kriegsverbrechen wachhalten, zumal nachgewiesen, daß der Tod vieler Menschen das eigentliche Ziel der Angriffe war. ...

_ von Gero Bernhardt

Die ersten Luftschläge im Zweiten Weltkrieg führten nicht etwa die Deutschen, sondern die britische Royal Air Force (RAF) aus - und zwar fern der Front, im Hinterland des Feindes. Von Seiten Englands ist dies sowohl von damals maßgeblichen Politikern wie Luftfahrt-Staatssekretär James Spaight (1944) oder Churchills Kabinettsmitglied Lord Hankey (1950) als auch von prominenten Historikern, etwa von Basil Liddell Hart (1946), J. F. C. Fuller (1948), Denis Richards und Hilary Saunders (1953; offiziöse Geschichte der RAF) oder A. J. P. Taylor (1965), eingestanden worden.

Spaight bekundete in seinem Buch *Bombing Vindicated*:

Wir begannen, Städteziele in Deutschland zu bombardieren, ehe dies die Deutschen in England taten. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben worden ist.

In Taylors *English History 1914-1945* kann man lesen:

"Die britische Initiative ist völlig klar. Die deutsche Bombardierung von Warschau und Rotterdam war Teil eines militärischen Feldzuges, eine Ausdehnung vorausgegangener Artilleriebeschießung verteidigter Städte. Der Blitz begann erst, nachdem die Briten schon fünf Monate lang deutsche Städte bombardiert hatten."

Dem Angriff der deutschen Luftwaffe auf die englische Rüstungsmetropole Coventry im November 1940, der häufig fälschlicherweise als "Beginn des Bombenterrors" im Zweiten Weltkrieg bezeichnet wird, waren beispielsweise allein 24 Angriffe der RAF auf Dortmund vorausgegangen, wie sich aus der Chronik der Lokalhistorikerin Katharina Tiemann ergibt, die in dem Buch *Stadtgeschichte in Bildern und Berichten* erschien, das 1995 vom Historischen Verein für Dortmund herausgegeben wurde.

Churchills Mordgelüste

Auch die Bundesregierung unter Konrad Adenauer wies schon früh auf den korrekten Ablauf hin. In ihren Dokumenten *Deutscher Kriegsschäden*, veröffentlicht im Jahr 1958, heißt es:

"Mit dem Tagesangriff vom 4. September 1939 gegen Schiffsziele vor Wilhelmshaven und gegen den Nordostseekanal hat die RAF den Luftkrieg praktisch eröffnet. ... Die in dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht erwähnten feindlichen Angriffe auf drei Orte im Ruhrgebiet in der Nacht vom 10. zum 11. Mai 1940 sind als Einleitung des Städtebombardements anzusehen. Mit diesem Datum begann ein neuer Abschnitt der Kriegsgeschichte."

Sieht man also von der Ende November 1939 erfolgten sowjetischen Bombardierung der finnischen Hauptstadt Helsinki ab, kam es im Zweiten Weltkrieg in der Nacht zum 11. Mai 1940 zum ersten Bombenangriff auf eine frontferne Stadt.

Der Historiker Jörg Friedrich schreibt dazu in seinem Standardwerk *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*:

"Das britische Kabinett hatte nach Churchills Amtsantritt den Grundsatz des Zivilschutzes aufgehoben. Die erste bombardierte deutsche Stadt war Mönchengladbach, wo fünfunddreißig Hampdens und Whitley-Bomber Straßen und Schienenwege bombardierten. Dabei kamen vier Zivilisten um, darunter eine dort ansässige Engländerin."

Gleich darauf folgten Angriffe der RAF auf Aachen, Dortmund, Essen, Hamm und Hannover. Im Juni 1940, so Friedrich weiter, erklärte Churchill:

"Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja, zu einer Wüste!"

Es gelte, so der Londoner Premier, "ein gewaltiges Feuer in Hitlers eigenem Hinterhof" zu entfachen. Im Sommer 1940 habe der britische Regierungschef laut *Der Brand* seinem Rüstungsminister Beaverbrook bei einem Lunch eröffnet: "Es gibt eine Sache, die Hitler niederwirft, und das ist ein absolut verwüstender Ausrottungsangriff ("exterminating attack") durch sehr schwere Bomber."

Im April 1941 habe Churchill dann seine "Bombenmoral" wie folgt beschrieben: "Es gibt knapp 70 Millionen bösertige Hunnen. Die einen sind heilbar, die anderen zum Umbringen."

("... some of whom are curable and others killable").

Anglo-amerikanische Eskalation

Doch nicht nur der Ausbruch, sondern auch die Eskalation des Luftkrieges ging auf alliiertes Konto: Das Flächenbombardement, der Feuersturm mit Injektoreffekt (Unterdruck, etwa im Keller von Häusern, der Gase aus oberen Brandstellen hinabzieht) und die verheerende Phosphorbombe wurden von der Royal Air Force entwickelt

Das teuflische Napalm, das zu Massenverbrennungen und -vergasungen führt, das verbrecherische "Strafing" (Bezeichnung für die vom amerikanischen Luftwaffengeneral Spaatz im Spätsommer 1944 konzipierten Tieffliegerangriffe "auf alles, was sich bewegt") und die - nicht gegen das Deutsche Reich, aber gegen Japan - eingesetzte Atombombe, die allen Grundsätzen einer nur halbwegs moralischen Kriegführung zuwiderläuft, wurden erstmals von der Luftwaffe der US Army eingesetzt.

Die totale Enthemmung des anglo-amerikanischen Bombenkrieges zeigt sich auch daran, daß zum Schluß sogar Krankenhäuser zu Punktzielen der Alliierten werden konnten.

Jörg Friedrich macht dies am Beispiel des Angriffs auf das katholische Hospital von Dinslaken am 23. März 1945 deutlich. "Zwei Wöchnerinnen mit ihren Säuglingen waren sofort tot", schreibt er und zitiert des Weiteren den Bericht von Chefarzt Dr. Otto Seidel:

"Mit einem Blick bemerkte ich, daß sämtliche Patienten in den zerborstenen Betten tot waren, dann machte ich mich an die Beseitigung des Trümmerschutts, um an die noch Lebenden heranzukommen. Es gelang mir, eine Mutter mit zwei Kindern freizubekommen. Die nächste Arbeit galt einer vollkommen gelähmten Patientin, aber ich konnte sie nur noch als Tote bergen. Neben ihr lag ein Mädchen von zehn oder elf Jahren. Es war kurz vorher mit mehreren Beinbrüchen bei uns eingeliefert worden. Nun lag es vor mir mit einem meterdicken Betonklotz auf dem kleinen Kopf, der platt gedrückt war wie ein Buch."

Friedrich berichtet weiter: "Kurze Zeit später wurden Flüssigkeitsbrandbomben abgeworfen, die sämtliche Ein- und Ausgänge des Krankenhauses blockierten. Noch lebende Patienten verbrannten."

Wichtig ist noch der Hinweis des renommierten Historikers, der zu den Koryphäen der Luftkriegsforschung in Deutschland zählt:

"Krankenhäuser waren auf dem Dach mit Rotkreuzzeichen bemalt, und 1945 zielten die Crews präzise genug, um bei Tageslicht ein Krankenhaus auszusparen."

Offenbar sollte die Klinik in Dinslaken bewußt getroffen werden.

Bei der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 hatten US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Großbritanniens Premierminister Winston Churchill eine makabre Arbeitsteilung im Bombenkrieg vereinbart: Die US Air Force greift tagsüber an, die Royal Air Force nachts. So regneten rund um die Uhr Bomben auf deutsche Städte.

Als Hauptangriffsgebiet wurde in Casablanca das Ruhrgebiet, Deutschlands industrielles Herz, ins Visier genommen - und als wichtigstes Ziel ihrer Luftschläge bezeichneten die politischen Führer der Westalliierten bei ihrem Gipfeltreffen in Nordafrika die "Unterminierung der Moral des deutschen Volkes bis zu einem Punkt, an dem seine Fähigkeit, bewaffneten Widerstand zu leisten, tödlich getroffen ist". "Durch Casablanca", schrieb der Chef des britischen Bomber Commands, Marschall Arthur Harris, "waren die letzten moralischen Hemmungen gefallen, und ich erhielt für den Bombenkrieg völlig freie Hand."

Die Todesbilanz

Die Bilanz dieses alliierten Vernichtungskrieges aus der Luft ist erschütternd: Fast anderthalb Millionen Tonnen Bomben wurden im Zweiten Weltkrieg auf deutsche Städte geworfen, rund 80 Prozent davon fielen 1944/45, eine halbe Million Tonnen allein noch zwischen Januar und April 1945.

Die am häufigsten attackierten Städte waren Berlin (389 Luftangriffe), Duisburg (299), Essen

(272), Köln (262), Düsseldorf (243) und Hamburg (213). Von allen Großstädten mit über 250.000 Einwohnern wies Dortmund mit 65 Prozent den höchsten Zerstörungsgrad durch Luftkrieg auf, bei den kleineren Großstädten war es Würzburg mit 75 Prozent, bei den Städten bis zu 100.000 Einwohnern Pforzheim, das zu 64 Prozent zerstört wurde.

Was die Opferzahlen unter der deutschen Zivilbevölkerung anbelangt, so sind diese schwer zu ermitteln und werden heute eher heruntergerechnet, statt sie seriös zu beziffern. Nach Mindestschätzungen gab es auf deutscher Seite eine halbe Million Tote durch die alliierten Bombenangriffe, es kann aber durchaus auch eine Million gewesen sein, davon etwa 20 Prozent Kinder. Allein die Schätzungen der Totenzahl von Dresden (13. bis 15. Februar 1945) divergieren von fünf- bis zu sechsstelligen Zahlen. Mehrere Millionen Menschen wurden verwundet, viele davon, auch Kinder, blieben zeitlebens Krüppel.

Wir gedenken der Opfer des alliierten Bombenterrors: In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" zeichnet Luftkriegsexperte Wolfgang Schaarschmidt den Massenmord am 13./14. Februar 1945 wirklichkeitsgetreu nach. Ohne Herunterrechnen der Opferzahlen! Eine fundierte Darstellung mit Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2024: >>Aktuelle Umfragen: AfD trotz der Hetze

Von Sven Eggers

Was für ein AfD-Jahresstart! 45,7 Prozent bei der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (Thüringen), bundesweit steigende Umfrageergebnisse, ins Leere führende Hetzkampagnen!

...

Die geradezu hysterisch anmutenden Haß- und Hetzkampagnen gegen die AfD haben zunächst keine Auswirkungen. Auch nach neuesten Umfragen liegen die Blauen bundesweit deutlich vor den Ampel-Parteien. Mit unseren Steuerfeldern gefütterte Polit-Aktivisten halten der AfD eine Zusammenkunft von gut 20 Personen in Potsdam vor, auf der über Remigration (Mediensprech: "Vertreibung", "Deportation") referiert worden sei. Sämtliche (!) etablierten Medien sind in entlarvender Gleichschaltung seither an einer Giga-Hatz auf die Opposition beteiligt.

Doch die AfD-Umfrageergebnisse sind weiter stabil. Folgerichtig jault der Spiegel jetzt auf: "Das Bekanntwerden des Potsdamer Treffens hatte offenbar kaum Auswirkungen auf ihre Anhängerinnen und Anhänger." Die Polit-Illustrierte selbst hatte eine Civey-Umfrage in Auftrag gegeben. Die Enttäuschung muß dann bei Begutachtung der Zahlen gewaltig gewesen sein: Die AfD liegt bundesweit weiterhin bei stabilen 21 Prozent und behauptet Platz zwei hinter der CDU (30 Prozent).

Keiner glaubt den Staatsmedien

Mager hingegen fallen die Ergebnisse für die Ampel-Parteien aus: SPD 15, Grüne 14, FDP vier Prozent. Für die Linke bleiben ebenfalls noch vier Punkte. Ganz offenkundig funktionieren die tonangebenden Medien nicht mehr. Tagesschau & Co. sind durchschaut! Ihre Propaganda läuft ins Leere.

Der Süddeutschen Zeitung zitterten gestern denn auch die morschen Knochen mit Blick auf die baldige Europa-Wahl:

"Anfang Juni wird das Parlament neu gewählt, und die rechte Welle, die gerade über Europa hinweggeht, wird manche Abgeordnete aus dem Parlament spülen, möglicherweise sogar die Fundamente der Europäischen Union aufweichen."

Staatsmedien und abgehalfterte Politfiguren werden in den kommenden Wochen alles daransetzen, in der Bundesrepublik Wahlerfolge der blauen Konkurrenz zu verhindern. Da wird keine Lüge zu dreist, keine Diffamierung zu unverschämt sein.

Die Wähler aber demonstrieren mit jeder Umfrage, daß sie nicht gewillt sind, sich Befehle

erteilen zu lassen. So wird jetzt auch für Brandenburg eine neue Insa-Umfrage vorgelegt. Die AfD liegt demnach deutlich in Führung. Wäre am kommenden Sonntag Landtagswahl, würde hingegen die SPD ein Debakel erleben. Die Sozis unter Ministerpräsident Dietmar Woidke landen hat bei 17 Prozent. 2017 hatten die Roten noch 26,2 Prozent eingefahren und die Wahl gewonnen.

FDP 3, AfD 28 Prozent

Gemäß der von Märkischer Allgemeiner Zeitung, Lausitzer Rundschau und Märkischer Oderzeitung in Auftrag gegebenen Erhebung kommt die AfD jetzt auf 28 Prozentpunkte; bei der letzten Wahl 2019 waren es noch 23,5 Prozent. Die CDU erklimmt demnach mit 18 Prozent den zweiten Platz vor der SPD. Die Grünen liegen in Brandenburg bei acht Prozent. Die FDP bliebe mit drei Prozent außerhalb des Landesparlaments. Die neue Wagenknecht-Partei, die in Brandenburg noch keinen Landesverband gegründet hat, könnte auf 13 Prozent hoffen. Die Linke kommt hier noch auf sechs Prozentpunkte.

In Thüringen hatte eine Insa-Umfrage in der vergangenen Woche 31 Prozent für die AfD ermittelt. Damit sind die Blauen auch hier die stärkste Partei vor der CDU mit 20 Prozent. Der Wagenknecht-Truppe werden in Thüringen 17, der Linken von Ministerpräsident Ramelow 15 Prozent zugetraut. Alle drei Ampelparteien liegen im einstelligen Bereich: SPD sechs, Grüne fünf und die FDP drei Prozent.

Apropos Thüringen: In Kürze (28. Januar) steht die Entscheidung im Saale-Orla-Kreis an. Und trotz des üblichen Bündnisses der Blockparteien sieht es gut aus für AfD-Kandidat Uwe Thrum, denn der Vorsprung ist gewaltig. In 47 von 59 Städten und Gemeinden gingen im ersten Wahlgang die meisten Stimmen an die AfD. In Paska wählten sogar 72,4 Prozent den AfD-Bewerber. In 15 weiteren Gemeinden kam er über die 50-Prozent-Marke.

Die AfD setzt ihr Hoch also weiter fort. In acht Monaten wird im Osten der Republik gewählt. Dann kann der Umschwung kommen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2024: >>**Emotionen nach TV-Sendung: "Diese Tränen waren echt"**

Von *Sven Reuth*

COMPACT-TV berichtete über die schändliche und vom Rathaus angeordnete Zerstörung einer Inschrift zum Gedenken an die Opfer des Dresdner Bomben-Terrors - zahlreiche Zuschauer reagierten sehr emotional. ...

Vierzehn Tage nach dem am 3. Februar 1945 erfolgten furchtbaren Luftangriff auf die deutsche Reichshauptstadt Berlin berichtete der Berliner Korrespondent der Stockholmer Zeitung Dagens Nyheter über ein noch viel schrecklicheres Kriegsereignis:

"Das große Gesprächsthema in Berlin ist heute nicht mehr die Nähe der Front, sondern - Dresden. Die schöne Stadt an der Elbe, die bis vor kurzem vor Luftangriffen so gut wie verschont geblieben war, mußte in der Nacht auf Mittwoch plötzlich einen heftigen Bombenangriff über sich ergehen lassen, dem nachher sowohl bei Tage als auch bei Nacht ein Angriff nach dem andern folgte ...

Man kann sich lediglich an Berichte von Reisenden halten und diese stimmen darin überein, daß Dresden seit Dienstagabend ein einziges brennendes Inferno sei, in dem die Menschen zu mehreren Zehntausenden den Tod fanden, und, wie man in Berlin hörte, eigentlich alle weltbekannten, kulturhistorischen Bauwerke ganz oder teilweise zerstört wurden."

"Voller Mitgefühl für die Menschen dort"

Weiter hieß es in dem Artikel der schwedischen Zeitung:

"Durch keine Stadt waren in den letzten Wochen so viele Ostflüchtlinge geschleust worden wie durch Dresden. Alle Kinos, Schulen, Kirchen und andere öffentliche Gebäude der Stadt waren voll von Müttern und Kindern und Alten und Kranken, die sich mit ihrer letzten Habe von den Frontgebieten im Osten nach dem Westen durchgeschlagen hatten ... Wir hier in

Berlin, die wir in den letzten 24 Stunden lange Luftwarnungen erlebt und gesehen hatten, wie ein Geschwader nach dem anderen auf dem Weg nach Dresden die Stadt überflog, waren voller Mitgefühl für die Menschen dort. Dieses Mitgefühl galt nicht zuletzt den Skandinavieren, die seit langem ihre Heimat in Dresden haben."

Was war in Dresden, das der Welt als eine der bedeutendsten Kunststädte bekannt war, wirklich geschehen?

Bis zum 13. Februar 1945 hatte Dresden den Bombenkrieg nur in einem verhältnismäßig geringen Umfang zu spüren bekommen. Daher war vor dem 13. Februar 1945 die Flak von Dresden fast zur Gänze abgezogen worden, da sie an den Fronten dringender benötigt wurde.

Verwundetenstadt Dresden

Auch sonst war in Dresden zum Schutz der Bevölkerung nicht viel vorhanden, es gab keine Bunker wie in anderen Städten, und auch die Luftschutzkeller waren vielfach nicht gut. Wohl aber hatte man die Keller durch Ausbrechen von Durchgängen untereinander verbunden, um den Insassen bei Zerbombung der eigenen Hauseingänge oder bei Brandgefahr die Benützung unterirdischer Fluchtwege zu ermöglichen. Auf den großen Plätzen waren auch Wasserreservoirs zur Brandbekämpfung aufgestellt worden.

Wer von den Einwohnern Dresdens hätte auch schon mit großen Angriffen auf die Stadt gerechnet? Dresden war eine Stadt der Künste und keine Industriestadt, und überdies sei sie, so erzählte man sich, wegen der vielen Lazarette sogar zur Verwundetenstadt erklärt worden. Schließlich wurde Dresden als eine der schönsten und kulturell bedeutendsten Städte der Welt überall besonders geschätzt. So glaubten die Dresdner an keinen direkten Luftangriff und fühlten sich auch nicht unmittelbar bedroht.

Hilberts Aktion gegen das Gedenken

Doch dann brach das fürchterliche Inferno über die Stadt herein, daß Zehntausende von Menschenleben fordern sollte. Jede Stadt der Welt, der ein solch schreckliches Ereignis in den Mittelpunkt ihrer Gedenkkultur stellen - man denke nur an die beiden von US-Atombomben zerstörten japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, die dieses Ereignis bis heute fest in ihrer Gedenkkultur verankert haben.

Nicht so in Dresden: Hier werden die ohnehin schon sehr wenigen Gedenkorte, die an den Bombenterror vom Februar 1945 erinnern, auch noch zerstört. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde nun eine Inschrift auf dem Dresdner Altmarkt, die an die Bombenopfer des 13. Februar 1945 erinnert, abgeschmirgelt und damit vollständig zerstört. ...

COMPACT-TV widmete dieser Schandtats eine Tagessendung. Viele Zuschauer reagierten sehr emotional und ließen es sich nicht nehmen, in den Kommentarspalten ihre Gefühle auszudrücken. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27941" berichtet am 19. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Bettelarm trotz Rente: So einfach wäre die Lösung für Altersarmut**

Der ehemalige Minister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm sagte einst "die Renten sind sicher". Nur in welcher Höhe und ab welchem Alter sagte er nicht. Seither wird das Renteneintrittsalter kontinuierlich angehoben, woran nicht wie behauptet der demografische Wandel schuld ist ...

Im Jahr 1957 wurde in der BRD eine umfangreiche Rentenreform durchgeführt. Bis zu diesem Jahr finanzierte jeder Arbeitnehmer seine Rente selbst, indem er auf ein Rentenkonto zu gleichen Teilen mit dem Arbeitgeber Beiträge für seine Rente einzahlte. Das System hatte aber den Nachteil, daß es nicht den tatsächlichen Bedarf deckte, da die Kapitaldeckung zu gering war.

Mit der Einführung des Umlageverfahrens wurde schließlich ein anderes Rentensystem geschaffen, bei dem die arbeitenden Bürger die Renten der Ruheständler finanzieren sollten. Heute warnen Wirtschaftsexperten wie der Chef des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung

Clemens Fuest, das System wäre "nicht zukunftssträftig", weil die alte Generation auf Kosten der Jungen leben würde. Das Rentenniveau könne nur stabil erhalten werden, wenn das Renteneintrittsalter angehoben wird.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Die Finanzierung der Renten wäre nach wie vor sicher, ohne daß die Forderung zur Anhebung des Renteneintrittsalters umgesetzt würde. Seit dem Einsetzen des Generationenvertrages wurden vom Staat über 900 Milliarden Euro zweckentfremdet für versicherungsfremde Leistungen aus der Rentenkasse genommen und veruntreut. Anstatt das Ganze zuzugeben und für einen Ausgleich zu sorgen, schürt man lieber den Zwist zwischen Jung und Alt und schiebt den Renteneintrittstermin ungeniert nach hinten.<<

20.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Januar 2024 (x1.352/...): >>>Maaßens Werteunion beschließt Partei-Gründung

Jetzt ist es offiziell: Die WerteUnion um Hans Georg Maaßen hat heute in Erfurt ihre Abspaltung von der Union bekannt gegeben und wird zukünftig als eigene Partei antreten.

Von *Redaktion*

Jetzt ist es offiziell: Bei einer Mitgliederversammlung am Samstag im thüringischen Erfurt hat die Werteunion mit großer Mehrheit der Stimmen beschlossen, sich von CDU und CSU abzuspalten und eine eigene Partei zu gründen. Ex-Bundesverfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, der die neue Partei anführen soll, gab den Entschluß kürzlich exklusiv bei Apollo News bekannt.

Auf "X" (vormals twitter) schreibt Maaßen zu der heutigen Gründung: "Heute soll der Grundstein für die Gründung der WerteUnion-Partei gelegt werden - einer Partei, die sich gegen jede Form vom Neosozialismus und Totalitarismus und Brandmauern stellt und das Land wieder nach vorne bringen wird."

Die Abstimmung fand im Theater "DasDie" statt, das der Firma von dem Ex-Kampfsportweltmeister und Vorstandsbeisitzer der Werteunion, Michael Kuhr, gehört. Hinter geschlossenen Türen wurde dann die Spaltung von der Union abgestimmt. Nach Bild-Informationen verwies Maaßen in seiner Grundsatzrede vor den bundesweit angereisten Mitgliedern auf den unter Merz fortgesetzten Rutsch der CDU in das links-grüne Lager.

"Wir sind Union 1.0", sagte Maaßen. Erfreulich sei, daß die Mitgliederzahl von bisher 4.000 auf rund 6.000 hochgeschneit sei, seit der Verkündung der Parteigründungspläne, über die Apollo News zuerst berichtete. Teilweise hätten sich seit der Ankündigung bis zu 700 Anträge an einem Tag gestapelt. Zur Abstimmung in Thüringen sind nur mehrere hundert Mitglieder gekommen.

Der Verein wird jetzt die Namensrechte auf die geplante Partei übertragen und so den Weg für Landesverbände und den Wahlkampf im Superwahljahr frei machen. Bereits bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September könnten Maaßen und die WerteUnion schon antreten, heißt es nach Plan. Maaßen dürfte nun wie angekündigt aus der CDU austreten.

Laut einer neuen INSA-Umfrage können sich bis zu 15 Prozent der Wähler bundesweit vorstellen, eine neue WerteUnion-Partei unter Führung von Hans-Georg Maaßen zu wählen. Fünf Prozent der Wähler könnten sich demnach "auf jeden Fall" vorstellen, die neue Maaßen-Partei in den Bundestag zu wählen, weitere zehn Prozent können sich das "eher" vorstellen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2024: >>>Dresden 1945: "Sie verbrannten zur Unkenntlichkeit"

Welche Schrecken durchlitten die Menschen im Februar 1945? Der erschütternde Bericht einer COMPACT-Leserin, die die Dresdner Bombennächte als 14-Jährige miterlebte. ...

_ von *Hannelore Rentsch-Millin*

Die echte Opferzahl der Bombenangriffe vom 13./14. Februar 1945 auf Dresden läßt sich nur

schwer ermitteln. Auch mir war damals bekannt, daß wir durch Massen von Flüchtlingen aus den östlichen Kampfgebieten die Zahl von einer Million Einwohnern längst überschritten hatten.

Sie lagerten nicht nur auf den Bahnsteigen im Hauptbahnhof, sondern wohnten auch bei Familien in der ganzen Stadt verstreut, so auch in unserem Haus. Die 9-jährige Tochter einer Flüchtlingsfamilie fand bei uns Unterschlupf, denn mein Vater war Soldat. Etliche kamen als Gastschüler an unsere Schulen, auch viele Evakuierte aus bombengeschädigten Gebieten. Es gab sehr viele Opfer unter den Fremden, da sie sich im Zentrum aufhielten und nicht in den umliegenden Dörfern wohnten.

Vor allem verbrannten Tausende im rasenden Feuersog, der die Menschen durch die Luft wirbelte, vollständig. Dazu gehören alle Feuerwehrleute, die aus Bad Schandau herbeigeeilt waren.

Sie starben gemeinsam beim zweiten Nachtangriff auf Dresden und wurden in keinem Bericht erwähnt. Oder wer kennt die Namen der Internatsschüler, die in den Höheren Schulen der Innenstadt wohnten, oder die Besucher der Kinos, Theater oder Hotels? Der erste von vier Angriffen begann ja schon gegen 21:30 Uhr.

Eine mit uns bekannte junge Sanitäterin, Rosemarie Hörnig, hatte in jener Nacht mit ihrer Mutter Dienst am Hauptbahnhof. Sie überlebte schwer verletzt. Sie erlitt Verbrennungen dritten Grades an beiden Beinen bis hoch hinauf.

Ihre Mutter wurde vor ihren Augen, im Sog des Feuerorkans, ein Raub der Flammen. Jahre später verriet mir Rosemarie weinend, daß sie sich sehnlichst ein Baby wünscht, auch, wenn der Mann sie wegen ihrer häßlichen Brandnarben nicht heiraten möchte. Ihr Wunsch ging nie in Erfüllung.

Viele Besucher besichtigten unsere Stadt, die bis dahin erst zwei Bombenangriffe erlebt hatte und als "sichere Rot-Kreuz-Stadt" galt. Dicke rote Kreuze auf den Dächern der Turnhallen verschiedener Schulen wiesen darauf hin, daß sie als Notlazarette eingerichtet worden waren. Auch dort starben viele Verwundete als Namenlose.

Auffallend ist, daß man immer nur von den Opfern der total zerstörten Innenstadt spricht. Es gab genug Opfer in den teilzerstörten Vorstädten, wo unter anderem ganze Krankenhäuser in Flammen aufgingen. In einer dieser Vorstädte wohnte ich.

Der Brockhaus (Wiesbaden, 1968), den ich besitze, schreibt wörtlich über Dresden: "Die Zahl der Opfer in der mit oberschlesischen Flüchtlingen überschwemmten Stadt wird bis auf 300.000 geschätzt." Ich selbst bin von 120.000 bis 150.000 Toten überzeugt.

Das eng bebaute barocke Zentrum Dresdens besaß meist sechsstöckige Häuser mit Holztrep-pen, die wie Zunder brannten. Die Gelähmten oder gehbehinderten Alten ließen sich meist gar nicht erst in ihre Keller tragen. Sie fühlten sich oben in Sicherheit. Bunker gab es sowieso fast keine, und der Krieg ging ja dem Ende zu. Viele von ihnen verbrannten zur Unkenntlichkeit oder wurden von Sprengbomben zerrissen.

Man spricht von 10.000 Sprengbomben, die auf Dresden niederfielen. Diese verheerende Kraft kann sich niemand vorstellen. Der Feuerorkan tobte mit einem Funkenflug, der einem Blizzard ähnelte. Wie können sich heutige Historiker erlauben, von einer "Legende" zu sprechen, zumal sie keinen der Terrorangriffe selbst erlebt haben. Diese Wirtschaftswunderkinder haben noch nicht einmal von fern eine nerventötende "Stalinorgel" heulen gehört.

In unserem Wohnhaus in Dresden-Löbtau hatte sich eine einzige Stabbrandbombe im Treppenhaus entzündet, die ein Soldat per Schaufel durch das kaputte Fenster warf. Uns gegenüber brannten zwei Wohnhäuser bis auf die Grundmauern ab, und hinter unserem Haus loderte das Feuer der kleinen Maschinenfabrik von Simon, die auf ihrem Vorplatz mächtige Holzschwellen der Reichsbahn gelagert hatte. Eigentlich brannte es ringsumher, und das Feuer tobte. Es war die reinste Hölle.

In unserer Wohnung lagen die meisten Fensterscheiben zersplittert auf dem Boden, so daß der Funkenflug in die Zimmer dringen konnte. Meine Mutter und ich, wir rissen die restlichen Gardinen von der Stange und schlugen mit nassen Handtüchern auf alles, was sich hätte entzünden können. Zum Glück stellte jeder bei Alarm mindestens einen vollen Wassereimer in seiner Wohnung auf. Das war Pflicht.

Ich litt unsäglich unter der Rauchentwicklung und vor Erschöpfung. Ich atmete schwer, meine entzündeten Augen brannten, deshalb stülpte ich mir meine Gasmasken über, nahm Kissen und Decke mit in den Keller, wo ich auf dem harten Boden in tiefen Schlaf fiel. Es war der Moment, in dem einem alles egal ist.

Übrigens, ich hatte in jener Nacht alle meine Spielkameraden und Freunde durch Tod oder Flucht aus den brennenden Häusern verloren und sah sie nie wieder. Ich bin COMPACT dankbar, daß diesen heute vergessenen Opfern mit der Geschichtsausgabe "Dresden 1945" eine Stimme gegeben wird.

Weitere Zeitzeugenberichte, eine fundierte Darstellung der Bombardierung und Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen, finden Sie in COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloster" .

Wir gedenken der Opfer und treten den Lügen entgegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2024: >>**Dresden 1945: Als Linke noch trauern konnten**

Von Karel Meissner

Ausgerechnet Ulrike Meinhof schrieb 1965, bevor sie mit der RAF zur Mörderin wurde, einen erstaunlichen Essay für die Zeitschrift Konkret über den Bombenterror von Dresden. Ihre heutigen Nachfolger würden ihn wohl umstandslos als rechtsradikal verleumden. ...

Ulrike Meinhof beginnt ihren Text mit dem Titel "Dresden" sehr sachlich und nüchtern:

"Vor zwanzig Jahren, am 13. und 14. Februar 1945, in der Nacht von Fastnachtsdienstag auf Aschermittwoch, ist der größte Luftangriff der alliierten Bomberkommandos im Zweiten Weltkrieg auf eine deutsche Stadt geflogen worden: der Angriff auf Dresden. Dreimal innerhalb von 14 Stunden wurde die Stadt bombardiert."

Um wenig später dem Leser einen kleinen Eindruck jenes Grauens zu vermitteln: "Als die englischen Bomber abflogen, hinterließen sie ein Flammenmeer, das über 80 Kilometer weit den Himmel glühend machte."

Jeder Manipulation unverdächtig, schreibt die damalige Konkret-Redakteurin: "Über 200.000 Menschen sind in den Flammen von Dresden umgekommen."

Heute ein Sakrileg, damals noch völlig harmlos, zitiert Meinhof den zu jener Zeit noch hoch angesehenen britischen Historiker David Irving: "Zum ersten Mal in der Geschichte des Krieges hatte ein Luftangriff ein Ziel so verheerend zerstört, daß es nicht genügend unverletzte Überlebende gab, um die Toten zu begraben."

Sehr vorsichtig wird Meinhof bei der Zahl der Einwohner zum Zeitpunkt des Bombenterrors: "Als es zerstört wurde, hielten sich über eine Million Menschen in dieser Stadt auf. Man schätzt 1,2 bis 1,4 Millionen. Flüchtlinge aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, Evakuierte aus Berlin und dem Rheinland, Kindertransporte, Kriegsgefangene und Fremdarbeiter."

Meinhof weiter: "Dresden galt in ganz Deutschland als eine Stadt, die nicht bombardiert werden würde. Sie wurde zur Lazarettstadt für verwundete Soldaten erklärt und mit riesigen Rotkreuz-Symbolen auf den Dächern gekennzeichnet."

Spitzfindigen, die meinen, die Deutschen selbst hätten sich weder an Genfer Konventionen noch an die Haager Landkriegsordnung (1907) gehalten, sei ins Stammbuch geschrieben, daß es hierbei im Wesentlichen um die unmenschliche Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener ging. Die westlichen Alliierten wurden dagegen meist gemäß internationaler Verpflichtungen (Genfer Abkommen von 1864) behandelt. Aber: Nicht die Russen kamen mit ihren Bomben.

Sondern unsere heutigen Freunde, die Briten und Amerikaner.

Mantel der Lüge

Bomber-Harris und Co. mußten geahnt haben, daß Schreckliches passieren würde. Sie gaben den Tötungsbefehl mit Vorsatz. Meinhof:

"Man hatte den englischen Soldaten, die die Angriffe geflogen haben, nicht die Wahrheit gesagt. Man hat gesagt: Ihre Flotte greift das Oberkommando des Heeres in Dresden an. Man hat gesagt, Dresden sei ein wichtiges Nachschubzentrum für die Ostfront. Man hat gesagt, das Angriffsziel sei ein Gestapo-Hauptquartier im Stadtzentrum, ein wichtiges Munitionswerk, ein großes Giftgaswerk."

Uns sie geht noch weiter. Meinhof zeigt den Schwindel auf. Der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf her:

"Es ist der englischen Regierung unter ihrem Premierminister Sir Winston Churchill bis zum Ende des Krieges, bis März '45, gelungen, den tatsächlichen, absichtlichen, planmäßigen Charakter der britischen Bombenangriffe auf deutsche Städte geheim zu halten. Dresden war der Höhepunkt dieser Politik."

Während bei jeder unpassenden Gelegenheit deutsche Staatsoberhäupter vor Fremden in den Staub fallen, um sich für ihnen zugefügtes Unrecht zu entschuldigen, fehlt bis heute jede Entschuldigung aus dem englischen Haus. Selbst der Queen, die ihre deutschen Vorfahren verheimlicht - aus Battenberg wurde Mountbatten -, entfuhr kein Wort der Abbitte an das deutsche Volk.

Meinhof dazu schon 1965: "Daß an der Bahre Sir Winston Churchills das Stichwort Dresden nicht gefallen ist, legt den Verdacht nahe, Dresden sollte immer noch dem Volk angelastet werden, das doch selbst betrogen worden ist."

Die Wahrheit über den Bombenterror: In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" zeichnet der bekannte Buchautor und Luftkriegsexperte Wolfgang Schaarschmidt den Massenmord durch angloamerikanische Bomber am 13./14. Februar 1945 wirklichkeitsgetreu nach. Ohne Herunterrechnen der Opferzahlen! Eine fundierte Darstellung mit Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2024: >>**Wagenknecht-Partei stimmt gegen Friedensinitiative**

Von *Karel Meissner*

Alle Abgeordneten vom Bündnis Sahra Wagenknecht stimmen gegen eine Friedensinitiative zum Rußland-Ukraine-Krieg - angeblich, weil der Vorschlag von der AfD kam. Wer ist diese Frau, die abwechselnd große Hoffnung und schwere Enttäuschung provoziert? ...

Zu den wichtigen Punkten, die eine Querfront mit Sahra Wagenknecht nahegelegt hätten, gehörte die Forderung nach Frieden mit Rußland. Und genau der wurde jetzt von Abgeordneten des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) verraten.

Was war geschehen? Ein Antrag der AfD forderte die Verpflichtung der Ampelregierung zu einer Friedensinitiative im Rußland-Ukraine-Krieg. Dabei sollten auch die Sicherheitsinteressen Rußlands Beachtung finden. Kurzum, Diplomatie statt Geballer.

Als es im Bundestag zur namentlichen Abstimmung kam, stimmten alle außer der AfD-Fraktion und einigen fraktionslosen Abgeordneten gegen die Friedensinitiative. Daß diese Ablehnung von Vertretern der Altparteien, sprich SPD, CDU, Grünen und Linken getragen wurde - wen wundert's?

Nein, die wirkliche Negativüberraschung, die echte Katastrophe dieser Abstimmung war, daß auch alle zehn BSW-Abgeordnete sich einreihen und gegen die Friedensinitiative stimmten. Begründung mancher Medien: Man habe sich von dem Vorschlag einer "rechten Partei" distanzieren müssen.

Das läßt Schlimmes ahnen: Nämlich daß die BSW bei Sachfragen immer die Seite der Altparteien einnehmen wird, sobald die AfD sich dagegen stellt. So wird das nichts mit Opposition.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/27869](https://www.klagemauer.tv/27869)" berichtet am 20. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Rockefeller-Dynastie: Dem Weltgeschehen einen Schritt voraus?**

Die globale Strategie von David Rockefeller wurde einst wie folgt zusammengefaßt: "Wenn man das Öl kontrolliert, kontrolliert man ganze Nationen; wenn man die Nahrung kontrolliert, kontrolliert man die Menschen; wenn man das Geld kontrolliert, kontrolliert man die ganze Welt." Ein Blick in die Geschichte zeigt auf, was es mit diesem Zitat auf sich hat.

"Rockefeller ist sicher einer der bekanntesten Namen der Welt und um sein Vermögen - oder besser, um das Vermögen des Rockefeller-Clans - gibt es unzählige Gerüchte. Eines kann jedenfalls als sicher gelten: Die offiziellen Schätzungen über den Reichtum der Rockefellers sind ganz sicher zu niedrig angesetzt."

Mit diesen Worten startet das Kapitel "Rockefeller Foundation" des Buches "Inside Corona". Der Autor Thomas Röper zeigt darin auf, daß die Rockefeller Foundation noch heute einen wesentlichen Einfluß auf das Weltgeschehen hat. Auch wenn in den Mainstream-Medien heutzutage kaum über die Rockefellers berichtet werde, sei deren Einfluß auf Politik, NGOs und Medien nicht zu unterschätzen. Kla.TV hat für Sie die Nachforschungen Röpers zusammengefaßt und mit eigenen Recherchen über die Geschichte und globale Vernetzung der Rockefeller-Dynastie ergänzt.

Wie groß ist der Reichtum der Rockefellers heute?

John Davison Rockefeller Senior, der Gründer der Rockefeller-Dynastie, hat im 19. Jahrhundert das Ölimperium Standard Oil Company aufgebaut, das am Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA praktisch der Ölmonopolist war. Er galt als einer der reichsten Männer der Geschichte und ging mit rund 900 Mio. Dollar Vermögen in den Ruhestand. Dieses Vermögen würde einem heutigen Wert von 300 Mrd. US-Dollar entsprechen.

Heute zählt der Clan gemäß offiziellen Medienberichten nicht einmal mehr zu den 600 reichsten Familien der Welt. Anstatt ihr Vermögen in hundert Jahren zu mehren, soll ihr Reichtum immer mehr verringert worden sein. Doch wie kann das sein? Röper schreibt in seinem Buch: "Es ist ausgesprochen schwierig, das Vermögen des Clans korrekt zu schätzen, denn sie sind wahre Meister darin, ihr Vermögen zu verschleiern."

Konnten die Nachkommen des mächtigen US-Unternehmers John D. Rockefeller nicht mit Geld umgehen?

David Rockefeller, Enkel von John D. Rockefeller Senior, ist die wohl bekannteste und wichtigste Figur der Rockefeller Familie. Bis zu seinem Ableben im Jahr 2017 trug er das Zepter der Familiendynastie und verfügte über großen Einfluß auf die internationale Politik. Es ist davon auszugehen, daß er die Macht der Familie geschickt ausgebaut, anstatt verkleinert hat. Er galt neben den Rothschilds als Weltbankier. 1960 übernahm er die Führung der Chase Manhattan Bank. Mitte der 1970er Jahre wurde sie zur drittgrößten Bank der Welt.

Im Jahr 2000 fusionierte die von David Rockefeller kontrollierte Chase Manhattan Bank mit der Bank der Morgan Familie und es entstand die heutige JP Morgan Chase. Sie ist die größte US-amerikanische Bank und gemäß dem Wirtschaftsmagazin Forbes im Jahr 2022 das viertgrößte an einer Börse notierte Unternehmen. Die Familie Rockefeller und die Familie Morgan hatten schon spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts Kontakt zueinander.

Kurz zusammengefaßt: Die Rockefellers pflegen Beziehungen zu den wichtigsten Familien der Hochfinanz. Beispielsweise auch zum mächtigsten Finanzkonzern BlackRock. BlackRock ist der größte weltweite Vermögensverwalter, der mit Stand vom Januar 2022 zehn Billionen US-Dollar verwaltet. Nur als ein Beispiel sei erwähnt, daß David Rockefeller 2016 ein Mittagessen zu ehren von Larry Fink veranstaltete. Larry Fink ist Gründer, Vorsitzender und CEO

von BlackRock.

Wie damals die New York Post schrieb, waren an dieser Feier weitere wichtige Freunde aus den Hochfinanzkreisen anwesend. Allein diese Verbindungen zeigen auf, daß die Nachkommen von John D. Rockefeller nicht nur selbst ein gutes Handling im Finanzbereich aufweisen - sie haben auch Kontakt zu den wohl mächtigsten und angesehensten Vermögensverwaltern. Wie kamen die Rockefellers zu ihrem Reichtum?

Ursprünglich kam die Familie Rockefeller aus einer deutschen Siedlung namens "Rockefeld", deren Gebiet zum heutigen Landkreis Neuwied in Rheinland-Pfalz gehört. Die Familie wanderte im 18. Jahrhundert nach Amerika aus. Bekannt wurden sie erst durch den Unternehmer John D. Rockefeller und seinen Bruder William, die im 19. Jahrhundert das Ölimperium Standard Oil Company aufbauten, womit sie zum Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA praktisch das Ölmonopol hatten. Rockefeller konnte den Ölpreis nach Belieben bestimmen und Geld und Macht anhäufen.

Der Präsidentschaftskandidat Theodore Roosevelt versprach deshalb, im Falle seiner Wahl, gegen das Rockefeller-Monopol vorzugehen. Am 15. Mai 1911 ordnete der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Entflechtung des Unternehmens an, woraufhin der Aktienkurs deutlich sank. Die Standard Oil wurde in 34 kleine Konzerne aufgeteilt. In der Annahme, daß sich der Aktienkurs erholen würde, kaufte Rockefeller die Aktienpakete der einzelnen Unternehmen auf. Am späteren Anstieg des Börsenkurses verdiente er nach vorsichtigen Schätzungen 200 Millionen US-Dollar; was 1901 einem heutigen Wert von ca. 7.3 Milliarden US-Dollar entsprach.

Aus der "Entflechtung" von Standard Oil sind praktisch alle heutigen Ölkonzerne der USA hervorgegangen. Wie NTV und andere Medien im Jahr 2016 berichteten, hätten sich die Rockefeller-Stiftungen aufgrund des bedrohlichen Klimawandels von ihren Anlagen in fossile Brennstoffe getrennt. Gemäß Röper liegt für eine Trennung von den Aktien im großen Stil jedoch kein Nachweis vor. Eins steht fest, die einstige Entflechtung des Konzerns hat den Rockefellers dazu gedient, ihre Macht noch weiter auszubauen und weiteres Vermögen anzuhäufen.

Welche Strategie verfolgen die Rockefellers?

Henry Kissinger, der einstige US-Außenminister faßte in den 1970er-Jahren die globale Strategie von David Rockefeller folgendermaßen zusammen: "Wenn man das Öl kontrolliert, kontrolliert man ganze Nationen; wenn man die Nahrung kontrolliert, kontrolliert man die Menschen; wenn man das Geld kontrolliert, kontrolliert man die ganze Welt."

Bereits in früheren Jahren zeigte die Rockefeller-Dynastie ihre Begabung darin, globale Krisen zu ihren Gunsten nutzen zu können. Beispielsweise konnten die Rockefellers von der Weltwirtschaftskrise der 1970er-Jahre - welche dominiert war von einer Ölkrise - stark profitieren und ihre Macht und ihren Einfluß ausweiten. Bis 1971 war der Dollar eine goldgedeckte Währung und dementsprechend einflußreich. 1971 beendete der damalige US-Präsident Richard Nixon diesen Goldstandard des Dollars und das heutige Finanzsystem, auch Fiat money genannt, war geboren.

Um die Vorherrschaft der USA zu erhalten, die seit jeher auf dem Dollar beruhte, hat der damalige Außenminister Henry Kissinger unter dem Einfluß der Rockefellers mit Saudi-Arabien den sogenannten Petro- bzw. OPEC-Dollar ausgehandelt, wodurch das Öl auf dem Weltmarkt fast ausschließlich nur noch gegen Dollar verkauft wurde. Die Welt war fortan gezwungen, riesige Mengen an Dollar zu kaufen, um die Ölimporte bezahlen zu können. Da weltweit seit Jahrzehnten ein großer Bedarf an Öl besteht, stärkte dies nicht nur die Dollarwährung und somit den Einfluß der USA ungemein, sondern auch das Geflecht der Rockefeller Öl- und Bankengesellschaften, die dadurch zu Giganten wurden und außerordentlich an Einfluß und Macht gewannen.

Wie kommen die Rockefellers dazu, der Weltgeschichte einen Schritt voraus zu sein?

Die Rockefellers arbeiten nicht nur mit anderen sogenannten "Philanthropen-Beratern" zusammen, sie pflegen auch Beziehungen zu weiteren mächtigen Menschen auf diesem Erdball - Henry Kissinger, Bill Gates, George Soros, Warren Buffett, Ted Turner und Michael Bloomberg - um nur einige zu nennen. Zudem sind und waren sie Gründungsväter sowie Mitglieder von diversen elitären Klubs und Denkfabriken.

So hat David Rockefeller beispielsweise im Jahr 1973 die Trilaterale Kommission gegründet, eine Denkfabrik, die dem Austausch der Eliten von Nordamerika, Westeuropa und Japan dient. Auch sind die Rockefellers mit dem Council on Foreign Relations (CFR) verbunden, der als eine der mächtigsten Denkfabriken der Welt gilt. Mehrere Rockefellers waren und sind Mitglied des CFR. Gemäß der Webseite des CFR gehören die Ölkonzerne Exxon Mobil und Chevron sowie die Bank JP Morgan Chase zu den wichtigsten Förderern des CFR.

Auch sind die Rockefellers als Mitglied der Stiftung "The 1001: A Nature Trust" bekannt. Diese kontrolliert den WWF. Godfrey Rockefeller war sogar langjähriges Vorstandsmitglied und Gründer des WWF. Nicht nur durch das Knüpfen und Pflegen von wichtigen internationalen Beziehungen, auch durch Eheschließungen mit verschiedensten Elitefamilien des Finanzsektors haben die Rockefellers eine besondere Position im Weltgeschehen.

Welche Bedeutung hat die Rockefeller Foundation in unseren Tagen?

Der globale Einfluß der Rockefeller Foundation erwies sich während der Corona-Pandemie größer denn je. Wie Quellen belegen, arbeitete die Rockefeller Foundation bereits im Jahr 2010 an einem 50-seitigen Dokument mit vier Zukunfts-Szenarien - eines davon ein Pandemie-Szenario mit dem Titel "Lock-Step", dieses ähnelt der COVID-19-Pandemie verblüffend. Es entwirft eine Welt, in der autoritäre Regierungen mit strikter Kontrolle wie beispielsweise Grenzschießungen, Herunterfahren der Wirtschaft und modernster Technologie in Form von biometrischen Pässen und Kontakt-Tracing, die Rechte und Aktivitäten der Zivilgesellschaft zurückbinden.

Kann es sein, daß wichtige Akteure wie die Rockefeller Foundation seit Jahren eine Angst auslösende Pandemie pflanzen?

Diese Frage läßt sich nicht abschließend beantworten. Ein spannender Fakt in Zusammenhang mit COVID-19 ist jedoch, daß die Rockefeller Foundation 1916 die Gründung der Johns Hopkins School of Hygiene and Public Health finanzierte. Sie ist jene Institution, die Event 201 mitveranstaltete und den Medien auf der ganzen Welt die tägliche Anzahl Daten an COVID-Todesfällen und Infektionen lieferte.

Auch hat die Rockefeller Foundation 2017 die Anschubfinanzierung für ID2020 bereitgestellt, eine Initiative, um jedem Weltbürger bis 2030 eine global lesbare biometrische Identität zu geben. Die Partner dieses Projektes sind Microsoft, die Impfallianz GAVI und Accenture. Accenture ist einer der weltweit größten Dienstleister im Bereich der Unternehmens- und Strategieberatung. Insbesondere ist Accenture auch bekannt für seine Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum - kurz WEF.

Was bezweckt die Rockefeller-Dynastie mit ihren Strategien?

Das wohl wichtigste Ziel seines Familien-Imperiums offenbarte David Rockefeller auf der Bilderberger-Konferenz 1991 in Baden-Baden: "Wir befinden uns am Rande einer globalen Umwälzung. Alles, was nötig ist, wäre eine Krise großen Ausmaßes und die Nationen werden die Neue Weltordnung bejahen." Die Schilderungen Röpers bekräftigen diese Aussage und deuten darauf hin, daß die Rockefeller Foundation ihre globale Machtstellung niemals aufgegeben hat und das Weltgeschehen noch heute beeinflusst. Darum ist es wichtig bei allen weltweiten Krisen zu erforschen, wer von diesen tatsächlich profitiert und wo welche Gelder fließen und geflossen sind.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2024: >>Lind-

ner in Davos: Deutschland braucht nur Kaffee

Von *COMPACT Redaktion*

Lindner weiß, was Deutschland braucht - und verrät sein Geheimrezept in Davos ...

Lindner in Davos: Deutschland braucht nur etwas Kaffee.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) erklärt auf der jährlichen Konferenz von Klaus Schwabs WEF, Deutschland sei nicht der kranke Mann Europas. Nein, "Deutschland ist - nach einer sehr erfolgreichen Zeit ab 2012 und nach diesen Krisenjahren - Deutschland ist ein müder Mann nach einer kurzen Nacht."

Und Lindner weiß zufällig, was müde Männer brauchen: "Deutschland braucht nur Kaffee". Die niedrigen Wachstumserwartungen verglich er mit einem Weckruf:

"Und jetzt haben wir eine gute Tasse Kaffee, das heißt Strukturreformen, und dann werden wir wirtschaftlich weiter erfolgreich sein."<<

Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Januar 2024 ([x1.352/...](#)): >>**Großbritannien: Massen-Abschiebungen nach Ruanda kommen**

Großbritannien wird illegale Migranten zukünftig unabhängig von ihrer Herkunft nach Ruanda abschieben. Damit kopiert Großbritannien ein erfolgreiches Konzept aus Australien und ist europäischer Vorreiter für eine Idee, die auch in anderen Staaten Anklang findet.

Willi Weißfuß

Der britische Premier Rishi Sunak hat seinen Gesetzentwurf zur Abschiebung illegaler Migranten nach Ruanda erfolgreich durch das Unterhaus gebracht. Das Gesetz sieht vor, daß illegale Einwanderer unabhängig ihrer Herkunft nach Ruanda abgeschoben werden. In Ruanda können diese dann einen Asylantrag stellen. Es ist ausgeschlossen, daß die illegalen Migranten anschließend nach Großbritannien zurückkommen und dort Asyl beantragen können. Ruanda wurde zu diesem Zweck per Gesetz zum sicheren Drittstaat erklärt.

Für Ruanda hat das Abkommen mit Großbritannien ebenfalls Vorteile. Das ostafrikanische Land bekam eine erste Zahlung in Höhe von 140 Millionen Pfund (163 Millionen Euro), weitere werden folgen. Zusätzlich bezahlt Großbritannien für jeden aufgenommenen Migranten. Für das kleine Ruanda mit einem Bruttoinlandsprodukt von 11 Milliarden Euro (2021) könnte sich die Aufnahme von Migranten damit zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickeln.

Sunak verfolgt mit dem Ruanda-Plan das Ziel, daß alle Boote mit Migranten, die von Frankreich über den Ärmelkanal nach Großbritannien kommen, gestoppt werden. Als Vorbild für diese restriktive Asylpolitik gilt dabei Australien. Um Bootsflüchtlinge abzuschrecken und den Menschenschmuggel einzudämmen, wurden alle Flüchtlinge bereits auf hoher See abgefangen und anschließend nach Papua-Neuguinea oder Nauru gebracht.

Seit Beginn der Mission hat kein Bootsflüchtling mehr Australien erreicht. Auch die Zahl derer, die auf der Flucht nach Australien zu Tode kamen, hat sich massiv reduziert. Waren es 2012 noch 421 Tote und 2013 240 Todesopfer sank die Zahl aufgrund der restriktiven Asylpolitik 2014 auf 6 Todesopfer.

Dänemark unter Führung der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin und Asyl-Hardlinerin Mette Frederiksen verhandelte ebenfalls mit Ruanda über die Abschiebung aller Asylsuchenden in das ostafrikanische Land. Ein entsprechender Gesetzentwurf ihrer Minderheitsregierung fand eine Mehrheit, wurde jedoch nie angewandt. Nach den vorgezogenen Wahlen zum Parlament im November 2022, bei der Frederiksen als Siegerin hervorging und anschließend eine stabile Regierung bildete, wurden Pläne für das Ruanda-Modell auf Eis gelegt. Ihre Regierung strebte stattdessen eine europäische Lösung an.

In Deutschland gibt es ebenfalls Politiker, die sich für das sogenannte Ruanda-Modell aussprechen. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, sprach sich im vergangenen Jahr gegenüber der Süddeutschen Zeitung dafür aus, daß Flüchtlinge, die in Europa aufgegriffen werden, in Partnerländer entlang der Fluchtroute zurückgebracht werden, damit

dort Asylverfahren stattfinden können. Anfang Januar wurde bekannt, daß Innenministerin Nancy Faeser die Auslagerung der Asylverfahren in Drittstaaten prüfe.<<

22.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 22. Januar 2024 (x1.356/...):

>>**Renten-Schock: Jeder vierte Rentner hat weniger als 1.000 Euro im Monat!**

Die deutsche Durchschnittsrente befindet sich im freien Fall.

Redaktion

Grünen-Chefin Ricarda Lang hatte in der ZDF-Sendung Markus Lanz auf die Frage des Moderators "Wissen Sie ungefähr, wie hoch die Durchschnittsrente ist in Deutschland?" geantwortet: "2.000 Euro." Die richtige Antwort wäre gewesen: 1.543 Euro. Und das auch nur bei vollen Beitragsjahren.

Rund 21 Millionen Menschen beziehen eine Rente von der Deutschen Rentenversicherung. Nur ein kleiner Teil davon bekommt jeden Monat 2.000 Euro oder mehr - 2015 waren es gerade mal 97.271 Menschen.

Doch die Frage, wie viele Rentner 2.000 Euro monatlich bekommen, schießt am eigentlichen Ziel vorbei. Denn deutschen Rentnern geht es finanziell zumeist schlecht. Und die Zahlen sind erschreckend für ein Land wie Deutschland, der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt: Wie aus der Sonderauswertung der Bundesstatistik hervorgeht, verfügen hierzulande 7,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner über weniger als 1.250 Euro monatliches Einkommen.

Altersarmut in Deutschland. Fast jeder zweite Rentner lebt von weniger als 1.250 Euro netto.

Rentner leben überproportional von geringem Einkommen

Das sind 42,3 Prozent aller Rentenempfänger in Deutschland. 5,3 Millionen davon sind Frauen, das entspricht 53,5 Prozent aller deutschen Rentenempfänger. Das heißt: Mehr als jede zweite Rentnerin bekommt weniger als 1.250 Euro im Monat.

Unter den Männern sind es 28,2 Prozent. Das geht aus einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage des Linken-Abgeordneten Dietmar Bartsch hervor, die dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)" vorliegt. Weniger als 1.000 Euro persönliches Nettoeinkommen erhalten laut den Daten 26,4 Prozent der deutschen Rentnerinnen und Rentner, also etwa jeder Vierte. Unter den Frauen kommen 36,2 Prozent nicht auf 1.000 Euro im Monat, unter den Männern 13,9 Prozent.

Rentner müssen Flaschensammeln, um Rente aufzubessern

Besonders dramatisch erscheint die aktuelle Situation, wenn man sieht, daß immer mehr ältere Menschen Flaschen sammeln oder für Essen bei den Einrichtungen der Tafel Deutschland vorbeikommen müssen. Gerade die Inflation macht den Senioren immer mehr zu schaffen. So heißt es bei der Tafel Deutschland dazu: "Immer mehr ältere Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht oder betroffen. Die Tendenz ist durch die Inflation und den demografischen Wandel steigend."

Ein Viertel der Tafel-Kundinnen und -Kunden ist über 64 Jahre alt. Die fehlenden finanziellen Mittel machen sich in allen Bereichen des Lebens bemerkbar: Für einen Ausflug, ein Treffen im Café oder einen Konzertbesuch reichen die finanziellen Mittel oft nicht.

Für viele Menschen ist das Flaschensammeln ein Zusatzverdienst, um die oft kärgliche Rente oder die staatliche Grundsicherung aufzubessern.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hatte erklärt, das seit Monaten angekündigte Paket zur langfristigen Absicherung der Rente bald auf den Weg bringen zu wollen. "Der Gesetzentwurf liegt vor und soll nach dem Haushaltsbeschluß zügig auf den Weg kommen. Wir stabilisieren die Rente und sichern das Rentenniveau ab", sagte der SPD-Politiker der "Rheinischen Post".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Corona-Impfschäden: Nur die Hälfte aller Meldungen überhaupt bearbeitet**

Weil der aktuelle Wissensstand zu Corona-Impfungen und daraus resultierenden Folgekrankheiten "unvollständig" sei und Gutachter fehlen, wurden gerade einmal die Hälfte aller Anträge auf Anerkennung eines Impfschadens in Deutschland bearbeitet. Nur 467 Anträge wurden amtlich anerkannt.

Wim Lukowsky

Die Anerkennung von Impfschäden durch die Corona-Impfstoffe geht nur schleppend voran. Im Januar 2023 gab es gerade einmal 253 amtlich anerkannte Fälle. Auch ein Jahr später überraschen die erstaunlich geringen Zahlen und vor allem das Tempo, mit dem die zuständigen Versorgungsämter arbeiten: Von insgesamt 11.827 Anträgen wurden nur 467 bewilligt und etwa die Hälfte, nämlich 5.597 Anträge, wurden noch nicht einmal bearbeitet, wie die Neue Osnabrücker Zeitung berichtet. Während Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits über 70 Prozent aller Anträge bearbeiteten, sind es in manchen Bundesländern, etwa Nordrhein-Westfalen, gerade einmal 25 bis 30 Prozent.

Das schleppende Tempo begründen die zuständigen Behörden mit fehlenden Gutachtern und fehlenden Informationen, momentan würde ein "unvollständiger Wissensstand über gesicherte Zusammenhänge zwischen den Schutzimpfungen gegen COVID-19 und einzelnen Erkrankungsbildern" die Beurteilung erschweren, wie das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium der NOZ mitteilte.

Mit anderen Worten: Die 467 anerkannten Anträge basieren auf einem unvollständigen Wissensstand, weshalb es durchaus denkbar ist, daß die eigentliche Zahl der impfgeschädigten Personen nicht nur wesentlich höher liegt, sondern auch abgelehnte Anträge möglicherweise einen Anspruch auf Entschädigung haben könnten.

Ein "unvollständiger Wissensstand" könnte aus den ausbleibenden Berichten über mögliche Impfnebenwirkungen resultieren. Das dafür verantwortliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) versäumte es während der Pandemie, die Impfstoffe auf Verunreinigungen wie beispielsweise durch DNA zu überprüfen, und vertraute den mittlerweile in der Kritik stehenden Studien der Impfstoffhersteller.

Darüber hinaus wurden die zahlreichen bei dem Institut gemeldeten Impfnebenwirkungen bis heute nicht abschließend ausgewertet. Dadurch konnten unbekannte, aber real existierende Nebenwirkungen und Folgekrankheiten nicht an die Ärzte weitergegeben werden, die deshalb wiederum nicht von einem Impfschaden ausgingen.

Zwar können Ärzte dem PEI auf eigene Faust mögliche Verdachtsfälle melden, ob das PEI diese Berichte bearbeitet, bleibt aber offen. Weiteren Einfluß auf die Anerkennung eines Impfschadens hat eine solche Meldung nicht.

Den Verdacht auf einen Impfschaden können Ärzte äußern, wenn sich der gesundheitliche Zustand einer immunisierten Person sechs Monate nach der Impfung nicht verbessert, der Betroffene also mit starken Nebenwirkungen zu kämpfen hat. Stellt der Arzt einen Verdacht auf einen Impfschaden fest, kann der Patient daraufhin einen Antrag einreichen, der zunächst von einem Gutachter bewertet und abschließend vom zuständigen Versorgungsamt bewilligt werden muß.

Ein abgelehnter Antrag kann in einem Berufungsverfahren vor den Sozialgerichten neu verhandelt werden. Ein hürdenreicher Prozeß, der nicht nur lange dauern, sondern auch kräftezehrend sein kann.

Insgesamt wurden über 5.000 Anträge abgelehnt, weitere 658 fielen aus anderen Gründen weg. Von etwa 65 Millionen gegen Covid-19 geimpften Personen erlitten laut NOZ in Deutschland gerade einmal 0,00072 Prozent einen anerkannten Impfschaden - eine Berechnung, die jedoch auf dieser unreifen Datenlage beruht.

Der Bericht ergibt außerdem, daß in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern "lediglich einige hundert Anträge bei den Behörden eingelaufen sind",

während in Hessen und Berlin etwa 900 Personen, in Bayern ganze 2.500, eine Anerkennung beantragten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Januar 2024: >>Ampel beschließt: Freie Fahrt für Schlepper im Mittelmeer!

Das mit Ampel-Mehrheit beschlossene sogenannte "Rückführungsverbesserungsgesetz" von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist in Wirklichkeit ein "Rückführungsverwässerungsgesetz"! Ursprünglich hatte der Gesetzentwurf auch eine Ausweitung der Strafbarkeit von Fluchthilfe vorgesehen, was das Agieren sogenannter "Seenotretter" im Mittelmeer ungemein erschwert hätte. Doch diese Verschärfung wurde aufgeweicht.

Hintergrund: Einen Tag vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag tagte der Innenausschuß. Hier wurde der Gesetzentwurf kurzfristig abgeändert und durch folgende Formulierung ergänzt: "Ausschluß der Seenotrettung vom Anwendungsbereich der Schleusungsdelikte durch Bezugnahme auf den Landweg".

Am Folgetag (18. Januar) nahm der Bundestag die Änderungen mit den Stimmen von SPD, "Grünen" und FDP an. AfD und CDU/CSU votierten dagegen. Den mit deutschen Steuermillionen geförderten sogenannten "Seenotrettern" im Mittelmeer hat die Ampel somit auch noch einen Freifahrtschein ausgestellt!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Januar 2024 (x1.351/...): >>Unglaublich: Ampel und CDU wollen Bundeswehr-Soldaten ohne deutschen Paß!

"Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe" - so lautet der Diensteid der Bundeswehr, geregelt in Paragraph 9 des Soldatengesetzes. Doch Verteidigungsminister Pistorius (SPD) sowie die FDP und die CDU haben diesen Diensteid offenbar genauso vergessen wie den Amtseid, den Minister und Regierungschefs beim Amtsantritt leisten.

Pistorius hat allen Ernstes vorgeschlagen, daß auch Menschen ohne deutschen Paß zu Bundeswehr-Soldaten gemacht werden sollen. Personen, die noch nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft haben, sollen also "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer verteidigen"?

Die AfD lehnt solche Pläne selbstverständlich kategorisch ab, denn die gravierenden Risiken hinsichtlich der Loyalität dieser Soldaten liegen auf der Hand. Doch die Deutschland-Abschaffer-Parteien CDU und FDP können sich vor Begeisterung über den Pistorius-Vorstoß kaum halten.

Die FDP-Politikerin und Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann kann sich vorstellen, "daß Soldaten und Soldatinnen ohne deutschen Paß diesen durch den erfolgreichen Dienst in der Bundeswehr schneller bekommen können". Die Bundeswehr als Sprungbrett für die Verramschung der deutschen Staatsbürgerschaft: Diese Ampel-Regierung ist wirklich ganz unten angekommen!

Die CDU zeigt indessen mit der Unterstützung der Pistorius-Pläne, was von ihrer Kritik am Ampel-Einbürgerungsrecht zu halten ist - es ist nichts als heiße Luft. Der CDU-Verteidigungspolitiker Wadephul findet den irren Pistorius-Plan grundsätzlich richtig, will nun aber noch geklärt wissen, ob "die vollständige Kenntnis der deutschen Sprache" nötig ist und ob diese Möglichkeit "nur für Bürgerinnen und Bürger von EU- oder NATO-Staaten" gelte. Wir wollen diesen Wahnsinn stoppen und sagen ganz klar: Wer bei der Bundeswehr dient, muß auch deutscher Staatsbürger sein!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2024: >>Dresden: Antifa zerstört Gedenktafel

Von *Daniell Pföhringer*

Widerlich: Nachdem die Stadt Dresden die Inschrift zur Erinnerung an die Opfer der

Bombardierung auf dem Altmarkt entfernen ließ, haben Linksextremisten nun eine provisorische Gedenktafel zerstört. Die Denkmalschänder kamen aus den Reihen einer Anti-Rechts-Demo. ...

Schon Wochen vor dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 ist in der sächsischen Landeshauptstadt ein regelrechter Krieg um die Erinnerungskultur entbrannt. Den Anfang machte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), indem er in einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion die Inschrift zum Gedenken an die Opfer des Bombenterrors auf dem Altmarkt entfernen ließ. Dort wurden 1945 über mehrere Tage tausende von Toten, die im Bombenhagel umgekommen waren, verbrannt.

Diese hinterhältige Aktion stieß bei vielen Dresdner Bürgern auf Unverständnis und Entsetzen. Nachvollziehbarerweise - schließlich war dies der einzige Ort der Erinnerung an die schrecklichen Bombennächte in der Dresdner Innenstadt.

COMPACT-TV hat O-Töne aus der Bevölkerung zusammengetragen und in diesem Beitrag veröffentlicht:

Am gestrigen Sonntag ist es erneut zu einem Eklat gekommen: Die Freien Sachsen hatten angesichts der Hilbert'schen Willkürmaßnahme eine Demonstration angemeldet, der rund 1.000 Menschen gefolgt waren. Zuvor hatten Aktivisten der Identitären Bewegung am Ort der früheren Inschrift eine neue, provisorische Gedenktafel mit folgender Aufschrift angebracht:

"Dies ist ein Ort der Mahnung, des Erinnerns und Gedenkens. Hier wurden die Leichname tausender Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 verbrannt."

Die jungen Leute verzichteten dabei bewußt auf die Nennung einer konkreten Opferzahl oder eine geschichtspolitische Einordnung, denn ihnen ging es nur darum, wieder einen Ort zu schaffen, an dem frei von Debatten um Zahlen und Schuldzuweisungen an die Opfer der Bombardierung erinnert werden sollte.

Im Gefolge einer Anti-Rechts-Demo

Viele Dresdner Bürger brachten der beherzten Aktion der identitären Aktivisten Sympathie entgegen, doch die Freude sollte nicht lange währen. Bekanntlich fand auch in Dresden am Sonntag eine Demonstration des sogenannten Bündnisses Zusammen gegen Rechts statt, die sich vor allem gegen die AfD richtete und an der Medienberichten zufolge ebenfalls rund 1.000 Menschen teilgenommen haben sollen.

Im Gefolge der Anti-Rechts-Demo, die unter anderem von den etablierten Rathausparteien und Fridays for Future unterstützt wurde, tummelte sich auch eine Handvoll militanter Antifas, die ihrer Zerstörungswut an dem provisorischen Gedenkort freien Lauf ließen. Die Freien Sachsen berichteten darüber auf ihrem Telegram-Kanal:

"Die improvisierte Gedenkplatte wurde entfernt, Kerzen entwendet und abgelegte Blumen zertreten. Auch alternative Journalisten, die vor Ort waren, wurden angegriffen. Erst als weitere Passanten eingreifen und das Zahlenverhältnis kippte, ergriffen die Linksextremisten feige die Flucht."

Damit wurde die Dresdner Gedenkkultur ein weiteres Mal geschändet - diesmal von linken Gewalttätern. Solcherlei Gesindel hatte sich in der Vergangenheit schon mehrmals an Mahnmalen zur Erinnerung an die Opfer des alliierten Bombenterrors gegen Dresden vergangen, etwa die Skulptur "Trauerndes Mädchen am Tränenmeer" auf dem Dresdner Heidefriedhof beschädigt oder das dortige Mahnmal mit Farbe beschmiert.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Klima-Hysterie immer irrer: Medien warnen vor "Winterhitze bis zu 15 Grad!"**

Man kommt bei unseren Massenmedien aus dem Staunen nicht mehr heraus. Nachdem uns der Schneefall kürzlich als Beweis für die Klima-Apokalypse präsentiert wurde, setzt der "Focus" nun noch einen drauf: "Winterliche Hitzewelle kommt auf Deutschland zu", heißt es dort

mit großem Alarmgetrommel in einer Überschrift.

Und weiter: Es komme in dieser Woche zu Temperaturen "bis zu 15 Grad". Hilfe, wir verbrennen! Soll dieser Quatsch also der Beweis sein, daß wir unseren Strom künftig nur noch mit Windrädern erzeugen dürfen und uns nur noch von Salat ernähren und mit Lastenrädern fortbewegen sollen, damit die globale Erwärmung gestoppt wird?

Überschriften wie diese zeigen, daß große Teile der Massenmedien sich von ihrem Auftrag entfernt haben und nur noch als Lautsprecher der Regierungs-Ideologie fungieren. Zum Glück gibt es in Deutschland noch eine Partei, die sich von den Medien nicht den Verstand vernebeln läßt, sondern sich ein eigenständiges Urteil über die wirklichen Probleme unserer Zeit bildet. Viel bedrohlicher als die "Winterhitze" sind hitzköpfige Migranten, die unsere Rettungskräfte mit Steinen und Böllern bewerfen - um diese Probleme wollen wir uns kümmern, nicht um irrationale Klima-Hysterie!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2024: >>**Der große Lügenmarsch gegen Rääääächts**

Von *Sven Reuth*

Der "Kampf gegen Rechts", der derzeit auf deutschen Straßen geführt wird, ist das Aufbäumen eines in einer schweren Krise befindlichen linken Weltanschauungsstaates. Dennoch ist er nicht ungefährlich. ...

Ähnlich dem an- und abschwellenden Zyklus der Sonnenflecken wird auch Deutschland immer wieder regelmäßig von Antifa-Schüben durchgeschüttelt. Derzeit ist es mal wieder so weit. Durch die Straßen deutscher Städte wälzen sich Proteste gegen Rechts, wie man sie seit den Zeiten der Erfindung der Lichterkette zu Beginn der 90er Jahre kennt. Wer sich über den Charakter dieser von oben orchestrierten Massenhysterie klar werden möchte, der muß bloß einen Tag später die Nachrichten studieren.

"AfDler töten - Nazis abschieben"

In Aachen wird dem Demozug gegen Rechts ein Transparent mit der Aufschrift "AfDler töten - Nazis abschieben" vorangetragen. Der dortige Gutmenschenzug stand ohnehin schon unter dem Motto "Antifa stays united". Laut Medienberichten trat die dortige "Antifa Jugend" als faktischer Organisator der Demonstration auf.

Als Versammlungsleiterin der Demo in München trat die Linksextremistin Lisa Pöttinger auf, die es für legitim hält, Farbanschläge auf die Häuser von Meinungsgegnern zu begehen und die Mitglied der Klimasekte "Extinction Rebellion" war. In Dortmund stimmte OB Thomas Westphal, einst selbst Juso-Vorsitzender, von der Bühne herab den Kampftruf "Ganz Dortmund haßt die AfD" an. In Dresden zerstörte die Antifa das zuvor liebevoll von Bürgern mit zahlreichen Blumen, Kerzen, Fotos und einer improvisierten Gedenktafel zerstörte Denkmal für die Bombenopfer.

Aiwanger: "Von Linksextremisten unterwandert"

Das sind natürlich alles keine Ausrutscher. Die Einheitsfront "gegen Rechts" steht nicht nur in der unseligen Tradition des autoritären DDR-Antifaschismus, sie wird an entscheidenden Stellen auch von in der Wolle gefärbten Linksextremisten dominiert. Das hält Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) natürlich nicht davon ab, dem totalitären Treiben, das sich über Deutschlands Straßen wälzt, auch noch seinen Segen zu geben. Klare Worte hingegen fand Hubert Aiwanger, Chef der Freien Wähler und bayerischer Vize-Ministerpräsident, der auf X (vormals Twitter) schrieb:

"Die Demos gegen Rechts sind vielfach von Linksextremisten unterwandert. Den Bauerndemos wurde der Vorwurf der Unterwanderung fälschlicherweise gemacht. Ich erwarte die Distanzierung aller Demokraten und der Bundesregierung von Linksextremisten."

Immerhin: Solche Stimmen aus der bürgerlichen Mitte waren beim letzten "Aufstand der Anständigen", den Gerhard Schröder im Oktober 2000 ausgerufen hatte, noch nicht zu hören

gewesen. Damals zelebrierte ein mit der Bildung der ersten rot-grünen Bundesregierung 1998 endgültig gesellschaftlich dominant gewordenenes linksliberales Milieu seine Macht.

Angstreflex und Machtdemonstration

Die heutigen Aufzüge sind hingegen auch erkennbar aus einem Angstreflex heraus geboren. Alle herkömmlichen Methoden der Diffamierung haben bislang nicht gereicht, um den Höhenflug der AfD auch nur abzubremsen, also setzt man stattdessen jetzt auf brachiale Machtdemonstrationen auf der Straße.

Die totale linksgrüne gesellschaftliche Dominanz, die bis vor kurzem noch in der Bundesrepublik herrschte und die spätestens seit dem vergangenen Jahr deutlich abbröckelt, wird so aber nicht zurückzugewinnen sein. Der Grund dafür läßt sich mit einem berühmten Wort des Präsidentenberaters James Carville zusammenfassen: "It's the economy, stupid."

Antifa-Mummenschanz und kollabierende Wirtschaft

Schon jetzt ist zu erkennen, daß die Demos "gegen Rechts" von einem urbanen, linksliberalen Milieu getragen werden, das in den Großstädten lebt, oftmals im öffentlich-rechtlichen Dienst und dem Beamtenapparat beschäftigt ist und sich hier gegenseitig die Bälle zuschiebt - in der Hessenschau wurde nun beispielsweise eine Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks als vermeintliche Demo-Teilnehmerin präsentiert und interviewt.

Auf dem Land hingegen, wo man unter dem grünen CO₂-Bepreisungswahn und unbezahlbaren Energie- und Treibstoffpreisen besonders leidet, dominieren die Traktoren- und Trucker-Demos. Und überhaupt: Wie lange wird es noch gut gehen, daß ein immer weiter schrumpfender industrieller und agrarwirtschaftlicher Kern sowie eine immer kleiner werdende Zahl an Selbstständigen einen immer weiter wachsenden Staatsapparat tragen muß, der vorwiegend der Umsetzung einer gegen das eigene Volk gerichteten Politik dient? Der einer Regierung dient, die jeden freien Cent in Klima-Maßnahmen, die Finanzierung illegaler Migration, in EU-Transfers sowie eine ruinöse "Entwicklungshilfe" steckt?

Schon jetzt sind die Vermögen der Deutschen auf griechischem Niveau angekommen - und das in einem Land, das gemessen an der Sparquote und dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf eigentlich eher auf dem Niveau der Schweiz stehen müßte. Mit dem totalitären und extremistischen Antifa-Mummenschanz, der sich derzeit über die deutschen Straßen wälzt, kann man diese Misere auf die Dauer nicht übertünchen, man kann nur kurzfristig von ihr ablenken.

Mehr noch: Die derzeitigen Antifa-Aufzüge sollen auch davon ablenken, daß die linke Ampel-Regierung politisch komplett blank da steht, selbst mit ihren Kernprojekten wie dem Klimageld gescheitert ist und die geringsten Zustimmungswerte aufweist, die je für eine Bundesregierung gemessen wurden. Es ist doch klar, daß in einer solchen Situation die Antifa-Orgel aus dem Keller geholt und mit voller Lautstärke gespielt wird - einfach weil man nichts anderes mehr zu bieten hat.

Prüfung für das patriotische Spektrum

Dennoch ist die derzeitige Massenhysterie natürlich gefährlich. Der historische "Aufstand der Anständigen" endete mit der Einleitung des ersten NPD-Verbotsverfahrens, obwohl die Partei damals rein gar nichts mit einem Bombenanschlag auf jüdische Kontingentflüchtlinge in Düsseldorf-Wehrhahn zu tun hatte, der am Anfang dieser ganzen Kampagne stand. Auch die derzeit laufende Hysteriewelle wird vermutlich für neue Repressionen genutzt werden, schon werden Debatten über ein Verbot der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative oder über ein sogenanntes Kleines Verbotsverfahren zum Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung für die AfD geführt, wobei der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ein Verfechter dieses letzteren Plans ist.

Fast 80 Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs und fast 35 Jahre nach dem Ende der DDR wird auch wieder ganz offen über einen Grundrechtsentzug diskutiert, der gegen politisch

mißliebige Personen in Stellung gebracht werden soll - dies ist der eigentliche politische Skandal unserer Tage.

So wird die derzeit herrschende Antifa-Hysterie vermutlich auch zur Prüfung für das patriotische Spektrum werden. Wird der steigende Druck auf die AfD dazu führen, daß diese sich von ihrem Vorfeld distanziert? Wird der steigende Druck insgesamt zu einer Art Selbstzensur führen, so daß beispielsweise ein Thema wie die Auslotung legaler Möglichkeiten zur Remigration - und etwas anderes wurde auch auf dem Potsdamer Treffen nie erörtert - unterdrückt wird? Das politische Schicksalsjahr 2024 hat jedenfalls mit einem veritablen Sturm begonnen - und das patriotische Spektrum insgesamt muß nun beweisen, daß es diesem Sturm gewachsen ist.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Januar 2024: >>**EU-Reformen: Alice Weidel (AfD) sieht Brexit notfalls als "Modell für Deutschland"**

Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag und AfD-Bundes-sprecherin, hat den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union in einem Interview als "absolut richtig" und als ein mögliches "Modell für Deutschland" bezeichnet. Sollte die AfD Regierungsverantwortung übernehmen, wolle die Partei eine EU-Reform anstreben, um deren "Demokratiedefizit" aufzulösen, sagte Weidel in einem auf Englisch erschienenen Interview mit der Londoner "Financial Times".

Wenn diese Reform nicht möglich sei, solle die Bevölkerung in einem Referendum über Deutschlands Verbleib in der EU entscheiden, erklärte Weidel weiter.

Die AfD hatte im vergangenen Sommer in Magdeburg ihre Kandidatenlisten und ihr Programm für die im Juni stattfindende Europawahl beschlossen. "Wir halten die EU für nicht reformierbar und sehen sie als gescheitertes Projekt", heißt es in dem Programm.

"Daher streben wir einen 'Bund europäischer Nationen' an, eine neu zu gründende europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, in der die Souveränität der Mitgliedsstaaten gewahrt ist." Über einen möglichen Austritt Deutschlands aus der EU schließt die AfD eine Volksabstimmung nicht aus.

"Es ist das selbstverständliche Recht eines jeden Volkes in der Europäischen Union, über den Verbleib in der EU, die Währungsunion und sonstige supranationale Projekte abzustimmen", heißt es in dem Programm. Dieses Recht werde "uns in Deutschland von den seit Jahrzehnten regierenden Parteien vorenthalten."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2024: >>**Beschlossen: Werteunion wird Partei**

Von *Daniell Pföhringer*

Hans-Georg Maaßen und Markus Krall starten durch: Auf ihrer Mitgliederversammlung hat die Werteunion ihre Umwandlung in eine Partei beschlossen. Gemeinsam mit der AfD will man nun für einen Politikwechsel in Deutschland sorgen. ...

Jetzt ist es amtlich: Die Werteunion, bislang ungeliebtes Anhängsel der CDU/CSU wird sich als eigenständige Partei formieren. Diesen Beschluß faßten die Mitglieder des rechtskonservativen Vereins am vergangenen Sonnabend auf ihrer Bundesversammlung in Erfurt "mit großer Mehrheit", wie es in einer Erklärung heißt.

Die Gründung als Partei werde "so zeitnah erfolgen, daß eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September gewährleistet sein wird", so die Werteunion. "Parteipolitisch spaltet sich die zukünftige Partei damit von den bisherigen Unionsparteien CDU und CSU ab und wird in Zukunft eigenständiger parteipolitischer Akteur, der keine 'Brandmauern' pflegt und damit gesprächsbereit in alle politischen Richtungen ist."

Der Vorsitzende der Werteunion, Hans-Georg Maaßen, bezeichnete diesen von ihm selbst initiierten Schritt als folgerichtig. Die Vereinigung hatte sich 2017 als Basisbewegung konservativer CDU- und CSU-Mitglieder gegründet, wurde von den Unionsparteien aber nie als

offizielle Parteigliederung anerkannt. Zuletzt hatte CDU-Chef Friedrich Merz angekündigt, einen Unvereinbarkeitsbeschuß im Parteivorstand einbringen zu wollen. Damit wäre eine Doppelmitgliedschaft künftig ohnehin nicht mehr möglich gewesen.

Politikwechsel mit der AfD

Anders als andere Neugründen im konservativen Lager schließen Maaßen und der ebenfalls am Parteiprojekt beteiligte Ökonom und Ex-Degussa-Manager Markus Krall Koalitionen mit der AfD nicht nur nicht aus, sondern machten deutlich, daß sie eine politische Wende, insbesondere in der Asyl- und Migrationspolitik, gemeinsam mit den Blauen anstreben.

Bereits am 23. September 2023 hatte Krall in einer Stellungnahme auf X (vormals Twitter) angekündigt:

"Es wird definitiv zu einer politischen Wende in Deutschland kommen. Entweder etabliert sich in der von den Altparteien verlassenen Mitte eine neue Kraft, die mit der AfD koalitiert. Oder die AfD erreicht früher oder später die absolute Mehrheit."

Letztere Variante hält der Ökonom offenbar für die unwahrscheinlichere. Zudem wird damit nicht das Unionsproblem und das Problem der Fake-Liberalen gelöst. Soll heißen: CDU, CSU und FDP binden immer noch zu viele Kräfte, die sich in der sogenannten bürgerlichen Mitte verorten - obwohl sowohl die Unionsparteien als auch die Freien Demokraten inzwischen zu Steigbügelhaltern der politischen Linken verkommen sind und selbst in weiten Teilen eine linksliberale Agenda fahren.

Politologe: "Doppelter Befreiungsschlag"

Am Wochenende wandte sich Krall via X noch einmal scharf gegen Forderungen nach einem AfD-Verbot. Zu den medial gehypten Anti-Rechts-Demos erklärte er:

"Hallo, Linke, Grüne, Sozialisten, Ökoklimafuzzis, Ihr seid nicht mehr, das wart ihr nie. Wir sind mehr. Daß unsere Mehrheit im Land nicht zum Zuge kam, ist allein die Schuld der vermerkelten, ausgeMERZten CDU. Aber damit ist jetzt Schluß!"

Der Politikwissenschaftler Klaus Schröder von der FU Berlin erklärte unterdessen im Deutschlandfunk, die Umwandlung der Werteunion in eine Partei stelle einen "doppelten Befreiungsschlag" dar: zum einen für die CDU, die "einen Querulanten" loswerde, zum anderen für Maaßen, der sich nun nicht mehr mit Ausschlußverfahren auseinandersetzen müsse. Zur AfD bilde die Werteunion zwar eine Konkurrenz, aber es bestehe auch die Möglichkeit, daß beide Parteien kooperierten.

Krall: Keine Zeit für "Pussys und für Warmduscher"

Zuletzt hatte es Gerüchte gegeben, wonach es zwischen Maaßen und Krall zu einem Zerwürfnis gekommen sei. So hatte Maaßen in einem Interview erklärt, daß Krall mit seinen Standpunkten manchmal "übers Ziel hinausschieße" und meinte damit wohl vor allem die wirtschafts- und steuerpolitischen Statements des Ökonomen. Krall tritt für einen radikalen Rückbau des Staates und drastische Steuersenkungen ein.

In einem gemeinsamen Interview machten die beiden bekanntesten Köpfe der Werteunion dann allerdings deutlich, daß es zwischen Ihnen keinen Zwist gebe. Maaßen repräsentiere den konservativen, Krall den libertären Flügel der neuen Formation, so der Tenor.

Krall solle laut Maaßen Impulse für die politische Programmatik geben, er schätze dessen "marktwirtschaftlich geprägte Expertise". Krall selbst schrieb in einem Statement, die neue Partei sei wichtiger "als die möglichen Befindlichkeiten eines Markus Krall". Es sei "jetzt nicht der Moment für beleidigte Leberwürste, für Pussys und für Warmduscher".

Machen Sie sich selbst ein Bild von Kralls Ideen für einen radikalen Umbau des Staates und eine Rückbesinnung auf Volk und Nation: In unserem Online-Shop bieten wir Ihnen eine Auswahl der wichtigsten und brisantesten Werke des Freiheitsdenkers.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2024: >>**Dresden 1945: Massenmörder Churchill**

Von *Lars Poelz*

Gegen das Vergessen: Die Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 war ein Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes. Der Hauptverantwortliche wurde nie zur Rechenschaft gezogen. Sein Name: Winston Churchill. Sein Motiv: Deutschenhaß. ...

Die Verantwortlichen in Großbritannien und den USA mögen anfangs gedacht haben, der Bombenkrieg könnte dazu führen, daß sich ein großer Teil der Deutschen dem Krieg verweigert. Aber die stets bestens informierten Geheimdienste der Alliierten meldeten bald, daß der Krieg gegen Frauen und Kinder und die Zerstörung der Innenstädte die Kampfesgeschlossenheit der Deutschen noch verstärkte. Welche Beweggründe standen also hinter der Fortführung und Steigerung dieser Angriffe?

Vergeblich hatten deutsche Regierungen immer wieder ein verschärftes Verbot des Bombenkrieges gefordert, zunächst im Völkerbund, auch noch 1936, zuletzt in dramatischen Appellen nach Beginn des Zweiten Weltkriegs. Bereits zwei Tage nach der Kriegserklärung der Briten (03.9.1939) begannen die Luftangriffe auf deutsche Städte. Winston Churchill befahl am Tag seiner Regierungsübernahme (10.5.1940) deren massive Ausweitung. Das Bomber Command der Royal Air Force folgte dem Befehl. Das Kalkül des britischen Premiers war zunächst, die deutsche Regierung zu Gegenangriffen auf britische Städte zu provozieren.

Er erwartete sich eine Erhöhung der Kriegswilligkeit der britischen Bevölkerung, die ja ursprünglich mehrheitlich den Frieden wollte, leider im Gegensatz zu den Herrschenden. Die unaufhörlichen und weitreichenden Versuche Hitlers, sich mit Großbritannien zu verständigen, waren auch in London bekannt.

So viele Opfer wie möglich

Die Bombardierung deutscher Städte sollte die deutsche Luftwaffe auf zivile Ziele in England lenken, um sie davon abzuhalten, die Flugplätze der britischen Jäger anzugreifen. Die Auslieferung neuer Jäger aus Coventry und den anderen Flugzeugfabriken war erst angelaufen. Um den Feind zum Einlenken zu zwingen, begannen nach vier Monaten des Zuwartens und Protestes deutsche Gegenangriffe.

Churchill war also bewußt, daß die Bombardierung von Städten keineswegs dazu führt, daß das Volk sich der Kriegführung verweigert. Und die vielen Agenten und Widerstandskämpfer in Deutschland meldeten umgehend die Festigung des Widerstandswillens der Deutschen.

Dennoch unternahm der britische Regierungschef alle Anstrengungen, den Bombenkrieg fortzuführen und auszuweiten. Danach konnte die Motivlage damit erklärt werden, daß als Ziele Industriestädte gewählt wurden, zunächst im nahe gelegenen Ruhrgebiet. Allerdings waren nicht die kriegswichtigen Fabriken das Ziel.

"Von Essen abgesehen haben wir niemals ein besonderes Industrierwerk als Ziel gewählt. Die Zerstörung von Industrieanlagen erschien uns stets als eine Art Sonderprämie. Unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt", so der Chef des britischen Bomber Command, Arthur Harris.

In der Directive to Chief of Air Staff vom 05.02.1942 hieß es: "Ich nehme an, daß es klar ist, daß das Ziel Wohngebiete sind, nicht etwa Schiffswerften oder Flugzeugfabriken.

Der Bombenkrieg war also keineswegs als Maßnahme gegen militärische Einrichtungen geplant. Die offizielle Begründung war jetzt das sogenannte Moral Bombing, als könnte das vorsätzliche Verbrennen von Frauen und Kindern jemals "moralisch" sein. Von den über 600.000 durch Luftangriffe getöteten deutschen Zivilisten waren mindestens 80.000 Kinder.

Wie 1914 wäre ein Weltkrieg auch 1939 von Seiten Englands leicht zu verhindern gewesen. Das schreibt sogar Churchill in seinen Memoiren. Bereits am Beginn des Polenfeldzugs lancierten die Deutschen ein Angebot auf sofortigen Waffenstillstand und Friedensschluß, der ein Konferenzangebot und sogar Wiederherstellung aller entstandenen Kriegsschäden zum Inhalt hatte.

Dem folgten öffentliche Friedensangebote Hitlers vor dem Reichstag und über 50 ähnliche Avancen seitens der deutschen Regierung, von Belgien, Italien, der Schweiz, Holland, der skandinavischen Regierung, vom Vatikan und sogar durch Beauftragte des Widerstandes in Deutschland. Churchill ging nicht darauf ein - er hatte andere Ziele. Aber welche?

Die Wissenschaft vom Massenmord

Zunächst wurde durch ein Expertenteam von Wissenschaftlern und Feuersachverständigen eine Strategie entworfen, wie die Bombardierung den größtmöglichen Schaden anrichten und die größte Zahl an Opfern erzielen kann. Die USA gingen sogar so weit, in der Wüste deutsche Wohnviertel aufzubauen, um die Bombenwirkung zu studieren.

Das Ergebnis war die akribische Planung des Feuersturms, bei dem hunderte von Einzelbränden zu einem Riesenfeuer zusammenwachsen. Durch den Sog entstehen Stürme von Orkanstärke, die Sauerstoffzufuhr erzeugt Flammen von der Temperatur eines Schneidbrenners. In Dresden wurde der Asphalt zu einer brennenden Flüssigkeit, das Glas der Marmeladengläser in den Kellern schmolz, noch heute sind Schichten von verglastem Sand im Untergrund zu erkennen. Solche Feuerstürme sind so stark, daß Personen erfaßt und über Gebäude hinweg in die Flammen gerissen werden.

Die Vernichtung der Stadtbevölkerung sollte in mehreren genau berechneten Angriffswellen vor sich gehen: Luftmarkierer setzen auf Einweisung von sogenannten Pfadfindern und eines Masterbombers Leuchtbomben, um das Zielgebiet festzulegen. Die Bombenwürfe erfolgen in einem Fächer oder kreisförmig, um die Fliehenden in das Zentrum des Feuersturmes zu treiben. Dann werden durch Luftminen ("Wohnblockknacker") die Dächer zerstört und Wände umgelegt. Dadurch wird brennbares Material auf die Straßen befördert, Möbel, Hausrat, Balken der Dachstühle.

In der zweiten Welle werden Phosphor-, Thermit- und Flüssigkeitsbrandbomben geworfen. Sprengbomben mit Zeitzündern hindern Feuerwehr und Löschmannschaften am Verlassen der Schutzräume. Tiefflieger machen Jagd auf Trupps von Zivilisten, die aus der Stadt flüchten. Zwei Stunden nach dem ersten Angriff streut die dritte Welle Splitterbomben, die die von weit her herbeigeeilten Feuerwehrkräfte töten sollen. Zusätzliche Angriffe am nächsten Morgen treffen Aufräumer und Rückkehrer und löschen weiteres Leben aus.

Der Höhepunkt des Vernichtungswillens

Die Hauptmasse der Bombenabwürfe erfolgte im letzten Kriegsjahr 1945. In den Wochen vor Kriegsende wurde die Vernichtungsstrategie noch intensiviert. Churchill verlangte von seinen Stabschefs 1944 den Einsatz von biologischen Waffen (Milzband-Kampfstoff N) und ein "Tränken der deutschen Städte mit Giftgas" (Public Rec. Off., London, AIR20/3227, CAB 79/78PREM 3/89). Das Giftgas war bereits auf dem Weg, konnte aber durch einen verzweifelten Luftangriff der letzten deutschen Reserven im italienischen Hafen Bari vernichtet werden. Die Bomben von Hiroshima waren eigentlich für Berlin vorgesehen, aber sie waren nicht vor dem 8. Mai einsatzfähig.

Der Höhepunkt, aber keineswegs der Abschluß dieser Vernichtungsorgie, war der Angriff auf die überfüllte und völlig unverteidigte Lazarettstadt Dresden, in der es keine Schutzbunker gab. Der mit wissenschaftlicher Akribie berechnete Feuersturm umfaßte den gesamten Innenstadtbereich, etwa 20 Quadratkilometer.

Als Ziel und Motiv der sonst unverständlichen Massen-Kriegsverbrechen wurde offensichtlich, daß es um die Demoralisierung und Dezimierung der deutschen Bevölkerung ging - ganz im Sinne von Clemenceaus ("Es sind 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt"). Dieses Ziel wurde durch alle Kriegshandlungen der Alliierten im letzten Kriegsjahr verfolgt.

US-General Eisenhower zu Beginn des sogenannten Roer-Angriffes: "Unser Hauptziel ist nicht die Vernichtung von so vielen Deutschen wie möglich. Ich erwarte die Vernichtung jedes Deutschen westlich des Rheines und innerhalb des Gebietes, das wir angreifen." Diese

Vernichtungspolitik wurde nach der Kapitulation fortgesetzt: Militärdiktatur, inszenierte Hungerkatastrophe in den Städten, Vertreibungsmorde, Rheinwiesenerlager.

Beim Inferno von Dresden am 13/14. Februar 1945 ließen über 100.000 Deutsche ihr Leben. Vom Mainstream wird nach wie vor kolportiert, daß Dresden kriegswichtige Ziele aufwies. Doch dies entspricht nicht der Wahrheit.

In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27965" berichtet am 22. Januar 2024 (x1.350/...): >>Papst für Klimainquisition

In seinem Schreiben "Laudate Deum" spricht Papst Franziskus von einer Klimakrise durch CO2 und gibt den Menschen und ihrer technischen Zivilisation die Schuld. Alle Einwände der Wissenschaft und alle Erkenntnisse über natürliche Klimafaktoren wischt er beiseite. Technische Wettersteuerung als Ursache für Wetterextreme blendet er völlig aus.

Als Lösung fordert Papst Franziskus "wirksamere Weltorganisationen" die "mit echter Autorität ausgestattet sein müssen", um die Einhaltung der Klimaziele zu "gewährleisten". Gleichzeitig fordert er die Menschen dazu auf, Druck "von unten" auf die Politik auszuüben, also härtere Klimagesetze zu fordern. Druck von oben durch Klimadiktatur, Druck von unten durch Klimafanatiker - ginge es nach Papst Franziskus, befände sich die Menschheit im Zangengriff einer Klimainquisition.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Januar 2024:

>>US-Wahl: DeSantis gibt auf und unterstützt Trump

Von *Daniell Pföhringer*

Floridas Gouverneur Ron DeSantis hat seine Bewerbung für die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner zurückgezogen und will fortan Ex-US-Präsident Donald Trump unterstützen. Das gab der 45-Jährige am Sonntagabend in einer Videobotschaft auf X (vormals Twitter) bekannt. De Santis wörtlich:

"Es ist mir klar, daß die Mehrheit der republikanischen Wähler bei den Vorwahlen Donald Trump noch eine Chance geben will."

Weiter erklärte er: "Ich kann unsere Unterstützer nicht um ihre Zeit und Spenden bitten, wenn es für uns keinen klaren Weg zum Sieg gibt. Deshalb beende ich heute meine Kampagne." Bei den republikanischen Vorwahlen im US-Bundesstaat Iowa am 15. Januar hatte DeSantis mit 21,2 Prozent den zweiten Platz hinter Trump belegt, der eine absolute Mehrheit von 51 Prozent auf sich vereinigen konnte.

Im Feld der Republikaner bleibt außer Trump nun nur noch die frühere Gouverneurin von South Carolina und UN-Botschafterin Nikki Haley übrig. Die 52-Jährige landete in Iowa mit 19,1 Prozent knapp hinter DeSantis auf Platz drei. Die nächsten Vorwahlen stehen am 23. Januar in New Hampshire an.

Vizepräsidenten-Kandidat DeSantis?

DeSantis gilt als eine Art politischer Ziehsohn von Trump - und als dessen möglicher Vizepräsidentenkandidat bei den Wahlen 2024. Aus einfachen Verhältnissen stammend, konnte der Urenkel italienischer Einwanderer dank eines Begabtenstipendiums an der renommierten Yale-Universität Geschichte studieren. Dort setzte er auch seine sportliche Laufbahn als hervorragender Baseball-Spieler fort.

Den Sprung in die Politik erleichterte ihm ein zweites Studium (Jura) in Harvard, das er mit einem Doktorgrad abschloß. Nach vier Jahren bei der Marine und fast drei Amtszeiten als Abgeordneter in Washington stellte er sich 2018 als Gouverneur zur Wahl. Seine Agenda war ein Spiegelbild der Trumpschen im Weißen Haus: Law and Order ohne Kompromisse, gegen illegale Einwanderung, für weniger Steuern und weniger Staat. Die Wahl gewann er im

November 2018 gegen den Demokraten Andrew Gillum.

Haley spottet über Trump und DeSantis

Kontrahentin Nikki Haley reagierte erfreut auf DeSantis' Rückzug. Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Seabrook, New Hampshire, erntete die frühere Gouverneurin von South Carolina Beifall von ihren Anhängern, als sie bekannt gab, daß DeSantis aus dem Rennen ist. "Möge die beste Frau gewinnen", sagte Haley. Zugleich intensivierte sie ihre Angriffe auf Trump, stellte sogar seine geistige Gesundheit in Frage.

Der Ex-Präsident selbst sagte, er fühle sich "geehrt" durch DeSantis' Entscheidung. Trumps Wahlkampf-Team erklärte, nun sei es an der Zeit, "daß sich alle Republikaner hinter Präsident Trump versammeln", um bei der Wahl im November Amtsinhaber Joe Biden zu besiegen und dessen "katastrophale Präsidentschaft" zu beenden. ...<<

23.01.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 23. Januar 2024 (x1.355/...): >>Landwirt: Ziel der Agrarpolitik war immer, Landwirte zu Leibeigenen zu machen

Von *Herbert Ludwig*

Ergänzend ... folgt die Stimme eines erfahrenen Landwirts zu den Ursachen der desolaten Situation in der deutschen Landwirtschaft. Ziel der Agrarpolitik sei schon immer gewesen, dezentrale Strukturen zu zerstören und Landwirte zu Leibeigenen zu machen. Schon in den sechziger Jahren sei von der EU das Dekret ausgegangen, daß nur Betriebe größer als 100 Hektar gefördert werden dürfen und überleben sollten.

Die kleineren Bauern seien immer mehr durch gedrückte Erzeugerpreise in die Enge getrieben worden, die nur die großen Betriebe durch größeren Flächenanbau hätten kompensieren können. Wir danken Egon W. Kreutzer für die freundliche Erlaubnis, den nachfolgenden Artikel von seiner Webseite zu übernehmen. (hl)

Leibeigene als Befehlsempfänger

Landwirtschaft in der BRD - ein Landwirt erinnert sich

Egon W. Kreutzer

Gestern Abend habe ich eine Mail erhalten, die ich meinen Lesern nicht vorenthalten will.

Ein Landwirt,

der heute Morgen um halb sieben, als ich ihn fragen wollte, ob er der Veröffentlichung zustimmt, nicht ans Telefon kommen konnte, weil er - wie jeden Tag um diese Zeit - schon im Stall zugange war, hatte mir geschrieben. Beim Lesen habe ich mich erinnert. Ja. Das war so. Nur hatte ich das längst in den Tiefen meines Gedächtnisses vergraben. Gut, daß es auf diese Weise wieder zum Vorschein gekommen ist.

Kurz vor zwölf hatte ich ihn dann endlich selbst am Telefon. Daß ich seine Gedanken veröffentlichen will, freut ihn, daß er dabei lieber selbst anonym bleiben will, kann ich gut verstehen.

Aber, lesen Sie selbst. Eine Schilderung aus dem Wissen und aus der ganz und gar bewußten Sicht eines Landwirts:

"Leider muß ich immer wieder feststellen, daß bei Berichten über die Landwirtschaft in allen Medien nur oberflächlich oder falsch berichtet wird.

Dies ist ein komplexes Thema, das über einen längeren Zeitraum betrachtet werden muß. Was jetzt seine Vollendung durchläuft, hat in den sechziger Jahren begonnen.

Man muß sich bewußt sein, daß das Ziel der Agrarpolitik immer war, dezentrale Strukturen zu zerstören und Landwirte zu Leibeigenen zu machen.

Dies ohne Widerstand seitens der sogenannten Verbraucher und Landwirte.

Den sichtbaren Startschuß gab Mansholt, der in den Sechzigern das Mansholt-Dekret in der EU herausgab. Dies besagte kurzgesagt, daß nur Betriebe größer als 100 Hektar gefördert

werden dürfen und überleben sollten.

Es gab damals keine Hungersnot!

Die Landwirtschaft war autark und versorgte die Menschen mit gesunden Lebensmitteln.

Um dies zu beschleunigen, wurde Ende der Siebziger ein genialer Schachzug eingeführt. Die Erzeugerpreise wurden drastisch gesenkt, so daß die Herstellung nicht mehr kostendeckend war. Im Gegenzug führte man Flächenprämien ein.

Das war der Anfang vom Ende der bäuerlichen Landwirtschaft.

Hier hätte der Aufschrei hingehört. Aber die Funktionäre des DBV waren alles große Flächenbesitzer und hatten und haben ihre Posten in den Konzernen und Banken. Die einen wollten ihren Mist verkaufen, und die Banken wollten über Kredite an das Land. Der DBV hat damals wie heute seine Mitglieder auf die Schlachtbank geführt.

Nun zu den Folgen.

Um die steigenden Kosten zu kompensieren, hatte der Landwirt nur die Möglichkeit auf mehr Fläche mehr zu produzieren. Da Fläche aber endlich ist und keine brach lag, mußte einer aufgeben. Das Hauen und Stechen begann. Ehemals solidarisches Handeln wurde in gnadenlose Konkurrenz umgepolt.

Um das Mehr an Fläche zu bewirtschaften, war ein endloses Investieren nötig, das nur über Kredite zu bewerkstelligen war. Hier begann die Verschuldung, die jetzt in der Überschuldung ihren Endpunkt erreicht hat. Dies war faktisch eine schleichende Enteignung.

Durch die Verschleuderung der Lebensmittel hatten sie für den Konsument keinen Wert mehr. Das bedeutet: Er konnte sein Geld in andere Konsumgüter verballern. (Auto, Urlaub etc.). Somit wurde auch die Leistung der Landwirte als gering eingeschätzt.

Durch die Zahlung von öffentlichen Geldern (Subventionen), die der Landwirt nun zum Überleben brauchte, konnte man diese an Bedingungen knüpfen, die oft widersinnig sind, aber eines gemeinsam haben: Sie zu erfüllen kostet richtig Kapital. Hier waren der Fantasie der Beamten keine Grenzen gesetzt. Man hetzte die Menschen über die Medien und Naturschutzverbände gegen die Landwirte auf. Sie seien Tierquäler, Klimasünder und chronische Umweltverschmutzer. Bashing pur. Als das Image damit völlig ramponiert war, konnte man der Verordnungswut freien Lauf lassen.

Durch Flächenprämien sind Rinderhalter benachteiligt. Denn diese müssen bei größeren Flächen mit den Ställen nachziehen, was wiederum sehr viel Kapital benötigt. Aber warum? Die Antwort findet man in dem Buch "Die Kuh". Wiederkäuer waren und sind ein wichtiges Glied für den natürlichen Kreislauf in der Landwirtschaft weltweit. Die Kuh kann aus Pflanzen die für uns unverdaulich sind, Milch, hochwertigen Dünger und Fleisch produzieren und ist zudem auch als Arbeitstier einsetzbar.

Mit Rindern kann man im entlegensten Flecken überleben. Das war der wahre Grund. Nimmt man das Rind aus dem Kreislauf funktioniert er nicht mehr. Der Landwirt ist nun auf synthetischen Dünger angewiesen, der aber nicht die Qualität des Kuhdunges hat. Deshalb versauern und verarmen unsere Böden immer mehr.

Wenn man das eigentliche Ziel - wie oben erwähnt - immer vor Augen hat, ergibt sich aus dem ganzen Irrsinn ein Sinn. Das fruchtbare Ackerland wird inzwischen von Konzernen aufgekauft. Das Ziel ist ein Ernährungsmonopol. Eigentlich ist das Ziel bereits erreicht. Mehr als 95 Prozent der Betriebe sind überschuldet. Diese gehören schon den Konzernen. Siehe Bacon. Er sieht Hunger als die ultimative Unterdrückungswaffe.

Nun noch einiges Wissenswertes:

Nur 1,8 % arbeiten in der Lebensmittelerzeugung! Kann nicht funktionieren!

Der Dieselverbrauch pro Hektar ist in den letzten 20 Jahren von ca. 80 auf ca. 240 Liter gestiegen, bei sinkenden Erträgen!

Die Saatgutlizenzen werden von der Saatguttreuhandgesellschaft eingezogen. Eine Tochterge-

sellschaft des DBV. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Der DBV ist aktiv an der Wegnahmen des Saatguts von den Landwirten beteiligt.

Täglich geben ca. 10 Betriebe auf. Hier geht Wissen und Erfahrung unwiederbringlich verloren!

Landwirte haben die höchste Selbstmordrate!

Über 80 % der Erwerbsunfähigkeit in der Landwirtschaft sind auf psychische Gründe zurückzuführen.

Landwirte sind überproportional bei Einweisungen in die Psychiatrie vertreten.

Hunger entsteht, wenn Bauern von ihrem Land vertrieben werden, nicht durch mangelnde Bürokratie.

Immer wenn Menschen aus der Lebensmittelerzeugung genommen wurden (z.B. wegen Einberufung im Krieg) gab es Hungersnöte. Genau an diesem Punkt sind wir wieder!

Den momentanen Protest kann ich noch nicht einordnen.

Warum der DBV die Landwirte auf die Straße getrieben hat, wird sich später herausstellen. Um die Situation der Landwirte geht es bestimmt nicht. Die meisten stehen mit dem Rücken an der Wand. Dies ist eher eine Verzweiflungstat.

Ein System ändert man nicht.

Es fällt in sich zusammen.

Die Würfel sind gefallen. Stirbt der Bauer, stirbt das Land. Ich bin selber Landwirt und beobachte die Entwicklung schon einige Zeit und erlebe den Irrsinn täglich selbst: Die Gängelungen durch Ämter und Kontrolleure, die niedrigen Erzeugerpreise.

Trotzdem gibt es keinen erfüllenderen Beruf, als mit dem Lauf der Natur zu arbeiten. Menschen die diese Kraft und den Lebenswillen der Natur nie spüren werden, sind zu bemitleiden. Diese werden nie erfahren, was wichtig im Leben ist."

*Quelle: <https://egon-w-kreutzer.de/landwirtschaft-in-der-brd-ein-landwirt-erinnert-sich>
Nachbemerkung (hl):*

"Die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen."

(Hans-Jürgen Papier, früherer Präsident des BVerfG)

Was der Landwirt mit aller Deutlichkeit beschreibt, ist die Anmaßung eines Obrigkeitsstaates und des EU-Überstaates, die gesamte Landwirtschaft von oben planwirtschaftlich in Richtung agrarindustrieller Großbetriebe zu regulieren. Das geschieht zumeist durch infame indirekte Methoden, kleine und mittlere Höfe in wirtschaftliche Not zu treiben und zur Aufgabe zu zwingen.

Der nach dem Grundgesetz freie, seinen Beruf aus eigener Fachkenntnis selbstbestimmt ausübende Bauer wird einem nötigenden, seine wirtschaftliche Existenz vernichtenden fremden Willen unterworfen.

Der Staatsrechtler und frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Udo Di Fabio stellt in einer Einführung in das Grundgesetz klar (Beck dtv-Texte 2007), welches Menschenbild diesem zugrunde liegt: "Der Mensch ist eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte Persönlichkeit." Das bedeutet, "daß kein Mensch zum bloßen Objekt auch der demokratischen Staatsgewalt degradiert, verächtlich gemacht werden darf."

Das ist es, was der Landwirt oben in das Bild des "Leibeigenen" bringt, der durch Niedrigpreise, Steuern und Subventionsentzug ausgebeutet wird und letztlich nur noch für andere arbeitet, für ihn selbst aber nichts mehr übrig bleibt. Er wird in seiner menschlichen Persönlichkeit entwürdigt.

Die tiefe Empörung dagegen liegt letztlich den in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenen Bauernprotesten der Gegenwart zugrunde.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Januar 2024 (x1.351/...): >> **Deutschland 2024 – quasistaatliche Mordauf-**

rufe gegen die Opposition

Bei den Demonstrationen am vergangenen Wochenende, die sich 'gegen rechts' richteten, wurden Plakate gezeigt, die zum Mord an AfD-Mitgliedern aufrufen. Der öffentliche Aufschrei blieb aus.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erstaunt nicht wirklich, daß unter anderem Bundeskanzler Scholz und der Inlandsgeheimdienstchef Haldenwang dazu aufrufen, an Demonstrationen teilzunehmen, die von Extremisten des links-extremen Lagers organisiert und durchgeführt und auch von Islamisten und Antisemiten gekapert wurden:

"Es hat mit einer freiheitlichen Demokratie rein gar nichts zu tun, wenn die Regierung gemeinsam mit den Einheitsparteien von ganz links bis zur CDU gemeinsam gegen die einzige Opposition mobil macht und dabei auch in Kauf nimmt, daß zum Mord von Oppositionspolitikern offen aufgerufen wird. Es findet kein Diskurs statt, es wird nicht inhaltlich diskutiert - die Probleme der Bevölkerung, die diese aktuellen Regierungen in Bund und Land zu verantworten haben, werden als 'rechts' gebrandmarkt und ignoriert - die totale staatliche Propagandashow.

Wer die Abschiebung Illegaler fordert, wer auf die massive Gewalt durch Migranten hinweist, wer die Folgen einer katastrophalen Energie-, Bildungs-, Wirtschafts-, Familien- und Rechtspolitik benennt und ein Umdenken fordert, soll verboten oder gar getötet werden. Das ist eine Schande für die Demokratie."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Januar 2024:

>>**Karlsruher NPD-Urteil: "Blaupause" für AfD?**

Von *Sven Reuth*

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe streicht der Partei Die Heimat (früher NPD) die staatliche Parteienfinanzierung. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder sieht in dem Urteil schon eine "Blaupause" für den Kampf gegen die AfD. Trotz allem: Es schlägt die Stunde der Patrioten. ...

Es kam, wie es kommen mußte. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Partei Die Heimat (früher NPD) für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Das Urteil kam nicht überraschend. Der frühere Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle hatte bei der Urteilsverkündung des zweiten - ebenfalls gescheiterten - NPD-Verbotsverfahrens im Januar 2017 selbst angeregt, der Gesetzgeber könne über einen Ausschluß der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung nachdenken.

Diese Äußerung war im Grunde genommen ein schwerer Verstoß gegen das Gebot der Gewaltenteilung, denn ein Verfassungsrichter feuerte hier die Exekutive regelrecht dazu an, weiter gegen eine Oppositionspartei vorzugehen.

"Exempel an volkstreuere Partei statuiert"

Die Heimat blieb deshalb auch der öffentlichen Verhandlung in Karlsruhe zum Entzug der Parteienfinanzierung fern und beteiligte sich hier nur in Form der Einreichung von Schriftstücken, da man nicht - wie die Partei erklärte - die Statistenrolle in einer "Justiz-Simulation" einnehmen wolle.

In einer Pressemitteilung erklärte Die Heimat:

"Heute wurde vom BRD-Regime gegen eine volkstreuere Partei ein Exempel statuiert. Hat es jetzt die Heimat getroffen, steht jetzt erwartungsgemäß die AfD im Fokus. Diese weitere Kampfansage der 'Deutschland-Abschaffer' an alle, die unser Volk und unsere Heimat bewahren wollen, wird aber nicht fruchten!"

Die Vorsitzende Richterin des Zweiten Senats, Doris König, warf der Die Heimat in ihrem heutigen Urteilsspruch dann auch vor, diese halte am ethnischen Volksbegriff und der Vorstellung von der deutschen "Volksgemeinschaft" als Abstammungsgemeinschaft fest.

Kriminalisierung der Forderung nach ethnokultureller Identität

Zur Verwirklichung der "deutschen Volksgemeinschaft" fordere sie die Trennung von Kulturen und Ethnien, eine umfassende rechtliche Besserstellung aller dieser Gemeinschaft Zugehörigen und die Abwertung des rechtlichen Status' aller nicht Zugehörigen.

König sagte weiter: "Die Propagierung der ethnisch definierten 'Volksgemeinschaft' hat eine gegen die Menschenwürde und das Gebot elementarer Rechtsgleichheit verstoßende Mißachtung von Ausländern, Migranten und Minderheiten zur Folge."

In einem Punkt braucht man sich wohl keine Illusionen zu machen: Mit dem Karlsruher Urteilsspruch kann jede noch so vorsichtige Forderung nach einer wenigstens teilweisen Erhaltung der ethnokulturellen Identität des deutschen Volkes noch leichter kriminalisiert werden als bisher.

Söder: Urteil ist "Blaupause"

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte gegenüber dem Handelsblatt gesagt, daß das zu erwartende NPD-Urteil eine "Blaupause" für ein Abschneiden der AfD von der staatlichen Parteienfinanzierung sein könnte. "Die AfD ist nichts anderes als eine rechts-extreme Putin-Partei", sagte der CSU-Chef und fügte hinzu: "Ich halte die AfD für verfassungsfeindlich."

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe könne die Grundlage für Schritte gegen die AfD bilden, sagte auch Johannes Fechner, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte in einer ersten Stellungnahme zu dem Urteil: "Kräfte, die unsere Demokratie zersetzen und zerstören wollen, dürfen dafür keinen Cent an staatlichen Mitteln erhalten - weder direkt, noch indirekt durch steuerliche Begünstigungen." Die verfassungsrechtlichen Hürden für künftige Verfahren blieben zwar hoch, so Faeser. Doch "haben wir jetzt ein weiteres Instrument zum Schutz unserer Demokratie".

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sprach sich hingegen gegen die Einleitung eines derartigen Verfahrens aus.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Januar 2024: >>**Schulte-Enthüllungen: Elite wird nervös ...**

Von *Sven Eggers*

Das Buch des Jahres ist bereits geschrieben: Bestsellerautor Thorsten Schulte legt mit "Die große Täuschung" einen Titel vor, der aus Sicht der Weltelite nie hätte formuliert werden dürfen. Eine Sensation!

In "Die große Täuschung" geht es im wahrsten Sinne des Wortes um alles! Unsere Freiheit steht jetzt auf dem Spiel. Das brisante Schulte-Buch deckt mit geradezu atemberaubenden Quellen auf, wie geheime Mächte agieren, wie Menschen erpreßt tatsächlich auch ermordet werden. Insofern ist das Buch auch eine Warnung an uns alle.

Was JFK gemeint hatte

Es war John F. Kennedy, der im April 1961 gewarnt hatte: "Denn wir stehen rund um die Welt einer monolithischen und ruchlosen Verschwörung gegenüber." Was er gemeint hatte, ist nie wirklich hinterfragt worden. Massenmedien hatten die Passage verschwiegen oder aber auf den Kommunismus verwiesen. Jetzt aber kommt alles raus.

Schulte und Mitautor Hesemann sezieren jene Aussage und legen rund um dieses heiße Eisen Quellen vor, die dem Leser die Sprache verschlagen dürften. Das Buch erscheint in gut drei Wochen und kann bereits vorbestellt werden. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer hat das Manuskript bereits einsehen können und sagt:

"Mit JFK habe ich mich sehr beschäftigt, aber was ich bei Thorsten Schulte in 'Die große Täuschung' lesen konnte, hat mich doch verblüfft."

Mußte Kennedy sterben, weil er sich gegen die israelische Atombewaffnung gewehrt hatte?

Die neuen, in "Die große Täuschung" offengelegten Dokumente, die erstmals ans Licht der Öffentlichkeit kommen, decken Zusammenhänge auf, die weit, weit über den Kennedy-Mord hinausgehen.

Entschleierung der Geschichte

Wenn ein Autor eine weltweite Verschwörung ins Kalkül zieht, lebt er ziemlich gefährlich. Zum einen, weil für manche der Schritt zur "jüdischen Weltverschwörung" und damit zum Antisemitismus sehr kurz ist. Zum anderen, weil die Verschwörer nicht ruhen werden, kritische Stimmen zu unterdrücken.

Thorsten Schulte sagt: "Der vorliegende Buch dient der Entschleierung der Geschichte, um die Entwicklung der Gegenwart aufhalten zu können."

Am Ende geht es um die wichtigsten Mord- und Todesfälle im 20. und auch Anfang des 21. Jahrhunderts, die in ein komplett neues Licht gerückt werden und die - das ist besonders dramatisch - letztlich auf dramatischer Art und Weise zusammenhängen. Hier geht es um Fakten, von denen der Normalbürger nicht einmal ahnt.

Schulte im Interview mit COMPACT-TV: "Nach meiner festen Überzeugung muß man die gesamten 484 Seiten meines Buches gelesen haben, um die ganze Dramatik zu erkennen, warum und wieso seit dreißig Jahren die Situation in Deutschland und Europa immer weiter verschlechtert. Ich verspreche jedem Leser einen Erkenntnisgewinn."

Thorsten Schulte, "Die große Täuschung"

Eines ist klar: Nie zuvor hat ein Buch die heißesten Eisen der Geschichte und Gegenwart so schonungslos angefaßt. Vertuschungen werden aufgebrochen. Das paßt natürlich Mächtigen so ganz und gar nicht in ihren Plan, der bisher so perfide aufgegangen ist.

Im Gespräch mit COMPACT-TV hat Thorsten Schulte zudem dargelegt, daß er für den Fall, daß ihm etwas zustoßen sollte, "Vorkehrungen" getroffen habe. Unter anderem das COMPACT-Magazin erhält in diesem Falle sämtliche Originaldokumente seines Werkes zugespielt. Dafür sei gesorgt. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27978" berichtet am 23. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Symposium in Dornbirn: Wozu noch (diese) Bildung - Gefahren von WHO-Pandemievertrag und Frühsexualisierung**

Allem Widerstand zum Trotz fand im Jänner 2024 das Symposium "Wozu noch Bildung" statt.

Hochkarätige Redner setzten sich dabei kritisch mit den WHO-Richtlinien für Bildung und Gesundheit auseinander. Dem Veranstalter Erwin Rigo ist es ein Anliegen, die gefährlichen Pläne, die mit dem WHO-Pandemievertrag und der voranschreitenden Sexualisierung unserer Kinder verfolgt werden, aufzuzeigen. hoch2.tv hat für Sie, verehrte Zuseher, alles mit der Kamera festgehalten und Kla.TV präsentiert Ihnen hier einen Zusammenschnitt davon.

Am 12. und 13. Jänner fand in Dornbirn in Österreich ein Symposium mit dem Titel "Wozu noch Bildung" statt. Dabei ging es um eine kritische Auseinandersetzung mit den WHO-Richtlinien für Bildung und Gesundheit. Dem Veranstalter Erwin Rigo ist es ein Anliegen, die gefährlichen Pläne, die mit dem WHO-Pandemievertrag und der voranschreitenden Sexualisierung unserer Kinder verfolgt werden, aufzuzeigen.

Dabei unterstützten ihn sechs namhafte Referenten: Prof. DDr. Daniel von Wachter, Univ.-Prof. DDr. Christian Schubert, Ao. Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger, die Autorin Gabriele Kuby, Rechtsanwalt Philipp Kruse und Prof. DDr. Martin Haditsch.

Bei dieser und anderen privat organisierten Veranstaltungen in der Vergangenheit wurden Informationen zu bestimmten Themen veröffentlicht, die dem offiziellen Narrativ widersprechen. Dabei erfuhren die Veranstalter massiven Widerstand seitens politischer Institutionen sowie der Mainstream-Medien. Organisatoren wurden sogar aufgrund von politischen Interventionen die Veranstaltungsorte gekündigt.

Außerdem denunzierte beispielsweise im November 2023 die Kleine Zeitung im Vorfeld eine Aufklärungsveranstaltung in Kärnten zum Thema Corona-Pandemie, weshalb es zu einer Streichung aus dem offiziellen Eventkalender der Gemeinde kam.

Allem Widerstand zum Trotz ist das Interesse an solchen Veranstaltungen bemerkenswert groß, wie man auch beim Symposium in Dornbirn feststellen konnte.

Das Team von hoch2.tv filmte die ganze Veranstaltung, so daß Sie, verehrte Zuseher, alle Vorträge in voller Länge sehen können. Kla.TV bringt an dieser Stelle einen kurzen Einblick in alle Referate und Podiumsdiskussionen.

Den Reigen eröffnete Religionsphilosoph Prof. DDr. Daniel von Wachter.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Metaphysik, analytische Religionsphilosophie, Ontologie, Kausalität, Naturgesetze und Willensfreiheit.

Daniel von Wachter: Die Wurzeln und Triebfedern der Sexualerziehung

Ich möchte nun zurückgehen und fragen, wo kommt die Sexualerziehung eigentlich her und können wir daran etwas sehen, wo sie herkommt? Können wir verstehen, was in den Köpfen derer vorgeht, die sie betreiben und können wir daraus etwas ableiten, wie wir darauf reagieren sollen?

Die erste Sexualerziehung, das erste große Programm der Sexualerziehung wurde von einem Mann namens Georg Lukács geleitet und zwar war Lukács bekennender Marxist; und er war in Ungarn an der kurzen kommunistischen Räterepublik 1919 vier Monate lang beteiligt. Also diese Räterepublik dauerte vier Monate und da war er stellvertretender Volkskommissar für Unterrichtswesen. Und in dieser Funktion hat er ein radikales Sexerziehungsprogramm eingeführt, das die Welt so noch nicht gesehen hatte und das für die katholischen Ungarn ein großer Schock war - was auch ein Grund war, weshalb dann dieser Räterepublik ein Ende gesetzt wurde.

Aber Lukács hat also mit voller Kraft ein Sexerziehungsprogramm in die Schulen eingeführt, es wurde zu grenzenlosem Geschlechtsverkehr ermuntert. Das heißt, alle moralischen Regeln, die normalerweise die Menschen dazu immer angenommen haben, wurden verworfen und die Kinder wurden dazu ermuntert, diese Regeln zu verwerfen und dann möglichst früh auch zur Tat zu schreiten.

Damit verbunden wurden auch insgesamt die Kinder aufgemuntert dazu, sich gegen die Eltern aufzulehnen, so wie man das später dann aus den 1960er Jahren in anderen europäischen Ländern kennt und auch aus den USA. Und die Frauen sollen sich gegen die Männer auflehnen und alle miteinander sollen sich gegen die Kirche auflehnen. Das war der Tenor und das Programm, was er mit unerhörtem und noch nie dagewesenem Eifer und Direktheit so vertreten hat ...

Lukács und Reich stehen sich sehr nahe. Sie können wir als die Begründer der Sexualerziehung ansehen. Und sie beide sind ganz bekennende, starke Marxisten. Was ich jetzt noch nicht beantwortet habe, ist die Frage, warum sie Marxisten sind oder genauer gesagt, warum sie als Marxisten die Sexualisierung so betrieben haben? Was ist der Zusammenhang? Der Zusammenhang scheint doch wohl zu bestehen, denn es ist ja nicht in ihrer Biographie und in ihrem Wirken nicht zufällig nebeneinander, sondern sie haben, bei Reich haben wir es schon gesehen, bei Lukács letztlich auch. Ein Motiv daran ist eben, daß sie gesagt haben, die Sexualmoral steht der Revolution irgendwie im Wege. ...

Und insgesamt ist das Ziel die Vernichtung der alten Werte und die Erschaffung neuer. Die Erschaffung eines neuen Menschen und die Erschaffung neuer Werte, und das hat immer auch einen Machtaspekt. Also diese Zerstörungshandlung ist nicht nur Zerstörungshandlung, sondern immer auch eine Machtergreifung.

Universitäts-Professor DDr. Christian Schubert ist Psychoneuroimmunologe und Professor an der Medizinischen Universität Innsbruck. Dr. Schubert berichtet von einer völlig neuen

Sichtweise von Medizin, die sich fundamental von der jetzigen Schulmedizin unterscheidet. Im sog. biopsychosozialen Modell gehören Körper, Geist und Seele zusammen, ebenso Soziales und Kultur. Die biopsychosoziale Medizin - so Christian Schubert - stellt das Immaterielle in den Vordergrund und nicht das Materielle, wie z.B. Blutanalysen und Ultraschall in der Schulmedizin.

So stand auch das Materielle in der Corona-Zeit durch Tests, Masken, Lockdowns und Spritzen im Mittelpunkt des Geschehens. Auf persönliche Befindlichkeiten, Emotionen und Beziehungen wurde keine Rücksicht genommen - und der Schaden heute daraus ist groß. Hören Sie nun Christian Schubert selbst:

Christian Schubert: Geometrie der Seele

Sie erinnern sich sehr gut an die letzten drei Jahre, da wurde uns alles genommen an Selbsteffizienz, an Wirksamkeit, an Kontrollerleben. Wir wurden wie die letzten Deppen behandelt, mit einem Babyelefanten zwischen uns. Das ist nicht nur die Politik, das ist die Medizin. Sie müssen nur in die Klinik gehen und sie verlieren sofort ihre Würde. Sie verlieren sofort ihre Psyche und ihre soziale Beziehung, ihre Biographie. Das wird alles an der Türklinke abgegeben in dem Moment, wenn man sie nur verstehen über Blutanalysen und über Ultraschall und über MRI und ich weiß nicht, was alles da gemacht wird. Sie verschwinden als Mensch. Und das halte ich mittlerweile, nach drei Jahren Coronakrise, für lebensgefährlich. Dieses System Schulmedizin, so wie sie jetzt materialistisch unterwegs ist, ist tödlich. Das ist nicht einfach ein Kavaliersdelikt, die Seele und den Geist und das Soziale auszugrenzen aus der Medizin, sondern es ist tödlich. ...

Ich würde zum Titel dieser Veranstaltung sagen, wozu noch diese Bildung? Denn Bildung an sich ist ja okay, aber diese Bildung? Nein. Der reduktive Materialismus bestimmt das westliche Menschenbild. Ausbildung dient dazu, den Status quo aufrechtzuerhalten. Und es wird von Familien natürlich von der Genetik von Kindern aufrechterhalten. Der Mensch als Maschine, Produktionskraft und Ware. Wir stehlen unser Marketing. Es gibt Kulturen, da wird gearbeitet, wenn man was braucht. In unserer Kultur wird nur gearbeitet. Es gibt Kulturen, da werden Produkte geschaffen, wenn ich sie brauche in dem Moment. Ja, dann mache ich das. Aber bei uns, wir kommen aus dem Produktionsdruck gar nicht mehr raus. ...

Tatsache ist, um auch hier am Ende noch was Positives zu sagen: Das neue Paradigma, würde ich sagen, ist biosemiotisch-systemisch, so wie ich es Ihnen gezeigt habe. Es gehört alles zusammen. Und das, was höher mächtig ist, sind die nicht-materiellen Faktoren. Nicht die Materie, sondern das, was drüber hängt - unsere Beziehungen, unsere Biographien. Der Mensch ist ganzheitlich und komplex. Wir brauchen dringend eine Rehumanisierung der Gesellschaft und der Medizin, eine Rehumanisierung. Es muß wieder menschlich werden. Salutogenese, Unbewußtes, Immaterielles müssen im Vordergrund unserer Bildung stehen. Dazu bin ich zutiefst überzeugt. Unsere Kinder müssen das lernen. ...

Universitäts-Professor Dr. Michael Geistlinger ist außerordentlicher Universitätsprofessor für Völkerrecht, Rechtsvergleichung auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts sowie Osteuropäisches Recht an der Universität Salzburg.

Michael Geistlinger: Neufassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften IHR und WHO-Pandemievertrag

Diese Weltsatzung der Weltgesundheitsorganisation und das erste wichtige Juristische, das ich Ihnen hier jetzt sagen muß, ist in Österreich als einfaches Bundesgesetz zu verstehen. Das heißt, sie hat die Genehmigung des Nationalrates, die Zustimmung des Bundesrates seinerzeit gefunden, wurde im österreichischen Bundesgesetzblatt kundgemacht und hat dafür einfachen Gesetzesrang. Nichts davon ist in Verfassungsrang gehoben worden. Alle ihre Bestimmungen sind nicht mehr als einfache Gesetze. ...

Der Pandemievertrag stützt sich zunächst auf Artikel 19. Dort ist die eigentliche Rechtsgrund-

lage. Das ist der obere Teil dieser Folie. Und da sehen Sie, daß er angenommen werden muß mit einer Zweidrittel-(Mehrheit) in der Gesundheitsversammlung. Das Ganze ist geplant für Ende Mai 2024. Er muß dann nach den Bestimmungen der jeweiligen Grundlage der Mitgliedsstaaten in Kraft gesetzt werden. Gleich am Anfang des Ausarbeitungsprozesses im Jahr 2021 haben sich die Staaten darauf verständigt, daß es bedeutet, daß er ratifikationsbedürftig sein wird. Mit "ratifikationsbedürftig" meint man einen völkerrechtlichen Vertrag, der durch die nationalen Parlamente zu genehmigen ist.

Das heißt Österreich hätte, bezogen auf den Pandemievertrag, zunächst einmal die Möglichkeit, die Zweidrittelmehrheit zu verhindern. Ich werde Ihnen später dann sagen, warum das jetzt schwierig bis fast ausgeschlossen ist. Dann zusätzlich hat es die Möglichkeit, den Vertrag nicht zu ratifizieren - also das heißt, nicht zu genehmigen im Parlament. Das hängt natürlich davon ab, wie die politische Zusammensetzung des Parlaments aussieht. Und dann muß das entsprechend begründet werden und innerhalb einer Frist von 18 Monaten (nunmehr 10), die Sie hier sehen im Artikel 20, dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation mitgeteilt werden. ... Wird diese Frist nicht genutzt, dann bedeutet das, daß die internationalen Gesundheitsvorschriften in Österreich und in allen anderen Mitgliedsländern automatisch in Kraft treten. ...

Empfehlungen sind ausdrücklich nicht rechtlich verbindlich. ... Die Standards sind auf europäischer Ebene allein angenommen worden. Sie haben daher rechtlich keine Bedeutung. Sie werden rechtlich nur deshalb relevant, wie uns Herr Dr. Rigo am Anfang geschildert hat, weil sie verbindlich gemacht worden sind auf innerstaatlicher Ebene.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion kam Frau Leni Kesselstatt zu Wort. Sie ist Mitbegründerin der Familienallianz in Österreich und gemeinsam mit ihrem Mann Franz aktiv in der Initiative wertvolle Sexualerziehung.

Leni Kesselstatt beschreibt die Anfänge

2015 war es dann so weit, da gibt es diesen berühmt-berüchtigten Sexualkunde-Erlass unter Frau Minister Heinisch-Hosek. Und mit diesem Erlass, kann man sagen, wurden die Schleusen geöffnet in Österreich. ...

Die Realität ist, daß diese Standards, diese WHO und BZgA (= Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) aus Deutschland, schon längst in den Schulen angekommen sind, wie gesagt. Also das ist seit 2015 längst durch. Durch diesen Sexualkunde-Erlass und durch diese externen Vereine. Außer TeenStar gibt es keinen Verein, der uns bekannt ist, und wir haben einen Überblick über ganz Österreich, der nicht ideologisch ist.

Das Gleiche gilt für Mißbrauchspräventionskonzepte und Organisationen oder beziehungsweise Workshops, und das Gleiche gilt auch für Kinderrechte. Das sind diese drei großen Bereiche, wo beinharte Ideologie in die Schulen gebracht wird. Das schaut jetzt so aus, daß die externen Vereine an die Schulen kommen, die Lehrer werden meistens ausgeschlossen, obwohl es dieses ganz starke Gesetz, also des Schulaufsichtsgesetz gibt, daß die Lehrer in der Klasse bleiben müßten, auch bei externen Vereinen. ... Das heißt, die Lehrer werden hinausgeschickt, sie wissen nicht mehr, was in der Klasse passiert. Den Kindern wird gesagt, sie dürfen mit niemandem darüber reden, was da passiert. ...

Jetzt haben wir ab vergangenem Herbst eine neue Situation. Es gibt neue Lehrpläne, die die ÖVP - muß ich leider sagen - auf den Weg gebracht hat. Die Lehrpläne, das bedeutet, ab der ersten Klasse Volksschule wird fächerübergreifend die Identität der Kinder in Frage gestellt, in allen Fächern. ...

Lehrer, die frisch von den Akademien, von den Ausbildungen kommen, vom Studium kommen, die sind wirklich "durchgegendert", so nenne ich es. Die haben keine Unterscheidung mehr. Es sind oft leider Personen, die selber keine Kinder haben und sie glauben, sie machen es richtig. Das heißt, was sollen wir jetzt den Eltern raten? Gehen Sie in die Schule, erkundi-

gen Sie sich. Wie ist die Situation?

Wird in dieser Klasse, in diesem Schuljahr heuer, Sexualkundeunterricht durchgenommen? Wann passiert es? Gehen Sie dann noch einmal, schreiben Sie sich das Datum auf. Gehen Sie noch einmal hin, fragen Sie: Machen Sie den Unterricht, kommt ein externer Verein? Und versuchen Sie halt mit den Lehrern in einem netten, ordentlichen Gespräch zu erkundigen sich, wann das stattfindet. ... Also ganz wichtig ist zu wissen, daß die Situation sich jetzt dramatisch geändert hat, ab der ersten Klasse.

Gabriele Kuby ist Soziologin und Autorin von 16 Büchern. Sie wurde 2008 vom evangelikalen Wochenmagazin idea zur Journalistin des Jahres gewählt.

Gabriele Kuby: Führt die sexuelle Befreiung in die Freiheit?

Schon 2006 hatte ich mein erstes Buch gegen die Gender-Ideologie veröffentlicht. ...

Alle haben damals geglaubt, sie übertreibt, sie hört das Gras wachsen. In der Tat, ich habe das Unkraut wachsen hören, was unsere Freiheit erstickt. Heute sagt das niemand mehr. Im Gegenteil, wir sind fassungslos, in welchen Wahnsinn sich eine Gesellschaft verstricken kann, die das autonome Individuum auf den Thron Gottes gesetzt hat. ...

Das Institut für Sexualpädagogik von Uwe Sielert hat den Ton gesetzt, hat die Leute ausgebildet, hat es geschafft, die Idee durchzusetzen: "Kinder brauchen Sexualität". Das ist eine absolut falsche, durch keinerlei Wissenschaft gestützte These. Auf diesem Surfbrett wird unsere Kultur verändert und die Kinder mißbraucht. ...

Wenn er (der Mensch) seine Freiheit nicht an Wahrheit ausrichtet, wird er zum Leibeigenen seiner Begierden. ...

In kurzer Zeit, 2010, lief dieser ganze Kampf, dieses Glauben: Mütter, Kinder brauchen Bildung und sie sollten sie in die Krippe stecken. Kinder brauchen Bindung. Das ist lebensentscheidend für Kinder. Sie brauchen feste, stabile, liebevolle Bindung. Und dann kann sich die Persönlichkeit entwickeln ...

"In den Annalen der Geschichte gibt es kein Beispiel einer Gesellschaft, die über einen gewissen Zeitraum hohe soziale Energie hatte, außer - sie war absolut monogam. Deswegen muß die Begrenzung der sexuellen Triebbefriedigung als die Ursache des kulturellen Fortschritts betrachtet werden." Zitat Ende. ...

Ich komme noch kurz auf das Thema Gender zu sprechen. Die sexuelle Revolution hat begonnen unter der Fahne der sexuellen Befreiung und der Befreiung der Frau aus der "Sklaverei der Mutterschaft". Ein Begriff von Simone de Beauvoir in ihrem Buch "Das andere Geschlecht" von 1948. ... Nicht Glück, sondern Depression, Einsamkeit und Angst sind die bitteren Früchte der sexuellen Revolution. ...

(Eine herrschaftsfreie Gesellschaft) - sie hat alles zerschlagen. Die Freundschaft mit Gott, die Integrität der Person als Einheit der Geistseele mit dem Leib, die Liebe zwischen Mann und Frau, die Bindung zwischen dem Kind und seinen biologischen Eltern. Sie hat die Existenz des Menschen der blinden Willkür des Begehrens ausgeliefert. Weit entfernt davor, dem Menschen, der so lebt, Freiheit zu schenken, wird er zum Sklaven seiner Begierden und so von seinem Leib beherrscht, den er doch beherrschen wollte.

Jurist Philipp Kruse ist Rechtsanwalt für Steuerrecht und Verfassungsfragen

Philipp Kruse: WHO-Pandemievertrag - Totalitäre Dystopie auf Kosten von Demokratie und Grundrechten

Ich bin einfacher Anwalt seit 26 Jahren; in der Schweiz in Bern das Anwaltspatent gemacht und zuerst als Wirtschaftsanwalt gestartet. Ab 2003 Steuerrecht, Steuerrecht ist Eingriffsverwaltung. Dort lernt man als Rechtsanwalt, aber auch bei der Steuerbehörde, unter welchen Voraussetzungen darf der Staat uns in die Tasche greifen, unsere Vermögenssphäre beschneiden. Und erstaunlicherweise oder eben logischerweise sind das sehr analoge Regeln zu denen, die zur Anwendung kommen bei Grundrechtseingriffen.

Und deshalb habe ich im Moment des Lockdowns, März 2020, ganz besonders genau darauf geachtet, wann denn nun die Voraussetzungen für einen so kolossalen Eingriff in unser Leben, in unsere Wirtschaft und auch in die Gesundheit - nicht zu vergessen vieler Menschen, denen die Behandlung aufgeschoben wurde oder denen man gesagt hat, bleiben Sie zu Hause - das war auch ein Eingriff in die Gesundheit. Diese Rechtfertigung habe ich bis heute nicht gefunden. ...

Irreführung. Weiteres Beispiel von Botschafterin Nora Kronig. Am Schluß dieses Interviews fragt die NZZ-Redaktorin Fontana: "Wie geht es weiter? Können Parlament und Volk beim Pandemie-Pakt mitreden?" "Das hängt vom Verhandlungsergebnis ab," sagt Nora Kronig. Und dann sagt sie zu den Gesundheitsvorschriften - und das ist der entscheidende Punkt. Sie sagt: "Die Anpassungen der internationalen Gesundheitsvorschriften sind geringfügig und technischer Natur. Da braucht es nicht unbedingt einen Parlamentsbeschluss."

Wir werden in all unseren Ländern im Glauben gehalten, daß das, was sich jetzt abspielt, technische Anpassungen geringfügiger Natur sind. Irreführender könnte eine Diplomatin zu uns nicht sprechen. ...

Meine Gegenthese: Ich sage, es ist das Gegenteil der Fall. Diese neuen, die angepaßten Gesundheitsvorschriften, die werden sehr wohl die WHO ermächtigen, in die wesentlichsten Grundpfeiler unserer Demokratien, in unsere Souveränität einzugreifen. Sie werden die Demokratie massiv beschädigen, die Gewaltenteilung und vor allem einen wirksamen Schutz der Menschenrechte so gut wie verunmöglichen. Und das sind alles Elemente, die konstituieren einen Rechtsstaat. Wenn eines von denen fehlt, dann haben wir keinen Rechtsstaat mehr. ...

WHO ist der Nummer 1 Fake-News-Verbreiter auf dieser Welt - WHO! Und ich gehe noch weiter. Die WHO ist die größere Gefahr für unsere Gesundheit als Covid-19. ...

Wesentliche Daten werden unterdrückt. ... Da hätte der gute Paracelsus aus Einsiedel, da hätte er sich im Grab gar nicht mehr aufgehört zu drehen. ...

Sehen wir hier nicht vielmehr eine Veränderung unserer verfassungsmäßigen Grundordnung? Weil wir stellen eine Instanz über unsere höchsten Instanzen drüber. Eine Instanz, die wir nicht mehr kontrollieren können. Die wir nicht mehr ins Recht weisen können und die niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig ist. So etwas nennt man eine fundamentale Verfassungsrevision. Und ich gehe so weit, daß ich sage, das ist gar nicht möglich, einen solchen Entscheid zu treffen. Denn man entäußert sich seiner Rechte. Man entäußert sich seiner Schutzrechte. ...

Prof. DDr. Martin Haditsch ist Facharzt für Hygiene und Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie, Infektiologie und Tropenmedizin.

Martin Haditsch: WHO-Pandemievertrag und WHO-Leitfaden zur Sexualität für Kleinkinder
Die schulische Sexualerziehung muß altersgerecht sein. Und als altersgerecht wird definiert, bitte halten Sie sich fest: Masturbation im Alter von 0 - 4 Jahre, Homosexualität 4 - 6 Jahre, und das inkludiert auch das gegenseitige Befummeln. Es ist unglaublich. Empfängnisverhütung 6 - 9 Jahre, Genderorientierung 9 - 12 Jahre und praktische sexuelle Erfahrungen im Alter von 12 - 15 Jahren.

Und ich werde Ihnen dann noch kurz zeigen, wie das interpretiert wird, welche Interpretationsmöglichkeiten es gibt. Dabei handelt es sich um eine sogenannte Hidden Agenda. Das heißt, alles das wurde beschlossen, ohne daß Pädagogen, Eltern, Bildungsexperten, Ärzte, Psychologen oder ... mit einbezogen wurden in das. Das ist also sozusagen unter dem Radar beschlossen worden und ist aber andererseits für die involvierten Institutionen verbindlich. ...

Das Kind ist neugierig, erforscht, stellt Fragen. Eine adäquate Familienstruktur bietet genau das Umfeld, dem Kind altersentsprechend Wissens- und Erfahrungszuwachs zukommen zu lassen. In einer geborgenen und intakten Familie oder auch in dem gewachsenen Freundeskreis wird jedes Kind Ansprechpartner finden für die Fragen, die es hat, und zwar passende

Ansprechpartner.

In einer glücklichen und sorglosen Kindheit stehen unzählige Themen an, weil die Kinder neugierig sind. Aber Sex gehört sicher nicht dazu.

Eltern kennen den Entwicklungsstand ihres Kindes am besten und wissen dann auch, was in welcher Situation für das Kind passend ist. Und diese Anfragen schließen auch ein Nein mit ein. Da kann man auch sagen: Du bist noch zu jung dafür. Ich meine, ich habe da die zwei Beispiele gebracht, nicht? Ich gebe einem Dreijährigen nicht ein Rasiermesser in die Hand, nur weil er sich vielleicht später einmal rasieren muß; und ich gebe ihm auch keinen Autoschlüssel, auch wenn er später Rennfahrer wird. Das ist nicht altersgemäß. ...

Die Familie ist der Ort der Sexualerziehung, die Schule der Ort der Bildung und Wissensvermittlung. Das ist, glaube ich, ganz wichtig auseinander zu halten. Wir brauchen keinen Nanny-Staat. Der Staat hat dem Volk zu dienen. ...

Abschlußappell: Stehen Sie so gut es geht zu Ihrer Meinung, aber versuchen Sie nicht zu missionieren. Missionieren erzeugt Druck. Man kann das in diskreter Art und Weise, man kann die Leute versuchen neugierig zu machen. Und dann kommen die Fragen automatisch. Informieren Sie sich über sogenannte, früher hat man gesagt alternative, jetzt heißt es neue Medien, aber bleiben Sie kritisch. ...Fragen Sie sich aber immer: Was könnte eine politische oder auch gesundheitspolitische Entscheidung im allerschlimmsten Fall für mich oder meine Kinder und Enkel bedeuten. ...

Am Ende des zweiten Tages gab es in der Podiumsdiskussion eine Frage an Gabriele Kuby: "Können Sie sich vorstellen, das Enkelkind aus dem Unterricht der Frühsexualisierung zu nehmen?"

Ihre Antwort kann für manche Eltern hilfreich sein: "Als Großmutter habe ich nicht die Kompetenz, meine Enkelkinder aus dem Unterricht zu nehmen. Ich bin natürlich mit den Eltern im Gespräch. Die Eltern müssen diesen Kampf führen und ich rufe die Väter auf, in die Schulen zu gehen. Es sind bisher die Mamas, die in die Elternabende gehen und die sagen: aber mein Kind usw. Die Väter (!) müssen um ihre Familie kämpfen und die Väter müssen um ihre Kinder kämpfen und in die Schule gehen und sagen: "Mit meinem Kind nicht!" und zwar in diesem Ton." ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Januar 2024:

>>**Mariah Carey: Ihr dunkles Geheimnis**

Von *Daniell Pföhringer*

Im Dezember nervte sie wieder viele Radiohörer: "All I Want for Christmas Is You." Doch hinter dem seichten Geträller tun sich wahre Abgründe auf - es geht um satanische Rituale, sexuellen Mißbrauch und sogar die Tötung von Kindern. ...

Im Sommer 2020 rauschte es gewaltig im Blätterwald: Alison Carey, die ältere Schwester von Popstar Mariah Carey, zog gegen die eigene Mutter vor Gericht. "Es geht um Satans-Kult und sexuellen Mißbrauch", so die Bild-Zeitung damals. Mutter Patricia Hickey soll die eigene Tochter im Alter von zehn Jahren zu sexuellen Handlungen "mit Männern im Rahmen von satanischen Ritualen gezwungen" haben.

Das allein klingt schon schlimm genug, doch die britische Tageszeitung The Sun brachte weitere grauenhafte Details an die Öffentlichkeit. Das Blatt zitierte aus der Klageschrift:

"Die Beklagte zwang die Klägerin auch dazu, Erwachsene bei sexuellen Handlungen mit Erwachsenen und Kindern bei nächtlichen satanischen Gottesdiensten mit rituellen Opfern zu beobachten."

Infolge dieser Taten leide die Schwester des Superstars unter "posttraumatischen Belastungsstörungen, Angstzuständen und Depressionen". Tatsächlich führt Alison Carey seit vielen Jahren ein Leben in tiefster Armut, prostituierte sich und konsumiert Drogen.

Alisons Qualen

Während Mariah, deren wahres Alter bis heute ein Mysterium ist, ewig jugendlich scheint und über sich selbst sagt, daß sie "für immer zwölf Jahre alt" sei, hat die Heroinsucht ihre Schwester frühzeitig ergraisen lassen. In einem Interview erzählte sie mit tränenerstickter Stimme: "Ich habe gesehen, wie Menschen erstochen wurden und anfangen zu bluten und das Blut auf den Boden tropfte. Es waren Kinder."

Neu sind solche Vorwürfe gegen Patricia Hickey nicht. Schon 2018 hat Alison Carey über die frühere Opernsängerin und Stimmtrainerin ausgepackt. Demnach soll sie nicht nur einfaches Mitglied einer okkulten Loge gewesen sein, sondern deren Anführerin.

Immer wieder habe sie ihre drei Kinder gezwungen, an bizarren Opfer-Ritualen teilzunehmen. "Wir wurden in ein riesiges Schloß auf Long Island gebracht. Dort wurden satanische Zeremonien durchgeführt unter Anleitung unserer Mutter", erinnerte sich Alison später. "Ich weiß noch, daß die Leute Umhänge mit Kapuzen trugen, im Kreis standen und unverständliche Zeilen sangen. Es fand auch ein sexueller Ritus statt, und lebendige Tiere wurden getötet."

Kämen solche Aussagen nur von der älteren Carey-Schwester, könnte man sie als wirres Gefasel einer kranken und drogensüchtigen Frau abtun. Doch auch Mariah Careys Bruder Morgan, der als Model und Fitneß-Trainer in den USA sehr erfolgreich war, erzählte ganz offen von einem grauenhaften Kult, dem seine Mutter huldige. Er gab zu Protokoll: "Mariah gab zu Beginn ihrer Karriere ein Interview, in dem sie auch Pats (gemeint ist Mutter Patricia) Besessenheit mit dem Kult erwähnte und wie peinlich und paralysierend es war, daß sie damit aufwuchs."

In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" beleuchten wir diesen Fall - und sind dabei höchstwahrscheinlich einem dunklen Geheimnis der Popsängerin auf die Spur gekommen, das so einiges erklären könnte. Dazu lesen Sie in dem hochbrisanten Heft:

"Heute schweigt die prominente Schwester dazu. Alison sagt, sie selbst sollte ihrer Mutter als Kopf der Satanssekte nachfolgen, hätte sich aber geweigert. Während sie und Morgan auf Distanz zu Patricia gegangen sind, singt Mariah sogar mit ihrer Mutter im Duett, geht mit ihr zu glamourösen Galas. Gut möglich, daß sie selbst inzwischen den Teufelskult anführt ..."

Mit ihrer Klage kam Alison Carey seinerzeit nicht durch. Glaubte man ihr nur nicht - oder hielt jemand seine schützende Hand über Patricia Hickey. Fast scheint es so, denn zahlreiche Indizien sprechen für die Aussagen der geschundenen Tochter.

Mariahs Jungbrunnen

In diesem Zusammenhang gibt auch Mariah Careys unverändert junges Aussehen Rätsel auf. Greift sie als Erbin ihrer Mutter etwa zu illegalen Mitteln, um "für immer zwölf Jahre alt" zu bleiben? Die ehemalige Stylistin des Popstars wurde 2020 verhaftet, weil sie versuchte, 400 verschreibungspflichtige Pillen in die USA einzuführen, darunter auch die sogenannte Hollywood-Droge Adderall - ein Medikament gegen Konzentrationsschwäche, das von vielen Stars als Appetitzügler eingesetzt wird.

In der sogenannten Truthther-Szene hat man einen anderen Verdacht: Mariah Carey könnte Adrenochrom konsumieren. Dabei handelt es sich um ein Stoffwechselprodukt des Adrenalins, das vom Körper in Stresssituationen, also auch bei Angst oder Schmerz, ausgeschüttet wird. Die regenerative Wirkung des Metabolits wurde bereits in einer am 1. März 1949 im "Journal of Physiology" veröffentlichten Studie nachgewiesen. Die belgischen Ärzte G. Derouaux und J. Roskam beschreiben, wie sie die geschädigte Haut eines Kaninchenohrs mit einer Adrenochrom-Injektion heilen konnten.

Wenige Jahre später entdeckten die US-Forscher Humphry Osmond und Abram Hoffer bei ihren Untersuchungen der Schizophrenie eine psychoaktive Wirkung der Substanz, die ähnlich wie LSD oder Meskalin wirken soll. In der Populärkultur fand dies Niederschlag in dem Roman "Fear and Loathing in Las Vegas" (1971) von Hunter S. Thompson, der 1998 von

Terry Gilliam verfilmt wurde. Der Sportjournalist Raoul Duke (Johnny Depp), das Alter Ego des Autors, träufelt sich in einer Szene Adrenochrom auf die Zunge und bekommt Halluzinationen, die ihn förmlich wegblasen.

Sein Kumpel, der schräge Rechtsanwalt Dr. Gonzo (Benicio del Toro), antwortet ihm auf die Frage, woher er das Zeug habe: "Es gibt nur eine Quelle für diesen Stoff - die Adrenalindrüse eines lebendigen menschlichen Körpers." Im Roman ergänzt er noch: "Das Zeug ist schlecht, wenn der Körper bereits tot ist."

Die Aussagen des CIA-Insiders

Manche sogenannten Verschwörungstheoretiker gehen davon aus, daß es verborgene Netzwerke gibt, in denen Kinder nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch systematisch in Angst versetzt oder gefoltert werden, um ihr Blut mit Adrenalin anzureichern und durch Oxidation Adrenochrom zu gewinnen. Dies werde von den Reichen und Schönen als Superdroge oder für Anti-Aging-Kuren eingesetzt.

Ein Kronzeuge dieser Theorie ist der ehemalige CIA-Mitarbeiter Robert David Steele, der 2017 behauptete, der weltweite Kinderhandel diene auch solchen Zwecken. Pädophilie und satanische Rituale gingen dabei Hand in Hand. Oft würden die Opfer getötet und ihre Organe verkauft.

In der elitär-pädosatanistischen Adrenochromszene würde man sich, so die Theorie, untereinander durch scheinbar harmlose, teils albern wirkende Fotos mit Kaninchenohren oder -masken zu erkennen geben. Und rein zufällig finden sich solcherlei Aufnahmen en masse auf Mariah Careys Instagram-Account ...

Wir decken auf: In unserer aktuellen Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood" erfahren Sie, wie Satanisten, Geheimdienste und Pädophile die Musik- und Filmindustrie unterwandert haben. Lesen Sie, woran man die Schwerverbrecher erkennt - und welche Agenda sie verfolgen.<<

24.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 24. Januar 2024 (x1.356/...): >>Kolumnist Martenstein über die Kostenexplosion der Energiewende: "Realismus ist vollkommen verloren gegangen"

Kolumnist Harald Martenstein bei "Stimmt!"

Redaktion

Die grüne Energiewende der Ampel-Regierung verlangt den Menschen immer mehr ab. Bis zu 800 Euro mehr kostet das Vorhaben jede Familie im Jahr. Insgesamt rechnet die Bundesnetzagentur mit bis zu 500 Milliarden Euro zusätzlichen Kosten für den Netzausbau nur bis 2030. Zahlen, deren Dimensionen für den normalen Menschen schwer begreiflich sind.

Hier offenbaren Bundesnetzagentur-Chef Klaus Müller und seine Stellvertreterin Barbie Kornelia Haller die wahren Kosten der Energiewende:

Kolumnist Harald Martenstein ordnet sie im Nachrichten-Talk "Stimmt!" ein: "500 Milliarden, das ist ein bißchen mehr als ein Jahres-Etat im Bund". Und das sei nur ein kleiner Teil der Kosten insgesamt. "Wir haben ja noch überhaupt nicht über den Ausbau der Ladesäulen gesprochen, der auch dringend aussteht."

Erst Haushalts-Krise, jetzt Energiekosten-Explosion

Erst das 60 Milliarden-Loch im Haushalt, nun der nächste Schock. "Und wir müssen das im Kontext betrachten, der anderen gigantischen Aufgaben, die wir uns teils selbst aufgehalst haben", so der Kolumnist und Autor im NIUS-Talk. Die Kosten für die daniederliegende Infrastruktur, die Zahlungen an die Ukraine, das marode Schulsystem und "die Migration, die mit etwa 50 Milliarden pro Jahr" beziffert wird.

"Das, was wir im Moment vor uns sehen, ist eine Regierung, die vollkommen den Kontakt zur Realität verloren hat", analysiert Martenstein. Jetzt müßte es einen Plan geben, sollten Priori-

täten gesetzt werden. Welche der Aufgaben könnte man beiseitelassen?

"Ich sehe drei Wege". Der erste sei eine extreme Besteuerung der Leute, so daß kaum etwas von ihren Einkünften übrigbleibt. Der zweite eine extrem hohe Besteuerung der Unternehmen, so daß sich Unternehmertum in Deutschland nicht mehr lohnt und das dritte eine so hohe Verschuldung, "daß kommende Generationen keine Sonne mehr am Horizont sehen." Im wahren Sinne des Wortes: Düstere Aussichten.<<

Das Mitglieder magazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Januar 2024 (x1.351/...): >>Europa muß demokratisch werden: Entweder Reform oder Volksabstimmung über EU-Austritt!

Seit ihrer Gründung setzt sich die AfD für mehr direktdemokratische Mitbestimmung ein - das gilt selbstverständlich auch für die EU, die sich seit Jahrzehnten immer undemokratischer, bürokratischer und bürgerferner geriert. Die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel fordert deshalb eine grundsätzliche politische Wende: "Wenn es nicht durch Reformen gelingt, den EU-Mitgliedsstaaten ihre Souveränität zurückzugeben, dann müssen die Menschen die Möglichkeit haben, in einem Referendum selbst über den Verbleib in der EU abzustimmen - wie in allen anderen wichtigen Fragen auch."

Auch in ihrem Europawahlprogramm für die bevorstehende Europawahl am 9. Juni 2024 hat die AfD verdeutlicht, daß wir ein Europa der Bürger wollen. Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt. Das wollen wir nicht hinnehmen! Dabei ist nicht nur eine Abstimmung über einen EU-Austritt, sondern auch über andere europapolitische Grundsatzfragen ins Auge zu fassen.

"Es darf in Deutschland keine Verträge bezüglich einer EU-Erweiterung sowie der Abgabe von Hoheitsrechten und Haftungszusagen ohne Volksabstimmungen geben", lautet die klare Forderung in unserem Wahlprogramm. Für die Ohren der etablierten Parteien mag eine solche Forderung nach mehr Mitbestimmung bereits wie eine Provokation klingen. Doch wir halten daran fest: Das Volk ist der Souverän, nicht die Bürokraten in Brüssel!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Januar 2024: >>Petition: Fast 200.000 fordern Verbot der Grünen

Von *Karel Meissner*

Alle reden von der Kampagne für ein AfD-Verbot, aber nur wenige Mainstream-Medien räumen ein: Es läuft auch eine Petition zum Verbot der Grünen. Die Regierung fürchtet den Machtwechsel. ...

Die Propaganda-Presse ist einmal mehr irritiert. So schlagzeilte Der Westen heute: "Immer mehr unterschreiben irre Petition."

"Irre" ist diese Petition auf der Plattform Change.org für das Untertanen-Magazin deshalb, weil sie ein Verbot der Grünen fordert. Ja, wie kann man nur: "Eine demokratische Partei verbieten? Davor schrecken Zehntausende nicht mehr zurück."

Nein, davor "schrecken Zehntausende nicht mehr zurück". Sie lassen sich nicht länger einschüchtern. Tatsächlich haben bereits über 197.000 Menschen sie unterschrieben (Stand: 24.1.24, 15 Uhr). Petitions-Autor Ralph Kahlert erklärt seine Motivation:

"Wir sind überzeugt, daß diese Partei den Interessen der Menschen in Deutschland und unserer Wirtschaft schwer schadet. Rasanter Geld-, Arbeitsplatz- und Wohlstandverlust bis hin zu unsicheren Renten und Gesundheits-, Steuer- und Sozialkassen werden die zeitnahe Folge sein."

Seine Begründung für die Verbotsforderung:

"Gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes kann eine Partei verboten werden, wenn sie darauf abzielt, die demokratische Ordnung in Deutschland zu untergraben. Ich glaube fest daran, daß das Verhalten der 'Bündnis 90/Die Grünen' genau diesen Punkt erreicht hat."

Das Schönste: Der Petitionsausschuß des Bundestages ist ab 50.000 Unterschriften dazu

verpflichtet, sich mit der Forderung auseinanderzusetzen. Das ist bei dieser Petition eindeutig der Fall. Natürlich sind die juristischen Chancen auf Erfolg eher gering. Aber es zeigt sich: Die Jahre des Maulkorbs sind vorbei. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Januar 2024: >>**Neue Zahlen: Den Sachsen platzt der Kragen**

Von *Sven Eggers*

Der Sachsen-Monitor, eine regelmäßige Befragung der Bürger im Freistaat, bringt es wenige Monate vor der Landtagswahl ans Licht: Die Menschen haben die Schnauze voll! Zeit für Veränderung!

Kein Vertrauen in die Regierung, Sorge vor wirtschaftlichem Abstieg, Krieg und Überfremdung. So etwa läßt sich die Stimmung in Sachsen zusammenfassen. Das geht aus der repräsentativen Infratest-Umfrage, zusammengefaßt zum Sachsen-Monitor, hervor. Danach stimmt jeder Dritte der Aussage zu: "Die regierenden Parteien betrügen das Volk." Entsprechend drastisch sinkt auch das Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen.

Hauptsorge Überfremdung

Im Vergleich zum letzten Sachsen-Monitor vor eineinhalb Jahren hat sich die Stimmung nochmals deutlich verschlechtert. Immer weniger Befragte blicken mit positiven Gefühlen in die Zukunft.

Acht Monate vor der jetzt schon mit großer Spannung erwarteten Landtagswahl werden die Themenfelder Asyl und Überfremdung als besonders vordringlich angesehen. Mit gehörigem Abstand folgen Bildungsmisere mitsamt Lehrermangel auf dem zweiten Platz.

Im Rechtsextremismus sehen trotz medialem Dauerfeuer lediglich acht Prozent eine vordringliche Gefahr.

Hingegen sind 64 Prozent der Auffassung, die Überfremdung in Deutschland habe mittlerweile "ein gefährliches Maß" angenommen; ein Plus von 24 Prozent gegenüber der Umfrage vor 1,5 Jahren. 54 Prozent fühlen sich "wie Fremde im eigenen Land". Die Meinungsforscher in ihrer den Sachsen-Monitor begleitenden Erklärung:

"Die Befunde sind mit Blick auf den Vertrauensverlust in Bundesregierung und Bundestag durchaus dramatisch zu nennen."

Sage und schreibe 81 Prozent der Sachsen unterschreiben den Satz: "Die Politiker interessieren sich nur für die Stimmen und nicht für die Ansichten der Wähler." Ein solches Ergebnis kommt einer schallenden Ohrfeige für den CDU-Ministerpräsidenten Kretschmer und auch für die Ampel-Regierung gleich. Nur noch zehn Prozent der Befragten vertrauen Parteien. Welch ein Armutszeugnis für die Etablierten, die sich ja die Bundesrepublik und eben auch Sachsen längst zur Beute gemacht haben. Sie sind durchschaut! Nur noch 18 Prozent geben an, der Bundesregierung zu vertrauen.

"Eher Diktatur als Demokratie"

"Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie": Nur 27 Prozent finden das gar nicht, 53 Prozent hingegen stimmen einer solchen Aussage "voll", "eher" oder zumindest "teilweise" zu. Dazu tragen Ausgrenzung mißliebiger Meinungen und auch Gesinnungsschnüffeleien besonders bei. Spätestens seit Corona traut man Herrschenden jede Schlechtigkeit zu. Auch Medien haben sich einen verheerenden Ruf erarbeitet, nur noch 15 Prozent der Sachsen vertrauen den herkömmlichen Blättern und Sendern. Für 42 Prozent stecken Medien und Regierung "unter einer Decke".

Alle Meinungsumfragen sehen die AfD derzeit in Sachsen deutlich vor der CDU. Die SPD muß sich bei der Wahl im September auf ein Desaster einrichten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Januar 2024: >>**Thorsten Schulte: "Ich habe keine Angst vor dem Tod"**

Von *Jürgen Elsässer*

Wegen seines neuen Buches "Die große Täuschung" befürchtet der Bestsellerautor Gegenmaßnahmen seiner Feinde, vor allem wegen der erstmals veröffentlichten Vatikan-Geheimdokumente zu den Freimaurern. Doch er hat Vorkehrungen getroffen, falls ihm etwas passiert, und damit auch COMPACT betraut. ...

Zur Brisanz des Buches hier ein Auszug aus dem Interview, das ich mit Thorsten Schulte geführt habe.

Schulte: Ich mache hier nach meiner festen Überzeugung keine leeren Versprechen, wenn ich sage, daß das Buch wie kein anderes Buch die "heißesten Eisen" der letzten Jahrhunderte fassen wird.

Elsässer: Wie haben Sie sich vor eventuellen Racheakten oder Versuchungen, Sie nach der Buchveröffentlichung zum Schweigen zu bringen, geschützt?

Schulte: Warum ich hier auch sehr ruhig sitze: Ich habe keine Angst vor dem Tod. Sterben müssen wir alle; der eine früher, der andere später.

Aber ich habe Vorkehrungen getroffen, weil ich vor anderthalb Jahren von Leuten, denen ich vieles zeigte, gewarnt wurde. Sogar jemand, der im Vatikan bis ganz oben Kontakte hat, erhielt die Warnung selbst von allerhöchster Ebene, daß er besser nicht gegen die Freimaurerei vorgehen oder darüber schreiben sollte. Wir gehen diesen Weg, und ich gehe diesen Weg. Ich habe eine Vorkehrung getroffen.

Und Herr Elsässer, Sie gehören ja zu den drei Personen - ich darf das hier sagen: Bodo Schiffmann hat das Buch ebenfalls von mir erhalten, der bekannte Arzt, der leider jetzt in Afrika ist. Ich hätte Bodo lieber hier in Deutschland oder der Schweiz unter uns. Darüber hinaus Stefan Magnet vom Sender AUF1 und Sie -

Sie alle würden, sollte mir etwas zustoßen, die gesamten 300 Seiten von mir erhalten, mit der Bitte, diese kostenlos zu veröffentlichen. Auch 60 Prozent der Seiten von Dr. Michael Heseemann, die alle im Buch abgedruckten Dokumente des Vatikans enthalten (für die ich insgesamt fünfeinhalbtausend Euro gezahlt habe, inklusive rund 3.500 Euro für die Eigenrechnung), können Sie drei in Ihren Kanälen kostenlos veröffentlichen, sollte mir etwas passieren.

Darüber hinaus werden sechs Menschen rund eine Million Schweizer Franken erben - das sage ich hier auch vor der Kamera, für den Fall, daß mir etwas zustoßen sollte. Sie müssen sich nur dazu verpflichten, daß dieses Buch am 24. Februar veröffentlicht wird. Es ist bereits gedruckt und wird ab nächster Woche in der Druckerei sein. Zusätzlich müssen Sie zusichern, daß die Bücher "Fremdbestimmt" und "Die große Täuschung" dauerhaft auf dem Markt angeboten werden.

Das sind meine Vorkehrungen, und ich lasse mir von niemandem Angst machen. Sie können sich vorstellen, daß das in den letzten Tagen und Wochen durchaus versucht wurde. Sehen Sie sich Elon Musk an, der wegen zwei Tweets im Oktober oder Anfang November nach Israel fliegen mußte. Nun versucht man beispielsweise in den Medien, seinen Ruf zu schädigen, indem man seinen Marihuana-Konsum oder andere Dinge thematisiert. Das erfuhr ich erst am Montag beziehungsweise Dienstag, wie man versucht, seinen Ruf zu beschädigen.

Das habe ich auch in den letzten drei Jahren betont, daß dies gezielt öffentlich gemacht wird. Um jegliches Erpressungspotential auszuschließen, erkläre ich offen, daß ich homosexuell bin. Diese Tatsache war keine bewußte Entscheidung meinerseits; erst mit 24 Jahren habe ich dies für mich wirklich realisiert und akzeptiert. Dieser Weg war nicht einfach, denn zu dieser Zeit, ich bin bald 51 Jahre alt, war es noch nicht so "trendy" und "schick".

Ich will auch hier öffentlich bekunden, daß ich jetzt einen Schweizer Führerschein bekommen habe und sogar LKW fahren kann. Hierfür mußte ich mich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Ich habe niemals in meinem Leben Drogen- oder Alkoholdelikte begangen. Diese Information teile ich vorsorglich mit. Für diejenigen, die meine Aktivitäten genau verfolgen

und möglicherweise Persönlichkeitsprofile erstellt haben, möchte ich klarstellen, daß ich mich nicht erpressen lasse. Wir setzen unsere Arbeit fort, das Buch wird veröffentlicht. Wer mich umbringen möchte, soll es tun. Man kann Menschen nicht daran hindern, und ich habe keine Angst.

Elsässer: Thorsten Schulte, ein mutiger Mann, meinen Glückwunsch, meinen Respekt. Liebe Zuschauer, COMPACT hat bereits standhaft den vorherigen Bestseller "Fremdbestimmt" verkauft, als andere das Buch boykottiert haben. Auch das neue Buch "Die große Täuschung" ist bereits in unserem Shop erhältlich. Holen Sie sich dieses brisante Werk. Ich habe es vorab als PDF gelesen, und wie gesagt, es öffnet einem die Augen.

Versand ab Ende Februar.: Schulte/Hesemann, Die große Täuschung, John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27988" berichtet am 24. Januar 2024 (x1.350/...): >>USA - Giftversuche an der eigenen Bevölkerung

Eines der Hauptargumente von momentan noch überzeugten Impfbefürwortern ist, daß die Regierungen dieser Welt uns Bürger doch niemals absichtlich schädigen würden. Leider gibt es zahlreiche Fakten und Belege, die genau das Gegenteil beweisen. Ein älterer Bericht aus dem Jahr 1994 vom Spiegel TV Magazin, enthüllt genau diese Absicht. Als Beispiel dienen die großangelegten Experimente meist großer Metropolen in den USA. Die unfreiwilligen Testobjekte waren hier US-Bürger. Sie wurden vergiftet, weil das Militär sehen wollte, was passiert - da Kampfstoffe erprobt werden müssen, bevor sie beim "Feind" zum Einsatz kommen.

So wurde z.B. eine Grundschule jeden Tag, drei Monate lang, als "Feind" mit Zink-/Cadmium-Sulfid bombardiert. Jeden Tag wurden die Kinder auf Rückstände überprüft, ohne daß die Eltern wußten, weshalb. Die Folgen waren grausam. Eine ehemalige Schülerin berichtete, daß sie eine der Wenigen sei, die überhaupt noch leben. Die eine Hälfte ihrer ehemaligen Klassenkameraden sind tot, die anderen haben mit schwersten Krankheiten, Sterilisation oder Behinderung der Kinder zu kämpfen. Sie selbst hat drei schwerbehinderte Kinder geboren. Ihr Verbrechen: Sie ging brav zur Schule. Hier der noch unzensurierte Bericht von Spiegel TV von 1994:

14.08.1994 Spiegel TV Magazin Beitrag: Giftversuche an US-Bürgern: "Zu unfreiwilligen Testobjekten wurden hunderttausende von US-Bürgern. Aus Flugzeugen sprühte man angeblich unschädliche Chemikalien im flächendeckenden Großeinsatz über amerikanischen Städten aus, deren klimatische Bedingungen denen sowjetischer Städte entsprachen. Wie z.B. Minneapolis, dort ist es im Winter fast so kalt wie in Moskau. Deshalb bombardierte die Army die Millionenstadt drei Monate lang mit Zink-Cadmium-Sulfid."

Drei Monate lang wurde also die Bevölkerung besprüht mit hochgefährlichem Giftstoff - ohne ihr Wissen.

"Leonard Cole: "Man wollte herausfinden, wie sich Bakterien verbreiten, wie sie überleben und wie weit sie vom Wind getrieben werden. Zink-Cadmium-Sulfid wurde benutzt, weil es sich ähnlich verhält wie die biologischen und chemischen Kampfstoffe, die im Kriegsfall eingesetzt werden sollten."

Unvorstellbar: Eine Regierung attackiert heimlich 40 Jahre das Leben ihrer eigenen Landsleute ...

"Mehr als 4 Jahrzehnte lang bombardierte die Army flächendeckend das eigene Land mit Giften, von denen sie selbst nicht genau wußte, wie gefährlich sie waren."

Dieses Handeln der Regierung ist durchaus vergleichbar mit der COVID-Injektion. Beispielsweise war es Pfizer durchaus bekannt, daß die Injektion schädigt und das wurde bewußt in Kauf genommen. Beachten Sie hierzu unsere Sendungen zu dem Thema. (www.kla.tv/27838: "Ralf Ludwig: Angriff auf individuelle Menschenrechte erklärt Leben für unwert" und

www.kla.tv/27814: "Groß-Demo in Karlsruhe – Best of aller Kundgebungen").

Bevorzugt waren Metropolen mit besonders hoher Bevölkerungsdichte. Schließlich wollte man wissen, ob man unbemerkt auch ganze Städte mit Viren oder Chemikalien verseuchen konnte. Jedes Detail wurde erfaßt, registriert und katalogisiert.

Interessant: Eine Parallele wird erkennbar zur Corona-Testung.

"So wurde die eigene Bevölkerung zum Testobjekt für die "Doktor Seltsams" aus den Forschungslabors von Army und Geheimdienst und ihre deutschen Berater, die ihr Handwerk in der Zeit des Zyklon B gelernt hatten."

Auch hier sehen wir wieder Ähnlichkeiten zum Handeln des RKI und Drostens und Co.

"Damals hatte man ja kaum Ahnung von den möglichen Schäden. 1953 galt die Regierung der Vereinigten Staaten noch als frei von jedem Sündenfall. Wenn die Regierung dem Volk etwas sagte, dann hieß es, das muß schon stimmen, denn die Regierung ist allwissend!"

Im Vergleich sind Ähnlichkeiten zur Corona-Pandemie ist nicht zu leugnen: Blindes Vertrauen der Bevölkerung, die sich nicht vorstellen kann, absichtlich von der Regierung geschädigt zu werden.

Die Vergangenheit zeigt ganz faktisch mittels dieses Berichtes, daß Regierungen durchaus absichtlich, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, ihrer Bevölkerung Schaden zufügen– so wie es auch jüngst und aktuell mittels der Covid-Injektion geschieht. Die Geschichte wiederholt sich so lange, bis schlußendlich jedes dieser verachtenswerten Verbrechen beleuchtet und der Gerechtigkeit Genüge getan wird.

Durchbrechen wir dieses Karma und sorgen dafür, daß die Wiederholungen ein schnelles Ende nehmen!<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Januar 2024: >>New Hampshire: Trump marschiert durch

Von Daniell Pföhringer

Nach Iowa hat Donald Trump auch die republikanischen Vorwahlen in New Hampshire haushoch gewonnen. Kontrahentin Nikki Haley werden kaum noch Chancen eingeräumt. -

Fulminanter Sieg von Ex-US-Präsident Donald Trump: Bei den Vorwahlen der Republikaner fegte er seine Kontrahentin Nikki Haley mit 54,6 Prozent vom Platz. Für die frühere Gouverneurin von South Carolina stimmten 43,2 Prozent.

Das Ergebnis ist um so bemerkenswerter, da es sich bei New Hampshire zum einen um einen Bundesstaat handelt, der mit Gouverneur Chris Sununu von einem sogenannten moderaten Republikaner und Haley-Unterstützer regiert wird, und dort zum anderen per Open Primary abgestimmt wurde. Das heißt: Nicht nur registrierte Unterstützer der Republikaner durften abstimmen, sondern auch unabhängige Wähler.

Haley selbst hatte große Hoffnungen auf New Hampshire gesetzt. Im Wahlkampf versuchte sie, vor allem Wähler aus der Mitte anzusprechen. Diese Rechnung ging offenbar nicht auf - was auch zeigt, daß Trump in breiten Bevölkerungsschichten immer noch hohe Popularität genießt. Haley zeigte sich nach außen von dem Ergebnis relativ unbeeindruckt und erklärte, daß sie zumindest bis zum Super Tuesday am 5. März weiter im Rennen bleiben will. An diesem Tag werden in mehr als 15 Bundesstaaten Vorwahlen abgehalten.

Trumps Wahlkampfteam hingegen erklärte den Wettlauf faktisch für beendet. Seine Siegesrede nutzte der 77-Jährige für eine weitere Kampfansage gegen Haley. Seine Siegesrede nutzte der 77-Jährige für eine Verbalattacke gegen Haley. "Sie dreht eine Siegerrunde, dabei haben wir sie so deutlich geschlagen", so Trump am Dienstagabend in Nashua. Haley sei eine Hochstaplerin.

Selbst der Spiegel mußte nach der Vorwahl in New Hampshire einräumen:

"Daß Trump nun erneut dort siegte, zeigt einmal mehr, wie groß sein Rückhalt bei der Parteibasis ist. Gegen den Republikaner laufen vier strafrechtliche Verfahren - unter anderem wegen

seiner Versuche, das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl 2020 zu kippen, die er gegen den Demokraten Joe Biden verlor. Trump hat bei seinen Anhängern trotz der juristischen Probleme nicht an Beliebtheit eingebüßt. Der Sieg in New Hampshire macht ein erneutes Duell zwischen ihm und Biden bei der kommenden Präsidentschaftswahl wahrscheinlicher."

Die nächsten Vorwahltermine: Nevada am 6. und 8. Februar, South Carolina am 24. Februar und Michigan am 27. Februar. Danach folgen Idaho und Missouri am 2. März, die Hauptstadt Washington am 3. März und North Dakota am 4. März. Gleich im Anschluß folgt der Super Tuesday. ...<<

25.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Januar 2024 (x1.353/...): >>Strom: Bald unbezahlbar?

Strom ist nicht nur für die Industrie zu teuer, sondern auch für alle Bewohner unseres Landes. Die Energiewende treibt die Strompreise in Unermeßliche. Ihre Beendigung würde sie halbieren.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, will ein weiteres Abwandern der Industrie aus Deutschland infolge zu hoher Strompreise durch die Energiewende verhindern. Dazu soll ein subventionierter Strompreis für die Industrie eingeführt werden. Die Subventionen sollten aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds fließen.

Diese Aufstockung ist aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verfassungskonform. Damit steht nicht hinreichend Geld aus diesem Fonds zur Verfügung. Zwangsläufig müßten die anderen Strom-Verbraucher über höhere Strompreise, die sich noch zusätzlich aus gleichem Grund wegen der wegfallenden Strompreisbremse, was ebenfalls eine Subvention ist, diese Subvention der Industrieunternehmen aufbringen. Nach Berichten im Deutschlandfunk hat der Minister bereits höhere Stromkosten angekündigt.

Die Energiewende treibt die Stromkosten in die Höhe

Die Energiewende, die die hohen Stromkosten in Deutschland hauptsächlich verursacht, soll nicht hinterfragt, sondern planmäßig weitergeführt werden. Damit steigen die CO₂-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe Anfang des nächsten Jahres um über 30 Prozent und die Maut für Kraftwagen um mehr als 80 Prozent. Der weitere Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung erhöht die Strompreise, vergrößert den Stromüberschuß bei Starkwind und Sonnenschein, der kostenpflichtig entsorgt werden muß, und verlangt den Ausbau der Stromnetze.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Bundestagsdrucksache 20/9166) zu der Entwicklung der Netzkosten prognostiziert einen Anstieg um mehr als 10 Prozent für Haushalts- und Gewerbekunden in 2024 gegenüber dem Vorjahr. Über die Kostenentwicklung in den nächsten 10 Jahren gibt es nur nebulöse Vorstellungen. Sicher ist nur, es wird teurer. Dies alles müssen die Stromkunden letztlich bezahlen.

Die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt entsprechend. Wie die Regierung mit diesen Maßnahmen die Wirtschaft ankurbeln will, bleibt rätselhaft. Nach einer Rechnung der "Jungen Freiheit" kassiert der Staat jetzt schon 60 Prozent des Brutto-Arbeitslohns. Da bleibt kaum noch Kaufkraft.

Die heilige Kuh. Energiewende zur Klimarettung

Wir brauchen bezahlbaren Strom für alle. Nur so kann es mit Deutschlands Wirtschaft wieder aufwärts gehen. Dazu muß die heilige Kuh der Regierungsparteien und auch der CDU hinterfragt werden: die Energiewende zur Klimarettung.

Allein aus dem Klima- und Transformationsfonds sollten dazu jährlich 60 Milliarden Euro aufgewendet werden. Hinzu kommen nach Aussagen von Bundeskanzler Scholz weitere 50 Milliarden aus anderen öffentlichen Töpfen.

Mit einer Beendigung der Energiewende würde die staatliche Belastung also um mehr als 100

Milliarden Euro jährlich verringert. Das wären 1.300 Euro pro Einwohner. Um diesen Betrag würde deren Kaufkraft steigen und der Strompreis auf die Hälfte fallen. Die Industrie in Deutschland würde wieder wettbewerbsfähig werden.

Mit Beendigung der Energiewende steigt die Kaufkraft, und die Verwaltung wird verschlankt. Es werden keine Energie- und Klimaberater mehr gebraucht. Der Aufwand für die Genehmigung von Wind- und Solaranlagen in den Gemeinden, Kreisen und Ländern entfällt. Gesetze mit vielen tausend Seiten, die nur den Profiteuren der Energiewende nutzen, können eingestampft werden. Es werden wieder Kräfte frei für den Erhalt und die Verbesserung von Straßen, Schulen und anderer Infrastruktur.

Keine staatlichen Investitionszuschüsse

Staatliche Investitionszuschüsse für neue Industrieansiedlungen sind mit einem wettbewerbsfähigen Strompreis auch nicht mehr erforderlich. Dann finden sich genügend Investoren, die sich mit einer Ansiedlung in Deutschland eine gute Rendite ausrechnen. Zurzeit versucht die Industrie, mit Subventionen zu überleben. Dies führt dazu, daß die Wirtschaft die grüne Energiepolitik verbal unterstützt, weil nur so der Subventionstopf erreicht werden kann.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wäre für die Regierung eine gute Gelegenheit, die Energiewende zu beenden. Dazu müßten Ideologien verlassen und Fakten akzeptiert werden. Es ist fraglich, ob sich die Regierung und die Parteien auf diesen Weg begeben. Die Profiteure, zu denen sicher auch viele Bundestagsmitglieder zählen, die Anteile an grünen Stromanlagen haben, sind eine mächtige Lobby, die das verhindern will. Sie sind gut vernetzt in Deutschland wie in der EU. Die Wendegesetze sind weitgehend ihr Werk. Es wird spannend, ob die Regierung das Rückgrat besitzt, sich gegen die Energiewende-Lobby zum Wohle Deutschlands durchzusetzen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Universität Bayreuth spricht Alice Weidel von Plagiatsvorwürfen frei

Die Plagiatsvorwürfe gegen AfD-Chefin Alice Weidel wurden nun offiziell von der Universität Bayreuth zurückgewiesen. Die dafür zuständige Kommission hatte einstimmig entschieden, kein Hauptverfahren einzuleiten.

Henry Albrecht

Mitte Dezember des vergangenen Jahres machten Plagiatsvorwürfe gegen die Doktorarbeit von Alice Weidel die Runde. Zwei anonyme Plagiatssucher hatten sich mit einem belastenden Gutachten an die Universität Bayreuth gewandt, an der Weidel ihre Doktorarbeit geschrieben hatte. Sie gaben an, Unregelmäßigkeiten festgestellt zu haben. Die Hochschule gab daraufhin bekannt, daß die dafür zuständige Kommission prüfen werde, ob ein Untersuchungsverfahren gegen die AfD-Vorsitzende aufgrund von Plagiaten eingeleitet werden würde.

Nun ist man in Bayreuth zu einem Ergebnis gekommen. Die Universität Bayreuth teilte mit, daß man nach sorgfältiger Prüfung kein Untersuchungsverfahren gegen die Politikerin einleiten werde. Dies erfolgte nach einem einstimmigen Beschluß der zuständigen Kommission, die feststellte, daß die vorliegenden Zitierfehler in der Arbeit lediglich vereinzelt auftreten. Die Kommissionsmitglieder sahen in den festgestellten Zitierfehlern keine ausreichende Grundlage, um ein schuldhaftes wissenschaftliches Fehlverhalten zu belegen.

Die Kommission führte drei Sitzungen durch, in denen auch Alice Weidel die Gelegenheit erhielt, sich zu äußern. Letztendlich traf das Gremium einstimmig die Entscheidung, kein Hauptverfahren einzuleiten. Die Forschungsarbeit von Weidel aus dem Jahr 2011 befaßt sich mit dem Rentensystem der Volksrepublik China.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Januar 2024: >>Ein Jahr nach Brokstedt: Ann-Marie († 17) und Danny († 19) könnten noch leben!

Der 25. Januar ist ein trauriges Datum. Der 25. Januar ist einer von unendlich vielen traurigen Tagen in Deutschland. Vor genau einem Jahr, am 25. Januar 2023, wurden zwei junge Men-

schen im Regionalzug von Kiel nach Hamburg mit einem Fleischermesser brutal erstochen, weil ein ausreisepflichtiger Islamist nicht abgeschoben wurde. Remigration, wie sie die AfD fordert, hätte ihr Leben gerettet!

Im schleswig-holsteinischen Brokstedt erinnerte bis vor kurzem ein schlichtes Holzkreuz neben dem Wartehäuschen am Bahnsteig an die beiden Opfer der Bluttat, die vor einem Jahr ganz Deutschland erschütterte. Inzwischen ist ein Gedenkstein aufgestellt. Heute kurz nach 17 Uhr (Tatzeit) sollte eine Kranzniederlegung stattfinden, am Abend ein Gottesdienst.

Es gibt in Deutschland fast keine Woche, in der nicht irgendwo Menschen weinen, weil der Staat ihre Kinder, ihre Eltern, ihre Freunde nicht geschützt hat. Ann-Marie K. wäre vor einer Woche 18 Jahre alt, also volljährig, geworden. Eine Woche später waren sie und ihr Freund Danny P. († 19) tot.

"Messer, Messer - alle raus!"

Ann-Marie und Danny waren auf dem Weg von der Berufsschule nach Hause. Erst seit wenigen Tagen waren sie ein Paar. Danny soll versucht haben, Ann-Marie zu beschützen. Er habe sich zwischen sie und den Angreifer geworfen, berichteten Zeugen der Bluttat. Der Täter, ein längstens ausreisepflichtiger staatenloser Palästinenser, zog mit einem Fleischermesser durch die Waggons des Regionalzugs, stach wahllos auf Menschen ein. "Messer, Messer, alle raus!", rief ein 20-jähriger Student. Danny und Ann-Marie schafften es nicht.

Ihrem mutmaßlichen Mörder Ibrahim A. (32) wird derzeit vor dem Landgericht Itzehoe der Prozeß gemacht. Er war 2014 nach Deutschland gekommen und hatte angekündigt, er wolle "so viele Menschen wie möglich" töten. Trotzdem wurde er nicht abgeschoben.

Staatsversagen mit Anwalt auf Steuerzahlerkosten

Michael K., der Vater von Ann-Marie, wandte sich mehrfach an die Medien: Eine solche Tat dürfe sich nie wiederholen - dafür müsse auch die Politik endlich sorgen! Außer reiner Symbolpolitik (sog. "Rückführungsverbesserungsgesetz" mit Anwalt auf Steuerzahlerkosten!) und leeren Kanzler-Sprüchen ("im großen Stil abschieben") ist seither nichts, aber auch gar nichts passiert!

Die Liste der Menschen, die noch leben könnten, wenn aus linksgrüner Migrationspolitik endlich Remigrationspolitik geworden wäre, ist endlos: Kandel, Illerkirchberg, Würzburg, Breitscheidplatz, Ludwigshafen, Freiburg ... Die Tatorte übersäen die deutsche Landkarte, an die Opfer erinnern sich meist nur noch die Familien und die engsten Freunde.

Es ist eine Meldung, die sich selbst kommentiert: 136 Prozent mehr Straftaten durch Afghanen im Jahr 2022, 117 Prozent mehr durch Tunesier! Diese erschreckenden Zahlen über Kriminalität in U-Bahnen und Bussen hat dieser Tage das baden-württembergische Innenministerium bekanntgegeben.

REMIGRATION - JETZT!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Hedgefonds setzt eine Milliarde auf wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands

Mit beträchtlichen Summen wettet der Hedgefonds Qube Research & Technologies auf den Niedergang der deutschen Wirtschaft. Es dürfte ein gutes Geschäft werden.

Max Roland

Hedgefonds wie Qube Research & Technologies Ltd. wetten an der Börse - auf steigende und fallende Kurse. Letzteres, das sogenannte Shortselling, dient auch dazu, in einer Art "reinigenden Funktion" die Kurse schlecht laufender Unternehmen zu korrigieren. Es ist kein gutes Zeichen, wenn eine ganze Volkswirtschaft ins Visier solcher Seller gerät.

Aber der Hedgefonds hat angesichts des weltweiten Nachfragerückgangs, der die größte europäische Volkswirtschaft verlangsamt, eine Short-Wette von mehr als 1 Milliarde Dollar gegen deutsche Unternehmen angehäuft. Der Hedgefonds, der im vergangenen Jahr rund 11 Milliarden Dollar verwaltete, hat in den letzten zwei Wochen auch seine Börsenwetten gegen Unter-

nehmen wie den Automobilhersteller Volkswagen aufgestockt und unter anderem eine Leerverkaufsposition in Höhe von 131,8 Millionen Dollar gegen die Deutsche Bank AG bekannt gegeben, wie aus regulatorischen Daten hervorgeht, die dem Börsennetzwerk Bloomberg vorliegen.

Hedgefonds wie Qube Research & Technologies haben ein Geschäft daraus gemacht, mit Leerverkäufen auf Kursverluste von maroden Unternehmen zu wetten - jetzt wettet der Fonds mit viel Geld gegen Deutschland. Nicht zu Unrecht: Die deutsche Wirtschaft ist marode, strukturelle und wirtschaftspolitische Nachteile machen die Bundesrepublik zu einer der am schlechtesten performenden Volkswirtschaften der Welt. "Viele deutsche Unternehmen leiden unter einer Kombination aus Energiekrise, schrumpfender Binnenwirtschaft, schwächeren Exporten außerhalb der Europäischen Union und steigenden Zinsen", schreibt Bloomberg.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Medien-Kampagne wird zum Eigentor: AfD in Sachsen bei 35 Prozent!**

Eine weitere Kampagne gegen unsere Bürgerpartei wird zum Rohrkrepieler: Trotz der Ausspähung von oppositionellen Veranstaltungen und trotz einer unglaublichen linken Medienkampagne kommt die Sachsen-AfD in der aktuellen "Infratest-dimap-Umfrage" auf 35 Prozent der Stimmen! Der bisherige AfD-Rekordwert wird somit erneut erreicht, während sich SPD und Grüne auf die Fünf-Prozent-Hürde zubewegen und die Linke schon darunterliegt. Die FDP wurde bei "Infratest dimap" erstmals seit acht Jahren gar nicht mehr extra ausgewiesen, sondern unter "Sonstige" subsummiert. Diesen kolossalen Absturz haben sich die Ampel-Parteien redlich verdient!

Noch viel tiefer nach unten müssen jedoch die Werte der CDU gehen. Die sächsische Kretschmer-CDU steht für Massenmigration und für das systematische Nicht-Abschieben von illegalen und kriminellen Zuwanderern. Im vergangenen Jahr hielten sich in Sachsen insgesamt 13.222 vollziehbar ausreisepflichtige Personen auf (Stand: 30. November).

Bis zum Ende des Monats November wurden aber gleichzeitig nur 748 Personen in der Zuständigkeit der Landesdirektion Sachsen abgeschoben - das sind noch nicht einmal sechs Prozent der vollziehbar Ausreisepflichtigen. Anstatt diese Probleme anzugehen, demonstriert CDU-Ministerpräsident Kretschmer gemeinsam mit Linksradiakalen "gegen rechts" - und damit auch gegen konservative und rechte Demokraten, die die Massenmigration ablehnen.

Die hervorragenden Umfragewerte der AfD zeigen, daß wir auf die Kampagnen der Medien und etablierten Parteien gelassen reagieren können. Da hilft auch keine Diskreditierung mehr: Die Menschen merken, daß es fünf vor zwölf ist und daß die Politikwende unausweichlich ist. Wir werden die Landtagswahlen des Jahres 2024 allesamt gewinnen - in Sachsen, in Thüringen und in Brandenburg!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Januar 2024: >>**Steinmeier: Präsident der Schande - Teil 1**

Am 13. Februar 2022 wurde Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt. Darauf hatte sich der enge Kreis der Parteiführer geeinigt. Damit wurde erneut ein Mann ins höchste Staatsamt gewählt, der nun erwartungsgemäß die linksextremistisch unterwanderten Anti-AfD-Demos in höchsten Tönen lobpreist. Wer ist dieser Mann? ...

_ von *Karsten Frey*

Das höchste Amt im Staate wird von den Parteivorsitzenden der etablierten Parteien wie von einer Art "Kronrat" vergeben, fast so souverän wie von den Kurfürsten im Mittelalter. Ein staatstragender Konsens soll dem Amt Würde und Autorität verleihen. Das ist wichtiger denn je, besonders in einer Blockparteien-Monarchie, in der das Volk bei der Wahl des Staatsoberhaupts nichts zu melden hat.

Mann mit radikaler Vergangenheit

Viele Bürger fragen, wie konnte ein blasser Bürokrat wie Steinmeier an die Spitze des Staates gelangen? Was weiß man von ihm? Irgendwann tauchte er im Schatten Gerhard Schröders auf. Kein brillanter Redner, kein Vordenker, ein Mann ohne Profil, ohne Ecken und Kanten. So sind auch seine Reden. Mit dem Gestus eines Oberpriesters serviert er unangreifbare Allgemeinplätze, die ermüden bis zum Einschlafen. Nur wer genau hinhört, erkennt die Attacken aus dem Hinterhalt.

Wo kommt dieser Steinmeier eigentlich her? Darüber wird kaum gesprochen. Aus gutem Grund. Wer würde hinter dem seriös wirkenden Staatsmann den radikalen Revoluzzer der 70er Jahre vermuten?

Ein Bild aus seiner Studentenzeit sagt mehr als tausend Worte. Ein bekifft wirkender, zotteliger Mittzwanziger mit Zigarette im hängenden Mundwinkel grinst vor einem Plakat "Kritischer Juristen", das er selbst signiert hat. Die Verachtung für die bürgerliche Gesellschaft ist greifbar.

Von Hannover nach Berlin

Das ist Steinmeier, wie ihn keiner kennt. 15 lange Jahre tauchte er unter im linken Milieu der Uni Gießen, studierte Jura, engagierte sich bei den Jusos und arbeitete für die linksradikale Zeitschrift Demokratie und Recht. Die Publikation stand unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Der Pahl-Rugenstein-Verlag, in dem sie erschien, wurde von der Stasi finanziert. Von seiner tiefroten Vergangenheit will Steinmeier heute nichts wissen.

Steinmeiers Marsch durch die Institutionen begann Anfang der 90er Jahre. Er fand eine Stelle als Medienreferent bei Schröder, avancierte vom Köfferchenträger zur rechten Hand und wechselte mit seinem Chef 1999 von Hannover nach Berlin. Dort wurde er Chef des Kanzleramtes und Beauftragter für die Geheimdienste. Ein bemerkenswerter Aufstieg vom überwachten mutmaßlichen Verfassungsfeind zum obersten Überwacher. Wird da der Bock zum Gärtner gemacht?

Trotz Schröders Wahlniederlage 2005 konnte sich Steinmeier am Kabinetttisch halten, er rutschte nur einen Stuhl weiter und leitete bis 2009 das Außenministerium unter Merkel. Nach einer Bruchlandung als Kanzlerkandidat der SPD wurde er 2009 Oppositionsführer und beim zweiten Anlauf ab 2013 in der Regierung Merkel III wieder Außenminister.

"Integrations-Song" mit Haß-Rapper

Steinmeier bewährte sich als nüchterner Technokrat. Er lernte seriös aufzutreten, optimierte seine unangreifbar nichtssagende Rhetorik und entwickelte wie Merkel eine Art Teflon-Schutz, an dem kein Anwurf kleben blieb. Selten stand er in der Kritik. Nur bei wenigen Ereignissen schimmerte seine linksradikale, antinationale Grundierung aus der Studienzeit noch durch.

So etwa im Jahre 2007, als er mit dem türkischen Haß-Rapper Muhabbet einen "Integrations-Song" aufnahm. Daß Muhabbet Kriminalität und Gewalt verherrlichte ("Gott hat mich avanciert ... es endet für euch teuer ... ihr werdet brennen im Feuer") und den feigen Mord an Theo van Gogh laut der Aussage einer Journalistin begrüßt haben soll, schien Steinmeier nicht zu stören. Er lobte seine Texte gar als neue "deutschsprachige Poesie".

Sein Einsatz für die antideutsche "Kulturszene" zeigte sich auch andernorts. So warb er nach dem Messermord von Chemnitz für ein Rockkonzert mit der linksextremen Punk-Gruppe Feine Sahne Fischfilet, die mit ihren Sauf- und Mitgröl-Liedern ("Deutschland verrecke, das wäre wunderbar ... Deutschland ist scheiße, Deutschland ist Dreck!") die Antifa-Szene in Stimmung bringt. Auch der Name Feine Sahne Fischfilet paßt zu Steinmeiers Charakter. Die reinweiße Oberfläche des Saubermanns täuscht über den unerfreulichen Kern hinweg.

Steinmeier und die NSA

2013 kam heraus, daß ein Viertel seiner Doktorarbeit (95 von 395 Seiten) aus Plagiaten bestand. Der Fall wurde als minderschwerer Täuschungsversuch eingestuft, der Dokortitel

wurde ihm nicht aberkannt. Im gleichen Jahr kam Steinmeiers Verwicklung in den NSA-Skandal ans Licht. Er hatte 2002 als Geheimdienstkoordinator eine Grundsatzvereinbarung zur Telefon-Überwachung durch die NSA getroffen, die schließlich bis zum Handy der Kanzlerin reichte. "Spionieren geht gar nicht" empörte sich Merkel, die Spionage aber ging weiter. Der Verzicht auf Souveränität gegenüber dem großen Bruder ging wohl auf Steinmeier zurück und war seinem weiteren Aufstieg nicht abträglich.

Im Jahre 2017 wurde er mit dem Präsidentenamt belohnt. Sein Trumpf: Er war mit den Geheimnissen deutscher Souveränität vertraut und galt er als Garant der Stabilität. Es war eine Verlegenheitslösung, daß er Bundespräsident wurde. Er war zweite Wahl, nachdem alle anderen abgewunken hatten. In einer Nacht- und Nebelaktion einigten sich Merkel, Seehofer und Gabriel auf Steinmeier als Präsidenten und in einer Showveranstaltung durften handverlesene "Volksvertreter" wie Veronica Ferres und Peter Maffay ihn dann wählen.

Das gleiche Spiel wiederholt sich heute. Steinmeier tritt in die Fußstapfen effektvoller Vorgänger, an denen sich die Geister scheiden. Gemeinsam ist ihnen eine Tendenz zum Negativen, zur Entwertung und Verneinung der eigenen Nation. Besonders in Erinnerung bleibt der Großmeister der "Befreiung" Richard von Weizsäcker, dem es gelang die totale Niederlage in einen Sieg der Demokraten umzumünzen.

Prediger der Vergangenheitsbewältigung

Später folgte der glücklose Kurzzeit-Präsident Christian Wulff, der sich mit "Der Islam gehört zu Deutschland" zu profilieren suchte. Das gelang ihm zumindest bei jenen, die seine Parole als wichtigen Schritt zu "Deutschland gehört dem Islam" begrüßen. Nach dem Dunkel-Deutschland-Prediger Joachim Gauck meinten viele, schlimmer geht's nimmer. Aber sie kannten Steinmeier noch nicht. Er hat den überkommenen Bestand präsidienteller Unterwerfungsformeln gebündelt und ausgebaut.

Seine "Israel - (gehört zu) - Deutschland-Rhetorik" erinnert an Wulffs Islam-Formel und sein Einsatz für "Migration, Integration und Vielfalt" übertrifft alles vorher Dagewesene. Allen, die darin nur die Tarnworte für Unterwanderung, ethnische Auflösung und Kultur-Zerstörung sehen, hat er den gnadenlosen Kampf angesagt.

Steinmeier ist mehr als die Summe seiner Vorgänger, mit ihm scheint ein Höhepunkt erreicht. Oder ein Tiefpunkt. Was kann jetzt noch kommen? Die Grünen hadern mit ihm, dem alten weißen Mann. Sie hätten lieber eine Frau gesehen. Eine wie Claudia Roth etwa, die einst hinter dem Banner "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" demonstrierte und sich jetzt als Kulturstaatsministerin für den nächsten Karrieresprung warm läuft. Schließlich sind die Grünen beim Präsidenten-Poker wohl das nächste Mal an der Reihe.

Wann begehren die Deutschen auf?

Vorerst aber darf Steinmeier weiter im Schloß Bellevue residieren. Darf nichtssagende Reden halten, darf "Haß und Hetze" brandmarken und Verständigung und Vielfalt beschwören. Bellevue heißt "schöne Aussicht". Für Steinmeier stehen die Aussichten gut, ob auch für den Rest der Deutschen, muß man wohl bezweifeln.

Zumindest stehen die Aussichten, einen Mann oder eine Frau aus dem Volke direkt zu wählen, weiterhin schlecht. Dem deutschen Volke könnte die Parteiobrigkeit weiter eine x-beliebige Person vor die Nase setzen. Krampfhennen, Clowns und Grünschnäbel sind dabei nicht ausgeschlossen. Zumindest solange, wie die Deutschen nicht bereit sind, für ihr Recht auf die Wahl ihres Staatsoberhauptes auf die Straße zu gehen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Januar 2024 (x1.351/...): >>Es beziehen mehr ausländische als deutsche Familien in Deutschland Bürgergeld

Wie die Junge Freiheit aktuell unter Bezugnahme auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion berichtet, erhalten mehr ausländische als deutsche Familien in Deutschland Bürger-

geld. Sieben von zehn der Großfamilien im Bürgergeld sind ausländischer Herkunft. Diese Verhältnisse spiegeln sich in den jährlichen Zahlbeträgen wider.

So wurden 2022 rund zehn Milliarden Euro an ausländische Familien im Bürgergeld gezahlt. An deutsche Familien gingen sieben Milliarden Euro. Der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, kommentiert dies wie folgt:

"Die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Bürgergeld, Kindergeld, Wohngeld und die Übernahme der Kitakosten erzeugen eine ungeahnte Sogwirkung auf kinderreiche ausländische Familien. Wem auf dem Arbeitsmarkt ein unterdurchschnittlicher Lohn im Niedriglohnsektor winkt, von dem die Familie kaum leben kann, der wählt lieber die staatliche Rundumversorgung. Die Durchsetzung des Lohnabstandsgebots, eine rigorose Abschiebep Praxis und der grundsätzliche Ausschluß vom Bürgergeld für Ausländer würden diesem sozialpolitischen Desaster ein Ende setzen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Januar 2024: >>"Aufstand gegen Idiotie und Ideologie"

Von *Sven Eggers*

Demos allerorten! Gestern protestierte in Cottbus die Mittelstandsinitiative - und tausende Leute kamen. Ein echtes Ausrufungszeichen. COMPACT begleitet den Unmut hautnah. ...

Sehr interessant waren die Forderungen, mit der die Mittelstandsinitiative am Freitag auf die Straße ging. Verlangt wurde der Rücktritt der Bundesregierung und ein "Ende der Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Rußland". Nach Angaben der Veranstalter kamen 4.000 Menschen zusammen, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Brandenburger SPD-Wirtschaftsminister Jörg Steinbach, der ohne Einladung auftauchte, wurde wüst ausgepiffen.

Deutliche Worte

Das Motto von Kundgebung und Demonstrationszug lautete "Aufstand gegen Idiotie und Ideologie". Redner forderten beispielsweise eine "Verbesserung der wirtschaftlichen und energiepolitischen Situation für Deutschland", "Planungssicherheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer" sowie "Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen". Thomas Knott, Sprecher der Initiative, betonte die Vordringlichkeit eines Rücktritts der Bundesregierung. Und die Waffenlieferungen an die Ukraine?

Knorr: "Es muß klar sein, daß wir als aktive Mitte der deutschen Gesellschaft dies nicht mittragen und nicht dulden werden."

Seit Jahren schon befände sich die Bundesrepublik in seiner Abwärtsspirale. Medien verbreiteten Propaganda und agierten mittlerweile als "Handlanger der Regierung." Quasi vorsorglich ließ die Initiative mitteilen:

"Auch wenn der eine oder andere Begleiter der Demonstrationen eine etwas härtere Wortwahl findet, so ist dieser noch lang nicht rechtsextrem."

Doch der RBB berichtete in gewohnter Weise: "Reporter des rbb wurden bei der Veranstaltung als Vertreter der 'Lügenpresse' bezeichnet. Meinungen und Forderungen der Teilnehmer wirkten teils diffus auf die anwesenden rbb-Journalisten. Ein Teilnehmer bezeichnete die Ampelregierung als Nazis, eine andere Teilnehmerin äußerte sich gegenüber dem rbb offen ausländerfeindlich. Ein weiterer Demonstrant erklärte, in Deutschland gebe es keine Demokratie. Ein Redner sprach auf der Bühne vom 'Bevölkerungsaustausch', der im Gange sei."

Als Redner traten auch Vertreter der Kreishandwerkerschaft Spree-Neiße und die Präsidentin der Cottbuser Handwerkskammer (HWK), Corina Reifenstein, in Erscheinung. Reifenstein wurde von Reportern sogleich mit den angeblich radikalen Äußerungen ihrer Vorredner konfrontiert. Sie wiegelte gekonnt ab: "Ich komme aus dem Baugewerbe, da ist es immer ein bißchen rauher - die meinen das halt nicht so."

Für die Mittelstandsinitiative war es die zweite größere Veranstaltung in Cottbus. Im Rahmen der bundesweiten Bauernproteste am 8. Januar hatte sie sich solidarisch mit den Landwirten erklärt und einen eigenen, mächtigen Autokorso in Cottbus organisiert.

Nochmals der jammernde RBB: "Auf Einladung der Mittelstandsinitiative war auch der Musiker Stefan Krähe am Rande des Cottbuser Stadtfestes im letzten Jahr aufgetreten, mit großer Unterstützung der Cottbuser AfD. Krähe war in der Vergangenheit bereits bei Reichsbürgerveranstaltungen aufgetreten und leugnete die Souveränität des deutschen Staates ebenso wie die Corona-Pandemie." Und: "Während vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland auf der Webseite und bei Kundgebungen der Initiative verächtlich gemacht wird, wird auf der Webseite für sogenannte 'alternative' Medien und Veranstaltungen geworben." << Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Januar 2024: >>

Gedenktag: Aufregung um AfD-Rede

Von *Sven Eggers*

Da basteln sie ihren nächsten Skandal: In Freital bei Dresden wird ein AfD-Vertreter die Rede zum Holocaust-Gedenken halten. Schuld-kult-Leute laufen Sturm. ...

Tja, demokratische Gepflogenheiten sind den Altparteien zunehmend lästig, wenn denn dadurch die eigenen Befugnisse beschnitten werden. Besonders weinerlich wird es, wenn die einseitige Beschwörung deutscher Schuld nicht widerspruchlos heruntergebetet werden kann; so wie in Freital, Große Kreisstadt in Sachsen.

Die große Empörung

Hier findet am Samstag, organisiert und veranstaltet von der Stadtverwaltung, die jährliche Feierlichkeit zum Holocaust-Gedenktag statt. Irgendwann in der Vergangenheit haben die Stadtratsfraktionen vereinbart, daß die Trauerreden Jahr für Jahr im Wechsel gehalten werden. Und turnusmäßig ist dieses Mal die AfD an der Reihe, die 8 von insgesamt 34 Stadträten stellt.

Die lokale Antifa-Szene ist deswegen bereits in Rage, Sächsische Zeitung und MDR geben sich betont empört. Der Ältestenrat des Stadtrats hatte sich angesichts des Druckes zu Beginn dieser Woche zu einer Sondersitzung getroffen, im Anschluß allerdings verkündet, an der bisherigen Praxis festhalten zu wollen. Man habe seit Einführung der Rotations-Regelung keine schlechten Erfahrungen gemacht, auch dann nicht, wenn die AfD an der Reihe gewesen sei.

Allerdings läuft nun auch hier eine Anti-AfD-Hetze. Der MDR läßt nicht locker, die Linken-Abgeordnete Antje Feiks will nicht hinnehmen, daß die AfD zum Zug kommt, und Christoph Heubner, der Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, ist auch schon alarmiert. Auf Überlebende des Holocaust wirke ein AfD-Auftritt an diesem Gedenktag "schamlos und makaber", so seine Stellungnahme. Freitals Oberbürgermeister Uwe Rumberg aber läßt sich bislang nicht beirren:

"Ob es nun allen paßt oder nicht: Die AfD-Fraktion sitzt demokratisch gewählt im Stadtrat."

Die jetzige Empörung könne er nicht verstehen. Rumberg ist seit 2015 im Amt. Damals war er noch CDU-Politiker. Während der Corona-Zeit hatte er mit enttäuschten Christdemokraten die Merkel-Partei verlassen und sitzt seither für die Gruppe Konservative Mitte im Parlament. Sein Appell an die Nörgler: "Und statt weiter zu spalten und das öffentliche Erinnern zu instrumentalisieren oder in den Schatten einer Ideologie zu stellen, erwarte ich, daß sich alle friedlich und würdevoll am Gedenken beteiligen." Sonst werde das Erinnern an die NS-Opfer der in den Hintergrund gedrängt und beschädigt.

Was der WDR verlangt

Torsten Heger, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Freitaler Stadtrat, bleibt zunächst gelassen: "Mit mir hat von linker Seite niemand gesprochen. Außerdem ist seit Beginn der Legislaturperiode des Stadtrats im Jahr 2019 bekannt, daß die AfD-Fraktion in diesem Jahr dran ist."

Wer für die AfD das Wort ergreifen wird, ließ Heger aus guten Gründen der Sicherheit zunächst unbeantwortet. Nur zu gerne hätte der MDR ein Vorab-Redemanuskript gesehen. Auch das lehnte die AfD selbstverständlich ab.

Grüne, Linke und SPD wollen für den Gedenktag dennoch ein "Kontrastprogramm" organisieren, darunter einen "demokratischen Spaziergang". Am Platz des Friedens werden die Organisationen dann einen Kranz niederlegen - ohne die AfD.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Januar 2024: >>**Sachsen: AfD trotzt der Correctiv-Lügenpropaganda**

Von *Sven Reuth*

Die Wähler im grün-weißen Freistaat bleiben stabil. Trotz den Medienlügen über angeblich von der AfD geplante "Deportationen" liegt die patriotische Partei in Sachsen mit 35 Prozent laut einer Umfrage von Infratest Dimap weiter eindeutig vorne. Es schlägt die Stunde der Patrioten. ...

Dieses Umfrageergebnis beruht auf Zahlen, die nach den "Enthüllungen" der linken Plattform Correctiv erhoben wurden. Offenbar haben die hellen Sachsen schon längst erkannt, daß die Correctiv-Berichte zum einen durch Stasi-artige Abhöraktionen einer privaten Gesprächsrunde gewonnen wurden - und daß die "Ergebnisse" dieser Stasi-Abhöraktionen dann auch noch massiv verfälscht wiedergegeben wurden. Von "Vertreibungen" oder "Deportationen" war in Potsdam nämlich nirgendwo die Rede.

Wagenknecht-Partei aus dem Stand auf dem dritten Platz

Gut, daß die Sachsen aufgrund ihrer Diktaturerfahrungen offenbar immun gegen die linken Lügen von Correctiv sind! Größere Änderungen im Wahlverhalten der sächsischen Bürger sind anhand der jüngsten Infratest-Zahlen nämlich nicht auszumachen - mit einer interessanten Ausnahme. Auf dem zweiten Platz liegt laut der Infratest-Umfrage die CDU mit 30 Prozent.

Auf dem dritten Platz - und das ist die neue Entwicklung - folgt dann schon das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit acht Prozent. Grüne und SPD würden sich den vierten Platz mit jeweils sieben Prozent teilen.

Die Linke würde laut den neuen Zahlen von Infratest mit vier Prozent aus dem Sächsischen Landtag herausfliegen. Sollte es am 1. September dieses Jahres tatsächlich so kommen, dann könnte man das nur als heftige Zäsur bewerten, denn schließlich war die Linke unter ihrem vormaligen Namen PDS in Sachsen in den ersten 15 Jahren nach dem Mauerfall noch enorm erfolgreich, stieg zur zweitstärksten Partei des Freistaats auf und erreichte zwischenzeitlich Ergebnisse von über 20 Prozent.

Kenia-Regierung wird immer unbeliebter

Weiter hat Infratest Dimap ermittelt, daß die persönlichen Sympathiewerte für den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) zwar steigen, die Zustimmung zu der von ihm geführten Kenia-Koalition mit der SPD und den Grünen aber weiter absinkt. 57 Prozent der Wähler sind überhaupt nicht oder überwiegend nicht mit der Kenia-Regierung in Dresden zufrieden.

Jetzt muß sich nur noch auch beim letzten CDU-Wähler in Sachsen die Erkenntnis herumsprechen, daß Michael Kretschmer genau diese Kenia-Koalition mit absoluter Sicherheit fortführen wird, wenn sich ihm dafür nach dem 1. September auch nur die kleinste Möglichkeit bietet. Man kann nur hoffen, daß Sachsens Wähler ihm hier einen dicken Strich durch die abgefäimte Rechnung machen!<<

26.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Januar 2024 (x1.352/...): >>**Wind und Solar liefern zu wenig: Wieder ist Deutschland auf massive Stromimporte angewiesen**

12.690 MWh mußte Deutschland am Donnerstag zwischenzeitlich importieren. Fast 20 Prozent seines Strombedarfs konnte Deutschland nur mit Hilfe seiner Nachbarländer decken.

Jerome Wnuk

Ein Donnerstag der Offenbarung: Den gesamten Tag lang war Deutschland auf Stromlieferung seiner Nachbarn, besonders Frankreich, angewiesen, um den eigenen Strombedarf zu decken. Zwischenzeitlich stammten 19,4 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus dem Ausland, bis in die Nacht hinein waren es konstant über 10 Prozent an Stromimporten.

Die Windenergie konnte lediglich 15.000 MWh liefern - der deutsche Bedarf lag aber bei 65.000 MWh. Und da Photovoltaik praktisch null lieferte, stand Deutschland plötzlich vor einem nicht unwesentlichen Stromloch.

Die Auflistung die das Loch in der Stromgewinnung zeigt: Deutschland konnte nur 52.539 MWh von den notwendigen 65.499 MWh liefern. Das sind 19,4 Prozent. (Quelle: Bundesnetzagentur)

Deutschlands Retter in der Not hießen dann Frankreich, Norwegen, Dänemark und die Niederlande. Alle vier Staaten, zusammen mit kleinen Anteilen auch aus Belgien, Österreich und der Schweiz, konnten Deutschland so beliefern, daß es zu keinen Engpässen kam. Frankreich deckte teilweise bis zu fünf Prozent des Strombedarfes.

Hier das deutsche Stromminus visualisiert. Der Anteil zwischen der roten Linie (Realverbrauch) und den überaneinanderliegenden Schichten (Realer Stromgewinn) mußte Deutschland gestern mit Importen decken. (Quelle: Bundesnetzagentur)

Zur selben Zeit hatte Deutschland ironischerweise nach Polen und Tschechien auch die dritt-CO2-intensivste Energieerzeugung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2024: >>**Kampagne: AfD besteht Schlagabtausch**

Von *Sven Eggers*

In den Parlamenten ging es zuletzt hoch her. Altparteien nahmen die jüngste Hetze auf und droschen verbal wie von Sinnen auf die AfD ein. Die Attackierten schlugen sich gut. Das läßt für das angelaufene Jahr hoffen. ...

Im Magdeburger Landtag kannten Redner von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linke keinerlei Schamgrenzen und rückten ihre blauen Kollegen in NS-Nähe.

Der MDR lieferte die Begleitmusik und schrieb von einem "Masterplan zur Vertreibung von Millionen Menschen", der von AfD und Teilnehmern des angeblichen "Geheimtreffens" von Potsdam vorangetrieben werde.

Es seien dort "unverhohlenen rassistische Phantasien" diskutiert worden, befand CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff in seiner Rede. Auch CDU-Innenministerin Tamara Zieschang trug ganz dick auf. Der Begriff Remigration sei lediglich eine "Tarnvokabel, hinter der nichts anderes als Zwangsausweisung und Massendeportationen stehen", keifte sie.

Kirchner in Top-Form

Für die AfD antwortete mit Oliver Kirchner einer der Fraktionsvorsitzenden. Seine Rede ist jetzt schon ein echter Internet-Hit, wurde in allein in den ersten 24 Stunden nach Veröffentlichung bei Youtube fast 200.000 Male angeklickt. Unbezahlbar auch die Blicke des Präsidiums um den Linken-Politiker Wulf Gallert während der Kirchner-Rede.

Der AfD-Vertreter führt aus, daß er sich an die Zeiten Walter Ulbrichts, bis 1973 Vorsitzender des DDR-Staatsrats, erinnert fühle, wenn nämlich ein "staatsfinanzierter Haufen wissensresistenter Provinzjournalisten ein Privattreffen von Unternehmern, CDU-Politikern und AfD-Kollegen verwanzt". In Wahrheit ginge es hier um eine "Anti-AfD-Kampagne im Superwahljahr". An einen Erfolg der Hetze glaubt Kirchner allerdings nicht:

"Diese Kampagne wird der größte Rohrkrepierer, den die Medienlandschaft seit Relotius in den letzten Jahrzehnten gesehen hat."

Er stellte nochmals klar, daß in Potsdam weder ein Deportations-Masterplan besprochen worden sei, noch daß es sich überhaupt um ein "Geheimtreffen" gehandelt habe. Ferner erinnerte er daran, wie Gründer des Correctiv-Netzwerkes vor einiger Zeit auf sozialen Medien die Bombenopfer von Dresden verhöhnt hatten. Bei Correctiv handele es sich um eine "linke Organisation zur Bekämpfung politischer" Gegner, so Kirchner, der mit Blick auf das Treffen von Potsdam fragt:

"Warum will man bei vier beteiligten Vertretern der AfD, aber fünf anwesenden Vertretern der CDU eigentlich die AfD verbieten und nicht wie CDU? Und warum spricht man von einem AfD-Treffen und nicht von einem CDU-Treffen?"

Geradezu genial dann, wie Kirchner an diverse Vertreter alter Parteien erinnert, die in der Vergangenheit eben auch "Abschiebungen im großen Stil" und dergleichen gefordert hatten, darunter Kanzler Scholz, aber auch mehrere CDU- und CSU-Politiker.

Jedes Maß verloren

Auch im Brandenburger Landtag mußte sich die AfD Hass- und Hetztiraden erwehren. So verlor CDU-Innenminister Michael Stübgen jedes Maß und pöbelte Richtung AfD: "Indem sie sich die menschenverachtenden Konzepte eines irren Österreichers zu eigen machen, wollen sie das betreiben, was unter den Nationalsozialisten Rassenhygiene genannt wurde. Sie wollen den totalen Unrechtsstaat, der willkürlich millionenfach deportiert und ausbürgert."

SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke hatte Mühe, dieses Minusniveau zu halten. Er rief aus: "Nie wieder dürfen Rassisten und Rechtsextremisten unser Land ins Verderben stürzen." Linksfraktionschef Sebastian Walter kassierte immerhin einen Ordnungsruf, nachdem er einen AfD-Abgeordneten als "Göring 2.0" bezeichnet hatte. Zuvor schon war er entgleist: "Sie wollen wieder Listen schreiben und Menschen abtransportieren. Sie wollen doch am Ende selbst an der Rampe stehen und entscheiden, wer leben darf und sterben darf."

Wer wollte der AfD-Abgeordneten Lena Kotré widersprechen, die von einer "linksextremen Kampagne" sprach?! Ein "selbsternannter Aufstand der Anständigen", bei dem sich "regierungskonforme Menschen an der Nase herumführen lassen" ändere daran nichts. Die Juristin stellte klar:

"Wer rechtsstaatliche Remigration mit der Deportation von Millionen Juden gleichsetzt oder überhaupt nur in Zusammenhang bringt, der begeht eine Holocaust-Verharmlosung sondergleichen und der sollte dringend ein Geschichtsbuch zur Hand nehmen."

Am Ende gehe es den AfD-Gegnern darum, die rechtsstaatliche Remigration von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern zu verhindern, so Lena Kotré. Dabei sei sogar im Ampel-Koalitionsvertrag von einer "Rückführungsoffensive" die Rede. Dies aber sei ja wohl zu einem "Rohrkrepieler" verkommen.

Letztlich erörtert die AfD-Rednerin noch die Möglichkeit von Rücknahmen bereits erteilter deutscher Staatsbürgerschaften, sofern solche zu Unrecht vergeben worden sind. Auch hier gebe es durchaus rechtliche Möglichkeiten. Die Landesregierung aber lasse die Deutschen im Stich.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Die teuerste "Kugel Eis" der Welt - was die grüne Energiewende Deutschland jetzt wirklich kostet

Jürgen Trittins berühmte "Kugel Eis", die die Energiewende kosten sollte, ist mittlerweile wohl die teuerste Süßigkeit der Welt. Die Bundesnetzagentur setzte die Kosten nochmal um ein paar hundert Milliarden Euro nach oben.

Max Roland

Im Frühling letzten Jahres zahlte der Schweizer Rentner Erwin S. 600 Franken für eine Kugel Eis. Bei unseren südlichen Nachbarn war das schnell als Buchungsfehler erkannt. 600 Franken für eine Kugel Eis ist immerhin absolut abnormal, sofort als Fehler im System zu erkennen -

für Schweizer.

In Deutschland hingegen sind 600 Euro für eine "Kugel Eis" inzwischen so etwas wie normale Preise. Zumindest, wenn man dem Ur-Grünen Jürgen Trittin und seinem alten Versprechen glaubt, die Energiewende würde die Menschen "nicht mehr als eine Kugel Eis" kosten. Auf diesem Versprechen baute eine Energiewendepolitik auf, deren stolzes Ergebnis mittlerweile das vielleicht teuerste Eis aller Zeiten ist.

Berichte und Meldungen der letzten Tage zeigen den endgültigen Kollaps der vielleicht größten Lüge in der deutschen Politik. Die Idee einer sicheren, billigen Stromversorgung aus den erneuerbaren Energien wurde über Jahrzehnte propagiert, Regierungen von Union bis Grüne machten sich diese Politik zu eigen. Doch sie ist nur heiße Luft.

Fast eine Billion für die Energiewende

Allein der für die Energiewende unverzichtbare Ausbau der Netzinfrastruktur wird viel mehr kosten als ursprünglich angekündigt - und das zulasten der Bürger. Statt rund 250 Milliarden Euro Investitionsvolumen bis 2035 wird der Ausbau von Stromtrassen und weiterer Energiewende-Infrastruktur schon bis 2030 zwischen 550 und 750 Milliarden Euro kosten. Das ist mehr als eine Verdopplung der Kosten in einem kürzeren Zeitraum.

Wörtlich sprach Barbie Kornelia Haller, Vizepräsidentin der Netzagentur, von einem "dreistelligen Milliarden-Betrag, und zwar ein niedriger für die Verteilnetzbetreiber, konkret können wir eine Zahl nennen: 150 Milliarden Euro bis 2030. Und zusätzlich ein höherer dreistelliger Milliarden-Betrag für die Übertragungsnetzbetreiber, der sich möglicherweise im mittleren dreistelligen Milliarden-Betrag aufhält."

Einen Tag später sprach die Bundesnetzagentur bereits von anderen Zahlen, die aber kaum weniger beunruhigend sind. "Belastbare Zahlen zum Investitionsbedarf in die Strom-Verteilernetze erhalten wir Ende April aus den Netzausbauplänen", sagt Fiete Wulff, Pressesprecher der Bundesnetzagentur, gegenüber Focus Online. Konkret sagt er: "Aktuell halten wir unter erheblichen Unsicherheiten einen Investitionsbedarf von gut 150 Milliarden Euro bis 2045 für plausibel."

Und auch der Investitionsbedarf in die Strom-Übertragungsnetze betrage laut Netzentwicklungsplan 300 Milliarden Euro bis 2045, so Wulff. Bis 2045 könnte der gesamte Investitionsbedarf in die Stromnetze laut Netzagentur also bei rund 450 Milliarden Euro liegen. Zuvor war man von 250 Milliarden Euro ausgegangen.

Die Bundesnetzagentur erklärt das Kostendesaster ganz lapidar: "Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Im Strombereich bedeutet dies, erneuerbare Stromerzeugung auszuweiten und viele Sektoren zu elektrifizieren. Die Folge für das Netz ist ein nochmal deutlich zu beschleunigender Netzausbau. Außerdem muß erneuerbare Erzeugung ans Netz. Auch Wärmepumpen und Ladesäulen brauchen Netzanschlüsse."

Insgesamt kosten die grünen Transformationsfantasien das Land in den kommenden Jahren etwa eine Billion Euro - das sind Tausend Milliarden Euro, eine Eins mit zwölf Nullen.

Stromlücke von umgerechnet 20 Großkraftwerken

Nach Prognosen der Unternehmensberatung McKinsey hängt Deutschland in den Stunden des höchsten Stromverbrauchs mit bis zu 30 GW Leistung - umgerechnet 20 Großkraftwerken - von Stromimporten aus dem Ausland ab. Bereits jetzt führt diese sogenannte "Stromlücke" immer wieder zu Engpässen, etwa in Baden-Württemberg. Dort mußte der Netzbetreiber des Landes Aufforderungen zum Stromsparen öffentlich verbreiten, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Energiewende - das ist teurer Strom, der nicht mal verlässlich fließt.

Grüne Ideologen haben es schon offen erklärt: Die Energiewende führt am Ende nicht zur verlässlichen, umweltfreundlichen Stromversorgung der Zukunft. Sie ist nur mit Verzicht realisierbar: "Angebotsorientiert" nannte Grünen-Politikerin Kottling-Uhl diese Energieversorgung einmal im Bundestag.

Die taz-Journalistin Ulrike Herrmann erklärt seit Jahren offen und ehrlich, wo die grüne Strom-Ideologie hinführt - zu "Degrowth" und Verarmung. Immerhin ist "Energiearmut" auch ein Wort, daß sich erst in Energiewende-Deutschland gebildet hat - es beschreibt, daß Menschen wegen hoher Energiekosten ärmer werden. Erwartbares - und gewolltes - Nebenprodukt einer Energiewende, wie sie Deutschland vorantreibt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2024: >>**Zerstörte Dresden-Inschrift: Ermittlungen eingestellt**

Von *Sven Reuth*

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde Anfang Januar dieses Jahres eine Inschrift auf dem Dresdner Altmarkt, die an die Bombenopfer des 13. Februar 1945 erinnerte, abgeschmirgelt und damit vollständig zerstört.

Wer die Verantwortung für diese Zerstörungsaktion trug, ist bis heute unklar, deshalb erstatteten mehrere Bürger Anzeige wegen Sachbeschädigung.

Wie die Staatsanwaltschaft Dresden nun mitteilte, wurden alle Ermittlungen in dieser Sache eingestellt, "da die vor der Entfernung zu beteiligende Denkmalschutzbehörde ordnungsgemäß beteiligt worden war", wie die Behörde mitteilte.

Weiter wegen "Sachbeschädigung" ermittelt wird allerdings gegen diejenigen Dresdner Bürger, die an der Stelle der zerstörten Inschrift Kerzen und Fotos aufgestellt sowie Blumen niedergelegt hatten. Dieser liebevoll gestaltete Erinnerungsort wurde am vergangenen Sonntag allerdings rasch von Antifa-Sturmtruppen zerstört, die aus der Deckung der parallel stattfindenden Anti-Rechts-Demo heraus agierten.

Wir treten der Hetze und den Lügen entgegen: COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" wendet sich gegen die Verhöhnung der Dresdner Bombenopfer. Erfahren Sie die Wahrheit über den alliierten Massenmord am 13./14. Februar 1945. Ohne Herunterrechnen der Opferzahlen und geschichtspolitische Propaganda.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2024: >>**Steinmeier: Präsident der Schande - Teil 2**

Am 13. Februar 2022 wurde Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt. Darauf hatte sich der enge Kreis der Parteiführer geeinigt. Damit wurde erneut ein Mann ins höchste Staatsamt gewählt, der nun erwartungsgemäß die linksextremistisch unterwanderten Anti-AfD-Demos in höchsten Tönen lobpreist. Wer ist dieser Mann? ...

_ von *Karsten Frey*

Warum gerade Steinmeier? Gibt es keine Alternative zur zweiten Wahl? fragen viele Bürger. Was zeichnet diesen Mann aus? Er redet viel. Über 600 Reden in 5 Jahren. Alle drei Tage eine. Die meisten sind langweilig. Vielen gehen seine Worte auf die Nerven, anderen gehen sie runter wie feine Sahne. Würgereiz verspüren nur wenige.

Von Mauern und Feinden der Demokratie

Erst wer seine Reden aufmerksam studiert, stößt auf sein Geheimnis: Steinmeier ist ein Meister der weihevollen Wortwahl. Da stimmt einfach alles. So scheint es zumindest. Seine Rede ist sanftmütig, fast einschmeichelnd. Seine Moral steht auf unangreifbarer Höhe. Der feine Herr Steinmeier hat den pastoralen Gestus seiner Vorgänger zur Meisterschaft entwickelt, er ist Weizsäcker, Rau und Gauck in einem. Oberpriester einer Zivilreligion in einem auf guten Glauben gegründeten Land. Ihn umgibt die Aura des Erhabenen.

Was aber predigt er den Deutschen? Seine Rede zum Tag der deutschen Einheit 2021 war entlarvend. Er klagte über "Mauern, die unserem gemeinsamen 'Wir' im Wege stehen" sowie über "Mauern hinter denen tiefes Mißtrauen gegenüber der Demokratie geschürt wird".

Ihn bestürzt das Mißtrauen gegen "die Demokratie", so als ob "Demokratie" ein fertiger, technisch perfekter Apparat sei, und nicht ein Prozeß, der Vorsicht und Abstand gegenüber den Mächtigen lehrt. Und zu Steinmeiers Demokratie gehören offenbar nur die Parteien, die

ihn auf den Schild gehoben haben, die sich selbst das Prädikat "demokratisch" verleihen und die er als Präsident verkörpern darf. La démocratie c'est moi! lautet das Motto des demokratischen Absolutismus.

Ein Meister des Ungefähren

Dabei ist Steinmeier ein Meister des Ungefähren, der verschwommenen Bilder. Er spricht von Mauern, aber wer diese Mauern baut, wer sie zur Ausgrenzung nutzt, sagt er nicht. Wer hier mauert, Veränderung verhindert, davon ist keine Rede. Der Feind bleibt immer im Unbestimmten. Wen er meint, ist natürlich klar: Die Bösbürger auf der Rechten. Da sie nicht genannt werden, können sie nicht widersprechen, ohne sich selbst zu bezichtigen. Das ist raffiniert.

Die bösen Rechten übernehmen die Rolle des "Klassenfeinds": der lauerte angeblich überall und mußte überall entlarvt werden. Die Rede vom unsichtbaren Feind erzeugt ein Klima der Angst. Das ist typisch für autoritäre Regime. Steinmeier hat den unbestimmten Vorwurf gegen die "Feinde der Demokratie" perfektioniert, er ist ein Meister der diffusen Beschuldigung. Steinmeier gibt sich überzeugt, "daß Argumente weiter tragen als die Parolen der Empörung." Und daß "Demokraten die besseren Lösungen haben als die, die Demokratie beschimpfen." Alles Gemeinplätze. Phrasen. Jargon der Mächtigen, die angeblich Argumente und Vernunft auf ihrer Seite haben. Und die anderen sind nur Wut- und "Schimpfbürger", denen Schimpf und Schande gebührt. Er fordert sie auf: "Wir müssen uns ehrlich machen!" So als ob die Bürger den klugen Steinmeier belügen wollten. Sein verbales Geschwurbel entlarvt Spiegel-Autor Jan Fleischhauer als leere Floskelsprache, ein "Dummdeutsch", welches das "Ungefähre dem klaren Gedanken vorzieht".

"Frank-Walter - der Spalter"

In der Impfpflicht-Debatte behauptete er, extreme Kräfte versuchten, "einen vergifteten Stachel in unsere Demokratie zu treiben". Mit seiner Kritik an den "Spaziergängen" der Corona-Demonstranten gieße Steinmeier Öl "ins ohnehin schon lodernde Feuer", urteilte das Magazin Cicero. Er nehme die Teilnehmer "in verbale Geiselhaft von Staatsfeinden und Rechtsextremen". Wer nimmt wen zur Geisel? Die Argumentation grenzt an Verleumdung, der Ton bleibt dabei immer gemäßigt, der Feind wird nur grob markiert und die Botschaft ist klar: Auf der einen Seite stehen "Wir", die Demokraten, auf der anderen die Feinde der Demokratie.

Steinmeier spaltet das Land in Gute und Böse, Demokraten und Antidemokraten, Geimpfte und Ungeimpfte. Er geriert sich als oberster Richter und baut eine Mauer um die Ausgegrenzten. "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten", würde er wohl wie Walter Ulbricht beteuern. Dabei ist klar: Wie der SED-Walter betreibt auch der SPD-Frank-Walter die Spaltung Deutschlands.

"Frank-Walter - der Spalter", so nennt ihn Peter Hahne auf Tichys Einblick, und er stellt fest, hinter seinem Lächeln verberge sich ein eiskalter Sozi-Machtpolitiker, der zwar den "Zusammenhalt" predige, aber damit nur den Zusammenhalt seiner Genossen und Mitläufer gegen den Rest des Volkes meine.

Identitätspolitik: Ich sage Euch, wer Ihr seid!

Teilen will gelernt sein. Steinmeier gelingt es, die Trennungslinien geschickt zu wählen und damit die große Mehrheit derjenigen, die ihm allein aus Trägheit und Opportunismus nicht die Gefolgschaft verweigern, von seinen dezidierten Gegnern zu separieren. So bringt man Mehrheiten hinter sich, so funktioniert Politik. Divide et impera! Beim Herrschen durch Teilen sind pastorale Arroganz, Phrasendrescherei und diffuse Schuldmetaphorik hochwirksame Waffen.

Zum rhetorischen Handwerkszeug gehört auch ein heuchlerisches Verständnis für die Nöte des Volkes. Wenn einer sagt "Ich fühle mich fremd im eigenen Land", dann können wir nicht

antworten: "Tja, die Zeiten haben sich halt geändert". Nein, man muß die Widerstrebenden bekehren. Und das ist Steinmeiers Mission. Sie sollen sich ändern, sich öffnen, die Heimat mit anderen teilen, zur Integration bereit sein, den Begriff "Volk" aus ihrem Denken streichen. Das Grundgesetz biete schließlich Heimat genug. Steinmeier bearbeitet die deutsche Identität. Er will einen neuen Menschen. "Was bedeutet es: Deutsch zu sein?" fragt er ganz unschuldig. Seine Antwort macht sprachlos:

"Und schließlich, bei allen Debatten, bei allen Unterschieden - eines ist nicht verhandelbar in dieser deutschen Demokratie: das Bekenntnis zu unserer Geschichte. ... Die Lehren zweier Weltkriege, die Lehren aus dem Holocaust, die Absage an jedes völkische Denken, an Rassismus und Antisemitismus, die Verantwortung für die Sicherheit Israels - all das gehört zum Deutsch-Sein dazu."

Was da in einen Topf geworfen wird, ist schwindelerregend. Damit nicht genug: Alle Nachgeborenen und Zuwanderer müssen sich unter das gleiche Joch beugen. Das gehört seiner Auffassung nach zum Deutsch-Werden dazu. Hier offenbart sich der Kern seiner Überzeugungen, da verschmelzen Holocaust-Gedenken, Kampf gegen Rechts und "unsere Demokratie" zu einem Block, da soll das "Volk" zumindest als Begriff verschwinden und die Sorge um Israel sich "über alles" erheben. Das ist seine Staatsräson.

Wie schafft man ein Volk ab?

Tritt hier nicht eine gebrochene Identität zutage? Soll sie Wegweiser sein für den geplanten Identitätswandel der Deutschen? Könnte man das sogar als "Steinmeier-Plan" bezeichnen? Ein Plan zur Abschaffung der deutschen Identität? Einer auf dem Volkstum gegründeten Nation? Wird aus den Untaten der Vergangenheit die Berechtigung für die Großtaten der Zukunft geschöpft? So wie "das Böse Böses nur kann zeugen"? Man denkt an Faust und Morgenthau.

Verstörend ist dabei die fanatische Vehemenz der präsidentialen Forderungen: "Das ist nicht verhandelbar!", darüber darf nicht einmal diskutiert werden. Letztlich geht es um den totalen Umbau eines in tausend Jahren gewachsenen Volkes und die Auflösung des Kernstaates im Herzen Europas. Nicht "Dem Deutschen Volke" will Steinmeier dienen, sondern einem Kunstprodukt aus ideologischen Versatzstücken, die sich auf Grundgesetz, Volksverachtung und die Rede von "unserer Demokratie" berufen.

Mit dem Angriff auf das identitäre Erbgut der Deutschen erweist sich Steinmeier als "ein Meister in Deutschland". Wie kann man ihn stoppen? Solange nicht die Forderung "Steinmeier muß weg!" durch die Straßen Berlins hallt, wird sich an den deutschen Zuständen wohl kaum etwas ändern. ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2024:

>>Grenzschutz: Texas greift zur Selbsthilfe

Von *S. Hofer*

Weil US-Präsident Joe Biden die Richtlinien der Einwanderungspolitik mißachtet, greift der Bundesstaat Texas zur Selbsthilfe. Kommt es 2024 in den USA und in Deutschland zum Machtwechsel? ...

Bereits vor einem Jahr hatte der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, Joe Bidens Politik der offenen Grenze scharf kritisiert. Vergeblich. Jetzt griff der Bundesstaat zur Selbsthilfe: Die texanische Nationalgarde errichtete an der Brücke des Rio Grande Rivers mehrere Barrieren aus Ziehharmonikadraht. Die verhindern, daß die US-Bundespolizei dort weiterhin illegale Einwanderer in Empfang nehmen kann.

Das führte zu einer Auseinandersetzung auf Bundesebene, die schließlich zum Obersten Gerichtshof führte: Der stellte sich Anfang der Woche mit einer 5:4-Entscheidung hinter die Biden-Regierung. Dennoch bleibt Texas standhaft: Gouverneur Abbott fechtet das Urteil an, während die Nationalgarde weiterhin Barrieren errichtet und der US-Bundespolizei den Zutritt

verwehrte.

Abbott rechtfertigt das Vorgehen damit, daß bei der aktuellen "Invasion" südamerikanischer Einwanderer der Bundesstaat Texas ein Recht auf Selbstverteidigung habe: Biden, so sein Vorwurf, "hat seinen Eid gebrochen, die vom Kongress erlassenen Einwanderungsgesetze getreu umzusetzen."

Anstatt Einwanderer wegen illegaler Einreise strafrechtlich zu verfolgen, habe Präsident Biden seine Anwälte vor Bundesgerichte geschickt, "um Texas zu verklagen, weil es Maßnahmen zur Sicherung der Grenze ergriffen hat." Dabei, so Abbott, sei das Recht der Selbstverteidigung "das oberste Gesetz des Landes und ersetzt alle gegenteiligen Bundesgesetze".

Trump stärkt Abbott den Rücken

Vom texanischen Repräsentantenhaus bis zu Donald Trump stellten sich Republikaner im ganzen Land hinter Gouverneur Greg Abbott.

So schrieb Trump auf X: "Biden kämpft auf unglaubliche Weise darum, Gouverneur Abbott und dem Staat Texas die Hände zu binden, damit die Invasion ungehindert weitergeht."

Und weiter: "Texas hat sich zu Recht auf die Invasionsklausel der Verfassung berufen und muß die volle Unterstützung erhalten, um die Invasion abzuwehren."

Viele US-Rechtswissenschaftler fürchten eine Verfassungskrise - und damit natürlich eine weitere Schwächung von Präsident Biden bei der kommenden Wahl.<<

27.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Januar 2024 (x1.356/...):

>>Schulen schicken Schüler auf Anti-rechts-Demo: Hört auf, die Kinder zu indoktrinieren!

Amir Makatov

Immer häufiger kommt es dazu, daß in deutschen Schulen zu Demos gegen Rechts aufgerufen wird. Den Kindern wird erklärt, daß "rechts sein" etwas Schlimmes ist. Eingeladene "Regenbogen-Vereine" lügen Kindern vor, daß ein Mann eine Frau sein kann und möchten aus unerklärlichen Gründen mit diesen Minderjährigen über Sex reden.

Das ist höchstgradig problematisch.

Schulen sollen den Kindern lesen, schreiben und rechnen beibringen - dazu Fremdsprachen und ausgewählte andere Disziplinen. Stattdessen werden Schulen immer mehr zu Institutionen der Umerziehung. Schülern werden Weltanschauungen eingetrichtert und Kinder mit vermeintlich "falschen Meinungen" ausgegrenzt.

Oh, wie sehr habe ich damals mit 15 meine Politik-Lehrerin gehaßt. Ich war damals überzeugter Marxist-Leninist und sie stand fest im Rahmen des Grundgesetzes und verteidigte die Freiheitliche demokratische Grundordnung gegen meine roten Polemiken. Heute wirkt es so, als hätten die Schüler und Lehrer die Rollen gewechselt. Während Schüler sich wünschen, ihre Meinung abseits linker Ideologie äußern zu dürfen, häufen sich die Vorfälle von linken Lehrern.

Natürlich gab es auch schon früher linke Lehrer, aber daß der Lehrer linker als die Schüler ist, ist meiner Auffassung nach ein eher aktuelles Phänomen.

Doch was hat es eigentlich mit den "Regenbogen-Vereinen" auf sich, die sich in den Schulen einnisten? Warum lassen Schulen es zu, daß Fremde den Schüler Lügen erzählen und mit Kindern über Sex reden?

Zu meiner Schulzeit sprach unsere Biologie-Lehrerin noch die Wahrheit aus - sie sprach nämlich von zwei Geschlechtern. Aufklärungsunterricht fand zweimal statt: Beim ersten Mal erklärte unsere Bio-Lehrerin, wie Kinder gemacht werden, was Geschlechtskrankheiten sind und wie man verhüten kann. Beim zweiten Mal kam eine speziell geschulte Hebamme in die Schule. Jungs und Mädels wurden getrennt und wir konnten sie alles fragen, was uns das In-

ternet nicht bereits ungefiltert beantwortet hat.

Heute kommen Menschen, die daran glauben, daß Männer Frauen sind, in die Schule, schnappen sich viel zu junge Kinder und erklären ihnen ausführlich verschiedene Sexpraktiken, die es sonst nur auf Erwachsenenseiten im Netz zu sehen gibt. Alles das im Namen der Sexualaufklärung - klingt für mich wie institutionalisierte Pädophilie.

Entfremdung von den Eltern

Das Schlimme an diesen ganzen linksliberalen Dynamiken ist der Fakt, daß Eltern aus und vor gelassen werden. Die Regenbogen-Vereine kommen oftmals unabgesprochen mit den Eltern in die Bildübungseinrichtungen, die Aufrufe zu den linken Demos finden im Unterricht oder über das schulinterne Netzwerk statt. Es entsteht der Eindruck, man will den Kindern weiß machen, daß die linke Ideologie sie besser verstehe, als die eigenen Eltern. Den Eltern soll man nicht trauen, aber dafür modernen woken Polit-Kommissaren.

Das erinnert stark an die sowjetische Legende von Pavlik Morozov. Morozov war ein junger sowjetischer Pionier, der im Alter von 13 Jahren seinen Vater, einen ehemaligen Kolchos-Vorsitzenden, an die sowjetischen Behörden verraten habe. Sein Vater soll angeblich gegen die sowjetische Kollektivierungspolitik gearbeitet und sich gegen das Regime gestellt haben. Nachdem Pavlik seinen Vater denunziert hatte, wurde dieser verhaftet und später hingerichtet. Pavlik Morozov wurde für den Verrat an seiner Familie als Held gefeiert.

Natürlich ist das ein harter Vergleich, doch bewegt sich unsere Gesellschaft langsam in diese Richtung. Kinder werden von links-ideologischen Institutionen erzogen, statt von ihren Eltern. Letztere verlieren immer weiter ihre Autorität. Das ist kein Zufall, wenn man bedenkt, daß neomarxistische Denker, wie Max Horkheimer, die Familie als "Keimzelle des Faschismus" betrachteten. Die Ideen von Horkheimer und der Frankfurter Schule spielen bis heute eine große Rolle im Werkzeugkasten der Linksliberalen.

Altbewährte Strukturen, wie Familie, Gemeinde oder Volk werden zerschlagen, um Platz für einen angeblichen Individualismus zu schaffen, der in Wirklichkeit keiner ist.

Ganz nach dem Motto: "Du kannst sein, was du willst, aber wenn du konservativ oder gar rechts bist, bestrafen wir dich mit Ausgrenzung und Schlimmerem".

Ein gruseliger Trend

Die Dynamik, die eigenen Bürger ideologisch auf Linie zu bringen, zieht sich durch alle Lebensbereiche. In Schule, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, staatlichen Unternehmen (z.B. der Bahn), in Universitäten und überall, wo die Regierung die Finger im Spiel hat, versucht man die Bürger zu "Gutmenschen" zu machen. "Männer können Frauen sein", "Hohe Steuern sind Demokratieabgaben", "Der Rundfunk ist neutral", "Grüne Energie ist wirtschaftlich tragbar", "Offene Grenzen sind Humanismus", "Linke Wirtschaft funktioniert" und viele andere Lügen werden einem aufgetischt.

Wer sich weigert diese Hirngespinnste zu akzeptieren, wird so gut wie möglich mundtot gemacht und zum bösen Rechten oder gar Nazi ernannt. Und genau gegen diese "Nazis" ruft die Regierung die Bürger auf die Straße.

Die linken Demonstrationen sind kein Widerstandsakt gegen Rechtsextremismus. Sie finden als Zeichen gegen den Widerstand gegen die linke Meinungshegemonie statt.

Nun wird zu diesen Demonstrationen auch in Schulen aufgerufen. Die linksgrünen Narrativen: Sie machen nicht einmal vor Kindern halt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Über 3 Millionen Haushalte in Deutschland zahlen keine Rundfunkgebühren

Die Zahl der Haushalte, die keine Rundfunkgebühr zahlen können oder wollen, steigt immer weiter an. 2022 waren es ganze 3,22 Millionen Haushalte - jeder 14. im Land. Dennoch wird geplant, den Rundfunkbeitrag weiter zu erhöhen.

Jonas Aston

In Deutschland verweigern immer mehr Menschen die Zahlung der Rundfunkgebühren. Wie der "Beitragsservice" der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gegenüber der BILD mitteilte. Demnach befinden sich nach der jüngsten Erhebung aus dem Jahr 2022 insgesamt 3,22 Millionen Haushalte "im Mahnverfahren oder in der Vollstreckung". Das entspricht rund 7 Prozent aller zahlungspflichtigen Haushalte. Nach eigenen Angaben wird die Zahlungsunwilligkeit vieler Menschen immer größer.

"Tatsächlich setzt sich insgesamt der seit 2013 anhaltende rückläufige Trend fort", so der "Beitragsservice". In Ostdeutschland entrichten weniger Haushalte den Rundfunkbeitrag als im Westen Deutschlands. Am zahlungsunwilligsten sind die Menschen in Bremen. 10,49 Prozent aller Haushalte gelten dort als beitragssäumig. Darauf folgen Mecklenburg-Vorpommern mit 9,81 Prozent, das Saarland mit 9,75 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 9,63 Prozent der Haushalte, die sich im Mahn- oder Vollstreckungsverfahren befinden.

Der "Beitragsservice" hat erklärt, daß es "keine Anhaltspunkte" dafür gebe, "daß es sich bei der genannten Zahl der säumigen Beitragszahlenden um 'Beitragsverweigerer' handelt." Weiterhin wurde jedoch erklärt, daß die Gründe für einen Zahlungsrückstand nicht erfaßt werden. Derzeit arbeitet man beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk trotz der sinkenden Zahlungsfähigkeit beziehungsweise Bereitschaft dennoch daran, daran die Beiträge zu erhöhen. Die aktuelle Beitragsperiode, mit einem monatlichen Betrag von 18,36 Euro, gilt noch bis Jahresende.

ÖRR verfügte 2022 über 8,5 Milliarden Euro

Am 23. Februar soll die unabhängige Finanzkommission KEF ihre Empfehlung an die Länder abgeben, wie hoch der Beitrag ab 2025 sein sollte. In einem vorläufigen Entwurf ist von 18,94 Euro die Rede. Ob eine Beitragserhöhung von den Ländern unterstützt werden würde, ist unklar. Gegen die letzte Beitragserhöhung hat lediglich Sachsen-Anhalt votiert. Hier entschied jedoch das Bundesverfassungsgericht, daß diese Gegenstimme letztlich unerheblich ist und die Beiträge dennoch erhöht werden.

In den vergangenen Jahren stieg so das verfügbare Kapital der öffentlich-rechtlichen Sender immer weiter an. 2015 wurde von 44,661 Millionen Konten noch über 8,1 Milliarden Euro eingezogen. Zudem veranlasste er rund 25,5 Millionen Mahnmaßnahmen und rund 720.000 Zwangsvollstreckungen. Im Jahr 2022 zog er von 45,957 Millionen Konten über 8,5 Milliarden Euro ein. Zudem sprach man 19,5 Millionen Mahnungen aus und ließ über eine Million Zwangsvollstreckungen vollziehen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2024: >>**Der Hetzjagd trotzen: Solidarität mit Höcke!**

Von *COMPACT* Redaktion

Björn Höcke die Grundrechte entziehen? Die Hatz auf den Vorsitzenden der Thüringer AfD wird immer absurder. ...

Im vergangenen Sommer stand Björn Höcke COMPACT für ein ausführliches Interview zur Verfügung, veröffentlicht in voller Länge in Ausgabe 8/2023 ("Der AfD-Sommer", noch erhältlich). Aus aktuellem Anlaß haben wir im Fortgang zehn Kernsätze aus dem seinerzeitigen Gespräch herausgezogen.

So tickt Björn Höcke

- "Ich glaube, daß die Menschen den Verzerrungen und Stigmatisierungen der Altmedien nicht mehr länger auf den Leim gehen."

- "Wer mich mal im persönlichen Gespräch erlebt hat, der weiß, daß der Björn Höcke kein Bösewicht und schon gar nicht der Teufel der Nation ist und weiß, daß er einfach nur 'Deutschland, aber normal' und 'Thüringen, aber normal' will."

- "Bis heute halten die Brandmauern, die das Establishment gegenüber uns aufgerichtet hat, noch; noch muß man hier betonen. Ich glaube nämlich, daß die Brandmauern an einigen Stellen schon Löcher haben."

- "Für uns war immer klar, daß wir die wichtigen Standpunkte, die wir haben, weiter offensiv vertreten wollten und daß die anderen für uns koalitionswürdig werden müßten."
- "Im Moment ist die Lage so, daß wir nur dann regieren können, wenn wir die absolute Mehrheit haben. Das ist in Thüringen nicht mehr ganz ausgeschlossen."
- "Das bunte Kartell ist letztlich zusammengerückt, aber das hat nichts genützt, auch weil die Menschen, die noch die DDR erfahren und die Diktatur erlebt haben, dies nicht nochmals durchmachen möchten."
- "Wir sind noch immer das größte Land in Europa, wir sind der maßgebliche Brückenkopf der Globalisten in Europa. Unsere politische Elite ist globalistisch gleichgeschaltet."
- "Wir Deutschen sind ein Volk der Mitte, eine Brückennation zwischen West und Ost. Und immer dann, wenn wir uns zu stark in eine Richtung bewegt haben, dann haben wir unsere Funktion in der Geschichte nicht erfüllt."
- "Wir müssen so schnell wie möglich aus der US-amerikanischen Umklammerung entweichen, das ist für unsere Nation überlebenswichtig, das ist auch für Europa überlebenswichtig, und das ist auch kulturell überlebenswichtig."

- "Wir haben in den letzten Jahren unser Programm geschärft, es ist tatsächlich ein Oppositionsprogramm. Es war wichtig, daß wir unsere Standpunkte gegen allen Druck vertreten haben, und das ist kein kleines Verdienst, das sich die AfD hier erworben hat."

Wegen solcher Aussagen wollen BRD-Blockwarte dem Mann die Grundrechte entziehen? Geht's noch? Nicht nur Patrioten sind aufgerufen, in dieser Stunde klar und deutlich zu Höcke zu stehen und eine solche Wahnsinns-Attacke zu stoppen. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27948" berichtet am 27. Januar 2024 (x1.350/...): >>"Nahrung als Waffe" - Das verbindet die Bauernproteste, die Agenda 2030 und den Angriff auf die Nahrung

Derzeit sind die Proteste der deutschen, aber auch europäischen Bauern, in aller Munde. Die kürzlich ausgestrahlte Kla.TV-Sendung "Existenzkampf der Bauern" (www.kla.tv/27879) bringt trefflich auf den Punkt, daß die Kürzungsmaßnahmen der Regierung nur den einen Tropfen darstellen, der das Faß der Bauernunterdrückung zum Überlaufen gebracht hat.

Inwiefern die Landwirte durch die Proteste instrumentalisiert wurden oder nicht und warum sie durch die Mainstream-Medien in ein schlechtes Licht gerückt werden, wird in weiteren Sendungen aufgegriffen. Schauen Sie also regelmäßig bei Kla.TV rein!

Fakt ist: UNO, WHO und WEF haben den Bauern sowie den traditionellen Nahrungsmitteln den Krieg angesagt!

Durch ihre Agenda 2030, wie Kla.TV schon in einigen Sendungen berichtete, werden auch die Landwirte im Besonderen angegangen.

Dazu eine kurze Repetition aus der Sendung "Etikettenschwindel Agenda 2030" (www.kla.-tv/18739):

Ziel 2 der Agenda 2030 sieht angeblich vor, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung zu erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Zu beobachten ist jedoch, daß die natürliche, kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstört wird, während gleichzeitig multinationale Konzerne durch eine industrielle Landwirtschaft sowie durch Gentechnik und Agrochemie immer mehr die weltweite Nahrungsmittelproduktion kontrollieren.

Der Stand der Bauern, der Existenzträger unserer Gesellschaft, ist beklagenswert, jedoch aber nicht zufällig, wie Sie im Folgenden mit einem "Blick über den Zaun" sehen werden. Genauer gesagt, steht das Schicksal der Bauern in sehr enger Verflechtung mit unser aller Schicksal.

Ein Abriß des Essays "Nahrung als Waffe" des unabhängigen deutschen Autoren und Journalisten Tom-Oliver Regenauer zeigt auf, wie die Existenzgrundlage "Nahrung" schon in der Geschichte, und genauso auch heute als Waffe gegen die Menschheit eingesetzt wird.

Im Dezember 1974 verfaßte Henry Kissinger ein geheimes Strategiepapier für den "Nationalen Sicherheitsrat" der Vereinigten Staaten. Es trug den bürokratisch schwerfälligen Titel "Implikationen weltweiten Bevölkerungswachstums für die Sicherheit der USA und Übersee-Interessen".

Die von Kissinger skizzierte Strategie wurde im Jahr 1975 offizielle politische Leitlinie von Präsident Gerald Ford. "... das Bevölkerungswachstum wird ernsthafte Auswirkungen auf den Bedarf an Nahrungsmitteln haben", liest man da. Daher müsse die Nahrungsmittelhilfe für die Entwicklungsländer möglicherweise an obligatorische Sterilisationsprogramme oder Bevölkerungsreduktionsquoten geknüpft werden, folgert Kissinger. Dieser Gedankengang führt den in Diensten des einflußreichen Rockefeller-Clans stehenden Geostrategen wiederum zu der amorali-schen Erkenntnis, daß Lebensmittel in solch einem Szenario zu einem wirksamen "Instrument nationaler Macht" avancieren. Er erklärt Nahrungsmittel zur Waffe.

Dies ist allerdings kein neuer Gedanke. Ob Belagerung im Mittelalter oder Inflation der Gegenwart, Lebensmittel sind seit Menschengedenken eine Waffe. Ein Hebel der Herrschenden zur Bevölkerungskontrolle.

Doch mit mRNA-Impfungen für Nutztiere, genetisch veränderten Sporen zur Optimierung globaler Lieferketten und CBDC-Zahlungen für Wasser erreicht der Kampf ums Überleben ein neues Level.

Beispiele der vergangenen Geschichte:

- Schon vor 3.000 Jahren belagerten die Griechen Troja, um es auszuhungern.
- In Irland starben etwa eine Million Menschen, also zwölf Prozent der irischen Bevölkerung, infolge der großen Hungersnot 1845-1849. Primärer Auslöser waren nicht Mißernten oder eine neuartige Kartoffelfäule, sondern die von Hochfinanz und einzelnen Interessengruppen korrumpierte Politik der damaligen britischen Regierung.
- Auf die Kappe der britischen Kolonialmacht ging auch der Tod von bis zu vier Millionen Indern während der Hungersnot in Bengalen im Jahre 1943. Das belegt eine Studie indischer Wissenschaftler, die Dürreperioden der vergangenen 150 Jahre analysierten.
- Im Zweiten Weltkrieg starb während der 500 Tage andauernden Belagerung Leningrads über eine Million Menschen - mehr als durch die Bomben auf Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki zusammen.
- Auch Josef Stalin nutzte seine Macht, um mittels Nahrungsmittelverknappung die "Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik" in die Knie zu zwingen. "Holodomor", so die Bezeichnung für die von manchen als Genozid gewertete Hungersnot in den 1930er-Jahren, kostete drei bis vier Millionen Menschen das Leben. Kannibalismus war keine Seltenheit.
- Unter Mao Zedong verhungerten zwischen 1958 und 1962 mindestens 24 Millionen Menschen. Seine Devise lautete: "Es ist besser, die Hälfte der Menschen sterben zu lassen, damit die andere Hälfte sich satt essen kann."

Aktuelle Entwicklungen: In Anbetracht dieser Historie wäre es geradezu naiv, anzunehmen, daß Nahrungsmittel im 21. Jahrhundert nicht als Waffe eingesetzt werden! Allerdings nicht mit Belagerung oder Vernichtung der gegnerischen Flotte, sondern mit Disruption (Zerschlagung), künstlicher Verknappung, Verunreinigung mit Giftstoffen, biotechnischen Zusätzen, genmanipulierten Rohstoffen etc.

Die Anzahl jener, die akut von Hunger bedroht sind, hat sich seit Ausrufung des pandemischen Zustandes weltweit verdoppelt. Durch die Corona-Lockdowns und Ernteaussfälle im Ukrainekrieg entstanden massive Lieferengpässe und Versorgungslücken, vieles wurde sehr teuer, Familienbetriebe und Kleinunternehmen gingen bankrott. Landwirte geraten aufgrund der "Green Economy", der Null-CO2-Agenda, so unter Druck, daß sie den Auflagen und steigenden Kosten nicht nachkommen können und in ihrer Verzweiflung auf die Straße gehen. Mark Rutte (niederländischer Ministerpräsident) fuhr gegen die Bauernaufstände sogar militä-

risches Gerät auf!

Die ganze Nahrungsmittelindustrie soll transformiert werden, natürliche Zusatzstoffe zunehmend durch künstliche ersetzt werden.

Prominentestes Beispiel dabei: Fleisch aus dem Labor. Seit vielen Jahren legen vor allem Bill Gates, mittlerweile größter Grundbesitzer der USA, und Google Ventures (eine Risikokapitalgesellschaft) viel Elan auf diesem Gebiet an den Tag.

Gleichzeitig investiert Gates viel Geld in die Erforschung und Veränderung des Mikrobioms, einem komplexen Ökosystem aus Bakterien, Pilzen, Archaeen (Urbakterien) und Viren, das unter dem Sammelbegriff "Darmflora" maßgeblich die Verdauungsprozesse steuert und vor allem im ersten Lebensjahr eines Kindes großen Einfluß auf dessen geistige und körperliche Entwicklung nimmt. (Interview mit Heiko Schöning "Corona 2.0 - Neuer Terrorangriff mit Bakterien? www.kla.tv/27731) Damit will Gates - der konstant seine Bedenken hinsichtlich "Überbevölkerung" artikuliert - man höre! - Kindern in Entwicklungsländern helfen!

Noch mulmiger darf einem in Anbetracht der Tatsache zumute sein, daß Nahrungsmittel in naher Zukunft mit mRNA- oder RNA-Zusatz ausgeliefert werden. Big-Pharma-Profiteure wie Bill Gates kündigen seit langem an, die experimentellen wie schädlichen Substanzen über Nahrungsmittel verteilen zu wollen, um diese so auch jenen Personen zuzuführen, die sich der Covid-Injektion verweigerten. (Impfbanane, mRNA-Salat & mehr: Unbewußte Zwangsimpfung durch Nahrungsmittel?! www.kla.tv/26130)

Unternehmen wie Bayer und BioNTech arbeiten seit über sechs Jahren an mRNA-Impfungen für Nutzvieh. Der Wissenschaftler und Miterfinder der künstlich erzeugten mRNA-Technologie, Robert W. Malone, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in der Veterinärmedizin noch weniger Transparenz hinsichtlich der Test- und Zulassungsverfahren herrsche als in der Humanmedizin. Sprich: das Risiko für den Endverbraucher ist möglicherweise noch größer als bei den COVID-Injektionen.

Die kanadische Regierung bietet auf ihrer Internetseite gar eine detaillierte Übersicht zu den im Land im Einsatz befindlichen RNA- und DNA-Produkten an. Mindestens eine Handvoll werden bereits flächendeckend angewandt. Die auf Gentechnik basierenden Impfungen sind also, entgegen aller anderslautenden Fakten-Checks, bereits im Einsatz. Sie laufen lediglich unter anderen Labels.

Auch sogenannte "Self-disseminating Vaccines", sich selbst verbreitende Impfstoffe, dürften bald zum Einsatz kommen. Dabei werden die Impfstoffe nur einigen wenigen Trägern verabreicht, die als Multiplikatoren dienen und die genetische Information mittels verschiedener Übertragungswege an den Rest der jeweiligen Population weitergeben.

Zu alledem sollen in Zukunft genetisch veränderte Sporen (Bioengineered Spores) für die Kontrolle globaler Lieferketten sorgen. Mikroben werden als Überwachungsgeräte (Tracking Devices) benutzt. Jedes Nahrungsmittel soll zukünftig vom Acker bis auf die Gabel im Mund nachverfolgt werden können. Datensätze werden in DNA umgewandelt, die anschließend in Mikroorganismen eingebracht wird.

Diese Mikroorganismen können auf jedes agrarwirtschaftliche Erzeugnis übertragen werden. Egal, ob Rind oder Schwein, Gemüse, Früchte oder Getreide. Dieser "DNA-Barcode", wie das Unternehmen die vermeintliche Innovation nennt, ist weder durch Hitze oder Kälte noch durch Waschen und Häckseln der Ware zu vernichten.

Zudem enthält das Produkt Giftstoffe, die jedoch in geringer Dosierung als - man höre! - "generell unbedenklich" eingestuft werden.

All diese Entwicklungen auf dem Gebiet der Nahrung machen aus dem menschlichen Organismus ein Schlachtfeld! Denn Nahrung kann und wird als Waffe benutzt werden. Ein Herrschaftsinstrument einzelner weniger im Hintergrund! Offensichtlich ist auch die EU ein Handlanger jener Herrschenden, denn sie engagiert sich für die "Regulierung" privater Nutztierhal-

tung und möchte den Eigenanbau von Nahrungsmitteln zusehends erschweren. In Nigeria ist man dahingehend sogar noch einen Schritt weiter. Das afrikanische Land ist nach den Bahamas das zweite, das elektronisches Geld von der Zentralbank namens CBDC eingeführt hat. Wasser bekommt in Nigeria jetzt nur noch, wer seinen CBDC-QR- oder RFID-Code scannt. Gut möglich also, daß bald durstig bleibt oder stirbt, wer auf seinen mit dem Zentralbankkonto gekoppelten Social-Media-Profilen gegen die Regierung wettet.

An dieser Stelle noch eine Einflechtung von Kla.TV: Das Ziel 6 der Agenda 2030 sieht angeblich vor, die Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten. Festzustellen ist allerdings, daß 90 % des Wassers weltweit von einer Reihe multinationaler Konzerne beherrscht wird, die Wasser immer mehr zum Luxusgut machen und jegliche Autarkie und Unabhängigkeit der Bevölkerung verhindern.

Interessanterweise wird für die Agenda 2030 das gleiche Symbol verwendet wie für den vom WEF propagierten "Great Reset". Von einer selbsternannten Elite aber, wie dem World Economic Forum, ist keine Verbesserung dieser Weltlage zu erwarten. Ganz im Gegenteil. Deren Neue Weltordnung ist im Klartext nichts anderes als Selbstbereicherung und Kontrollwahn weniger Finanzoligarchen auf Kosten der Allgemeinheit.

Angesichts der genannten Entwicklungen muß diese von langer Hand geplante Reduktion der Menschheit ans Licht der Öffentlichkeit gerissen werden. Die sehr gut ausgearbeitete, originale und ungekürzte Fassung des Essays von Tom-Oliver Regenauer finden sie unter: <https://www.regenauer.press/blog-search?searchTerm=nahrung%20als%20waffe>

Streuen Sie, liebe Zuschauer, auch diese Sendung so breit wie möglich! Und schauen Sie regelmäßig bei Kla.TV rein, um die Fortsetzung nicht zu verpassen. Kla.TV wird hier am Ball bleiben, um mehr Licht in die scheinbar komplizierten Zusammenhänge zu bringen.<<

28.01.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Januar 2024 (x1.353/...): >>>Deutschland: Erdogan-Partei DAVA startet

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (AKP) schickt eine eigene Partei für die Europawahlen am 9. Juni in Deutschland ins Rennen: Der neueste AKP-Ableger für Deutschland heißt "DAVA". CDU-Innenexperte Christoph de Vries warnte gegenüber "Bild am Sonntag" vor der neuen Partei: "Mit der Gründung der türkisch-islamistischen Partei DAVA hat Präsident Erdogan neben Ditiib nun einen weiteren Hebel in der Hand zur politischen Einflußnahme in Deutschland und wird versuchen, dieses neue Machtinstrument auch zu nutzen."

Der Zeitung liegt die Gründungserklärung der "Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch" ("DAVA") nach eigenen Angaben vor. Als Spitzenkandidaten wurden bislang vier Männer bekannt gegeben. Alle vier genannten DAVA-Politiker haben sich früher für Erdogans AKP oder deren Vorfeldorganisationen eingesetzt.

In der Erklärung wird gefordert, daß "Menschen mit ausländischen Wurzeln ihre Rechte in vollem Umfang zugesprochen bekommen". Diese Menschen erlebten oftmals "bei der Suche nach Wohnungen, bei Bewerbungen, aber auch in vielen alltäglichen Situationen wie bei Behördengängen, daß sie nicht als vollwertige Mitglieder von der europäischen Gesellschaft angenommen werden." DAVA will mit Sozialleistungen Kinder- und Altersarmut bekämpfen und fordert "eine pragmatische sowie ideologiefreie Flüchtlingspolitik."

Für CDU-Innenexperte de Vries ist hier klar eine Strategie erkennbar: "Muslime als Opfer einer rassistischen Mehrheitsgesellschaft darzustellen und sich als deren Interessenvertreter aufzuspielen." Die Bundesregierung sollte diese Parteigründung "unter keinen Umständen auf die leichte Schulter nehmen", rät de Vries.

"Ich halte es für dringend geboten, daß unsere Sicherheitsbehörden alle Aktivitäten dieser Partei und ihre Verbindungen zur türkischen Regierung genauestens beobachten und einschreiten, wenn es zu einer direkten Einflußnahme der türkischen Regierung kommt."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Nach massivem Druck: Alemannia Aachen distanziert sich plötzlich doch von der AfD

Alemannia Aachen verhielt sich bei den Demos gegen Rechts zunächst neutral und stellte sich "gegen die Spaltung" der Gesellschaft. Jetzt rudert der Verein zurück, distanziert sich von der AfD und findet die Demonstrationen gegen Rechts plötzlich gut.

Willi Weißfuß

Sport ist ein wichtiges Instrument zur Völkerverständigung und eigentlich unpolitisch. In den letzten Wochen haben sich dennoch etliche Fußballvereine, Spieler und / oder Funktionäre von der AfD distanziert und zu "Demonstrationen gegen rechts" aufgerufen. Der Viertligist Alemannia Aachen hat sich zunächst nicht zu der Thematik geäußert.

Aufgrund mehrfacher Nachfrage sah sich der Verein dann dennoch gezwungen, ein Statement zu veröffentlichen. In diesem Statement distanzierte sich der Verein von Hass, Hetze und Extremismus jeder Art und teilte mit, nicht an der Spaltung nicht teilnehmen zu wollen.

Für dieses Statement bekam der Verein, dessen wohl bekanntester ehemaliger Spieler der ehemalige deutsche Nationalspieler David Odonkor ist, sowohl Lob als auch Kritik. Doch aufgrund öffentlichen Drucks von links rudert man jetzt zurück.

Zunächst postete der Verein ein Bild mit mehreren Vereinsangehörigen, von denen manche offensichtlich einen Migrationshintergrund haben. Unter diesem Stand "Damit es keine Mißverständnisse gibt: Alemannia ist klar gegen Rechts." In einem kurz danach veröffentlichten Statement, in dem der Verein sich klar von der AfD distanziert, wird die Teilnahme an "Demonstrationen gegen rechts" für gut befunden und sich für das ursprüngliche Statement entschuldigt. Damit wirkt der Verein an der ursprünglich kritisierten Spaltung der Gesellschaft mit.

Es reicht in Deutschland anscheinend nicht, sich von Extremismus, Haß und Hetze aus jeder Richtung zu distanzieren, man muß sich in Deutschland immer auch klar gegen rechts positionieren. Der Fall Alemannia Aachen verdeutlicht auch, daß es in Deutschland nicht um Taten, sondern um Worte geht. Denn niemand kann einem Fußballverein, der einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet, ernsthaft vorwerfen, für die massenhafte Abschiebung aller Migranten aus Deutschland zu sein. Vor allem aber auch: Solidarität wird nötigenfalls erzwungen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Januar 2024: >>Es ist das Ende einer Epoche

Von COMPACT Redaktion

In der vergangenen Woche mußte sich die AfD täglich massiv gegen Haß und Hetze, verbreitet von Medien und Altparteien, wehren. Daß ihr das gut gelang, ist ein ermutigendes Zeichen. Denn die Stunde der Patrioten schlägt jetzt. ...

Diffamierungen, Beleidigungen, Beschimpfungen. Tonangebende dreschen auf die AfD ein. Im Deutschen Bundestag hielt der Parlamentarische Geschäftsführer vergangene Woche eine eindrucksvolle Gegenrede, die wir an dieser Stelle dokumentieren.

Baumanns Klarstellung

Dr. Bernd Baumann (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Noch nie zuvor hat eine Regierung unser Land so vor die Wand gefahren wie diese - die heute noch nicht mal da ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Die Bürger leiden unter explodierenden Preisen für Energie und Lebensmittel, dazu unter Wohnungsnot, Heizungsgesetz, kaputten Brücken und Straßen, maroden Schulen.

(Zurufe der Abgeordneten Saskia Esken und Dr. Christoph Hoffmann)

Die Industrie flieht aus dem Land hinaus, und Millionen kulturfremde Asylanten strömen

ungehindert hinein. Was für ein Desaster! Was für eine furchtbare Bilanz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle und Matthias Helferich - Zuruf von der SPD: Sie haben keine Lösung!)

Deutschland bebt unter dem Aufschrei verzweifelter Bauern, Fuhrunternehmer, Handwerker, Restaurantbetreiber. Die Not ist groß. Das Vertrauen ist weg; alle Umfragen zeigen das. Beispiel Sachsen: Da ist die SPD auf 7 Prozent geschrumpft,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Matthias Helferich - Stephan Brandner : Immer noch zu viel! - Weiterer Zuruf von der AfD: So viel noch?)

kommt vielleicht nicht mal mehr ins Parlament, FDP und Grüne auch nicht.

(Sven Lehmann: Freuen Sie sich mal nicht zu früh!)

Und die AfD? Sie ist schon bei 35 Prozent. Wir sind aktuell fünfmal so stark wie diese Kanzlerpartei. So geht Demokratie, meine Damen und Herren! Die Wähler strafen Sie ab!

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Die Wähler strafen Sie ab mit einer Urgewalt, die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist. Panik macht sich breit. Man kann Ihre Angst geradezu riechen.

(Stephan Brandner: Ja! Es stinkt! Nach Angst der Altparteien!)

Und wie gehen Sie damit um? Je höher die Umfragewerte der AfD, desto bössartiger diffamieren Sie unsere Partei. Das konnte man gerade in dieser Debatte wieder sehen. Sie schrecken vor gar nichts mehr zurück. Das Niveau sinkt ins Bodenlose:

(Maja Wallstein: Es ist witzig, daß Sie das sagen!)

Fäkalsprache, was Besseres fällt Ihnen nicht mehr ein.

(Stephan Brandner: Strack-Rheinmetall!)

Der Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl fällt auch nichts Besseres ein. Sie bezeichnet die AfD als einen dreckigen Haufen Kot

(Rasha Nasr: Da hat sie recht! - Zuruf von der FDP: Korrekt!)

und die über 10 Millionen Wähler der AfD als schmutzige Schmeißfliegen - ich zitiere -: "Je größer der Haufen Scheiße" - so die FDP-Spitzenkandidatin -, "um so mehr Fliegen sitzen drauf." Pfui Teufel!

(Stephan Brandner : Widerlich!)

Wenn die Wähler Ihnen die Macht entziehen, dann werden sie als "Schmeißfliegen" beschimpft. Das ist Ihr Verständnis von Demokratie.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Dr. Alice Weidel: Wählerbeleidigung! - Zuruf der Abg. Maja Wallstein)

Aber auch für diese Arroganz wird der Wähler Sie an den Wahlurnen bestrafen! Gleichzeitig verfälschen Sie unsere politischen Forderungen im Kern. Ein Beispiel: Wir fordern seit jeher die Rückführung bzw. Remigration aller Migranten, die nach Recht und Gesetz keinen Schutzanspruch haben.

(Konstantin Kuhle: Das haben Sie in Potsdam gelernt, oder? - Zuruf der Abgeordneten Leni Breymaier)

Es geht dabei um rund 300.000 endgültig abgelehnte Asylbewerber und zudem um die Ausländer, die nur vorübergehend als Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz genießen. Dieser Schutz endet, wenn der Krieg vorbei ist.

(Stephan Brandner : Ganz genau!)

In Syrien ist der Krieg vorbei.

(Rasha Nasr: Der Krieg ist nicht vorbei!)

Also müssen 600.000 Syrer zurück. Selbst Dänemark, von Sozialdemokraten regiert, schickt die Syrer nach Hause.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Das ist die Remigration, die wir fordern. Diese Remigration ist nicht gegen Recht und Verfassung; sie ist die Durchsetzung von Recht und Verfassung.

(Lebhafter Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Wir sind die Verteidiger des Rechtsstaats, und Sie sind dessen Gegner.

(Zuruf der Abg. Maja Wallstein)

Sie arbeiten hier mit übelsten Mitteln gegen uns. Man hat es heute wieder gehört: Politiker von Ampel und Union verfälschen unsere Forderungen, gerade beim Thema Remigration. Auch in der Tagesschau der ARD war in dieser Woche zu hören, unter dem Begriff "Remigration" verstehe die AfD die Zwangsausweisung bis hin zur Massendeportation von Millionen Menschen -

(Beifall der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner - Britta Haßelmann: Das ist ja auch so! - Zurufe von der SPD)

so Ihre Reden, so ARD und ZDF. Was für eine hinterhältige Kampagne von Politikern und Journalisten der abgewirtschafteten links-grünen Klasse!

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Zuruf der Abg. Annika Klose)

Aber die Bürger durchschauen Sie. Die glauben Ihren Schwachsinn nicht mehr. Wir erleben das Ende einer Epoche. Wir erleben jetzt hier das Ende der links-grünen Dominanz in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten)

Gegen diesen Abstieg wehren sich Habeck, Kühnert und Co mit allen Mitteln. Da werden selbst kleine private Debattierclubs zu gemeingefährlichen Geheimtreffen aufgeblasen, so wie jüngst eine Runde von Unternehmern, Freiberuflern in Potsdam, die sich regelmäßig zum Gedankenaustausch treffen.

(Zurufe der Abgeordneten Saskia Esken und Maja Wallstein)

Diese Runde hatte Gäste aus der Politik eingeladen: vier von der CDU,

(Stephan Brandner: Hört! Hört!)

vier von der AfD und zwei von der Werteunion. Was irgendein Vortragsredner sagt oder auch nicht sagt, kann so nicht der CDU oder der AfD zugeordnet werden. Wie verzweifelt muß man sein, um auch daraus eine Kampagne gegen die AfD zu konstruieren, wie Sie es heute wieder versuchen!

(Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Widerspruch des Abgeordneten Sven Lehmann)

Meine Damen und Herren, die Zeiten, in denen solche Politgaukler alle Macht hatten, sind vorbei. Der Wind dreht sich. Für Deutschland kommt etwas Neues. Für Deutschland kommt die AfD - ob Sie es wollen oder nicht.

(Anhaltender Beifall bei der AfD sowie bei fraktionslosen Abgeordneten - Abgeordnete der AfD und fraktionslose Abgeordnete erheben sich - Rasha Nasr : Nie wieder! - Zurufe von der SPD: Niemals!)

Der Wind dreht sich, so Baumann. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Januar 2024: >>**GEZ-Gebühr: Millionen zahlen nicht**

Von *Sven Eggers*

Die Deutschen haben genug von den GEZ-Medien. Immer mehr Bürger verweigern die Zahlung der Zwangsgebühr. ...

Gerade die gegenwärtige Sudel- und Diffamierungskampagne gegen die AfD widert viele Gebührenzahler an. Und zunehmend weigern sich Genervte, ihre Zwangsabgabe zu begleichen. Mittlerweile sind es schon 3,2 Millionen Verweigerer beziehungsweise Säumige "im Mahnverfahren oder in der Vollstreckung", wie der "Beitragsservice" der GEZ-Medien bestätigt. Allein in Sachsen sind es 300.000; Tendenz bundesweit eindeutig ansteigend. CSU-

General Martin Huber kommentiert:

"Daß immer mehr Menschen keinen Rundfunkbeitrag zahlen wollen, zeigt: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steckt in der Vertrauenskrise."

FDP-Vize Wolfgang Kubicki ergänzt: "Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in den vergangenen Jahren enorm Vertrauen verspielt. Sei es in der Flüchtlingskrise, in der Corona-Zeit oder auch in vermeintlich kleinen Fragen, wie der Benutzung von Gendersprache."

Bevormundung der Bürger

Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen kommt jetzt gefühlt auch aus den eigenen Reihen. Der ehemalige SWR-Intendant Peter Voß hat GEZ-Medien öffentlich vorgeworfen, unausgewogen zu berichten. Es brauche "weder flammende Bekenntnisse noch naheliegende Annahmen, sondern nüchterne Situationsbestimmungen unter Abwägung aller relevanten Fakten und Argumente - auch solcher, die vermeintlich 'den falschen Leuten' nützen", so der mittlerweile 82-Jährige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Andernfalls verkämen Nachrichten zur Bevormundung der Bürger, warnt er.

COMPACT-TV bietet den kostenfreien Ausstieg aus dem Staatsfernsehen. Es gibt viele gute YouTuber, auch Sendungen anderer Kollegen erreichen immer wieder Spitzenwerte. Bei COMPACT-TV aber schlägt auch die Zuverlässigkeit zu Buche: Jeden werktäglichen Abend sind wir pünktlich um 20 Uhr auf Sendung. Nachmittags und am Wochenende gibt es Extra-Programme.

Das riesige Defizit, das wir mit unseren Sendungen produzieren, kann nur teilweise aufgefangen werden durch die Überschüsse, die wir mit dem Verkauf unserer gedruckten Magazine erwirtschaften. Deswegen brauchen wir Ihre Hilfe, liebe Leser und Zuschauer: Wir brauchen Ihre Spende, damit wir unsere so erfolgreiche TV-Arbeit finanzieren und weiter ausbauen können!

Wir setzen nicht, wie die GEZ-Medien, auf Zwangsgebühren - wir setzen auf Ihre Freiwilligkeit. Also, wenn Sie unseren Einsatz für wichtig befinden - geben Sie uns die Finanzmittel, damit wir in diesem Jahr das blaue Wunder möglich machen können.

Vielen Dank! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück! <<

Österreich: Das österreichische Online-Magazin "kath.net" berichtet am 28. Januar 2024 (x1.357/...): >>Türkei: Angriff auf katholische Kirche in Istanbul

Terrorakt in katholischen Kirche in Istanbul am Sonntagmorgen - UPDATES: IS reklamiert die Tat für sich - Nach Razzien über 40 Verdächtige verhaftet - Türkei verhängt Berichterstattungsverbot zu dem Vorfall

Zwei Maskierte haben in der türkischen Millionenmetropole Istanbul eine römisch-katholische Kirche angegriffen und einen Menschen getötet. Lokalen Medienberichten zufolge waren zwei Angreifer am Sonntagvormittag während der Heiligen Messe in die Kirche St. Maria Draperis im Istanbuler Stadtteil Sariyer eingedrungen und hatten das Feuer eröffnet, berichtete Vatican News. Eine Person wurde durch einen Kopfschuß getötet.

Der türkische Innenminister Ali Yerlikaya bestätigte den Angriff auf der Plattform X und teilte mit, nach den Tätern werde gefahndet. Die Hintergründe der Tat werden aktuell untersucht. Nach den flüchtigen Tätern werde gefahndet. St. Maria Draperis ist dem Franziskanerorden anvertraut. Über die Einzelheiten und den Hintergrund des Anschlags liegen vorerst keine weiteren Informationen vor. Bei dem Opfer soll es sich um einen obdachlosen türkischen Staatsangehörigen handeln, berichteten italienische Medien am Sonntag. Ersten Berichten zufolge betreten zwei Bewaffnete die Kirche während der Messe und schossen in die Luft.

Als der Mann aufstand, um zu protestieren, erschossen sie ihn. "Wir verurteilen diesen abscheulichen Angriff aufs Schärfste", schrieb der Innenminister im Kurznachrichtendienst X (früher Twitter). Eine groß angelegte Untersuchung sei eingeleitet worden - ebenso Bemühungen, die Angreifer zu fassen.

Die betroffene katholische Kirche Santa Maria befindet sich im Istanbuler Stadtteil Sariyer. Papst Franziskus drückte beim Sonntagsgebet auf dem Petersplatz in Rom seine Solidarität aus. Beim Mittagsgebet auf dem Petersplatz sagte er am Sonntag: "Ich bin der Gemeinde der Kirche von Santa Maria in Sariyer in Istanbul nahe, die während der Sonntagsmesse einen bewaffneten Anschlag erlebte, bei dem ein Mensch getötet und mehrere verletzt wurden."

Auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan rief den Priester der Kirche und lokalen Vertreter seiner Regierungspartei an, um sein Beileid auszusprechen, wie sein Büro mitteilte. Die Türkei ist zu mehr als 99 Prozent muslimisch. Mehr als 180.000 Christen leben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi zufolge noch im Land.

UPDATES:

29.1. 5.30 Uhr: Die Türkei untersucht Verbindungen zur Terrormiliz IS, der IS seinerseits reklamiert die Tat für sich. Das berichtet die "Zeit". Zwei flüchtige Tatverdächtige wurden verhaftet. Nach Razzien im mutmaßlichen Umfeld der Tatverdächtigen wurden über 40 Personen verhaftet. Die türkischen Behörden haben offenbar ein Berichtserstattungsverbot zu dem Vorfall verhängt.

- Der Vorfall habe sich während der Liturgie ereignet, schildert Bischof Massimiliano Palinuro, Apostolischer Vikar von Istanbul und Apostolischer Administrator von Konstantinopel, im Interview mit EWTN. Er berichtet: Der Laie sei innerhalb der Kirche, inmitten der betenden Gemeinde, direkt während des Hochgebets von den tödlichen Schüssen getroffen worden. Der Bischof wirkte traurig - fast schon resigniert - und wertete den Vorfall für die Christen in der Türkei als ein Signal zunehmender Intoleranz und bat ums Gebet für die Christen.<<

29.01.2024

BRD: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. Januar 2024 (x1.354/...): >>Ein Manifest für Demokratie

Rainer Mausfeld streitet in seinem neuen Buch leidenschaftlich für die Herrschaft des Volkes. Sein Blick von außen, jenseits der Tagespolitik, weitet den Blick und legt so die Entgrenzung von Macht in den vorgeblichen Demokratien des Westens frei.

HELGE BUTTKEREIT

Die Geschichte der vergangenen 5.000 Jahre ist eine Geschichte des Kampfes der Eliten um immer mehr Macht. Gleichzeitig ist sie auch eine von vielen Versuchen, diese Eliten einzuhegen. Mit diesen knappen Worten kann man vielleicht die Ausgangsthese des Buches von Rainer Mausfeld zusammenfassen.

Daß die Formulierung entfernt an den berühmten Satz aus dem kommunistischen Manifest erinnert, wonach alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei, ist dabei Absicht und weist auf den Standpunkt der Kritik hin. Mausfeld hat sein umfangreiches Buch, das als Manifest für Demokratie gelesen werden kann, aus dezidiert linker Perspektive geschrieben. Kapitalismus und Demokratie, das geht nicht zusammen, stellt er fest und spricht vom wohl größten Wortbetrug der Geschichte.

Die Eliten hätten sich den Begriff der Demokratie genommen, das Adjektiv "repräsentativ" davor gestellt und verhindern nun mit der Okkupation des Begriffs mindestens seit der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung wirkliche Demokratie. Anstatt Volksherrschaft gibt es deren Simulation, anstatt Beteiligung an der Macht wählt das Volk Repräsentanten aus einer Auswahl der Elite, die dann schalten und walten, die das Volk beherrschen können, wie sie wollen. Das, was heute Demokratie genannt wird, ist für Mausfeld eine "akklamationsbasierte kapitalistische Elitenherrschaft" (S. 309). Seine Ausgangsthese lautet wie folgt:

"Macht und Reichtum teilen die eigentümliche Besonderheit, daß sie im Menschen ein unerfüllbares Mehrhabenwollen auszulösen scheinen. Macht drängt nach mehr Macht, Reichtum nach mehr Reichtum. Zu den durch die Jahrhunderte und Jahrtausende immer wiederkehrenden gesellschaftlichen Erfahrungen gehört es, daß der gesellschaftliche Zusammenhalt gefähr-

det ist, wenn es einer kleinen Gruppe von Menschen gelingt, großen Reichtum auf Kosten der Gemeinschaft anzuhäufen und auf diese Weise Macht über den Rest der Gemeinschaft auszuüben." (S. 10)

Das Mehrhabenwollen ist für Mausfeld eine anthropologische Konstante. Macht erzeuge im Menschen die Gier nach mehr Macht und sie versucht, Grenzen zu sprengen. Machtgier kann nur auf Kosten anderer befriedigt werden. In der Geschichte gab es dabei unzählige Anläufe, das Mehrhabenwollen der Machteliten zu begrenzen. Dabei ist die attische Demokratie im Athen der Antike für Mausfeld der Prototyp gelingender Volksherrschaft als Alternative zur stetigen Machtausdehnung der Eliten.

Der emeritierte Professor für Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung hat dabei nach seinem Bestseller "Warum schweigen die Lämmer" (2018) ein weiteres gewichtiges Werk vorgelegt, das einen großen Bogen schlägt, die historische Genese der Elitenherrschaft darlegt und sein Erkenntnisinteresse aus dem Hier und Jetzt zieht. In seinem Buch löst er sich von den tagesaktuellen Auseinandersetzungen und nimmt eine Vogelperspektive ein. Diese ermöglicht ihm einen unverstellten Blick auf die Probleme hinter den aktuellen Kämpfen, weil er sich gar nicht erst aus dem Morast der verschobenen Diskurse herausarbeiten muß.

Sein Ziel ist es, seinen Lesern die Bedeutung, die Möglichkeit und letztlich unbedingte Notwendigkeit von echter Demokratie vor Augen zu führen. Gleichzeitig stellt er die Verlogenheit derer heraus, die heute meinen für Demokratie zu kämpfen und doch nur die herrschenden Verhältnisse und damit die Herrschaft der Machteliten in Wirtschaft und Gesellschaft festigen wollen. Mausfelds Buch ist vor allem eine Wiederaneignung des Begriffes der Demokratie, den er der neoliberalen Mitte entreißen will, die für ihn eine Extremform antidemokratischer Positionen darstellt.

Mausfeld folgt bei der Analyse der gegenwärtigen Situation dem verstorbenen US-amerikanischen Soziologen Sheldon Wolin, der Anfang des Jahrtausends den Begriff des "umgekehrten Totalitarismus" geprägt hat. Eines Totalitarismus, der statt gewaltsamer Repression auf Indoktrination und Meinungskontrolle setzt, so daß die Beherrschten letztlich nicht verstehen, daß sie beherrscht werden. Bestenfalls denken sie sogar, sie hätten ein (demokratisches) Mitspracherecht. Für Wolin wie für Mausfeld spielen die Medien und ihr Konformitätsdruck dabei eine ganz besondere Rolle. Ein konkretes Beispiel:

"In der Corona-Krise haben totalisierende Entwicklungen einen mächtigen Schub erfahren. Dies gilt, wie es für totalisierende Entwicklungen charakteristisch ist, vor allem für die Apparate der Exekutive. Das Bundesverfassungsgericht, das seit 2020 von einem langjährigen Konzernlobbyisten geleitet wird, hat mit seinem Urteil zur Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen der Politik zukünftig freie Hand gegeben, allein durch das Deklarieren einer großen Bedrohung nach eigenem Ermessen fundamentale Grundrechte einschränken oder außer Kraft setzen zu können. Damit werden massiv totalisierende Maßnahmen verfassungsrechtlich legitimiert und institutionalisiert." (S. 446)

Neben den totalisierenden Tendenzen stellt Mausfeld den moralischen Nihilismus des Mainstreams heraus, ein Begriff der noch besser paßt als der der Doppelmoral.

"Indem bei einer Bewertung eigener Taten andere moralische Kriterien zugrunde gelegt werden als bei einer Bewertung der Taten derjenigen, die als Feinde betrachtet werden, werden natürliche moralische Sensivitäten manipulativ mißbraucht, um die Zustimmung der Bevölkerung für globale Raubzüge parasitärer Eliten zu gewinnen. (S. 311)

Ja, Mausfeld ist wütend und wird deutlich. Er ist ein leidenschaftlicher Streiter für die Demokratie und gegen die Elitenherrschaft, wobei er immer bei der Sache bleibt. Seine Vorträge sind fesselnd und auf den Punkt, im Buch hingegen formuliert er bedächtig und wiederholt seine Erkenntnisse immer wieder. Sie setzen sich so beim Leser sehr gut fest - gleichzeitig wirkt das Buch dabei immer mal wieder langatmig.

Die Kraft der Demokratie

Was aber nun versteht Rainer Mausfeld unter Demokratie? Er nähert sich ihr zum einen auf Basis der antiken Erfahrung und zum anderen mit Bezug auf zeitgenössische Arbeiten. Beide Linien verzahnen sich miteinander. Die "Erfindung der Leitidee der egalitären Demokratie als einer robusten Elitenkontrolle durch die gesellschaftliche Basis" (S. 40) stellt für ihn den Höhepunkt des Versuches der Menschen dar, Schutzinstrumente gegen die Exzesse von Macht zu entwickeln.

In der attischen Demokratie sei es gelungen, die Macht radikal durch die Basis zu kontrollieren. An dieser Stelle können nicht die umfangreichen historischen Darlegungen und Einordnungen wiederholt werden, mit der Mausfeld die Etablierung der Demokratie beschreibt und einordnet. Stattdessen soll auf Basis seiner Darstellung eine kurze Beschreibung dessen versucht werden, was im fünften Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung in Athen entstand und bis heute nachwirkt.

Ausgangspunkt der Demokratisierung des antiken Athens war die Organisation der Bürger in sogenannte "Demen" vor Ort, die die lokalen Entscheidungen zu fällen hatten. Von denen ausgehend bildeten sie weitere Ebenen der Organisation bis hin zur Volksversammlung und dem Rat der 500, der diese vorbereitete. Die Bürger konnten sich vor Ort beteiligen, in den Rat gelost werden und bei der Volksversammlung mitreden und mitstimmen. Zunächst konnte der Adel parallel zu diesen Strukturen seine Sonderstellung erhalten.

Erst als nach weiteren Reformen (und anhaltender Korruption sowie Machtmißbrauch) die Privilegien des Adels durch eine Verfassungsreform abgeschafft und die Volksversammlung sowie der Rat der 500 quasi alle Aufgaben übernahmen, war der Punkt erreicht, an dem sich das Volk "auf Basis der politischen Gleichheit aller Bürger selbst regiert" - erstmals in der Zivilisationsgeschichte, stellt Mausfeld fest (S. 193). Nur wenn die Adressaten der Gesetze auch die Gesetzesgeber sind, könne von einer Demokratie gesprochen werden. Dies war in Athen in der Mitte des fünften Jahrhunderts vor Christus erreicht.

Noel Coypel, "Solon verteidigt seine Gesetze gegen die Einwände der Athener", 1673, Musée du Louvre

Die Demokratie blieb dabei nicht nur Fassade, die Bürger übten ihre Rechte aktiv aus und wurden durch Tagegelder und Diäten finanziell abgesichert, so daß nicht nur die Wohlhabenden sich die Beteiligung an den Versammlungen "leisten" konnten. Die kollektive Entscheidungsfindung war für die Demokratie essentiell und zur Vermeidung, daß sich Einzelinteressen bei personellen Entscheidungen durchsetzen, wurde gelost. Für die Griechen war das Los das Kennzeichen für Demokratie, während die Wahl als oligarchisch angesehen wurde.

"Kein Verfahren repräsentierte also die Idee einer politischen Gleichheit so sehr wie das Los. Es ermöglichte erst eine solche Gleichheit, weil es für überkommene Auswahlkriterien wie Abstammung, Vermögen oder sozialen Status gleichsam blind ist und zudem Bestechung und Protektion entgegenwirkt." (S. 196)

So große Bedeutung die Demokratie der Athener hat, zeitlich existierte sie als Volksherrschaft nur wenige Jahrzehnte oder, mit einigen Einschränkungen, etwa 130 Jahre. Letztlich konnte sie dem Druck von außen wie von innen nicht standhalten. Das Beispiel der Athener wirkt gleichwohl fort. Ihr Versuch, eine politische Ordnung auf der Basis der Gleichheit und der Partizipation der Bürger aufzubauen, ist als weltgeschichtliche Premiere der Volksherrschaft in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen.

Daß dafür ein weitgehender Konsens über die Normen und Werte notwendig war und die institutionelle Struktur nur in einem kleinen Maßstab denkbar ist, wenn alle Bürger beteiligt werden sollen, sind Aspekte, die laut Mausfeld eine einfache Adaption der antiken Demokratie für heutige Zeiten schwierig machen. Gleichwohl ist die Leitidee einer politischen Gleichheit aller Bürger bis heute Ideal der Demokratie.

Mausfeld arbeitet in seinem Buch auf Basis des antiken Beispiels und unter Rückgriff auf Denker der Aufklärung sowie vor allem mit Bezug auf die Politikwissenschaftlerin Ingeborg Maus eine Definition von Demokratie aus, deren Kernelement das Konzept der Volkssouveränität ist:

"Die Idee der Volkssouveränität zielt durch eine Gesetzgebung, in der die Gesetzesadressaten zugleich die Gesetzgebenden sind, auf eine radikale Vergesellschaftung von Herrschaft - und damit in gewisser Weise auf eine grundsätzliche Aufhebung von Herrschaft." (S. 227)

Ausgangspunkt für die Volkssouveränität sind ein naturrechtlich begründetes Recht auf Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, das sich jedoch erst durch den demokratischen Gesetzgebungsprozeß konkretisieren und kodifizieren muß. Nur der demokratische Souverän kann nach dieser Auffassung darüber entscheiden, wie die Freiheits- und Menschenrechte konkret zu füllen sind. Das Volk ist dabei souverän als Legislative, nicht aber als Exekutive und Judikative. Allerdings sind diese beiden direkt an den Willen des Volkes gebunden.

"Die Verfassung bindet also zum Schutz individueller vorstaatlicher Freiheitsrechte den Staat, jedoch nicht das Volk zum Schutz des Staates. Jenseits des vom Volk gesetzten Rechts kann die Staatsgewalt kein 'höheres Recht' und keine 'höheren' Gerechtigkeits- und Rationalitätsnormen gegen den demokratischen Souverän geltend machen. Dieser ist jenseits der Rechtsnormen, die er selber verantwortet, an nichts gebunden." (S. 230)

Anders ausgedrückt: Das Volk kann jederzeit die Verfassung ändern, ja den Staat in einer Revolution umwälzen. Der Staat hingegen darf nur das tun, was durch demokratisch vom Volk gesetztes Recht erlaubt ist, die Staatsapparate können aus sich selbst heraus kein Recht schaffen, auch nicht zum Schutz der bestehenden Ordnung oder um die Staatsorgane funktionsfähig zu halten.

Spätestens an dieser Stelle sollte deutlich geworden sein, daß das Konzept der Verfassungssouveränität nach Ingeborg Maus der heutigen Verfassungswirklichkeit diametral entgegen steht, ändern doch heute höchste Gerichte quasi täglich durch exzessive Interpretation die Verfassung während das Volk mahnend auf diese verpflichtet wird, dabei ist diese unberechenbar geworden, schreibt Maus, das Volk ist "realiter von den bloß Ermächtigten übermächtig" (S. 231) worden.

Mausfeld selbst weist darauf hin, daß "gegenwärtige Modelle repräsentativer Demokratie der Idee einer ungeteilten Volkssouveränität überwiegend ablehnend gegenüber (stehen). Sie sind von der Sorge um die Willkür demokratischer Mehrheiten geprägt und sehen die Gefahren einer destruktiven Entgrenzung von Macht weniger auf Seiten politischer und ökonomischer Machteliten." (S. 234)

Die repräsentative Demokratie ist demnach eine Abwehr der Volksherrschaft, die gleichwohl zum Mittel der Revolutionsprophylaxe simuliert wird, was Mausfeld ausführlich im längsten Kapitel des Buches darlegt. Hierzu gleich mehr. Wer dann nach der fundierten theoretischen Kritik konkrete Vorschläge einer alternativen Organisation der Gesellschaft auf Basis der Volkssouveränität erwartet, der wird von Mausfeld enttäuscht. Es ist allerdings gerade die Stärke des Buches, eben nicht in die tagespolitischen Kämpfe einzusteigen, sondern die Wirklichkeit von außen zu betrachten.

Die repräsentative Demokratie als Abwehr der Volksherrschaft

Folgen wir Rainer Mausfeld, erleben wir heute eine "Demokratie ohne Demokratie", in der die Herrschaftseliten, die Wohlhabenden keine Sorge um ihre Macht und ihr Eigentum haben müssen. Ihr Status ist durch demokratische Prozesse nicht gefährdet. Dies läßt sich über die vergangenen etwa 250 Jahre seit der amerikanischen Revolution verfolgen, denn in deren Zuge entstand die Idee der repräsentativen Demokratie.

Dabei geht es bei der Repräsentation nicht darum, eine angemessene Teilhabe aller Schichten zu gewährleisten, sondern das Volk kann zwischen vorgegebenen Elitengruppen auswählen,

die das Gemeinwohl durch den Schutz des Eigentums fördern sollen. Nach Vorstellung der Verfassungsväter in den USA wird dadurch das irrationale Volk vor sich selbst geschützt - bis heute.

Mausfeld arbeitet heraus, daß es in den USA um den Schutz des Privateigentums und letztlich des Kapitalismus ging und geht. Der wiederum sei ein extrem autoritäres System und seinem Wesen nach mit Demokratie unvereinbar. Warum? Kapitalismus bedeutet die Herrschaft des Kapitals, die "nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet ist, daß sie über den Bereich des Wirtschaftslebens hinaus die gesamte Gesellschaft zu durchdringen und den gesamten gesellschaftlichen Reichtum als Ware zu behandeln sucht" (S. 274).

Während nun der zivilisatorischen Leitidee der Demokratie (nicht ihrer Pervertierung in der gegenwärtigen Praxis) ein egalitäres politisches Grundprinzip der Anerkennung aller als Freie und Gleiche zugrunde liegt, basiert der Kapitalismus wesentlich auf dem Recht des Stärkeren. Das Eigentum (und dessen im Kapitalismus notwendigerweise ungleiche Verteilung) ist Basis der Machtverhältnisse. Den kapitalistischen Eliten sei es dabei gelungen, durch eine umfassende Bewußtseinskontrolle unter Indienstnahme der Psychologie, den Sozialwissenschaften, der Kommunikationswissenschaft und in deren Folge insbesondere auch der Medien dem Volk zu suggerieren, Anteil an dieser Scheindemokratie zu haben.

"Heute ist von der egalitären zivilisatorischen Leitidee der Demokratie kaum mehr geblieben als der verführerische Klang des Wortes. Der Demokratiediskurs, in dessen Zentrum ursprünglich die gesellschaftliche Notwendigkeit einer rigorosen Kontrolle ökonomischer und politischer Eliten durch die gesellschaftliche Basis stand, wurde von ebendiesen Eliten usurpiert und, unter Beibehaltung demokratischer Rhetorik, derartig verfälscht, daß er sich nun für eine besonders wirksame Entgrenzung von Macht politisch nutzen läßt." (S. 352 f.)

Die extreme gesellschaftliche Ungleichheit, die soziale Spaltung und Fragmentierung der Gesellschaft, die Vorstellung des Neoliberalismus, jeder sei seines eigenen Glückes Schmied, habe die sozialen Identitäten und das Gefüge der Gesellschaft zerstört. Gleichzeitig werde einer Ideologie der Alternativlosigkeit das Wort geredet, was zusammengenommen den politischen Raum entleert.

Für Mausfeld ist dies ein ideales Umfeld, in dem nationalextremistische, rassistische und fundamentalistische Bewegungen wachsen können - die zudem, wieder ein Beispiel moralischen Nihilismus, in anderen Staaten gefördert werden, wenn dies den "kapitalistischen Demokratien" nützt.

Mausfeld sieht die Gesellschaft dabei im Übergang zu autoritären Herrschaftsformen, denn die Entgrenzung von Macht hat nach seinen Worten ein noch nie zuvor gekanntes Ausmaß erreicht, wobei die Entwicklung von immer neuen Instrumenten der Überwachungs- und Repressionstechniken eine wichtige Rolle spielt. Dabei steigere jede Verbesserung von Instrumenten der Machtausübung die Macht- und Besitzgier der herrschenden Eliten.

"Einer der bedrückendsten Aspekte dieser Entwicklung ist, daß das ideologische Gewölbe mittlerweile so dicht verfügt ist, daß den Bürgern kapitalistischer Demokratien diese Prozesse einer Entzivilisierung praktisch nicht zu Bewußtsein kommen und sie mehrheitlich vielmehr überzeugt sind, trotz aller zerstörerischen Entwicklungen in der 'besten aller möglichen Welten' zu leben. Eine solche Veränderung und Verformung des kollektiven Bewußtseins schränkt die Möglichkeiten zu einem gesellschaftlichen Lernen und zu einer kreativen solidarischen Entwicklung geeigneter Schutzinstrumente gegen eine Entzivilisierung von Macht extrem ein." (S. 382 f.)

Auswege aus dem zivilisatorischen Abstieg

Mausfeld ist Realist. Er schätzt die Chancen, der Entzivilisierung entgegen zu treten und eine demokratische Revolution zu entfachen, als nicht besonders groß ein. Zum Abschluß des Buches verweist er allerdings auch auf die Zivilisationsgeschichte, in der es immer von der

Hoffnung getriebene emanzipatorische Bewegungen gab. Die Hoffnung setze den existentiellen Bedrohungen ein Trotzdem entgegen.

"Hoffnung ist eine Grunddimension menschlichen Lebens und Erlebens. Sie drückt ein Urvertrauen aus, daß die Welt für uns bewältigbar bleibt, daß wir nicht durch Dinge, die wir weder verstehen noch emotional handhaben können, überwältigt werden.

Sie ist Ausdruck in ein Vertrauen in die Welt, ein Vertrauen in die soziale Welt und in die sozialen Bezüge. Und ein Vertrauen in die gesamte Lebenswelt. Sie ist ein Vertrauen in Kontinuitäten. Ohne ein Vertrauen in Kontinuitäten würde die Welt zerfallen, sie würde als psychotisch erlebt." (S. 473)

Die wiederkehrende Existenz emanzipatorischer Bewegungen in der Zivilisationsgeschichte stimmt Mausfeld trotz allem hoffnungsvoll. Es hat einen Grund, daß sich Mausfeld die vergangenen 5.000 Jahre vorgenommen hat. Die Geschichte legt in der Tat Zeugnis davon ab, daß es immer wieder erfolgreiche wie auch gescheiterte Versuche gab, der Macht entgegen zu treten.

Deswegen verwundert es bei der Lektüre, daß Mausfeld außer dem ausführlichen Beispiel der attischen Demokratie wenig auf weitere Kämpfe in der Vergangenheit eingeht. Wobei man übrigens seine Darstellung durch solche der antiken Klassenkampfgeschichte mindestens ergänzen müßte, wie sie zum Beispiel Arthur Rosenberg bereits 1921 in seinem Werk "Demokratie und Klassenkampf im Altertum" dargelegt hat.

Das Fehlen der (Klassen-)Kampfgeschichte bei Mausfeld mag auch damit zu erklären sein, daß die emanzipatorische Tradition in Deutschland mit dem Sieg des Nazifaschismus einen vernichtenden Schlag erhalten hat, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat.

Die Kämpfe der Arbeiterbewegung aber auch die Revolutionen des 19. Jahrhunderts oder die Bauernkriege des 16. Jahrhunderts könnten allerdings weitere wichtige Hinweise darauf geben, wie der Entgrenzung von Macht organisiert entgegen getreten werden kann - und welche Fehler es zu vermeiden gilt. Das gleiche gilt für die Versuche nach 1945, an emanzipatorische Traditionen anzuknüpfen. Es gab durchaus Organisationsversuche, die für heutige Bewegungen wichtige Bezugspunkte sein könnten.

Mausfeld bleibt bei diesen Fragen wie auch bei seiner Demokratiekonzeption abstrakt. Geht er doch von der abstrakten Gleichheit aller Staatsbürger aus, deren konkreten Person und Interessen wie deren historischen und kulturellen Traditionen keine Rolle spielen sollen. Auch an dieser Stelle könnte man kritisch nachfragen, zum Beispiel, warum denn sowohl die Vorstellung von Demokratie und Volksherrschaft als auch deren totalitäre Umkehrung im "Westen" entstanden sind? Auch fehlen Überlegungen dazu, wie sich das Volk selbst ermächtigen kann, um wirklich Herrschaft auszuüben und nicht wieder den Eliten auf den Leim zu gehen.

Auch hierfür sind konkrete Kämpfe nötig, in denen die Beteiligten merken, welche Macht sie entfalten können. Diese sind dann auch ein Mittel gegen die Angst vor der Freiheit, die die Beherrschten immer wieder vor dem Widerstand zurückschrecken läßt und die von den Mächtigen weiter geschürt werden. Mausfeld würde vermutlich entgegenen, daß dies nicht seine Aufgabe ist und vor falschen Propheten und Rattenfängern warnen. Auch die gab es in der Widerstandsgeschichte schließlich zuhauf.

Apropos Widerstand. Zu diesem Thema gibt Mausfelds Buch noch einen wichtigen Hinweis an Bewegungen in der Gegenwart, die sich gerne auf das Widerstandsrecht im Grundgesetz berufen. Dieses Widerstandsrecht aber bezieht sich auf die Verfassung als statisches Monument. Dieser Vorstellung liegt statt der Volkssouveränität die Vorstellung einer Verfassungssouveränität zugrunde.

Wer sich darauf beruft, beraubt sich laut Mausfeld der wichtigsten Leitidee - also der Demokratie - und wirft alle Prinzipien demokratischer Legitimation politischen Handelns über Bord. Anders gesagt: Die Volkssouveränität steht vor und über der Verfassung und der

Rechtsordnung. Daß sich basisdemokratische Bewegungen auf ein Widerstandsrecht berufen, macht in Mausfelds Augen deutlich, wie tiefgreifend die ursprüngliche Bedeutung von Demokratie im öffentlichen Bewußtsein ausgelöscht worden ist.

Es wäre also eine der mannigfaltigen Aufgaben einer echten Demokratiebewegung, die ursprüngliche Bedeutung der Demokratie wieder ins Bewußtsein zu rufen und dabei nicht in Halbheiten beziehungsweise in Positionen stecken zu bleiben, die dem eigenen Ziel konträr gegenüber stehen.

Rainer Mausfeld, Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abendgrund führt - Einsichten aus 5000 Jahren, Westend Verlag 2023, 510 Seiten, 36 Euro

Über den Autor: Helge Buttke, Jahrgang 1976, hat sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik mit einer Arbeit zu "Zensur und Öffentlichkeit in Leipzig 1806-1813" abgeschlossen. Nach journalistischen Tätigkeiten bei verschiedenen Medien und Buchveröffentlichungen über die Neue Linke in Lateinamerika arbeitet er aktuell in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Januar 2024 (x1.352/...):
>>**"Katastrophale CO2-Bilanz": Heute-Show erklärt Kinder zu Klimaschädlingen**

Auf Twitter erklärt die heute-show Kinder zu Klimaschädlingen. Eine Wärmepumpe sei einem Kind vorzuziehen, die ist nämlich "super fürs Klima" während eine Kind eine "katastrophale CO2-Bilanz" vorzuweisen hat.

Jonas Aston

"Kind oder Wärmepumpe: Was lohnt sich mehr" - Dieser Frage ging kürzlich der Twitter-Account der heute-show auf den Grund. Wobei das gebührenfinanzierte ZDF-Format eine ziemlich eindeutige Antwort fand: Kinder hätten nämlich eine "katastrophale CO2-Bilanz" vorzuweisen. Die Wärmepumpe hingegen "ist super fürs Klima".

Doch das ist nicht der einzige Grund, aus dem der Einbau einer Wärmepumpe der Geburt eines Kindes vorzuziehen wäre. Das Kind kann nämlich "absolut nichts". Vor allem aber "kackt" es einem "die Hütte voll". Die Wärmepumpe hingegen "macht die Hütte warm" und "zieht nicht mit 18 aus und will nur noch dein Geld", so die heute-show.

Was wohl als "Scherz" gedacht war, ging auf X (ehemals Twitter) gründlich nach hinten los. Auf den Beitrag bekam die heute-show mehr Kommentare als Likes und diese waren in der großen Mehrzahl negativ. "Kann nichts? Will nur noch dein Geld? Wie heißt denn dieses Kind? GEZ?", fragt etwa ein User in der Kommentarsektion. Auch wird mehrfach auf das hohe Gehalt von heute-show-Moderator Oliver Welke angespielt und gefragt, ob auch dieses "super fürs Klima" wäre.

Erst kürzlich wurde publik, daß Oliver Welke vom ZDF im Jahr 2023 ein Gehalt in Höhe von 1,18 Millionen Euro erhielt. Der Öffentlich-Rechtliche-Rundfunk hat gegenwärtig rund 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung - so viel wie nie zuvor. Trotz dauernder Kritik und immer mehr Skandalen soll der Rundfunkbeitrag künftig weiter steigen. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) schlägt vor, daß der Rundfunkbeitrag von aktuell 18,36 Euro ab 2025 um 54 Cent auf 18,94 Euro steigen soll.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Millionen für Hetze in der "Heute-Show": ZDF-Luxusgehälter abschaffen!**

Das also passiert mit unseren Gebührengeldern: 1,18 Millionen Euro erhielt der "Heute-Show-Agitator" Oliver Welke bis zum Ende des vergangenen Jahres. Die Zahl steht in einer internen Auflistung, die durch eine undichte Stelle an die Medien gelangte. Ein Mann, der vor allem mit primitivster Hetze gegen Andersdenkende in Erscheinung tritt, wird besser bezahlt als ein Spitzenpolitiker. Im jüngsten verbalen Tiefflug bei Twitter werden Kinder durch die Sendung mit Wärmepumpen verglichen. Während Wärmepumpen "super fürs Klima" wären und "die

Hütte warm" hielten, hätten Kinder eine "katastrophale CO2-Bilanz" und würden "absolut nichts" können.

Auch andere ZDF-Moderatoren, die zwar nicht ganz so vulgär, aber ähnlich einseitig für die Regierungspolitik trommeln, erhalten astronomische Gehälter. Markus Lanz erhält 1,9 Millionen Euro und im kommenden Jahr zwei Millionen Euro, Johannes Kerner freut sich über mehr als eine halbe Million.

Daß regierungskritische Teile der Gesellschaft im ZDF auch schon mal, als "Blinddarm" bezeichnet wurden, ist dabei nur ein besonders krasses Beispiel für einen Sender, der für Hass, Hetze, Spaltung und Desinformation steht. Wir wollen das nicht länger hinnehmen: Wir werden die Luxusgehälter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk beenden und den Rundfunkbeitrag abschaffen, denn für diese Hetze zahlen wir nicht!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2024: >>**Sellner veröffentlicht seine "Geheimrede" in COMPACT**

Von Jürgen Elsässer

Sellner-Edition

Vom Regime zum Staatsfeind Nummer 1 erklärt, jetzt sogar mit Einreisesperre belegt - Hetze und Verleumdung auf dem Höchststand. Gut, daß sich jetzt Sellner selbst zu Wort meldet. In der COMPACT-Edition "Sellner: Geheimplan - Was ich wirklich will" kann sich jetzt jeder anhand seiner Originalreden und -texte über den bedeutendsten Vordenker der neuen Rechten informieren.

COMPACT geht mit Sellner in die Offensive. Unser Magazin traut sich, wovor andere ängstlich zurückschrecken. Die neue COMPACT-Edition "Martin Sellner" wird nicht nur über unseren COMPACT-Shop verkauft, sondern sie wird auch an über 12.000 Kiosken im gesamten Bundesgebiet stehen.

Das ist unsere Antwort auf die Hetzjagden des Regimes: Ihr habt Sellner Einreiseverbot erteilt - aber COMPACT bringt ihn, trotzdem oder vielmehr gerade deswegen, jedem Deutschen nahe - sein Porträt wird in allen guten Zeitschriftenläden unübersehbar sein. ...

Die Potsdamer "Geheimrede"

Sellner-Edition "Geheimrede: Was ich wirklich will"

Vom Regime gehetzt, von der Jugend geliebt: Martin Sellner, der bedeutendste Vordenker der Neuen Rechten. In dieser COMPACT-Edition sind seine wichtigsten Texte im Original versammelt. Vor allem seine in verleumderischer Absicht skandalisierte "Remigrations-Rede" bei einem Treffen in Potsdam kann man in dieser COMPACT-Edition zum ersten Mal in voller Länge nachlesen.

In dieser COMPACT-Edition wird deutlich: Remigration bedeutet nicht Deportation. Sellners Strategie ("Regime Change von rechts") ist gewaltfrei und rechtsstaatlich. Und: Sie ist machbar. Die Ausspähung des Potsdamer Treffens mit geheimdienstlichen Mitteln durch das Soros-finanzierte Correctiv-Portal vermittelte nur Lügen über Sellners Vortrag. Die private Dialogrunde aus dem November 2023 mit der Wannseekonferenz 1941 in Verbindung zu bringen, wie von einigen Leitmedien versucht, ist Demagogie von goebbelscher Dimension.

"Extremist, Hetzer und Posterboy der Neuen Rechten: Wer ist Martin Sellner?", fragte der Stern. Bilden Sie sich selbst eine Meinung! ...<<

Das Mitglieder magazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Januar 2024 (x1.351/...): >>**2 Millionen Euro in 2 Jahren: Bundesregierung macht Correctiv zum Staatsorgan!**

Die Bundesregierung finanziert über Jahre mit Steuermitteln ein Netzwerk linker Journalisten - und kann jetzt, wo ihr das Wasser bis zum Halse steht - auf deren Unterstützung zurückgreifen. Allein 2022 und 2023 erhielt das Medienhaus "Correctiv" neben massiver Finanzierung aus dem Ausland und durch zahlreiche NGO's rund zwei Millionen Euro aus diversen Töpfen

der Bundesministerien und der Landesregierung NRW.

Das mußte die Ampel jetzt auf Anfrage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm einräumen. AfD-Bundessprecherin und Fraktionschefin im Bundestag, Alice Weidel, stellt klar: "Damit ist Correctiv faktisch ein staatliches Organ."

Mit ihrer Hetzkampagne gegen die Opposition, welche sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die SPD-dominierte Zeitungslandschaft ungeprüft übernommen haben und auch weiter durchkauen, hat sich "Correctiv" selbst entlarvt. Und die nun offenliegenden Geldkanäle sollten jedem kritischen Bürger klar machen, welche Intention dahintersteckt. Einmal mehr zeigt die unheilige Allianz von Regierung und Massenmedien, wie undemokratisch beide ticken. Deshalb: AfD!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Januar 2024 (x1.351/...): >>Angriffe auf Polizeibeamte durch Migranten steigen an

Seit dem Jahr 2020 ist die Anzahl der Körperverletzungen, die gegen Polizeibeamte verübt wurden, stetig von 766 Straftaten im Jahr 2020 auf 1.027 Straftaten im Jahr 2023 angestiegen. Die meisten dieser Delikte wurden im Jahr 2023 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (150), Baden-Württemberg (131) und Berlin (100) begangen.

Im Zeitraum von Januar 2019 bis Dezember 2023 waren die drei Staatsangehörigkeiten, die bei den Beschuldigten am häufigsten festgestellt wurden, die marokkanische, die syrische und die algerische. Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag unter der Federführung Stephan Brandners.

Stephan Brandner teilt dazu mit:

"Wer in unser Land kommt, um hier Schutz vor Verfolgung und Vertreibung zu suchen, der hat sich an unsere Regeln und Gesetze zu halten. Gewalt gegen Einsatzkräfte darf nicht toleriert und muß empfindlich geahndet werden. Der kontinuierliche Anstieg von Körperverletzungen, die sich gegen Polizeibeamte richten, ist inakzeptabel und muß Konsequenzen haben."<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2024: >>Selenski im GEZ-Interview: "Olaf" rettet Europa

Von S. Hofer

Der ukrainische Staatschef Selenskyj erklärt im ARD-Interview, "Olaf" (Scholz) habe gespürt, daß er nicht nur Bundeskanzler ist, sondern einer der Leader im heutigen Europa.

Große Promo-Aktion: Im ARD-Zwangsgebühren-Talk mit Caren Miosga legte Ukraines Staatschef Selenskyj seine Perspektive auf den Krieg mit Rußland dar. In diesem Szenario rettet "Olaf" (Scholz) ganz Europa:

"Er (Olaf Scholz, Anmerkung) hat verstanden, daß Putin nicht nur ein Name ist, sondern eine Bedrohung, und nicht nur eine Bedrohung für die Ukraine. Ich glaube, er spürt, daß Rußland näher an Deutschland heranrückt, wenn wir nicht durchhalten."

"Aber mir scheint, daß der Bundeskanzler dieses Risiko begreift, und das ist definitiv der Dritte Weltkrieg." Ja, "Olaf hat gespürt, daß er nicht nur Bundeskanzler ist, sondern einer der Leader im heutigen Europa." Gerne hätte er Scholz zum Freund.<<

30.01.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Januar 2024: >>Correctiv, Schlapphüte & Greenpeace beim "Geheimtreffen"

Von S. Hofer

Großes Teamwork? Beim "Geheimtreffen" in der Potsdamer Villa schnüffelten Correctiv, der Verfassungsschutz und Greenpeace. Wer überließ wem sein Film- und Fotomaterial? ...

Eigentlich wäre es naheliegend, daß Correctiv und der Verfassungsschutz sich zusammentun: Die selbsternannten Faktenchecker verbreiten Polemiken und Fake-News, um Regierungs-

Narrative zu stärken; die Schlapphüte bespitzeln und prangern derweil alle, die das Vertrauen in diese Narrative erschüttern. Beide mästen sich mit Steuergeldern und radikalisierten sich zunehmend. Gleicher Auftraggeber, gleiches Ziel.

Weil die AfD in den letzten Monaten allzu hohe Umfrage-Ergebnisse erreicht, versuchten die Correctivler sich als große Mythendichter: Sie stilisierten ein Privattreffen in der Potsdamer Adlon-Villa zum "Geheimtreffen" ultrarechter Strippenzieher, bei der auch die AfD nicht fehlen durfte. Mit dunklen Assoziationen wurde nicht gespart: Man habe dort "Deportations-Pläne" vorgetragen. (Eine Behauptung, von der Correctiv sich inzwischen gerne distanzieren würde.)

Allerdings ist dieser Pseudo-Skandal auch eine Loser-Story: Da treffen sich ultragefährliche Nazis heimlich zum braunen Staatsstreich - und nur das "unabhängige" Correctiv-Team bespitzelt sie? Wo bleibt da der Verfassungsschutz? Haben Haldenwangs Schlapphüte etwa nichts gewußt? Ja, wofür bezahlen wir die denn?

Nicht doch. Letzte Woche lud Haldenwang konformistische Journalisten zu einem "Geheimtreffen" und stellte klar: Bereits Anfang November hätten seine Schlapphüte alle Teilnehmer ermittelt. O-Ton:

"Wir kennen sie alle."

Außerdem wußte Haldenwang (laut Tichys Einblick), daß die Teilnehmer das Unterlassen von Mitschnitten vereinbart hatten. Nun behauptet Correctiv aber Wortprotokolle dieses Treffens zu besitzen. Wer hat die Gespräche und Vorträge dann mitgeschnitten? Laut einem "Sicherheitsinsider" will man ein "nachrichtendienstliches Mittel" in einer Wanduhr des Konferenzraumes gefunden haben.

Sollte der Inlandsgeheimdienst also den Raum verwandt und seine Aufzeichnung anschließend an Correctiv weitergeleitet haben? Oder war die gesamte Bespitzelung und Publikation der "Wannseekonferenz 2.0" das Resultat eines Teamworks?

Eine Schlapphüt-Sprecherin ließ am Montag wissen: "Nein, eine derartige Weitergabe ist nicht erfolgt." Das sei zudem "rechtlich nicht vorgesehen". Also war es Zufall, daß beide, Correctiv und Schlapphüte, dort gleichzeitig spitzelten? Nicht unbedingt: Denn inzwischen ist (laut einem Bericht von reitschuster.de) eine Videosequenz aufgetaucht. Bei der szenischen Lesung im Berliner Ensemble öffentlich präsentiert, läßt sie "einen Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz beim Observieren des Geheimtreffens" erkennen.

Und jetzt kommt's: Laut Wasserzeichen ist "Greenpeace" der Urheber des Videos! Diese NGO soll laut Correctiv ebenfalls in der Villa geschnüffelt und ihr Foto- plus Videomaterial überlassen haben. Das ist doch mal ein echtes "Geheim-Treffen" - bespitzelt von Schlapphüten, Correctiv und Greenpeace. Wer war noch da? Bitte melden.

Sellner-Edition "Geheimrede: Was ich wirklich will"

Vom Regime gehetzt, von der Jugend geliebt: Martin Sellner, der bedeutendste Vordenker der Neuen Rechten. In dieser COMPACT-Edition sind seine wichtigsten Texte im Original versammelt. Vor allem seine in verleumderischer Absicht skandalisierte "Remigrations-Rede" bei einem Treffen in Potsdam kann man in dieser COMPACT-Edition zum ersten Mal in voller Länge nachlesen.

In dieser COMPACT-Edition wird deutlich: Remigration bedeutet nicht Deportation. Sellners Strategie ("Regime Change von rechts") ist gewaltfrei und rechtsstaatlich. Und: Sie ist machbar. Die Ausspähung des Potsdamer Treffens mit geheimdienstlichen Mitteln durch das Soros finanzierte Correctiv-Portal vermittelte nur Lügen über Sellners Vortrag. Die private Dialogrunde aus dem November 2023 mit der Wannseekonferenz 1941 in Verbindung zu bringen, wie von einigen Leitmedien versucht, ist Demagogie von goebbelscher Dimension.<<

[Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. Januar 2024 \(x1.356/...\):](#)

>>Bußgeld für Fans, weil sie die Wahrheit sagen: So treiben Trans-Aktivistinnen den DFB vor sich her

Judith Sevinc Basad

Der Deutsche Fußballbund (DFB) hat den Verein Bayer Leverkusen mit einem Bußgeld in Höhe von 18.000 Euro bestraft. Der Grund: Leverkusen-Fans hielten im Herbst letzten Jahres bei einem Auswärtsspiel in Bremen ein Spruchband mit der Aufschrift "Es gibt viele Musikrichtungen, aber nur 2 Geschlechter" hoch. Das sei ein "diskriminierendes unsportliches Verhalten", begründete der DFB seine Strafe. Der Vorfall zeigt, wie ein ideologischer Aktivismus mittlerweile die größten Sportverbände der Welt vor sich hertreibt.

Daß das biologische Geschlecht nicht existiert, ist eine Behauptung, die gerade der DFB, der Männer und Frauen in unterschiedlichen Teams, Ligen und Meisterschaften antreten läßt und großspurige Kampagnen für den Frauenfußball fährt, nicht leugnen kann. Was hat den Dachverband also dazu bewegt, die Leverkusen-Fans für das Aussprechen einer Wahrheit zu bestrafen, die man jeden Tag in den Vereinen selbst lebt und durchsetzt?

Die Antwort ist einfach: Die Leverkusen-Fans sind einer Gruppe von Aktivistinnen auf den Schlipps getreten, mit der man sich besser nicht anlegt: Trans-Aktivistinnen. Sie gehören, neben Lesben und Schwulen, offiziell zur LGBTQ-Bewegung und tyrannisieren mit absurden Forderungen nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern zunehmend auch den Sport: So wird behauptet, daß man Transsexuelle (also Menschen, die glauben, im falschen Geschlecht geboren zu sein) diskriminiert, wenn man von "Männern" und "Frauen" spricht. Gleichzeitig fordern Trans-Verbände, daß Transfrauen (Männer, die als Frau leben) im Sport gegen Frauen antreten dürfen.

Verbände wollen "divers" sein

So absurd diese Forderungen auch sind, sie stoßen vor allem bei den Sportverbänden auf Akzeptanz. Der Grund: Gerade im Fußball sind Schwulen-Witze und Schwulenfeindlichkeit ein Thema, weswegen sich die Vereine von Diversity-Unternehmen und Trans-Verbänden beraten lassen. Aus Angst, nicht "divers" genug zu sein und aus Angst vor Image-Verlust, übernehmen die Sportvereine häufig völlig unkritisch die radikale Ideologie der Aktivistinnen. Die besteht nicht nur daraus, das biologische Geschlecht zu leugnen, sondern auch daraus, Männer im Frauensport antreten zu lassen.

Männer zocken Frauen ab

Mit Erfolg: Mittlerweile wechseln immer mehr Männer, die sich als Frauen identifizieren, in Frauenteamen und brechen dort Rekorde und gewinnen Medaillen (NIUS berichtete), Nachdem die Transfrau Lia Thomas durch ihren Sieg bei den College-Meisterschaften in Atlanta für mächtigen Ärger sorgte, schob zumindest der Weltschwimmverband ("World Aquatics") diesem ungerechten Trend einen Riegel vor - und schloß Transfrauen von der Teilnahme an Frauen-Wettbewerben aus.

Während die "World Aquatics" zurückrudern, scheint der DFB voll auf Aktivistinnen-Kurs zu sein. So verkündete er bereits im Sommer 2022, daß er in Zukunft "Spielerinnen unterschiedlichster Geschlechteridentitäten" entscheiden lasse, ob sie bei den Frauen oder Männer spielen wollen. Der Grund: Man wolle zeigen, daß "der Fußball für Vielfalt steht".

Trans-Kinder-Aktivist berät DFB

Bei seinen Diversity-Richtlinien wurde der DFB von der Trans-Aktivistin Julia Monroe beraten. Die Transfrau ist Mitglied bei der "Deutschen Gesellschaft für Trans- und Intersexualität", einem der größten Transverbände Deutschlands. Monroe geht in ihrem Aktivismus aggressiv vor. So versuchte sie etwa, eine junge Frau zu verklagen, weil sie sie in einem Tweet als "Mann" bezeichnet hat. Andere Frauen bezeichnete sie als "Terf", ein Schimpfwort für Frauen, die dem Trans-Aktivismus kritisch gegenüberstehen. Auf Twitter beteuerte Monroe, daß es in Ordnung sei, wenn man "Terfs" als "Scheißhaufen" bezeichnet.

Für die DGTI berät Monro vor allem Kinder und Jugendliche, die nach ihrer Auffassung "trans" sind, wobei sie einen affirmativen Ansatz verfolgt. Das bedeutet: Jedes Kind, das glaubt im falschen Geschlecht geboren zu sein, wird von Monro zur sozialen und medizinischen Transition motiviert - losgelöst vom Einflußbereich der Eltern. Vor allem an jungen Mädchen scheint die Anfang 40-jährige Transfrau interessiert zu sein. So gründete Monro im Jahr 2018 die Organisation "TransKids.de" und organisierte mehrere Mädchenfreizeiten. Eine Tätigkeit, für die Monro im Jahr 2022 den Rheinland-Pfälzischer Selbsthilfepreis der Ersatzkassen gewann.

Nicht nur der DFB wurde von der Transfrau beraten, sondern auch ARD und ZDF, Jan Böhmmermann, BILD, den Spiegel, den Tagespiegel, Allianz und Barilla.

Besonders gemein: Der Gewichtheber Laurel Hubbard ist ein Mann und trat bei den Olympischen Spielen im Jahr 2020 gegen Frauen an.

Kritiker werden mundtot gemacht

Die Wahrheit ist: Kritiker, die den Forderungen der Trans-Aktivisten widersprechen, müssen im Netz mit massiven Anfeindungen rechnen. Häufig werden sie mit Beschimpfungen überschüttet und so lange bei Freunden und Arbeitgeber denunziert, bis die Kritiker Job und soziales Umfeld verlieren. Prominente Beispiele sind etwa die Harry-Potter-Erfinderin J. K. Rowling oder die englische Professorin Kathleen Stock. Beide mußten mit massiven Attacken leben, weil sie sagten, daß es nur zwei biologische Geschlechter gibt.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Leverkusener-Fans über diesen ideologischen Aktivismus, der sich gerade in den Verbänden breitmacht, witzig machen, mit dem Spruchband den Finger in die Wunde legen wollten. Daß der größte nationale Sportverband dann selbst zeigt, wie sehr er Knecht dieser kruden Aktivistinnen geworden ist, hätte wohl niemand erwartet.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Heimliche Textänderung: Correctiv ersetzte "Deportation" durch "Vertreibung"

Noch am Montag behauptete die stellvertretende Chefredakteurin des Recherchenetzwerks Correctiv, Anette Dowideit, nachdrücklich, in der Recherche zum "Geheimtreffen" in Potsdam nicht von "Deportationen" gesprochen zu haben. Nun zeigt sich: Nur wenige Stunden später wurde genau dieses Wort von der Correctiv-Homepage gelöscht.

Von *Redaktion*

"Wir haben nicht von Deportationen gesprochen", behauptete die stellvertretende Chefredakteurin des Recherchenetzwerks Correctiv, Anette Dowideit, am Sonntag im ARD Presseclub. Am Montag legte sie auf Twitter nach. Um 12:54 Uhr schrieb sie: "In der Geheimplan gegen Deutschland-Recherche steht nicht der Begriff 'Deportation'. Das ändert natürlich nichts daran, daß es beim Treffen um den Plan ging, Millionen Menschen zu vertreiben."

Die Uhrzeit ist entscheidend. Denn wie sich nun zeigte, wurde zu diesem Zeitpunkt im Online-Shop von Correctiv, auf den man über einen direkten Link von der Webseite der selbsternannten "Faktenchecker" zugreifen kann, das Buch zu den hauseigenen AfD-Recherchen durchaus mit dem Wort "Deportation" beworben.

Wie sich in dem Internetarchiv "Wayback Machine" nachvollziehen läßt, hieß es dort am Montag noch bis circa 14 Uhr: "Der Angriff der AfD auf unsere Demokratie begann nicht erst mit dem Potsdamer Geheimtreffen im November 2023. Die Pläne zur Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund markieren nur für jeden sichtbar den offenen Rechtsextremismus der Faschisten in der AfD."

In der nächsten gespeicherten Version gegen 17:48 Uhr war der Text dann plötzlich verändert worden. Jetzt stand dort: "Die Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland markieren nun für jeden sichtbar den Rechtsextremismus in der AfD." Correctiv tilgte also offenbar das Wort "Deportation" aus der Beschreibung und ersetzte es durch "Vertreibung". Ebenfalls wurde anscheinend das Wort "Faschisten" gelöscht. Die zweite Version ist in

dieser Formulierung nach wie vor über die Webseite von Correctiv abrufbar.

Und es geht noch weiter: In der vorigen Version war auch folgender Satz zu lesen: "Wir bewiesen, wie ein Schattenmilliardär über Tarnvereine und Auslandsfirmen den völkischen Rassismus in der AfD groß machte und mit illegalen Mitteln Faschisten in die Parlamente brachte." Nun heißt es nur noch: "Wir deckten auf, wie die AfD aus der Schweiz über einen Tarnverein groß gemacht wurde."

Ob die großspurigen Behauptungen der stellvertretenden Chefredakteurin Anlaß für die Änderungen waren, läßt sich freilich nicht beweisen. Auch die Hintergründe sind unklar. Möchte man vielleicht Klagen abwenden? Oder geht es darum, angesichts der offensichtlichen Falschbehauptungen von Anette Dowideit, doch noch irgendwie die eigene journalistische Glaubwürdigkeit zu bewahren?

Wieso sich Correctiv überhaupt die Mühe für diese Änderungen gemacht hat, ist allerdings nicht ganz ersichtlich. Immerhin ist auch im Originaltext der Correctiv-Recherche bis heute folgender Satz nachzulesen: "Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren."

Es ist also durchaus von Deportationen die Rede. Daran ändert auch die Verwendung der Verbform nichts. In dem Recherchetext wurden im Übrigen inzwischen auch Änderungen vorgenommen, wie sich ebenfalls im Internetarchiv nachvollziehen läßt. Unter anderem entfernte man den Hinweis darauf, daß ein Teilnehmer des Treffens, Alexander von Bismarck, Nachfahre des ehemaligen Reichskanzlers sei. Diese Änderung macht Correctiv allerdings am Ende des Artikels durch einen Hinweis transparent.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.351/...): >>AfD deckt auf: Kindergeld-Zahlungen ans Ausland explodieren!

Es ist eine unglaubliche Summe: 525,7 Millionen Euro bezahlte der deutsche Steuerzahler im Jahr 2023 für rund 313.000 Kinder im Ausland - ein Anstieg um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mehr als eine halbe Milliarde Euro wird als Kindergeld ins Ausland überwiesen, während hierzulande Alters- und Kinderarmut zum Alltagsbild gehören. Die Rekordzahlen kamen ans Licht, nachdem der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung gestellt hatte. Jetzt muß endlich gehandelt werden: Wir dürfen unseren Sozialstaat nicht länger durch Kindergeld-Tourismus ausnutzen lassen!

Gerade wegen solcher Zahlen muß die Massenmigration endlich beendet werden. Staatsgrenzen müssen geschützt und Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt haben. Dann haben wir auch genug Geld für Agrardiesel-Unterstützungen, Steuersenkungen und Initiativen für die Behebung der Kinderarmut. Es gehört zu den Aufgaben von Volksvertreten, diese Probleme anzugehen - es gehört nicht zu ihren Aufgaben, alljährlich eine ganze ausländische Kinder-Großstadt zu finanzieren!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.356/...): >>Wer Millionen Menschen als "Ratten" bezeichnet, ist als Bundespräsident untragbar

Wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen", so Steinmeier.

Jan A. Karon

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundespräsident ein "lebendiges Symbol des Staates". So steht es auf der Homepage. Seine Aufgabe: "Über den Parteien stehend, wirkt er durch Ausübung seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse, in Reden, Ansprachen, Gesprächen, durch Schirmherrschaften und andere Initiativen integrierend, moderierend und motivierend." Der Dreiklang "integrierend, moderierend und motivierend" dürfte spätestens seit gestern hellhörig machen.

Denn gestern sprach Frank-Walter Steinmeier, ehemaliger SPD-Außenminister und heutiger

Bundespräsident, auf einem Empfang vor Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Betriebsräten. In seiner Rede sagte der 68-Jährige: "Ganz gleich, ob Vorstand oder Vorarbeiter und ganz unabhängig von Parteizugehörigkeit: Wenn unsere Demokratie angegriffen wird, ist eine Grenze überschritten, bei der Gegensätze hinten anstehen." Die demokratische Mitte und große Mehrheit der Gesellschaft sollten Position beziehen - und deutlich machen, daß man Deutschland verteidige. "Wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen."

Mit "extremistischen Rattenfängern" ist die AfD gemeint. Und damit wird auch die rhetorische Entgleisung Steinmeiers klar: In seinem Sinnbild sind gewählte Politiker dieser Partei also nicht nur Verführer, die nicht auf Grund der politischen Überzeugung von Menschen, sondern auf Grund ihrer Demagogie gewählt werden. Viel schwerer noch wiegt die Gleichsetzung von AfD-Wählern mit "Ratten".

Die Allegorie Steinmeiers ist dem Märchen der Gebrüder Grimm vom Rattenfänger von Hameln entlehnt. Darin geht es um einen Rattenfänger, der mit seiner Flöte die Nagetiere anlockt. Als die Stadt ihm die Bezahlung für seine Dienste verweigert, lockt er aus Rache die Kinder mit seiner Flöte an - und verschwindet mit ihnen. Daß Steinmeier mit dem Vergleich jedoch Kinder gemeint hat, ist nicht sonderlich einleuchtend. Kinder können nicht wählen - und der Rattenfänger hat seinen Namen nicht, weil er Minderjährige in seinen Bann zieht, sondern weil er Ratten fängt. Die Bezeichnung der AfD als "Rattenfänger" evoziert also geradezu das Bild ihrer Anhänger als Tiere.

Gift und Köder für Nagetiere

In diesem Sprachbild bleibt auch nichts an der Äußerung Steinmeiers zu beschönigen: Ratten sind Nagetiere, die sich im städtischen Gebiet oft in der Nähe von Müll aufhalten. Gefangen werden sie von Kammerjägern mit Gift und Ködern - und auch hier sollte man sich fragen, ob man eine demokratische Opposition, bei allem Dissens, in diesen Zusammenhang stellen will. Das Bild der "Ratten" ist dabei auch nicht neu. Erst im November schrieb ein Kommentator bei der ARD im Bezug auf die Übernahme von Twitter (jetzt: X) durch Elon Musk, daß auf dem Netzwerk "Ratten" seien, die man "in ihre Löcher prügeln" solle. Gemeint waren damit ebenfalls Menschen mit unliebsamen Meinungen. Die ARD entschuldigte sich später für die Wortwahl.

Was aber bei der ARD noch als geschmackloser Ausrutscher eines Einzelnen durchgehen mag, ist beim Bundespräsidenten weitaus schwerwiegender. Solche beschädigt das Amt und steht im Widerspruch zu jeglichem Selbstverständnis, das ein Staatsoberhaupt mitbringen sollte. Ohnehin fragt man sich, was mit solchen Vergleichen bezweckt werden soll. Und ob dem Bundespräsidenten bewußt ist, daß die "Rattenfänger" in manchen Bundesländern wie etwa Thüringen oder Sachsen aktuell fünf mal so stark wie seine SPD sind. Und daß Umfragen nahelegen, daß derzeit mehr als elf Millionen "Ratten" der Verführung ihres Fängers erliegen würden.

Anders gesagt: Die AfD ist inzwischen so groß, daß sie weite Teile der Bevölkerung repräsentiert. Bei aller Kritik verbietet es sich, mit einer solchen Wortwahl ganze Gesellschaftsteile auszuschließen und zu beleidigen.

Nicht der erste Ausrutscher

Zumal Steinmeier schon einmal bei seiner Wortwahl danebengriff. Bereits auf dem Festakt zum 75. Jahrestag des Grundgesetz-Konvents am Herrenchiemsee im August 2023 hatte der Präsident gesagt: "Kein mündiger Wähler kann sich auf mildernde Umstände herausreden, wenn er sehenden Auges politische Kräfte stärkt, die zur Verrohung unserer Gesellschaft und zur Aushöhlung der freiheitlichen Demokratie beitragen." Der Ausdruck "mildernde Umstände" ist der Justiz entlehnt und wird im Zusammenhang mit Straftaten genutzt. Eine nicht genehme Wahlentscheidung wird somit in die Nähe eines kriminellen Vorgehens gerückt.

Auf "mildernde Umstände" folgen nun "Rattenfänger". Und am Ende des Tages bleibt die Gewißheit, daß wer sich so äußert, weder "über den Parteien" steht, noch auch nur ansatzweise integrierend und moderierend wirkt. Vielmehr ist diese Wortwahl ein Eingeständnis: Frank-Walter Steinmeier ist als Bundespräsident untragbar.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.351/...): >>Nach wochenlanger Medienhetze: "Correctiv" löscht eigene Lüge!

Jetzt beginnt das große Zurückrudern der Schmutzwerfer und Diffamierer! Nachdem unsere Partei einer wochenlangen medialen Hetzkampagne ausgesetzt war, löscht das regierungsfinanzierte Netzwerk "Correctiv" plötzlich die eigenen Falschbehauptungen: In einer Ankündigung für ein Diffamierungsbuch ist im Zusammenhang mit der AfD-Migrationspolitik plötzlich nicht mehr von "Deportationen" die Rede und auch nicht mehr von "Millionen Deutschen" als Ziel von Ausweisungen.

Der ursprüngliche Text wurde stillschweigend ausgetauscht! "Tatsache ist nicht nur, daß das gelogen ist und alle Medien diese Verleumdungen aufgegriffen haben - sondern auch, daß Correctiv nun die schleimige Lügenspür zu verwischen versucht", kommentiert Alice Weidel, Bundessprecherin der AfD.

Bereits zuvor hatte "Correctiv-Chefin" Anette Dowideit einen blamablen Auftritt im ARD-Pressclub hingelegt und dreist behauptet, man habe "nicht von Deportationen gesprochen". Diese Lüge wird nicht nur durch die Buch-Ankündigung widerlegt, sondern auch durch den vermeintlichen "Enthüllungsbericht".

Die nächste Lüge im Presseclub: "Correctiv ist nicht von der Regierung bezahlt." In Wahrheit hat eine AfD-Anfrage im Bundestag ergeben, daß "Correctiv" seit seiner Gründung rund 2,5 Millionen Euro an Steuergeldern erhalten hat. Schon auf der Internetseite der Bundesregierung kann man ganz offen nachlesen, daß "Correctiv" finanzielle Förderungen durch den Bund genießt.

Vor unseren Augen spielt sich einer der größten Medien- und Politikskandale in der Geschichte der Bundesrepublik ab. Die Regierung finanziert ein mit Linksradikalen verbandeltes Medien-Netzwerk, das mit Zersetzungskampagnen die einzige Opposition zu diskreditieren versucht. Anschließend werden die herbeiphantasierten Vorwürfe benutzt, um ein AfD-Verbot zu fordern und auf den Straßen ein Klima des Hasses und der Hetze zu schüren.

Das alles zeigt nur, wie sehr die etablierten politischen Kräfte argumentativ bankrott sind, weshalb sie nun wild um sich schlagen. Wir werden uns davon in keiner Weise aufhalten oder verunsichern lassen. Wir werden Kurs halten und auf demokratischem, rechtsstaatlichem Wege eine Politikwende für Deutschland und seine Bürger durchsetzen!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.356/...): >>Nächster Umfrage-Schock für die Ampel: FDP rutscht bundesweit auf 3 Prozent!

Harte Zeiten für FDP-Chef Christian Lindner.

Redaktion

Umfrage-Schock für die Liberalen: Die FDP kommt auf drei Prozent und taumelt dem Abgrund entgegen! Das geht aus einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag von ntv und RTL hervor.

Die Liberalen würden demnach den Einzug in den Bundestag verpassen und rund acht Prozent weniger bekommen, als bei der letzten Bundestagswahl 2021. Mit drei Prozentpunkten liegt die Regierungspartei gleichauf mit den Linken.

Die SPD kommt auf 15 Prozent und die Union auf 32. Beide sind seit der letzten Forsa-Umfrage vor einer Woche um einen Prozentpunkt gestiegen.

Einen kleinen Verlust muß die AfD einbüßen - mit 19 Prozent verliert sie einen Prozentpunkt. Die Grünen verbleiben bei 14 Prozent.

Die nächste Bundestagswahl soll im Herbst 2025 stattfinden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Januar 2024: >>"**Ruf zum Islam**": **Deutsche Erdogan-Partei kommt**

Von *Sven Reuth*

Nach Jahrzehnten massivster Einwanderung sitzen die Islamisten nun in den Startlöchern, um die deutschen Parlamente zu erobern. Der Plan könnte aufgehen. ...

1997 stellte der heutige türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ganz unverblümt fest: "Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Laut einem Bericht der Bild am Sonntag vom vergangenen Wochenende könnte der türkische Präsident schon bald über ein neues Instrument verfügen, um diesem Ziel näherzukommen. Demnach soll eine Absichtserklärung zur Gründung einer Erdogan-treuen, islamistischen Partei in Deutschland vorliegen. Diese soll die Bezeichnung DAVA (Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch) tragen.

2,5 Millionen Wähler durch Einbürgerung?

Das Kürzel des Parteinamens wurde dabei offenbar bewußt gewählt, um gleich eine eindeutige politische Botschaft zu verbreiten. Das arabische Wort "Dawa" bedeutet nämlich so viel wie "Ruf zum Islam", wird häufig mit der islamischen Missionierung in Verbindung gebracht und wird auch mehrfach im Koran verwendet. Im Kontext der Neugründung einer islamistischen Partei in Deutschland bekommt die Bezeichnung zwangsläufig eine expansionistische Note.

Die Partei will bei der anstehenden Europawahl am 9. Juni in Deutschland antreten. Die Parteigründung dürfte auch eine direkte Reaktion auf die geradezu irrwitzig anmutende Staatsbürgerschaftsreform der Ampel-Regierung sein, die nach Auffassung vieler Experten zur raschen Einbürgerung von weiteren 2,5 Millionen Muslimen in Deutschland führen wird, die dann sowohl in Deutschland als auch in ihrem Herkunftsland - das ist meist die Türkei - wahlberechtigt sein werden.

Gute Chancen auf Mandate

DAVA kann sich durchaus Chancen auf in Deutschland errungene Mandate für das Europaparlament ausrechnen. Schon ein Blick auf die Ergebnisse der letztjährigen türkischen Präsidentschaftswahl in Deutschland macht deutlich, daß ein beachtliches Wählerpotential für die Partei gegeben ist. Mit 67,4 Prozent der in Deutschland abgegebenen Stimmen erhielt Erdogan im zweiten Wahlgang etwa zwei Drittel der Stimmen der rund 1,5 Millionen für die Türkei wahlberechtigten türkischstämmigen Menschen in Deutschland.

Damit war sein Ergebnis hierzulande weit besser als in der Türkei selbst, wo Erdogan in der Stichwahl auf etwa 52 Prozent der Stimmen kam. Dieses Ergebnis wirft auch ein grelles Schlaglicht auf den Stand der ständig beschworenen Integration der türkischstämmigen Menschen in Deutschland über 60 Jahre nach dem Beginn der Gastarbeiteranwerbung durch die Bundesrepublik Deutschland. Etwa eine halbe Million Stimmen türkischstämmiger Menschen hatte Erdogan bei der letztjährigen Präsidentschaftswahl aus Deutschland erhalten.

"Für Vielfalt und Toleranz"

Wenn die türkischstämmigen Menschen in Deutschland bei der Europawahl im Juni dann in etwa genauso diszipliniert wählen gehen wie schon bei der türkischen Präsidentschaftswahl im Mai vergangenen Jahres, dann dürfte der DAVA mindestens ein Mandat im Europaparlament kaum zu nehmen sein, das Ergebnis könnte aber auch deutlich besser ausfallen.

In einer ersten Erklärung von Dava heißt es:

"Mit einem klaren Bekenntnis zu Vielfalt und Toleranz positionieren wir uns vehement gegen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus."

So weit, so vorhersehbar. Schon seit langem arbeitet Erdogan mit dem Narrativ, daß in Deutschland und anderen EU-Ländern ein struktureller antimuslimischer Rassismus herrschen würde, um damit Stimmung für seine eigenen politischen Ziele zu machen.

Völlig ausgeblendet wird dabei natürlich, daß Deutschland schon jetzt seinen eigenen Wohlstand opfert und 50 Milliarden Euro pro Jahr für illegale und vorwiegend aus muslimischen Ländern stammende Migration ausgibt.

"Herrschaft durch Masseneinbürgerung"

Als Dank dafür wird sich Deutschland in den nächsten Jahren wohl massiv mit dem Phänomen der ethnischen Wahl konfrontiert sehen. ... Über dieses Phänomen schrieb unser Kolumnist Martin Sellner im COMPACT-Magazin:

"Der Einbürgerungsturbo der Ampel könnte, wenn die neue Drei- oder Fünfjahresregel bei der Paßvergabe greift, in der kommenden Bundestagswahl dazu führen, daß zu den etwa 60,4 Millionen Wahlberechtigten 8,7 Millionen potentielle Neuwähler hinzukommen. Das wären eben weitaus mehr als die 4,8 Millionen, die die AfD bundesweit im September 2021 gewählt haben.

Vor unseren Augen will die Ampel also ihre Herrschaft durch Masseneinbürgerung zementieren. Die ethnische Wahl war immer schon ein beliebtes Werkzeug von Diktatoren. Julius Caesar erweiterte bereits vor über 2.000 Jahren den römischen Senat von 600 auf 900 Stimmberechtigte. Dazu importierte er erstmals sogar Gallier, um die einheimischen Mandats-träger zu entmachten. Mit jedem Migranten, der über die Grenze kommt und das Wahlrecht erhält, verliert notwendigerweise die Stimme eines Deutschen an Wert."

Vorsitzender der DAVA ist übrigens Mehmet Teyfik Özcan aus dem hessischen Langen. Er geriet schon 2022 in die Schlagzeilen, als er sich - er war damals noch SPD-Mitglied - anlässlich des alljährlichen Gedenkens an den Amoklauf von Hanau mit der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken traf. Dies führte damals sogar in der bürgerlichen Presse zu Kritik, da Özcan zuvor den türkischen Völkermord an den Armeniern geleugnet hatte. Dennoch macht die damalige Konstellation auch deutlich, daß die DAVA wohl vor allem der SPD Wähler wegnehmen würde - das ist zumindest ein tröstlicher Gedanke.<<

[Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. Januar 2024 \(x1.356/...\): >>Selenskyj im Miosga-Interview: Deutschland soll Bürgergeld direkt in die Ukraine überweisen](#)

Redaktion

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj war zu Gast im neuen Talk von Caren Miosga in der ARD. Im Interview schlug er vor, Sozialleistungen, die ukrainische Kriegsflüchtlinge in Deutschland erhalten, direkt in die Ukraine zu überweisen.

Das deutsche Bürgergeld in die Ukraine überweisen, damit man die Mittel dort nach eigenem Gutdünken verteilen kann - die Forderung klingt fast unglaublich, doch genau so hat sie der ukrainische Präsident im Miosga-Interview formuliert.

Selenskyj erklärte, daß ukrainische Staatsangehörige, die in Deutschland oder einem anderen Land leben, manchmal sowohl aus der Heimat als auch im Asyl finanzielle Hilfe kassieren.

"Deshalb wäre es besser, Deutschland würde Ukrainer unterstützen, indem es dieses Geld in unseren Haushalt einfließen ließe und die Ukraine würde das Geld verteilen, je nachdem wo die Person sich aufhält", so die Logik des ukrainischen Präsidenten.

Die Kriegsflüchtlinge hätten ihre Ersparnisse mit in die Länder, in denen sie Asyl bekommen haben, genommen, so der ukrainische Präsident.

Nicht nur die Bürger, auch deren Geld würde seinem Land und dessen Wirtschaft jetzt fehlen!

"Ukrainer haben ihr Geld mitgenommen und dann Unterstützung bekommen, die auch im Ausland blieb. Sodaß am Ende das ganze Geld außerhalb der Ukraine war", so Selenskyj.

"Wenn wir sagen, daß die ganze Welt die Ukraine finanziell unterstützt, möchte ich darauf

aufmerksam machen, wo der größte Teil dieses Geldes bleibt."<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.356/...): >>**Brisantes Geständnis: Der Verfassungsschutz wußte vom Treffen in Potsdam - sagt aber nicht, seit wann genau!**

Was wußte der Verfassungsschutz-Chef Haldenwang vom Geheimtreffen in Potsdam?

Björn Harms

Was wußten die Sicherheitsbehörden über das private Treffen in Potsdam vom vergangenen November, das seit Wochen durch einen Correctiv-Bericht die Schlagzeilen bestimmt? Berichte aus Sicherheitskreisen und eine Antwort der Bundesregierung liefern interessante Erkenntnisse.

Noch immer steht die Frage im Raum: Welche Informationen hatte eigentlich die Bundesregierung über das Treffen am 25. November in Potsdam, an dem rund 25 Personen teilgenommen haben? Wie NIUS aus Sicherheitskreisen erfuhr, wußte der Verfassungsschutz von dem Treffen. Die Veranstaltung sei jedoch nicht abgehört oder observiert worden.

Das Onlinemedium Tichys Einblick hatte in den vergangenen Tagen das Gerücht lanciert, der Verfassungsschutz habe Informationen über das Treffen im November an Correctiv weitergegeben. Konkrete Belege lieferte man jedoch nicht. Correctiv widersprach der Berichterstattung. "Das können wir mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen", schrieb die stellvertretende Chefredakteurin Anette Dowideit auf X. Tichy kündigte an, in den nächsten Tage Belege für die These zu liefern.

Bundesregierung hüllt sich in Schweigen

Im Bundestag wollten die fraktionslosen Abgeordneten Martina Renner und André Hahn kürzlich ebenfalls näheres über die Kenntnisse der Bundesregierung erfahren. "Wann lagen der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden und Stellen erstmals Informationen über das Strategietreffen von Angehörigen der rechtsextremen Szene unter anderem mit Mitgliedern und Mandatsträgern der AfD sowie Mitgliedern der WerteUnion am 25. November 2023 im Landhaus Adlon in Potsdam vor?", heißt es in einer Frage Renners. Eine ähnliche Frage stellte auch André Hahn.

Die Frage könne "aufgrund entgegenstehender überwiegender Belange des Staatswohls" nicht beantwortet werden, heißt es in beiden Fällen in der Antwort des Staatssekretärs Mahmut Özdemir.

Durch die Beantwortung könnten "Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des BfV und gegebenenfalls die nachrichtendienstlichen Methodiken und Arbeitsweisen ermöglicht werden, wodurch die zukünftige Erkenntnisgewinnung des BfV aufgrund entsprechender Abwehrstrategien nachhaltig beeinträchtigt oder in Einzelfällen sogar unmöglich gemacht wird".

Wer wußte wann über das Treffen im Landhaus Adlon in Potsdam Bescheid?

Eine solche Antwort ist in diesen Fällen nicht unüblich. Interessant jedoch: In den Fragen von Renner und Hahn taucht das Wort Verfassungsschutz gar nicht auf. Trotzdem antwortet der Staatssekretär im Namen des BfV, also des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Man weiß also genau, worauf die Fragen abzielten.

Klar ist bislang nur: Der Verfassungsschutz wußte vorab über das Treffen in Potsdam Bescheid. Nähere Erkenntnisse will die Bundesregierung jedoch nicht preisgeben.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28042" berichtet am 30. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Drahtzieher entlarvt: Die Geschichte der WHO von Dr. med. Marco**

Caimi

"Wird die WHO seit Jahrzehnten als Wolf im Schafspelz instrumentalisiert?

Welche Machtstrukturen wirken rund um die Weltgesundheitsorganisation? ...

Und wer ist eigentlich am Drücker der medizinischen Bestimmungen weltweit?"

Diesen Fragen ging der Arzt, Kabarettist und YouTuber Dr. med. Marco Caimi nach. An der

Informationsveranstaltung zum Thema: Was verheimlichen die WHO, der Bundesrat und die Medien uns Bürgern? (kla.tv/27228) In Winterthur am 7. Oktober 2023, zeigte er die Geschichte der Medizin der letzten 150 bis 180 Jahre auf.

Hören Sie folgend, inwieweit das Finanz- und Gesundheitswesen miteinander verflochten sind und welche Kräfte seit Jahrzehnten davon profitieren.

Liebe Freunde, ein herzliches Hallo nach Winterthur. Ich grüße euch aus Stellenbosch, Südafrika. Falls ihr Strom habt, genießt es. Wir haben mehrere Stunden pro Tag keinen - jeden Tag. Es würde mich freuen, wenn ihr meinen Kanal caimi-report auf YouTube und Rumble abonnieren würdet. Hey, wir brauchen gemeinsame Reichweite gegen diese medizinische Tyrannei, die aber schon mehr als 110 Jahre existiert. Der medizinische Great Reset von Flexner zu Fauci.

Wenn wir meinen, daß die WHO am Drücker der medizinischen Bestimmungen weltweit zu unserem Wohl oder Unwohl ist, unterliegen wir einem großen Irrtum. Die WHO wird lediglich als Wolf im Schafspelz instrumentalisiert, das aber in einem gewaltigen und manipulativen Ausmaß. Warum Wolf im Schafspelz? Wer würde schon eine Weltgesundheitsorganisation dazu noch mit Sitz im mondänen Genf, in der einst seriösen, neutralen, sich selbst regierenden und vor allem selbst verantwortlichen und autonomen Schweiz in Frage stellen wollen?

Wollen wir die Machtstrukturen um die WHO herum verstehen, müssen wir uns mit der Geschichte der Medizin in den letzten 150 bis 180 Jahren beschäftigen. Viel Schlechtes beginnt mit einem Mann namens William Avery Rockefeller, der sich als Handelsreisender, Kredithai, Pferde- und Salzhändler und selbst ernannter, sogenannter botanischer Arzt, sein unehrenhaftes Brot verdiente. Als Kredithai beherrschte er vorwiegend Farmer, bei denen er erwarten durfte, daß sie seine zu 12 % gewährten Kredite nie zurückzahlen können würden und er so billig zu deren Land stoßen würde.

1849 wurde er wegen Vergewaltigung an einer Hausangestellten der Rockefellers Anne Van de Beek, angezeigt. William Avery Rockefeller tauchte seine Familie in größter finanzieller Not zurücklassend unter und als Dr. William Levingston wieder auf. Dieser Dr. Levingston, tätig als nomadisierender Arzt und Schlangenhändler, sogenanntes "Snake Oil", verkaufte dieses Öl zu horrenden und maximal überrissenen Preisen an schwer leidende, aber in das Produkt ihre letzte Hoffnung setzende Menschen.

Er fuhr dabei mit einer Pferdekutsche wie Christoph Waltz in Django Unchained von Quentin Tarantino durch die Lande, um seine betrügerischen Produkte an die Menschen zu bringen. Sie sehen, liebe Freunde, gewisse Pharmapraktiken inklusive nutzlosen und betrügerischen Impfversprechen scheinen seit vielen Jahrzehnten Tradition zu haben und haben sich bis heute nicht wirklich verändert.

William Avery Rockefeller war der Vater von William Avery Rockefeller Jr. wie fantasievoll und von John Davison Rockefeller, diesem John D. Rockefeller, die gemeinsam die Standard Oil Company gründeten und damit zuerst als Nebenprodukt des Ölgeschäfts gedacht eine komplett neue Ära der Medizin einleiteten. 1876 errichtete die Johns Hopkins Universität, vielleicht schon mal gehört, die erste US-amerikanische Fakultät nach europäischem, vor allem deutschem Vorbild, ein.

Die Idee war, diese uneinheitliche ärztliche Ausbildung in den USA und auch in Kanada zu standardisieren. 1908 beauftragte die Carnegie-Stiftung den Pädagogen Abraham Flexner, Absolvent der Johns Hopkins Universität, was für ein Zufall, mit der Aufgabe, eine Studie über die Ausbildungsstätten in den USA und Kanada zu verfassen.

Das Resultat dieser Studie, Flexner, der über keinerlei medizinische Ausbildung verfügte, wir fühlen uns an Bill Gates erinnert, empfahl 117 der bisher 148 Medical Schools zu schließen. Alle medizinischen Ausbildungsstätten sollten sich dem Modell der Johns Hopkins Universi-

tät anschließen, also nur Medikamente und Chirurgie. Der Bericht sprach von wissenschaftlichen Modellen, heute würde man sagen Follow the Science oder wie Fauci: "I am the Science."

Flexner labelte alle natürlichen Produkte als Scharlatanismus oder Quacksalberei. Rockefeller legte den Bericht dem Kongress vor, der begeistert reagierte und entsprechende Gesetze erließ wie zum Beispiel bill 6888 mit dem Zweck, das wissenschaftliche Modell an allen Fakultäten zu implementieren. Das Modell der Universität Johns Hopkins, die maßgeblich dafür verantwortlich war, Ivermectin und Hydroxychloroquin in der COVID-Behandlung als zu gefährlich zu labeln, dafür toxische und experimentelle Schrottprodukte in die Oberarme von sogar Schwangeren und Kindern zu jagen.

Es war der Beginn der rein allopathischen, also pharmazeutisch-chirurgischen und das schleichende Ende der homöopathischen, also naturorientierten Medizin. Oder anders und klarer formuliert, Biologie und Biochemie raus, Petrochemie rein.

Lizenziert wurden nur noch Fakultäten, die auf homöopathische Medizin verzichteten. Andrew Carnegie wollte aber kein weiteres Geld mehr in die medizinische Ausbildung buttern, da er zum Schluß gekommen war, daß aus der medizinischen Ausbildung vor allem ein großes Geschäft gemacht wurde. Er widmete sich wieder seinem Stahlgeschäft. Dafür trat jetzt die Rockefeller-Stiftung definitiv auf den Plan, denn sie sah in der Medizin ein für sie, Standard Oil und damit pharmazeutisch-medizinischen Produkten ein ideales Investitionsfeld.

John D. Rockefeller erwarb Anteile an der deutschen IG Farben, die ein Konglomerat verschiedener Firmen wie BASF, Bayer und Hoechst beinhaltete. Um deren Produkte besser absetzen zu können, mußten auch die Ärzte umerzogen werden. Die Rockefeller-Stiftung stellte eben diesen Abraham Flexner, Pädagoge, als Generalsekretär des General Education Board an. Mit anderen und einfacheren Worten, Überwachung und Zertifizierung der medizinischen Ausbildungsfakultäten unterlagen praktisch von nun an monopolisiert der Rockefeller-Stiftung - all-in - die Klinik, Lehre und Forschung; alles aus einem dem gleichen Guss.

Dafür installierte sie einen Türsteher, die AMA, American Medical Association, eine rein private Organisation, größtenteils von der Rockefeller-Stiftung finanziert, die später innerhalb der Stiftung die International Health Division integrierte. Wer sich primär weigerte, allopathisch zu behandeln, also Pharma und Chirurgie, dem konnte die Approbation entzogen oder er konnte sogar verhaftet werden. Kommt Ihnen, liebe Freunde, das irgendwie bekannt vor?

Die Rockefeller Foundation finanziert heute die WHO (Weltgesundheitsorganisation), das CDC (Centers for Disease Control and Prevention = Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention), die NIH (National Institutes of Health = Nationale Gesundheitsinstitute) und die United Nations (UN = Organisation der Vereinten Nationen), deren Grundstück am East River in New York von der Rockefeller Foundation gestiftet wurde. Man mag von den Rockefeller halten, was man will, aber sie verstehen etwas von Geld. Das zieht sich bis zur Gesundheit und tief in die WHO hinein.

Ich komme zum Schluß mit Punkt 29 der Deklaration der WHO am G20-Gipfel in Indonesien vor knapp einem Monat. Ich zitiere:

"Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die globale Gesundheitsarchitektur für Pandemieprävention, Vorsorge und Reaktion, PPR, durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Finanz- und Gesundheitsministerien im Rahmen der gemeinsamen Taskforce für Finanzen und Gesundheit zu stärken", Zitat Ende.

Dabei geht es, liebe Freunde, nur um die Umverteilung von Steuergeldern zu den Pharmafirmen und ihren Eigentümern. Diese Umverteilung soll dauerhaft und automatisiert erfolgen.

Ich zitiere weiter: "Wir begrüßen die Diskussion über den Rahmen für wirtschaftliche Anfälligkeiten und Risiken und den ersten Bericht über wirtschaftliche Anfälligkeiten und Risiken im Zusammenhang mit Pandemien, der in Zusammenarbeit von, aufgehört, Weltgesund-

heitsorganisation WHO, Weltbank, IWF, also Internationaler Währungsfonds und Europäischer Investitionsbank erstellt wurde.

Wir fordern die Taskforce auf, dieses Rahmenwerk im Laufe ihres mehrjährigen Arbeitsplans weiter zu verfeinern, um die wirtschaftlichen Anfälligkeiten und Risiken aufgrund sich entwickelnder Pandemiebedrohungen unter Berücksichtigung der länderspezifischen Gegebenheiten regelmäßig zu bewerten.

Wir begrüßen den Bericht über bewährte Praktiken von Finanz- und Gesundheitsinstitutionen während COVID-19, der zu einer gemeinsamen Bereitschaft des Finanz- und Gesundheitssektors zur Unterstützung unserer Reaktion auf künftige Pandemien beitragen wird.

Wir begrüßen den von der WHO und der Weltbank erstellten Bericht über die Kartierung der Finanzierungsoptionen und Lücken bei der Pandemiebekämpfung und sehen weiteren Beratungen darüber entgegen, wie die Finanzierungsmechanismen optimiert, besser koordiniert und erforderlichenfalls in geeigneter Weise verbessert werden könnten, um die notwendigen Finanzmittel schnell und effizient bereitzustellen. Wir betonen, wie wichtig es ist, neue Geber und Co-Investoren und Co-Investitionen zu gewinnen. Wir bitten die Taskforce, den Finanz- und Gesundheitsministern im Jahre 2024 über ihre Fortschritte zu berichten."

Wenn ihr nichts verstanden habt, nehmt einfach eins mit, diese unglaublich klebrige Nähe zwischen Gesundheit und Finanzen, zwischen Pharma und WHO - Zitat Ende.

Die WHO basiert auf dem Modell der internationalen Health Division der Rockefeller-Stiftung, ebenso das NIH. Der Kreis schließt sich, oder alles ist eins, von John Hopkins zum NIH, von Flexner zu Fauci, von der Pharma-Mafia zur WHO. Der große medizinische Reset, sie wollen alles besitzen, indem sie uns krank halten. Auch die medizinische Geschichte wiederholt sich. Unsere Forderung als neutrale oder hoffentlich wieder neutral werdende Schweiz kann nur lauten, zwei rote Karten. Die Schweiz raus aus der WHO und die WHO raus aus der Schweiz. Ich danke Ihnen aus Südafrika mit dem Schlachtruf der einstigen Apartheid-Kämpfer. Amandla Awethu, alle Macht dem Souverän.<<

31.01.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Januar 2024:

>>Dresden: Die ständige Schändung des Gedenkens

Von *Sven Eggers*

Die Stadt Dresden hatte Erinnerungen an die Bombennacht im Februar 1945 ausgemerzt. Nach Protesten beriefen sich die Verantwortlichen auf Kommunikationsfehler. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingestellt. Die Schändungen aber hören nicht auf. ...

Mitte Januar trauten Dresdner plötzlich ihren Augen nicht mehr: Die Inschrift auf dem Denkmal für die Oper des Bombenterrors vor bald 79 Jahren war einfach so verschwunden. Augenzeugen berichteten, ein Mann hätte sich an dem Mahnmal am Altmarkt zu schaffen gemacht; mutmaßlich mit einem Trennschleifer. Der Typ hatte ganze Arbeit geleistet, die komplette Aussage war verschwunden. Ursprünglich war dort zu lesen:

"Dies ist ein Ort der Mahnung, des Erinnerns und Gedenkens. Hier wurden die Leichname Tausender Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 verbrannt. Damals kehrte der Schrecken des Krieges, von Deutschland aus in alle Welt getragen, auch in unsere Stadt zurück."

Nachfragen bei FDP-Oberbürgermeister Dirk Hilbert blieben zunächst unbeantwortet. Im Gegensatz zu früheren Jahren aber ließen sich die Bürger nicht abspesen. Die Empörung schaukelte sich nach und nach hoch. Waren hier Linksextreme am Werk, gedeckt von politisch Verantwortlichen?

Es geschah planmäßig ...

Deutlich wurde: Vertretern der Altparteien wird mittlerweile jede Charakterlosigkeit zugetrauen. Die Welt notierte: "Das Sprachrohr der ‚Neuen Rechten‘, das Magazin COMPACT,

nannte den Vorgang ‚widerlich‘ und ‚hinterhältig‘ und sprach von einem ‚Krieg um die Erinnerungskultur‘."

Erst mehrere Tage nach der Tat teilte die Stadtverwaltung recht lapidar und ohne jede weitere Erklärung mit: "Die Umgestaltung der Erinnerungsstätte für die Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 geschieht planmäßig."

Was aber sollte das heißen? Gab es eine Debatte? Eine Ausschreibung? Transparenz? - Ganz offenbar wurden die Bürger hier vor vollendete Tatsachen gestellt. Angeblich sei die Entfernung schon 2019 beschlossen worden. Selbst die FDP-Ratsfraktion äußerte Kritik: Es seien Tatsachen geschaffen worden, "ohne Informationen an die Öffentlichkeit oder den Stadtrat und vorbei an allen Akteuren der Stadtgesellschaft", das sei "unvertretbar" so der kulturpolitische FPD-Sprecher Holger Hase.

Keine Strafverfolgung

Jens Genschmar, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, hatte in der Annahme, die Inschrift sei illegal entfernt worden, sogar bei der Polizei Anzeige gegen Unbekannt gestellt. Diesen Schritt unternahmen mehrere Bürger. Ende vergangener Woche teilte die Staatsanwaltschaft Dresden mit:

"Im Ergebnis der von der Staatsanwaltschaft und der Polizeidirektion Dresden geführten Ermittlungen wurde festgestellt, daß kein strafrechtlich relevanter Sachverhalt vorliegt."

Die Empörung über das Vorgehen der Polit-Verantwortlichen hält dennoch weiter an. In sozialen Netzwerken schlagen die Wellen noch immer hoch. Am Altmarkt waren binnen Stunden nach dem Vorfall zahlreiche Kerzen aus Protest gegen die Entfernung der Inschrift aufgestellt worden. Eine Protestkundgebung wurde auch organisiert. Hunderte Menschen ließen dabei ihrer Empörung freien Lauf.

Eine von jungen Leuten angebrachte Ersatz-Gedenktafel wurde mittlerweile von Antifa-Gestalten zerstört. Seither legen Bürger mehr und mehr Blumen und Kerzen am Standort der entfernten Inschrift nieder. Dieses stille Gedenken vermittelt eindrucksvolle Würde. Sobald aber die Regierungsdemos gegen rechts in der Stadtmitte auftauchen, werden die Gedenk-Utensilien gezielt zertrampelt und zerstört. Die Toleranz der Toleranten spart also die Toten von Dresden aus! Wie würdelos! Liebevoll richten Bürger die Stätte des Gedenken stets wieder her; bis zur nächsten Regierungsdemo ...

Offensichtlich planen die Verantwortlichen eine komplette Umgestaltung des Dresden-Gedenkens. Der Platz - und damit auch das Gedenken an den Februar 1945 sollen komplett runderneuert und ins ein polit-korrektes Korsett gezwängt werden. Eine fürchterlich häßliche und provokativ lieblose Stele ist bereits aufgestellt worden.

Die Vernetzungsplattform Ein Prozent faßt recht gut zusammen:

"Die Inschrift auf dem Altmarkt mußte verschwinden, weil eine neue Stele mit einem beschämenden, politisch korrekten Text aufgestellt wird. Da man im Rathaus wußte, daß dieser unwürdige Vorgang Widerstand in der Stadtgesellschaft hervorrufen würde, hat man die Entfernung in einer Nacht- und Nebel-Aktion durchgezogen - und darüber hinaus, als die ersten Nachfragen eingingen, zunächst Dritten die Schuld in die Schuhe geschoben."

161 deutsche Städte versanken während des Zweiten Weltkriegs im Bombenterror aus der Luft - von Köln bis Magdeburg, von Pforzheim bis Potsdam. Ein besonders grausiges Fanal setzte die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt, des europäischen Kulturzentrums Dresden am 13./14. Februar 1945 durch US-amerikanische und britische Bombergeschwader. Bei diesem Angriff wurde die Stadt zu zwei Dritteln zerstört.

Hier setzt unsere brisante Geschichtsausgabe "Dresden 1945" an. Der Historiker Jan von Flocken schreibt dort:

"Tatsächlich richtete das Bomberkommando Schauerliches an. Die Zivilbevölkerung wurde regelrecht hingeschlachtet. Nur der einzig strategisch wichtige Punkt, der Flughafen Dresden-

Klotzsche mit den benachbarten Kasernen und Materiallagern, blieb von den Angriffen verschont."

Die Zahl jener Menschen, die damals den Bombenangriffen zum Opfer fielen, wird sich nie exakt ermitteln lassen. 1939 zählte die Stadt 629.000 Einwohner. Fünf Jahre später waren noch 567.000 Personen erfaßt. Belegt ist, daß sich nach dem Vorstoß der Roten Armee im Januar 1945 mehrere zehntausend Flüchtlinge aus Schlesien (die Schätzungen reichen bis zu 500.000) in der Stadt aufhielten; hinzu kamen noch tausende Evakuierte aus anderen Landesteilen.

Die Aufarbeitung des Schreckens von Dresden wird intensiv vorgenommen in unserer Geschichtsausgabe "Dresden 1945. Die Toten. Die Täter und die Verharmloser". ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Correctiv ändert Beschreibung zu AfD-Recherche zum zweiten Mal

Nachdem Correctiv bereits am Montag Änderungen an der Buch-Beschreibung ihrer Recherche zur AfD und Potsdamer "Geheimplan" vornahm und das Wort "Deportation" austauschte, formulierte man erneut heimlich den Text um - diesmal fiel ein konkreter Verweis auf die "Vertreibung" Deutscher weg.

Von *Redaktion*

Schon wieder ändern die Correctiv-Journalisten die Beschreibung eines Buches zu ihrer AfD-Recherche: Wo ursprünglich noch von der "Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund" die Rede war, stand am Montag plötzlich das Wort "Vertreibung" statt "Deportation". Am Mittwoch folgte die nächste heimliche Korrektur: Jetzt spricht Correctiv von der "Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland" - also nicht mehr explizit deutscher Staatsbürger.

Damit schwächt man den ursprünglich scharf skandalisierten Satz noch weiter ab. Die ursprünglich geschürte Angst, deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund könnten abgeschoben werden, ist nun nicht mehr aus dem betreffenden Satz zu entnehmen. Einmal mehr wird deutlich: Auf dem angeblichen "Geheimtreffen" wurden vielleicht gar nicht allzu geheime Inhalte besprochen.

Neben der Buch-Beschreibung fand sich auch in der eigentlichen Recherche die Verwendung des umstrittenen Begriffs, hier allerdings in der Verbform "deportieren" und in einem geschichtlichen Kontext. Aber auch davon wollte die stellvertretende Chefredakteurin Anette Dowideit nichts wissen, als sie am vergangenen Sonntag im Presseclub der ARD davon sprach, man habe "nicht von Deportation gesprochen".

Am Montag wurde jedoch die Beschreibung des Buchs geändert, das Wort "Deportation" durch "Vertreibung" ersetzt, die Redaktion muß sich der kontroversen Wortwahl also bewußt gewesen sein. Correctiv war zuvor vermehrt vorgeworfen worden, mit der Benutzung des Begriffs "Deportation" beziehungsweise des Verbs "deportieren" eine gedankliche Parallele zu der Wannsee-Konferenz im Jahr 1941 zu insinuierten und damit die AfD mit den Nationalsozialisten zu vergleichen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Januar 2024: >>Software-Pionier Plattner meidet Berlin: "Ganze Stadtteile wurden von Arabern übernommen!"

Der Mitbegründer des Softwarekonzerns SAP, Hasso Plattner, hat sich in einem Interview mit der "Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ) besorgt über die Veränderung Deutschlands im Zuge der Masseneinwanderung geäußert. "Ich fahre nicht mehr nach Berlin", sagte der 80 Jahre alte Erfolgsunternehmer mit Wohnsitz in Potsdam. "Daß ganze Stadtteile scheinbar übernommen wurden von Arabern, daß dort deren Ethik und Verständnis für Gesetze gelebt wird, ist nicht gut." Hinter vorgehaltener Hand sage jeder, daß da etwas schief laufe.

Weiter sagte Plattner: "In Deutschland haben wir die Selbstzweifel entwickelt bis zum Selbstzerstörerischen!"

Der Software-Konzern SAP ist heute mit einem Börsenwert von 175 Milliarden Euro eines der wertvollsten Unternehmen Europas, kein anderer europäischer IT-Konzern kann annähernd mithalten. Sein einziges Geburtstagsinterview gab der Jubilar der "NZZ" von Kalifornien aus.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2024 (x1.352/...):

>>Verfassungsschutz beobachtet Maaßen

Nach Informationen von Apollo News hat der Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen im Visier. In einem 20-seitigen Schreiben listet der Nachrichtendienst Daten auf, die er über seinen Ex-Chef auch wegen angeblicher Reichsbürger-Nähe gesammelt hat.

Von *Redaktion*

Der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen wird von seiner ehemaligen Behörde ins Visier genommen. Der Verfassungsschutz teilte Maaßen mit, man würde Akten über den Vorsitzenden der WerteUnion sammeln und aufwendig weitere Daten rund um die Person Hans-Georg Maaßen akquirieren. Die Anwälte hatten sich in einer dahingehenden Anfrage im vergangenen November an die Behörde gerichtet.

Der Verfassungsschutz begründet sein Vorgehen in einem zwanzigseitigen Dokument, das Apollo News vorliegt, mit einer "etwaigen Verbindung Ihres Mandanten zur Reichsbürger-Szene". Das Dokument listet Verbindungen von Maaßen mit anderen politischen Akteuren, aber auch Medien auf. Demnach ist Maaßen seit mindestens zwei Monaten im Visier des Verfassungsschutzes. Im nachrichtendienstlichen Informationssystem ist Maaßen laut Tagesschau in der Abteilung Rechtsextremismus gespeichert.

"Antisemitische Chiffren"

In elektronischen Akten hat die Behörde zahlreiche Informationen von sämtlichen Plattformen, auf denen Maaßen aktiv ist, gesammelt. Gespeichert wurden demnach Inhalte von seiner Website, X, aber auch Telegram. Außerdem wurden zahlreiche Interviews sowie Reden von Hans-Georg Maaßen gesammelt.

Ein Beispiel: In seinem Aufsatz "Aufstieg und Fall des Postnationalismus" habe Maaßen vor "undemokratischen, totalitären supranationalen Systemen" und "einem neuen Totalitarismus", der Ziel von sich verbündenden "sozialistischen und globalistischen Kräften" ist, gewarnt. Diese Ausdrücke sieht der Verfassungsschutz als "antisemitische Chiffren" und verweist auf Expertenmeinung. Als solche erhalten muß etwa ein Beitrag im Radio Dreyeckland mit dem Titel "Maaßen - Wie man Antisemitismus richtig verpackt".

Solche Interpretationen nimmt der Verfassungsschutz in dem Dokument nur sparsam vor, größtenteils werden Medienberichte über Maaßen von Spiegel, Welt oder auch Apollo News wertungsfrei aufgelistet. Überdies werden "diverse Postings und Tweets von als rechtsextremistisch bekannten Personen bzw. Gruppierungen gespeichert", die der Verfassungsschutz dann auch aufführt: Darunter sind Inhalte und Akteure aus der rechten Szene, die sich positiv auf Maaßen beziehen, beispielsweise von Martin Sellner oder Björn Höcke.

Maaßen: Faeser "mißbraucht" Verfassungsschutz

In einem Statement gegenüber Apollo News erklärte Maaßen: "Da sehen Sie, wie bürokratisch der Verfassungsschutz arbeitet. Minutiös wird geprüft, wer mich geliked und verlinkt hat. Die Belege rechtfertigen nicht eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Das ist klar. Was Frau Faeser macht ist, daß sie den Verfassungsschutz mißbraucht, um politische Gegner zu beobachten und zu diskreditieren."

Der Verfassungsschutz scheint den Sprachgebrauch von Maaßen in dessen Reden und Veröffentlichungen ausführlich analysiert zu haben. Die Behörde listet nämlich Medienberichte auf, die "Aufschluß über bestimmte Formulierungen geben, die auch von Ihrem Mandanten verwendet wurden", teilte der Verfassungsschutz den Anwälten mit. Maaßen verwendete beispielsweise das Wort "Goldstücke" als sarkastisches Synonym für illegale Migranten. Dazu

führt der Verfassungsschutz hier unter anderem ein Urteil des Landgerichts Bremen auf, das feststellte, die Verwendung des Begriffs "Goldstücke" könnte Hetze sein.

"Verbindung zur Reichsbürger-Szene"

In dem Schreiben werden zahlreiche Beispiele aufgeführt, weshalb Hans-Georg Maaßen eine etwaige "Verbindung zur Reichsbürger-Szene" nachgesagt werden könne. Der Verfassungsschutz hat es dabei offenkundig besonders auf Verbindungen aller Art zwischen Maaßen und Heinrich XIII. Prinz Reuß abgesehen. So befindet sich unter den gespeicherten Daten ein Schreiben von Bernhard Schaub an Prinz Reuß.

Schaub gilt als Kopf des europaweiten Holocaustleugner-Zusammenschlusses "Europäische Aktion". Gegenüber Prinz Reuß schrieb er, daß Maaßen "ein strammer Republikaner zu sein scheint". Zudem soll - wie bereits im August berichtet worden - Maaßen von einem Frankfurter Unternehmer, der wiederum als Zeuge gen Prinz Reuß in Betracht komme, Maaßen nach einer Hausdurchsuchung angehört haben.

Außerdem soll eine "der Vereinigung um Prinz Reuß zuzurechnende Person" Videos von Maaßen auf ihrer Facebookseite geteilt haben. Weitere mehr oder weniger konkrete "Verbindungen" zwischen Maaßen und Prinz Reuß werden nicht aufgezeigt.

Jedoch hat der Verfassungsschutz auch gespeichert, wie sich Maaßen nach der großangelegten Razzia bei dem Netzwerk um Prinz Reuß öffentlich positionierte: So führt der Verfassungsschutz auf, daß Maaßen bei Servus TV die Auffassung vertrat, "daß die Exekutivmaßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder der Vereinigung um Heinrich XIII. Prinz Reuß unverhältnismäßig gewesen seien". In einem Artikel in der Weltwoche habe Maaßen erklärt, daß medial die Razzia als "für einen PR-Coup benutzt" worden sei.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Januar 2024: >>**Walter, der Spalter: Steinmeier vergleicht AfD-Wähler mit Ratten!**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Millionen Bundesbürger indirekt mit Ratten verglichen. Nach einem Treffen mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften Anfang dieser Woche sagte Steinmeier vor Pressevertretern und mit Bundesflagge im Rücken: "Wenn unsere Demokratie angegriffen wird, dann muß die demokratische Mitte, die große Mehrheit unserer Gesellschaft Position beziehen und deutlich machen: Wir stehen zu unserer Demokratie, wir verteidigen dieses Deutschland und wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern kaputtmachen."

"Extremistische Rattenfänger", damit dürfte der frühere Linksextremist Steinmeier zweifelsohne die AfD gemeint haben. Menschen, die eine dem um seine Pfründe bangenden Altparteien-Kartell nicht genehme demokratische Partei wählen, sind für das deutsche Staatsoberhaupt implizit nichts anderes als Ratten.

"Ratten" - hatten wir das nicht schon einmal in der deutschen Geschichte!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Januar 2024: >>**Klima-Terroristen: Reifenschlitzen statt Kleben**

Von *Karel Meissner*

Die Klimakleber resignieren wegen ausbleibender Resonanz. Dafür kommen jetzt die "Reifenlöscher": Die zerstören Reifen privater SUVs ... COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen" klärt auf, wie die Öko-Extremisten denken und wer sie bezahlt.

Irgendwie mißlingt den Klima-Aktivisten der große Durchbruch. Während die Bauern international zeigen, wie man revoltiert und politisch-mediale Aufmerksamkeit erzielt, gelangt die Letzte Generation nicht über das Image lästig-nörgelnder Hipster-Kids hinaus. Keiner will sie, keiner braucht sie. Lars Werner, Stratege der Letzten Generation, gesteht dem Spiegel:

"Wären weiter genügend neue Menschen dazugekommen, damit andere sich eine Atempause nehmen können, hätten wir gesagt: Wir gehen diesen Weg genauso weiter."

Tja, aber leider "kommen nicht genügend. Das können wir nicht ignorieren." Die zunehmenden Anfeindungen und Gerichtsverfahren hätten potentielle Anhänger abgeschreckt. Der grüne Upper-Class-Nachwuchs ist halt sensibel. Das Problem ist nur: Sobald gemäßigte Ideologen resignieren, kommen Radikale und machen auf RAF.

Im Falle der Klimaaktivisten sind das - Achtung, jetzt kommt's: Die "Reifenlöscher". Vertreten in mehreren Ländern Europas. Schon 2021 haben sie sich auf X vorgestellt:

"We are The Tyre Extinguishers. We will make it impossible to own an SUV in the world's urban areas. For climate, health, public safety" (Wir sind Die Reifenlöscher. Wir werden es unmöglich machen, in den Städten der Welt einen SUV zu besitzen. Für Klima, Gesundheit, öffentliche Sicherheit).

Also durch das Aufstechen von Reifen das Fahren von SUVs verhindern. Diese leicht infantile Bewegung hat auch in Deutschland ihren Ableger. Dessen Name: "Achtung - Reifen platt For Future". SUV-Fahrer bekommen kleine Zettel mit folgender Drohung auf ihr Fahrzeug geklatscht:

"Nicht losfahren! Mindestens einer Ihrer Reifen ist platt wie eine Flunder. Wohlhabenden Autobesitzenden (!) werden von der Politik keine Grenzen gesetzt, während unser Klima allmählich ins Chaos stürzt."

Neben Bundeskanzler Olaf Scholz trügen auch SUV-Besitzer Schuld an der Misere:

"Während Sie offensichtlich so viel CO2 in die Luft blasen dürfen, wie Sie Lust haben, drohen zunehmende Wetterextreme durch den Klimawandel Millionen Menschen zu enteignen, zu vertreiben oder zu töten"

Folglich: "Ihnen ist unsere Umwelt egal. Ihr Auto ist uns egal."

Tatsächlich haben die "Reifenlöscher" im vergangenen September einige Reifen-Attacken in Berlin verübt. In der Nacht zum Montag gab es ein größeres Reifen-Massaker in Berlin-Zehlendorf. Insgesamt sollen 50 Fahrzeuge betroffen sein.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. Januar 2024 (x1.351/...): >>**AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag unterstützt Entpolitisierung des Bundesverfassungsgerichts**

Zu Plänen der anderen Fraktionen, das Bundesverfassungsgericht zu entpolitisieren, teilt der Parlamentarische Geschäftsführer und Justitiar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, mit:

"Die Angst der Parteien vor einer absoluten Mehrheit der AfD, die es ihr ermöglichen könnte, das Spiel, daß die alten Parteien seit Jahren betreiben, zu übernehmen und eine massive Einflußnahme auf die höchste Gerichtsbarkeit auszuüben, ist offenbar enorm. Dabei sind wir es als AfD-Fraktion, die für wirkliche Gewaltenteilung stehen. Wir sind es, die hartnäckig gegen die Vermischung der Gewalten kämpfen, jeden Tag.

Wir stehen für schnelle und transparente Verfahren, für eine Begründungspflicht bei Nichtzulassung und positionieren uns vor allem gegen jedwede politische Einflußnahme auf die Auswahl der Richter und die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts. Es ist schade, daß sich die Altparteien auch dieses Gericht zur Beute gemacht haben. Und es ist gut, wenn sie das nun, freilich zu wenig, aber immerhin erkannt haben."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Januar 2024: >>**Amtlich: Bezahlkarte für Asylbewerber kommt bundesweit**

Asylbewerber sollen einen Teil der staatlichen ... Unterstützung künftig über eine Bezahlkarte erhalten. Fast alle Bundesländer in Deutschland haben sich auf gemeinsame Standards geeinigt. Über die Höhe eines verbleibenden Barbetrags soll jedes Bundesland selbst entscheiden. Eine Bezahlkarte für die Auszahlung staatlicher Leistungen an sogenannte Geflüchtete soll nach Angaben von Hessens Ministerpräsident Boris Rhein bundesweit eingeführt werden. Das teilte der CDU-Politiker als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz in Wiesbaden mit.

Bayern und Mecklenburg-Vorpommern gehen aber beim Vergabeverfahren für die Einführung der Bezahlkarte eigene Wege. Die 14 anderen Bundesländer hätten sich auf gemeinsame Standards geeinigt, erklärte Rhein. Die Vergabe werde für den Sommer angestrebt.

Die Ministerpräsidenten der Länder und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatten sich darauf verständigt, daß Asylbewerber in Deutschland mindestens einen Teil ihrer Leistungen künftig als Guthaben auf einer Bezahlkarte bekommen sollen. So soll erschwert werden, daß Leistungen zu Lasten der deutschen Steuerzahler an Angehörige und Freunde im Herkunftsland überwiesen werden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Medien ignorieren Bauernproteste - obwohl die sogar Hamburger Hafen und Stuttgarter Autobahn lahmlegen**

Obwohl tausende Traktoren seit Montag an Demonstrationen in Hamburg und Stuttgart beteiligt sind, schweigen die allermeisten Medien. In der Hansestadt wurde der Hafen stundenlang blockiert, in Schwaben verstopften 3.000 Traktoren die Autobahn.

Wim Lukowsky

Nachdem die Landwirte in Frankreich wortwörtlich auf die Barrikaden gegangen sind und ganze Misthaufen auf den Straßen entzündet haben, wird auch der Protest in Deutschland ausgefallener und mutiger - doch die Medien schweigen. Dabei wären die 3.000 Traktoren, die es am Dienstag nach Stuttgart zog, oder hunderte Maschinen, die den Hamburger Hafen versperren, durchaus erwähnenswert gewesen.

Zudem kommt es immer wieder zu "kleineren" Protestaktionen im ganzen Bundesgebiet. Der Bauernprotest, er ist noch längst nicht vorbei.

Die für Dienstag angekündigte Großdemonstration in Stuttgart begann schon am Montagabend, als sich bereits mehrere Traktoren auf den Weg nach Baden-Württemberg machten. Auf unterschiedlichen Routen aus dem gesamten Landkreis formierten sich dann am Dienstagmorgen verschiedene Sternfahrten mit über 5.000 Teilnehmern und etwa 3.000 Fahrzeugen. Dabei trauten sich die Bauern mit ihren landwirtschaftlichen Maschinen sogar auf die Autobahn A81 und sorgten zeitweilig für Behinderungen, als sie zweiseitig Richtung Stuttgart fuhren.

Weil aber nicht alle landwirtschaftlichen Nutzfahrzeuge auf Schnellstraßen verkehren dürfen, außerdem Transparente und Plakate die Sicht auf die Nummernschilder versperrte und die Demonstration auf der Autobahn nicht zugelassen war, räumte die Polizei die Autobahn am Dienstagmorgen. Später verstopften Traktoren wichtige Verbindungswege in der Stadt und fuhren teilweise kreuz und quer über die Straßen.

Ein Video zeigt gar, wie die Landwirte tonnenweise Mist vor dem Eingang des baden-württembergischen Landwirtschaftsministeriums abladen. Der Protest wird ungestümer, die Polizei ermittelt. Das große Verkehrschaos blieb zwar aus, die Landwirte unterstrichen aber wieder einmal ihre Forderungen eindrucksvoll.

Auch in Hamburg wurde der Protest dringlicher: Am Montag rollten tausende Maschinen durch die Hansestadt und blockierten somit Straßen und sogar den Hamburger Hafen. Demonstrationsteilnehmer behaupteten auf X, Spediteure hätten stundenlang nicht passieren können, die Verladung von Containern sei zum Erliegen gekommen. "Wir lassen uns eher verhaften, als hier wegzugehen", stellten die Veranstalter fest. Bis Dienstagvormittag blockierten etwa 100 Maschinen das Gebiet, die Polizei ermittelt jetzt wegen Verdachtes des Verstoßes gegen das Versammlungsrecht und des Verdachtes der Nötigung.

Auch in Hamburg nimmt der Protest damit französische Züge an: Brennende Barrikaden und abgeladene Misthaufen mitten in der Stadt zeichnen eine neue, wütende Seite der Proteste. Diese könnten die Hansestadt einige Tage lahmlegen, denn die Landwirte haben sich Toilettenhäuschen und Schlafkabinen mitgebracht, um den Protest auszusitzen. Traktoren werden

blockierend geparkt und abgestellt - die Landwirte machen es sich anschließend in der Umgebung gemütlich.

Die Proteste der Bauern mitten im deutschen Straßenbild werden in den Leitmedien kaum diskutiert, nicht einmal gezeigt. Der NDR meldete zwar die Blockaden, eine tiefgründigere Auseinandersetzung mit den Aktionen der Landwirte fand aber nicht statt. In Stuttgart berichtete der SWR nur im Liveticker, die Tagesschau hatte lediglich im Vorfeld über die Demonstrationen berichtet. Die Misthaufen vor Ministerien oder die Blockaden mit abgestellten Traktoren vor dem Hamburger Hafen finden bis dato keine nennenswerte Erwähnung - obwohl täglich nach wie vor tausende Landwirte und Unternehmer für bessere Bedingungen demonstrieren.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28049" berichtet am 31. Januar 2024 (x1.350/...): >>"Frankensteins Buffet à la Agenda 2030" - Was Du dringend über Fleischersatz wissen solltest!

"Sterben für künstliches Fleisch wirklich keine Tiere?" Und "Ist es eine gesunde Alternative für den eigenen Leib und die Umwelt, Tumore zu essen?" ... Oder sollen giftige Bioabfälle, die bei künstlicher Herstellung entstehen, wirklich nicht schaden? Wie genau entstehen die Lebensmittel, die laut Agenda 2030 Hunger auf der Welt beenden und Ernährungssicherheit gewähren sollen? Die Antwort auf diese Fragen sollte JEDER kennen!

Ist Ihnen, sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, bei Ihren letzten Einkäufen auch aufgefallen, daß beinahe jeder Supermarkt, ob er sich nun Rewe, Aldi, Lidl oder wie auch immer nennt, inzwischen ganze Veggie-Abteilungen führt? Auch McDonalds, Burger King und Co. bieten plant based, also "pflanzenbasierte", Burger oder Nuggets an.

Vegetarier und Veganer dürften sich über diese Entwicklung freuen: mehr Auswahl, bewußtere Ernährung, kann ja nur gut für Mensch, Tier und Umwelt sein - könnte man meinen. Daß dahinter aber alles andere als Fürsorge und Umsicht steckt, beweist die mit Nachdruck verfolgte Agenda 2030 von UNO, WHO und WEF und die systematische Hinführung zur Durchsetzung ihrer Pläne.

Wie Kla.TV bereits in der Sendung "Nahrung als Waffe" (www.kla.tv/27948) klarstellte, handelt es sich bei der Agenda 2030 um einen gewaltigen Etikettenschwindel.

Zur Wiederholung:

Ziel 2 der Agenda 2030 sieht angeblich vor (siehe "Etikettenschwindel Agenda 2030" www.kla.tv/18739), Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung zu erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Angefangen bei den bereits unmutig gewordenen Bauern ist aber zu beobachten, daß die natürliche, kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstört wird, während gleichzeitig multinationale Konzerne durch eine industrielle Landwirtschaft sowie durch Gentechnik und Agrochemie immer mehr die weltweite Nahrungsmittelproduktion kontrollieren.

Eine der vielen Ansagen hierzu, wie Bill Gates und Konsorten den Hunger in der Welt stillen und eine Ernährungssicherheit gewährleisten wollen, liegt in synthetischen Lebensmitteln und dem Vertikal Farming (Sonderform urbaner Landwirtschaft | Sendung: "Wer die Nahrungsmittel kontrolliert ..." www.kla.tv/23292), was angeblich nur Vorteile bieten soll.

Im Oktober 2023 aber erschien bei Uncut-News ein Artikel mit folgendem Titel: "Warum synthetische Lebensmittel sehr gefährlich sind". Aus diesem fassen wir die wesentlichsten Aussagen für Sie zusammen und greifen dabei folgende Fragen auf:

Wie sieht es bei der Produktion von künstlichem Fleisch mit dem Tierschutz aus?

Ist synthetischer Fleischersatz für den Verbraucher sicher?

Was sagen Experten über mögliche Verunreinigungen in künstlichem Fleisch?

Entstehen bei der Herstellung von künstlichem Fleisch giftige Bioabfälle?

Was haben antibiotikaresistente Organismen in künstlichem Fleisch zu suchen?

Wird bei der Herstellung von synthetischem Fleisch tatsächlich CO₂ eingespart?

Wie sieht es bei der Produktion von künstlichem Fleisch mit dem Tierschutz aus?

Ein Beispiel für synthetisch hergestellte Lebensmittel ist kultiviertes (künstlich hergestelltes) Fleisch. Befürworter dieses Fleischersatzes bestehen darauf, daß es sich bei diesem Produkt nicht um "künstliches Fleisch", sondern um "echtes Fleisch" handelt, mit dem einzigen Unterschied, daß zu seiner Herstellung kein Tier geschlachtet werden müsse.

Viele Menschen wechseln ja gerade wegen des Tierwohls und bewußtem Umgang mit Ernährung zu kultiviertem Fleisch. Unglücklicherweise gehen sie dabei aber einem gewaltigen PR-Betrug auf den Leim. Die Behauptung nämlich, daß bei diesem Prozeß keine Tiere getötet werden, ist schlichtweg falsch. Gegenwärtig werden die meisten kultivierten oder zellbasierten Fleischsorten mittels fötalem Rinderserum (FBS) hergestellt, welches aus dem Blut ungeborener Kälber gewonnen wird. Kurz gesagt: Trächtige Kühe werden geschlachtet, um dem ungeborenen Fötus das Blut abzunehmen, so die Aussagen des Uncut-News-Artikels.

Ist synthetischer Fleischersatz für den Verbraucher sicher?

Um die Zellkulturen zum Wachsen zu bringen, verwenden beispielsweise einige Unternehmen unsterbliche Zellen, die technisch gesehen präkanzerös (Vorstufe einer Krebserkrankung) also im Grunde genommen vollständig krebsartig sind. Andere Unternehmen verwenden embryonale Stammzellen oder Zellen von lebenden Tieren.

Die auf krebsartigen Zellen gezüchteten Fleischersatzprodukte könnten daher als Tumore betrachtet werden, da das Fleisch vollständig aus krebsartigen Zellen besteht. Der Grund für die Verwendung unsterblicher Zellen liegt darin, daß Zellen, die sich normal verhalten, sich nicht ewig teilen können. Somit funktioniert es nicht, wenn man aus einer kleinen Anzahl von Zellen Tausende von Pfund Gewebe mit normalen Muskelfleischzellen züchten wollte.

Was sagen Experten über Verunreinigungen in künstlich hergestelltem Fleisch?

Bezüglich der Sicherheit könnte auch argumentiert werden, daß natürliches Rindfleisch bei der Verarbeitung, der Verpackung, dem Transport, der Lagerung oder während des Kochvorgangs kontaminiert (verunreinigt) werden könnte. Aber bei kultiviertem Fleisch birgt jede Zutat und jeder Verarbeitungsschritt das Potential einer Kontamination, und jede der Hunderte von Zutaten könnte allein oder in Synergie toxische Wirkungen haben.

Eine im Mai 2023 veröffentlichte gründliche Analyse der verfügbaren Daten durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und ein Expertengremium der WHO kam zu dem Schluß, daß mindestens 53 potentielle Gesundheitsrisiken mit im Labor gezüchtetem Fleisch verbunden sind. Dazu gehören die Möglichkeit der Kontamination mit Schwermetallen, Mikroplastik, Nanoplastik und Chemikalien, allergenen Zusatzstoffen, toxischen Bestandteilen und Antibiotika. Dies gilt auch für die bereits im Handel erhältlichen, pflanzenbasierten Ersatzprodukte. Diesbezüglich muß darauf hingewiesen werden, daß auch das als "pflanzlich" deklarierte Produkt alles andere als gesund ist. Auch diese sind aufwendig chemisch hergestellt und beinhalten u.a. bedenkliche Mengen an Mineralöl.

Entstehen bei der Herstellung von künstlichem Fleisch giftige Bioabfälle?

Bei der Herstellung von kultiviertem Fleisch entstehen, wie zuvor kurz erwähnt, auch giftige Bioabfälle. Der Bioabfall aus diesen synthetischen, biologischen Fermentationen muß zunächst deaktiviert und dann sicher entsorgt werden. Er darf nicht auf einer Deponie landen.

Verehrte Zuschauer, das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Bei der Herstellung von Produkten, die wir essen sollen, entsteht gefährlicher Abfall, der nicht herkömmlich entsorgt werden darf, aber für uns völlig ungefährlich sein?

Was haben antibiotikaresistente Organismen in künstlichem Fleisch zu suchen?

Die in der Nährlösung (Flüssigkeit, die Nährstoffe enthält und zur Anzucht von Mikroorganismen, Zellen oder Geweben verwendet wird.) gezogene fleischähnliche Masse muß antibiotikaresistent sein, da sie die Antibiotika überleben muß, die zur Abtötung anderer uner-

wünschter Organismen im Bottich, in dem die Masse gezüchtet wird, eingesetzt werden. Infolgedessen werden auch antibiotikaresistente Organismen in das Endprodukt integriert, und man kann nur vermuten, welche Arten von lebensmittelbedingten Krankheiten durch gentechnisch veränderte, antibiotikaresistente E. coli (Bakterium, das auch natürlicherweise im menschlichen Darm vorkommt) verursacht werden könnten. Hierzu ein Zitat aus der Sendung "Nahrung als Waffe" (www.kla.tv/27948):

"... Gleichzeitig investiert Gates viel Geld in die Erforschung und Veränderung des Mikrobioms, einem komplexen Ökosystem aus Bakterien, Pilzen, Archaeen und Viren, das unter dem Sammelbegriff "Darmflora" maßgeblich die Verdauungsprozesse steuert und vor allem im ersten Lebensjahr eines Kindes großen Einfluß auf dessen geistige und körperliche Entwicklung nimmt."

Wird bei der Herstellung von künstlichem Fleisch CO2 eingespart?

Propagiert wird auch, kultiviertes Fleisch und andere synthetische Lebensmittel seien umweltfreundlicher. Auch das ist inkorrekt: Nicht nur, daß bei der Produktion Sondermüll entsteht, hinzu kommt unter anderem die CO₂-Belastung der Laborfleischindustrie, welche 4- bis 25-mal mehr CO₂ erzeugt als die traditionelle Tierhaltung. Diese Information für diejenigen, die noch an den CO₂-Schwindel glauben.

Denn diese ganze Agenda betreffs Ernährungssicherheit usw. beruht auf einer CO₂-Lüge, welche den angeblich benötigten Abbau der natürlichen Landwirtschaft begründet. In einigen anderen Sendungen ist Kla.TV auf die sog. Klimakiller-Kühe ("Kühe als Klimakiller?" www.kla.tv/25420) sowie den Green Deal ("Gezielte Zerstörung der Landwirtschaft" www.kla.tv/22252) eingegangen.

Wie oben beschrieben wird es den Landwirten durch die Agenda 2030 schwer gemacht, uns, die von ihnen abhängige Bevölkerung, gut zu versorgen, geschweige denn ihre Existenz aufrechtzuerhalten.

Wie Sie nun gesehen haben werden synthetische und verarbeitete Lebensmittel nicht aus echter Sorge um die Nachhaltigkeit vorangetrieben. Nein, die synthetische Biologie wird angestrebt, um einen gewaltigen Kontrollmechanismus aufzubauen. Diejenigen, die die gesamte synthetische Nahrungsmittelproduktion besitzen, werden die Welt im wahrsten Sinne des Wortes beherrschen.

Hierzu ein Zitat von Henry Kissinger: "Wer die Nahrungsmittelversorgung kontrolliert, kontrolliert die Menschen; wer die Energie kontrolliert, kann ganze Kontinente kontrollieren; wer das Geld kontrolliert, kann die Welt kontrollieren."

Kissinger war auch derjenige, der 1974 ein geheimes Strategiepapier für den "Nationalen Sicherheitsrat" verfaßte und darin mit anderen Worten Nahrungsmittel zum "Instrument nationaler Macht" erklärte.

Kurz gesagt: Die Globalisten besitzen und kontrollieren bereits den größten Teil der natürlichen Agrarprodukte, die heute in der Welt angebaut werden. Indem echte tierische Lebensmittel durch patentierte, im Labor hergestellte Proteinalternativen ersetzt werden, steuert das auf eine noch nie dagewesene Macht über die Weltbevölkerung zu.

Bekannt ist auch, daß der Verzehr von ultraverarbeiteten Lebensmitteln zu Krankheiten beiträgt, und der Nutznießer ist natürlich Big Pharma. Die Lebensmittelindustrie hat viele Jahrzehnte lang chronische Krankheiten gefördert, die dann mit Medikamenten statt mit einer besseren Ernährung behandelt werden. (siehe: Heiko Schöning: "Corona 2.0 Neuer Terrorangriff mit Bakterien?!" www.kla.tv/27731)

Unsere ursprüngliche Nahrung ist jedoch eine vollkommene Schöpfung und in ihrer natürlichen Form zu 100 % auf die Bedürfnisse aller Lebewesen abgestimmt. Und wenn Bill und Co. daran rumpfuschen, kreieren sie uns "Frankensteins diabolisches Buffet mit Ekelfaktor". Allerdings wären wir von Kla.TV gerne bereit, die Globalisten, Big Pharma und die Profiteure

der Agenda 2030 über einen längeren Zeitraum dokumentarisch zu begleiten, damit sie uns an ihrem eigenen Leib beweisen können, welche Vorteile ihre Produkte bieten.

Bitte verbreiten Sie diese Sendung und bleiben Sie mit uns am Ball, damit die Pläne der Agenda 2030 für die Völker dieser Welt aufgedeckt und dadurch vereitelt werden können.

Gemeinsam durchbrechen wir die Mauer der Komplexität und des Unwissens.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Januar 2024:

>>**Texas-Grenzstreit: USA standen kurz vor Bürgerkrieg**

In den letzten Tagen ist in den USA ein Streit eskaliert, der fast zu einem Bürgerkrieg hätte führen können. ...

_ von *Thomas Röper*

Deutsche Medien wie der Spiegel haben das Thema verschwiegen, im Spiegel gab es nicht einen Artikel darüber. Die unkontrollierte Migration in die USA ist in der US-Politik ein Dauerbrenner. Und das nicht ohne Grund, denn über die in weiten Teilen vollkommen ungesicherte Grenze zu Mexiko wandern Millionen Migranten unkontrolliert in die USA ein, was zu massiven Problemen führt.

Vor kurzem hat der texanische Gouverneur Greg Abbott die Sache selbst in die Hand genommen. Er hat die texanische Nationalgarde an die Grenze geschickt, um sie mit Soldaten und Stacheldraht zu sichern. Bundesbeamte, die Washington unterstehen, hat er nicht mehr zur Grenze gelassen.

Nationalgarden in Alarmbereitschaft

Das hat dem Weißen gar nicht gefallen. Die Biden-Administration hat gedroht, per Gesetz das Kommando über die texanische Nationalgarde zu übernehmen, was erstens dem texanischen Gouverneur völlig egal war und was zweitens dazu geführt hat, daß 25 von den Republikanern regierte US-Bundesstaaten sich mit Texas solidarisiert haben, einige haben sogar ihre Nationalgarde zur Verstärkung nach Texas geschickt.

Die USA standen, wenn beide Seiten hart geblieben wären, am Rande eines Bürgerkrieges, wenn die Nationalgarden der Bundesstaaten die Befehle aus Washington ignoriert hätten. Und die Nationalgarden in den USA sind mit Panzern und so ziemlich allem bewaffnet, was auch eine Armee im Arsenal hat.

Aber das Weiße Haus ist zurückgerudert und hat angeboten, den Republikanern entgegenzukommen und viele ihrer Vorschläge zur Sicherung der Südgrenze der USA zu unterstützen, wobei das auch bedeutet hätte, daß die Republikaner den Ukraine-Hilfen in Höhe von 60 Milliarden Dollar hätten zustimmen müssen, weil beide Initiativen in einem Gesetzespaket behandelt werden. Das wollen die Republikaner aber nicht.

Der Druck im Kessel steigt

Während deutsche Medien dieses Thema ignoriert haben - im Spiegel gab es nicht einen Artikel darüber - wurde in Rußland darüber berichtet. Hier übersetze ich einen Beitrag des USA-Korrespondenten, den das russische Fernsehen am Sonntagabend in seinem wöchentlichen Nachrichtenrückblick gesendet hat.

Beginn der Übersetzung:

In den USA reift ein neuer Bürgerkrieg

Natürlich ist das noch kein Bürgerkrieg, aber es ist ein Zeichen dafür - und zwar ein sehr deutliches. Die Hitze im "amerikanischen Dampfkochtopf" steigt bedrohlich an. Und das zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes, bei dem die Unnachgiebigkeit ebenfalls den Rahmen sprengt.

Das Weiße Haus hat Texas nichts zu befehlen, der Staat baut die Grenze weiter aus. Das von Gouverneur Abbott ausgerufene Invasionsregime gibt den texanischen Behörden die Befugnis, ihre eigenen Maßnahmen zur Durchsetzung durchzuführen. Bundesagenten und Grenzschutzbeamte dürfen sich den Grenzübergängen nicht nähern. Die texanische Nationalgarde verlegt

gepanzerte Fahrzeuge an die Grenze zu Mexiko: Abrams-Panzer und Bradley-Schützenpanzer.

Abbott: "US-Bundesstaaten haben Recht zur Selbstverteidigung"

Die fahren auf langen Zügen in Richtung Grenze. Im Netz sind Videos von Passanten zu sehen, die die langen Züge filmen und dazu ungläubig murmeln: "Das in unserem Land ..."

Der texanische Gouverneur Gregg Abbott erklärte:

"Texas hat die verfassungsmäßige Befugnis, genau das zu tun, was wir tun, weil die Väter der Verfassung wußten, daß es Zeiten geben würde, in denen die Bundesregierung ihre Arbeit nicht macht und die Bundesstaaten das Recht auf Selbstverteidigung haben."

Diese Zeiten sind jetzt gekommen. Die Karte der Spaltung Amerikas sieht heute so aus: 25 Bundesstaaten - die Hälfte der USA - haben sich an die Seite von Texas gestellt, republikanische Gouverneure haben die Entscheidung des Gouverneurs unterstützt, die Grenzsicherung selbst in die Hand zu nehmen, und die Nachbarstaaten Florida, Oklahoma und Arkansas haben ihre Nationalgarde zur Verstärkung geschickt.

USA werden ethnisch umlackiert

Das Ultimatum Bidens, die Kontrolle über die Grenze an die Bundesbehörden zu übergeben, hat Texas ignoriert. Nach der Verfassung kann der Präsident nun direkt die Kontrolle über die Nationalgarde des Staates übernehmen.

Kristi Noem, die Gouverneurin von South Dakota, empörte sich:

"Joe Biden bedroht unsere staatliche Souveränität. Wenn er das Kommando über die texanische Nationalgarde übernimmt, wäre das ein beispielloser Vorgang. Er übernimmt die Kontrolle und befiehlt dem Militär, die USA nicht zu verteidigen. Niemals zuvor wurde einem Soldaten befohlen, sein Land nicht zu verteidigen."

Ohne feindliche Nachbarn waren die Grenzen der USA im letzten Jahrhundert mehr Symbol als Bollwerk. Ganze Sektoren der amerikanischen Wirtschaft lebten von billigen Arbeitskräften aus dem Süden. Aber erst unter Biden hat die Politik der offenen Tür zu einer echten Katastrophe geführt.

In drei Jahren kamen acht Millionen Migranten aus 160 Ländern - die ganze Welt strömte nach Amerika. Erst jetzt beginnen viele zu begreifen, daß diese Katastrophe selbstgemacht und Teil eines Plans war. Amerika wird sowohl ethnisch als auch politisch "umlackiert".

Kein Kompromiß im Kongreß in Sicht

Der texanische Generalstaatsanwalt Ken Paxton sagte bei Tucker Carlson:

"Die Ziele der Biden-Regierung sind einfach. Ich denke, es geht um zwei Dinge. Sie brauchen mehr Menschen, die für sie stimmen, und dies ist eine großartige Gelegenheit, sie hierher zu bringen. Dann werden sie ihnen Amnestie gewähren. Und sie bringen sie vor allem in die republikanischen Bundesstaaten. So wollen sie den republikanischen Staaten schaden, nehme ich an, denn mit den Migranten sind Kosten verbunden."

Aber je schlimmer es an der Grenze wird, desto besser. In der Hitze des Wahlkampfes nutzen beide Lager die Erpressung mit Migranten. Nachdem sein Ultimatum an Texas gescheitert war, gab Joe Biden eine Erklärung ab, in der er versprach, die Grenze zu schließen, sobald der Kongreß dem parteiübergreifenden Abkommen zustimmt, das auch die Hilfe für die Ukraine beinhaltet.

Biden sagte:

"Das, worauf man sich geeinigt hat, wäre, wenn es in Kraft tritt, das härteste und fairste Reformpaket zur Sicherung der Grenze, das wir je in unserem Land hatten. Es hätte mir als Präsident eine neue Notfallbefugnis gegeben, die Grenze zu schließen, wenn sie überlastet ist. Und wenn ich diese Befugnis bekäme, würde ich sie an dem Tag nutzen, an dem ich das Gesetz unterschreibe."

Aber niemand glaubt dem anderen mehr. Die Republikaner im Kongreß scheinen nicht wirklich zu wollen, daß Biden die Grenze rettet, und wollen ihn daran scheitern lassen, zumal der Gesetzentwurf viermal mehr Geld für die Ukraine vorsieht als für die Südgrenze.

Weitere Verhandlungen seien in dieser Form sinnlos, antwortet der Sprecher des Unterhauses Mike Johnson dem Präsidenten:

"Wenn die Gerüchte über den Gesetzesentwurf wahr sind, ist er im Repräsentantenhaus ohnehin zum Scheitern verurteilt. Ich habe deutlich gemacht, daß wir den Gouverneur von Texas in seinen heldenhaften Bemühungen unterstützen, die Bürger seines Staates und alle Amerikaner zu schützen."

Trump profitiert vom Grenzstreit

Alles, was in Texas passiert, spielt weiterhin Trump in die Hände. Vor allem Bidens Hilflosigkeit. Trump veröffentlicht einen Aufruf an 25 Gouverneure, Truppen der Nationalgarde zur Verstärkung nach Texas zu schicken, und verlangt, daß der Kongreß die Zweiparteienvereinbarung blockiert. Er verhält sich wie der amtierende Präsident eines parallelen Amerikas. Trump äußerte:

"Unser Land stirbt. Unsere Grenze ist offen. Das ist eine offene Wunde. So etwas hat es noch nie gegeben. Wir warten darauf, daß eine Katastrophe passiert. Bei der von Biden propagierten Grenzsicherung geht es nicht darum, die illegale Einwanderung zu stoppen, sondern darum, die Invasion Amerikas fortzusetzen, während Milliarden von Dollar in die Ukraine und andere Länder fließen."

Der Sieg in New Hampshire brachte Trump der Nominierung der Republikaner näher, aber er wurde noch nicht zum einzigen und unverzichtbaren Kandidaten. Niki Haley ist immer noch eine Alternative, die auch von den Demokraten als angenehmere Gegnerin angesehen wird.

Der Plan B der Demokraten

Ob es eine Alternative zu Biden gibt, sagt die Demokratische Partei noch nicht, aber sie bereitet eindeutig einen Plan B vor. In seinen Wahlkampfreden spricht Joe Biden nicht über die Zukunft und die Rettung des Landes, er spricht über die Erfolge der "Bidenomics" und verteufelt Trump, wobei er sich wieder versprochen und Trump bereits als amtierenden Präsidenten bezeichnet hat.

"In den letzten Wochen sehen wir erste Anzeichen dafür, daß die amerikanischen Verbraucher echtes Vertrauen in die Wirtschaft gewinnen. Wissen Sie, wer das noch sieht? Donald Trump. Haben Sie gehört, was er kürzlich gesagt hat? Er sagte, er wolle, daß die Wirtschaft dieses Jahr zusammenbricht. Der amtierende Präsident", verhaspelte sich US-Präsident Joe Biden während einer Rede in South Carolina, ohne sich hinterher zu korrigieren.

Ein mögliches Szenario, das die Demokraten jetzt diskutieren, ist bis Mai durchzuhalten und Biden dann aus dem Rennen zu nehmen. Dann kann man ihm alle Mißerfolge innerhalb und außerhalb der USA anlasten: die Flucht aus Afghanistan, das Versagen in der Ukraine und in Israel.

Aber es ist unwahrscheinlich, daß die derzeitige Regierung es schafft, die Truppen aus dem Irak abzuziehen und im Krieg gegen die Huthis zumindest irgendwelche Erfolge zu erzielen. Gerade haben die als Reaktion auf einen weiteren Luftangriff der USA und Großbritanniens einen Supertanker mit Paraffin für das Pentagon mit einer Rakete getroffen. Nicht einmal in Washington sieht irgendwer ein gutes Szenario.

Der Kampf der zwei Amerikas

Umfragen zufolge ist die große Mehrheit der Amerikaner mit der bevorstehenden Wahl zwischen Biden und Trump unzufrieden, aber das politische System kann ihnen nichts anderes bieten.

In den 10 Monaten vor der Wahl haben sich die beiden Amerikas maximal voneinander entfernt und leben in unterschiedlichen Realitäten, so die Autoren eines Artikels in der New York Times, die schreiben:

"Wenn Amerika jemals politisch so gespalten war, dann nur während des Bürgerkriegs. Die bevorstehende Präsidentschaftswahl ist ‚ein Aufeinandertreffen zweier Präsidenten aus sehr unterschiedlichen Ländern‘. Das bevorstehende Aufeinandertreffen von Biden und Trump geht über die übliche Spaltung der beiden Parteien zwischen liberal und konservativ hinaus. Es geht jetzt um Ideologie, Rasse, Religion, Kultur, Wirtschaft, Demokratie, Vergeltung und Identität."

Grenz-, Kongress- und Verfassungskrisen - Amerika war in der jüngeren Geschichte noch nie so gespalten. Die Konfrontation von Texas mit dem Weißen Haus und seine Unterstützung durch die Hälfte der Bundesstaaten hat die Frontlinie des Kalten Bürgerkriegs markiert. Aber noch hat nicht jeder begriffen, daß die amerikanischen Eliten, indem sie die Sicherheit des Landes aufs Spiel setzten, deutlich gezeigt haben, daß ihnen Amerika im Kampf um die Macht völlig egal ist.

Ende der Übersetzung

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

01.02.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2024: >>Alice Weidel zu Ampel: "Sie hassen Deutschland"

Von *COMPACT Redaktion*

Große Empörung über AfD-Fraktionschefin Alice Weidel und ihre Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt - der Kölner Stadt-Anzeiger spricht schon aufgeregt von einer "Haß-Rede". Tatsächlich hielt Weidel eine glänzende Rede, die wir im folgenden dokumentieren. ...

Alice Weidel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die beiden Vorredner haben eindrucksvoll gezeigt, daß es ihnen an Ernsthaftigkeit für die wahren Belange und Probleme der Bürger in diesem Lande fehlt. (Beifall bei der AfD)

Es brennt in Deutschland. (Lamya Kaddor: Sie haben ja auch das Feuer gelegt!)

Und diese Regierung aus überforderten Fehlbesetzungen und starrsinnigen Ideologen ist der Brandstifter. Die geschundenen Leistungsträger dieses Landes gehen auf die Straße: (Sven-Christian Kindler : Zahlen Sie eigentlich noch Steuern in Deutschland?)

Correctiv: Die Hilfsstasi der Bundesregierung

Bauern, Handwerker, Mittelständler, Gastwirte, Händler, Transportunternehmer. Sie protestieren weiter, weil sie nicht mehr können - verschwiegen von den Medien. (Lamya Kaddor: Die machen eine bessere Arbeit, als Sie es sich vorstellen können!)

Drei Viertel der Deutschen stehen hinter den Mittelstandsprotesten, drei Viertel wünschen sich ein Ende dieser Regierung. (Beifall bei der AfD)

Sie ziehen eine Schneise der Verwüstung durch dieses Land. (Saskia Esken: Sie sollten Kinderbuchautorin werden!) - Der Kinderbuchautor sitzt da, Frau Esken. -

Aber statt zu korrigieren, setzen Sie sich an die Spitze einer beispiellosen Verleumdungskampagne, wie gerade hier eindrucksvoll geschildert, gegen die Mittelstandsproteste (Zuruf von der SPD: Was war das in Potsdam?) und gegen die Oppositionskraft, auf die immer mehr Bürger ihre Hoffnung setzen, frei nach dem Motto: "Wird der Bürger unangenehm, bezeichne ihn als rechtsextrem." (Beifall bei der AfD)

Ihre Hilfsstasi "Correctiv", eine der vielen Nichtregierungsorganisationen, die von Ihrer Regierung mit reichlich Steuergeld versorgt wird, hat Ihnen dafür die Vorlage geliefert mit

unglaublichen Lügen, Verleumdung und übelster Nachrede. (Dr. Irene Mihalic: Mit Beweisen, Frau Weidel! - Dr. Christoph Hoffmann : Das waren Ihre Mitglieder!)

Die Chefin von "Correctiv" lügt jetzt vor sich hin, sie hätte das Wort "Deportation" nie benutzt.

Beifall für "AfDler töten"

So weit ist es schon gekommen: steuerfinanzierte Denunziation gegen eine Konkurrenzpartei. (Beifall bei der AfD) ... Sie schämen sich nicht einmal - Sven-Christian Kindler: Sie schämen sich nicht!) das Demonstrationsrecht zu pervertieren, ein Freiheitsrecht der Bürger gegenüber dem Staat und nicht umgekehrt. Statt den Menschen zuzuhören, die ihre Not in die Öffentlichkeit tragen, demonstrieren Sie selbst gegen die Opposition. Und Sie finden auch nichts dabei, wenn auf solchen Demos ganz offen Mordaufrufe gegen Oppositionspolitiker zur Schau gestellt werden. "AfDler töten" steht dort, und Sie klatschen Beifall. (Zuruf von der AfD: Pfui!)

Der Bundespräsident bezeichnet AfD-Wähler als Ratten und die FDP-Spitzenkandidatin AfD-Wähler als Schmeißfliegen. Schämen Sie sich! Schämen Sie sich in Grund und Boden! (Beifall bei der AfD) Mit Ihren unsäglichen steuerfinanzierten Verleumdungs- und Rufmordkampagnen spalten Sie dieses Land, nur um sich an Ihre eigene Macht zu klammern. (Beifall bei der AfD - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Reparatur der Reparatur eines mißglückten und aufgeblähten Haushaltsentwurfs ist ein Dokument Ihrer Arroganz und Ihres Unvermögens. Sie reden vom Sparen; aber Siebürden die Lasten allein den Bürgern auf.

Die Stimmung bei den Unternehmen ist am Boden. Die Ampel ist das größte Standortrisiko für Deutschland. (Beifall bei der AfD) Mittelständische Unternehmen werfen reihenweise das Handtuch und ergreifen die Flucht. Die Liste der Firmen, die zigtausend Stellen streichen oder ins Ausland verlagern, wird täglich länger. Klangvolle Namen stehen darauf: von BASF, Bayer und Bosch über Continental, Mercedes und Miele bis SAP und ZF. Deindustrialisierungsminister Habeck, der bekanntlich Vaterlandsliebe stets "zum Kotzen" fand, fordert die Unternehmen nun zum Patriotismus auf und damit, Pleite zu gehen.

Unsummen für Friseure und Fotografen

Das ist das Konzept dieser Bundesregierung. Deutschland steckt tief in einer Rezession. Als einziges Industrieland schrumpft es, und dafür trägt weder Putin die Verantwortung noch die Welt noch irgendeine herbeiphantasierte Weltklimakatastrophe. Diese unfähige Regierung trägt als Einzige die Verantwortung für das Desaster in unserem Land, (Beifall bei der AfD) und zwar mit Ihrer zerstörerischen Politik der künstlichen Energieverknappung und Energieverteuerung, des unablässigen Drehens an Steuerschrauben, der Verbots politik, der Enteignung, der Geldverschwendung, während Sie den Leuten das Märchen vom reichen Land erzählen.

Reich ist in Deutschland nur der überfütterte, übergriffige Staat, aber nicht der Steuerzahler. (Beifall bei der AfD - Sven-Christian Kindler: Wo zahlen Sie Steuern, Frau Weidel?) Hunderttausende Deutsche erhalten in diesen Tagen ihre Heizkostenabrechnung und wissen oft nicht, wie sie sie bezahlen sollen. Normalverdiener, Rentner, Familien, Mittelständler, Freiberufler müssen sich Jahr für Jahr mehr einschränken, um noch über die Runden zu kommen.

Sie selbst aber denken gar nicht daran, sich einzuschränken. Sie gönnen sich neue Hub-schrauber und Fuhrparks. Ihre Kabinettsmitglieder geben Unsummen für Friseure und Fotografen aus. Die Außenministerin fliegt mit großem Troß in peinlicher Mission weltweit, während der Durchschnittsverdiener nicht weiß, was er sich überhaupt noch leisten kann.

Geschenke an die Günstlinge und Ökokühlschränke für Kolumbien

Und Sie halten an Ihrem Protzkanzleramt für sage und schreibe fast 800 Millionen Euro fest. Der gigantomanische Erweiterungsbau kostet allein fast so viel wie das jährliche Sonderopfer, das Sie den Bauern abverlangen wollen. (Beifall bei der AfD) Sie haben den Beamtenapparat in nur zwei Jahren um rund 11.500 Stellen aufgebläht. Schön für Ihre Günstlinge, schlecht für die Steuerzahler, denen der ganze Spaß 8 Milliarden Euro kostet. (Sven-Christian Kindler: Sie zahlen doch keine Steuern!) Wo andere Regierungen ihr internationales Engagement überdenken und zurückfahren, drängen Sie sich überall auf mit dem deutschen Steuergeld. (Sven-Christian Kindler: Sie zahlen doch gar keine Steuern hier, Frau Weidel! Sie zahlen doch Steuern in der Schweiz!)

Die eigenen Bauern bedrohen Sie in der Existenz, um eine knappe Milliarde Euro zu sparen; aber für unsinnige Agrarprojekte in der Welt geben Sie weiter Hunderte Millionen Euro aus. Die vielzitierten Radwege in Peru sind nur eines von Hunderten überflüssigen Entwicklungshilfeporhaben, die in der Summe den Steuerzahler 33 Milliarden Euro kosten - für nichts, nur für Ihre NGO- Günstlinge. (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle - Sven-Christian Kindler: Sie sind gar keine Steuerzahlerin in Deutschland!)

Sie verpulvern dieses Geld ohne Gegenleistung für Ökokühlschränke in Kolumbien, feministische Außenpolitik in Südafrika, für die Taliban in Afghanistan und für Hamasterroristen in Gaza. (Bettina Hagedorn: Das ist eine Lüge! - Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Selbst nach Indien gehen Milliarden, obwohl Indien zum Mond fliegt, während bei uns die Infrastruktur zerfällt, die Schulen vergammeln und die Schüler teilweise nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen können. (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle)

Gegen die Gesetze der Physik und der Logik treiben Sie das Planwirtschafts- und Subventionsmonster Energiewende weiter voran.

Das Bürgergeld als Migrationsmagnet

In der Energiepolitik ist Deutschland der Geisterfahrer der Welt. Die Kosten sprengen alle Dimensionen. Sie sind der Hauptgrund für die Haushaltskrise. Sie summieren sich auf fast 1 Billion Euro. Das ist eine Eins mit wie vielen Nullen, Herr Habeck? - Wissen Sie nicht. Das sind keine Investitionen in die Zukunft; das ist die teuerste Zerstörung einer funktionierenden Infrastruktur, die die Welt je gesehen hat. (Beifall bei der AfD)

Sie fluten das Land weiter mit illegalen Migranten. Jeder kann kommen, keiner muß gehen. Sie bürgern im Akkord neue Wähler ein, verschaffen Illegalen über das Chancen-Aufenthaltsgesetz eine Scheinlegalität. Ihr Abschiebungsbeschleunigungsgesetz ist ein Abschiebungsverhinderungsgesetz, wenn der Steuerzahler abgelehnten Asylbewerbern auch noch einen Anwalt bezahlen muß, um weiter gegen die überfällige Ausreise zu prozessieren. (Dr. Wiebke Esdar: Dann nennt man das Rechtsstaat!)

Windräder

Mit dieser Politik treiben Sie die Kommunen in die Verzweiflung, sprengen die Sozialsysteme, verschärfen die Wohnungsnot und untergraben die innere Sicherheit. Aber vor allem: Sie nehmen den Deutschen ihre Heimat. (Beifall bei der AfD - Sven-Christian Kindler: Sie wohnen doch gar nicht in Deutschland!)

Über 1.000 Frauen werden jedes Jahr Opfer sexueller Gewalt durch Zuwanderer, (B) (Lamya Kaddor: Hat Ihr Mitarbeiter die Rede geschrieben?) 7.000 seit dem Willkommensputsch der CDU-Kanzlerin von 2015.

Aber darüber schweigen Sie; darüber schweigen auch die Medien. Unter dem Schwindel-etikett "Bürgergeld" haben Sie einen Migrationsmagneten geschaffen, dessen Kosten längst außer Kontrolle sind. Das nächste Haushaltsloch steht schon vor der Tür. (Zuruf von der SPD: Unanständiger geht es nicht!) Sie lassen die Bürger im Stich, wo der Staat dringend gebraucht

würde. Wo bleibt die Entschädigung an die vielen Impfgeschädigten Ihrer Covid-Impfung? Wo bleibt die eigentlich? Wo bleibt überhaupt die Aufarbeitung dieses ganzen Desasters? (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle)

Wieder und wieder habe ich hier aufgeführt, was nötig ist, um dieses Land auf Vordermann zu bringen. Noch mal: Schließung und Kontrolle der Grenzen, Zurückweisung illegaler Einwanderer, Rückführung abgelehnter und krimineller Asylbewerber und jener, die kein Aufenthaltsrecht haben - das ist die Durchsetzung von Recht und Gesetz nach Jahren der Herrschaft des Unrechts; (Beifall bei der AfD) Sie wollen Abschiebungen kriminalisieren; das haben wir gesehen in Ihrer Kampagne -, Stopp der Energiewende, Beschränkung der Staatsausgaben und natürlich Streichung des Bürgergelds für ausländische Staatsbürger, die nie in die Sozialkassen eingezahlt haben; Sach- statt Geldleistungen ist die Devise.

"Sie hassen Deutschland"

Aber rationale Argumente erreichen Sie schon gar nicht mehr. Sie können Deutschland nicht gut regieren, und Sie wollen es nicht. Sie richten es zugrunde. Und ich sage Ihnen auch, warum: Weil Sie Ihr eigenes Land, weil Sie Deutschland hassen. (Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Sven-Christian Kindler : Sie wohnen gar nicht in Deutschland!) Diese Regierung haßt Deutschland. (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Akzeptieren Sie wenigstens die Möglichkeit eines demokratischen Machtwechsels, und machen Sie den Weg frei für Neuwahlen. Ich bedanke mich. (Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle) ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.360/...): >>>Stellungnahme: AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg bestätigt, daß sie den "Parteienstaat" abschaffen will

Aktuell melden einige Medien unter Berufung auf einen Redebeitrag des AfD-Abgeordneten im Landtag Brandenburg, Lars Hünich, MdL, die AfD wolle den Parteienstaat abschaffen (Die AfD will "den Parteienstaat abschaffen" (bz-berlin.de)).

Stellungnahme des Abgeordneten Lars Hünich, MdL:

"Parteienstaat ist ein in der Staatstheorie feststehender Begriff für eine Form der systematischen Korruption, bei der politische Parteien alle Organe des Staates durchdringen und in ihrem Sinne umfunktionieren. Parlamente werden im Parteienstaat von Volksvertretungen zu reinen Zustimmungsgremien für parteipolitische Interessen. Das ist exakt das, was wir in den letzten Jahren in Deutschland beobachten konnten.

Ja, diesen Parteienstaat wollen wir abschaffen, unserem Grundgesetz und unseren Parlamenten endlich wieder zur vollen Geltung verhelfen und wesentlich mehr Instrumente direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild einführen, wie etwa Volksentscheide auf Bundesebene und die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk. Weniger Parteienstaat, mehr demokratische Volksvertretung: Dafür setzen wir uns als AfD-Fraktion ein."

Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Christoph Berndt, MdL:

"Das Grundgesetz sieht einen Einfluß der Parteien auf die staatlichen Institutionen vor, nicht aber jene Dominanz, die wir heute beobachten. Eines unserer Hauptanliegen als AfD-Fraktion ist es, den Einfluß der Parteien wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückzufahren und die Volkssouveränität sowie die Unabhängigkeit der Legislative, Judikative und Exekutive durch mehr Instrumente direkter Demokratie zu stärken. Auch das ist kein Verbrechen, sondern ein Versprechen."

Information (aus Parteienstaat - Wikipedia):

"Ein "Parteienstaat" ist ein Staat, in dem die durch imperatives Mandat an ihre Parteien gebundenen Abgeordneten ("Fraktionsdisziplin") im Parlament nur noch die bereits abseits der Öffentlichkeit in Ausschüssen oder Parteikonferenzen getroffenen Entscheidungen ratifizie-

ren. Er hat eine besondere Struktur in der modernen westlichen Demokratie, er wird gedeutet als Ergebnis eines unumkehrbaren Strukturwandels vom liberal-repräsentativen parlamentarischen System zur parteienstaatlichen Massendemokratie. Damit geht der Charakter der selbstständigen Willensbildung und Entscheidungsfindung im Parlament verloren.

Der Volks- oder Gemeinwille wird damit vor allem von den politischen Parteien geprägt. Den Parteien wird eine ausgeprägte Selbstbedienungsmentalität der Parteien und Parteipolitisierung des Beamtentums nachgesagt, zudem die Bildung eines Kartells der Parteiliten - eine "politische Klasse", die nur aus selbstsüchtigen Gründen an der Systemerhaltung interessiert ist. Nicht wenige deuten dies als "Verfallserscheinung der Republik" und als demokratiewidriges Emporkommen eines fast "absolutistischen Cäsarismus des oder der Parteiführer". ...

In Deutschland gilt der Marsch der Parteien durch die Institutionen des Staates als besonders bedenklich, sie haben es sich mit staatlichen Geldern komfortabel eingerichtet; übertroffen wird dies noch von Österreich, wo Parteien Funktionäre in zahlreiche halbamtliche Interessenvertretungen delegieren (Austrokorporatismus). In der Schweiz hingegen ist die Ausprägung durch die starken direktdemokratischen Elemente viel schwächer. ...

Der Parteienstaat wird zum vollständigen Parteienstaat, wenn sich alle Staatsgewalten - Legislative, Exekutive und Judikative - ausschließlich in den Händen formierter gesellschaftlicher Kräfte wie der politischen Parteien befinden. Diese Art eines Gesellschaftssystems wird auch "Parteiherrschaft" genannt.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden Tendenzen zur Parteienstaatlichkeit auch kritisiert von Erich Koch-Weser, Carl Schmitt, Othmar Spann und Oswald Spengler, hingegen in der zweiten Hälfte gerechtfertigt durch die Parteienstaatslehre des Gerhard Leibholz." ...<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**Stern-Aktion gegen Rechts: Die peinliche Stumpfheit der Massen-Künstler**

Im Stern-Magazin haben sich zahlreiche Prominente gegen die AfD positioniert. Helene Fischer, Mario Barth und Udo Lindenberg rufen zum Kampf "für die Demokratie" auf. Eine peinliche Aktion, die nur zeigt, daß diese Stars bereits sind, alles zu machen, was ihnen ohne Aufwand Aufmerksamkeit bringt.

Larissa Fußer

Vor zehn Jahren ging ein skurriler Trend viral. Prominente auf der ganzen Welt begossen sich vor laufender Kamera mit Eiswürfeln - angeblich um auf die Krankheit ALS aufmerksam zu machen, eine schwere neurologische Erkrankung, an der unter anderem auch Stephen Hawking litt. Doch ob überhaupt einer der beteiligten Stars wußte, was es mit dieser Krankheit auf sich hatte, darf bezweifelt werden. Schnell wurde die "Ice Bucket Challenge" zur "witzigen" Massenbewegung - zu einer Welle, die auch Prominente wie Anne Will, Otto Waalkes und Elyas M'Barek mitritten. Immerhin brachten die Videos Klicks und man konnte ohne Aufwand so tun, als würde man sich für das Leid der Armen und Kranken interessieren.

In diesen Tagen hat der Stern nun einen ähnlichen Trend losgetreten. Stolz präsentiert das Magazin auf seinem Cover einen "exklusiven Aufruf zum Kampf gegen Rechtsextremismus". "Nicht mit uns" steht in großen Lettern auf dem Titelblatt, dahinter sind Stars wie Helene Fischer, Florian Silbereisen und Udo Lindenberg zu sehen. Die Titelgeschichte besteht aus 28 Statements von mehr oder weniger bekannten Musikern, Schauspielern, TV-Sternchen, Unternehmern, Influencern und Komikern, die sich "für die Demokratie" aussprechen wollen.

Die Sängerin Helene Fischer beispielsweise verkündet: "Wir müssen unsere Werte und unsere Demokratie jetzt verteidigen und dürfen das Feld nicht den Antidemokraten überlassen. Bei den kommenden Wahlen, in Deutschland und in Europa, wird entschieden, in welchem Land wir zukünftig leben werden. Tut das Richtige, geht zur Wahl! Für die Demokratie und gegen die Extremisten!" Man kann sich mühelos vorstellen, wie die Schlagersängerin in einem Glitzerkostüm die letzten zwei Sätze in ihrer weichen Werbestimme auf einer ihrer Megashows

ins Mikrofon säuselt. Ganz nach dem Motto: "Ihr seht heute alle so wunderschön aus! Und denkt dran: Geht zur Wahl gegen die Extremisten."

"Faschos verpißt euch"

Der alte Rocker Udo Lindenberg gibt sich cooler: "Jetzt muß was passieren, kein Kuschelkurs mehr mit den Demokratiezerstörern der AfD ... Menschenrechte statt rechte Menschen, bunt statt braun, Naziland ist abgebrannt, und das soll auch so bleiben. Also, Faschos verpißt euch, keiner vermißt euch", bellt der Rentner-Rebell. 1983 nahm er noch Erich Honecker in seinem Song "Sonderzug nach Pankow" auf die Schippe - und provozierte damit das DDR-Regime - heute reicht es offenbar nur noch für billige Oppositionsbeleidigung.

Und es geht noch weiter. Schlagstar Florian Silbereisen will, daß "niemand Angst haben muß", Sängerin Maite Kelly wünscht sich eine "Kette von liebevollen Händen aller Klassen, Religionen, Konfessionen, die sich festhalten und verbinden".

Selbst "Kennste, Kennste-Komiker" Mario Barth hat sich ein Statement abgerungen: "Rassismus und Antisemitismus muß man bekämpfen. Das ist nicht zum Lachen". Tja, mein Beileid. Sein Comedy-Kollege Atze Schröder tritt härter zu: "Ich habe Fotos der Demo gepostet und dazu 'Fuck AfD' geschrieben. Daraufhin haben mich einige Follower beschimpft. Ich sei ferngesteuert, und man würde mich löschen. Dazu sage ich: Nur zu. Verpißt euch! Auf Wiedersehen! Aber es eilt nicht". Na wunderbar, da lebt jemand die Publikumsbeschimpfung, meine ehemalige Deutschlehrerin wäre stolz.

Was versprechen sich diese Menschen von so einer Aktion? Würden sie sich wirklich "für Demokratie" einsetzen wollen, könnten sie schwerlich Widerstand gegen eine Partei propagieren, die in manchen Bundesländern nach aktuellen Umfragen über 36 Prozent der Wähler für sich begeistern kann. Nein, man kauft diesen Menschen nicht ab, daß sie ernsthaft plötzlich ihr politisches Interesse entdeckt haben und sich für eine lebenswertere Leben in Deutschland einsetzen wollen. Stattdessen machen diese Promis das, was sie immer tun - und zwar alles, was ihnen ohne viel Anstrengung Aufmerksamkeit beschert.

"Ice Bucket Challenge" gegen Rechts

Was all jene Stars und Sternchen vereint, die dem Stern einen Dreizeiler zugeschickt haben, ist, daß sie sich als Massenkünstler verstehen. Sie singen für Hunderttausende, moderieren schnarchöde Sonntagnachmittag-Shows in den Öffentlich-Rechtlichen, hauen ein paar abgedroschene Lacher im Spätprogramm raus, die bei vielen Menschen eher Fremdscham als einen Lachreflex auslösen.

Sie verstehen ihre Kunst nicht als Störfaktor, der die Menschen zum Nachdenken anregt - so wie es beispielsweise die Schauspieler der "Allesdichtmachen-Bewegung" in der Coronazeit grandios umgesetzt haben. Ihre "Kunst" soll Millionen ansprechen - da ist kein Platz für Originalität oder Wagnis. So wie auch Angela Merkel Politik machte, üben diese Menschen ihren Beruf aus, indem sie erst aufmerksam horchen, was den Massen gefällt und dann genau das bedienen.

Was der Stern auf sein Titelblatt gebracht hat, könnte man also getrost als die "Ice Bucket Challenge" gegen Rechts bezeichnen. Eine peinliche PR-Aktion, die zwar so tut, als hätte sie einen ernsthaften Hintergrund - tatsächlich aber nur Aufmerksamkeit und den stumpfen Beifall der gleichgesinnten Genossen generieren soll.

Doch während das Eiswasser der ALS-Challenge zumindest physisch den ein oder anderen wach gemacht haben dürfte, wird die Stern-Aktion niemanden "aufwecken". Der Kampf gegen Rechts wirkt auf gesellschaftlicher Ebene vielmehr einlullend, einschläfernd. Denn: Wer hat noch Zeit und Kraft, sich über die Ampel-Politik zu ärgern, wenn er den ganzen Sonntag vor dem Fernseher sitzend gemeinsam mit Helene Fischer ein zweites 1933 verhindert?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2024: >>**Thüringer Landtag: AfD gegen Hetz-Front**

Von *Sven Eggers*

Im Thüringer Landtag hat die AfD Remigration gefordert und dabei auch die Hetzkampagne der vergangenen Wochen zurückgewiesen. ...

Für die AfD hat Landessprecher Stefan Möller im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Thüringer Landtag am Mittwoch umrissen, was mit Remigration wirklich gemeint ist. Denn, so die Erläuterung seiner Fraktion zu dieser Diskussion: "Während die öffentliche Debatte in eine hysterische Umdeutung des Begriffs abgeleitet, wird die Notwendigkeit wirkungsvoller Remigrationsmaßnahmen auch in Thüringen jede Woche deutlicher."

Ganz und gar legal

Es gehe um die Abschiebung von Personen, die in Deutschland nichts zu suchen haben, weil sie eben ausreisepflichtig sind, so Möller. Dies sei voll und ganz rechtsstaatlich, gegenteilige Behauptungen hingegen seien bewußte und gezielte Falschdarstellungen.

Möller wies auch darauf hin, daß selbst das regierungstreue Netzwerk Correctiv derzeit darum bemüht sei, vom Begriff der Deportation wieder abzurücken. Man versuche quasi, die Fakes loszuwerden. Dies sei das klassische "Verhaltensmuster notorischer Lügner", so Möller.

Zur Motivation führte der AfD-Redner weiter aus: "Die Chance, die die Remigration bietet, die soll umgedeutet werden in einen Nazi-Deportationswahn. Das ist das Ziel der ganzen Kampagne. Dabei ist die Remigration eigentlich die Lösung vieler Probleme."

Zu Beginn der Rede Möllers demonstrierten Abgeordnete anderer Fraktionen mit "Nie wieder-Plakaten" und wurden immerhin mit entsprechenden Ordnungsrufen bedacht.

Redner anderer Parteien drehten denn auch wie erwartet völlig frei. Der SPD-Abgeordnete Hartung war toderntst darum bemüht, Höcke-Veröffentlichungen mit Hitlers Mein Kampf zu vergleichen, der CDU-Abgeordnete Schard leugnete den Begriff "Massenzuwanderung", Rednerinnen der Grünen und der Linken sangen ungeniert das Lied vom wiederaufstehenden NS. Auch in Thüringen sind die Attacken der Haßerfüllten jetzt noch schärfer, dreister, unverschämter und verlogener als zuletzt.

In Panik wegen Machtverlust

Haß und Hetze sind verbissen wie nie. Patrioten müssen dagegenhalten. Der Höcke-Taler würdigt den Mann, der im Jahr 2024 die politische Wende möglich machen kann: Björn Höcke als Ministerpräsident Thüringens, das wäre der patriotische Durchbruch für Deutschland. Das wissen auch die Vertreter der Altparteien und wehren sich verzweifelt gegen den Verlust der Macht.

Das Beispiel Saale-Orla-Kreis verdeutlicht: Wenn sich auf der Zielgeraden vor dem Urnengang am 1. September eine absolute Mehrheit für die AfD in Thüringen abzeichnen sollte, dürfte das dazu führen, daß sich alle Kräfte des Establishments hinter jener Altpartei versammeln, die die besten Aussichten hat, diese noch stoppen zu können. In Thüringen wäre das vermutlich die CDU, da Ramelows Linkspartei abschmieren wird. Dunkelrot, Rot, Grün und die FDP würden also in der Not ihre Anhänger dazu aufrufen, die Schwarzen zu wählen, um eine blaue Regierung zu verhindern - auch wenn das für einige der Genannten das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bedeutet.

Das könnte Höcke am Ende doch noch den Sieg kosten. Es wird in einem Kopf-an-Kopf-Rennen viel davon abhängen, daß sein Offensivgeist nicht durch parteiinterne Bedenkenräger ausgebremst wird, die ihn für die Gewinnung der sogenannten Mitte zurechtschleifen wollen. Denn nicht bei unzufriedenen Wählern von CDU und FDP gilt es, das größte Reservoir an Stimmen neu zu erschließen, sondern bei den Nichtwählern, je nach Bundesland zwischen 25 und 40 Prozent.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.361/...):

>>Nach Vergewaltigung: Regensburger Schule warnt vor Schulweg für Mädchen

Nach einer Vergewaltigung in einem nahegelegenen Park hat eine Regensburger Schule nun einen Elternbrief zur Schulwegsicherheit für Mädchen versendet. In diesem wird darauf hingewiesen, Mädchen sollten in Gruppen und keineswegs im Dunkeln unterwegs sein. Gegen den Mißbrauch des Briefs durch "rechte Kreise" wehrt sich der Schulleiter.

Von *Redaktion*

Nachdem im Regensburger Fürst-Anselm-Park am helllichten Tag eine 27-Jährige von zwei Männern mit "arabischem Aussehen" vergewaltigt wurde, hat die nahegelegene St. Marien-Schule am Dienstag einen warnenden Elternbrief versendet. Die Schulleitung ermahnt die Eltern, Mädchen sollten sich im besten Fall nur in Gruppen auf den Schulweg begeben und sich dabei möglichst nur auf beleuchteten Straßenabschnitten bewegen. Dunkelheit sollte "in jedem Fall gemieden werden."

Weil die "Schulwegsicherheit" der Schulleitung am Herzen liege, sollten Eltern Ihre Kinder bitten, die Bahnhofsgegend als auch den besagten Fürst-Anselm-Park trotz erhöhter Polizeipräsenz zu meiden, da beide nach wie vor "tagsüber Kriminalschwerpunkte sind." Die Schule liegt nur wenige hundert Meter von beiden Brennpunkten entfernt. Des Weiteren forderte die Schulleitung die Eltern im Rahmen eines Schulballs, der am Mittwoch stattfand, auf, "ihre Töchter zum Ende der Veranstaltung abzuholen."

Das Schreiben betont zwar, daß für diese Veranstaltung am vergangenen Mittwoch eine erhöhte Polizeipräsenz im Schulgebiet vorgesehen ist, Zutritt zum Schulball erlangt man aber nur durch eine im Vorfeld erworbene Eintrittskarte. Bei der Veranstaltung handelt es sich zudem nicht um Angebot für Jugendliche, sondern um einen "Unterstufenball", an dem also auch Kinder teilnehmen.

Der Mittelbayerischen teilte der Schulleiter, Hans Lindner, mit, er habe das Schreiben nur aus "gegebenen Anlaß" veröffentlicht, es handele sich um rein präventive Maßnahmen und er wolle keineswegs Panik stiften. An der Schule selbst sei in den vergangenen Jahren nie etwas geschehen, unterstrich Lindner. Und dennoch warnt die Schulleitung jetzt eindrücklich vor dem Schulweg.

Die Schule bietet deshalb auch Selbstverteidigungskurse an, sei videoüberwacht und hätte die mutmaßliche Vergewaltigung "in einer sensiblen Form" im Unterricht thematisiert, sagt Lindner. Aber "es ist nie was passiert - und das soll so bleiben", erklärte der Schulleiter.

Es würde ihn ärgern, daß der Brief im Internet kursiert und aus rechten Kreisen mißbraucht werde. Doch natürlich ist etwas passiert: Die kürzlich stattgefundenen Vergewaltigung - auch wenn es sich nicht um eine Schülerin handelte, war sie doch der Auslöser des Briefs zur Schulwegsicherheit.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Waffenlieferungen: Verbleib der an die Ukraine gelieferten Rüstungsgüter muß geprüft werden!**

Die Bundesregierung ist aktuell nicht bereit, den Verbleib der an die Ukraine gelieferten Rüstungsgüter zu überprüfen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Eugen Schmidt hervor. Eugen Schmidt teilt dazu mit:

"Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt deutsche Rüstungsgüter für die Ukraine ab. Der Verbleib des bereits gelieferten Materials muß aber geklärt werden, es darf nicht auf dem Schwarzmarkt landen. Derzeit häufen sich wieder Berichte über massiven Betrug bei Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine. Diese belegt seit langem einen der hinteren Plätze im Korruptionsindex von 'Transparency International'. Die USA haben bereits den Verbleib zumindest eines Teils der gelieferten Rüstungsgüter an die Ukraine untersucht. Die Kontrolleure konnten ihn aber überwiegend nicht klären. Ich fragte die Bundesregierung, ob sie in Anbetracht dieser besorgniserregenden Untersuchungsergebnisse den Verbleib des von Deutsch-

land gelieferten Materials nicht überprüfen wolle. Die Bundesregierung sieht aber keine Veranlassung zu handeln. Sie prüfe.

Die AfD-Fraktion wird mit Nachdruck auf Endverbleibskontrollen bestehen. Die deutsche militärische Unterstützung für die Ukraine ist mit rund 16 Milliarden Euro fast doppelt so hoch wie die Großbritanniens und Polen zusammengenommen. Die Bundesregierung gibt an, 'Deutschland leistet ... gut die Hälfte der gesamten europäischen Unterstützung für die Ukraine'. Die Bundeswehr hingegen muß von ihren knappen Beständen abgeben, sie ist aufgrund langjähriger Mißwirtschaft nur begrenzt einsatzfähig. Die Infrastruktur Deutschlands verfällt. Die Interessen Deutschlands sind dieser Bundesregierung offensichtlich nachrangig. Sie gehört abgelöst."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**Erdogan-Partei will in den Bundestag**

Die DAVA soll eine Partei für muslimische MigrantInnen werden und gilt als Erdogan-nahe. Schon bei der nächsten Bundestagswahl will sie antreten.

Von *Redaktion*

Die umstrittene Gruppierung "Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch" (Dava), der eine Nähe zum türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan vorgeworfen wird, plant eine Teilnahme an der kommenden Bundestagswahl. Teyfik Özcan, der Vorsitzende von Dava, erklärte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, daß die Gruppierung zunächst ihre Aufmerksamkeit auf die Europawahlen richten wolle, um das Wählerpotential zu mobilisieren. Anschließend sei geplant, sich bundesweit zu etablieren, mit dem Ziel, bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr anzutreten. Aktuell ist Dava noch als politische Vereinigung aktiv, jedoch ist langfristig geplant, sie in eine Partei umzuwandeln.

Dava-Chef Özcan wies erneut Vorwürfe zurück, daß die Gruppierung der verlängerte Arm des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Deutschland sei. Er betonte, daß keine Kontakte zur Erdogan-Regierung oder zu anderen ausländischen Regierungen bestehen.

Dava konzentriert sich nach eigenen Angaben auf Wählerinnen und Wähler, die sich als Minderheiten sehen. Özcan geht davon aus, daß es allein in Deutschland ein Wählerpotential von fünf Millionen Menschen gibt, die als nichtdeutsche Zielgruppe sind. Er äußerte die Zuversicht, daß die Gruppierung ins Europaparlament einziehen werde, gestützt auf positive Rückmeldungen.

Die Pläne zur Umwandlung in eine Partei stießen bei CDU und FDP auf Kritik. Rolf Mützenich, der Fraktionschef der SPD, äußerte am Montag, daß man abwarten müsse, ob die Partei in Deutschland überhaupt relevant werde.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, hält Dava für chancenlos. Er sieht keinen Grund zur Panik und betont, daß eine Partei, die nur nach ethnischen Kriterien gegründet wird und sich ausschließlich auf ethnische Fragen konzentriert, lediglich eine marginale Funktion habe. Sofuoğlu glaubt, daß die politische Arbeit dieser Partei im Laufe der Zeit enden werde, und sieht keine Möglichkeit, daß sie bei der nächsten Bundestagswahl fünf Prozent der Stimmen erhalten könnte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2024: >>**Transgender-Wahn im Stadion: Der Leverkusen-Skandal**

Von *Sven Reuth*

Die Ultras des Fußballclubs Bayer Leverkusen präsentieren auf einem Banner die Auffassung, daß es "nur 2 Geschlechter" gibt. Der Verein wird dafür vom DFB zu einer saftigen Geldstrafe verurteilt, die Meinungsfreiheit in Deutschland ist auf einem absoluten Nullpunkt angekommen. Das Werk der US-Journalistin Abigail Shrier, "Irreversibler Schaden" wurde in Amerika zum Skandal erklärt und eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche und

besorgte Eltern! Hier werden die Gefahren des Transgender-Wahns deutlich benannt - und die Propaganda dahinter enttarnt. Jetzt endlich auf Deutsch erhältlich! Hier bestellen.

Schilda in Frankfurt am Main. Das DFB-Sportgericht, das dort seinen Sitz hat, hat ein geradezu unfassbares Urteil gefällt, das einen weiteren Dammbbruch bei der Beschneidung der Meinungsfreiheit in Deutschland darstellt. Es geht um einen völlig harmlosen Spaß, der nun allerdings zu harten juristischen Konsequenzen geführt hat.

"Nur 2 Geschlechter"

Der Hintergrund stellt sich wie folgt dar: Am 25. November vergangenen Jahres entrollten die Ultras von Bayer Leverkusen beim Auswärtsspiels ihres Vereins im Weserstadion beim SV Werder Bremen ein Transparent mit der Aufschrift: "Es gibt viele Musikrichtungen, aber nur 2 Geschlechter!"

Garniert war das Transparent mit einer Figur, die wie ein Zwinker-Smiley aussah, die aber den sogenannten Zitronenmann darstellen sollte. Dieser Zitronenmann ist ein seit dem März 2004 existierendes und von den Leverkusener Ultras erschaffenes Mem, das es sowohl als knallgelbe Comic-Figur wie auch als Maskottchen existiert.

Dieser sogenannte Zitronenmann ist eine Art Ekel Alfred der Stadionkurve, eine selbstironische Darstellung der Bayer-Ultras als unpolitische, dafür aber um so fußballverrücktere und feierwütige Fans, denen nichts über ihren Mallorca-Urlaub geht. So kann man sich gut abheben, insbesondere von den oft links oder sogar linksextremistisch infizierten Ultra-Szenen anderer Vereine. Letzteres trifft natürlich insbesondere auf die Ultra-Szene des SV Werder Bremen zu, die teilweise deckungsgleich mit der Antifa-Szene der Stadt ist und der auch linksextremistische Gewalttäter angehören, was merkwürdigerweise aber so gut wie nie in den Medien thematisiert oder gar kritisiert wird.

"Heute ist Fußball und keine Demo"

Schon seit Jahren liefern sich deshalb die Ultra-Szenen von Bayer Leverkusen und des SV Werder Bremen einen zum Glück völlig gewaltfreien, dafür um so kreativeren Banner-Wettbewerb in den Stadionkurven. 2022 hieß es noch seitens der Ultras aus dem Rheinland: "Der Zitronenmann sagt: Heute ist Fußball und keine Demo."

Die Bremer konterten: "Hey Zitronenmann, heute gibt es Saures!"

Nur in Einzelfällen entrollten die Bayer-Ultras auch einmal etwas politischere Banner. So schrieben sie 2017: "Vergeßt das Gendern nicht, ihr Hipster*innen!"

Das alles ist denkbar harmlos und in jedem Fall von der grundgesetzlich festgeschriebenen Meinungsfreiheit gedeckt. Nur das DFB-Sportsgericht sieht das anders und bewertet die grundvernünftige und auch von den Naturwissenschaften gedeckte neutrale Aussage, nach der es zwei Geschlechter gibt, als angeblich transfeindliche Hetze, die direkt mit einer saftigen Strafe in Höhe von 18.000 Euro geahndet wurde.

Sieg des Transgender-Totalitarismus

Ein weiterer Sieg des Transgender-Totalitarismus, der nun auch in den Fankurven seine Regeln durchsetzt. Nicht einmal in der Form eines mit ironischen Versatzstücken und Klischees spielenden Banner-Wettbewerbs sind den Fans noch kleinste Abweichungen von der von oben verordneten politischen Einheitsmeinung erlaubt.

Damit ist eine neue Stufe der Mißachtung der Meinungsfreiheit erreicht, die mit Blick auf den DFB zudem noch von einer pharisäerhaften Doppelmoral zeugt. Der DFB hält schließlich selbst an getrennten Damen- und Herren-Ligen sowie an Damen- und Herren-Nationalmannschaften fest. Wären die Richter in Frankfurt konsequent, dann müßten sie den DFB selbst als transfeindliche Organisation verbieten. So aber bleibt es dabei, daß man mal wieder auf den Ultras herumhackt.

"Geschmacklos und falsch"

Unsäglich auch das Verhalten der Bayer-Offiziellen selbst. Statt sich mit klaren Worten hinter die eigenen Fans zu stellen, die schließlich nur von ihrem Grundrecht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht und niemanden beleidigt hatten, distanzierte sich Fernando Carro, der Geschäftsführer von Bayer Leverkusen, schon kurz nach dem Urteil von den eigenen Fans. Dabei schlug er den selbstbezeichnenden Tonfall eines Delinquenten an, der während der maoistischen Kulturrevolution irgendeiner Rechtsabweicherei bezichtigt wird. Gegenüber Bild äußerte er:

"Diese Aktion war geschmacklos und falsch, und sie hat nichts mit Werten wie Offenheit und Toleranz zu tun, für die Bayer 04 als Organisation steht."

Als bitteres Fazit bleibt, daß die staatliche Regulierung der Fan-Kultur selbst in der späten DDR deutlich liberaler war als heute. In den späten 80er Jahren konnten die Fans des Serienmeisters BFC Dynamo ja sogar noch eine schwarz-weiß-rote Reichsfahne in ihrer Kurve aufhängen, heute darf nicht einmal mehr die naturwissenschaftlich unzweifelhaft richtige Auffassung geäußert werden, daß es zwei Geschlechter gibt. So ändern sich die Zeiten.

Das Werk der US-Journalistin Abigail Shrier, "Irreversibler Schaden" wurde in Amerika zum Skandal erklärt und eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche und besorgte Eltern! Hier werden die Gefahren des Transgender-Wahns deutlich benannt - und die Propaganda dahinter enttarnt. Jetzt endlich auf Deutsch erhältlich!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2024:

>>**Schlapphut-Terror: Maaßen gilt als "rechtsextrem"**

Von *S. Hofer*

Der einstige Verfassungsschützer Hans Georg Maaßen wird von Haldenwangs Schlapphüten als Verfassungsfeind denunziert: Absurdes Spiel in einer untergehenden Demokratie. In COMPACT-Spezial "Tiefer Staat: Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie" demaskieren wir das gefährliche Treiben der Schlapphüte.

Gestern noch Schützer der Verfassung, heute deren angeblicher Feind: Hans Georg Maaßen. Solch eine rasante "Umwertung" deutet klar auf einen Epochenbruch. So wie mancher Demokrat nach 1933 als Staats- oder Volksfeind gejagt wurde, so hat die Bundesrepublik seit Maaßens Abgang ihren Absturz in die Willkür erlitten.

Maaßen widersprach 2018 der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), als die Chemnitzer Demonstranten der "Hetzjagd" auf Migranten bezichtigte:

Die von Merkel angeführten Beweisvideos existierten nicht. Das "Hase, Du bleibst hier - Tape!" erwies sich als Antifa-Fake. Dennoch, die damalige GroKo und ihre Pseudo-Opposition (Grüne) sorgten für Shitstorm: Maaßen habe Majestätsbeleidigung begangen, die Über-Mutti Merkel beleidigt.

Um solches Whistleblowing künftig zu vermeiden, wurde der VS-Chef in den vorzeitigen Ruhestand versetzt und Thomas Haldenwang als Nachfolger ausgerufen. Der weitete die Aufgabe des Verfassungsschutzes - die Überwachung von Verfassungsfeinden - auf Regierungskritiker aus: Der Verfassung ist treu, wer den Machthabern nicht widerspricht. Das tat Maaßen aber - und ging er noch einen Schritt weiter:

Die "Werteunion", eine CDU-interne, konservative Gruppierung, wandelte sich unter seiner Regie zu einer Partei, zur potentiellen Konkurrenz der AfD und BSW. Eine weitere Gefahr für die Altparteien im Superwahljahr 2024.

Sofort zeigte Oberschlapphut Haldenwang, daß er sein Steuergeld wert ist: Jetzt wurde der einstige Verfassungsschützer als rechtsextremistischer Beobachtungsfall eingestuft. Man habe ganz doll und viel "Material" über ihn gespeichert.

"Die Bundesregierung hat offenkundig Angst vor mir und der WerteUnion, so daß sie mich durch den Verfassungsschutz beobachten und verfolgen läßt. Die nachfolgende Auskunft des BfV enthält keinerlei substantiierte Belege, die eine Beobachtung rechtfertigen."

Aber gegenüber Tichys Einblick erklärte Maaßen die Vorwürfe nicht bloß als substanzlos und ungerechtfertigt. Nein, diese Schlapput-Aktion sei ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Tatsächlich läßt deren Demokratieabbau nicht nur Oppositionelle erschrecken. Fragt sich, wer das nächste Opfer solch enthemmter Denunziation sein wird.

In COMPACT-Spezial "Tiefer Staat: Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie" legen wir uns mit der gefährlichsten Macht in unserem Land an: dem Tiefen Staat, der Hintergrundstruktur aus Geheimdiensten und diskreten Zirkeln. ...<<

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Februar 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>Betreff: Endloser Terror der Antichristen - Die Zwangsmissionierung der Westgermanen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Geheime Übernahme des Weströmischen Reiches durch die römisch-katholische Kirche
Der westgermanische Heerführer Odoaker (Odovakar) stürzte am 23. August 476 den 15jährigen Weströmischen Kaiser Romulus Augustulus und beendete damit das Weströmische Reich.

Nach 589 Jahren Kampf gegen die Römer (von 113 v. Chr. bis 476 n. Chr.), bei dem Millionen von Ost-, Nord- und Westgermanen den Tod fanden oder versklavt wurden, besiegten die Germanen schließlich das Weströmische Weltreich, ohne jedoch das Weströmische Weltreich und die römische Kultur völlig zu vernichten.

Nach der Absetzung des römischen Kaisers suchte Roms Bevölkerung Schutz beim Papst. Die Autorität des Papstes wurde danach entscheidend gestärkt, so daß der Papst später fast unmerkelt die politische Führung des Weströmischen Reiches übernehmen konnte (Papst = "heimlicher römischer Kaiser").

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 86 berichtete später über die geheime Übernahme des Weströmischen Reiches durch die römisch-katholische Kirche (x924/...): >>"Verfolge, was du angebetet!" - Chlodwig

Doch zunächst waren die Feinde auf dem Vormarsch. Die Germanenstämme, in ihrer Mehrzahl arianische Christen, also "Ketzer", eroberten Stück für Stück des westlichen Römerreiches - und legten zugleich eine im Vergleich zu den Katholiken erstaunliche Toleranz an den Tag. Das römische Papsttum war in die Defensive geraten. Um nicht völlig unterzugehen, klammerte sich die römische Kirche an den vergehenden Glanz des römischen Weltreiches und trat sozusagen dessen kulturgeschichtliches Erbe an.

Die Kirche übernahm aus dem Römerreich dessen Verwaltungseinheiten (Provinzen, Diözesen) und Gremien (Synoden), Rechtsbegriffe und Ämter - und nicht zuletzt den Titel des obersten heidnischen Priesters, des Pontifex maximus für den Papst.

Papa ist übrigens eine Kurzform von pater patrum, "Vater der Väter" - der Titel des obersten Priesters des Mithras-Kultes.

Mit römischem Prunk- und Machtgebaren im Rücken suchte die Romkirche inmitten einer ketzerischen und zeitweise chaotischen Welt nach neuen Verbündeten - und fand sie. Die Franken, der kriegerischste aller Germanenstämme, waren noch nicht zum Arianertum bekehrt worden.

Man sorgte dafür (wahrscheinlich, so Karlheinz Deschner, betätigten sich zwei "Heilige", Avitus und Remigius, als Heiratsvermittler), daß der Frankenführer Chlodwig 493 eine katholische Braut, Chlotilde, bekam - und ca. 498 nach Christus ließ er sich in Reims katholisch taufen. Bischof Remigius, so berichtet Gregor von Tours, sprach bei der Taufzeremonie die Worte: "Beuge still deinen Nacken! Bete hinfort an, was du verfolgt, und verfolge, was du bisher angebetet!"

Das soll heißen: Fördere die katholische Kirche, bewahre ihren Besitz, und schädige alle anderen Glaubensrichtungen, vor allem aber die arianische, wo du kannst. Und in der Tat: Die Franken unterwarfen in der Folgezeit in heimtückischen Angriffskriegen fast alle anderen germanischen Stämme.<<

Zwangsmisionierung der Westgermanen durch die römisch-katholische Kirche

Nach dem Untergang des Weströmischen Reiches wurden die fränkischen Herrscher von der römisch-katholischen Kirche als nützliche Instrumente der Machterweiterung und des Machterhalts genutzt, um die Völker der Westgermanen mit Hilfe der Zwangsmisionierung zu spalten, zu manipulieren, zu versklaven und systematisch auszubeuten.

Das Heer des fränkischen Königs Chlodwig I. besiegte im Jahre 496 die Alemannen am Oberrhein. Nach diesem Sieg ließ sich König Chlodwig I. als erster germanischer Herrscher vermutlich im Jahre 498 katholisch taufen, weil er zur Festigung seiner Machtposition den großen Einfluß der römisch-katholischen Kirche benötigte. Die Westgermanen unter fränkischer Herrschaft mußten danach zwangsläufig katholisch werden.

Die meisten westgermanischen Stämme zwischen Elbe und Rhein verehrten damals z.B. folgende Hauptgottheiten (x144/70): >>Wotan ist der Göttervater. Er bestimmt über Leben und Tod, Sieg und Niederlage. Hoch über der Erde thront er in Walhalla. Das eine Auge glänzt als Sonne am Himmel, das andere wird von einem großen Wolkenhut verdeckt. Zwei Raben hocken auf seiner Schulter. Sie künden ihm die Geheimnisse der Welt. Bis zur Erde hinab reicht der Saum seines blauen Mantels, der über und über mit goldenen Sternen bedeckt ist.

In Kriegszeiten schickt Wotan Botinnen aus, die Walküren. Sie geleiten die gefallenen Helden nach Walhalla. Hier können sie streiten und kämpfen nach Herzenslust. Nach dem Kampfe sitzen die Helden versöhnt als Wotans Tafelgäste bei saftigem Braten und süßem Met. In finsternen Sturmnächten jagt Wotan auf einem achtfüßigen Hengst über die Wolken, gefolgt von einer Meute kläffender Hunde. Ängstlich drängen sich die Menschen ums Herdfeuer, wenn der wilde Jäger vorüberstürmt.

Ein mächtiger Gott ist Ziu, der Kriegsgott. Die Sachsen nennen ihn Saxnot, d.h. Schwertgenoß. In älteren Zeiten hat er als Göttervater gegolten, nun ist er von Wotan überwunden worden.

In der drohenden Gewitterwand verbirgt sich Donar, der bei den Nordgermanen auch Thor genannt wird. Aus seinem roten Bart züngeln die Blitze zur Erde. Ihnen wirft er seinen Hammer nach, daß die Erde vom donnernden Aufprall erbebt. Stets springt der Hammer wieder in seine Hand zurück.

Wotans Gemahlin ist Freia. Sie schützt das Haus und die Familie. In den heiligen Nächten um die Jahreswende wandert sie von Haus zu Haus. Sie bestraft die Faulen und segnet die Fleißigen.

In Wald und Flur, im Wasser und in der Luft wirken und schaffen holde und unholde Geister. Im reifenden Kornfeld versteckt sich die Roggenmuhme. Sie schreckt die Kinder zurück, die mitten im Feld nach Klatschmohn suchen und dabei unachtsam die Halme knicken.

Auf einsamen Waldwiesen tanzen die Elfen ihren Reigen. Im murmelnden Quell treiben die Nixen ihr Wesen. Im Bergesinnern wohnen die Zwerge und hüten gewaltige Schätze.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Zwangsmisionierung der Westgermanen durch die römisch-katholische Kirche (x327/27-31): >>**Zur Verbreitung des Christentums im Westen**

... Im ausgehenden 5. Jahrhundert begann man die Franken zu "missionieren", im ausgehenden 6. Jahrhundert die Angelsachsen, die Langobarden, im 9. ging man zur Christianisierung des europäischen Nordens, um die Jahrtausendwende zur "Bekehrung" der Tschechen, Polen, Ungarn über.

Und da das Christentum nun nicht mehr, wie in vorkonstantinischer Zeit, eine verachtete,

sondern die anerkannte Religion eines Weltreiches war, zogen die Päpste statt einzelner gleich ganze Völker in ihr Netz - wie sie, anderwärts, auch ganze Völker mitvernichteten, "mit Stumpf und Stiel", prahlt Kirchenlehrer Isidor; die Ostgoten etwa oder die Wandalen, über die der in Marseille lebende Mönch Prosper Tiro dem Mittelalter seine bis heute nachwirkende Verzeichnung zuführt, häufig "Greuelpropaganda" (Diesner).

Konversionsmethoden und -motive

Die Christianisierung der germanischen Völker ... geschah nicht nur zu sehr verschiedenen Zeiten, sondern auch auf sehr verschiedene Art. Zwei typisch christliche Aktivitäten aber gehörten bei der Germanenmission zusammen, die Predigt und die Zerstörung. ...

Ein wichtiges Motiv bei der Heidenbekehrung, auch bei der Gängelung bereits Bekehrter, war ohne Zweifel das stete Skrupel- und Schreckeneinjagen, eine kontinuierliche Angstmacherei - Angst durch die Jahrhunderte.

Angst war überhaupt der "bezeichnende Zustand des durchschnittlichen Menschen im Mittelalter ... Angst vor der Pest, Angst vor der Invasion fremder Heere, Angst vor dem Steuereintreiber, Angst vor der Hexerei und der Magie, vor allem Angst vor dem Unbekannten" (Richards). Die Priester vieler Religionen lebten und leben von der Angst der durch sie Angeführten, besonders auch die christlichen Priester.

Übertritte der heidnischen Germanen zum Christentum waren häufig rein materiell motiviert, schon durch "Prestige Gründe" bedingt, zumal wenn man unter die Botmäßigkeit christlicher Nachbarn geriet. An deren Fürstenhöfen konnten selbst vornehme Heiden vom Mahl "wie Hunde" weggescheucht werden, weil es Christen verboten war, mit Heiden an einem Tisch zu essen. Bezeichnenderweise kroch ja auch der Adel zuerst zu Kreuze, bei Bayern, Thüringern, Sachsen ganz gleich. ...<<

Die Konstantinische und Pippinische Schenkung

König Karl I. bestätigte im Jahre 781 den selbständigen Herrschaftsbereich des Papstes (Bestätigung des römisch-katholischen Kirchenstaates).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Konstantinische und Pippinische Schenkung (x327/406-408): >>Entstehung und Bedeutung der "Konstantinischen Schenkung"

Täuscht nicht alles, entstand die sogenannte Konstantinische Schenkung, triumphaler Auftakt gewissermaßen ungezählter Fälschungen künftiger Zeiten, zu Beginn der fünfziger Jahre des 8. Jahrhunderts in der päpstlichen Kanzlei Stephans II., wahrscheinlich noch vor dessen Aufbruch ins Frankenreich. Nach Walter Ullmann und anderen Gelehrten spricht "alles dafür, ... daß die päpstliche Kanzlei der Geburtsort der Fälschung war". Denn man brauchte einen Rechtstitel für den erhofften Territorialbesitz. So beseitigte offenbar auf dem Reichstag in Quierzy der Papst mittels des Machwerks alle Bedenken Pippins.

Er präsentierte eine Urkunde, die den heiligen Petrus als rechtmäßigen Herrn und Besitzer Italiens, den Papst als Inhaber kaiserlichen Ranges, ja, geradezu als "Kaiser des Abendlandes" (Brackmann) auswies und alsbald die Franken zum Krieg gegen die Langobarden trieb. ...

Die Urkunde nun, mittels deren sich das Papsttum den Kirchenstaat erschleicht und seine Weltherrschaft rechtlich begründet, hat die bestehende Situation völlig verkehrt: der römische Kaiser, dem bisher das Christentum unterstand, wird verfassungsrechtlich jetzt dem Papsttum unterstellt. Der Schwindel gibt sich als Erlaß Konstantins I. an Papst Silvester I. aus, mit Datum, eigenhändiger Unterschrift und dem Vermerk des Herrschers, er habe dies selbst am Grab des heiligen Petrus niedergelegt. Aus Dankbarkeit für seine wunderbare Heilung vom Aussatz schenkt er dem Papst und dessen Nachfolgern einen ganzen Kontinent. Nicht kleinlich, wirklich, der große Kaiser.

Feierlich bestätigt er dem Römer den Primat über alle Priester, über die Patriarchate von Antiochien, Alexandrien, Jerusalem, Konstantinopel und den Erdkreis. Er gestattet dem Papst,

um jedem Zweifel an seinem Rang vorzubeugen, alle Abzeichen kaiserlicher Würde und räumt ihm kaiserlichen Rang ein. Der Papst soll Oberhaupt aller Kirchen und Oberpriester aller Priester der Welt sein, ja, Konstantin schenkt ihm und seinen Nachfolgern den kaiserlichen Palast auf dem Lateran, die Stadt Rom sowie alle Städte und Provinzen Italiens und des ganzen Westens. ...

Zunächst zwar benutzte Rom sein Supergangsterstück nur sehr diskret (als erster Papst beruft sich anscheinend Hadrian I. im Briefwechsel mit Karl "dem Großen" darauf). ...

Erst um die Mitte des 9. Jahrhunderts, als das Falsifikat schon eine gewisse Geltung genoß, wurde es als rechtlich bindend verwertet und ging in eine weitere große kirchliche Fälschung ein, die Pseudoisidorischen Dekretalen sowie schließlich in zahlreiche andere kanonische Rechtsbücher. Die ungeheure Territorialpolitik des Papsttums, das sich allmählich Fürstentümer und ganze Königreiche unterwarf, hatte ihre Rechtsgrundlage in dieser Erschleichung, ja, noch der heute existierende "Kirchenstaat" beruht darauf.

Von Ausnahmen abgesehen, ruhte die Urkunde jedoch dreihundert Jahre im wesentlichen unbenutzt in den Archiven des Klerus. (Unser ältester Text steht in den Handschriften der um 850 entstandenen Pseudoisidorischen Dekretalen.) Nachdem sich freilich viele Generationen an die Vorstellung der riesigen "Schenkung" gewöhnt und die Gaunerei eine gewaltige Autorität gewonnen hatte, begann sie eine große Rolle zu spielen, insistierten die Päpste bis ins Spätmittelalter darauf, verdamnten sie, durch den Betrug gedeckt, jeden, der sich am kurialen Besitz vergriff oder dies irgendwie begünstigte. Besonders das sogenannte Reformpapsttum berief sich auf den Betrug!<<

Die Schwertmission der römisch-katholischen Kirche in Sachsen

Als die Sachsen unter Führung des westfälischen Herzogs Widukind (Wittekind) im Jahre 782 am Süntel (Bergrücken bei Hameln) ein fränkisches Heer vernichteten, nahm König Karl I. im Verlauf des 2. Sachsenkrieges (782-85) furchtbare Rache.

In Verden an der Aller ließ der fränkische König im Jahre 782 etwa 4.500 Sachsen, die vielfach von den eigenen Landsleuten ausgeliefert wurden, hinrichten (x060/123). Widukind konnte rechtzeitig nach Dänemark fliehen, aber viele Sachsen kämpften weiter, um sich rächen.

Die fränkischen Reichsannalen berichteten später über das "Strafgericht des fränkischen Königs Karl I. in Verden" (x122/120): >>Schleunigst bot er sein Heer auf und zog nach Sachsen. Hier berief er alle sächsischen Großen vor sich und forschte nach den Rädelsführern der letzten Empörung. Da nun alle Widukind als den Anstifter bezeichneten, ihn aber nicht ausliefern konnten, weil er sich nach jener Tat wieder zu den Normannen (Dänen) begeben hatte, so ließ sich der König von den übrigen, die dem Rate des Verführers gefolgt waren, bis zu 4.500 ausliefern und sie zu Verden an dem Flusse Aller alle an einem Tag enthaupten.

Nachdem der König so Rache genommen hatte, begab er sich in das Winterquartier nach Diedenhofen und feierte daselbst wie gewöhnlich Weihnachten und Ostern. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Schwertmission der römisch-katholischen Kirche in Sachsen (x327/471-472,478-480): >>**Der Sachsenschlächter, "ein paar Nullen zuviel" und "die einfache Ruhe einer großen Seele ..."**

... Tatsächlich standen da 782 an einem Spätherbsttag 4.500 Sachsen, eng zusammengedrängt, wie Tiere im Schlachthaus, und umgeben von ihrem eigenen "Adel", der sie ausgeliefert, sowie von den Helden des "großen" Karl, des "Leuchtturms Europas", wie ihn eine St. Galler Handschrift aus dem 9./10. Jahrhundert nennt. Und auf sein Urteil wurden sie niedergeworfen, in die Aller geworfen, mit der sie in die Weser trieben und dann ins Meer ...

"4.500, und dies ist auch so geschehen", wie lakonisch der Reichsannalist festhält (dann, fast noch im selben Atemzug: "Und er feierte Weihnachten ...") - just dort, wo der künftige "Heili-

ge" bald eine Kirche aufsteigen läßt (keine Sühne-, eher eine Siegeskapelle) und sich heute der Dom von Verden erhebt. Buchstäblich auf Strömen von Blut - wie, im übertragenen Sinn, längst alle Christentempel.

Man stelle sich vor: 4.500 Menschen mit abgehackten Köpfen - und dann Heiligsprechung des Mörders. - Auch Frantisek Graus, ein "Lichtblick" oft in seiner meist so dunklen Zunft, läßt für Mord "keinerlei Entschuldigung" gelten, "auch keine 'historische' im Abstand von Jahrhunderten, und Massenmorde sind ein Phänomen, das nie genügend gebrandmarkt werden kann ..."

Das angebliche Gründungsprivileg Karls von 786 für das Bistum Verden ist freilich eine Fälschung, zwischen 1155 und 1157 im Auftrag des Verdener Bischofs Hermann in dessen Kanzlei angefertigt.

Hängt es doch wohl nicht zuletzt auch mit Karls Heiligkeit zusammen, daß die Zahl der in seinem Namen gefälschten Urkunden groß ist, mit denen Kirchen sich Privilegien erschlichen. Doch echt oder nicht: "Es ist wahr, er hat die 4.500 Sachsen umgebracht", schreibt Ranke und fügt hinzu, "später aber tritt in ihm die einfache Ruhe einer großen Seele hervor."

"Wie nun überall Friede war ..."

Das Großverbrechen des christlichen Herrschers, von der Kirche durch das ganze Mittelalter als "Apostel des sächsischen Stammes" gefeiert, verfehlte im übrigen zumindest zunächst auch politisch völlig sein Ziel. Denn der Widerstand der "Erzheiden" gegen Christentum und Frankenherrschaft wurde dadurch nicht geschwächt, sondern erst recht angefacht. Erneut brach der Aufruhr im ganzen Land aus. Wieder trat Widukind an die Spitze und riß auch die Friesen mit in die Empörung hinein. Wieder opferte alles zwischen Lauwers und Fli den Göttern. Was fränkisch und christlich war, wurde verfolgt, vertrieben, ausgerottet.

Karl eilte nach Sachsen, fort vom frischen Grab seiner jungen, am 30. April 783 zu Diedenhofen verstorbenen zweiten Gattin, der Seligen Hildegard, deren Verlust ihn - anders als der Tod von 4.500 Sachsen - vielleicht getroffen haben mag. (Doch nahm er sich noch im selben Jahr eine Nachfolgerin. Und wieder fast ein Kind.) Und in Sachsen ging es wieder mit vielem Blutvergießen und "Gottes Hilfe" weiter. ...<<

>>Karls Blutgesetze

Während seines Kampfes erließ der König drakonische Gesetze; jeweils dann offenbar, wenn er glauben mochte, die Sachsen endgültig unterjocht zu haben und zur "Ordnung" übergehen zu können: vor allem die Capitulatio de partibus Saxoniae (782) und das Capitulare Saxonicum (797). Und da die Übertritte zum Christentum durch Massentaufen erzwungen worden waren, das sächsische Volk aber insgeheim weithin am Heidentum festhielt und den Klerus verabscheute, drang Karl auf restlose Ausrottung des alten Glaubens und seiner Riten, auf die Zwangstaufe aller Sachsen, die vollständige ideologische Umerziehung.

Von den vierzehn die Todesstrafe verhängenden Bestimmungen der Capitulatio betreffen zehn allein Vergehen gegen das Christentum. Er hatte zuvor auch den Rat des Papstes eingeholt und orientierte sich zudem ganz offensichtlich an jener Missionsmethode der Fuldaer Mönche zur Vertilgung des Heidentums, die mit rücksichtslos durchgeführten Massentaufen und vollständiger Vernichtung seiner Heiligtümer begann.

Mit einem stereotypen "morte moriatur" wird alles bedroht, was die Verkünder der Frohen Botschaft ausmerzen wollten: das Berauben und Zerstören von Kirchen, die Verbrennung Totter, das Verweigern der Taufe, das heimliche Umgehen der Taufe, die Verhöhnung des Christentums, die Schmälerung kirchlichen Besitzes, das Darbringen heidnischer Opfer, die Ausübung paganer Bräuche etc. Das hört sich so an:

" ... 3. Wenn jemand gewaltsam in eine Kirche eindringt und in ihr etwas raubt oder stiehlt oder die Kirche in Brand steckt, so sterbe er des Todes.

4. Wenn jemand das heilige vierzigstägige Fasten aus Mißachtung des Christentums nicht hält

und Fleisch ißt, so sterbe er des Todes ...

7. Wenn jemand nach heidnischer Sitte den Leib eines verstorbenen Menschen durch Feuer verzehren läßt und seine Gebeine zu Asche brennt, so sterbe er des Todes.

8. Wenn jemand künftig im Sachsenvolk ungetauft sich verstecken möchte und unterläßt, zur Taufe zu kommen, weil er Heide bleiben will, so sterbe er des Todes ...

10. Wenn jemand gemeinsam mit Heiden etwas gegen Christen plant und mit ihnen in Feindschaft gegen die Christen zu verharren sucht, so sterbe er des Todes. Und wenn jemand diesem selben Verbrechen gegen den König und das christliche Volk zustimmt, so sterbe er des Todes."

Sogar die Übertretung des Fastengebotes zog die Todesstrafe nach sich! (Karl selbst war das Fasten zuwider; es sei seinem Körper, klagte er, nicht zuträglich.)

Befohlen wurde: Taufe im ersten Lebensjahr, Kirchenbesuch an allen Sonn- und Feiertagen, Ablegen des Eides in den Kirchen, ja sogar die Einhaltung der kirchlichen Ehegesetze. Man forderte, wie schon Alkuin rügte, "strenge Bußen für die leichtesten Vergehen". (Am Hof Karls aber vögelte man bei Gelagen, an denen auch seine Töchter teilnahmen, ganz schön durcheinander, sollen auch Geistliche manchmal "gestrauchelt" sein.)

Da dem zwangsbekehrten Sachsenvolk wenig oder nichts am Christentum lag, mußte es weiter mit Gewalt zur Erhaltung der Kirche genötigt werden. Jedermann, Adelige, Freie, Liten, hatte den Zehnten vom Ertrag des Grundbesitzes und von allem Erwerb der Kirche zu geben. Außerdem mußte jede Kirche zwei Hufe, also zwei Bauerngüter, erhalten, sowie von je 125 Einwohnern einen Knecht und eine Magd, wodurch die Masse der Sachsen noch stärker ausgebeutet wurde als je zuvor.

Der Christ Johannes von Walter fragt angesichts der grauenhaften Sachsengesetze scheinbar arglos: "Hat Karl hier im Sinne der Vertreter der Kirche gehandelt? Es ist kaum anzunehmen, daß sein Vorgehen viel Beifall fand."

So viel Falschheit, Verlogenheit in zwei Zeilen! Doch gefragt wird in dem Band "Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich". Gefragt wird 1934.

Dabei hatte Karl diese jahrzehntelangen Sachsen- (und sonstigen) Gemetzel mit dem engsten Beistand der Kirche betrieben und natürlich auch ganz und gar in deren Interesse. "Das Entscheidende war für die Kirche der Kampf für das Christentum, den Karl in Sachsen und Spanien so sichtbar führte. Durch den Heidenkrieg entsprach seine Tätigkeit der kirchlichen Auffassung vom christlichen Imperium ..." (Zöllner). ...

Im (katholischen) "Handbuch der Kirchengeschichte" stehen die Sachsenkriege unter der Überschrift: "Die Abrundung des fränkischen Großreiches". So läßt sich das auch betiteln, gewiß, ohne jede Spur von Barbarei, von Blut. Einfach und sauber! "Die Abrundung" - klingt glatt, beinah elegant. Es hat was Spielerisches, fast Artistisches. Als ging's um ein Kunstwerk, ein Staatskunstwerk. Und für ein Großreich, ist da nicht ohnedies alles erlaubt? Jedenfalls solange es "glückt"? ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 86 berichtete später über Schwertmission der römisch-katholischen Kirche in Sachsen (x924/...): >>Taufe oder Tod - Karl der "Große"

... Roms Bedeutung wuchs weiter - weil die Päpste mit untrüglichem Machtinstinkt immer rechtzeitig die Seite wechselten und ihre jeweiligen Verbündeten zu immer neuen Kriegen antrieben: die Langobarden gegen Ostrom, die Franken gegen die Langobarden, später die Stauer gegen die Normannen und umgekehrt.

Von Pippin dem Jüngeren, der in einem dynastischen Streit Unterstützung suchte - sein Vater Karl Martell war ein Thronräuber -, ließ sich Papst Stephan II. 754 erhebliche Gebiete in Italien schenken - obwohl diese Pippin gar nicht gehörten. Für diesen "Grundstock" des Kirchenstaates bedankte sich der Papst umgehend, indem er Pippin sowie seine Söhne Karlmann und Karl (den späteren "Großen") zu Königen der Franken salbte.

Als Papst Leo III. Karl zu Weihnachten 800 zum Kaiser krönte, war dies der Beginn des mittelalterlichen Kaisertums im Abendland. Eine durch Thronraub an die Macht gekommene Dynastie fränkischer Hausmeier verschaffte sich auf diese Weise die herrschaftliche Legitimation - und der Papst legte seinerseits den Grundstein für noch größere Machtentfaltung seiner Nachfolger.

Die Kirche lebte gut damit. Bereits Pippin hatte den Kirchenzehnt als Staatsgesetz eingeführt (und damit einer Kirche in den Sattel geholfen, die sich bis heute ungeniert aus allen möglichen Steuertöpfen bedient und auf diese Weise den Staat förmlich aussaugt). Karl wiederum führte seine Kriege gegen die Sachsen (und nicht nur diese), um die katholische Religion zu verbreiten.

Die Blutgesetze gegen die Sachsen geben davon grausames Zeugnis: Todesstrafe, wenn ein Sachse ungetauft bleibt, wenn er die Fastenregeln nicht einhält, wenn er nach alter Väter Sitte einen Verstorbenen verbrennt ... Karl war das Fasten zwar selbst "zuwider; es sei seinem Körper, klagte er, nicht zuträglich". Aber Karl wußte, ebenso wie seine Prälaten: An die Regeln, die er selber aufgestellt hat, braucht ein Feudalherr sich nicht zu halten.

Wenn ausgerechnet Karl "der Große" heute als Vorbild, als Ahnherr Europas, als Urvater der Europäischen Union gefeiert wird, so spricht das für sich. Es zeugt von einem kollektiven historischen Gedächtnisverlust - oder, schlimmer noch, von der völligen Abwesenheit eines historischen Gewissens. Karl führte in fast jedem Jahr seiner Regierungszeit einen blutigen Angriffskrieg.

Er ließ 782 in Verden an der Aller 4.500 gefangene Sachsen einfach abschlachten; ihre Leichen trieben die Weser hinunter. Und die Kaiserkrönung war in Wahrheit keine Einigung Europas, sondern im Gegenteil dessen Spaltung - denn bis dahin hatte es in Europa nur einen Kaiser, den byzantinischen, gegeben. Doch Karl wurde heilig gesprochen - warum wohl? Weil die Kirche es ihm dankte, daß er das neue Kaiserreich unter die religiöse Oberaufsicht der Romkirche gestellt hatte.<<

Schlußbemerkungen

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die weltliche und geistliche Unterdrückung der Bevölkerung (x324/22-23): >>... Im Mittelalter förderte die grundherrlich bestimmte Arbeitsverfassung sowie das territoriale Ausgreifen weltlicher und geistlicher Herren die Unterdrückung großer Bevölkerungsteile, die Ruinierung ... durch Eroberungspolitik, Kriegsdienst, Steuern, ideologisch-religiösen Zwang, rigorose Gerichtsstrafen. All dies rief den individuellen und allgemeinen Widerstand der Bauern hervor, deren Schwurbünde und Erhebungen ... die abendländische Geschichte von Karl "dem Großen" bis tief in die Neuzeit durchziehen.

Besondere Untersuchungsobjekte in diesem Zusammenhang: Das Sühnrecht, ... die weltlichen Maßnahmen für Verfehlungen gegen Gebote und Anordnungen der Kirche, wobei die Kapitalstrafe (durch Enthaupten, Strang, Feuer, Vierteilung, Säckung, Pfählung und anderes) zunahm. Von den vierzehn die Todesstrafe verhängenden Bestimmungen Karls nach der blutigen Unterwerfung der Sachsen betreffen zehn allein Vergehen gegen das Christentum.

Mit einem stereotypen "morte moriatur" wird alles bedroht, was die Verkünder der Frohen Botschaft ausmerzen wollen: Kirchendiebstahl, Leichenverbrennung, Verweigerung der Taufe, Fleischessen während des "heiligen vierzehntägigen Fastens" et cetera. Nach dem alten polnischen Strafrecht riß man beim großen Fasten vor Ostern jedem des Fleischessens Überführten die Zähne aus.

Ferner werden die kirchlichen Strafen für Mißachtung staatlicher Gesetze erörtert. Die geistlichen Gerichte wurden immer verhaßter. Ausgiebige Präsentation finden: die Bußpraxen (entwendetes Kirchenvermögen mußte im Mittelalter vierfach, nach dem alemannischen Recht

siebenundzwanzigfach zurückerstattet werden); die Kirchen- und Klostergefängnisse, bezeichnend ergastula genannt (ergastula hießen auch die Säрге), die "Sünder", Ungehorsame und Geistesranke in gleicher Weise festhielten, manchmal in unterirdischen Räumen ohne Türen und Fenster, stets wohlversehen aber mit Fesseln aller Art, mit Schließböcken, Handschellen, Ketten. Das Exilieren (Deportation) wird ebenso dokumentiert wie die Sippenhaft, bei Tötung eines Kardinals ausdehnbar bis ins dritte Glied der männlichen Erbfolge.

Die Folter hatte eine große Zukunft. Häuften sich doch die Leibesstrafen, zumal im Osten, das Abschlagen von Gliedern, Augenausstechen, Nasen-, Ohrenabschneiden. Und besonders beliebt, wie meist in theokratischen Kreisen, wurde die körperliche Züchtigung, was schon eine schwelgerische Fülle von Namen signalisiert (corporis castigatio, flagellum, flagelli disciplina ... usw.).

Die Prügelstrafe, bereits bei den kleinsten Verfehlungen angewandt, war hauptsächlich in Klöstern für Mönche, Nonnen, am meisten aber für Knaben im Schwang, doch auch für Priester, vor allem für niedere Kleriker, die man alle zumindest vom 5. bis ins 19. Jahrhundert verhaute; wobei Bischöfe und Äbte mit Ruten, Riemen, Geißeln zuschlugen, zeitweise auch Bischöfe Äbte malträtierten und man die Zahl der Streiche über das Maximum des mosaischen Gesetzes von 40 beziehungsweise 39 Streichen ansteigen ließ, auf 72, 100, 200 Schläge, die Bestimmung dieser Anzahl jedoch der "Diskretion des Abtes" überließ und ihm nur im Ausnahmefall gestattete, "bis zum Totpeitschen vorzugehen" (Katholik Kober mit Bezug auf Reg. Magistri c. 13).

Vermutlich gingen nicht alle Oberen so weit, und wahrscheinlich war auch nicht jeder so grausam wie Abt Transmund, der im Kloster Tremiti Mönchen die Augen ausriß, die Zunge abschnitt - und den der berühmt-berüchtigte Papst Gregor VII. auch noch beschützt hat. Schloß doch kein Geringerer als Petrus Damiani, Kardinal, Heiliger und Kirchenlehrer: wenn eine Disziplin von 50 Schlägen erlaubt und gut sei, müsse dies mit einer Disziplin von 60, 100 bis 200, ja 1.000 und 2.000 Schlägen erst recht der Fall sein.

So kam es während des ganzen Mittelalters immer wieder zu Klosterrevolten infolge rabiaten Äbte, die von ihren Mönchen blutig gestäupt, verstümmelt, geblendet, vergiftet, erdolcht wurden. Selbst vor dem Altar stach man Vorgesetzte zusammen oder ließ sie von bezahlten Banditen ermorden. Die Prügelstrafe aber war im Früh- und Hochmittelalter für die Unterschichten derart regulär, daß der visitierende Bischof geradezu fragen mußte, ob da jemand seine Sklaven oder Kolonen nicht schlage. ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 25 berichtete über den Verrat an Jesus Christus (x976/...): >>>Der Verrat an Jesus, dem Christus

... "Die Kirche ist exakt das, wogegen Jesus gepredigt hat."

(Der Philosoph Friedrich Nietzsche in *Tolstoj-Exzerpte, Nachlaß November 1887 - März 1888 VIII 11 (257) und (244)*)

Gelegentlich wird die Kirche zu Recht auch als "heidnisch" bezeichnet. Hier ist allerdings zu bedenken, daß es andere "heidnische" Bewegungen gibt, die aufgrund einer überwiegend positiven Ethik mehr mit Jesus von Nazareth gemeinsam haben als die Institution Kirche. Diese Bewegungen dürfen bei einer Einordnung der Kirche in das "Heidentum" ausdrücklich nicht mit den kirchlichen Verbrechen und negativen kirchlichen Lehrinhalten in Verbindung gebracht werden, weswegen die gelegentliche auch hier gebräuchliche Bezeichnung "heidnisch" für die Kirche nicht mißverstanden werden darf.

Obwohl es in den letzten 2.000 Jahren immer wieder gelungen ist, den Betrug der Rom-Kirche nachzuweisen, haben sich der Stuhl Petri und die zu seinem "Anhängsel" verkommenen Protestanten dennoch im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit neben den Orthodoxen als angebliche Vertreter des Christentums behaupten können.

Damit wird der gute Namen des Jesus von Nazareth böse mißbraucht. Denn nahezu 2.000 Jah-

re haben die Kirchen in Seinem Namen gemordet, Kriege geführt, mit der von ihnen erfundenen ewigen Verdammnis gedroht und ehrliche Gottsucher irreführt und in Leid und Elend gestürzt. Zu allen Zeiten richtete sich die Abneigung vieler Menschen deswegen leider auch gegen Jesus, den Christus, obwohl Er mit der Kirche und ihren Lehren, Praktiken und Verbrehen überhaupt nichts zu tun hat. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28058" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.359/...): >>Justizbankrott: Politisch Verfolgte und Gefangene In Deutschland

Wie weitreichend der Justizbankrott fortgeschritten ist - aber daß sich auch ein Ausweg auftut, zeigt diese Sendung auf.

Anmoderation

"Man darf in Deutschland durchaus sagen, was man will. Wer die Coronapolitik kritisiert, muß halt als Richter oder Professor mit Strafverfolgung rechnen, als Polizist mit Suspendierung / Entlassung und in allen Fällen mit Diffamierung durch @derspiegel & Co. Finden Sie das ok?", so twitterte der Finanzwissenschaftler Professor Dr. Stefan Homburg am 19. Juni 2021.

Seither wurden einige dieser kritischen Menschen unter extremen Bedingungen inhaftiert und die Existenzgrundlage zerstört, wie in dieser Sendung offengelegt wird. Die folgenden Fälle zeigen auf, wie weitreichend der Justizbankrott fortgeschritten ist - aber daß sich auch ein Ausweg auftut.

01 Dr. Habig: Eingesperrt wegen Ausstellen von Impfattesten

Den Arzt Dr. Heinrich Habig skizziert report24.news so: "Er trotzte dem Corona-Impfzwang und half jenen Menschen, die ohne Impfbescheinigung ihre Existenz zu verlieren drohten: Für unzählige Menschen in Deutschland gilt Dr. Heinrich Habig als Held - für die Justiz ist er ein Verbrecher." Praktisch sah seine Hilfe so aus, daß er angesichts dramatischer Impfnebenwirkungen Bescheinigungen für die umstrittene Covid-Impfung ausstellte, ohne die Impfung tatsächlich verabreicht zu haben. Als Folge davon wurde Dr. Habig verhaftet und - ohne Anklage und Verurteilung - für 11 Monate in U-Haft festgehalten. Gesetzlich sind, außer in begründeten schweren Ausnahmefällen, nur 6 Monate U-Haft zulässig. Riecht das nicht sehr nach regierungshöriger Willkürjustiz, wie man sie von totalitären Staaten her kennt?

02 Dr. Bianca Witzschel: Eingesperrt wegen Ausstellen von Maskenattesten

Nach über acht Monaten Untersuchungshaft in der JVA Chemnitz fand am 14.11.2023 endlich die Hauptverhandlung gegen die engagierte Ärztin statt, die unter anderem einen offenen Brief von Ärzten gegen die Corona-Maßnahmen unterzeichnet hatte. Ihr wird vorgeworfen, falsche Corona-Maskenatteste ausgestellt zu haben. Das Gericht rechnet mit 40 Terminen bis Mitte 2024. Solange bleibt sie voraussichtlich in Haft, da das Gericht eine angebliche Fluchtgefahr sieht. Bevor Frau Dr. Witzschel wie eine Schwerverbrecherin in Handschellen abgeführt wurde, gab es einen Großeinsatz, der für Terroristen gereicht hätte: Mehr als 200 Polizisten durchsuchten 84 Objekte von Angehörigen und Patienten in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Offensichtlich wird hier unverhältnismäßig abgestraft, wer das Machtinstrument "Maskentragen" der globalen Corona-Agenda antastet.

03 Dr. Bodo Schiffmann: Ruf und Beruf völlig ruiniert wegen Kritik an Corona-Politik

Dr. Bodo Schiffmann, ein international renommierter Arzt, schildert in einem Interview, wie die Leit-Medien zu Beginn der Corona-Maßnahmen in unverantwortlicher Weise Panik schürten, anstatt zur Besonnenheit aufzurufen. Seine öffentlichen Aufrufe zur nüchternen Bestandsaufnahme wurden von Politik und Leit-Medien ignoriert. Als Retourkutsche wurde vom Gesundheitszentrum Rhein-Neckar sein Praxis-Mietvertrag fristlos gekündigt. Es folgten zwei Hausdurchsuchungen, hierfür gab es mehrere fadenscheinige Begründungen. Diese bedeuteten Schiffmanns finanziellen Ruin, da 81.000 Patientenakten (darunter Spitzenpoliti-

ker und Prominente) beschlagnahmt wurden. Eine willkürliche Aktion, da die meisten Akten vor der Corona Zeit angelegt wurden. Die Maßnahmen wurden in der Presse breitgetreten, offensichtlich mit dem Ziel, seinen Ruf völlig zu zerstören.

04 Dr. Rolf Kron: Berufsverbot und vorbestraft wegen Maskenattesten

Als engagiertes Mitglied der Aktion "Ärzte stehen auf" forderte Dr. Rolf Kron öffentlich das Ende der Corona-Impfungen, des Maskenzwangs und der Lockdowns. Das schien für Politik und Justiz von Anfang an ein Dorn im Auge zu sein. Denn seinen Aufrufen folgte schon am 13. Januar 2021 eine Durchsuchung seines Hauses und seiner Praxis. Weiterhin ein vorübergehendes Berufsverbot und eine 15-monatige Kontosperrung. Bis November 2023 wurde Kron zu verschiedenen Prozeßterminen vorgeladen und am 24. November 2023 wurde er vom Amtsgericht Landsberg wegen des Ausstellens angeblich falscher Maskenatteste zu einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 10.000 Euro verurteilt. Und das, obwohl inzwischen klar belegt ist, daß der Maskenzwang eine Fehlentscheidung war.

05_ Dr. Martin Bündner: Geldstrafe wegen Ausstellen von Maskenattesten

Am 12.9.2022 wurde Dr. Martin Bündner vom Amtsgericht Hechingen für schuldig erklärt, falsche Gesundheitsbescheinigungen ausgestellt zu haben. Der Mediziner war trotz gebotener Unschuldsvermutung schon im Vorfeld von den Massenmedien durch den Vorwurf von Schummel- bzw. Gefälligkeitsattesten vorverurteilt und somit verunglimpft worden. Laut Gericht hatte er überwiegend für Kinder und Jugendliche Maskenatteste ausgestellt.

Die Patienten hatten in der Praxis über Übelkeit, Kreislaufprobleme und Atemnot beim Tragen von Masken geklagt. Zur sicheren Abklärung der Beschwerden erfolgte zweimal ein Belastungs-EKG und Lungenfunktionsmessungen. Die daraus gewonnenen fundierten Untersuchungsergebnisse wurden vom Gericht jedoch ohne medizinische Begründung verworfen. Kann man angesichts dieser Ignoranz gegenüber medizinischer Kompetenz und dieser offensichtlichen Übereinstimmung mit Politik und Leitmedien hier noch von unabhängigen Gerichten ausgehen?

06 Dr. Dorothea Thul: Der Keule "Antisemitismus und Volksverhetzung" erlegen

Am 12. April 2023 wurde die Wohnung von Dr. Dorothea Thul von Spezialkräften aufgebrochen. Die Kinderärztin und Homöopathin, die sich leidenschaftlich gegen Corona-Maßnahmen und Kindesmißbrauch engagiert, wurde gewaltsam abgeführt und in die JVA Koblenz gebracht. Dort sitzt sie seitdem - aufgrund vager Vorwürfe wie Beleidigung - in Untersuchungshaft. Am 22. September 2023 wurde sie zur Verhandlung gebracht und da sie sich wehrte, schleifte man sie an den Füßen ins Amtsgericht Bernkastel-Kues. Sie erlitt auf den Stufen mehrere Verletzungen und mußte wegen einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. Auch die zweite Verhandlung wurde bald wegen Verhandlungsunfähigkeit abgebrochen. Jetzt wirft man ihr Volksverhetzung und Antisemitismus vor. Sind das nicht die üblichen Schlagwörter, die gegen Kritiker jeder Art eingesetzt werden?

07 Dr. Ronald Weigl: Verurteilt wegen "Systemuntreue"

Dem Passauer Arzt Dr. Weigl warf die Staatsanwaltschaft vor, für Schulkinder, die gesundheitlich erheblich unter dem Maskenzwang litten, von Juni bis Dezember 2020 ungerechtfertigt Befreiungsatteste ausgestellt zu haben. In den nun folgenden Prozessen gegen ihn, mußten von den 1096 zur Last gelegten Fällen 1.086 fallen gelassen werden. Am letzten Prozeßtag, am 17. November 2023, ging es um die restlichen 10 Fälle. Angesichts der wissenschaftlich nachgewiesenen gesundheitsschädlichen Effekte längerfristigen Maskentragens, verurteilte das Gericht ihn nur noch wegen "Regelverstoß". Denn der medizinische Sachverhalt, so der Richter, tue hier nichts zur Sache. Der Richter verurteilte Dr. Weigl wegen

seiner "Systemuntreue" zu 20.000 Euro Geldstrafe, womit er fortan als vorbestraft gilt. Ist das ein Signal an alle, daß das "Regime" keinen Widerspruch duldet?

08 Prof. Dr. Stefan Hockertz: Fakten statt Narrativ werden abgestraft

Der Immunologe und Toxikologe Prof. Stefan Hockertz gehört zu den hochkarätigen Wissenschaftlern, die gegen die Corona-Inszenierung mutig und kompetent Fakten vorgebracht haben. Die Folge: Neben einer Hausdurchsuchung aufgrund angeblicher Steuerhinterziehung, wurde sein komplettes Vermögen gesperrt. Dazu kamen drei Morddrohungen. Hockertz floh vor staatlicher Willkür und aus Angst um sein Leben in die Schweiz, wo er sechs Wochen lang untertauchte. Die Aussage von Jens Spahn: "Wir werden uns viel zu vergeben haben" kommentiert Hockertz wie folgt: "Sie haben sich die letzten 1 1/2 Jahre überhaupt nicht darum gekümmert, wie es den Kindern geht, wie es den Alten geht. Mir fehlen noch die Konsequenzen! Nur zu sagen, das war ein Fehler, das nehme ich ihnen nicht ab. Wir sollten vergeben ... wir sollten aber auf gar keinen Fall vergessen. Den Gefallen sollten wir ihnen nicht tun."

09 Dr. Carola Javid-Kistel: "Ungehorsame Ärzte konnte man nicht gebrauchen"

Die homöopathische Kinder- und Jugendärztin Dr. Carola Javid-Kistel betreibt seit 30 Jahren Impfaufklärung. Gemeinsam mit Dr. Rolf Kron hat sie die Organisation Ärzte stehen auf und Weißer Kranich gegründet. Diesen Ärzten drohen in Deutschland Entzug der Zulassung, Haft und hohe Geldstrafen für nachweislich gewissenhaft ausgestellte Gesundheitszeugnisse. Haus- und Praxisdurchsuchungen wurden immer häufiger, deswegen war Dr. Javid-Kistel Anfang 2022 nach Mexiko ins Exil geflohen. Ihr Kommentar: "Ungehorsame Ärzte konnte man nicht gebrauchen." Besonders in Deutschland werden Corona- und Impfkritiker verfolgt, weil sie das Narrativ von Politik und Leitmedien nicht mittragen. Geschürte Angst soll einerseits Ärzte davon abhalten, Atteste auszustellen, andererseits sollen Bürger sich nicht mehr bemühen, welche anzufordern.

10_ Familienrichter Christian Dettmar: Ruiniert wegen Aufhebung der Maskenpflicht

Im April 2021 hatte der damalige Familienrichter Christian Dettmar wegen drohender Kindeswohlgefährdung die Maskenpflicht in zwei Schulen aufgehoben. Seine "einstweilige Verfügung" hatte er mit eigens angeforderten Gutachten begründet. Das war ein Paukenschlag, es stellte die restriktive Corona-Politik in Frage. Durch diese Verfügung wurde mit der Maskenpflicht auch ein zentrales Symbol staatlicher Unterdrückung zu Fall gebracht.

Der Staat verhielt sich daraufhin alles andere als rechtsstaatlich: "Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Rechtsbeugung gegen ihn, im Büro und in der Wohnung des Familienrichters erschien die Polizei zur Hausdurchsuchung, beschlagnahmte Computer und Mobiltelefon und durchsuchte auch sein Auto. Das sah mehr nach einem Rachezug aus, als einer rechtsstaatlichen Klärung eines juristischen Streitfalls", so die Rechtsanwältin Beate Bahner. In Folge davon wurde Richter Dettmer wegen Rechtsbeugung verurteilt und verlor seine Existenzgrundlage.

11 Dr. Jens Bengen: Corona-Aufklärer der 1. Stunde in Psychiatrie verstorben

Dr. Jens Bengen zählte zu den kritischen Ärzten der ersten Stunde, die sich öffentlich gegen den Corona-Kurs der Regierung stellten und sich trautes, den Menschen die Angst vor Corona zu nehmen. Bengen stand für seine Überzeugung ein, daß Gesichtsmasken auch für Gesunde eine gesundheitliche Belastung darstellen und keinen Schutz vor dem Corona-Virus bieten. Der beliebte und bekannte Mediziner und Bürgerrechtsaktivist sprach sich auch deutlich gegen die Corona-Impfung aus. Seine letzte Rede war 2021 auf einer Corona-Demo in Hannover. Zwei Minuten nach dieser Rede wurde er verhaftet und war dann, bis zur Bekanntgabe seines Todes, in einer Geschlossenen Anstalt. Am 26. Mai 2021 ist Bengen - offiziell an Selbstmord - verstorben, wie sein Bruder auf seinem Telegram-Kanal mitteilte:

"Mein Bruder, Dr. med. Jens Bengen - Schwert der Wahrheit - ist im Corona-Krieg gegen die Menschheit gefallen!"

12 Dr. Jiang: Wegen Maskenattesten ruiniert und wie Terrorist behandelt

Dr. Monika Jiang hatte während der Corona-Pandemie für 100 Patienten Maskenatteste ausgestellt. Nach der Praxisdurchsuchung durch die Polizei, mußte sie aufhören zu praktizieren. Von der Staatsanwaltschaft wurde ihr zur Last gelegt, 4.374 Maskenbefreiungsatteste ausgestellt zu haben. Die Sicherheitsvorkehrungen bei ihrer Verhandlung waren wie bei einem Prozeß gegen Terrorverdächtige. Dr. Monika Jiang wurde 2023 zu einer Freiheitsstrafe von über 2 Jahren, inklusive Berufsverbot und Geldstrafe, verurteilt. Sogar die Praxishelferin wurde mit einer Geldstrafe belegt und das, obwohl die Überflüssigkeit und Gesundheitsschädlichkeit des Maskentragens aus medizinischen Gründen inzwischen klar belegt sind.

Abmoderation

Werden auf der einen Seite Corona-Kritiker immer noch und entgegen jeder Verhältnismäßigkeit abgestraft, weht jedoch inzwischen auch ein anderer Wind: Das Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVV) und verbündete weitere Organisationen reichten am 10. Dezember 2023 bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe 592 Strafanzeigen ein (weitere sieben werden nachgereicht).

Diese richten sich gegen Politiker, Minister, Richter und weitere Personen, die zur Einführung einer partiellen Impfpflicht beitrugen und sich damit mutmaßlich eines Verbrechens gegen die Menschheit, gem. § 7 des Völkerstrafgesetzbuches schuldig machten. Nur durch eine Aufarbeitung bis auf den Grund kann es wieder Frieden geben. Und allein so wird verhindert, daß sich derartige Verbrechen gegen die Menschheit wiederholen.<<

Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Februar 2024 (x1.361/...): >>Britischer Minister zieht sich nach Todesdrohungen von Islamisten aus Politik zurück

Nach Brandstiftungen, Todesdrohungen und einem knapp entgangenen Mordversuch durch Islamisten, zieht sich der britische Minister und Tory-Abgeordnete Mike Freer aus der Politik zurück. Er und seine Familie halten es nicht mehr aus, täglich um ihr Leben zu fürchten.

Sebastian Thormann

Der britische Tory-Abgeordnete und Minister im Justizministerium, Mike Freer, wird nicht wieder zur Wiederwahl antreten - wegen massiver Einschüchterung von Islamisten. Als parlamentarischer Unter-Staatssekretär mit Rang eines Ministers ohne Kabinettsmitgliedschaft ist er aktuell im britischen Justizministerium für "Gerichte und Rechtsdienste" zuständig, hat er aber inzwischen selbst Angst um sein Leben wegen islamistischer Angriffe auf ihn. Motivation für die Angreifer ist auch seine Unterstützung für Israel.

Sein Abgeordnetenbüro im Wahlkreis brannte nach einem Anschlag fast völlig aus. Auf Empfehlung der Polizei trägt er aktuell stichsichere Westen und Polizeibehörden überwachen jeden Schritt, den er macht. Er solle vorsichtig sein, wenn er sein Auto parkt, hätten ihm die Sicherheitsbehörden gesagt.

Nach Gesprächen mit seiner Familie habe er sich nun entschlossen, die Politik zu verlassen, zu groß ist die Angst vor Anschlägen auf sein Leben: "Sie sollten nicht wirklich darüber nachdenken müssen: Werde ich den Tag überleben?", so der Tory-Politiker.

Die ersten ernstzunehmenden Morddrohungen habe er im vergangenen Jahr erhalten, als die Gruppe "Muslims Against Crusades" (zu deutsch "Muslime gegen Kreuzzüge") ihm sagte, "Stephen Timms ist eine Warnung für Sie" und ihre Anhänger aufforderte, ihn ins Visier zu nehmen. Freers Labour-Kollege Timms wurde 2010 von einem Al-Qaida Abgeordnete niedergestochen, aber überlebte.

Das war aber bei weitem nicht der einzige islamistische Angriff auf britische Abgeordnete. Erst 2021 tötete der Islamist Ali Harbi Ali den konservativen Abgeordneten David Amess. Ein Monat zuvor hatte Ali vor Freers Abgeordnetenbüro mit einem Messer auf ihn gewartet - dessen Pläne wurden nur durchkreuzt, weil Freer an jenem Tag in Boris Johnsons Kabinett als Minister ernannt wurde und in London war. "Nicht viele Leute können sagen, daß Boris ihr Leben gerettet hat", sagte er in einem Interview mit der Daily Mail.

Gut ein Dutzend Islamisten der Gruppe "Muslims Against Crusades" stürmten nun kürzlich eine Veranstaltung Freers in seinem Wahlkreis und nannten ihn ein "jüdisches homosexuelles Schwein", das "das Haus Allahs beschmutzte". Freer ist homosexuell, aber nicht jüdisch - auch hier liegt die Drohung wohl im Kontext zu seiner Pro-Israel-Haltung.

"Kein Abgeordneter kann ohne die Unterstützung seines Ehepartners und der weiteren Familie effektiv arbeiten. Leider führen die schwerwiegenden Vorfälle auch zu unerträglichen Streß für sie", schrieb er in einem Brief an seine lokale Parteizentrale. Aus diesem Grund trete er zur nächsten Wahl nicht wieder an.<<

02.02.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 2. Februar 2024 (x1.364/...): >>Die Aufklärung über die schädlichen mRNA-Injektionen stockt bei der gelenkten Ärzteschaft

Von *Herbert Ludwig*

Die dringend notwendige Aufklärung über die verheerenden Nebenwirkungen der "mRNA-Corona-Impfungen" kann nur zur ganzen Bevölkerung durchdringen, wenn sie die durch halbstaatliche Ärztekammern und Versicherungen autoritativ geführte Ärzteschaft erreicht. Von den aufgewachten Ärzten und Patienten muß daher eine unaufhörliche Aufklärungsarbeit ausgehen. Wie voraussehbar die vielfältigen Schädigungen dieser Injektionen sind, zeigt nachfolgend in einem Interview ein weiterer Experte, der medizinische Mikrobiologe Dr. habil. Michael Palmer, der sich schon früh der gefälschten "Pandemie" sowie dem Wahn dieser "Impfung" entgegenstellte und in Kauf nahm, daß ihm seine Professur an der Universität Waterloo in Kanada entzogen wurde. (hl)

Vom MWGFD-Presseteam: Autorin *Elisabeth Maria*, veröffentlicht am 9. Januar 2024

Dr. med. habil. Michael Palmer, Mitglied beim MWGFD- und bei den "Doctors for Covid Ethics", ist einer von vielen Wissenschaftlern, die die sogenannte "Impfung" gegen Sars-CoV-2 von Anfang an kritisch hinterfragt haben. Seine Aufklärungsarbeit mußte er teuer bezahlen, wurde ihm doch seine Professur für Biochemie an der Universität Waterloo in Kanada aufgrund seiner klaren Positionierung entzogen.

Ruhig, unaufgeregt, sachlich und reflektiert erläutert er im Gespräch mit der MWGFD-Mitarbeiterin Claudia Jaworski seine wissenschaftlichen Überlegungen und Erkenntnisse, die sich im Zusammenhang mit den Problemen rund um die "Corona-Impfung", die er aufgrund der großen Vielfalt der möglichen Schädigungen als "neuartiges Chamäleon der Medizin" bezeichnet, ergeben haben und noch ergeben werden.

Dabei fiel es ihm von Anfang an nicht schwer, sich gegen diese Injektion zu positionieren:

"Es war eine einfache Entscheidung, diese Impfung zu kritisieren und sich dagegen auszusprechen. Ich denke, daß die wissenschaftliche Problematik im Grunde recht einfach zu verstehen ist, wenn man einfach Schritt für Schritt durchgeht, was passiert, wenn man diese Kopien vom Gen dieses viralen Proteins in Körperzellen einführt, diese Körperzellen dann anfangen, das Gen zu exprimieren, das Protein zu produzieren und damit die Aufmerksamkeit des Immunsystems auf sich ziehen. Dann muß man unbedingt erwarten, daß das zu Schäden führt. ... Es war von vornherein klar, daß diese Technologie völlig neuartige Risiken bieten würde."

Da Corona "kein Killer" war, bestand zudem aus seiner Sicht "keine Notwendigkeit für irgendwelche überhasteten Notfallmaßnahmen. ... Es gab keine Sicherheit, keine Notwendigkeit und keinen Nachweis der Effektivität für diese Impfungen. ... Es gab wirklich keinen Grund, diese Impfung überhaupt einzuführen, geschweige denn, sie mit solchen Zwangsmaßnahmen durchzusetzen und durchzuprüfeln, wie es dann tatsächlich passiert ist."

Glücklicherweise sei die Impfwillingkeit der Bevölkerung mittlerweile auf einem recht "niedrigen Stand" angekommen, da ein Großteil der Menschen inzwischen "Lunte gerochen" habe. Dies und die weitere Aufklärung der Menschen sei wichtig, da es "nicht bei diesem Covid-Impfstoff alleine bleiben" werde. "Die mRNA-Technologie soll auch ausgedehnt werden auf Infektionskrankheiten" wie z.B. Grippe oder RSV, "bei denen es eigentlich schon etablierte, konventionelle Impfstoffe gibt."

Palmer warnt:

"Alle diese Impfstoffe muß man verdächtigen, bis zum Beweis des Gegenteils, daß sie auf ähnliche Weise und ähnlich schwerwiegend giftig sein werden, wie das bei den Covid Impfstoffen der Fall ist."

Es bestehe die Gefahr, daß sich "die schädlichen Wirkungen, die wir mit den Covid Impfstoffen gesehen haben wiederholen werden, wenn man die gleiche Impfstoff-Technologie an andere infektiöse Agenzien anwendet."

Dabei sei der hauptsächliche Schädigungsmechanismus nicht schwer zu verstehen und eigentlich an fünf Fingern abzuzählen:

"Man muß von vornherein erwarten, daß der Angriff des Immunsystems auf diejenigen Zellen, welche den Impfstoff aufgenommen haben, eine wesentliche Rolle spielt bei den Zell- und Gewebeschäden. ... Dieser Mechanismus ist im Grunde völlig generell. ... Der wesentliche Schädigungsmechanismus scheint einfach die Immunreaktion auf das Spikeprotein als ein fremdes Antigen zu sein. Jeder Impfstoff wird sein eigenes fremdes Antigen enthalten oder das Gen dafür, und man muß daher davon ausgehen, daß zukünftige genbasierte Impfstoffe ganz ähnliche und auch ähnlich schwerwiegende Nebenwirkungen hervorrufen werden."

Grundsätzlich seien vorwiegend Schädigungen der Blutgefäße zu erwarten, was zu vielfältigen Gerinnungserkrankungen führen werde.

"Das ist alles plausibel erklärbar. Diese Komplikationen treten häufig relativ frühzeitig auf, innerhalb von Tagen oder wenigen Wochen nach der Impfung, manchmal sogar nur Stunden."

Jedoch können auch andere Zell- und Gewebetypen betroffen sein:

"Der gleiche Schädigungsmechanismus - also der Angriff des Immunsystems auf Zellen, die das Spikeprotein produzieren - kann auch in anderen Gewebetypen, anderen Zelltypen passieren."

Sind Gehirnzellen betroffen, spricht man von einer Enzephalitis, bei Schädigung der Herzmuskelzellen

kommt es zu einer Myokarditis und zu Narben am Herzmuskel. Ein großes Problem dabei sei, daß akute Herzrhythmusstörungen nach Myokarditis auch noch nach langer Zeit plötzlich auftreten können und wahrscheinlich noch Jahre zu beobachten sein werden. Plötzliche Herztode als Spätfolgen der Myokarditiden seien noch lange zu erwarten, so seine Prognose. In vielen Fällen müsse man "natürlich auch anerkennen, daß Organschäden irreversibel sein werden, das muß man offen aussprechen."

Zudem habe die "Impfung" die Potenz, autoimmunartige Erkrankungen und Autoimmunerkrankungen auszulösen oder zu verschlimmern. Leider würden die meisten Ärzte jedoch mögliche Kausalitäten zur Impfung nicht in Betracht ziehen und auch nicht diagnostisch verfolgen. Und das, obwohl es, so Palmer, "plausible Zusammenhänge ... natürlich mehr als genug" geben würde.

"Die Impfstoffe können im Prinzip in Zellen aller Organe und Gewebe aufgenommen werden und dort Schädigungen verursachen und deswegen muß man auch eine große Vielfalt an möglichen Manifestationen beobachten oder erwarten."

Ein Erkrankungsbild, über das Betroffene, die sich hilfeschend an die Therapeutenvermittlungshotline der MWGFD wenden, häufig klagen, ist das sogenannte chronische Erschöpfungssyndrom, das mit Fatigue und Schmerzsyndromen einhergeht. Auch dafür findet Michael Palmer eine plausible Erklärung:

"Ein chronischer Entzündungszustand kann einen chronischen Erschöpfungszustand ... erklären. Und ich denke, daß zumindest bei einigen Patienten, nach den Befunden der Pathologen, wir davon ausgehen können, daß wir Entzündungen, auch langlaufende Entzündungen, in vielen Organen haben."

Auch klagt eine Vielzahl der Anrufer über gehäufte Tumorerkrankungen und rezidivierende Infektionen bei sich oder geimpften Angehörigen. Michael Palmer erläutert dazu:

"Tumorerkrankungen und gehäufte Infektionen, das deutet darauf hin, daß das Immunsystem nicht mehr funktioniert. ... Ein plausibler Mechanismus ist der von Prof. Bhakdi vorgeschlagene Lymphozyten-Fratricid (Brudermord), d.h. daß die Lymphozyten sich gegenseitig umbringen, nachdem sie das Spikeprotein aufgenommen haben und man sieht auch tatsächlich in einigen Fällen, daß in der Milz Aufruhr herrscht ... als könnte dort tatsächlich so ein gegenseitiges Hauen und Stechen der Lymphozyten stattfinden. Sie brauchen Lymphozyten, um Virusinfektionen unter Kontrolle zu bringen oder unter Kontrolle zu halten. ... Die gleichen Zellen sind auch wichtig für die Erkennung und Kontrolle und Ausrottung von Tumorzellen. Also man kann annehmen, daß die Schwächung des Immunsystems auch den Ausbruch von Tumorerkrankungen beflügelt."

Michael Palmer postuliert bei der Zunahme an Tumorerkrankungen noch einen anderen Mechanismus:

"Bei Tumorerkrankungen muß man außerdem noch in Betracht ziehen die Möglichkeit, daß es de novo zu genetischen Veränderungen gekommen ist. ... Das Einbringen von fremder bakterieller DNA in unsere Körperzellen kann dazu führen im Prinzip, daß Fragmente von dieser fremden DNA in zufälligen Positionen in unser eigenes Erbgut integriert werden und dann kann die körpereigene DNA, die zelleigene DNA in der Nachbarschaft dieses eingebauten fremden Stückes DNA durcheinandergerührt werden, durcheinandergewirbelt werden, dann kann es zu Dysregulation des Wachstums dieser Zellen kommen. ... Es muß ja nur eine Zelle im Prinzip einer Transformation unterliegen, einer solchen durch die genetische Veränderung ausgelösten Mutation unterliegen, die dann dazu führt, daß diese Zelle anfängt, sich unkontrolliert zu vermehren, und dann haben Sie plötzlich einen Tumor."

Dabei wagt Palmer folgende pessimistische Prognose:

"Ich würde ... annehmen, daß die bisher schon aufgetretenen Tumorerkrankungen hauptsächlich durch die Immunsuppression verursacht worden sind, während die durch Mutation neu zu erwartenden Tumorerkrankungen und Leukämieerkrankungen im Wesentlichen noch vor uns liegen. ... Wir müssen sehen, wie das alles endet."

Grundsätzlich ist für Dr. Michael Palmer der Einfluß der DNA-Kontamination der Impfstoffe "Die große Unbekannte".

"Es ist durchaus denkbar, daß viele Fälle von langfristiger Expression des Spikeproteins, langfristiger Bildung des Spikeproteins im Körper bedingt sind durch die Anwesenheit von DNA."

Diagnostisch setzt Dr. Michael Palmer große Hoffnung in pathologische Methoden:

"Es läßt sich, ... wenn man z.B. eine Biopsie hat, ... mit Hilfe von spezifischen Antikörpern das durch den Impfstoff induzierte Spikeprotein nachweisen. Das geht. ... Man kann durchaus ... durch Biopsien einen sehr hohen Grad von diagnostischer Wahrscheinlichkeit ... erreichen." Ansetzen müsse man zudem bei der Aufklärung der ärztlichen Kollegen:

"Ich habe die Hoffnung, daß sich doch was ändert, ich denke, wir müssen da dranbleiben, und versuchen, die Ärzte entsprechend aufzuklären."

Bei der Aufklärung seien die Pathologen die ihm am wichtigsten erscheinende Gruppe, da sie "eigentlich am ehesten in der Lage" seien, "definitive Antworten zu geben." Daher sei es wichtig für Ärzte und Patienten, Pathologen als Ansprechpartner zu finden, "an welche sie diagnostische Proben senden können und von denen sie dann eben auch substantielle Antworten bekommen können."

Grundsätzlich setzt Dr. Michael Palmer trotz der dystopischen Prognosen, die krankmachenden Mechanismen der sogenannten "Impfung" betreffend, auf die Selbstheilungskräfte des menschlichen Körpers:

"Am Wichtigsten ist es auf alle Fälle, weitere Impfungen zu vermeiden. Man kann hoffen, daß über die Zeit doch die Entzündungsaktivität abklingt, nachdem das Spikeprotein doch wohl nur für eine begrenzte Zeit im Körper gebildet wird."

Langfristig sei auf jeden Fall ein Abklingen der Entzündungsaktivität zu erwarten. Daher sei Geduld gefragt, um die Zeit bis zum Abklingen der Entzündungsreaktion mit symptomatischer Behandlung zu überbrücken.

Wir wünschen allen Betroffenen, daß sie diese Geduld aufbringen mögen, und daß ihr Körper alle Selbstheilungskräfte aktivieren möge, um das krankmachende Programm der Impfung abwehren zu können.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Februar 2024 (x1.361/...):
>>WHO-Bericht: Der merkwürdige globale Anstieg der Krebs-Erkrankungen um 77 Prozent

Bis 2050 sollen jährlich 35 Millionen Krebs-Neuerkrankungen registriert werden, teilt die Weltgesundheitsorganisation mit. 2022 waren es noch 20 Millionen. Trotz oder gerade wegen neuer Erkenntnisse könnte Krebs deutlich häufiger erkannt werden.

Von Redaktion

In Zukunft werden immer mehr Menschen an Krebs erkranken. Zu diesem Schluß kommt die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), die Teil der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist und nennt dafür teilweise diffuse Gründe. Auswertungen aus 185 Ländern haben ergeben, daß im Jahr 2022 gut 20 Millionen neue Krebsfälle registriert wurden.

Damit nahm die Zahl gegenüber der 2020 registrierten Fälle um mehr als eine halbe Million zu - und in den nächsten Jahren soll die Zahl drastisch steigen. Bis 2050 sollen laut IARC-Rechnungen jährlich bis zu 35 Millionen Neuerkrankungen registriert werden - das wäre ein Anstieg um satte 77 Prozent.

Brisant: Der größte Anstieg an Krebs-Erkrankungen sei laut WHO in den am weitesten entwickelten Ländern der Welt zu erwarten. Hier könnten bis 2050 jährlich bis zu 4,8 Millionen Fälle hinzukommen. Grund dafür können die fortgeschrittenen medizinischen Möglichkeiten bei der Früherkennung sein - wenngleich neue wissenschaftliche Erkenntnisse auch die Präventivmaßnahmen verbessern sollten. Ob der wissenschaftliche Stand also den Anstieg der Neuerkrankungen erklären sollte, ist fragwürdig.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl werden allerdings Länder, die am unteren Ende des von den Vereinten Nationen verwendeten Index für menschliche Entwicklung stehen, den prozentual größten Anstieg an Neuerkrankungen erleben: Hier werden die Fälle laut IARC wegen medizinischer Unterversorgung und fehlenden Fachkräften um 142 Prozent zunehmen. Momentan würde jeder fünfte Mensch in seinem Leben an Krebs erkranken, sagt das IARC.

Im Jahr 2022 starben etwa 9,7 Millionen Menschen an Krebs, die häufigste Todesursache war Lungenkrebs, mit einem Anteil von 12,4 Prozent beziehungsweise 1,8 Millionen Fällen. Lungenkrebs war gleichzeitig auch die häufigste Erkrankungsform und vor allem bei Männern

ausgebreitet. Frauen wiederum litten in 2,3 Millionen Fällen am häufigsten unter Brustkrebs. Auch Darm- und bei Männern Prostatakrebs traten häufiger auf.

Die Zahl der Menschen, die fünf Jahre nach einer Krebsdiagnose noch lebten, lag 2022 bei 53,5 Millionen - 2020 waren es noch 50,6 Millionen, zumindest hier ist ein Fortschritt zu erkennen, wenngleich die IARC eine Vergleichbarkeit, auch bei den Neuerkrankungen, wegen neuer Erkennungs- und Behandlungsmethoden für nicht angebracht hält, weil neue Erkenntnisse und damit einhergehende Standards jährlich variieren könnten.

So meldet das Europäische Patentamt, die Zahl der Erfindungen zur Krebsbekämpfung sei zwischen 2015 und 2021 um mehr als 70 Prozent gestiegen. Als eines der innovativsten und bei der Krebsforschung fortschrittlichsten Länder wird Deutschland von der EPA aufgeführt. Hier entwickelt unter anderem der Pharma-Riese BioNTech, der auch schon durch die Herstellung weltweit eingesetzter Vakzine gegen Covid-19 bekannt wurde, seit Jahren einen auf mRNA-basierenden Impfstoff gegen Krebs. In über 20 eigenen Studien forscht BioNTech an den Möglichkeiten der Krebstherapien.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Februar 2024: >>**Strafanzeige wegen Anti-Grünen-Satire**

Von *Karel Meissner*

Ein bayerischer Unternehmer postiert auf seinem Privatgrundstück satirische Anti-Grünen-Plakate. Politiker von CDU, FDP und SPD schreien Skandal, ein Amtsgericht verurteilt ihn. Die Altparteien werden dünnhäutig: Die Regierung fürchtet den Machtwechsel. ...

Wenn schon begründeter Widerspruch zu Übermutter-Merkel als "Majestätsbeleidigung" galt und Jobverlust zur Folge hatte (wie bei Hans Georg Maaßen), warum sollten Ampel-Politiker da kürzer treten? Warum sollte die neue Wokeness-Aristokratie sich satirische Seitenhiebe seitens der Untertanen gefallen lassen?

Da hatte sich ein bayerischer Unternehmer aus Gmund (Tegernsee) doch tatsächlich erdreistet, drei satirische Anti-Grünen-Plakate zu bestellen und auf seinem Privatgrundstück aufzuhängen. Jeder Vorbeifahrende konnte es lesen. Eines zeigt die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang auf einer Dampfwalze, begleitet von Robert Habeck, Cem Özdemir und Annalena Baerbock.

Übertitel: "Wir machen alles platt". Untertitel: "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen." (Zitat von Wirtschaftsminister Robert Habeck von 2010). Was für eine schreckliche Hetze!

Das zweite Banner zeigt Gesichter führende Grünenpolitiker, in die Blütenstempel von Pflanzen kopiert, die gerade gepflückt werden. Titel: "Wir packen das Übel an der Wurzel". In einer Presseerklärung empörten sich Ute Schwarzenberger (SPD), Pascal Reddig (CDU) und Henrik Statz (FDP):

"Angesichts der zunehmenden verbalen und tätlichen Angriff gegen Politiker und Politikerinnen ist mit dem Inhalt, der zeigt, wie Menschen als Pflanzen dargestellt, als Übel an der Wurzel ausgerissen werden, eine Grenze überschritten worden."

Schlimmer noch: "Ein solches Plakat, eine solche Aussage wirkt bedrohlich und menschenverachtend und sollte vom Verfasser deshalb schnellstmöglich entfernt werden."

Das dritte Banner zeigt Wirtschaftsminister Robert Habeck mit seiner revolutionären Erkenntnis "Unternehmen gehen nicht insolvent, sie hören nur auf zu produzieren" sowie dem skeptischen Untertitel "Kann er überhaupt bis 3 zählen?" Was für ein Rufmord! Welch grobe Beleidigung! Zur Entschuldigung des Unternehmers läßt sich nur sagen, daß dieses Transparent auch in anderen Teilen Deutschlands zum Einsatz kam.

Am 23. September demonstrierte ihm die Polizei die Schwere seines Verbrechens: Sie besuchte sein Grundstück und beschlagnahmte beide Transparente. Im November erließ das Amtsgericht Miesbach einen Strafbefehl. Für die Lästerung untadeliger Obrigkeit soll er eine Geldstrafe von 6.000 Euro (40 Tagessätze) hinlegen.

Aber der uneinsichtige Untertan wollte seine Schuld nicht anerkennen und legte Widerspruch ein. Am 21. März wird sein Fall verhandelt. Sein Anwalt erklärte gegenüber dem Magazin Cicero: "Der Inhalt des Plakats ist vollumfänglich von der in Artikel 5 des Grundgesetzes verbürgten Meinungsfreiheit gedeckt. Diese gilt auch in Bayern."

Der Kölner Medienrechtler Ralf Höcker bekräftigte diesen Standpunkt in einem X-Posting: "Wegen dieser rechtlich vollkommen zulässigen Plakate hat ein Unternehmer wegen angeblicher Beleidigung einen Strafbefehl kassiert. Die Entscheidung ist ein Witz und wird keinen Bestand haben."

Hoffentlich. Denn sollte das bayerische Amtsgericht sich durchsetzen, wird bald jede kritische Satire kriminalisiert sein.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. Februar 2024 (x1.360/...): >>"Abschiebe-Offensive"? Das ist nur Augenschere der Ampel-Parteien!

Im Erfinden von orwellschen Wortverdrehungen sind die Ampel-Politiker Weltmeister: Aus Schulden wird "Sondervermögen", aus Kriegstreiberei wird "Friedenspolitik" und aus einer Politik der unkontrollierten Massenmigration wird eine "Abschiebe-Offensive". Nun hat der Bundesrat ein Gesetzesvorhaben gebilligt, das angeblich Abschiebungen erleichtern soll. Doch bei näherem Hinsehen entpuppt sich alles wieder als heiße Luft!

Zwar wird der Abschiebebewahrsam von zehn auf 28 Tage verlängert. Doch das nützt wenig, wenn Ausreisepflichtige im Gegenzug mit Pflicht-Anwälten ausgestattet werden, so daß die Abschiebungen mit allerlei rechtlichen Kniffen bis zum Sankt-Nimmerleinstag herausgezögert werden kann.

Daß es der Ampel-Regierung nicht nur an der Fähigkeit, sondern vor allem am Willen mangelt, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen, zeigt schon die sechsstellige Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland. 2022 wurde eine lächerlich geringe Zahl von 13.000 Ausländern abgeschoben, während sich zugleich 304.308 vollziehbare Ausreisepflichtige in Deutschland aufhielten (Ende 2022). 23.400 Abschiebungen scheiterten allein in einem Jahr!

Nur mit der AfD wird diese Massenmigration endlich gestoppt. Wir wollen Geldleistungen in Sachleistungen umwandeln, unsere Staatsgrenzen schützen und beim Thema Abschiebungen den Worten endlich Taten folgen lassen. Wir sind es leid, von den Ampel-Parteien und der CDU eine Nebelkerze nach der anderen zu hören!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Februar 2024: >>Massenzuwanderung: Deutsche sagen Nein

Von *Sven Eggers*

Die zügellose Zuwanderung nach Deutschland bereitet den Deutschen zunehmend schlaflose Nächte. Das geht aus einer Allensbach-Erhebung hervor. Die Sorgen verwundern nicht, denn die Emotionen kochen derzeit hoch ...

Der Sicherheitsreport 2024, jetzt vorgestellt vom Allensbach-Institut, bringt es an den Tag: Nichts besorgt die Deutschen mehr als die unkontrollierte Masseneinwanderung in unser Land. 86 Prozent der Befragten haben Angst vor Islamisten-Gruppen, 81 Prozent sehen Araber-Clans als Bedrohung.

Nein, so nicht!

Besonders bemerkenswert: Die Bundesdeutschen haben kein Vertrauen mehr in die Migrationspolitik der Ampel-Regierung. Die grundsätzliche Frage lautete: "Halten Sie die derzeitige Flüchtlingspolitik alles in allem für richtig oder für nicht richtig?" Satte 80 Prozent sagen hier klipp und klar: Nein, diese Politik ist nicht richtig!

Mehr noch: Knapp die Hälfte aller Befragten, nämlich 48 Prozent, macht den Zustrom von Fremden in unser Land verantwortlich für das deutliche Ansteigen der Kriminalität. "Für Gewalt und Sexualstraftaten ist das auch gut belegt"; merkt die Neue Zürcher Zeitung an.

Die neue Allensbach-Erhebung ist eindeutig: Nur 12 Prozent halten die Migrationspolitik der Bundesregierung für richtig. Ganze vier (!) Prozent glauben noch daran, daß die Ampel die Migrationskrise in den Griff bekommen wird. 86 Prozent sind diesbezüglich skeptisch beziehungsweise glauben das nicht. Bitter: Jeder dritte Befragte fühlt sich angesichts der Zuwanderungsflut am eigenen Wohnort weniger sicher als früher. Nur noch 61 Prozent fühlen sich in Deutschland sicher; vor zwei Jahren waren es noch 76 Prozent.

Bauern, Bonzen und Blockaden

Diese Zahlen sind letztlich kein Wunder: Wir erleben eine nie gekannte Einwanderungsflut, die unser Land unumkehrbar verändert und verfremdet. Massen junger und entwurzelter Männer machen sich hier breit, Messerkriminalität und Gruppenvergewaltigungen steigen an. Und mehr und mehr Zuwanderer sind auf dem Weg zu uns. Sie kommen aus uns fremden Kulturkreisen, sind geprägt von gänzlich anderen Wertvorstellungen, werden angelockt von falschen Versprechungen und haben nichts mehr zu verlieren.

Mehr als 60 Prozent der von Allensbach Befragten sind denn auch dafür, "Aufnahmelager für Flüchtlinge außerhalb Europas aufzubauen und bereits dort über Asylanträge zu entscheiden". Die Bild wertet diese Zahlen als "verheerendes Zeugnis" für die Migrationspolitik der Ampel".

Keine Waffen in Kriegsgebiete!

Neben der Sicherheitslage in Deutschland bewegt die Kriegsgefahr die Menschen. Besonders die Krisenherde in der Ukraine und im Nahen Osten beunruhigen. Übrigens: Nur noch 10 Prozent glauben an den von den Altpartien lange Zeit so sehr propagierten "Sieg der Ukraine" gegen Rußland. Und trotz gegenteiliger Regierungspropaganda sind nur 20 Prozent dafür, weitere Waffen nach Kiew zu liefern. Asyl und Migration als vordringlichstes Thema für die Deutschen: Alle wesentlichen Daten und Fakten dazu finden sich in unserem Magazin "Asyl-Bombe. Wie wir uns retten können".

Daß natürlich die AfD vom Total-Versagen der Ampel profitiert, wollen Medien und Herrschende nicht wahrhaben. Hier ist die Ursache der gegenwärtigen Giga-Kampagne gegen die Blauen zu suchen. Der ARD-Deutschlandtrend, basierend auf Infratest-Zahlen, freut sich zwar darüber, daß die AfD in neueren Umfragen Zuspruch leicht verliert, muß aber vermelden:

"Die aktuelle Debatte über die AfD hat die Wahrnehmung der Partei bisher nur wenig verändert. Weiterhin finden vier von zehn Deutschen (43 Prozent; plus 1 im Vergleich zum Juli 2023) es gut, daß sich die AfD stärker als andere Parteien für einen begrenzten Zuzug von Ausländern und Geflüchteten einsetzt."

Zudem kann sich die AfD auf die eigene Anhängerschaft verlassen: Mehr als die Hälfte gibt an, sich nicht vorstellen zu können, in Zukunft eine andere Bundestagspartei zu wählen.

Interessant auch: Bereits 60 Prozent der von Infratest Befragten sind besorgt, "daß man ausgegrenzt wird, wenn man bei bestimmten Themen seine Meinung sagt". 53 Prozent treibt um, daß zu viele Menschen nach Deutschland kommen, und jeder Zweite blickt sorgenvoll auf die Annahme, "daß wir einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache erleben werden".<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. Februar 2024 (x1.360/...): >>Die Energiewende der Ampel stürzt uns in den Ruin!

Auch im Haushalt für dieses Jahr muß die Ampel ihre Milliardenlöcher mit Sondervermögen und Umschichtungen kaschieren, um nicht zu offensichtlich die Schuldenbremse zu verletzen. Ein beträchtlicher Batzen Geld geht für die sogenannte Energiewende drauf. Die kostet eben

nicht nur so viel wie "eine Kugel Eis", wie der frühere grüne Umweltminister Trittin vor 20 Jahren behauptete, sondern mehrere Billionen Euro. Warum man sich das ganze sparen sollte, darüber sprechen wir mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wiehle.

Und: Der vom Staatsfunk und der Investigativstasi "Correctiv" konstruierte Skandal um ein Geheimgespräch wird weiterhin dazu genutzt, um Bürger gegen die Opposition aufzupeitschen. Es sind die linken Altparteien selbst, die die sogenannten "Demos gegen rechts" - die nichts anderes sind als Fackelmärsche gegen die Opposition - anmelden und organisieren und dafür sogar auf Steuermittel zurückgreifen.

Die Ampelregierung freut es, da so von den eigentlichen Brennpunkten abgelenkt wird. Auch weiterhin begehren Bauern, Transportunternehmen, Handwerker und Bürger gegen die desaströse Politik auf - und damit wird es auch weitergehen. Denn die Forderungen nach Rücknahme der Steuerbelastungen wurden alle in den Wind geschlagen. Wie die Ampel den sozialen Frieden gefährdet, darüber sprechen wir mit AfD-Bundes- und Fraktionschef Tino Chrupalla.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Februar 2024: >>**Rostock: Stadt hat nichts mehr mit Remigration am Hut**

Von *Sven Reuth*

In der Hansestadt an der Ostsee gibt es schon seit 2017 ein mit einer Sachbearbeiterstelle besetztes Sachgebiet Remigration im kommunalen Migrationsamt. Doch plötzlich ist der seit einigen Wochen umstrittene Begriff aus einer Stellenbeschreibung verschwunden. ...

Diese Meldung aus Mecklenburg-Vorpommern paßt gut in die Karnevalszeit: Eine Stellenausschreibung für einen kommunalen Mitarbeiter verschwand plötzlich aus dem Internet, weil diese den über Nacht in Ungnade gefallenen Begriff "Remigration" enthielt. Die Großstadt an der Ostsee leistet sich nämlich, was sehr löblich ist, seit 2017 einen Sachbearbeiter für Remigration, der sich um Dinge wie die Prüfung von Ausweisungen oder die Beratung von Menschen, die in ihre Heimatländer zurückkehren wollen, kümmert.

Das konstruierte Unwort

Was über ein halbes Jahrzehnt wohl gut und reibungslos klappte, soll jetzt plötzlich anrüchig und nicht mehr zeitgemäß sein, wie die entsprechende Standardformel ja immer lautet. Grund ist die derzeit laufende Staatskampagne gegen Rechts, als deren Aufhänger ja bekanntermaßen ein angebliches Potsdamer "Geheimgespräch" - tatsächlich war es eine private Gesprächsrunde - herhalten muß.

Über Remigration wurde in Potsdam tatsächlich gesprochen, nicht aber über "Vertreibungen" und "Deportationen". Letzteres sind reine Unterstellungen des extrem linken und staatsfinanzierten Netzportals Correctiv, das dieses Potsdamer Treffen mit Stasi-Methoden überwachte und die dort geäußerten Gesprächsinhalte dann ebenfalls in einer an die DDR-Staatssicherheit erinnernden Art und Weise verdrehte und verfälschte.

Eine ebenfalls extrem weit links angesiedelte Marburger Sprachjury sprang erwartungsgemäß über das von Correctiv hingehaltene Stöckchen und kürte ebenso erwartungsgemäß den durch und durch neutralen Begriff "Remigration" zum "Unwort des Jahres". Womit man in Rostock nun plötzlich ein Problem hatte, mit dem zuvor noch niemand gerechnet hatte.

"Standardbegriff der Migrationsforschung"

Die Stadtverwaltung Rostock gab als Reaktion auf die hochkochende Debatte zunächst eine differenzierte Presseerklärung ab. In der Erklärung vom 31. Januar hieß es unter anderem:

"In der Wissenschaft ist Remigration seit jeher ein Standardbegriff der Migrationsforschung. ... Verwaltungen nutzen den Begriff 'Remigration' schon lange als verkürzenden Sammelbegriff für freiwillige Rückkehrangebote wie auch für Abschiebungen von Ausländern, die nach geltendem Recht und den entsprechenden Verfahren zur Ausreise verpflichtet sind."

So weit, so wahr. Im Deutschland des Jahres 2024 darf allerdings weder differenziert noch dürfen Begriffe korrekt wiedergegeben und erläutert werden. Nach einem weiteren Empörungsturm kippte Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger (Linke) dann auch um, nachdem ihr Parteikollege Seyhmus Atay-Lichtermann, der Vorsitzende des Rostocker Migrantenrats, sich zu Wort gemeldet und sinngemäß gefordert hatte, daß der Begriff Remigration bitteschön auch in Rostock genauso vehement dämonisiert werden müsse wie im rechtlichen Deutschland.

Auf ihrem Instagram-Profil äußerte Kröger: "Ich habe mich mit dem Migrantenrat dazu verständigt, daß wir jetzt eine offensive, heilende Debatte brauchen - und dabei die Lebenswirklichkeit der Betroffenen in den Mittelpunkt stellen."

Der Begriff Remigration werde von der Rostocker Stadtverwaltung künftig nicht mehr verwendet. In einem fast schon pastoralen Tonfall fährt Kröger in ihrer Mitteilung dann fort und betont weiter: "So wird es sein. Aber gemeinsam mit Bewußtseinschaffung, damit was hängen bleibt."

Hängen bleibt vorerst nur, daß man auch in der größten Stadt von Mecklenburg-Vorpommern nicht genügend Traute hat, um sich der von Correctiv und den linken Marburger Linguisten in Sachen Remigration verordneten Begriffsverdrehung zu widersetzen. Das war leider zu erwarten. Fast immer siegt in solchen Situationen nämlich der Opportunismus über die Wahrheitsliebe. So bleibt es weiterhin dem patriotischen Spektrum überlassen, den Begriff Remigration in seiner tatsächlichen Bedeutung zu verwenden und zu erläutern.<<

Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Februar 2024 (x1.361/...): >>**Bloomberg-Recherche: Windkraft-Betreiber manipulierten Rechnungen und griffen Millionenbeträge ab**

In Großbritannien haben Betreiber erneuerbarer Energien bei der Abrechnung von sogenanntem "Phantom-Strom" erheblich falsche Werte angegeben und über den Staat Millionen auf Verbraucher abgewälzt. Das System ähnelt dem in Deutschland.

Jerome Wnuk

Eine Recherche des amerikanischen Magazins Bloomberg offenbart eine Masche der Windkraftindustrie in Großbritannien. Dutzende britische Windparks, die von einigen der größten Energieunternehmen Europas betrieben werden, haben routinemäßig ihre Stromproduktion mehr oder weniger bewußt überschätzt, um Ausgleichszahlungen für nicht-ingespeisten Strom in die Höhe zu treiben.

Laut Marktaufzeichnungen, die Bloomberg ausgewertet hat, hat das die Stromrechnungen der Verbraucher um 50 Millionen Pfund pro Jahr erhöht. Die zuständige Behörde in Großbritannien hat bezüglich der Enthüllungen nun eine Untersuchung gestartet.

Aber von vorne. Im Allgemeinen hat Großbritannien ein ähnliches Problem wie Deutschland, was die sogenannten "Redispatch-Kosten" betrifft. "Redispatch-Kosten" sind die Gelder, die der Stromnetzbetreiber für sogenannten "Phantom-Strom" zahlen müssen, also Strom, den die Windanlagen zwar produzieren, aber welcher nie in das Stromnetz eingespeist wird.

Das kommt vor, wenn in einem Moment so viel Wind weht, daß die Windkraftanlagen so viel Strom erzeugen, daß wenn alles eingespeist werden würde, das Stromnetz überbelastet wäre und kollabieren würde. Die Windkraftanlagen, die der Stromnetzbetreiber dann vom Netz nimmt, kriegen als Ausgleich dann trotzdem dieselbe Vergütung, wie wenn der Strom in das Netz geflossen wäre. Dieses Phänomen nennt man "Redispatch-Kosten".

Ein Problem, das mit steigendem Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien immer regelmäßiger wird - denn bekanntermaßen ist Strom aus Wind und Sonne nicht planbar, wie etwa Atom- oder Kohlestrom. Die Rechnung zahlt der Verbraucher, denn die Stromnetzbetreiber geben die Kosten an den Kunden direkt weiter. Die "Redispatch-Kosten" in Großbritannien

kosten den Verbraucher so jedes Jahr Hunderte Millionen Pfund. In Deutschland waren es 2022 2,6 Milliarden Euro für Redispatch-Kosten. Tendenz: stark steigend.

Die Windkraftanlagenbetreiber übertreiben in ihren Prognosen und machen damit Geld.

Als wenn das nicht schon teuer wäre, kommt jetzt die enthüllende Bloomberg-Recherche hinzu. Denn die Windanlagenbetreiber tricksen die zu zahlenden Kosten noch weiter nach oben. Bloomberg berichtet, daß einige Windparkbetreiber in den Angaben, wie viel Energie sie angeblich produzieren wollen, bewußt übertreiben, was die Zahlungen, die sie für die Abschaltung erhalten, in die Höhe treibt. Bloomberg beruft sich dabei auf neun Personen - Händler, Akademiker und Marktexperten -, von denen sich die meisten bereit erklärten, über dieses kontroverse Thema nur unter der Bedingung der Anonymität zu sprechen.

Mit diesen Experten zusammen habe man 30 Millionen Datensätze von 2018 bis Juni 2023 analysiert, um die täglichen Prognosen der Windkraftbetreiber über die geplante Energieerzeugung mit ihrer tatsächlichen Produktion ohne Drosselung zu vergleichen. Von 121 Windparks in der Analyse überschätzten 40, also ein Drittel, ihre Leistung im Durchschnitt um 10 Prozent oder mehr, 27 von ihnen überschätzten ihre Leistung sogar um mindestens 20 Prozent.

Beispiele findet Bloomberg genug: Der Windpark Fallago Rig von Electricite de France SA nahe der schottischen Grenze gab etwa an, 27,1 Prozent mehr Strom zu erzeugen als er es wirklich tat - in einem Zeitraum von fünf Jahren. Beim Windpark Crystal Rig II von Olsen Renewables ging es sogar um 35,5 Prozent mehr Strom. Ventient Energy, unterstützt von der Vermögensverwaltungssparte von JP Morgan Chase & Co., hat die Leistung seines Windparks Farr um 28,7 Prozent überbewertet.

"Die Fehler bei der Prognose sollte eigentlich bei null liegen."

Sprecher von EDF und Fred Olsen reagierten in Pressemitteilungen auf die Vorwürfe defensiv. Man nehme die Einhaltung der Marktvorschriften sehr ernst nehmen und würde mit Drittfirmen zusammenarbeiten, um seine Prognosen zu erstellen. Natural Power, ein Beratungsunternehmen, das Prognosedienstleistungen für beide Unternehmen anbietet, sagte, es habe sich stets an der "Best-Practice-Methodik der Branche" orientiert. Ventient und JP Morgan lehnten dagegen eine Stellungnahme ab.

Eine Ausrede, die Experten nicht überzeugt: "Der durchschnittliche Fehler sollte nahe null liegen. Sie sollten genauso oft zu wenig vorhersagen wie zu viel vorhersagen.", so Jethro Browell, Dozent an der Universität Glasgow und Experte für Energieprognosen.

Doch die Datenanalyse zeigt, daß das nicht der Fall ist. Tatsächlich lieferten mehr als die Hälfte der Windparks, so Bloomberg, ihre Werte mit einem Abweichungswert innerhalb von 5 Prozent. Darüber hinaus hat etwa ein Viertel von ihnen ihre Leistung sogar zu niedrig angegeben. Umso klarer fällt demnach auf, daß die Windanlagen, die so eklatant überschätzt haben, wohl nicht nur fahrlässig waren, sondern vermutlich bewußt ihre Zahlen aus ökonomischem Interesse zu hoch gerechnet haben.

Kosten in Millionenhöhe

Schwierig ist es, die Kosten, die dadurch für den Verbraucher entstanden sind zu schätzen. Bloomberg geht für Großbritannien jedoch von 51 Millionen Pfund Mehrkosten seit 2018 aus. Nachdem diese Geschichte am Donnerstag veröffentlicht wurde, teilte ein Ofgem-Sprecher Bloomberg mit, man habe mit der "Untersuchung des mutmaßlichen Verhaltens" begonnen. Die Regulierungsbehörde habe auch den Netzbetreiber von National Grid PLC gebeten, die Angelegenheit zu untersuchen, sagte der Sprecher. "Wir werden weiterhin daran arbeiten, die Marktintegrität und die Verbraucher zu schützen." Jedes Unternehmen, bei dem festgestellt wird, daß es absichtlich ungenaue Prognosen abgibt, muß mit einer erheblichen Geldstrafe rechnen, sagte Ofgem in einer früheren Erklärung.

Deutschland zahlt bei weitem mehr Redispatch-Kosten als Großbritannien. Während sich die Kosten bei unserer stark auf erneuerbare Energien fokussierter Stromerzeugung auf 2,69 Milliarden Euro belaufen, zahlt Großbritannien laut Bloomberg 800 Millionen Pfund, also knapp eine Milliarde Euro.

In Deutschland erfolgt der finanzielle Ausgleich über die Bundesnetzagentur. Und auch diese vertraut bei der Vergütung des nicht-ingespeisten Stroms auf die Angaben der Betreiber der Windkraftanlagen. In einem Beschluß aus 2021 bezüglich der Redispatch-Kosten verpflichteten sich die Anlagenbetreiber Stammdaten, Planungsdaten und Echtzeitdaten an die jeweiligen Anschlußnetzbetreiber zu übermitteln.

Auf Anfrage von Apollo News, ob es in Deutschland auch zu solchen Manipulationen käme, sagte ein Sprecher der Bundesnetzagentur, "daß eine Studie zur Angemessenheit von Redispatchzahlungen bei Windenergieanlagen in Deutschland ist der Bundesnetzagentur nicht bekannt" sei. "Die Mechanismen des Redispatch und der darauf aufbauenden Entschädigungszahlungen sind in Deutschland darauf ausgerichtet, den von Abregelungen betroffenen Anlagenbetreiber nicht schlechter und nicht besser zu stellen, als ohne Abregelung."

Zahlungen würden "so gut es geht objektive Werte zugrunde gelegt" werden. "Insbesondere spielt die Erzeugung zum Abregelungszeitpunkt, die sich objektiv bestimmen läßt, eine wichtige Rolle. Zuständig für eine Plausibilisierung der in Rechnung gestellten Beträge sind die Netzbetreiber, bei denen die Bundesnetzagentur wiederholt die Vorgehensweise - gerade auch im Blick auf eine einzelfallbezogene Betrachtung - kritisch hinterfragt hat."<<

03.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Februar 2024 (x1.362/...): >>Potsdam-Treffen: Anwesende packt aus

Die Berichterstattung über das angebliche Geheimgespräch in Potsdam ist die größte Fake News seit den Hitler-Tagebüchern. Das Ausmaß an Lüge, Verzerrung und Dämonisierung sprengt die Vorstellungskraft. - Unternehmerin Silke Schröder war dabei und schildert, was auf dem Treffen wirklich besprochen wurde.

Die Unternehmerin *Silke Schröder* war auf dem Potsdam-Treffen im Hotel "Landhaus Adlon" / Potsdam dabei. In einem längeren Interview mit Achgut-Redakteurin Ulrike Stockmann schildert sie die Hintergründe und was wirklich los war auf diesem Treffen. Ein brisantes Interview, das man sich bis zum Ende anschauen sollte.

Silke Schröder sagt u.a.:

Das Treffen am 25. November 2023 war für mich zunächst unspektakulär. Es handelte sich um eine relativ kleine Veranstaltung mit Unternehmern, Politikern und Journalisten, bei der Vorträge gehalten wurden und Netzwerken im Fokus stand. Es wurde auch über wohltätige Projekte gesprochen, die in der Vergangenheit unterstützt wurden.

Die Medienberichterstattung über das Treffen, insbesondere durch das Medium "Korrektiv", sorgte für eine Lawine an Aufmerksamkeit. Es wurde behauptet, daß das Treffen ein geheimes und politisch brisantes Ereignis gewesen sei, was ich jedoch vehement bestreite. Für mich war es eine harmlose Veranstaltung.

Ein Journalist von Korrektiv hatte sich als Gast eingemietet und scheinbar heimlich Informationen gesammelt. Ich persönlich habe diese Person nicht bewußt wahrgenommen. Der Medienrummel und die Art, wie die Informationen präsentiert wurden, haben mich schockiert, da sie nicht der Realität entsprachen.

Die Ziele des Treffens waren vor allem der Austausch und das Vernetzen von klugen und teils vermögenden Menschen. Es wurden auch wohltätige Projekte unterstützt, und es wurde von den Gästen erwartet, einen Beitrag von 5000 € zu leisten, um diese Projekte zu fördern.

Die Berichterstattung von Korrektiv über das Treffen enthielt viele Unterstellungen und wenig Konkretes. Es wurde behauptet, daß Dinge gesagt wurden, die von den Teilnehmern vehement

bestritten wurden. Eine szenische Lesung mit Livestream wurde sogar als angebliche Wiedergabe von echten Dialogen präsentiert, obwohl echte Zitate kaum vorhanden waren.

Die Kontroverse um den identitären Aktivist Martin Sellner und seinen Vortrag über Remigration war ein zentraler Punkt. Die Diskussionen über Massenmigration und die Herausforderungen der Gegenwart wurden, meiner Meinung nach, für ein bestimmtes Framing genutzt, um das Treffen als rechtsextrem zu stigmatisieren.

Insgesamt war die Darstellung des Treffens in den Medien für mich schockierend und nicht im Einklang mit meiner Wahrnehmung. Es zeigt, wie Medienberichterstattung manipuliert werden kann, um ein gewünschtes Narrativ zu unterstützen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**Wegen "Parteienstaat-Äußerung": Verfassungsschutz nimmt AfD-Politiker ins Visier**
Der AfD-Politiker Lars Hünich hat den überbordenden Parteienstaat kritisiert - er will ihn "abschaffen". Dafür gerät er nun ins Visier des Verfassungsschutzes: Die Kritik sei "ein weiterer Baustein in unserer Sammlung zur Beobachtung der AfD als Verdachtsfall".

Max Roland

Der Verfassungsschutz in Brandenburg ist aufgrund von Äußerungen des AfD-Landtagsabgeordneten Lars Hünich zum "Parteienstaat" aktiv geworden. Hünich hatte deutliche Kritik an den etablierten Parteien geübt und meinte, diese würden sich den Staat zur Beute machen. Bei einer AfD-Veranstaltung in Falkensee im Havelland am 18. Januar sagte Hünich: "Wenn wir morgen Regierungsverantwortung haben, dann muß ein Großteil von den Leuten, die hier sind, wieder nach Hause. Wenn wir morgen in einer Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir diesen Parteienstaat abschaffen." Diese Aussagen wurden am 27. Januar im Länderspiegel des ZDF ausgestrahlt.

Diese Aussage ist offenbar in den Augen des Verfassungsschutzes problematisch: Brandenburgs Verfassungsschutzchef Jörg Müller erklärte im Innenausschuß, daß dies, falls zutreffend, "ein weiterer Baustein in unserer Sammlung zur Beobachtung der AfD als Verdachtsfall" wäre. Die AfD in Brandenburg wird durch das dortige Landesamt bereits als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft. Müller behauptet, daß Hünich einen direkten Angriff auf die parlamentarische Demokratie gestartet habe, indem er den Abbau des Parteienstaats befürwortete. Dies verstoße gegen Artikel 21 des Grundgesetzes, dem Parteienprivileg, welcher besagt, daß Parteien am politischen Meinungsbildungsprozeß des Volkes teilnehmen.

Auch Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) verurteilte Hünichs Äußerungen und warnte vor Parallelen zu vergangenen Gefahren für die parlamentarische Demokratie. Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD) bezeichnete die Aussagen als falsch und gefährlich und kündigte Gespräche mit den Fraktionen an.

Die AfD reagierte auf die Kritik an Hünich mit dem Vorwurf einer Hetzkampagne. Hünich selbst erklärte in einem Video, daß seine Äußerungen aus dem Kontext gerissen seien. Er betonte jedoch, daß er "diesen Parteienstaat" abschaffen wolle, indem Parteien Institutionen, Behörden, Ministerien und die Zivilgesellschaft unter sich aufteilen würden. Gegenüber dem rbb betonte Hünich, daß er weder Parteien noch den Parlamentarismus abschaffen wolle, wie behauptet werde.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Februar 2024: >>**395 statt 190**

Mio. Euro: Erweiterungsbau für Bundestag wird immer teurer!

Schon wieder neue Milliarden-Löcher im Bundeshaushalt, aber der Gigantomanie im Berliner Regierungsviertel tut das keinen Abbruch: Außer dem Bundeskanzleramt (vorläufiger Kostenpunkt: mindestens 800 Millionen Euro) wird auch der Deutsche Bundestag "erweitert" - und die Kosten laufen auch hier aus dem Ruder!

Das "Marie-Elisabeth-Lüders-Haus" im Regierungsviertel soll zusätzlichen Platz bieten für Abgeordnetenbüros und die aufgeblähte Verwaltung des mit einer Milliarde Euro Jahresko-

sten teuersten Parlaments der Welt. Die Arbeiten begannen bereits 2010. In den Jahren danach entstanden durch zahlreiche Baumängel Verzögerungen und entsprechende Mehrkosten.

Laut der zuständigen Baukommission kommt es nun zu einem erneuten Ausgabensprung. Der Erweiterungsbau soll schon wieder 30 Millionen Euro teurer werden als beim letzten Stand. Ursprünglich sollten sich die Kosten auf 190 Millionen Euro belaufen. Inzwischen sind die Schätzungen bei 395 Millionen Euro angelangt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2024: >>**AfD: Hintergründe zum geplanten Ulbrich-Ausschluß**

Die Pressemitteilung der sächsischen AfD-Landtagsfraktion schlug ein wie eine Bombe: Roland Ulbrich, Abgeordneter aus Leipzig, sollte aufgrund von "extremistischen Äußerungen" aus Partei und Fraktion entfernt werden. Patrioten werden in vielen Orten in Deutschland und Österreich zur Zielscheibe von Angriffen von Antifa, Linksextremisten und kriminellen Ausländern. ...

_ von *Carsten Reinhardt*

Was es mit diesen vermeintlich extremistischen Äußerungen genau auf sich hatte, erklärte man nicht. Kein Wunder, es gab ja auch nichts ...

Was war passiert?

In seiner Eigenschaft als Bundesschiedsrichter der AfD hatte der Jurist mit seiner Kammer (bestehend aus drei Volljuristen) ein Urteil gegen eine Parteikollegin auf dem Tisch, die ein Landesschiedsgericht aus der Partei werfen wollte. Grund: Die polnischstämmige junge Frau hatte sich als "Arierin" bezeichnet. Und sich damit - laut Landesschiedsgericht - eines Begriffs der NS-Rassenideologie bedient.

Ulbrichs Kammer hob das Urteil auf, weil es historisch und juristisch falsch war. Denn der Begriff "arisch" bezieht sich auf Sprachen - und zwar die der indogermanischen Sprachfamilie. Dazu gehören slawische Sprachen ebenso wie das iranische Farsi und nordindische Idiome. Zur Untermauerung zitierten die Richter die für die NS-Rassenideologie grundlegenden Nürnberger Rassengesetze, die den Begriff "arisch" überhaupt nicht enthalten, sondern den Terminus "deutschen oder artverwandten Blutes".

Viel Lärm um nichts

Mit dieser Erkenntnis ist die Kammer übrigens nicht allein: Das "United States Holocaust Memorial Museum" erklärt in seiner Holocaust-Enzyklopädie den Begriff mit gleichen Worten:

"Die Rassenforscher der Nationalsozialisten waren gegen die Verwendung des Begriffs, da er auf sprachlichen Ähnlichkeiten und nicht auf vererbaren körperlichen oder intellektuellen Merkmalen beruhte. Nach Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze verzichteten die Nationalsozialisten auf die Verwendung der Begriffe Arier und Nichtarier in der Gesetzgebung."

Damit erging das Urteil von Ulbrichs Kammer korrekt nach Recht und Gesetz und nicht nach Ideologie, Bauchgefühl oder Streichelzoo-Befindlichkeiten. Was bleibt? Ein neues Tabu, das A-Wort, das sich zum N- und zum Z-Wort gesellen kann. Es werden sicherlich noch einige dazukommen ...

Ansonsten? Viel Lärm um nichts und jede Menge zerschlagenes Porzellan! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2024: >>**Alice Weidel: Ihre Rede wird Geschichte schreiben**

Von *Sven Reuth*

Mit ihrer fulminanten Rede in der Generaldebatte zum Haushalt hat die AfD-Fraktionschefin und -Parteivorsitzende Alice Weidel sich nochmals selbst übertroffen. ...

Eigentlich ist sie eine Geschäftsfrau wie aus dem Bilderbuch. Schwarzer Blazer, weißes Hemd, die ersten zwei Knöpfe offen, Perlenkette um den Hals. Die blonden Haare meist

zusammengebunden. Eine straffe Haltung, die Disziplin und Selbstbewußtsein ausstrahlt. Dazu schicke Hosenanzüge, klassische Kleider oder gut sitzende Blazer. Dabei wählt sie oft neutrale Farben wie Schwarz, Grau oder Blau, um ihr professionelles Auftreten zu unterstreichen.

Der große Haß auf die überlegene Persönlichkeit

Außerdem ein Lebenslauf, in dem sich die großen Namen der Gründerszene und der internationalen Finanzwelt finden. Und doch ist sie gleichzeitig die Heldin von Bürgern in patriotischer Protestlaune, die auf die Marktplätze von Gera, Görlitz oder Zeitz strömen, um sie zu hören.

Schön, erfolgreich und obendrein hochintelligent: Alice Weidel paßt so überhaupt nicht in das Raster der linken Meinungsmacher und erregt deshalb besonders großen Haß. Deshalb auch die große Empörung über die AfD-Fraktionschefin nach ihrer brillanten Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt - der Kölner Stadt-Anzeiger sprach sogar schon aufgeregt von einer "Haß-Rede".

Sie sei die politische Tochter von Altkanzler Helmut Schmidt, waren sich die beiden Elsässers in der gestrigen TV-Sendung einig. Und, was Helmut Schmidt noch in den 70er und 80er Jahren frei sagen konnte - wir müssen erst an unsere eigenen Leute denken und ein Übermaß an Zuwanderung führt zwangsläufig zur Zerstörung des Sozialstaats - gilt heute als rechtsextrem. Nichts könnte die traurige und bittere Lage unseres Landes besser beschreiben.

"Im Stil der großen Klassiker"

An der Spitze stehen Deutschland-Hasser, die unser Land kaputt regieren. Und wer das kritisiert, wird als Nazi oder Rechtsextremer beschimpft. Doch Weidel läßt sich davon nicht abschrecken. War ihre Rede zum Potsdamer Geheimtreffen schon grandios (wir berichteten hier), so übertraf ihre jüngste Bundestagsrede alle Erwartungen (diese dokumentieren wir hier). Scharfzüngig und rhetorisch brillant zerlegt sie die Ampel-Regierung in wenigen Sätzen. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer konnte nur noch feststellen: "Eine Rede im Stile der großen Klassiker!"

Wie wahr - und wie niederschmetternd, daß es den meisten Medien dennoch nur um primitivste Feindbildproduktion geht. So garnierte der Stern im vergangenen Jahr sein Cover mit einem Foto der AfD-Politikerin und schrieb dann groß in vier in Frakturschrift gehaltenen Buchstaben die Botschaft "Haß" darüber.

"Die spannendste Politikerin Deutschlands"

Alex Baur stellte hingegen in der Schweizer Weltwoche fest: "Journalistisch betrachtet, gibt es keine spannendere Politikerin in Deutschland. ... Alice Weidel ist gleichsam die Inkarnation der Widersprüche und Brüche, welche die Bundesrepublik in ihrem Innersten erschüttern."

"AfD verbieten" schallt es derzeit aus dem Altparteienkartell und den etablierten Medien. Doch was würde von der Demokratie in Deutschland noch übrig bleiben, wenn eine Alice Weidel in keinem deutschen Parlament mehr ihre Stimme erheben dürfte?

Ein weiterer positiver Aspekt von Alice Weidel ist nämlich ihre Fähigkeit zur Debatte. Sie nimmt aktiv an politischen Diskussionen teil und scheut nicht vor der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen zurück. Dies fördert tatsächlich einen echten konstruktiven Dialog, der für eine lebendige Demokratie unerläßlich ist.

Viele Spuren hinterlassen

Es ist wichtig, Politikerinnen und Politiker unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung fair zu beurteilen und ihre positiven Beiträge anzuerkennen. Alice Weidel hat in verschiedenen politischen Arenen Spuren hinterlassen und ihre fachliche Kompetenz, ihre Standhaftigkeit und ihre Fähigkeit zur Debatte machen sie zu einer bedeutenden Persönlichkeit in der

deutschen Politiklandschaft. Das wird eines Tages auch in diesem Land gewürdigt werden, allen Anti-Rechts-Schreihälsen zum Trotz!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28032" berichtet am 3. Februar 2024 (x1.359/...): >>Lug und Betrug des Weltklimarates: IPCC-Wissenschaftler packen aus

Die Massen-Medien und der Weltklimarat IPCC vermitteln uns immer wieder, daß über 97 % aller Wissenschaftler vom Mensch gemachten Klimawandel überzeugt sind. Entspricht dies aber auch der Wahrheit? In dieser Sendung kommen ehemalige Wissenschaftler des Weltklimarates zu Wort und reden Klartext.

Im Juni 2023 berichtete der Bayrische Rundfunk: "Forscher sind sich einig: Der gegenwärtige Klimawandel wird durch Menschen verursacht". Die Massen-Medien vermitteln uns immer wieder, daß über 97 % aller Wissenschaftler vom Mensch gemachten Klimawandel überzeugt sind. Entspricht dies aber auch der Wahrheit? Dieser sogenannte "97 %- Konsens" wurde bereits in unserer Kla.tv-Sendung (www.kla.tv/27453) als Fake entlarvt. Wie wir in dieser Sendung auch aufdecken, zeigen kritische und unabhängige Untersuchungen sogar, daß nur gerade mal 0,54 % aller Wissenschaftler an einen Mensch gemachten Klimawandel glauben.

Dennoch behauptet auch der Weltklimarat IPCC in seinem 2021 erschienenen Bericht, es sei "unbestritten, daß der Mensch die Atmosphäre, die Ozeane und das Land erwärmt hat" und daß dadurch bereits "weitreichende und schnelle Veränderungen in der Atmosphäre, den Ozeanen, der Kryosphäre und der Biosphäre" eingetreten seien.

Diese Behauptungen sind in den Augen unzähliger Wissenschaftler eine glatte Lüge. Demnach wurde eine Liste von 46 Wissenschaftlern veröffentlicht, die als ehemalige Mitwirkende des Weltklimarates gegenüber dem IPCC scharfe Kritik üben. Tatsächlich haben sich bereits eine Reihe von Klimawissenschaftlern vom Weltklimarat abgewandt und dessen manipulative Arbeitsweise öffentlich gemacht.

Die Forscher kritisieren einheitlich die massive Manipulation der vorliegenden Daten. Was nicht ins gewünschte Bild paßt, wird ignoriert - und um das Narrativ zu stützen, werden notfalls auch wissentlich Falschbehauptungen publiziert. Einige Wissenschaftler machen dieses Spiel demnach mit, um Ruhm und Forschungsgelder zu erlangen. Es handele sich bei den IPCC-Berichten um reine "Lobby-Dokumente", die einzig dem politischen Ziel dienen: Die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Öffentlichkeit zur komplexen Klima-Thematik schamlos auszunutzen.

Wenn man sich die Entstehungsgeschichte des Weltklimarates IPCC genauer anschaut, kann man erahnen, daß die Veröffentlichungen des IPCC viel Irreführung und teilweise sogar Lug und Trug beinhalten. Der IPCC ist aus dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) entstanden. Maurice Strong war Gründervater und erster Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP), aus dem später der Weltklimarat IPCC hervorging. Das erklärte Ziel von Herrn Maurice Strong war (Zitat): "Es liegt in unserer Verantwortung, die industrialisierte Zivilisation zum Scheitern zu bringen."

Man könnte im ersten Moment meinen, Maurice Strong lag die Umwelt sehr am Herzen und wollte darum die industrialisierte Zivilisation zum Scheitern bringen. Daß dem aber nicht so ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß er bereits 1976, kurz nach seiner Amtszeit, vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen groß ins kanadische Erdölgeschäft einstieg und hier Karriere machte. Aber auch seine Verbindungen zu David Rockefeller, Klaus Schwab und dem WEF lassen aufhorchen.

Klaus Schwab wörtlich: "Bei allem, was er (Maurice Strong) tat, hat er die Mission des Weltwirtschaftsforums ... tiefgreifend berücksichtigt. Er war ein großer Visionär, in seinem Denken unserer Zeit immer voraus. Er war mein Mentor (Lehrmeister) seit der Gründung des Fo-

rum: ... ein unverzichtbarer Berater; und seit vielen Jahren Mitglied unseres Stiftungsrates. Ohne ihn hätte das Forum seine heutige Bedeutung nicht erreicht."

Verehrte Zuschauer, es ist äußerst bedenklich, daß der IPCC aus den Visionen von Männern wie Maurice Strong entstanden ist, der dem WEF mehr als nahestand. Ist der IPCC somit nicht zwangsläufig ein zwielichtiges Instrument, um die Ziele des WEF durchzusetzen? Klaus Schwab und seine WEF-Riege sehen als Lösung von Umwelt- und Weltproblemen die Zerschlagung der industriellen Zivilisation und alle Macht in der Hand einer Koalition von Großkonzernen, natürlich ohne demokratisches Mitspracherecht des Volkes. Ihre Vision ist ein "Great Reset", mit dem Ziel, daß wir nach Ansicht des WEF 2030 nichts mehr besitzen und trotzdem glücklich sein werden.

Nachfolgend einige Zitate von ehemaligen mitwirkenden Wissenschaftlern des IPCC:

Dr. Robert Balling: "Das IPCC stellt fest, daß "keine signifikante Beschleunigung des Anstiegs des Meeresspiegels im 20. Jahrhundert festgestellt wurde". Dies erschien nicht in der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger."

Dr. John Christy: "Der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, daß die meisten am IPCC beteiligten Wissenschaftler nicht der Meinung sind, daß es zu einer globalen Erwärmung kommt. Seine Erkenntnisse wurden mit jedem weiteren Bericht immer wieder falsch dargestellt und/oder politisiert."

Dr. Judith Curry: "Ich werde nicht einfach drauflosplappern und den IPCC unterstützen, weil ich kein Vertrauen in den Prozeß habe."

Dr. Robert Davis: "Die globalen Temperaturen haben sich nicht so verändert, wie moderne Klimamodelle es vorhergesagt haben. In der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger erscheint keine einzige Erwähnung von Satellitentemperaturbeobachtungen."

Dr. Willem de Lang: "1996 wurde ich vom IPCC als einer von etwa 3.000 "Wissenschaftlern" aufgeführt, die zustimmten, daß es einen erkennbaren menschlichen Einfluß auf das Klima gebe. Ich habe das nicht getan. Es gibt keine Beweise, die die Hypothese stützen, daß ein rasanter, katastrophaler Klimawandel auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist."

Dr. Eigil Friis-Christensen: "Das IPCC weigerte sich, die Auswirkungen der Sonne auf das Erdklima als ein Thema zu betrachten, das einer Untersuchung wert wäre. Das IPCC verstand seine Aufgabe lediglich darin, mögliche menschliche Ursachen des Klimawandels zu untersuchen."

Dr. Vincent Gray: "Die (IPCC)-Erklärung zum Klimawandel ist eine inszenierte Litanei von Lügen."

Dr. Mike Hulme: "Behauptungen wie "2.500 der weltweit führenden Wissenschaftler sind sich einig, daß menschliche Aktivitäten einen erheblichen Einfluß auf das Klima haben" sind unaufrichtig ... Die tatsächliche Zahl der Wissenschaftler, die diese Behauptung unterstützten, betrug nur ein paar Dutzend."

Dr. Georg Kaser: "Diese Zahl (der vom IPCC gemeldeten zurückgehenden Gletscher) ist nicht nur ein bißchen falsch, sie liegt um jede Größenordnung weit daneben ... Sie ist so falsch, daß es sich nicht einmal lohnt, darüber zu diskutieren."

Dr. Madhav Khadekar: "Ich habe die vom IPCC prognostizierten negativen Auswirkungen des Klimawandels sorgfältig analysiert und diese Behauptungen als übertrieben und ohne unterstützende Beweise zurückgewiesen."

Dr. Richard Lindzen: "Der IPCC-Prozeß wird eher von der Politik als von der Wissenschaft vorangetrieben. Es verwendet Zusammenfassungen, um die Aussagen von Wissenschaftlern falsch darzustellen, und nutzt die Unwissenheit der Öffentlichkeit aus."

Dr. Martin Manning: "Einige Regierungsvertreter, die Einfluß auf die IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger nehmen, stellen die Hauptautoren falsch dar oder widersprechen ihnen."

Dr. Johannes Oerlemans: "Der IPCC ist zu politisch geworden. Viele Wissenschaftler konnten dem Sirenenruf nach Ruhm, Forschungsgeldern und Treffen an exotischen Orten nicht widerstehen, der sie erwartet, wenn sie bereit sind, wissenschaftliche Prinzipien und Integrität zu gefährden, um die Doktrin der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung zu unterstützen."

Dr. Roger Pielke: "Alle meine Kommentare wurden ohne Widerlegung ignoriert. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zu dem Schluß, daß die IPCC-Berichte eigentlich als Lobbydokumente gedacht waren, die darauf abzielten, bestimmte politische Maßnahmen hervorzurufen, aber nicht als eine echte und ehrliche Bewertung des Verständnisses des Klimasystems."

Dr. Tom Segalstad: "Das globale Erwärmungsmodell des IPCC wird durch die wissenschaftlichen Daten nicht gestützt."<<

04.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Februar 2024 (x1.362/...): >Die Propaganda Matrix

Michael Meyens Buch "Die Propaganda Matrix" mit dem Untertitel - Der Kampf für freie Medien entscheidet über unsere Zukunft". Ist nicht mehr ganz neu, wird aber mit jedem Tag aktueller.

von *Vera Lengsfeld*

Der Autor Michael Meyen hat eine bemerkenswerte Universitätskarriere hingelegt. Vom berüchtigten "Roten Kloster" in Leipzig, der Ausbildungsstätte für Journalisten (Propagandisten der Arbeiterklasse) in der DDR, zum Professor für Allgemeine und Systematische Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Allerdings wurde er vom "Spiegel" zum "Professor Kokoloeres" gekürt, als er anfang, sich kritisch mit der Entwicklung der Leitmedien zu befassen.

Die Öffentlich-Rechtlichen Medien und die staatsgestützte Qualitätspresse leiden zwar seit Jahren unter Zuschauer- und Leserschwind, besitzen aber immer noch die Definitionsmacht. Das haben wir jüngst wieder zu spüren bekommen, als der von Correctiv lancierte Bericht über ein angebliches Geheimgespräch in Potsdam, in dem Privatleute, deren kleinerer Teil dritt-rangige Positionen in CDU und AfD bekleideten, die "Deportation" von Millionen Menschen geplant haben sollen, eine Propaganda-Welle erzeugte, die noch die Covid-19-Propaganda übertraf.

Manche Politiker und Leitmedien nahmen sogar von Correctiv hergestellte Verbindung zur berüchtigten Wannsee-Konferenz auf, obwohl das eine schamlose Instrumentalisierung der Holocaust-Opfer bedeutet. Auch Politiker wie Serap Güler behaupten, daß von "Deportationen" gesprochen worden sei und stützen damit das denunziatorische Narrativ von Correctiv. Das Medien-Feuer wurde wochenlang geschürt, obwohl im Innenausschuß des Deutschen Bundestages der Verfassungsschutz schon in der Woche nach Erscheinen der Correctiv-Denunziation klargestellt hat, daß nichts Verfassungswidriges in der Runde gesagt worden war.

Nach dem Bericht hatten Kundgebungen staatgefunden, zu denen von Kanzler Scholz und anderen Staatlichen Institutionen aufgerufen wurde und für die es Empfehlungen von Verwaltungen, Arbeitgebern und Lehrern gab, sich zu beteiligen. Ein großer Teil der Teilnehmer kam, weil er der Angst-Propaganda glaubte, daß die Nazis kurz vor der Machtübernahme stünden. Es gab tatsächlich selbstgemalte und produzierte Plakate, auf denen stand, daß die Träger im Unterschied zu ihren Großeltern die Machtübernahme verhindern würden. Sie wähten sich als Widerstandskämpfer und merkten nicht, daß sie eher denn ähnelten, die 1933 der Nazi-Propaganda auf den Leim gingen.

Der Höhepunkt der Absurditäten: Als ein Lehrer auf der Tribüne sich wünschte, mehr schwarz-rot-goldene Fahnen zu sehen und die Nationalhymne anstimmte: Einigkeit und Recht

und Freiheit, wurde er vom Moderator von der Bühne gedrängt und von der Polizei abgeführt, während der Moderator den aktuellen Widerstandssong gegen den Faschismus im Land anstimmte, als wären die Flagge und die Hymne des "besten Deutschlands aller Zeiten" (Steinmeier u.a.) die Symbole eines aufziehenden Faschismus.

Wie kann es zu ebenso grotesken wie bedrohlichen Erscheinungen kommen? Durch Propaganda.

Meyen hat das genau untersucht. Propaganda, so stellten die Klassiker der Forschung Paul Lazarsfeld und Robert Merton bereits 1948 fest, hält ein System zusammen, eine neue Kontrolle, die verhindert, auch in einer Demokratie, daß gesellschaftliche Strukturen hinterfragt werden. Der Medienforscher Edward Bernays wird deutlich: "die bewußte und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweise der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die eigentlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land."

Schon vor hundert Jahren beschäftigte sich der Vordenker Walter Lippmann mit Propaganda, auch wenn der Begriff noch kein Allgemeingut war. Nachrichten seien kein "Spiegel gesellschaftlicher Zustände". Wer Nachricht und Wahrheit für Synonyme halte, komme nicht weiter. Die Propaganda baue Mauern zwischen "Öffentlichkeit und Ereignis".

Wie wahr diese Feststellung ist, können wir jeden Tag nachvollziehen, wenn wir die Verlautbarungen in den Leitmedien mit der von uns erlebten Wirklichkeit vergleichen. Lippmann war kein Kritiker der Propaganda, sondern gehörte, wie auch Bernays zu den Denkern, die eine Regierung von Experten, die sich als Volksherrschaft tarnt, anstrebten. Diese Experten sollen das Volk wie eine Herde führen, über die gezielte Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Wir erleben heute diese Praxis, nur, daß es keine Experten sind, die versuchen, uns zu führen, sondern ungebildete Ideologen.

In einer Demokratie können Vorhaben nicht mehr ohne Zustimmung der Mehrheit realisiert werden. Es gehört daher zu den lästigen Aufgaben der Herrschenden, diese Zustimmung durch gezielte Propaganda herzustellen. Ohne Propaganda geht nichts mehr. Sie ist der siamesische Zwilling der Moderne.

Noam Chomsky hat daraus einen Buchtitel gemacht und damit den Kern seiner Medienkritik benannt: "Manufacturing consent" - Zustimmung herstellen. Chomsky ist ein Linker. Sein berühmtestes Essay erscheint 1967: "Über die Verantwortung der Intellektuellen", die darin besteht, die Wahrheit zu sprechen und Lügen enttarnen, unabhängig von politischen oder sonstigen Erwägungen. Die heutigen linken Intellektuellen und "Kulturschaffenden" sehen dagegen ihre Aufgabe darin, die Regierung zu stützen, wie schlecht oder zerstörerisch sie auch sei, denn die meisten von ihnen hängen direkt oder indirekt an deren Fördertöpfen.

Der Frage, warum die Menschen so wenig wissen, obwohl die Beweise doch vor aller Augen stehen, gehen die Intellektuellen schon lange nicht mehr nach. Statt die Faktoren aufzudecken, die den Blick blockieren, wie es Chomsky fordert, halten sie an den Legenden der Herrschenden fest, ob das die angeblichen "Hetzjagden" in Chemnitz, der "Sturm auf den Reichstag" oder die Fährde von Wirtschaftsminister Habeck, die als schädlich entlarvten Corona-Maßnahmen wie Lockdown, Masken- und Impfpflicht sind. Sie beteiligen sich willig an der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Regierungskritikern oder Verweigerern von Gesundheitsdiktaten. Kolportiert wird alles, was von der Macht kommt.

Was Journalisten angeht, hat Chomsky ein Filtermodell entwickelt, das zeigt, daß im Grunde die Vorgaben der Milliardäre (ca. 1.500), die, wie die Tagungen des WEF deutlich machen, nach der Weltherrschaft streben, für sie maßgeblich sind. Chomsky und sein Co-Autor Edward S. Herman haben es bereits Ende der 80er Jahre in den USA beobachtet: Die Herausbildung eines geschlossenen Medienmarktes, in den nur mit sehr viel Geld eingedrungen werden kann.

In Deutschland ist es ähnlich, denn die meisten Zeitungen befinden sich in den Händen einer Handvoll Medienkonzerne, wobei die SPD einen solchen unterhält. Die hoffnungsvolle Botschaft ist, daß trotz dieser Medienmacht die SPD auf dem absteigenden Ast und in Ländern wie Sachsen in den Umfragen bereits unter die 5 %-Hürde gefallen ist.

Das heißt, die von Michel Foucault so genannte Diskursordnung, d.h. das Gedankensystem, das unser Denken und Handeln einzäunt, also eine verschleierte Zensur darstellt, der man nicht entkommen kann, ist veränderbar. Um so mehr, seit es mit den sozialen Netzwerken und unabhängigen Bloggern, Alternativen zu den Leitmedien gibt. Je mehr Leute wissen, wer alles an der Diskursordnung "herumpfuscht" (Meyen), desto mehr sind in der Lage, ihre Scheuklappen abzulegen.

Der Versuch des WEF, die Coronakrise als die "goldene Gelegenheit" (Prince Charles) zu nutzen, die von ihm gewünschte weltweite Transformation durchzusetzen, ist gescheitert. Gegenwärtig erleben wir, wie das Klimanarrativ immer brüchiger wird. Über die nächste Katastrophe, Wasserknappheit wird auf der Website des WEF bereits nachgedacht. Gleichzeitig scheint sich aber die Katastrophen-Hysterie als Machtmittel abzunutzen.

Das heißt, die letzte Instanz ist das Publikum. "Was bei uns durchfällt, das läßt sich nicht lange halten - wenn wir uns denn Gehör verschaffen mit unseren Ansichten" (Meyen). Was hilft, uns wieder unseres eigenen Verstandes zu bedienen? Nachrichten meiden, ist die weitgehendste Forderung. Meyen ist etwas weniger radikal: "Beobachte die Nachrichten, weil sie die Diskursordnung spiegeln und transportieren wie prägen und weil du sonst keine Chance hast, in diese Ordnung einzugreifen" Es gibt Beispiele, daß Diskursordnungen über Nacht zusammenbrechen, wie alle beobachten konnten, die den Fall des sozialistischen Blocks miterlebt haben.

Es ist ein Kampf David gegen Goliath. Die Regierenden haben ihre PR-Apparate ausgebaut und professionalisiert, so daß nicht nur der freie Ideenwettbewerb professionalisiert wurde, sondern die Rolle des Journalismus als Kontrolleur der Regierung praktisch eliminiert. Unter Ex-Kanzlerin Merkel waren es 450 Menschen, "die nichts anderes taten, als die Welt darüber zu informieren", was Merkel und ihre Minister treiben.

Wir dürfen getrost davon ausgehen, daß die Ampel noch mehr Stellen dafür geschaffen hat. Erstmals verfügen Außenministerin und Wirtschaftsminister über eigene Fotografen, die den Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Das hilft nicht unbedingt bei der Imageverbesserung. Als Baerbock mit einem Foto Punkte machen wollte, das sie zeigt, wie sie einen Militärtransporter mit Hilfsgütern für Gaza verläßt, brachte ihr die Aufnahme eine solchen Shitstorm ein, daß sie von ihrer Seite entfernt werden mußte.

Nach Meyen gibt es Wege in die Freiheit. Wer je auf einer Corona-, Bauern oder Unternehmerdemo war und anschließend die Berichterstattung der Leitmedien darüber zur Kenntnis genommen hat, ist lebenslang von seiner Leichtgläubigkeit befreit. Immer mehr Menschen durchschauen die Propaganda. Vor allem muß die Frage debattiert werden, ob die Öffentlich-Rechtlichen Medien nicht denen gehören sollten, die sie finanzieren.

Die Zwangsgebühren, die jahrzehntelang nicht hinterfragt wurden, sind längst Gegenstand der Debatte. Wir brauchen eine Medienrevolution. Verlage und Sender in Gemeinschaftsbesitz - weit weg vom Zugriff der Politik. Eine funktionierende Demokratie braucht die vierte Gewalt zur Kontrolle der Regierung. Wenn es die nicht gibt, hat die Demokratie ein Problem. Wir erleben gegenwärtig, wie existentiell das Problem ist. Es liegt an uns, es zu beseitigen. David hat Goliath besiegt. ([<<https://vera-lengsfeld.de>>](https://vera-lengsfeld.de))

[Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Februar 2024 \(x1.361/...\):](#)
>>Merz: Koalition mit Grünen nun doch denkbar

Vor vier Monaten schloß Friedrich Merz im Rahmen des bayerischen Wahlkampfes eine Koalition mit den Grünen kategorisch aus. Nun klingen die Worte des CDU-Chefs aber plötzlich ganz anders.

Jonas Aston

Friedrich Merz hat sich einen "Politikwechsel" auf die Fahne geschrieben. Wie der aussehen soll, hat der CDU-Chef nun in seinem wöchentlichen Newsletter "MerzMail" beschrieben: Eine Koalition mit der "rechtsradikalen Partei" AfD scheidet demzufolge nach wie vor kategorisch aus. Stattdessen liebäugelt Merz auf einmal mit SPD und Grünen.

Vor gerade einmal vier Monaten, bayerischen Wahlkampf, hatte Merz eine Koalition mit den Grünen noch explizit ausgeschlossen. Er erklärte in Gillamoos: "Diese Grünen können keine Koalitionspartner für die Union sein, wenn sie die Realität so verweigern, wie sie das auch und insbesondere in der Einwanderungspolitik und der inneren Sicherheit in diesem Land tun". Weiter erklärte der CDU-Vorsitzende: "Wir sind fest entschlossen, es spätestens in zwei Jahren besser zu machen als diese Regierung". Der "ungebremste Zuzug nach Deutschland" müsse enden. In der Zuwanderungspolitik habe die Ampel grundlegend versagt und insbesondere die Grünen seien dafür verantwortlich.

Heute hören sich die Worte von Merz plötzlich ganz anders an. In seinem Newsletter erklärt er, daß sich die CDU nicht im Vorhinein auf einen Koalitionspartner festlegen wolle. Ausgeschlossen sei eben nur die Zusammenarbeit mit der AfD. Ziel sei es, doppelt so stark wie die SPD und die Grünen zu werden. So wäre man in einer guten Position, um den "Politikwechsel" herbeizuführen. In der Folge könne man mit mehreren potentiellen Partnern Koalitionsgespräche führen. Hierdurch werde ein "Ausloten um den besten Erfolg im Sinne der CDU" möglich.

Dabei verwies Merz insbesondere auf das Vorgehen der Hessen-CDU. Diese habe - anders als von vielen Parteimitgliedern gefordert - Koalitionsgespräche mit den Grünen geführt. Grundsätzlich läßt sich aus dem Newsletter eine Vorliebe herauslesen, mit der FDP zusammenzuarbeiten. Mit ihr "ließe sich eine bürgerliche Koalition am ehesten verwirklichen". Daß dies angesichts der derzeitigen Umfrageergebnisse bei einem Wunsch bleiben könnte, ist aber auch Merz klar. "Fraglich ist aber, ob sie als Partei überlebt", so Merz. Dann blieben nur die SPD und die Grünen als Koalitionspartner. "Keine besonders verlockende Aussicht", so Merz. Und weiter: "Aber eine regierungsfähige Mehrheit muß es geben".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Februar 2024: >>**Irre: Anti-Rechts-Demo verbietet Schwarz-Rot-Gold**

Von Sven Reuth

Der antinationale Wahn nimmt in Deutschland immer verrücktere Formen an. Jetzt gerät auch die schwarz-rot-goldene Fahne in das Visier der faschistoiden Bewegung gegen Rechts.

- Bei der gestrigen Berliner Demo gegen Rechts waren Deutschland-Fahnen verboten. Das berichtet der konservative Blogger Julian Adrat.

- Das zeigt einmal mehr: Die Demos gegen Rechts kommen nicht aus der bürgerlichen Mitte, sondern sind hexenwahnartige Aufwallungen und totalitäre Machtdemonstrationen eines immer autoritärer regierenden Staates, der eine im Grunde genommen linksextremistische Agenda gegen das eigene Volk durchsetzen will. Die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Demokratie dient hier höchstens noch als ein Haßobjekt.

- Man kann nur der britischen Zeitung "Financial Times" zustimmen, die unlängst bemerkte: "Wer auf Deutschland blickt, sieht einen Unfall in Zeitlupe."<<

05.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.361/...): >>**Das stille Sterben der Gerechtigkeit**

Das Justizsystem ist dramatisch überlastet, Recht wird zur Glücks- und Nervensache. Währenddessen kommen Verbrecher auf freien Fuß. Die Krise zeichnet sich seit einem Jahrzehnt ab - doch der Staat unternimmt nichts.

Elisa David

Im März 2020 in Ludwigshafen darf Zoe-Cheyenne Zorn nur 17 Jahre alt werden. Sie wird brutal vergewaltigt, dann gewürgt, später stirbt sie im Krankenhaus. Der damals 17 Jährige Täter Lukas V. wird gefaßt, sein Prozeß zieht sich knapp zwei Jahre hin, dann wird ein Urteil gesprochen: 10 Jahre Haft im Jugendvollzug wegen Mordes und Vergewaltigung. Sein Verteidiger und die Staatsanwaltschaft legen Revision ein, weshalb das Urteil nicht rechtskräftig wird. Der Täter bleibt in U-Haft - bis er plötzlich freigelassen wird. Ein Mörder und Vergewaltiger darf ohne Auflagen vorläufig wieder das Leben eines freien Mannes leben. Der Grund: Zu lange Verfahrensdauer.

Innerhalb des fast zwei jährigen Verfahrens war nur an 57 Tagen verhandelt worden, die Sitzungen an 20 dieser Verhandlungstage hatten weniger als zwei Stunden gedauert. Die Unschuldsvermutung und zwei Jahre Haft ohne Verurteilung vertragen sich nicht gut. Man darf eigentlich nur rechtskräftig verurteilte Menschen ins Gefängnis stecken - die U-Haft stellt nur die Ausnahme dar. Wenn man jemanden also über die Dauer seines Prozesses inhaftiert, ist man es ihm schuldig, den Prozeß möglichst schnell durchzuführen. Dieser Grundsatz mag schwer erträglich sein, wenn er so endet wie in diesem Fall. Doch es ist in einem Rechtsstaat elementar, daß der Staat einen Bürger nicht einfach völlig unbefristet ins Gefängnis stecken kann und ihm ein Urteil schuldig blieb.

Lukas V. war 2022 nicht der einzige mutmaßliche Straftäter, der wegen zu langer Verfahrensdauer freigelassen werden mußte. 2023 schlug der Deutsche Richterbund Alarm, die Zahl solcher Fälle würde in Deutschland immer weiter steigen: Insgesamt kamen 2022 mindestens 73 Menschen aus diesem Grund frei, 2021 waren es noch 66 Fälle, 2020 noch 40. In den letzten 5 Jahren sind damit mehr als 300 Tatverdächtige wegen der Verletzung des Beschleunigungsgebots in ihren Verfahren aus der U-Haft entlassen worden.

Und das sind nur ... Mindestzahlen, denn lediglich die aufhebenden Entscheidungen der Oberlandesgerichte sind dabei dokumentiert. Wie oft an den Landes- und Amtsgerichten solche Maßnahmen ergriffen werden mußten, wird in den Bundesländern gar nicht statistisch erfaßt. Die Dunkelziffer könnte ohne weiteres noch um ein vielfaches höher sein.

Aktenberge und Juristenmangel

Für einen Jura-Studenten gibt es kaum etwas spannenderes, als bei einem echten Prozeß dabei zu sein. Richter und Anwälte in schwarzen Roben, das Landeswappen an der Wand, alle stehen auf, "Im Namen des Volkes" - all das ist beeindruckend. Doch dann merkt man bei einer Verhandlung plötzlich auf: Wir schreiben das Jahr 2023 und da vorne wird gerade ein Fall aus 2015 verhandelt. Die Kläger fordern eine Entschädigung für Kosten einer Mietwohnung, in der sie schon längst nicht mehr wohnen. In der Praxis ist das inzwischen Standard. Man hetzt durch Fälle durch, nimmt auf Details schon gar keine Rücksicht mehr, bricht sogar manchmal das Gesetz und doch wird der Aktenstapel nicht kleiner und man kommt einfach nicht hinterher.

In einer anderen Verhandlung, bei der ich im Gerichtssaal dabei sein durfte, in der es um den möglichen Anspruch auf Bürgergeld ging, erklärt die Richterin dem Kläger: "Ich kann Ihnen bereits jetzt sagen, daß Sie keinen Anspruch haben. Das Gesetz ist sehr eindeutig und hier nicht auf Ihrer Seite. Wollen Sie ein Urteil?" Wenn er auf das Urteil verzichtet und seine Klage zurückzieht, ist das der Jackpot für sie, dann kann sie sich das ausformulierte Urteil und die zusätzlichen Stunden Arbeit sparen und sich vielleicht zur Abwechslung mal einem Fall aus dem Jahr 2016 widmen. Der Kläger versteht die Frage nicht, also beschließt die Richterin zu urteilen. Immerhin hat er ein Recht darauf.

Recht haben und Recht bekommen, war noch nie das Gleiche. Doch in der Geschichte unseres jungen Rechtsstaates war letzteres vielleicht nie so schwer wie heute. 2022 erreichte die Zahl neuer Strafverfahren mit 5,2 Millionen bundesweit ein Rekordhoch. Ende Juni 2023 meldeten die Ermittlungsbehörden fast 850.000 offene Verfahren, ein Anstieg von 28 Prozent im Vergleich zum Juni im Vorjahr. Im Juli 2023 erging ein Notruf aus der Hamburger Justiz, "Wir sind nur noch bedingt anklagebereit" titelt die Welt dazu und schildert, in Hamburg hänge Strafverfolgung nur noch vom Zufall ab. Solche Meldungen kommen alle paar Monate schon seit Jahren. Wenn nicht gerade Mörder freigelassen werden, schaffen diese Nachrichten es nicht ins Bewußtsein der Masse.

Die immer gleiche Leier vom Personalmangel in der Justiz ist zu einem Hintergrundrauschen geworden, das niemand so richtig aufarbeiten will, weil auch niemand so wirklich weiß, was man dagegen machen soll. Immerhin ist Fachkräftemangel ein grundsätzliches Problem, das alle Branchen betrifft. Und jetzt halten die Juristen sich schon wieder für was besonderes? Davon gibt es doch eh viel zu viele. Deshalb bekam es auch kaum einer mit, als im September 2023 die Meldung umging, daß in den neuen Bundesländern 3.000 Richter und Staatsanwälte vor der Pensionierung stehen - je nach Bundesland bedeutet das einen Wegfall von bis zu 50 Prozent innerhalb der nächsten Jahre.

Politik sieht kaum Handlungsbedarf

Das Problem ist alt. So alt, daß die Merkel-Regierung sich gemeinsam mit den Bundesländern am 31. Januar 2019 gezwungen sah, den "Pakt für den Rechtsstaat" zu beschließen. Zu viele Verfahren, zu wenig Stellen, die Justiz galt schon damals als "massiv" überlastet. 2.000 neue Stellen bundesweit sollten dem Abhilfe schaffen, 220 Millionen Euro wurden investiert. Der Deutsche Richterbund nannte diesen Vorstoß damals einen "Meilenstein auf dem Weg zu einer zukunftsfesten Justiz". 2021 hatten Bund und Länder ihre Vorgaben aus dem Pakt erfüllt, teilweise sogar übertroffen. Was ist von dem Meilenstein übrig geblieben? Wie zukunftsfest wurde die Justiz wirklich?

Trotz Pakt war das darauffolgende Jahr eines der schlimmsten. Wenn die Justiz vor dem Pakt schon massiv überlastet war, dann fehlen einem für die Lage 2022 komplett die Worte. Es ist das Jahr, in dem Lukas V. freikam und nicht der einzige Mörder war, der von der zu langen Verfahrensdauer profitierte. Es ist das Jahr, in dem die neuen Klagen ein Rekordhoch erreichten. Noch ein Jahr später, 2023 fehlen deutschlandweit schon wieder etwa 1.500 Strafrichter und Staatsanwälte. Eine neue Offensive fand danach nicht statt. Wenn es um den Personalmangel und die Überlastung der Justiz geht, gleichen die Vorschläge aus der Politik eine Farce: Digitalisierung, Verhandlungen per Zoom, Künstliche Intelligenz - ganz nach dem Motto: "Wenn man die Aktenberge nicht mehr sieht, sind sie nicht mehr da".

Echte nachhaltige Lösungen zu finden ist tatsächlich schwer. Es steht aber zu viel auf dem Spiel, um es deshalb einfach sein zu lassen. Die besten Jura-Absolventen haben oft wenig Interesse daran, in den Staatsdienst zu treten. Die freie Marktwirtschaft ist viel attraktiver: Während man in den Großkanzleien ein Einstiegsgehalt erwarten kann, das im Schnitt in die Hunderttausende pro Jahr geht, sieht es bei Richtern und Staatsanwälten mit 48.000 brutto im Jahr eher mau aus. Wer kann, verzichtet auf die Richterroben und nimmt lieber den Maßanzug. Dem Staat bleibt da nur die Wahl: Entweder sie setzen die Attraktivität hoch oder die Erwartungen runter. Er entscheidet sich für letzteres.

Die ersten Bundesländer, wie etwa Berlin, verzichten schon seit über einem Jahrzehnt auf das Doppel-Prädikat, also die Anforderung, daß die Nachwuchskräfte beide Staatsexamen mit einem Prädikat (9 von 18 Punkten) absolviert haben müssen. Ob darunter die Qualität der Urteile leidet, sei dahin gestellt. Robert Muthmann sagte einmal: "Gegen dumme Richter ist auch ein kluger Anwalt machtlos." Fakt ist aber auch, daß jeder Verurteilte oder Verlierer der Meinung ist, einen dummen Richter erwischte zu haben. Tatsache ist aber, daß auch die verrin-

gerten Anforderungen noch keine Lösung gebracht haben. Mit dem hohen Arbeitspensum ist das Richteramt auch abseits vom Geld nicht sonderlich attraktiv.

Wer will schon Jura studieren?

Von Johann Wolfgang von Goethe ist der Satz überliefert: "Das Studium der Rechtswissenschaft ist das herrlichste." Aber an welche Schule wird heute denn noch Goethe unterrichtet? Seit Jahren nimmt die Zahl der Jura-Studenten kontinuierlich ab und damit auch die Zahl der Volljuristen. Darunter leidet nicht nur die Justiz. Selbst die Großkanzleien, mit ihren guten Gehältern haben inzwischen Probleme, Nachwuchs zu finden.

Die junge Generation von heute ist in den Verruf gekommen, arbeitsscheu und verzogen zu sein. So gut wie jeder studiert, aber niemand weiß, was er damit mal machen will. Mit den meisten Studiengängen kann man auch nichts machen. Die Abschlüsse kriegt man hinterher geschmissen und dann sitzt man beim Arbeitsamt. Wenn es aber ein Studium gibt, auf das das auch heute nicht zutrifft, dann ist das das Jura-Studium. Nicht, daß die Materie jetzt unbedingt die anspruchsvollste ist. Aber leicht macht hier niemand etwas. Seit 150 Jahren hat sich an der Grundstruktur des Studiengangs kaum etwas verändert.

Seit Jahrzehnten erzählt man sich über den hohen Leistungsdruck, der unter Jura-Studenten herrscht und einige dazu veranlasst, die Hausarbeiten ihrer Kommilitonen zu löschen oder klausurrelevante Seiten aus den Bibliotheksbüchern zu reißen. Plötzlich geht ein Gerücht über den Streber des Jahrgangs um, er würde sich sein Studium als Stricher finanzieren, kurz danach ist er für Monate verschwunden. Jeder hockt in den Vorlesungen mit Red Bull in der einen und Kaffee in der Hand. Kaum einer hat mehr eine normale Figur, sondern ist entweder zu dünn oder übergewichtig. Die Belastung des Juras-Studiums macht sich in vielen Facetten bemerkbar. So sind während der Examensphase Studenten mit Tape an den Händen ein normaler Anblick, weil sie von dem vielen Schreiben eine Sehnenscheidenentzündung bekommen haben.

Für viele ist es ein besonderer Reiz, ein Fach wie Jura erfolgreich zu studieren, gerade weil so viele daran verzweifeln. Doch in einer Generation, in der vielen schon von klein auf der Konkurrenzdrang und der Wille zu kämpfen und zu gewinnen, aberzogen wurde, sind das immer weniger. Das Jura-Studium ist immerhin auch mit einem Risiko verbunden: Fällt man endgültig durch das Staatsexamen durch, steht man nach sechs Jahren Studium nur mit Abitur da. Für Abhilfe soll der integrierte Bachelor sorgen, doch der birgt noch mal eigene Tücken. Denn nur mit doppeltem Staatsexamen darf man als Anwalt oder Richter praktizieren. Nur mit Jura-Bachelor ist man im Justizsystem weitgehend nutzlos. Er ist eigentlich als Rettungsschirm gedacht, um mit weniger Existenzängsten ins Examen gehen zu können. Doch viele brechen aus Angst vor dem Staatsexamen trotzdem vorher ab.

Der künstliche Juristenmangel

Die Überlastung der Justiz und der Nachwuchsmangel sind bei weitem nicht monokausal. Einige Faktoren sind ein Zeichen unserer Zeit und kaum zu ändern. Um so frustrierender ist es, wenn man feststellen muß, daß einige Faktoren auch künstlich erzeugt wurden. Noch zu Beginn des Jahrtausends war der Begriff der "Juristenschwemme" geprägt worden. Das Manager Magazin titelte damals: "Ende eines Booms - Wohin mit all den Anwälten?" Von Mitte der 90er Jahre bis zur Finanzkrise 2007/8 hatte die Welt für Anwälte perfekt ausgesehen.

Die Legenden von wilden Partys sind überliefert, geschmissen von Wirtschaftskanzleien, bei denen Champagner in Strömen floß und Hummer serviert wurde. Doch mit der Finanzkrise wurden die Mandanten geizig, viele Kanzleien standen vor dem Ruin - und die etlichen Anwälte, die vorher noch in eine florierende Branche gestartet waren, sind mit den Aufträgen nicht mit verschwunden. 2013 kommen auf 499 Bürger ein Anwalt und pro Jahr drängten 3.000 neu Zugelassene auf den Markt.

2006 hatte das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, federführend der damalige Bildungsminister Hans-Robert Metelmann, eine ganz eigene Art, auf die sich abzeichnende Juristenschwemme zu reagieren. Nur zwei Universitäten im Bundesland, die Universität Rostock und die Universität Greifswald haben eine Juristische Fakultät - seit 2006 darf aber nur noch die Juristische Fakultät in Greifswald Jura unterrichten.

"Ein entsprechender Bedarf an Volljuristen im Land und auch bundesweit ist nicht mehr und auch in der absehbaren Zukunft nicht erkennbar", sagte Metelmann dazu. Bis heute darf die Universität Rostock kein Jura mehr unterrichten. Die Jura-Fakultät ist aber nicht geschlossen. Im Studiengang "Good Governance" kann eine Mischung aus Jura, Wirtschaft, Politik und Philosophie auf Bachelor und Master studiert werden.

Man erzählt den Studenten, andere Fakultäten seien neidisch auf diesen Studiengang, weil er praxisnäher wäre. Doch die Realität sieht anders aus: Für Good Governance Studenten ist es schwerer, Praktika zu finden, weil die Anwaltskanzleien mit den Halbjuristen nichts anzufangen wissen. Wenn man das Studium abbricht und Jura studieren will, kann man sich kaum etwas anrechnen lassen. Wenn man als echter Jura-Student in den Good Governance-Studiengang einsteigen will, muß ebenfalls von vorne anfangen.

Jetzt hat man wirklich eine nachhaltige Juristenschwemme produziert - lauter Absolventen, die die Wirtschaft nicht braucht. Derweil werden echte Juristen in Mecklenburg-Vorpommern genauso händeringend gesucht, wie im Rest von Deutschland. Greifswald produziert derweil zu wenig Absolventen. Die Landespolitik sieht aber trotzdem keinen Grund, die Rostocker Jura-Fakultät wieder zu eröffnen.

Provokation zur Selbstjustiz

Am Anfang gab es nur Dunkelheit. Dann schuf Gott diesen ganzen Firlefanz von wegen Himmel, Erde, Sterne, Tiere, Pflanzen, bla bla bla. Dann schuf Gott zwei Menschen und sobald die sich vermehrten schlugen sie sich gegenseitig die Köpfe ein. Was die Bibel wegläßt, ist daß Gott deshalb schnell den Juristen erschaffen mußte, sonst wäre es mit seiner Schöpfung auch ganz schnell wieder vorbei gewesen. Die wenigsten mögen Juristen - in den meisten Fällen verständlicherweise. Doch ohne geht es auch nicht. Wenn wir keine Gesetze haben, schlagen wir uns gegenseitig die Köpfe ein. Gesetze sind die Basis für eine zivilisierte Gesellschaft.

"Justice delayed is justice denied", ist eine juristische Maxime die vor allem im englischsprachigen Raum geläufig ist. Es ist unklar woher dieser Satz stammt. Der Grundsatz war etwas anders formuliert bereits in der Magna Carta von 1215 enthalten, manche führen ihn auf die "Sprüche der Väter" (hebräisch: Pirqe Avot) zurück, eine spätantike jüdische Sammlung, die Fragen der Ethik behandelt. Darin steht grob übersetzt geschrieben: "Unsere Rabbis lehrten uns: Das Schwert kommt in die Welt, weil die Gerechtigkeit verzögert und die Gerechtigkeit verweigert wird."

Die Juristerei ist kein Selbstzweck. Wir haben unsere Waffen an den Staat abgegeben, unter der Bedingung, daß er uns vor Unrecht verteidigt. Ob das der Schutz vor einer tatsächlichen Gefahr ist oder die Durchsetzung von Ansprüchen. Zwingende Voraussetzung für einen Rechtsstaat ist, daß die Bürger in ihm vertrauen und ihre Konflikte unter das Schwert der Justitia stellen, nicht ihr eigenes. Doch werden die Väter von vergewaltigten und ermordeten Töchtern noch in den Rechtsstaat vertrauen, wenn ihr Mörder frei herum läuft? Wie lange wartet man darauf, daß das Gericht eine Forderungen bestätigt, bis man sich einen Baseball-Schläger schnappt und selbst beim Schuldner vorbeischauf?

Das Vertrauen in den Rechtsstaat steht ohnehin schon auf wackligen Beinen. Straftaten werden nicht zur Anzeige gebracht, weil man glaubt, daß ja eh nichts darauf folgt. Viele erwägen Klagen oder überhaupt rechtliche Schritte nicht, weil sie ja eh kein Recht bekommen werden. Wenn der Staat den Rechtsstaat und die Demokratie schützen will, dann braucht er sich keine

Grundgesetzänderungen für das Bundesverfassungsgericht ausdenken. Dann muß er bei den Amtsgerichten anfangen. Das ist seine Pflicht, seine Existenzberechtigung. Ansonsten bricht mit dem Rechtsstaat die gesamte Ordnung in sich zusammen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**TÜV-Irrsinn: Neue Zulassungsordnung mit Megakosten für Autofahrer**

Mit einer Verkehrsrecht-Novelle kommt es jetzt knüppeldick: Die sogenannte "Mängelschleife" bei der KFZ-Hauptuntersuchung fällt weg. Das bedeutet irre Bürokratie und Mehrkosten für Millionen Autofahrer.

Von *Redaktion*

Ein Schreiben, das dem Verband des Kfz-Gewerbes Nordrhein-Westfalen vorliegt, zeigt, daß im Zuge einer Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) die sogenannte "Mängelschleife" bei der Hauptuntersuchung (HU) zukünftig entfallen könnte. Der Vorschlag unterliegt derzeit einer rechtlichen Prüfung durch das Bundesjustizministerium (BMJ). Eine solche Änderung könnte jedoch zusätzliche Kosten für Fahrzeughalter bedeuten.

Konkret bedeutet dies, daß ein Prüfer bei einer Hauptuntersuchung in einer Werkstatt Mängel am Fahrzeug feststellen kann. Aktuell können diese Mängel direkt vor Ort von der Werkstatt behoben werden, und die HU gilt als bestanden, wodurch die Plakette vergeben wird. Mit der möglichen Änderung müßte der Prüfer das Fahrzeug wegen eines Mangels als nicht bestanden erklären. In der Folge müßte der Fahrzeughalter die Mängel am Fahrzeug beseitigen (lassen) und dann zu einer kostenpflichtigen Nachprüfung antreten.

Das Hauptproblem bei dieser geänderten Regelung liegt nach Einschätzung des Zentralverbandes Deutsches Kfz-Gewerbe (ZDK) in dem erheblich größeren Aufwand, den dies für die Fahrzeughalter mit sich bringen würde.

Wenn ein Fahrzeug während der HU beispielsweise nicht in einem Meisterbetrieb ist, dürfte das Fahrzeug bei einem Mangel nicht mehr bewegt werden. Das könnte für den Fahrzeughalter erhebliche Kosten verursachen, da der Abschleppdienst das Fahrzeug zu einer entsprechenden Werkstatt bringen müßte. Eine Reparatur direkt vor Ort - außerhalb eines Meisterbetriebs - wäre nicht nur kostspielig, sondern auch aus Sicherheitsgründen bedenklich. Der Verband appelliert daher an alle Landesverbände, die potentiell negativen Auswirkungen dieser Entscheidung zu berücksichtigen, da der Bundesrat noch Änderungen am Text vornehmen könnte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2024: >>**Faeser:**

Anti-AfD-Demos sind ihr ein Auftrag

Von *S. Hofer*

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) versteht Demonstrationen gegen die oppositionelle AfD als "Auftrag", die Demokratie noch mehr einzuschränken. ...

Wenn das kein großer Coup war! Wer bislang glaubte, die Relotius-Reportage über das Potsdamer "Geheimtreffen" und die nachfolgenden Anti-Rechts-Demos sollten lediglich die Umfragewerte der AfD senken, hat sich getäuscht. Jetzt zeigt sich: Sie sollten eine Atmosphäre schaffen, in der Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ihren Demokratieabbau ungestört durchpeitschen kann.

Es war schon seltsam: Ein Privat-Treffen in der Potsdamer Adlon-Villa wird zugleich von Haldenwangs Schlapphüten, den Correctiv-Faktenschindern und Greenpeace bespitzelt. Der Aufwand zeigt: Da sollte nichts schiefgehen. Dennoch enttäuschte die Ausbeute. Also mußten die Correctivler sich als Märchendichter betätigen und das Material kräftig aufpolieren.

Diese Propaganda-Märchen, vom Mainstream-Medien gierig übernommen, heizten die Stimmung an. Jetzt konnten steuerfinanzierte NGOs zu Demos gegen AfD und "rechte" Opposition aufrufen. Bei diesen Regierungs-Kundgebungen präsentierte sich sogar Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als "Demonstrant".

Die Mainstream-Medien bejubeln wiederum diese Regierungs-Demos, lenken damit von den Bauern-Protesten ab und suggerieren: Die Bevölkerung fordert stärkeres Vorgehen gegen "rechte" Opposition. Damit war der Auftritt von Innenministerin Faeser als Retterin der Nation optimal vorbereitet. Die erklärt die Demonstranten in der Rheinischen Post zu ihren "Auftraggebern":

"Eine wache Zivilgesellschaft ist die stärkste Brandmauer gegen Rechtsextremisten. Auch an diesem Wochenende schlug das Herz unserer Demokratie auf unseren Straßen und Plätzen. Daß gerade auch in kleinen Städten, gerade auch in den ostdeutschen Bundesländern, so viele Menschen Gesicht und Haltung zeigen, das ist Ermutigung und Auftrag zugleich."

Natürlich, die Demonstranten hatten Faeser einen "Auftrag" erteilt: Sie erwarteten "ganz klar, daß wir uns als wehrhafter Rechtsstaat den Extremisten entgegenstellen und all diejenigen schützen, die Rassismus, Ausgrenzung und Haß erleben müssen." Ihr Therapieversuch:

"Für mich kommt es daher weiter darauf an, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen, ihre Finanzquellen trockenlegen, ihnen Waffen zu entziehen und Hetzer und Gewalttäter strafrechtlich hart zu verfolgen."

Man muß sich bei der Lektüre stets klarmachen, daß "Rechtsextremismus" oder "Hetzer" keine wirklichen Rassisten oder ein paar unverbesserliche Neo-Nazis meint. Im Mainstream-Sprachcode stehen diese Begriffe per se für Opposition - seien es Klima-Skeptiker oder Friedensaktivisten. Selbstverständlich will Antifa-Freundin Faeser bei der Gelegenheit das Steuer-Budget für diverse "Stiftungen" aufstocken:

"Außerdem müssen wir gerade jetzt allen den Rücken stärken, die unsere Demokratie stark und lebendig machen. Das sind unzählige zivilgesellschaftliche Initiativen in unserem Land. Um sie dauerhaft und verlässlich zu unterstützen, brauchen wir endlich das Demokratiefördergesetz, das wir schon vor einem Jahr vorgelegt haben. Der Bundestag sollte es jetzt beschließen. Es ist höchste Zeit dafür."

Mehr Steuerknete für die Amadeu Antonio-Stiftung & Co. heißt: Noch mehr Bespitzelung, noch mehr Pranger, noch mehr Einschüchterung, noch weniger Widerspruch gegen Machthaber - und damit auch weniger Demokratie.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.360/...): >>"**Einzelfall der Woche**": **Regensburger Schule warnt Mädchen vor dem Schulweg!**

Willkommen im angeblich "besten Deutschland, das es jemals gegeben hat": Eine Mädchenschule der Diözese Regensburg fordert Eltern in einem Warnschreiben dazu auf, ihre Töchter nicht allein zur Schule gehen zu lassen. Die Eltern sollen ihre Kinder vielmehr darauf hinweisen, "daß sowohl die Fürst-Anselm-Allee als auch die Bahnhofsgegend trotz erhöhter Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst auch tagsüber Kriminalitätsschwerpunkte sind." Die Schülerinnen sollen deshalb "nur gut ausgeleuchtete Wege und Straßen" nutzen und den Schulweg "am besten in Gruppen antreten."

In der Nähe der Schule beziehungsweise des Bahnhofs soll es im Januar zu zwei Vergewaltigungen gekommen sein. Bei den Tätern soll es sich um zwei Tunesier im Alter von Anfang 20 handeln. Dies dürfte wohl auch der Hintergrund des Schreibens sein, das laut Schulleitung natürlich "ein rein präventiver Brief" sein soll. Mag sein. Doch noch besser als präventive Briefe sind präventiver Grenzschutz und präventive Abschiebungen Ausreisepflichtiger! Und für dieses "Präventionsprogramm" sorgt nur die AfD.

All diese sogenannten "Einzelfälle" finden sie auch auf unserer Internetseite www.einzelfall-ticker.de. Dort kann man die tatsächlichen Folgen der Migrationskrise konkret ablesen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2024: >>**Dresden 1945: Massenmörder Arthur Harris**

In der kommenden Woche jährt sich die Vernichtung Dresdens durch angloamerikanische Bomberflotten zum 79. Mal. Mit dem "Moral Bombing" hatte die Royal Air Force eine im wahrsten Sinne des Wortes mörderische Strategie entwickelt. Der Kopf dahinter: Luftmarschall Arthur Harris - ein lupenreiner Kriegsverbrecher und Massenmörder, den Antideutsche bis heute feiern. ...

_ von *Lars Poelz*

Im Zweiten Weltkrieg rückten zunehmend Städte in den Mittelpunkt von Luftangriffen, wobei es sich zunächst nur um kriegswichtige Ziele handelte. Doch nach der Luftschlacht um England änderte die Royal Air Force bald ihre Strategie, was für die deutsche Zivilbevölkerung fürchterliche Auswirkungen hatte. So gelangten ab 1942 nicht nur militärische Objekte in den Fokus, sondern auch die Zivilbevölkerung.

Die Idee dazu kam von dem 1942 ins Amt gehobenen Luftmarschall Arthur Harris. Sein Plan war es, bei Nachtflügen die deutsche Bevölkerung zu demoralisieren - er nannte dies "Moral Bombing". Dazu war ihm der bloße Einsatz von Brandbomben zu wenig. In einer Mitteilung an das Luftfahrtministerium kritisierte er:

"Man drängt mich immer, ausschließlich Brandbomben einzusetzen, aber ich bin mit dieser Strategie nicht einverstanden. Die moralische (das heißt psychologische) Wirkung von Sprengbomben ist enorm. Menschen können aus Feuersbrünsten entkommen, und die Zahl der Opfer bei einem reinen Brandangriff wäre verschwindend gering. Zusätzlich zu dem Schrecken des Feuers wollen wir Boches unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, Boches (Schimpfwort für Deutsche) umbringen und Boches terrorisieren. Daher der Anteil an Sprengbomben."

Harris' Taktik für den Bombenkrieg war für die Besatzungen der Flugzeuge verlustreich. Nahezu 45 Prozent kehrten nicht heim, insgesamt kamen 55.573 Flieger bei den Angriffen auf Deutschland um. Auch deswegen wurde Harris oft "Butcher" (englisch für Schlächter) genannt.

Mitteldeutsche Städte im Visier

Nach den Luftangriffen auf westdeutsche Städte wie Köln (1942 mit 469 Toten) oder Hamburg (1943 mit 43.000 Todesopfern) wurden ab 1945 mitteldeutsche Städte wie Dresden zu bevorzugten Angriffszielen. Hintergrund für die Planung dieser Luftschläge waren die sowjetischen Erfolge. Aufgrund der bevorstehenden Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) stellte Churchill Überlegungen an, wie er Stalin durch Luftangriffe beeindrucken könne, nachdem die Ardennenoffensive den Alliierten einen empfindlichen Schlag versetzte.

Der britische Premier erkundigte sich am Abend des 25. Januar bei Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair über die Pläne der Royal Air Force. Nach Rücksprache mit Air Chief Marshall Charles Portal antwortete Sinclair am 26. Januar ausweichend, daß man prüfen werde, wie der deutsche Rückzug von Breslau gestört werden könne.

Daraufhin telegraphierte Churchill:

"Ich habe Sie gestern nicht nach Plänen gefragt, wie der deutsche Rückzug aus Breslau gestört werden könnte. Im Gegenteil, ich habe gefragt, ob Berlin und zweifellos auch andere große Städte in Ostdeutschland jetzt nicht als besonders lohnende Ziele angesehen werden könnten. Ich freue mich, daß dies jetzt ‚geprüft‘ wird. Teilen Sie mir bitte morgen mit, was man zu tun gedenkt."

Portal gab trotz einiger Zweifel nach und räumte ein, daß Angriffe auch gegen Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz und andere Städte durchgeführt werden müßten. An der Großangriffsserie war die United States Army Air Forces beteiligt.

Für die bisherigen Angriffe gab es spezielle Zielkarten, in denen die Stadtgebiete, Gewässer und freien Flächen unterschieden waren. Außerdem waren Flakstellungen, Flugplätze, Tarn-

oder Scheinanlagen eingezeichnet. Derartige Zielkarten existierten für Dresden allerdings noch nicht.

Air Marshall Sir Robert Saundby, Harris' Stellvertreter, und Brigadegeneral Harold V. Satterley machten darauf aufmerksam, daß es ein Beweis dafür sei, daß Harris nicht beabsichtige, Dresden anzugreifen und zu zerstören. Doch das entspricht dies nicht den Tatsachen, es sei denn, die 8. US-Luftflotte hätte ihre Aufklärungsfotos der RAF nicht zugänglich gemacht. Vier amerikanische Aufklärungsfotos von Dresden sind inzwischen veröffentlicht worden. Aufgenommen wurden sie am 17. April 1942, 1943 und 1944 ohne weitere Angabe, und am 7. Oktober 1944 zugleich mit dem Tagesangriff auf Dresden-Friedrichstadt und Löbtau.

In seinen Erinnerungen schreibt Harris: "Der Angriff auf Dresden wurde seinerzeit von Leuten, die viel wichtiger waren als ich, für militärisch notwendig gehalten."

Harris sah sich aber bestätigt. Es blieb bei seiner Taktik, die Moral der deutschen Bevölkerung durch schwere Bombardements der Innenstädte zu treffen, und Luftmarschall Saundby schrieb:

"Unsere Aufgabe bestand darin, die Befehle nach besten Kräften auszuführen."

Man belehrte den Masterbomber des ersten Angriffs, Maurice Smith, daß "die Zerstörung einer bis dahin heil gebliebenen Stadt dieser Art eine bedeutende Wirkung auf die Russen haben würde". Die Angriffe auf Dresden waren also beschlossene Sache. Das Wetter setzte voraus, wann der Angriff startet, denn davon hing der Erfolg ab. Durch die Flächenbombardements der über 160 Städte und 850 Gemeinden mußten weit über 100.000 Menschen ihr Leben lassen.

Das Inferno von Dresden am 13/14. Februar 1945 war ohne Zweifel ein schweres Kriegsverbrechen - orchestriert von einem Massenmörder.

In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Brandner holt aus: Wenn der Präsident Bürger "Ratten" nennt - bezahlen die ihm dann ein Rattenloch?**

"In nur zwei Jahren hat die Ampel es geschafft, Deutschland platt zu machen" - Stephan Brandner bringt es mal wieder auf den Punkt. Zum Abschluß der Haushaltsdebatte im Bundestag rechnet der stellvertretende AfD-Bundessprecher und Abgeordneter im Bundestag mit der Scholztruppe und ihren Parteigängern ab. So haben Abrißminister Habeck und der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, unlängst zugegeben, daß das Geld alle ist. Und trotzdem gönnt man sich weiterhin puren Luxus wie das neue Kanzleramt und eine für 500 Millionen Euro veranschlagte Renovierung des Sitzes des Bundespräsidenten. Während in Schloß Bellevue dann die Maler am Werk sind, soll Frank-Walter Steinmeier für 200 Millionen Euro vorübergehend woanders unterkommen.

"Was hätte man dafür an Wohnungen bauen können", so Brandner, der dann zum Paukenschlag ausholt: Wenn Steinmeier Millionen AfD-Wähler als "Ratten" bezeichnet und die als Steuerzahler trotzdem sein Prunkschloß bezahlen müssen, dann handelt es sich ja dabei konsequenterweise um ein Rattenloch. Schnappatmung bei den Altfraktionen, Ordnungsruf für Brandner - aber dafür ist vor Schloß Bellevue gerade die Retourkutsche vorgefahren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2024: >>**SPD: Apparatschiks, Antifanten, Asoziale**

Von Jürgen Elsässer

Die traditionsreiche SPD hat ihre Ursprünge als Arbeiterpartei verraten und ist zu einem Minderheitenzoo geworden. Ein Rückblick auf über 160 Jahre Geschichte macht die Fallhöhe

deutlich. Ein Auszug aus der Februar-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Bauern, Bonzen und Blockaden".

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Sieben, sechs, fünf, vier, drei Prozent: "Wir wünschen der SPD guten Rutsch!", twitterte der virtuelle Stammtisch kurz vor Silvester, nachdem die Sozis in Umfragen immer tiefer abgestürzt waren. Minustemperaturen mißt man in Kelvin, minimales Wählervertrauen in Kevin - der schwule SPD-Generalsekretär ("Schwuso") Kühnert verleiht der Misere das passende Gesicht.

"Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land." Willy Brandt

Dabei werden die Sozis nicht unbedingt deswegen vom Wähler abgestraft, weil sie links sind, sondern weil sie es gerade nicht mehr sind. Was sich heute so schimpft, hat in der Regel alles verraten, was Sozialisten in früheren Zeiten auszeichnete - und alles radikalisiert, was sie schon immer abstoßend machte.

Die Geburtsstunde der Linken ist die Französische Revolution: Sie schuf die Nation als politisches Subjekt - gegen die supranationalen Adelsdynastien, die bis dahin immer das Volk für ihre Familieninteressen verraten hatten. In ihren besten Zeiten griffen Sozialdemokraten diesen nationalen Ansatz wieder auf: Die Revolution von 1848 lief unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen. August Bebel wetteiferte mit Otto von Bismarck um das bessere, das sozialere Deutschland. SPD-Kanzler Philipp Scheidemann trat 1919 zurück, weil er den Schandvertrag von Versailles nicht unterschreiben wollte. ...

Verrat am Proletariat

Nichts von diesem Erbe ist mehr übrig. In der ältesten deutschen Partei geben heute feministische Pfarrerstöchter, Apparatschiks und Absolventen der Antifa-Klippschule den Ton an - und kriegsgeile Althippies.

Diese Neosozis haben noch nie einen ehrlichen Beruf ausgeübt, aber wollen anderen gerne Vorschriften bis ins Privatleben hinein machen. Die Betrogenen sind die Fleißigen und Ehrlichen in unserer Gesellschaft, also genau jene "arbeitenden Klassen", für die die Sozialdemokratie früher gekämpft hat.

Zwar erinnern der gigantische Steuerraub bei Firmen und Privathaushalten und die oft als Klimaschutz kostümierten Verbote in der Energie- und Verkehrspolitik verdammt an die Planwirtschaft seligen Angedenkens, aber bei näherer Betrachtung ist alles noch schlimmer: Die schärfsten Maßnahmen des Sowjetkommunismus richteten sich stets gegen das Finanzkapital. Alle Banken waren verstaatlicht, die Geldmenge wurde kontrolliert. ...

160 Jahre Sozialdemokratie

Ein exaktes Entstehungsdatum hat die SPD nicht. Sie selbst beruft sich auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) am 23. Mai 1863 in Leipzig durch Ferdinand Lassalle, einem der Wortführer der frühen deutschen Arbeiterbewegung. Seine Idee des Sozialismus ist preußisch-nationalstaatlich orientiert. Jedoch sind "Arbeiterkaiser" August Bebel und viele weitere Schlüsselfiguren von der durch Karl Marx und Friedrich Engels dominierten internationalistischen Lehre geprägt.

Dieser Doppelcharakter zeigt sich auch, als der ADAV sich 1875 mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschließt: Einerseits fordert die Vereinigung "Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit", andererseits aber auch die "Verbrüderung aller Menschen".

1878 zwingt Reichskanzler Otto von Bismarck die Revoluzzer mit dem "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" in den Untergrund. Als der Erlaß zwölf Jahre später aufgehoben wird, kehren sie, umbenannt in Sozialdemokratische Partei Deutschlands, stärker denn je zurück. 1913 zählt die SPD eine Million Mitglieder.

Im Folgejahr stimmt die SPD-Reichstagsfraktion den Krediten zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs zu. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten votiert die SPD als einzige Fraktion am 24. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz - die Kommunisten waren schon verboten. "Freiheit und Leben kann man uns nehmen", so der Parteivorsitzende Otto Wels, "die Ehre nicht". ...

Im Godesberger Grundsatzprogramm verzichten die Genossen 1959 darauf, den Marxismus als ideengeschichtliche Wurzel zu benennen. Der Wille der SPD-Mehrheit, von einer sozialistischen Arbeiter- zur Volkspartei zu werden, findet im Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zur Westintegration Deutschlands, einschließlich NATO-Zugehörigkeit, seine Entsprechung.

Mit Willy Brandt kann die Partei nach der Bundestagswahl 1969 erstmals einen Kanzler stellen. Durch seinen engsten Berater Egon Bahr erfährt die deutsche Öffentlichkeit später, daß Brandt wie seine drei Vorgänger nach Amtsantritt einen "Unterwerfungsbrief" (O-Ton Brandt) gegenüber den westalliierten Besatzungsmächten unterzeichnen mußte. Doch nicht nur seine Ostpolitik zeigt, daß Brandt nicht gewillt ist, sich von den Alliierten dreinreden zu lassen. ... Ende der Textauszüge.

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der Februar-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Bauern, Bonzen und Blockaden". <<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Grüne Gigantomanie: So wird unser Steuer-**
geld ins Ausland verklappt!

Hunderte Milliarden von Schulden - aber dafür sponsert Deutschland auch in diesem Jahr wieder allerlei Schönes für Länder, über deren Lage nicht mal unsere Außenministerin Genaueres weiß. Eine Krankenversicherung für die Einwohner in Tansania, eine grüne Klimawende für Sambia, finanzielle Entlastung wegen stark steigender Energiekosten in Moldawien - und natürlich Bürgergeld ohne Ende, das schon jetzt zu 62 Prozent an Nicht-Deutsche ausgereicht wird.

Peter Boehringer, haushaltspolitischer Sprecher der Afd im Bundestag und Vorstandsmitglied der Bundespartei, bilanziert den Ausgabe-Wahnsinn der Ampelregierung in der Plenardebatte. Und er stellt klar: Mit der AfD hätte es all das nicht gegeben. Dafür aber bezahlbare Energie, moderate Steuern und einen Haushalt, der nicht schon wieder gegen das Grundgesetz verstößt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Wirtschaftspolitik: Unternehmenssteuern**
senken, Klimairrsinn stoppen!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Leif-Erik Holm, unterstützt die Forderung nach Steuererleichterungen für Unternehmen. Diese dürften aber nicht durch neue Schulden gegenfinanziert werden:

"Selbsterkenntnis wäre der erste Weg zu Besserung. Aber Minister Habeck rudert ja schon im nächsten Satz mit Blick auf die Haushaltslage zurück. Fakt ist jedenfalls: Viele Unternehmer stehen mit dem Rücken zur Wand, der Standort Deutschland rutscht immer weiter ab. Steuererleichterungen für Unternehmen sind daher dringend notwendig. Diese dürfen aber nicht auf Pump durch als Sondervermögen getarnte neue Schulden finanziert werden.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Vielmehr muß die Ampel endlich die Ausgabenseite angehen und aufhören, kostspielige Ideologieprojekte und unnötigen Klimairrsinn in aller Welt zu finanzieren. Dafür ist schlicht kein Geld mehr da. Und es bringt auch nichts, wenn man auf der einen Seite die Steuern ein bißchen senkt, gleichzeitig aber den Unternehmen wie bei der CO2-Abgabe anderswo immer tiefer in die Tasche greift.

Überhaupt braucht es mehr, um den Standort Deutschland wieder wirklich fit und international wettbewerbsfähig zu machen. Da reicht es bei weitem nicht, ein kleines bißchen an der Steuerschraube zu drehen. Die Energiepreise müssen endlich spürbar runter, denn sie sind der Standortkiller Nummer 1. Aber da will Habeck aus ideologischen Gründen nicht ran. Das Gleiche gilt für den überbordenden Bürokratiewust, der dank immer neuer Vorgaben und Gängelungen der Ampel längst innovationsfeindliche Ausmaße angenommen hat und zu einem erheblichen Standortnachteil geworden ist.

Solange Habeck aber immer nur an den Symptomen herumdoktert, die er zum großen Teil selbst verursacht hat, wird sich an der wirtschaftlichen Situation in unserem Land nichts ändern. Die deutsche Talfahrt geht ungebremst weiter. Das wirksamste Konjunkturprogramm für den Standort Deutschland wäre deshalb, wenn die Ampel endlich den Weg für Neuwahlen frei macht."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Statt Schuldenmacherei: Die beste Wirtschaftsförderung wären Lindners und Habecks Rücktritt!**

Die Brandstifter gerieren sich wieder einmal als Feuerlöscher: Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner wollen plötzlich gemeinsame Maßnahmen für die "Wirtschaftsförderung" vereinbaren, nachdem man die Auto-Industrie, die chemische Industrie, die Stahl-Industrie, die Kohle-Industrie und unzählige andere Industriezweige ruiniert oder an den Rand des Ruins getrieben hat. FDP-Chef Lindner springt unglaublich auf AfD-Forderungen auf und will plötzlich den Solidaritätszuschlag für Unternehmen streichen. Das ist nicht nur verlogen, sondern auch halbherzig - die AfD fordert seit Jahren die vollständige Streichung des unsinnigen Soli-Zuschlags, der die Abgabenlast noch weiter erhöht.

Nicht besser agiert Wirtschaftsminister Habeck, der das Problem lieber mit einem "Sondervermögen" für die Wirtschaft lösen will. Dahinter verbirgt sich in der Konsequenz nichts anderes als noch mehr Schulden. Dabei ist die Staatsverschuldung mit einem Stand von rund 2,5 Billionen Euro schon jetzt alarmierend hoch.

Bei den Themen Massenmigration, Entwicklungshilfe, EU-Beiträgen und "Energiewende" wollen Habeck und Lindner den Rotstift nicht ansetzen, weil die beiden Herren sich in ihrem grünen Transformationswahn vollkommen einig sind. Nur die AfD beendet diese Ideologie-Projekte der linken Volkserzieher, um den Staatshaushalt zu entlasten. Klarer Fall: Die beste Wirtschaftsförderung wären die Rücktritte von Lindner und Habeck und eine schnellstmögliche Regierungsbeteiligung der AfD!<<

Schweden: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.361/...): >>**"Beendet die Zwangsfinanzierung": großer Protest gegen schwedische GEZ**

Am Samstag fand in Stockholm eine große Demonstration gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk statt. Über 1.000 Teilnehmer forderten ein Ende der "Zwangsfinanzierung" und den Rücktritt der ÖRR-Spitzen.

Jonas Aston

Mindestens 1.000 Menschen protestierten am Samstag in Schweden gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Sie kritisieren, daß die zwangsfinanzierten öffentlichen Sender ihre Zuschauer in einer Weise in die Irre führen, daß die Zukunft des Landes gefährdet werde. Der Staatsfunk sei zu einseitig - schwerwiegende Probleme würden einfach verschwiegen.

Unter dem Titel "Rädda Sverige", also "rettet Schweden", wirft der Veranstalter der Demonstration der schwedischen Version des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die aus dem SVT (Schwedisches Fernsehen) und dem SR (Schwedisches Radio) besteht, vor, zu indoktrinieren und Panik zu verbreiten. Der schwedische ÖRR würde - ähnlich wie der deutsche - eine einseitige Berichterstattung betreiben.

Die Demonstranten forderten insbesondere in Bezug auf die Einwanderungspolitik, bei der eine große Lücke zwischen der Darstellung in den Medien einerseits und dem Empfinden der Bürger andererseits klaffen würde, eine vielfältigere Berichterstattung. Dasselbe gilt in Bezug auf die Berichterstattung rund um die Nebenwirkungen von Covid-19-Impfstoffen, die NATO, das Klima und Geschlechterfragen. Ebenso wird gefordert, daß das Spektrum eingeladener Personen vergrößert wird. So plädieren die Demonstranten dafür, auch Vertreter alternativer Medien öfter in die Sendung des SVT einzuladen.

Der schwedische Journalist Christian Peterson spricht von Tausenden, die sich vor SVT-Hauptgebäude, dem Hauptgebäude des schwedischen Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunks, versammelten.

Auf Videoaufnahmen des Aufzugs waren Transparente mit Aufschriften wie "Take back SVT" und "Close down public service" zu sehen. Auch wurde die "Entideologisierung von SVT und SR - Beseitigung der Extremisten" gefordert. Weiter hieß es: "Öffnen Sie sich für Vertreter freier Medienkanäle. Beendet die Zwangsfinanzierung". Die Demonstranten forderten auch, daß die Vorsitzende von SVT, Cilla Benkö, und die Direktorin Hanna Stjärne entlassen werden, da sie "in ihren Aufgaben grob versagt" hätten.<<

Tschechien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Februar 2024 ([x1.361/...](#)): >>Tschechien plant Bau neuer Atomreaktoren zur Versorgung von Deutschland

In Tschechien plant die Regierung den Bau von vier neuen Atomreaktoren - mehr als gebraucht werden. Gegenüber Apollo News erklärt Energieökonom Dr. Björn Peters das auch mit der angespannten Energiesituation in Deutschland: Tschechien plane einen Ausbau auch, um den Strom nach Deutschland zu verkaufen.

Von *Max Mannhart und Henry Albrecht*

Die tschechische Regierung setzt weiterhin auf Atomstrom und hat nun die eigenen Vorhaben zur Erweiterung der Versorgung durch Nuklearenergie ausgebaut. In Prag plant man jetzt den Bau von bis zu vier neuen Atomreaktoren - ursprünglich war nur einer geplant. Dem Land stehen aktuell zwei Atomkraftwerke mit insgesamt sechs Reaktorblöcken zur Verfügung - vier davon im süd-mährischen Kraftwerk Dukovany, die anderen zwei im südböhmischen Kraftwerk Temelin. Knapp 40 Prozent des tschechischen Stroms wird hier produziert.

Während in Deutschland Atomenergie ein nie endendes Streitthema ist, ist man sich in Tschechien über die Sinnhaftigkeit von Nuklearenergie einig. Keine große Partei stellt sich gegen den nuklearen Ausbau. Auf europäischer und internationaler Ebene ist Tschechien eine der treibenden Kräfte, die sich für den Ausbau und die Nutzung von Atomenergie einsetzt. Auch in der Bevölkerung wird das Thema Atomstrom mehrheitlich positiv aufgenommen.

"Tschechien interessiert sich für vier Kernkraftwerke, wo zwei ausreichen würden"

Deutschland ist durch die Schwankungen durch Wind- und Solarenergie immer stärker auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Ein entscheidender Teil kommt dabei auch aus Tschechien - ein lukratives Geschäft. Auch damit könnte der drastische tschechische Ausbauplan zu erklären sein, der deutlich mehr Kapazität schafft, als Tschechien selbst benötigen würde.

Apollo News fragte den renommierten Energie-Ökonomen Dr. Björn Peters. Der erklärt: "Tschechien interessiert sich für vier Kernkraftwerke, wo zwei ausreichen würden, um die heimische Braunkohle zu ersetzen. Die anderen zwei Kraftwerke werden nach Deutschland und Österreich liefern. Beide Länder verzichten auf Kernkraft, wollen aber dennoch ihren Strommarkt von Kohle und Gas befreien."

Zum Hintergrund: "Deutschland ist der dominante Strommarkt in Europa, daher ist es rational, daß sich unsere Nachbarn in ihrer Energiepolitik am deutschen Markt ausrichten. Deutschland hat sich durch seine Energiewendepolitik aus dem europäischen Markt einseitig ausgeklinkt. Große Preissprünge werden die natürlichen Folgen des Ausbaus wetterabhängi-

ger Solar- und Windkraft sein. Für unsere Nachbarn bedeutet dies auch eine Chance. In gut der Hälfte der Jahresstunden, wenn in Deutschland Strom wetterbedingt knapp ist, können sie Deutschland beliefern, auch mit Atomstrom, dessen Produktion in Deutschland gesetzlich verboten ist."

Die Tschechen machen dabei, laut Dr. Peters, alles richtig: "Sie fordern von den Anbietern Festpreisangebote, um das eigene finanzielle Risiko niedrig zu halten. Durch staatliche Garantien für den Betreiber CEZ werden Zinskosten deutlich verringert. Der Strom aus diesen vier Kernkraftwerken wird für 5 bis 7 Cent pro kWh mit einer auskömmlichen Gewinnmarge verkauft werden können. Da Deutschland auf lange Sicht Kohle- und Gaskraftwerke betreiben wird, deren Strom durch steigende CO₂-Kosten immer teurer und teurer werden wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß die tschechische Strategie lohnt und aufgeht. Ein wirtschaftliches Risiko besteht für die Tschechen nur in einem politischen Schwenk Deutschlands zurück zur Kernkraft." <<

Frankreich: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Februar 2024 (x1.361/...): >>18 Euro pro Stunde Parkgebühren - Grüne sehen Pariser Anti-Auto-Schlag als Vorbild

In Paris müssen Autos ab 1,6 Tonnen künftig Parkgebühren von 18 Euro pro Stunde zahlen. Das entschieden die Einwohner am Sonntag bei einer Abstimmung mit historisch schlechter Beteiligung.

Von *Redaktion*

Seit Jahren versucht die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo ihre Agenda gegen Autofahrer durchzusetzen. Am Sonntag hat dann ein kleiner Bruchteil der Pariser Bevölkerung für die Verdreifachung der Parkgebühren für Automobile ab 1,6 Tonnen gestimmt. Obwohl die Beteiligung bei nur 5,9 Prozent der Wahlberechtigten lag und davon nur 54,55 Prozent für die Teuerung stimmten, wird damit die Erhöhung der Gebühren im Zentrum auf 18 Euro pro Stunde erhöht, für einen Tagesbesuch von sechs Stunden sollen sogar 225 Euro fällig sein - SUVs und Transporter, Lieferanten müssen also mit erheblichen Mehrkosten rechnen.

Ausgenommen von dieser Regelung sind Handwerker, Pflegedienste, Behinderte - und Personen mit Anwohnerparkschein. Das heißt: Die Abstimmungsberechtigten sind selbst von den höheren Gebühren ausgeschlossen, weil sie als Einwohner der Millionen-Metropole gesonderte Parkrechte erhalten. Zudem lagen die meisten Wahllokale in Stadtteilen, wo Automobile grundsätzlich unterrepräsentiert sind. Generell besitzt nur jeder dritte Haushalt ein Auto.

Es könnten täglich 800.000 Pendler, Lieferanten und andere auswärtig lebende Personen von den neuen Gebühren betroffen sein. Doch die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo, die zuletzt auch für motorisierte Zweiräder Parkgebühren eingeführt hatte, sieht das Ergebnis als "eine klare Entscheidung" der Pariser Bevölkerung - obwohl die ja von den neuen Regelungen nicht betroffen ist.

Anne Hidalgo treibt damit ihren grünen Populismus voran. "Je größer, um so schmutziger", meint die Politikerin der Sozialistischen Partei, rechtfertigt damit ihr rabiates Vorgehen gegen Verbrenner-Fahrer und erklärt der Automobilindustrie den Krieg. Die seit 2014 amtierende Bürgermeisterin zeigt sich erfreut - dabei hatten gerade einmal 80.000 von 1,3 Millionen Berechtigten an der Abstimmung teilgenommen und nur etwas mehr als 40.000 Personen für die Erhöhung gestimmt.

Sie erklärt dennoch stolz: "Die Demokratie hat gewonnen". Die Erhöhung der Parkgebühren soll ab dem 1. September in Kraft treten und auch schwerere E-Autos betreffen - aber nur, wenn sie mehr als zwei Tonnen wiegen.

Auch in Deutschland treffen die französischen Pläne auf Wohlwollen: So hat etwa Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) für eine Erhöhung der Parkgebühren für SUVs plädiert. Er hege "große Sympathien" für eine Preisstaffelung der Parkgebühren. Der öffentliche

Raum soll damit entlastet werden. Zuletzt war Onay mit seinen Plänen für eine autofreie Stadt gescheitert.<<

06.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Februar 2024 ([x1.362/...](#)): >>**Wo bleibt der Aufschrei der Industrie gegen die Energiewende?**

Die schnell weiter steigenden Energiekosten durch die Energiewende treiben die deutsche Industrie in Länder mit einer günstigen, sicheren und berechenbaren Energieversorgung. Viele kleinere Betriebe ohne Kontakte ins Ausland gehen pleite.

von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Doch Industriemanager und Industrieverbände wie auch die Gewerkschaftsführungen stehen im Namen der Weltklimarettung weiter hinter der Energiewende. Warum wehren sie sich nicht massiv gegen die Politiker, die mit dem Weitertreiben der Energiewende ihre Betriebe und die damit verbundenen Arbeitsplätze vernichten?

Die Daten der deutschen Wirtschaft sind deutlich genug. Die Wirtschaftsleistung hat im letzten Jahr abgenommen. Für das laufende Jahr soll es laut den "Wirtschaftsweisen" wieder leicht aufwärts gehen. Doch das dürfte ein frommer Wunsch sein. Die Daten sprechen dagegen. Der Energieverbrauch in allen Wirtschaftssparten hat abgenommen, das heißt, die Produktion wurde heruntergefahren. Nur der Energiebedarf der Immigranten ist gestiegen. Das sind kurzgefaßt die Daten von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, eines Vereins unter dem Schirm des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der sehr sorgfältig recherchiert.

Die Wirtschaft schrumpft

Die Investitionsquote (Investitionen zu Abschreibungen) liegt weit unter 100 Prozent. Das heißt, viele alte Anlagen werden nicht mehr ersetzt. Die Wirtschaft schrumpft. Doch das stört den Wirtschaftsminister Robert Habeck nicht. Er will den Bau von Fakepower-Erzeugern (Wind- und Solaranlagen) beschleunigen und die Energiewende mit vielen Milliarden Steuergeldern stützen, die die Strompreise in nicht mehr bezahlbare Höhen treibt.

"Grüner Wasserstoff (mit Fakepower elektrolytisch erzeugt) soll dazu ein Hauptpfeiler als Energieträger werden. Mit dem Wasserstoff soll in Gaskraftwerken Grundlaststrom zur Netzstabilität und Regelstrom zum Ergänzen der schwankenden Fakepower auf den Bedarf erzeugt werden. Darüber hinaus soll Wasserstoff die Kohle zur Stahlherstellung ersetzen. Auch zur Herstellung von Treibstoffen und Kunststoffen soll Wasserstoff statt Erdöl und Erdgas dienen. Im Labormaßstab ist dies alles möglich. Doch die Kosten und der Energieaufwand übersteigen die vorhandenen Möglichkeiten bei Weitem. Eine Überschlagsrechnung zeigt, die aus Wind und Sonne über Deutschland gewinnbare Energie reicht nicht für alle Prozesse.

Die Energiewende vernichtet viel Energie

Bei genauerem Hinsehen führt der Wasserstoffplan auf dem Weg zum Verbraucher zu riesigen Energieverlusten. Mit der Elektrolyse geht bereits ein Drittel der eingesetzten Fakepower verloren. Wasserstoff hat einen Brennwert von 3,5 kWh/m³. Das ist ein Drittel der des Erdgases. Es müßte also das dreifache Volumen im Vergleich zum Erdgas transportiert und gelagert werden. Das bedeutet zusätzliche Gasleitungen und die dreifache Menge an Gaskavernen, die wahrscheinlich in Deutschland nicht realisiert werden können. Dazu kommen Wasserstoffverluste durch Diffusion, denn die sehr kleinen Wasserstoffatome dringen in alle Kristalle ein und durchdringen Metallwände.

Bei der Wiederverstromung des Wasserstoffs gehen 40 bis 70 Prozent der dann noch vorhandenen Energie verloren. Einfache Gasturbine mit Wasserstoff haben 70 Prozent Verlust. GuD-Kraftwerke (Gasturbine mit nachgeschalteter Dampfturbine) sind mit Verlusten von ca. 40 Prozent zwar günstiger, aber zum Regeln der schwankenden Fakepower wenig geeignet, weil Leistungsänderungen lange dauern. Von der eingesetzten Fakepower landen letztlich nur 10

Prozent beim Verbraucher. Zum Vergleich: Ein Kohlekraftwerk setzt über 40 Prozent des Brennwertes in Strom um.

Fakten der Energiewende

Diese Fakten sind allen Managern zugänglich. Als Ingenieure sollten sie zu ihrem Grundwissen gehören. Wirtschaftler und Juristen haben genügend Ingenieure als Mitarbeiter, die ihnen die Fakten erläutern können. Die Erkenntnis kann nur lauten:

Die Fortsetzung der Energiewende führt zwangsläufig in den wirtschaftlichen Niedergang.

Jede weitere Fakepower-Anlage treibt die Stromkosten noch höher.

Sonne und Wind über Deutschland reichen nicht aus, um für die geplante Energiewende den deutschen Energiebedarf zu decken.

Wir müssen die fossilen Brennstoffe nutzen, wenn wir nicht auf das Niveau eines Entwicklungslandes absinken wollen.

Es ist schwer verständlich, warum Manager und Gewerkschaftsfunktionäre hinter der Energiewende stehen und nur in Einzelfällen von der Politik geringere Energiekosten für ihren Betrieb fordern. Was könnte die Motivation sein?

- Glauben die Manager, nur so das Weltklima retten zu können?
- Wollen die Manager ihre Vergütungen bis zum Ende der Vertragszeit retten?
- Oder gehört ihr Betrieb zu den Profiteuren der Energiewende?
- Glauben die Manager an die politische Prognose, mit dem Fortschreiten der Energiewende werde Energie günstiger?
- Stehen Manager und Gewerkschaftsfunktionäre hinter der These, die Energiewende trage zur Wertschöpfung bei und schaffe Arbeitsplätze?
- Oder schwimmen sie als Gutmenschen in der politisch proklamierten Welle der Weltklimaretter mit, ohne zu hinterfragen, ob der Mensch das Klima überhaupt retten kann?

Wir wissen es nicht.

Kritiker der Energiewende haben Nachteile

Ein wesentlicher Grund, die Energiewende nicht zu kritisieren, ist der sonst drohende Verlust staatlicher Zuwendungen. Die werden nur vergeben an Betriebe und Hochschulen, die öffentlich hinter der Energiepolitik der Bundesregierung stehen. Daher sind die Kritiker der Energiewende fast ausnahmslos Rentner und Pensionäre. Aktive Ingenieure werden von den Betriebsleitungen und von den Präsidenten der Hochschulen ermahnt, mit Kritik an der Energiewende nicht an die Öffentlichkeit zu gehen, weil sonst keine öffentlichen Gelder mehr fließen würden. Wer sich an solche Ermahnungen nicht hält, muß um seinen Job bangen.

Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand

Wir müssen wieder faktenbewußt handeln. Energie ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wer Energie mutwillig verteuert und verknappt, zerstört unsere Wirtschaft und damit unseren Sozialstaat. Soziale Leistungen sind nur durch eine effiziente Industrie mit einem hohen Automatisierungsgrad möglich. Menschen werden durch Automaten ersetzt. Die Automaten arbeiten schneller und sind billiger als der Mensch, wenn die Antriebsenergie günstig ist. Dann fallen die Preise der Produkte und es steigen Gewinne, Steuern und Löhne. Diesen Zusammenhang hat die deutsche Regierung für eine unwirksame Weltklimaretter mit Hilfe der Energiewende aufgegeben.

Wenn Deutschland nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken soll, müssen die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB e.V. erfüllt werden:

1. EE-Strom (Solar-/Wind-/Biogas-) und EEG beenden.
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoff (H₂).
3. Weiterhin Kohle-Strom, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung.
4. CO₂-Steuer beenden, Klima-Schutzgesetz aussetzen, Klima- und Transformationsfonds auflösen.

5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995.

6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Skandal: Impfn Nebenwirkungen aus Datenbank verschwunden? EU-Abgeordnete fordern Aufklärung**

Mehr als zehntausend Fälle von Nebenwirkungen im Zusammenhang mit der Covid-Impfung wurden mutmaßlich aus der Datenbank der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) entfernt.

Dies ergab die Recherche einer ehemaligen Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Paris. Drei EU-Abgeordnete fordern von der EU-Kommission und der EMA nun detaillierte Auskunft über diesen ungewöhnlichen Vorgang.

Ein Vergleich der Eintragungen in der EMA-Datenbank aus den Jahren 2021 bis 2023 mit der aktuellen Version vom 1. Januar 2024 zeigt mehrere auffällige Veränderungen. Es tauchen nicht mehr auf: 4.241 Todesfälle, 14.969 Fälle von Myokarditis (Herzmuskelentzündung), 11.424 Fälle von Perikarditis (Herzbeutelentzündung), 7.295 Embolie- und 7.079 Thrombosefälle, 22.107 Fälle von Amenorrhoe (Ausbleiben der Regelblutung) bzw. Dysmenorrhoe (Menstruationsschmerzen) sowie 2.827 Fälle von Taubheit und 2.282 Fälle von Blindheit. Entdeckt hatte diese Streichung Catherine Theilhet, Programmiererin und pensionierte Mitarbeiterin der Pariser Stadtverwaltung. Auf Nachfrage wurde Frau Theilhet beschieden, die Datenbank sei lebendig ("vivante") und Änderungen daher normal.

Die EU-Abgeordneten Marcel de Graaff (Forum voor Democratie, fraktionslos), Bernhard Zimniok und Joachim Kuhs (beide AfD, ID-Fraktion) geben sich damit nicht zufrieden. Sie haben die EU-Kommission und die EMA aufgefordert, jeweils getrennt zu diesem Vorgang Stellung zu nehmen. Die Parlamentarier wollen wissen, ob die Streichung tatsächlich erfolgt sei, wer dies veranlaßte und aus welchen Gründen.

"Die Behörden sind den Bürgern volle Transparenz schuldig", sagt der deutsche Abgeordnete Joachim Kuhs. "Die Regierungen haben die Menschen regelrecht zur Corona-Impfung genötigt, teils durch repressive Maßnahmen gegen Ungeimpfte, teils sogar durch partiellen Impfpflicht - z.B. für Pflegepersonal - und die Drohung einer allgemeinen Impfpflicht. Darüber hinaus wurde von Regierungspolitikern und Massenmedien ein enormer psychischer Druck auf die Menschen ausgeübt", so Kuhs. Der tatsächliche Schutz vor einem schweren Covid-Verlauf durch die Impfung sei überzogen dargestellt worden, ebenso wie das Risiko von Nebenwirkungen heruntergespielt worden sei.

"Mittlerweile wird das Ausmaß der unerwünschten Nebenwirkungen der Covid-Vakzine immer deutlicher. Selbst offizielle Stellen müssen nun zugeben, daß die Impfung nicht so harmlos war, wie uns stets eingeredet wurde", so Joachim Kuhs. "Wenn in dieser Situation, zehntausende von Fällen mit teils schweren Nebenwirkungen, einfach aus der EMA-Datenbank verschwinden, so stellt dies einen schweren Glaubwürdigkeitsverlust dieser Behörde dar. Wir brauchen nun volle Aufklärung und Transparenz", fordert Kuhs.

Die drei Abgeordneten haben angekündigt, diesen Vorgang weiter sorgfältig zu beobachten und die Antworten von EMA und EU-Kommission gründlich zu überprüfen. Gegebenenfalls behalten sie sich weitere Schritte vor.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Februar 2024 (x1.361/...): >>**Zur Rettung der Energiewende versenkt Habeck weitere 20 Milliarden Euro**

Nach langen Verhandlungen hat sich die Ampel auf eine Strategie für die Errichtung von Gaskraftwerken festgelegt. Geschätzten Gesamtkosten: 20 Milliarden Euro. All das zur Rettung der Energiewende.

Henry Albrecht

Die Bundesregierung hat sich nach intensiven Verhandlungen auf eine Strategie für den Bau neuer Gaskraftwerke in Deutschland verständigt. In einer gemeinsamen Mitteilung vom Montag gaben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) bekannt, daß sie die grundlegenden Elemente einer Kraftwerksstrategie sowie konkrete Festlegungen zu weiteren Vorhaben erfolgreich ausgehandelt haben.

Die geschätzten Kosten für dieses Projekt belaufen sich nach Zahlen der Bundesregierung auf etwa 16 bis 20 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Kurzfristig ist geplant, neue Kraftwerkskapazitäten im Umfang von bis zu viermal 2,5 Gigawatt für Gaskraftwerke auszu-schreiben. Die Finanzierung dieser Vorhaben soll aus dem Klima- und Transformationsfonds erfolgen, dessen Finanzierung sorgte in den letzten Monaten bereits für Aufregung.

Daß es nun neue Gaskraftwerke braucht, verdeutlicht eins: Die hochgelobte Energiewende funktioniert nicht ohne eine Absicherung der Energieversorgung durch nicht erneuerbare Energiequellen. Durch die neue Kraftwerkstrategie gesteht man in Berlin das Scheitern der Energiewende ein.

Die Energiewirtschaft äußert seit Monaten ihren Unmut über die langwierigen Verzögerungen im Zusammenhang mit dem Bau neuer Gaskraftwerke. Der gesamte Prozeß, von der Planung über die Genehmigung bis hin zum Bau, wird auf etwa sechs Jahre geschätzt. Vor rund einem Jahr hatte Wirtschaftsminister Habeck versichert, bereits im Herbst mit den Ausschreibungen zu beginnen.

Nun steht lediglich eine grobe Einigung der Regierungsspitze, und der gesamte Prozeß muß von vorne beginnen. Ein detaillierter Plan fehlt noch, der zur Beratung vorgelegt werden muß. Zudem ist die Genehmigung der EU-Kommission erforderlich. Anschließend folgen Entscheidungen des Kabinetts, die Gesetzgebung im Bundestag und Bundesrat, und letztendlich muß die Bundesnetzagentur die Ausschreibungen für die Anlagen durchführen.

Im Zuge des Klimagipfels in Dubai Ende des vergangenen Jahres setzte sich eine bedeutende Allianz von 22 Staaten, darunter China, Kanada, Frankreich und Großbritannien, für einen drastischen Ausbau der Kernenergie ein. Obwohl Deutschland nicht zu den Unterzeichnern gehörte, wird auch hierzulande der Ruf nach einer Wiederbelebung der Kernenergie lauter. Besonders Union und AfD stellen sich hinter eine Wiederaufnahme der Kernenergie.

Weltweit erlebt die Kernenergie einen regelrechten Boom. Die Internationale Energieagentur (IEA) mit Sitz in Paris prognostiziert, daß die Atomstromerzeugung bis 2025 einen historischen Höchststand erreichen wird. Dies ist von großer Bedeutung, betont IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol, da der Energiesektor derzeit mehr CO₂-Emissionen verursache, als jeder andere in der Weltwirtschaft. Daher sei es ermutigend, daß das rasche Wachstum der erneuerbaren Energien und der kontinuierliche Ausbau der Kernenergie gemeinsam dazu beitragen, den gesamten Anstieg der weltweiten Stromnachfrage in den nächsten drei Jahren zu decken. Doch für die Bundesregierung ist Kernenergie keine Option.

Die IEA geht davon aus, daß bis 2050 die installierte Leistung im Bereich der Kernenergie auf beeindruckende 916 Gigawatt (GW) mehr als verdoppelt werden wird. Die Allianz von Dubai geht mit einer Planung von über 1.100 GW sogar noch einen Schritt weiter, was auf eine entschlossene globale Initiative für den Einsatz von Atomenergie hinweist.

Auch die tschechische Regierung setzt weiterhin auf Atomstrom und hat nun die eigenen Vorhaben zur Erweiterung der Versorgung durch Nuklearenergie ausgebaut. In Prag plant man jetzt den Bau von bis zu vier neuen Atomreaktoren - ursprünglich war nur einer geplant. Dem Land stehen aktuell zwei Atomkraftwerke mit insgesamt sechs Reaktorblöcken zur Verfügung - vier davon im süd-mährischen Kraftwerk Dukovany, die anderen zwei im südböhmischen Kraftwerk Temelin.

Knapp 40 Prozent des tschechischen Stroms wird hier produziert. Apollo News fragte den renommierten Energie-Ökonomen Dr. Björn Peters. Der erklärt: "Tschechien interessiert sich für vier Kernkraftwerke, wo zwei ausreichen würden, um die heimische Braunkohle zu ersetzen. Die anderen zwei Kraftwerke werden nach Deutschland und Österreich liefern."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Februar 2024 (x1.360/...): >>Mit Zwangsgebühren bezahlt: Studie belegt Linkslastigkeit von ARD und ZDF!

Was jeder Zuschauer von ARD und ZDF immer mehr spürt, ist nun auch durch eine Studie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz wissenschaftlich belegt worden: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist linkslastig und regierungsnah! Die Formate der öffentlich-rechtlichen Sender würden sich laut den Autoren der Studie "auf der Seite der Gesellschaft positionieren, die man vereinfacht ausgedrückt als politisch links der Mitte bezeichnen kann". Die Forscher registrierten außerdem einen "sehr deutlichen Sichtbarkeitsvorsprung der Regierung- gegenüber den Oppositionsparteien".

Erst kürzlich hatte der ÖRR-Blog in einer Auflistung gezeigt, daß die öffentlich-rechtlichen Sender innerhalb eines Monats in 90 Fällen Politiker, eigene Mitarbeiter, Parteibuch-Experten oder Gesprächspartner aus parteinahen Stiftungen interviewten - größtenteils ohne Kenntlichmachung des politischen Hintergrunds dieser Personen. Wo eine angebliche "Unabhängigkeit" draufsteht, ist in Wirklichkeit Ideologie drin. Das zeigte sich schon in einer vor einigen Jahren veröffentlichten Umfrage, wonach 92 Prozent der ARD-Volontäre mit SPD, Grünen oder Linkspartei sympathisieren (davon mehr als 50 Prozent mit den Grünen).

Es ist nicht hinnehmbar, daß die Gebührenzahler alljährliche Zwangsbeiträge in Milliardenhöhe bezahlen müssen, um dann nur einseitige linke Ideologie und die Diffamierung von Regierungskritikern serviert zu bekommen. Die Bürger werden zwangsweise für ihre eigene Verunglimpfung zur Kasse gebeten. Wir wollen deshalb den Rundfunkbeitrag abschaffen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk drastisch verschlanken und für mehr politische Ausgewogenheit bei ARD und ZDF sorgen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Februar 2024 (x1.360/...): >>Sexuelle Übergriffe auf dem Schulweg sind längst Normalität geworden!

Kurz nach dem Bekanntwerden eines Warnschreibens an einer Mädchenschule in Regensburg sorgt ein neuer Elternbrief für Aufsehen: Auch in Erfurt warnt eine Grundschule in einem Elternbrief, daß Schüler "lieber in einer Gruppe zur Schule laufen" sollten, weil es kürzlich zu einem "massiven sexuellen Übergriff" auf dem Schulweg gekommen sei. Kinder sollen außerdem "laut schreien, auf sich aufmerksam machen" und Handy-Ortungsdienste einschalten. Auch die hilflose Aufforderung "Abstand halten", die wir schon im Zusammenhang mit den Übergriffen am Kölner Dom kennen, taucht wieder auf.

Was ist das für ein Deutschland, welches die etablierten Parteien und die Medien in den vergangenen Jahren herbeigeführt und herbeigeschrieben haben? Es darf gar nicht erst dazu kommen, daß wir uns an solche Zustände gewöhnen. Die Täter müssen endlich mit aller Härte des Gesetzes verfolgt und bestraft werden, eine vermeintliche schlechte Kindheit oder psychische Probleme dürfen keine Ausreden mehr für windelweiche Strafen sein. Bei Vorliegen einer ausländischen Staatsbürgerschaft muß der Täter unverzüglich abgeschoben werden. Und eines ist auch klar: Je besser unsere Staatsgrenzen gesichert werden, um so sicherer sind auch unsere Schulwege. Dafür sorgt nur die AfD!<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Februar 2024 (x1.361/...): >>Unter Druck von Biden-Regierung: Amazon zensierte Bücher zu Corona-Impfung

"Fordert die Regierung uns auf, Bücher zu entfernen?", fragten sich Amazon-Mitarbeiter bei Treffen mit der Biden-Regierung. Auf "Druck der Taskforce des Weißen Hauses" begann man dann in Suchergebnissen impfkritische Bücher zu zensieren, wie interne E-Mails zeigen.

Sebastian Thormann

Das Weiße Haus unter Präsident Joe Biden setzte offenbar Amazon unter Druck, bestimmte Bücher zu zensieren. Das zeigen E-Mails aus dem Jahr 2021, an die der Justizausschuß des Repräsentantenhauses kam und über die The Daily Signal berichtete.

In Vorbereitung auf eines der regelmäßigen Treffen mit dem Weißen Haus schrieb etwa ein Amazon-Mitarbeiter an einen anderen: "Fordert die Regierung uns auf, Bücher zu entfernen, oder sind sie mehr besorgt über die Suchergebnisse/Reihenfolge (oder beides)?"

Andrew Slavitt, Chefberater des COVID-19-Teams im Weißen Haus, hatte sich etwa bei Amazon-Mitarbeiter unter anderem beschwert: "Wenn man unter Büchern nach ‚Impfstoffen‘ sucht, sehe ich, was dabei herauskommt. Ich habe nicht darüber hinausgeschaut, aber wenn es das ist, was an der Oberfläche ist, ist es besorgniserregend."

Intern diskutierte Amazon dann eine Entfernung der Bücher entschied sich aber dagegen, da man einen "Harry/Sally-Effekt" befürchtete - eine Anspielung auf das Buch "When Harry Became Sally" von Ryan T. Anderson, das sich kritisch mit der Transgender-Bewegung auseinandersetzt und von Amazon entfernt wurde. All das hatte sich zu einem PR-Debakel für das Unternehmen entwickelt, was man nun vermeiden wollte.

Amazon-interne Vorbereitungen auf das Weiße Haus-Treffen am 9. März 2021

Statt dessen sollten entsprechende Bücher nicht von der Seite verschwinden, sondern eine "Website-Weiterleitung" zur CDC (US-Gesundheitsbehörde vergleichbar mit dem deutschen RKI), "bei mehr Suchbegriffen ganz oben auf der Seite" erscheinen.

Der Mitarbeiter schrieb im Vorfeld eines Treffens mit dem Weißen Haus Anfang März 2021, daß die Regierung wahrscheinlich keine Erklärungen von Amazon als "zufriedenstellend" betrachten werde. "Warum markieren Sie nicht Bücher, die nicht wissenschaftlich fundiert sind, so wie FB/Twitter Inhalte markiert?", würde die Regierung wahrscheinlich nachfragen.

Nach dem entsprechenden Treffen im Weißen Haus am 9. März überlegten die Amazon-Mitarbeiter, wie sie auf eine BuzzFeed-Story reagieren sollten, bei der es um vermeintliche Desinformation von "COVID-19-Büchern zum Verkauf bei Amazon" ging. Amazon hielt fest, daß man hier "den Druck der Taskforce des Weißen Hauses" in Bezug auf Bücher "im Zusammenhang mit Impfstoff-Fehlinformationen" spüre.

Amazon reagiert nach "Druck" von der "Taskforce des Weißen Hauses"

"Wir haben am 9. März die Nicht-Bewerbung für Anti-Impf-Bücher aktiviert, deren Hauptzweck darin besteht, die Leser davon zu überzeugen, daß Impfstoffe unsicher oder unwirksam sind, und werden am 19. März zusätzliche Handhabungsoptionen für diese Bücher prüfen."

Das heißt also: Nach dem Treffen mit Bidens Beratern verschärfte Amazon - intern bezeichnet als "Druck der Taskforce des Weißen Hauses" - die Zensur gegen bestimmte impfkritische Bücher. All das wirft auch wieder rechtliche Fragen auf, denn bereits bei den Enthüllungen der Twitter-Files und auch entsprechender interner Dokumente bei Facebook zeigte sich, wie das Weiße Haus Druck auf die Internetkonzerne ausübte, bestimmte Inhalte zu zensieren.

Das könnte - und wurde zum Teil bereits - als Verstoß gegen die Meinungsfreiheit eingestuft. Ein US-Bundesrichter, der im letzten Jahr per einstweiliger Verfügung weitere solcher Treffen verboten hatte, verglich das Vorgehen der Biden-Regierung mit Orwell'schen Methoden.

Auch für Andrew Slavitt, den Biden-Berater, der Kontakt zu Amazon hatte, könnte all das Schwierigkeiten bedeuten.

Der Justizausschuß des Repräsentantenhauses hatte ihn nämlich vorgeladen - dem ist er aber auf Weisung der Biden-Regierung nicht nachgekommen. Der Ausschuß hatte ihm zuvor erklärt, man habe "Dokumente erhalten, die die zentrale Rolle belegen, die Sie bei der Kommu-

nikation der Zensurbemühungen des Weißen Hauses unter Biden an Social-Media-Unternehmen gespielt haben, einschließlich der Forderungen des Weißen Hauses, wahre Informationen, Memes, Satire und andere verfassungsrechtlich geschützte Ausdrucksformen zu zensieren."

Nach seiner Weigerung vor dem Kongreß zu erscheinen, ist nun "alles auf dem Tisch", wie es aus dem Ausschuß heißt. Denkbar wären Klagen gegen die Biden-Regierung oder die formelle Feststellung, eines Widersetzens gegen den Kongress, was wiederum spätestens unter einer möglichen republikanischen Regierung strafrechtliche Konsequenzen bis hin zu Gefängnis nach sich ziehen könnte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Februar 2024: >>**Grammy Awards: Okkult-Stars räumen ab**

Von *Daniell Pföhringer*

US-Popstar Taylor Swift hat bei der bedeutendsten Preisverleihung der amerikanischen Musikindustrie einen neuen Rekord aufgestellt. Rapper Jay Z wurde ein Ehrenpreis verliehen. Werden die Okkult-Ikonen des Showbiz nun gegen Trump in Stellung gebracht? ...

Böse Zungen könnten behaupten, hier werde eine gezielte Kampagne betrieben: Erst wird Taylor Swift vom Time-Magazin als "Person of the Year" aufs Cover gehoben, dann geistert sie Woche für Woche durch die Medien (zuletzt im Zusammenhang mit dem Superbowl-Halbfinale) und nun hat die 34-Jährige auch noch einen Rekord in der Königsklasse der US-Musikindustrie geknackt.

Bei der Verleihung der Grammy Awards am Sonntagabend in Los Angeles erhielt Swift für ihre aktuelle Platte "Midnights" die Auszeichnung "Album des Jahres". Dieser Preis wurde ihr bereits 2010, 2016 und 2021 verliehen. Mit nun vier Grammys in dieser Kategorie hat sie die bisherigen Rekordhalter Paul Simon, Frank Sinatra und Stevie Wonder überholt. Die hatten jeweils dreimal den Grammy für das "Album des Jahres" bekommen.

Insgesamt hat Taylor Swift damit 13 Grammys im Schrank. Auch in dieser Hinsicht spielt sie in der oberen Liga der Superstars. In ihrer Dankesrede wies die frühere Country-Sängerin darauf hin, daß 13 ihre Glückszahl (!) sei und verriet:

"Ich weiß, daß die Art und Weise, wie die Recording Academy abgestimmt hat, ein direktes Spiegelbild der Leidenschaft der Fans ist. Also möchte ich mich bei den Fans bedanken, indem ich euch ein Geheimnis verrate, das ich in den letzten zwei Jahren vor euch geheim gehalten habe: Nämlich daß mein brandneues Album am 19. April erscheint."

Doch der Swift-Rekord ist nicht das einzig Bemerkenswerte an der diesjährigen Grammy-Verleihung. Den ersten Preis des Abends erhielt Miley Cyrus - für die beste Pop-Solodarbietung ihres Songs "Flowers". Überreicht wurde ihr die Auszeichnung von Mariah Carey. Der Rapper und Produzent Jay Z erhielt zudem einen Ehrenpreis für sein musikalisches Lebenswerk. In seiner Dankesrede übte er Kritik an der Jury. Seine Ehefrau, die Popsängerin Beyoncé habe im Verlauf ihrer Karriere zwar die meisten Grammys überhaupt bekommen, aber nie einen für das "Album des Jahres". Das könne nicht angehen, so der 54-Jährige, der mit bürgerlichem Namen Shawn Corey Carter heißt.

Satans Show-Brigade marschiert auf

Was Außenstehenden nur als harmloses Show-Spektakel und Schaulaufen der Reichen und Schönen erscheinen mag, läßt bei Durchblickern alle Alarmglocken schrillen. Jedem, der COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" aufmerksam studiert hat, dürfte aufgefallen sein, daß sich in diesem Jahr bei der Grammy-Preisverleihung die Crème-de-la-Crème der Popstars mit okkultem Hintergrund die Klinke in die Hand gegeben und sich gegenseitig beweihräuchert haben. Zu den genannten Akteuren erfahren Sie in der brisanten Spezial-Ausgabe:

- Taylor Swift gilt im dunklen Untergrund des Showbiz als Eingeweihte, seit sie 2009 bei den MTV Video Music Awards in einem okkulten Ritual auf offener Bühne höhere Weihen erhielt. "Nach Swifts öffentlicher Demütigung ruft Beyoncé, die Königin der Zeremonie, sie auf die Bühne, damit sie ‚ihren Moment hat‘. Sie erscheint hinter der Bühne (als würde sie auf ihr Stichwort warten) in einem roten Kleid, das Beyoncé auffallend ähnlich ist", heißt es dazu in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood". Die Farbe des Kleides "verweist auf die Figur der Hure Babylon aus der Offenbarung des Johannes, die dort als in Scharlachrot und Purpur gekleidet beschrieben wird." Auf ihrer "Eras-Tour 2023" inszenierte sich Swift, wie in einem Musikvideo aus dem Jahr 2020, zudem als Hexenmeisterin in wallendem Gewand.

- Jay Z und Beyoncé sind das unangefochtene Okkult-Paar der US-amerikanischen Musikindustrie. Aufsehen erregte Jay Z, der mit dem Song "Lucifer" (2003) eine Lobeshymne auf den Fürsten der Finsternis geschrieben hat, schon vor einigen Jahren mit einem Foto, das ihn auf dem Treffen einer Freimaurerloge zeigen soll. Zwar dementierte er in einem Interview mit rap.de, Mitglied des Geheimbundes zu sein, allerdings posiert er für die Presse gerne mit zu einem Dreieck geformten Händen. Diese Geste steht für das Allsehende Auge - eines der bekanntesten Freimaurer- und Illuminaten-Symbole. Für dieses Handzeichen ist auch seine Frau Beyoncé bekannt. Popularisiert wurde die Geste übrigens in den 1970er Jahren durch Anton Szandor LaVey, den Gründer der Church of Satan, wie man in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" erfährt.

- Miley Cyrus ist der Inbegriff der Obszönität in der modernen Musikindustrie. Dabei fing der Satansbraten einmal ganz brav an - nämlich als Kinderstar in der Serie "Hannah Montana", die von 2006 bis 2011 auf dem Disney Channel ausgestrahlt wurde. Interessant ist hier vor allem das Thema der Serie: Es geht um ein junges Mädchen, das sich ein Alter Ego, eine alternative Persönlichkeit, erschafft. Genau das ist auch das Ziel der sogenannten Monarch-Bewußtseinskontrolle, einem Unterprojekt des CIA-Programms MK-Ultra, das nach einem Schmetterling, dem Monarch-Falter, benannt ist.

"Insgesamt wird Monarch-Gedankenkontrolle als eine Art Gedankenkontrolltechnik bezeichnet, die okkulte Rituale, Psychologie und Neurowissenschaften kombiniert, um bei einer Zielperson ein Alter Ego hervorzubringen" ...

- Daß ausgerechnet Mariah Carey am vergangenen Sonntag den Preis für die beste Solodarbietung an Miley Cyrus überreichte, setzt dem Okkult-Spektakel von Los Angeles schließlich die Krone auf. Denn: Alison Carey, die ältere Schwester des Popstars, wirft ihrer Mutter Patricia Hickey vor, sie als Kind zu okkulten Orgien mitgenommen zu haben. "Es geht um Satans-Kult und sexuellen Mißbrauch", so die Bild-Zeitung. Hickey wird von Alison, aber auch von Mariah Careys Bruder Morgan vorgeworfen, Oberhaupt einer satanischen Sekte zu sein. "Alison sagt, sie selbst sollte ihrer Mutter als Kopf der Satanssekte nachfolgen, hätte sich aber geweigert. Während sie und Morgan auf Distanz zu Patricia gegangen sind, singt Mariah sogar mit ihrer Mutter im Duett, geht mit ihr zu glamourösen Galas. Gut möglich, daß sie selbst inzwischen den Teufelskult anführt", heißt es dazu in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood".

Geheimoperation gegen Trump?

Dieser regelrechte Aufmarsch der berüchtigtsten Okkult-Stars der Musikindustrie bei den Grammy Awards sowie der fortwährende Hype um Taylor Swift lassen vermuten, daß die Strippenzieher hinter den Kulissen in den kommenden Monaten etwas Größeres planen. Und tatsächlich: Kaum hatte die 34-Jährige die Bühne in Los Angeles verlassen, überschlugen sich die Presseorgane - auch in Deutschland - geradezu mit Spekulationen über eine mögliche Unterstützung der Pop-Ikone für Amtsinhaber Joe Biden im US-Präsidentenwahlkampf 2024.

Der Tagesspiegel unkt: "Superstar mit Einfluß: Kann Taylor Swift die US-Wahl entscheiden?", die Süddeutsche Zeitung schlagzeilt: "Taylor Swift und Joe Biden: Wahlkampfhilfe von Miss Americana?", T-Online fragt "Taylor Swift: Trumps größter Albtraum?" und das ZDF behauptet sogar, die "Trumpisten" hätten "große Angst vor Taylor Swift".

Tatsächlich schwieg Swift bei der ersten Trump-Wahl im Jahr 2016 noch, doch schon 2018 rief sie ihre Fans bei einer Wahl für einen Sitz im US-Senat dazu auf, gegen eine Trumpfreundliche Kandidatin zu stimmen. Trump erklärte daraufhin, er möge ihre Musik "jetzt 25 Prozent weniger".

Auch bei der Präsidentschaftswahl 2020 machte Swift Stimmung gegen die Republikaner. Auf Twitter (jetzt X) postete sie damals ein Foto von sich mit Keksen, auf denen in Zuckerschrift geschrieben stand: "Biden/Harris/2020". Zur Begründung setzte sie dazu: "Ich glaube, daß Amerika unter ihrer Führung eine Chance hat, den Heilungsprozeß in Gang zu setzen, den es so dringend braucht."

Konservative US-Kommentatoren in den USA äußern schon seit geraumer Zeit die Vermutung, Swift sei von der Musikindustrie als Galionsfigur installiert worden, um den Woke-Virus unter jungen Menschen zu verbreiten. So erklärte Moderator Jesse Watters in seiner Talkshow auf Fox News, daß der Karrieresprung der 34-Jährigen in den letzten Jahren auf einer geheimen Abmachung mit der Regierung von Biden beruhe. Swift unterstütze den Präsidenten und versuche durch ihren Einfluß Wähler in seine Richtung zu lenken. Dafür werde sie von den Kreisen, die hinter Biden & Co. stehen, belohnt.

Watters sagte auf Fox News: "Vor etwa vier Jahren schlug die Abteilung für psychologische Operationen des Pentagons vor, Taylor Swift während eines NATO-Treffens in einen Aktivposten zu verwandeln."

Das US-Verteidigungsministerium setze sie als "Psyop zur Bekämpfung von angeblichen Online-Fehlinformationen". Mit Psyops werden psychologische Operationen bezeichnet, die seitens Geheimdiensten und Regierungskreisen gestartet werden, um eine größere Anzahl von Menschen zu beeinflussen. Bislang wurde das als Verschwörungstheorie abgetan, doch die Krönung von Swift bei den Grammy Awards - umrahmt von anderen Showbiz-Größen, die Satan lieben und Trump hassen - lassen kaum einen anderen Schluß zu.

Erkennen Sie die Zeichen, die andere nicht zu deuten wissen - und verschaffen Sie sich das Hintergrundwissen, das Ihnen die Massenmedien vorenthalten: COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" verschafft Ihnen einen einzigartigen Blick hinter die Kulissen des Showbusiness - und zeigt Ihnen, welche diabolische Agenda insgeheim verfolgt wird. Ein echter Augenöffner!<<

07.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 7. Februar 2024 (x1.365/...): >>**Zu viel Wind, zu wenig Sonne ... Alle 23 Minuten müssen die Netzbetreiber den FLATTER-STROM ausgleichen**

Die Erneuerbaren Energien machen jedes Jahr Tausende Eingriffe in die Stromproduktion notwendig, die Milliarden Euro kosten.

Julius Böhm

Alle 23 Minuten müssen die Übertragungsnetzbetreiber in die Stromproduktion eingreifen, damit uns das Stromnetz nicht um die Ohren fliegt ...

Weil Deutschland mehr und mehr auf Flatter-Strom aus Wind und Sonne zur Stromgewinnung setzt, müssen die Übertragungsnetzbetreiber immer häufiger und mit immer mehr Kostenaufwand in die Stromproduktion eingreifen. Also Windmühlen abstellen und andernorts (meist) Kohlekraftwerke hochfahren - damit das Stromnetz nicht Gefahr läuft, zu überlasten.

Redispatch-Maßnahmen sollen eine regionale Überlastung des Stromnetzes verhindern.

1934 solcher "Redispatch-Eingriffe" waren allein im Januar dieses Jahres nötig, wie eine NI-US-Auswertung der Daten der Übertragungsnetzbetreiber zeigt. 1934 Mal mußten entweder Kraftwerke abgeschaltet oder in einer anderen Region hochgefahren werden, damit das Netz stabil bleibt. Und wenn Kraftwerke kurzfristig hochgefahren werden müssen, kostet das natürlich Geld: Allein im Januar waren das knapp 200 Millionen Euro.

Der Grund: Die Stromproduktion von Wind und Sonne - besonders die von Wind - sind zufällig, vom Wetter abhängig und daher nicht planbar. Nicht umsonst haben die Erneuerbaren Spitznamen wie Zappel-Strom oder Zitterenergie. An manchen Tagen, etwa an windigen Sommertagen, steht viel mehr Strom zur Verfügung, als je gebraucht würde - in manchen Winterwochen ("Dunkelflaute") können Wind und Sonne über Tage nicht einmal fünf Prozent des Strombedarfs decken.

Die produzierte Strommenge muß aber zu jedem Zeitpunkt der Stromnachfrage entsprechen. All diese riesigen Schwankungen (im Januar von bis zu 52 Gigawatt) müssen ausgeglichen, dem Stromverbrauch angepaßt und den regionalen Netz-Kapazitäten angepaßt werden.

Die Grafik zeigt die Stromproduktion von Wind (grün) und Sonne (gelb) im Januar 2024. Die schwarze Linie ist der Stromverbrauch. Die Stromerzeugung von Wind und Sonne schwankt zwischen 3 GW und 55 GW - also um den Faktor 18. All diese Schwankungen müssen mit anderen Kraftwerken und zum Teil Redispatch-Maßnahmen ausgeglichen werden. (Quelle: EnergyCharts)

Im Januar konnten insgesamt 1,7 Milliarden Kilowattstunden Strom wegen Netzüberlastung nicht eingespeist werden, insgesamt 1,9 Milliarden Kilowattstunden Strom mußten zum Ausgleich zugeschaltet werden. Das entspricht einer durchschnittlichen Leistung von 2,3 Gigawatt.

Zum Vergleich: Das entspricht der Leistung von 1,5 Atomkraftwerken, die in einem komplexen System aus Großkraftwerken und inzwischen Millionen Windpark und Kleinstkraftwerken auf Hausdächern ständig abgeregelt oder zugeschaltet werden muß.

Eingriffe werden immer mehr, Kosten immer höher

Mehr Eingriffe, Ab- und Zuschaltungen bedeuten freilich auch höhere Kosten: Lagen die Kosten für Netzanpassungsmaßnahmen vor zehn Jahren noch bei 210 Millionen Euro im Jahr, waren es 2022 4,2 Milliarden Euro - also mehr als 19 Mal so viel. Die Kosten finden sich später freilich auf der Stromrechnung wieder.

Eine Studie des Forums "Ökologisch Soziale Marktwirtschaft" hat gar gezeigt, daß die Redispatch-Maßnahmen, wegen des notwendigen Zuschaltens von schmutzigen Kohle- und Gaskraftwerken, mehr als 1 Million Tonnen an zusätzlichem CO₂ verursachen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. Februar 2024 (x1.361/...):

>>Um Haushaltsloch kurzfristig zu schließen: Lindner stößt Post-Aktien mit Milliardenwert ab

Die Bundesregierung stößt einen relevanten Aktienanteil an der Deutschen Post ab, um finanzielle Mittel für die dringend erforderliche Modernisierung des Schienennetzes der Deutschen Bahn zu erhalten.

Henry Albrecht

Die Bundesregierung hat einen Teil ihrer Beteiligung an der Deutschen Post verkauft, um Gelder für die dringend benötigte Sanierung des Schienennetzes der Deutschen Bahn freizubekommen. Die Staatsbank KfW plazierte am Dienstagabend ein Paket von 50 Millionen Aktien der Deutschen Post DHL für 2,17 Milliarden Euro bei institutionellen Investoren.

Die Plazierung der 50 Millionen Aktien erfolgte zu einem Preis von 43,45 Euro pro Aktie, was einem Abschlag von 2,2 Prozent auf den Xetra-Schlußkurs entspricht. Dieser geringe Abschlag ist für eine so große Plazierung ungewöhnlich. Die Organisatoren des Verkaufs waren Banken wie JP Morgan, Deutsche Bank und Bank of America. Trotz des Verkaufs bleibt der

deutsche Staat der größte Anteilseigner der Deutschen Post, seine Beteiligung ist allerdings nun auf 16,5 Prozent gesunken, verglichen mit zuvor 20,5 Prozent.

Der Verkauf wurde von Bundesfinanzminister Christian Lindner angekündigt, der plant, durch den Verkauf von Bundesbeteiligungen in diesem Jahr bis zu vier Milliarden Euro einzunehmen. Der erzielte Gewinn aus dem Verkauf von Post-Anteilen steht dem Bund zu, und die Erlöse sollen zur Finanzierung der Sanierung des Schienennetzes der Deutschen Bahn verwendet werden. Es wird sich zeigen, wie sinnvoll dieser Verkauf war, denn auch wenn der Staat jetzt schnelles Geld durch den Aktienverkauf erhalten hat, werden die dauerhaften Einnahmen durch Dividenden sinken.

Der deutsche Staat hält 117 unmittelbare Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen, wie aus dem Beteiligungsbericht des Bundes mit Stand Februar 2023 hervorgeht. Im laufenden Jahr ist geplant, Firmenbeteiligungen im Wert von bis zu vier Milliarden Euro zu veräußern, wie aus einem Papier des Finanzministeriums für die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im Januar hervorgeht. Die Deutsche Bahn gehört dabei zu 100 Prozent dem Bund.<<
[Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2024: >>](#)**Cancel-Wut: Wie rechts ist Räuber Hotzenplotz?**

Von *Karel Meissner*

Der Leiter der bayerischen Otfried-Preußler-Schule fordert einen Namenswechsel. Schließlich sei der Autor von "Räuber Hotzenplotz" und "Krabat" in seiner Jugend ein NS-Fan gewesen.

...

Und täglich grüßen die Cancel-Fans. Diesmal trifft es Otfried Preußler (1923-2013), Autor von Kinderbuch-Bestsellern wie "Der Räuber Hotzenplotz"(1962), "Das kleine Gespenst" (1966), "Die kleine Hexe" (1957), "Der kleine Wassermann" (1956) oder "Krabat" (1971).

In 55 Sprachen übersetzt, erreichten sie eine Gesamtauflage von über 50 Millionen Exemplaren.

Ausgerechnet Preußler, dessen "Krabat-Roman" so deutlich vor dem Faschismus warnt: Erzählt wird die Geschichte eines Waisenkindes, das einer schwarzmagischen Gruppierung beitrifft. Regelmäßig adaptieren Kinder- und Jugendtheater ihn für die Bühne, 2008 folgte die Verfilmung. Marco Kreuzpaintner, Regisseur der Kinoversion, erklärte auf Kinderundjugendmedien.de:

"*Krabat* ist eine zeitlose Geschichte, die von Verführbarkeit der Jugend handelt, große Emotionen wie Liebe, Freundschaft und Trauer beinhaltet und zudem höchst spannend und düster ist. ... Von Otfried Preußler sicherlich als Faschismus Parabel angelegt, ist ‚Krabat‘ in Bezug auf das Thema, daß man als junger Mensch einer Gruppe zugehören will, noch immer aktuell. Denn mehr als je zuvor sind Jugendliche dem Werben 'der bösen Meister' ausgesetzt, werden zielgruppenmäßig erschlossen."

Dem Schulleiter des Otfried-Preußler-Gymnasiums in Pullach bei München, Benno Fischbach, reicht das nicht. Der fordert eine Umbenennung in "Staatliches Gymnasium Pullach". Sein Vorwurf: Preußler habe sich nie von seinem Eintritt in die NSDAP (als 17jähriger) und seinem Romandebut "Erntehelfer Geyer" (1944), einem HJ-Roman, distanziert. Unterstützung erhält Fischbach von der Pullacher Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund (Grüne natürlich).

Trotzdem ist der Vorwurf falsch. So gestand Preußler in einer Stellungnahme zu "Krabat":

"Es ist ... meine Geschichte, die Geschichte meiner Generation, und es ist die Geschichte aller jungen Leute, die mit der Macht und ihren Verlockungen in Berührung kommen und sich darin verstricken."

Deutlicher kann man sich nicht distanzieren: Preußler hat die eigene Verführbarkeit erkannt, aufgearbeitet und zu einer zeitübergreifenden Warnung transformiert - und nicht etwa wie

Günter Grass den selbstgerechten Moralisten gespielt, um am Lebensende erst die frühe SS-Mitgliedschaft einzugestehen.

Auch die Tochter des Star-Autors, Dr. Susanne Preußler-Bitsch (65), weist die Cancel-Attacke klar zurück:

"Das Ganze trifft mich natürlich. Ihn heute so zu skandalisieren und zu versuchen zu delegitimieren, ist absolut indiskutabel."

Außerdem habe ihr Vater sich wiederholt, auch öffentlich, zu seiner NS-Vergangenheit geäußert. Er sei "Brückenbauer, Humanist und Pazifist aus Überzeugung" gewesen - Im Gegensatz zu den grünen Häschern der Gegenwart, möchte man hinzufügen. Werden die heute Verführten einmal die Größe haben, sich von ihrer Gnadenlosigkeit, Kriegswut und Lockdown-Faschismus zu distanzieren?

Aktuell dürften bei Cancel-Fans jedoch die Sektkorken knallen: Wenn Preußler als böse gilt, wie viele Bücher und Filme lassen sich dann verbieten!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Söder-CSU guckt untätig zu: Auf 30 Tunesier entfallen 160 Straftaten!**

Auch das vermeintlich beschauliche Regensburg ist durch die Migrationspolitik der etablierten Parteien zu einer Stadt der Angst geworden: Nachdem eine Mädchenschule davor warnte, den Schulweg allein zu bestreiten, schlägt nun auch die Polizei Alarm. Allein an einem Kriminalitätsschwerpunkt am Hauptbahnhof ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 34 Mehrfach- und Intensivtäter, von denen 30 aus Tunesien kommen (die anderen kommen aus Syrien, Irak, Algerien und Tschechien). Und: Auf diese 30 Tunesier entfallen rund 160 Straftaten!

Schon diese Zahlen beweisen aufs Neue das enorme Kriminalitätspotential bei Zuwanderern aus dem afrikanischen und arabischen Raum. Daß von den 30 Tätern bislang keine einzige Person abgeschoben wurde, überrascht Niemanden mehr. Auch nicht, daß in Bayern eine CSU-Staatsregierung mit Ministerpräsident Söder regiert, die von den pseudo-oppositionellen Freien Wählern mitgetragen wird. Von der Linkspartei über die Grünen bis hin zur CSU und den Freien Wähler reicht das Anti-Abschiebe-Kartell. Nur die AfD will, daß kriminelle Zuwanderer endlich konsequent abgeschoben werden, damit nicht nur in Regensburg die Straßen und Schulwege wieder sicher werden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2024: >>**Dresden 1945: Wie viele Opfer gab es wirklich?**

_ von Andy Poppenberg

Bei der Bombardierung großer Städte mit mehreren hunderttausend Einwohnern im Zweiten Weltkrieg war nie die gesamte Stadt betroffen. In Tokio lebten bei den verheerenden Luftangriffen ab Ende 1944 gut 6,5 Mio. Einwohner, und es waren über 100.000 Luftkriegstote zu beklagen. Das sind 1,6 Prozent der Bevölkerung - mehr als die Hälfte der Stadt wurde komplett zerstört und verbrannt.

Für Dresden gibt es verschiedene Angaben von 12 oder 17 bis zu 28 Quadratkilometern zerstörter Fläche. Wenn man von ca. 25 Quadratkilometern ausgeht, waren das gut 20 Prozent des gesamten Stadtgebiets. Kann man annehmen, daß sich dort auch 20 Prozent der gesamten Einwohner und Flüchtlinge aufhielten? Es handelt sich um die historische Altstadt mit Museen, Kirchen, Schloß, Oper und freien Plätzen wie dem großen Garten und dem Zoo und nicht um einen Wohnbezirk. Belege für zehntausende Menschen, die im Stadtgebiet im Freien kampierten, gibt es nicht, aber zahlreiche Aussagen, die dem widersprechen.

Das Bestreben der Behörden war, die Flüchtlinge aus dem Osten effektiv im Großraum zu verteilen und in andere Regionen weiterzuleiten, so daß im Zentrum eher weniger Menschen gewesen sein werden. Nimmt man trotzdem 20 Prozent, also 200.000 von einer Million

Menschen an, dann wären bei 200.000 Luftkriegstoten 100 Prozent aller Menschen im zerstörten Gebiet zu Tode gekommen, kein einziger hätte das Inferno überlebt.

Man muß aber beachten, daß es immer eine große Anzahl von Leicht- und Schwerverletzten gibt, die etwa genauso groß ist wie die der Toten. Bei 200.000 Toten hätte es also auch etwa 200.000 Verwundete gegeben - 400.000 Menschen hätten sich in der Altstadt aufgehalten. Auch diese Betrachtung zeigt, daß 200.000 Luftkriegstote für Dresden mehr als unwahrscheinlich sind und schon 100.000 aus dem statistisch erwartbaren Rahmen fallen.

Die Zahl der Historikerkommission

Die Historikerkommission hat sich in ihrer Untersuchung auf die Frage nach den Luftkriegstoten der drei Angriffe vom 13. bis 15. Februar 1945 konzentriert. Es ging ihr nicht darum, die Gesamtzahl der in Dresden durch Luftangriffe Gefallenen zu ermitteln. Deshalb macht ihre Fragestellung die Untersuchung komplizierter. Rein aus der vergleichenden Statistik müßte man die Gesamtgefallenenzahl aller Luftangriffe in Dresden auf etwa 2,9 bis 4,9 Prozent - also 29.000 bis 49.000 Tote - schätzen, wenn tatsächlich eine Million Menschen in der Stadt waren.

Hamburg hatte für alle Luftangriffe eine Bombenlast von 5,9 Tonnen pro 1.000 Einwohner zu verzeichnen; die knapp 50.000 Opfer sind 2,9 Prozent der Bevölkerung. Dresden lag nach allen Luftangriffen mit 7,1 Tonnen pro 1.000 Einwohner knapp darüber und hatte 58 Prozent der Einwohner Hamburgs. Die Todesrate pro Einwohner sollte damit nicht unter der von Hamburg liegen, sondern eher darüber. Städte mit mehr als fünf Prozent Opfern waren deutlich kleiner und hatten eine erheblich größere Bombenlast pro Einwohner. Auf Kassel mit einem Viertel der Einwohner Dresdens fielen mit fast 80 Tonnen pro 1.000 Einwohner mehr als elfmal soviel Bomben wie auf Dresden - es hatte am Ende 5,3 Prozent Tote, gemessen an der Gesamtbevölkerung. So viel zu dem statistischen Rahmen.

Die historisch überlieferten Daten

Nun zu den historisch überlieferten Daten: Woher stammen die Zahlen von 100.000, 200.000 oder mehr Luftkriegstoten in Dresden? Einerseits spekulierte die schwedische Zeitung Svenska Morgonbladet schon am 17. Februar 1945 über 100.000 Tote, die sie am 27. Februar "näher bei 200.000" sah. Es sollte aber jedem klar sein, daß nach nur zwei Tagen nach den Angriffen keine 100.000 und nach zwei Wochen keine 200.000 Leichen aus den Trümmern geborgen worden sein können.

Andererseits kursiert das Dokument eines Tagesbefehls Nr. 47 des Höheren SS- und Polizeiführers Elbe vom 22. März 1945, der genaue Angaben über die amtlichen Zählungen der Opfer machte und auswies, daß bis zum 20. März 1945 insgesamt 202.040 Tote geborgen wurden und man damit rechne, daß die Gesamtzahl der Bombenopfer bis auf 250.000 ansteigen werde.

Neben einigen weiteren ähnlichen Zeugenaussagen und Zeitungsartikeln ist dies die Grundlage für die Angabe von 200.000 und mehr Opfern. Doch bei der genannten Version des Tagesbefehls handelt es sich um eine Fälschung, in der die tatsächlichen Zahlen durch Anhängen einer Null verzehnfacht wurden. Das Original beginnt mit dem Satz:

"Um den wilden Gerüchten entgegen treten zu können, folgt nachstehend kurzer Auszug aus der Schlußmeldung des Polizeipräsidenten von Dresden über die vier Luftangriffe ..."

Nach Angaben zu Sach- und Personenschäden heißt es weiter:

"Bis zum 20.3.45 abends wurden 20.204 Gefallene, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Gesamtzahl der Gefallenen bis auf 25.000 ansteigen wird. Da die Gerüchte die Wirklichkeit weit übertreffen, kann von den tatsächlichen Zahlen offen Gebrauch gemacht werden."

Normalerweise waren Meldungen und Berichte aus den Polizeistäben nicht zur Veröffentlichung vorgesehen, sondern geheim.

Eine hohe Dunkelziffer

Aber chronologisch der Reihe nach: Es gibt drei Dokumente aus derselben Behörde des Höheren SS- und Polizeiführers Elbe, die genaue Angaben zu den Schäden und Opfern der Luftangriffe machen. Die Schlußmeldung vom 15. März 1945 faßt alle Schäden, die bis zum 10. März 1945 dokumentiert wurden, zusammen. Dort sind unter dem Punkt "Personenschäden" 18.375 Tote dokumentiert, bei denen schon die in der Zeit vom 20. Februar bis Anfang März 1945 auf dem Altmarkt auf Straßenbahnschienen kremierten 6.865 Toten mitgezählt wurden. Außerdem lagen bereits 35.000 Vermißtenmeldungen vor, und die Gesamtzahl der Bombenopfer wird auf 25.000 geschätzt.

Der Tagesbefehl Nr. 47 gibt den Stand bis zum 20. März 1945 mit 20.204 Gefallenen wieder und rechnet ebenfalls damit, daß die Gesamtzahl auf 25.000 ansteigen wird. Schließlich weist die Lagemeldung Nr. 1414 vom 3. April 1945 die Zahl der bis zum 31. März geborgenen Toten mit nunmehr 22.096 Personen aus. Allein die Konsistenz und Stimmigkeit dieser drei Dokumente zeigt, daß die Angabe von 202.040 Toten nicht zutreffend sein kann und das betreffende Dokument gefälscht ist. Wer hätte diese unvorstellbare Masse von Leichen in fünf Wochen aus den Trümmern bergen sollen?

Noch deutlicher wird es an der Zahl der auf den Straßenbahnschienen kremierten Toten, die in der Fälschung mit 6.8650 Menschen angegeben wird - ein völlig unvorstellbarer Berg von Leichen. Die Vermutung im originalen Tagesbefehl, daß die Opferzahl von 20.204 auf 25.000 ansteigen wird, geht von noch 5.000 nicht geborgenen Toten aus.

Wörtlich hieß es schon in der Schlußmeldung vom 15. März 1945: "Unter den Trümmern ... dürften noch mehrere tausend Gefallene liegen."

Nicht mehrere zehntausend! In der verzehnfachten Version wären das 50.000 ungeborgene Leichen im zerstörten Gebiet von 25 Quadratkilometern. Das sind genauso viele Tote wie ganz Berlin nach fast 400 Angriffen insgesamt zu beklagen hatte. Außerdem ist die Rede von wilden Gerüchten, die die Wirklichkeit weit übertreffen und denen man entgegenzutreten müsse, sinnlos, wenn die Gerüchte 300.000 oder 400.000 behaupten, aber die Entgegnung von 250.000 spricht. Das wäre nur eine Korrektur.

Die Zahlen der Nachkriegsforschung

Das sind also die Dokumente aus der Zeit des Krieges. Man wird davon ausgehen müssen, daß bis und nach Ende des Krieges über die bis 31. März 1945 gezählten 22.096 Toten hinaus noch weitere Opfer geborgen worden sind, zumal es ja am 17. April 1945 noch einen weiteren schweren Luftangriff auf Dresden gab. DDR-Historiker hatten sich auf 35.000 Tote geeinigt, weil sie für ihre Berechnungen Angaben der Friedhofsverwaltungen aus der Zeit nach dem Krieg zugrunde legten. Dabei ging es aber um die gesamten Luftkriegsopfer bis Mai 1945 und nicht nur die der drei schwersten Februarangriffe, die die Historikerkommission 2010 zu ermitteln versucht hat.

Nach leider nicht amtlich dokumentierten Angaben der Friedhofsverwaltung des Heidefriedhofs wurden dort 28.746 Tote inklusive der auf dem Altmarkt kremierten 6.865 Leichen bestattet. Für letztere ging die Friedhofsverwaltung aber fälschlich von 9.000, also mehr als 2.000 Personen zu viel, aus. Korrigiert wären es 26.611, und auf dem Johannisfriedhof gab es 3.666 Bestattungen, also zusammen 30.277 Tote bis Mai 1945. Hinzu kommen ca. 1.000 Opfer der anderen Luftangriffe.

Bis 1966 fand man bei Bauarbeiten in der Stadt noch weitere 1.858 Leichen, so daß sich damit eine Gesamtzahl von 33.135 Bombenopfern ergeben würde. Das läge im Bereich des sowohl statistisch möglichen als auch dessen, was über die bis zum 31. März 1945 gezählten 22.096 Toten hinaus vermutet werden kann. Wie viele Tote im April, als Dresden Frontstadt war und andere Sorgen hatte, als sich vor allem auf die Bergung von Leichen zu konzentrieren, noch geborgen wurden, kann man nicht genau wissen.

Es gibt noch eine, nicht durch amtliche Dokumente belegte, aus den Aufzeichnungen des Luftschutzingenieurs Georg Feydt stammende Angabe, die als "amtliches Bergungsergebnis" bis zum 6. Mai 1945 insgesamt 39.773 Tote nennt. Die Zahl ist offenkundig gezählt und nicht geschätzt, aber es gibt dafür keine weiteren Belege. Feydt war Luftschutzingenieur, also Beamter in Dresden, der genau mit diesem Thema befaßt war.

Er war während der Angriffe vor Ort und ist ein oft zitierter Augenzeuge, der stets sachliche Angaben macht und nirgends zu Übertreibungen oder Dramatisierungen neigt. Er widerspricht im Gegenteil allen Übertreibungen. Es gibt keinen Grund, seine Zahlen für Propaganda zu halten. Um sie abzutun, wäre es besser, zu erklären, worin und wie er sich geirrt haben könnte. Wenn man sich direkt ins Land der Spekulationen begeben wollte, könnte man annehmen, Feydt habe sich in der ersten Ziffer vertan oder in seinen Notizen verlesen. Wenn da nicht 39.773, sondern 29.773 stünde, würde seine Zählung mit den Angaben der Friedhofsverwaltungen ziemlich genau übereinstimmen.

Wissenschaftliche Arbeit bedeutet aber, daß man nur behaupten darf, was man belegen kann. Die Zahlen von Feydt sind weder unmöglich noch unwahrscheinlich, sondern passen zu den vorher statistisch ermittelten Größenordnungen. Aber auch, wenn man sie als Zeugenaussagen in die Rechnung hineinnimmt, stecken sie den Rahmen, in dem sich die Zahlen bewegen können, eindeutig ab. Die Diskussion kann sich daher nur in diesem Rahmen und gegebenenfalls auch etwas darüber hinaus abspielen. Alle Zahlen jenseits der 100.000 sind jedenfalls unwahrscheinlich und wissenschaftlich nicht belegbar.

Die Zerstörung von Dresden - ein alliiertes Kriegsverbrechen! Die Wahrheit über den Bombenterror lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser". Wir treten den Lügen entgegen!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Februar 2024 (x1.360/...): >>**AfD deckt auf: Messer-Delikte steigen um 30 Prozent, Täter sind mehrheitlich Ausländer!**

Mit diesen Fakten werden die Schönfärber der Massenmigration klipp und klar widerlegt: Die Zahl der Messerdelikte in unserem Land stieg im vergangenen Jahr um satte 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine Mehrheit der Täter (51 Prozent) sind Ausländer. Und das Herkunftsland mit den meisten Messertätern ist Syrien. Diese beunruhigenden, aber keinesfalls überraschenden Daten mußte das Innenministerin nach einer parlamentarischen Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion herausgeben.

Wir haben es immer schon gesagt und sagen es auch jetzt: Wer unsere Bürger vor Messerge-walt schützen will, der muß den Kult um Migration beenden, Staatsgrenzen schützen und konsequent abschieben. Eine Ampel-Regierung, die jedem illegal eingewanderten Migranten mit einem "Chancenaufenthaltsrecht" den roten Teppich ausrollt und systematisch Abschiebungen verhindert, tut das glatte Gegenteil. Den Preis dieser unverantwortlichen ideologi-schen Ignoranz zahlen die Menschen, die auf dem Heimweg von der Arbeit oder gar auf dem Schulweg nicht mehr sicher sind.

Wir nehmen das nicht hin. Wir wollen, daß ausländische Straftäter konsequent abgeschoben werden und daß Sozialmigranten ohne Asylanspruch gar nicht erst in unser Land kommen. Die von der Ampel-Regierung angekündigte Abschiebeoffensive ist nichts weiter als Augen-wischerei!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2024: >>**Neun Monate Haft - Jetzt spricht Pirinçci**

Herzlich willkommen in der DDR 2.0: Das Amtsgericht Bonn hat den Bestsellerautor Akif Pirinçci zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Berufung wurde bereits angekündigt Nun hat sich der Verurteilte mit einer Erklärung zu Wort gemeldet. ...

_ von Akif Pirincci

Das Urteil ist gefällt ... und lautet, daß ich wegen Volksverhetzung 9 Monate ins Gefängnis ohne Bewährung muß. Der türkischstämmige Staatsanwalt hatte in seiner unendlichen Güte "nur" 7 Monate Knast verlangt. Vielleicht aus Solidarität mit seinem theoretischen Landsmann.

Volksverhetzungs-Ostereier und anderer Irrsinn

Doch ein moralmeisterlicher deutscher Richter läßt sich in Sachen illegaler Migrationskritik nicht lumpen und setzt noch einen drauf. Dieser meist ultranervöse Mann war in vielerlei Hinsicht eine sehr merkwürdige Erscheinung. Obwohl er nach Ansicht meines Anwalts am laufenden Band Verfahrensfehler verbockt hat und von ihm zweimal wegen Befangenheit angemahnt wurde, entwickelte er in seinem Urteilsspruch sogar bizarre Theorien.

Der Artikel handelt nur in ein paar Halbsätzen von Ausländern. Trotzdem phantasierte er, ich hätte, teuflisch wie ich bin, den Text absichtlich und kunstvoll in einen anderen Zusammenhang verpackt und darin sozusagen die Volksverhetzungs-Ostereier versteckt. Aber deutschgründlich, wie er ist, hätte er das Manöver durchschaut und alle Eier ausfindig gemacht. Respekt!

Der Rest des Urteilsspruchs ist so schwachsinnig wie langweilig. Der Richter begründete die 9 Monate Knast jedes Mal damit, daß in meinem Artikel gegen Migranten - die in meinem Text gar nicht vorkommen - gehetzt würde und diese in ihrer Menschenwürde verletzt worden seien.

Also das Übliche und im Urteilsspruch viermal hintereinander wiederholt, weil keine anderen juristischen Instrumente mehr zur Verfügung standen. Meine im Artikel Wort für Wort bewiesenen Argumente wurden entweder ignoriert oder als falsch bezeichnet, so z.B. daß in Deutschland inzwischen täglich 2 Gruppenvergewaltigungen stattfinden, ein Delikt, das man noch vor ein paar Jahren hierzulande überhaupt nicht kannte.

Träume vom Liebesraum

Aber egal, das alles interessiert mich eh nicht, weil ich ja nur mit der Verfilmung von meiner allerliebsten "Odette" beschäftigt bin. Außerdem haben diese 9 Monate auch ihre Vorteile. Sicherlich habt ihr schon einmal mitbekommen, daß es gewisse und sehr attraktive, wenn auch ein bißchen desorientierte, Frauen gibt, die sich in im Knast einsitzende Schwerverbrecher verlieben. Viele heiraten sogar diese Brüder, während sie ihre Strafe verbüßen. Und so wie ich mitbekommen habe, haben einige Knäste sogar einen "Liebesraum", wo einmal im Monat das "Paar" seine natürlichen Bedürfnisse stillen kann. Insofern: Endlich habe ich mein Ziel erreicht!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Hessen: Jeden Tag stirbt ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb**

Zum Setzpunkt der CDU "Solidarität, Respekt und Anerkennung für hessische Landwirte" sagt Johannes Marxen, landwirtschaftspolitischer Sprecher der hessischen AfD-Fraktion im Landtag:

"In Hessen stirbt jeden Tag ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb. Wann fällt der Groschen, daß die Bauern nicht geopfert werden dürfen? Wir Bauern werden nicht nur wegen der Dieselrückvergütung benachteiligt, sondern auch durch Maut und CO2-Steuererhöhung belastet. Der Antrag der CDU enthält keine greifbaren Ziele, sondern nur Phrasen und ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Ein "Weiter so" ist keine sinnvolle Landwirtschaftspolitik."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2024: >>**Alarm: Großangriff auf COMPACT-Vertriebswege**

Von *Jürgen Elsässer*

Krieg gegen Rechts

Auf Druck des Regimes hat der Bahnhofsgroßhändler Valora COMPACT aus dem Sortiment genommen. Das ist ein klarer Rechtsbruch und wird von uns juristisch bekämpft werden. ... Correctiv trompetete seinen nächsten Angriff auf die demokratische Rechtsordnung als erstes hinaus. Gestern Abend meldete das Portal, das auch die Lügen-Story über ein angebliches Remigrations-Geheimtreffen im November in Potsdam fabriziert hat: "Marktführer im deutschen Bahnhofsbuchhandel stoppen Verkauf von rechtsextremem Magazin COMPACT". Der Spiegel spielte den Ball, ebenfalls noch gestern Abend, weiter: "COMPACT-Magazin fliegt aus zahlreichen Bahnhofsbuchhandlungen." Heute früh nagte dann die übrige Medienmeute an dem Knochen weiter.

Der bisher schärfste Angriff

In der fast 14-jährigen Geschichte von COMPACT ist dies der bisher schwerste Angriff auf unser Magazin, aber auch auf die Pressefreiheit überhaupt. Die Kioske an Bahnhöfen und Flughäfen gehören zu unseren stärksten Vertriebswegen. Der Kontext ist klar: Nach der Potsdam-Lügendgeschichte wurde mächtig Druck auf ein AfD-Verbot und auf Grundrechteentzug für Björn Höcke gemacht.

Da das Regime damit bisher nicht weiterkam, wird einstweilen das patriotische Umfeld gesäubert: Die Junge Alternative wurde vorgestern als "gesichert rechtsextrem" eingestuft, dann kam die Kontensperrung beim Online-Heimatkurier, gestern dann der Schlag gegen COMPACT. Man will das reichweitenstärkste Medium der Opposition (40.000 verkaufte Auflage pro Monat, eine Million Zuschauer bei COMPACT-TV pro Tag) vernichten, um der Opposition ihre wichtigste Stimme zu nehmen und sie dann insgesamt zu liquidieren. Die Diktatur marschiert!

Correctiv steht offenbar in direkter Verbindung zur Bahnhofsbuchhandelskette Valora, die das Verbot ausgesprochen hat. Valora schickte erst gestern um die Mittagszeit eine entsprechende Ankündigung an uns, wenige Stunden später war die Meldung bereits auf der Correctiv-Webseite. Vielleicht hat man bei Valora gedacht: Einem vom Staat gestützten Medieninstrument, das Hunderttausende "gegen Rechts" auf die Straße bringen kann, können wir nicht widerstehen.

Ein Angriff auf Recht und Gesetz

Aber noch ist es nicht soweit, das künstlich angeheizte Massenhysterie die Gesetzeslage ändern kann. Die Gesetzeslage ist nämlich eindeutig, und was Valora jetzt als Vertriebsboykott gegen COMPACT ausgesprochen hat, ist ein klarer Gesetzesbruch. Valora begründete seine Entscheidung zum Vertriebsboykott mit "der Einstufung der Compact Verlag GmbH als "gesichert extremistisch" durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Allerdings ist diese Einstufung bereits vor zwei Jahren erfolgt - warum die Valora-Entscheidung also erst jetzt, wenn es denn nicht der aggressive Druck von Correctiv und Co. war?

Vor allem aber: Die Einstufung eines Mediums als "gesichert rechtsextrem" durch den Verfassungsschutz darf nicht zur Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit führen: Denn auch wenn ein Presseobjekt unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, darf es nicht von dem Angebot der Grossisten ausgenommen werden.

Die Bahnhofsbuchhandelsketten mit ihrer besonders starken Marktmacht sind in besonderer Weise der Neutralitätspflicht unterworfen, der Verpflichtung also, bei der Anbietung von Presseerzeugnissen nicht etwa eine ideologische, politische oder sonstige Inhaltssteuerung vorzunehmen, die zu Folge hätte, bestimmte Presseobjekte aus dem Angebot auszuschließen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf das "Positionspapier zur gesetzlichen Absicherung des Presse-Grosso-Systems" des HDE-Handelsverband Deutschland vom 6. September 2012, in dem die Einzelhändler die "Neutralitätsverpflichtung" bekräftigen und sich damit zu einer "Gleichbehandlung aller Presseprodukte bzw. Verlage" bekennen.

Ich weise nur beispielhaft darauf hin, daß die Tageszeitung Junge Welt selbstverständlich in Filialen von Valora vertrieben wird. Die Junge Welt wird als einzige deutschsprachige Tageszeitung im Verfassungsschutzbericht gewürdigt:

"Die kommunistisch ausgerichtete Tageszeitung Junge Welt tritt für die Errichtung einer sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft ein. Sie ist das bedeutendste und auflagenstärkste Printmedium im Linksextremismus. Einzelne Redaktionsmitglieder und ein nicht unerheblicher Teil der Stamm- und Gastautoren sind den linksextremen Spektrum zuzurechnen. Die ‚Junge Welt‘ bekennt sich nicht ausdrücklich zur Gewaltfreiheit. Vielmehr bietet sie immer wieder Personen, die politisch motivierte Straftaten gutheißen, eine öffentliche Plattform."

Dies hinderte Valora nie daran, die "Junge Welt" in ihr Angebot aufzunehmen. Und COMPACT will man jetzt ausschließen? Das ist ganz offensichtlich doppelzünftig und wird einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. ...

Das Regime verpanzert sich und will die Opposition vernichten. Das wird nicht gelingen, wenn wir alle zusammenhalten. COMPACT ist der Fels in der Brandung. Wir geben nicht nach, bis unser Deutschland befreit ist und das Volk wieder die Macht hat. Das ist mein persönliches Versprechen, dafür stehe ich.

Ihr

Jürgen Elsässer

Chefredakteur und Geschäftsführer COMPACT-Magazin GmbH<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28105" berichtet am 7. Februar 2024 (x1.359/...): >>Krankheit X: 20 mal tödlicher als Covid 19?

Interview mit Dr. *Peter A. McCullough*

Im Januar 2024 befaßte sich das Weltwirtschaftsforum in einer Sondersitzung mit der "Krankheit X". Warum ist sie 20 Mal tödlicher als Covid? Wer steckt dahinter? Dr. Peter McCullough hat Kla.TV freundlicherweise das folgende, sehr aufschlußreiche Interview gegeben.

Interviewer: Dr. Peter McCullough, es ist schön, Sie wiederzusehen. Vielen Dank für dieses Interview!

Dr. McCullough: Ich danke Ihnen.

Interviewer: Die Schlagzeile auf der Website des Weltwirtschaftsforums lautet: Jahrestagung in Davos 2024 - Wir bereiten uns auf die Krankheit X vor. Das ist etwas, was von unserem "Liebling" Tedros Ghebreyesus geleitet zu werden scheint. Sie sprechen von einer neuen Krankheit und bauschen es richtig auf. Offenbar ist nicht nur das WEF beteiligt. Auch das CFR (Council on Foreign Relations) hatte nach meinen Recherchen bereits Anfang des Jahres eine Konferenz, an der darüber gesprochen wurde. Was wollen sie mit dieser Krankheit X erreichen? Was läuft hier und worauf werden wir vorbereitet?

Dr. McCullough: Der Begriff "Krankheit X" ist in der medizinischen Fachliteratur aufgrund von Originalpublikationen der WHO seit 2017 bekannt. Krankheit X ist also keine echte Krankheit. Sie ist eine theoretische Bedrohung. Die meisten Diskussionen über die Krankheit X auf dem Weltwirtschaftsforum, bei der Weltgesundheitsorganisation und bei Forschern deuten darauf hin, daß Krankheit X ein Produkt der Gain-of-Function-Forschung (medizinische Forschung, bei der ein Organismus genetisch so verändert wird, daß die biologischen Funktionen von Genprodukten verbessert werden können) sein wird. Es wird aus einem Biosicherheitslabor kommen, wie das SARS-CoV-2-Virus; aufgrund einer Art Sicherheitslücke oder Unvermögens, das Virus sicher zu verwahren. Sie reden jetzt ganz offen über die Gain-of-Function-Forschung, darüber, ein Virus, Bakterium oder Pilz ansteckender, invasiver und tödlicher zu machen.

Interviewer: Ja. Wie kommen sie auf den Faktor 20? Und warum sollte es dieses Mal so viel extremer sein?

Dr. McCullough: Gute Frage. Wenn sie nicht wissen, um welchen Organismus es sich handelt, wie können sie dann wissen, daß er 20-mal tödlicher ist? Das sind die Dinge, die wir nicht erklären können. Warum wird beim Weltwirtschaftsforum über Gain-of-Function-Forschung geredet? Sollten sie sich nicht eher über Sicherheiten, Zinsen und wirtschaftliche Themen Gedanken machen? Warum beschäftigen sie sich auch noch mit dem Bereich biologischer Bedrohungen und Gegenmaßnahmen? Eben weil das jetzt ein großes Geschäft ist.

Wir hören nichts von Nuklearwaffen- oder Verteidigungssystemen. Wir hören die ganze Zeit von Biolaboren, die biologische Bedrohungen herstellen, um der Bevölkerung zu schaden - und dann die Gegenmaßnahmen. Und es steckt so viel Geld in diesen Impfstoffen, monoklonalen Antikörpern und Therapeutika. Das ist der Grund, warum wir davon hören. Die Öffentlichkeit ist zu Tode geängstigt. Die ganze Welt ist an COVID-19 erkrankt. Gerade hat sie vier elende Jahre hinter sich gebracht. Und nun eine neue Bedrohung am Horizont: von Menschenhand geschaffen.

Interviewer: Man könnte also sagen, daß hier nur Angst geschürt wird; daß es eine riesige Panikmache ist?

Dr. McCullough: Es ist eine große Panikmache, genau wie ... Wenn man sich ansieht, wie es bei Covid war. Ich habe nicht so auf diese Entwicklungen geachtet. Die meisten Leute taten das nicht. Aber 2012 hatte die DARPA, die Forschungseinheit des Militärs, auf ihrer Website das ADEPT P3-Programm. Sie entwickelten Boten-RNA, um Pandemien in 60 Tagen zu beenden, behaupteten sie. Das war im Jahr 2012, lange vor der Operation Warp Speed (öffentlich-private Partnerschaft, die von der Regierung der Vereinigten Staaten initiiert wurde, um die Entwicklung, Herstellung und den Vertrieb von COVID-19-Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika zu erleichtern und zu beschleunigen).

Die Johns-Hopkins-Bloomberg-Hochschule für öffentliche Gesundheit veranstaltete 2017 ein weithin veröffentlichtes Seminar mit dem Titel "SPARS-Pandemie". Das war ein Planungstreffen für eine Coronavirus-Pandemie. Daraus veröffentlichten sie zwei wissenschaftliche Fachartikel. Und dann fand im Herbst 2019 das 'Event 201' statt. Der chinesische Gesundheitsminister kam, unsere jetzige Direktorin des nationalen Nachrichtendienstes, Avril Haines, und Staatssenatoren waren dabei. Und sie alle planten den Fall einer Coronavirus-Pandemie, bevor die Pandemie bekannt gegeben wurde. Ich habe keine dieser Veranstaltungen beachtet. Keine davon. Ich wußte damals nichts von ihnen.

Als uns im Januar 2020 mitgeteilt wurde, daß eine Covid-19-Pandemie ausgebrochen war, war mir nicht klar, daß es insgesamt 36 Vorbereitungs- und Planungstreffen für eine Pandemie gegeben hatte - von 25 Treffen gibt es Dokumente, 6 wurden gefilmt. Sie sind alle in dem Buch von Peter und Ginger Breggin (Autorenehepaar) mit dem Titel 'Covid-19 und die globalen Raubtiere' erfaßt. Es gibt eine historische Zeitachse für die Planung und Bekämpfung der Covid-19-Pandemie.

Wir haben sogar den PREP Act, der 2005 vom Kongreß und dem HHS (das Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste der Vereinigten Staaten) verfaßt wurde, mit Vorbereitungen und sogenannten Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung von Pandemien. Also, die Krankheit X ist, was Planung angeht, nicht neu. Ich will damit sagen, daß ich all diesen Vorbereitungen über die COVID-19-Pandemie keine Beachtung geschenkt habe. Mich hat es also persönlich als Bürger und als Arzt unvorbereitet getroffen. Und ich mußte schnell aktiv werden, als es schon lief. Bei dieser Krankheit X sind wir jetzt vorausschauend aktiv.

Interviewer: Woher hätten Sie es auch wissen sollen? Ich meine, einige Leute wußten es, aber nicht viele. Später werde ich noch einen Deutschen erwähnen, dem all das irgendwie schon vorab bekannt war. Aber wenn ein Ereignis wie 'Event 201' stattfindet, was von Gates gespon-

sert wird, spricht sich das in der Literatur nicht herum? Gibt es keine Informationsschriften? Wer eingeladen wird und wer nicht? Warum sollte ein guter, solider Arzt wie Sie nicht darauf aufmerksam gemacht werden?

Dr. McCullough: Es war alles da. Man kann auf die Website der DARPA des US-Militärs gehen. 2012 kündigten sie dieses mRNA-Programm schon an. Auf der Website der Johns-Hopkins-Universität erschien ein über 80seitiger Bericht über das SPARS-Pandemie-Treffen. Und als die Pandemie dann eintraf, veröffentlichten sie tatsächlich zwei Fachartikel in der medizinischen Literatur, worin sie sagten: Wir haben es vorausgesehen. Das wurde also ganz offen kommuniziert.

Wir kennen den Impfstoffförderer Peter Hotez (US-amerikanischer Pädiater und Impfstoffforscher), der 2016 und 2017 Stipendien des 'Nationalen Instituts für Gesundheitswesen' an der chinesischen Fudan-Universität erhielt. Und wofür? Für Coronavirus-Bioabwehr-Projekte. Das ist alles passiert. Ich glaube, die zwei größten Fachartikel, die ich verpaßt habe, die sind sehr, sehr wichtig, wurden vom Erstautor Vineet Menachery veröffentlicht. (Assistenzprofessor Mikrobiologie und Immunologie der Universität von Texas) veröffentlicht. Hauptautor ist Ralph Baric (Prof. für Epidemiologie und Prof. für Mikrobiologie und Immunologie).

Sie erschienen 2015 im Magazin 'Nature Medicine' und 2016 im 'Proceedings of the National Academy of Sciences'. Sie kündigten die Entwicklung eines SARS-ähnlichen Virus 1 vom Wuhan-Institut für Virologie an. Sie erklärten tatsächlich, daß sie das Covid-19-Virus, das primordiale prototypische chimäre Virus (ursprüngliches Versuchsmodell einer Viruskreuzung), geschaffen hatten, und veröffentlichten es in der von Fachleuten überprüften Literatur. Sie sagten, es handele sich um Gain-of-Function-Forschung, die begann, bevor die staatliche Finanzierung aufhörte. Sie sagten, es sei in einem Biolabor der Sicherheitsstufe 3 in Wuhan, China durchgeführt worden. Sie danken Peter Daszak (Zoologe und Experte für Infektions-epidemiologie) von der EcoHealth Alliance, der hunderte Male zwischen den USA und dem Wuhan-Labor hin und herreiste, um den Chinesen die Pläne zu übermitteln.

Und sie danken Dr. Shi Zhengli (chinesische Virologin und Direktorin des Zentrums für neu auftretende Infektionskrankheiten am Wuhan-Institut für Virologie;), der leitenden Forscherin in Wuhan, der ‚Fledermaus-Dame‘, daß sie die Experimente durchgeführt hat. Es ist also alles offengelegt worden. Covid-19 ist eine US-amerikanisch-chinesische Kreation. Baric und sein Team werden den genetischen Code aus diesen Papieren nicht veröffentlichen, weil er ziemlich sicher genau oder fast genau mit dem Covid-19-Virus übereinstimmt, das aus Wuhan kam.

Interviewer: Und ich denke, wir können sagen, falls es noch irgendeinen Zweifel gibt, das i-Tüpfelchen, das Sie in einem kürzlichen Interview erwähnten, ist, daß drei Tage nach der offiziellen Ankündigung von COVID-19 in Amerika... was war es? Welcher Impfstoffhersteller?

Dr. McCullough: Es war Moderna.

Interviewer: Es war Moderna. Moderna stellt sich hin und hat die Lösung. Ich meine, das waren drei Tage, nachdem es anging. Hey Leute, wie geht das denn?

Dr. McCullough: Richtig. In der Fachliteratur gab es Artikel, auch von Stéphane Bancel (frz. Unternehmer), dem Chef von Moderna, die mindestens 3 Moderna-Patente zusammenfassen, die man für COVID-19-Impfstoffe anwenden könnte. Sie hatten vor der Pandemie ein Materialtransferabkommen mit der Universität von North Carolina, Chapel Hill und Dr. Ralph Baric, vermutlich haben sie den genetischen Code von der Universität von North Carolina nach Chapel Hill gebracht. Bancel selbst hat, bevor er Moderna beigetreten ist, BioMérieux geleitet.

Und was tut die französische Firma BioMérieux? Sie bauen den Anbau, den Biosicherheitsanbau am Wuhan-Institut für Virologie. Bancel kennt das Labor also sehr gut. Er hat mit den Chinesen zusammen-gearbeitet. Er wechselt zur Stelle bei Moderna und beginnt dann an dem Covid-19-Impfstoff zu arbeiten. Jetzt denkt Moderna, sie haben einen Anspruch auf den Impf-

stoff, und sie bekommen das Patent als erstes, weil sie Pfizer dafür verklagen, daß sie den Covid-19-mRNA-Impfstoff kopiert haben. Es paßt also alles zusammen.

Interviewer: Unglaublich! Ich habe gerade gesehen, nun ja, das ist ein alter Beitrag, aber es war ein Twitter-Post von Trumps Tochter. Ivanka, war es Ivanka? Wie auch immer, Trumps Tochter, und sie postet: "Hört zu, beruhigt euch alle. Wir haben eine Lösung dafür." Der Beitrag ist von 2020. Und sie redet von der Erfindung von Moderna und daß Moderna etwas herausgeben wird. Das war kurz nachdem man angekündigt hatte, daß es Covid ist.

Angesichts all dieser Informationen über das, was wir vor COVID-19 wußten, die 26 Ereignisse, all das, was sich jetzt auf diese 20-mal tödlichere Krankheit X konzentriert, können wir uns da ziemlich sicher sein, daß das gleiche Drama jetzt gerade produziert wird?

Dr. McCullough: Ich denke, das können wir. Es gibt bereits von Fachleuten begutachtete Arbeiten über die Krankheit X und die nächste Pandemie. Die meisten Experten glauben, daß es sich um eine weitere virale Erkrankung der oberen Atemwege handeln wird. Nur so kann man die ganze Welt krank machen. Es könnte sich um ein anderes RNA-Virus handeln, das eng mit COVID verwandt ist. Oder es könnten auch andere sein. Es gibt RSV, eine modifizierte Form davon, die jeden krank machen kann. Aber es wird wahrscheinlich ein Virus sein. Und wir raten den Leuten, jetzt schon Maßnahmen zu ergreifen, um vorbereitet zu sein.

Interviewer: Okay. Ich möchte einen deutschen Arzt und Forscher erwähnen. Er heißt Heiko Schöning. Ist Ihnen der Name ein Begriff?

Dr. McCullough: Ja.

Interviewer: Er sagte im Dezember 2018 voraus, daß COVID auf uns zukommen würde. Ich zitiere: "2020 kommt eine Panik auf uns zu und das Unternehmen Emergent Biosolutions von Fuad El-Hibri (1958-2022, deutsch-amerikanischer Geschäftsmann und Philanthrop und Gründer von Emergent BioSolutions) wird daran beteiligt sein". Genauso ist es passiert. Das war zentral. Und jetzt soll es die Firma National Resilience (Produktions- und Technologieunternehmen) sein, Christopher Darby. Und er nannte weitere Namen wie Michael McManus (ehemaliger amerikanischer Politikstratege unter Ronald Reagan und Direktor der Biotechnologie bei Novavax). Aber er sagt voraus, daß es eine bakterienbasierte Pandemie sein wird mit Bakterien, die gegen Antibiotika resistent sind. Was ist mit dieser Möglichkeit?

Dr. McCullough:

Das ist möglich. Manchmal sind jedoch auch Antibiotikakombinationen erfolgreich. Wir haben von der chinesischen Lungenentzündung gehört. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine makrolidresistente (Makrolid, ein Lacton mit 12-18 Gliedern und glykosidisch gebundenen Zuckern) Mykoplasma-Pneumonie (Lungenentzündung durch Bakterium *Mycoplasma pneumoniae*) handelte, die jedoch problemlos mit Doxycyclin (Antibiotikum) behandelt werden konnte. Das hat also nicht wirklich geschmerzt. Sogar bakterielle Bedrohungen wie Anthrax können leicht mit Antibiotika behandelt werden.

Also ich denke, daß es schwierig ist, einen bakteriellen Super-Erreger zu entwickeln und dann zu verbreiten. Die Ansteckung durch Kontakt kann schnell wieder gestoppt werden, indem man einfach keinen Kontakt hat. Also müßte man wieder von einem Atemwegsbakterium ausgehen, das auf diese Weise übertragen wird. Ich halte das für unwahrscheinlich. Ein Virus halte ich für wahrscheinlicher. Aber dieser Arzt (Heiko Schöning) ist sehr aufmerksam. Emergent BioSolutions ist ein Auftragnehmer im Bereich der biologischen Verteidigung, die außerhalb von Baltimore ansässig sind. Es stellte sich heraus, daß sie die Impfstoffe von AstraZeneca und Janssen, die Adenovirus-Impfstoffe, hergestellt haben. Ist das nicht interessant?

Zwei Unternehmen haben den gleichen, ähnlichen Impfstoff. Es wird vom gleichen Biosicherheits-Unternehmen hergestellt. Und Resilience ist eine der Haupt-Biosicherheits-Unternehmen für Moderna. Wir haben also erfahren, daß die Pharmaunternehmen die Produkte

nicht selbst herstellen. Sie werden im Wesentlichen von Auftragnehmern im Bereich der biologischen Verteidigung hergestellt, die ihr Geld größtenteils von den Regierungen erhalten.

Interviewer: Ja. Was ist also mit der Möglichkeit, daß diese nächste Pandemie die gleiche sein wird, wie die letzte im Sinne von, was immer sie im Labor erschaffen, nicht ein Zehntel so gefährlich sein wird, wie sie behaupten? Und egal, welche Lösung sie oder irgend jemand anbieten wird, ist es vielleicht am besten, wenn man einfach ein gesundes Leben führt und sich von den vorgeschlagenen Lösungen fernhält?

Dr. McCullough: Das ist wahr. Das Überleben des Stärkeren. Wenn es eine Zeit gibt, um abnehmen, fit zu werden, die bestmögliche Gesundheit zu erlangen, dann jetzt, weil wir ständig mit Panikmache, wie Sie sagten, bombardiert werden, mit diesen bedrohlichen Nachrichten über verschiedene Infektionskrankheiten. Mit ziemlicher Sicherheit haben wir es mit einer Atemwegserkrankung zu tun, weil nichts anderes sich weiterverbreiten würde. Ebola würde sich nie über die ganze Welt ausbreiten, weil es durch Kontakt übertragen wird. Also wird ihr schnell ein Ende bereitet.

Sogar Affenpocken; sicher erinnern Sie sich an die nationalen Affenpocken. Es bedurfte einer enormen Menge an Körperkontakt. Und so waren es vor allem die intensiven sexuellen Kontakte zwischen schwulen und bisexuellen Männern, die die Ausbreitung vorantrieben. Es gab also einen Mann, über den die CDC berichtete, der aus Afrika kam. Er hatte tatsächlich die echten Affenpocken von einem Tier. Und er reiste nach Atlanta. Er besuchte seine Freunde. Er reiste nach Dallas; er war überallhin unterwegs. Er hat keine einzige Person damit angesteckt. Und schließlich sagte jemand, das sei ein ungewöhnlicher Ausschlag. Und sie überwiesen ihn an das medizinische Zentrum und er erhielt Tecovirimat, die Behandlung dafür. Ich war also damals im nationalen Fernsehen, während dieser Affenpocken-Angstmache.

Ich sagte: "Hören Sie, das wird sich nicht so ausbreiten wie COVID-19, wissen Sie, sogar die Spanische Grippe, die eine enorme Sterblichkeitsrate hatte, etwa 25 % der Welt erkrankte daran, das Virus der Spanischen Grippe selbst war nicht die Ursache für das Sterben. Tatsächlich war es eine sekundäre Staphylokokken-Pneumonie (Lungenentzündung).

Es ist also möglich, daß die nächste Bedrohung selbst nicht direkt tödlich ist, aber die Folgeerkrankung könnte es sein. Und auch hier gilt: Wir haben jetzt Antibiotika. Menschen sollten nicht an der Grippe sterben. Wenn sie frühzeitig richtig behandelt werden, haben wir sowohl antivirale Mittel als auch die Möglichkeit, die sekundäre bakterielle Infektion in den Griff zu bekommen.

Interviewer: Gut. Zum Abschluß noch eine Frage: Sollte nicht angesichts der Tatsache, daß ein großer Teil der Pandemie-Bereitschaftsplanung Impfstoffe beinhaltet, eine wichtige Lehre aus dem COVID-Debakel sein, daß die Pandemie-Bereitschaftsagenda eine größere Gefahr für die Menschheit darstellt als die Pandemien selbst?

Dr. McCullough: Es stimmt, bei Covid-19 waren die Impfstoffe weitaus gefährlicher als die Krankheit selbst. Wenn man sich die US-Statistiken anschaut, kommen wir auf etwa 1,2 Millionen COVID-Todesfälle. Nach Angaben der CDC sind etwa 10 % davon tatsächlich als primäre COVID-19-Todesfälle anerkannt. Das sind etwa 120.000. Nach Schätzungen der CDC starben über 18.000 Amerikaner an den Folgen der Impfung, etwa 1.150 am selben Tag, weitere 1.200 am nächsten Tag.

Und mit einem Nichtmeldungsfaktor von ca. 30 sind wir bei ungefähr 550.000 Amerikanern, die an der Impfung verstorben sind. Es ist etwa vier- bis fünfmal tödlicher, sich impfen zu lassen, als sich einfach nur anzustecken. Impfstoffe sollten also niemals als Antwort auf eine Pandemie konzipiert werden. Das hat noch nie funktioniert. Es war eine Katastrophe bei Covid. Die Lösung für Pandemien ist eine frühzeitige Behandlung der Hochrisikopatienten.

Interviewer: Sehr gut. Dr. McCullough, vielen Dank für dieses Interview! Es war großartig, mit Ihnen zu sprechen.

Dr. McCullough: Vielen Dank!<<

08.02.2024

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**Eintracht-Ehrenpräsident ruft zu Gewalt gegen AfD-Wähler auf**

Der Ehrenpräsident von Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, ist für seine "Haltung gegen Rechts" bekannt. Jetzt hat der Funktionär direkt zur Gewalt gegen AfD-Wähler aufgerufen: Man solle sie schlagen und ihnen "ins Gesicht kotzen".

Max Roland

Peter Fischer, Ehrenpräsident des Fußballclubs Eintracht Frankfurt, hat zur Gewalt gegen AfD-Wähler aufgerufen. In einem Interview mit dem Sender RTL hetzte und schimpfte der 67-Jährige völlig entgrenzt gegen Anhänger der rechten Partei. "Rennt denen die Türen und die Tore ein, gebt denen Ohrfeigen. Kotzt ihnen ins Gesicht!", forderte Fischer brachial mit rotem Kopf. "Das ist mir scheißegal!"

"Jeder Vierte oder jeder Fünfte auf der Straße ist ein Nazi!", erklärte der erratische Eintracht-Ehrenboß mit Blick auf die Wahlumfragen. Man sei mit der Zustimmung zur AfD ein Nationalsozialist, "nix anderes". Ominös kündigt Fischer an, man werde die Partei "in die Knie zwingen", ihre Wähler werde es "nicht mehr geben". Sie sollten "in der Luft explodieren, wo auch immer."

Der Fußball-Funktionär Fischer ist für seine Ausfälle gegen die AfD bekannt. Schon vor sechs Jahren nannte er die Partei eine Nazipartei. Jetzt meint er: "Wir erleben Weimar 2.0. Die Koalitionen, die nicht funktionieren. Weltwirtschaftskrise, Energiekrise, Corona, Krieg überall auf der Welt. Jeder ruft nach 50 oder 100 Milliarden. Und die Rentnerin, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet hat, muß mit 1120 Euro zurechtkommen."

Folgerichtig kündigt der 67-Jährige seine Präsenz bei Anti-Rechts Demos an: "Es gibt Tausende Demonstrationen, wo Millionen gute Bürger und Demokraten, intelligente Menschen, auf der Straße sind. Da heißt es auch immer, daß ich sprechen soll. Das ging in den letzten Wochen nicht, aber es kommen jetzt zwei oder drei Termine, da werde ich auf der Gasse sein."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**Nach Maßnahmen der Bundesregierung: Strompreise von Millionen Haushalten steigen wieder stark**

106 Stromanbieter haben angekündigt, die Preise für Verbraucher wieder stark ansteigen zu lassen. Weil die Strompreisbremse im Dezember auslief und die CO2-Steuer erhöht wird, müssen Haushalte mit dreistelligen Mehrausgaben pro Jahr rechnen.

Von *Redaktion*

Nachdem die Strompreisbremse im Dezember abgelaufen ist, müssen Kunden jetzt tiefer in die Tasche greifen. Ab März droht den Verbrauchern wieder ein Anstieg der zuletzt gesunkenen Strompreise. Bundesweit wollen ganze 106 Energieanbieter die Stromkosten um mehr als zehn Prozent erhöhen.

So kündigte beispielsweise der Energiekonzern EnBW an, die Preise für Strom in der Grund- und Ersatzversorgung um fast 16 Prozent anzuheben. Betroffen davon sind rund 5,5 Millionen Deutsche. Für einen dreiköpfigen Haushalt mit einem Verbrauch von 2.900 kWh könnte das einen monatlichen Aufpreis von 16 Euro bedeuten, also fast 200 Euro im Jahr, berichtet die Tagesschau.

Die Stromanbieter begründen die Erhöhung mit den gestiegenen Netzentgelten, die jetzt an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Strompreisbremse hatte außerdem einen maximalen Preis von 40 Cent pro Kilowattstunde für die Verbraucher festgelegt, lief dann aber am 31. Dezember 2023 aus. Somit wurden auch die staatlichen Zuschüsse für die Netzentgelte in Hö-

he von 5,5 Milliarden Euro von der Bundesregierung aufgekündigt. Seitdem müssen die Anbieter wieder die vollen Beträge für das Nutzen der Leitungen bezahlen.

Auch die neuen CO2-Steuern haben zur Erhöhung beigetragen: Weil die Energiekonzerne ursprünglich mit einem Preis von 40 Euro pro Tonne rechneten, führte die jetzt festgelegte Bepreisung von 45 Euro zu neuerlichen Preisanpassungen der Anbieter. Obwohl die Erhöhung des Gewerbestrompreises um fünf bis zehn Prozent antizipiert worden war, sind die neuerlichen Steigerungen für Millionen Privathaushalte eine Hiobsbotschaft.

Das führte bei einigen Netzanbietern zur Verdoppelung des Kilowatt-Preises: Laut Tageschau erhöhten die vier großen Fernleitungsbetreiber in Deutschland - Tennet, Amprion, 50Hertz und TransnetBW - die Netzentgelte von 3,12 auf 6,34 Cent je Kilowattstunde.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Februar 2024: >>**Mainstream: COMPACT-Boycott ist nur der Anfang**

Von S. Hofer

Nachdem Correctiv und Grossist Valora den Kiosk-Boycott für COMPACT ausgerufen haben, reagieren Propaganda-Medien mit argumentationsfreiem Jubel - und drohen mit Ausweitung der Kampagne auf weitere Oppositionsmedien. ...

Das steuerfinanzierte Antifa-Medium Correctiv attackiert COMPACT und hat den Zeitungsgrossisten Valora als Verbündeten. Der will seine Bahnhofskioske nicht länger mit unseren Publikationen beliefern. Die Erbärmlichkeit dieser Aktion verrät sich bereits in der Begründung. So erklärt Valora, daß die "die Pressefreiheit" für ihn "an oberster Stelle" stünde, aber: "Wir wollen aber denjenigen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands - und damit auch die Presse- und Meinungsfreiheit - verächtlich machen und darauf abzielen, sie zu überwinden, keine Plattform bieten."

Dieses Statement enthält eine glatte Lüge. COMPACT steht vorbehaltlos zum Grundgesetz und möchte die Demokratie durch Volksentscheide, also direkte Demokratie (nach Schweizer Vorbild) sogar noch erweitern. Das betonen wir regelmäßig - und stehen damit konträr zu zahlreichen Mainstream-Medien, die - mit Mut zum Absurden - Volksentscheide als "undemokratisch" diskreditieren!

Außerdem unterstützt COMPACT die Meinungs- und Pressefreiheit zu hundert Prozent. Wir haben nicht gejubelt, als der Verfassungsschutz die linke Tageszeitung Junge Welt als "extremistisch" brandmarkte - und wir würden auch nicht feiern, wenn ein Wokeness-Blättchen vom Kiosk verschwände. Meinungsfreiheit gilt für alle!

Auch in diesem Punkt stehen wir konträr zum Mainstream - wie beispielsweise der Taz: Deren Kommentator Andreas Speit hält den COMPACT-Boycott für "geboten". Als "Begründung" liefert er peinlichste Zensoren-Prosa:

"Ein Eingriff in die Pressefreiheit, um die Pressefreiheit zu schützen: Das ist nicht zwangsläufig ein Paradoxon."

Das Pilotprojekt von Correctiv und Valora zeige, "welche Spielräume sich eröffnen, wenn eine 'rechtsextremistische Markierung' besteht." Soll heißen: Das war erst der Anfang. Bald folgen weitere Publikationen der Opposition. So lachhaft die Taz-Kommentar auch ist - im Vergleich zu anderen Reaktionen erscheint er als intellektuelles Highlight. Deren "Argumentation" kät lediglich die Beurteilung des Verfassungsschutzes wieder. So schreibt NTV:

"Der Verfassungsschutz stuft COMPACT als erwiesen rechtsextremistische Bestrebung ein."

Punkt. Das genügt. Überprüfung unnötig. Haldenwang als unfehlbarer Papst, als Star-Philosoph des Hipster-Journalismus. Einen solch geistigen Tiefgang hat es seit 1945 nicht gegeben. Einzige Ausnahme ist bislang Dagmar Henns Stellungnahme auf pressefreiheit.rtdc:

"Auch wenn ich kein Fan von Jürgen Elsässer, dem Herausgeber, bin, ist mir wirklich nicht danach. Weil man sich gewaltig irrt, diese Entwicklung für einen Fortschritt zu halten."

Die Autorin ahnt, was für eine Maschinerie damit in Gang kommt, wenn Verfassungsschutz und Correctiv sich zusammentun. Sie erinnert an die 1970er Jahre, als die Bild-Zeitung forderte, "die Bücher von Heinrich Böll aus den Buchhandlungen und Bibliotheken zu entfernen, weil dieser 'mit Terroristen sympathisiere'." Und vor allem:

"In dem frisch aktualisierten Modell politischer Denunziation geht es demgemäß um alle und alles, was davon abweicht. Compact ist nur der Appetithappen."

Bleibt nur die Frage, welches Oppositionsmedium als nächstes drankommt ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Ampel treibt unsere Industrie aus dem Land: Nur die AfD stoppt den Ausverkauf!**

Der Letzte macht das Licht aus: Auch im Dezember - dem bislang letzten statistisch erfaßten Monat - haben deutsche Großunternehmen ihre Produktion deutlich gedrosselt. Die Chemiebranche meldet einen Rückgang um fast acht Prozent gegenüber dem Vormonat - die Produktion unserer chemischen Industrie ist damit auf den niedrigsten Wert seit 1995 gesunken. Aber auch bei Maschinenbauern und den Herstellern elektrischer Ausrüstungen sowie unzähligen weiteren Branchen wird immer weniger produziert. Die jüngste Hiobsbotschaft: Der Haushaltsgeräte-Hersteller Miele will am Standort Gütersloh 700 Stellen streichen, weil die dortige Produktion von Waschmaschinen wohl fast vollständig nach Polen verlagert wird.

Verwunderlich ist diese Entwicklung selbstverständlich nicht. Wir haben eine Bundesregierung, die die Energiepreise mit Kernkraft-Ausstieg und Nord-Stream-Reparaturverweigerung systematisch erhöht hat. Wenn man dann auch noch die Unternehmen mit einer unendlichen Steuern- und Abgaben-Flut drangsaliert, dann weiß man genau, was man tut und was das für Folgen hat. Die Ampel hat alles getan, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit nach Strich und Faden zu ruinieren. Die FDP, die sich einst als vermeintliche Wirtschaftspartei darstellte, hat die planwirtschaftliche Habeck-Politik im Bundestag durchgewunken und sich den Totengräbern des deutschen Wohlstands angeschlossen.

Mit kosmetischen Detailkorrekturen ist es nicht getan, wenn der endgültige wirtschaftliche Ruin unseres Landes noch aufgehalten werden soll. Nur die AfD stellt die Wirtschaftspolitik vom Kopf auf die Füße: Wir wollen mit dem Wiedereinstieg in die Kernkraft und der Reparatur der Nord-Stream-Leitungen die Energiepreise wieder senken. Wir wollen sinnlose Abgaben wie die CO2-Bepreisung streichen, überflüssige bürokratische Vorgaben abschaffen und mit einer ideologiefreien Bildungspolitik dafür sorgen, daß Deutschland genügend eigene Fachkräfte ausbildet. Die beste Wirtschaftsförderung wäre ein sofortiger Rücktritt der Ampel-Regierung und die Bildung einer AfD-Regierung - denn bei uns sind Fachleute und nicht Kinderbuch-Autoren oder Studienabbrecher für die Wirtschaftspolitik zuständig!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Februar 2024: >>**Dresden: Die Veranstaltungen am 13. Februar - UPDATE**

Von *Sven Reuth*

Am und um den 13. Februar werden wieder zahlreiche Menschen der Opfer der Bombardierung Dresdens vor 79 Jahren gedenken. Doch auch linke Gruppen mobilisieren - gegen den "Opfermythos". ...

Unter dem paranoiden und völlig sachfremden Motto "Gemeinsam wachsam" ruft die Stadt Dresden für diesen 13. Februar erneut zu einer Menschenkette vor dem Dresdner Rathaus auf. Nicht nur das gewählte Motto, sondern auch die Stellungnahme von Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) machen deutlich, daß die offizielle Gedenkveranstaltung der Stadt sich nahtlos in jede x-beliebige "Kampf gegen Rechts-Veranstaltung" einreihet und rein gar nichts mehr mit der Bombardierung der Stadt zu tun hat.

Sinnentleertes Polit-Theater

So läßt Hilbert in einer Mitteilung zu der geplanten Menschenkette wissen:

"So erleben wir auch in diesem Jahr am 13. Februar, um 18 Uhr, den besonderen Moment des gemeinsamen Erinnerns und symbolischen Zusammenstehens für Versöhnung und Frieden. Mehr denn je - das zeigen uns nicht erst die jüngst enthüllten Remigrationspläne in AfD-Kreisen - müssen wir gemeinsam wachsam sein und Menschenverachtung, Antisemitismus und Intoleranz entschieden entgegentreten. Auch dafür steht unsere Menschenkette am 13. Februar."

Die "Remigrationspläne der AfD" - nicht etwa die Dresdner Bombenopfer - sollen also an diesem 13. Februar im Mittelpunkt eines offensichtlich völlig sinnentleerten Polit-Theaters stehen, das rein gar nichts mehr mit einem Gedenkakt zu tun hat.

Für seine lupenreine Antifa-Gesinnung bekommt Hilbert nun auch Lob von "Dresden Nazi-frei" erteilt. Auf dem X-Account von "Dresden Nazifrei" heißt es:

"Wir haderten immer wieder mal mit der Politik von OB #Hilbert. Das wird wohl auch in der Zukunft nicht ausbleiben. Sein Engagement gegen rechte Umtriebe in #Dresden, wird allerdings zunehmend stabiler, was wir sehr begrüßen auch wenn noch einiges an Luft nach oben ist."

So viel zum vermeintlich "bürgerlichen" Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert, dessen von ihm geführte Stadtverwaltung zu Beginn dieses Jahres eine Inschrift zum Gedenken an die Bombenopfer in einer Nacht-und-Nebel-Aktion entfernen ließ.

Schwindendes Gedenken auch auf dem Heidefriedhof

Die Gedenkstunde auf dem Dresdner Heidefriedhof wird in diesem Jahr von 11 Uhr bis 12 Uhr wie immer am Aschegrab auf dem Ehrenhain für die Luftkriegstoten stattfinden. Allerdings - und auch dies zeigt den politisch gewollten Bedeutungsverlust des Gedenkens an die Bombenopfer - handelt es sich nicht mehr um eine offizielle Protokollveranstaltung von Stadt und Land, sondern nur noch um eine sogenannte individuelle Gedenkveranstaltung. Auch hier hat die Stadt am Ende dem Druck gewaltbereiter Linksextremisten nachgegeben, die die Feierstunde in der Vergangenheit häufig gestört hatten.

Es gibt aber nicht nur das offizielle und weitgehend sinnentleerte sowie politisch mißbrauchte "Gedenken" der Stadt Dresden. Am kommenden Sonntag, dem 11. Februar 2024, soll auch das seit Jahrzehnten von nationalen Gruppen getragene Dresden-Gedenken mit dem traditionellen Trauermarsch ab 13 Uhr in der Elbmetropole stattfinden. Mehr Informationen zu der Veranstaltung finden sich auf der Internetseite Aktuelles zum Dresden-Gedenken 2024 - Dresden Gedenken. Hier wird um neutrale Kleidung und den Anlaß entsprechende Transparente gebeten. Hier geht es zum entsprechenden Telegram-Kanal.

Gedenken auf dem Dresdner Altmarkt

Einen Gedenkcharakter soll in der kommenden Woche auch der allwöchentlich stattfindende Dresdner Montagsprotest tragen, der am 12. Februar 2024 ab 19 Uhr stattfinden wird. Treffpunkt ist wie immer vor dem Dresdner Kulturpalast. Redner wird diesmal Frank Haußner (Freie Thüringer) sein.

Am 13. Februar selbst wollen patriotische Gruppen diesmal wohl insbesondere auf dem Altmarkt - dem Ort der zerstörten Gedenkinschrift - an die Dresdner Bombenopfer erinnern. Die patriotische Initiative "Heidenauer Wellenlänge" hat für den 13. Februar von 14 bis 18 Uhr ein "Stilles Gedenken" auf dem Dresdner Alt- wie auch auf dem Dresdner Neumarkt angemeldet. Zu dem Telegram-Kanal dieser Initiative geht es hier.

UPDATE: Am 13.02.2024 findet ab 12 Uhr am Luther-Denkmal auf dem Neumarkt eine Mahnwache zum stillen Gedenken an die Opfer der Bombenangriffe auf Dresden im Februar 1945 statt. Es sollen vornehmlich Blumenkränze und Kerzen abgelegt werden. Außerdem werden Zeugenberichte vorgetragen. Organisator des Gedenkens ist der Aktivist, Corona-Maßnahmenkritiker und Dresdner OB-Kandidat Marcus Fuchs. Hier dem Telegram-Kanal von Marcus Fuchs folgen.

Wir gedenken der Opfer: Beim Inferno von Dresden am 13/14. Februar 1945 ließen über 100.000 Deutsche ihr Leben. Vom Mainstream wird nach wie vor kolportiert, daß Dresden kriegswichtige Ziele aufwies. Doch dies entspricht nicht der Wahrheit. In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Fakten und Zeitzeugenberichte zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Wir wollen ECHTEN Tierschutz statt Özdemirs Fleischsteuer!**

Wieder einmal verschleiert die Ampel-Regierung mit sprachlichen Tricks, worum es ihr eigentlich geht: Die geplante "Tierwohl-Abgabe" des grünen Agrarministers Özdemir nützt in Wirklichkeit nicht den Tieren, sondern ist nichts anderes als eine weitere Steuer. Denn da die Abgabe nicht zweckgebunden ist und zunächst direkt in den Bundeshaushalt fließen soll, ist dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Völlig zu Recht kritisiert der Bauernverband, daß niemand weiß, ob und wie viel Geld bei den Landwirten ankommen wird. Zugleich würde die Abgabe auch Fleisch aus bereits artgerechter Haltung treffen.

Es ist das altbekannte Vorgehen der Grünen: Erwachsene Bürger sollen drangsaliert und in ihrem Konsumverhalten bevormundet werden, anstatt bei wirklichem Tierschutz die politischen Hausaufgaben zu machen. Wenn die Ampel-Regierung wirklich an der Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe interessiert wäre, dann müßte sie zunächst einmal die "Energie-wende" einstampfen und bei Steuern und Abgaben ein massives Entlastungsprogramm auf den Weg bringen. Dafür steht nur die AfD!

Im Übrigen setzt sich die AfD als Tierschutzpartei seit Jahren intensiv für Verbesserungen beim Tierwohl ein - aber nicht mit Steuern, sondern mit klügeren Maßnahmen, die den Tieren auch tatsächlich helfen. So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm das Verbot von Langstrecken-Schlachttransporten und die Streichung von Ausnahmegenehmigungen für die Schächtung von Tieren. Windenergie-Anlagen sollen dort, wo Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder Landschaftsbild zu erwarten sind, nicht mehr zugelassen werden.

Die geltenden Tierschutzgesetze müssen in allen Bereichen konsequent umgesetzt und kontrolliert werden. Denn wer seine Heimat liebt, der schützt auch seine Umwelt und die Natur- und Pflanzenwelt. Es braucht auch in diesem Politikfeld eine Alternative zur Ideologie-Politik der etablierten Parteien!<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Februar 2024 (x1.361/...): >>**US-Kongreß blockiert Ukraine-Hilfen - das steckt dahinter**

In Washington prallen verhärtete Haltungen zu den Ukraine-Hilfen und der US-Grenzpolitik aufeinander - und könnten damit auch Europas Politik entscheidend beeinflussen. In den deutschen Medien macht man es sich einfach und schiebt alles auf Trump. Das ist jedoch Unsinn.

Sebastian Thormann

Es sind turbulente Wochen in Washington, D.C. Ein von den Demokraten um US-Präsident Biden favorisiertes Mega-Paket, das unter anderem Hilfen für die Ukraine enthielt, aber auch Unterstützungsgelder für Israel und kontroverse Reformen in der US-Grenzpolitik in die Wege leiten sollte, scheiterte Mittwoch am Widerstand der Republikaner im US-Senat.

Ziel war es, diverse, zum Teil sogar völlig verschiedene, Themen in einem Mega-Gesetz zu bündeln. Zunächst ging es speziell um die Ukraine-Hilfen, die bei einigen Republikanern stark umstritten sind, dann wurden nach dem Angriff der Hamas auf Israel zu dem Paket auch noch Unterstützungsgelder für den jüdischen Verbündeten in Nahost hinzugefügt. Anstatt jeweils einzelne Gesetze zu verabschieden, wollte man alle Auslandshilfen in einem Gesetz bündeln. Von dieser Strategie versprach man sich, all jene, die Ukraine-Hilfen skeptisch sehen, aber

Israel unterstützen wollen, nach einem Friß-oder-Stirb-Prinzip zur Unterstützung des ganzen Pakets zu drängen.

Hinzu kamen innenpolitische Überlegungen. Auch um der republikanischen Kritik, Biden würde sich mehr um die ukrainische Grenze als um die amerikanische kümmern, zu begegnen - und wegen des inzwischen wirklich desaströsen Zustand an der US-Südgrenze, kam ein weiteres Reformpaket dazu. Dieses Grenzpaket, auch verhandelt mit Beteiligung einiger moderater Republikaner, ist bei den Republikanern nach wie vor stark umstritten.

Einerseits soll das Gesetz dem US-Grenzschutz neue Zurückweisungsrechte einräumen - ab einem Tagesdurchschnitt von etwa 5.000 illegalen Einreisen. Andererseits argumentieren Republikaner, daß Biden das Grenzproblem auch ohne ein neues Gesetz in den Griff bekommen könnte, beispielsweise, indem er Trumps "Remain in Mexico-Politik" wiederbelebt - ein Prinzip, das Asylbewerber dazu zwingt, in Mexiko auf ihren - meist negativen - Asylbescheid zu warten. Aktuell werden illegale Einwanderer, die in den USA Asyl beantragen und von der Polizei aufgegriffen werden, nach der offiziellen Registrierung wieder ins Landesinnere entlassen, wo sie dann teilweise Jahre auf die Gerichtsentscheide warten.

Auch würden die neuen Zurückweisungsrechte bei unter 1,8 Millionen illegalen Einreisen pro Jahr nicht greifen. Derzeit liegen die aktuellen Einwanderungszahlen mit etwa 2,7 Millionen illegalen Grenzübertritten im vergangenen Jahr höher. Daß die Demokraten so ein Paket überhaupt einbringen, zeigt, wie gefährlich das Migrationsthema inzwischen für Präsident Biden geworden ist. Jahrelang leugnete er, daß es überhaupt eine Migrationskrise gibt - obwohl seit seinem Amtsantritt um die neun Millionen illegale Einwanderer ins Land geströmt sind. Jetzt hat man stattdessen eine 180-Grad-Wende vollzogen und attackiert plötzlich Republikaner, die das Paket nicht unterstützen, dafür, daß sie nichts gegen die Grenzkrise tun würden.

Bei vielen Republikanern, gerade bei besonders konservativen, sieht man das Paket skeptisch, weil es ihrer Ansicht nach nur oberflächlich einiges ändern würde, ohne die Grundprobleme beim US-Grenzschutz anzugehen. Auch angesichts der Umfragen hofft man viel mehr auf einen Präsidenten Trump, der das Problem ab nächstem Jahr dann "richtig" angehen könne. Keine halben Sachen, die nur Bidens PR helfen - so das Argument der Republikaner.

Und so scheiterte das Paket im US-Senat. Auch wenn die Demokraten dort eine hauchdünne Mehrheit haben, brauchen sie zumindest einige republikanische Unterstützer, um es zur Abstimmung kommen zu lassen - 60 von 100 Stimmen. Die Demokraten haben aber selbst nur 51 - das reichte bei der letzten Abstimmung nicht.

Mehrheitsführer Chuck Schumer brachte das Paket dann noch in abgespeckter Weise, ohne Grenz-Deal, also nur als Kombination von Ukraine- und Israel-Hilfszahlungen ein. Aber auch das bekam nicht die nötige Drei-Fünftel-Mehrheit. Israel-Unterstützung allein genießt zwar auch bei Republikanern große Unterstützung, anders sieht es allerdings bei der Ukraine-Hilfe aus. Bei diesen ist die republikanische Fraktion tief gespalten.

Deutsche Medien machen es sich mal wieder einfach

In deutschen Medien wird es so dargestellt, als würde die Ablehnung geradezu auf Befehl von Donald Trump geschehen - dabei gibt es völlig unabhängig von ihm auch von seinen Kritikern, wie DeSantis-Unterstützer Chip Roy aus Texas, harte Kritik an dem Vorhaben. Gerade aus dem rechten Flügel der Partei gibt es deutlichen Widerstand, sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat.

Wenn man nicht nach Parteilinie geht, würden sich wohl auch im Senat locker neun Republikaner finden lassen, die das neue Groß-Paket unterstützen, schwieriger wird es hier im Repräsentantenhaus. Dort haben die Republikaner eine knappe Mehrheit - mit wenigen Stimmen von den Demokraten würden die Ukraine-Hilfen so also durchgehen. Aber es gibt ein entscheidendes Hindernis: Das Paket muß überhaupt zur Abstimmung angesetzt werden und das entscheidet Repräsentantenhaus-Sprecher Mike Johnson.

Dieser kommt aus dem konservativen Flügel der Partei und ist zwar selbst Ukraine-Hilfen nicht unbedingt abgeneigt, weiß aber, daß es viele seiner Kollegen durchaus sind. Und schon wenige Abweichler in der eigenen Partei könnten ihn absetzen, wie schon Kevin McCarthy zuvor. Das möchte er natürlich verhindern.

Man merkt: Die Gesetzgebung im US-Kongreß ist längst nicht so einfach, wie man das von außen erwarten würde. Verschiedene Strategien und Interessen prallen aufeinander und können selbst bestehende Mehrheiten torpedieren. Der neue Grenz-Deal scheint jedenfalls erstmal gestorben zu sein.

Ob nun ein neues Auslandspaket auf den Weg gebracht wird, bleibt fraglich: Der Mehrheitsführer der Demokraten, Chuck Schumer, gab den Republikanern die Nacht Zeit, um sich "zu sammeln".

Am Ende wäre eine reine Israel-Hilfe wohl in beiden Kongreß-Kammern ohne Probleme machbar, eine Ukraine-Hilfe, trotz überparteilicher Mehrheit, aber viel schwieriger.

Im Repräsentantenhaus ist inzwischen schon mehr als die Hälfte der Republikaner gegen solche weiteren Milliarden-Zahlungen an die Ukraine. Zum Teil aus innenpolitischen Gründen, zum Teil aus außenpolitischen: Man will die Priorität Nr. 1 auf die Abwehr von China setzen, nicht auf Europa und die Auseinandersetzung mit Rußland. Im Senat mag es in Bezug auf die Ukraine-Hilfen etwas besser aussehen, aber auch da ist die Fraktion etwa 50 zu 50 gespalten.

Was bedeutet das für Europa und Deutschland? Ein Ukraine-Paket mag am Ende noch irgendwie durch den US-Kongreß manövriert werden - oder auch nicht. In jedem Fall nimmt die Bereitschaft der Amerikaner, US-Steurgelder für die Unterstützung der Ukraine auszugeben, stark ab. Früher oder später müssen sich also europäische Länder darauf einstellen, daß die Ukrainer keine US-Hilfen mehr erhalten werden.

Damit gibt es - auch für Deutschland - nur noch zwei Optionen: Entweder muß man selbst die Ukraine-Zahlungen massiv aufstocken, wir reden hier von einer Verdopplung oder Verdreifachung, oder die Unterstützung für die Ukraine muß reduziert werden. Eine Frage, die in Deutschland auch die politische Landschaft, vielleicht sogar die Koalition auf den Kopf stellen kann.<<

Südafrika: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Februar 2024 (x1.361/...): >>Vizepräsidenten-Favorit will vier Millionen Weiße töten

Obwohl er vier Millionen weiße Südafrikaner töten möchte, erfährt der radikale Politiker Julius Malema immer mehr Zuspruch. Nach den Wahlen im kommenden August könnte er mit seiner Partei "Economic Freedom Fighters" an der Regierung beteiligt werden und ranghoher Minister werden.

Von *Redaktion*

"Tötet die Buren, tötet die Farmer!" hatte Julius Malema im vergangenen Jahr ausgerufen und damit viel Zustimmung bei seinen südafrikanischen Anhängern ausgelöst. Demnächst könnte der radikale EFF-Politiker (Economic Freedom Fighters) an die Regierung können - obwohl er vermehrt zum Völkermord an in Südafrika lebenden Weißen aufrief.

Im August 2024 finden in Südafrika Parlamentswahlen statt. Die derzeit regierende Partei African National Congress (ANC) wird jüngsten Umfragen zufolge ihre absolute Mehrheit verlieren und könnte somit erstmals seit 1994 die Mehrheit mit 45 Prozent der Stimmen erlangen. Um weiterhin regieren zu können, würde der linke ANC dann eine weitere Partei benötigen - zum Beispiel die linksextreme EFF, deren Vorsitzender Malema ist. Malema hatte die EFF 2013 gegründet, nachdem er aus der Jugendpartei der ANC wegen seiner radikalen Ansichten verbannt wurde.

Malema hatte 2023 mehrfach zur Tötung weißer Südafrikaner aufgerufen und dafür den Slogan "Die Feiglinge haben Angst. Erschießt die Buren, schießt, schießt" verbreitet. Er füllte damit im vergangenen August ganze Stadien, in denen begeisterte EFF-Anhänger den Gewalt-

aufrufen zujubelten. Anschließend urteilte der oberste Gerichtshof in Südafrika, der Mordaufruf sei keine "Haßrede", obwohl Malema indirekt zur Tötung von vier Millionen Weißen in Afrika und somit zum Genozid aufrief.

Dennoch regieren EFF und ANC in manchen Gemeinden Südafrikas bereits zusammen. Eine Regierungsbildung könnte auch deshalb realistisch sein, weil die EFF in den letzten Jahren stark an Bekanntheit und Zuspruch gewonnen hat. 2019 erhielt sie nur rund 11 Prozent der Stimmen - im August könnten es schon über 18 Prozent werden, schreibt Bloomberg. Damit würde die schwarzafrikanisch-nationalistische Partei die zweitgrößte Oppositionspartei hinter der liberalkonservativen ... Demokratischen Allianz (DA) werden.

Während die EFF einer Koalition mit der ANC für Regierungszwecke also offensteht, hat die DA bereits mitgeteilt, sich nicht an der Regierungsbildung mit beiden Parteien zu beteiligen. Das mag mitunter daran liegen, daß die DA vor allem von weißen Südafrikanern über 35 Jahre oder Andersfarbige nicht-afrikanischer und indischer Abstammung repräsentiert.

Die DA ist Teil der aus zehn Parteien bestehenden Mehrparteien-Charta, der auch kleinere Parteien angehören, die bei den Wahlen insgesamt 17 Prozent ausmachen dürften. Diese Vereinigung hat sich im Kollektiv gegen eine Zusammenarbeit mit der ANC oder der EFF ausgesprochen und werden deshalb vermutlich nicht regierungsfähig sein, also bewußt die Oppositionshaltung gegen den zunehmend radikaleren und anti-weißen Ton in der südafrikanischen Politik einnehmen.

Der ANC bleiben damit wenige bis keine Szenarien, in denen sie ohne die EFF regieren könnten - obwohl beide Parteien nicht gerade eng verbunden sind. Seit vergangenem Frühjahr ruft die EFF um Malema immer wieder zum Rücktritt von Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa (ANC) auf - obwohl auch dieser schon Gesetze auf den Weg brachte, die es der Regierung erlauben, weißen Farmern wortwörtlich Grund und Boden zu entwenden.

Im August wird in Südafrika wieder gewählt. Ähnlich wie in Deutschland können die Wahlberechtigten der 50 Millionen Einwohner somit das Parlament wählen. Das Parlament wiederum kürt dann den Präsidenten. Julius Malema wird auf dieses Amt noch keinen Anspruch erheben können, dafür ist die EFF noch zu klein. Ein ranghohes Ministeramt oder die Stelle des Vizepräsidenten könnte er aber bekleiden. Die voraussehbaren Einbußen der ANC von zwölf Prozent, der wiederum starke Zuspruch der EFF und die sehr wahrscheinliche Regierungsbeteiligung des linksradikalen Malemas dürften immer bedrohlicher für weiße Südafrikaner werden.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x060/79) = dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 1. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution, Seite 79.

x060	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 1. Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution. 24. Auflage. München 1990.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x144	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 1. Von der Urzeit bis zur Zeit des 30jährigen Krieges. 1. Auflage. Weinheim 1963.
x282	Deschner, Karlheinz: <u>Der gefälschte Glaube</u> . Eine kritische Betrachtung kirchlicher Lehren und ihrer historischen Hintergründe. München 2004.
x324	Deschner, Karlheinz: <u>Kriminalgeschichte des Christentums</u> . Band 1. Die Frühzeit - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.
x327	Deschner, Karlheinz: <u>Kriminalgeschichte des Christentums</u> . Band 4. Frühmittelalter - Von König Chlodwig I. (um 500) bis zum Tode Karls "des Großen" (814). Unveränderter Nachdruck. Hamburg 1997.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.

Internet

x924	https://www.theologe.de/inquisition_bedeutung_kirche_staat.htm - Juli 2019
x975	https://www.theologe.de/#Einleitung - September 2020

x976	https://www.theologe.de/kirche_verrat-an-jesus-dem-christus.htm - September 2020
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x981	https://www.theologe.de/kaiser-konstantin_kirche.htm - Januar 2021
x990	https://www.offenbarung.de/papsttum-pontifex-maximus.php - September 2020
x1.161	https://www.lunapark21.net/zbigniew-brzeziski-die-einzig-weltmacht/ - September 2022
x1.337	https://de.wikipedia.org/wiki/Organisierte_Kriminalit%C3%A4t - November 2023
x1.350	https://www.kla.tv - Februar 2024
x1.351	https://afdkompakt.de/ - Februar 2024
x1.352	https://apollo-news.net/ - Februar 2024
x1.353	https://www.mmnews.de/ - Februar 2024
x1.354	https://multipolar-magazin.de/ - Februar 2024
x1.355	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Februar 2024
x1.356	https://www.nius.de/ - Februar 2024
x1.357	http://www.kath.net/news/83670 - Februar 2024
x1.358	http://www.kath.net/news/83569 - Februar 2024
x1.359	https://www.kla.tv - März 2024
x1.360	https://afdkompakt.de/ - März 2024
x1.361	https://apollo-news.net/ - März 2024
x1.362	https://www.mmnews.de/ - März 2024
x1.364	https://fassadenkratzer.wordpress.com - März 2024
x1.365	https://www.nius.de/ - März 2024

Bildnachweis

Staatwappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014